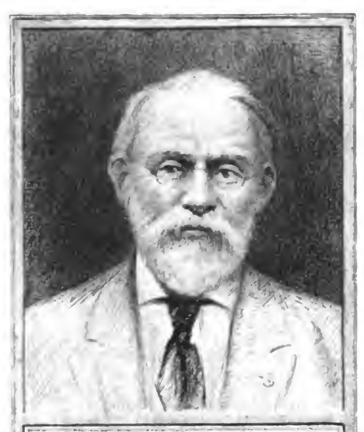
Dokumente des Sozialismus


SILAS WRIGHT DUNNING
BEQUEST
UNIVERSITY OF MICHIGAN
GENERAL LIBRARY

Dokumente des Sozialismus

Hefte
für Geschichte, Urkunden und Bibliographie
des Sozialismus

Herausgegeben von

Eduard Bernstein

II. und III. Band

Stuttgart 1903

Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger (G. m. b. H.)

Printed in Germany.

Inhalt

[Die *schrägen* Ziffern bedeuten die Seitenzahlen des II. Bandes,
" gewöhnlichen " " " " " III. "]

I. Kritische Bibliographie des Sozialismus

In deutscher Sprache

In englischer Sprache

In französischer Sprache

II. Aus der Geschichte des Sozialismus

III. Urkunden des Sozialismus

Holland

Norwegen

Polen

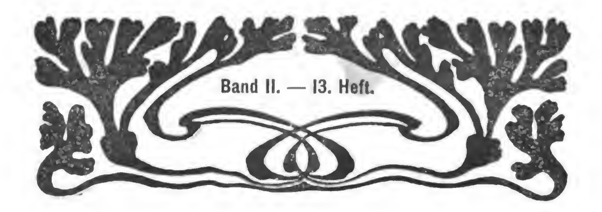
IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen

V. Anfragen und Nachweise

VI. Notizen.



I. Kritische Bibliographie des Socialismus.*)

1. In deutscher Sprache.

Bulletin des Internationalen Arbeitsamts. Bd. I, No. 6—7 (Doppelheft). (Juni 1902.) — Bd. I, No. 8—9 (Doppelheft). (Juli bis September 1902.) Jena, Verlag von Gustav Fischer.

Die vorliegenden Hefte der im Titel angegebenen Zeitschrift reihen sich in Bezug auf Fülle des dargebotenen Informationsstoffs ihren Vorgängern würdig an. Aus dem Doppelheft 8 bis 9 ist insbesondere der Abschnitt IV hervorzuheben, der sehr wertvolle Gutachten über den zehnstündigen Maximalarbeitstag vorführt. Zwei ihnen beigegebene synoptische Tabellen werden allen Socialpolitikern willkommen sein. Die erste zeigt die Hauptbestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung über die Arbeitszeit in den fabriksmässigen Betrieben der Textilindustrie, die zweite die Hauptbestimmungen des kantonalen Arbeiterinnenschutzes der Schweiz.

Frohme, Karl: **Wehr und Waffen.** Erläuterungen zu den Grundsätzen und Forderungen des Kommunalwahlprogramms für die socialdemokratische Partei der Provinz Schleswig-Holstein, des Fürstentums Lübeck und des Herzogtums Lüneburg. Im Auftrage der Programmkommission. Neumünster. Verlag von H. Lienau. 148 S. 8^{0}.

Das immer stärkere Eindringen der Socialdemokratie in die Kommunalverwaltungen hat die genaue, von einheitlichen Grundsätzen ausgehende Befassung mit den Fragen der Kommunalpolitik zu einem unabweisbaren Bedürfnis für die Socialdemokratie gemacht. Eine Frucht dieser Erkenntnis ist das vorliegende Büchlein. Es erläutert in gemeinverständlicher Weise ein Kommunalprogramm, welches eine mit seiner Ausarbeitung betraute Kommission des auf dem Titel bezeichneten Parteiverbandes in sorgfältiger, sich über mehrere Jahre hinziehender Beratung ausgearbeitet hat. Nach einer kurzen Einleitung und einem historischen Rückblick über das Verhältnis der Socialdemokratie zur Gemeindepolitik werden die Fragen der letzteren in neun Gruppen systematisch behandelt. Bei dem knappen

*) Zur Antwort auf wiederholt an uns gelangte Anfragen sei hiermit ein für allemal festgestellt, dass alle nicht gezeichneten Aufsätze und Besprechungen in dieser Zeitschrift vom Herausgeber herrühren.

Raum, der für das Ganze zur Verfügung steht, konnte nicht allen Punkten die gleiche eingehende Erörterung zu teil werden. So ist z. B. die Frage des kommunalen Steuerwesens unseres Erachtens etwas zu summarisch abgetan; das Problem der Wertzuwachs-, Bauplatz- etc. Steuern kann in so wenigen Worten, als ihm dort gewidmet werden, unmöglich erledigt werden, noch können wir allem beipflichten, was der Verfasser zur Kritik dieser Steuern sagt. Denn wenn auch die Erwartungen, welche die bürgerlichen Bodenreformer an sie knüpfen, mit Recht als übertrieben bezeichnet werden dürfen, so ist ihre Ueberwälzung auf die Mieter doch keineswegs eine so einfache Sache, dass man sie schlechtweg den indirekten Steuern gleichsetzen kann.

Weichen wir in diesem und einigen anderen Punkten etwas vom Verfasser ab, so können wir im ganzen seiner Schrift nur hohes Lob spenden. Sie bietet in kleinem Umfange ausserordentlich viel, ist oft sehr anregend und immer klar und packend geschrieben, sehr übersichtlich arrangiert und atmet durchweg eine edle Volkstümlichkeit. Auch die handliche Ausstattung verdient lobende Erwähnung.

Lotmar, Philipp: **Der Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches.** In zwei Bänden. Erster Band. Leipzig. Duncker & Humblot. 827 S. gr. 8⁰. Preis: 18 Mk.

„Auf Grund der deutschen Reichsgesetze und an der Hand der wirtschaftlichen Tatsachen eine privatrechtliche Darstellung des Arbeitsvertrags zu liefern, ist die Aufgabe dieses Buches.“ So der erste Satz der Einleitung zu diesem bedeutenden Rechtswerk. In ihm oder durch ihn erfahren wir sofort, dass der rühmlichst bekannte Rechtslehrer an der Berner Universität seine Untersuchung nicht auf das juristisch-formale Wesen seines Gegenstandes beschränkt, sondern in sie auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen einbezogen hat, auf denen der Arbeitsvertrag beruht und auf Grund deren er sich entwickelt. Unzählige Partieen seines Werkes, sei es im Text oder in den Noten, legen von den gründlichen Studien und der grossen Sachkenntnis des Verfassers auf dem Gebiete der Wirtschaftserscheinungen Zeugnis ab, viele Stellen bekunden einen scharfen Blick für die Neugestaltungen in Bezug auf die verschiedenen Arten des Arbeitsvertrags und von eindringender Analyse der hierbei in Frage kommenden Faktoren. Wenn der Verfasser dem oben zitierten Satz den weiteren folgen lässt: „Sie [die Aufgabe] erwächst aus der Bedeutung, zu der sich der Arbeitsvertrag historisch erhoben hat, einer Bedeutung, die auf dem gewaltigen Umfang und der Mannigfaltigkeit seiner Anwendung, wie auf der ihn vor andern Kontrakten auszeichnenden Eigenart beruht,“ — so darf der Referent hinzufügen, dass, was uns in diesem ersten Band geboten wird, der so angezeigten Bedeutung des Gegenstandes in jeder Hinsicht würdig ist.

Wir gebrauchen ausdrücklich den Ausdruck Referent; denn einem solchen Werk gegenüber könnte nur der durchgebildete, mit der einschlägigen Fachliteratur wohlvertraute Jurist als Rezensent auftreten. Als Laien der Rechtswissenschaft werden wir uns vielmehr darauf beschränken, einen Ueberblick über den Inhalt des Werkes zu geben, das als pragmatisch-kritische Abhandlung über den Arbeitsvertrag für alle — Laien wie Juristen — hohes Interesse hat, welche sich, ob als Praktiker oder Theoretiker, mit den verschiedenen einzelnen Fragen oder Fragengruppen beschäftigen, die mit ihm in Verbindung stehen.

In der Einleitung erörtert der Verfasser, nachdem er die Aufgabe gekennzeichnet hat, die er sich in diesem Werk stellt, den eigentümlichen Charakter des Arbeitsvertrags, der ihn von Miets- und Kaufvertrag unterscheide; die besondere Bedeutung, die ihm aus der Tatsache erwächst, dass er für Millionen von Besitzlosen die Vorbedingung ihrer Unterhaltsgewinnung ist; seine bisherige Behandlung in der Rechtswissenschaft und die Notwendigkeit des Studiums der tatsächlichen Verhältnisse behufs seiner erschöpfenden Beurteilung, worauf ein kurzer Ueberblick über den Plan des vorliegenden Werkes gegeben wird. Danach werden von den Rechts-

quellen für die Untersuchung des Arbeitsvertrags in erster Linie die ihn betreffenden reichsrechtlichen Regelungen berücksichtigt, während die Landesrechte und das römische Recht zwar nicht ignoriert, aber doch nur gelegentlich herangezogen werden. In Bezug auf das letztere stossen wir auf den lakonischen, aber vielsagenden Satz: „An der juristischen ‚Los von Rom'-Bewegung möchten wir uns nicht beteiligen" (Seite 27). Ferner wird die Untersuchung so geführt, dass die Gattung Arbeitsvertrag durchgängig für sie massgebend bleibt, die verschiedenen Arten oder Typen des Arbeitsvertrags in Unterordnung unter den Gattungsbegriff behandelt werden, nicht aber in der Anordnung, in der sie in den Rechtsquellen auftreten. Demgemäss behandelt der erste Band in sechs Abschnitten die folgenden Gegenstände: 1. Wesen, Typen und Grundformen des Arbeitsvertrags; 2. die Zahlungszeit; 3. die Arbeitszeit; 4. die Vertragszeit; 5. die Naturalvergütung; 6. der Tarifvertrag. Im zweiten Bande sollen die beiden Grundformen des Arbeitsvertrags: der Zeitlohnvertrag und der Akkord — von welch letzterem der Stücklohnvertrag „nur eine Spezies" bilde — sowie einige Mischgebilde genauer dargestellt werden.

Von dem reichen Inhalt des Werkes gibt diese Aufzählung der Abschnitte nur ein äusserst dürftiges Bild. Noch weniger sagt sie über den Geist aus, der das Ganze durchdringt. Wir beschränken uns daher, da ein Eingehen auf die Einzelheiten sich aus den verschiedensten Gründen verbietet, auf die Bemerkung, dass das prinzipielle Urteil über die wirtschaftlichen Grundlagen und Inhalte des Arbeitsvertrages durchgängig ein tiefes Verständnis und warme Teilnahme für die Lage der nichtbesitzenden Klassen erkennen lässt, während die rechtliche und wirtschaftstheoretische Begriffsbestimmung sich durch jene Schärfe der Unterscheidung kennzeichnet, in Bezug auf die der Jurist, der in seiner Disziplin zu Hause ist, so ziemlich allen andern Menschenkindern überlegen ist.

Als typisch hierfür können gleich im ersten Kapitel die Ausführungen gelten, die die Abgrenzung des Arbeitsvertrags vom Kauf- und Mietsvertrag betreffen. Ueberzeugend weist der Verfasser nach, dass die wesentlichen Merkmale des Arbeitsvertrags rechtlich weder mit denen des Kaufvertrags noch mit denen des Miets- oder des Pachtvertrags sich decken, sondern dass der erstere, soviel Aehnlichkeiten er auch mit den anderen aufweist, doch durchaus einen Rechtshandel eigner Art darstellt. Wenn Lotmar dabei der Nationalökonomie das Zugeständnis macht, dass für diese, die bloss das Grössenverhältnis von Arbeit und Entgelt im Auge hat, der Arbeitsvertrag allerdings die wesentlichen Bedingungen eines Kaufgeschäfts erfülle, so können wir ihm darin freilich nicht beipflichten. Unseres Erachtens nähert sich, ökonomisch betrachtet, der Arbeitsvertrag mehr einem Pacht-, als einem Kaufvertrag. Wir haben diesen Gedanken seinerzeit in einer Abhandlung über das Lohngesetz ausgedrückt*) und sind durch das, was Lotmar auf Seite 49 über die Untunlichkeit ausführt, den Arbeitsvertrag als sogenannten Gebrauchsüberlassungsvertrag der Miete an die Seite zu stellen, eher noch in unserer Auffassung bestärkt worden. Lotmar meint, da die Arbeitskraft, „anders als die Mietssache", im Gebrauch verzehrt werde und für einen neuen Gebrauch erneuert werden müsse, so könne „von ihrer Ueberlassung zum Gebrauch im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden". Aber gibt es nicht unzählige Mietssachen, die ebenfalls im Gebrauch verzehrt werden und für einen neuen Gebrauch in gleicher Weise erneuert werden müssen, wie die Arbeitskraft? Gewisse Unterschiede bestehen allerdings auch für die Oekonomie zwischen Mietsvertrag und Arbeitsvertrag, sie sind aber geringer als die, die den letzteren vom Kaufvertrag unterscheiden.

Der Vergleich des Arbeitsvertrags mit dem Kaufvertrag wird allgemein aus der Deduktion abgeleitet, dass der Gegenstand des ersteren — die Arbeit oder Arbeitskraft — für den Entäussernden, den Arbeiter, die wesent-

*) Vergl. die Sammelausgabe: Zur Geschichte und Theorie des Socialismus; pag. 103, Note.

lichen Eigenschaften der Ware habe, d. h. für ihn nicht spezifischer Gebrauchswert sei, sondern nur als Tauschobjekt von ihm verwertet werden könne. So weit ist das auch sicherlich richtig. Aber Lotmar hebt mit Recht hervor, dass die Gleichsetzung der Arbeitskraft mit einer Ware wie jede andere Ware dem Kapitalismus auf den Leib zugeschnitten ist und dass die Betonung des Unterschieds zwischen jener und den gewöhnlichen Waren zu einer starken Stütze für die Forderungen des Arbeiterschutzes und der Koalitionsfreiheit ausgebildet wurde. Nur bleibt er mit der Masse der Oekonomen, die den Arbeiterschutz etc. vertreten, hier auf halbem Wege stehen, wenn er trotzdem an dem Begriff Ware Arbeitskraft im Sinne eines Tauschobjekts festhält. Tatsächlich fehlt der Arbeitskraft heute eine Reihe der Eigenschaften, die die charakteristischen Merkmale der Ware im eigentlichen Sinne dieses Wortes bilden, wie Schreiber dieses es an der zitierten Stelle bezeichnet hat: „Weder ist sie Produkt gewerblicher Arbeit, noch ist sie fähig, den Besitzer zu wechseln". Aus diesem Unterschied ergibt sich auch, warum für die Arbeitskraft trotz ihrer Eigenschaft, für den Besitzer bloss als Veräusserungsgegenstand spezifischen Wert zu haben, die Gesetze der Wertbestimmung nur in bedingtem Sinne zutreffen.

Im Paragraph Terminologie erklärt Lotmar, an den Bezeichnungen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des allgemeinen Sprachgebrauchs festhalten zu wollen. Wenn man, wie Fr. Engels, an diesem Sprachgebrauch anstössig finde, dass dabei derjenige als Nehmer von Arbeit bezeichnet wird, der die Arbeit zu leisten verspricht, und derjenige als Geber von Arbeit, dem die Arbeit geleistet wird, so sei darauf zu erwidern, dass in diesen Zusammensetzungen das Wort Arbeit ebenso die Arbeitsgelegenheit bedeute, wie in den Verbindungen: Arbeitsnachweis, arbeitslos, jemandem Arbeit verschaffen (Seite 60). Das stimmt, wenngleich die Ausdrücke immer etwas Zweideutiges behalten. Da jedoch noch niemand ein deutsches Wort gebildet und zur Annahme gebracht hat, das die Parteien des Arbeitsvertrags besser und verständlicher bezeichnet, so lässt sich auch unseres Erachtens gerade für den Juristen ihr Gebrauch in vielen Fällen gar nicht umgehen. Ausdrücke wie Unternehmer, mit denen sich der Oekonom zur Not behelfen kann, oder Arbeitsherr, Prinzipal etc. werden, wo es die Rechtsbeziehung prägnant zu kennzeichnen gilt, oft erst recht zweideutig, wie sie auch im praktischen Leben häufig genug versagen.

Wir wiederholen, dass wir auf die Substanz des Lotmarschen Werkes leider nicht eingehen können. Solche rechtswissenschaftlichen Arbeiten lassen sich nicht in wenigen Sätzen zusammenfassend veranschaulichen. Ihre Bedeutung liegt nicht in wenigen allgemeinen Gedanken oder Sentenzen, sondern in der gründlichen Durcharbeitung und Analyse eines unendlich zusammengesetzten Baues, dessen Einzelteile zu selbständig oder eigenartig sind, um für das Ganze aufmarschieren zu können. Es handelt sich hier nicht um die Begründung einer neuen Gesellschaftsordnung, sondern um die Untersuchung und Kritik der Natur, der Gestaltungen und Entwickelungen eines Rechtsinstituts, das sich auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung ausgebildet hat. Der Arbeitsvertrag ist zunächst der Ausdruck für eine ökonomische Tatsache. Als solcher ist er verhältnismässig leicht zu beurteilen. Aber als Rechtsbeziehung bietet er tausend Probleme dar. Nie ist das so klar zu Tage getreten, wie heute, wo sich das Institut des Arbeitsvertrags immer stärker verallgemeinert. Ganz neues Recht, ganz neue Rechtsbegriffe, ganz neue Rechtsinstanzen werden notwendig, die Vorstellung, dass die Ausbildung des Rechts, dass die Wissenschaft der Rechtsbegriffe für die moderne Arbeiterschaft gegenstandslos sei, erweist sich als die grösste Utopie, die je ausgesprochen wurde. Daher entspricht ein Werk, wie das vorliegende, durchaus einem modernen Bedürfnis. Es ist trotz seiner strengen Sachlichkeit kein trockenes Kompendium. Der lebendige Zug der Zeit pulsiert in seinen Adern, das Werdende — wir betonen hier die schönen Kapitel über den Tarifvertrag — findet in ihm volle Berücksichtigung und Würdigung. Das Recht ist eine Disziplin, die leichter als andere zu ödem Formalismus verleitet und deren Jünger daher leicht zu reinen Handwerkern herabsinken. Aber in kaum einer zweiten Betätigung kann der schöpferische Geist es zu so

grossartigen Leistungen bringen, wie hier, wo die Schöpfung aus dem Begriff geschieht und doch an das Reale gebunden ist. Das hat uns das Lotmarsche Werk wieder einmal deutlich vor Augen geführt.

Schäffle, Dr. A.: **Ein Votum gegen den neuesten Zolltarif.** Tübingen. H. Lauppsche Buchhandlung. 232 S. 8⁰. Preis: 3,50 Mk.

Der weitbekannte schwäbische Gelehrte, dessen Quintessenz des Socialismus die Reise um die Welt gemacht hat, verwahrt sich in dieser Schrift auf Seite 14 bis 16 sehr energisch gegen den „utopistischen Kollektivismus" der Socialdemokratie, den er trotz seines Eintretens für zeitgemäss kollektive Führung der Daseinskämpfe von 1856 an bis heute „furchtlos bekämpft" zu haben behauptet. Das „Prinzip der Utopisten": Arbeitenmüssen nach der Arbeitsfähigkeit, Genuss aber nach dem individuellen Bedürfen und Geniessenwollen stehe „mit den unveränderlichen Gesetzen gesunder Volksgemeinschaft im unauflöslichen Widerspruch". Nachdem er so nach der Seite der Socialdemokratie hin sein socialpolitisches Gewissen salviert hat, kritisiert Schäffle den Zolltarifentwurf der Regierung mit einer Schärfe, wie sie im Effekt auch der radikalste Socialdemokrat nicht überbieten könnte. Der Mann, der das Wort vom antikollektivistischen Bauernschädel geprägt hat, der sich auch in dieser Schrift als Freund der Bauernrettung dokumentiert und selbst für die notleidenden Agrarier manches freundliche Wort hat, geht mit den Argumenten, die für den Wucherzoll auf Agrarprodukte, und nicht minder mit denen, die für die hohen Industriezölle ins Feld geführt werden, wahrhaft schonungslos zu Gericht. Man könnte seine Schrift eine kalte Abschlachtung des Tarifentwurfs nennen, wenn nicht hinter der sorgfältig beobachteten Zurückhaltung in den Ausdrücken deutlich eine tiefe Erregung zu erkennen wäre: die wissenschaftliche Ueberzeugung, dass der Entwurf eine ernsthafte sociale Gefahr für Deutschland bedeute, — eine sociale Gefahr, insofern er das Wohl der werktätigen Bevölkerung schwer bedroht, eine sociale Gefahr, indem er die Klassenentwickelung in eine falsche, d. h. mit den Anforderungen des modernen Wirtschaftslebens in Widerspruch stehende Richtung drängt, eine sociale Gefahr, indem er die Bürgschaften einer sich schrittweise und organisch vollziehenden Entwickelung untergräbt und zu einer katastrophalen Entwickelung drängt. Der Zusammenhang der handelspolitischen mit der socialpolitischen und allgemein politischen Frage wird in eindrucksvoller Weise hervorgehoben. Nach Schäffle bedroht der neue Zolltarif auch das Reichstagswahlrecht. „Von dem Ansinnen einer künstlichen Umwälzung in der nationalen Einkommensverteilung", schreibt er auf Seite 219 bis 220, „würde kein allzu grosser Schritt zum Ansinnen einer Verfassungsumwälzung sein . . . In der praktischen Konsequenz dauernder Aufrechterhaltung der Getreidezölle wird der Appetit nach Einschränkung des Wahlrechts sich einstellen." Das ist sehr treffend bemerkt. Und nicht minder bemerkenswert ist folgender Satz: „Vom Standpunkt der Erwägung richtiger internationaler Arbeitsteilung wie vom Standpunkt der Bevölkerungstheorie, von den Prämissen der Bevölkerungslehre, wie von denjenigen der Ricardo-Thünenschen Grundrentenlehre aus spricht so gut wie alles — gegen den Tarif." (Seite 199.) Diese und ähnliche Sätze, deren ausführliche Begründung dem Leser nicht vorenthalten wird, lassen deutlich erkennen, von wie einschneidender Bedeutung die Frage des Zolltarifs für eine ganze Reihe der wesentlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens und der Wirtschaftsentwickelung und damit überhaupt für den Socialismus ist. Auch abgesehen von ihrer speziellen Tendenz ist die Arbeit Schäffles, als ein lehrreicher Beitrag zur Erhellung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, wert, gelesen zu werden. Die paar Seitenhiebe des Verfassers gegen den Socialismus der Socialdemokratie mögen hier auf sich beruhen bleiben.

Schulz, Dr. Arthur: **Kornzoll, Kornpreis und Arbeitslohn.** Ein Beitrag zur Handelspolitik und zur Lehre vom Arbeitslohn. Leipzig. Duncker & Humblot. 158 S. 8⁰. Preis: 3,20 Mk.

Den Mittelpunkt dieser Arbeit, die den Zusammenhang von Kornzoll und Socialreform untersuchen will, bildet eine eingehende Erörterung der Frage, wie sich die Bewegungen von Arbeitslohn und Kornpreis zu einander verhalten, ob mit dem Steigen und Fallen des letzteren die Löhne in gleicher Richtung sich bewegen oder ob diese in umgekehrter Richtung steigen und fallen, wenn der Kornpreis sich andauernd niedriger oder höher stellt. Man hat die Annahme, dass ersteres die Regel sei, die Paralleltheorie genannt, während die Behauptung, dass letzteres gewöhnlich eintrete, als Konträrtheorie bezeichnet wird. (Parallelbewegung und Konträrbewegung von Lohn und Kornpreis.) Eine Theorie, die jede Rückwirkung der Preisänderungen des Brotkorns auf den Arbeitslohn leugnet, gibt es nicht; es gibt nur Oekonomen, die unter Berufung auf die Tatsache, dass es gewöhnlich eine Vielheit von Faktoren ist, die auf die Lohnhöhe bestimmend einwirken, eine regelmässig nach dem einen oder dem anderen Prinzip sich vollziehende Bewegung der Lohnsätze bei bestimmten Bewegungen der Getreidepreise in Abrede stellen oder als nicht erwiesen bezeichnen. Je nachdem sie das eine oder andere Resultat als das Wahrscheinlichere hinstellen, hat man sie den Anhängern der einen oder anderen der zwei vorbezeichneten Theorieen hinzuzuzählen.

Von diesen ist die Paralleltheorie die ältere. Sie stützte sich ursprünglich auf die Anschauung, dass Arbeitslohn und Unterhaltsminimum in der Regel zusammenfallen, — d. h. auf das Lohngesetz in seiner extremsten Fassung. In dieser Lesart wurde sie seinerzeit selbst von Socialisten akzeptiert, aber u. a. schon von Lassalle zurückgewiesen. (Rede über die indirekten Steuern.) In neuerer Zeit sucht man ihr dadurch eine solidere ökonomische Begründung zu geben, dass man vom Steigen der Getreidepreise eine Hebung der Arbeitsgelegenheit auf dem Lande und entsprechende Minderung des Arbeitsangebots in der Industrie ableitet, womit die Möglichkeit steigender Löhne bei steigendem Getreidepreis gegeben sei. Wie der Verfasser im Anschluss an eine Reihe freihändlerisch gesinnter moderner Oekonomen, darunter insbesondere Dietzel (Bonn), schlagend nachweist, steht es jedoch mit dieser Begründung um kein Haar besser, als mit der Berufung auf das eherne Lohngesetz.

Die genannten Oekonomen nun, sowie eine Anzahl von Theoretikern des Socialismus vertreten mehr oder minder bestimmt und folgerichtig die als Konträrtheorie bezeichnete Auffassung, und zu ihr bekennt sich, sie entwickelt in systematischer, Induktion und Deduktion verbindender, den Tatsachenbeweis und die theoretisch-schematische Beweisführung leistender Darstellung, der Verfasser. Wie er im Vorwort erklärt: „selbst durch alle Bande ideeller und materieller Interessen mit der ostdeutschen Landwirtschaft verbunden" (er ist Gutsbesitzer in Ostpreussen), weist er mit scharfer Logik und an der Hand überzeugender Tatsachen nach, dass vor allem in der Wirtschaft der vorgeschrittenen Industrieländer zwischen Getreidepreis und Arbeitslohn ein notwendiger Gegensatz besteht, dass daher mit Zuversicht das wirtschaftliche Gesetz aufgestellt werden könne: „Sinkt die Produktivität des Ackerbaus und steigen die Getreidepreise, so steigt die Grundrente und fällt der Arbeitslohn" (Seite 148), und dass es die Wirkung der Getreidezölle sei, die Voraussetzung dieses Gesetzes zu erfüllen. Für die prinzipielle handelspolitische Stellungnahme der Arbeiterklasse folge aus dem Konträrgesetz „unverbrüchliches Festhalten an der Forderung freien Weltverkehrs". (Seite 156.) Nur bei rein äusserlicher Betrachtung könne man finden, dass der Freihandel dem socialistischen Gedanken entgegengesetzt sei. Bei dem heutigen Stand der Weltwirtschaft sei der Freihandel „nicht bloss ein Postulat des socialistischen Gedankens, sondern schon des einfachen Lohnarbeiterinteresses", „eine Forderung im wohlverstandenen Produzenteninteresse der arbeitenden Klassen." (Seite 157.)

Mit diesen beiden Sätzen polemisiert der Verfasser gegen Anschauungen, die in den Diskussionen der Socialdemokratie über die Zollpolitik u. a. von R. Calwer und Max Schippel vertreten wurden. Von lebenden socialistischen Vertretern der entgegengesetzten, mit der seinen im wesentlichen übereinstimmenden Anschauung nennt er insbesondere Kautsky und den Schreiber dieses, wirft aber auch ihnen vor, dass sie die Konträrtheorie, „die einzig mögliche prinzipielle Grundlage socialistischer Handelspolitik, nicht mit genügender Klarheit und Entschiedenheit vertreten.“ (Seite 88.) Wir möchten, soweit wir selbst dabei in Betracht kommen, den Verfasser auf unseren Artikel: Prinzipielles zur Frage der Agrarzölle*) verweisen, wo er u. a. auf den Satz stossen wird: „Hohe Renten und hohe Preise der notwendigen Lebensmittel sind stets Krisenfaktoren ersten Ranges gewesen. Die Industriearbeiter würden so von der Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel doppelt — [nämlich als Produzenten wie als Konsumenten] getroffen werden“.**) Im gleichen Sinne heisst es auch in den Voraussetzungen des Socialismus: „Nichts hat vielleicht so viel zur Abmilderung der Geschäftskrisen oder Verhinderung ihrer Steigerung beigetragen, wie der Fall der Renten und der Lebensmittelpreise“.***) Wenn diese Sätze nicht so ganz von ungefähr hingeschrieben wurden, — und dass dies nicht der Fall, zeigt bei dem letzteren der ihm unmittelbar vorhergehende, scharf betonte Hinweis auf die erfolgte Ausdehnung der Lebensmittelproduktion —, so kann ihnen nur eine Auffassung des Verhältnisses von Lohn und Lebensmittelpreis zu Grunde liegen, die der sogenannten Konträrtheorie entspricht. Mangel an Entschiedenheit in der Vertretung dieses Standpunktes kann man dem Schreiber dieses nicht vorwerfen.

Aber der Verfasser hat darin recht, dass die socialistischen Vertreter dieser Anschauung ausnahmslos es bisher an ihrer klaren und systematischen Begründung durchaus haben fehlen lassen. Und indem sein Buch diese Begründung liefert, hilft es einer verhängnisvollen Lücke in der socialistischen Literatur wirkungsvoll ab. Seine Beweisführung ist in hohem Grade überzeugend, und ganz besonders schätzen wir sie um des theoretischen Geistes willen, der sie durchdringt. So sympathisch der wirtschaftspolitische Standpunkt berührt, den der Verfasser in der das deutsche Volk zur Zeit beschäftigenden Zollfrage praktisch verficht, so sehr man ihm beipflichten muss, wenn er sagt, dass die Arbeiterklasse allen die Verkehrsfreiheit und Verkehrssteigerung beeinträchtigenden Massnahmen zur künstlichen Hinaufschraubung der Grundrenten „den äussersten Widerstand entgegenzustellen hat“ (Seite 158), so ist sein Buch doch vor allem wegen der schönen theoretischen Entwickelungen zu begrüssen, die es darbietet. Die Theorie vom Arbeitslohn erhält durch sie eine wirkliche Bereicherung, und ebensowohl die Frage der Rente wie das Problem des Wertes werden durch die überaus klaren Auseinandersetzungen des Verfassers dem Verständnis selbst des ungeübten Lesers näher geführt. Wenn ein weitherziges Empfinden den Verfasser über den engen Interessenstandpunkt der Klasse erhoben hat, der er social angehört, so hat ein eindringendes Studium der ökonomischen Literatur, eine genaue Bekanntschaft mit den Klassikern der politischen Oekonomie es ihm ermöglicht, den wissenschaftlichen Beweis für die Richtigkeit seines Standpunktes in wahrhaft zwingender Weise zu führen. Wer den praktischen Wert theoretischer Schulung bezweifelt, den wird diese ausgezeichnete Abhandlung eines Besseren belehren.

Socialdemokratische Partei Bayerns. Protokoll über die Verhandlungen des 6. Parteitages, abgehalten zu Ludwigshafen a. Rh. am 15. und 16. Juni 1902. Herausgegeben vom Landesvorstand. Nürnberg. Fränkische Verlagsanstalt. 94 S. 8°. Preis: 20 Pfg.

---

*) Vergl. Socialistische Monatshefte 1901, 1. Bd., pag. 185 ff.

**) Vergl. a. a. O., pag. 190.

***) Vergl. Die Voraussetzungen des Socialismus. 1902, pag. 82. Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger, Stuttgart.

Enthält einen sehr guten, chronistisch geordneten Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der socialistischen Fraktion im Bayerischen Landtage im Berichtsjahr 1901 bis 1902. Ferner am Schluss, in der Zusammenstellung der Beschlüsse des Parteitages, den Wortlaut eines von diesem einstimmig angenommenen Gemeindewahlprogramms. Von den Verhandlungen des Parteitags beanspruchen die Debatten über das Verhalten der socialdemokratischen Landtagsfraktion in Bezug auf eine Resolution des Landtags über die Wahlrechtsreform ein besonderes Interesse. Die Resolution fordert eine Wahlrechtsreform, die in verschiedenen Punkten hinter dem allgemeinen Wahlrecht, wie die Socialdemokratie es erstrebt, zurückbleibt. Trotzdem hatte die Fraktion ihr, wenn auch mit Vorbehalt, zugestimmt und war dafür verschiedentlich heftig getadelt worden. Der Parteitag nahm jedoch nach eingehenden Debatten mit 74 gegen eine Stimme bei elf Stimmenthaltungen eine Resolution an, die das Verhalten der Fraktion in dieser Frage billigt.

2. In französischer Sprache.

Dolléans, Ed.: **L'Accaparement.** Paris. Librairie de la Société du Recueil général des Lois et des Arrêts (L. Larose et Forcel). 428 S. gr. 8°. Preis: 6 Frcs.

Eine sehr eingehende Untersuchung über das Wesen des Warenwuchers in der Gegenwart. Der Sprachgebrauch verbindet mit dem Wort accaparement ursprünglich nur den Begriff des Aufkäufertums, d. h. des Eingreifens in die Warenzirkulation zum Zweck wucherischen Auftreibens der Preise. Es liegt aber auf der Hand, dass dieser Zweck auch durch Massnahmen erreicht werden kann, die sich auf die Produktion der betreffenden Ware beziehen, dass, mit anderen Worten, schon Wucher mit oder an der Ware getrieben werden kann, bevor sie überhaupt noch in die Zirkulation eintritt. Die französischen Lexikographen haben dies schon früh anerkannt, indem sie (z. B. Guillaumin 1854) entgegen der Etymologie des Wortes accaparement, die einen Kauf oder eine kaufähnliche Aneignung des Produkts unterstellt, die monopolistische Aneignung und Verwendung der Produktionsmittel zum Zwecke wucherischer Beeinflussung der Produktpreise in den Begriff einbezogen. Und dies, wie der Verfasser richtig ausführt, mit Fug und Recht. Denn der Zweck des accaparement, die Beherrschung des Marktes, kann mit grösserer Sicherheit und Dauer durch Eingreifen in die Produktion als durch Eingreifen in die Zirkulation oder durch Spekulationsmanöver erreicht werden. So fallen denn von modernen Methoden der Beeinflussung der Warenpreise nicht nur die Ringe, Corner und ähnliche Spekulantenmittel, sondern auch die Produktionssyndikate, die Trusts etc. unter den Begriff des accaparement. Unser deutsches Wort Aufkäufertum deckt daher nur die eine Seite dieses Begriffs; will man auch für die andere Seite Raum lassen, so muss man ein umfassenderes Wort wählen, und da scheint uns der Ausdruck Warenwucher der zweckmässigste zu sein.

Der Verfasser untersucht nun, indem er die Unterscheidung: Warenwucher in der Spekulation bezw. Zirkulation und Warenwucher in der Produktion möglichst streng durchführt, in zwei grösseren Abschnitten die bedeutsamsten Erscheinungen, welche das Wirtschaftsleben der Gegenwart in dieser Hinsicht zu verzeichnen hat: die Verfassung, Methoden und Ergebnisse der typischen kapitalistischen Verbindungen zur gelegentlichen oder dauernden Beherrschung des Warenmarktes. Seine Untersuchung ist gleichzeitig ökonomisch und juristisch. Sie zeigt die ökonomischen Umstände und Kräfte auf, die zu den in Frage kommenden Verbindungen führen, sowie deren Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben, und sie legt ihren rechtlichen Charakter, ihre Beziehungen zur Wirtschaftsgesetzgebung bloss. Letzteres allerdings nur nebenbei, denn die Absicht des Verfassers ist vor allem, eine ökonomische Studie zu liefern. Seine Arbeit hat den Zweck, sagt er in der Einleitung, „nicht eine juristische, sondern eine ökonomische Untersuchung anzustellen; sie soll auf Grund der realistischen Methode

eine ökonomische Idee prüfen und ihre Bedeutung aus den Tatsachen ermitteln." (Seite 4.) Indes spielen die rechtstheoretischen Betrachtungen doch eine erhebliche Rolle in seinen Erörterungen, und zwar, wenn unbeabsichtigter-, doch keineswegs unangebrachterweise. Eine Untersuchung des Warenwuchers, die das Recht beiseite schiebt, wäre eine Halbheit, bei der nur Halbes zu Tage gefördert würde. Für die rein ökonomische Betrachtung gibt es überhaupt keinen Wucher. Ob eine ökonomische Handlung Wucher ist, entscheidet jeweilig das Recht oder das sittliche Bewusstsein.

Was der Verfasser wirklich vorhat, ist denn auch nicht, die rechtliche Seite der Frage zu übergehen, sondern die Ohnmacht oder das geringe Vermögen des Rechts gegenüber der Oekonomie in dieser Frage darzutun. Wiederholt zeigt er, wie die gegen den Warenwucher gerichteten Bestimmungen der geltenden Gesetzgebung an den modernen, ökonomischen Formen des ersteren zu Schanden werden. Ihm sind die Trusts und Kartelle Erscheinungen, gegen die sich juristisch überhaupt nichts Ordentliches ausrichten lässt, obwohl sie wucherischen Charakter tragen und Wirkungen des Wuchers zur Folge haben.

„Aus der freiwilligen und willkürlichen Verteilung des socialen Mehrwerts unter die Produzenten," schreibt er im Hinblick auf die Trusts, „ergibt sich eine Knechtung der Produktion im Interesse einer Klasse, aus dieser Knechtung eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Fortschritts, eine Verminderung der socialen Produktivität. Das kapitalistische Wesen ist selbst in seiner Gestalt als Kollektivismus der ‚Industriehauptleute' unfähig, die ganze Verbesserung herbeizuführen, welche die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel den materiellen Existenzbedingungen der grossen Masse zu bringen vermag." (Seite 413.)

Daher könne der Trust, der Kollektivismus der Industriechefs, nicht einseitig bleiben. „Die vollständigste Beteiligung der Arbeiterklasse am Mehrwert und an der Leitung der Produktivkräfte ist an die Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkraft, an die Anpassung der Produktion an den Bedarf gebunden". (Seite 404.) Dies zu verwirklichen, ständen zwei Wege offen: der Staatssocialismus (hier ohne jede Beziehung zu herrschenden Klassen zu verstehen) und das Gewerkschaftswesen. Ohne sich bestimmt darüber zu äussern, lässt der Verfasser doch durchblicken, dass er sich von dem letzteren mehr verspricht. Die direkte Einmischung des Staates könne dadurch, dass sie entweder mit den Verkaufspreisen die Kapitalprofite beschränkte oder durch eine Steuer deren Ueberschuss einzöge, leicht ihren Zweck verfehlen. „Sie würde allenfalls den Kapitalprofit einschränken, aber sie würde die sociale Produktion nicht freisetzen." Die Unterscheidung der Individuen als Konsumenten und Produzenten, Unternehmer und Arbeiter sei willkürlich. „Es gibt nur eine der Wirklichkeit entsprechende Unterscheidung: Die Unterscheidung zwischen der Klasse, welche über die Produktionsmittel verfügt, und der Klasse der Lohnangestellten." Die Beziehungen dieser zwei Klassen regeln, hiesse gleichzeitig die Konsumenten beschützen. „Die Gewerkschaftsrichtung ist der Ansicht," schliesst der Verfasser, „dass gegenüber den ökonomischen Umgestaltungen der Staat nur eine Beistandsrolle zu spielen hat; er soll nur die Fortschritte der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen durch eine wohlwollende Gesetzgebung erleichtern und sanktionieren. Statt die Gewerkschaft für obligatorisch zu erklären, sollte sich der Staat darauf beschränken, je für alle Arbeiter eines Berufszweiges die Beschlüsse der Gewerkschaft in Bezug auf Tarife oder Lohnsätze und allgemein in Bezug auf alle Arbeitsbedingungen für bindend zu erklären. Die Umgestaltung muss vermittelst eines i n n e r e n Mechanismus vor sich gehen; im Schosse des Proletariats, durch das Mittel von dessen eigenen Kräften muss das neue Recht zu stande kommen." (Seite 415.)

Es liegt auf der Hand, dass sich gegen diese Auffassung sehr viel Begründetes einwenden lässt. Um nur eines zu erwähnen, würde das auf diese Weise den Gewerkschaften in die Hände gespielte Monopol die Gefahr der Verlangsamung des Fortschritts der Produktion eher noch

steigern, statt sie zu mindern. Die Gewerkschaft hat die Interessen von Berufsgruppen zu wahren; es heisst sie in einen Widerspruch mit sich selbst bringen, wenn man von ihr die Wahrung der Interessen der Allgemeinheit gegen die besonderen Interessen eben dieser Berufe verlangt. Der Verfasser scheint diese Seite der Frage wenig überdacht zu haben. In ähnlichem Sinne lesen wir bei ihm im ersten Kapitel, dass der Artikel 419 des französischen Strafgesetzes, der sich gegen Warenwucher in der Zirkulation wendet, mit Recht die Preiskoalitionen in der Produktion verschone, weil diese „den Zweck' haben, gefährdete Industrieen zu verteidigen oder den nationalen Markt gegen das Eindringen fremder Produkte zu schützen", und dass die sich selbst überlassene freie Konkurrenz dadurch, dass sie die Industriellen nötige, mit Verlust zu verkaufen, und Industrieen desorganisiere, „eine Verminderung des Reichtums, eine Ursache der Schwäche der Nation bewirkt." (Seite 11 und 14.) Aus diesen Stellen, denen wir noch andere gleicher Tendenz an die Seite stellen könnten, spricht ein sehr einseitiger Produzentenstandpunkt, dessen Konsequenz die krasseste Schutzzöllnerei wäre.

Können wir hierin dem Verfasser nicht folgen, so erkennen wir um so bereitwilliger an, dass seine Arbeit sonst manche Vorzüge aufweisst. Hierher gehört unter anderem die scharfe Begriffsunterscheidung, der wir überall begegnen. In diesem Punkt zeigt der Verfasser, dass er nicht umsonst Franzose ist. Die verschiedenen Seiten des Warenwuchers werden von ihm mit treffender Dialektik auseinandergehalten und gekennzeichnet. Ebenso legt sein Buch Zeugnis von fleissigen Studien auf dem Gebiete der neueren Wirtschaftsgeschichte und insbesondere der Geschichte der Unternehmerkoalitionen ab. Wer Material über Trusts und Ringe sucht, kommt bei ihm nicht zu kurz. Auch die rechtliche Seite der Frage wird vom Verfasser gut beleuchtet, wie denn überhaupt das juristische Denken ihm näher zu liegen scheint, als das ökonomische. Wiederholt verlaufen bei ihm ökonomische Entwickelungen in juristische Auseinandersetzungen. Er glaubt Oekonom zu sein, wo er vor allem Jurist ist. Anders ausgedrückt: sein Oekonomismus ist oft nur ein formaler, während er selbst ihn für grundsätzlich hält. Und aus diesem Irrtum resultiert ein Teil der Mängel, die wir oben zu rügen hatten.

3. In italienischer Sprache.

Bertesi, Alfredo: **Socialismo e Religione.** Roma. Libreria Socialista Italiana. 6 S.

Bertesi, socialistischer Kammerdeputierter, gibt hier in knapper Form die Gründe an, warum die Begriffe Socialismus und Religion sich nicht decken können. 1. Der Socialismus kann nicht die Sache der Religion zur seinigen machen, weil er sonst seine Daseinsberechtigung einfach verlieren müsste. Er ist das Einigungsband aller Proletarier, ohne Rücksicht auf deren Konfession. 2. Der Socialismus baut sich auf den positivistischen Wissenschaften auf. Die Metaphysik des Gottleugnens liegt ihm deshalb ebenso fern, als die Metaphysik des Gottesglaubens. — Auch in den Grundsätzen der Religion und des Socialismus bestehe ein unlöslicher Widerspruch. Während der Socialismus Selbsthilfe des Proletariats anerkennt und einen historischen Gegensatz von Kapital und Arbeit voraussetzt, empfiehlt die Religion ihrem Bekenner Ergebung ins Schicksal sowie christliche Demut und glaubt an die Auflösung aller wirtschaftlichen Gegensätze in ihr. Trotzdem brauche aber keine offene Feindschaft zwischen den Dienern Gottes und den Kämpfern für sociale Freiheit zu bestehen, wenn erstere sich nicht auch an den ökonomischen Streitfragen der Zeit beteiligten, die dem Gebiete der Religion eigentlich doch fern liegen.

Dies sind in Kürze die meines Erachtens durchaus gesunden Ideen, die Bertesi in den sechs Seiten seiner Broschüre mit wahrhaft erstaunlicher Gedankenfülle entwickelt. *Dr. Robert Michels.*

Ciccotti, Francesco: **Socialismo e Cooperativismo agricolo nell' Italia Meridionale.** Firenze. G. Nerbini, Editore. 8⁰. 35 S.

Wie es in Italien je zwei hervorragend tüchtige Socialisten mit den Namen Labriola (Antonio und Arturo), Montemartini (Luigi und Giovanni) und Croce (Giuseppe und den Marxforscher Benedetto) gibt, so ist der Name Ciccotti in der socialistischen Welt Italiens ebenfalls zweimal vertreten. Ettore Ciccotti ist Historiker, Universitätsprofessor und Deputierter, sein Neffe Francesco Ciccotti Nationalökonom und einer der bekanntesten „Agrarsocialisten". Ich glaube, das alles besonders erwähnen zu müssen, da man in Deutschland in der Regel leider so gut wie gar nicht über die italienische Parteigeschichte orientiert ist.

Vorliegende Broschüre behandelt die in mehr als einer Hinsicht hochinteressante Frage, wie Süditalien, welches ökonomisch, moralisch und politisch gleich weit hinter dem Norden des Landes zurücksteht, gehoben werden und — damit zusammenhängend — auf welche Weise der Socialismus, welcher dort bekanntlich so gut wie keine Fortschritte macht — die jüngst errungenen Erfolge Ferris und der Neapolitaner „Propaganda" datieren erst aus der allerneuesten Zeit — endlich feste Wurzeln fassen könne. Zunächst glaubt Verfasser diejenigen Reformer zurückweisen zu müssen, die sich einbilden, die Erlösung des l'Italia barbara gescholtenen Südens sei nichts als eine questione morale. Verfasser ist im Gegenteil der Meinung, eine Befreiung der zurückgebliebenen Landesteile nur durch Hervorkehrung der wirtschaftlichen Seite der Frage bewerkstelligen zu können. Zwar hätten die süditalienischen Socialisten diese auch schon vor ihm betont, aber nur in einer ganz unsachgemässen Weise, denn sie hätten, nicht dem Proletariat, sondern den gebildeten Ständen entstammend, auch die Agitation akademisch betrieben und seien zwar „Herren des klassischen, starren und einseitigen Formelkrams des Socialismus, entquollen dem aprioristischen Wissen der marxistischen Doktrin, aber Ignoranten des grossen Gesetzes von der Anpassung" gewesen (Seite 7).

Dieser Umstand habe vor allem in der Behandlung der Agrarfrage verhängnisvoll gewirkt. Da es in Süditalien fast kein nichtsbesitzendes Proletariat gebe, die verschuldeten, armselig ihr Leben fristenden Kleinbauern von den socialistischen Theoretikern aber stets zu den „besitzenden Klassen" gerechnet worden seien, so habe man diese förmlich in das feindliche Lager hineingedrängt.

Zur Gewinnung dieser breiten und wichtigen Bevölkerungsschichten führt Verfasser folgenden Vorschlag an: Zu allererst sei das Land überhaupt zu modernisieren. Die Einführung der intensiven Bodenkultur würde viel zum Verschwinden der kleineren und mittleren selbständigen Landwirte beitragen und somit endlich der Boden für den Klassenkampf gewonnen werden. In diesem wirtschaftlichen Kampf zwischen Grosskapital und Kleinkapital dürfe der Socialismus alsdann aber nicht abseits stehen, sondern er müsse es als seine Aufgabe betrachten, letzterem kräftigst beizustehen, um es nicht in die untersten Schichten des Proletariats sinken zu lassen. Das Mittel hierzu sei das Genossenschaftswesen, denn „sein socialer Charakter ist ein Mittelding (intermedio) zwischen dem Einzelvorhandensein (isolamento) des Besitzes (Privatbesitz) und der Fusion des Besitzes (Kollektivismus)." (Seite 29.) Wenn er den Kooperativismus aber in der Hauptsache bloss als Etappe zum Kollektivismus fasst, so pflichtet er doch gleichzeitig auch dem bekannten modernen Agrarsocialisten seiner Heimat, Professor Gerolamo Gatti, bei, welcher zumal die günstige Wirkung des Kooperativismus auf die Moral hervorhebt.

Das sehr wissenschaftlich, manchmal sogar ein wenig trocken geschriebene Büchlein weckt vielfach Widerspruch, aber man wird nicht umhin können, zuzugeben, dass es — auch abgesehen von der Fülle von äusserst wertvollen Anregungen, die es bringt — in seinen Hauptzügen unbedingt das Richtige trifft. *Dr. Robert Michels.*

Il Canzoniere dei Socialisti. Compilazione di **Maria Cabrini.** Firenze, G. Nerbini, Editore. 195 S.

Eine moderne socialistische Gedichtsammlung, wie sie in der Literatur socialistischer Lyrik aller Nationen nicht ihresgleichen hat und in der alle Fragen behandelt sind, welche den italienischen Socialismus überhaupt beschäftigen. Zugleich legt diese Chrestomatie auch ein Zeugnis dafür ab, wie sehr die gebildete Welt Italiens bereits von socialem Geiste durchdrungen ist. Die Sammlung weist von allen lebenden grösseren und grössten Dichtern des modernen Italiens — Roberto Bracco und Giovanni Verga ausgenommen — Beiträge auf. Von den bürgerlichen Poeten, wie Giosuè Carducci und Felice Cavallotti, und den socialistenfreundlichen, wie Gabriele d'Annunzio und Arturo Graf, bis zu den proletarisch empfindenden, wie Edmondo De-Amicis, Ada Negri, Corrado Corradino, Mario Rapisardi und Carlo Conte Marenco, sind alle bedeutenden Dichternamen vertreten, ein Beweis von dem fortgeschrittenen Geiste der Nation. Eigentümlich ist auch, dass eine grosse Anzahl socialistischer Praktiker (Deputierte etc.) sich unter den Dichtern befinden, unter ihnen Männer, die in der Partei eine so hervorragende Stellung einnehmen wie Filippo Turati, Leonida Bissolati, Andrea Costa, Angiolo Cabrini und Adolfo Zerboglio. Die Sammlung, in welcher sich mit ganz wenigen Ausnahmen nur Wertvolles befindet, ist von der auch als Agitatorin und Statistikerin verdienstvollen Maria Cabrini zusammengestellt. Die sehr feinsinnige Einleitung von Mario Malfettani und die zum Teil recht eindrucksvollen Zeichnungen von Costetti, Melis, Soffici u. a. verleihen dem Werk noch einen besonderen Reiz.

Dr. Robert Michels.

4. In russischer Sprache.

Shisn (Das Leben). Literarische, wissenschaftliche und politische Revue. No. 1. April 1902. London. S. E. Catford. Verlag der socialdemokratischen Organisation Shisn. 454 und 56 S. 16°. Preis: 5 Frcs. pro Nummer.

Das diesen Titel führende starke Büchlein bildet die ausländische Fortsetzung der gleichnamigen durch einen Gewaltstreich der russischen Regierung in Petersburg im Juni 1901 unterdrückten Revue.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Uebersetzung der Weber von Gerhart Hauptmann, sowie der Rede Bebels gegen Bernstein, gehalten auf dem Hannoverschen Parteitage, die zugleich auch für die Redaktion des Shisn programmatisch sein soll; Das Proletariat und die Armee, Aufsatz von Hubert Lagardelle; Das nationalpolitische Leben in Preussisch-Polen von L. Plochotzky — ein Bild der Politik der Verpreussung des „Kaninchen"volkes; Die Bedeutung des Sektierertums für das moderne Russland von W. D. Bontsch-Brujewitsch — der Verfasser will bewiesen haben, dass die modernen russischen rationalistischen Sekten ein revolutionäres Element sind, und befürwortet ein Zusammengehen der Socialdemokratie mit denselben.

Die russischen Zustände werden in einer Reihe von Artikeln und Notizen geschildert. (Innere Rundschau. Der Mord Ssipjagins etc.)

Zum Schluss bringt die Revue eine umfangreiche, die letzten 5 bis 6 Jahre zusammenfassende Chronik der Arbeiterunruhen und Streikes und eine Chronik der Verhaftungen, Verbannungen und anderer Gewaltakte der russischen Regierung.

Die Uebersetzungen der Weber von Hauptmann und der Bebelschen Rede über Bernstein sind vom gleichen Verlag auch in Separatausgabe veröffentlicht worden.

F. Gr.

II. Aus der Geschichte des Socialismus.

Rudolf Virchow und der Socialismus.

(Eine Reminiszenz aus den Jahren 1848—1849.)

Es ist bekannt, dass der am 5. September d. J. verstorbene berühmte Pathologe und Anthropologe Rudolf Virchow in seinen jüngeren Jahren als Politiker weit radikalere Ansichten verfochten hat, als im letzten Viertel seines Lebens. Wir haben nicht die Absicht, hier zu untersuchen, wie der Wandel, der ohnehin keine aussergewöhnliche Erscheinung war, zu beurteilen oder zu erklären wäre; was aber hier festgestellt zu werden verdient, ist, dass der Jugendradikalismus des grossen Theoretikers der Zellularpathologie diesen in ausserordentliche Nähe zum Socialismus gebracht hat. Wir sehen dabei ganz von dem oft citierten Gutachten über die oberschlesiche Hungertyphusepidemie ab. Eine reiche Ausbeute an Aeusserungen, die bei logischer Weiterführung direkt zum Socialismus hinüberleiten, liefert die von Virchow im Verein mit R. Leubuscher im Sommer 1848 ins Leben gerufene Wochenschrift Die medizinische Reform, die vom 10. Juli 1848 bis zum 29. Juni 1849 erschien und einen entschiedenen Kampf gegen das Zopftum und die bureaukratisch-plutokratischen Einrichtungen und Tendenzen auf dem Gebiet des Medizinalwesens führte. Sie gab sich als ein Kind des revolutionären Dranges, den die Erhebung des Frühjahrs 1848 zur Entfaltung gebracht hatte, und stellte ihr Erscheinen ein, als die Siege und das Walten der Reaktion jede Hoffnung auf erspriessliches Wirken für eine längere Zeit vernichtet hatten. „Die Aerzte sind die natürlichen Anwälte der Armen, und die sociale Frage fällt zu einem erheblichen Teil in ihre Jurisdiktion", heisst es im Programmartikel Virchows, der die erste Nummer der Medizinischen Reform einleitet, und im Abschiedsartikel der letzten Nummer, ebenfalls aus der Feder Virchows, stossen wir auf folgende, immer noch Kampfesstimmung atmenden Sätze: „Auch wir müssen [gleich Moses] in der Wüste umherziehen und kämpfen. Unsere Aufgabe ist die pädagogische: wir müssen streitbare Männer erziehen, welche die Schlachten des Humanismus kämpfen. Wir haben von den Regierungen jetzt auf dem Wege der periodischen Presse nichts mehr zu erwarten. Unter den Aerzten

bedürfen die bildungsfähigen keiner fortlaufenden Leitung; die trägen, böotischen Naturen werden von Gründen nie getroffen werden. Wir können daher nur noch die Aufgabe anerkennen, die Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege, die Fragen von dem täglichen Brot und der gesundheitsgemässen Existenz in das Volk hineinzutragen und ihnen durch immer neue Apostel die breitesten Grundlagen für ihre endliche Durchkämpfung zu erringen. Die medizinische Reform, die wir gemeint haben, war eine Reform der Wissenschaft und der Gesellschaft."

Für diese Zeitschrift nun, an der sich noch eine ganze Reihe von Aerzten beteiligte, die es, wie z. B. Männer wie Remak und Traube, zu grossem Ansehen in der medizinischen Welt brachten, hat Virchow fast sämtliche Leitartikel geschrieben. In zweien davon wird auf Personen Bezug genommen, deren Namen in der Geschichte des Socialismus an hervorragender Stelle figurieren: Friedrich Engels und Karl Rodbertus.

Von Rodbertus, der bekanntlich unter Auerswald-Hansemann kurze Zeit Kultusminister war und als solcher auch die Medizinalangelegenheiten unter sich hatte, wird in der Nummer vom 28. Juli mitgeteilt, dass er sich der Bewegung zu gunsten einer demokratischen Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege entgegenkommend erwiesen habe. „Herr Rodbertus, ein Mann von Geist und Herz, der sich immer schon für Krankenhäuser interessiert haben soll, erkannte sofort die Notwendigkeit eines medizinischen Kongresses, d. h. der Demokratie gegenüber der alten Bureaukratie, an." Allein mit Rodbertus' Ausscheiden aus dem Ministerium sei auch die Aussicht auf eine demokratische Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege wieder zunichte geworden.

Von Friedrich Engels ist im Leitartikel der Nummer vom 15. Juni 1849 die Rede, der das Thema der medizinischen Anstellungen behandelt. Im Anschluss an die Meldung, dass mit einem Press- und Klubgesetz auch ein Gesetz über die Absetzung politisch missliebiger Beamter oktroyiert werden solle, entwickelt der Artikel die Grundsätze und Forderungen der demokratischen Selbstverwaltung. Die Demokratie wolle „die Gesellschaft überzeugen, dass sie ihrer eigenen Existenz wegen ihre heutigen Formen ändern und zu neuen, zeitgemässen übergehen muss, weil ihre heutigen Formen ein Unrecht, eine Gewalt sind, ganze Schichten der Gesellschaft ausser der Gesellschaft setzen." Und nun heisst es weiter: „In seinem Werke über die Lage der arbeitenden Klassen in England sagt Hr. Engels", worauf der zweite Absatz des Kapitels Resultate aus dem Engels-

schen Werk bis zu dem Satz citiert wird, wo es als Mord bezeichnet wird, wenn die Gesellschaft Proletarier in eine Lage versetze oder in einer Lage zu verharren nötige, von der sie wisse, dass sie in ihr zu Grunde gehen müssen. „Wahrhaftig", fährt der Artikel fort, „hätte der Freiherr von Vincke*) nicht 1800 und 1807, sondern 1849 seine Studien über die englischen Zustände gemacht, er würde die Berechtigung des Chartismus anerkannt haben, er würde Demokrat gewesen sein." Das halbe Jahrhundert, das seit Vinckes Studien verstrichen sei, habe von dem Recht des Volkes auf Selbstregierung nichts hinweggenommen, aber vieles hinzugefügt, was die einfacheren Geld-, Verkehrs- und Erwerbsverhältnisse jener Zeit noch nicht erfordert hätten.

In dem Geist, der aus diesen Sätzen spricht, ist die ganze Zeitschrift gehalten. Wir lassen noch einige weitere Auszüge folgen, die erkennen lassen, wie sehr Virchow und mit ihm ein grosser Teil der bürgerlichen Demokratie jener Tage vom Socialismus beeinflusst war und wie befruchtend dieser Einfluss sich bei dem in voller Jugendfrische und Energie schaffenden Gelehrten erwies. Socialist war Virchow auch damals nicht, aber in der Anwendung des Socialismus auf das Sanitätswesen ist er soweit gegangen, wie es beim gegebenen Stande der Entwickelung überhaupt nur möglich war.

* * *

Und nun zu den Belegstücken.

1. *Ueber die öffentliche Gesundheitspflege.* In einem Artikel, der dieses Thema behandelt, schreibt Virchow in der Medizinischen Reform vom 4. August 1848, nachdem er dargelegt hat, dass die öffentliche Gesundheitspflege sich bisher auf etwas Sanitätspolizei und Armenkrankenpflege beschränkt habe:

„Dieser Zustand muss sich jetzt ändern, und zwar entsprechend unserer politisch-socialen Entwickelung. Wie aber ist diese Entwickelung? Wir können darauf nicht schöner als mit Julius Fröbels Worten entgegnen: „Die Ableitung der Souveränität aus dem Willen aller ist der welthistorische sittliche Fortschritt unserer Zeit. Die Menschheit fängt an, sich selbst als ihren eigenen Herrn und Meister zu fühlen und in ihrer eigenen Natur die Normen der sittlichen Ordnung zu finden. Dies ist die eigentliche und tiefe Bedeutung des Gedankens der Volkssouveränität. Dieser Gedanke ist nicht aus dem oberflächlichen Boden des formalen Staatsrechtes erwachsen; — seine Wurzeln ruhen in dem tiefsten Grunde einer neuen sittlichen Weltanschauung, die allmählich in den Gemütern an die Stelle der bisherigen getreten ist. Machen wir es uns so klar wie nur möglich, und vergessen wir es in unserem Wirken keinen

*) Der Vater des liberalen Politikers.

Augenblick, dass die Umwandlungen, welche in der europäischen Menschheit begonnen haben, mindestens so wichtig sind wie die, welche vor sich gingen, als auf den Trümmern des Altertums die christliche Weltanschauung entstand ... In der Tat, eine Bewegung, derengleichen die Weltgeschichte nicht kennt, hat uns von dem Standpunkt der dynastischen und territorialen Politik, dem rein politischen, zu dem socialpolitischen, dem der nationalen und demokratischen Politik geführt; ihre endliche Ruhe wird sie aber erst dann finden, wenn wir auf dem kosmopolitischen Standpunkt, dem der humanen, naturwissenschaftlichen Politik, dem der Anthropologie oder der Physiologie (im weitesten Sinne), angelangt sein werden. Und einer solchen Bewegung gegenüber will man uns noch sagen, die Medizin habe mit der Politik nichts zu tun? in einer solchen Bewegung kann man uns, die wir uns unserer Kleinheit und Endlichkeit gerade hier und von unserem materialistischen Standpunkte aus bewusst sind, persönlicher Leidenschaften zeihen, wenn wir es versuchen, die Konsequenzen des grossen Gedankens von dem Fortschritt im Menschengeschlecht an den einzelnen Institutionen des Staates zu ziehen? Wir beklagen diese Gemüter tief, die in der ängstlichen Umklammerung zunftmässiger oder persönlicher Zustände den Sturm der Weltgeschichte zu überstehen hoffen und jedes Streben derer, die ihr Schiff in den Sturm zu steuern wagen, von dem kleinlichen Standpunkt ihrer Zunft oder ihrer Person zu beurteilen versuchen.

Der demokratische Staat will das Wohlsein aller Staatsbürger, denn er erkennt die gleiche Berechtigung aller an. Indem die allgemeine gleiche Berechtigung zur Selbstregierung führt, so hat der Staat auch das Recht zu hoffen, dass jedermann innerhalb der Schranken der vom Volk selbst errichteten Gesetze sich einen Zustand des Wohlseins durch eigene Arbeit zu erringen und begründen wissen werde. Die Bedingungen des Wohlseins sind aber Gesundheit und Bildung, und die Aufgabe des Staats ist es daher, die Mittel zur Erhaltung und Vermehrung der Gesundheit und Bildung in möglich grösstem Umfange durch die Herstellung öffentlicher Gesundheitspflege und öffentlichen Unterrichts zu gewähren. Da nun der Staat die sittliche Einheit aller gleichberechtigten Einzelnen darstellt und die solidarische Verpflichtung aller für alle bedeutet, so versteht es sich von selbst, dass es die Aufgabe des Staats ist, die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen in dem Masse für seine allgemeinen Zwecke in Anspruch zu nehmen, als er dessen bedarf, und sich auf diese Weise die Mittel zu verschaffen, den Bedürfnissen jedes Einzelnen wenigstens in dem Masse zu genügen, dass der Zweck des Staats, die Realisierung des Wohlseins aller, nicht eine Illusion wird.

Es genügt also nicht, dass der Staat jedem Staatsbürger die Mittel zur Existenz überhaupt gewährt, dass er daher jedem, dessen Arbeitskraft nicht ausreicht, sich diese Mittel zu erwerben, beisteht;*)

---

*) Der neue französische Verfassungsentwurf lässt dem Bürger durch die Konstitution das droit à l'assistance garantieren, und definiert es so: celui qui appartient aux enfants abandonnés, aux infirmes et aux vieillards, de recevoir de l'état les moyens d'exister. [Note Virchows.]

der Staat muss mehr tun, er muss jedem soweit beistehen, dass er eine gesundheitsgemässe Existenz habe. . . . Wenn der Staat es zulässt, dass durch irgendwelche Vorgänge sei es des Himmels oder des täglichen Lebens Bürger in die Lage gebracht werden, verhungern zu müssen, so hört er rechtlich auf, Staat zu sein, er legalisiert den Diebstahl (die Selbsthilfe) und beraubt sich jedes sittlichen Grundes, die Sicherheit der Personen oder des Eigentums zu wahren. Dasselbe ist der Fall, wenn er es zulässt, dass ein Bürger gezwungen wird, in einer Lage zu beharren, bei der seine Gesundheit nicht bestehen kann . . ."

2. *Ueber Recht auf Arbeit und Existenz, staatliche Regelung der Arbeitszeit.* In einem weiteren Artikel über öffentliche Gesundheitspflege, der in der Medizinischen Reform vom 18. August 1848 steht, schreibt Virchow, nachdem er mit Fröbel „das sogenannte Strafrecht" als Sache der Schule und zum Teil auch der Heilkunde hingestellt hat:

„Betrachten wir daher die Todesstrafe als prinzipiell unmöglich, den Krieg nicht als ein notwendiges, sondern als ein aus dem schlechten Bildungszustande der Völker hervorgehendes und daher mit zunehmender Kultur allmählich zu beseitigendes Uebel, so können wir von dem Staate erwarten, dass er die Möglichkeit der Existenz als ein Recht seiner Bürger anerkenne. Auf den ersten Blick scheint das ganz natürlich zu sein, allein sobald man die Frage weniger abstrakt auffasst, so tritt ihr socialer Charakter in seiner ganzen Bedeutung sehr bald hervor. Es liegt nämlich auf der Hand, dass die Existenzfrage nur für diejenigen Bedeutung gewinnt, denen die Existenzmittel fehlen. Diese Bedürftigen zerfallen wiederum in zwei Hauptklassen: Arbeitsfähige und Arbeitsunfähige, und es fragt sich also im konkreten Falle, wie der Staat sich diesen beiden Klassen gegenüber verhalten soll. Das Allgemeine Preussische Landrecht hat die Grundsätze dafür ganz im Geiste seiner radikalen, von den Menschenrechten ausgegangenen Verfasser entschieden. . . . ."

Es folgen die bekannten Paragraphen des Allgemeinen Landrechts und der Nachweis, dass weder der Verfassungsentwurf der zweiten französischen Republik noch das Programm des gerade zusammentretenden deutschen Arbeiterkongresses mehr verlangten, als in diesen Paragraphen zugestanden sei, worauf es weiter heisst:

„Wir wollen hier nicht auf diese Fragen weiter eingehen; es war nur nötig, sie scharf hinzustellen, um daran den Umfang der öffentlichen Gesundheitspflege zu zeigen. Mögen sie immerhin rein staatsökonomische zu sein scheinen, so haben sie doch eine sehr nahe Beziehung zur Medizin. Wäre dies nicht der Fall, so wäre es jedenfalls falsch, die Medizin eine sociale Wissenschaft zu nennen, denn die sociale Frage dreht sich wesentlich um die Fragen von der Existenz, der (lohnenden) Arbeit und dem Unterricht.

Für die bedürftigen Arbeitsunfähigen, also, wie der französische Verfassungsentwurf sagt, für verlassene Kinder, Sieche und Greise

muss der Staat unzweifelhaft sorgen. Der öffentlichen Gesundheitspflege fällt hier zunächst die Entscheidung zu, ob man dieser Sorge in eigenen Anstalten (Gebär-, Findel-, Waisen-, Kranken-, Siechen-, Invalidenhäusern) oder in einer dem Familienleben sich anschliessenden Weise nachkommen soll; sodann wie weit in jedem dieser Fälle die Verpflichtungen des Staates gehen und durch wen sie vertreten sein sollen, in welcher Art sie auszuführen sind u. s. w. — Für die bedürftigen Arbeitsfähigen muss der Staat in irgend einer Weise gleichfalls sorgen. Meint er, und diese Ueberzeugung scheint unter den Gesetzgebern in diesem Augenblick fast überall vorzuherrschen, dass er nicht jedem eine seinen Kräften und Fähigkeiten gemässe Arbeit gewährleisten kann, so bleibt nichts weiter übrig, als entweder direkt durch Geld oder Verabreichung der notwendigsten Lebensbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung) dem Mangel abzuhelfen oder eine totale Veränderung in den Lebensverhältnissen ganzer Klassen des Volkes herbeizuführen oder endlich sich die Leute vom „Halse zu schaffen". In jedem Falle kann die Medizin sehr lebhaft beteiligt sein. Bleiben wir vorläufig nur bei dem letzten stehen, wo scheinbar die Medizin am wenigsten in Frage kommt, so handelt es sich dabei um Beförderung der Auswanderung und der Kolonisation. Wollte man nun aber glauben, das seien nicht Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege, so würde man allen Grundsätzen der Humanität geradezu ins Gesicht schlagen. Nehmen wir einige Beispiele: Im Jahre 1847 wanderten aus Grossbritannien 65 353 Menschen nach Canada aus; davon starben auf der Ueberfahrt und kurz nach der Ankunft 13 365 = 20.4 % aus Mangel an Schiffsärzten, an Raum, an ordentlicher Nahrung etc. Von deutschen Auswanderern stehen uns keine Zahlen zu Gebote, weil sich niemand darum gekümmert hat, allein est ist bekannt, dass sie oft genug, vom Typhus dezimiert, in Amerika ankommen. — In diesem Augenblick liegt der französischen Nationalversammlung ein Projekt vor, nach dem 20 000 Arbeiter und 1000 Familien nach Algier zur Kolonisation geschickt werden sollen. Nun hat sich aus statistischen Tatsachen herausgestellt, dass die Mortalität unter der europäischen Bevölkerung Algiers bis jetzt durchschnittlich 44.5 %, d. h. das Doppelte von der in Frankreich beträgt, und es scheint also ziemlich sicher, dass man jenen Kolonisten das Leben direkt durch ihre Ueberführung verkürzt. Hr. Boudin hat geradezu zu zeigen gesucht, dass europäische Ackerbaukolonieen nur nördlich und südlich von den entsprechenden Isothermenlinien von 18° C. gedeihen. Soll man also Algier aufgeben oder die Kolonisation versuchen? Das ist gewiss mehr eine Frage der öffentlichen Gesundheitspflege, als der Politik, gerade so, wie die bei uns aufgeworfene Frage von den Kolonisationen in Mittelamerika, bei deren Projektierung an jene Erfahrungen gar nicht gedacht ist.

Die öffentliche Gesundheitspflege hat aber gegenüber den Arbeitern noch andere und nähere Aufgaben. Schon die Breslauer Denkschrift, sowie Hr. Leubuscher (No. 3.), hat es angedeutet, dass ein Gesetz über die Arbeitszeit der verschiedenen Altersklassen

von der Medizin ausgehen muss; sie hat deutlich gezeigt, in welcher Vernachlässigung sich unsere Gesetzgebung über nachteilige Gewerbe befindet. Nehmen wir auch hier ein Beispiel: In England stirbt durchschnittlich jährlich 1 aus 45 Menschen, in den Fabrikdistrikten (Cheshire, Lancashire, Yorkshire) 1 aus 39.8, in Edinburg 1 aus 29. In Liverpool war 1840 die durchschnittliche Lebensdauer der höheren Klassen 35, die der Geschäftsleute und bessergestellten Handwerker 22, die der arbeitenden und dienenden Klassen 15 Jahre. Und doch, trotzdem dass zwei Dritteile der englischen Bevölkerung durch die Industrie in Anspruch genommen werden, hat England nach der Zählung von 1843 nur eine Mortalität von 21.85 ‰, während Frankreich 23.61 und Preussen 27.09 ‰ aufwies! Welches ist der Grund dieser viel grösseren Mortalität? Hr. Hecker sagt in einem sehr wahren Aphorismus: „An allen Volkskrankheiten hat der Kulturzustand der Völker, d. h. ihre Lebensweise und ihre Krankenbehandlung einen entschiedenen Anteil, und wiederum wirken die Volkskrankheiten auf beide zurück.“ Was hier von Volkskrankheiten (En- und Epidemieen) gesagt ist, gilt ebenso für die übrigen Krankheiten. Nun ist aber die Krankenbehandlung (Therapie) nicht gerade die stärkste Seite der deutschen Medizin, und was die Lebensweise anbetrifft, so ist es hinlänglich anerkannt, dass die deutschen Arbeiter unendlich viel schlechter leben, als die grosse Menge der englischen. Haben wir also nicht hier würdige Aufgaben für die öffentliche Gesundheitspflege? Gewährt nicht die jetzige Lebensweise unseres Volkes die vielfachsten Anknüpfungspunkte für grosse Verbesserungen? Ist nicht in Kleidung, Nahrung und Wohnung unendlich viel zu reformieren?“

Nach einigen weiteren Ausführungen über Gefängnisreform, Hygiene der ländlichen Wohnungen, Erziehung zur und Unterricht in der Hygiene schliesst der Artikel mit den Worten: „Das ist ein kurzer und nicht einmal ganz umfassender Ueberblick von dem Umfange der öffentlichen Gesundheitspflege.“

3. *Gegen das System der Armenärzte.* Medizinische Reform vom 3. November 1848:

„Die praktischen Nachteile, welche das System der angestellten Armenärzte [gegenseitiges Misstrauen zwischen Arzt und Patient, Widerspenstigkeit etc. auf der einen, Vernachlässigungen auf der anderen Seite. Die Red.] wegen des damit verbundenen Heilzwanges, wenn man so sagen darf, mit sich gebracht hat und bringen musste, haben wir schon oben auseinandergesetzt. Wenigstens ebenso nachteilig sind aber die prinzipiellen Fehler jenes Systems. Wie nämlich die ganze bisherige Armenpflege wesentlich als ein Ausfluss der öffentlichen Wohltätigkeit erschien, ihren naturrechtlichen Charakter mehr beiläufig durchblicken liess und den politischen, staatswirtschaftlichen geradezu verleugnete, so erschien auch die Armenkrankenpflege hauptsächlich als eine exzeptionelle und exklusive, für einen bestimmten Teil der Bevölkerung aus Gründen der Barmherzigkeit oder der blossen Notwendigkeit eingesetzte Institution. Man fügte

sich, weil einem das Herz gerührt wurde oder weil man um seiner eigenen Sicherheit willen nicht anders konnte, aber man wartete auch immer ruhig ab, bis der Arme absolut arm geworden war. Alle seine Anstrengungen, sich vor der totalen Verarmung zu bewahren, waren vergeblich; erst musste er Proletarier sein, und dann überreichte man ihm in bureaukratischer Weise eine Reihe von Legitimationspapieren, welche sein Elend für immer garantierten. Der Arme musste seine Misère nicht bloss ganz und gar fühlen, nein, er musste sie auch schwarz auf weiss in der Tasche tragen. Dann war für ihn gesorgt; sein besonderer Armenarzt war ihm im voraus gesichert.

Die praktischen Nachteile gingen also aus dem prinzipiellen Fehler hervor, und es zeigte sich auch hier, wie immer, dass das Vernünftige auch zweckmässig, wenigstens dass das Unvernünftige immer unzweckmässig ist. Will man aus der öffentlichen Gesundheitspflege, die aus dem gesetzlich anerkannten Prinzip der gleichen Berechtigung aller, wie wir früher gezeigt haben, folgt, eine Wahrheit machen, so muss man auch den Armen aus seiner Ausnahmsstellung befreien und ihm die Unfreiheit, in welche er durch seine Bedürftigkeit geraten ist, nach Kräften abnehmen. Freilich kann dies nicht durch die öffentliche Gesundheitspflege allein bewirkt werden, sondern nur dadurch, dass man ihm Bildung und Wohlstand in grösserer Ausdehnung, als bisher, zu erwerben möglich macht, allein die öffentliche Gesundheitspflege muss wenigstens das Ihrige dazu beitragen, die individuelle Selbständigkeit möglichst ungeschmälert zu erhalten. Wir wollen daher überall, wo es sich irgend ausführen lässt, gar keine besonderen Armenärzte. In den grösseren Städten und in wohlhabenden Gegenden bedarf man derselben durchaus nicht; in ärmeren und wenig bevölkerten Landstrichen wird man ohne dieselben vielleicht nicht auskommen können, obwohl sich hier auch wiederum für die angestellten Distriktsärzte Schwierigkeiten ergeben, welche eine ausreichende Wirksamkeit aufs höchste erschweren."

4. *Gegen Klassenwahlrecht.* Am Vorabend der Wahlen von 1849 brachte die Medizinische Reform am 19. Januar 1849 einen Die medizinische Gesetzgebung überschriebenen Artikel, in dem es u. a. heisst:

„Die Wahlen stehen vor der Tür: das ganze Volk soll die eine, die Begüterten von reiferen Jahren die andere der beiden oktroyierten Kammern wählen . . . . .

Alle die schönen Gedanken, welche wir während eines halben Jahres in den leitenden Artikeln der Medizinischen Reform niedergelegt haben, sind mit einem Male Phantasieen geworden. Wir hatten geglaubt, dass der Genius der Menschheit so weit gesiegt habe, dass wir die gleiche politische Berechtigung aller Staatsbürger als gesichert annehmen könnten; es war eine Täuschung. Das Ministerium Brandenburg-Ladenberg fasste die Geschichte und die Gegenwart anders auf; seine „Weltanschauung" beruhte auf der

Theorie von der „Zweckmässigkeit", und an die Stelle der privilegierten Stände setzte es die privilegierten Klassen.

Seltsames Geschick! Die sociale Frage war in der politischen fast untergegangen; alle Hoffnungen, welche der Frühling den arbeitenden Klassen gebracht hatte, waren vernichtet und bis auf die Erinnerung verschwunden. Und siehe da — die Contrerevolution geschieht, und das Ministerium stellt in einem provisorischen Wahlgesetz die Frage wieder in ihrer ganzen Nacktheit hin. Besitzende und Besitzlose, grosser und kleiner Besitz, Geniessende und Arbeitende — plötzlich sind sie wieder in zwei grossen Klassen einander gegenübergestellt.

Wohl, möge man es versuchen, ob man auf diese Weise die sociale Frage lösen, den Pöbel vernichten, die Gesellschaft und die Civilisation garantieren kann. Unser ist die Verantwortung nicht. Wir sind noch jetzt der Ansicht, dass keine Staatsform, welche ihre Existenz auf das Privileg stützt, Bürgschaften der Dauer darbietet, und wenn auch in unserem neuen Staatsleben die Verbindung des Besitzes mit dem politischen Privileg Geltung erlangen, wenn noch lange Ministerien der Zweckmässigkeit den Ministerien des Rechts den Platz streitig machen sollten, wir werden nicht müde werden, alle Massregeln nach den Grundsätzen des ewigen, des natürlichen Rechts abzuschätzen. Die öffentliche Gesundheitspflege ist theoretisch die erste Pflicht der zu einem Staatskörper koalisierten Menschenmasse, und wenn sie praktisch das letzte Resultat ist, welches unsere Staatseinrichtungen hervorbringen werden, so kann uns das keinen Augenblick abhalten, diejenigen Wege anzuzeigen, auf denen jene Pflicht erfüllt, jenes Resultat erreicht werden kann."

5. *Ueber politische und somatische Epidemieen.* Aus einem scharf sarkastisch gehaltenen, Die Volkskrankheiten überschriebenen Artikel der Medizinischen Reform vom 22. Juni 1849:

„Se. Majestät Friedrich Wilhelm IV., von Gottes Gnaden König von Preussen, geruhten einmal im Laufe des vorigen Jahres zu äussern, die Cholera erreiche immer in den Jahren ihre grösste Heftigkeit und Verbreitung, wo die meisten Eide gebrochen würden. Wir vermögen nichts zu sagen, was dieses geistreiche und bewusste Eingehen in die Geschichte, insbesondere der gegenwärtigen und nächstvergangenen Zeit, irgendwie erschüttern könnte. Gewiss ist nie mehr Treulosigkeit den Vertrauensvollen entgegengetreten, als in diesen Jahren; niemals sind Eide, und die feierlichsten, so wertlos gewesen. Aber die Jahre, wo die Eidbrüche epidemisch werden, sind auch die Jahre des Wahnsinns im grossen, die Jahre der abnormsten Bedingungen, und wir haben allerdings die Ueberzeugung, dass das Zusammentreffen solcher Choleraepidemieen mit solchen zerrütteten Zuständen, wie jetzt, keine Zufälligkeit ist. Im vorigen Jahre war es das Proletariat und der niedere Bürgerstand, welche die meisten Opfer lieferten; gegenwärtig berührt die Epidemie schon die stolzen Träger der Wissenschaft, des Kriegsruhms, der Politik. Die soma-

tischen Krankheiten fangen an, ein Gegenstand der hohen Politik zu werden. . . . .

Vielleicht werden uns diese grossen Epidemieen der akuten Krankheiten die ungleich grösseren der chronischen aus der Erinnerung bringen. Vielleicht werden wir in einer Zeit, wo die Nichttuberkulösen an Cholera und Typhus in hellen Haufen zu Grunde gehen, an die Hunderttausende nicht denken, welche alljährlich in unsern Städten einem vorzeitigen Tode durch Tuberkulose verfallen. Man denkt ja so oft über dem neuen, ungewohnten Elend an das alte, gewohnte weniger; ja man wünscht sich zuweilen ein so recht akutes Elend, um das jahrelange endlich loszuwerden. Die nächste Zeit wird darüber entscheiden. Das aber möge niemand, weder der politische, noch der medizinische Arzt, hoffen, dass, wenn die Cholera und der Typhus beseitigt sein werden, die Tuberkulose, welche endemisch ist, ohne Berücksichtigung bleiben darf, oder dass, wenn der Aufruhr gebändigt, die psychische Epidemie ihre Erfüllung gefunden hat. Die abnormen Lebensbedingungen, welche beide bedingen, bleiben auch nachher, und es ist nicht mit palliativen Mitteln zu helfen, es bedarf radikaler. Diese handelt es sich zu studieren und vorzubereiten. In den Zeiten des Sturmes müssen die Vorteile der Wellen benutzt werden; wenn das Meer sich wieder ebnet, dann sind die kräftigen Strömungen der Luft mit vollen Segeln einzufangen."

Wie das gemeint war, wird im Leitartikel der folgenden, letzten Nummer der Zeitschrift, aus der wir im Eingang einen Satz abgedruckt haben, noch deutlicher ausgesprochen: Virchow erblickte die Möglichkeit für eine sociale Gesundheitspolizei, wie er sie in dieser Zeitschrift entwickelt hatte, nur noch im Gefolge einer inneren politischen Revolution. „Es wäre nicht bloss nutzlos, sondern töricht," schliesst der Leitartikel der letzten Nummer, „junge Saat auf Felsgrund zu streuen oder im Winter in die Erde zu bringen. »Jegliches Ding hat seine Zeit, und alles Vornehmen unter dem Himmel hat seine Stunde.«

Von der preussischen Regierung gemassregelt, übersiedelte Virchow als Professor der pathologischen Anatomie nach Würzburg. Dort erwarb er, der schon als junger Mann einen guten Ruf in der wissenschaftlichen Welt hatte, durch seine epochemachenden Arbeiten über die Zelle einen Weltruf, Schritt für Schritt erstieg er als Theoretiker der somatischen Medizin die höchsten Stufen seiner Wissenschaft. Aber in Bezug auf die sociale Heilkunde ist er über die Höhe der Auffassung, die er 1848—1849 vertrat, später niemals hinausgekommen.

Der Zusammenhang der Dichtungen des Aristophanes mit den socialen Ideen seiner Zeit.*)

Die Geschichte des antiken Socialismus kann nicht zu klarer Darstellung gelangen, wenn man nicht zunächst Sicherheit darüber schafft, was man unter Socialismus verstanden wissen will. Vor allem müssen wir von einander trennen sociale Bewegungen und Socialismus. Eine sociale Bewegung findet z. B. in der Gesetzgebung des Solon ihren Ausdruck. Aristoteles meldet uns in seinem (1891 gefundenen) Staat der Athener, dass es sich in der athenischen Geschichte vor Solon um proletarische Kämpfe gehandelt habe: „In der Folgezeit geschah es, dass die Vornehmen und die grosse Masse des Volkes sich befehdeten, und zwar lange Zeit hindurch. Es war ja die Verfassung damals durchaus oligarchisch. Vor allem aber mussten die Armen den Reichen Knechtesdienste leisten, sie selbst wie ihre Weiber und Kinder. Hörige (Pelaten) und Sechsteiler hiessen sie. Denn auf Grund eines solchen Lohnverhältnisses bewirtschafteten sie die Aecker der Reichen. . . . . . Solon war der erste Anwalt des Volkes (K. 2). Wir hören sodann, beide Parteien seien mit Solon unzufrieden gewesen, denn das Volk habe von ihm eine neue Landaufteilung erwartet (K. 2)." Dieser Bericht zeigt eine sociale Bewegung, aber keine socialistische. Er gibt uns keine Aufklärung über die Beziehungsempfindungen der Volksschichten. Wahrscheinlich wollte man die Güter neu verteilen und dann weiter leben wie bis dahin auch. Für mich ist aber der Socialismus eine bestimmte Art des beziehenden Vorstellens über den Zusammenhang der gesamten Massen, über Arbeit und Genuss, Rechte und Pflichten auf Grundlage der Gleichheit und der Gemeinschaftlichkeit. Der Socialismus bezieht sich auf alle in ihrem Zusammenhang. Er ist zugleich die Vorstellung einer Massenbewegung und eines Ziels der Gesamtheit. Dass diese Vorstellung nicht immer Vorstellung bleibt, sondern aus der Idee zur allmählichen Verwirklichung gelangt, ist gewiss.

Vor dem Aufkommen der Sophistik ist das sociale Vorstellen nur auf Teile des Volkes beschränkt, es ist an die Stammeszugehörigkeit und Klassenvorzüge gebunden. So könnten wir den von Pythagoras gestifteten Bund einen kommunistischen nennen,

*) Vergl. die Aufsätze über den socialen Utopismus in den Komödien des Aristophanes. (Heft 10 und 11 der Documente des Socialismus.)

denn er wurzelt in der Vorstellung einer gleichartigen Lebenslage, gemeinsamen Lebensordnung und gemeinsamer Pflichten, — aber es ist ein Bund der Intelligenz und der Aristokratie, von dem das Proletariat ausgeschlossen ist und der von dem letzteren mit Gewalt vernichtet wurde. In den alten griechischen, insbesondere den dorischen Stadtstaaten sehen wir überhaupt das Leben des einzelnen nach den Gesichtspunkten der Gleichartigkeit der Angehörigen der einzelnen Klassen geordnet, aber nirgend eine Aufhebung des Klassengegensatzes, nirgend eine wirkliche Beseitigung der Sklaverei. Immer weniger wird die Arbeit geachtet, immer dieselbe Verachtung des Armen, des Proletariers. Das Wort Hesiods: „Die Arbeit ist keine Schande, aber die Untätigkeit" passt immer weniger auf die griechischen Lebensgewohnheiten; selbst ein Aristoteles stellt die spekulative, theoretische Daseinsführung höher als die praktische, und was die Einschätzung der Armen betrifft, so ist ein armer Mann, wie erwähnt, auch ein schlechter Mann.

So waren die Sophistik und ihr Ausläufer, der Zynismus, Richtungen, die ihrer Zeit entgegengesetzt waren, wie aus folgendem hervorgehen wird.

Die Sophistik war die erste geistige Richtung, welche den Unterschied zwischen den Menschen negierte. In ihrer Unterscheidung von Natur (φύσις) und menschlicher Satzung (Gesetz, Sitte, νόμος) sind die Anfänge des Socialismus gegeben.

Die Stelle von entscheidender Bedeutung für diese Ansicht ist in der Politik des Aristoteles enthalten. Aristoteles hat mühsam die Berechtigung der Sklaverei dargelegt und fährt nun fort: „Andere halten dagegen die Herrschaft über den Sklaven für unnatürlich, und es soll nach ihnen nur durch das Mittel der Satzung (νόμος) Sklaven und Freie geben, während die Menschen von Natur nicht verschieden seien, und deshalb sei auch diese Herrschaft keine gerechte, sondern eine gewaltsame. (Aristoteles, Politik I, 3.)

Dieser Stelle bei Aristoteles entspricht der Satz des Sophisten Hippias: „Ich glaube, dass wir alle eines und desselben Ursprungs, Genossen und Bürger sind der Natur nach, nicht dem Gesetze nach, denn das Gleiche ist dem Gleichen zugesellt (wörtlich: zusammengeboren), das Gesetz aber (Herkommen) zwingt viele gegen die Natur (Plato, Protagoras, 337 D). Die griechische Gesellschaft hat davon nichts wissen wollen. Auf Grund dieser Kritik an Recht und Gesellschaft verlangten die Sophisten nicht allein Aufhebung der Sklaverei,

sondern auch Gleichheit des Besitzes und der Erziehung. Aristoteles berichtet uns, dass der Chalkedonier Phaleas dieses verlangt habe (Politik II, 7), und bemerkt, dass der Gesetzgeber sich nicht mit der blossen Gleichheit begnügen dürfe, sondern auch ein mittleres Mass aufstellen müsse (nicht zu viel und nicht zu wenig). „Wenn aber auch einer ein mittleres Vermögen für alle vorschriebe, so würde dies doch nichts helfen; denn wichtiger ist es, die Begierden, als die Vermögen gleich zu machen, und dies ist ohne eine durch die Gesetze bestimmte, angemessene Erziehung nicht möglich." Bei Phaleas erscheint nun eine eigentümliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel: er macht den Grundbesitz für alle gleich, und die Handwerker macht er zu Leibeigenen des Staates, die für den gemeinsamen Bedarf arbeiten müssen und keinen Bestandteil der Bürgerschaft ausmachen. Phaleas wird allgemein der Sophistik zugerechnet. Wenn aber die vorliegende Darstellung seiner Lehre durch Aristoteles richtig ist, so dürfte die Einreihung des „Gesetzgebers" in die Literatur der Sophistik nicht unbedingt zutreffen. Die Sophistik ging wahrscheinlich von Gorgias aus darin weiter, die Unterschiede zwischen den Menschen aufzuheben. Von Alkidamas, dem Schüler des Gorgias, wissen wir, dass er erklärte: „Alle Menschen liess der Gott frei sein, die Natur schuf keinen Sklaven" (die Scholien zu Aristoteles' Rhetorik I, 13, p. 1373 b); ebenso erklärt Lykophron, die Wohlgeborenheit, der Adel (εὐγένεια), sei etwas durchaus Eitles.

Die Unterscheidung zwischen Satzung (νόμος) und Natur (φύσις) wurde das bedeutendste Kriterium für die griechische Aufklärung.

Aber die ganze Stimmung erhält doch erst ihre volle Zeichnung durch das Hinzutreten des Zynismus. Von dessen Stifter Antisthenes wird berichtet, er habe die Arbeit für ein Gut erklärt. Zu diesem Preis der Arbeit tritt die Verachtung aller äusseren Unterschiede durch die Zyniker und ihre Internationalität; sie erklärten, der Weise sei überall zu Hause. Gerade die Zyniker betonten scharf den Gegensatz zwischen Natur und Satzung unter Verwerfung alles Konventionellen. So sollen sie denn auch Güter- und Weibergemeinschaft gelehrt haben; aber jedenfalls geschah dieses im Sinne des kommunistischen Anarchismus und nicht unter dem Gesichtspunkt einer Vergesellschaftung, wie sie z. B. in Platos Staat gelehrt wird, wo sie den Zweck hat, den durch Streben nach Eigenbesitz beeinträchtigten Gemeinschaftsgefühlen die Alleinherrschaft zu sichern.

Sophistik und Zynismus reichen jedoch nicht hin, die Entstehung eines volkstümlichen Socialismus zu erklären. Ein weiterer geistiger Faktor ist die Dichtung, und besonders das Drama, als Vermittler zwischen den Theoretikern und dem Volke. Ausser dem schon genannten Pherekrates*) ist hier besonders Euripides zu erwähnen. Die Wut, mit welcher der Aristokrat Aristophanes über Euripides herfällt, ist jedenfalls nicht allein darauf zurückzuführen, dass dieser der Hauptvertreter der „Modernen" war, sondern auch darauf, dass er die Gleichheitsdoktrinen der Sophistik, ihre Ansicht vom Widerspruch zwischen Sitte und Natur popularisierte. Ich will nur einige wenige Stellen aus Euripides anführen:

„Vergebens spricht der, welcher die erhabene
Herkunft der Menschen preiset. Denn im Anbeginn,
Da wir zuerst entstanden, unterschied uns nicht
Die Mutter Erde. Nein! Ein gleiches Angesicht
Gab sie uns allen. Keinem etwas Eigenes,
Und ein Geschlecht war Edles und Unedles.
Gesetz und Zeit nur brachten jenen Stolz hervor.
Weisheit ist Adel und Verstand, die nur ein Gott,
Nicht Reichtum, sendet." (Aus den Fragmenten.)

Ausserdem sei auch noch auf das Stück: Die Flehenden hingewiesen. Dort sagt Theseus von seinem Athen: „Wir geben dem Reichtum nicht die Ehre, nein, der Dürftige hat gleiches Recht", aber der Herold von Theben, der hier den aristokratischen Gedanken vertritt, erwidert unter anderm:

„Die Zeit allein gibt, nicht die Eile, Sterblichen
Belehrung. Wer in Armut viel arbeiten muss,
Wenn der auch schnell zu lernen sich mühevoll bestrebt,
Die Arbeit lässt ihn nicht erheben seinen Blick."

Das athenische Proletariat, wie Aristophanes es zeichnet, kann seinen Blick nicht zu Höherem erheben. Aristophanes zerrt aber — die bürgerliche Philologie und Geschichtschreibung wird diese Ansicht als Sakrilegium bezeichnen — die grossen Ideen der socialistisch gestimmten Denker auf das Niveau dieses Proletariats herab. Und deshalb verzichtet er hier auf den persönlichen Angriff, in welchem er Meister war. Denn im anderen Falle hätte er auch die tiefere Begründung der Ideen durch die grossen Denker, die

*) Vergl. Documente des Socialismus, Heft 11, pag. 497.

er angriff, erwähnen müssen. Unheil genug hatte er ausserdem durch seinen Angriff gegen die Sophistik angerichtet, indem er die Person des Sokrates hineinzog (in den Wolken), und er sah wohl nicht ohne Reue auf dieses Stück, das zugleich ein Angriff auf die neue, höhere Bildung war. Vielleicht haben die Folgen, welche Die Wolken hatten, ihn mit veranlasst, in den Vögeln, dem Plutus und in der Weibervolksversammlung nur das Programm der Sophistik und des Zynismus, aber nicht die führenden Vertreter desselben anzugreifen. Diese Art, das Programm in der Vorstellungsweise der Ungebildetsten darzustellen, war zugleich die gefährlichste Waffe, deren er sich gegen die Volkspartei bedienen konnte. Es ist dieses dieselbe Methode, die noch jetzt die Gegner des Socialismus gebrauchen, wenn sie sagen: „Die Kerle wollen nichts als gut essen, trinken, ausschweifen und nichts arbeiten! Geteilt wird!" Wir dürfen dabei allerdings nicht vergessen, dass die Färbung der aristophanischen Komödie mit dem Grundton der älteren Komödie zusammenhängt, dass Aristophanes also eher zu entschuldigen ist, als ein moderner Socialistentöter. Die griechische Komödie erforderte nun einmal tollen Uebermut und hirnverbrannte Ausgelassenheit. Am Schlusse fand der komische Tanz statt.

„Auf, schlenkert die Beine, juheissa, juhei,
Es geht ja zum Schmause, juheirassassa,
Juhei, es geht ja zum Siege!
Juha, juhei, juhei, juhu!"

Menrad.

Thesen G. Sorels zur materialistischen Geschichtsauffassung.

In der am 20. März 1902 abgehaltenen Sitzung der Société Française de Philosophie, über die wir in Heft 11 der Documente des Socialismus berichtet haben (vergl. dort Seite 515), legte der bekannte socialistische Sociologe G. Sorel am Schluss seines Referats über die materialistische Geschichtsauffassung folgende sechs Thesen nieder, die er nach seiner Darstellung als das Ergebnis der Ausschälung der rein geschichtswissenschaftlichen Elemente dieser Theorie betrachtet wissen will. Wir bringen sie ohne kommentierenden Zusatz zum Abdruck.

* * *

a) Um eine [Geschichts-]Epoche zu erforschen, ist es von grossem Nutzen, zu ermitteln, wie sich die Gesellschaft in Klassen teilt; diese letzteren unterscheiden sich nach den wesentlichen Rechts-

begriffen, die sich an die Art und Weise knüpfen, wie sich in jeder Gruppe die Einkommen bilden.

b) Es ist ratsam, jede atomistische Erklärung beiseite zu schieben; es lohnt nicht der Mühe, zu untersuchen, wie sich die Verbindung der individuellen Psychologieen bildet. Was direkt zu beobachten ist, ist die Verbindung selbst, ist dasjenige, was sich auf die Massen bezieht. Die Gedanken und Betätigungen der Individuen werden nur durch ihren Zusammenhang mit den Bewegungen der Massen völlig verständlich.

c) Man wirft viel Licht auf die Geschichte, wenn man die Verkettung klarzulegen weiss, die zwischen dem System der Produktivkräfte, der Organisation der Arbeit, und den socialen Beziehungen besteht, welche die Produktion regeln.

d) Die religiösen und philosophischen Lehren haben überlieferte Quellen; aber obwohl sie sich wie Systeme zu organisieren streben, die den äusseren Einflüssen völlig verschlossen sind, stehen sie gewöhnlich in irgend einem Zusammenhang mit den socialen Zuständen der Epoche. Sie sind von diesem Gesichtspunkt aus geistige Reflexe der Lebensbedingungen und oft Versuche, die Geschichte durch die Glaubenslehre zu erklären.

e) Die Geschichte einer Doktrin ist erst dann völlig klargestellt, wenn man sie mit der Geschichte einer socialen Gruppe verknüpfen kann, welche es sich zur Aufgabe macht, diese Doktrin zu entwickeln und anzuwenden. (Einfluss der Juristen.)

f) Wenn Revolutionen nicht die Wirkung haben, eine grössere Ausdehnung der durch eine veraltete Gesetzgebung in ihrer Entwickelung gehemmten Produktivkräfte zu ermöglichen, ist es von sehr wesentlicher Bedeutung, die sociale Umgestaltung von diesem Gesichtspunkt aus zu prüfen und zu untersuchen, wie sich die Rechtsideen unter dem Druck des von der Welt empfundenen Bedürfnisses der Befreiung der Wirtschaft umgestalten.

III. Urkunden des Socialismus.

Urkunden aus der Arbeiterbewegung der Jahre 1848—1849.

I.

Die Arbeiter und die Wahlrechtsfrage.

Als die deutsche Nationalversammlung im Winter 1848—1849 den Entwurf einer Reichsverfassung beriet, kam es bei der Frage des Wahlrechts zu lebhaften Diskussionen. Während man in Frankreich unter dem Einfluss der Februartage kurzweg das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt hatte, wollte ein grosser Teil der Frankfurter Versammlung, gedeckt oder eingeschüchtert durch das mittlerweile allerorts erfolgte Wiederaufraffen der alten Gewalten, für Deutschland ein beschränktes Wahlrecht verkünden, das die Arbeiter als Lohnempfänger ausschloss. Kaum war die Absicht bekannt geworden, so regte es sich aber auch schon unter den Demokraten und Arbeitern zur Protestbewegung, und über einige dieser Proteste gibt uns das damals noch von Born redigierte Arbeiterblatt Die Verbrüderung Auskunft. Wir entnehmen ihm folgende zwei Mitteilungen, von denen die erste in der Nummer vom 16. Februar, die zweite in der vom 27. Februar 1849 erschien. Der in der letzteren entwickelte Vorschlag, wenn schon ein Zensus nach unten bedingt werde, auch einen nach oben hin einzusetzen und mit den obersten Zensiten die Träger fürstlicher Orden gleichfalls vom Wahlgenuss auszuschliessen, zeigt, dass es den Arbeitern auch in jenen Tagen nicht an Humor fehlte. Uebrigens drang der Zensusvorschlag nicht durch.

* * *

I.

Der Entwurf eines Wahlgesetzes für das deutsche Volkshaus.

(Die Verbrüderung vom 16. Februar 1849.)

Schon vor mehreren Wochen (s. No. 26) teilten wir unsern Lesern den Entwurf eines Wahlgesetzes mit, der aus dem vorberatenden Comité der Frankfurter Versammlung in die Oeffentlichkeit gelangte; jetzt ist unsere Mitteilung durch alle Zeitungen bestätigt worden — es ist wahr, dass man der Nationalversammlung anrät, die grosse Masse des Volkes vom Wahlrecht auszuschliessen.

Alle Handwerksgehilfen, Dienstboten, alle diejenigen, welche für Tagelohn, Wochenlohn oder Monatslohn arbeiten, sollen nicht wahlberechtigt sein — das gemeine Volk, das jenen Tagelöhnern in Frankfurt drei Taler täglich zahlt, hat keine Interessen, es bleibt ihm nach Herrn Moritz Mohl das Recht, sich durch seinen Fleiss und Geschicklichkeit sein Leben selber zu garantieren, der Staat hat nur für die Wohlhabenden zu sorgen, die Lumpe, die Besitzlosen müssen mit dem zufrieden sein, was ihnen durch die Gnade des Glücklichen geschenkt wird. Denn wozu gäbe es Vornehme und Geringe, wenn der Reiche nicht einen Vorzug vor dem Armen hätte? Der Arme ist zu roh, zu dumm, um das Wahlrecht ausüben zu können; ja zu dumm war er das erste Mal, sonst wäre eine andere Versammlung zu stande gekommen. Aber nein, ihr gebet zu, dass er nicht zu dumm

ist, zu revolutionär nur ist er euch, ihr fürchtet die arbeitende Klasse, darum wollt ihr sie nicht anerkennen. Wenn ihr so fortfahrt, habt ihr immer mehr Ursache, sie zu fürchten. Folgende Adresse wird von dem Zentralcomité der deutschen Arbeiter zur Unterzeichnung Tausender von Unterschriften nach allen Teilen Deutschlands versandt werden:

Vertreter des Volks!

Es ist Ihnen der Entwurf eines Wahlgesetzes für das deutsche Volkshaus vorgelegt worden, das uns mit Erstaunen, ja mit Entrüstung erfüllte. Man hat Ihnen vorgeschlagen, den grösseren Teil des Volkes von der Wahlberechtigung auszuschliessen; wir wollen nicht glauben, dass Sie zu einem solchen Vorschlag Ihre Zustimmung geben werden. Sie sind durch allgemeine Wahlen zu den Vertretern des deutschen Volkes ernannt worden, Sie hätten Ihre Mandate nicht annehmen dürfen, wenn Sie Ihren Wählern, die allen Klassen des Volkes angehören, das Recht versagen könnten, sich vertreten zu lassen; indem Sie Ihre Wahl annahmen, erkannten Sie die Berechtigung der Wähler an und darum dürfen Sie unmöglich einen Teil des Volkes zurücksetzen und vom Wahlrecht ausschliessen.

Die Unterzeichneten haben das heiligste Recht, von Ihnen zu verlangen, dass Sie mit Entschiedenheit den Ihnen vorgelegten Entwurf zu einem Wahlgesetze für das Volkshaus zurückweisen und mindestens das Wahlgesetz, durch welches Sie berufen worden und das der in den Grundrechten beschlossenen Gleichstellung aller Bürger entspricht, nicht beschränken.

*

II.

Das Frankfurter Wahlgesetz.

(Die Verbrüderung vom 27. Februar 1849.)

Das Resultat der Debatte über das vom Verfassungsausschuss der Konstituierenden Versammlung vorgelegte Wahlgesetz ist unsern Lesern durch die Zeitungen schon bekannt geworden. Jeder 25 jährige unbescholtene Deutsche ist Wähler, die Arbeiter, Handwerksgehilfen und Dienstboten nicht ausgeschlossen. Dieses Wahlgesetz hat in alle volkstümlichen Vereine Aufregung gebracht, und eine nicht unbedeutende Anzahl von Adressen und Protesten sind bei dieser Gelegenheit nach Frankfurt gewandert. Der beschränkte Raum unseres Blattes reicht nicht hin, um sie alle hier abzudrucken. Wir teilen unsern Lesern nur das vom Berliner Bezirkscomité an den Abg. Nauwerk abgegangene Schreiben mit, das von einer mit zahlreichen Unterschriften und der Beitrittserklärung von 33 zum Bezirkscomité gehörenden Arbeitervereinen versehenen Adresse begleitet war.

Geehrter Herr!

Mitten unter den Hindernissen des Belagerungszustandes und der rohen Gewalt — denn unsere Unterdrücker können nicht und wollen nicht anerkennen die Waffe der Ueberzeugung — haben die Unterzeichner der beiliegenden Adresse erkannt, dass es etwas Höheres gibt, als Bajonette und Kanonenschlünde, dass auf den Gesamtwillen des Volkes allein die ewig jugendliche Entwickelung alles Staatslebens sich stützt.

Von diesem Grundsatze überzeugt, haben wir mit Lächeln das zornrote Rüstzeug unserer Gegner betrachtet, die da glauben, wer die Keule hat, könne auch der Hüter seines Bruders sein.

Wir haben verzichtet auf den mittelalterlichen „Gotteskampf", zu dem jene Rüstzeuge der Herren uns herausgefordert haben, denn Vernunft und Geschichte lehren, dass man wohl im guten Rechte sein und doch eine Weile unterliegen kann.

Wenn wir aber zum Heile unseres Vaterlandes verlangen, dass bei der Gesetzgebung nur die Einsicht und der Wille des Volkes durch seine freigewählten Vertreter, nicht aber Keulen und Bajonette mit abstimmen sollen, so fordern wir auch, dass die Wahlberechtigung hierzu für jeden grossjährigen freien Mann im Staate festgestellt werde.

Wenn trotz alledem ein Zensus von der Frankfurter Versammlung beschlossen werden sollte, so verlangen wir, dass diejenigen von der Wahlberechtigung ausgeschlossen werden, die mehr als 2000 Taler Einkommen haben oder so hohes Gehalt von einem angestammten Herrscherhause beziehen oder andern Ordensschmuck tragen, als den einer ehrlichen Gesinnung und des freien männlichen Mutes, nicht als ob sie bestechlich wären, sondern weil sie schon bestochen sind — und weil sie auf den seidenen Pfühlen auch unter einer schlechten Staatsverfassung bequem ruhen und weil ihnen nicht soviel an der Umgestaltung schlechter Gesetze liegt, als dem sogenannten Vagabunden, der hilflos von Dorf zu Dorf irrt und im Gewühl der Städte und auf kotiger Heerstrasse vergebens nach Brot und Arbeit suchen muss.

In diesem Sinne haben die Unterzeichneten die anliegende Adresse zu der ihrigen gemacht und bitten Sie, als den wackern Kämpfer für unser Recht, um deren Uebergabe und Vertretung.

Berlin, den 19. Februar 1849.

Das Berliner Bezirkscomité der deutschen
Arbeiter-Verbrüderung.

* * *

II.

Die zehn Gebote der Arbeiter*).

(Die Verbrüderung vom 9. März 1849.)

Erstes Gebot: Du sollst arbeiten.

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. So steht es geschrieben. Und doch essen viele, die nicht arbeiten. Das muss aufhören.

Zweites Gebot: Du sollst keinen Müssiggänger neben dir dulden.

Wenn du einen siehst, der müssig neben dir steht und fähig zur Arbeit ist, so gib ihm ein Schurzfell und eine Hacke und sprich zu ihm: „Jetzt schaffe! denn siehe, Bruder, wenn du müssig gehst, so muss ich deinen Teil Arbeit mit übernehmen, und das ist ungerecht. Darum schaffe, reicher Müssiggänger."

---

*) Von diesem Artikel haben wir besondere Abdrücke machen lassen und verkaufen das Stück zu 5 Pf., auswärtige Vereine können je 100 Stück zu 1 Tlr. 10 Ngr., 500 Stück zu 5 Tlr., doch nur gegen bar oder Postvorschuss von uns entnehmen. Die Red. [der Verbrüderung].

Drittes Gebot: Du sollst keine Sklavenarbeit verrichten.

Alle Menschen sind frei und gleich. Es wird keiner als Sklave geboren. Es braucht keiner ein Sklave zu werden, deine Arbeit kann und muss eine freie sein, eine solche, die deinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht, deinen Geist nicht erschlafft und deinen Leib nicht erdrückt. Nicht zum Vorteil eines andern sollst du arbeiten und zum Nachteil deiner selbst. Nicht als Sklave für einen Herrn sollst du arbeiten, sondern als freier Mann für dich und deinen Bruder, der gleichfalls wiederum für dich und sich arbeitet. Die einzigen Sklaven, die es geben soll auf dieser Welt, das sind die Maschinen, die dem Menschen untertan sind.

Viertes Gebot: Du sollst gerechten Lohn für deine Arbeit fordern.

Wenn man dir sagt: „Die Geschäfte gehen schlecht, dein Lohn muss verkürzt werden, du musst dich fügen in die schlechte Zeit etc." — und dir so nach und nach den gerechten Lohn entzieht und dich zum elendesten der Lasttiere macht, so antworte du: „Die schlechte Zeit macht ihr, nicht ich. Eurer Habsucht, eurer unersättlichen Geldgier, eurer tollen Konkurrenz wegen gehen die Geschäfte schlecht; ihr überrennt euch einer den andern, und in euren Fall wollt ihr uns Arbeiter mit hineinziehen. Das muss aufhören! Wir haben den Preis der Waren zu bestimmen. Wir, die sie schaffen, nicht ihr. Wir wollen einen gerechten Lohn für unsre Arbeit, denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert."

Fünftes Gebot: Du sollst keinen Hunger leiden.

Siehst du, es fällt kein Sperling von dem Dache aus Hunger, kein Wurm kriecht im Grase, der sich nicht sättigt; kein Fisch schwimmt im Wasser, der verschmachtet. Und du, Mensch, müsstest Hunger leiden? Warum das? Baust du nicht das Ackerfeld; reifen dir nicht die Aehren in die Hand; bäckst du nicht selber das Brot; brichst du nicht selber die Frucht vom Baum? Warum sollst du Hunger leiden? Ein Narr, der für andere arbeitet und für sich hungert.

Sechstes Gebot: Du sollst nicht in zerrissenen Kleidern gehen.

Die Veilchen auf den Wiesen, die Rosen in den Gärten haben schimmernde Gewänder an; der Vogel trägt ein schmuckes Federkleid; der Bär hat einen ganzen warmen Pelz. Warum — hast du nicht den Flachs gesät und die Seide gesponnen; hast du nicht des Königs Purpurmantel gewebt? Warum willst du in Lumpen gehn?

Siebentes Gebot: Du sollst dich deines Lebens freuen.

Der Zweck des Lebens ist, dass der Mensch glücklich sei; hast du alles getan, was nötig ist zur Erhaltung und Verschönerung des Menschenlebens, — hast du dem Boden die Nahrung abgerungen, hast du dem Geiste Flügel gegeben, d. h. bist du ein ganzer Mensch, gesund an Geist und Körper geworden, so musst du glücklich sein und dich des Lebens freuen — du und alle deine Brüder!

Achtes Gebot: Du sollst in Ehren leben.

Ehre! d. h. es soll keiner über dir stehen und dich verhöhnen: „Arbeiter, unwissender Arbeiter, armer Arbeiter!" Nein, du sollst

zu jenen sagen, die bisher von deinem Schweisse sich genährt: „Müssiggänger, arme Müssiggänger! Ich verzeihe euch, was ihr an mir verschuldet. Ich reiche euch die Bruderhand. Auch ihr sollt in Ehren leben, durch eure Arbeit!"

Neuntes Gebot: Du sollst dein Ohr verschliessen vor den Pfaffen.

Der Baum der Erkenntnis ist der Baum des Lebens. Die Pfaffen, die nichts tun und doch schwelgen wollen, scheuchen dich zurück vom Baum der Erkenntnis. „Nicht hier, sagen sie, sollst du geniessen, sondern jenseits. Hier dulde, dort oben wirst du belohnt." So bieten sie dir ein Schaugericht, um das wirkliche selbst zu geniessen. Du aber sollst erkennen, dass das Recht zu leben zugleich das Recht „glücklich zu sein", hier glücklich zu sein ist.

Zehntes Gebot: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.

Nur so gelingt es dir, der Knechtschaft dich zu entziehen. Nur so kannst du wahrhaft frei sein, denn Freiheit und Gleichheit gehen nur von einem dritten: der Brüderlichkeit aus. — Hass und Neid entzweien, Liebe vereinigt. Einzeln bist du schwach, in Gemeinschaft stark und kräftig. Darum liebe deinen Nächsten wie dich selbst, und er wird dich wieder lieben wie sich selbst.

* * *

III.

Zehn Millionen Taler.

(Die Verbrüderung vom 27. März 1849.)

[Den nachfolgenden Aufruf, der als eigenartiger Vorläufer des bekannten Lassalleschen Vorschlags von besonderem Interesse ist, leitet eine kurze Redaktionsnotiz ein, die wir hier gleichfalls wiedergeben.]

Red. d. Doc. d. Soc.

Es ist bekannt, dass auf Veranlassung des Zentralcomité für die deutschen Arbeiter eine Petition für Unterstützung der Arbeiterassoziationen aus Staatsmitteln jetzt in Preussen zirkuliert. Folgendes Schreiben ist den Vereinen zu gleicher Zeit zugegangen:

Brüder!

Ihr empfanget hierbei eine Adresse an unsere Volksvertreter um Unterstützung der Arbeiterassoziationen durch Staatsmittel. Wir halten es für notwendig, Euch einige Erläuterungen zu dieser Adresse zu geben. Es mögen viele es für ein allzu kühnes Verlangen ansehen, vom Staate eine Summe von zehn Millionen Talern zu dem angegebenen Zwecke zu fordern, es mögen die wenigsten die Erfüllung einer solchen Forderung für wahrscheinlich und deshalb die Adresse für unnütz halten. Dieser Ansicht müssen wir begegnen. Die Adresse möge von den preussischen Volksvertretern angenommen werden oder nicht, einem hohen Zwecke dient sie in beiden Fällen: der Verbreitung unserer Ideen, unserer erkannten Bedürfnisse, sie ruft eine Debatte in den Kammern hervor, von der das ganze Land widerhallen wird, sie regt das Volk zum Nachdenken über diesen Gegenstand an, sie klärt den Armen über seine Verhältnisse und seine Stellung zum Staate auf, sie führt unserer Partei viele von denjenigen zu, die sich noch unklar sind über das, was ihnen mangelt, sie stärkt uns, — und wenn wir mit unserer Forderung auch diesmal nicht durch-

dringen, so schafft sie uns neue Kräfte und grössere Teilnahme für ein nächstes Mal, das wir hervortreten. Bedenket, deutsche Brüder, dass die englischen Arbeiter jahrelang schon für wenige bestimmt ausgesprochene Forderungen auftreten und nimmer ermüden, sie bei einer jeden neuen Parlamentssession einzureichen; und ihre Ausdauer wird ihnen endlich den Sieg verschaffen, denn durch ihre ausgebreitete Agitation machen sie zuletzt dem beschränktesten Kopf den Inhalt ihrer Forderungen klar, und von Jahr zu Jahr wächst ihre Partei an Intelligenz und reeller Stärke. Auch wir wollen nicht ermüden, unsere Forderungen auszusprechen. Eins aber müssen wir in Bezug auf diese Adresse hauptsächlich bemerken. Macht es in Euren Vereinen den Mitgliedern vor allen Dingen klar, dass diese Forderung von zehn Millionen nicht derart gemeint sein kann, dass die Regierung eines Tages sich an die Arbeiter wenden möge, sie mögen doch so gut sein und gemeinschaftliche Werkstätten einrichten, wie dies an mehreren Orten schon geschehen, sondern dass es Pflicht der Arbeiter ist, mit der Begründung der Assoziationswerkstätten selbst voranzugehen, und dass sie an den Staat nur die Forderung stellen können, diese schon gegründeten oder eingeleiteten Assoziationen zu unterstützen. Wie Ihr zur Verwirklichung des Assoziationsprinzips schreitet, ist Euch durch die in unserer Zeitschrift Die Verbrüderung gemachten Mitteilungen wohl genügend klar geworden. Wir sind jederzeit bereit, Euch mit Rat und Tat beizustehen. Beginnet damit, Euch Eure notwendigsten Lebensbedürfnisse, wie Brot und Kleidungsstücke, durch Assoziation herzustellen; auf diese Weise sichert Ihr den Werkstätten von vornherein Absatz und Bestehen.

Wir erwarten also von Euch, dass ihr beigehende Adresse mit zahllosen Unterschriften werdet versehen lassen. An uns wird es sein, den Volksvertretern für die Ausführung des Vorschlages eine auf denselben speziell eingehende Denkschrift, an deren Ausarbeitung wir uns befinden, mit der Adresse einzureichen. Noch eine Bemerkung bleibt uns anzuführen übrig: Es könnte Euch mancher mit der Einwendung irre machen, dass wir mit dieser Forderung von zehn Millionen in einer Zeit der Aufhebung der Vorrechte ein Privilegium für uns in Anspruch nehmen. Wir aber behaupten, dass, solange die unbedingte Gleichheit in allen Verhältnissen der Gesellschaftsmitglieder nicht existiert, der Staat immer wird verpflichtet sein müssen, mit seinen Mitteln da nachzuhelfen, wo es mangelt, die Partei zu unterstützen, die hauptsächlich auf seine Hilfe oder eine revolutionäre Selbsthilfe angewiesen ist. Es gibt kein heiligeres Recht als das zu leben, und der Staat muss entweder dies Recht anerkennen und es zur Wahrheit machen oder in Gefahr treten, dass dieses Recht durch eine schreckliche Revolution zur Geltung komme.

Noch einmal also, Brüder, sammelt Unterschriften!

Zum Schluss machen wir Euch noch auf die neue Gewerbeordnung aufmerksam. Wir fordern Euch auf, mit Energie Eure Interessen zu vertreten, denn das neue Gewerbegesetz enthält keine Beschränkung nach oben, gegen das Kapital, sondern einzig und allein nach unten, gegen Euch, die Arbeiter. Lasst also Eure Stimme über dies Gesetz vernehmen und tretet auf, wie es Männern geziemt.

Mit brüderlichem Gruss

Das Zentralcomité für die deutschen Arbeiter.
Schwenniger. Kick. Born.

* * *

IV.
Das Verbot der Arbeiterverbrüderung.

I.

Verordnung, das Verbot der Arbeitervereine betreffend.

Vom 4. Juli 1850.

(Abgedruckt im Prometheus vom 13. Juli 1850.)

Nach § 19 der Verordnung vom 3. Juni dieses Jahres, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, sind Vereine, in deren Zwecke es liegt, zu Gesetzübertretungen oder unsittlichen Handlungen aufzufordern oder dazu geneigt zu machen, verboten, und nächstdem ist in § 23 dieser Verordnung ausgesprochen, dass Vereine, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, nach aussen nicht als Körperschaften auftreten, Zweigvereine nicht bilden und mit andern Vereinen sich nicht in Verbindung setzen dürfen, indem ein Verein das Recht hierzu erst dadurch erlangt, dass er als solcher vom Staate bestätigt wird. Vereine, welche dieser Vorschrift zuwiderhandeln, sollen nach § 24 der angezogenen Verordnung aufgelöst werden.

Den Bestimmungen der Verordnung vom 3. Juni d. J. unterliegen, nach Massgabe von § 4 der Ausführungsverordnung vom 7. vorigen Monats, insbesondere auch die an mehreren Orten bestehenden Arbeitervereine.

Wie nun die angestellten Erörterungen zu Tage gelegt, haben sich diese Arbeitervereine fast ohne Ausnahme der sogenannten deutschen Arbeiterverbrüderung angeschlossen, die sich fast über ganz Deutschland ausbreitet und nach Inhalt ihrer auf der allgemeinen Arbeiterversammlung zu Leipzig im Monat Februar d. J. verfassten und im Druck erschienenen Grundstatuten ein organisch gegliedertes Ganze bildet, welches aus dem Verwaltungsrate, dem Zentralcomité, den Vororten, den Bezirkscomités und den Lokalvereinen besteht, so dass die dem Umfange nach kleinere Abteilung der grösseren untergeordnet ist, an letztere zu gewissen Zeiten Anzeigen zu erstatten und Beiträge einzusenden hat.

Diese organische Gliederung der Arbeitervereine ist nun aber nach § 23 der Verordnung vom 3. Juni d. J. (vergl. § 6 der dazu gehörigen Ausführungsverordnung vom 7. vorigen Monats) unstatthaft.

Nächstdem hat sich bei der Einsicht in die Akten und Schriften vieler Arbeitervereine und insbesondere des Zentralcomités der deutschen Arbeiterverbrüderung zu Leipzig, sowie durch sonstige Erörterungen herausgestellt, dass die meisten Arbeitervereine neben dem vorgeschützten ostensiblen Zwecke, die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern und zur geistigen und sittlichen Veredlung des letztern beizutragen, zugleich — wenn auch einem grossen Teile der Mitglieder zur Zeit noch unbewusst — gefährliche politische Tendenzen verfolgen, indem sie mit für den Umsturz der bestehenden monarchischen Staatsverfassung und für Einführung einer socialen Republik wirken.

Ihr Bestehen ist daher mit dem § 19 der Verordnung vom 3. Juni d. J. unvereinbar.

Unter diesen Umständen sieht sich das Ministerium des Innern veranlasst, die bestehenden Arbeitervereine — sie mögen nun diesen oder einen andern Namen führen — hiermit aufzulösen und jede fernere Teilnahme daran bei Vermeidung der in § 30 der Verordnung vom 3. Juni d. J. angedrohten Strafen zu untersagen.

Die Polizeibehörden werden hierdurch angewiesen, darüber, dass dieser Anordnung gebührende Folge geleistet werde, strenge Aufsicht zu führen, insbesondere alle weitern Zusammenkünfte der Arbeitervereine zu verhindern und nach Massgabe der vorstehenden Anordnung das Nötige zu besorgen.

Diese Verordnung ist nach Massgabe von § 12 des Pressgesetzes vom 18. November 1848 in sämtlichen Zeitschriften abzudrucken.

Dresden, am 4. Juli 1850.

Ministerium des Innern.
von Friesen.

Eppendorf.

*

II.
Das Verbot der Arbeitervereine in Sachsen laut Verordnung vom 4. Juli 1850.*)

(Prometheus vom 20. Juli 1850.)

Endlich hat sich die drohende Sturmwolke entladen. Man sah den daherziehenden Samum schon längst am Horizonte. Zuvörderst war es das Zentralcomité, das man auseinandertrieb. Schwenniger wurde mit Gendarmerie über die sächsische Grenze gebracht, Reuss wurde bedeutet, binnen so und so vieler Stunden und Minuten in sein Bayerland zurückzukehren, und bei Gangloff hielt man mehrfache Haussuchungen. Schwenniger und Reuss bauen ihren vaterländischen Kohl, und das Zentralcomité hat sich selbst mit allen Bezirkscomités aufgelöst. Ueberhaupt ist die Verbrüderung in den Todesschlaf gegangen. Und die Regierungen hätten darüber Beruhigung fassen können. Da ertönt plötzlich aus dem Vesuve ein Cyklopenton, und in einem Nu sind Herkulanum und Pompeji verschüttet. Die Gangloffschen Haussuchungen waren das unterirdische Feuer, das seinen Ausbruch nehmen wollte. Das war der zweite Sturmesbote. Wäre die Verbrüderung, die zusammenhängende Organisation der gesetzlich bestandenen Verbrüderungsvereine, gleichsam die Einheit und Zusammengehörigkeit, einfach unterdrückt worden nach den einmal in Preussen, Sachsen und Bayern angenommenen Regierungsmaximen und nach dem vorherrschenden Verdachtswesen, — man würde keine Schmerzensmiene bei Unterdrückung der Verbrüderung gemacht haben, denn gerade der Arbeiter, der sich so lange Zeit in die Gewalt unterer Polizeibeamten zu fügen gelernt hatte, weiss sich in solche Zustände, wie wir sie jetzt erfahren und erleben, am besten zu finden. Man sage ihm also einfach, das zeither Erlaubte sei nicht mehr erlaubt, und er wird das gläubig und folgsam hinnehmen. Aber wenn man den Arbeitern, nachdem man ihnen eine Menge Verbesserungen ihrer materiellen und intellektuellen Lage heilig versprochen und ihnen erlaubt hatte, dabei selbst mit tüchtig Hand an das Werk zu legen, hinterdrein schuld gibt, sie hätten die sociale Republik angestrebt und dieses Streben mit dem anderen, an und für sich schönen, edlen, unterstützungswerten Zwecke der materiellen und sittlichen Erhebung des deutschen Arbeiterstandes nur maskiert, so ist das viel zu viel behauptet. Das Gegenteil davon liegt klar in der Weltgeschichte vor. Hätten in dem Jahre 1848 nicht einmal die Arbeiter die Monarchieen geschützt und gestützt, wer weiss, welchen Gang das Sturmesjahr genommen hätte! Und haben die Arbeiter irgendwo ihre Angelegenheiten heimlich beraten? Sind sie nicht überall mit ehrenwerter Offenheit zu Werke gegangen? Haben sie nicht überall sich an die Regierungen und deren Organe mit vollem Vertrauen und jugendlicher Zuversichtlichkeit gewendet bei allen ihren Beschwerden, Bitten und Wünschen? Nur der Feind könnte hier mit einem Nein antworten. Die Hand aufs Herz, ihr Herren, ist der Arbeiter nicht stets bescheiden und höflich gewesen? Nun, ein Revolutionär ist gewöhnlich nicht höflich. Der Arbeiter in seiner grossen Menge war nicht einmal revolutionär, wie es seine Umgebung von 1848 war. Dass *einzelne* unter ihnen die Sprache der offiziellen Regierungszeitungen von 1848 aus denselben erlernt hatten und voll Freude über die neue staatsrechtliche Ausbildung auch in einzelnen Briefen anwendeten, hin und wieder von einem rascheren „Vorwärts“ in denselben sprachen, das also ist der Grund, warum man den Arbeitern „die sociale Republik“ vorwirft, warum man ihnen

*) Bisher haben sehr wenige Blätter sich des Arbeiterstandes angenommen. Die Arbeiter haben wahrlich nicht die Verdächtigungen verdient, die sie jetzt überall erleiden müssen. Alle freisinnigen und für geschichtliche Wahrheiten sich einigermassen interessierende Redaktionen werden gebeten, entweder obigen Artikel abzudrucken oder sonstwie sich über die gegen den Arbeiter genommenen polizeilichen Massregeln auszusprechen.

Jesuitismus und Heuchelei, ihnen, den Herzen ohne Trug und Argwohn, allerhand Umsturzpläne und Verbrechen andichtet! Was haben damals i. J. 1848 die Vertrauensmänner der deutschen Regierungen in Frankfurt alles genehmigt! Kann man daraus auch folgern, dass diese Männer jetzt unter die Umstürzler zu zählen seien? Und hätte es wirklich hier und da einen von den Arbeitern gegeben, der über die Linie des Erlaubten hinüber einen kühnen Griff mitgetan hätte, wo ist der Mann, der i. J. 1848 sagen und deutlich begründen konnte, das in der Politik sei recht, jenes unrecht? Es waren ja alle Meinungen damals berechtigt! Für einen blossen Arbeiter, den man gewöhnlich für den letzten auf den Bildungsstufen erklärt, konnte es da gar kein sicheres Unterscheidungsmerkmal geben. Alles das hätte man historisch und gütigen Herzens erwägen sollen, bevor man zu solcher öffentlichen Anklage vorschritt. Ferner sind sämtliche Arbeitervereine, sie mögen einen Namen führen, welchen sie wollen, in Sachsen aufgelöst worden. Das trifft auch die Bildungsvereine und Lehrstunden, die Wanderunterstützungsvereine und vielleicht gar Gesangvereine. Warum nun plötzlich die intellektuelle Seite vernichten? Wir beklagen dies alles recht herzlich und bitten die sächsische Regierung, bald die Bedingungen anzugeben, unter denen wenigstens die Lehrstunden und Wanderunterstützungen genehmigt werden können.

Resolutionen der Konferenz socialistischer Frauen.

Abgehalten zu München am 13. und 14. September 1902.

Die Konferenz, welche die nachfolgenden Resolutionen fasste, fand an den zwei dem Münchener Parteitag der Socialdemokratischen Partei Deutschlands vorangehenden Tagen statt und war von 20 Orten Deutschlands durch 22 Delegierte beschickt. Ausserdem nahmen an ihr zwei Delegierte österreichischer Socialistinnen sowie elf deutsche Socialisten als Gäste mit beratender Stimme teil. Fast alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst.

* * *

I. Arbeiterinnenschutz.

In Erwägung

dass die von der Reichsregierung angeordnete Enquête über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen die Notwendigkeit wirksamer gesetzlicher Arbeiterinnenschutzbestimmungen neuerlich dokumentarisch bestätigt hat;

dass jedoch die in letzter Zeit veranlasste Erhebung des Reichsamtes des Innern über eine eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen nichtsdestoweniger eine Verschleppung der dringenden Reformen befürchten lässt, ebenso auch ein durchaus ungenügendes Mass an weiterem gesetzlichen Schutze der Arbeiterinnen:

fordert die Konferenz socialistischer Frauen die schleunige weitere Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes durch Festlegung der Reformen, für welche sich der Parteitag der Socialdemokratie zu Hannover und die Konferenz socialistischer Frauen zu Mainz erklärt haben und die in einer Eingabe zur Kenntnis des Reichstags gebracht worden sind.

Was insbesondere die unabweisbare Verkürzung der Arbeitszeit anbetrifft, so fordert sie an erster Stelle:

Für alle erwachsenen Arbeiterinnen die gesetzliche Einführung des Achtstundentags, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn bezw. neun Stunden

für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann;

für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf vier bezw. sechs Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichtes, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind;

für alle Arbeiterinnen die Abschaffung der Ueberstundenarbeit.

Die Konferenz fordert ausserdem gesetzliche Förderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen. Ersatz gesundheitsschädlicher, im Arbeitsprozess zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente.

Die Konferenz socialistischer Frauen zu München erklärt ferner:

dass der existierende Schutz der lohnarbeitenden Schwangeren und Wöchnerinnen weder in Betreff der gesetzlichen Schutzfrist noch in Betreff der für die Zeit des Erwerbsausfalls gesicherten Fürsorge den zu erhebenden Ansprüchen genügt.

Sie fordert deshalb mindestens:

Verbot der Beschäftigung von Frauen acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen nach der Niederkunft bei Tod- und Fehlgeburten oder im Falle des Ablebens des Kindes;

Recht der Schwangeren auf kündigungslose Einstellung der Arbeit vier Wochen vor der Niederkunft;

Verlängerung der Schutzfrist für Schwangere auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses;

Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgelegten Schutzfrist gestatten;

Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch:

Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist und in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder.

Die Möglichkeit dieser Leistungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluss der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat;

Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken durch:

fleissiges und gründliches Studium der in Betracht kommenden Fragen;

Sammlung und Veröffentlichung von Tatsachen, welche die Berechtigung dieser Forderungen begründen;

aufklärende mündliche und schriftliche Agitation unter den Arbeiterinnen;

Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung und am politischen Kampfe des Proletariats.

II. Beschwerdekommissionen.

Um den Arbeiterinnen die nötige Kenntnis der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu ihren Gunsten zu vermitteln;

um ihnen die grösste Möglichkeit zur rückhaltslosen Beschwerdeführung über gesetzwidrige Arbeitsbedingungen und zur Nutzbarmachung der Gewerbeinspektion zu geben;

um aus der Klasse des Proletariats weibliche Kräfte für die Gewerbeinspektion zu schulen,

erklärt es die Konferenz für wünschenswert:

1. Dass in allen Industriezentren mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft im Einvernehmen mit den Gewerkschaftskommissionen und -kartellen Beschwerdekommissionen der Genossinnen errichtet bezw. weibliche Mitglieder oder Vertrauenspersonen der gewerkschaftlichen Beschwerdekommissionen ernannt werden.
2. Dass die bestehenden Beschwerdekommissionen und Vertrauenspersonen zur Entgegennahme von Beschwerden der Arbeiterinnen nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas tätig sind und dass das bei ihnen eingegangene, sorgfältig geprüfte Material einer Zentralstelle überwiesen wird, durch welche es der allgemeinen Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz nutzbar gemacht werden muss.
3. Dass die Genossinnen der in Betracht kommenden Zentren Vortragskurse über die gesetzlichen Arbeiterinnenschutzbestimmungen organisieren, so dass die Frauen der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Beschwerdekommissionen und Vertrauenspersonen methodisch vorbereitet und geschult werden.
4. Dass die Genossinnen sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Instanzen ins Einvernehmen setzen und gemeinsam mit ihnen der Prüfung und Durchführung der möglichen Massnahmen nähertreten.

III. Kinderschutz.

Die Konferenz socialistischer Frauen erklärt, dass der von der Regierung eingebrachte Entwurf zum Schutze der gewerblichen Kinderarbeit ausserhalb der Fabrik ein socialreformerisches Pfuschwerk ist, das nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesamten Nation:

Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit und im Gesindedienst.

Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr.

Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf vier, von 16 bis 18 Jahren auf sechs Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichtes.

IV. Heimarbeit.

Die Konferenz tritt in der Frage des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit der Resolution des vierten Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart bei:

Da Heimarbeiterelend in hervorragendem Masse Arbeiterinnenelend ist und die Genossinnen seit langem der Frage der Heimarbeit die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet haben, scheint ihre Mitarbeit an dem bevorstehenden Heimarbeitkongress besonders wünschenswert.

Die Konferenz empfiehlt deshalb den Genossinnen, überall rechtzeitig in Verbindung mit den organisierten Arbeitern die nötigen Schritte zu tun, damit auch sachkundige Genossinnen als Delegierte an dem Kongress teilnehmen.

Die Konferenz spricht ferner die Ansicht aus, dass aller Schwierigkeiten ungeachtet Versuche zur Organisierung der Heimarbeiterinnen gemacht werden müssen.

Als nächster Schritt in dieser Richtung erscheint ihr der Zusammenschluss der Heimarbeiterinnen der einzelnen Berufe in besonderen Sektionen, deren Grundlage die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen sind und die den betreffenden Gewerkschaftsverbänden angegliedert werden. Sie empfiehlt deshalb den gewerkschaftlich tätigen Genossinnen, eine gründliche Diskussion der Frage in den Organisationen anzuregen.

V. Politische Gleichberechtigung.

a) Frauenwahlrecht.

In Erwägung, dass die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter durch die Grundsätze und das Programm der Socialisten bedingt ist und dass ihre Verwirklichung die Möglichkeit schafft für die unbeschränkte Beteiligung der Proletarierinnen am Befreiungskampf ihrer Klasse;

in weiterer Erwägung jedoch, dass gerade mit Rücksicht auf die sociale Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechtes das Klasseninteresse des Proletariats dem Sonderinteresse der Frau vorangestellt werden muss,

erklärt die Konferenz:

Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Staat und Gemeinde führt, muss das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Forderung kann jedoch nur als ausschlaggebender Punkt des jeweiligen Aktionsprogramms in diesen Kämpfen mit in den Vordergrund gestellt werden, wenn dadurch die Erweiterung und Sicherung des politischen Rechtes der Arbeiterklasse nicht gefährdet wird.

b) Vereins- und Versammlungsrecht.

Die Konferenz erhebt nachdrücklich Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechtes beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels kühner Interpretationskunststücke das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechtes für die Proletarierin aufs äusserste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werktätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich Zulässiges und Verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohnegleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. Solange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, dass die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechtes und der Textesdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

VI. Fleischteuerung.

Die unerhörte Steigerung der Fleischpreise droht den ohnehin geringen Fleischkonsum des Proletariats in einer Weise einzuschränken, welche nicht nur Gesundheit und Kraft des arbeitenden Volkes schwer schädigt, sondern auch die wirtschaftliche Lage vieler kleiner Existenzen untergräbt. Diese allgemeine Not, hervorgerufen durch die Begünstigungen, welche dem Grossgrundbesitz auf Kosten der übrigen Bevölkerung zugewendet werden, macht es allen Frauen, insbesondere allen Proletarierinnen, zur Pflicht, energisch Protest zu erheben gegen Regierungsmassregeln wie die Viehsperre, welche dem Reichen gibt, was dem Armen genommen wird.

Die Frauenkonferenz beschliesst:

Dem Münchener Parteitag diese Resolution zu unterbreiten und zu beantragen, dass im ganzen Lande Volksversammlungen einberufen werden, um sich mit dieser Materie zu beschäftigen und gegen eine solche Politik lebhaft zu protestieren.

Die socialdemokratische Fraktion wird ersucht, bei Eröffnung des Reichstags eine Interpellation über die Fleischnot und Viehsperre an die Regierung zu richten. Die socialdemokratischen Gemeindevertreter werden ersucht, die Aufhebung bezw. Sistierung des Oktrois auf Fleisch und Fleischwaren zu beantragen.

VII. Organisation.

Die Konferenz socialistischer Frauen erklärt, dass durch das Organisationsstatut, das der Parteitag zu Mainz der socialdemokratischen Partei gegeben hat, das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht nicht berührt wird, zur Betreibung einer einheitlichen und planmässigen Agitation unter den proletarischen Frauen eigene Vertrauenspersonen zu wählen.

IV. Der Socialismus in den Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

16. August 1902.

S. Haecker, Der Riesenstreik der galizischen Bauern. — Gustav Hoch, Zur Frage der Proportionalwahl. — J. Witt, Zur Schulfrage. — G. Mauerer, Das Müllergewerbe. — Literarische Rundschau. — Feuilleton.

23. August 1902.

Max Adler, Das österreichische Chaos und seine Entwirrung. — August Erdmann, Bischof Ketteler als Socialpolitiker. — Max Grunwald, Die Untersuchungen über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben. — Notizen. — Feuilleton.

30. August 1902.

J. Karski, Galizien. — Hugo Zaddach, Zur Lage der Bureauangestellten. — Emanuel Wurm, Socialpolitische Umschau. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Feuilleton.

6. September 1902.

Schacher: das ist's. — A. Bebel, Der Parteitag in München. — Karl Liebknecht, „Die neue Methode." — Hermann Molkenbuhr, Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. — A. Winter, Der Parteizwist in Preussisch-Polen. — Literarische Rundschau.

13. September 1902.

Ein freisinniger Staatsstreich. — J. Karski, Galizien. — M. Beer, Ueber den geistigen Zustand Englands. — H. Mattutat, Krankenversicherung und Krankenkassenschwindel. — L. Radloff, Hamburger Kommunalpolitik. — Heinrich Cunow, Wirtschaftliche Umschau. — Literarische Rundschau. — Notizen.

20. September 1902.

M. Beer, Der Trade Union-Kongress. — Gustav Bang, Die Lebenshaltung der unteren Schichten der dänischen Landbevölkerung. — Casimir von Kelles-Krauz, Musik und Oekonomie. — David Bach, Frauenliteratur. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Feuilleton.

Socialistische Monatshefte, Berlin.

September 1902.

Ignaz Auer, Zum socialdemokratischen Parteitag in München. — Eduard Bernstein, Der Kampf um die Zollpolitik im Reich und das Dreiklassenwahlsystem in Preussen. — Julius Bruhns, Obstruktion bei den preussischen Landtagswahlen? — Max Schippel, Wie steht es in Wirklichkeit mit dem Zolltarif? — Dr. Conrad Schmidt, Sombarts Buch über den modernen Kapitalismus. — Paul Kampffmeyer, Die Arbeiterversicherung und die Socialdemokratie. — Johannes Timm, Die Bedeutung und die Aufgaben der Arbeitersekretariate bei der Ausführung der Versicherungsgesetze. — Karl Legien, Der Einfluss der Krise auf die Gewerkschaften. — Paul Müller, Die neue Seemannsordnung, ihre Geschichte und ihre Bedeutung. — Adolph von Elm, Auf der Suche nach Gerechtigkeit. — Dr. Ladislaus Gumplowicz, Emile Vandervelde. — Ignacy Dasczynski, Nationalität und Socialismus. — Rundschau (Politik, Wirtschaft, Socialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Socialpolitik, Sociale Kommunalpolitik, Rechtswissenschaft, Bücher, Revuen, Notizen). — Portrait von Emile Vandervelde.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

15. September 1902.

Eugène Fournière, Le Nationalisme. — W. Rakhmetov, La Situation de la classe ouvrière en Russie. — Paul Buquet, La Réforme

de l'enseignement secondaire. — Christian Cornélissen, Influence des „trusts" et des monopoles sur le marché. — Gustave Rouanet, Napoléon antimilitariste. — Adrien Veber, Mouvement social.

Le Mouvement Socialiste, Paris.
1. Septembrer 1902.

Karl Kautsky, Réformes sociales et Révolution sociale. — Jules Destrée, Les préoccupations intellectuelles, esthétiques et morales dans le Parti Ouvrier belge. — André Morizet, France: Documents socialistes. — L. Durieu, Belgique: Le Congrès des jeunes Gardes sociatistes. — Brésil: Le 2e Congrès du Parti Socialiste Brésilien. — Les Syndicats. — Les Grèves. — Les Coopératives. — Bibliographie.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.
15. September 1902.

Poetry. — William Mailly, „Mother" Jones. — H. Quelch, The Trades Union Congress and Trade Union Politics. — Some Letters from Karl Marx. — K. Kautsky and E. Belfort Bax, The materialist conception of history. — Current Topics. — Feuilleton.

The International Socialist Review, Chicago.
September 1902.

H. M. Hyndman, The International Situation. — Ernest Crosby, The Land of the Noonday Night. — Enrico Ferri, The Revolutionary Method. — Terrorism in Russia. — K. Kautsky, Agitation among farmers. — E. H. Kunze, Socialism in Australia. — Owen R. Lovejoy, Jesus and Social Freedom. — Editorial. — Socialism abroad. — World of Labor.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.
1. September 1902.

Garzia Cassola, Il trionfo dell' equivoco? — f. t., Sciopero generale a Firenze. — D. S., I socialisti di fronte alla monarchia. — N. Velatri, Una riforma . . . . igienica. — Pietro Chiesa e Gino Murialdi, L'organizzazione economica del proletariato industriale. — Le altre Relazione al Congresso. — Un occhiata alla nostra stampa.

16. September 1902.

Dopo il Congresso: Al lavoro! — Pietro Chiesa e Gino Murialdi, L'organizzazione del proletariato industriale. — Attilio Cabiati e Luigi Einaudi, L'Italia e i trattati di commercio. — Prof. Giovanni Montemartini, Gli ideali economici della passata e della presente generazione in Italia. — Enrico Leone, Sul principio di cooperazione nei suoi rapporti col socialismo.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.
September 1902.

H. Roland Holst, Arbeiders en Alkohol. Verslag der Enquête over het Drankvraagstuk. — Rosa Luxemburg, De algemeene Werkstaking. — Joh. Visscher, De Toekomst van Zuid-Afrika. — M. Kalsbeek, De Bond van coöperatieve Zuivelfabrieken in Friesland en de Pensioen-Kwestie. — Jos. Dietzgen, Het Wezen van den menschelijken Hoofdarbeid. — Coen, Het Leger als Klasse-Instrument. — Politieke- en Vakbeweging.

Akademie, Prag.
September 1902.

J. Krapka, K organisaci mládeže. — Dr. Lev Winter, Pojištění dělnictva v podnicích zemědělských a lesnických pro případ úrazu. — Verus, Přibývání majetných a naděje socialismu. — H., K řešení otázky národnostní v Rakousku. — K. Beránek, Epilog výstavní. — Hlídka národohospodářská. — Hlídka politická a sociální.

V. Anfragen und Nachweise.

Wir wiederholen hier diejenigen bisher unbeantwortet gebliebenen Anfragen aus dem ersten Jahrgang dieser Zeitschrift, die nicht inzwischen durch direkten Verkehr von Korrespondenten mit den Fragestellern ihre Erledigung gefunden haben:

2. Ist irgendwie von socialistischer Seite eine Auseinandersetzung mit den Theorieen des Grafen Gobineau versucht worden?

25. Gibt es urkundliches Material (Rezensionen, Briefe etc.) über die Aufnahme und Beurteilung der 1867 in erster Auflage erschienenen Schrift von Moses Hess: Rom und Jerusalem von seiten zeitgenössischer Socialisten?

26. In welcher Bibliothek ist die Berliner Monatsschrift für Volkswirtschaft und sociales Leben, 1845 oder 1846, herausgegeben von Rutenberg, zu finden? Es sind von ihr nur wenige Nummern erschienen. Vergl. Westphälisches Dampfboot, 1846, pag. 138. (In der Berliner Königlichen Bibliothek und in der Berliner Universitätsbibliothek war die Zeitschrift nicht zu ermitteln.)

27. Im dritten Heft (1843) der in Stuttgart von Dr. Karl Weil herausgegebenen Constitutionellen Jahrbücher steht ein Aufsatz: Der siebente rheinische Landtag und die Pressdebatte. Von einem Rheinländer. Er tritt u. a. für die Rheinische Zeitung ein. „Ein Rheinländer" war, wie Mehring in No. 9 der Documente des Socialismus (pag. 399) ausführt, der Kriegsname von Karl Marx. Von wem ist wohl der vorbezeichnete Aufsatz?

32. Aus welchem Jahre stammt ein Joh. Ph. Becker zugeschriebener, als Flugblatt in Quartformat erschienener und mit der Druckangabe: „Druck der Vereinsbuchdruckerei in Bern" versehener Katechismus für das Volk?

*

33. Zu welcher Zeit und bis wann existierte eine Vereinsbuchdruckerei in Bern?

VI. Notizen.

Socialismus im Roman de la Rose? Der allzeit anregende, aber nichts weniger als zuverlässige Chamberlain sagt in seinen Grundlagen des XIX. Jahrhunderts, Band II, Seite 834 (zitiert nach der zweiten Auflage):

„Den Kapitalismus haben wir schon an dem Beispiel der Fugger am Werke gesehen; der Socialismus war aber viel früher ein wichtiger Bestandteil des Lebens gewesen; fast fünf Jahrhunderte lang spielt er in der Politik Europas eine bedeutende Rolle, von der Empörung der lombardischen Städte gegen ihre Grafen und Könige an bis zu den vielen Bauernorganisationen und -aufständen in allen Ländern Europas. Wie Lamprecht an einer Stelle aufmerksam macht: die Organisation der Landwirtschaft war bei uns von Haus aus „kommunistisch-socialistisch". Echter Kommunismus wird auch immer im Landbau wurzeln müssen, denn hier erst, bei der Produktion der unentbehrlichen Nahrungsmittel, erhält Kooperation umfassende und womöglich staatsgestaltende Bedeutung. Darum waren die Jahrhunderte bis zum sechzehnten socialistischer als das unsere, trotz des vielen socialistischen Geredes und Theoretisierens, das wir haben erleben müssen. Doch auch dieses Theoretisieren ist nichts weniger als neu; um nur ein einziges älteres Beispiel zu nennen: gleich der Roman de la Rose aus dem Jahrhundert des Erwachens (dem XIII.), und lange Zeit hindurch das am weitesten verbreitete Buch von Europa, greift alles Privateigentum an, und schon in den allerersten Jahren des XVI. Jahrhunderts (1516) erhielt der theoretische Socialismus in Sir Thomas Mores Utopia einen so wohldurchdachten Ausdruck, dass alles, was seither hinzugekommen ist, gewissermassen nur das theoretische Anbauen und Ausbauen des von More deutlich abgesteckten Gebietes ist."

Wir glauben, dass Chamberlain irrt, wenn er in dem Passus des Roman de la Rose, auf den er anspielt, socialistisches Theoretisieren erblickt.

Die Schilderung glücklicher Urzustände kann nur dann als socialistisches Theoretisieren angesehen werden, wenn sie, bewusst oder unbewusst, im Geiste des Saint-Simonistischen „L'âge d'or qu'une aveugle tradition a placé jusqu'ici dans le passé, est devant nous" geschieht. Von diesem Geiste ist aber im Roman de la Rose kein Hauch zu verspüren; sein Lob der Urzustände und seine Kritik der vollzogenen Veränderungen ist vielmehr eine rein moralisierende und satirische. Immerhin ist es nicht uninteressant, aus dem schwer zugänglichen Werke — die neufranzösische Uebersetzung des altfranzösischen Originals ist vergriffen — die betreffende Stelle herzusetzen, die nach der Ausgabe von Marteau (Paris, bei Daffis, 1878), hier auszugsweise übersetzt wird. (Kapitel LIII, 9913—10018.)

* * *

(Jason, der erste Seefahrer, tritt auf seinem Schiffe die Reise zum goldenen Vliess an. Jedermann ist ungeheuer erstaunt, denn diese Urmenschen kannten keine Seefahrer.)

„Denn alle fanden sie auf dem trocknen Lande, was ihnen nötig schien. Und alle gleich reich, liebten sie sich, die einfachen Leute friedlichen Lebens. Da kamen Tücke, Sünde, böser Zufall, Stolz, Begehrlichkeit, Geiz, Missgunst, und alle anderen Laster.*) Sie brachten Armut aus der Hölle, wo sie so lange geweilt hatte, dass niemand mehr etwas von ihr wusste. Sie war nun hienieden; ach, dass sie so bald kam, diese ärgste Plage! Armut, das dumme Weib, führt ihren Sohn Dieb mit sich, der nun, seiner Mutter zu helfen, Schlechtes anstellt und gerade auf den Galgen

*) Alle als Personifikationen behandelt.

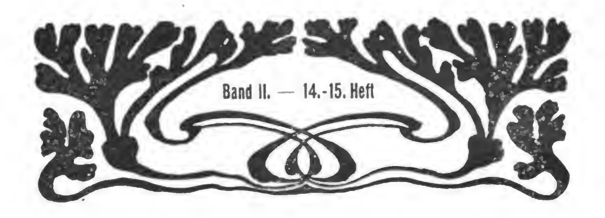
losgeht. Gar oft lässt er sich hängen, ohne dass seine Mutter ihm helfen kann . . . . Alle diese Unholde treiben nun ihr Spiel auf Erden.

Bald gaben nun die unglücklichen Erdenkinder, von all diesen Teufeln verderbt, ihre sanfte Lebensweise auf und hören nicht mehr auf, Böses zu tun. Alle werden falsch und Fälscher; Domänen sieht man und Herren, denn sogar die Erde teilten sie sich, und zum ersten Male pflanzten sie Grenzzeichen. Von der Zeit ab aber, wo sie Grenzen pflanzten, da bekriegten sie sich gar manches Mal und raubten einander, was sie konnten, der Stärkste nahm sich das Beste. Der Ausweg aus diesem Zustande war die Wahl eines Fürsten, der die Verteidigung aller unter der Bedingung übernahm, dass man ihm alles Nötige zum Lebensunterhalt liefere" u. s. w.

Man sieht, diese ganze Darstellung ist weit eher satirisch auf gewisse altfranzösische Zustände gemünzt, als dass man ihr irgend einen socialistischen Gedanken unterlegen könnte.

Historicus.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin.
Verlag der Socialistischen Monatshefte (M. Mundt), Lützow St. 85 A, Berlin W.
Druck von Pass & Garleb, Steglitzer St. 11. Berlin.



I. Kritische Bibliographie des Socialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arbeitersekretariat Frankfurt a. Main: **Erster Jahresbericht** für 1899 mit kleineren Beilagen und einer geschichtlichen Abhandlung: Vom Frankfurter Zunftgesellen zum klassenbewussten Arbeiter. 110 S. 8°.

Dasselbe: Zweiter Jahresbericht für 1900 mit einem Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs und einer socialpolitischen Abhandlung: Ein Musterfall nach dem neuen Unfallversicherungsgesetz. 119 S. 8°.

Dasselbe: Dritter Jahresbericht für 1901 nebst Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs und einer Abhandlung: Die Rechte der unehelichen Kinder.

Sämtlich Frankfurt a. M., 1900, 1901, 1902. Druck der Union-Druckerei, G. m. b. H. 123 S. 8°.

Von diesen drei bisher erschienenen Jahresberichten des Frankfurter Arbeitersekretariats gibt der erste einen gedrängten Abriss der Entstehungsgeschichte des Sekretariats selbst, dessen steigende Benutzung durch die Arbeiterschaft in folgenden Ziffern zum Ausdruck kommt: 1899: 16 076; 1900: 20 756 und 1901: 24 247 Ratsuchende. Die sorgfältige Berichterstattung über die Natur etc. der Auskunftsachen bietet viel wertvolles Material für die Beurteilung der Arbeiterlage in Bezug auf die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen, das Rechtswesen und die socialpolitische Gesetzgebung. Nicht minder reich an unterrichtendem Inhalt sind die Berichte über die Tätigkeit, Erfolge und den Entwickelungsgang der Gewerkschaftsbewegung in Frankfurt. Diese hob sich von 7082 Mitgliedern am Ende des ersten Quartals 1899 bis auf 9240 Mitglieder am Ende des dritten Quartals 1900, ist aber seitdem unter dem Einfluss des starken Geschäftsdruckes auf 8566 Mitglieder am Ende des dritten Quartals 1901 zurückgegangen. Die Abhandlungen, welche den Berichten als Anhang beigegeben sind und deren Gegenstand der Leser in den Titeln verzeichnet findet, verdienen wegen der sachgemässen Auswahl und trefflichen Ausführung besondere Erwähnung.

Barolin, Johannes C.: **Der sociale Staat im Staate.** Leipzig, 1902. Wilhelm Friedrich. 20 S. 8°.

Der Plan eines geschlossenen Verbandes von Kolonieen behufs Unterbringung, angemessenen Unterhalts und je nachdem zweckmässiger Beschäftigung der Armen, Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen. Diesem Ver-

bande, der sich über das ganze Land hin erstrecken soll, werden mit der Pflicht der Sorge für die Armen auch die Mittel überwiesen, welche die Gemeinden etc. bisher für die Armenpflege aufzubringen hatten. Durch geeignete und systematische produktive Verwendung der so erhaltenen Mittel bringt es der Verband dahin, sich wirtschaftlich zu verselbständigen, ohne jedoch den übrigen wirtschaftstätigen Elementen Konkurrenz zu machen. Er bildet so, wirtschaftlich-social betrachtet, einen abgeschlossenen Organismus im Staate, der durch je nachdem dauernde oder zeitweilige Aufsaugung der wirtschaftlich Ueberzähligen diesen vor dem Zusammenbruch bewahrt und es möglich macht, den Wohlstand der Gesamtheit auf die höchste Stufe zu bringen.

Eine wohlgemeinte Idee, die sich seit Jahrhunderten — wir begegnen ihr schon in der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts — durch die socialpolitische Literatur zieht und mit gewissen Projekten aus dem Gebiete der Mechanik die Eigenschaft gemein hat, dass ihre Adepten die in der Wirklichkeit zu überwindenden Reibungswiderstände entweder ganz zu übersehen oder, wie im vorliegenden Falle, erheblich zu unterschätzen pflegen. Ueber die Natur dieser Widerstände kann man sich durch das Studium der Literatur der Arbeitskolonieen unterrichten, die jeder zu berücksichtigen hat, dessen Vorschläge auf diesem Gebiete nicht als Spielerei genommen werden sollen. Das geben wir u. a. auch dem Verfasser der vorliegenden Schrift zu bedenken.

Carlyle, Thomas: **Socialpolitische Schriften;** aus dem Englischen von Friedrich Bremer und Paul Seliger. 1. Band: Kleinere socialpolitische Schriften, 2. Band: Vom Tage des Gerichts. Leipzig 1902, Verlag von Otto Wigand, 293 u. 389 S. 8°. Preis der zwei Bände 9 Mark.

Die den ersten Band dieser schön gedruckten Ausgabe füllenden Arbeiten bestehen aus der 1838 veröffentlichten Abhandlung über den Chartismus, einer 1849 verfassten „Gelegenheitsrede" über die Negerfrage, dem von 1876 datierenden Aufsatz über die Wahlreform („Den Niagara hinab — und dann?) und zwei Aufsätzen allgemeineren Inhalts: Zeichen der Zeit (1829) und Charakterzüge (1831). Die 1850 veröffentlichten Latter-Day Pamphlets bilden unter dem Sammeltitel Vom Tage des Gerichts den Inhalt des zweiten Bandes.

Der Zeitfolge nach genommen veranschaulichen diese Aufsätze die zunehmende Kluft zwischen der Carlyleschen Gesellschaftsauffassung und der wirklichen Gesellschaft und ihren Bedürfnissen. Carlyle war zu allen Zeiten ein Romantiker, der seine Ideale der vergangenen oder einer jenseits der vor ihm liegenden, sich vor seinen Augen entwickelnden Welt nachbildete. Mitten im industriellen England begeistert er sich für ein verklärtes Mittelalter oder den idealisierten väterlichen Despotismus deutscher Fürsten. Das mochte eine Zeitlang für das englische Publikum eine nützliche Kost sein, da jeder Rückfall Englands in den Feudalismus oder Absolutismus ausgeschlossen war, der nüchterne, verblödende Bourgeoisutilitarismus aber, der das zweite Drittel des 19. Jahrhunderts über in England vorherrschte, es nötig machte, dem sich in Selbstgefälligkeit wiegenden John Bull kräftig wirkende Kontrastbilder vorzuhalten und ihm zu zeigen, dass die gegebene englische Welt nicht nur nicht die beste aller möglichen, sondern auch nicht einmal die bestmögliche aller schon dagewesenen Welten war. Durch Vorhalte dieser Art, insbesondere durch bald ironische, bald pathetische Bekämpfung der Philistervorstellung von der Allheilkraft der Manchesterdoctrin und der ihr zu Grunde liegenden Auffassung der menschlichen Beziehungen verstärkte er in der Epoche der Chartistenkämpfe trotz seiner Einwände gegen die Chartistenforderungen den revolutionären Eindruck der chartistischen Agitationen. Damals tönten aus seinen Schriften vor allem die Anklagen gegen die Misswirtschaft der herrschenden Oligarchie heraus, hinter dem, im Gewande des Tory auftretenden Moralsittenpredigers schien ein aufrichtiger Socialreformer zu

stecken, der sich notgedrungen eines Tages zum Demokraten entwickeln musste.

Was Carlyle nach 1848 geschrieben, hat diese Erwartungen Lügen gestraft. Schon seine „Gelegenheitsrede“ von 1849 über die Negerfrage stösst den Leser durch die brutalen Ausfälle auf die Neger und die Negerbefreier ab, auch wenn man zugibt, dass für die Negerfrage in Westindien seinerzeit möglicherweise eine bessere Lösung gefunden werden konnte, als die unvermittelte formale Emancipation. Einen noch unerquicklicheren Eindruck machen die Latter Day Pamphlets, in denen der Gesellschaftskritiker zum reinen Fastenprediger wird, der über Tod und Teufel, Volk und Regierungen, Staatsretter und Revolutionäre, Gesetzgeber und Gesetzesverletzer schimpft, sich über zu milde Behandlung politischer und anderer Gefangener ereifert, und was dergleichen Ausflüsse verdriesslicher Laune mehr sind, während die positiven Vorschläge sich auf der Linie blosser Allgemeinheiten, wie Regierung in Staat und Industrie durch die Weisesten und Edelsten, Vermenschlichung der Beziehungen zwischen den Hauptleuten und den Untergebenen, bewegen, denen jeder Philister zustimmen konnte und die ohne Bestimmung der Kräfte und Mittel, die Sache zu verwirklichen, auch reine Philisterutopie bleiben mussten. Der Aufsatz über die Wahlreform bedeutet einen weiteren Rückschritt — statt der Kapuzinade haben wir eine Jeremiade. Die Wahlreform von 1867, die erst einem grösseren Teil der städtischen Arbeiter das, im übrigen noch recht verklausulierte Wahlrecht gab, wird als Sprung ins Dunkle oder ins Bodenlose bejammert, und die Staatsmänner, die sie herbei- und durchgeführt haben, werden als Verräter gebrandmarkt, die England an den Pöbel verschachert haben. Die Gewerkvereine werden im Hinblick auf einige Gewalttaten, die gerade damals in Sheffield passiert waren, beschuldigt, ihre „vier Achten“ (acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Schlaf und acht Shillinge Lohn) „mit der Mörderpistole in der Hand“ zu fordern, und während positivistische Socialreformer und christliche Socialisten den Gewerkvereinen in jener Stunde der Gefahr mutvoll beistanden, stimmte Carlyle in das Geheul von der „Meuchelmördercompagnie“ ein und sprach von den „Krallen“, die sich ohne rechte Arbeitsleistung „gierig“ nach Geld ausstrecken. Als Rettung vor all dem Unheil, welches England von der Wahlreform drohe, die es den Gewerkvereinlern ermöglicht, sich dem Reformparlament aufzudrängen, wird die Verbindung der Edlen und Weisen aus der Aristokratie mit den Edlen und Weisen aus der Industrie hingestellt, zu denen sich dann im Notfalle noch die Aristokraten der Geburt gesellen sollen. Die Teilnehmer an der grossen Londoner Reformdemonstration von 1866 aber werden generell als Rüpel und Lumpenkerle bezeichnet, der Organisator der Demonstration, Mr. Beale, als ein moderner Kleon hingestellt.

Zwischen alledem gibt es nun freilich stets Ausführungen, die erkennen lassen, dass es kein brutales Klasseninteresse ist, das jene Kapuzinaden und Jeremiaden diktiert, sondern die Vorstellung von einer durch sittliche Bande zusammengehaltenen, nach Fähigkeiten gegliederten, jedem Sicherheit seiner Stellung verbürgenden Gesellschaftsordnung. Aber diese Ordnung ohne Rücksicht auf die Natur der Klassen und die in der Wirklichkeit tätigen Kräfte durchsetzen wollen, war ein hoffnungsloses Streben, das eben weiter nichts erzeugen konnte, wie Keifen und Jammern darüber, dass die Welt andere Wege geht. als wie sie der Weise ihr vorgezeichnet hatte. Selbst die fruchtbaren Gedanken Carlyles wurden in diesem Zusammenhange zu blossen Marotten; sie mussten aus ihm herausgelöst, dem wirklichen Leben angepasst werden, um das nationale Denken zu befruchten.

So wird auch der Leser dieser Bände ihren Inhalt nur mit sehr geteiltem Empfinden aufnehmen. Wer den ganzen Carlyle kennen lernen will, darf an ihnen nicht vorbeigehen, und manches treffliche Wort, manches plastische Bild, manche tiefempfundenen Betrachtungen werden ihn für die Mühe des Lesens entschädigen. Ueberall macht sich die grosse Belesenheit, der Gedankenreichtum des Verfassers bemerkbar. Und doch ist es viel, sehr viel Gestrüpp, das es dabei zu überwinden gilt. Was interessieren die Gegenwart Unheilsprophezeiungen, die nicht eingetroffen sind? Carlyle

erscheint in seinen späteren Arbeiten heute wesentlich reaktionärer, als er wirklich war. Reaktionär waren seine politischen Ideale auch für seine Zeit, aber sie waren im damaligen England relativ harmlose Marotten, denen ihr Urheber nachgehen konnte, ohne Furcht, beim Wort genommen zu werden. Heute lesen sich die Aufsätze, als seien sie direkt für unsere Scharfmacherpresse geschrieben.

Die Uebersetzung liest sich im ganzen gut, ist aber nicht fehlerfrei. Die knorrige Sprache Carlyles ist oft ungebührlich abgeschliffen, so dass die Eigenart des Schriftstellers dabei völlig in die Brüche geht. Auch fehlt es nicht an allerhand Unrichtigkeiten. Gleich am Anfang ist das Motto zur Abhandlung über den Chartismus unrichtig übersetzt. „Es raucht nie, aber Feuer ist da", lesen wir dort. Es muss aber heissen: „Es raucht nie, wenn kein Feuer da ist". Auf S. 112 erster Band wird von „Mangel an Arbeit" gesprochen, wo es „Mangel an Arbeitskräften" heissen muss. Und anderes mehr. Gewisse intimere Seiten des Geistes der englischen Sprache sind dem betreffenden Uebersetzer offenbar fremd geblieben.

Kalthoff, A.: **Das Christus-Problem.** Grundlinien zu einer Socialtheologie. Leipzig, 1902. Eugen Diederichs. 88 S. 8°. Preis: 2 Mark.

Der Verfasser dieser Schrift wendet sich am Eingang derselben dagegen, dass die Methode des modernen wissenschaftlichen Denkens, welche doch auch für die Geschichtswissenschaft massgebend sein müsse, dort den Namen materialistische Geschichtsbetrachtung erhalten hat. Auch die Bezeichnung „ökonomische Geschichtsbetrachtung" lässt er nicht gelten, weil sie die Wechselwirkung der beiden Seiten des Lebens nicht erkennen lasse. Vielleicht sei es deshalb, bis ein besserer Name gefunden sei, am besten, diese neuere monistische Geschichtsbetrachtung als die realistische zu bezeichnen. Ein Vorschlag, dem wir uns nicht anschliessen können, weil Realismus und Idealismus nur für die abstrakte Metaphysik und die handgreifliche Praxis bestimmt gegensätzliche, für die Geschichtswissenschaft aber sehr unbestimmte Begriffe sind, unter denen man sich alles mögliche vorstellen kann. Besser liesse sich unseres Erachtens etwa der Name sociologische Geschichtsauffassung rechtfertigen, da in ihm angezeigt wird, dass für die Geschichtsbetrachtung dieselbe wissenschaftliche Methode zu gelten hat, die der allgemeinen Gesellschaftslehre zu Grunde gelegt wird, dass sie überhaupt nur ein Zweig dieser ist.

Die Hauptsache jedoch ist, dass der Verfasser die grundlegenden Gedanken der in Frage kommenden Geschichtsauffassung, deren erster Begründer ihm freilich Kant ist, auf das Christus- und im weiteren Sinne das ganze Religionsproblem anwendet. In Bezug auf das erstere entwickelt er einen ähnlichen Standpunkt, wie ihn seinerzeit schon Bruno Bauer und im Anschluss an diesen Friedrich Engels entwickelt haben, d. h. er fasst das Christentum rein als geschichtliches Produkt auf, lässt es nicht in Palästina, sondern in Rom zur Ausbildung kommen, weist der Persönlichkeit Jesu, wenn er sie auch nicht geradezu in die Mythe verweist, doch eine ziemlich untergeordnete Rolle bei der Entstehung der christlichen Religion an. In scharfer Weise kritisiert er den Standpunkt der protestantischen Theologie, die auf alexandrinische Weise, d. h. rein pragmatisch, mit Preisgabe der Einsicht in die Gesetze und Kräfte des Geschichtlichen sich aus der Bibel und der Literatur der ersten Jahrhunderte unserer Zeitrechnung einen historischen Christus zusammenzukonstruieren suche, der einer wirklich menschlichen Auffassung des Christentums durchaus nicht näher stehe, wie der schon mystisch vergeistigte Christus des vierten Evangeliums. „Der Glaube an den isolierten Heros, dieser Todfeind jeder wissenschaftlichen Geschichtsauffassung, lebt in der Theologie noch fort, als der Rest des Glaubens an den dogmatischen Gottmenschen". (S. 20.) Indem sie diesen unwissenschaftlichen Heldenkultus pflege und einen Jesus konstruiere, der eine übermenschliche Stellung gegenüber der Kirche einnehme, stelle sich die protestantische Theologie auf einen viel tieferen Standpunkt, als die katholische Theologie. Diese habe in der Frage der Bibel „stets an dem

richtigeren Standpunkt festgehalten, dass sie die Kirche als das Ursprüngliche, die Bibel als das Abgeleitete betrachtet" (S. 23). Wie das Leben stets ursprünglicher sei als die Schule, so habe auch die Kirche in ihrem Werden als eine lebendige Realität die Bibel und nicht diese die Kirche geschaffen. Es könne gar kein Zweifel darüber bestehen, dass in den Schriften der apostolischen Väter Christus, „der Herr", keine historische Persönlichkeit, sondern die personificierte Idee, das transcendente Princip der Kirche bedeutet.

Der Verfasser führt für diese Auffassung eine Reihe äusserst einleuchtender Argumente und Belegstücke an. Die Unsicherheit der Evangelien in Bezug auf geographische und zeitliche Bestimmung wichtiger Vorgänge der berichteten Lebens- und Leidensgeschichte Jesu, die Hervorhebung der Person des Petrus, gewisse politische und sociale Anspielungen in den Gleichnissen und vieles andere mehr weisen darauf hin, dass die evangelischen Erzählungen in apokalyptischer Weise so zu sagen von Rom nach Palästina projiciert worden sind, von wo die realen und idealen Impulse der Bewegung, der sie als Folie dienen, ausgegangen waren. Der Verfasser legt grossen Wert auf die Betonung des proletarischen Charakters des Urchristentums, der sich aus der äusserst gedrückten Lage der Masse der in Rom lebenden Juden ergab, mit der Ueberleitung dieser Bewegung durch den ausgebildeten Organismus der Kirche in das breite Bett des allgemeinen Kulturlebens aber seine elementare Wucht verlor. Die Ausbildung des Christentums zum katholischen Gottesstaat ist das Ergebnis eines Kampfes der religiösen Rechtsidee mit der Gewalt von oben und der Gewalt von unten, ein Kampf, der selbst wieder, wie alle solche Kämpfe, ein Kompromiss ist, in dem der Sieger von den Besiegten Kräfte und Fertigkeiten übernimmt, die deren Stärke, weiterhin aber wieder ihre Schwäche ausmachen. Die sich durch Jahrhunderte hinziehende Geschichte dieses Kampfes nun sei die Geschichte Christi, die Evangelien zwar Geschichtsquellen, aber nicht „Urkunden der Geschichte eines Individuums, sondern der einer socialen Bewegung, der werdenden katholischen Gesellschaftsordnung".

Soweit vom Christus, wie er uns in der Bibel entgegentritt. Das moderne Christusproblem sei nun das, „ob und wieweit die in dem Christus der Evangelien personificierten social-religiösen Lebensmächte noch imstande sind, eine geistige Führung im Leben der Gegenwart zu übernehmen". Nach dem Verfasser weist gerade der Klassenkampf der Gegenwart in Verbindung mit der modernen Entwickelungslehre darauf hin, dass das Gesetz der Erhaltung der Kraft auch auf religiösem Gebiete sich bewähre. Das Christusbild der Gegenwart sehe noch widerspruchsvoll aus. Es trage auf der einen Seite „noch die Züge des alten Heiligen oder des himmlischen Monarchen, daneben aber auch die ganz modernen Züge des Proletarierfreundes, ja, des Arbeiterführers". Dieser Widerspruch werde aber gelöst werden, und mit der Assimilierung des zum weiten Strom socialistischer Lebensauffassung verbreiteten Socialismus des Kommunistischen Manifests durch die moderne Gesellschaft, der Socialisierung der bürgerlichen Lebensanschauungen ein neues zeitgemässes Christentum möglich werden. Der Christus aber, der den Heutigen das bedeuten solle, was der Christus der Evangelien für seine Zeit war, könne „nie ein historischer, ein vergangener Christus sein, sondern müsse aus dem gesamten Inhalt des modernen Lebens, aus den treibenden Kräften unserer gesellschaftlichen Kultur geboren werden, er kann nur ein Menschenbild sein, in dem alle gärenden, alle aufwärts strebenden Tendenzen der heutigen Menschheit ihren verklärten, vergeistigten und vermenschlichten Ausdruck finden".

Dies der Gedankengang der Schrift, die ebenso reich an Ideengehalt wie musterhaft in der Darstellung ist. Sie brilliert nicht durch Geistreichelei, verrät aber fast auf jeder Seite einen kenntnisreichen, kritisch geschulten Geist. Wenn nicht durchgängig originell, steht sie doch überall auf der Höhe modernen Denkens. Ueber die Vorstellung des Verfassers von einem modernen Christentum wird man natürlich insofern verschiedener Meinung sein können, als man es als fraglich bezeichnen kann, ob die

kommende Menschheit überhaupt noch eines symbolischen Ausdrucks ihrer sittlichen und sonstigen socialen Ideale bedürfen wird. Ein solches Bedürfnis zugegeben, lässt sich dagegen wenig gegen die vom Verfasser entwickelte Theorie seiner Lösung einwenden.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend: **Geschäftsbericht** 1901—1902. Leipzig. Buchdruckerei A.-G. 32 S. 8°.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ist unseres Wissens der grösste Arbeiterkonsumverein Deutschlands. Seine Mitgliederzahl betrug am Ende des Berichtjahres, 30. Juni 1902, 31 159 (gegen 29 358 am entsprechenden Termin des Vorjahres). Der Gesamtbetrag der Geschäftsguthaben der Mitglieder stieg in der entsprechenden Zeit von 793 600 Mark auf 900 923 Mark, der Reingewinn belief sich auf 1 095 676 Mark oder 10 % Dividende auf den Warenbezug im Betrage von 9 034 863 Mark, zugleich 9 % Dividende auf ein Kapital von 1 049 360 Mark. Das Personal des Vereins (Beamte und Arbeiter) war von 673 auf 698 Personen gestiegen. Der Bericht verzeichnet einige Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen bei den Angestellten des Vereins. Insgesamt stieg die Ausgabe für Löhne und Gehälter von 668 004 auf 723 220 Mark. Alles in allem zeigt der Bericht durchgängig bemerkenswerte Fortschritte, und dies obendrein in einem Jahre, das für die Masse der Arbeiterschaft des Distrikts ein überaus ungünstiges war. Die in den Konsumvereinen liegenden Möglichkeiten werden durch ihn wirksam veranschaulicht.

May, R. E.: **Das Grundgesetz der Wirtschaftskrisen und ihr Vorbeugemittel im Zeitalter der Monopole.** Mit fünf Tabellen und einer Kurventafel. Berlin, 1902. Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung. 146 S. 8°. Preis: 2 Mark.

„Eine Wirtschaftskrisis muss allemal dann entstehen, wenn die Verkaufspreise aufhören, in fallender Richtung, und, oder die Löhne und Gehälter aufhören, in steigender Richtung fortzuschreiten, zusammen (eins ins andere gerechnet) in gleicher Geschwindigkeit mit der Produktivität der Arbeit." Dies nach dem Verfasser das Grundgesetz der Krisen im Zeitalter der Syndikate und Trusts. Auch andere Ursachen können Krisen herbeiführen, aber mit Notwendigkeit treten Krisen ein, wenn das im Vorstehenden entwickelte Missverhältnis zwischen der Bewegung der Löhne und Preise und der der Produktivität der Arbeit sich einstelle, kürzer und genauer, wenn der Real- oder Naturalwert der Löhne (bezw. Einkommen) nicht im Verhältnis der Ergiebigkeit der Arbeit steigt. Sieht man sich diesen Satz näher an, so wird man finden, dass er nichts wesentlich anderes sagt, als die Sismondi-Rodbertussche Krisentheorie, und uns insofern keine neue Erkenntnis verkündet. Worin sich der Verfasser von den genannten Oekonomen unterscheidet, ist, dass er sich im Gegensatz zu Sismondi rückhaltlos auf den Boden der höchstmöglichen industriellen Konzentration stellt und im Gegensatz zu Rodbertus, der in Bezug auf den letzteren Punkt ähnlich dachte, nicht in Aenderungen in der Bestimmung der Lohnraten, sondern in gesetzlicher Begrenzung der Gewinnraten das Heilmittel sucht. Er hält die industriellen Produktionsverbände und ihre höchste Form, den Trust, für durchaus naturgemässe und in verschiedener Hinsicht nützliche Gestaltungen des modernen Wirtschaftslebens. Das Produktionskartell bezw. der Trust sind nicht zu bekämpfen, sondern auf jede Weise zu fördern; sie ermöglichen eine ungeheure Ersparnis an falschen Produktionsunkosten, die zweckmässigste Organisation der Produktion und eine beständige leichte Anpassung der Produktion an den Bedarf. Dadurch machen sie einer Reihe von Krisenfaktoren entweder völlig den Garaus oder verringern doch ihren Einfluss um ein bedeutendes.

Aber soweit heben die Trusts damit auch die heilende Kraft der Krisen auf. Bisher bewirkten die Krisen, dass die in der jedesmal vorhergehenden Prosperitätsperiode emporgetriebenen oder zu hoch gehaltenen Preise auf dasjenige Mass fielen, das der verbesserten Produktionstechnik entsprach, sie waren so, um mit May zu sprechen, nicht die Krank-

heit, sondern das Heilmittel. Wächst der Produktionsverband sich zum Monopol aus, so hat er die Preisbestimmung in der Hand, und die Tendenz des Trusts ist es, den früher unvermeidlichen Preisfall nicht eintreten zu lassen, durch Einschränkung der Produktion bei abnehmendem Bedarf die Preise auf der alten Höhe zu halten. Dadurch verhindert er aber, dass der Allgemeinheit die Vorteile der verbesserten Oekonomie und Technik im gebührenden Umfange zu gute kommen, und der Geschäftsdruck wird, statt abzunehmen, chronisch. Wie dem abhelfen, ohne auf die wohltätigen Wirkungen der Trusts zu verzichten? Der Vorschlag, die Trusts und Kartelle zu vergesellschaften, scheitere an der Grösse der dann zu bewältigenden Verwaltungsaufgabe. Gesetzliche Normierung der Preise sei ebenso untunlich, sie würde zu den ärgsten Missgriffen und Willkürlichkeiten führen. Darum empfehle es sich, für die zu verteilenden Gewinne der industriellen Monopole eine Höchstgrenze durch Gesetz zu bestimmen. Die Schwierigkeiten einer solchen Massregel seien nicht unüberwindbar; für die mit ihr erforderten Kontrollmassregeln verweist May auf allerhand Beispiele, die sich ganz gut bewährt hätten, und gegen Einschlafen des Antriebs zu technischen Verbesserungen könne man sich durch Zubilligung etwas höherer Gewinne bei Einführung von solchen schützen. Bei zielbewusstem Vorgehen in diesem Sinne können so die nachteiligen Wirkungen der Trusts auf ein Minimum verringert, die Trusts geradezu gezwungen werden, auf der einen Seite die Lohndrückerei aufzugeben, auf der anderen die Preise nach Massgabe der verbesserten Technik herabzusetzen.

Die Beweisführung für das hier Entwickelte ist theoretisch nicht ohne erhebliche Mängel. Es fehlt ihr vor allem an Systematik. Der Verfasser platzt mit seinem „Krisengesetz" so zu sagen mit der Tür ins Haus und führt dann eine Anzahl von Gründen und Tatsachen für es ins Feld, die ja für sich zwar meist unanfechtbar sind, aber für eine lückenlose Beweisführung in Bezug auf das ganze Problem nicht ausreichen. So wird die Frage, warum der Konsum der Teilhaber an den Gewinnbezügen nicht ausreicht, das Defizit des Konsums der Lohn- und Gehaltempfänger auszugleichen, durchaus nicht genügend berücksichtigt; an einigen Stellen, z. B. auf S. 7, stossen wir auf Deduktionen, wonach es scheinen möchte, als ob die letzteren überhaupt die einzigen Konsumenten seien, während dem Verfasser gerade sehr gut bekannt ist, ein wie stattliches und stets wachsendes Heer die Teilhaber an den Profiten der grossen Unternehmungen heute ausmachen. Nur ganz beiläufig wird dann später, nämlich S. 126, ein Umstand erwähnt, der auf den Grund hinweist, warum der Konsum der Lohn und Gehalt empfangenden Klassen für die Stetigkeit des Geschäftsganges von so entscheidender Bedeutung ist. Eine andere verhängnisvolle Wirkung der mangelnden Systematik des Buches ist, dass seine Thesen oder Beweise gelegentlich auf reine Konstruktionsbeweise hinauslaufen, Sätze, bei denen das, was erst bewiesen werden soll, schon in der Formulierung vorausgesetzt ist. Bis zu einem gewissen Grade gilt dies sogar vom „Krisengesetz" des Verfassers, das wohl Krisenfaktoren aufzählt, aber zu viel Momente des Wirtschaftslebens ignoriert, um jene Allgemeingiltigkeit beanspruchen zu können, die der Titel eines Gesetzes bedingt. Mindestens hätte ein einleitender Satz summarisch auf die Wirtschaftsmomente hinweisen müssen, bei deren Vorwalten jene Faktoren mit der Kraft eines Gesetzes wirken. Jede Unproportionalität wirtschaftlicher Momente würde beim Gleichgewcht der übrigen Wirtschaftsfaktoren schliesslich mit Notwendigkeit Krisen herbeiführen, und so gäbe es so viele Krisen g e s e t z e, wie jeweilig mögliche Disproportionalitäten in Produktion und Konsum.

Nachdem wir mit dem Vorstehenden das Wesentliche, was wir an der Arbeit auszusetzen haben, vorausgeschickt haben, haben wir nunmehr festzustellen, dass wir ihr unbeschadet ihrer Mängel einen sehr hohen Wert beilegen. Fehlt es ihr im Aufbau der Deduktion an Methode, so legt sie dafür in denjenigen Teilen — und sie bilden den Hauptteil des Werkes —, die sich mit der Beweisführung für die einzelnen Sätze der Beweisstellen befassen, Zeugnis ab für das sehr sachkundige Urteil des Verfassers mit Bezug auf die verschiedenen Erscheinungen und Probleme des modernen Wirtschaftslebens. Herr May beherrscht das empirische Material in be-

merkenswertem Grade und versteht es ausgezeichnet, es anschaulich zur Darstellung zu bringen. Und er ist keineswegs etwa nur ein Popularisierer von Aufstellungen anderer. Tatsächlich ist sein Buch auch für den Theoretiker von erheblichem Wert. Mit grossem Fleiss und viel Umsicht hat der Verfasser das in Statistiken der Preise und Löhne vorhandene empirische Material durchgearbeitet und mit den Daten der Geschichte der Geschäftskrisen verglichen, und eine Kurventafel, welche das Vergleichsergebnis bildlich veranschaulicht, zeigt in geradezu überraschender Weise, wie sehr jedesmal der Ausbruch einer Geschäftskrisis zusammenfällt mit dem Höchststand der Preise in dem betreffenden Zeitabschnitt. Allerdings könnte man einwenden, dass damit noch gar nichts für die Krisentheorie des Verfassers bewiesen sei, da es die natürlichste Sache von der Welt sei, dass im Gefolge einer Geschäftskrisis die Preise fallen. Ein Schluss, dass die Preise vorher zu hoch gewesen, könne mit voller Sicherheit nicht gezogen werden. Für den Einzelfall stimmt das, man kann sich da nicht genug davor hüten, blosse Begleiterscheinungen als Folgeerscheinungen zu betrachten oder gar Ursache und Folge zu verwechseln. Die Schlusstafel des Herrn May erstreckt sich aber auf einen Zeitraum von über achtzig Jahren, in dessen Verlauf sich eine ganze Reihe von Krisen abgespielt haben, und wenn man hier genauer zuschaut und sieht, wie sich das gleiche Phänomen immer und immer wieder wiederholt, dann kann man sich des Eindrucks nicht entschlagen, dass zwischen Preisentwickelung und Krisen mehr als eine bloss sekundäre Kausalbeziehung existiert, dass hier ein ursächlicher Zusammenhang ersten Grades besteht, d. h. dass das Steigen der Preise mit einer gewissen Notwendigkeit zu Krisen und Geschäftsdruck führt. Absolut schlüssig ist die Tafel freilich nicht, dazu gehören, wie May selbst ausführt, noch eine ganze Reihe von Zwischengliedern, die bei ihr unberücksichtigt geblieben sind. Aber sie lässt doch mit einer grossen Wahrscheinlichkeit auf einen gesetzmässigen Zusammenhang schliessen und zeigt ferner den Weg zu einer wahrhaft wissenschaftlichen, genaue Empirie und logische Deduktion verbindenden Erforschung des Krisenproblems. Wie immer man das Krisengesetz des Verfassers beurteilen mag, mit den Tafeln und den sich auf sie beziehenden und an sie anknüpfenden Kapiteln hat der Verfasser unzweifelhaft der Wissenschaft einen nennenswerten Dienst geleistet, sie nicht unerheblich gefördert.

Damit ist aber das Verdienst seiner Schrift durchaus noch nicht erschöpft. Eine ganze Anzahl mit dem Krisenproblem in Verbindung stehender praktischer Fragen werden vom Verfasser in sehr lichtvoller Weise erörtert. Dahin gehört z. B. die Frage nach der Bedeutung der Preise der Metalle und Brennstoffe für das Krisenproblem. May kommt da auf Grund sorgfältiger Berechnungen zu dem Schluss, dass in den letzten Jahren vor Ausbruch der jetzigen Geschäftsstille die Gesamtheit der letzten Verbraucher von Kohle und Eisen jährlich Milliarden mehr für ihren Bedarf habe zahlen müssen, als in der Mitte der achtziger Jahre, und dass somit „im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hervorgehe aus einer ungeheuren Steigerung der Preise von Kohlen, Eisen und anderen Metallen" (S. 98), dass „Ende des 19. Jahrhunderts Kohlen- nud Eisenpreise dieselbe Wirkung haben, wie bis dahin nur Lebensmittelpreise" (S. 102). Sehr eingehend untersucht er die landläufigen Abhilfsmittel gegen Krisen, insbesondere das in vielen Krisen so beliebte Mittel des Forcierens der Ausfuhr. Hier zeigt er an der Hand der Ausfuhrstatistik, dass dies Forcieren faktisch nur in einem Umfange gelingt, der für die Gesamtproduktion kaum ins Gewicht fällt, aber auch bei grösserem Erfolge zur Krisenbekämpfung ungeeignet ist, weil — und in dem Masse, als — es Hochhaltung oder gar Steigerung der Inlandspreise bedeutet. Hierauf aber läuft bekanntlich heute in der Tat in den meisten Fällen die Forcierung der Ausfuhr hinaus. Auch die geringe Bedeutung und oft sogar Verkehrtheit der sogenannten Notstandsarbeiten wird vom Verfasser scharf hervorgehoben.

Welche teils mittelbare, teils unmittelbare Bedeutung all die erörterten Fragen für die Praxis der Arbeiterbewegung haben, braucht nicht weiter dargetan zu werden. Es sei daher nur zusammenfassend bemerkt, dass sein Studium dem Praktiker nicht minder lohnen wird, wie den Mann der Theorie.

Mehring, Franz: **Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle.** Dritter Band: Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels von Mai 1848 bis Oktober 1850. Stuttgart, 1902. Verlag von J. H. W. Dietz Nachfl. 491 S. 8°. Preis: 7 Mark, gebd. 8 Mk. 50 Pf.

Mit diesem Bande ist, da der vierte Band, der die Briefe Lassalles an Marx enthielt, schon früher erschien, die vorstehende Sammelausgabe zu Ende geführt. Er enthält die nach Ansicht des Herausgebers bemerkenswertesten der nicht schon in Sonderausgaben veröffentlichten Artikel aus der täglichen Neuen Rheinischen Zeitung (1848/1849) und der Revue Neue Rheinische Zeitung (1850), die Marx-Engels zu Verfassern haben. Sie beziehen sich fast ausschliesslich auf Fragen des Tages oder unmittelbar vorhergegangene Geschehnisse, und die Behandlung dieser Fragen und Vorgänge durch die Verfasser des Kommunistischen Manifests kann nach einem Wort von Engels, das der Herausgeber acceptiert, als Probe für die dem Manifest zu Grunde liegende Gesellschafts- und Geschichtstheorie betrachtet werden. Dass sie im übrigen sehr wertvolle Beiträge für die Geschichte der Märzrevolution und die Geschichte der Neuzeit im allgemeinen darbieten, ist bei der Bedeutung ihrer Verfasser nicht erst zu erwähnen. Gerade bei Gelegenheitsarbeiten bewährt sich oft das Genie, und einzelne der Tagesartikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" gehören zu dem Glänzendsten, was die politische Journalistik überhaupt hervorgebracht hat. Es sei da nur auf die Artikelreihe verwiesen, die der Herausgeber unter dem Titel „Bilanz der preussischen Revolution" zusammengefasst hat, Artikel, von denen man im einzelnen wohl abweichen kann, die aber niemand ohne grossen Genuss lesen wird. Des weiteren seien besonders hervorgehoben die Artikel über die Polenfrage im Frankfurter Parlament, über den demokratischen Panslavismus, über die englische Zehnstundenbill, die Abhandlung über die deutsche Reichsverfassungskampagne, sowie die Bücherbesprechungen aus der Revue Neue Rheinische Zeitung. Unter den letzteren findet sich auch eine scharfe Kritik der ersten zwei von Carlyles Latter-Day Pamphlets, die jetzt in deutscher Sprache erschienen und von uns weiter oben besprochen sind.

Nur bei einzelnen der Artikel ist die specielle Verfasserschaft bei ihrer ersten Veröffentlichung oder später festgestellt worden. Wo keine ganz unzweifelhafte Angabe darüber vorlag, hat der Herausgeber die Frage, von wem der betreffende Artikel verfasst sei, auf sich beruhen lassen. Mit wie grossem Recht, mag die Tatsache illustrieren, dass aus einer Bemerkung im Kapital (Bd. I, 4. Aufl. S. 217) verschiedenerseits geschlossen wurde, dass die Besprechung der Latter Day Pamphlets von Marx herrührte. Tatsächlich aber war sie, wie Fr. Engels dem Schreiber dieses seinerzeit erklärt hat, Kollektivarbeit von ihm und Marx. Und das wird noch von manchen anderen Artikeln aus jener Zeit zutreffen, darunter selbst solche, welche den Namen des einen oder anderen der zwei Freunde tragen.

Wie in den früheren Bänden, so hat auch in diesem der Herausgeber den Artikeln sehr ausführliche Einleitungen vorausgeschickt, die durch Darstellung der Verhältnisse oder Erscheinungen, auf welche die Artikel sich beziehen, deren Verständnis auch dem weniger Unterrichteten erleichtern und sie verschiedentlich ergänzen. Es kommen hier vornehmlich die parlamentarische Geschichte der deutschen Revolution, die Frage der deutschen Einheit, die Entwickelung der polnischen Frage, die Nationalitätenfrage in Oesterreich und die ungarische Frage in Betracht, wie diese sich in den Jahren der 1848er Erhebung stellten, sowie die socialen und politischen Zustände Englands zu jener Zeit, und das Leben und Treiben der deutschen Flüchtlinge im Exil. Alle diese Dinge werden in den Einleitungskapiteln des Herausgebers mehr oder minder ausführlich erörtert.

Meist verhält sich der Verfasser dabei referierend und folgt in der Beurteilung der handelnden Persönlichkeiten und der Dinge ziemlich getreu den Urteilen von Marx-Engels selbst. Indes fehlt es auch nicht an Stellen, wo eine von jenen unabhängige Wertung von Personen oder Dingen zum

Ausdruck kommt, und verschiedentlich werden sogar Ansichten von Marx und Engels über bestimmte Fragen eingehend nachgeprüft und berichtigt.

Was diese Kritik selbst anbetrifft, so können wir ihr nicht immer zustimmen. So sind wir z. B. der Ansicht, dass in der Darstellung der Entwickelung der polnischen Frage die Macht des ökonomischen Motivs über das Nationalgefühl und andere politisch-ideologische Motive sehr übertrieben wird. Mehring folgt da, wie er selbst erklärt, den Angaben und Schilderungen, welche Frau Rosa Luxemburg in ihren Abhandlungen über Polen und das Polentum von der Entwickelung der Oekonomie und Politik in den Landesteilen des ehemaligen Polens gibt. Aber wir können diese Arbeiten, so viel uns von ihnen zu Gesicht gekommen, nur als Beispiele eines übermarxistischen Oekonomismus bezeichnen, der um so mehr neben das Ziel schiessen muss, je mehr er, wie in diesem Falle, mit einer Art Fanatismus der Konsequenz durchgeführt wird. Weil die Fabrikanten Russisch-Polens einen steigenden Absatz ihrer Produkte in Russland und dem von Russland beherrschten Asien finden, so hat nach Frau Luxemburg das polnische Bürgertum daselbst alle nationalistischen Aspirationen an den Nagel gehängt und sich dem Zarentum mit Leib und Seele verschrieben. Aber erstens sind nicht alle Industriellen Russisch-Polens Lieferanten für die Märkte des eigentlichen Russland, zweitens besteht das Bürgertum, selbst wenn wir den Begriff auf die Klasse beschränken, die man im engeren Sinne des Wortes Bourgeoisie nennt, nicht bloss aus Fabrikanten und Grosshändlern, und drittens ist selbst der Fabrikant und Händler nicht lediglich ein Hauptbuch in Menschengestalt, sondern hat neben seinen Geschäftsinteressen noch für allerhand Ideologieen im Kopfe Raum, die gelegentlich das ökonomische Interesse völlig zu übertönen vermögen. Nach der Theorie von Frau Luxemburg müsste Lodz, das Manchester Russisch-Polens, stockrussisch sein. Tatsächlich ist es, und zwar gerade in bürgerlichen Kreisen, heute polnischer, wie zu irgend einer früheren Zeit. Vor zwanzig Jahren musste der Kaufmann, der nach Lodz kam, Deutsch können, wenn er Geschäfte machen wollte, heute muss er, sei er Deutscher oder Russe, vor allen Dingen Polnisch können. Ebenso macht in den an Deutschland gefallenen polnischen Provinzen das Polentum, gerade seit sich aus seiner Mitte eine Bourgeoisie entwickelt, grössere Fortschritte als je. Die Verwerfung der Mittel des Hakatismus darf uns darüber nicht hinwegtäuschen, dass er in der Tat der Versuch der Abwehr eines mit fast elementarer Wucht vorwärts drängenden Stromes ist. Nur der revolutionäre Nationalismus ist vom polnischen Adel und der polnischen Bourgeoisie aufgegeben, aber das ist weit mehr die Folge der veränderten Weltlage und der veränderten Waffentechnik, angesichts deren ein improvisierter Aufstand gegen eine Militärmacht, wie Russland sie heute darstellt, als hoffnungslose Phantasterei zu bezeichnen ist, wie die Wirkung der russisch-polnischen Handelsbeziehungen. Schon 1863 liessen der polnische Adel und das polnische Bürgertum den von einer verhältnismässig kleinen Gruppe von Radikalen ins Werk gesetzten Aufstand mehr über sich ergehen, als sie ihm Folge leisteten, denn er war von Anfang an aussichtslos und hatte nur das Resultat, die Einführung der den Polen zugesicherten Wielopolskischen Verfassung zu vereiteln. Es fällt uns selbstverständlich nicht ein, die Rückwirkungskraft ökonomischer Veränderungen auf die politischen und sonstigen geistigen Strömungen in Abrede zu stellen, wir wenden uns nur gegen ihre Uebertreibung. Das ökonomische Motiv ist nicht allmächtig, und gegen das nationalistische Motiv hat es sich wiederholt in der Geschichte als das schwächere erwiesen. Wenn das polnische Bürgertum in Warschau den jetzigen Zaren nach seiner Thronbesteigung mit allerlei Loyalitätsbezeugungen empfing, so waren dem Zugeständnisse an das polnische Nationalbewusstsein vorausgegangen, die Hoffnungen auf wichtige politische Reformen erwarten liessen. Die Polen haben sich darin getäuscht, und man kann ihre Taktik als im schlechten Sinne opportunistisch verwerfen. Es ist aber grundfalsch und kann nur zu falschen Folgerungen über die etwaige Rolle des Polentums in der Zukunft führen, wenn man in solchen zeitweiligen Schwächlichkeiten Symptome für eine Abnahme des Nationalbewusstseins erblickte. Und ebenso falsch ist es, den Verzicht auf jede kon-

spiratorisch-revolutionäre Aktion in Verzicht auf jede politische Aktion schlechtweg zu übersetzen, wie Mehring dies auf den Kredit der Frau Luxemburg hin tut.

Müssen wir in diesem Punkt die Revision, die Mehring an Marx-Engels vornimmt, als zu weit getrieben bezeichnen, womit aber nicht gesagt sein soll, dass deren Beurteilung der polnischen Frage überhaupt nicht zu revidieren ist, so hätten wir bei anderen Punkten ein wenig mehr Revision gewünscht. Dies gilt u. a. von der Schilderung des Zustandekommens der englischen Zehnstundenbill. Mehring gibt sie im engsten Anschluss an die Darstellung, die Marx im Kapital davon gibt, die aber keineswegs ganz einwandsfrei ist. Wenn man weiss, wie jämmerlich es um den Chartismus in England nach der Niederlage von 1848 stand, so kann man es nur als eine grosse Uebertreibung bezeichnen, davon zu reden, dass die drohende Haltung einer revolutionären Arbeiterpartei die Zehnstundenbill gegen alle Anfechtungen der Bourgeoisie aufrecht erhalten habe, bis sie siegreich jeden Widerstand überwunden hatte. Die Bourgeoisie hatte aufgehört, den Chartismus zu fürchten, als der Sieg der Zehnstundenbill endgiltig entschieden wurde. Allerdings wäre es unrichtig, diesen Sieg einer zufälligen parlamentarischen Konstellation durch sentimentale Tories und schwärmerische Ideologen zuzuschreiben, er war das Produkt einer andauernden Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch viele Kräfte, darunter nicht zum mindesten die Agitationen in der Arbeiterklasse; aber als die letzte Entscheidung fiel, spielte gerade dieser Faktor eine ziemlich untergeordnete Rolle. Dass Marx und Engels die Dinge anders ansahen, ist bei der relativen Neuheit der Methoden des politischen Parteilebens in England für sie begreiflich genug, und es lässt sich auch verstehen, warum der Eindruck bei ihnen vorhielt. Aber er entsprach darum doch nicht der Wahrheit, während die Arbeiterbewegung wenigstens heute so weit ist, dass sie keine Geschichtsschreibung ad usum delphini braucht, sondern die volle geschichtliche Wahrheit vertragen kann.

Mit diesen Bemerkungen mag es der Kritik genug sein. Wir wünschen nicht den Eindruck zu erwecken, als stände dieser Band an geschichtlichem Wert seinen Vorgängern nach, denn tatsächlich möchten wir ihn eher höher stellen. Aber gerade weil der Herausgeber sich immer mehr zu jener Freiheit in der Behandlung seines Gegenstandes erhoben hat, die den wahren Historiker vom Nachschreiber unterscheidet, stören Partieen, die an die Methoden des letzteren erinnern, um so mehr. Diese Nachlassausgabe ist ein Quellenwerk, auf das alle zurückgehen werden, welche die Jugendkämpfe der modernen Arbeiterbewegung und die Ideenentwickelung des modernen Socialismus zu studieren wünschen. Sie wird noch gelesen werden, wenn die Ausstellungen der an ihnen geübten Kritik längst vergessen sind. Und wenn wir solche nicht völlig unterdrücken durften, so können wir doch soviel sagen, dass sie von Anfang bis zu Ende mit einem Verständnis für, und einer liebevollen Versenkung in die Gedankengänge der Urheber dieses Nachlasses abgefasst worden ist, die schwerlich übertroffen werden kann. Nach der technischen Seite hin bedauern wir das Fehlen eines Personen- und Sachregisters; im übrigen verdient die bibliographische Sorgfalt, die auf die Ausgabe verwendet wurde, das höchste Lob.

Naumann, Fr.: **Neudeutsche Wirtschaftspolitik.** Berlin-Schöneberg, 1902. Buchverlag der Hilfe. 113 S. gr. 8° Preis: br. 1 Mark, geb. 1 Mark 50 Pf.

Sechs in der zweiten Hälfte des November 1901 in Berlin vor einem gemischten Publikum gehaltene Vorträge volkswirtschaftlichen Inhalts. Folgendes ihre Themata: 1. Bevölkerungsvermehrung; 2. Lohnquantum und Krisis; 3. Der Streit um den Brotpreis; 4. Ansiedlung und Bodenreform; 5. Der Kampf der Frauen; 6. Socialismus und Socialreform.

Die Vorträge sollten, erklärt das Vorwort des Verfassers, einen „Ueberblick“ geben „über die volkswirtschaftliche Gesamtrichtung, die Deutschland in der Zukunft einschlagen muss, wenn es seiner Bevölkerungszahl genügen, sich dem technischen Fortschritt weiterhin anpassen und die Vorbedingungen politischer Macht nicht leichtsinnig preisgeben will“. Um

des Zweckes willen, „den Uebergang von agrarischer zu industrieller Wirtschaftsleitung in seinen Ursachen und Folgen nach Möglichkeit klarzustellen", haben sie den oben bezeichneten Gesamttitel erhalten. Es sei an der Zeit, der „volkswirtschaftlichen Weltanschauung des Bundes der Landwirte" eine ebenso geschlossene „neudeutsche industrielle Gegenansicht" gegenüberzustellen. Dazu ist nach Ansicht des Verfassers gerade seine Parteigruppe, die Nationalsocialen, besonders berufen, die im Gegensatz zu den Parteien der Linken die Notwendigkeit erkannt haben, bei den Vertretern des Neuen das Verantwortlichkeitsgefühl anszubilden, das imstande ist, einer grossen Nation „erreichbare Zielpunkte" zu setzen, die „Spekulation über ganz allgemeine farblose Menschheitsideale" zu Gunsten eines realistichen Ergreifens der Gegenwart fahren zu lassen. Folgten die Parteien der Linken ihnen darin nicht, so herrsche in Deutschland der Agrarier weiter und verderbe endgiltig die ganze Volkswirtschaft.

Dies die Grundtendenz, in der die Vorträge aufgefasst sind, aus denen indes jede Parteipolemik fortgelassen ist. So genügt es, den Standpunkt des Verfassers festzustellen. Eine Gegenkritik erübrigt sich um so mehr, als der Umstand, dass der Verfasser von einem endgiltigen Verderben der ganzen Volkswirtschaft durch das Agrariertum sprechen kann, den schwachen Punkt seiner Deduktion deutlich genug anzeigt. Zudem drängt sich gerade diese Seite seiner nationalsocialen Lehre in den Vorträgen sehr wenig vor, die sich vielmehr fast ausschliesslich der Kennzeichnung der wirtschaftlich-socialen Entwickelungen widmen. Und zu dieser Aufgabe zeigt sich der Verfasser ausserordentlich begabt. Der stoffliche Gehalt seiner Vorträge ist kein geringer, sie enthalten eine grosse Fülle statistischen Materials. Aber dies Material wird in einer Weise vorgeführt, die an lebendiger Anschaulichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Der Verfasser beherrscht die Form mit grossem Geschick, er versteht es, selbst den trockensten Gegenstand in fesselnder Weise vorzutragen, und regt immer zu fruchtbarem Weiterdenken an. Die Schrift ist sehr lesenswert.

2. In französischer Sprache.

Essai d'une Philosophie de la Solidarité. Conferénces et discussions. Presidées par MM. Léon Bourgeois et Alfred Croiset (Ecoles des Hautes Etudes Sociales, 1901—1902). Paris, 1902. Felix Alcan. 287 S. 8°. Preis: engl. geb. 6 Francs.

Dieser Versuch einer Philosophie der Solidarität besteht aus acht, in Form von Vorträgen abgefassten und als solche zuerst in der Pariser Hochschule für sociale Studien vorgetragenen und diskutierten Abhandlungen, die acht verschiedene Personen zu Verfassern haben. Zwei dieser Verfasser sind Politiker, die anderen sechs Gelehrte in akademischen Stellungen. Ein Politiker eröffnet den Reigen, es ist dies Léon Bourgeois, der Führer der französischen Radikalen und ehemalige Ministerpräsident. Er behandelt in drei Vorträgen das Thema: Die Idee der Solidarität und ihre socialen Folgerungen. Ihm folgt der Generalinspektor des öffentlichen Unterrichts, A. Darlu mit einem Vortrag: Solidarität und persönliche Moral. Die weiteren Abhandlungen lauten: F. Rau (Vortragender an der Ecole normale supérieure): Individuelles Eigentum und solidarisches Eigentum; F. Buisson (Professor an der Pariser Universität): Die Solidarität in der Schule; Ch. Gide (Professor an der Universität Montpellier): Wirtschaftliche Solidarität; Xavier Léon (Direktor der Revue de Metaphysique et de Morale): Die rationalistische Begründung der Solidarität nach Fichte; H. La Fontaine (Mitglied des belgischen Senats): Socialismus und Solidarität; E. Boutroux (Professor an der Pariser Universität): Die Rolle der Idee der Solidarität. An den Diskussionen beteiligten sich ausser einigen der genannten noch zwölf Personen, darunter der bekannte socialistische Professor Georges Renard.

Diese Inhaltsangabe lässt einen gedanklich reichhaltigen Inhalt vermuten, und bis zu einem gewissen Grade rechtfertigt das Buch auch diese Erwartung. Es bietet vielerlei geistreiche und anregende Stücke, bringt, nach dem Goetheschen Wort, „manchem etwas". Dennoch können wir nicht sagen, dass es uns befriedigt hätte. Trotzdem Vertreter der verschiedensten Richtungen an dieser „Philosophie der Solidarität" teilgenommen haben, kann die Behandlung doch nicht als erschöpfend betrachtet werden, und werden wir so für den Mangel des Reizes, den ein einheitlich durchgeführtes Werk gewährt, nur teilweise entschädigt. Es fehlt dieser Philosophie der Solidarität an — Solidarität. Jeder einzelne der Mitarbeiter behandelt sein Thema für sich, mit nur gelegentlicher Berücksichtigung der Ausführungen des oder der anderen. Auf diese Weise bleibt eine der wichtigsten Fragen der Untersuchung: die nach der richtigen Formulierung des Problems der Solidarität, halb erledigt.

L. Bourgeois, der die Vorträge einleitet, geht von der Tatsache der gegenseitigen Abhängigkeit der Menschen, der in den Tatsachen liegenden Solidarität, aus, wofür wir im Deutschen das bezeichnende Wort Haftbarkeit haben. Was er zu ihrer Charakteristik sagt, ist bis auf einen Punkt ausgezeichnet, er schildert ihr allgemeines Wesen vortrefflich. Nicht genügend erscheint uns dagegen die geschichtliche oder evolutionistische Seite der Frage berücksichtigt, das Werden und Wachsen der menschlichen Solidarität, von dem vielmehr nur implicite die Rede. Ohne ausreichende Würdigung des evolutionistischen Moments kommen wir jedoch nie zu einer richtigen Fragestellung, und so sehen wir denn auch Bourgeois ganz generell als das Problem, das sich aus der gegenseitigen Haftbarkeit der Menschen ergiebt, die er sehr glücklich einem Quasikontrakt vergleicht, die Verwirklichung der Gerechtigkeit in den Beziehungen bezeichnen. Was ist aber gerecht? Das wird sich jedesmal nur aus der Natur und den Bedingungen des gesellschaftlichen Daseins und dem Zweck der Gesellschaft ableiten lassen; ohne einen präsumierten Zweck des Ganzen schwebt die Gerechtigkeit in der Luft der Willkürlichkeiten. Schon Aristoteles sah, dass der abstrakte Begriff Gerechtigkeit die verschiedenste Auffassung zuliess, und unterschied wenigstens zwischen verschiedenen Arten von Gerechtigkeit. Bourgeois und die meisten anderen Teilnehmer an der Debatte, die Socialisten nicht ausgenommen, untersuchen weder die Gerechtigkeit genauer, noch stellen sie einen Zweck der Gesellschaft auf, der sicher erkennen lässt, wann irgend ein Rechtsverhältnis Anspruch darauf hat, als „gerecht" betrachtet zu werden. Sie lassen die Gerechtigkeit ziemlich weit auseinandergehende Folgerungen aus der gegenseitigen Haftbarkeit ziehen, aber ein Kriterium, an dem wir die grössere oder geringere Gerechtigkeit dieser Folgerungen messen können, geben sie nicht an. Und doch ist es sicher weder der einzige noch der Hauptzweck der Menschheit, die Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Für Bourgeois erheischt die Gerechtigkeit ein sociales Programm, das als ein modernisierter Proudhonismus bezeichnet werden darf: Proudhon ohne seine Tauschbankutopie und zuzüglich Arbeiterschutz und dergleichen. Die ganze Deduktionsweise Léon Bourgeois' ist proudhonistisch; ohne Proudhons proletarische Leidenschaftlichkeit, aber auch ohne seine Gesuchtheiten und Abschweifungen. Keine geschmacklose Deklamation, kein Versuch, den Leser zu verblüffen, verdriesst uns beim Lesen, die Darstellung lässt an Eleganz und Geschlossenheit nichts zu wünschen übrig. Das grosse Talent, mit dem Bourgeois seine Thesen entwickelt, macht es erklärlich, warum die Socialisten, die nach ihm das Wort nahmen, ihm, um es so auszudrücken, auf das falsche Geleise folgten; es mag nicht leicht gewesen sein, sich dem Zauber einer so bestechenden Dialektik ganz zu entziehen. Am meisten ist es noch Rau gelungen, dessen Aufsatz über Privateigentum und solidarisches Eigentum überhaupt sehr lesenswert ist. Viel geistreiche Gedanken finden sich auch in den Abhandlungen der Herren Gide, Léon und Lafontaine, wie denn keine der aufgenommenen Arbeiten als uninteressant zu bezeichnen wäre. Wenn es dem Buch in der bezeichneten Richtung an Systematik des Aufbaues und Schlüssigkeit fehlt, so fehlt es ihm doch nicht an gedanklichem Reichtum, und die eingestreuten

Kontroversen beleben es in angenehmer Weise. Als Ganzes betrachtet, ist es immerhin ein erfreuliches Zeugnis für den Geist, der in die französische Sociologenwelt eingezogen ist. Es ist noch nicht lange her, dass eine Diskussion, wie die vorstehende, unter Gelehrten in so angesehener Stellung undenkbar gewesen wäre.

3. In englischer Sprache.

Seligman, Edwin R. A., Professor of Political Economy and Finance, Columbia University: **The Economic Interpretation of History.** New York and London, 1902. Macmillan & Co. 166 S. kl. 8°.

Eine sachgemässe Darstellung und Wertung der von Marx und Engels formulierten Geschichtsauffassung. Warum der Verfasser sie mit P. Barth und einigen anderen ökonomische Geschichtsauffassung nennt, erklärt er im Vorworte, wie folgt:

„Diese Theorie wird oft „Geschichtsmaterialismus" oder „materialistische Geschichtsauffassung" genannt. Diese Ausdrücke entbehren jedoch der Genauigkeit. Versteht man unter Materialismus die Zurückführung aller Veränderungen auf materielle Ursachen, so ist die biologische Geschichtsauffassung gleichfalls materialistisch. Ferner ist auch die Theorie, welche alle Veränderungen in der Gesellschaft klimatischen Einflüssen oder dem Charakter der Tier- und Pflanzenwelt zuschreibt, materialistisch und hat doch wenig mit der hier erörterten Lehre zu tun. Die uns beschäftigende Lehre ist nicht nur materialistisch, sondern auch wesentlich ökonomisch, und die bessere Bezeichnung für sie ist nicht die materialistische, sondern die ökonomische Geschichtsauffassung. In Frankreich ist es Mode geworden, die Theorie ökonomischen Determinismus zu nennen. Aber das ist aus dem Grunde noch bedenklicher, dass es die erst zu beweisende Antwort auf die Frage vorwegnimmt, ob die Theorie etwas wirklich Deterministisches oder Fatalistisches enthält." (Vorwort, 4.)

Das letztere wird vom Verfasser entschieden verneint. Im ersten Kapitel der zweiten Abteilung seiner Schrift, das „Freiheit und Notwendigkeit" betitelt ist, setzt er auseinander, dass zwischen der Lehre von der Abhängigkeit des Menschen von Vererbung und Umgebung und der Annahme moralischer Willensfreiheit kein notwendiger Widerspruch bestehe; verstehe man irrigerweise unter Determinismus moralischen Fatalismus, so habe solcher Determinismus nichts mit der Sache zu tun. „Bis zu dem Punkt, dass die Lehre von der ökonomischen [Geschichts-] Auffassung einfach ein Teil der allgemeinen Lehre von der socialen Umgebung ist, ist die Behauptung, dass sie notwendig zu einem unvernünftigen Fatalismus hinleite, unbegründet; die Menschen sind Produkte der Geschichte, aber die Geschichte wird von Menschen gemacht." (S. 100/101.)

Wenn der Verfasser sich hier und anderwärts zum Verteidiger der ökonomischen Geschichtsauffassung aufwirft, und wenn er ihr ausserordentlich grosse Verdienste um die Geschichtswissenschaft zuerkennt, so ist er doch kein unbedingter Anhänger dieser Theorie, sondern stellt sich ihr in verschiedenen Punkten kritisch gegenüber. Und ziemlich ablehnend verhält er sich zu den Folgerungen, welche von Socialisten unter Berufung auf die bezeichnete Geschichtsauffassung bezüglich der Nähe der socialistischen Umwälzung und ihre Beweisfähigkeit gezogen worden seien. Wenn die Geschichte etwas lehre, so dies, „dass die ökonomischen Veränderungen die Gesellschaft langsam und schrittweise verändern ... das charakteristische Kennzeichen des noch in seiner Kindheit befindlichen Fabriksystems ist die Obergewalt des individuellen oder körperschaftlichen Grossunternehmers, wie wir sie in Amerika in der gegenwärtigen Trustbewegung typisch vertreten sehen. Annehmen, dass das Privateigentum und die Privatinitiative, die das wahre Geheimnis der ganzen modernen Bewegung sind, unvermittelt dem Kollektivbesitz weichen werde, der das Ideal der Socialisten bildet, heisst seine Augen der Bedeutung realer Tatsachen und den Lehren der Geschichte verschliessen." (S. 108.)

„Der Socialismus“, fährt der Verfasser fort, „ist eine Theorie von dem, was sein soll, der Geschichtsmaterialismus eine Theorie von dem, was gewesen ist. Der eine ist teleologisch, der andere Beschreibung. Der eine ist ein spekulatives Ideal [die wissenschaftlichen Socialisten leugnen das vergeblich! Note des Verfassers hierzu], der andere eine Erklärungsrichtschnur. Es ist unmöglich, irgend welchen notwendigen Zusammenhang zwischen so verschiedenartigen Auffassungen zu erkennen. Selbst wenn jeder einzelne von Marx' ökonomischen Sätzen gänzlich falsch wäre, so würde diese Tatsache an sich noch in keiner Weise die allgemeine Theorie der ökonomischen [Geschichts-] Auffassung entkräften... Der Socialismus und der Geschichtsmaterialismus sind im Grunde ganz voneinander unabhängige Auffassungen.“ (S. 108/109.)

Das klingt sehr einleuchtend, ist aber doch nicht richtig. Freilich sind in der Berufung auf die materialistische Geschichtsauffassung zum Zweck der wissenschaftlichen Beweisführung für den Socialismus allerhand Uebertreibungen unterlaufen, und ist der Umstand, dass es sich in dem einen Falle um ein Ideal oder Zweck, in dem anderen um eine kausale Ableitung von Geschehnissen handelt, nicht immer genügend berücksichtigt worden. Indessen bedeutet diese Verschiedenheit doch durchaus noch nicht die Unmöglichkeit, die beiden Dinge in enge Beziehung zueinander zu bringen. Wenn Menschen dahintergekommen sind, dass eine gewisse Klasse von Erscheinungen einen massgebenden Einfluss auf die Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens haben, dann können sie auch aus der Entwickelung oder Veränderung dieser Erscheinungen Schlüsse auf die voraussichtlche Aenderung des letzteren ziehen. In dem Masse nun, als das, was diese Schlüsse erwarten lassen, ihrem Ideal oder Wollen entspricht, dürfen sie sich für letzteres auf die Regeln oder Principien berufen, nach denen die betreffenden Erscheinungen auf das allgemeine Gesellschaftsleben reagieren. So ist im Angesicht der Tatsache, dass die Produktionseinheiten und die Produktion in immer stärkerem Masse einen kollektivistischen Charakter annehmen, die ökonomische Geschichtstheorie, sofern sie überhaupt richtig ist, Bürge dafür, dass die rechtlichen und sonstigen Gesellschaftseinrichtungen ebenfalls in immer stärkerem Masse kollektivistischen Charakter erhalten werden. Das socialistische Ideal wird auf diese Weise in immer stärkerem Masse ein wissenschaftliches Ideal, das antisocialistische Streben unwissenschaftlich, reaktionär. Man kann wohl Anhänger der ökonomischen Geschichtsauffassung sein und den Socialismus nicht wünschen oder sich indifferent zu ihm verhalten, man kann es aber nicht sein und dem socialistischen Streben die geschichtliche Berechtigung absprechen. Nur das Wie und Wieviel des Socialismus bleibt Sache der Vermutung bezw. Hypothese, denn hierauf haben das Wollen der Menschen und eine Anzahl nicht ökonomischer Faktoren einen wesentlichen Einfluss.

Im Schlusskapitel seines Buches gibt der Verfasser eine Art Generalabschätzung — final estimate — der Theorie. Es seien ihr folgende Sätze entnommen:

„Vom rein philosophischen Standpunkt muss eingeräumt werden, dass die Theorie, besonders in ihrer extremen Form, nicht länger als die allseitige Erklärung für das ganze menschliche Leben aufrechterhalten werden kann. Es ist keine monistische Erklärung der Menschheit möglich.... Als eine philosophische Theorie von allseitiger Geltung kann die Theorie des „Geschichtsmaterialismus“ nicht länger erfolgreich verteidigt werden. Aber in dem engeren Sinne, dass der ökonomische Faktor von der äussersten Wichtigkeit in der Geschichte gewesen ist, und dass in der Oekonomie der historische Faktor in Rechnung zu ziehen ist, war und ist die Theorie noch von grosser Bedeutung... Auf dem Gebiet der reinen Oekonomie wird das Werk von Karl Marx, so glänzend und scharfsinnig es ist, vielleicht nur seines kritischen Charakters wegen fortleben, aber auf dem Gebiet der ökonomischen Methode und der Socialphilosophie wird Marx noch lange als einer jener grossen Pioniere fortleben, die, wenn sie auch nicht imstande waren, selbst das Ziel zu erreichen, doch in die Wildnis des menschlichen Denkens und der menschlichen Entwickelung neue und hoffnungsreiche

Wege freilegten ... Marx und seine Anhänger haben zuerst in glänzender und eindrucksvoller Weise das Verhältnis gewisser juristischer, politischer und staatsrechtlicher Tatsachen zu ökonomischen Veränderungen blossgelegt und zuerst versucht, eine einheitliche Geschichtsauffassung darzubieten ... Ob wir sie nun als eine ausreichende Erklärung des menschlichen Fortschrittes im allgemeinen gelten lassen oder nicht, so müssen wir doch alle den wohltätigen Einfluss anerkennen, den sie dadurch ausgeübt hat, dass sie das Denken der Gebildeten angeregt und die Begriffe und Ideale sowohl der Geschichte wie der Oekonomie erweitert hat. Wenn aus keinem anderen Grunde, so wird sie schon deshalb sich um die kommenden Forscher hoch verdient gemacht haben und einen ehrenvollen Platz in der Liste der geistigen Entwickelung und des wissenschaftlichen Fortschrittes einnehmen." (S. 159, 162, 163, 165, 166.)

Das sehr systematisch aufgebaute und recht verständlich gehaltene Buch zeugt von guter Kenntnis der einschlägigen Literatur; insbesondere zeigt sich der Verfasser hinsichtlich der Debatten wohl unterrichtet, die von und unter Schülern von Marx hinsichtlich der Tragweite der in Frage stehenden Theorie ausgefochten wurden. Für die englisch sprechende Welt ist es eine durch Sachlichkeit und Verständnis ausgezeichnete Einführung in die Theorie, aber auch dem Deutschen, der englisch versteht, kann es wegen der vorerwähnten guten Systematik wohl empfohlen werden.

4. In italienischer Sprache.

Gatti, Gerolamo: **Agricoltura e Socialismo.** Le nuove correnti ell' economia agricola. Biblioteca di Scienze Sociale e politiche. Milano—Palermo. Remo Sandron, Editore. 516 S.

Gerolamo Gatti, Universitätsprofessor und Deputierter, zählt zu den bedeutendsten Köpfen des italienischen Socialismus, und mit Carlo Vezzani, Gregorio Agnini, Francesco Ciccotti zu den genauesten Kennern der agrarischen Verhältnisse. Das vor uns liegende Buch gibt uns einen genauen Beweis dafür, wie zugleich auch für die gründliche Art, mit welcher er das von ihm behandelte Problem erfasst hat. Seine Absicht führt er in der Einleitung folgendermassen aus: Die technischen Fortschritte in der Agrarwirtschaft sind das Produkt der letzten Jahrzehnte. Marx hat bloss die wissenschaftliche Gärung derselben miterlebt, nicht aber ihre praktische Verwertung. Die Mechanik, welche die Industrie bereits revolutioniert hatte, war in die Landwirtschaft noch wenig eingedrungen. Nichts ist menschlich begreiflicher, als dass Marx, welchem also hier das Feld der Beobachtung fehlte, zu solchen Irrschlüssen kam, wie z. B. dass der Agrarkapitalismus nicht bloss die menschliche Arbeitskraft, sondern auch den Grund und Boden aussauge. Denn Marx konnte von den späteren Entdeckungen der Wissenschaft, welche im Gegensatz zu seiner Annahme bewiesen, dass durch eine rationelle Wirtschaft der Boden niemals ausgesaugt werden könne, natürlich noch nichts wissen. Jetzt aber sei die Möglichkeit geboten, zu untersuchen, ob sich alle die auf dem Gebiete der Industrie erprobten ökonomischen Wahrheiten auch ohne weiteres auf die Landwirtschaft übertragen liessen oder nicht. Die Frage bestände eben darin, ob die Landwirtschaft wirklich dieselben Grundzüge mit der Industrie aufweise, und ob die Evolution des neuen technischen Instrumentes auch in der Landwirtschaft, wie es in den anderen Industrieen der Fall war, eine einzige wirtschaftliche Strömung hineinbrächte, nämlich die kapitalistische Konzentration des Eigentums. Auch andere vor ihm, sagt der Verfasser, seien bereits als Kritiker des Marxschen Systems aufgetreten. Bernstein wie Kautsky, Vandervelde wie Belfort-Bax hätten das „einst persönliche wissenschaftliche Gebäude" des Marxismus kollektivisiert. Die marxistische Doctrin sei allmählich zu einer „socialistischen" geworden, und sie habe dabei nur gewonnen an Festigkeit des Gefüges. „Der Socialismus besteht aus einer wirtschaftlichen Lehre und einer politischen Partei" (p. VIII). Beiden

könne eine Autokritik, die übrigens stets ein Zeichen innerer Kraft sei, nur nützlich sein. —

Gatti beginnt sein Buch mit der Beweisführung, dass der Bauern- und Landarbeiterstand in Italien politisch noch sehr unreif sei. In der Tatsache hat er sicherlich recht, wenn wir auch nicht verhehlen können, dass unsere deutsche Landbevölkerung mit ihren konservativen, antisemitischen etc. Sympathieen gewiss noch weit unreifer ist. Auch darf man nicht vergessen, dass die gute Hälfte der italienischen Parlamentsabgeordneten der Partei ihre Wahl ländlichen Kreisen, zumal im Norden, verdanken. Gatti sucht die politische Apathie des Agrarproletariats aber auf gänzlich falschem Wege zu beweisen, nämlich indem er die Zahl der eine ländliche Beschäftigung als Profession ausübenden Deputierten in Italien der weit höheren Anzahl derselben in England, Deutschland u. s. w. gegenüberstellt. Als ob die in unseren östlichen Provinzen gewählten Landwirte adligen Geblütes Vertreter der Landbevölkerung wären und deren Gesamtinteressen wahrnähmen! Als ob es ein Zeichen politischer Reife für unsere Bauern und Landarbeiter wäre, dass sie einen der entgegengesetzten Klasse angehörigen, d. h. also ihren natürlichen politischen Feind, als ihren Vertreter ins Parlament schicken.

Sehr interessant und lehrreich sind die Untersuchungen Gattis über die Stellungnahme der politischen Parteien des Socialismus in allen Ländern zur Agrarfrage. In F r a n k r e i c h, dem klassischen Lande des Kleinbesitzes, sind die Socialisten in ihrer grossen Mehrheit für Stärkung und Beibehaltung des kleinbäuerlichen Besitzes mit kooperativem Charakter. Zu diesem Zwecke hätten die Anhänger Jaurès' alles versucht, ein Paradoxon zu konstruieren, nämlich dass Kleinbesitz Arbeit sei. Aber Gatti entschuldigt die französischen Genossen, bei denen der tiefinnere Zwiespalt zwischen der kollektivistischen Theorie und den kleinbürgerlichen Bauern einfach eine Folge der falschen Marxschen Prophezeiung von dem baldigen Verschwinden des Kleinbesitzes sei (p. 400). Logischer seien die Socialisten in B e l g i e n vorgegangen, welche den Kleinbesitz zwar heute verteidigten, aber offen zugäben, dass er in der einstigen socialistischen Gesellschaft verschwinden müsse. In D e u t s c h l a n d glaubt Gatti einen starken Zwiespalt zwischen den norddeutschen Genossen, in derem Lande Latifundienbesitz vorherrsche, und den süddeutschen Genossen, deren Land speziell in bäuerlichen Händen befindlich sei, konstatieren zu können. Die Mehrzahl aber sei der Meinung, die Partei müsse ihren reinproletarischen Charakter behalten. „Die proletarische Tendenz in der Partei aber", fährt Gatti fort, „welche auf dem Land die ökonomische Proletarisierung der Massen, welche in der Industrie bereits vor sich gegangen ist, fehlen sieht, kämpft, um nicht dazu verurteilt zu sein, mit den Händen in den Taschen dazustehen, um auf die Schöpfung von Proletariern zu warten, die die Agrarökonomie doch nicht schafft, für eine p r o l e t a r i s c h - k l e i n b ü r g e r l i c h e R i c h t u n g der Partei". (p.411.) In der Agrarfrage erklärt sich Gatti aber durchaus mit Bernstein übereinstimmend und glaubt den Ansichten Kautskys nicht beipflichten zu dürfen. Auch die deutschen Genossen seien in der Agrarfrage voll von Widersprüchen. Während sie sich einerseits im Parlament so gut wie gar nicht für Erhaltung des kleinbäuerlichen Besitzes ins Feld schlügen, erklärten sie doch den Kleinbesitz auch in der socialistischen Gesellschaft für nicht ausgeschlossen. p. 412.) In E n g l a n d, wo die gesamte Agrarlage weniger kompliziert sei, glauben die Socialisten das Problem durch Landnationalisierung und darauf folgende Vermietung desselben lösen zu können. In I t a l i e n habe sich die Partei gerade des kleinen Bauernbesitzes lebhaft angenommen und zähle gerade unter ihm viele Anhänger, trotzdem sie niemals verhehle, dass er sofort nach Erreichung der socialistischen Gesellschaft einer höheren Besitzesform Platz zu machen habe. Ja, man habe hier das Phänomen vor sich, dass in manchen Gegenden (Sicilien) der Kleinbesitz und selbst ein grosser Teil der mittleren Besitzer auf dem Lande ehrlich socialistisch gesinnt sei, während in denselben Gegenden das eigentliche Agrarproletariat nichts vom Socialismus wissen wolle. Gatti zieht daraus folgenden Schluss, der jedoch meiner Meinung nach nur für ganz besonders exceptionelle Fälle richtig sein kann, dass nämlich Klein-

besitz und ein gewisser Wohlstand dem Socialismus mehr zugänglich seien, als die untersten Schichten des Proletariats.

Sehr lehrreich sind auch die letzten Schlussfolgerungen Gattis, die wir hier leider nur in aller Kürze wiedergeben können. Die Socialisten müssen aus dem einfachen Grunde, weil ein gebildeter und unabhängiger bäuerlicher Kleinbesitz ihren Zwecken nützlicher ist, als ein isolierter, ungebildeter und devoter (rotta e sottomessa), mit allen Kräften für sein Wohlergehen Sorge tragen. Zum Kollektivismus aber führten zwei Wege: agrarischer Kapitalismus und agrarischer Kooperativismus. (p. 505.) Ein genossenschaftlich gebundener Privatbesitz sei dem Socialismus ein günstigeres Bearbeitungsfeld, als ein isolierter.

Das Buch ist jedem Studierenden auf dem Gebiete des Agrarwesens zu empfehlen.

Robert Michels.

II. Aus der Geschichte des Socialismus.

Die Briefe von Friedrich Engels über den Geltungsbereich der materialistischen Geschichtsauffassung.

I. Brief an Conrad Schmidt.

Wir drucken im folgenden einen Brief von Friedrich Engels an Conrad Schmidt ab, den dieser unter Zurückhaltung seines Namens kurz nach Engels' Tode in der Leipziger Volkszeitung vom 26. Oktober 1895 veröffentlichte. Da alte Jahrgänge einer Tageszeitung schwer erhältlich sind, das Nachschlagen in solchen auch sonst beschwerlich ist, erscheint es uns durchaus angezeigt, diesen, für die Geschichte der socialistischen Theorieen so bedeutungsvollen Brief den Documenten des Socialismus einzuverleiben. Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung schickte dem Brief seinerzeit folgende Einleitung voraus:

„Wir sind in der Lage, unseren Lesern aus einem Privatbriefe unseres unvergesslichen Friedrich Engels einen sehr interessanten Exkurs über die materialistische Geschichtsauffassung vorzulegen, einen Exkurs, aus welchem wieder mit vollster Deutlichkeit hervorgeht, wie fern im Grunde Engels jeder dogmatisierenden Geschichtskonstruktion stand, wie er die relative Selbständigkeit und die Rückwirkung der nicht ökonomischen Faktoren auf die Oekonomie durchaus anerkannte. Die materialistische Geschichtsauffassung besteht nicht darin, wie ihr die Gegner gern imputieren, dies Verhältnis allgemeiner Wechselwirkung zu übersehen, sondern innerhalb dieser Wechselwirkung die verschiedene Bedeutung und Kraft der einzelnen Faktoren gegeneinander abzuwägen und so die unvergleichliche und gleichsam zentrale Rolle des ökonomischen Lebens in der Geschichte zu erkennen.

Zum Verständnis des Briefes schicken wir voraus, dass der Adressat Engels seinen Plan mitgeteilt hatte, an den Handelsteil eines Züricher Blattes zu gehen, um dort die Börsenverhältnisse durch journalistische Thätigkeit näher kennen zu lernen, sowie gleichzeitig Engels auf das damals erschienene Barthsche Buch: Die Geschichtsphilosophie Hegels und seine Nachfolger, aufmerksam gemacht hatte. Dr. Paul Barth, jetzt Dozent an der Leipziger Universität, war in jener Schrift als „Widerleger" der Marxschen Geschichtsauffassung aufgetreten, die er eben auch beschuldigte, die Rückwirkung nichtökonomischer Faktoren auf die Oekonomie übersehen zu haben."

* * *

London, 27. Oktober 1890.

Lieber Schmidt!

Ich benutze die erste freie Stunde dazu, Ihnen zu antworten. Ich glaube, Sie werden sehr gut tun, den Züricher Posten anzunehmen. Oekonomisch können Sie da immer manches lernen, besonders wenn Sie im Auge behalten, dass Zürich immer doch nur ein Geld- und Spekulationsmarkt dritten Ranges ist, und daher die sich dort geltend machenden Eindrücke durch doppelte und dreifache Rückspiegelung abgeschwächt resp. absichtlich gefälscht sind. Aber Sie lernen das Getriebe praktisch kennen und sind genötigt, die Börsenberichte erster Hand aus London, Newyork, Paris, Berlin, Wien zu verfolgen, und da tut sich Ihnen der Weltmarkt — in seinem Reflex als Geld- und Effektenmarkt — auf. Es ist mit den ökonomischen, politischen und anderen Reflexen ganz wie mit denen im menschlichen Auge, sie gehen durch eine Sammellinse und stellen sich daher verkehrt, auf dem Kopf, dar. Nur dass der Nervenapparat fehlt, der sie für die Vorstellung wieder auf die Füsse stellt. Der Geldmarktsmensch sieht die Bewegung der Industrie und des Weltmarktes eben nur in der umkehrenden Widerspiegelung des Geld- und Effektenmarkts, und da wird für ihn die Wirkung zur Ursache. Das habe ich schon in den 40 er Jahren in Manchester gesehen: für den Gang der Industrie und ihre periodischen Maxima und Minima waren die Londoner Börsenberichte absolut unbrauchbar, weil die Herren alles aus Geldmarktskrisen, die doch meist selbst nur Symptome waren, erklären wollten. Damals handelte es sich darum, die Entstehung der Industriekrisen aus temporärer Ueberproduktion wegzudemonstrieren, und die Sache hatte also obendrein noch eine tendenzielle, zur Verdrehung auffordernde Seite. Dieser Punkt fällt jetzt — wenigstens ein für allemal für uns — weg, und zudem ist es ja Tatsache, dass der Geldmarkt auch seine eigenen Krisen haben kann, bei denen direkte Industriestörungen nur eine untergeordnete Rolle oder selbst gar keine spielen, und hier ist noch manches, auch besonders historisch für die letzten 20 Jahre, festzustellen und zu untersuchen.

Wo Teilung der Arbeit auf gesellschaftlichem Massstab, da ist auch Verselbständigung der Teilarbeiter gegeneinander. Die Produktion ist das in letzter Instanz Entscheidende. Sowie aber der Handel mit den Produkten sich gegenüber der eigentlichen Produktion verselbständigt, folgt er einer Bewegung, die zwar im ganzen und grossen von der Produktion beherrscht wird, aber im einzelnen und innerhalb dieser allgemeinen Abhängigkeit doch wieder eigenen Gesetzen gehorcht, die in der Natur dieses neuen Faktors liegen; und diese Bewegung hat ihre eigenen Phasen und schlägt ihrerseits wieder auf die Bewegung der Produktion zurück. Die Entdeckung Amerikas war dem Geldhunger geschuldet, der die Portugiesen vorher schon nach Afrika getrieben (siehe Soetbeers Edelmetall-Produktion), weil die im 14. und 15. Jahrhundert so gewaltig ausgedehnte europäische Industrie und der ihr entsprechende Handel mehr Tauschmittel erforderten, die Deutschland — das grosse Silberland von 1450 bis 1550 — nicht liefern konnte. Die Eroberung Indiens durch Portugiesen, Holländer, Engländer 1500—1800 hatte zum Zweck den Import von Indien, an Export dorthin dachte kein Mensch. Und doch, welch kolossaler Rückschlag, diese rein durch Handelsinteressen bedingten Entdeckungen und Eroberungen für den Export nach jenen Ländern schufen und entwickelten die grosse Industrie.

So ist es auch mit dem Geldmarkt. Sowie sich der Geldhandel vom Warenhandel trennt, hat er eine — unter gewissen durch Produktion



und Warenhandel gesetzten Bedingungen und innerhalb dieser Grenzen — eigene Entwickelung, besondere, durch seine eigene Natur bestimmte Gesetze, und aparte Phasen. Kommt nun noch dazu, dass der Geldhandel sich in dieser weiteren Entwickelung zum Effektenhandel erweitert, dass diese Effekten nicht nur Staatspapiere sind, sondern Industrie- und Verkehrsaktien dazu kommen, der Geldhandel also eine direkte Herrschaft über einen Teil der ihn, im ganzen und grossen, beherrschenden Produktion sich erobert, so wird die Reaktion des Geldhandels auf die Produktion noch stärker und verwickelter. Die Geldhändler sind Eigentümer der Eisenbahnen, Bergwerke, Eisenwerke etc. Diese Produktionsmittel bekommen ein doppeltes Angesicht: ihr Betrieb hat sich zu richten bald nach den Interessen der unmittelbaren Produktion, bald aber auch nach den Bedürfnissen der Aktionäre, soweit sie Geldhändler sind. Das schlagendste Beispiel davon: die nordamerikanischen Eisenbahnen, deren Betrieb ganz von den — der speziellen Bahn und ihren Interessen als Verkehrsmittel total fremden — momentanen Börsenoperationen eines Jay Gould, Vanderbilt etc. abhängt. Und selbst hier in England haben wir jahrzehntelange Kämpfe der verschiedenen Bahngesellschaften um die Grenzgebiete zwischen je zweien gesehen — Kämpfe, wo enormes Geld verpulvert wurde, nicht im Interesse der Produktion und des Verkehrs, sondern einzig geschuldet einer Rivalität, die meist nur den Zweck hatte, Börsenoperationen der die Aktien besitzenden Geldhändler zu ermöglichen.

In diesen paar Andeutungen meiner Auffassung des Verhältnisses von Produktion zu Warenhandel, und von beiden zu Geldhandel, habe ich im Grunde auch schon geantwortet auf Ihre Fragen über historischen Materialismus überhaupt. Die Sache fasst sich am leichtesten vom Standpunkt der Teilung der Arbeit. Die Gesellschaft erzeugt gewisse gemeinsame Funktionen, deren sie nicht entraten kann. Die hierzu ernannten Leute bilden einen neuen Zweig der Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft. Sie erhalten damit besondere Interessen auch gegenüber ihren Mandataren, sie verselbständigen sich ihnen gegenüber, und — der Staat ist da. Und nun geht es ähnlich wie beim Warenhandel und später beim Geldhandel: die neue selbständige Macht hat zwar im ganzen und grossen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihr innewohnenden, d. h. ihr einmal übertragenen und allmählich weiter entwickelten relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion. Es ist Wechselwirkung zweier ungleichen Kräfte, der ökonomischen Bewegung auf der einen, der nach möglichster Selbständigkeit strebenden und weil einmal eingesetzten, auch mit einer Eigenbewegung begabten neuen politischen Macht; die ökonomische Bewegung setzt sich im ganzen und grossen durch, aber sie muss auch Rückwirkung erleiden von der durch sie selbst eingesetzten und mit relativer Selbständigkeit begabten politischen Bewegung, der Bewegung einerseits der Staatsmacht, andererseits der mit ihr gleichzeitig erzeugten Opposition. Wie im Geldmarkt sich die Bewegung des Industriemarkts im ganzen und grossen und unter den oben angedeuteten Vorbehalten widerspiegelt, und natürlich verkehrt, so spiegelt sich im Kampf zwischen Regierung und Opposition der Kampf der vorher schon bestehenden und kämpfenden Klassen wider, aber ebenfalls verkehrt, nicht mehr direkt, sondern indirekt, nicht als Klassenkampf, sondern als Kampf um politische Prinzipien, und so verkehrt, dass es Jahrtausende gebraucht hat, bis wir wieder dahinter kamen.

Die Rückwirkung der Staatsmacht auf die ökonomische Entwicke-

lung kann dreierlei Art sein: sie kann in derselben Richtung vorgehen, dann geht's rascher, sie kann dagegen angehen, dann geht sie heutzutage auf die Dauer in jedem grossen Volk kaput, oder sie kann der ökonomischen Entwickelung bestimmte Richtungen abschneiden und andere vorschreiben. Dieser Fall reduziert sich schliesslich auf eine der beiden vorhergehenden. Es ist aber klar, dass in den Fällen II und III die politische Macht der ökonomischen Entwickelung grossen Schaden tun und Kraft- und Stoffvergeudung in Massen erzeugen kann.

Dazu nun noch der Fall der Eroberung und brutalen Vernichtung von ökonomischen Hilfsquellen, woran unter Umständen früher eine ganze ökonomische Lokal- und Nationalentwickelung zu grunde gehen konnte. Dieser Fall hat heute meist entgegengesetzte Wirkungen, wenigstens bei den grossen Völkern: der Geschlagene gewinnt auf die Dauer ökonomisch, politisch und moralisch manchmal mehr als der Sieger.

Mit dem Recht ist es ähnlich: sowie die neue Arbeitsteilung nötig wird, die Berufsjuristen schafft, ist wieder ein neues selbständiges Gebiet eröffnet, das bei aller seiner allgemeinen Abhängigkeit von der Produktion und dem Handel doch auch eine besondere Reaktionsfähigkeit gegen diese Gebiete besitzt. In einem modernen Staat muss das Recht nicht nur der allgemeinen ökonomischen Lage entsprechen, ihr Ausdruck sein, sondern auch ein in sich zusammenhängender Ausdruck, der sich nicht durch innere Widersprüche selbst ins Gesicht schlägt. Und um das fertig zu bringen, geht die Treue der Abspiegelung der ökonomischen Verhältnisse mehr und mehr in die Brüche. Und dies um so mehr, je seltener es vorkommt, dass ein Gesetzbuch der schroffe, ungemilderte, unverfälschte Ausdruck der Herrschaft Einer Klasse ist: Das wäre ja selbst schon gegen den „Rechtsbegriff". Der reine, konsequente Rechtsbegriff der revolutionären Bourgeoisie von 1792—96 ist ja schon im Code Napoleon nach vielen Seiten gefälscht, und soweit er darin verkörpert, muss er täglich allerhand Abschwächungen erfahren durch die steigende Macht des Proletariats. Was den Code Napoléon nicht hindert, das Gesetzbuch zu sein, das allen neuen Kodifikationen in allen Weltteilen zu grunde liegt. So besteht der Gang der „Rechtsentwickelung" grossenteils nur darin, dass erst die aus unmittelbarer Uebersetzung ökonomischer Verhältnisse in juristische Grundsätze sich ergebenden Widersprüche zu beseitigen und ein harmonisches Rechtssystem herzustellen gesucht wird und dann der Einfluss und Zwang der ökonomischen Weiterentwickelung dies System immer wieder durchbricht und in neue Widersprüche verwickelt. (Ich spreche hier zunächst nur vom Civilrecht.)

Die Widerspiegelung ökonomischer Verhältnisse als Rechtsprinzipien ist notwendig ebenfalls eine auf den Kopf stellende: sie geht vor, ohne dass sie den Handelnden zum Bewusstsein kommt, der Jurist bildet sich ein, mit aprioristischen Sätzen zu operieren, während es doch nur ökonomische Reflexe sind — so steht alles auf dem Kopf. Und dass diese Umkehrung, die, so lange sie nicht erkannt ist, das konstituiert, was wir ideologische Anschauung nennen, ihrerseits wieder auf die ökonomische Basis zurückwirkt und sie innerhalb gewisser Grenzen modifizieren kann, scheint mir selbstverständlich. Die Grundlage des Erbrechtes, gleiche Entwickelungsstufe der Familie vorausgesetzt, ist eine ökonomische. Trotzdem wird es schwer nachzuweisen sein, dass z. B. in England die absolute Testierfreiheit, in Frankreich deren starke Beschränkung, in allen Einzelheiten nur ökonomische Ursachen haben. Aber in sehr bedeutender Weise wirken beide zurück auf die Oekonomie, dadurch, dass sie die Vermögensverteilung beeinflussen.

Was nun die noch höher in der Luft schwebenden ideologischen Gebiete angeht, Religion, Philosophie etc., so haben diese einen vorgeschichtlichen, von der geschichtlichen Periode vorgefundenen und übernommenen Bestand von — was wir heute Blödsinn nennen würden. Diesen verschiedenen falschen Vorstellungen von der Natur, von der Beschaffenheit des Menschen selbst, von Geistern, Zauberkräften etc. liegt meist nur negativ Oekonomisches zu grunde: die niedrige ökonomische Entwickelung der vorgeschichtlichen Periode hat zur Ergänzung, aber auch stellenweise zur Bedingung und selbst Ursache, die falschen Vorstellungen von der Natur. Und wenn auch das ökonomische Bedürfnis die Haupttriebfeder der fortschreitenden Naturerkenntnis war und immer mehr geworden ist, so wäre es doch pedantisch, wollte man für all diesen urzuständlichen Blödsinn ökonomische Ursuchen suchen. Die Geschichte der Wissenschaften ist die Geschichte der allmählichen Beseitigung dieses Blödsinns, resp. seiner Ersetzung durch neuen, aber immer weniger absurden Blödsinn. Die Leute, die dies besorgen, gehören wieder besonderen Sphären der Teilung der Arbeit an und kommen sich vor, als bearbeiteten sie ein unabhängiges Gebiet. Und insofern sie eine selbständige Gruppe innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bilden, insofern haben ihre Produktionen, inklusive ihrer Irrtümer, einen rückwirkenden Einfluss auf die ganze gesellschaftliche Entwickelung, selbst auf die ökonomische. Aber bei alledem stehen sie selbst wieder unter dem beherrschenden Einfluss der ökonomischen Entwickelung. Z. B. in der Philosophie lässt sich dies am leichtesten für die bürgerliche Periode nachweisen. Hobbes war der erste moderne Materialist (im Sinne des 18. Jahrhunderts), aber Absolutist, zur Zeit, wo die absolute Monarchie in ganz Europa ihre Blütezeit hatte und in England den Kampf mit dem Volke aufnahm. Locke war in Religion wie Politik der Sohn des Klassenkompromisses von 1688. Die englischen Deisten und ihre konsequenteren Fortsetzer, die französischen Materialisten, waren die echten Philosophen der Bourgeoisie — die Franzosen sogar der bürgerlichen Revolution. In der deutschen Philosophie von Kant bis Hegel geht der deutsche Spiessbürger durch — bald positiv, bald negativ. Aber als bestimmtes Gebiet der Arbeitsteilung hat die Philosophie jeder Epoche ein bestimmtes Gedankenmaterial zur Voraussetzung, das ihr von ihren Vorgängern überliefert worden und wovon sie ausgeht. Und daher kommt es, dass ökonomisch zurückgebliebene Länder in der Philosophie doch die erste Violine spielen können: Frankreich im 18. Jahrhundert gegenüber England, auf dessen Philosophie die Franzosen fussten, später Deutschland gegenüber beiden. Aber auch in Frankreich wie in Deutschland war die Philosophie, wie die allgemeine Literaturblüte seiner Zeit, auch Resultat eines ökonomischen Aufschwunges. Die schliessliche Suprematie der ökonomischen Entwickelung auch über diese Gebiete steht nun fest, aber sie findet statt innerhalb der durch das einzelne Gebiet selbst vorgeschriebenen Bedingungen: in der Philosophie z. B. durch Einwirkung ökonomischer Einflüsse (die meist wieder erst in ihrer politischen etc. Verkleidung wirken) auf das vorhandene philosophische Material, das die Vorgänger geliefert haben. Die Oekonomie schafft hier nichts unmittelbar von sich aus, sie bestimmt aber die Art der Abänderung und Fortbildung des vorgefundenen Gedankenstoffes, und auch das meist indirekt, indem es die politischen, juristischen, moralischen Reflexe sind, die die grösste direkte Wirkung auf die Philosophie üben.

Ueber die Religion habe ich das Nötigste im letzten Abschnitt über Feuerbach gesagt.

Wenn also Barth meint, wir leugneten alle und jede Rückwirkung der politischen etc. Reflexe der ökonomischen Bewegung auf diese Bewegung selbst, so kämpft er einfach gegen Windmühlen. Er soll sich doch nur den 18. Brumaire von Marx ansehen, wo es sich doch fast nur um die besondere Rolle handelt, die die politischen Kämpfe und Ereignisse spielen, natürlich innerhalb ihrer allgemeinen Abhängigkeit von ökonomischen Bedingungen. Oder das Kapital, den Abschnitt z. B. über den Arbeitstag, wo die Gesetzgebung, die doch ein politischer Akt ist, so einschneidend wirkt, oder den Abschnitt über die Geschichte der Bourgeoisie (24. Kapitel). Oder warum kämpfen wir denn um die politische Diktatur des Proletariats, wenn die politische Macht ökonomisch ohnmächtig ist? Die Gewalt (d. h. die Staatsmacht) ist auch eine ökonomische Potenz!

Aber das Buch zu kritisieren, habe ich jetzt keine Zeit. Der III. Band muss zuerst heraus, und übrigens glaube ich, dass auch z. B. Bernstein ganz gut das abmachen könnte.

Was den Herren allen fehlt, ist Dialektik. Sie sehen stets nur hier Ursache, dort Wirkung. Dass dies eine hohle Abstraktion ist, dass in der wirklichen Welt solche metaphysische polare Gegensätze nur in Krisen existieren, dass der ganze grosse Verlauf aber in der Form der Wechselwirkung — wenn auch sehr ungleicher Kräfte — wovon die ökonomische Bewegung weitaus die stärkste, ursprünglichste, entscheidendste — vor sich geht, dass hier nichts absolut und alles relativ ist, das sehen sie nun einmal nicht, für sie hat Hegel nicht existiert.

II. Briefe an J. Bloch und Heinz Starkenburg.

Im Anschluss hieran geben wir weiter die beiden Briefe von Friedrich Engels über den gleichen Gegenstand, die im Socialistischen Akademiker vom 1. und 15. Oktober 1895 veröffentlicht wurden, aber, da diese Nummern seit langem vergriffen sind, nur noch schwer zugänglich sind.

Der erste Brief stammt aus dem Jahre 1890 und ist an J. Bloch gerichtet, der sich mit folgenden zwei Fragen an Engels gerichtet hatte: 1. Wie es komme, dass selbst nach dem Aufhören der Blutverwandtschaftsfamilie Ehen unter Geschwistern bei den Griechen nicht unstatthaft gewesen seien, wie aus dem Nepos hervorgehe. 2. Wie das Grundprincip der materialistischen Geschichtsauffassung von Marx und Engels selbst verstanden worden sei, ob nach ihnen die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens allein das bestimmende Moment sei oder nur die Grundlage aller anderen selbst weiter wirkenden Verhältnisse.

Engels antwortete darauf:

London, 21. September 1890.

Sehr geehrter Herr!

Ihr Brief vom 3. c. wurde mir nach Folkestone nachgeschickt; da ich aber das betr. Buch nicht dort hatte, konnte ich ihn nicht beantworten. Am 12. wieder zu Hause eingetroffen, fand ich einen solchen Haufen dringender Arbeit vor, dass ich erst heute dazu komme, Ihnen ein paar Zeilen zu schreiben. Dies zur Erklärung des Aufschubs mit Bitte um gef. Entschuldigung.

Ad I. Erstens ersehen Sie auf S. 19 des „Ursprung", dass der Prozess des Heranwachsens der Punaluafamilie als so allmählich verlaufend dar-

gestellt wird, dass selbst noch in diesem Jahrhundert in der königlichen Familie in Hawaii Ehen von Bruder und Schwester (von einer Mutter) vorkamen. Und im ganzen Altertum finden wir Beispiele von Geschwisterehen, z. B. noch bei den Ptolemäern. Hier aber ist — zweitens — der Unterschied zu machen zwischen Geschwistern von mütterlicher oder bloss von väterlicher Seite; ἀδελφός, ἀδελφή kommen her von δελφύς Gebärmutter, bedeuten also ursprünglich nur Geschwister von Mutterseite. Und aus der Periode des Mutterrechts hat sich noch lange das Gefühl erhalten, dass Kinder einer Mutter, wenn auch verschiedener Väter, einander näher stehen, als Kinder eines Vaters, aber verschiedener Mütter. Die Punaluaform der Familie schliesst nur Ehen zwischen ersteren, keineswegs aber zwischen letzteren aus, die nach der entsprechenden Vorstellung ja gar nicht einmal verwandt sind (da Mutterrecht gilt). Nun beschränken sich, so viel ich weiss, die im griech. Altertum vorkommenden Fälle von Geschwisterehen auf solche, wo die Leute entweder verschiedene Mütter haben, oder doch solche, von denen dies nicht bekannt, also auch nicht ausgeschlossen ist, widersprechen also dem Punaluagebrauch absolut nicht. Sie haben eben übersehen, dass zwischen der Punaluazeit und der griechischen Monogamie der Sprung aus dem Matriarchat ins Patriarchat liegt, der die Sache bedeutend ändert.

Nach Wachsmuths hellen. Altertümern ist im heroischen Zeitalter bei den Griechen „von Bedenken über zu nahe Verwandtschaft der Ehegatten, abgerechnet das Verhältnis von Eltern und Kindern, keine Spur" (III, p .156). „Ehe mit der leiblichen Schwester war in Kreta nicht anstössig" (ib. p. 170). Letzteres nach Strabo X. Buch, ich kann aber die Stelle augenblicklich nicht finden wegen mangelnder Kapiteleinteilung. — Unter leiblicher Schwester verstehe ich bis zum Gegenbeweis Schwestern von Vaterseite.

Ad II. qualifiziere ich Ihren ersten Hauptsatz so: Nach materialist. Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmte Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Ueberbaus — politische Formen des Klassenkampfs und seine Resultate — Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt, u. s. w. — Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorieen, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwickelung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schliesslich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (d. h. von Dingen und Ereignissen, deren innerer Zusammenhang unter einander so entfernt oder so unnachweisbar ist, dass wir ihn als nicht vorhanden betrachten, vernachlässigen können) als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter, als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.

Wir machen unsere Geschichte selbst, aber erstens unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Darunter sind die ökonomischen die schliesslich entscheidenden. Aber auch die politischen u. s. w., ja selbst die in den Köpfen der Menschen spukende Tradition, spielen eine

Rolle, wenn auch nicht die entscheidende. Der preussische Staat ist auch durch historische, in letzter Instanz ökonomische Ursachen entstanden und fortentwickelt. Es wird sich aber kaum ohne Pedanterie behaupten lassen, dass unter den vielen Kleinstaaten Norddeutschlands gerade Brandenburg durch ökonomische Notwendigkeit, und nicht auch durch andere Momente (vor allen seine Verwickelung, durch den Besitz von Preussen, mit Polen und dadurch mit internationalen politischen Verhältnissen — die ja auch bei der Bildung der österreich. Hausmacht entscheidend sind) dazu bestimmt war, die Grossmacht zu werden, in der sich der ökonomische, sprachliche und seit der Reformation auch religiöse Unterschied des Nordens vom Süden verkörperte. Es wird schwerlich gelingen, die Existenz jedes deutschen Kleinstaates der Vergangenheit und Gegenwart oder den Ursprung der hochdeutschen Lautverschiebung, die die geographische, durch die Gebirge von den Sudeten bis zum Taunus gebildete Scheidewand zu einem förmlichen Riss durch Deutschland erweiterte, ökonomisch zu erklären, ohne sich lächerlich zu machen.

Zweitens aber macht sich die Geschichte so, dass das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante — das geschichtliche Ergebnis — hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes, bewusstlos und willenlos wirkenden Macht anderen verhindert, und was herauskommt, ist etwas, das keiner gewollt hat. So verläuft die bisherige Geschichte nach Art eines Naturprozesses, und ist auch wesentlich denselben Bewegungsgesetzen unterworfen. Aber daraus, dass die einzelnen Willen — von denen jeder das will, wozu ihn Körperkonstitution und äussere, in letzter Instanz ökonomische Umstände (entweder seine eigenen persönlichen oder allgemein-gesellschaftliche) treiben — nicht das erreichen, was sie wollen, sondern zu einem Gesamtdurchschnitt, einer gemeinsamen Resultante verschmelzen, daraus darf doch nicht geschlossen werden, dass sie = 0 zu setzen sind. Im Gegenteil, jeder trägt zur Resultante bei und ist insofern in ihr einbegriffen.

Des weiteren möchte ich Sie bitten, diese Theorie in den Originalquellen und nicht aus zweiter Hand zu studieren, es ist wirklich viel leichter. Marx hat kaum etwas geschrieben, wo sie nicht eine Rolle spielt. Besonders aber ist „Der 18. Brumaire des L. Bonaparte" ein ganz ausgezeichnetes Beispiel ihrer Anwendung. Ebenso sind im „Kapital" viele Hinweise. Dann darf ich Sie auch wohl verweisen auf meine Schriften: „Herrn E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft" und „L. Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie", wo ich die ausführlichste Darlegung des historischen Materialismus gegeben habe, die meines Wissens existiert.

Dass von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprincip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen. Aber sowie es zur Darstellung eines historischen Abschnitts, also zur praktischen Anwendung kam, änderte sich die Sache, und da war kein Irrtum möglich. Es ist aber leider nur zu häufig, dass man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat, und das auch nicht immer richtig. Und diesen

Vorwurf kann ich manchem der neueren „Marxisten" nicht ersparen, und es ist da dann auch wunderbares Zeug geleistet worden.

Ad I. habe ich gestern (ich schreibe dies am 22. September) noch folgende entscheidende, meine obige Darsetllung vollauf bestätigende Stelle gefunden bei Schoemann, griech. Altertümer ,Berlin 1855, I, p. 52: „Dass aber Ehen zwischen Halbgeschwistern von verschiedenen Müttern im späteren Griechenland nicht als Blutschande galten, ist bekannt."

Ich hoffe, die entsetzlichen Einschachtelungen, die mir der Kürze halber in die Feder geflossen sind, werden Sie nicht zu sehr abschrecken, und bleibe

Ihr ergebener

F. Engels.

* * *

Der zweite, $3^1/_4$ Jahre später verfasste Brief war die Antwort auf die beiden folgenden von Heinz Starkenburg an Engels gerichteten Fragen: 1. Inwiefern die ökonomischen Verhältnisse kausal wirken (ob zureichende Ursache, Veranlassung, permanente Bedingung etc. der Entwickelung). 2. Welches die Rolle sei, die das Moment der Rasse und der historischen Individualität in der Marx-Engelschen Geschichtsauffassung spiele.

Der Brief Engels' lautet:

London, 25. Januar 1894.
122. Regents Park Road N. W.

Sehr geehrter Herr!

Hier die Antwort auf Ihre Fragen!

1. Unter den ökonomischen Verhältnissen, die wir als bestimmende Basis der Geschichte der Gesellschaft ansehen, verstehen wir die Art und Weise, worin die Menschen einer bestimmten Gesellschaft ihren Lebensunterhalt produzieren und die Produkte unter einander austauschen (soweit Teilung der Arbeit besteht). Also die gesammte Technik der Produktion und des Transports ist da einbegriffen. Diese Technik bestimmt nach unserer Auffassung auch die Art und Weise des Austausches, weiterhin der Verteilung der Produkte und damit, nach der Auflösung der Gentilgesellschaft, auch die Einteilung der Klassen, damit die Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, damit Staat, Politik, Recht etc. Ferner sind einbegriffen unter den ökonomischen Verhältnissen die geographische Grundlage, worauf diese sich abspielen, und die tatsächlich überlieferten Reste früherer ökonomischer Entwickelungsstufen, die sich forterhalten haben, oft nur durch Tradition oder vis inertiae, natürlich auch das diese Gesellschaftsform nach aussen hin umgebende Milieu.

Wenn die Technik, wie Sie sagen, ja grösstenteils vom Stande der Wissenschaft abhängig ist, so noch weit mehr diese vom Stand und den Bedürfnissen der Technik. Hat die Gesellschaft ein technisches Bedürfnis, so hilft das der Wissenschaft mehr voran, als zehn Universitäten. Die ganze Hydrostatik (Torricelli etc.) wurde hervorgerufen durch das Bedürfnis der Regelung der Gebirgsströme in Italien im 16. und 17. Jahrhundert. Von der Elektricität wissen wir erst etwas Rationelles, seit ihre technische Anwendbarkeit entdeckt. In Deutschland hat man sich aber leider daran gewöhnt, die Geschichte der Wissenschaften so zu schreiben, als wäre sie vom Himmel gefallen.

2. Wir sehen die ökonomischen Bedingungen als das in letzter Instanz die geschichtliche Entwickelung bedingende an. Aber die Rasse ist selbst ein ökonomischer Faktor. Nun sind aber hier zwei Punkte nicht zu übersehen:

a) Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwickelung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, dass die ökonomische Lage Ursache, allein aktiv ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der in letzter Instanz stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit. Der Staat z. B. wirkt ein durch Schutzzölle, Freihandel, gute oder schlechte Fiskalität, und sogar die aus der ökonomischen Elendslage Deutschlands von 1648 bis 1830 entspringende tötliche Ermattung und Impotenz des deutschen Spiessbürgers, die sich äusserte zuerst im Pietismus, dann in Sentimentalität und kriechender Fürsten- und Adelsknechtschaft, war nicht ohne ökonomische Wirkung. Sie war eins der grössten Hindernisse des Wiederaufschwungs und wurde erst erschüttert dadurch, dass die Revolutions- und Napoleonischen Kriege das chronische Elend akut machten. Es ist also nicht, wie man sich hier und da bequemerweise vorstellen will, eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflusst werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden, allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden.

b) Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber bis jetzt nicht mit Gesamtwillen nach einem Gesamtplan, selbst nicht in einer bestimmt abgegrenzten gegebenen Gesellschaft. Ihre Bestrebungen durchkreuzen sich, und in allen solchen Gesellschaften herrscht eben deswegen die Notwendigkeit, deren Ergänzung und Erscheinungsform die Zufälligkeit ist. Die Notwendigkeit, die hier durch alle Zufälligkeit sich durchsetzt, ist wieder schliesslich die ökonomische. Hier kommen dann die sogenannten grossen Männer zur Behandlung. Dass ein solcher und gerade dieser, zu dieser bestimmten Zeit in diesem gegebenen Lande aufsteht, ist natürlich reiner Zufall. Aber streichen wir ihn weg, so ist Nachfrage da für Ersatz, und dieser Ersatz findet sich, tant bien que mal, aber er findet sich auf die Dauer. Dass Napoléon, gerade dieser Corse, der Militärdiktator war, den die durch eigenen Krieg erschöpfte französische Republik nötig machte, das war Zufall; dass aber in Ermangelung eines Napoléon ein anderer die Stelle ausgefüllt hätte, das ist bewiesen dadurch, dass der Mann sich jedesmal gefunden, sobald er nötig war: Cäsar, Augustus, Cromwell etc. Wenn Marx die materialistische Geschichtsauffassung entdeckte, so beweisen Thierry, Mignet, Guizot, die sämtlichen englischen Geschichtsschreiber bis 1850, dass darauf angestrebt wurde, und die Entdeckung derselben Auffassung durch Morgan beweist, dass die Zeit für sie reif war, und sie eben entdeckt werden musste.

So mit allem anderen Zufälligen und scheinbar Zufälligen in der Geschichte. Je weiter das Gebiet, das wir gerade untersuchen, sich vom Oekonomischen entfernt und sich dem reinen abstrakt Ideologischen nähert, desto mehr werden wir finden, dass es in seiner Entwickelung Zufälligkeiten aufweist, desto mehr im Zickzack verläuft seine Kurve. Zeichnen Sie aber die Durchschnittsaxe der Kurve, so werden Sie finden, dass, je länger die betrachtete Periode und je grösser das behandelte Ge-

biet ist, dass diese Axe der Axe der ökonomischen Entwickelung um so mehr annähernd parallel läuft.

Das grösste Hindernis zum richtigen Verständnis ist in Deutschland die unverantwortliche Vernachlässigung, in der Literatur, der ökonomischen Geschichte. Es ist so schwer, nicht nur sich die auf der Schule eingepaukten Geschichtsvorstellungen abzugewöhnen, sondern noch mehr, das Material zusammenzutrommeln, das dazu nötig ist. Wer z. B. hat nur den alten G. v. Gülich gelesen, der in seiner trockenen Materialsammlung doch soviel Stoff enthält zur Aufklärung unzähliger politischer Tatsachen!

Uebrigens sollte Ihnen doch, glaube ich, das schöne Exempel, das Marx im 18. Brumaire gegeben hat, schon über Ihre Fragen ziemliche Auskunft geben, gerade weil es ein praktisches Beispiel ist. Auch glaube ich im Antidühring I, Kap. 9—11, und II, 2—4, sowie III, 1 oder Einleitung und dann im letzten Abschnitt des „Feuerbach" die meisten Punkte bereits berührt zu haben.

Ich bitte in obigem die Worte nicht auf die Goldwage zu legen, sondern den Zusammenhang im Auge zu behalten; ich bedaure, nicht die Zeit zu haben, Ihnen so exakt ausgearbeitet zu schreiben, wie ich es für die Oeffentlichkeit müsste.

Herrn ...... bitte ich meine Empfehlung zu machen und ihm in meinem Namen zu danken für die Zusendung der ......, die mich sehr erheitert hat.

Hochachtend ergebenst

F. Engels.

* *
*

Im Socialistischen Akademiker wird noch ausdrücklich bemerkt, dass beide Fragesteller damals junge Studenten und Engels vollständig unbekannt waren — als Beweis für die ausserordentliche Liebenswürdigkeit Engels', wie für die gewissenhafte Gründlichkeit, mit der er weitgehenden Ansprüchen einzelner Genossen Genüge zu leisten suchte.

III. Brief an Franz Mehring.

Als wichtiges Dokument zu dieser Frage sei auch noch der sehr interessante Auszug aus einem am 14. Juli 1893 an Franz Mehring gerichteten Brief Engels' wiedergegeben, den Mehring am Schluss seiner Geschichte der deutschen Socialdemokratie auf Seite 556—557 zum Abdruck gebracht hat. Er lautet:

Sie haben die Haupttatsachen vortrefflich und für jeden Unbefangenen überzeugend dargestellt. Wenn ich etwas auszusetzen finde, so ist es, dass Sie mir mehr Verdienst zuschreiben, als mir zukommt, selbst wenn ich alles einrechne, was ich möglicherweise selbständig ausgefunden hätte — mit der Zeit —, was aber Marx bei seinem rascheren coup d'oeil und weiterem Ueberblicke viel schneller entdeckte. Wenn man das Glück hatte, vierzig Jahre lang mit einem Manne wie Marx zusammen zu arbeiten, so wird man bei dessen Lebzeiten gewöhnlich nicht so anerkannt, wie man es zu verdienen glaubt; stirbt dann der Grössere, so wird der Geringere leicht überschätzt, und das scheint mir gerade jetzt mein Fall zu sein; die Geschichte wird das alles schliesslich in Ordnung bringen, und bis dahin ist man glücklich um die Ecke und weiss nichts mehr von nichts. — Sonst fehlt nur noch ein Punkt, der aber auch in den Sachen von Marx und mir regelmässig nicht genug hervorgehoben ist und in Beziehung auf den uns alle gleiche Schuld trifft. Nämlich wir

alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die Ableitung der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelter Handlungen aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt und legen müssen. Dabei haben wir dann die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: die Art und Weise, wie diese Vorstellungen etc. zustande kommen. Das hat dann den Gegnern willkommenen Anlass zu Missverständnissen gegeben, wovon Paul Barth ein schlagendes Exempel. — Die Ideologie ist ein Prozess, der zwar mit Bewusstsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewusstsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt, sonst wäre es eben kein ideologischer Prozess. Er imaginiert sich also falsche oder scheinbare Triebkräfte. Weil es ein Denkprozess ist, leitet er seinen Inhalt wie seine Form aus dem reinen Denken ab, entweder seinem eigenen oder dem seiner Vorgänger. Er arbeitet mit blossem Gedankenmaterial, das er unbesehen als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf einen entfernteren, vom Denken unabhängigen Prozess untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durchs Denken vermittelt, auch in letzter Instanz im Denken begründet erscheint. — Der historische Ideolog (historisch soll hier einfach zusammenfassend stehen für politisch, juristisch, philosophisch, theologisch, kurz für alle Gebiete, die der Gesellschaft angehören und nicht bloss der Natur) — der historische Ideolog hat also auf jedem wissenschaftlichen Gebiet einen Stoff, der sich selbständig aus dem Denken früherer Generationen gebildet und im Gehirne dieser einander folgenden Generationen eine selbständige eigene Entwickelungsreihe durchgemacht hat. Allerdings mögen äussere Tatsachen, die dem eigenen oder anderen Gebieten angehören, mitbestimmend auf diese Entwickelung eingewirkt haben, aber diese Tatsachen sind nach der stillschweigenden Voraussetzung ja selbst wieder blosse Früchte eines Denkprozesses, und so bleiben wir immer noch im Bereiche des blossen Denkens, das selbst die härtesten Tatsachen glücklich verdaut hat. — Es ist dieser Schein einer selbständigen Geschichte der Staatsverfassungen, der Rechtssysteme, der ideologischen Vorstellungen auf jedem Sondergebiete, der die meisten Leute vor allem blendet. Wenn Luther und Calvin die offizielle katholische Religion, wenn Hegel den Fichte und Kant, Rousseau indirekt mit seinem contrat social den konstitutionellen Montesqeiu „überwindet", so ist das ein Vorgang, der innerhalb der Theologie, der Philosophie, der Staatswissenschaft bleibt, eine Etappe in der Geschichte dieser Denkgebiete darstellt und gar nicht aus dem Denkgebiete herauskommt. Und seitdem die bürgerliche Illusion von der Ewigkeit und Letztinstanzlichkeit der kapitalistischen Produktion dazugekommen ist, gilt ja sogar die Ueberwindung der Merkantilisten durch die Physiokraten und A. Smith als ein blosser Sieg des Gedankens, nicht als der Gedankenreflex veränderter ökonomischer Tatsachen, sondern als die endlich errungene richtige Einsicht in stets und überall bestehende tatsächliche Bedingungen; hätten Richard Löwenherz und Philipp August den Freihandel eingeführt, statt sich in Kreuzzeuge zu verwickeln, so blieben uns fünfhundert Jahre Elend und Dummheit erspart. — Diese Seite der Sache, die ich hier nur andeuten kann, haben wir, glaub' ich, alle mehr vernachlässigt, als sie verdient. Es ist die alte Geschichte: im Anfange wird immer die Form über dem Inhalt vernachlässigt. Wie gesagt, ich habe das ebenfalls getan, und der Fehler ist mir immer erst post festum aufgestossen. Ich bin also nicht nur weit entfernt davon, Ihnen irgend einen Vorwurf daraus zu machen, dazu bin ich als älterer Mitschuldiger ja gar nicht berechtigt, im Gegenteil — aber ich möchte

Sie doch für die Zukunft auf diesen Punkt aufmerksam machen. — Damit hängt auch die blödsinnige Vorstellung der Ideologen zusammen: weil wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbständige historische Entwickelung absprechen, so sprächen wir ihnen auch jede historische Wirksamkeit ab. Es liegt hier ordinäre undialektische Vorstellung von Ursache und Wirkung als starr einander entgegengesetzter Pole zu Grunde, das absolute Uebersehen der Wechselwirkung; dass ein historisches Moment, sobald es einmal durch andere, schliesslich ökonomische Tatsachen in die Welt gesetzt ist, nun auch reagiert, auf seine Umgebung und selbst seine eigenen Ursachen zurückwirken kann, vergessen die Herren oft fast absichtlich. So Barth z. B. bei Priesterstand und Religion, S. 475 bei Ihnen.

IV. Zusatz.

Soweit die Engelsschen Briefe. Wir lassen ihnen hier noch eine Stelle aus einem Artikel über den verstorbenen Wiener Oekonomieprofessor Emanuel Herrmann, den Erfinder der Postkarte, folgen, in dem ein interessanter Plan des Genannten entwickelt wird, die Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung auf die Sprachforschung in Anwendung zu bringen. Der Artikel ist in der Morgenausgabe des Hamburgischen Korrespondent vom 29. Juli 1902 veröffentlicht und behandelt ein Gespräch, das der Verfasser — Fr. Kretzschmar — im Juli 1896 mit Herrmann hatte.

„Ich schnitt die Werttheorie an und wollte seine Ansicht über die Marxsche Lehre vom Mehrwert wissen. Er wich aber aus, er behandele die Nationalökonomie rein praktisch, so zu sagen vom finanztechnischen Standpunkte, für seine Studenten hätten allgemeine und prinzipielle Sachen keinen Wert, er vermeide das tunlichst. Die Nationalökonomie schien ihn überhaupt weniger zu interessieren, wie er denn unter seinen Fachgenossen weniger hervorgetreten ist. Er hat zwar eine „Theorie der Versicherung“, einige Leitfäden über „Wirtschaftslohn“ und über „Technische Probleme der modernen Volkswirtschaft“ geschrieben. Auch erzählte er mir von einem Grazer Professor, der bei ihm gehört und sich seine ökonomischen Theorieen bei ihm geholt habe, durch die er dann geglänzt habe. Viel mehr aber war Herrmann Philosoph, namentlich Kulturphilosoph. Und seine Leidenschaft war, wie gesagt, die Sprachforschung. Er vertraute mir, dass er seit vielen Jahren ein grosses Werk plane über die „Oekonomie der Sprache“. Das werde wie eine Bombe einschlagen. Freilich, ein fachtechnischer Mitarbeiter fehle ihm, seine Augen seien schlecht, er dürfe nicht allzu viel schreiben. Aber er habe die Grundlagen fest und auch massenhaft Material, namentlich aus den Dialekten, worin noch manche Schätze für die linguistische Forschung vergraben lägen. Er hat übrigens auch „Volkslieder aus Kärnthen“ herausgegeben, und nach den Proben, die im Gespräche vorkamen, zu urteilen, kannte er fast alle Sprachen der vielsprachigen österreichischen Monarchie mehr oder weniger. Ob seine Forschungsmethode die historisch-kritische Probe aushielt, vermag ich nicht zu sagen; auf alle Fälle merkte er es sofort, als ich bei einer Zusammenstellung von Wörtern sondierte, ob er die aus den Dialekten genommenen erst historisch auf ihre früheren Lautformen zurückführe, ehe er sie mit anderen germanischen oder indo-

germanischen Sprachen verglich. Ganz besonderes Gewicht legte er auf die Funktionslehre, das Psychologische der Sprache und dessen Abhängigkeit von ökonomischen Bedingungen. Er erwähnte z. B. im Laufe unserer angeregten Unterhaltung, dass gewisse innerasiatische Reitervölker auf dem Bauche liegend zu schlafen pflegen, nicht auf Rücken oder Seite. Ich erfasste die Idee sofort, suchte die physiologischen Konsequenzen zu ziehen, die abweichenden phonetischen Grundlagen der Lautbildung, und warf die Frage auf, was das nun für psychologische Wirkungen haben müsse und wie dieselben sprachlich zum Ausdruck kämen. Er wurde da ganz Feuer und Flamme und suchte mir zu erklären, wie diese neuen Gesichtspunkte ganz in sein System passten, wonach die Sprachen sich gemäss denselben ökonomischen Gesetzen entwickelten, die im Wirtschaftsleben der Völker gälten. Seine „Oekonomie der Sprache" ist nicht erschienen; vielleicht findet sich aber in seinem Nachlass wertvolles Material.

Aus den Debatten englischer Socialisten über die Werttheorie.

Wie in der deutschen Socialdemokratie, so haben sich auch in den Reihen englischer Socialisten zeitweilig recht lebhafte Debatten über die Frage der Bestimmung des Wertes abgespielt. Sie fallen vornehmlich in die Mitte und zweite Hälfte der achtziger Jahre — die Gärungsepoche der neuerwachten socialistischen Bewegung Englands. Die alte socialistische Bewegung, die ihren energischsten Ausdruck im Chartismus fand, hatte, wie bekannt, ihre ökonomische Kritik des kapitalistischen Systems auf die von Ricardo übernommene Werttheorie gegründet. Die neue Bewegung berief sich zunächst auf den berühmtesten socialistischen Fortsetzer der Ricardoschen Werttheorie, Karl Marx. Einer ihrer ersten Führer, H. M. Hyndman, hatte noch Marx persönlich kennen gelernt und sich von ihm Auskunft über die Grundlehren seiner Theorie geben lassen. Ausser ihm zählte die Bewegung in der Tochter von Karl Marx und deren Mann, Dr. Ed. Aveling, sowie in einigen Leuten, die im Hause von Fr. Engels eingeführt waren, eine Reihe entschiedener Verfechter der Marxschen Wertlehre. Längere Zeit galt diese als nicht nur die wissenschaftlichste Erklärung des ökonomischen Wertes, sondern auch als der festeste Pfeiler der wissenschaftlichen Begründung des Socialismus, als der unumgängliche Ausgangspunkt für die socialistische Kritik der kapitalistischen Oekonomie. Andere, in der Zwischenzeit ausgebildete Werttheorieen wurden als Versuche betrachtet, dem Socialismus diese Waffe zu entreissen oder zwischen der socialistischen Theorie und der bürgerlichen Oekonomie in ähnlicher Weise eklektisch zu vermitteln, wie dies in der Praxis von einigen radikal gesinnten Politikern versucht worden war, deren bedeutendster Vertreter, John Stuart Mill, von Karl Marx gerade auch mit Hinsicht auf die Werttheorie als Eklektiker scharf kritisiert worden ist.

Indessen schlossen sich der Bewegung auch Leute an, die aus der Schule Mills hervorgegangen waren.[1]) So ward es unvermeidlich, dass sich schon früh Debatten über den einen oder anderen Punkt der Marxschen Wertlehre entspannen. Sie waren aber nur Plänkeleien, bis sich in der Person eines socialistisch denkenden, fein gebildeten Geistlichen der Sekte der Unitarier (auf der äussersten Linken des Protestantismus stehende Gegner des Dreieinigkeitsdogmas), Mr. P. H. Wickstead, ein Vertreter der der Marxschen entgegengesetzten Wertlehre des als Logiker und Nationalökonom berühmt gewordenen W. Stanley Jevons einfand, und es unternahm, als Socialist diese Theorie gegen die Marxsche zu verfechten. Sein erster Artikel erschien in der Oktober-Nummer 1884 der Monatsschrift To-Day, einer socialistischen Revue, die vom Januar 1884 bis Juni 1889 erschien und deren Schicksal in eigenartiger Weise die innere Geschichte der jungen socialistischen Bewegung Englands illustriert. An ihn knüpfte sich eine heftige Kontroverse, die sich über eine Reihe von Jahren hinzog und deren Nachstudium durchaus der Mühe lohnt. Es ward viel Scharfsinn in ihr entfaltet. Wir haben die Absicht, einige der bezeichnendsten Artikel aus dieser interessanten Polemik den deutschen Lesern zu übermitteln, beginnen aber nicht mit dem Wickstead-schen Artikel, sondern mit einem Artikel aus der Feder von G. Bernard Shaw, der in der eigenartig sarkastischen Weise dieses Schriftstellers die Geschichte der Kontroverse bis zu dem Zeitpunkt der Niederschrift des Artikels erzählt. Wie aus letzterem ersichtlich, trat Shaw als Anhänger von Marx in die Kontroverse ein, um als Verfechter der Jevonsschen Theorie aus ihr hervorzugehen. Er liefert das nicht gar häufige Beispiel eines Menschen, der sich in einer wissenschaftlichen Kontroverse für geschlagen erklärt. Seine beissenden Sarkasmen gegen H. M. Hyndman sind indes nicht ausschliesslich auf die theoretischen Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen. Sie erklären sich zugleich aus dem allgemeinen Parteizwist, der zur Zeit der Abfassung des Artikels die englische Socialdemokratie in eine ganze Reihe von Lagern zersplitterte, ein Zwist, in dessen Verlauf selbst sehr überzeugte Marxisten, darunter Eleanor Marx, sich von Hyndman getrennt hatten. Auch Fr. Engels stand ausser Verkehr mit ihm.

An den hier erwähnten Diskussionen hat sich Engels damals nicht beteiligt, und zwar weder direkt noch indirekt. Als einst ein englischer Socialist ihn in seinem Hause um eine mündliche Meinungsäusserung über einen auf die Frage bezüglichen Artikel ersuchte, lehnte Engels dies kategorisch mit dem Bemerken ab, dass solche mündliche Aeusserung sich doch herumsprechen und er sich dadurch leicht in die Lage versetzt sehen würde, eingehender in die Debatte eingreifen zu müssen. Dazu habe er aber, so lange die ausstehenden Bände „Kapital" noch nicht veröffentlicht seien, keine Lust. Später hat er bei Gelegenheit des Erscheinens des dritten Bandes „Kapital" die Gelegenheit wahrgenommen und in das Vor-

*) Selbst die Stieftochter Mills, Miss Helen Taylor, zählte sich zu ihr. Die Tochter von Mills so hoch verehrter Gattin scheint sich indes in die theoretischen Diskussionen so wenig eingelassen zu haben, wie die Tochter von dessen Kritiker Marx in den theoretischen Diskussionen literarisch hervortrat. Sie unterhielt mit Eleanor Marx freundschaftlichen Verkehr, der erst nach deren Verbindung mit Dr. Aveling einschlief.

wort eine Bemerkung eingeflochten, die als eine Abweisung der Bestrebungen betrachtet werden muss, den Socialismus aus der Jevons-Mengerschen Grenznutzenlehre abzuleiten. In Anknüpfung an die von Lexis gelieferte und von diesem selbst mit einem gewissen Humor als „vulgärökonomisch" bezeichnete Lösung des Problems der Profitrate schreibt Engels, und auch in diesem Falle ist der etwas gereizte Ton das Echo nicht bloss theoretischer Differenzen, sondern auch von Parteizwistigkeiten:

„Nun bedarf es keiner grossen Anstrengung des Denkens, um einzusehen ..... dass auf Grundlage dieser Theorie sich ein mindestens ebenso plausibler Vulgärsocialismus aufbauen lässt, wie der hier in England auf Grundlage der Jevons-Mengerschen Gebrauchswerts- und Grenznutzentheorie aufgebaute. Ja, ich vermute sogar, würde Herrn GeorgeBernard Shaw diese Profittheorie bekannt, er wäre im stand, mit beiden Händen zuzugreifen, Jevons und Karl Menger den Abschied zu geben und auf diesem Felsen die Fabianische Kirche der Zukunft neu zu errichten."

Schliesslich wird es noch interessieren, zu erfahren, dass Marx den Urheber der Grenznutzenlehre, Jevons, dessen mathematische Methode ihn, der sich gern mit Mathematik beschäftigte, jedenfalls interessieren musste, gelegentlich in Person kennen gelernt hat. Er ist ihm, wie Engels dem Schreiber dieses erzählt hat, bei einer Begegnung mit dem bekannten Positivisten Professor Edward S. Beesley durch diesen vorgestellt worden.

* *
*

Der Shawsche Artikel, den wir hier zum Abdruck bringen, steht im To-Day vom Mai 1889 und führt im Englischen den Titel: Bluffing the Value Theory. Wir geben ihn unverkürzt wieder.

* *
*

1. Wie man Leuten die Werttheorie aufherrscht.

Die Leser von „To-Day" müssen nachgerade Sachverständige in der Werttheorie sein. Erst hörten sie P. H. Wicksteed über den Gegenstand, dann hatten sie Shaw (mich), dann noch einmal Wicksteed, dann Graham Wallas, dann Hyndman und jetzt noch einmal Shaw. Wicksteed eröffnete die Debatte mit der Behauptung, dass Marx unrecht und Jevons recht habe, worauf ich behauptete, dass Marx im Recht und Wicksteed im Unrecht sei, und Wicksteed zurückgab, dass ich unrecht habe und Jevons recht. Dann rückt nach einer langen Pause Wallas mit der Idee an, dass Marx und Jevons gleichermassen recht haben, und reizt Hyndman zu der Erklärung, dass nicht nur Wicksteed, ich und Wallas, sondern die ganze englische Rasse ausser ihm und zwei anderen im Unrecht seien. Um dies wett zu machen, unternehme ich es nunmehr, nachzuweisen, dass Hyndman gar nicht weiss, worum wir streiten oder, um es weniger höflich auszudrücken — denn warum sollten wir nicht gegenseitig unsere Gefühle so viel wie möglich schonen? —, dass er weder die Jevonssche, noch die Marxsche Werttheorie versteht, sie niemals verstanden hat und wahrscheinlich auch nie verstehen wird. In Wahrheit ist dies für mich eine persönliche Angelegenheit. Als die Kontroverse begann, wurde ich, ein hilfloser Neuling in der ökonomischen Wissenschaft, den Jevonsschen

Bajonetten entgegengeworfen, mit keinen besseren Waffen zur Verteidigung, als meinem Mutterwitz und einer gewissen literarischen Geschicklichkeit, wie ich sie in meiner Thätigkeit erworben hatte. Ich wehrte mich dagegen und erklärte, dass ich nichts von der Sache verstände und dass Hyndman, der damals an der Spitze der socialistischen Bewegung in London stand, die geeignete Person dafür sei. Denn er, der sich für einen Kenner der Differenzialrechnung ausgab, überschüttete die (mir völlig unverständlichen) Gleichungen des Jevons mit Spott und brandmarkte ihn selbst als einen Dummkopf, der die baldige Erschöpfung unserer Kohlenlager angekündigt und die Geschäftskrisen auf den Einfluss der Sonnenflecken zurückgeführt habe. Es lag klar zu Tage, dass die rechte Stunde und der rechte Mann gekommen waren und dass der Mann Hyndman hiess. Doch nein; Hyndman wollte keine Zeit damit verschwenden, das anmassende Insekt Wicksteed zu zerdrücken, und schliesslich versicherte mich R. P. B. Frost, der zur Zeit einer der Eigentümer dieser Monatsschrift war, als wir eines Tages zwischen den Grüften auf dem geweihten Boden der St. Pauls-Kirche standen, dass, wenn ich es nicht täte, er (Frost) selbst es tun müsse. Die Drohung gab den Ausschlag. Ich unternahm es, eine „Glosse" zu Wicksteeds Artikel zu schreiben mit der Bedingung, dass diesem, im Fall er sie überleben sollte, genügender Raum behufs Erwiderung zur Verfügung gestellt werden sollte. Dies alles, einschliesslich von Wicksteeds Fortexistenz in robuster Gesundheit, vollzog sich in gehöriger Zeit.

Die Diskussion verpflanzte sich sodann von den Blättern des „To-Day" in die Zusammenkünfte des Hampstead Historic Club, der anfänglich eine im Hause von Arthur Wilson tagende marxistische Lesegesellschaft war. Eine junge Russin pflegte uns in französisch etwas aus dem „Kapital" vorzulesen, bis wir zu streiten begannen, was gewöhnlich schon eintrat, bevor sie noch lange genug gelesen hatte, um ernsthaft ermüdet zu sein. Die ersten Kapitel hatten in ausserordentlichem Grade die Wirkung, uns die Ohren zu spitzen. F. Y. Edgeworth als Jevonsianer und Sidney Webb als Parteigänger Stuart Mills bekämpften die Marxsche Werttheorie mit Zähnen und Nägeln, während Belfort Bax und ich vom Standpunkt eines transcendenten Marxismus aus die Festung wütend verteidigten und Mill und Jevons verlachten. Die übrigen hörten vorurteilslos zu und scharmützelten bald mit dieser und bald mit jener Seite, je nachdem sie sich gerade angereizt fühlten. An diesen Kämpfen, in denen ich, in Verteidigung einer unhaltbaren Position, so manche Wunde davontrug, hatte Hyndman keinen Anteil; weder damals noch seitdem hat er zu den hart umstrittenen ökonomischen Diskussionen, durch die wir uns selbst und andere im wissenschaftlichen Socialismus ausbildeten, etwas beigetragen. Als Mann, der nichts mehr zu lernen hatte, verachtete er Jevons in ruhiger Entfernung; nur ab und zu spielte er in den Spalten der „Justice" seine Kohlen- und Sonnenflecken-Phantasie. Der Streit wütete in Hampstead, bis Bax den Staub der Heide von seinen Schuhen schüttelte und der „Historic Club", der der leidenschaftlichen Debatten darüber genug hatte, ob der Wert von Mrs. Wilsons Vasen bestimmt werde durch die zu ihrer Herstellung notwendige gesellschaftliche Arbeit, durch ihre Produktionskosten auf der Grenze der Kultur oder durch den „Grenznutzen" des gegebenen Vorrats von Vasen, — darauf bestand, zu den folgenden Kapiteln überzugehen und den Gegenstand fallen zu lassen.

Am 18. Februar 1887 hielt Hyndman in der „Freemasons Tavern" vor der Gesellschaft der Fabier einen Vortrag über Karl Marx. Inzwischen war der Krebs des Unglaubens in mir, der zuerst die Form der

Weigerung angenommen hatte, Wicksteed als einen bis zum Blödsinn verdrehten Bourgeois über die Achsel anzusehen, in solchem Masse gewachsen, dass ich jetzt ein ebenso verstockter Ketzer war, als irgend einer der 34 999,997 Einwohner dieser Inseln, die nach Hyndman Marx nicht erfasst haben. Infolgedessen lenkte ich in der Debatte, die dem Vortrag folgte, die Aufmerksamkeit auf den wunden Punkt in der (Marxschen) Werttheorie, und Webb, wenn ich mich richtig erinnere, wies darauf hin, dass in dem veröffentlichten Band des „Kapital" nichts über die Spaltungen des Mehrwerts stehe. Worauf Hyndman so zu sagen seine Kleider zerriss, uns anschrie, dass wir lästerten, uns beschuldigte, dass wir in unseren Herzen Marx für einen Narren hielten, den logischen Beweis führte, dass das Ding, genannt Mehrwert, wirklich existierte (was niemand bezweifelt hatte), und endlich in einer grossartigen Eingebung eine lange, zerschmetternde Paraphrase von Marx' Kapital über den absoluten und relativen Mehrwert losliess, die auf die benebelte Zuhörerschaft einen tiefen Eindruck machte, aber mit dem Streitpunkt weit weniger zu tun hatte, als die Sonnenflecken mit den Geschäftskrisen. Für diejenigen, die die Kämpfe mitgemacht hatten, war es nunmehr klar, dass Hyndman in der Wertkontroverse ein Kind und obendrein ein merkwürdig ungezogenes Kind war. In der Folge wurde, als die englische Uebersetzung des „Kapital" erschien, die Gefahr, das englische Publikum in dem Glauben zu lassen, dass der Socialismus oder auch nur Marx' eigene historischen und socialen Aufstellungen mit seinen Kapiteln über den Wert stehen oder fallen, so ernsthaft, dass ein unpassender Angriff Hyndmans auf die Sonnenflecken mich so aufbrachte, dass ich in einer Einsendung in die „Pall Mall Gazette" (Mai 887) wütend über ihn herfiel. Dann veröffentlichte ich im „National Reformer" (vom 7., 14. und 21. August 1887) eine Besprechung des „Kapital", in welcher ich mich eingehend mit dem wunden Punkt in der Werttheorie beschäftigte. Weder von Hyndman noch von den zwei Leuten, die ausser ihm „die volle Bedeutung von Marx' Untersuchungen erfasst" haben, erfolgte irgend welche Erwiderung darauf. Die Besprechung harrt noch einer Antwort. Da sie von der einzigen Person gezeichnet ist, die auf den Originalartikel Wicksteeds geantwortet hatte, kann auch dieser nicht länger als erledigt betrachtet werden.

Der nächste Ausbruch — ein leichter nur — wurde durch einen Vortrag über „Fähigkeitsrente" herbeigeführt, den ich am 16. Juni 1887 in der Bloomsbury Sektion der Socialist League, die jetzige unabhängige „Bloomsbury Socialist Society", hielt. Doktor Edward Aveling, der daran Anstoss nahm, dass ich den Wert der gelernten Arbeit von Angebot und Nachfrage abhängen liess, hielt mir in einem eigenen Vortrag am 4. August die marxistische Werttheorie entgegen, bei welcher Gelegenheit der jetzige Redakteur dieser Wochenschrift*) mit mir gemeinsam die Opposition bildete. Dann schlief die Sache ein, bis vor kurzem Wicksteed sein „Alphabet of Economic Science" veröffentlichte, um die Bedeutung und die Wahrheit des Satzes klarzulegen, dass der Gebrauchswert und der Tauschwert jeder Ware zwei verschiedene, aber zusammenhängende Funktionen der Menge der von den Personen oder dem Gemeinwesen, denen sie wert ist, besessenen Ware sind. Die „Justice" spielte eine kurze, aber rasende Variation auf das alte Thema von den Sonnenflecken ab, liess aber jede ernsthafte Diskussion bleiben. Dann kamen Wallas' Artikel in der Märznummer von „To-Day" und die Einladung des Redakteurs an Hyndman, das Schweigen endlich zu brechen und die Ketzerei

*) Mr. Hubert Bland. Red. d. D. d. S.

zu zerschmettern, gegen die er jahrelang eine solch beharrliche Verachtung zur Schau getragen hat.

Mit Hyndmans Artikel vor mir und die Wunden aus meinem sehr lehrreichen Feldzug nur eben geheilt, müsste ich mehr als tötlich grossmütig sein, um mich eines Kicherns auf seine Kosten entschlagen zu können. Nicht etwa, dass ich übermässig sehr von ihm abwiche. Wie die berühmte Rede über den absoluten und relativen Mehrwert besteht er zum grössten Teil aus Wiederholungen von Dingen, die unter Socialisten gar nicht in Frage stehen und auch niemals in Frage gestellt worden sind, und die von der Jevonsschen Theorie nur darin betroffen werden, dass diese sie auf eine geschlossene theoretische Grundlage stellt. Ich fühle mich nicht verpflichtet, den Leser hier des langen und breiten mit einer Auseinandersetzung darüber heimzusuchen, worum sich die Frage wirklich dreht. Jevons' „Theory of Political Economy" und seine Polemik mit Cairnes, Wicksteeds Artikel im Oktoberheft 1884 von „To-Day" und sein „Alphabet of Economic Science" (Macmillan 1888), meine Besprechung im „National Reformer" und die Fabianische Abhandlung über die „Wirtschaftliche Seite des Socialismus" (Our Corner, Dezember 1888), alles das ist noch vorhanden und in sehr gewähltem Englisch geschrieben — zur Aufklärung für diejenigen, denen daran gelegen ist, den strittigen Punkt genau kennen zu lernen oder sich zu vergewissern, ob Marx' Verurteilung des Individualismus von der Marxschen (Wert-) Theorie unabhängig ist, gleichviel ob diese nun falsch oder richtig ist. Indes nehme ich die Gelegenheit wahr, zwei allgemeine Bemerkungen hinzuwerfen.

1. Ich glaube, dass Newtons Lichttheorie unhaltbar war. Aber ich behaupte deshalb nicht, dass die Erscheinungen, die er mittels seiner Theorie zu erklären suchte, nicht existieren oder dass alle seine Theorieen irreführend und seine Feststellungen falsch waren. So z. B. glaube ich nicht, dass eine Mischung von blauer und gelber Farbe orangefarben sein wird oder dass ich, wenn ich aus dem Fenster springe, wie der Luftschiffer Baldwin zum Himmel emporschweben werde. Ebenso wenig — so ist die Verkehrtheit des menschlichen Geistes beschaffen — glaube ich, dass Newton, alles in allem genommen, ein Esel, oder dass Young, der seine Lichtheorie umwarf, ein Mann von überlegenem Genie war. Mit gleicher Inkonsequenz glaube ich, dass die Marxsche Werttheorie verfehlt ist und dass Jevons sie umgestossen hat, und folgere darum doch nicht mit Hyndmans mächtiger Logik, Marx sei ein Idiot, das „Kapital" ein Gewebe von Unsinn, der Socialismus eine Illusion, Jevons Marx ungeheuer überlegen und die Geschäftskrisen das direkte Ergebnis der Sonnenflecken. Ich bin durchaus bereit, in schönster Form zuzugeben, dass Marx der Aristoteles des XIX. Jahrhunderts war. Aber da Hyndman, wie ich aus persönlicher Erfahrung weiss, in ein oder zwei Punkten klüger als Aristoteles zu sein behauptet, so erwarte ich von ihm, dass er mich nicht der Anmassung zeihen wird, wenn ich behaupte, im Punkte Wert besser beraten zu sein, als Marx.

2. Ich kann nicht zugeben, dass Tatsachen, die für eine Theorie verhängnisvoll sind, durch die blosse Behauptung, dass der Urheber (der Theorie) keinen Augenblick in Zweifel über sie war, für die Theorie unschädlich gemacht werden. Es ist durchaus nicht mit Sicherheit anzunehmen, dass Marx nicht wusste, dass seine Theorie so, wie er sie im ersten Bande des „Kapital" stehen liess, nicht Stich halten würde. Friedrich Engels selbst fordert in seiner Vorrede zum zweiten Bande (Hamburg, 1885) diejenigen, welche behaupten, dass Rodbertus der wirkliche Urheber der (von Marx entwickelten) Werttheorie war, auf, an der

Hand von Rodbertus den Widerspruch zu lösen, zu dem wir durch den veröffentlichten Teil des „Kapital" gedrängt werden, nämlich dass, obwohl gemäss der Theorie zwar die menschliche Arbeit Mehrwert schaffen kann, die Maschine aber nicht, dennoch tatsächlich die Ausbeutung eines Kapitals von, sagen wir 10 000 Pfund, bestehend aus 1000 Pfund variablem (Lohn-) Kapital und 9000 konstantem (Maschinen-) Kapital nicht weniger Mehrwert bringen wird, als dieselbe Summe, angelegt in 9000 Pfund variablem und 1000 Pfund konstantem Kapital. Engels behauptet, dass die Lösung im dritten und Schlussband des „Kapital" steht, aber er fordert diejenigen, die von Rodbertus und anderen schon alles über die Werttheorie wissen, sarkastisch auf, ihre Kenntnisse dadurch zu beweisen, dass sie diese Schwierigkeit lösen, bevor — der dritte Band erscheint. Nichtsdestoweniger werden in demselben Artikel, in dem Hyndman mit der Behauptung, dass die Theorie, so wie sie in den veröffentlichten Bänden entwickelt ist, ein Hauptschlüssel ist für alle ökonomischen Phänomene des Kapitalismus, zugleich besagt, dass sie keine Schwierigkeit, keine ungelösten Widersprüche mehr birgt, — werden in diesem Artikel Engels Autorität angerufen und Aussprüche von ihm ausführlich citiert. Es sei deshalb festgestellt, dass Engels, der Erzmarxist, was die Unvollständigkeit und Unzulänglichkeit der Theorie anbelangt, soweit Wicksteed und Hyndman sie vor sich haben, Wicksteed zustimmt und Hyndman widerspricht. Wicksteed, der den Widerspruch herausfindet, verwirft die Theorie und ersetzt sie, ohne wesentlichen Schaden für den Marxschen Ueberbau, durch eine modernere Wertanalyse, die nichts unberücksichtigt lässt. Engels ist in der privilegierten Lage, Zugang zu der im geheimnisvollen dritten Band stehenden Lösung zu haben. Aber was sollen wir von Hyndman sagen, der uns seine vollständige Unkenntnis hinsichtlich des Vorhandenseins einer Lücke in der Marxschen Synthese als ein Beispiel darbietet, von seiner „gründlichen Erfassung der Lehren eines Mannes von Genie"?

Nach all diesen vielen vorhergegangenen Scharmützeln wird man vielleicht meinen, dass ich nun den Kampf, wie es sich gehört, mit Bezug auf die Hauptfrage aufnehmen werde. Aber es ist kein Feind da, mit dem es zu kämpfen gilt, denn Hyndman hat sich mit Jevons nicht eingelassen, und sein Versuch, „Marx' Werttheorie kurz wiederzugeben", ist dadurch einigermassen beeinträchtigt, dass Marx' Anteil an ihr weggelassen ist. „Um damit zu beginnen", sagt er, „ist Marx durchaus nicht der erste Vertreter der Theorie, dass die Arbeit — die Produktionskost an menschlicher Arbeit — die Grundlage des Tauschwertes der Waren ist. Kein politischer Oekonom von irgend welcher Bedeutung hat dies" — auf mein Wort, ich citiere nicht falsch — „ so viel ich weiss, je bestritten." Und somit, „um damit zu beginnen", ist die Marxsche Theorie gar nicht Marx' Theorie. Was sagt Friedrich Engels zu diesem abgebrauchten Versuch, zu zeigen, dass die Marxsche Werttheorie einfach die von Adam Smith und Ricardo ist? Muss ich nach allem Vorgefallenen schliesslich noch die Originalität von Marx gegen Hyndman verteidigen, indem ich diesen herausfordere, mir den Namen irgend eines Schriftstellers zu nennen, der Marx in jener Analyse der Waren vorweggenommen hätte, von der er seine besondere Werttheorie hergeleitet hat —, eine Analyse, die für die theoretischen Kapitel des ersten Bandes „Kapital" von grundlegender Bedeutung ist?

Dies die Marxsche Theorie. Der Austausch einer Ware gegen eine andere setzt voraus, dass beide an ein und demselben Masse messbar sein müssen, da es sonst unmöglich wäre, die Verhältnisse zu bestimmen, in denen sie gegeneinander ausgetauscht werden sollen. Da Waren von der



verschiedensten Art sind — Wicksteed giebt als ein Beispiel Branntwein und Bibeln —, so ist ihr allgemeiner Massstab nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Aber da sie täglich ausgetauscht werden, müssen sie augenscheinlich einen gemeinsamen Massstab haben. Marx stellt beim Suchen nach ihm folgende Warenanalyse an. Nehmen wir die zwei von Hyndman beigebrachten Waren, Stiefel und Tische. Beide sind nützlich, beide sind Arbeitsprodukte. Sind sie an ihrer Nützlichkeit messbar? Scheinbar nicht, denn sie werden für verschiedene Zwecke gebraucht: man kann nicht sagen, so und so viel Fussbekleidung ist so und so viel Speiseträger wert (und wenn's mein Leben gälte, so könnte ich nicht einsehen, warum nicht; aber dies ist Marx' und nicht meine Deduktion.) Wenn sie nun im Punkte der Nützlichkeit nicht messbar sind, sind sie es im Punkte ihrer Arbeitskosten? Ihrer Art nach ist auch die Arbeit ungleichartig: die eine ist die Arbeit des Schuhmachens, die andere die des Tischmachens. Aber wie, wenn wir die Analyse einen Schritt weiter führen und von dem spezifischen Charakter der Arbeit abstrahieren? Wir behalten dann „abstract menschliche Arbeit", Verausgabung von Energie, Zersetzung von Geweben, was sowohl für die Verfertigung von Schuhen, wie für die von Tischen zutrifft. Hier haben wir also das gemeinsame Element, durch das wir bestimmen können, wieviel Paar Schuhe ein Mahagonitisch wert ist. Für alles andere siehe Hyndman, der genau dort beginnt, wo die Streitfrage aufhört, und dabei natürlich seinen Weg so entzückend geebnet findet, dass er ganz erstaunt ist ob unserer Dummheit, nicht mit ihm den Weg entlang zu tanzen.

Denn natürlich ist die Frage, die sich hier erhoben hat, die, warum der Prozess, die Schuhmacherarbeit und die Tischlerarbeit dadurch auf abstrakt menschliche Arbeit zu reduzieren, dass von ihrem spezifischen Charakter abgesehen wird, nicht auch auf die N u t z e n der Schuhe und Tische angewendet ward. Man sehe auch von ihrem spezifischen Nutzen als Fussbekleidung und Speiseträger ab, und man hat ihre abstrakte Wünschbarkeit, die ihnen gemeinsame Eigenschaft, menschlichen Bedürfnissen zu dienen. Diese abstrakte Wünschbarkeit ist die wahre Grundlage, der Grund, die Substanz, die Endursache, die bewirkende Ursache — wie immer man es nennen mag — des Werts. Sie ist vorhanden, bevor die Ware selbst existiert, und ist die Ursache, dass die Ware produziert und Arbeit darauf verwendet wird. Und so lange sie dieselbe bleibt, kann keine Aenderung der für die Herstellung der Ware gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ihren Tauschwert um ein Jota ändern. Hyndman erklärt ein mögliches Fallen im Wert von Schuhen folgendermassen: „Es hat jemand eine Maschine oder irgend eine neue Methode erfunden, durch die Gegenstände von gleicher Nützlichkeit mit weniger Ausgabe von Arbeitsenergie produziert werden können." Mit der Formulierung dieses Satzes hat er ökonomischen Selbstmord begangen. Die Redensart „gleiche Nützlichkeit" verdammt ihn tiefer, als er jemals Jevons verdammt hat. Erst wenn die Maschine den Vorrat einer Ware bis zu dem Punkt vermehrt hat und die Käufer so gut versorgt sind, dass ein weiteres Angebot von ihnen weniger gewünscht wird, als bisher, fällt der Wert. Ich verzichte darauf, dies eingehender zu entwickeln.

Es kommt hier noch ein Punkt in Betracht, der im ersten Band von Marx, und zwar wahrscheinlich absichtlich, übergangen ist, mit welchen Folgen für diejenigen, die auf Marx, den ganzen Marx — aber ohne den dritten Band — und nichts als Marx schwören, kann man an Hyndmans verzweifelt weit daneben treffendem Schluss auf den Sinn eines einfachen Satzes von Wallas sehen. Waren von derselben Art und demselben Wert sind Produkte nicht nur von Arbeitskraft, sondern auch von Roh-

material, das, wie jeder Landwirt und Minenbesitzer weiss, in Bezug auf Zugänglichkeit und Passlichkeit sehr verschieden ist. Unter einer socialistischen Ordnung der Dinge würden wir sie zu ihren durchschnittlichen Produktionskosten erhalten;*) aber die individualistische freie Konkurrenz kann die Preise von fabrizierten Waren nie dauernd unter die Kosten ihrer Herstellung aus den wenigst zugänglichen und am schwersten zu bewältigenden der in Anwendung kommenden Stoffe herabdrücken; der den Eigentümern der günstigeren Rohstoffe verbleibende Profit ist die ökonomische Rente, die Hauptquelle des „Mehrwerts". Ohne gründliche Erfassung dieses Faktors ist es unmöglich, den Socialismus gegen rivalisierende Systeme ökonomisch zu verteidigen. So befinden sich zum Beispiel weder die individualistische Genossenschaftlerei noch der individualistische Anarchismus ob Hyndmans schimpfreicher Wiederholungen und Paraphrasen aus dem ‚Kapital" auch nur um einen Deut schlechter, während sie einer Kritik auf Grundlage von Ricardos Theorieen nicht standhalten.

Um es kurz zusammenzufassen: die originelle und eigenartige Werttheorie von Marx wird bekämpft, weil sie auf eine Warenanalyse aufgebaut ist, die, trotzdem sie den Zweck hat, die Punkte zu ermitteln, in denen die Waren aneinander messbar sind, doch nur einen dieser Punkte, d. i. ihren Charakter als Produkte abstrakter menschlicher Arbeit, in Betracht zieht. Es wird behauptet, dass sie mit Bezug auf ihre abstrakte Nützlichkeit in gleicher Weise aneinander messbar sind und dass in der Praxis der behufs eines Austausches von Waren angestellte Vergleich nicht ein Vergleich ihrer Kosten an abstrakt menschlicher Arbeit, sondern ein Vergleich ihrer abstrakten Wünschbarkeit ist. Weiter wird darauf hingewiesen, dass, wenn Marx die Untersuchung von Waren von gleicher Art und Preis hinsichtlich ihrer Eigenschaft als Produkte von Rohmaterial verschiedener Ergiebigkeit hinausschiebt, dies seiner Theorie in dem Stadium, das sie mit dem bis jetzt veröffentlichten Teil des „Kapital" erreicht hat, die Fähigkeit nimmt, als Schlüssel für die gegebenen wirtschaftlichen Erscheinungen zu dienen, da sie so weit, wenn mit strenger Logik durchgeführt, die Möglichkeit von „Mehrwert" tatsächlich widerlegen würde.

Zum Schluss beanspruche ich besondere Anerkennung dafür, dass ich angesichts so schwerer Provokation einen so gemässigten Ton gegenüber unserem zanksüchtigen, aber stets interessanten Freund Hyndman eingehalten habe. Gleichviel, ob ich die krasse Unwissenheit hinsichtlich der Natur des Streites oder die leichtfertige Anmasslichkeit seiner Anspielungen auf sie in Betracht ziehe, so kann ich nicht umhin, die Nachsicht zu bewundern, mit der wir die Pseudo-Marxismen hinnehmen, die er von Zeit zu Zeit im Namen der Socialdemokratie von seinem St. Helena in Blackfriars Bridge loslässt. Die Werttheorie, die von Jevons im Jahre 1871 hier ausgearbeitet wurde, hat die alte Arbeitswerttheorie in England, Oesterreich, Holland und der Schweiz aus dem Feld geschlagen und gewinnt überall Boden. Hyndman erklärt sie für abgeschmackt dumm. Er könnte sich in die vorderste Reihe der ökonomischen Kritiker stellen, wenn er den Beweis lieferte, dass sie dies ist. Sollen wir annehmen, dass Bescheidenheit ihn davon zurückhält?

---

*) Dies ist meines Erachtens der Grund, weshalb Marx, statt, wie Ricardo, die Rente als grundlegend zu behandeln, ihre Erörterung als die eines bloss dort vorkommenden Zwischenfalls, wo private Aneignung des Rohmaterials stattfindet, auf seinen dritten Band verschiebt. [Note Shaws.]

Eine dritte Auflage von Jevons' Theorie kommt heraus, und er kritisiert sie nicht. Wicksteed veröffentlicht in populärer Form eine bewundernswerte Darlegung dieser Theorie und wird in der „Justice" beschimpft, aber nicht kritisiert. Wallas bespricht Wicksteed, und ihm wird erklärt, dass sein Hinweis auf die ökonomische Rente einen Menschen, der über den wissenschaftlichen Socialismus schreibt und Vorträge hält, zur Schande gereicht, ein Vorwurf, der sich auf ein völlig unwesentliches Citat aus Marx stützt und dem in aller Ruhe die verblüffende Bemerkung folgt, dass „es möglicherweise mit dem Gelde und folglich mit den Preisen verbundene Erscheinungen sind, die so viele von denen, die über den Gegenstand schreiben, verwirren." Möglich, dass dem so ist; denn eine der mit dem Gelde verbundenen Erscheinungen ist eine Abneigung gegen Anstrengungen und eine Neigung, seine arbeitsameren Mitmenschen zu verachten.

Zum Schluss möchte ich noch erklären, dass ich Karl Marx nicht des Marxismus beschuldige, sondern glaube, dass er von seinen Schülern etwas Besseres verdient hätte, als Abgötterei.

G. Bernard Shaw.

Das Erbrecht auf dem Baseler Kongress der Internationale.

Auf dem vierten Kongress der Internationalen Arbeiter-Association, der vom 7. bis 11. September 1869 in Basel tagte, ward u. a. auch die Frage des Erbrechtes verhandelt. Wir geben im Nachstehenden den Bericht über diese Verhandlungen wieder, wie er seinerzeit im gedruckten Protokoll des Kongresses veröffentlicht worden ist. Er hat ein besonderes Interesse durch das Gutachten des Generalrats der Internationale über die Erbrechtsfrage, aus dem man ohne weiteres die Stimme von Karl Marx heraushört, der dem Kongress nicht beiwohnte, aber in Georg Eccarius einen begabten Vertreter fand. Durch das Eingreifen von Bakunin in die Debatte erhalten wir Gelegenheit, den theoretischen Gegensatz zwischen diesem und Marx an der Hand dieser Frage zu beurteilen.

Die Erbrechtsfrage war, wie alle anderen Punkte der Tagesordnung des Kongresses, zunächst einer vorberatenden Kommission überwiesen worden und kam in der Sitzung vom 11. September zur öffentlichen Verhandlung. Wir schicken dem Bericht über diese das Gutachten voraus, das der Generalrat der Internationale dem Kongress übersandt hatte. Es rührt offenbar von Marx her und lautet:

Bericht des Generalrats über das Erbrecht.

1. Das Recht der Erbschaft ist nur insofern von socialer Wichtigkeit, als es dem Erben die Macht, welche der Verstorbene während seiner Lebenszeit ausübte, hinterlässt, nämlich die Macht, vermittelst seines Eigentums die Früchte fremder Arbeit auf sich zu übertragen, denn das Land gibt dem lebenden Eigentümer die Macht, unter dem Titel von Grundrente die Früchte der Arbeit anderer auf sich zu übertragen, ohne einen Gleichwert zu geben; das Kapital gibt ihm die Macht, dasselbe zu tun, unter dem Titel von Zins und Profit; das Eigentum in Staatspapieren

gibt ihm die Macht, ohne selbst zu arbeiten, von den Früchten der Arbeit anderer leben zu können, u. s. w.

Die Erbschaft erzeugt nicht diese Macht der Uebertragung der Früchte der Arbeit des einen in die Tasche des anderen, sie bezieht sich nur auf den Wechsel der Personen, welche jene Macht ausüben.

Wie jede andere bürgerliche Gesetzgebung, sind die Erbschaftsgesetze nicht die Ursache, sondern die Wirkung, die juristische Folge der bestehenden ökonomischen Organisation der Gesellschaft, die auf das Privateigentum an den Mitteln der Produktion begründet ist, d. h. Land, Rohmaterial, Maschinen u. s. w.

Auf dieselbe Weise war das Recht der Erbschaft auf Sklaven nicht die Ursache der Sklaverei, sondern im Gegenteil, die Sklaverei war die Ursache der Erbschaft von Sklaven.

2. Worum es sich hier dreht, ist die Ursache, und nicht die Wirkung, die ökonomische Grundlage, nicht der juristische Ueberbau.

Angenommen, die Produktionsmittel wären umgestaltet, vom Privat- ins Gesamteigentum, so würde das Recht der Erbschaft (sofern es von socialer Wichtigkeit ist) von selbst verschwinden; weil ein Mann nur das hinterlassen kann, was er während seiner Lebenszeit besass.

Unser grosses Ziel soll deshalb die Aufhebung jener Institutionen sein, die einigen Leuten während ihrer Lebenszeit die ökonomische Macht verleihen, die Früchte der Arbeit von vielen auf sich zu übertragen.

Wo der Zustand der Gesellschaft so weit fortgeschritten ist, dass die Arbeiterklassen hinreichend Macht besitzen, solche Institutionen zu beseitigen, müssen sie es auf direktem Wege tun; denn dadurch, dass sie die Staatsschulden beseitigen, werden sie natürlich auch die Erbschaft von Staatspapieren los. Andererseits wenn sie nicht die Macht besässen, die Staatsschuld aufzuheben, so wäre es töricht, zu versuchen, das Recht der Erbschaft auf Staatspapiere aufzuheben. Das Verschwinden des Erbschaftsrechts wird das natürliche Resultat eines gesellschaftlichen Wechsels sein, der das Privateigentum am Produktionsmittel verdrängt; aber die Abschaffung des Erbrechts kann nur der Ausgangspunkt einer solchen Umgestaltung sein.

3. Es war einer der grossen Irrtümer, die vor vierzig Jahren, von Aposteln des St. Simon, begangen wurde, dass sie das Erbschaftsrecht nicht als die legale Wirkung, sondern als die ökonomische Ursache der socialen Revolution behandelten. Dieses verhinderte sie ganz und gar nicht, in ihrem System der Gesellschaft das Privateigentum an Land und an den anderen Produktionsmitteln zu verewigen. Allerdings dachten sie, die wählbaren und lebenslänglichen Eigentümer könnten bestehen, wie Wahlkönige bestanden haben. Die Aufhebung des Erbschaftsrechts als den Ausgangspunkt der socialen Revolution zu proklamieren, würde nur die Arbeiterklasse von dem wahren Punkt der Aufmerksamkeit für die heutige Gesellschaft ablenken. Es wäre ein ebenso abgeschmacktes Ding, die Gesetze der Kontrakte zwischen Käufer und Verkäufer aufzuheben, während der heutige Zustand des Austauschs von Waren fortbestände, es würde falsch in der Theorie und reaktionär in der Praxis sein.

4. Indem wir über die Erbschaftsgesetze verhandeln, setzen wir notwendigerweise voraus, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortbesteht. Existiert es nicht mehr unter den Lebenden, so könnte es nicht von ihnen und durch sie nach ihrem Tode übertragen werden. Alle Massregeln in Betreff des Erbschaftsrechtes können sich daher nur auf einen Zustand des Uebergangs beziehen, wo auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet

ist, aber auf der anderen Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben, Uebergangsmassregeln durchzusetzen, die geeignet sind, schliesslich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen. Der von diesem Standpunkte betrachtete Wechsel in den Erbschaftsgesetzen bildet nur einen Teil von vielen anderen Uebergangsmassregeln, die zu demselben Ziel führen. Diese Uebergangsmassregeln in Betreff der Erbschaft können nur sein:

a) Erweiterung der Erbschaftssteuern, die bereits in vielen Staaten bestehen, und Anwendung der dadurch erhaltenen Fonds zu dem Zwecke der socialen Emancipation.

b) Beschränkung der testamentarischen Erbschaftsrechte, weil sie im Unterschied vom untestamentarischen oder Familienerbrecht als willkürliche und abergläubische Uebertreibung der Grundsätze des Privateigentums selbst erscheinen.

* *
*

Und nun die Verhandlungen selbst.

* *
*

Antrag der zweiten Sektion: Beseitigung des Erbrechts.

In Erwägung, dass das Erbrecht die Ausbildung des individuellen Eigentums befördert und nur dazu beiträgt, die Verteilung des Grund und Bodens, wie überhaupt aller materiellen Güter zu Gunsten einzelner zu befördern, und den Uebergang des Grund und Bodens in das Kollektiveigentum verhindert;

in weiterer Berücksichtigung sodann, dass das Erbrecht, so gering es auch sei, stets ein Privilegium konstituirt, dessen grösserer oder geringerer Einfluss unter allen Umständen eine Ungerechtigkeit ist, und dass dieses Recht ferner eine permanente Drohung für die sociale Ordnung ist;

in Erwägung sodann, dass das Erbrecht in allen seinen Phasen die politische wie ökonomische Gerechtigkeit verhindert und gerade seinem Einflusse es zugeschrieben werden muss, dass es die sociale Gleichheit aufhebt, weil es die geistige wie physische Entwickelung der Individualität hindert;

mit Hinweis endlich darauf, dass die Delegiertenversammlung sich für das Kollektiveigentum erklärt hat und aus diesem Grunde konsequenterweise das Erbrecht aufzuheben genötigt ist — in Anbetracht aller dieser Umstände möge der Kongress seine Meinung dahin aussprechen, dass die Beseitigung des Erbrechtes eine der Grundbedingungen ausmache, welche das Recht der Arbeit in seinem ganzen Umfange herstellt.

Von den Berichten über die Erbschaftsfrage (Brüsseler, Genfer) teilen wir den letzteren in folgendem Auszuge mit:

Diese Frage teilt sich in zwei Teile, die Frage, betreffend den Grundsatz, und jene, betreffend die Anwendung. Was den Grundsatz betrifft, so ist hier einerseits die Nützlichkeit, andererseits die Gerechtigkeit ins Auge zu fassen. Ist es vom Gesichtspunkt der Befreiung der Arbeit aus nützlich, ja notwendig, dass das Erbrecht abgeschafft werde? Diese Frage stellen heisst, nach uns, sie lösen. Kann die Befreiung der Arbeit etwas anderes bedeuten, als ihre Befreiung vom Joche des Eigentums, des Kapitals? Aber wie kann man das eine und das andere verhindern, die Arbeit zu beherrschen und auszubeuten, so lange sie, von der Arbeit getrennt, in den Händen einer Schichte vereinigt sind, welche, infolge ihres

ausschliesslichen Genusses von der Notwendigkeit befreit, für den Unterhalt zu arbeiten, fortfahren wird, die Arbeit zu zermalmen, indem sie ihr die Bodenrente und den Kapitalzins vorweg nimmt und sich überdem, wie sie heute überall tut, alles gewerblichen und Handelsunternehmengewinnes bemächtigt, so dass den Arbeitern, infolge der Mitbewerbung, die sie sich gegenseitig zu machen gezwungen sind, nichts übrig bleibt, als was sie gerade bedürfen, um nicht Hungers zu sterben.

Nun aber ist es das Erbrecht, welches das Eigentum und das Kapital von der Arbeit scheidet und die Gleichheit zerstört. Durch das Erbrecht verewigen sich die Schranken zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten.

Wir wollen indes nicht das „sentimentale (Gefühls-) Erbrecht", d. h. das Recht, kleine Lieblingsgegenstände zu vererben, aufheben, sondern nur das durch die Rechtsgelehrtheit geschaffene. Wir wollen, dass das Kapital, so gut als der Boden, mit einem Worte, alle Werkzeuge und alle Arbeitsrohstoffe, durch ihre Ausschliessung vom Erbrechte auf immer das Gesamteigentum aller Hervorbringungsgenossenschaften werden. Freilich wird dann die Gesellschaft auch die Aufziehung der Kinder übernehmen müssen, zumal nach dem Tode der Eltern. Aber wird man mit der Abschaffung des Erbrechts den grössten Antrieb zur Arbeit aufheben? Keineswegs, denn die Arbeit wird eine Ehre und ein Genuss sein.

Ist aber auch die Abschaffung gerecht? Ja. Der vereinzelte Arbeiter kann nicht viel über seinen Verbrauch hinaus erübrigen. Wir fordern einen ehrlichen Arbeiter, d. h. einen solchen, der kein Vorrecht besitzt, heraus, Zehn- und Hunderttausende von Franken, ja Millionen zu erwerben! Wenn es denn aber in der gegenwärtigen Gesellschaft Leute gibt, welche so grosse Beträge gewinnen, so haben sie das nicht ihrer Arbeit, sondern dem Vorrechte, einer gesetzlichen Ungerechtigkeit zu verdanken, und da alles, was man nicht aus seiner eigenen Arbeit schöpft, notwendig von der Arbeit anderer genommen ist, so sind wir berechtigt, zu behaupten, dass alle diese Gewinnste Diebstähle sind, begangen von Vorrechtlern an der Gesamtarbeit, mit der Genehmigung und unter dem Schutze des Staates.

Die Vererbung geschieht aber auch nur infolge der künstlichen Annahme, als ob der Verstorbene noch nach seinem Tode fortwirkte. Der Staat macht sich zum Vollstrecker des Willens eines Menschen, der nicht mehr lebt. Das Proletariat braucht nur zu erklären, es helfe dem Staat nicht mehr mit, „seine Sklaverei zu heiligen", so fällt das künstliche Gebäude.

Das geistliche und das staatliche Erbrecht ist abgeschafft; es muss auch noch das wirtschaftliche abgeschafft werden.

Die Durchführung kann auf zwei Wegen geschehen, entweder auf dem Wege allmählicher Verbesserungen oder aber auf demjenigen der gesellschaftlichen Umwälzung. Der erstere Weg kann betreten werden in den glücklichen, sehr seltenen, wenn nicht unbekannten Ländern, wo die Schicht der Eigentümer und der Kapitalisten, die reichen Bürger, klugerweise mit der Arbeiterwelt sich verständigen möchten. In diesen Ländern könnte man mit einer Reihe allmählicher Aenderungen in 20—30 Jahren zur Beseitigung des Erbrechts und zur Ersetzung der gegenwärtigen Eigentums-, Arbeits- und Unterrichtsweise durch die Gesamtarbeit und Gesamteigentum und durch die vollständige Erziehung gelangen.

Der Weg der Umwälzung ist natürlich der einfachere. Der Antrag geht dahin, dass der Kongress die Notwendigkeit der gänzlichen Abschaffung ausspreche.

Eccarius, beziehungsweise der Generalrat, stellt für einstweilen Antrag auf eine Erbschaftssteuer zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung.

Rede des Bürgers Bakunin über das Erbschaftsrecht.

Es gibt unter uns Kollektivisten solche, welche die Abschaffung des Erbrechtes für nützlich, solche, welche dieselbe für notwendig finden. Dieser Unterschied besteht darin, dass die ersteren das kollektive Grundeigentum und das kollektive Eigentum oder Arbeitswerkzeuge, während die anderen das individuelle Eigentum und das Erbschaftsrecht, wie es gegenwärtig in seinem vollen Umfange besteht ,zum Ausgangspunkt nehmen.

Eccarius sagt, dass das Recht nur eine Konsequenz der Tatsachen sei, und dass, wenn einmal das Privateigentum nicht mehr bestehe, das Erbrecht von selbst falle.

Es ist gewiss, dass in der Geschichte die Tatsachen stets dem Rechte vorangegangen sind, und dass das letztere stets die ersteren geheiligt hat.

Aber es ist ebensowenig anfechtbar, dass das Recht, nachdem es so lange die Folge der Tatsachen gewesen, einmal seinerseits die Ursache anderer Tatsachen sein kann, wenn man damit beginnt, das bisher bestandene Recht zu beseitigen.

Also wurde auch das Erbrecht als Hauptbedingung und Hauptzweck des Privateigentums auf jeder Stufe von dem gegenwärtigen Staate garantiert.

Man sagt, die Erklärung der Abschaffung sei wenig praktisch, denn wenn die Arbeiter so mächtig seien, das Erbrecht zu zerstören, so könnten sie ihre Macht wohl dazu gebrauchen, die Auflösung der heutigen Gesellschaft, die sociale Liquidation, zu proklamieren und durchzuführen.

Aber ich muss auch im Namen der Praxis vor allem die Aufhebung des Erbrechtes empfehlen. Man spricht viel von den Schwierigkeiten, welche die Expropriation der kleinen Bauern und Landbesitzer verursachen würde. Es ist wirklich nicht zu leugnen, dass man die kleinen Landbesitzer beim kleinsten Versuch in die Arme der Gegenrevolution keilen würde, was man um jeden Preis vermeiden muss. Man muss sie also in allen Fällen vor der Hand auf eine gewisse Zeit im Besitze der Ländereien lassen, welche sie gegenwärtig besitzen. Aber wenn ihr das Erbrecht aufrecht erhaltet, würden sie nicht bloss Besitzer, sondern Eigentümer sein und diesen Titel an ihre Kinder wieder vererben, währenddem, wenn das Erbrecht und im allgemeinen jede rechtshistorische und politische Institution vernichtet wird, jenen nichts als der tatsächliche Besitz übrig bleibt, welcher leicht durch die Macht der revolutionären Ereignisse umgeändert und abgelöst werden kann.

Abstimmung über den Commissionsantrag:

Annehmen	32
Verwerfen	23
Abwesend	7
Enthaltung	30

Es wurde dann noch über den Antrag Eccarius abgestimmt und dieser mit Mehrheit angenommen.

* *
*

Wie der Standpunkt, den Bakunin vertrat, in der Kommission die Mehrheit hatte, so fand er auch unter den in der Vollsitzung an der Abstimmung Teilnehmenden eine, freilich nur geringe Mehrheit. Indes war die Resolution so abstrakt gefasst, dass sie keinerlei praktische Verpflichtungen auferlegte, und es den meisten, die für sie gestimmt hatten, möglich war, auch der Resolution Eccarius (bezw. des Generalrats) zuzustimmen, die den notwendigen Fingerzeig für die Praxis enthält.

Ein kommunistischer Entwurf am Hofe Ludwig XIV.

Nirgends in der Geschichte hat sich der Absolutismus in so straffer und, man muss unumwunden eingestehen, gleichzeitig auch in so glänzender und verführerischer Form gezeigt, als im Frankreich Ludwig XIV.

Desto wunderlicher muss es uns erscheinen, dass gerade am Hofe selbst dieses autokratischsten aller Autokraten ein Entwurf entstand, der, wenn auch durchaus auf monarchischer Basis stehend, dennoch eine vollständige Umwälzung der bestehenden socialen Verhältnisse forderte und zwar auf Grund kommunistischer Principien.

Der Verfasser derselben, François de Salignac de la Mothe-Fénélon (1651—1715) gehörte, wie ja bereits der etwas lange Name kundgiebt, einer Adelsfamilie an. Sie galt sogar als ganz besonders alt und genoss auch wegen ihres Reichtums im Périgord grosses Ansehen. Zum Geistlichen bestimmt, machte Fénélon in diesem Stande schnell Karrière und wurde 1695 zum Bischof von Cambrai ernannt. Gleichzeitig bekleidete er bei Hofe die äusserst einflussreiche Stellung eines Prinzenerziehers. Ludwig XIV. hatte ihm seinen ältesten Enkel, den reich begabten Louis Duc de Bourgogne, Sohn des sogenannten Grand Dauphin, zum Schüler gegeben.

Fénélon, bigott und idealistisch zugleich, war mit dem Hofe und der ganzen frivolen und egoistischen Art, wie der Absolutismus sich damals in Frankreich gab, auf das höchste unzufrieden. Er nahm sich vor, seinem Zögling Ideen einzuimpfen, die mit den Zuständen der damaligen Zeit in Widerspruch standen und den Prinzen dereinst, wenn er selbst auf dem Throne sässe, dazu veranlassen sollten, durchgreifende Umgestaltungen vorzunehmen. So entstand, trotz der gegenteiligen Behauptung von seiten Voltaires*) und anderer, jener berühmte didaktische Roman, den er Les Aventures de Télémague benannte und welcher die politischen und literarischen Kreise der Zeit jahrzehntelang in Aufregung halten sollte. Die erste Ausgabe davon erschien im Jahre 1699.

Die Entwickelung seiner kommunistischen Staatsideen, die uns hier allein beschäftigen, fällt vorzugsweise in die Bücher VI und X.

---

*) Voltaire, Siècle de Louis XIV.

Der Musterstaat, den Mentor (Fénélon) dem Odysseussohn Telemach (Duc de Bourgogne) im Roman als nachahmenswertes Beispiel zeigt, wird in das Königreich des Idomeneus zu Salent — gedacht an der Südostspitze Italiens, in Apulien, nahe dem heutigen Capo di Leuca — verlegt.

Der Uebergang aus den heutigen socialen Zuständen in den von ihm ausgemalten Agrarkommuismus — denn nur um einen solchen handelt es sich bei Fénélon — wird allerdings auf eine höchst naive Weise dargestellt. Der Einrichter des vorbildlichen Staates in Salent fand nämlich, wie es wörtlich heisst (auf pag. 216 der mir vorliegenden Ausgabe von 1760, à Leyde chez J. de Wetstein), „eine grosse Strecke fruchtbaren, aber unangebauten Landes, während andere Felder wiederum aus Nachlässigkeit oder Armut des Landmanns und weil es an Menschen und infolgedessen auch an Mut und Kraft gebrach, den Ackerbau zu vervollkommnen, nur halb bebaut waren".

Es ist wohl ein Zufall, dass Fénélon diese Scene nach Italien verlegt, es klingt aber wie eine bittere Ironie, die bekanntlich auch heutzutage noch ziehen würde. Wie das ganze System des französischen Hofgeistlichen, so hält auch dieser Ausgangspunkt desselben einer ernsten Kritik nicht stand. Wie hätte er sonst einen praktischen Reformvorschlag machen können, in dem er die realen Tatsachen so ganz ausser acht liess! Eine Verteilung von Grund und Boden würde man damals doch auch in Frankreich nicht ohne Expropriationsverfahren haben vornehmen können. Fénélon rechnete also als echter Utopist mit Verhältnissen, wie sie höchstens auf dem Monde denkbar wären. Ludwig XIV. hatte deshalb wohl so unrecht nicht, wenn er den Erzieher seines Enkels einen „bel esprit chimèrique" nannte!

Auf diese teils überhaupt nicht, teils nur in sehr mangelhafter Weise bebauten Felder sollten nun, und zwar auf durchaus absolutistischem Wege, de par ordre du Roy, Ansiedler verpflanzt werden, und zwar sollte dies mit dem grösseren Teil der Handwerker und Künstler — Fénélon braucht den Sammelnamen artisans — geschehen, die in der Stadt ja doch nur dazu beitrügen, die besitzenden Klassen mit unnützen Luxusgegenständen zu versehen und dadurch deren Sitten zu verderben. Damit diese mehr an sitzende Lebenstätigkeit gewöhnten Handwerker sich langsam an die Feldarbeit umgewöhnen können, sollten zu ihrer Unterstützung Bauern aus den Nachbarländern herangezogen werden, die zuerst bloss am Ertrag der Bodenfrucht Teilhaber sein sollten, denen man aber nach Verlauf einiger Zeit auch eigenes Ackerland überweisen müsse. Durch möglichst geringe Belastung mit Steuern glaubt Fénélon diese Ansiedler leichter zur Ehe zu bewegen und auf diese Weise durch grosse Nachkommenschaft neue Arbeitskräfte zu gewinnen.

Um den allgemeinen Wohlstand dieser Zwangsbauern zu heben, schlägt Fénélon ein sehr originelles, theoretisch entschieden annehmbares Besteuerungssystem vor: Diejenigen Landleute, die durch ihrer Hände Fleiss ihr Stück Acker in die Höhe brächten, sollten aller Abgaben ledig sein; diejenigen jedoch, welche infolge von Faulheit und Liederlichkeit die Felder vernachlässigten, sollten starke Steuer zahlen und auch sonst bestraft werden. Praktisch drängt sich freilich die Frage

auf, woher die mittellosen, auf das Land verpflanzten Leute das Geld hernehmen sollen, zumal wenn sie durch Unfleiss nichts dazu verdient haben, aber, wie gesagt, muss man das System Fénélons mit kritischen Betrachtungen in Ruhe lassen!

Aber wenn im Agrarstaate Salent auch Wohlstand herrschen soll, so muss dach alles getan werden, dass das Entstehen von Reichtum und, damit zusammenhängend, Nichtstun für alle Zeiten verhindert wird, denn, so sagt Fénélon — wohl im Hinblick auf die Adelsrevolten der 50er Jahre seines Jahrhunderts —, „die Ueppigkeit und der Müssiggang sind es, die den Menschen übermütig und zur Empörung geneigt machen". Dafür werde eine starke Vermehrung der Bevölkerung günstig wirken, da dadurch alle zu angestrengter Arbeit verurteilt wären. Damit der Wohlstand aller Fleissigen aber für alle Zeiten tunlichst gleichmässig bleibe und die Bevölkerung nicht sogleich wieder in Reiche und Arme zerfalle, macht der kommunistische Bischof folgenden Vorschlag:

„Man muss fest darauf halten, dass in jeder Gesellschaftsklasse jede Familie nur so viel Land besitze, als durchaus nötig ist, die Anzahl der Personen zu ernähren, aus der sie besteht. Dies muss oberstes unverletzliches Gesetz sein. Auf diese Weise können die Vornehmen niemals das Besitztum der Armen an sich reissen. Jeder soll ein Stück Land besitzen, aber der Anteil eines jeden soll nur klein sein, und das wird ihn anspornen, denselben gut zu bearbeiten. Und sollte es (durch die Volksvermehrung) jemals an Land fehlen, so müsste man die Ueberzähligen an entfernteren Orten ansiedeln."

Fénélons System beruht auf einer Parforce-Glücklichmachung. Das kommt so recht zum Vorschein, wo es sich um Einschränkung von Dingen handelt, die dem Bischof aus irgend einem Grunde sträflich und unsittlich scheinen. So hält er z. B. den Genuss von Wein für die Quelle alles Bösen. Er gibt deshalb für sein kommunistisches Staatsgebilde die Anweisung: „Wenn allzu viele Weinstöcke gepflanzt worden sind, so muss man (d. h. die Behörde, die dem König untersteht) sie wieder ausreissen". Damit die Sitten immer gut bleiben, will er fernerhin eine scharfe staatliche Kontrolle ausgeübt wissen, und er empfiehlt dem König, Zuwiderhandelnde gleich anfangs streng zu strafen, denn: „Die Furcht vor unserer Strenge überhebt uns der Notwendigkeit, sie oft gebrauchen zu müssen". Der Kommunismus Fénélons ist also keineswegs anarchistischer Art, viel eher könnte man ihn polizeistaatlich nennen!

Fénélon hat den Nutzen, den ein „Staat von Salent" mit seinen Einrichtungen zu bringen vermöchte, auch politisch begründet. Er bekämpfte wohl offenbar die centralisierenden Bestrebungen Ludwig XIV., sowie den ungünstigen Einfluss, den die Stadt Paris auf Frankreich ausübte, wenn er seinen Staat Salent preisen lässt, weil er zwar eine weniger glänzende Hauptstadt, aber dafür wohlbestellte und fruchtbare Felder hätte und von Leuten mit einfachen Sitten bewohnt wäre.

Sein ökonomisches Glaubensbekenntnis — wie man sieht, übrigens ein Vorbote der späteren Physiokraten des 18. Jahrhunderts — schliesst

Fénélon in den Satz zusammen: „Die Zahl der Einwohner und der Ueberfluss an Nahrungsmitteln machen die wahre Stärke und den wahren Reichtum eines Landes aus".

Im ganzen war der Kommunismus Fénélons, wie wir gesehen haben, noch recht urwüchsig; er ist auch, wie bereits Emile Faguet bemerkt hat, mit feudal-theokratischen Ideen durchmischt. Seine Bekanntgabe war aber dennoch eine mutige Tat und hat dem Verfasser scharfe Verfolgungen von Kirche und Staat zugezogen. Auf die Zeitgenossen hat sein System aber weit mehr gewirkt, als die meist weiter ausgebauten Systeme von Thomas Morus, Campanella und dem ebenfalls im sogenannten Zeitalter Ludwig XIV. lebenden Denis Vairasse.

Robert Michels.

III. Urkunden des Socialismus.

Die wichtigsten Beschlüsse des Münchener Parteitages der deutschen Socialdemokratie.

(Abgehalten vom 14. bis 20. September 1902.)

1. Die Organisation der polnischen Socialdemokratie in Deutschland.

(Antrag Luxemburg, abgeändert nach dem Amendement Bebel [No. 95].)

Der Parteitag erklärt:

Da die ökonomischen und politischen Interessen des polnischen wie des deutschen Proletariats im Deutschen Reiche die gleichen sind,

da ferner die Sozialdemokratie es für ihre Pflicht erachtet, die polnische Arbeiterklasse auch gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität zu schützen, und dieser Pflicht stets nach Kräften nachgekommen ist,

da endlich die Socialdemokratie ihre deutschen und polnischen Mitglieder stets als vollkommen gleichberechtigt betrachtet und behandelt und die Agitation unter dem polnischen Proletariat materiell und moralisch in kräftigster Weise unterstützt,

so muss die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen socialistischen Partei", die sich in einen Gegensatz zur Gesamtpartei gestellt hat, als ein ungerechtfertigtes Vorgehen angesehen werden.

Der Parteitag verurteilt scharf die von der Gruppe „Polnische socialistische Partei" provozierten Doppelkandidaturen in Oberschlesien und ersucht den Parteivorstand, nochmals den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, die im Interesse der gesamten Socialdemokratie liegt.

(Ueber die Debatte vergl. das Protokoll des Münchener Parteitags — Berlin, Vorwärts — S. 105, 106, 148—155, 156, über die Abstimmung S. 163.)

* *
*

2. Agitation und Taktik bei den bevorstehenden Reichstagswahlen.

(Antrag Bebel [No. 101].)

Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bisherigen, so auch bei der künftigen allgemeinen Reichstagswahl in allen Wahlkreisen, in denen Parteigenossen sich befinden, eigene Kandidaten aufzustellen; dort, wo es noch nötig erscheint, schleunigst die Organisation in den Wahlkreisen auszubauen und vor allem auch auf die Beschaffung der nötigen Geldmittel bedacht zu sein.

Kommen die Parteigenossen in die Lage, bei der engeren Wahl zwischen gegnerischen Kandidaten sich beteiligen zu müssen, so dürfen sie nur für denjenigen Kandidaten stimmen, der sich bereit erklärt, im Falle seiner Wahl

1. für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts,
2. gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel,
3. gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der grossen Masse der Bevölkerung,
4. gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes,
5. gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Lasten erfordert,

einzutreten.

Ist kein Kandidat vorhanden, der bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so ist strenge Wahlenthaltung zu verkünden.

(Ueber das Referat und die Debatte und Abstimmung hierzu vergl. das Protokoll S. 223—245.)

* * *

3. Kommunalpolitik.

(Resolution Lindemann (110), die aber nicht zur Abstimmung gelangte.)

1. Die Stellung der Gemeinde im heutigen Staate ist eine doppelte: Sie ist ein lokaler Verwaltungskörper, der den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient, und sie ist ein Hilfsorgan staatlicher Verwaltungs- und Herrschaftstätigkeit. In beiden Eigenschaften unterliegt sie der aus der Klassenorganisation unseres Staats- und Gesellschaftslebens sich ergebenden Tendenz, die Verwaltungstätigkeit nach den Interessen der herrschenden Klasse zu gestalten.

2. Gemäss ihrer Grundanschauung, dass nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die Bahn für eine rationelle, allen Gliedern des Staatswesens dienende Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden kann, verlangt daher die Socialdemokratie:

a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen; Durchführung des Principes der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien,

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Kenntnisnahme der kommunalen Verwaltungstätigkeit; Aufhebung der administrativen Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Lokalverwaltungskörpern,

c) Staatliche Regelung des Kommunalsteuerwesens. Aufhebung aller kommunalen Abgaben auf Lebensmittel. Deckung des kommunalen Bedarfes durch Zuschüsse des Staates für die Aufgaben der Volkshygiene, des Schulwesens und der Armenpflege, durch Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, sowie durch besondere kommunale Grund- und Gebäudesteuern, die vor allem die Wertsteigerung des Grund und Bodens erfassen.

3. Hauptgebiete der kommunalen Tätigkeit sind: Volkshygiene, Städtebau und Wohnungswesen, Socialpolitik und Armenpflege, Volksbildung und -Unterhaltung, Wirtschaftspflege.

Für ihre Verwaltung sind folgende Grundsätze aufzustellen:

a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Institute soll in eigner Regie der Gemeinden erfolgen.

b) Die Gebührenfestsetzung für die Benutzung kommunaler Anstalten soll, soweit Gebühren zur Erhebung kommen, nach dem Grundsatz der Kostendeckung des Betriebes erfolgen.

4. Im einzelnen sind folgende Forderungen zu stellen:

A. Oeffentliche Gesundheitspflege.

1. Erhaltung und Pflege der Volksgesundheit. Kommunaler Betrieb der Kanalisation, Fäkalienabfuhr, Strassenreinigung, Haus- und Kehrichtabfuhr, öffentliche Bedürfnisanstalten und Abdeckereien.

   Fürsorge für Ernährung durch die Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittelverkehrs (Markthallen, Märkte, Vieh- und Schlachthöfe, Untersuchungsanstalten), sowie durch die Uebernahme der Produktion und des Verkehrs (Milchversorgung, Brotbäckerei, Schlächterei, Brauerei und Schankgewerbe,

   Förderung der Körperpflege durch die Einrichtung öffentlicher Bäder, Spiel- und Turnplätze, Parks etc.

2. Bekämpfung der Krankheiten durch den Bau von Krankenhäusern, Heimstätten für Lungenkranke, Irrenanstalten, Rekonvaleszentenanstalten, Anstalten für Wöchnerinnen- und Säuglingspflege, Desinfektionsanstalten, Unfallstationen, Gemeindeapotheken etc.

3. Uebernahme des Bestattungswesens in den Gemeindebetrieb, obligatorische Einrichtung und Benutzung der Leichenhäuser, unentgeltliche und gleiche Bestattung aller Gemeindeangehörigen.

B. Städtebau und Wohnungswesen.

1. Förderung einer gesunden Bodenpolitik durch den Erwerb von Grund und Boden seitens der Gemeinden, durch die Umgestaltung und Ausbildung der Bebauungspläne und Bauordnungen, welche die Beschränkung der Bodenausnutzung, die Bekämpfung der Mietskasernen und die Förderung des Kleinbaues anstreben, und durch den Ausbau und Betrieb kommunaler Strassenbahnnetze.

2. Errichtung von Wohnungsämtern mit den Aufgaben der Wohnungsinspektion, der Wohnungsstatistik und des Wohnungsnachweises.

3. Bau von Wohnungen und Verwertung derselben zu Mietspreisen, durch welche nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten, sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt werden.

C. Volksbildung.

1. Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel; Bau, Ausstattung und Unterhaltung der Schulhäuser, Festsetzung der Klassenfrequenz, der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschliesslich nach den Grundsätzen der Schulhygiene und Pädagogik; Einrichtung von Hilfsklassen für Minderbegabte; Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte, Verpflegung der Schulkinder. Oeffnung der höheren Schulen für die befähigten Kinder des Proletariats.

2. Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Lesehallen, sowie von Instituten für Volksunterhaltung (Volkshäuser, Volkstheater und Musikhallen).

D. Wirtschaftspflege.

Kommunale Regie von Wasserwerken, Licht-, Kraft- und Wärmecentralen, von Strassenbahnen, Dampfschiffen, Hafenanlagen, Lagerhäusern etc., sowie von Publikationseinrichtungen (Plakatsäulen, Annoncenblättern etc.).

E. Socialpolitik.

1. Allgemeine Socialpolitik. Ausbau des Arbeiterschutzes; Errichtung von Arbeitsämtern als Centralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftserteilung und der Ueberwachung der socialpolitischen Gebarung der Gemeindeverwaltung; Regelung des Submissionswesens durch Einführung der sogenannten Lohnklausel bei Arbeits- und Lieferungsverträgen der Gemeinden, sowie der von ihnen konzessionierten Privatunternehmungen; Ablehnung der Streikklausel; Verbot der Uebertragung von Gemeindearbeiten und -Lieferungen an Gemeindevertreter, sowie deren Beteiligung an gewerblichen Unternehmungen, die im Vertragsverhältnis zur Gemeinde stehen.
2. Specielle Socialpolitik. Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Lohnskala nach Dienstzeitdauer; 8-Stundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung von Pensions-, Witwen- und Waisenkassen, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter und Angestellten.

F. Armenpflege.

Weltlichkeit der Armenpflege; weitgehendste Heranziehung ehrenamtlicher Elemente, insbesondere der Frauen; offene Armenpflege mit ausreichenden Unterstützungssätzen; geschlossene Armenpflege in Versorgungshäusern für die körperlich hilfsbedürftigen Armen; Errichtung von Obdachasylen und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle; Waisen- und Haltekinderpflege nach hygienischen und pädagogischen Grundsätzen.

(Ueber das Referat Lindemanns und die Debatte vergl. Protokoll, S. 203—223.)

* * *

4. Arbeiterversicherung.

(Resolution Molkenbuhr [106], abgeändert nach dem Antrage Hoch [108], Arons [112], Bömelburg [114], Zietz [115].

Die Versicherungsgesetze des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, dass mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehende Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung;
6. weiterer Ausbau der Unfallverhütung und der Massnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten; insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die

Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden; voller Schadenersatz den Verletzten und deren Hinterbliebenen.

7. Unterstützung von Schwangeren, sobald im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren, und von Wöchnerinnen für die Dauer von wenigstens sechs Wochen vom Tage nach der Entbindung an.
8. Organisation des Arbeitsmarktes.
9. Einführung der Arbeitslosenversicherung.
10. Einführung der Witwen- und Waisenversorgung.

(Ueber das Referat Molkenbuhrs und die Debatte und Abstimmung vergl. Protokoll S. 180—202 u. S. 245.)

* * *

5. Alkoholfrage.

(Resolution Fischer-Berlin und Genossen [121].)

Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Gefahren an, die aus einem übermässigen Genuss alkoholischer Getränke für den Kampf um die politische und wirtschaftliche und damit die physische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse entspringen;

der Parteitag ist aber nicht in der Lage, die Agitation für die völlige Abstinenz von alkoholischen Getränken als eine der Aufgaben der Partei oder die Verpflichtung zur Abstinenz als Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit zu erklären;

die deutsche Socialdemokratie ist eine politische Partei, die ihre politischen und wirtschaftlichen Grundsätze in ihrem Programm niedergelegt hat, daher muss es der Parteitag ablehnen, über Fragen ein Urteil zu fällen, die, wie die Frage der absoluten oder relativen Schädlichkeit des Alkohols, in das Gebiet der Specialwissenschaften gehören.

In der Erwägung, dass die deutsche Socialdemokratie es von jeher als ihre Aufgabe betrachtet hat, die Arbeiterklasse nicht bloss körperlich, sondern auch geistig und sittlich zu heben und sie so zur Führung ihres Befreiungskampfes immer mehr zu befähigen, erklärt der Parteitag die Anträge betreffend die Alkoholfrage für erledigt.

(Ueber die Debatte hierzu vergl. das Protokoll S. 278—279.)

* * *

6. Proportionalwahlsystem.

(Resolution Schmidt-Frankfurt [No. 116].)

Der Parteitag erklärt:

Da unser Parteiprogramm mit in erster Linie auch die Einführung des Proportionalwahlsystems für alle Wahlen fordert, so ist es Pflicht aller Parteigenossen,

für die baldige Durchführung dieses Systems für alle Wahlen in Reich, Staat und Gemeinde nach Möglichkeit zu wirken. Unter keinen Umständen aber ist es zulässig, sich der allgemeinen Einführung dieses Systems zu widersetzen.

(Ueber die Debatte hierzu vergl. das Protokoll S. 275—276.)

* * *

7. Resolution gegen den zarischen Absolutismus.

(Resolution Luxemburg und Genossen [128].)

Der Parteitag verurteilt aufs schärfste die Dienste, die dem russischen Zarismus von deutscher Seite in neuester Zeit geleistet werden und Deutschland in ein unwürdiges Verhältnis zu der zarischen Reaktion stellen.

Der Parteitag spricht zugleich den unter den schwierigsten Verhältnissen ringenden russischen Genossen die wärmsten Sympathieen und die aufrichtigste Bewunderung zu ihrem heldenmütigen Kampfe aus. Der Parteitag erwartet, dass sich zu diesem Kampfe um die Niederwerfung der asiatischen Despotie das Proletariat aller Nationen, die unter dem Joche des Absolutismus schmachten, einmütig zusammenfindet, um für das gesamte russische Reich demokratische Freiheiten zu erringen und zugleich die Kulturwelt endlich von dem grössten Hort der Reaktion zu befreien, auf den die sehnsüchtigen Blicke aller kapitalistischen Regierungen gerichtet sind.

(Ohne Debatte einstimmig angenommen, Protokoll S. 276.)

Beschlüsse der socialdemokratischen Frauenkonferenz in München.

(Abgehalten am 13. und 14. September 1902.)

1. Arbeiterinnenschutz, Beschwerdekommissionen, Kinderschutz, Heimarbeit.

I. (Arbeiterinnenschutz.). In Erwägung, dass die von der Reichsregierung angeordnete Enquête über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen die Notwendigkeit wirksamer gesetzlicher Arbeiterinnenschutzbestimmungen neuerlich dokumentarisch bestätigt hat; dass jedoch die in letzter Zeit veranlasste Erhebung des Reichsamts des Innern über eine eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen nichtsdestoweniger eine Verschleppung der dringenden Reformen befürchten lässt, ebenso auch ein durchaus ungenügendes Mass an weiterem gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen, fordert die Konferenz socialistischer Frauen die schleunige weitere Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes durch Festlegung der Reformen, für welche sich der Parteitag der Socialdemokratie zu Hannover und die Konferenz socialistischer Frauen zu Mainz erklärt haben und die in einer Eingabe zur Kenntnis des Reichstages gebracht worden sind.

Was insbesondere die unabweisbare Verkürzung der Arbeitszeit anbetrifft, so fordert sie an erster Stelle: Für alle erwachsenen Arbeiterinnen die Einführung des Achtstundentages, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 bezw. 9 Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann; für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf 4 bezw. 6 Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind.

Die Konferenz socialistischer Frauen zu München erklärt ferner: dass der existierende Schutz der lohnarbeitenden Schwangeren und Wöchnerinnen

weder betreffs der gesetzlichen Schutzfrist noch betreffs der für die Zeit des Erwerbsausfalles gesicherten Fürsorge den zu erhebenden Ansprüchen genügt.

Sie fordert deshalb mindestens: Verbot der Beschäftigung von Frauen 8 Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, 6 Wochen nach der Niederkunft bei Tod- und Fehlgeburten oder im Falle des Ablebens des Kindes. Recht der Schwangeren auf kündigungslose Einstellung der Arbeit 4 Wochen vor der Niederkunft. Verlängerung der Schutzfrist für Schwangere und Wöchnerinnen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgelegten Schutzfrist gestatten. Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch: Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist und in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder. Die Möglichkeit dieser Leistungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluss der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat, Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde. Abschaffung der Ueberstundenarbeit für alle Arbeiterinnen; gesetzliche Forderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen; Ersatz gesundheitsschädlicher, im Arbeitsprozess zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken durch: fleissiges und gründliches Studium der in Betracht kommenden Fragen; Sammlung und Veröffentlichung von Tatsachen, welche die Berechtigung dieser Forderungen begründen; aufklärende mündliche und schriftliche Agitation unter den Arbeiterinnen; Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung und am politischen Kampfe des Proletariats.

II. (Beschwerdekommissionen.) Um den Arbeiterinnen die nötige Kenntnis der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu ihren Gunsten zu vermitteln; um ihnen die grösste Möglichkeit zur rückhaltslosen Beschwerdeführung über gesetzwidrige Arbeitsbedingungen und zur Nutzbarmachung der Gewerbeinspektion zu geben; um aus der Klasse des Proletariats weibliche Kräfte für die Gewerbeinspektion zu schulen, erklärt es die Konferenz für wünschenswert:

1. Dass in allen Industriecentren mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsorganisationen und -Kartellen Beschwerdekommissionen der Genossinnen errichtet bezw. weibliche Mitglieder oder Vertrauenspersonen der gewerkschaftlichen Beschwerdekommissionen ernannt werden.

2. Dass die bestehenden Beschwerdekommissionen und Vertrauenspersonen zur Entgegennahme von Beschwerden der Arbeiterinnen nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas tätig sind und dass das bei ihnen eingegangene, sorgfältig geprüfte Material einer Centralstelle überwiesen wird, durch welche es der allgemeinen Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz nutzbar gemacht werden muss.

3. Dass die Genossinnen der in Betracht kommenden Centren Vortragskurse über die gesetzlichen Arbeiterinnenschutzbestimmungen organi-

sieren, so dass die Frauen der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Beschwerdekommissionen und Vertrauenspersonen methodisch vorbereitet und geschult werden.

4. Dass die Genossinnen sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Instanzen ins Einvernehmen setzen und gemeinsam mit ihnen der Prüfung und Durchführung der möglichen Massnahmen nähertreten.

III. (Kinderschutz.) Die Konferenz socialistischer Frauen erklärt, dass der von der Regierung eingebrachte Entwurf zum Schutz der gewerblichen Kinderarbeit ausserhalb der Fabrik ein socialreformlerisches Pfuschwerk ist, das nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesamten Nation: Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit und im Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Schuljahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf 4, von 16 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts.

IV. (Heimarbeit.) Die Konferenz tritt in der Frage des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit der Resolution des 4. Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart bei: Da Heimarbeiterelend in hervorragendem Masse Arbeiterinnenelend ist und die Genossinnen seit langem der Frage der Heimarbeit die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet haben, scheint ihre Mitarbeit an dem bevorstehenden Heimarbeiterkongress besonders wünschenswert.

Die Konferenz empfiehlt deshalb den Genossinnen, überall rechtzeitig in Verbindung mit den organisierten Arbeitern die nötigen Schritte zu tun, damit auch sachkundige Genossinnen als Delegierte an dem Kongresse teilnehmen. Die Konferenz spricht ferner die Ansicht aus, dass aller Schwierigkeiten ungeachtet Versuche zur Organisierung der Heimarbeiterinnen gemacht werden müssen. Als nächster Schritt in dieser Richtung erscheint ihr der Zusammenschluss der Heimarbeiterinnen der einzelnen Berufe in besonderen Sektionen, deren Grundlage die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen sind und die den betreffenden Gewerkschaftsverbänden angegliedert werden. Sie empfiehlt deshalb den gewerkschaftlich tätigen Genossinnen, eine gründliche Diskussion der Frage in den Organisationen anzuregen.

2. Frauenwahlrecht, Vereins- und Versammlungsrecht.

a) Frauenwahlrecht.

In Erwägung, dass die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter durch die Grundsätze und das Programm der Socialisten bedingt ist und dass ihre Verwirklichung die Möglichkeit schafft für die unbeschränkte Beteiligung der Proletarierinnen am Befreiungskampfe ihrer Klasse;

in weiterer Erwägung jedoch, dass gerade mit Rücksicht auf die sociale Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechts das Klasseninteresse des Proletariats dem Sonderinteresse der Frau vorangestellt werden muss,

erklärt die Konferenz:

Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muss das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Forderung kann jedoch nur als ausschlaggebender Punkt des jeweiligen Aktionsprogramms in diesen Kämpfen mit in den Vordergrund gestellt werden, wenn dadurch die Erweiterung und Sicherung des politischen Rechts der Arbeiterklasse nicht gefährdet wird.

b) Vereins- und Versammlungsrecht.

Die Konferenz erhebt nachdrücklich Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels kühner Interpretationskunststücke das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die Proletarierin aufs äusserste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werktätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich Zulässiges und Verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohne gleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, dass die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Textesdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

Ein demokratisch-socialistischer Volkskatechismus

aus der Epoche vor 1848.

(Aus dem Nachlass von Joh. Ph. Becker.)

Im Nachlass des verdienten socialistischen Vorkämpfers Johann Ph. Becker fand sich u. a. der nachfolgende „Volkskatechismus" vor, der sehr wahrscheinlich von Becker selbst herrührt, mindestens aber ihn zum Miturheber hatte. Leider war es uns unmöglich, die Zeit seiner ersten Veröffentlichung genau zu bestimmen. Aus dem Inhalt selbst aber und der Druckereiangabe: „Vereinsbuchdruckerei in Bern" lässt sich mit Sicherheit so viel folgern, dass die Herausgabe des in Quartformat als Flugblatt gedruckten Katechismus in die Wende des sechsten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts zu verlegen ist. Sein Socialismus ist noch sehr unbestimmter Natur, nur die Demokratie ist scharf gekennzeichnet; es ist der Geist der Hambacher Tage, der ihn durchleuchtet, vom Geist, der in den Schriften des Bundes der Gerechten und später Weidlings vorherrscht, verspürt man dagegen recht wenig. Das aber verhindert nicht, dass er als sehr klar abgefasster Ausdruck der Gedankenwelt einer bestimmten Epoche in der Entwickelung der Vorhut der schweizerischen Arbeiterschaft — denn für diese, speziell für die Demokratie des Kantons Bern, in dem Becker längere Zeit lebte und wirkte, war das Flugblatt ersichtlich abgefasst — auf das Interesse des Geschichtsschreibers und Forschers Anspruch hat. Wir geben ihn in der genauen Auszeichnung des Originals wieder.

* *
*

Katechismus für das Volk.

(Geschrieben am Jahrestag der französischen Revolution.)

1. Vom Lebenszwecke.

1. Frage. **Woher kommt es, dass so viele Menschen in Elend und Noth ohne Verschulden schmachten und verschmachten müssen?**

Antwort. Von der Unwissenheit.

2. Frage. **Warum ist die Unwissenheit die Ursache des Elends?**

Antwort. Wären die Menschen in Bezug auf Lebenszweck, Religion, Frömmigkeit, Gerechtigkeit, Sittlichkeit im klaren, so würden sie bald das Mangelhafte des Staats- und Familienlebens einsehen und Mittel zur Abhilfe ausfindig machen.

3. Frage. **Was ist demnach das Notwendigste, um Elend und Not zu vermindern?**

Antwort. Die Verbreitung richtiger, wahrer Begriffe vom Lebenszweck, von Religion, Frömmigkeit, Gerechtigkeit, Sittlichkeit.

4. Frage. **Woran kann man aber erkennen, was recht, wahr und gut ist?**

Antwort. Man prüfe es an dem Massstabe, welchen uns Christus hinterlassen, indem er sagte: was du willst, dass man dir tue, das tue auch andern, und was du willst, dass man dir nicht tue, das tue auch andern nicht.

Wenn wir nun irgend etwas prüfen wollen, sei es eine Meinung, eine Handlung, ein Gesetz, so müssen wir fragen: Ist es zum Heile der Menschen, oder schadet es wenigstens nicht? dürften und könnten das, was wir tun, unter ähnlichen Verhältnissen alle tun? Stimmt es mit der christlichen Bruderliebe überein, die vor allem verlangt, dass man in jedem den Menschen, Gottes schönes Werk auf Erden, achte und jeden gleich behandle etc. etc.?

5. Frage. **Haben die Menschen so viel Kopf und Herz, dass sie prüfen können, was recht und gut ist, oder bedürfen sie hierzu einer besonderen Gnade?**

Antwort. Der Apostel Paulus sagte: Prüfet alles und das Beste behaltet. Wozu sollte der Mensch Verstand, Vernunft und Herz haben, wenn er damit nicht einsehen könnte, was Wahrheit und Lüge, was recht und unrecht ist? Wer im Ernste behauptet, der Mensch sei nicht fähig, das Wahre vom Falschen, das Gute vom Bösen zu unterscheiden mittelst Kopf und Herz, der hat über Ueberfluss an Verstand sich nicht zu beschweren.

6. Frage. **Sollen wir denn nicht uns der Sorgen um diese „verdorbene“ Welt entschlagen, wie uns viele Theologen lehren?**

Antwort. Wozu wären wir denn auf der Welt, wenn wir nicht um sie sorgen sollten? Wir sind doch nicht geboren, um alle Einsiedler zu werden.

7. Frage. **Für was sollen wir denn sorgen? wozu sind wir denn auf der Welt?**

Antwort. Wir sind auf der Welt, um für diese Welt, und nicht für eine unbekannte, zu leben, von der niemand etwas weiss, und zwar wie gute Geschwister leben, in Liebe und Eintracht, in Gerechtigkeit und Sittlichkeit einer für alle und alle für einen. Wir sollen, mit einem Worte, uns die Erde zu einem Paradiese, d. h. zu einem schönen, erfreulichen Wohnplatze umschaffen. „Auf der Erde wäre des Paradieses genug, wenn nur die Sünde nicht wäre“, sagte schon der Reformator Luther, und ein neuerer

Theologe sagte: das Paradies sei nicht hinter uns, sondern vor uns. wir müssen es uns erschaffen.

8. Frage. **Wie können wir die Erde zu einem Paradiese, zu einem Himmel umschaffen?**

Antwort. Der Himmel ist überall, wo gute Menschen sind, wo Wahrheit und Güte ist, wo Recht blüht und Liebe reine Herzen vereint. Unser Himmel kann heute beginnen, wenn wir es wagen, schon heute im Geiste besserer Zukunft zu leben, d. h. wenn wir erforschen, was recht ist, das, was als recht erfunden, auch tun, und uns nur an den Genüssen erfreuen, welche uns Kunst, Wissenschaft und besonders gute Handlungen bereiten.

9. Frage. **Und um den eigentlichen Himmel sollen wir uns gar nicht mehr kümmern?**

Antwort. Was ist denn der Himmel? Ist denn die Erde nicht auch Gottes Werk? Ist sie nicht auch so schön, wie andere Welten oder Himmelskörper? Glaubt ihr, es gibt einen Himmel zu einem Schlaraffenleben? Gott hat uns auf diese schöne Erde gesetzt ohne unser Zutun, er wird auch mit uns das Weitere verfügen, wir mögen uns darum kümmern oder nicht. Leben wir nur hier ein Leben in Liebe und Gerechtigkeit, dann haben wir alles getan, was wir tun können, und können getrost der Zukunft und dem Tode entgegentreten. —

2. Von der Religion.

10. Frage. **Man braucht also keine Religion mehr, keine Frömmigkeit, oder?**

Antwort. Unsere Religion ist in dem Satze ausgedrückt: „Ihr esset oder trinket, oder was ihr tut, so tut es zur Ehre Gottes". Unter Frömmigkeit verstehen wir demnach nicht anders, als den gottinnigen Gebrauch aller unsrer Kräfte für das Wahre, Gute und Schöne, weil nur dies frommen kann.

11. Frage. **Stimmt das mit dem wahren Christentum überein?**

Antwort. Vollkommen. Hat etwa Christus gesagt, daran erkenne ich, dass ihr meine Jünger seid, wenn ihr an Adam und Eva glaubt und an die Apfelgeschichte oder an die Macht des Teufels oder des Papstes? u. s. w. u. s. w. Nein, er hat gesagt: „Daran erkenne ich, dass ihr meine Jünger seid, wenn ihr Liebe habt zueinander". Er hat ferner gesagt: „Der Satz, liebe Gott über alles und deinen Nächsten wie dich selbst, enthalte alle Gebote". Das ist aber die Liebe zu Gott, dass wir uns der Armen, der Gebrechlichen, der Witwen und Waisen erbarmen; das ist Liebe zu Gott, dass wir ein sittliches, unsträfliches Leben führen. Das ist die Liebe zu sich und den Mitmenschen, dass wir sowohl in uns, als in jedem andern Menschen Gottes schönes Werk auf Erden ehren und lieben, und dieser Achtung und Liebe gemäss handeln. Alle Gebote des Christentums beziehen sich demnach auf diese Welt, und man ist am wahrsten Christ, wenn man Vater, Gatte, Bruder, Sohn, Freund, Bürger, Beamte etc. etc. im Sinne Christi, wenn man ein gewissenhafter, in jeder Lage nach heiliger Regel wandelnder Mensch ist.

12. Frage. **Und wie verhält es sich mit den Wundern, mit den Offenbarungen?**

Antwort. Werfen wir doch einmal die kindischen Begriffe, welche junge Völker hatten, über Bord, und suchen wir Gott nicht mehr in Abrahams Hütte oder auf dem Berge Sinai, reissen wir uns los von dem jüdischen

Begriffe, als sei Gott ein rachsüchtiges Wesen, welches seinen Zorn über ein kleines Vergehen nur im Blute seines eigenen Sohnes stillen konnte, und lasst uns Gott vor allem in uns selbst aufsuchen! In uns, in unserm innersten Wesen lasst uns seine Züge erraten! Wenn Wohlwollen unsern Busen schwellt, da wird unser Wesen von göttlicher Kraft bewegt, da weht Gottes lebendiger Odem fühlbarer durch unser Inneres. Wenn heilige Freude unser Wesen durchzittert und uns beseligend zur Beseligung alles dessen, was wir erreichen können, drängt und treibt, da regt sich das Göttliche in unserer Natur, da weilt Gottes segnender Blick unendlich wohltätig auf unserer Seele. Welches heilige und beseligende Gefühl in unserm stillsten Dasein glimmt, es ist immer ein lebendiger Strahl von Gott gesendet, zur Offenbarung seiner in unser Leben hineingesendet. Auch wenn uns die Natur mit dem Zauber ihrer wunderbaren Formen umfängt und uns durch die milde Gewalt ihrer Schönheiten oder durch die stark eingreifenden ihrer erhabenen Gestalten und Kräfte ungewohnte Ahnungen ablockt, auch da lasst uns den Unsichtbaren anbeten, welcher in den sichtbaren Mächten so Grosses wirkt.

13. Frage. **Aber warum lehren viele Geistliche das Gegentheil, und wittern in diesen Grundsätzen Religionsgefahr?**

Antwort. Religionsgefahr ist das älteste Kriegsgeschrei gegen die Wahrheit und gegen die Befreiung der Völker. Wegen Religionsgefahr wurde Christus gekreuzigt, da er lehrte, dass alle Menschen gleich seien und sich wie brave Geschwister lieben sollen. Wegen Religionsgefahr wurden Arnold von Brescia, wurden Huss, Hieronymus und Hunderttausend andere verbrannt, weil sie gegen die Missbräuche der Kirche auftraten. Ebenso schreit man jetzt über Religionsgefahr, wenn man die Herren Theologen mahnt, sie sollen sich nicht auf die faule Haut legen, sie sollen als Volkslehrer die Völker lehren, was sie auf dieser Welt zu tun haben, um ihrer Bestimmung nachzukommen. Aber das wollen viele nicht. Wie sich Waschweiber gegen die Dampfwäsche sperren, wie die Fuhrleute und Wirte gegen die Eisenbahnen, so sträuben sich die Theologen vom alten Schlage gegen die neueren, welche vorwärts schreiten und die Kirche von den wieder eingerissenen Missbräuchen und veralteten Gebräuchen reinigen wollen. Nicht die Religion ist es also, welche in Gefahr kommt, sondern die Bequemlichkeit, die Herrschsucht der Pfaffen, nicht der besseren Geistlichen, welche ihren Beruf als Volkslehrer erkennen und erfüllen, wie es die Priester beim Befreiungskampfe in Amerika gemacht haben.

3. Von der Gerechtigkeit.

14. Frage. **Da der Lebenszweck Erkenntnis der Wahrheit, des Rechtes, Ausübung des Guten ist, so müssen wir zuerst fragen: was ist Recht, was ist Gerechtigkeit?**

Antwort. Da die Gerechtigkeit sich hauptsächlich in der Regierung, in dem Zustand der Personen und in dem Güterbesitz ausprägt, so muss man untersuchen, welche Regierung, welcher Zustand der Bürger und welcher Güterbesitz gerecht sei, dann wird man erfahren, was Gerechtigkeit ist.

15. Frage. **Welche Regierung ist eine gerechte?**

Antwort. Nach dem in No. 4 aufgestellten Massstabe kann nur diejenige Regierung eine gerechte sein, welche das Wohl aller Mitglieder des Staates als ihre Aufgabe ansieht, welche also dafür sorgt, dass nicht bloss einzelne oder einzelne Stände begünstigt werden, sondern welche alle Mittel anwendet, dass sich jeder durch Arbeit und Rechtschaffenheit ein angenehmes Leben bereiten kann; welche dafür sorgt, dass die Vervoll-

kommnung des Menschen nicht gehemmt wird, welche demnach Tugend, Wissenschaft und Kunst so viel als möglich zu fördern sucht und alles entfernt, was dagegen wirkt.

1.6 Frage. **Welcher Zustand der Bürger ist gerechter?**

Antwort. Offenbar nur der Zustand der Freiheit und Gleichheit. Warum sollte ein Mensch das Recht haben, über andere willkürlich zu herrschen? Warum sollte ein Mensch mehr Rechte haben, als der andere? Würde das mit der christlichen Bruderliebe übereinstimmen? Nein, keiner hat das Recht, zu herrschen, alle sind frei und nur dem Gesetze untertan, welches dafür zu sorgen hat, dass durch die Freiheit des einen die Freiheit der andern nicht beeinträchtigt werde.

17. Frage. **Welcher Güterbesitz ist ein gerechter?**

Antwort. Da jeder Mensch das Recht hat, zu leben, so muss offenbar auch jeder das Recht haben, sich die Mittel zum Leben zu erwerben; denn wer uns die Möglichkeit nimmt, die Mittel zum Leben zu erwerben, der hat das gleiche getan, als wenn er uns das Leben selbst nähme. Offenbar ist daher nur derjenige Besitz ein gerechter, welcher nicht hindert, dass jeder andere auch das Nötige zu einem erfreulichen Leben sich erwerben kann. Das Recht, Eigentum zu erwerben, ist also von der Freiheit beschränkt durch das Recht jedes andern, sich ebenfalls Eigentum zu erwerben.

18. Frage. **Durch welches Mittel gelangt man zu einer guten Regierung?**

Antwort. Nur durch gute Wahlen. Man wähle nur solche Männer, welche sich offen und mutig zu den Grundsätzen bekennen, die eine Regierung verfolgen muss, um das Wohl aller zu fördern, und deren Leben mit diesen Grundsätzen übereinstimmt.

Um aber mit Sicherheit gut wählen zu können, muss das Volk die Männer seinerWahl genau kennen, deshalb dürfen die Wahlkreise nicht zu gross sein. Die Wahlkreise dürfen ferner nicht zu ausgedehnt sein, damit jedermann ohne Kosten an der Wahl teilnehmen kann. Vor jeder Wahl muss, wie in Amerika, in jedem Wahlkreise das Volk in Masse zusammentreten und sich über die Wahl besprechen. Jeder, der gewählt werden will, hat dann vor versammeltem Volke klar und deutlich seine Grundsätze, seine Bestrebungen auszusprechen. Hält er nicht Wort, wird er meineidig am Volke, so hat das Volk ihm sein Vertrauen zu entziehen. Sollte die Mehrheit der Gewählten meineidig werden und die Verfassung verletzen, so hat das Volk sie abzurufen und neue Behörden zu wählen.

19. Frage. **Und wie wird die Freiheit und Gleichheit erhalten und bewahrt?**

Antwort. Nur ein gebildetes Volk kann eine Verfassung, welche auf Freiheit, Gleichheit und Bruderliebe gegründet ist, erhalten und bewahren; deshalb ist gründliche Volksbildung auf alle mögliche Weise zu fördern.

Die wesentlichsten Mittel zur Volksbildung sind:

1. Materielle Unabhängigkeit. Wer mit Nahrungssorgen, Kummer und Elend zu kämpfen hat, der hat weder Zeit noch Lust, sich zu vervollkommnen, im Gegenteil, er wird in der Regel verwildern, denn je ärmer ein Volk, desto unsittlicher ist es.
2. Gute häusliche Erziehung. Die erste und wichtigste Grundlage haben die Mütter zu legen. Wie können sie aber das, wenn sie dazu nicht gebildet wurden? Was nützt es ferner, wenn die Kinder in der Schule gute Vorschriften erhalten und zu Hause ein schlechtes Beispiel sehen?

3. **G u t e u n d g e n u g S c h u l e n**, damit jedes Kind, Knabe wie Mädchen, Gelegenheit hat, das Nötige zu lernen, um den Anforderungen als Christ, als Mensch und als Bürger Genüge leisten zu können, und zur Erlernung irgend eines Handwerks oder Geschäftes und zur Uebernahme eines Hauswesens gründlich vorbereitet zu sein. Die N a t u r l e h r e (Physik und Chemie) ist die G r u n d l a g e aller Industrie, der Landwirtschaft wie der Gewerbe und Fabriken, und Z e i c h n e n ist die S p r a c h e der Industrie; diese beiden Gegenstände müssen daher besser gelehrt werden, wie bis jetzt. Zu diesem Behufe muss im Umkreise von 1 bis 2 Stunden eine gute Oberschule oder Sekundärschule, wie man's nennen mag, mit der nötigen Anzahl von tüchtigen Lehrern errichtet werden.
4. V e r e i n s l e b e n. In jedem Orte sollen Vereine gegründet werden, teils zur Besprechung und Belehrung vaterländischer Angelegenheiten, teils zu gegenseitiger Unterstützung und Belehrung in materieller Beziehung, so dass Leib und Seele dabei gewinnen. Gesang, Lektüre, Leibesübungen, Schützenübungen seien die Würze dieser Vereine.
5. D i e f r e i e P r e s s e. Es sollte in jeder Gemeinde eine Volksbibliothek angelegt werden, und ein Verein der edelsten Menschen sollte die Auswahl der Bücher besorgen und die Herausgabe von guten Volksschriften erleichtern. Die Herausgabe von guten Zeitschriften ist so viel als möglich zu befördern.
6. G u t e V e r k e h r m i t t e l. Strassen und Kanäle sind die Blutadern im Staatsorganismus, die ihm neues Leben bringen; wo sie fehlen, verdirbt das Leben und stirbt allmählich ab. Amerika hat schon 40 Jahre früher als Europa Eisenbahnen nach allen Richtungen erbaut.

20. F r a g e. **Durch welche Einrichtungen wird der Besitz so reguliert, dass Jeder durch Arbeit sich das Nötige erwerben kann?**

A n t w o r t. Es gab und gibt noch jetzt Gemeinden, in welchen sich kein Armer befindet. In solchen Gemeinden erhält jeder zur Erbauung einer Wohnung das nötige Material umsonst, ebenso das nötige Brennmaterial für die Haushaltung und 2 oder 3 Jucharten Land auf Lebenszeit, dass er sich selber die nötigen Nahrungsmittel pflanzen kann. Es gibt ferner Gewerbe, deren Glieder sich verbindlich machen, wenn an Arbeit Mangel ist, die Arbeit gleichheitlich unter sich zu verteilen, damit jeder dabei bestehen kann. Was nun Beamte, Künstler, Aerzte und Lehrer betrifft, welche mit allen ihren Kräften für das geistige und leibliche Wohlsein des Volkes unmittelbar zu sorgen haben, so sollen sie der Arbeit ums tägliche Brot enthoben und von dem Volke mit den nötigen Mitteln zur Existenz und zur Erfüllung ihres Berufes versehen werden. Wer nicht arbeiten will, der soll dazu gezwungen, wer sich nicht zwingen lassen will, der soll bestraft werden. Diese vier Punkte sagen deutlich, auf welche Weise der Besitz zu regulieren wäre, damit der Gerechtigkeit entsprochen wird. M a n s o r g e d a f ü r, d a s s v o n d e n v i e l e n G ü t e r n d e r E r d e v o r e r s t j e d e r d a s N o t w e n d i g e b e k o m m e, u m s i c h n ä h r e n, k l e i d e n, w o h n e n u n d a r b e i t e n z u k ö n n e n, das Uebrige sei frei. Nur wenn der Mensch der Sorgen um Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung enthoben ist, hat er Freiheit und Unabhängigkeit, ohne welche er der Laune anderer preisgegeben ist und sich nimmermehr des Lebens erfreuen kann. Die Angst, Weib und Kinder darben zu sehen, wenn er sich Ungerechtigkeiten widersetzen würde, nimmt dem Manne Mut und Kraft, er ist geistig und moralisch entmannt. *Freiheit, Gleichheit und Bruderliebe sind eine Unmöglichkeit, eine Lüge, so lange Besitz und Arbeit nicht so*

reguliert sind, dass jeder durch Arbeit und Rechtschaffenheit sich das Notwendige erwerben kann. —

21. F r a g e. **Könnten die gesellschaftlichen Zustände auf die hier enwickelte Weise verbessert werden, ohne den Umsturz der bestehenden Einrichtungen?**

A n t w o r t. Wenn in einem Staate nach der Verfassung jeder das Recht hat, an der Wahl der Behörden teilzunehmen, und wenn der Grundsatz eingeführt ist, dass das Privateigentum beschränkt werden kann, sobald es das gemeine Wohl erfordert, alsdann können alle angedeuteten Verbesserungen ohne Gewalt auf dem Wege der Gesetzgebung eingeführt werden.

Diese Bedingungen sind z. B. im Kanton Bern vorhanden, da nach § 3 jeder Bürger das Stimmrecht hat und § 83 das Privateigentum beschränkt, wenn es das gemeine Wohl erfordert. Solche Beschränkungen sind entweder Steuern ohne Rückgabe oder Abtretungen von Eigentum gegen billige Entschädigung. Letzteres nennt man das Expropriationsrecht des Staates, welches schon häufig zur Anlegung von Strassen, Kanälen und zur Entsumpfung des Landes angewendet wurde. S o l l t e d è r S t a a t d i e s e s R e c h t n i c h t a u c h z u r E n t s u m p f u n g d e r M e n s c h h e i t a n w e n d e n? Nur der Eigennutz oder der Blödsinn kann mit Nein antworten.

Wenn den gerechten Forderungen entsprochen wird und jeder so viel Land unentgeltlich zu leihen bekommt, um das nötige Brot selbst bauen zu können, wozu 1 bis 3Jucharten hinreichen, dann würde hierdurch nicht nur die Armut im grossen vermindert, sondern auch die reichen Gutsbesitzer würden in vielfacher Beziehung gewinnen. Die Reichen dürfen nur bedenken, dass sie es sind, welche die Armen unterhalten, so wie so. Was ist nun besser, es so gehen zu lassen, wie es bis jetzt ging, oder die Armen ihr Brot selbst bauen zu lassen? Im ersteren Falle vermehrt sich die Bettelei immer mehr und wird stets gefährlicher, die Armen arbeiten wenig oder gar nichts, und wenn sie Land empfangen, so vermögen sie oft den Zins nicht zu bezahlen und saugen das Land auf; im anderen Falle hört die Bettelei auf, die Armen verdienen ihr Brot selbst, statt es zu betteln, die Reichen sind vor Schelmereien sicherer, erhalten die Zinsen vom Staate und können in Freude und Ruhe ihre Lebensgüter benützen. Die Reichen dürfen nur ferner bedenken, wie es ihnen wäre, wenn sie der Zufall in die Klasse der Armen geworfen hätte oder werfen würde. Könnte das nicht ihren Kindern oder Kindeskindern begegnen? Ja wohl könnte dieser Fall eintreten, und am leichtesten dann, wenn sie durch Teilnahmlosigkeit und Härte die Not aufs höchste steigern; wenn sie aber im christlichen Sinne auf eine vernünftige Weise helfen, dann ist keine Gefahr zu fürchten.

22. F r a g e. **Aber wie kommt es, dass man so lange wartete, den Staat so einzurichten, dass er den Forderungen der Gerechtigkeit entspräche?**

A n t w o r t. Dies kommt von der gleichen Ursache, welche uns Not und Elend gebracht hat und bringt, — von der *Unwissenheit.* — (Siehe Frage 1.) Der Begriff von Gerechtigkeit für alle, wie ihn Christus aufgestellt, ist noch nicht völlig ins Völkerleben eingedrungen. Die Geschichte lehrt uns aber, wie der Begriff von Gerechtigkeit immer mehr sich erweiterte und läuterte; wie anfangs nur wenige Recht hatten, die übrigen Sklaven waren, wie allmählich die Zahl der wenigen sich mehrte; wie die fürstliche Macht durch die geistliche oder kirchliche beschränkt wurde und umgekehrt; wie dann beide zusammenhielten, in ihren Vorrechten oder Unrechten verknöcherten und das eigentliche Volk als ihr Eigentum betrachteten! Wie durch viele blutige Revolutionen der Bürger der sogenannte dritte Stand gleiche Rechte, wie der Adel und die Geistlichkeit,

erhielt; wie endlich in neuerer Zeit infolge der finanziellen Unordnung der dritte Stand, d. h. die Bürger, in zwei Klassen, in Arme und Reiche, sich teilten, und wie sich nun Adel, Geistlichkeit und die Reichen wieder miteinander verbinden gegen den anderen Teil des Volkes, den sie in der Regel auf eine schamlose Weise ausbeuten und der Armut, dem Elende, der Not, ja dem Hungertode preisgeben, um im Ueberflusse schwelgen oder im Schlamme der Unsittlichkeit sich wälzen zu können.

Die Geschichte berichtet uns auch, wie jederzeit die herrschende Klasse durch Gesetze die ungerechten Zustände befestigte und jeden Versuch der anderen, auch an den Gütern der Welt teilzunehmen, als Revolution, als den Umsturz aller heiligen Rechte ansah und bestrafte und den Untergang der Welt prophezeite, wenn die sogenannte Umsturzpartei die Oberhand bekäme. Die Geschichte lehrt endlich, dass es eine sittliche, unumstössliche Weltordnung gibt, gemäss welcher durch gerechte Revolutionen die entartete Welt nicht nur nicht zu Grunde ging, ging, sondern gerettet wurde.

Hieraus können wir mit aller Sicherheit den Schluss ziehen, dass auch die andere und grössere Hälfte des Volkes, gleichsam der vierte Stand, zu gleichem Rechte wie die übrigen kommen wird, ohne dass die Welt zu Grunde geht, nur wird es noch blutige Kämpfe und ungerechte Forderungen da absetzen, wo den gerechten Forderungen nicht entsprochen wird.

23. Frage. **Wie sollen aber die Mehrkosten, die dem Staate durch diese Reformen erwachsen, gedeckt werden?**

Antwort. Da der Staat die Sorge für die Armen übernimmt, so hat er auch die Zinsen von den Armengütern zu beziehen. Diese würden aber nicht ausreichen. Da die gewöhnliche Art, Steuern zu erheben, besonders die auf Lebensmittel, für die ärmere Volksklasse sehr drückend ist und die Reichen öfter weniger trifft, als die Armen, wie z. B. bei der Salzsteuer etc., so muss eine gerechtere Art der Besteuerung eingeführt werden, und zwar eine mit dem Vermögen mässig ansteigende, wie es in den Kantonen Aargau, Wallis, Schwyz und Neuenburg geschehen ist. Nach dieser neuen Art zahlt z. B. jeder, der 1000 bis 10 000 Fr. Vermögen hat, einen halben Franken vom Tausend, und wer über 10 000 bis 20 000 hat, bezahlt einen Franken vom Tausend, wer über 20 000 bis 30 000 hat, bezahlt ein und einen halben Franken vom Tausend, und wer noch mehr hat, zahlt 2 Franken vom Tausend.

Es ist dieses ein gerechtes System, wonach die vom Zufall Begünstigten mehr bezahlen sollen.

24. Frage. **Würden aber durch diese Reformen das Land nicht übervölkert, und die Städte entvölkert, so dass dadurch dem ganzen Lande Nachteil erwüchse?**

Antwort. Nein, es würde dem ganzen Lande zum grössten Vorteile gereichen. Gegenwärtig sind auf dem Lande zu wenig Kräfte, so dass es nicht gehörig bebaut werden kann, und die Städte sind überfüllt, weil die Leute kein Land zu bauen haben und gezwungen sind, in die Städte zu ziehen, um Arbeit zu erhalten. Wenn nun in Zukunft jeder Land bekäme auf Lebenszeit, der es verlangte, so würde dadurch Land- und Städtebevölkerung ins rechte Verhältnis kommen.

Da nun erwiesen ist, dass die Schweiz im Fabrik- und Manufakturwesen und im Handel mit den grossen Mächten nicht konkurrieren kann, da ferner erwiesen ist, dass die Schweiz infolgedessen jährlich viele Millionen für die nötigsten Lebensbedürfnisse dem Auslande mehr geben muss, als sie für ihre Produkte erhält, so geht daraus klar hervor, dass die Schweiz vorzugsweise auf den Landbau angewiesen ist, wenn sie sich ihre materielle und politische Selbständigkeit bewahren will. Die Schweiz besitzt viele Tausende

Jucharten ebenes, aber versumpftes Land, ausserdem würde ein grosser Teil des Landes viel mehr, oft das Doppelte und Dreifache, abtragen, wenn mehr Hände zur Arbeit da wären, so dass die Schweiz genug Getreide für sich selbst bauen könnte, während sie jetzt wenigstens um ein Drittel zu wenig baut.

Es geht daraus hervor, dass nicht bloss zur Beseitigung der Armut, sondern auch zur Erhaltung der materiellen und politischen Unabhängigkeit der Schweiz die Verleihung von Land an jeden, der sein Brot selbst bauen will, eine dringende Notwendigkeit geworden ist. —

25. Frage. **Es kann doch jeder sein Grundeigentum gebrauchen wie er will, oder?**

Antwort. Nein, es darf niemand das Eigentum zum Nachteil des Staates gebrauchen. Durch den Missbrauch des Eigentums wurden die schönsten Länder Europas in Wüsten verwandelt. Auch die Schweiz hat Bezirke und Täler, die hierdurch ganz oder zum Teil verwüstet wurden. Dieses Unheil kommt daher, dass man die Wälder auf den Gebirgen vernachlässigte oder gar ausrottete. Die Wälder auf den Bergen sind aber die Brunnstuben im grossen. Dort sammelt sich das Wasser und liefert das ganze Jahr Quellen und Bäche. Zerstört man nun die Wälder, so kann sich das Regenwasser auf den Bergen nicht mehr sammeln, es stürzt auf einmal über die Berge hinab, schwemmt Erdreich und Steine mit sich fort und überschwemmt alles. In ein paar Tagen verläuft das meiste Wasser, das aus den Ufern getretene versetzt sich und versumpft das Land allmählich, so dass an der Stelle von grünen Ebenen, durch welche früher ein schöner Fluss zog, versumpftes Land mit einem trockenen breiten Flussbett zu schauen ist, und an der Stelle von waldigen, schattigen Anhöhen und Bergen nur mehr kahle, nackte, verwitterte Felsen.

Wir haben auch Pflichten gegen unsere Nachkommen, und der Staat hat dafür zu sorgen, dass durch den Missbrauch des Eigentums das Land nicht zu Grunde geht, wie es leider schon in gar vielen Ländern, besonders in Italien, Griechenland, Frankreich, dann in Kleinasien und im Norden von Afrika geschehen ist.

Einige Genossenschaftsabrechnungen der Arbeiterverbrüderung des Jahres 1848—49.

Das Jahr 1848 sah in Deutschland verschiedentlich Arbeitergenossenschaften aufspriessen, die dann unter dem Druck der Reaktion entweder ganz zu Grunde gingen oder, mehr oder weniger verkümmert, in die Genossenschaftbewegung aufgingen, wie sie von 1850 ab Schulze-Delitzsch vertrat und leitete. Der Uebergang wurde schon durch den Umstand erleichtert, dass die deutsche Arbeiterbewegung von 1848/49 im wesentlichen Bewegung von Arbeitern des Handwerks war und ihre Schöpfungen demgemäss, wie weitschichtig sie auch geplant waren, in der Praxis um so mehr an die Verhältnisse und Bedürfnisse des Handwerks anknüpfen mussten, je mehr sich der Kreis der Teilnehmer in engen Grenzen hielt. Es lässt sich diese, den Teilnehmern unbewusst vor sich gehende Metamorphose in interessanter Weise in den Berichten verfolgen, welche das Organ des Arbeiterverbandes, die „Verbrüderung“, und ihr Nach-

folger, der „Prometheus“, 1849 und 1850 aus den verschiedenen Genossenschaften veröffentlichten.

In Berlin hatte die Arbeiterverbrüderung eine „Ankaufsgenossenschaft“ gegründet, welche die Keime der modernen Arbeiterkonsumgenossenschaft mit Eigenbetrieb an sich trägt. Wir geben im folgenden einige Abrechnungen dieser Genossenschaft wieder, wie wir sie in der Zeitschrift „Verbrüderung“ abgedruckt finden. Sie werden allen denjenigen willkommen sein, welche sich für die Erforschung der Anfänge der Genossenschaftsbewegung interessieren.

* * *

Geschäftsbericht des Berliner Bezirkskomitees der deutschen Arbeiterverbrüderung.

I.

März 1849.

(„Verbrüderung“ vom 31. Juli 1849.)

A. Ankaufsgesellschaften.

Durch das Berliner Bezirkskomitee wurden im Auftrage der laut § 71 der Statuten begründeten Ankaufsgesellschaften nachfolgende Gegenstände beschafft:

1. Bekleidungsgegenstände:

		Tlr.	Sgr.	Pf.
676	Ellen Leinwand	133	16	—
135¼	Ellen Tuch und Buckskin	211	14	9
50	Pfund wollene und baumwollene Strickgarne	37	5	—
121¼	Ellen Blusenleinwand	15	4	6
532²/₄	Ellen leinene Drilliche	103	3	—
233¼	Ellen halbwollene Rockzeuge	68	10	—
165	Ellen Futterkattune, Nanquin und Schirting	19	7	6
61	Ellen Bettzeug	10	5	—
7½	Dutzend Taschentücher	24	9	—
14	Stück Halstücher; Arbeit der vereinigten Seidenwirker	12	12	6
19	Stück Blusen	14	17	—
15	Hemden	22	4	6
	Fertige Kleider wurden in der für die Verbrüderung arbeitenden Schneiderwerkstatt gefertigt:			
41	Röcke, 66 Hosen, 8 Westen, 8 Paar Gamaschen	429	16	6
	Lohnzahlung an die Schneiderwerkstatt in 5 Wochen	104	11	6
	2. Für die Brotbeschaffungsgesellschaft:			
136	Centner Brot	309	6	—
	Die Zahl der Mitglieder dieser Gesellschaft stieg auf 108 und betrug das Betriebskapital derselben	61	19	6
	3. Cigarren: wurden 8800 Stück beschafft	68	24	—
	B. Beiträge der Lokalvereine	45	22	—
	C. Inventarium:			
1	Ofenrohr wurde gekauft	2	15	—

D. Die Zeitschrift: „Die Verbrüderung“ zählte 78 Abonnenten.

E. Depots wurden an 4 Deputierte gegeben: Cigarren, Wolle, Baumwolle, Taschentücher, Blusen und Hemden für 40 Thlr.

F. Kontobücher wurden an 28 Mitglieder ausgefertigt; von diesen wurde vorausbezahlt 27 Thlr., 12 Sgr. 9 Pf.

G. Brothebestellen wurden 14 eingezeichnet.

H. Zur Feier des 18. März wurden für die Mitglieder der Verbrüderung an Trauerflor und Liedern für 39 Tlr. 7 Sgr. beschafft.

Die dafür zu leistenden Zahlungen sind noch nicht von allen Kassendeputierten an die Hauptkasse abgeführt, doch hat sich schon jetzt ein Ueberschuss von 8 Tlrn. ergeben, welcher laut Beschluss vom 15. März zu 16 Brotaktien für hilfsbedürftige Mitglieder verwendet ist, und den einzelnen Lokalvereinen überwiesen werden sollen.

Berlin, den 14. April 1849.

L. Bisky, Vorsitzender. S. Levy, Stellvertreter und Geschäftsführer.
C. Kugler, Buchführer.

II.
April 1849.

(„Verbrüderung" vom 3. August 1849.)

A. Ankaufsgesellschaften.

Durch das Berliner Bezirkskomitee wurden im Auftrage der laut § 71 der Statuten begründeten Ankaufsgesellschaften nachfolgende Gegenstände beschafft:

1. Bekleidungsgegenstände:

	Tlr.	Sgr.	Pf.
520 Ellen weisse schlesische Leinwand	114	15	—
149 Ellen Tuch und Buckskin	296	11	—
62 Ellen Blusenleinwand	7	22	6
60 Ellen leinene Drilliche	10	—	—
78 Ellen Bettüberzügezeug	13	—	—
80 Ellen Futtercamlott	26	20	—
36 Ellen Wolle und Baumwolle	24	5	—
24 Stück seidene Halstücher; von Mitgliedern des Lokalvereins der Seidenwirker	30	7	6
18 Sammet- und Seidenwesten desgl.	23	19	—
23 Stück Blusen	17	19	—
Fertige Kleider wurden in der für die Verbrüderung arbeitenden Schneiderwerkstatt gefertigt:			
31 Hosen, 9 Westen, 20 Röcke, Twins und Frack	323	6	6
Dafür wurde an Arbeitslohn gezahlt in 4 Wochen	104	17	6
2. Für die Brotbeschaffungsgesellschaft:			
1964½ Brote, 8¼ Pfd. 5 Sgr.	327	12	6
Die Zahl der Mitglieder dieser Gesellschaft stieg auf 138 und betrug das Betriebskapital derselben	74	—	—
3. Cigarren: wurden 8525 Stück beschafft	68	27	—
B. Beiträge der Lokalvereine	50	8	—
C. Inventarium wurde beschafft:			
1 grosses Glasspinde (alt)	8	—	—
1 Kommode	3	—	—
1 Schlafsofa	2	—	—

D. Die Zeitschrift: „Die Verbrüderung" zählte 80 Abonnenten.

E. Depots: an Cigarren, Wolle, Taschentüchern wurden den verschiedenen Deputierten übergeben für 60 Tlr.

III.

Juli, August, September 1849.

(„Verbrüderung“ vom 25. Dezember 1849.)

A. Ankaufsgesellschaften.

Durch das Berliner Bezirkskomitee wurden im Auftrage der laut § 71 der Statuten begründeten Ankaufsgesellschaften nachfolgende Gegenstände beschafft:

1. Bekleidungsgegenstände.

		Tlr.	Sgr.
Leinwand: Juli: 520 Ellen,			
August: 936 Ellen,			
Sept. 312 Ellen = 1768 Ellen	Sa.	367	14
Taschentücher: $3\frac{3}{4}$ Dutzend	Sa.	7	6
Wollenes und baumwollenes Strickgarn:			
Juli: 38½ Pfd.,			
August: 114½ Pfd.,			
Sept.: 209 Pfd. = 3 Ctr. 32 Pfd.	Sa.	295	9
Hemden: Juli: 31 Stück,			
August: 24 Stück,			
Sept.: 8 Stück = 63 Stück	Sa.	82	22
Blusen: Juli: 8 Stück,			
August: 18 Stück,			
Sept.: 10 Stück = 36 Stück	Sa.	28	16
Strümpfe: Juli: 21 Paar,			
August: 6 Paar,			
Sept.: 4 Paar = 31 Paar	Sa.	8	24

2. Brot.

Juli: 1254½ Brote,			
August: 1170 Brote,			
Sept.: 831 Brote = 3255½ Brote	Sa.	542	17½

3. Cigarren.

Juli: 14 450 Stück,			
August: 16 100 Stück,			
Sept.: 15 000 Stück = 45 550 Stück	Sa.	410	6

B. Die Werkstätten

lieferten für die Beschaffungsgesellschaften:

a) Die Schneiderwerstatt

beschafft zu ihren Arbeiten:

Tuch: Juli: $34\frac{5}{8}$ Ellen,			
August: 34¼ Ellen = $68\frac{7}{8}$ Ellen	Sa.	139	15
Buckskin: Juli: $41\frac{3}{4}$ Ellen,			
August: 84½ Ellen,			
Sept.: $79\frac{3}{4}$ Ellen = 206 Ellen	Sa.	392	$6\frac{3}{4}$
Camlott: Juli: 40 Stück,			
August: 80 Stück,			
Sept.: 80 Stück = 200 Stück	Sa.	64	—
Drillich: August: 105 Ellen	Sa.	19	22½
Futterkattun: Juli: 225 Ellen,			
August: 86 Ellen,			
Sept.: 37 Ellen = 348 Ellen	Sa.	38	11

	Tlr.	Sgr.
Westen: Juli: 31 Stück, August: 10 Stück, Sept.: 4 Stück = 45 Stück . . . . Sa.	49	22½
Wollenes Futter: September: 47½ Ellen . . . . Sa.	15	25

Die Schneiderwerkstatt lieferte:

Juli: 11 Röcke, 3 Twins, 36 Hosen, 22 Westen, 4 Fracks, 1 Jacke	287	5½
August: 9 Röcke, 2 Twins, 24 Hosen, 13 Westen, 3 Fracks, 3 Jacken, 2 Schlafröcke	280	29½
Sept.: 7 Röcke, 6 Twins, 17 Hosen, 13 Westen, 1 Frack	276	8³/₄

Beschäftigt waren durchschnittlich 10 Arbeiter.

Arbeitslohn wurde gezahlt: Juli: 4 Wochen	112	7
August: 4 Wochen	104	28½
September: 5 Wochen	105	23½

Der Schneiderwerkstatt wurden am 1. Juli an Inventarium überwiesen für 34 Tlr. 29 Ngr.; hinzugekommen im August zwei Kasten: 4 Tlr. 15 Ngr.; im September 1 Lineal: 10 Ngr. . . Sa. 39 24

b) Die Schuhmacherwerkstatt,

begründet am 1. Juli cr., lieferte fertige Arbeit:

Juli, im Werte 28 Tlr. 4 Sgr. 6 Pf.
Aug. „ „ 57 „ — „ — „
Sept. „ „ 53 „ 2 „ 6 „ . . . . Sa. 138 7

Es wurden durchschnittlich 2 Arbeiter beschäftigt.

Arbeitslohn wurde gezahlt: Juli: 11 Tlr. 13 Ngr. 9 Pf.
Aug.: 31 „ 15 „ — „
Sept.: 31 „ 15 „ 9 „

c) Seidenwirker-Association

lieferte: Westenstücke,	Juli: 5 Stück,			
	Aug.: 12 Stück = 17 Stück		32	5½
Hüte,	Aug.: 10 Stück,			
	Sept.: 2 Stück = 12 Stück		24	—
Halstücher,	Juli: 12 Stück,			
	Aug. 21 Stück,			
	Sept. 6 Stück = 39 Stück		55	24½
seid. Halstücher	14 Stück,			
seid. Knöpfe,	12 Stück,			

C. Kontobücher

waren ausgestellt bis ult. Juni 55,
Hinzugekommen bis ult. Juli 67,
bis ult. Aug. 26,
bis ult. Sept. 20, Sa. ult. Sept. 168.

Darauf wurde eingezahlt: Juli 200 Tlr. 22 Sgr. 9 Pf.
August 235 Tlr. 2 Sgr. 9 Pf.
Sept. 219 Tlr. 25 Sgr. 6 Pf. . . Sa. 655 21

D. Depots

von verschiedenen Gegenständen waren bei 18 Deputierten eingerichtet.

E. Die Zeitschrift „Verbrüderung"

hatte Abonnenten im Juli 70, August 68, Sept. 67.

F. Inventarium.

Juli	5 Bänke	2 Tlr. — Sgr. — Pf.			
August	1 Schere	— Tlr. 22 Sgr. 6 Pf.			
Sept.	1 mess. Schiebelampe	1 Tlr. 27 Sgr. 6 Pf.			
	1 Flurlampe	— Tlr. 6 Sgr. 6 Pf.			
	1 Bücher- und 1 Brotspinde . .	6 Tlr. 15 Sgr. — Pf.	Sa.	11	11½



G. Beiträge der Lokalvereine,

gezahlt im Laufe des III. Quartals 49 für die Monate:

	Tlr.	Sgr.	Tlr.	Sgr.	Tlr.	Sgr.	Tlr.	Sgr
Tischler			1	—	1	—		
Buchbinder			1	26	1	21		
Dachdecker							2	—
Schneider								
Maler			—	20				
Kattundrucker und Formstecher			5	—	5	—	5	—
Handwerkerverein	3	—	3	—	8	—	8	—
Seidenwirker	1	13			3	—	3	—
L. V. zu Bernau							1	—
Messerschmiede und Instrumentm.			1	5	1	4	1	5
Handschuhmacher			—	29	—	25	—	28
Goldschmiede			1	8	1	8		
Schuhmacher	—	29	1	4	1	7	—	23
Schriftgiesser	1	29	2	—				
Steinsetzer			—	20	—	25	—	20
Allg. Lokalverein			1	9	1	23	1	14
Maschinenbauarbeiterverein			15	—				
23. Lokalverein					1	22		
Posamentierer			1	2	—	27		
Steinmetzen					1	16		
Arbeiterverein								
Auswanderungsgesellschaft			1	—	1	—		
Vergolder			—	10	—	20	—	20
Seidenknopfmacher	—	12	—	12	—	14		
Mechaniker	—	12	—	8	—	12		
Gesellenverein			2	—	2	—	2	—
63 Bezirksverein			1	—				

Berlin, den 5. Dezember 1849.

L. Bisky, Vors. S. Levy, Geschäftsf. C. Kugler, Buchf.

IV. Der Socialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der socialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

27. September 1902.

Wie die Bourgeoisie ihre Toten ehrt. — K. Kautsky, Der Münchener Parteitag. — Georg Eckstein, Die vierfache Wurzel des Satzes vom unzureichenden Grunde der Grenznutzentheorie. Eine Robinsoniade. — Dr. Silberstein, Zum Kapitel: Krankenkassen und Aerzte. — Milorad Popowitsch, Die socialpolitische Lage in der Türkei. — Erik Brunte, Der Socialismus in Norwegen. — Literarische Rundschau. — Notizen.

4. Oktober 1902.

Zwanzig Jahre. — K. Kautsky, Die Socialdemokratie und die katholische Kirche. — Curt Grottewitz, Neuere Theorieen der Entwickelung. — Carl Legien, Ca' canny, Neueste Scharfmacherpraktiken. — Oda Olberg, Der Parteitag von Imola. — Literarische Rundschau.

11. Oktober 1902.

Emile Zola. — M. Beer, England und seine Konkurrenten. — K. Kautsky, Die Socialdemokratie und die katholische Kirche, 2. — Hjalmar Branting, Die schwedischen Reichstagswahlen. — J. German, Internationale Organisationen der Grossindustrie. — F. Mehring, Berliner Theater. — Literarische Rundschau. — Notiz.

18. Oktober 1902.

Burenbesuch und Zolltarif. — Oda Olberg, Nachklänge zum Prozess Palizzolo. — K. Kautsky, Die Socialdemokratie und die katholische Kirche, 3. — G. Avé Lallement, Die Expansionspolitik der Vereinigten Staaten in Südamerika. — M. Kalsbeck, Die genossenschaftlichen Molkereien in Holland und ihre Arbeiter. — Socialpolitische Umschau. — Notiz.

25. Oktober 1902.

Eine verkehrte Welt. — Ignaz Auer, Jakob Franz. — B. Kritschewsky, Zur Lage des Socialismus in Frankreich. — Franz Heger, Die Eisenbahner Oesterreichs und Deutschlands. — August Rasch, Der notleidende Bauer. — Literarische Rundschau. — Notiz.

1. November 1902.

Aus den ostelbischen Hinterwäldern. — Kurt Eisner, Zolas Werk. — Ernst Ebhard (Komorowen), Bauer und Socialdemokratie. — Wilhelm Düwell, Schönfärberei in der Unfallstatistik. — Paul Louis, Der Streik der französischen Minenarbeiter und seine Ursachen. — A. Baudert, Die Numerierung der Garne. — Verus, Der Kongress der Halben. — Adolf Braun, Neuere Literatur über Journalistik. — Literarische Rundschau. — Notizen.

8. November 1902.

Neues über die Märzrevolution. — Max Grunwald, Cornelie Huygens zum Gedächtnis. — M. Beer, Die englischen Utilitarier. — Dr. Ludwig Teleky, Ueber die Grenzen der öffentlichen Gesundheitspflege in der heutigen Gesellschaftsordnung. — A. H. Simons, Die

Kapitalkoncentration in den Vereinigten Staaten. Hans Markwald, Der Versuch einer Personalbesteuerung. — O Hué, Bergbau und Bergarbeiter. — Literarische Rundschau.

15. November 1902.

Der entscheidende Punkt. — Cornelie Huygens, Dietzgens Philosophie. — Friedrich Stampfer, Philipp Langmann. — K. Hilferding, Zur Geschichte der Werttheorieen. — Adolf Braun, Der Kampf um die Pressreform in Oesterreich. — Literarische Rundschau. — Feuilleton.

Socialistische Monatshefte, Berlin.

Oktober 1902.

Dr. Eduard David, Das Gericht in München. — Dr. Leo Arons, Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. — Wolfgang Heine, Eine Frage der parlamentarischen Arbeitsweise. — Adolph von Elm, Freisinnige Mittelstandspolitik im Allgemeinen Genossenschaftsverband. — Dr. Hugo Lindemann, Der Polizeistaat in der Kommunalverwaltung. — Lily Braun, Die Frauenfrage auf dem Münchener Parteitag. — Paul Löbe, Volksbildungsversuche durch Arbeitervereine in Schlesien. — Fanny Imle, Die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. — Dr. Ignaz Zadek, Auch ein Beitrag zur Alkoholfrage. — Rundschau (Politik, Wirtschaft, Socialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Socialpolitik, Sociale Kommunalpolitik, Frauenbewegung, Geschichtswissenschaften, Bücher, Notizen).

November 1902.

Paul Umbreit, Der gegenwärtige Stand des Problems der Arbeitslosenversicherung. — Eduard Bernstein, Parteien und Klassen. — Heinrich Peus, Die socialdemokratische Presse und das Genossenschaftswesen. — Dr. Casimir von Kelles-Krauz, Comtismus und Marxismus. — Friedrich Hertz, Moderne Rassentheorieen. — Ludwig Radlof, Die Aufgaben der Arbeitersekretariate und des Centralarbeitersekretariats. — Ria Claassen, Ricarda Huch. — Dr. Rudolf Wlassak, Trinkerbehandlung und Delirium. — Rundschau (Politik, Wirtschaft, Socialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Socialpolitik, Sociale Kommunalpolitik, Socialwissenschaften, Revuen). — Portrait von Ricarda Huch.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

15. Oktober 1902.

Eugène Fournière, Le Nationalisme (suite et fin). — Maxime Leroy, Le Droit de l'Avocat. — Maurice Charnay. Le Gaz à Paris. — Popovitch, L'Evolution des ouvriers chrétiens en Allemagne. — M. Loewe-Rodrigues, La Question de l'Enseignement secondaire. — Eugène Fournière, Revue philosophique. — Adrian Veber, Mouvement social.

16. November 1902.

Edward Berth, La Politique anticlericale et le Socialisme. — Pierre Boz, Emile Zola, romancier. — Albert Livet, La Chanson „Rouge" au dix-neuvième siècle. — J.-G. Prod'homme, Le Congrès Socialiste de Munich. — A. V., La Grève des Mineurs (Documents). — Adrian Veber, Mouvement social. — H. Cribous, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Oktober 1902.

André Morizet, L'Organisation socialiste et le Congrès de Commentry. — Karl Kautsky, Réformes sociales et Révolution sociale (fin). — Georges Weill, Allemagne: Les Congrès des femmes socia-

listes et des socialistes allemands à Munich. — Mary-A. Macpherson (Angleterre), Le Congrès des Trades-Unions. — L. Durieu (Belgique), La „Maison du Peuple" de Bruxelles. — Bibliographie. — L'Art, La Litterature.

15. November 1902.

Enquête sur l'Anticléricalisme et le Socialisme André Morizet. Avant-Propos, Réponses de Emile Vandervelde, Edouard Vaillant, Jules Destrée, G. von Vollmar, Enrico Ferri. — Emile Buré (France), Le second Congrès radical. — A. Renard, Le .XXe Congrès des socialistes allemands (fin) — Pablo Iglesias, Le VIe Congrès du Parti socialiste ouvrier Espagnol. — Mary A. Macpherson, Le Congrès des Trades Unions (suite). — A. Blumer (Allemagne), La disette de la viande. — Bibliographie. — L'Art. La Litterature.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Oktober 1902.

Poetry. — M. Beer, A Reminiscence of Emile Zola. — J. B. Askew, An american Professor on Marx's Historical Theories. — The Materialist Conception of History. A Discussion between K. Kautsky and E. Belfort Bax. — Some Letters from Karl Marx. — Current Topics. — Feuilleton.

15. November 1902.

Poetry. — James O'Shaughnessy. — H. Quelch, Home rule and Rome rule. — John E. Ellam, The Lack of economic Knowledge. — Some Letters from Karl Marx. — The materialist conception of History. — Current Topics. — Feuilleton.

The International Socialist Review, Chicago.

Oktober 1902.

Dr. J. M .Rubinow, Horse much have the Trusts accomplished. — A. M. Simons, Socialism and the American Farmer. — George B. Leonhard, Government by Injunction. — Marxist, Mr. Hennesey's Philosophy. — Austin Lewis, Kautsky on the Trade Crisis. — Semi-Annual Report of the National Committee of the Socialist Party. — Thomas J. Hagerty, A Correction. — Isabel N. Wilder, The Tenement Mother. — Editorial. — Socialism abroad. — World of Labor. — Book Reviews.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

16. Oktober 1902.

Filippo Turati, Il sangue. — Dott. Giulio Casalini, Una illusione che ritorna. — Pietro Chiesa e Gino Murialdi, L'organizzazione economica del proletariato industriale. — Attilio Cabiati e Luigi Einaudi, L'Italia e i trattati di commercio. — Filosofia, letteratura e varietà.

1. November 1902.

Filippo Turati, Quando mi fermero. — Gaetano Salvemini, Il partita della scuola e i partiti politici. — Dott. Giulio Cassalini, Un grande problema sociale. Le abitazioni operaje a buon mercato. I. — J. Noris, Il socialismo e le forme politiche. — Postilla. — Dott. Carlo Petrocchi, La tendenza metafisica, ovverosia la fabricca delle coscienze. — Filosofia, letteratura e varietà.

16. November 1902.

Filippo Turati, Per la libertà del suffragio e contro la legge del taglione. — Dott. Giulio Casalini, Il bisogno di abitazioni operaie.

— Prof. Gaetano Salvèmini, Il Congresso di Firenze e gli amici della scuola. — Prof. Cesare Vivante, La penetrazione del socialismo nel diritto privato. — Filosofia, letteratura e varietà.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tiyd, Amsterdam.

Oktober 1902.

R. Knyper, Over Waarde. — Henr. Roland Holst, Arbeiders en Alkohol. — H. Spiekman, Beperking van den Werktijd van Volwassenen. — Jos. Loopuit, Loonsvormen in de grot-Industrie. — J. Saks, De Pionieren van Bussum. — F. van der Goes, De Verkiezing in Amsterdam IX.

Akademie, Prag.

Oktober 1902.

Dr. L. Winter, Mnichov a Imola. — R. Kauders, Chemie populárni u nás. — Verus, K mezinárod, sjezdu socialistickému 1903. — A. Winter, Proc odvolán byl studentsky sjezd. — F. Modrácek, Mládez a sociálni demokracie. — Dr. A. Meissner, Provádèci narizeni k §§ 59. a 60. zivnostenského radu. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

November 1902.

L. Hankevye, Hunti selské v Halici. — Verus, K vyvoji ceské a slovanské myslenky u nás. — V. Stein, Zemské volby dolnorakouské. — Dr. A. Meissner, Provádeci narizeni k §§ 59. a 60. zivnostenského radu. — Sjezd strany. — E. J. Czermák, Nezamestnanost a vliv jeji na dosavadni pojistováni delnické. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsocialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Socialismus betreffen.

Das Doppelheft V und VI von H. Brauns *Archiv fur sociale Gesetzgebung und Statistik*, Jahrgang XVII, bringt eine längere Abhandlung des socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine über Koalitionsrecht und Erpressung, worin die Versuche, die Ausübung des Koalitionsrechts als Erpressung im Sinne der Strafgesetze auszulegen, besprochen und mit der dem Verfasser eigenen grossen Kompetenz auf ihre rechtliche Motivation geprüft werden.

Im Oktoberheft 1902 der *Politisch-Anthropologischen Revue*, herausgegeben von Ludwig Woltmann und Hans K. Buhmann, findet sich ein Artikel von Fr. Naumann über die psychologischen Naturbedingungen des Socialismus. Der Führer der nationalsocialen Parteigruppe behandelt darin das Problem der Herrschaftsfähigkeit der Masse, das heisst die Fähigkeit der Masse, nicht nur moralische oder gefühlsmässigen Antrieben zu folgen, sondern eine verstandesmässige Politik zu wollen, zu verstehen und bewusst mitzumachen. Nach ihm besitzt in Deutschland die Masse diese Fähigkeit heute noch nicht, lasse es die Socialdemokratie an der nötigen Erziehung der Masse zu realpolitischem Denken fehlen. „Sie gewöhnt die Masse nicht daran, sich als mitverantwortlich für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu denken." Das zeige sich am grellsten in der Behandlung aller ausserpolitischen Machtfragen. Aber auch in der inneren Politik sei das Princip der Isolierung noch fast ungebrochen in Geltung, das „kein Princip für eine positiv arbeitende politische Macht sein kann".

In der *Contemporary Review* vom Oktober 1902 beschreibt der bekannte Statistiker Carroll D. Wright die Entwickelung und Situation der



Arbeiterorganisationen in den Vereinigten Staaten, wobei aber fast nur die Gewerkschaften berücksichtigt werden. Der Verfasser schildert die Aussichten der Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl er auf insgesamt 1 400 000 bemisst, als günstige. „Vielfach", schreibt er, „empören sich die Unternehmer gegen den Gedanken der Kollektivverhandlungen, weil seine Ausführung eine Anerkennung der Gewerkschaften einschliesst. Indes ziehen es Männer, wie Pierpont Morgan — der Finanzkönig und Leiter des Stahltrust —, vor, mit gut organisierten und geleiteten Gewerkschaften als das Organ für die Verständigung über Lohnfragen und andere Fragen der Arbeitsbedingungen zu verhandeln, als sich den chaotischen und unzuverlässigen Verhältnissen auszusetzen, die sich da vorfinden, wo die Arbeiter als Individuen handeln." Die lange in den Vereinigten Staaten obwaltende misstrauische Haltung egenüber den Verbänden, schliesst der Artikel, „gehört im ganzen der Vergangenheit an".

In den Heften vom 16. September und 1. Oktober 1902 der italienischen Zeitschrift *Nuova Antologia* steht ein Artikel des radikalen Abgeordneten Napoleone Colojanni über die Zollpolitik der deutschen Socialisten.

Die *Nouvelle Revue* (Paris) vom 15. Oktober 1902 bringt einen Artikel von Raqueni über den italienischen Socialismus, der insbesondere die Meinungsverschiedenheiten der italienischen Socialisten über die Stellung zur Monarchie und der auswärtigen Politik behandelt.

In Heft 6 u. 8 der katholischen Zeitschrift *Stimmen aus Maria-Laach* (1. Juli und 15. September 1902) behandelt der scharfsinnige Jesuit H. Pesch das Problem des Solidarismus unter Bezugnahme auf den Socialismus.

V. Anfragen und Nachweise.

a) Anfragen.

33. a) Gibt es eine populäre Darstellung vom III. Bande des „Kapital“, in der Art, wie Kautsky den I. Band behandelt hat? b) Gibt es als Buch oder als Abhandlung in einer Zeitschrift — von socialistischer Seite — eine Darstellung der Marxschen Lehre von der Durchschnittsprofitrate? c) Gibt es eine solche Darstellung der Marxschen Grundrententheorie?

34. a) Gibt es eine Geschichte der bestehenden socialistischen Parteien Frankreichs? b) Wo findet man eine genaue Zusammenstellung dieser Parteien und ihrer Divergenzen? c) Welcher unter diesen Parteien gehört G. Sorel an?

35. Gibt es eine Geschichte des Socialismus in Belgien?

36. Gibt es eine solche Geschichte für Italien; in deutscher, französischer oder englischer Sprache?

München, 8. November. *W. C.*

37. In welchen Zeitschriften und Werken ist das amerikanische Prämiensystem, d. h. eine in Amerika übliche Lohnverrechnungsmethode, behandelt worden?

Wien, 18. Oktober. *H. B.*

b) Nachweise.

Zu Anfrage 33. a) Eine volkstümliche Darstellung des dritten Bandes „Kapital“ ist in Buch- oder Broschürenform bisher weder in Deutschland noch, soweit uns bekannt, im Auslande erschienen. Dagegen sind eine Anzahl Artikel, die der Herausgeber dieser Zeitschrift unmittelbar nach Erscheinen des dritten Bandes in der Neuen Zeit veröffentlichte — Jahrgang 13, Bd. 1 —, Versuche, die Hauptgedanken des dritten Bandes, von der Grundrententheorie abgesehen, gemeinverständlich zusammenzufassen. Eine in Buchform veröffentlichte Arbeit, die das Ganze des Marxschen Werkes kritisch behandelt, ist Böhm-Bawerks Schrift „Zum Abschluss des Marxschen Systems“.

b) Die Lehre von der Durchschnittsprofitrate ist in der sub a) erwähnten Artikelserie auf S. 364 und S. 388 ff. behandelt.

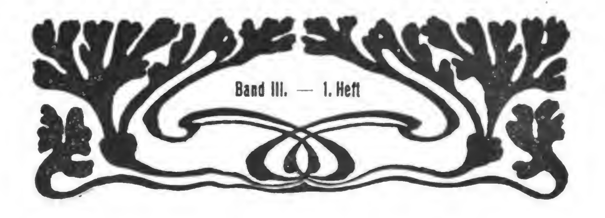
c) Die Marxsche Grundrententheorie haben u. a. Parvus in der Artikelserie „Der Weltmarkt und die Agrarkrisis“ — Jahrgang 14, Bd. I. der Neuen Zeit — und Kautsky in der Agrarfrage behandelt.

Zu Anfrage 34. a) Mit Bezug auf die bestehenden socialistischen Parteien Frankreichs gibt es unseres Wissens nur Sonderabhandlungen, die die Geschichte einzelner Fraktionen behandeln. Uebrigens ist die Hauptfraktion: „Le Parti Socialiste Français“, bekanntlich ganz jungen Datums.

b) Eine erschöpfende Zusammenstellung der derzeitigen socialistischen Fraktionen Frankreichs und ihrer Divergenzen kennen wir nicht. Viel Material ist in zerstreuten Aufsätzen der Neuen Zeit, der Socialistischen Monatshefte, des Mouvement socialiste und der Revue Socialiste zu finden. —

Zu Anfrage 37. Das Prämienlohnsystem ist in dem Bericht des britischen Arbeitsamts: Report on Gainsharing and other Systems of Bonus on Produktion (London, 1895), ferner in einigen im New Yorker Engineering Magazine vom Januar 1901 veröffentlichten Aufsätzen eingehender behandelt; der Bericht ist durchaus unparteiisch kritisch gehalten, die Aufsätze im Engineering Magazine sind vom Unternehmerstandpunkt aus verfasst. In deutscher Sprache behandelt den Gegenstand: Bernstein, Einige Reformversuche im Lohnsystem, Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik, 17. Jahrgang, Heft 3 u. 4.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag der Socialistischen Monatshefte (M. Mundt), Beuth St. 2, Berlin SW.
Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Bulletin des Internationalen **Arbeitsamts.** Bd. 1, Nr. 8 u. 9 (Doppelheft) Juli bis September 1902. Bd. 1, Nr. 10. Oktober 1902. Jena 1902. Verlag von Gustav Fischer. 160 S. u. 120 S.

Die vorliegenden Hefte der ausgezeichneten Publikation des Internationalen Arbeitsamts bleiben in keiner Hinsicht hinter ihren Vorgängern zurück. Sie erstaunen den Leser durch die Fülle des gesammelten und in gedrängter Form dargebotenen Materials über Fortschritte des Arbeiterschutzes, Schiedsgerichte, Gewerbeaufsicht, Arbeitsämter, Enquêten aus allen Ländern. Das Bulletin entwickelt sich zu einer Auskunftsstelle ohnegleichen für alle diejenigen, die sich theoretisch oder praktisch mit den Fragen des Arbeiterschutzes beschäftigen.

Bebel, August: **Die bevorstehende Reichstagswahl.** Rede, gehalten auf dem Münchener Parteitage. Berlin 1902. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. 16 S. 8°. Preis: 10 Pf.

Die auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede, die durchweg den Redner als Meister seines Stoffs zeigt, gibt ein scharf gezeichnetes Bild vom Stand der inneren und äusseren Politik, der Finanzlage und der Sozialgesetzgebung Deutschlands am Vorabend der im Juni 1903 fälligen Reichstagserneuerung. Am Schlusse entwickelt der Redner die Grundlinien der Taktik, welche von der Sozialdemokratie bei den notwendig werdenden Stichwahlen eingehalten werden müsse, und die in einer von ihm ausgearbeiteten und vom Kongress einstimmg angenommenen Resolution zusammengefasst sind. Danach sollen sozialdemokratische Stimmen nur solchen Kandidaten zufallen, die sich mindestens verpflichten, jeder Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel, jeder neuen, indirekten Steuer, jeder Ausnahmegesetzgebung und Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes und des Reichstagswahlrechts, sowie jeder Erhöhung der Ausgaben für Heer und Flotte ihre Zustimmung zu versagen.

Buchbindereien, Statistische Erhebungen in den Buchbindereien und verwandten Berufen Deutschlands im Jahre 1900. Stuttgart 1902. Vorstand des deutschen Buchbinderverbandes. 252 S. 8°.

Ein arbeitsstatistisches Werk, das der deutschen Arbeiterbewegung zur höchsten Ehre gereicht. In keinem zweiten Lande hat, soweit uns bekannt, die organisierte Arbeiterschaft aus eigenen Mitteln und eigener Kraft

so sorgfältige und umfassende Erhebungen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der verschiedenen Berufe durchgeführt, wie die, welche im vorliegenden Buch niedergelegt ist. Aus 226 Orten wird auf Grund ausgesandter Fragebogen über die Zahl der in der Buchbinderei und den verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter, ihre Arbeitsgruppierung, ihre Arbeitszeit, ihre Lohnverhältnisse, ihren Familienstand und andere wissenswerte Einzelheiten berichtet, und die Angaben dieser Berichte sind dann mit grossem Fleiss nach Gauen übersichtlich zusammengestellt, so dass ein Totalüberblick möglich ist, der in vortrefflicher Weise über die wesentlichsten Fragen orientiert, die in das Gebiet der Arbeiterstatistik fallen. Im ganzen wurde Auskunft über 4765 Betriebe mit insgesamt 44 277 beschäftigten Personen eingeholt, eine Zahl, die nur wenig hinter der Zahl zurückbleibt, wie sie in der offiziellen Berufsstatistik von 1895 festgestellt wurde. Von den 44 277 beschäftigten Personen waren 16 665 Gehilfen, 22 655 Arbeiterinnen, 2575 Hilfsarbeiter und 2382 Lehrlinge (in letztere Zahl ist die der Lehrlinge in Berlin nicht einbegriffen, die nicht festgestellt werden konnte). Von den ermittelten Berufstätigen des Gewerbes waren 10 447 oder nahezu der vierte Teil, von den männlichen Personen im Beruf 7401 oder 38,5 %, von den weiblichen Personen im Beruf 3046 oder 13,4 % organisiert. Das sind sehr ansehnliche Ziffern, und dieser starken Beteiligung an der Organisation ist es unzweifelhaft zuzuschreiben, dass an 34 Orten, darunter die massgebenden Centren des Berufs, die ortsübliche oder durchschnittliche Arbeitszeit 54 Stunden beträgt, bezw., wie es im Bericht heisst, »der neunstündige Arbeitstag sich fast ganz eingebürgert hat«. Der ortsübliche Arbeitslohn ist in 45 Orten noch unter 18 Mark, in 95 Orten zwischen 18 und 21 Mark, in 35 Orten zwischen 21 und 24 Mark, in 10 Orten über 24 Mark, und in 35, natürlich kleineren Orten stehen die Gehilfen noch in Kost und Logis beim Prinzipal. Aus 6 Orten lagen über die Lohnverhältnisse keine genauen Angaben vor.

Noch sei bemerkt, dass sich an diesem trefflichen Werk 34 % der ermittelten männlichen und 16,5 % der ermittelten weiblichen Personen des Berufs beteiligt haben. Neben Orts- und Werkstattfragebogen haben nämlich die Veranstalter der Statistik auch Personenfragebogen ausgeschickt, »um durch Befragen der einzelnen Personen ein zuverlässigeres und möglichst vollständiges Bild von der wirtschaftlichen Lage unserer Berufsangehörigen zu erhalten, als dies mit den Werkstattfragebogen möglich war.« (Einleitung.) So weisen denn die Berichte noch viele bedeutungsvolle Mitteilungen über Arbeits- und Lebensweise der Berufsangehörigen auf.

Fischer, Gustav: **Die soziale Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft.** (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Gustav Schmoller, Bd. XX, Heft 5.) Leipzig 1902. Duncker & Humblot. 66 S. 8°.

Wie der Verfasser in der Vorrede erklärt, soll seine Schrift einen Punkt aus der Kontroverse, die im sozialistischen Lager über die Zukunft der Betriebsformen in der Landwirtschaft eine grosse Rolle gespielt hat, genauer prüfen, nämlich die Frage nach dem »Einfluss, den die in den letzten Jahrzehnten in der Landwirtschaft eingeführten Maschinen auf die Gestaltung des Verhältnisses von Gross- und Kleinbetrieb ausüben.« Er behandelt das Problem in der Hauptsache in den Kapiteln: 1. Die Kosten der Maschinenarbeit und die Grenzen ihrer Rentabilität. 2. Die Anwendbarkeit der Maschinen in kleineren Betrieben; und 3. Die Bedeutung der Maschinen für die Arbeiterfrage. Daran schliesst sich ein Kapitel über die Elektrizität in der Landwirtschaft und ein ferneres über die Maschinen in der Landwirtschaft Nordamerikas, worauf der Verfasser in einer kurzen Schlussbetrachtung das Ergebnis seiner Untersuchungen zusammenfasst. Es gipfelt in den Worten,

»dass die Maschinen in der Landwirtschaft durchaus keine Domäne des Grossbetriebes sind und dass das Verständnis für

ihren Wert ebenso wie die Möglichkeit ihrer Benutzung in raschem Tempo wachsen und sie bis in die Parzellenbetriebe, namentlich aber in die Bauernwirtschaften hineinführen, als ein neues Hilfsmittel in dem harten Kampf, den unsere Landwirtschaft um ihre Existenz zu führen hat.« (S. 66.)

Die Anschauung derjenigen Sozialisten, welche von dem Eindringen der Maschine in die Landwirtschaft eine Zurückdrängung der Klein- und Mittelbetriebe durch die Grossbetriebe voraussahen, ist demgemäss nach dem Verfasser eine irrige. Auch der Anschauung, wie sie namentlich von Professor Pringsheim in Breslau vertreten wird, dass die Anwendung der Elektrizität grössere Umgestaltungen in dem Betriebe und Betriebsformen der Landwirtschaft zur Folge haben werde, stellt sich der Verfasser skeptisch ablehnend gegenüber. Es müssten, meint er, wenn dies eintreten solle, »technische Fortschritte von grosser Tragweite« gemacht werden, die heute nicht vorauszusehen seien und deshalb auch nicht zum Gegenstande von Spekulationen gemacht werden dürfen. Die Erzeugung des elektrischen Stromes werde sich am billigsten in grossen Zentralen bewirken lassen, an die der kleine Besitzer so gut wie der grosse sich anschliessen könne; die Vorteile, die der grosse Landwirt durch die etwas bessere Ausnutzung der Motoren und den ihm etwa zugebilligten Rabatt habe, seien gering. Eine Verschiebung der sozialen Verhältnisse zum Schaden der Kleinbetriebe sei »nicht zu erwarten.« (S.54. Vergl. hierzu den Artikel von Otto Pringsheim »Die Aussichten der elektrischen Landwirtschaft« im jüngsten Heft des Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. XVI, Heft 5 und 6.)

Der Verfasser stützt seine Schlüsse auf teilweise sehr genaue Berechnungen der Anwendbarkeit und Rentabilität der in Frage kommenden Maschinen auf grossen und kleinen Gütern. Die meisten landwirtschaftlichen Maschinen lassen sich in Grössen herstellen, die sie für kleine Betriebe benutzbar machen, wobei zwar die grössere Maschine grössere Arbeitsersparnis bedeutet, aber dies nicht in dem Masse, um den Vorteil der grösseren Sorgfalt aufzuheben, die der kleine Landwirt beim Bestellen seines Gutes immer mehr entfalte. Andere Maschinen werden den kleinen Landwirten durch genossenschaftliche Beschaffung, durch Vermieten von seiten grösserer Landwirte oder durch spekulative Unternehmer zugängig gemacht, die, ohne selbst Landwirte zu sein, mit gewissen Maschinen — Dampfpflug, Dampfdreschmaschine — und entsprechendem geübten Personal von Gut zu Gut ziehen und die betreffenden Arbeiten gegen Entschädigung in kürzester Zeit verrichten. »Man kann häufig sehen, dass der Unternehmer auf einem Gehöft seinen Dreschpflug aufstellt und nach wenigen Stunden Arbeit schon wieder weiterzieht.« (S. 32.) Es liegt auf der Hand, dass damit eine Ausnutzung der Maschine ermöglicht wird, wie sie sonst selbst auf sehr grossen Gütern nicht stattfindet. So wurden Dampfdreschmaschinen verwendet in Betrieben von

	1882	1895	Zunahme in %
unter 2 ha.	4,211	35,066	735
2 bis 5 ha.	10,279	52,830	414
5 bis 20 ha.	34,863	109,348	214
20 bis 100 ha.	17,960	46,778	160
über 100 ha.	8,377	15,342	83

Ist demgemäss eine nennenswerte Verschiebung der Betriebsgrössen von der landwirtschaftlichen Maschine nicht zu erwarten, so lässt sich dagegen eine Rückwirkung des Eindringens der Maschine in die Landwirtschaft auf die Gestaltung der Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht verkennen. Doch kommen da so komplizierte Verschiebungen in Betracht, dass sich erschöpfende Sentenzen darüber im knappen Rahmen nicht aufstellen lassen. Die landwirtschaftliche Maschine verdrängt in dem einen Fall tatsächlich menschliche Arbeit, während sie im andern menschliche Arbeit ersetzt, die überhaupt nicht mehr in genügender Menge der Landwirtschaft zur Verfügung steht. Sie macht die Arbeit des Landarbeiters in stärkerem Masse, als es bisher der Fall, zur

Saisonarbeit und nähert sie schrittweise dem Charakter der Industriearbeit an. Vom Landarbeiter, der mit Maschinen umzugehen hat, ist zum Industriearbeiter kein unerhört grosser Schritt. Auch die Lebensverhältnisse des Landarbeiters nähern sich denen des Industriearbeiters, wie übrigens auch der Bauer infolge des Einzugs der Maschine seinen Typus schrittweise ändert.

Es ist dies eine Seite der Frage, die der Verfasser unberührt lässt. Seine Schrift hat wesentlich die Frage der Betriebe im Auge und ist in Bezug auf sie sogar ziemlich stark polemisch gerichtet, wenn auch die polemische Form vermieden wird. Wir haben uns wenigstens des Eindrucks nicht entschlagen können, dass der Verfasser mit besonderer Beflissenheit bei den Momenten verweilt, die für die Lebens- bezw. Konkurrenzfähigkeit der kleinen Betriebe sprechen. Sonst sind seine Untersuchungen ausgezeichnet; statt aus der Betriebsstatistik abgeleitete Allgemeinheiten erhalten wir in die Einzelheiten eingehende genaue Berechnungen, die später in sehr übersichtlicher Weise tabellarisch zusammengestellt werden. Mitteilungen über Beobachtungen, die der Verfasser auf Studienreisen gemacht, erhöhen den Reiz der recht instruktiven Schrift.

Göhre, Paul: **Die agrarische Gefahr.** Eine Darstellung ihrer Entstehung, ihrer Macht und letzten Ziele. Berlin 1902. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. 23 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Schildert in gemeinverständlicher, durch gute Kapiteleinteilung übersichtlich gemachter Darstellung das Aufkommen und die Entwickelung der agrarpolitischen, auf Stärkung der grundbesitzenden Vertreter der Landwirtschaft abzielenden Bewegung im heutigen Deutschland. Der Verfasser zeigt, wie der Bund der Landwirte durch unablässige, rührige und rücksichtslose Agitation sich die verschiedenen bürgerlichen Parteien unterworfen hat und wie durch die Koalition der Vertreter des agrarischen Junkertums mit den in Kartellen und Syndikaten organisierten Spitzen des Industriekapitals eine Reaktionsmacht zustande gebracht ist, die alle politischen Errungenschaften, alle schwer erkämpften Freiheiten des Volkes aufs schwerste bedrohe.

Dadurch habe sich für den Sozialismus die ganze Situation gegen früher geändert. Nicht, wie vor Jahrzehnten, sei das Industriekapital der vornehmste und einzige Feind, sondern der Junker, hinter dessen breiterem Buckel der Industrielle Schutz gesucht und gefunden habe, sei heute »wieder der erste und gefährlichste Feind, der in Deutschland zunächst zu Boden geworfen werden muss.« Dieser Kampf, in dem die Reste des zersplitterten Liberalismus in der Gefolgschaft der Sozialisten zu fechten haben, werde »nicht nur eine, sondern Dutzende von Schlachten kosten, nicht nur eines, sondern Dutzende von Jahren währen«, der derzeitige Kampf gegen den Zolltarif sei nur e i n e Schlacht von jenen Dutzenden von Schlachten, freilich eine der allerentscheidungsvollsten. Mit einem feurigen Appell zum Kampf wider den gekennzeichneten Feind schliesst das wirksam gehaltene Schriftchen.

Was wir in ihm vermissen, ist ein Hinweis auf die Stütze, die der reaktionäre Agrarismus, um diesen Ausdruck zu wählen, durch die verfassungswidrige Ungleichheit der Wahlkreise im Reich und in Preussen und das in diesem letzteren obwaltende, nicht durch Gesetz eingeführte, sondern auf dem Verordnungswege oktroyierte Wahlsystem erhält. Ohne die ungleiche, die Industriecentren schwer benachteiligende Einteilung der Wahlkreise wäre der Agrarismus nicht halb so stark, als er heute ist.

Grunzel, Dr. Josef: **Ueber Kartelle.** Leipzig 1902. Verlag von Duncker & Humblot. 330 S. Preis: 6 Mark 80 Pf.

»Die in meinen früheren wirtschaftspolitischen Schriften eingeschlagene Methode, mir ein Urteil erst durch Beobachtung der Tatsachen zu bilden, statt aus der Theorie die Tatsachen zu erklären, halte ich auch in dieser Arbeit fest.«

So der Verfasser im Vorwort seiner Schrift. In der Schrift selbst aber gibt er uns zuerst eine Theorie der Kartelle und geht dann dazu über, die Kartelle zu schildern, wie sie wirklich sind oder sich ihm darstellen.

Bezüglich der ersten Abteilung, der Theorie der Kartelle, wird man dem Verfasser zugestehen müssen, dass sie zweckmässig angelegt ist und die wichtigsten Seiten der Kartellfrage in Untersuchung zieht. Es wird zuerst die wirtschaftliche Funktion der Kartelle untersucht, dann werden ihre Arten aufgeführt und weiter ihre wirtschaftlichen Rückwirkungen (auf Produktion, Konsum und Lage der Arbeiter) behandelt, worauf die Frage der staatlichen Regelung des Kartellwesens erörtert wird. In der zweiten Abteilung erhalten wir sodann eine Uebersicht der gegenwärtigen Kartellbewegung, die allein 127 Seiten füllt.

Soweit, und noch mehr, wenn man das Verzeichnis der Unterkapitel überblickt, erweckt das Buch die besten Erwartungen; leider bleiben sie aber zu einem guten Teil unerfüllt. Nicht nur, dass sich die Arbeit als ein Tendenzwerk, als eine Apologie der Kartelle herausstellt, ist sie auch ausserordentlich ungleich und in einzelnen Partieen sogar recht unordentlich gearbeitet. Und zwar gilt dies gerade auch vom empirischen Teil, auf den sich der Verfasser doch im Vorwort besonders beruft. Ausser Oesterreich, wo der Verfasser das Material nahe genug zur Hand hatte und das denn auch über drei Viertel der Uebersicht der Kartellbewegung in Anspruch nimmt, und vielleicht noch Russland, ist in dieser kein Land auch nur einigermassen gründlich barbeitet; von den meisten wird nur zusammengestoppeltes Material geboten, das kaum den Ansprüchen entspricht, die man an eine leidlich geschickt redigierte Zeitung stellt, einem wissenschaftlichen Werk aber zur Unehre gereicht. Dabei passiert es dem Verfasser, dass er bei Grossbritannien einleitend behauptet, was er übrigens auch im theoretischen oder allgemeinen Teil (S. 31) schon getan, dies Land liefere den Beweis, dass Kartelle und Trusts nicht das Ergebnis der Schutzzölle seien, dann aber zwar Beispiele für Trusts, Fusionen und dergleichen, dagegen auch nicht ein Beispiel eines wirklichen Kartells für Grossbritannien anzuführen weiss. Von zwei Verbindungen, die als solche gelten sollen, ist die eine eine Vereinigung von Fabrikanten zur Bekämpfung gewisser betrügerischer Fabrikationsmethoden, die andere eine Tarifgemeinschaft von Fabrikanten und Arbeitern!

Es ist bezeichnend genug, dass im Lande des Freihandels — als welches England trotz der neuerdings erfolgten Ausgleitungen betrachtet werden muss — wohl Trusts und ähnliche Verschmelzungen von Unternehmungen, aber nicht die Kartelle Boden fassen. Sicher ist der Trust die wirtschaftlich höhere Form der Zusammenfassung von Unternehmungen, denn er geht auf die Erzielung der höchsten Wirtschaftlichkeit aus, die zweckmässigste Organisation der Produktion, die Stillsetzung der leistungsunfähigeren Betriebe u. s. w., während das Kartell u. a. die schwächeren Betriebe in den Kreis seiner Schutzbefohlenen einbezieht und unter Umständen ihre Existenz künstlich verlängert. Dass auch der Trust seine schlimmen Seiten hat, soll unbestritten bleiben, aber die teilt er samt und sonders mit den Kartellen.

Der Verfasser, der den Trusts nicht sehr gewogen ist, rühmt es den Kartellen nach, dass ihm aus den ganzen drei Jahrzehnten der Kartellbewegung nicht ein Fall bekannt geworden sei, wo in Europa ein Kartell sich zum Trust weiter entwickelt habe. Das würde aber gegen die Kartelle und nicht für sie zeugen. Im Kapitel, das von der Rückwirkung der Kartelle auf die Produktion handelt, sucht der Verfasser nachzuweisen, dass auch die Kartelle die Hebung der Technik fördern, aber seine Beispiele beziehen sich mehr auf die Technik des Vertriebs, als auf die der Produktion, und wo der Verfasser wirklich auch Fälle vorweisen kann, wo Kartelle sich als die Produktionstechnik fördernd erwiesen haben, da passiert es ihm, dass er als das Mittel der Steigerung Fusionen von Unternehmungen innerhalb des Kartells anführt, d. h. die Beeinträchtigung gerade dessen, was das Kartell vor den Trusts auszeichnen soll, nämlich dass bei ihm die Schwächeren nicht durch die Grösseren absorbiert werden.

Ebenso nimmt der Verfasser zu den Trusts seine Zuflucht, wenn er be-

weisen will, dass die Kartelle den Konsum nicht gefährden. Da muss der amerikanische Zuckertrust und der Petroleumtrust heran, deren Preise allerdings erhebliche Abschwächungen aufweisen. Dem Vorwurf, dass Kartelle dem Ausland billiger verkaufen als dem Inland, begegnet er S. 135 mit der Bemerkung, dass, wo dies geschehe, nicht das Kartell, sondern der Zoll die Ursache sei, wobei er nur vergisst, dass er noch auf S. 129 geschrieben hatte, dass die Tendenz des Schutzzolls »auf die Herstellung eines gerechten Preisniveaus gerichtet ist«, welche Aufgabe der Zoll aber nur zur Hälfte, d. h. dem Auslande gegenüber erfülle, während die andere Hälfte, die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts im Innern des Landes »vom Kartell besorgt« werde. Welchem »Besorgen« gegenüber man berechtigt ist, den bekannten Ausruf auszustossen: »Aber fragt mich nur nicht wie!« Der Verfasser meint, das Kartell könne mit Hilfe des Schutzzolles ein übermässig hohes Preisniveau nur dann auf die Dauer stützen, wenn der Zollsatz den Unterschied zwischen den Produktionskosten des Inlandes und des Auslandes erheblich übersteige. Selbstverständlich ist die Höhe des Zollsatzes kein gleichgiltiger Umstand, da aber der Schutzzoll nicht bei einem Artikel stehen bleibt, ist schon unter der Schutzzöllnerei das Niveau der Produktionskosten in der Regel ein übernormal hohes.

Recht dürftig ist das Material, das der Verfasser für die Bekräftigung seiner Ansicht erbringt, dass die Kartellierung von Industrieen keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung der Lage der beteiligten Arbeiter zur Folge habe. Er beruft sich da auf die Entwickelung der Löhne und Preise im Bereich des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats in der Zeit von 1892 bis 1899, gibt aber nur die Zahlen für das Anfangs- und das Endjahr. So nackt hingestellt beweisen diese gar nichts, da für die Lohnbewegung eine ganze Reihe von Faktoren bestimmend wirkt. Der Verfasser ist sich auch der Unzulänglichkeit seines Materials offenbar bewusst, denn er zieht auch hier wieder die Trusts als Eideshelfer heran, die er doch vorher mit den Kartellen so ganz wesensungleich erklärt hatte.

Wir übergehen andere Schwächen des Buches, um schliesslich auch seinen starken Seiten einige Worte zu widmen. Zu ihnen rechnen wir die sehr übersichtliche, systematische Darstellung der verschiedenen Arten der Kartelle, die, ebenso wie das Kapitel über die Kartelle in Oesterreich-Ungarn, von grosser Sachkunde Zeugnis ablegt und sehr lebendig geschrieben ist. Auch das Kapitel über die staatliche Regelung des Kartellwesens ist wert, gelesen zu werden. Nimmt der Verfasser zwar auch hier die Kartelle, wo er kann, in Schutz, so verschweigt er doch nicht ihre Gefahren und gibt eine recht ausführliche Zusammenstellung der Massnahmen, die als Schutzwehr gegen diese Gefahren in Vorschlag gebracht oder schon in Anwendung gekommen sind.

Gelegentlich beruft sich der Verfasser auf das Zeugnis von Arbeitervertretern oder sozialistischen Theoretikern für die Naturgemässheit der Kartellierung oder Syndicierung von Industrieen in der Gegenwart. Dass unser modernes Wirtschaftsleben zur Zusammenfassung von Unternehmungen drängt, wird auch niemand leugnen. Noch lässt sich in Abrede stellen, dass jede solche Zusammenfassung die Möglichkeit gewährt, gewisse Schäden der Konkurrenzwirtschaft aufzuheben oder abzuschwächen. In dem Masse, als sie dies tun, sind die Kartelle auch als Vertreter des wirtschaftlichen Fortschritts zu bezeichnen. Sie heben aber den Anspruch auf diesen Titel wieder auf und qualifizieren sich als modernisiertes Aufkäufertum, gegen das die schärfsten Massregeln am Platze sind, wenn sie sich für ihre Leistung Monopolpreise erpressen, bei denen auch der technisch zurückgebliebene Produzent noch seine Rechnung findet. Und ihre Tendenz, in ein solches Aufkäufertum, in solchen Warenwucher auszuarten, wird aufs drastischste durch ihren engen, fast ursächlichen Zusammenhang mit der Schutzzöllnerei illustriert.

Imle, Fanny: **Die Arbeitslosenunterstützung in den Deutschen Gewerkschaften,** nach Angaben der Gewerkschaftsvorstände bearbeitet. Berlin 1903, Verlag der Socialistischen Monatshefte. 52 S. gr. 8°. Preis: 75 Pf.

Die Verfasserin behandelt in dieser Schrift den Entwickelungsgang, den die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften durchgemacht hat: die Kämpfe behufs ihrer Einführung, die Art und den Umfang ihrer Verwirklichung, die gewonnenen Erfahrungen. Sie beginnt, nach einer kurzen Einleitung, mit einem Kapitel über »die Pioniere« der Arbeitslosenunterstützung (die Buchdrucker, die Handschuhmacher, die Hutmacher und die Kupferschmiede); schildert dann in drei Kapiteln die Entwickelung der Arbeitslosenunterstützung in den anderen deutschen Gewerkschaften, die Ueberwindung der ihr entgegenstehenden Vorurteile, sowie die neuesten Versuche auf diesem Gebiete; gibt in einem weiteren Kapitel eine tabellarisch-graphische Uebersicht über Ausdehnung und Leistungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung, worauf ein sechstes Kapitel den Einfluss bezw. die Rückwirkung der Arbeitslosenunterstützung auf die deutschen Gewerkschaften schildert und eine Schlussbetrachtung die Ergebnisse der ganzen Untersuchung zusammenfasst. Die Verfasserin, die in der Einleitung von einem »raschen Siegeslauf der Arbeitslosenunterstützung durch die deutschen Gewerkschaften« spricht, hebt am Schluss hervor, die erzieherische Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung liege »gerade darin, dass die organisierten Arbeiter die Verhältnisse ihres Berufes näher kennen lernen und sich in die Verwaltung ihrer Gewerkschaften näher einleben«. Früher oder später trete an jeden Centralverband »die Notwendigkeit heran, sich durch Annahme neuer Unterstützungszweige innerlich und äusserlich zu festigen« und werden die Unterstützungen der Arbeiterorganisationen »aus gutgemeinten Hilfeleistungen zu mächtigen Kampfeswaffen«. Gewerkschaftsverbände, welche zeigen, dass sie aus eigener Kraft die hilflosen Opfer der kapitalistischen Produktionsweise, die Arbeitslosen, zu ungebeugten Kämpfern gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen machen können, stellen sich, ganz abgesehen von ihren sonstigen Leistungen, schon dadurch in das Vordertreffen des grossen sozialen Kampfes.«

Die fleissige Arbeit ist als ein sehr verdienstvoller Beitrag zu dem sich immer stärker in den Vordergrund drängenden Problem der allgemeinen Arbeitslosenversicherung willkommen zu heissen.

Kautsky, Karl: **Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche.** Berlin 1902. Verlag Buchhandlung Vorwärts. 32 S. 8°. Preis: 30 Pf.

Diese Broschüre ist unter dem Einfluss einer von Frankreich ausgehenden Umfrage an verschiedene Sozialisten entstanden, welches die Haltung der Sozialdemokratie zu den Konflikten zwischen Staat und Kirche sein müsse, wie ein solcher zur Zeit zwischen der Regierung der französischen Republik und dem katholischen Klerus Frankreichs obwaltet. Kautsky hat die Antwort so formuliert, dass sie auch auf die Haltung der Sozialdemokratie anderer Länder, insbesondere Deutschlands, passen soll.

Das hat nun sein sehr Missliches. Sobald man über die allgemeinen Grundsätze hinausgeht, wie sie durch das Programm der Sozialdemokratie festgelegt sind, also Verweltlichung des Staates, der Schule etc. fordern, stösst man auf das Reich historisch gewordener Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die in jedem Lande nach seiner besonderen geschichtlichen Entwickelung wesentlich andere sind. So wenig sich nun taktische Verhaltungsmassregeln für alle Wechselfälle des allgemeinen politischen Kampfes aprioristisch aufstellen lassen, so wenig lässt sich auch die Stellung zur kirchenpolitischen Frage für alle Gestaltungen vorher bestimmen, die sie zu den verschiedenen Zeiten in den verschiedenen Ländern annehmen mag. Sieht doch der Klerus der verschiedenen Länder sehr verschieden aus und ebenso der ihm gegenüberstehende Staat oder die mit ihm im Kampf liegende Parteigruppierung.

Die Schrift Kautskys zerfällt in drei Abteilungen: 1. Religion und Klerus, 2. Bourgeoisie und Kirche und 3. Proletariat und Kirche. Die erste, ein kurzer, vorwiegend historischer Abriss, gibt ein gutes Bild vom Aufkommen der Macht des Klerus. Die zweite und dritte sollen die Unterschiede des Kampfes der Bourgeoisie und des Proletariats gegen die Kirche

blosslegen und zeigen, dass »Proletariat und Bourgeoisie den Kampf gegen die Kirche nicht gemeinsam führen können«. (S. 19.) Beide Abschnitte sind der Sache nach eine Polemik gegen diejenigen französischen Sozialisten, die zur Zeit die republikanisch-radikale Regierung im Kampf gegen die Kongregationen unterstützen. Dieser Kampf wird da als ein Kampf zwischen Bourgeoisie und Kirche aufgefasst, als welcher er allerdings nicht nur eine arge Halbheit ist, sondern auch für jeden, der der Verfolgung bestimmter religiöser Verbindungen abhold ist, einen odiösen Anstrich erhält. Indes ist der Kampf in seinem Wesen doch ein anderer. Faktisch handelt es sich um einen Kampf innerhalb der bürgerlichen Klassen selbst, bei dem die Kongregationen mit der einen, der Demokratisierung der Republik feindlichen Koalition gemeinsame Sache machen, ihr ihren weitverzweigten Einfluss zur Verfügung stellen, den antidemokratischen Mächten jeden nur möglichen Vorschub leisten. Wenn es nun nicht falsch für Sozialisten ist, mit den demokratischen Fraktionen der Republik gegen die antidemokratischen Fraktionen gegebenenfalls gemeinsame Sache zu machen, so kann es auch noch nicht von vornherein falsch sein, ihnen im Kampf gegen die der Demokratie feindlichen Kongregationen beizustehen. Es kommt da durchaus auf die Art und Weise an, wie der Kampf geführt wird. Auf diese Frage näher einzugehen, ist indes hier nicht der Ort. Wir halten es aber für irreführend, wenn man auf so konkrete Kämpfe, wie der zur Zeit in Frankreich spielende, so verallgemeinernde Begriffe, wie der Staat, die Bourgeoisie u. dergl. anwendet. Allerdings war nach unserer Ansicht auch die Fragestellung eine falsche. Nicht ob sich die Sozialdemokratie an solchen Kämpfen beteiligen solle oder dürfe, war zu fragen, denn dem kann sie unter Umständen gar nicht aus dem Wege gehen, sondern unter welchen Bedingungen und mit Bezug auf was für Massregeln sie ihnen ihren Beistand leihen dürfe.

Geschäftsbericht des Allgemeinen **Konsumvereins für Chemnitz** und Umgegend. 37. Geschäftsjahr 1901/1902. Chemnitz 1902. Landgraf & Co. 16 S. 8°.

Geschäftsbericht des **Konsumvereins Vorwärts** für **Dresden** und Umgegend. 14. Geschäftsjahr 1901/1902. Dresden, Paul Kluge.

Die Berichte zweier hervorragender Arbeiterkonsumvereine Sachsens legen beredtes Zeugnis von der Solidität der Konsumvereinsbewegung ab. Trotzdem das Berichtsjahr ein für die Arbeiterwelt ausserordentlich ungünstiges war, können beide Vereine von erhöhter Mitgliederzahl, erhöhtem Umsatz und Erhöhung der Reserven berichten.

Konsumvereine: Unsere Englandreise. Bericht des Geschäftsführers und der Aufsichtsratsmitglieder der Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine über die Besichtigung der **»Cooperativ« Wholesale Society Limited** und der **englischen Konsumvereine.** Zweite Auflage. (Genossenschaftliche Volksbücher Nr. 1.) Hamburg 1902. Verlag Heinrich Kauffmann. 47 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Der Geschäftsführer und sieben Aufsichtsratsmitglieder der Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumereine machten, im Verein mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz, einer Einladung der englischen Grosseinkaufsgesellschaft folgend, im Frühjahr 1899 eine kurze Studienreise nach England, um die dortigen Genossenschaftseinrichtungen an Ort und Stelle kennen zu lernen. Sie besichtigten das grosse Centraletablissement der genannten Gesellschaft in Manchester, sowie die zwei grossen Zweigetablissements in London und Newcastle, die wichtigsten Produktionsetablissements der Gesellschaft: die Werkstätten für Möbel, Wäsche- und Kleiderkonfektion in Broughton bei Manchester, die Biscuitfabrik in Crumpsall bei Manchester, die Konservenfabrik in Middleton, die Seifenfabrik in Irlam, die grosse Kornmühle in Dunston am Tyne, die grosse Schuhwarenfabrik Wheatsheaf in Leicester und das mächtige Theelager in

London East-End. Ferner wurde eine Anzahl örtlicher Konsumvereine besucht und von ihren Verkaufs- etc. Einrichtungen und Eigenbetriebswerkstätten genauere Kenntnis genommen.

Ueber alles das, die Statistik der Genossenschaften, die Beschäftigungsbedingungen des kaufmännischen und industriellen Personals der geschilderten Anstalten und deren sonstige Einrichtungen gibt das vorliegende Büchlein, dessen erste Auflage in 15000 Exemplaren verbreitet wurde, in flott und anschaulich geschriebenen Berichten Auskunft. Wir erfahren nun im Vorwort zur neuen Auflage, dass die Reise dadurch sehr wertvolle Ergebnisse für die deutsche Konsumvereinsbewegung gehabt hat, dass die deutsche Grosseinkaufsgesellschaft bald nach Rückkehr des Komitees verschiedene Einrichtungen getroffen habe, zu denen dieses durch die in England gemachten Beobachtungen angeregt wurde und die sich in der Folge sehr bewährt haben. Der Umsatz der deutschen Grosseinkaufsgesellschaft, der sich im Jahre 1899 erst auf 6 Millionen Mark belief, war im Jahre 1901 auf 15 Millionen angewachsen und wird für das Jahr 1902 die Summe von 22 Millionen Mark erreichen. Die Zahl der mit ihr in Verbindung stehenden oder von ihr kaufenden Konsumvereine ist in der gleichen Zeit von 200 auf gegen 1200 gestiegen.

Das in schönem Druck hergestellte Buch enthält eine Fülle interessanter statistischer Angaben und Abbildungen, unter letzteren ein Gruppenbild der Reisegesellschaft. Es eröffnet denjenigen, welche die Konsumvereinsbewegung nur aus der Ferne kennen, eine neue Welt und ist als eine glückliche Einleitung für die »Genossenschaftlichen Volksbücher« zu bezeichnen, die der Verlag im Vorwort ankündigt.

2. In französischer Sprache.

Destrée, Jules, et Emile **Vandervelde. Le Socialisme au Belgique.** Avec un appendice contenant le programme et les statuts du Parti ouvrier et une biographie du socialisme belge par Paul Deutscher. Deuxième Edition. (Bibliothèque Socialiste Internationale IV.) Paris 1903. V. Giard & E. Brière. 489 S. kl. 8°. Preis: 3 fr. 50 cts.

Dieses, von den Verfassern dem Andenken der dahingeschiedenen Vorkämpfer und Märtyrer des Sozialismus in Belgien, insbesondere dem Andenken von Cäsar de Paepe, Jean Volders und Edmund van Beveren gewidmete Buch schildert in sechs Abschnitten und 21 Kapiteln in äusserst lebendiger Darstellung die wirtschaftliche Grundlage und Organisation der Arbeiterkräfte in Belgien, die politischen Kämpfe und Erfolge der sozialistischen Arbeiterpartei (10 Kapitel), ihre theoretischen Anschauungen in Bezug auf die allgemeine wirtschaftliche Entwickelung und den Sozialismus, die Agrarfrage, die Frauenfrage sowie ihre Tätigkeit für die Förderung von Wissen, Kunstsinn und Sittlichkeit. Ein Anhang gibt das Programm und die Statuten der Arbeiterpartei, sowie eine umfassende Bibliographie des Sozialismus und der Arbeiterbewegung Belgiens. Alles in vorzüglicher, dem mit vielen dokumentarischen Belegen ausgestatteten Buch die grösstmögliche Uebersicht verleihender Anordnung. Vielleicht hätte der Vorgeschichte der gegenwärtigen sozialistischen Arbeiterpartei etwas mehr Raum gewidmet werden können, auch fehlt in der Bibliographie der Hinweis auf Karl Grüns Buch von 1845 über den Sozialismus in Frankreich und Belgien, sowie jeder Hinweis auf den von Grün dort erwähnten Sozialisten Kats. Das sind aber Kleinigkeiten, die den Vorzügen dieser musterhaften Publikation nicht den geringsten Abbruch tun. Wer den belgischen Sozialismus studieren will, kann sich schwerlich einen besseren Führer wünschen.

Im Abschnitt über die politische Arbeit der belgischen Sozialdemokratie ist den Ereignissen des Frühjahrs 1902 (der Kampf um die Wahlrechtsreform und der Generalstreik) ein besonderes Kapitel gewidmet. Ueber den so schnellen Zusammenbruch des Generalstreiks heisst es dort, nachdem erzählt worden, dass am 18. April die belgische Kammer den Antrag, in die Beratung der Reformfrage einzutreten, mit 84 gegen 64 Stimmen

abgelehnt hatte: »Die vorhergesehene Kunde rief nicht den Zornesausbruch hervor, den man hätte vermuten dürfen. Nur in Löwen kam es zu Unruhen. Ein Trupp von Demonstrierenden zog nach der Wohnung des Kammerpräsidenten, Mr. Schollaert. Die Bürgerwehr, die sich für zurückgedrängt hielt, gab an zwei verschiedenen Punkten ohne vorheriges Aufgebot Feuer und warf acht Arbeiterleichen und mehrere Verwundete aufs Pflaster.

Am Sonntag, den 20. April, vernahm der Generalrat der Partei die pessimistischen Berichte aus den verschiedenen Landesteilen und beschloss mit fast Stimmeneinheit die Wiederaufnahme der Arbeit.« (S. 268.) Das Manifest, das diesen Beschluss kundgab, ward verschiedentlich mit heftigem Protest aufgenommen und trug dem Generalrat von einigen Seiten lebhafte Vorwürfe ein, aber die grosse Masse der Arbeiter leistete ihm ohne weiteres Folge, und auch die opponierende Minderheit gab bald nach. Die von den Einen erhoffte, von andern befürchtete Spaltung der Partei trat nicht ein, die belgische Sozialdemokratie bildet nach wie vor eine geschlossene Phalanx.

Milhaud, Edgar: **La Science Économique.** Leçon d'Ouverture du Cours d'Economie Politique à l'Université de Genève. (1. Nov. 1902.) Paris 1902. Société Nouvelle de Librairie et d'Edition, et Genève, George et Cie. 20 S. 8°. Preis: 50 cts.

Die Eröffnungsrede der Vorlesungen des Verfassers als Professor der politischen Oekonomie an der Universität Genf, wohin der mittlerweile verstorbene radikaldemokratische Erziehungsdirektor Favon ihn berufen hatte. Milhaud, der erklärter Sozialist ist, legt in diesem Vortrag die Methode dar, die er in seinem Vorlesungskurs zu beobachten gedenkt, und lässt dieser Darlegung eine Schilderung der wichtigsten Auffassungen und Methoden der Sozialwissenschaft vorausgehen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts einander je nachdem bekämpft oder abgelöst haben. Die deutschen Vertreter dieser Wissenschaft kommen dabei in keiner Weise zu kurz weg.

Zwei Stellen aus dem sehr fesselnden Vortrage mögen den Geist des Verfassers kennzeichnen:

»Die alte individualistische Doktrin, die alte liberale und orthodoxe Oekonomie findet sich, wie man sieht, immer mehr von allen Seiten durchbrochen. Und mehr oder weniger gesicherten Schrittes, mehr oder weniger kühn vollzieht sich ohne Rast die Bewegung im Sinne des Sozialismus, unwiderstehlich wie die geschichtlichen Notwendigkeiten, wie die überredende Kraft des Guten, wie die beweiskräftige Stärke des Wahren.«

».... Und damit, mit dieser Arbeit des Abstrahierens und vernunftgemässen Konstruierens, die wir für notwendig erklären, nähern wir uns der deduktiven, der mathematischen Schule. Aber nur damit. Der Oekonom muss nach unserer Ansicht jeden Augenblick die Ergebnisse seiner Analyse, seiner Abstraktionen und Deduktionen mit den Tatsachen vergleichen, wie sie uns die Beobachtung der gegenwärtigen Gesellschaft oder die Erforschung früherer Gesellschaften lehren. Er muss wie der Physiker, der Chemiker, der Biologe von den Tatsachen zu den Gesetzen übergehen, und zwar nicht von einigen elementaren Tatsachen zu sehr allgemeinen Gesetzen, sondern von vielfältigen und oft verwickelten Tatsachen, welche die verschiedenen Phasen der ökonomischen Geschichte kennzeichnen, zu den ihnen entsprechenden sehr speziellen und sehr bestimmten Entwickelungsgesetzen.«

Les Congrès Socialistes Internationaux, Ordres du jour et Résolutions, publié par le Bureau Socialiste International de Bruxelles. Gent 1902. Volksdrukkereij. 111 S. 8°.

Das internationale sozialistische Bureau, Brüssel, bezw. dessen Sekretär Victor Serwy, stellt in diesem Buch, einer Aufforderung des Pariser Kongresses von 1900 folgend, die Tagesordnungen und Beschlüsse der Internationalen sozialistischen Kongresse von Paris (1889 und 1900), Brüssel (1891), Zürich (1893) und London (1896) nach Gegenständen geordnet zusammen. Ueber den Wert einer solchen Zusammenstellung braucht kein Wort mehr verloren zu werden. »Gern hätte das Sekretariat«, heisst es im

Vorwort, »diesen Kodex durch die von den Kongressen der Internationalen Arbeiterassociation seit 1868 gefassten Beschlüsse vervollständigt, aber die geringen Mittel, über die es verfügt, haben es genötigt, diesen Plan zu verschieben.« Wir verstehen den Wunsch des Sekretariats, begreifen aber nicht recht, warum die Kongresse der Internationale vor 1868 übergangen werden sollten.

3. In englischer Sprache.

Holmes, H. J.: **Reform of Reformatories and Industrial Schools.** Fabian Tract. No. 111. London 1902. The Fabian Society. 16 S. Preis: 1 Penny.

Eine Blossstellung der Mängel der Besserungsanstalten in England und der diesen Mängeln zu grunde liegenden Ursachen, nebst Vorschlägen zur Abhilfe, die auf eine gründliche Reform des ganzen Systems abzielen.

Bancroft, C. L.: **The american Trades Alliance.** Girard, Kansas, U. S. A. 1897. Appeal to Reason Office. 132 S. 12°. Preis: 15 cts.

The American Trades Alliance. Part. 2: The Policing of Industries. Ebendaselbst. 1898. 128 S. 8°. Preis: 15 cts.

An Epitome to the American Trades Alliance. Girard, Kansas, 1898, J. A. Wayland. 32 S.

The Conspiracy of Capital. Girard, Kansas, 1901. J. A. Wayland. 138 S. 8°. Preis: 20 cts.

Der Verfasser all dieser Broschüren ist als Sozialist Verfechter einer Idee, die schon in allen möglichen Variationen von Sozialisten und Sozialreformern früherer Generationen formuliert worden ist: nämlich durch Reorganisation des Tausches und der Tauschmittel die Macht der Kapitalbesitzer über die arbeitenden Klassen zu brechen und das möglichste Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch herzustellen. Für den Kenner dieser Literatur sagt er im Prinzip wenig Neues, doch versteht er es, die Sache zuweilen in originelle Formen zu kleiden, und verrät überhaupt schriftstellerische Begabung. Wie alle Vertreter bestimmter ökonomischer Universalheilmittel weiss er dem politischen Kampf der Arbeiter und Sozialisten wenig Geschmack abzugewinnen, er ist ihm zum grossen Teil verlorene Liebesmüh' und muss schliesslich fehlschlagen und zur grösseren Befestigung der Macht der Kapitalisten führen, wenn nicht eine wirtschaftliche Untergrabung der Kapitalmacht auf dem von ihm gekennzeichneten Wege vorhergegangen ist.

Morris, William: **Architecture, Industry and Wealth.** Collected Papers. London 1902. Longmans, Green and Co. 269 S. 8°. Preis: 6 Sh. netto.

Neun Vorträge des als Dichter und Kunstgewerbetreibender gleich hochgeschätzten Mannes, dessen Tod den Sozialismus unserer Zeit um eine der eindrucksvollsten Persönlichkeiten gebracht hat, sind hier in einem Bande vereinigt. Sie lehren den Leser Morris in seiner ganzen Eigenart und Bedeutung kennen. Ein wesentlicher Zug des Morrisschen Sozialismus ist die Auflehnung des Künstlers und Poeten gegen den nüchternen, nivellierenden Kommerzialismus und Industrialismus der Epoche, in welcher Auflehnung ein gutes Stück Romanticismus nicht zu verkennen ist, und es braucht nicht erst gesagt zu werden, wie nahe der Romanticismus stets der Gefahr ist, reaktionären Tendenzen Vorschub zu leisten. Es sei hier nur an Carlyle und Ruskin erinnert, welch letzterer Morris stark beeinflusst hat und auch bei einem der in diesem Buch abgedruckten Vorträge den Vorsitz geführt hat. (»Art under Plutocracy«, a lecture delivered at University

College, Oxford, 14. November 1883.) Indes war Morris doch wieder ein viel zu moderner Geist, um diesen Tendenz zu erliegen oder sich über ihren Charakter zu täuschen. Seine Gegnerschaft gegen die Maschine und das Maschinenprodukt reichte nicht weiter, als wo die Maschine bezw. die moderne Technik das Produkt verschlechtert und die Arbeit herabdrückt. Gegen den Kultus der Handarbeit, bloss weil sie Handarbeit sei, wendet er sich gelegentlich selbst mit aller Schärfe.

»Diese Liebhaberei«, heisst es im achten Vortrag: »The Revival of Handicraft«, von der Schwärmerei für Handwerksarbeit, »ist so weit gediehen, dass es zur Mode geworden ist, mit der Hand verfertigte Artikel zu fordern, selbst wenn sie in keiner Weise ornamentalen Charakter tragen, wie wie z. B. mit der Hand gesponnenes und ohne mechanische Kraft gewebtes wollenes und leinenes Tuch, Handstickerei und dergleichen. Ja, man hört nicht selten ein sehnsüchtiges Verlangen nach der Handarbeit auf dem Felde, die selbst in den rückständigen Teilen der civilisierten Länder rasch verschwindet. Man jammert nach der Sense, der Sichel und selbst dem Dreschflegel, und viele sehen trüben Blickes der Zeit entgegen, wo der Handpflug ebenso völlig verschwunden sein wird, wie die Handmühle, und landaus, landab das Rasseln der Dampfmaschine an die Stelle des Pfeifens des krausköpfigen Pflugknechtes getreten sein wird.... Es ist daher wohl der Mühe wert, darüber nachzudenken, inwieweit dies bloss eine reaktionäre Schwärmerei ist, die auf keine Verwirklichung Aussicht hat, und inwieweit es der Vorbote eines zukünftigen wirklichen Umschwungs in unseren Lebensgewohnheiten sein mag, eines Umschwungs, so unwiderstehlich, wie der einstige Umschwung, der das System der Maschinenproduktion hervorrief, gegen das man jetzt Sturm zu laufen sucht... Und obwohl ich mich schuldig bekennen muss, das obenerwähnte reaktionäre Bedauern zu teilen, muss ich von vornherein den rein ästhetischen Gesichtspunkt ablehnen, der auf den Pflüger, seine Stiere und seinen Pflug, den Garbenbinder, sein Weib und seine Mahlzeit als so und so viele Einzelheiten schaut, die zusammen ein hübsches Gobelin abgeben, das Studierzimmer einer zur Beschaulichkeit geneigten Persönlichkeit damit zu zieren, die es aber nicht der Mühe lohnt, genauer ins Auge zu fassen, ausser insoweit die Schönheit und das Interesse des Bildes dies erfordern.« (S. 214/215.)

Morris war sich also sehr wohl dessen bewusst, dass unsere Gefühlsurteile allein keinen Massstab dafür abgeben können, was in Bezug auf die künstlerische Ausgestaltung unseres Lebens zu schaffen, zu erhalten oder wiederherzustellen ist; er hat auch keineswegs unterschiedslos alles verworfen, was die Neuzeit in dieser Hinsicht gebracht hat. So erklärt er in einem anderen Vortrag — »The lesser arts of life« — dass, von ein paar Ausschreitungen abgesehen, die Damenkleider Englands seit mehreren Jahren »höchst zufriedenstellend« gewesen seien. Ein Urteil, das er dann durch Vergleiche mit früheren Moden näher begründet.

Es ist also kein unbestimmtes Kunstempfinden, das in seinen Vorträgen über »Die Kunst unter der Plutokratie«, die »Kunst und der Sozialismus«, »Kunst, Wohlstand und Reichtum« u. s. w. zum Ausdruck kommt, sondern ein gefesteter, auf ganz bestimmten Kriterien gegründeter Kunstgeschmack, den Morris an der Hand einer weitreichenden Kenntnis der Kunstgeschichte und namentlich auch der Geschichte der Technik von Kunst und Gewerbe wohl zu begründen und zu erläutern weiss. Dieser Kunstgeschmack, wie ihn Morris und andere Vertreter derselben Auffassung seiner Zeit in England propagierten, hat später auch auf dem Festland in gewisser Hinsicht als Secessionsstil, Jugendstil etc. Verbreitung gefunden. Es gehört nicht in den Rahmen dieser Besprechung, darauf näher einzugehen. Wir begnügen uns mit dem blossen Hinweis und bemerken im übrigen, dass, wenn kein Künstler, kein Angehöriger der Kunstgewerbe diese Vorträge ohne reiche Anregung aus der Hand legen wird, auch der Soziologe viel aus ihnen entnehmen kann. Denn das zeichnete eben Morris aus, dass sich bei ihm Kunst und soziales Leben eng verknüpften und er nicht über das eine sprechen konnte, ohne der Zusammenhänge mit dem anderen zu gedenken. Und welch reiches Wissen ihm hier zu Gebote stand, zeigt fast jede Seite dieser, auch in der Form entzückenden Vorträge.

Simons, A. M.: **The American Farmer** (Standard Socialist Series). Chicago 1902. Charles Kerr & Co. 208 S. kl. 8°. Preis:

Der Verfasser, Redakteur einer in englischer Sprache erscheinenden sozialistischen Monatsschrift der Vereinigten Staaten, der International Socialist Review, gibt in der vorliegenden Schrift ein höchst lehrreiches Bild von der Entwickelung der Agrarverhältnisse in gewissen typischen Landesteilen oder Zonen des gewaltigen nordamerikanischen Staatenverbandes. So verhältnismässig jung die Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten ist, wenn man sie mit der Landwirtschaft der grossen Kulturstaaten Europas vergleicht, wo eine über viele Jahrhunderte sich erstreckende Geschichte die verschiedenartigsten Eigentums- und Wirtschaftszustände geschaffen hat und vielfach die Erbschaft von Jahrhunderten auf den Landwirtschaftsbetrieb drückt, so machen sich doch auch bei ihr neben den Einflüssen besonderer klimatischer und geologischer Verhältnisse solche geschichtlicher Natur geltend und bewirken im Verein mit ersteren, dass es heute fast ebenso schwer ist, den Typus des amerikanischen Farmers zu zeichnen, wie etwa den des europäischen Bauern. Der Baumwolle, Zuckerrohr oder Reis bauende Farmer im Süden der Vereinigten Staaten hat, ob Weisser oder Schwarzer, mit dem Korn bauenden oder Vieh züchtenden Farmer der nördlichen Centralstaaten als Wirtschafter schwerlich viel mehr gemein, als wie der Bauer auf Sicilien, im Toskanischen oder in der Po-Ebene mit dem Bauern in Franken, am Rhein oder im Holsteinischen, und zwischen dem Farmer in den dichtbevölkerten Oststaaten der Union und den Farmern im fernen Westen herrschen Unterschiede, die in ihrer Art vielleicht nicht weniger bedeutsam sind, als die zwischen den Bauern Ostelbiens und dem Cultivateur der Bretagne, des Tourraine oder des Roussillon. Der Verfasser ist sich dieser Unterschiede durchaus bewusst und widmet verschiedene Kapitel seiner Schrift ihrer genaueren Beschreibung und Erklärung. So erhalten wir im ersten der drei Bücher, in welche die Schrift eingeteilt ist, Schilderungen der Entwickelung in den Ost- (New England-) Staaten, im Süden, im fernen Westen, im Gebiet der grossen Ebenen, im weiten Westen und in jener Zone des Westens, die man drüben den trockenen Gürtel nennt. Aber wenn der Verfasser sich auch der Unterschiede durchaus bewusst ist, so sucht er doch und bezeichnet es im ersten Kapitel als die Aufgabe seiner Schrift, »bis zu einem gewissen Grade aus den verschiedenartigen Elementen die gemeinsamen Faktoren herauszufinden und die grundlegenden Tatsachen und Verhältnisse zu analysieren, welche die gegenwärtige Lage und wahrscheinliche zukünftige Entwickelung des amerikanischen Farmers bestimmen«. (p. 14.)

Dieser Aufgabe sind das zweite und dritte Buch der Schrift gewidmet. Sie behandeln (zweites Buch) den Zug nach der Stadt, den modernen Farmer, die Umwälzung in der Landwirtschaft, das Verhältnis des Farmers zum Lohnarbeiter und (drittes Buch) die Richtung der zukünftigen Entwickelung, die sozialistische Bewegung, die Beziehungen zwischen dem Sozialismus und den Farmern, sowie als abschliessendes Kapitel eine Betrachtung über die Schritte zur Verwirklichung des dem Verfasser vorschwebenden Ziels: die Sozialisierung der Landwirtschaft. Das Ergebnis der Untersuchung lässt sich etwa dahin zusammenfassen, dass auch in den Vereinigten Staaten die städtische Entwickelung immer mehr das ganze nationale Leben beherrscht und die Landwirtschaft einen immer stärker kapitalistischen Charakter erhält, direkt oder indirekt dem Kapitalismus verfällt, so dass die grössere Masse der Farmer schliesslich nur nominell sich vom Lohnarbeiter unterscheiden, faktisch aber, wie dieser, als Hörige des Kapitals fronen und daher auch das gleiche Interesse wie die Arbeiter haben, die Kapitalmacht in ihren verschiedenen Formen zu bekämpfen bezw. zu expropriieren. Die dem Farmer in Aussicht stehende Zukunft müsse für ihn Anlass sein, sich der Sozialdemokratie anzuschliessen, Arbeiter und Bauern müssten Schulter an Schulter kämpfen.

In der Beweisführung, die viele sehr interessante Tatsachen erbringt, zeigt sich der Verfasser verschiedentlich stark von Kautskys »Agrarfrage« beeinflusst, bezw. folgt er der dort geübten Deduktion, wenn er z. B., um

die Gleichartigkeit der Entwickelung von Landwirtschaft und Industrie nachzuweisen, die Ansammlung von landwirtschaftlichen Hypotheken in den Händen von Lebensversicherungsgesellschaften etc. als einen Konzentrationsprozess der Landwirtschaft der Konzentration der Industrie an die Seite stellt. Es braucht aber nur etwas tieferen Eindringens in den Gegenstand, um sich zu überzeugen, dass diese Gleichsetzung auf Grund einer formalen Parallelität zu den grössten Fehlschlüssen führen muss. Der Bauer, der etliche Hypothekenschulden hat, ist deshalb noch lange kein Proletarier. Ebenso ist es ein falscher Analogieschluss, aus der Verarbeitung gewisser landwirtschaftlicher Produkte in grossen Industriebetrieben auf die Abhängigkeit der betreffenden Bauern oder Landwirte von diesen Betriebsunternehmungen zu folgern. Solche Abhängigkeit kommt vor, ist aber nicht unabwendbar. Als jüngst im deutschen Reichstage die Zuckerfrage behandelt wurde, ward von irgend einer Seite für die kleinen und mittleren Zuckerfabriken gegen die grossen plaidiert. Da ward aber sofort von Interessenten der Beweis geliefert, dass, während die meisten kleinen und mittleren Zuckerfabriken richtige kapitalistische Unternehmungen sind, die grossen und grössten genossenschaftliches oder Aktieneigentum der rübenbauenden Landwirte sind. Aehnlich steht es bekanntlich beim Spiritus. Andere landwirtschaftliche Genossenschaften haben zwar einen weniger stark centralistischen Charakter , sind aber doch weit davon entfernt, den Bauer mit Notwendigkeit dem proletarischen Sozialismus näher zu führen. Man darf sich darüber nicht täuschen, wenn es auch immer wieder Verhältnisse geben mag, die einen grösseren oder geringeren Teil der Bauern veranlassen werden, politisch mit der Arbeiterpartei zu stimmen. In seinem Bestreben, eine grössere Interessengemeinschaft zwischen Arbeitersozialisten und Bauern nachzuweisen, entwickelt der Verfasser übrigens Ansichten, die ihn ziemlich weit von Kautsky ab und in die unmittelbarste Nähe von dessen Antagonisten David bringen. Ueberhaupt ist der Verfasser auf keine Richtung innerhalb der Sozialdemokratie eingeschworen. Auf S. 203 schreibt er, die Sozialisten seien »durch keine unabänderliche Formel, Plan oder Doktrin gebunden«, und »falls die fernere ökonomische Entwickelung zeige, dass es industrielle Gebiete gebe, wo die Konzentrierung nicht wirtschaftlich ist und die Ausbeutung abgeschafft und die Produktion gesteigert werden kann bei Fortdauer des Privateigentums an gewissen Produktionsmitteln«, so stehe »solche Fortdauer in keiner Weise mit den Prinzipien der sozialistischen Philosophie in Widerspruch«. Ein unseres Erachtens durchaus richtiger Gedanke, der aber verwerflich wird, sobald man den absoluten Kommunismus als das Endziel des Sozialismus bezeichnet.

Trotzdem die Schrift hier und da unter dem Einfluss vorgefasster Meinungen leidet, ist sie im ganzen doch als eine sehr tüchtige Leistung zu begrüssen. Der Verfasser hat sich offenbar bemüht, ein genaues, sachgemässes Bild von den agrarischen Verhältnissen der Vereinigten Staaten zu gewinnen, sein Buch legt von vielem Studium Zeugnis ab. Es bietet in gedrängter Form sehr viel des Wissenswerten und ist nichts weniger als trocken geschrieben.

4. In italienischer Sprache.

Ferri, Enrico: **Associazioni operaie 'e Socialismo;** Il Conto dello Scozzese. Roma 1902. Libreria Socialista Italiana. 7 S.

Eine knappe, fast programmatische Darstellung von Ferris Grundgedanken über den Wert der Genossenschaften und Gewerkschaften. In seiner geistreichen, meiner Ansicht nach jüngst sehr zu Unrecht beanstandeten Art bilder- und gleichnisreicher Sprache weist Ferri darauf hin, dass die Gewerkschaft nur in grossen, alle Berufsarten umfassenden Verbande wirklich Dauerndes zu leisten vermag. — Der zweite Teil des Heftchens ist eine feine Satire auf den Staat, dem es ebenso ergehe, wie jenem schottischen Arbeiter, der mit seinen 2 Schilling Tagesverdienst nie auskäme und trotz aller Einschränkungen seine Ausgaben nie in Ordnung

zu bringen vermochte, weil er das Tageskonto des Schnapses — 1 Schilling! — als durchaus invariabel ansehe. Beim modernen Staat vertrete.... das Heerwesen die Stelle des Schnapses. Allein darum schon könnten die Staatsausgaben nie das nötige Gleichgewicht haben. *Dr. Michels.*

Viviani, Sylva: **Le Riforme Militari Tecniche, la Marina.** Milano, Uffici della Critica Sociale. 50 Ctsi.

Sylva Viviani, nicht zu verwechseln mit dem bekannten französischen Sozialisten René Viviani, gehört mit Enrico Ferri und Guglielmo Ferrero zu den entschiedensten Kämpfern gegen den Militarismus in Italien. — Vorliegendes Schriftchen, welches zuerst artikelweise in der Critica Sociale erschienen ist, soll den Beweis führen, wie unfruchtbar die jährlich für die italienische Kriegsarmee verausgabten 120 Millionen Lire sind. Der Verfasser räumt mit allen nationalistischen Vorurteilen gründlich auf. Zahlenmässig und streng logisch weist er nach, in welchem Missverhältnis die Marineausgaben zu dem Zweck stehen, den sie doch eigentlich allein verfolgen sollen: die Küstenverteidigung, d. h. die Verhinderung eines feindlichen Landungsversuchs, sowie die Erschwerung einer Verheerung der Küsten und Vernichtung der grossen Hafenstädte. Zur Erreichung des letztgenannten Zweckes hält der Verfasser die Sperrung der Zugänge durch starke Torpedoanlagen für viel geeigneter, als die »grande flotta« der Kriegschwärmer. Auch das zweite Lieblingsargument der »demagogia militaresca«, wie Viviani seine Gegner nennt, die Notwendigkeit einer starken Flotte zur Hinderung einer feindlichen Landung, wird unbarmherzig blossgestellt. Mit Berufung auf anerkannte Militärschriftsteller, wie den Oberst E. Barone und den Deutschen von der Goltz-Pascha, beweist er, dass unter den heutigen Verhältnissen und bei dem starken Landheer eine Landung feindlicher Truppen, wenn überhaupt möglich, so doch jedenfalls keine entscheidende Rolle mehr spielen könne und im ganzen zu einem militaristischen Schreckgespenst zusammengeschrumpft sei.

Das Büchlein wäre meines Erachtens wohl wert, ins Deutsche übertragen zu werden, zumal da Analogieen hier sehr nahe liegen. *Robert Michels.*

Schiavi, Allessandro: **Gli Scioperi e la Produzione.** Milano 1902. Uffici della Critica Sociale. 65 S. 8°. Preis: 25 cts.

Der Verfasser, einer der Redakteure des Hauptorgans der italienischen Sozialdemokratie, untersucht hier die Rolle der Streiks und weiterhin der Gewerkschaften überhaupt auf die Entwickelung der Produktion. Er weist an der Hand von Beispielen aus der Geschichte der Gewerkvereinskämpfe und ihrer Ergebnisse nach, dass die Arbeiter in den verschiedenen Ländern behufs zweckmässiger Stellung ihrer Forderungen danach streben müssen, sich über die Einzelheiten der Produktionstechnik und die internationalen Marktverhältnisse genau auf dem Laufenden zu halten, ein Gesichtspunkt, der für Italien ein erhöhtes Interesse dadurch erhält, dass in diesem Lande in neuerer Zeit gewisse Industrieen einen sehr bedeutenden Aufschwung genommen, Weltmarktbedeutung erlangt haben. Er weist auf die vielen Beispiele hin, wo die Entwickelung der Produktion durch Streiks, Arbeiterschutz oder ähnlichen Gegendruck gegen die Willkür der Unternehmer grosse Förderung erfahren hat, zeigt aber auch die Schranken der gewerkschaftlichen Aktion. Die Schrift, die u. a .einen Ueberblick über den Charakter und Stand der Gewerkschaftsbewegung der Hauptländer gibt, legt Zeugnis ab für die Belesenheit und das Streben ihres Verfassers, die Dinge in möglichster theoretischer Tiefe zu erfassen.

Vivanti, Cesare: **Le nuove Influenze sociali nel Diritto Privato.** Discorso inaugurale letto nel giorno 8 Novembre 1902. Roma 1902. Fratelli Palotta. 22 S. 4°.

»Es gibt ängstliche und zu spät gekommene Geister, die mit den Augen der Furcht auf die letzte Phase der derzeitigen sozialen Bewegung blicken, als ob sie sich von heute auf morgen ausspielen werde, und vor ihr wie vor einem Sprung ins Dunkle zurückschrecken. Sie vergegenwärtigen sich nicht, dass keine Gewalt der Welt die sozialen Umgestaltungen verhindern kann,

dass sie mit der Furcht ihren Verlauf nur düsterer machen und beschleunigen und dass trotz ihrer Klagen die Nachwelt uns alle, Fortschrittler und Konservative, als die Elemente einer Epoche, welche grosse Reformen erzeugte, in ein Bündel zusammenfassen wird.... Ihr aber seid zu sehr zur Kritik erzogen, um die Furcht vor dem Neuen zu kennen, noch darf die Universität dieser Furcht als Zufluchtsstätte dienen. Die Universität ist keine Akademie, wo man über das Vergangene weint. Sie ist ein vorgeschobener Beobachtungsposten auf dem grossen Meere des Lebens, um die allgemeinen und kollektiven Strömungen des zeitgenössischen Bewusstseins mit jener ruhigen Erwartung zu prüfen, welche die historische und positive Methode in der sozialen Entwickelung einflösst.«

Mit diesen Worten beginnt die Antrittsvorlesung, die der Verfasser als ordentlicher Professor des Handelsrechts an der Universität Rom am 8. November 1902 vor einer gemischten Hörerschaft, darunter zwei Minister, gehalten hat. Der weitere Text straft die Einleitung nicht Lügen. Es ist die mutige Rede eines Mannes, der aus seiner sozialistischen Gesinnung kein Hehl macht. Der Vortragende zeigt, wie die sozialen Strömungen der Gegenwart, insbesondere die Arbeiterbewegung, auf das Privatrecht zurückwirken und ihm neue Prinzipien, die Anerkennung ganz neuer Regeln aufnötigen, durch welche namentlich der Grundsatz der Solidarität in immer weiterem Umfange und weiterer Deutung Anwendung erhält. Indem er schliesslich von der Solidarität der jeweiligen Menschen auf die der Generationen übergeht, findet der Verfasser auch Gelegenheit, zu betonen, dass »bei Lösung sozialer Probleme die Unendlichkeit nicht ausserhalb des Lebens, nicht jenseits des Grabes gesucht werden darf«, sondern nur »hier auf der Erde, bloss mit den Elementen, die sie uns darbietet, in der unendlichen Bewegung der Generationen« gesucht werden muss, die auf dem Kampfgebiet selbst einander folgen.

5. In holländischer Sprache.

Holst, H. Roland — van der **Schalk. Kapitaal en Arbeid in Nederland.** Bijdrage tot de economische geschiedenis der 19de eeuw. (Sociale Bibliotheek No. 2.) Amsterdam 1902. A. B. Soep. 211 S. 8°.

Die Verfasserin dieses Werkes gibt in einem ersten Kapitel ein Bild von den sozialen Zuständen in Holland bezw. den Niederlanden zur Zeit des Untergangs der alten niederländischen Republik. Dann schildert ein längeres Kapitel die kapitalistische Entwickelung in der Zeit von 1815 bis 1870. Ein weiteres Kapitel behandelt das Los der arbeitenden Klassen in dieser Epoche, und das Schlusskapitel schildert die Zustände unter dem Walten — im »Griff« — des modernen Kapitalismus. Als einen der Hauptzwecke ihrer Untersuchung bezeichnet Frau Holst im Vorwort, »mehr als aus dem ökonomischen Zustand aus der ökonomischen Geschichte Niederlands« den Charakter seiner Arbeiterbewegung zu erklären. Dies namentlich deshalb, weil der Vergleich mit Ländern, die, obwohl ökonomisch nicht höher entwickelt als Holland, doch eine stärkere Arbeiterbewegung haben, die Genossen der Verfasserin dazu führen könne, am Zustandekommen einer kräftigen Bewegung in Holland zu zweifeln. Dieser Zweifel werde schwinden und freudiger Hoffnung Platz machen, wenn man erkenne, dass, was die holländischen Arbeiter lange geistig gelähmt habe und zum Teil noch lähme, die Rückwirkungen einer allgemeinen Verfallsepoche seien, der erst ein langer wirtschaftlicher Stillstand und dann eine abnormal langsame, krüppelhafte Entwickelung folgten. Viele der eigenartigen Schwächen des niederländischen Proletariats seien Ueberbleibsel seiner langen Demütigung, es befreie sich von ihnen und richte sich wieder auf; sei auch die Bewegung noch vielfach unklar und unzusammenhängend, so werde doch ebenso, wie der düsteren Nacht die Morgenröte gefolgt ist, auf diese der helle Tag folgen. Das Buch erbringt sehr viel interessantes Material und spricht für das nicht gewöhnliche ökonomische Verständnis und geschichtswissenschaftliche Urteil der Verfasserin.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Der „heilige Max".

Aus einem Werk von Marx-Engels über Stirner.

Vorbemerkung.

Unter den Manuskripten, die Friedrich Engels testamentarisch der Fürsorge von August Bebel und dem Herausgeber dieser Zeitschrift anvertraute, befand sich auch eine Arbeit über oder gegen Max Stirner, den vornehmlich durch die anarchistische und die an Nietzsche anknüpfende literarische Bewegung wieder bekannter gewordenen Verfasser von »Der Einzige und sein Eigentum.« Auf einer von Engels herrührenden Liste der erwähnten Manuskripte steht bei diesem Manuskript in Klammern der Vermerk: »Mohr und ich«, was anzeigen soll, dass es sich um eine Kollcktivarbeit von Marx (»Mohr«) und Engcls handle. Das Manuskript selbst ist zum weitaus grössten Teil von Engels' Hand, nur die ersten 16 und noch einige spätere Seiten sind von Moses Hess geschrieben, von dem ein ganzes, den »Propheten« Kuhlmann behandelndes Manuskript dem Nachlass beiliegt. In Marx' Handschrift erscheinen nur kleine Korrekturen im Text und am Rande des Manuskripts.

Es ist nun selbstverständlich, dass aus diesem Verhältnis der Handschriften kein Schluss gezogen werden kann, wieviel jeder der Genannten inhaltlich zu der Arbeit beigetragen hat. Vielmehr müssen wir annehmen, dass wir es im Manuskript mit einer von Hess und Engels ausgeführten Reinschrift zu tun haben, die von Marx noch einmal durchgesehen und hier und da verbessert wurde. Und damit könnten wir uns, wenn lediglich Marx und Engels in Frage wären, auch begnügen. Das literarische Verhältnis von Marx und Engels zueinander steht heute hinlänglich fest, um eine Erörterung der Frage, wieviel Marx und wieviel Engels zu jeder einzelnen Kollektivarbeit beider beigetragen haben mögen, als ziemlich überflüssig erscheinen zu lassen. Aber es ist nun doch auch noch Hess in Frage, von dem bekannt ist, dass er, noch ehe Marx und Engels an die Arbeit gegen Stirner gingen, eine Broschüre veröffentlicht hatte, worin dieser kritisch zerzaust ward. Vergleiche darüber unter anderem Mehring: Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, Bd. II, S. 97 ff., wonach die Abfassung der Hessschen Broschüre in den Januar 1845 entfällt, während Engels für die vorliegende Arbeit das Datum 1845/46 angibt. Anzunehmen, dass Hess bei ihr ausschliesslich als Abschreiber fungiert habe, heisst diesem, der damals immerhin als Sozialist der Senior von Marx und Engels war, eine gar zu niedrige Stelle anweisen. Es stände auch im Widerspruch mit einer Bemerkung, die Engels im Frühjahr 1884 gegenüber dem Schreiber

dieses über der Letzteren damaliges Verhältnis zu Hess gemacht hat und in der von einer ernsthafteren Beteiligung von Hess an den ersten Arbeiten von Marx und Engels gegen die »Freien« und gewisse »wahre« Sozialisten die Rede war. Es muss danach eine Mitwirkung von Hess vorausgesetzt werden, die mehr war, als blosse Abschreiberei. Sie kann jedoch auch nicht sehr bedeutend gewesen sein. Der theoretische Standpunkt der Arbeit erweist sich sehr bald als durchaus marxistisch, und auch der Ton und Stil hat wenig Aehnlichkeit mit der Hessschen, sehr viel dagegen mit der polemischen Manier, wie sie Marx und Engels damals liebten. In der Hauptsache müssen wir daher doch diese als die Urheber des Manuskripts betrachten.

Wir halten es nicht für angemessen, hier eine Wertung der Arbeit selbst zu versuchen. Unzweifelhaft entspricht die in ihr geübte Polemik in mancher Hinsicht nicht mehr dem Zeitgeschmack. Fragen der Methode pflegen wir heute ohne die etwas in die Breite gehende Parodistik zu erledigen, der wir in ihr begegnen, und die einer Epoche entspricht, wo der Sozialismus überhaupt erst in kleinen Konventikeln von Arbeitern und allerhand Akademikern abstrakt diskutiert wird, aber noch nicht zu einer ernsthaften Frage des politischen Lebens der Nation geworden ist. In diesen Dingen gibt es ein Gesetz umgekehrter Proportion. Der Umfang der Debatten steht im umgekehrten Verhältnis zur Grösse des Kreises ihres Publikums. Und ähnlich steht es mit ihrer dialektischen Schärfe. Wie sich späterhin wieder in Russland gezeigt hat, erreichen in einer Zeit, wo eine Bewegung noch nicht tiefer in das organische Leben der Nation eingedrungen ist, die theoretischen Debatten oft gerade ihre höchste Höhe. Die Geister arbeiten um so intensiver, je enger das Feld für die praktische Verwertung ihrer Arbeit abgesteckt ist. Die Dialektik feiert ihre höchsten Triumphe, überbietet sich aber zugleich gern in Spitzfindigkeiten und Haarspaltereien kleinlichster Art.

So fehlt es denn auch der vorliegenden Arbeit nicht an Kraftleistungen dialektischen Uebermuts. Wir glauben ihren Verfassern nicht unrecht zu tun, sondern in ihrem Geiste zu handeln, wenn wir erklären, dass manches von dem, was hier gegen Stirner vorgebracht wird, nicht zu wörtlich genommen werden darf. Es handelt sich nicht um eine Würdigung Stirners, sondern um einen Kampf m i t oder g e g e n S t i r n e r, um einen Waffengang in einem Turnier, in dem auf beiden Seiten es als erlaubtes Fechterkunststück galt, die Blössen des Gegners zu übertreiben.

Dies soweit die literarische Persönlichkeit in Frage kommt, mit der sich die Arbeit beschäftigt. Im übrigen darf das Wort Turnier nicht die Vorstellung erwecken, als ob es sich hier um ein blosses Spiel handelte. Der Aufsatz ist ein Stück der grossen Abrechnung von Marx-Engels mit den einstigen Kampfgenossen von der äussersten Hegelschen Linken und hat als solches nicht nur ein grosses historisches Interesse, sondern bietet auch inhaltlich viele Stellen von bleibendem Wert. Er ist später entstanden als die »Heilige Familie«, die nun in der Mehringschen Sammelausgabe weiteren Kreisen zugängig gemacht ist, und früher, als die Streitschrift gegen Proudhon. Ihn vollinhaltlich wiederzugeben, verbietet ein wichtiger Umstand: mit Bezug auf ihn war das Marxsche Wort von der »nagenden Kritik der Mäuse« (Vorwort von Zur Kritik der politischen

Oekonomie) nur zu buchstäbliche Wahrheit. Ganze Partieen des mehrere hundert Folioseiten starken Manuskriptes sind so sehr von Mäusen zerfressen, dass es unmöglich ist, ihren Inhalt wiederherzustellen. Wir beschränken uns daher darauf, Teilstücke der vollständig gebliebenen Partieen zum Abdruck zu bringen. Nach ihrer Veröffentlichung wird sich ja ergeben, ob ein stärkeres Bedürfnis besteht, auch den Rest kennen zu lernen, soweit ihn die Mäuse unzernagt gelassen haben.

Das Manuskript trägt an der Spitze eine römische Drei, woraus sich schon ergibt, dass es als Teil eines Sammelwerks gedacht war. In seinen ersten Sätzen knüpft es an den Aufsatz »Das Leipziger Konzil« an, der von Mehring in dem schon erwähnten Bande auf S. 99 ff. besprochen wird und die Artikel persifliert, die Bruno Bauer und Max Stirner im dritten Heft des Jahrgangs 1845 der Wigandschen Vierteljahrsschrift veröffentlicht hatten. Wie in jenem Aufsatz, so wird auch hier Stirner als Kirchenvater »Sankt Max« behandelt, und Anspielungen aller Art setzen Kenntnis des Bauer-Stirnerschen Literaturkreises voraus. Soweit dieser von Mackay und Mehring vorgeführt worden ist, glauben wir ihn hier als bekannt voraussetzen und uns der kommentierenden Noten zu den ihn betreffenden Stellen der vorliegenden Arbeit enthalten zu dürfen.

Berlin, den 14. Dezember 1902.

Die Redaktion der Dokumente des Sozialismus.

* * *

III. Sankt Max.

„Was jehen mir die jrinen Beeme an.“

Der Heilige Max exploitiert, »verbraucht« oder »benutzt« das Konzil dazu, einen langen apologetischen Kommentar »des Buches« zu geben, welches kein anderes Buch ist, als »das Buch«, das Buch als solches, das Buch schlechthin, d. h. das vollkommene Buch, das Heilige Buch, das Buch als Heiliges, das Buch als das Heilige — das Buch im Himmel, nämlich »der Einzige und sein Eigentum«. »Das Buch« war bekanntlich gegen Ende 1844 aus dem Himmel herab gefallen und hatte bei O. Wigand in Leipzig Knechtsgestalt angenommen. Es hatte sich so den Wechselfällen des irdischen Lebens preisgegeben und war von drei »Einzigen«, nämlich von der geheimnisvollen Persönlichkeit Szeliga, von dem Gnostiker Feuerbach und von Hess angegriffen worden. So erhaben der Heilige Max auch als Schöpfer in jedem Augenblick über sich als Geschöpf, wie über seine sonstigen Geschöpfe ist, erbarmte er sich dennoch seines schwachen Kindleins und stiess zu seiner Wehrung und Sicherstellung ein lautes »kritisches Juchhe« aus. — Um sowohl dies »kritische Juchhe«, wie die geheimnisvolle Persönlichkeit Szeliga in ihrer ganzen Bedeutung zu ergründen, müssen wir hier einigermassen auf die Kirchengeschichte eingehen und »das Buch« näher betrachten. Oder, um mit Sankt Max zu sprechen: Wir wollen »an dieser Stelle« eine kirchengeschichtliche »Reflexion« über den »Einzigen und sein Eigentum« »episodisch einlegen«, »lediglich darum«, »weil uns dünkt, sie könne zur Verdeutlichung des übrigen beitragen.«

»Machet die Tore weit und die Türen in der Welt hoch, dass der König der Ehren einziehe. — Wer ist derselbe König der Ehren? Es ist der »Feldherr«, stark und mächtig, »der Feldherr«, mächtig im Streit.

Machet die Tore weit und die Türen in der Welt hoch, dass der König der Ehren einziehe. — Wer ist derselbe König der Ehren? Es ist der Herr Einzige, Er ist der König der Ehren.« (Ps. 24, 7—10.)

1. Der Einzige und sein Eigentum.

Der Mann, der »sein' Sach' auf nichts gestellt hat«, beginnt als guter Deutscher sein langgezogenes »kritisches Juchhe« sogleich mit einer Jeremiade. »Was soll nicht alles Meine Sache sein?« (p. 5 des Buchs.) Und er jammert herzzerreissend weiter, dass »alles seine Sache sein soll«, dass man ihm »die Sache Gottes, die Sache der Menschheit, der Wahrheit, Freiheit, ferner die Sache Seines Volkes, Seines Fürsten« und tausend andere gute Sachen aufbürdet. Der arme Mann! Der französische und englische Bourgeois klagt über Mangel an Debouchés, über Handelskrisen, panische Schrecken an der Börse, augenblickliche politische Konstellationen u. s. w.; der deutsche Kleinbürger, der aktiv nur einen ideellen Anteil an der Bourgeoisbewegung genommen und im übrigen nur seine eigene Haut zu Markt getragen hat, stellt sich seine eigene Sache nur als »die gute Sache«, die »Sache der Freiheit, Wahrheit, Menschheit« etc. vor. Unser deutscher Schulmeister glaubt ihm tout bonnement diese Einbildung und setzt sich mit allen diesen guten Sachen auf drei Seiten vorläufig auseinander.

Er untersucht die »Sache Gottes«, die »Sache der Menschheit«,p. 6 und 7, und findet, dass dies »rein egoistische Sachen« sind, dass sowohl »Gott« wie die »Menschheit« sich nur um das I h r i g e bekümmern, dass es »der Wahrheit, der Freiheit, der Humanität, der Gerechtigkeit« »nur um sich, nicht um Uns, nur um Ihr Wohl, nicht um das Unsere zu tun ist« — woraus er den Schluss zieht, dass sich alle diese Personen »ausnehmend gut dabei stehen«. Er geht so weit, diese idealistischen Phrasen, Gott, Wahrheit u. s. w. in wohlhabende Bürger zu verwandeln, die »sich ausnehmend gut stehen« und eines »e i n t r ä g l i c h e n Egoismus« erfreuen. Das aber wurmt den Heiligen Egoisten: »Und Ich?« ruft er aus. »Ich Meinesteils nehme Mir eine Lehre daran und will, statt jenen grossen Egoisten ferner zu dienen, lieber selber der Egoist sein!« (p. 7.)

Wir sehen also, welch' heilige Motive den heiligen Max bei seinem Uebertritt zum Egoismus leiten. Nicht die Güter dieser Welt, nicht die Schätze, so die Motten und der Rost fressen, nicht die Kapitalien seiner Mit-Einzigen, sondern der Schatz im Himmel, die Kapitalien Gottes, der Wahrheit, Freiheit, Menschheit etc. lassen ihn nicht ruhen. Mutete man ihm nicht zu, den vielen guten Sachen zu dienen, er würde nie zu der Entdeckung gekommen sein, dass er auch eine »eigene« Sache habe, würde also auch diese seine Sache nicht »auf Nichts« (d. h. »das Buch«) »gestellt« haben.

Hätte Sankt Max sich die verschiedenen »Sachen« und »Eigner« dieser Sachen, z. B. Gott, Menschheit, Wahrheit etwas näher betrachtet, so wäre er zu dem entgegengesetzten Schluss gekommen, dass ein auf die egoistische Handlungsweise dieser Personen basierter Egoismus ebenso eingebildet sein müsse, wie diese Personen selbst.

Statt dessen entschliesst sich unser Heiliger, »Gott« und »der Wahrheit« Konkurrenz zu machen und seine Sache auf Sich zu stellen — »auf Mich, der Ich so gut wie Gott das Nichts von allem andern, der Ich Mein alles, der Ich der Einzige bin. —— Ich bin Nichts im Sinne der Leerheit, s o n d e r n das schöpferische Nichts, das Nichts, aus welchem Ich selbst als Schöpfer alles schaffe.«

Der heilige Kirchenvater hätte diesen letzten Satz auch so ausdrücken können: Ich bin alles in der Leerheit des Unsinns, »s o n d e r n« der nich-

tige Schöpfer, das Alles, aus welchem ich selbst als Schöpfer Nichts schaffe.

Welche von diesen beiden Lesarten die richtige ist, wird sich herausstellen. Soweit die Vorrede. —

»Das Buch« selbst teilt sich, wie das »weiland« Buch, in das alte und neue Testament, nämlich in die einzige Geschichte des Menschen (das Gesetz und die Propheten) und in die unmenschliche Geschichte des Einzigen (Evangelium vom Reiche Gottes). Das erste ist die Geschichte innerhalb der Logik, der in der Vergangenheit gebundene Logos, das zweite die Logik in der Geschichte, der freigewordene Logos, der mit der Gegenwart kämpft und sie siegreich überwältigt.

Altes Testament: Der Mensch.

1. Genesis, d. i. Ein Menschenleben.

Sankt Max schützt hier vor, die Biographie seines Todfeindes, »des Menschen«, zu schreiben, nicht die eines »Einzigen« oder »wirklichen Individuums«. Dies verwickelt ihn in ergötzliche Widersprüche.

Wie sich's für eine normale Genesis geziemt, beginnt das »Menschenleben« ab ovo, mit dem »Kinde.« Das Kind, wird uns p. 13 enthüllt, lebt gleich im Kampfe gegen die ganze Welt, es wehrt sich gegen alles, und alles wehrt sich gegen es. »Feinde bleiben beide«, aber »in Ehrfurcht und Respekt« und »liegen immer auf der Lauer, sie lauern einer auf die Schwäche des andern«; was p. 14 dahin weiter ausgeführt wird, dass wir als Kinder auf den Grund der Dinge oder hinter die Dinge zu kommen suchen; daher (also nicht mehr aus Feindschaft) lauschen wir allen ihre Schwächen ab. (Hier ist Szeligas Finger, des Geheimniskrämers.) Das Kind wird also gleich zum Metaphysiker, der auf den Grund der Dinge zu kommen sucht.

Dieses spekulierende Kind, dem die »Natur der Dinge« mehr am Herzen liegt, als sein Spielzeug, wird nun »mitunter« auf die Dauer mit der »Welt der Dinge« fertig, besiegt sie und kommt dann in eine neue Phase, das Jünglingsalter, wo es einen neuen »sauern Lebenskampf«, den Kampf gegen die Vernunft, zu bestehen hat, denn »Geist heisst die erste Selbstfindung« und »Wir sind über der Welt, Wir sind Geist» (p. 15). Der Standpunkt des Jünglings ist »der himmlische«; das Kind »lernte« nur, »es hielt sich bei rein logischen oder theologischen Fragen nicht auf«, wie denn auch (das Kind) »Pilatus« rasch über die Frage: »Was ist Wahrheit?« hinwegeilt (p. 17). Der Jüngling »sucht der Gedanken habhaft zu werden«, »versteht Ideen, den Geist,« und »sucht nach Ideen«; er »hängt seinen Gedanken nach« (p. 16), er hat »absolute Gedanken, d. h. nichts als Gedanken, logische Gedanken«. Der Jüngling, der also »sich gebahrt«, statt jungen Frauenzimmern und sonstigen profanen Dingen nachzujagen, ist kein anderer, als der junge »Stirner«, der Berliner studierende Jüngling, der Hegelsche Logik treibt und dem grossen Michelet zustaunt. Von diesem Jüngling heisst es mit Recht p. 17: »Den reinen Gedanken zutage zu fördern, ihm anzuhangen, das ist Jugendlust, und alle Lichtgestalten der Gedankenwelt, die Wahrheit, Freiheit, Menschentum, der Mensch erleuchten und begeistern die jugendliche Seele.« Dieser Jüngling »wirft« dann auch »den Gegenstand beiseite« und »beschäftigt sich« bloss »mit seinen Gedanken«; »alles nicht Geistige befasst er unter dem verächtlichen Namen der Aeusserlichkeiten, und wenn er gleichwohl an solchen Aeusserlichkeiten haftet, z. B. am Burschikosen etc., so

geschieht es, wenn und weil er in ihnen Geist entdeckt, d. h. wenn sie ihm Symbole sind.« [Wer »entdeckt« hier nicht »Szeliga«?] Guter Berliner Jüngling! Der Bierkomment der Korpsburschen war für ihn nur »ein Symbol«, nur »einem Symbol« zu Gefallen hat er sich so manches Mal unter den Tisch trinken lassen, unter welchem er wahrscheinlich auch »Geist entdecken« wollte! — Wie gut dieser gute Jüngling ist, an dem sich der alte Ewald, der zwei Bände über den »guten Jüngling« schrieb, ein Exempel hätte nehmen können, zeigt sich auch daraus, dass es für ihn »heisst« (p. 15), »Vater und Mutter sei zu verlassen, alle Naturgewalt für gesprengt zu erachten.« Für ihn, »den Vernünftigen, gibt es keine Familie als Naturgewalt, es zeigt sich eine Absagung von Eltern, Geschwistern etc.« — die aber alle »als geistige, vernünftige Gewalten wiedergeboren werden«, wodurch der gute Jüngling dann den Gehorsam und die Furcht vor den Eltern und seinem spekulierenden Gewissen in Einklang gebracht hat und alles beim alten bleibt. Ebenso »heisst es nun« (p. 15): »Man muss Gott mehr gehorchen, als den Menschen.« Ja, der gute Jüngling erreicht die höchste Spitze der Moralität p. 16, wo »es nun heisst«: »Man muss seinem Gewissen mehr gehorchen, als Gott.« Dieses moralische Hochgefühl setzt ihn sogar über »die rächenden Eumeniden«, ja über »den Zorn des Poseidon« hinweg — nichts fürchtet er mehr, als — »das Gewissen.«

Nachdem er entdeckt hat, dass »der Geist das Wesentliche« sei, fürchtet er sich sogar nicht mehr vor folgenden halsbrechenden Schlüssen: »Ist aber der Geist als das Wesentliche erkannt, so macht es doch einen Unterschied, ob der Geist arm oder reich ist, und man sucht deshalb (!) reich an Geist zu werden; es will der Geist sich ausbreiten, sein Reich zu gründen, ein Reich, das nicht von dieser Welt ist, der eben überwundenen. — So sehnt er sich nun, alles in allem zu werden (wieso?), d. h. obgleich ich Geist bin, bin Ich doch nicht vollendeter Geist und muss den vollendeten Geist erst suchen.« (p. 17).

»So macht es doch einen Unterschied.« — »Es«, was? Welches »Es« macht diesen Unterschied? Wir werden dieses geheimnisvolle »Es« noch sehr häufig bei dem heiligen Manne wiederfinden, wo sich dann herausstellen wird, dass es der Einzige auf dem Standpunkte der Substanz, der Anfang der »einzigen« Logik und als solches die wahre Identität des Hegelschen »Sein« und »Nichts« ist. Für alles, was dieses »Es« tut, sagt und macht, machen wir daher unseren Heiligen, der sich zu ihm als Schöpfer verhält, verantwortlich. Zuerst macht dieses »Es«, wie wir sahen, einen Unterschied zwischen Arm und Reich, und zwar weshalb? weil »der Geist als das Wesentliche erkannt ist.« Armes »Es«, das ohne diese Erkenntnis nie zu dem Unterschiede von Arm und Reich gekommen wäre! »Und man sucht deshalb« etc. »Man!« Hier haben wir die zweite unpersönliche Person, die ausser dem »Es« in Stirners Diensten steht und ihm die härtesten Hand- und Schubdienste verrichten muss. Wie sich die beiden unter die Arme zu greifen gewohnt sind, zeigt sich hier. Weil »Es« einen Unterschied macht, ob der Geist arm oder reich sei, so sucht »Man« (wer anders, als Stirners getreuer Knecht wäre auf diesen Einfall gekommen!), so sucht »Man deshalb reich an Geist zu werden.« »Es« gibt das Signal, und gleich stimmt »Man« aus voller Kehle ein. Die Teilung der Arbeit ist klassisch durchgeführt. —

Weil »man reich an Geist zu werden sucht«, so »will der Geist sich ausbreiten, sein Reich gründen« etc. »Ist aber« hier ein Zusammenhang vorhanden, »so macht es doch einen Unterschied«, ob »man reich an Geist« werden oder »der Geist sein Reich gründen«

will. »Der Geist« hat bisher noch nichts gewollt, »der Geist« hat noch nicht als Person figuriert, es hat sich nur um den Geist des »Jünglings«, nicht um »den Geist« schlechthin, den Geist als Subjekt gehandelt. Aber der heilige Schriftsteller hat jetzt einen anderen Geist, als den des Jünglings, nötig, um ihn diesem als fremden, in letzter Instanz als heiligen Geist entgegenstellen zu können. Eskamotage Nr. 1.

»So sehnt sich der Geist denn, alles in allem zu werden«, ein etwas dunkler Spruch, der dahin erläutert wird: »obgleich Ich Geist bin, bin ich doch nicht vollendeter Geist, und muss den vollkommenen Geist erst suchen.« Ist aber der heilige Max »unvollendeter Geist«, »so macht es doch einen Unterschied«, ob er seinen Geist zu »vollenden« oder ob er »den vollendeten Geist« suchen muss. Er hatte es überhaupt ein paar Zeilen vorher nur mit dem »armen« und »reichen« Geiste zu tun — quantitativer, profaner Unterschied — jetzt auf einmal mit dem »unvollendeten« und »vollendeten« Geiste — qualitativer, mysteriöser Unterschied. Das Streben nach Ausbildung des eigenen Geistes kann sich nun in die Jagd des »unvollendeten Geistes« auf »den vollendeten Geist« verwandeln. Der Heilige Geist geht als Gespenst um. Eskamotage Nr. 2.

Der heilige Autor fährt fort: »Damit (nämlich mit dieser Verwandlung des Strebens nach der »Vollendung« meines Geistes in das Suchen nach »dem vollendeten Geist«) verliere Ich aber, der Ich Mich soeben als Geist gefunden hatte, sogleich Mich wieder, indem Ich vor dem vollendeten Geiste, als einem Mir nicht eigenen, sondern jenseitigen Mich beuge und meine Leerheit fühle.« (p. 18.)

Dies ist weiter nichts als eine weitere Ausführung von Eskamotage Nr. 2. Nachdem der »vollendete Geist« einmal als ein existierendes Wesen vorausgesetzt und dem »unvollendeten Geist« gegenübergestellt ist, versteht es sich von selbst, dass der »unvollendete Geist«, der Jüngling, »seine Leerheit« bis auf den Grund seines Herzens schmerzlich empfindet. Weiter. »Auf Geist kommt zwar alles an, aber ist auch jeder Geist der rechte Geist? Der rechte und wahre Geist ist das Ideal des Geistes, der »heilige Geist«. Er ist nicht Mein oder Dein Geist, sondern eben (!) ein — idealer, jenseitiger, er ist »Gott«. »Gott ist Geist.« p. 18.

Hier haben wir auf einmal den »vollendeten Geist« in den »rechten« und gleich darauf in den »rechten und wahren Geist« verwandelt. Dieser wird dadurch näher bestimmt, dass er »das Ideal des Geistes, der heilige Geist« sei, was dadurch bewiesen wird, dass er »nicht Mein oder Dein Geist, sondern eben ein jenseitiger, idealer, Gott« ist. Der wahre Geist ist das Ideal des Geistes, weil er »eben« ein idealer ist! Er ist der heilige Geist, weil er »eben« — Gott ist! Welche »Virtuosität im Denken!« Beiläufig bemerken wir noch, dass von »Deinem« Geiste bisher noch nicht die Rede war. Eskamotage Nr. 3.

Also wenn ich mich als Mathematiker auszubilden oder nach Sankt Max zu »vollenden« suche, so suche ich den »vollendeten« Mathematiker, d. h. »den rechten und wahren« Mathematiker, der »das Ideal« des Mathematikers, den »heiligen Mathematiker, der ein von Mir und Dir verschiedener Mathematiker ist« (obgleich Du mir als vollendeter Mathematiker gelten kannst, wie für den Berliner Jüngling sein Professor der Philosophie als vollendeter Geist gilt), »sondern eben ein idealer, jenseitiger«, der Mathematiker im Himmel, »Gott« ist. Gott ist Mathematiker.

Auf alle diese grossen Resultate kommt der heilige Max, weil »es einen Unterschied macht, ob der Geist reich oder arm sei«, d. h. zu deutsch übersetzt, ob einer reich oder arm an Geist ist, und weil sein »Jüngling« diese merkwürdige Tatsache entdeckt hat.

Der heilige Max fährt fort p. 18: »Den Mann scheidet es vom Jünglinge, dass er die Welt nimmt, wie sie ist« etc. Wir erfahren also nicht, wie der Jüngling dazu kommt, die Welt plötzlich zu nehmen, »wie sie ist«, wir sehen auch nicht unseren heiligen Dialektiker den Uebergang vom Jüngling zum Manne machen, wir erfahren bloss, dass »Es« hier diesen Dienst verrichten und den Jüngling vom Manne »scheiden« muss. Selbst das »Es« allein reicht nicht hin, den schwerfälligen Frachtwagen der einzigen Gedanken in Gang zu bringen. Denn nachdem »Es« »den Mann vom Jüngling geschieden« hat, fällt der Mann dennoch wieder in den Jüngling zurück, beschäftigt sich von neuem »ausschliesslich mit Geistigem« und kommt nicht in den Zug, bis das »Man« mit neuem Vorspann zu Hilfe eilt. »Erst dann, wenn man sich leibhaftig liebgewonnen« etc., p .18, — »erst dann« geht es wieder flott voran, der Mann entdeckt, dass er ein persönliches Interesse hat, und kommt zur »zweiten Selbstfindung«, indem er sich nicht nur »als Geist findet«, wie der Jüngling, »und sich dann sogleich wieder an den allgemeinen Geist verliert«, sondern als »leibhaftiger Geist«. (p. 19.) Dieser »leibhaftige Geist« kommt endlich dann auch dazu, »ein Interesse nicht etwa nur seines Geistes« (wie der Jüngling), »sondern totaler Befriedigung, Befriedigung des ganzen Kerls« (ein Interesse der Befriedigung des ganzen Kerls!) zu haben — er kommt dazu, »an sich, wie er leibt und lebt, eine Lust zu haben.« Stirners »Mann« kommt als Deutscher zu allem sehr spät. Er kann auf den Pariser Boulevards und in der Londoner Regentstreet Hunderte von »Jünglingen«, Muscadins und Dandies, flanieren sehen, die sich noch nicht als »leibhaftigen Geist« gefunden haben, aber nichtsdestoweniger »an sich, wie sie leiben und leben, eine Lust haben« und ihr Hauptinteresse in die »Befriedigung des ganzen Kerls« setzen.

Diese zweite »Selbstfindung« begeistert unseren heiligen Dialektiker so sehr, dass er plötzlich aus der Rolle fällt und statt vom Manne von Sichselbst spricht, uns verrät, dass Er selber, Er, der Einzige, »der Mann« ist, und dass »der Mann« = »der Einzige« ist. Neue Eskamotage.

»Wie Ich Mich« (soll heissen »der Jüngling sich«) »hinter den Dingen finde und zwar als Geist, so muss Ich Mich« (soll heissen »der Mann sich«) »später auch hinter den Gedanken finden, nämlich als ihr Schöpfer und Eigner. In der Geisterzeit wuchsen Mir« (dem Jünglinge) »die Gedanken über den Kopf, dessen Geburten sie doch waren; wie Fieberphantasieen umschwebten und erschütterten sie Mich, eine schauervolle Macht. Die Gedanken waren für sich selbst leibhaftig geworden, waren Gespenster, wie Gott, Kaiser, Papst, Vaterland u. s. w.; zerstöre Ich ihre Leibhaftigkeit, so nehme Ich sie in die Meinige zurück und sage: Ich allein bin leibhaftig. Und nun nehme Ich die Welt als das, was sie Mir ist, als die Meinige, als Mein Eigentum: Ich beziehe alles auf Mich.«

Nachdem also der hier mit »dem Einzigen« identifizierte Mann zuerst den Gedanken Leibhaftigkeit gegeben, d. h. sie zu Gespenstern gemacht hat. zerstört er nun wieder diese Leibhaftigkeit, indem er sie in seinen eigenen Leib zurücknimmt und diesen somit als den Leib der Gespenster setzt. Dass er erst durch die Negation der Gespenster auf seine eigene Leibhaftigkeit kommt, dies zeigt, wie diese konstruierte Leibhaftigkeit des Mannes beschaffen ist, die er »sich« erst »sagen« muss, um daran zu

glauben. »Und nun sagt« er sich nicht einmal richtig, was er »sich sagt«. Dass ausser seinem »einzigen« Leib nicht noch in seinem Kopf allerlei selbständige Leiber, Spermatozoa, hausen, verwandelt er in die »Sage«: Ich allein bin leibhaftig. Abermalige Eskamotage.

Weiter. Der Mann, der sich als Jüngling allerlei dummes Zeug über bestehende Mächte und Verhältnisse, wie Kaiser, Vaterland, Staat etc., in den Kopf gesetzt und sie nur als seine eigene »Fieberphantasie« in der Gestalt seiner Vorstellung gekannt hat, zerstört nach Sankt Max diese Mächte wirklich, indem er seine falsche Meinung von ihnen sich aus dem Kopf schlägt. Umgekehrt, indem er die Welt nicht mehr durch die Brille seiner Phantasie erblickt, hat er sich nun um ihren praktischen Zusammenhang zu bekümmern, ihn kennen zu lernen und nach ihm sich zu richten. Indem er ihre phantastische Leibhaftigkeit, die sie für ihn hatte, zerstört, findet er ihre wirkliche Leibhaftigkeit ausser seiner Phantasie. Indem ihm die gespenstige Leibhaftigkeit des Kaisers verschwindet, ist ihm nicht die Leibhaftigkeit, sondern die Gespensterhaftigkeit des Kaisers verschwunden, dessen wirkliche Macht er jetzt erst in ihrer Ausdehnung würdigen kann. Eskamotage Nr. 3.

Der Jüngling als Mann verhält sich nicht einmal kritisch zu Gedanken, die auch für andere giltig sind und als Kategorieen cirkulieren, sondern nur zu solchen Gedanken, die »blosse Geburten seines Kopfes«, d. h. die von seinem Kopfe wiedergeborenen allgemeinen Vorstellungen über bestehende Verhältnisse sind. Er löst also z. B. nicht einmal die Kategorie »Vaterland« auf, sondern nur seine Privatmeinung von dieser Kategorie, wo denn immer noch die allgemeingiltige Kategorie übrig bleibt und selbst im Gebiete des »philosophischen Denkens« die Arbeit erst anfängt. Er will uns aber weismachen, er habe die Kategorie selbst aufgelöst, weil er sein gemütliches Privatverhältnis zu ihr aufgelöst hat — gerade wie er uns eben weismachen wollte, er habe die Macht des Kaisers vernichtet, wenn er seine phantastische Vorstellung vom Kaiser aufgegeben hat. Eskamotage Nr. 4.

»Und nun«, fährt der heilige Max fort, »nehme ich die Welt als das, was sie Mir ist, als die Meinige, als Mein Eigentum.« Er nimmt die Welt als das, was sie ihm ist, d. h. als das, als was er sie nehmen muss, und hierdurch hat er sich die Welt angeeignet, sie zu seinem Eigentum gemacht — eine Manier des Erwerbs, die sich zwar bei keinem Oekonomen findet, deren Methode und Erfolge dagegen »das Buch« selbst um so prunkvoller offenbaren wird. Im Grunde »nimmt« er aber nicht »die Welt», sondern nur seine »Fieberphantasie« von der Welt als die Seinige und eignet sie sich an. Er nimmt die Welt als seine Vorstellung von der Welt, und als seine Vorstellung ist die Welt sein vorgestelltes Eigentum, das Eigentum seiner Vorstellung, seine Vorstellung als Eigentum, sein Eigentum als Vorstellung, seine eigentümliche Vorstellung oder seine Vorstellung vom Eigentum; und dies alles drückt er in dem unvergleichlichen Satze aus: »Ich beziehe alles auf Mich.« — Nachdem der Mann nach des Heiligen eigenem Bekenntnis erkannt hat, dass die Welt nur mit Gespenstern bevölkert war, weil der Jüngling Gespenster sah, nachdem die Scheinwelt des Jünglings für ihn verschwunden ist, befindet er sich in einer wirklichen, von den Einbildungen des Jünglings unabhängigen Welt.

Und nun, muss es also heissen, nehme Ich die Welt als das, was sie unabhängig von Mir ist, als die Ihrige (»der Mann nimmt« p. 18 selbst »die Welt wie sie ist«, nicht wie ihm beliebt), zunächst als Mein Nichteigentum (Mein Eigentum war sie bisher nur als Gespenst): Ich beziehe Mich auf alles und nur insofern alles auf Mich. —

»Stiess ich als Geist die Welt zurück in tiefster Weltverachtung, so stosse Ich als Eigner die Geister oder Ideen zurück in ihre Eitelkeit. Sie haben keine Macht mehr über mich, wie über den Geist keine »Gewalt der Erde eine Macht hat«. (p. 20.) Wir sehen hier, wie der Eigner, der Stirnersche Mann, die Erbschaft des Jünglings, die, wie er selbst sagt, nur in »Fieberphantasieen« und »Gespenstern« besteht, sine beneficio deliberandi atque inventarii sofort antritt. Er glaubt es, dass er als Jüngling werdendes Kind mit der Welt der Dinge, als Mann werdender Jüngling mit der Welt des Geistes wirklich fertig geworden ist, dass er als Mann jetzt die ganze Welt in der Tasche und sich um nichts mehr Sorge zu machen hat. Wenn, wie er dem Jüngling nachschwatzt, keine Gewalt der Erde ausser ihm Macht über den Geist hat, also der Geist die höchste Macht der Erde ist — und Er, der Mann, diesen allmächtigen Geist sich unterworfen hat — ist er da nicht vollends allmächtig? Er vergisst, dass er nur die phantastische und gespenstige Gestalt, welche die Gedanken Vaterland etc. unter dem Schädel »des Jünglings« annahmen, zerstörte, dass er aber diese Gedanken, sofern sie wirkliche Verhältnisse ausdrücken, noch nicht berührt hat. Weit entfernt, Herr der Gedanken geworden zu sein, ist er erst jetzt fähig, zu »Gedanken« zu kommen.

»Es kann nun, um hiermit zu schliessen, einleuchten« (p. 199), dass der heilige Mann seine Konstruktion der Lebensalter zum erwünschten und prädestinierten Ziele geführt hat. Das gewonnene Resultat teilt er uns in einem Satze mit, einem gespenstigen Schatten, den wir mit seinem abhanden gekommenen Leib wieder konfrontieren wollen.

Einziger Satz, p. 20.

»Das Kind war realistisch, in den Dingen dieser Welt befangen, bis ihm nach und nach hinter eben diese Dinge zu kommen gelang. Der Jüngling war idealistisch, von Gedanken begeistert, bis er sich zum Manne hinaufarbeitete, dem egoistischen, der mit den Dingen und Gedanken nach Herzenslust gebahrt und sein persönliches Interesse über alles setzt. Endlich der Greis? Wenn Ich einer werde, so ist noch Zeit genug, davon zu sprechen.«

Inhaber anliegenden emanzipierten Schattens:

Das Kind war wirklich in der Welt seiner Dinge befangen, bis ihm nach und nach (bürgerliche Eskamotage der Entwickelung) eben diese Dinge hinter sich zu bekommen gelang. Der Jüngling war phantastisch, von Begeisterung gedankenlos, bis der Mann ihn hinabarbeitete, der egoistische Bürger, mit dem die Dinge und Gedanken nach Herzenslust gebahren, weil sein persönliches Interesse alles über ihn setzt. Endlich der Greis? — »Weib, was habe Ich mit Dir zu schaffen?«

Die ganze Geschichte »eines Menschenlebens« läuft also, »um hiermit zu schliessen«, auf folgendes hinaus:

1. Fasst Stirner die verschiedenen Lebensstufen nur als »Selbstfindungen« des Individuums, und zwar reduzieren sich diese »Selbstfindungen« immer auf ein bestimmtes Bewusstseinsverhältnis. Die Verschiedenheit des Bewusstseins ist hier also das Leben des Individuums. Die physische und soziale Veränderung, die mit den Individuen vorgeht und ein verändertes Bewusstsein erzeugt, geht ihn natürlich nichts an. Deswegen finden auch Kind, Jüngling und Mann bei Stirner die Welt immer fertig vor, wie sie sich »selbst« nur »finden«; es wird durchaus nichts getan, um dafür zu sorgen, dass überhaupt etwas vorgefunden werden kann. Aber selbst das Verhältnis des Bewusstseins wird nicht einmal richtig, sondern nur in seiner spekulativen Verdrehung auf

gefasst. Darum verhalten sich auch alle diese Gestalten philosophisch zur Welt — »das Kind realistisch«, »der Jüngling idealistisch«, der Mann als negative Einheit beider, als absolute Negativität, was in dem obigen Schlussatz zum Vorschein kam. Hier ist das Geheimnis »eines Menschenlebens« enthüllt, hier tritt es hervor, dass »das Kind« nur eine Verkleidung des »Realismus«, »der Jüngling« des »Idealismus«, »der Mann« der versuchten Lösung dieses philosophischen Gegensatzes war. Diese Lösung, diese »absolute Negativität«, kommt, wie sich schon jetzt ergibt, nur dadurch zustande, dass der Mann die Illusionen sowohl des Kindes wie des Jünglings auf Treu und Glauben acceptiert und damit glaubt, die Welt der Dinge und die Welt des Geistes überwunden zu haben.

2. Wenn Sankt Max auf das physische und soziale »Leben« des Individuums keine Rücksicht nimmt, überhaupt nicht vom »Leben« spricht, abstrahiert er ganz konsequent von den historischen Epochen, von der Nationalität, Klasse etc. oder, was dasselbe ist, er bläht das herrschende Bewusstsein der ihm am nächsten stehenden Klasse seiner unmittelbaren Umgebung zum normalen Bewusstsein »Eines Menschenleben« auf. Um sich über diese lokale und Schulmeister-Borniertheit zu erheben, braucht er »seinen« Jüngling nur mit dem ersten besten Comptoirjüngling, einem jungen englischen Fabrikarbeiter, einem jungen Yankee, von den jungen Kirgiskaisaken gar nicht zu reden, zu konfrontieren.

3. Die enorme Leichtgläubigkeit unseres Heiligen — der eigentliche Geist seines Buchs — beruhigt sich nicht dabei, seinen Jüngling an sein Kind, seinen Mann an seinen Jüngling glauben zu lassen. Er selbst verwechselt unbesehens die Illusionen, die gewisse »Jünglinge«, »Männer« etc. sich etwa von sich machen oder zu machen behaupten, mit dem »Leben«, der Wirklichkeit dieser höhst zweideutigen Jünglinge und Männer.

4. Ist die ganze Konstruktion der Menschenalter im dritten Teile der Hegelschen Encyklopädie und »unter mancherlei Wandlungen« auch sonst von Hegel bereits prototypisch vorgebildet. Der heilige Max, der »eigene« Zwecke verfolgt, musste natürlich hier auch einige »Wandlungen« vornehmen; während Hegel z. B. sich noch soweit durch die empirische Welt bestimmen lässt, dass er den deutschen Bürgersmann als Knecht der ihn umgebenden Welt darstellt, muss ihn Stirner zum Herrn dieser Welt machen, was er nicht einmal in der Einbildung ist. Ebenso gibt sich Sankt Max das Ansehen, als spreche er aus empirischen Gründen nicht vom Greis, er wolle nämlich abwarten, bis er einer werde (hier ist also »Ein Menschenleben« = Sein Einziges Menschenleben). Hegel konstruiert die vier Menschenalter frisch darauf los, weil in der realen Welt sich die Negation doppelt setze, nämlich als Mond und Komet (vergl. Hegels Naturphilosophie) und darum hier die Vierheit an die Stelle der Dreiheit trete. Stirner setzt seine Einzigkeit darin, Mond und Komet zusammenfallen zu lassen, und beseitigt so den unglücklichen Greis aus »einem Menschenleben«. Der Grund dieser Eskamotage wird sich sogleich zeigen, wenn wir auf die Konstruktion der einzigen Geschichte des Menschen eingehen.

2. Oekonomie des alten Bundes.

Wir müssen hier für einen Augenblick aus »dem Gesetz« in »die Propheten« überspringen, indem wir das Geheimnis des einzigen Haushalts im Himmel und auf Erden schon an dieser Stelle enthüllen. Die Geschichte des Reiches des Einzigen auch im alten Testamente, wo noch das Gesetz, der Mensch, als ein Zuchtmeister auf den Einzigen (Gal. 3, 24)

herrscht, hat einen weisen Plan, der von Ewigkeit her beschlossen war. Es ist alles zuvorgesehen und verordnet, damit der Einzige in die Welt kommen konnte, als die Zeit erfüllet war, um die heiligen Menschen von ihrer Heiligkeit zu erlösen.

Das erste Buch, »Ein Menschenleben« heisst auch darum »Genesis«, weil es den ganzen Einzigen Haushalt im Keime enthält, weil es die ganze spätere Entwickelung bis dahin, wo die Zeit erfüllet ist und das Ende der Tage hereinbricht, prototypisch uns vorführt. Die ganze Einzige Geschichte dreht sich um die drei Stufen: Kind, Jüngling, Mann, die »unter mancherlei Wandlungen« und in stets sich erweiternden Kreisen wiederkehren, bis endlich die ganze Geschichte der Welt, der Dinge und der Welt des Geistes sich in »Kind, Jüngling und Mann« aufgelöst hat. Wir werden überall nur verkleidete »Kind, Jüngling und Mann« wiederfinden, wie wir schon in diesen die Verkleidungen dreier Kategorieen fanden.

Wir haben oben über die deutsche philosophische Geschichtsauffassung gesprochen. Hier bei Sankt Max finden wir ein glänzendes Beispiel. Die spekulative Idee, die abstrakte Vorstellung wird zur treibenden Kraft der Geschichte und dadurch die Geschichte zur blossen Geschichte der Philosophie gemacht. Aber auch diese wird nicht einmal so aufgefasst, wie sie — nach den existierenden Quellen sich zugetragen, geschweige wie sie sich durch die Einwirkung der realen geschichtlichen Verhältnisse entwickelt hat, sondern wie sie von den neueren deutschen Philosophen, speziell Hegel und Feuerbach, aufgefasst und dargestellt worden ist. Und aus diesen Darstellungen selbst wird wieder nur das genommen, was für den vorliegenden Zweck passend gemacht werden kann und unserem Heiligen traditionell zugekommen ist. Die Geschichte wird so zu einer blossen Geschichte der vorgeblichen Ideen, zu einer Geister- und Gespenstergeschichte, und die wirkliche, empirische Geschichte, die Grundlage dieser Gespenstergeschichte, wird nur dazu exploitiert, um die Leiber für diese Gespenster herzugeben; ihr werden die nötigen Namen entnommen, die diese Gespenster mit dem Schein der Realität bekleiden sollen. Unser Heiliger fällt häufig bei diesem Experiment aus der Rolle und schreibt unverhüllte Gespenstergeschichte.

Bei ihm finden wir diese Art, Geschichte zu machen, in der naivsten, klassischsten Einfalt. Die einfachen drei Kategorieen: Realismus, Idealismus, absolute Negativität als Einheit beider (hier »Egoismus« benamst), die wir schon als Kind, Jüngling und Mann vorfanden, werden der ganzen Geschichte zu grunde gelegt und mit verschiedenen geschichtlichen Aushängeschildern behangen; sie sind, mit ihrem bescheidenen Gefolge von Hilfskategorieen, der Inhalt aller vorgeführten, vorgeblich geschichtlichen Phasen. Der heilige Max bewährt hier wieder seinen riesenhaften Glauben, indem er den Glauben an den von deutschen Philosophen zubereiteten spekulativen Inhalt der Geschichte weiter treibt, als irgend einer seiner Vorgänger. Es handelt sich also in dieser feierlichen und langwierigen Geschichtskonstruktion nur darum, für drei Kategorieen, die so abgedroschen sind, dass sie sich unter ihrem eigenen Namen gar nicht mehr öffentlich sehen lassen dürfen, eine pomphafte Reihe volltönender Namen zu finden. Unser gesalbter Autor hätte ganz gut von dem »Manne«, p. 20, sogleich auf »Ich«, p. 201, oder noch besser auf den »Einzigen«, p. 485, übergehen können; das aber wäre viel zu einfach gewesen. Zudem macht die grosse Konkurrenz unter den deutschen Spekulanten jedem neuen Mitbewerber eine schmetternde historische Annonce für seine Ware zur Pflicht.

Die »Kraft des wahren Verlaufs«, um mit dem Dottore Graziano zu sprechen, »verläuft sich aufs kräftigste« in folgenden »Wandlungen«:

Grundlage:
I. Realismus.
II. Idealismus.
III. Negative Einheit beider. »Man.« (p. 485.)
Erste Namengebung:
I. Kind, abhängig von den Dingen (Realismus).
II. Jüngling, abhängig von Gedanken (Idealismus).
III. Mann (als negative Einheit) positiv ausgedrückt: Eigner der Gedanken und Dinge, negativ ausgedrückt: Los von Gedanken und Dingen. (Egoismus.)
Zweite, historische Namengebung:
I. Neger (Realismus, Kind).
II. Mongole (Idealismus, Jüngling).
III. Kaukasier (Negative Einheit von Realismus und Idealismus, Mann).
Dritte allgemeinste Namengebung:
I. Realistischer Egoist (Egoist im gewöhnlichen Verstande) — Kind, Neger.
II. Idealistischer Egoist (Aufopfernder) — Jüngling, Mongole.
III. Wahrer Egoist (der Einzige) — Mann, Kaukasier.
Vierte, historische Namengebung. Wiederholung der früheren Stufen innerhalb des Kaukasiers.
I. Die Alten. Negerhafte Kaukasier — kindische Männer — Heiden — Abhängig von den Dingen — Realisten — Welt.
Uebergang (Kind, das hinter die »Dinge dieser Welt« kommt), Sophisten, Skeptiker etc.
II. Die Neuen. Mongolenhafte Kaukasier — jugendliche Männer — Christen — Abhängig von den Gedanken — Idealisten — Geist.
1. Reine Geistergeschichte, Christentum als Geist. »Der Geist.«
2. Unreine Geistergeschichte. Geist in Beziehung zu andern. »Die Besessenen.«*)
A. Reine unreine Geistergeschichte.
a. Der Spuk, das Gespenst, der Geist im negerhaften Zustand, als dinglicher Geist und geistiges Ding — gegenständliches Wesen für den Christen, Geist als Kind.
b. Der Sparren, die fixe Idee, der Geist im mongolischen Zustand, als geistig im Geist, Bestimmung im Bewusstsein, gedachtes Wesen im Christen — Geist als Jüngling.
B. Unreine unreine (historische) Geistergeschichte.
a. Katholizismus — Mittelalter (Neger, Kind, Realismus etc.)
b. Protestantismus — Neue Zeit in der neuen Zeit — (Mongole, Jüngling, Idealismus etc.) Innerhalb des Protestantismus kann man wieder Unterabteilungen machen, z. B.
a. englische Philosophie — Realismus, Kind, Neger.
b. deutsche Philosophie — Idealismus, Jüngling, Mongole.

*) Bis hierher in der Handschrift von Moses Hess. Die Red.

3. Die Hierarchie — negative Einheit beider innerhalb des mongolenhaft-kaukasischen Standpunkts. Diese tritt nämlich ein, wo das geschichtliche Verhältnis in ein gegenwärtiges verwandelt oder die Gegensätze als nebeneinander existierend vorgestellt werden. Hier haben wir also zwei koexistierende Stufen:
   A. Die Unjebildeten — (Böse, Bourgeois und Egoisten im gewöhnlichen Verstande) — Neger, Kinder, Katholiken, Realisten etc.
   B. Die Jebildeten (Gute, citoyens, Aufopfernde, Pfaffen etc.) — Mongolen, Jünglinge, Protestanten, Idealisten.

Diese beiden Stufen existieren nebeneinander, und daraus ergibt sich »leicht«, dass die Jebildeten über die Unjebildeten herrschen — dies ist die Hierarchie. In der weiteren geschichtlichen Entwickelung wird dann

aus dem Unjebildeten der Nichthegelianer,
aus dem Jebildeten der Hegelianer*).

Daraus folgt, dass die Hegelianer über die Nichthegelianer herrschen. So verwandelt Stirner die spekulative Vorstellung von der Herrschaft der spekulativen Idee in der Geschichte in die Vorstellung von der Herrschaft von den spekulativen Philosophen selbst. Seine bisherige Anschauung von der Geschichte, die Herrschaft der Idee, wird in der Hierarchie zu einem gegenwärtig wirklich existierenden Verhältnis, zur Weltherrschaft der Ideologen. Dies zeigt die Tiefe, bis zu der Stirner in die Spekulation versunken ist. Diese Herrschaft der Spekulanten und Ideologen entwickelt sich zu guterletzt, »da die Zeit erfüllet war«, in die folgende schliessliche Namengebung:

a. Der politische Liberalismus, abhängig von den Dingen, unabhängig von den Personen — Realismus, Kind, Neger, Alter, Spuk, Katholizismus, Unjebildeten, herrenlos.
b. Der soziale Liberalismus, unabhängig von den Dingen, abhängig vom Geist, gegenstandslos — Idealismus, Jüngling, Mongole, Neuer, Sparren, Protestantismus, Jebildeten, besitzlos.
c. Der humane Liberalismus, herrenlos und besitzlos, nämlich gottlos, weil Gott zugleich der höchste Herr und der höchste Besitz, Hierarchie — negative Einheit innerhalb der Sphäre des Liberalismus, als solche Herrschaft über die Welt der Dinge und der Gedanken, zugleich der vollendete Egoist in der Aufhebung des Egoismus — die vollendete Hierarchie. Bildet zugleich den
   Uebergang (Jüngling, der hinter die Welt der Gedanken kommt) zum

III. »Ich« — d. h. dem vollendeten Christen, vollendeten Mann, kaukasischen Kaukasier und wahren Egoisten, der, wie der Christ durch Aufhebung der alten Welt der Geist — so durch Auflösung des Geisterreiches der Leibhaftige wird, indem er die Erbschaft des Idealismus, Jünglings, Mongolen, Neuen, Christen, Besessenen, Sparrens, Protestanten, Jebildeten, Hegelianers, des humanen Liberalen sine beneficio deliberandi et inventarii antritt.

NB. 1. Es können nun noch »mitunter« Feuerbachsche und sonstige Kategorieen, wie Verstand, Herz etc. bei passender Gelegenheit »episo-

*) »Der Schamane und der spekulative Philosoph bezeichnen die unterste und oberste Sprosse an der Stufenleiter des innerlichen Menschen, des Mongolen.« (p. 453.)

disch eingelegt« werden, um den Farbenschmelz dieses Gemäldes zu erhöhen und neue Effekte zu produzieren. Es versteht sich, dass auch diese nur neue Verkleidungen des stets durchgehenden Idealismus und Realismus sind. —

2. Von der wirklichen profanen Geschichte weiss der recht gläubige Sankt Max, Jacques le Bonhomme, nichts Wirkliches und Profanes zu sagen, als dass er sie unter dem Namen der »Natur«, der »Welt der Dinge«, der »Welt des Kindes« pp. stets dem Bewusstsein gegenüberstellt als einen Gegenstand, worüber es spekuliert, als eine Welt, die trotz ihres beständigen Vertilgtwerdens in einem mystischen Dunkel fortexistiert, um bei jeder Gelegenheit wieder zum Vorschein zu kommen; wahrscheinlich weil die Kinder und Neger fortexistieren, also auch »leicht« ihre Welt, die sogenannte Welt der Dinge. Ueber dergleichen historische und unhistorische Konstruktionen hat bereits der gute alte Hegel, bei Gelegenheit Schellings, des Musterreiters aller Konstruktoren, gesagt, dass hier dies zu sagen sei: »Das Instrument dieses gleichtönigen Formalismus ist nicht schwerer zu handhaben als die Palette eines Malers, auf der sich nur zwei Farben vorfinden, etwa schwarz (realistisch, kindlich, negerhaft etc.) und gelb (idealistisch, jünglingshaft, mongolisch etc.), um mit jener eine Fläche anzufärben, wenn ein historisches Stück (die »Welt der Dinge«), mit dieser, wenn eine Landschaft (»der Himmel«, Geist, das Heilige etc.) verlangt wäre.« (Phän. p. 39.) Noch treffender hat das »gemeine Bewusstsein« diese Art Konstruktion in dem folgenden Liede verspottet:

Der Herr, der schickt den Jochem aus,
Er sollt' den Hafer schneiden,
Der Jochem schneidt't den Hafer nicht
Und kommt auch nicht nach Haus.
Da schickt der Herr den Pudel aus,
Er sollt' den Jochem beissen.
Der Pudel beisst den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt't den Hafer nicht
Und kommen nicht nach Haus.
Da schickt der Herr den Prügel aus,
Er sollt' den Pudel prügeln,
Der Prügel prügelt den Pudel nicht,
Der Pudel beisst den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt't den Hafer nicht,
Und kommen nicht nach Haus.
Da schickt der Herr das Feuer aus,
Es sollt' den Prügel brennen.
Das Feuer brennt den Prügel nicht,
Der Prügel prügelt Pudel nicht,
Der Pudel beisst den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt't den Hafer nicht,
Und kommen nicht nach Haus.
Da schickt der Herr das Wasser aus,
Es sollt' das Feuer löschen.
Das Wasser löscht das Feuer nicht,
Das Feuer brennt den Prügel nicht,
Der Prügel prügelt Pudel nicht,
Der Pudel beisst den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt't den Hafer nicht,
Und kommen nicht nach Haus.
Da schickt der Herr den Ochsen aus,
Er sollt' das Wasser saufen.
Der Ochse säuft das Wasser nicht,
Das Wasser löscht das Feuer nicht,

Das Feuer brennt den Prügel nicht,
Der Prügel prügelt Pudel nicht,
Der Pudel beisst den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt't den Hafer nicht,
Und kommen nicht nach Haus.
Da schickt der Herr den Schlächter aus,
Er sollt' den Ochsen schlachten.
Der Schlächter schlacht't den Ochsen nicht,
Der Ochse säuft das Wasser nicht,
Das Wasser löscht das Feuer nicht,
Das Feuer brennt den Prügel nicht,
Der Prügel prügelt Pudel nicht,
Der Pudel beisst den Jochem nicht,
Der Jochem schneidt't den Hafer nicht,
Und kommen nicht nach Haus.
Da schickt der Herr den Henker aus,
Er sollt' den Schlächter henken.
Der Henker hängt den Schlächter,
Der Schlächter schlacht't den Ochsen,
Der Ochse säuft das Wasser,
Das Wasser löscht das Feuer,
Das Feuer brennt den Prügel,
Der Prügel prügelt Pudel,
Der Pudel beisst den Jochem,
Der Jochem schneidt't den Hafer,
Und kommen all' nach Haus.

Mit welcher »Virtuosität im Denken« und mit welchem Gymnasiastenmaterial Jacques le bonhomme dieses Schema ausfüllt, werden wir sogleich zu sehen Gelegenheit haben.

Dokumente zur Geschichte des Sozialismus im Urchristentum.

I. Die „Lehre der zwölf Apostel".*)

Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt das Charakterbild, das wir uns von dem Urchristentum zu entwerfen suchen, insbesondere in den Zügen, welche die sozialen Tendenzen desselben veranschaulichen. Ein objektives Bild herzustellen, selbstverständlich nur insoweit es für die Beurteilung des christlichen Sozialismus und seiner Geschichte Interesse hat, dürfte mit eine Aufgabe dieser »Dokumente zur Geschichte des Sozialismus« sein.

Der uns leitende Gesichtspunkt ist in einer, wenn wir nicht irren, vom Herausgeber selbst herrührenden Recension in den »Dokumenten« bereits aufgestellt. Es heisst dort: Weder die Motive noch die Mittel noch die Methode des Christentums resp. der Kirche entsprechen den Anforderungen der Gegenwart. — — — Diese Gegensätze mit aller Schärfe zum Ausdruck zu bringen, erscheint uns die Hauptaufgabe der sozialistischen Kritik der Kirche und ihrer Leistungen zu sein, die Apostel und die Kirchenväter

*) Διδαχὴ τῶν δώδεκα ἀποστόλων. Die Lehre der zwölf Apostel nebst Untersuchungen zur ältesten Geschichte der Kirchenverfassung und des Kirchenrechts von Adolf Harnack in „Texte und Untersuchungen zur Geschichte der altchristlichen Literatur von Gebhardt u. Harnack, Bd. II, Leipzig 1886" — auch sonst veröffentlicht.

mögen — und können alsdann — mit der vollen Unbefangenheit des Historikers beurteilt werden. (s. Jahrg. I, Heft 6 p. 239 d. D. d. Soz.)

Die historisch-kritische Methode hat demnach auf diesem Gebiete eine doppelte Aufgabe. Dem in der Gegenwart sich so sehr aufdrängenden christlichen Sozialismus gegenüber, der sich auf eine unter den Gebildeten weit verbreitete Ansicht stützt, als ob durch ihn das Christentum seiner ursprünglichen, in der geschichtlichen Entwickelung abhanden gekommenen Tendenz zurückgegeben werde, als ob Christus ein für seine soziale Haltung gekreuzigter Wohltäter der Menschheit gewesen, als ob die Apostel soziale Agitation getrieben — diesem Versuche gegenüber hat sie den wahren Sachverhalt und damit den ungeheuren Gegensatz der sozialistischen Tendenzen des Urchristentums in seiner Motivierung, in seinen Mitteln und seinen Absichten zu den Daseinsbedingungen der Gegenwart aufzudecken. Indem sie mit diesen Irrtümern aufräumt, bricht sie erst einer objektiven Würdigung der sozialen Tendenzen im Urchristentum Bahn.

Neben dem „Neuen Testament" ist für diese Aufgabe die Kenntnis der „Apostolischen Väter"*) unerlässlich. Bei den Christen der ältesten Zeit cirkulierten eine Menge Schriften, die zum grossen Teil nicht mehr erhalten sind. Einige davon gaben sich als Schriften der Apostel aus, einige beschäftigten sich mit der Neuordnung des Lebens nach den Gesichtspunkten der neuen Religion, andere mit der Gemeindeverfassung, andere aber trugen mystische Lehren vor, insbesondere gnostische. Sie sind ebenso wichtig für unsere Kenntnis des ältesten Christentums, wie das Neue Testament selbst. Um sich aus dem Chaos von Meinungen und Auslegungen zu retten, das in den ältesten Christengemeinden herrschte, hat die Kirche, d. h. haben besonders energische Denker festgesetzt, was „katholisch" (καθόλου) d. h. allgemein giltig sein solle, alles andere dagegen für Irrlehre erklärt. Wäre dieses nicht geschehen, so wäre die junge Kirche in Wahnwitz und Unsittlichkeit untergegangen, wie die Geschichte der Gnosis zeigt und des anarchistischen Libertinismus, gegen den sich bereits der Apostel Paulus (insbesondere in den Briefen an die Korinther) wenden musste. Da nun eine Menge dieser Schriften als ketzerisch bezeichnet wurde, so wurden sie der Vernichtung anheimgegeben, und wir sind auf geringe Reste dieser Literatur angewiesen. Die uns erhaltenen rechtgläubigen Schriften fasst man als die Schriften der Apostolischen Väter zusammen. Sie bilden den Uebergang von dem Neuen Testament zu den grossen Kirchen-Schriftstellern, wie Tertullian, Origines, Hieronymus u. a. An die Spitze jener Literatur haben wir wohl die »Lehre der zwölf Apostel« zu stellen (Διδαχὴ τῶν δώδεκα ἀποστόλων), daran schliessen sich insbesondere der Hirt des Hermas, der Barnabasbrief, die Ignatiusbriefe, die unter dem Namen der beiden Clemens gehenden Schriften. Es treten hinzu noch Schriften, wie der Brief des Polycarp, das Testament der Erzväter, das Buch Henoch und andere kleinere Schriften, die wir zum Teil nur in syrischer Redaktion kennen.

Was nun die Kritik dieser Quellen anbetrifft, so bemerke ich, dass für uns die Frage ihrer Abhängigkeit voneinander in den Hintergrund tritt. Wir stellen die vor etwa zwanzig Jahren aufgefundene „Lehre der zwölf Apostel" (s. w. unten) an die Spitze, dem Beispiel einer Anzahl hervorragender Exegeten folgend. Die Schrift trägt den Stempel der Frische und Unmittelbarkeit, sie wendet sich an Gemeinden, die ersicht-

*) Ueber die betreffende Literatur an einer späteren Stelle.

lich noch im Entstehen begriffen sind, die von Sendboten be- und man kann auch sagen heimgesucht werden. In den anderen Schriften herrscht bereits der Geist des Kirchenschriftstellers.

Ehe wir aber zu diesen Schriften übergehen, müssen wir uns der berühmten Stelle des Neuen Testaments, Apostelgeschichte 4 u. 5, insbesondere 4, 32, zuwenden: „Der Menge der Gläubigen war aber ein Herz und eine Seele, auch keiner sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam". Es handelt sich hier nur, wie in dem von H. A. W. Meyer begründeten „Kritisch-exegetischen Kommentar über das Neue Testament" (8. Aufl. Bd. 3, bearbeitet von Wendt, Göttingen 1899) richtig bemerkt wird, um „liebevolle Bereitwilligkeit, den eigenen Besitz anderen zu Diensten zu stellen und von dem Eigentumsrechte ihnen gegenüber keinen Gebrauch zu machen. Dieses ist in der Tat der Grundgedanke des sozialen Kommunismus des Urchristentums. Das Princip der Freiwilligkeit bleibt durchaus gewahrt, und dieses Princip tritt sofort in der Erzählung von Ananias und seiner Gattin zu Tage, die vor dem Apostel tot zusammensinken, nicht weil sie von ihren Gütern einiges zurückbehalten haben, sondern weil sie den heiligen Geist belogen haben. Du hättest, so sagt ihm der Apostel, dein Besitztum behalten können, und da es verkauft war, war es auch in deiner Gewalt. (Apostelgesch. 5.) Als das Wesentliche erscheint jedoch bald das Almosengeben. Denn gleich darauf (Apostelgesch. 6) hören wir, dass „in den Tagen, da der Jünger viele wurden, ein Murren der Griechen wider die Hebräer eingetreten sei, darum, dass ihre Witwen übersehen wurden". Daraufhin lassen sich die Apostel Almosenpfleger beigeben, damit sie selbst sich der Lehre widmen können. Immerhin weist die Erzählung vom Annanias zweifellos Spuren einer kommunistischen Verwaltung auf, die allerdings auf der Grundlage freiwilliger Hingabe beruht.

Es ist sehr leicht möglich, dass die erste christliche Gemeinde in Jerusalem, die wesentlich aus Galiläern bestand, einen kommunistischen Versuch gemacht hat, infolgedessen sie gänzlich verarmte. Es drängte die ganze Lage der nach Jerusalem gezogenen Galiläer auf eine solche gemeinschaftliche Wirtschaft hin. Zusammen war man heraufgezogen, nachdem man sein Anwesen verkauft oder verschenkt hatte. Sollte man jetzt wieder sich aufs Erwerben und Sparen legen? Wozu brauchte man auch Besitz und Eigentum, da bereits Krieg und Kriegsgeschrei das nahende Ende verkündet und der rote Reiter am Himmel soeben dem nahenden Menschensohn vorauszieht? (Vergl. Hausrath, neutestamentliche Zeitgeschichte Bd. II.)

Die Anschauung, dass Christus bald wiederkehren werde, dass man in der Zeit der letzten Dinge lebe, war noch lange verbreitet. Die novissima tempora gaben sich zu erkennen durch Krieg und Elend der Zeit — dieser Gedanke war gewiss von der Wirkung auf die Gemüter, nicht über Mein und Dein zu hadern. Es wird versucht, eine gemeinsame Lebensordnung festzustellen, die mit der individualistischen Strömung der Zeit in Widerspruch steht.

Der Kommunismus der ältesten Gemeinde in Jerusalem war aber nicht allein durch lokale und zeitliche Ursachen bestimmt, denn sonst wäre es unmöglich, dass die Literatur der apostolischen Väter den Versuch aufweist, diesen Kommunismus aus höheren, allgemeineren Principien abzuleiten.

Im Jahre 1883 wurde durch den um die Kenntnis der altchristlichen

Literatur hochverdienten Erzbischof von Nikomedien die „Lehre der zwölf Apostel“ veröffentlicht. Der Fund erregte grosses Aufsehen. Denn nun besass man die älteste Lebensordnung der christlichen Urgemeinden. die allerdings nicht von den Aposteln verfasst ist, aber ihre Lehre zusammenfasst und den Gemeinden vorträgt. Sie hat der späteren Literatur als Grundlage gedient. Sie ist wiederholt veröffentlicht worden, wir verweisen auf Gebhardt u. Harnack, Texte und Untersuchungen zur altchristlichen Literatur, Leipzig 1886, Bd. 2, wo sie mit einem trefflichen Kommentar zu finden ist.

Für uns kommen insbesondere zwei Kapitel in Betracht, das Anfangskapitel und das vierte.

Der Anfang lautet:

„Herrenlehre durch die zwölf Apostel den Völkern. Zwei Wege gibt es, einen des Lebens und einen des Todes, es ist aber ein grosser Unterschied zwischen den beiden Wegen.“

Der Weg des Lebens wird nun beschrieben, er besteht aus der Liebe zu Gott und zu dem Nächsten: Alles aber, was du nicht willst, dass es dir geschehe, das tue auch anderen nicht. Die Lehre, die in diesen Worten liegt, wird nun weiter ausgeführt; für uns haben nur folgende Vorschriften Interesse: Wenn dich einer nötigt, eine Meile zu gehen, so gehe zwei mit ihm; wenn einer deinen Mantel nimmt, so gib ihm auch deinen Leibrock; wenn einer dir das Deine genommen hat, so fordere es nicht zurück, denn du vermagst es auch nicht. Man vergleiche damit Lucas 6, 30: »Wer dich bittet, gib, und wer dir das Deine nimmt, dem fordere es nicht wieder.« Dies ist soziales Christentum! Es heisst dann weiter: „Jedem, der dich bittet, dem gib und fordere es nicht zurück; denn der Vater will, dass allen gegeben werde aus den Gnadengaben, die ein jeglicher empfangen hat. Selig der, welcher gibt dem Gebote gemäss, er ist ja ohne Schuld; wehe aber dem, der da nimmt. Zwar wer Mangel leidet und nimmt, wird ohne Schuld sein; wer aber keinen Mangel leidet, der soll Antwort stehen, warum er genommen hat und zu welchem Zweck. Gefangen gesetzt, wird er ausgeforscht werden betreffs dessen, was er getan hat, und wird nicht eher von dort herauskommen, bis er den letzten Heller bezahlt hat. Es gilt aber auch für diesen Fall das Wort: es schwitze dein Almosen in deinen Händen, bis du erkannt hast, wem du gibst.“

Kap. X der Didache und XI, 3—6: »Jeder Apostel aber, der zu euch kommt, soll aufgenommen werden, wie der Herr. Er wird aber nicht länger als einen Tag bleiben, wenn's aber nötig ist, auch einen zweiten; bleibt er aber drei Tage, so ist er ein Pseudoprophet. Wenn der Apostel aber weggeht, so soll er nichts empfangen ausser Brot, bis dass er übernachte. Verlangt er aber Geld, so ist er ein Pseudoprophet.« (Mt. 10, 10. 21, 17. Lc. 21, 37). Kap. IV, 5 ff.: „Werde nicht einer, der zum Nehmen die Hände ausstreckt, sie aber zum Geben zusammenzieht. Wenn du durch deiner Hände Arbeit etwas besitzest, so gib ein Lösegeld für deine Sünden. Bedenk' nicht, ob du geben sollst, und murre nicht beim Geben, denn erfahren wirst du, wer ein guter Erstatter des Lohnes ist. Nicht sollst du den Bedürftigen abweisen, sondern alles mit deinem Bruder gemeinsam gebrauchen, und nicht sollst du sagen, es sei dein Eigentum, denn wenn ihr in dem Unsterblichen Genossen seid, wieviel mehr in den vergänglichen Dingen. — — Nicht sollst du deine Hand abziehen von deinem Sohne und deiner Tochter, sondern von Jugend auf

sollst du sie Gottesfurcht lehren. Nicht sollst du in Bitterkeit deinen Sklaven befehlen, auf dass sie nicht die Furcht vor dem Gott verlieren, der über beiden ist, denn nicht kommt er, nach Ansehn der Person zu berufen, sondern zu denen, welche der Geist bereitet hat. Ihr Sklaven aber gehorcht euerm Herrn wie einem Abbild Gottes in Scheu und Furcht.«

Die sozialen Grundgedanken des Urchristentums sind hier mit einem Male klar und deutlich zu Tage gelegt. Es schwebt den Verfassern eine Art Kommunismus vor, der zugleich mit seiner principiellen Begründung in dem Satz ausgesprochen ist: Denn wenn ihr in dem „Untod" gemeinsam seid, um wieviel mehr in den sterblichen Dingen. Ferner enthält eine solche Begründung der Satz: Der Vater will, dass allen aus den Gnadengaben gegeben wird (s. o.). Wenn hier der Herr des Sklaven als Abbild Gottes bezeichnet wird, so ist das eine erhebliche Verschärfung von Eph. 6, 6: Lasst euch dünken, dass ihr dem Herrn dient. Sodann ist hervorzuheben, dass die Verfasser sich auch über die Missstände klar sind, welche diese Art Communismus im Gefolge haben wird — deutlich erkennen wir, dass in den neuen Gemeinden eine Sonderjustiz ausgeübt wird: Wehe dem, der nimmt und selbst besitzt! Er wird eingesperrt etc. Das Christentum behielt diese Züge so lange, bis es die Erbschaft der antiken Welt antrat. Mit diesem Zeitpunkt wurde auch seine soziale Tendenz eine andere.

Wir müssten nun der zeitlichen Aufeinanderfolge nach zu dem „Hirten des Hermas" übergehen, ziehen aber vor, zuerst den Barnabasbrief heranzuziehen, da dieser in den Schlusskapiteln mit der „Lehre der zwölf Apostel" im Zusammenhang steht.

Erst am Schlusse dieser Untersuchung wird es möglich sein, sich ein Bild von den sozialen Tendenzen im Urchristentum zu machen, aber schon jetzt drängt sich der Schluss auf, dass sie nur einer niedern Kulturstufe entprechen, auf der die denkbar einfachsten Verhältnisse herrschen. *Menrad.*

Ein Brief F. M. Buonarottis.

Der Güte eines Freundes, der mit einem grösseren Werk über die Arbeiterbewegung Frankreichs im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts beschäftigt ist, verdanken wir die Mitteilung des folgenden Briefes von Filippo Michelangelo Buonarotti, dem Teilnehmer und Geschichtschreiber der Verschwörung der Gleichen von 1796. Der Adressat des Briefes, ein Belgier namens Felix Delhasse, machte als junger Mensch die Bekanntschaft des in Brüssel im Exil lebenden, schon bejahrten Buonarotti und wurde von ihm offenbar in die Geheimnisse des Karbonaritums eingeweiht. Er hat verschiedene Briefe, die er von Buonarotti erhielt, aufbewahrt und testamentarisch dessen Landsmann Romano-Catania hinterlassen, der eine Biographie Buonarottis verfasst hat. Nur der Brief, den wir hier bringen, ist in Brüssel verblieben und für unseren Gewährsmann kopiert worden. Zu seinem Verständnis sei folgendes bemerkt.

Der Brief ist vom 24. Juli 1830 datiert, also noch am Vorabend des Sturzes der Bourbonen in Frankreich und Monate vor der belgischen Revolution geschrieben. Zu jener Zeit herrschte in Belgien wie in Frankreich ein autokratisches Polizeiregiment, das alle politisch verdächtigen Elemente streng überwachte. Das traf auch für Buonarotti zu, und so müssen wir annehmen, dass der Brief des alten Verschwörers für seinen

Empfänger mehr sagte, als wir heute aus ihm herauszulesen vermögen. Offenbar war er die Antwort auf wichtige Mitteilungen von seiten des jungen Delhasse. Es gärte in jenen Tagen gewaltig in den Reihen der revolutionären Jugend.

Indes würde man fehl gehen, wollte man alles in dem Brief als figürlich gemeint betrachten. So sind die Verherrlichungen der Tugend unzweifelhaft aufrichtig gemeint. Sie stimmen mit der kommunistischen Lehre der Gleichen und der Lebensführung Buonarottis überein. Die ziemlich asketisch aufgefasste Tugend war einer der Grundpfeiler des Kommunismus der Babouvisten.

Und nun der Brief:

Mein lieber Freund! Ein junger Mensch, der, wie Sie, das Studium liebt, seine Pflichten erfüllt und seine Leidenschaften zu mässigen sucht, ist sicher ein der Achtung und Zuneigung werter Gegenstand: alles jenes ist mir bei Ihnen aufgefallen und treibt mich jedesmal dazu, Ihnen meine Freundschaft zu bezeugen, wenn ich unserm lieben Freund Fontana schreibe, dem ich Sie bitte mich in Erinnerung zu bringen.

Es wäre mir sehr angenehm gewesen, Sie hier wiederzusehen und mich mit Ihnen über die Dinge zu unterhalten, die wir beide lieben und von denen ich mit Vergnügen sehe, dass Sie ihnen Ihre Mussestunden widmen. Nichts, mein lieber Freund, tröstet so sehr über die Uebel des Alters, als die Erinnerung an die im Laufe des Lebens gemachten Anstrengungen, die Tugend zu lieben und zu üben, sowie der Menschheit und dem Vaterlande einige Dienste zu leisten; welches auch die Irrtümer sein mögen, denen sich niemand entziehen kann, so ist man doch noch glücklich, wenn man ihnen das Zeugnis eines guten Gewissens entgegensetzen und die Ohnmacht der Anstrengungen anklagen kann, die wir gemacht haben, sie zu vermeiden.

Ich werde mit Dankbarkeit alles empfangen, was Sie mir vermittelst Ihrer Studien [»Lectures«] und der Betrachtungen, die sie in Ihrem Geist wachrufen werden, zuzusenden die Freundlichkeit haben werden; — nicht dass ich mir schmeichelte, Ihnen in dieser Hinsicht von irgend welchem Nutzen sein zu können, sondern lediglich, weil ich in diesen Mitteilungen ein Mittel sehen werde, eine wohltuende Verbindung mit einem jungen Mann aufrecht zu erhalten und zu befestigen, der mir auf den wahren Ruhm bedacht und fähig zu sein scheint, allen Hindernissen zu trotzen, denen man auf dem Wege der Tugend und der Freiheit begegnet: ich werde noch mehr tun, ich werde suchen, mich der Gelegenheit zu entschlagen, einen neuen Ausflug nach Antwerpen zu machen, um mir das Vergnügen einer freundschaftlichen Unterhaltung zu verschaffen, ähnlich derjenigen, die wir zusammen im Laden unseres lieben Fontana hatten, den ich Sie noch einmal bitte, ebenso wie unseren lieben Allemand*), in meinem Namen zu umarmen. Es scheint mir, dass wir vier ein Komitee bilden, das, obwohl sehr unschuldig, doch nicht nach dem Geschmack der »Gazette de France« wäre. Erlauben Sie, dass ich Sie umarme.

Buonarotti.

---

*) Es bleibe dahingestellt, ob Allemand ein Eigenname war oder ob Buonarotti auf einen Deutschen anspielt, dessen Namen er entweder nicht behalten hat oder nicht nennen will. Die Bemerkung von dem Komitee, das »nicht nach dem Geschmack der Gazette de France« wäre, lässt an eine konspiratorische Gruppe denken. Note d. Red.

III. Urkunden des Sozialismus.

Beschlüsse und Manifeste des Berliner Zentralkomitees für Arbeiter (1848).

Gleich nach den Märztagen des Jahres 1848 kam es in Berlin zu Versuchen, eine grosse Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Nach Volkstümlichkeit lüsterne politische Streber veranstalteten Massenversammlungen von Arbeitern, die aber bei der Unklarheit der Veranstalter wie der Massen in allgemeinem Wirrwarr endeten. Es blieb einer verhältnismässig kleinen Gruppe vorgeschrittener Arbeiter vorbehalten, in wenig geräuschvoller, aber um so ernsterer Arbeit die solide Grundlage für eine organisierte und nach einem wohldurchdachten Programm handelnde Arbeiterbewegung zu legen. Sie betrieben die Gründung eines Arbeiterklubs und, als dieser zustande gekommen war, die Bildung einer Centralvertretung der Berliner Arbeiter, in der die Arbeiter der verschiedenen Gewerke (Berlin hatte damals noch allerhand zünftlerische Einrichtungen) durch Delegierte vertreten sein sollten. Auf diese Weise kam es im April 1848 zur Bildung des Berliner Centralkomitees für Arbeiter, dessen Vorsitzende der Schriftsetzer Stephan Born und der Goldarbeiter L. Bisky wurden und welches das von uns schon früher (vgl. Bd. I, S. 71 ff.) citierte Blatt Das Volk herausgab.

Dieser, im ganzen mit ebenso merkwürdiger Klarheit wie Entschiedenheit geschriebenen Zeitschrift entnehmen wir die folgenden Mitteilungen über Verhandlungen und Beschlüsse des Centralkomitees für Arbeiter. Sie sind unter verschiedenen Gesichtspunkten von Interesse. Wir ersehen an ihnen, wie in der Elite der Berliner Arbeiterschaft, als die man das Komitee sicherlich zu betrachten hat, die modernsten Auffassungen vom Charakter der Wirtschaftsentwickelung mit Forderungen ringen, die, ohne auf die Zünftelei abzuzielen, doch zünftlerischen Gedankengängen entsprechen oder direkt solchen entstammen. Wir sehen die Arbeiter wirtschaftspolitische Forderungen stellen, für die ihre Nachkommen noch heute kämpfen, und wir sehen sie sich Vorschlägen widersetzen, welche in neuerer Zeit von den organisierten Arbeitern ruhig angenommen oder sogar selbst erhoben worden sind. Kurz, wir empfangen ein Bild vom Geist der Arbeiterschaft jener Tage, dessen Züge zu mancherlei fruchtbaren Vergleichen mit späteren Gestaltungen herausfordern.

1. Die Berliner Arbeiter und ein Arbeiterstatut des Berliner Magistrats.

Unter dem Titel »Der Berliner Magistrat als Gesetzgeber« teilt die Nummer »Das Volk« vom 25. Mai 1848 folgendes über eine am 20. Mai abgehaltene Sitzung des Centralkomitees für Arbeiter mit:

»Wir machen unsere Leser auf den von uns schon längst erwarteten, soeben erschienenen Entwurf zu einem Gesellenreglement aufmerksam. Er ist den einzelnen Gewerken zur Besprechung mitgeteilt worden, und wir glauben versichern zu dürfen, dass er ziemlich verwandelt aus den Beratungen zurückkehren wird. Dieses Gesellenreglement hat mit dem jetzt vorliegenden Verfassungsentwurf insofern eine Aehnlichkeit, als wie hier der König, dort der Magistrat oder der von ihm bestellte Gewerksassessor ein unbedingtes Veto haben soll. Der Berliner Magistrat nimmt wahrscheinlich

auch das historische Recht für sich in Anspruch. Es ist nämlich bekannt, dass er auch vor der Revolution sich mit dem Wohle des Volkes schon beschäftigte, weniger bekannt vielleicht, dass er sich in seinen beglückenden Arbeiten selten beeilte, so dass auf Eingaben von Gewerken u. s. w. eine Antwort jedesmal eine sehr späte Ueberraschnng war. Gewerksassessoren gab es, so viel wir wissen, auch schon vor der Revolution, nur dass niemand sie kannte, ein Beweis, wie sehr diese Einrichtung im Volksleben Wurzel gefasst. Wie viel Vertrauen übrigens das Volk zu der Verwaltung des Magistrats hat, möge man daraus ersehen, dass eine der ersten Bemühungen der Arbeiter war, sich die Lade (die Kasse) des Gewerkes zur selbständigen Verwaltung von ihm zu entnehmen. Deshalb glauben wir, dass es ihm schwerlich gelingen dürfte, den § 16 durchzusetzen, nach welchem jede Uebereinkunft zwischen Meistern und Arbeitern erst durch die Bestätigung des von ihm bestellten Gewerksassessors Giltigkeit haben soll. Wenn dieser sie verweigert, so soll eine Appellation an den Magistrat möglich sein. Wir müssen diesen in allem Ernste fragen, woher er dazu komme, sich eine solche Machtvollkommenheit zuzuschreiben. Der Magistrat fürchtet, dass zwischen Arbeitern und Meistern Beschlüsse gefasst werden könnten, die den bestehenden Gesetzen widersprechen. Und wenn dies geschähe, glaubt denn der Magistrat, dass er dazu da sei, die Gewerke zu bevormunden, die gewiss wohl dasselbe Recht wie jeder einzelne Bürger des Staates haben, nämlich Verträge zu schliessen ohne irgend eine vorherige Begutachtung. Nachdem wir die Präventivmassregel der Censur abgeschafft, soll es uns auch nicht schwer werden, uns der Bevormundung eines Magistrats zu entwinden, der bis jetzt das traurige Verdienst hatte, seiner Zeit stets nachzuhinken, der sich nie die Gunst und das Vertrauen des Volkes hat erwerben können. Wenn die Gewerke ungesetzliche Verträge geschlossen, Verträge, die andere beeinträchtigen, so kann der Magistrat, wenn er sonst will, sie vor ihrem ordentlichen Richter verklagen, der dann entscheiden mag zwischen den streitenden Parteien; vorher aber lasse man uns zufrieden mit einer Hoheit, die eine mittelalterliche, die aber schon längst untergegangen ist in dem Bewusstsein des m ü n d i g e n Volkes.

Der neue Gesetzentwurf hat auch in der letzten Sitzung des Centralkomitees für Arbeiter Veranlassung zu einer Debatte gegeben, und können wir nicht verhehlen, dass einige Paragraphen, wie z. B. § 25, in dem das Tabakrauchen in den Werkstätten, auf den Arbeitsplätzen u. s. w. verboten werden soll, eine allgemeine Heiterkeit hervorrief. Das Volk fühlt sich sicher gegenüber dergleichen Beschränkungsversuchen, deshalb lacht es aus vollem Herzen. In § 26 wird das Zuspätkommen zur Arbeit mit »Gefängnisstrafe« bedroht. Das ist ja ganz und gar fürchterlich. Ueberhaupt füllen die Strafen einen grossen Teil dieses Gesetzentwurfes aus. Hier 14 Tage, 8 Tage, dort 1 Tag Gefängnis; hier 20 Tlr., dort 5 Tlr. Strafe. Gott sei Dank, dass die Prügelstrafe abgeschafft ist, sonst hätten die Prügel wohl auch eine Rolle gespielt in diesem merkwürdigen Kodex.

Einen Hauptabschnitt des Entwurfs bilden die Paragraphen für die Verwaltung der Krankenkassen. Auch hier hat sich der Magistrat wohl eine verlorene Mühe gegeben. Es ist Pflicht des Staates, wir werden auf Anerkennung derselben bei der konstitutionierenden Versammlung antragen, die Sorge für die kranken wie für die invaliden Arbeiter, sowie für die Erziehung der Jugend zu übernehmen. Jedenfalls ist es dem Arbeiter unmöglich, bei seinem geringen Verdienst noch einen Beitrag zu Unterstützungskassen zu geben. Stellt die Arbeiter besser, gebt ihnen einen höheren Lohn, verschafft dem kleinen Meister unverzinsliche Darlehen, wohlfeiles Rohmaterial u. s. w., schafft gesündere Wohnungen, im ganzen setzt einen Damm wenigstens gegen die tausend Zufälligkeiten, die den Arbeiter ins Elend führen und denen ihr ihn überlassen habt, so wird auch die Zahl der Kranken und Unterstützungsbedürftigen sich vermindern.

Das war es ungefähr, was man in der Sitzung des Centralkomitees gegen diesen Entwurf einwandte, der nach den Ansichten der meisten Redner nur ein unglücklicher Versuch zur Erhaltung der bestehenden schlechten Zustände ist.

* * *

2. Petition der Berliner Arbeiter an die Nationalversammlung.

In der Nummer »Das Volk« vom 25. Mai 1848 finden wir ferner folgenden

Entwurf zu einer Petition an die konstituierende Versammlung:

Hohe Versammlung!

Berufen, dem Staate eine Verfassung zu geben, die seine Freiheit und Wohlfahrt sichere, mögen Sie die Stimme des Volkes hören, aus dem Sie hervorgegangen, das mit ernster Erwartung auf Ihre Beschlüsse harrt. Von Ihnen hängt in diesem Augenblicke das Schicksal unseres Vaterlandes ab, von Ihren Handlungen hängt es ab, ob wir Vertrauen fassen können zur Zukunft, ob wir ferner einer schwankenden, traurigen Existenz uns überlassen oder gar von neuem in den Kampf um die Freiheit uns stürzen müssen!

Abgeordnete des Volkes! Es spricht zu Ihnen der grosse Teil der Nation, durch dessen Fleiss und Anstrengung die kostbarsten wie die notwendigsten Güter des Lebens geschaffen werden, der in Elend verdirbt, wenn er müssig gehen muss, der oft genug noch darbt und leidet, wenn er arbeitet. Wir sind die ernährende, die erhaltende Macht des Staates. Vergessen Sie uns nicht in Ihren Beschlüssen, wie man in dem Ihnen vorgelegten Verfassungsentwurf uns vergessen. Schrecken Sie nicht zurück vor der Aufgabe, die unsere grosse Zeit Ihnen gestellt, den Fluch, den eine jahrhundertelange Knechtschaft auf Millionen Ihrer Brüder geladen, zu bannen. Wir verlangen, dass es in der Verfassung heisst:

Der Staat verpflichtet sich, einem jeden, der arbeiten will, eine den menschlichen Bedürfnissen angemessene Existenz zu geben.

Der Staat versorgt die Invaliden der Arbeit.

Der Staat übernimmt die unentgeltlich zu leistende Erziehung der Jugend.

In der Sitzung des Centralkomitees vom 27. Mai 1848 wurde der Entwurf durchberaten und verschiedentlich abgeändert. Dabei erhielten, wie »Das Volk« vom 1. Juni 1848 mitteilt, die Forderungen folgende endgiltige Fassung:

»Der Staat verpflichtet sich, einem jeden, der arbeiten will, eine den menschlichen Bedürfnissen angemessene Existenz zu geben.

»Der Staat versorgt alle Hilflosen und also auch die Invaliden der Arbeit.

»Der Staat übernimmt den unentgeltlichen Unterricht und, wo es nötig ist, die unentgeltliche Erziehung der Jugend mit Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten.«

* * *

3. Das handelspolitische und sozialpolitische Programm der Berliner Arbeiter.

(Aus »Das Volk« vom 10. Juni 1848.)

Wir haben unsern Lesern noch Rechenschaft zu geben über die Wirksamkeit des Centralkomitees für Arbeiter und teilen deshalb die folgenden Anträge mit, welche dasselbe in seinen Sitzungen fast sämtlich schon debattiert und angenommen, und die es an die konstituierenden Versammlungen zu Berlin und Frankfurt zu richten entschlossen ist. Der Antragsteller hielt es für angemessen, seine Vorschläge in die folgenden drei Rubriken einzuteilen:

I. Für Fabrikanten oder Meister:

1. Das Staatsministerium mache es zu seiner Aufgabe, die Mittel und Wege zu finden für eine erweiterte Ausfuhr unserer Fabrikate nach den unserem Lande bis jetzt noch verschlossen gewesenen Märkten.
2. Ausfuhrprämien.
3. Freie Einfuhr aller zur Industrie gehörenden Rohprodukte.
4. Keine Beförderung neuer, künstlich einzuführender, dagegen alle Beförderung der schon bestehenden, den Verhältnissen des Landes angemessenen Industrie.

5. Vermehrte Patenterteilung für Erfindungen im Gebiete der Industrie, Schutz gegen industriellen Warennachdruck.

6. Regelung des Kreditwesens durch erweiterte Staatsbanken.

II. Für die kleinen Meister oder Handwerker.

1. Bildung von Korporationen, zu denen jeder selbständig Arbeitende Zutritt hat, durch welche alle gemeinschaftlichen Gewerksangelegenheiten geleitet und geordnet werden.

2. Die von den Behörden an dieselben zu erteilenden Arbeiten sollen, wo es nicht unmöglich ist, hauptsächlich nur an die kleineren Meister gegeben werden. Die Zahl der Gesellen kann hier massgebend sein.

3. Ernennung von Kommissionen durch die Korporation, die die Arbeitsverteilung besorgen, die aber ihr Amt nur vierteljährlich bekleiden.

4. Unverzinsliche Darlehen gegen zu leistende oder fertige Arbeit.

5. Unentgeltliche Gewerksgerichte, sowie unentgeltliche Gerichtsbarkeit für alle Unbemittelte.

6. Bei Arbeiten, wo Vorarbeiten durch Maschinen geschaffen werden können, soll der Staat die Anlegung derselben, die zur gemeinschaftlichen Benutzung für die Korporationen dienen sollen, unterstützen.

III. Für die Arbeiter.

1. Bestimmung des Minimums des Arbeitslohns und der Arbeitszeit durch Kommissionen von Arbeitern und Meistern oder Arbeitgebern.

2. Verbindung der Arbeiter zur Aufrechterhaltung des festgesetzten Lohnes.

3. Aufhebung der indirekten Steuern. Einführung progressiver Einkommensteuer mit Steuerfreiheit derjenigen, die nur das Nötigste zum Leben haben.

4. Der Staat übernimmt den unentgeltlichen Unterricht und, wo es nötig ist, die unentgeltliche Erziehung der Jugend mit Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten.

5. Unentgeltliche Volksbibliotheken.

6. Regelung der Zahl der Lehrlinge, welche ein Meister halten darf, durch Kommissionen von Meistern und Arbeitern.

7. Aufhebung aller für das Reisen der Arbeiter gegebenen Ausnahmegesetze, namentlich der in den Wanderbüchern ausgesprochenen.

8. Herabsetzung der Wählbarkeit für die preussische Kammer auf das 24. Jahr.

9. Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsanstalten, und zwar sorgt der Staat für eine ihren menschlichen Bedürfnissen angemessene Existenz.

10. Errichtung von Musterwerkstätten durch den Staat und Erweiterung der schon bestehenden öffentlichen Kunstanstalten zur Heranbildung tüchtiger Arbeiter.

11. Der Staat versorgt alle Hilflosen und also auch alle Invaliden der Arbeit.

12. Allgemeine Heimatsberechtigung und Freizügigkeit.

13. Schranken gegen Beamtenwillkür in Bezug auf die Arbeitsleute. Dieselben können nur durch das entscheidende Urteil einer Kommission von ihren Stellen entlassen werden.

•

Hierzu bemerkt eine Schlussnotiz des »Volk«:

»Dies sind die Anträge, welche von dem Vorsitzenden des Centralkomitees gestellt, mit einigen Veränderungen fast immer einstimmig von den Vertretern der Gewerke und Arbeitergemeinschaften Berlins angenommen wurden. Wir werden in den nächsten Nummern unseres Blattes jeden einzelnen Antrag mit Zugrundelegung der Protokolle der Sitzungen des Centralkomitees besonders begründen und hoffen dadurch eine klare Anschauung von dem Geiste zu geben, in welchem diese Anträge gestellt worden, und zugleich die Mittel und Wege ihrer Ausführbarkeit, soweit es der Raum unseres Blattes gestattet, bezeichnen.

4. Borns allgemeiner Kommentar zum Programm des Zentralkomitees, und das Musterstatut des Komitees.

Das »Volk« vom 15. Juni 1848 bringt folgenden Leitartikel aus der Feder Borns:

Die Wirksamkeit des Berliner Centralkomitees für Arbeiter.

Wir haben den Lesern dieser Zeitschrift das Versprechen gegeben, die Anträge, welche das Centralkomitee für Arbeiter an die konstituierenden Versammlungen zu Frankfurt und Berlin zu richten beschlossen, und die wir in unserer letzten Nummer mitgeteilt, näher zu begründen und zu erläutern. Bevor wir an diese Aufgabe gehen, haben wir noch eine andere zu vollziehen, nämlich die allgemeinen Gesichtspunkte anzugeben, von denen wir bei Stellung dieser Anträge ausgegangen:

Wir haben es jetzt genugsam erfahren, was das heisst: »arbeiten oder arbeiten lassen um jeden Preis!« Arbeiten um jeden Preis, um dem Hunger zu entgehen, das heisst nicht allein sich zum Sklaven seines eigenen Magens und dessen eines Brotherrn zu machen, das heisst nicht allein, sich als eine Sache zu verkaufen, nein — das bedeutet noch viel Schrecklicheres — das heisst andere mit zu Sklaven zu machen, andere mit zu verkaufen, sich und seine Brüder zu verraten; das heisst nicht allein, sie der augenblicklichen Unterwürfigkeit unter die Gesetze und den Willen eines andern anheimgeben, das heisst den Fluch von ganzen Menschengeschlechtern auf sich laden, die uns folgen müssen auf dem Wege, den wir eingeschlagen, — weil uns das Gesetz der Selbsthilfe, wie wir sagen, die Not, der Hunger dazu gezwungen.

Das Gesetz der Selbsthilfe! die Not, der Hunger! der Jammer der Kinder, die nach Brot schreien, das ihr ihnen so gern geben möchtet — fern sei es von mir, gegen diese Gründe ankämpfen zu wollen, sie fallen mit schweren Tränen in die Wagschale des Moments, dem ihr euch doch unterwerfet, weil euch die Gegenwart etwas, die Zukunft — ihr glaubet nicht mehr besseren Hoffnungen und Träumen — weil euch die Zukunft gar nichts bieten will. Und dennoch gibt es Momente, und der jetzige ist ein solcher, wo man aus den gewohnten Kreisen, die man sich nicht anders als die notwendigen hatte denken können, mit einem Male herausgerissen, in eine andere Begriffswelt geworfen, anders denken und anders handeln muss, wo man sich erstaunt umsieht, zurückschaut und nicht begreifen möchte, warum man früher sich nicht erhoben gegen die Bande, die kein ungerechtes Schicksal, nein, die wir selbst um uns geschlungen. Wir fühlen den Hauch der Freiheit um uns, unser Herz, unser Mut erhebt sich, unsere Pulse schlagen kräftiger, es gibt keinen Feind, den wir nicht überwältigen möchten, das Elend, die Not, der Kummer, die Sorgen, sie schwinden vor einem erhabeneren Gefühl, dem der Stärke, der Unabhängigkeit; wir haben den Mut der Ausdauer, uns, unsere Kinder zu trösten, denn uns winkt ja eine Zukunft, eine glänzende, bessere Zukunft, uns winken die Tage der Freiheit!

An dieses Gefühl appelliere ich jetzt, ihr Arbeiter, an den Mut, der seine Nahrung sich geholt im offenen Kampf gegen die Tyrannei, und der wohl noch kräftg genug ist, die Waffen so lange zu führen, bis die Freiheit eine Wahrheit geworden, der stehen wird, wo es nicht mehr gilt, sich dem Feuer der Kanonen entgegenzustürzen, sondern die Macht der Verhältnisse zu überwinden, auszuharren in dem Aufbau neuer Zustände, besserer Verhältnisse, die uns vor der Schwäche bewahren sollen, uns und unsere Brüder mit uns zu verkaufen und uns dem Elend und der Verachtung preiszugeben. Es darf für uns keine Notwendigkeit mehr geben, die uns zur Unterwürfigkeit und zur Entbehrung führte, die Notwendigkeit ,die wir anerkennen, das ist allein die der Freiheit und der Wohlfahrt aller. Um diese zu begründen, müssen wir aber fest zusammenhalten, in unserm Wirken uns gegenseitig unterstützen und beistehen.

Ihr aber, die ihr dem Grundsatze huldigt: »Arbeiten lassen um jeden Preis!«, um die Unruhigen zu beschwichtigen und die alten Zustände möglichst zu erhalten, ihr werdet dies nicht länger können, wenn

wir nicht wollen. Aber ich rufe euch noch zu: Hat euer Grundsatz euch in der Tat gedient? Habt ihr beschwichtigt, beruhigt, habt ihr erhalten können, was nicht länger zu erhalten war, was zusammenbrach vor dem entrüsteten Volkswillen in wenigen plötzlichen Stunden? Ihr müsst euch nach anderen Mitteln umsehen, die alten reichen nicht mehr aus, auch sie hat die Macht der Verhältnisse gebrochen, und diese Macht, wendet euch zu uns, das sind wir, die euch so lange gedient, die ihr nicht beachtet, weil wir uns selber nicht gekannt, die aber der Welt einst die Gesetze schreiben werden, die Gesetze der allgemeinen Freiheit.

»Arbeiten lassen um jeden Preis!« das ist's auch, was euch jetzt in so unangenehme Verlegenheiten versetzt. Zu grossen, notwendigen, produktiven Arbeiten habt ihr kein Geld, und die unproduktiven Arbeiten, die ihr vornehmt, um nur arbeiten zu lassen, können, wenn man so fortführe, den Staat an den Abgrund des Verderbens führen.

Es handelt sich also jetzt darum, die Mittel der Uebereinkunft anzugeben zwischen zwei starken Kräften, die sich gegenseitig nicht aufreiben dürfen, die vielmehr zusammenwirken müssen zur Sicherung der Freiheit; und diese Mittel glauben wir in unseren nächsten Nummern erklären und begründen zu können. Vorher aber müssen wir heute noch die Statuten des Centralkomitees für Arbeiter, dessen Anträge das Thema unserer Besprechungen sein sollen, mitteilen, damit unsere Leser erkennen, von welchen Grundsätzen wir ausgegangen.

I. Die Komitees für Arbeiter.

§ 1. Es bilden die verschiedenen Gewerke und Arbeitergemeinschaften im weitesten Sinne des Wortes (in kleineren Städten also z. B. die vereinigten Lederarbeiter, Feuerarbeiter, Lehrer u. s. w.) Vereinigungen und wählen, je nach dem Verhältnisse ihrer Zahl, Vertreter zu einem Komitee für Arbeiter. Für Gewerke, welche vereinzelt dastehen, dürfte der Kreis Vereinigungen bieten.

§ 2. Diejenigen Arbeiter, welche noch keine Gemeinschaft bilden, haben sich ebenfalls zu vereinigen und Vertreter zu wählen, z. B. die Eisenbahnarbeiter u. s. w.

§ 3. Dieses Komitee hat die Verpflichtung: a) regelmässige Versammlungen der Arbeiter zu veranlassen; b) die Bedürfnisse und Uebelstände der Arbeiter in ihren Orten oder Kreisen genau zu erforschen und auf Abhilfe derselben hinzuwirken; c) es wählt aus sich einen Ausschuss, der seine Geschäfte leitet, etwa bestehend aus: 1 Vorsitzenden, 1 Beisitzer, 2 Schreibern, 1 Kassierer und 2 Kassenaufsehern.

§ 4. Die Komitees verschiedener Orte stehen mit einander in Verbindung und zwar: a) durch briefliche Mitteilung, welche sie an das Centralkomitee machen, und welche dieses zur Kenntnis aller Arbeiterkomitees bringt; b) durch Absendung von Abgeordneten zu den Generalversammlungen aller Arbeiterkomitees.

II. Das Centralkomitee.

§ 5. Das Centralkomitee hat einstweilen seinen Sitz in Berlin.

§ 6. Es besteht aus dem von dem Arbeiterkomitee desselben Ortes gewählten Ausschuss.

§ 7. Das Centralkomitee ist verpflichtet: a) zur Vermittelung der Interessen der Arbeiter unter einander und mit dem Staate; b) zur Veranlassung und Durchführung aller Massregeln, welche die allgemeinen Arbeiterinteressen erheischen.

§ 8. Im Centralkomitee soll eine Abteilung beauftragt sein, die Sache der Arbeiterinnen zu vertreten.

§ 9. Das Centralkomitee ist verantwortlich der Generalversammlung.

III. Die Generalversammlung.

§ 10. Die Generalversammlung findet in jedem Jahre wenigstens einmal und bis auf weitere Bestimmungen in Berlin statt. Das Centralkomitee

ist verbunden, in wichtigen Fällen ausserordentliche Generalversammlungen zu berufen.

§ 11. Die Generalversammlung ist verpflichtet: a) zur Prüfung des von dem Centralkomitee an sie zu leistenden Berichtes seiner Tätigkeit; b) sie kann die Absetzung des bestehenden Centralkomitees oder einzelner Mitglieder desselben und eine neue Wahl ausführen.

§ 12. Jeder Ort oder Kreis sendet Abgeordnete zu derselben, deren Zahl von dem Centralkomitee nach gleichem Verhältnis ausgeschrieben wird.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

§ 13. Jeder, der sich zur Teilnahme meldet, unterwirft sich von vornherein den Beschlüssen der Majorität und muss ihnen Folge leisten.

§ 14. Die Sitzungen der Arbeiterkomitees sind öffentlich, doch haben nur die Deputierten Stimmrecht.

§ 15. Die Vertreter und Beamten sind auf ein Jahr gewählt und mit Ausnahme der Kassenaufseher wieder wählbar.

[Die hierauf folgenden Nummern des ›Volk‹ bringen nun Artikel über die wichtigsten Forderungen des Programms, wie Normalarbeitstag und Mindestlohnung, Arbeiterverbände, Arbeitskommissionen, Associationen, Garantie der Arbeit, Steuern, Herbergswesen, politische Rechte und moralische Mittel der Arbeiter. Wir behalten uns vor, einige dieser Artikel in späteren Nummern zum Abdruck zu bringen. Die Redaktion der D. d. Soz.]

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

22. November 1902.

Parlamentarischer Selbstmord. — Otto Hué, Die Lage der Braunkohlenarbeiter. — Max Quarck, Klassenkämpfe in der Gemeindeverwaltung. — Dionys Zinner, Die Nationalratswahlen in der Schweiz. — Literarische Rundschau. — Notizen.

29. November 1902.

Der Fall Krupp. — Wilhelm Dittmann, Zum Ausbau unserer Organisationen. — Edmund Deuss, Vom Hartkohlenstreik in den Vereinigten Staaten. — Georg Plechanow, Ueber die Anfänge der Lehre vom Klassenkampf. — J. German, Die höhere Gewalt als Gefahrenquelle in technischen Betrieben.

6. Dezember 1902.

Neue Kämpfe, neue Siege. — Georg Plechanow, Ueber die Anfänge der Lehre vom Klassenkampf. (Schluss.) — Franz Diederich, Björnstjerne Björnson. — Heinrich Cunow, Socialismus und Anarchismus in Spanien. — R., J. J. Rousseau und Henriette. — Literarische Rundschau.

13. Dezember 1902.

Ein Wort zur Sozialistenhetze. — Wera Sassulitsch, Die terroristischen Strömungen in Russland I. — Heinrich Cunow, Socialismus und Anarchismus in Spanien. (Schluss.) — Otto Rühle, Universität und Volksschullehrer. — Friedrich Stampfer, Im Zeughaus der Revolution. — Berliner Theater. — Splitter. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Dezember 1902.

Eduard Bernstein, Das Prämienlohnsystem und die Arbeiter. — Otto Hué, Klerikalismus und Gewerkschaftsbewegung. — Friedrich Stampfer, Reichsfinanzreform. — George Sorel, Soziale Ideen und Organisation der Arbeit. — Dr. Max Quarck, Ein preussischer Junker als dichterischer Revolutionär. — Hermann Stehr, Die Geschichte vom Rauschen. — Friedrich Hertz, Moderne Rassentheorieen. — Dr. Ignaz Zadek, Trinkerbehandlung und Delirium. — Rundschau (Politik, Wirtschaft, Sozialistische Bewegungen, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Rechtswissenschaft, Bücher).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

16. Dezember 1902.

Edouard Berth, Classiques ou modernes. — W. Rakhmetov, La situation de la classe ouvrière en Russie (suite et fin). — Paul-Louis Garnier, Autour d'une Procession (Un quartier Juif à Londres.) — Jean Longuet, La Grève des Mineurs en Pennsylvanie. — Adrien Veber, Mouvement social. — G. Rouanet, Ch. Muller, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. November 1902.

J. Lagrosillière, Les Scandales capitalistes et administratifs de la Martinique. — P.-G. La Chesnais, Le Scrutin de Lisle. Enquète sur L'Anticléricalisme et le Socialisme, Réponses de Pablo Iglesias, H. Quelch, Karl Kautsky. — Les Faits Politiques. — Les Syndicats Ouvriers. — Les Coopératives. — Bibliographie. — L'Art. La Litterature.

1. Dezember 1902.

Emile Vandervelde, L'Etat et les Charbonnages en Belgique. — J. Lagrosillière, Les Scandales capitalistes et administratifs de la Martinique (suite). Enquête sur l'Anticléricalisme et le Socialisme, Réponse de Karl Kautsky. — Les Syndicats Ouvriers. — Les Coopératives. — Les Grèves. — Les questions Agraires. — Variétés. — Bibliographie. — L'Art. La Litterature.

L'Avenir Social, Brüssel.

Dezember 1902.

Ferd. Lassalle, Pour conquérir le suffrage universel. — Georges Renard, La production adaptée aux besoins. — V. S., Le mouvement ouvrier et socialiste International. — Bibliographie. — Bulletin syndical. — Bulletin communal. — Bulletin coopératif.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Dezember 1902.

Poetry. — Karl Kautsky (with Portrait). — E. Belfort Bax, Feminism in Extremis. — Dora B. Montefiore, Some Notes on the early Flemish Painters. — Some Letters from Karl Marx. — The Materialist Conception of History, a Discussion between K. Kautsky and E. Belfort Bax. Our greatest Colonial Minister.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. Dezember 1902.

Ivanoe Bonomi, Seherme Parlamentari. — Democritus, I due Programmi. — Dott. Angelo Crespi, Le insidie capitalistiche dell' autonomia del porto di Genova. — Attilio Cabiati e Luigi Einaudi, L'Italia e i trattati di commercio: Il sistema doganale e le industrie manufattrici. 4. Industrica della seta. — Ivanoe Bonomi, Il problema finanziario nella municipalizzazione dei servizi pubblici. — Filosofia, letteratura e Varietà.

16. Dezember 1902.

Dodicennio. — Rerum Scriptor, Nord e Sud nel Partito socialista italiano. — Noi, Postilla. — Dott. Giulio Casalini, Un grande problema sociale: Le abitazioni igieniche a buon mercato, II. Le soluzioni: Gli industriali e le case operaie. — Filosofia, letteratura e Varietà.

Il Socialismo, Rom.

25. November 1902.

L. Viviani, Le spese militari e alcune spese civili. — E. Leone, La municipalizzazione dei pubblici servizi in Italia. — L. Avramoff, Le due tendenze al IX Congresso nazionale del Partito socialista Bulgaro. — Scienza ed arte. — Libri ed opuscoli. — Rivista delle Reviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale.

10. Dezember 1902.

Enrico Ferri, Gruppo socialista e Ministero. — Giovanni Petrini, Resoconto e note sul convegno nazionale della resistenza. — Vita proletaria internazionale. — Libri ed opuscoli. — Rivista delle Riviste

socialiste. — Movimento e legislazioni sociale. — Municipalizzazione e voto contrario. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Dezember 1902.

H. Spiekman, Reorganisatie der Gemeente-Politiek. — Eduard Redele, Van een ander Standpunct. — J. Saks, De Pionieren van Bussum. — Jos. Dietzgen, Het Wezen van den Menschelijken Hoofdarbeid. — Coen, Anti-Militaristische Propaganda. — Cornelie Huygens.

Akademie, Prag.

Dezember 1902.

Dr. Karel Helbich, Poznámky k vereiné organisaci zdravotnictví. — F. J. Cermák, Nezamestnanost a vliv jeji na dosavadni pojisfování delnické. — O ceské politice. — F. Modrácek, K vyvoji sociálne demokratickych organisaci v Cechách. — Verus, Anketa o socialismu a klerikalismu. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Im 4. Heft (Oktober 1902) des 24. Bandes der **Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik** beschäftigt sich ein längerer Artikel von **Fr. J. Neumann** mit der Frage: **„Wer ist heute Sozialist?“** Der Verfasser, der sich nicht allzu viel mit den Definitionen abgibt, die von den bekannteren Sozialisten selbst über den Sozialismus aufgestellt worden sind, sondern sich mehr an Schriften von Nichtsozialisten über den Sozialismus hält, glaubt schliesslich die Frage so beantworten zu sollen: »Sozialistisch sind diejenigen Parteirichtungen und Lehren, welche in Forderungen der Beschränkung eigennütziger Wirtschaft zu gunsten einer durch öffentlichen Zwang durchzuführenden gemeinnützigen zu weit gehen.« (S. 492.)

Damit soll die Unterschiedslinie zwischen Sozialisten und Sozialreformern prinzipiell gezogen sein!

Im Dezemberheft 1902 der **Deutschen Zeitschrift für Politik und Volkswirtschaft, Literatur und Kunst** (Jena) steht ein Artikel von P. Asmussen über »Die Mauserung der Sozialdemokratie.« Der Verfasser erklärt, an keine Mauserung der Sozialdemokratie zu glauben, geht aber nirgends näher auf die Fragen ein, in Bezug auf die überhaupt von einer Mauserung der Sozialdemokratie die Rede gewesen ist, noch zeigt er, dass er die Theorie des Sozialismus kennt.

Im Oktober—Novemberheft 1902 der **Revue d'Economie Politique,** Paris, führt Professor Hector Denis einen in der Aprilnummer 1902 begonnenen Artikel »David Ricardo et la Dynamique Economique« zu Ende, der sich u a. mit Ricardos sozialistischem Zeitgenossen W. Thompson beschäftigt, bezw. Thompsons Theorie der Ricardoschen gegenüberstellt.

Socialism sub Rosa ist ein Artikel von J. A. R. Marriot im Dezemberheft 1902 der **Fortnightly Review,** London, betitelt, der sich aber nur mit dem sog. Munizipalsozialismus beschäftigt, und zwar im gegnerischen Sinne. Der Verfasser zieht lebhaft gegen die kommunalen Eigenbetriebe los.

V. Anfragen und Nachweise.

a) Anfragen.

38. Sind die Schriften des englischen Sozialisten Bray noch zu haben, der vor 1848 schrieb, und gibt es biographisches Material über ihn?
Amsterdam, Dezember 1902. P. W. Z.

39. Hat die deutsche Sozialdemokratie auf irgend einem ihrer Kongresse zum Erbrecht Stellung genommen? Oder gibt es in ihrer Literatur Arbeiten oder Artikel über das Erbrecht?
Bern, 15. Dezember. —old.

40. a) In welchem nicht allzu umfangreichen Buche eines Sozialisten findet sich die beste Erläuterung des historischen Materialismus im Vergleich mit anderen Geschichtsauffassungen? b) Behandeln auch Plechanows »Beiträge zur Geschichte des Materialismus« dieses Thema? c) Wo finde ich eine Untersuchung geschichtlicher Ereignisse auf Grund dieser Theorie?
Wien, 15. Dezember. Robert D.

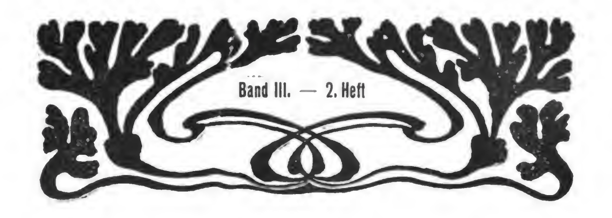
b) Nachweise.

Zu Anfrage 35: In der »Kritischen Bibliographie« der vorliegenden Nummer finden Sie unter Destrée (und Vandervelde) eine Geschichte des Sozialismus in Belgien besprochen.

Zu Anfrage 38: Es gibt zwei oder mindestens zwei englische Sozialisten des Namens Bray, die vor 1848 geschrieben haben. Der eine, J. F. Bray, von dem äusserst wenig bekannt ist, schrieb die sehr bemerkenswerte Schrift Labours Wrongs and Labours Remedy (Leeds 1839), die Marx im Elend der Philosophie S. 145 ff. ausführlich citiert. Der andere, **Charles Bray,** ist der Verfasser des zweibändigen Werkes: »The Philosophy of Necessity or the Law of Consequences; as applicable to mental, moral and social science« (London 1841), sowie noch vieler anderer Schriften sozialpolitischen und philosophischen Inhalts. Ueber ihn ist auch reichlich biographisches Material vorhanden, worüber wir gern nähere Auskunft geben, sobald wir erst wissen, ob dieser Bray gemeint ist.

Zu Anfrage 39: Unseres Wissens hat kein Kongress der deutschen Sozialdemokratie zur Erbrechtsfrage Stellung genommen, noch ist dieselbe in sozialistischen Abhandlungen speziell behandelt worden. Gestreift ist sie u. a. in Engels' »Wohnungsfrage«, auch hat im »Volksstaat« von 1874, als das damalige Eisenacher Programm revidiert werden sollte, ein Mitarbeiter die Frage des Erbrechts näher berührt. Dass Lassalles »System der erworbenen Rechte« sich um das Erbrecht dreht, dürfen wir wohl als bekannt voraussetzen.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Bebel, August: **Die Frau und der Sozialismus.** 34. Auflage. Verbessert und mit neuen Materialien versehen. Stuttgart, 1903. J. H. W. Dietz Nachf. 476 S. 8°. Preis: broschiert 2 Mk., gebd. 2 Mk. 50 Pf.

Kaum acht Jahre sind es her, seit die fünfundzwanzigste Auflage dieses Buches erschien, und schon kann der Verfasser mit der vierunddreissigsten Auflage vor das Publikum treten. Das ist ein um so grösserer Erfolg, als die Schrift ja nicht mehr in dem Sinne sensationell wirkt, wie es bei ihren ersten Auflagen unzweifelhaft der Fall gewesen ist. Muss man nun einen Teil dieses Erfolges auch zweifellos dem grossen Ansehen zuschreiben, welches der Verfasser als politischer Parteiführer geniesst, sowie dem steten Wachstum der Partei oder vielmehr der grossen Kulturbewegung, zu deren Führern er gehört, so wäre er doch in diesem Umfange nicht denkbar, wenn der Schrift nicht hervorragende innere Vorzüge innewohnten, die eine unausgesetzte Propaganda für sie machen. Als solche Vorzüge sind u. a. der reiche stoffliche Inhalt des Buches zu bezeichnen, die Frucht des grossen Sinns des Verfassers für alles Tatsächliche; die Hervorhebung und oft sehr eindrucksvolle Beleuchtung der charakteristischen Anzeichen für die sich anbahnenden gesellschaftlichen Neubildungen; das ersichtliche Streben des Verfassers, den Dingen überall auf den Grund zu gehen und die behandelten Fragen in ihren grossen Zusammenhängen zu erfassen, sowie die flüssige, volkstümliche, packende Darstellung, die an bestimmten Stellen einen hinreissenden Schwung annimmt und durchgängig die Wärme einer tiefgegründeten Ueberzeugung atmet. Der Verfasser hat die Schrift im Laufe der Zeit durch immer neues Material ergänzt und durch viele Zusätze erweitert. Auch die neue Auflage weist viele interessante Bereicherungen auf, die das Buch aktuell erhalten. Durch alle diese Einfügungen sind aber teilweise Kapitel von ungebührlicher Länge entstanden. Wir würden daher empfehlen, in einer späteren Auflage, die ja nicht lange ausbleiben wird, entweder die Kapitel weiter zu teilen, oder, falls dies aus irgend einem Grunde nicht angängig erscheint, wenigstens das Buch mit einem Sachregister auszustatten. Ein solches würde sicher vielen Lesern sehr willkommen sein und könnte so gehalten sein, dass es auch die jetzige und frühere Auflagen berücksichtigte.

Bringmann, August: **Geschichte der deutschen Zimmerer-Bewegung.** Herausgegeben im Auftrage des Centralverbandes der Zimmerleute und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Erster Band. Stuttgart, 1903. J. H. W. Dietz Nachf. XII u. 400 S. 8°. Preis: brosch. 6 Mark.

Der erste Band eines auf drei Bände berechneten Werkes, dessen Verfasser seit Jahrzehnten der Bewegung angehört, um deren Geschichte es sich hier handelt, und gegenwärtig das Organ der stärksten Organisation deutscher Zimmerleute, den »Zimmerer«, redigiert. Es hat nicht nur einen grossen Reiz, die Geschichte eines Gewerbes und der Bewegung seiner Arbeiter von einem Manne beschrieben zu sehen, der selbst von Jugend auf ihm als Arbeiter angehört hat, man darf dabei auch sicher sein, dass von dem durch die praktische Erfahrung geschärften Blick des Arbeiters gar manche Beziehungen und Vorgänge ungleich klarer erfasst werden, als von dem auf das Studium von Berichten dritter angewiesenen Schulgelehrten. Auch wenn der erstere es dafür an Methodik fehlen lässt, darf seine Arbeit einen besonderen Wert beanspruchen.

Der Verfasser behandelt im vorliegenden ersten Band die Geschichte des Zimmererberufs in Deutschland und die Bewegung der deutschen Zimmerleute bis zum Beginn des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts. Der zweite Band soll nach dem im Vorwort angegebenen Plan die moderne deutsche Zimmererbewegung als Ganzes vorführen, der dritte die Geschichte der einzelnen Verbandszahlstellen, also die Entwickelung der Bewegung an den einzelnen Orten, und die soziale Lage der Zimmerer Deutschlands darstellen. Die im Auftrage des Verbands der Zimmerer unternommene Arbeit verspricht so eine gewerbegeschichtliche und gewerbestatistische Monographie zu werden, wie sie in gleicher Art und Ausdehnung bisher kaum ein anderer Beruf aufzuweisen hat.

Die Entwickelung des Zimmerergewerbes ist sowohl in Bezug auf die fachliche, als auf die zum grossen Teil durch jene bedingte soziale Ausgestaltung bis in eine verhältnismässig späte Zeit eine ziemlich verworrene. Der Verfasser behandelt sie mit grosser Sachkunde und unter Vorführung von vielen urkundlichem Material in zwei längeren Kapiteln, die trotz guter Einteilung sich ein wenig schwerfällig lesen. Die allerdings ziemlich verwickelte Materie könnte eine etwas schärfere Heraushebung und Gruppierung der charakteristischen Merkmale der verschiedenen Phasen der Bewegung und ihrer typischen Erscheinungen vertragen. In das dritte Kapitel, das die Gründung der modernen Gewerkschaften in Deutschland durch die politische Arbeiterbewegung recht anschaulich schildert, haben sich an verschiedenen Stellen Irrtümer eingeschlichen, die nicht unberichtigt bleiben dürfen. Der Verfasser verteidigt mit grosser Wärme das Verhalten von J. B. von Schweitzer und dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein mit Bezug auf die Gewerkschaftsbewegung, und es soll unbedingt zugegeben werden, dass viele der seinerzeit gegen Schweitzer und den Verein in dieser Hinsicht erhobenen Anklagen übertrieben, andere gänzlich unbegründet waren. Aber ebenso übertrieben bezw. unbegründet waren die hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage gegen Liebknecht und die »Eisenacher« von Schweitzer und dessen Anhängern und Nachfolgern erhobenen Anschuldigungen, die der Verfasser sich zum Teil zu eigen macht. Es ist grundirrig, Liebknecht und die Masse der Eisenacher als versteckte Gegner oder laue Freunde der Gewerkschaftsbewegung hinzustellen. Gerade Liebknecht war von Anbeginn an einer der lebhaftesten, ja leidenschaftlichsten Anwälte der Gewerkschaftsbewegung, wenn er auch aus politischen Gründen und wegen der nach seiner Ansicht falschen Organisationsform gegen den Schweitzerschen Verband sich aussprach.

Wir wollen uns jedoch bei diesen und einigen anderen Unrichtigkeiten nicht lange aufhalten. Die Fraktionskämpfe aus jener Zeit sind heute überwunden, und es kommt im Grunde wenig darauf an, wer damals diese oder jene Auffassung vertrat. Dass sich sehr weit abweichende Ansichten über die grundsätzlichen und Organisationsfragen des Gewerkschaftswesens bildeten, war bei der Jugend der ganzen Bewegung, der immer noch recht grossen Unentwickeltheit der Verhältnisse und der daraus sich ergebenden Gleichgiltigkeit der Masse der Arbeiter geradezu unvermeidlich, und interessanter und lehrreicher als die Frage, welche Stellung Peter oder Paul damals eingenommen hat, ist das Studium der Anschauungen selbst, die

sich damals stritten, und ihres Zusammenhanges mit den damaligen Existenzbedingungen der betreffenden Arbeitergruppen. Darüber erbringt der vorliegende Band viel interessantes Material, das in den folgenden Bänden sicher noch manche wertvolle Ergänzung finden wird.

Dem Text des Werkes ist ein Aufsatz von Dr. Adolf Braun über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften beigegeben, während die beinahe die Hälfte des Bandes füllenden Anlagen Handwerks- bezw. Zunftordnungen, Gesellenartikel, behördliche Verfügungen etc. aus verschiedenen Epochen, sowie eine ganze Reihe sehr denkwürdiger Urkunden aus den ersten Jahren der modernen Gewerkschaftsbewegung (1868—1875) erbringen. Ausserdem sind dem Werke eine Anzahl interessanter Nachbildungen von Lehrbriefen und »Kundschaften« (Arbeitsbescheinigungen) beigegeben.

Cassel, Dr. G.: **Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag.** Eine Einführung in die theoretische Oekonomie. Göttingen 1900. Vandenhoeck & Ruprecht. 168 S. 8°. Preis: 4 Mark.

Dass die Forderung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag bestenfalls eine sehr irrationelle Formulierung der Forderung ist, den Zoll des Kapitals und aller Monopole auf die Arbeit zu beseitigen, ist heute keinem theoretisch Denkenden unbekannt. Sie hat aber in der Geschichte der sozialen Kämpfe der neueren Zeit eine so grosse Rolle gespielt, dass ihre Untersuchung unter verschiedenen Gesichtspunkten von Interesse ist. Nachdem im Jahre 1886 der österreichische Rechtsgelehrte Anton Menger in einer Schrift, deren Titel gleich dem obigen lautet, eine Geschichte der Forderung veröffentlicht und darin die sozialrechtlichen Auffassungen eingehend erörtert hat, die mit ihr in Beziehung stehen, wird sie nun in der vorliegenden Schrift vom Verfasser auf ihren ökonomischen Inhalt untersucht.

Es ist eine nicht uninteressante Arbeit, in der viel Scharfsinn steckt, wenn wir auch sagen müssen, dass ein gut Teil dieses Scharfsinns ziemlich zwecklos aufgewendet worden ist. Der Verfasser gibt sich grosse Mühe, Dinge zu widerlegen, die eigentlich niemand mehr behauptet oder glaubt. Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag ist eine Forderung, die nur auf einer Stufe der gesellschaftlichen Entwickelung aufkommen und Verbreitung finden konnte, wo die kapitalistische Produktion zwar schon eine gewisse Ausbreitung erlangt hat, aber nur erst in mässig grossen Produktionswerkstätten betrieben wird, neben einer Unzahl handwerksmässiger und sonstiger kleinbürgerlicher Unternehmungen; wo also ihr Wesen nur erst unvollkommen erfasst wird. Da die soziale Denkweise sich langsamer ändert, wie die Produktionsweise, fassen die Menschen auf dieser Stufe der Entwickelung die Frage der Oekonomie noch überwiegend kleinbürgerlich auf, selbst wenn sie Bestrebungen huldigen, die weit über die Kleinbürgerei hinausgehen. Es zeigt sich dies deutlich an den Mitteln, die alsdann vorgeschlagen werden, das Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu verwirklichen. Der kleinbürgerliche Charakter der Grayschen, Proudhonschen etc. Tauschbankprojekte ist oft hervorgehoben worden, aber auch die alte Produktivgenossenschaft ist noch wesentlich kleinbürgerlich gedacht oder entspricht jedenfalls nicht dem Wesen der industriellen Schöpfungen des entwickelten Kapitalismus. Ein grosskapitalistisches Produktionsunternehmen der Gegenwart mit seinem Stab von Büreaubeamten, Technikern, Vorarbeitern, gelernten und ungelernten Arbeitern etc. in eine unabhängige, d. h. für eigene Rechnung wirtschaftende Produktivgenossenschaft umzuwandeln, hat für niemand etwas Verführerisches. Nur solange die Menschen die kapitalistische Unternehmung als eine bloss vergrösserte kleinbürgerliche Werkstätte betrachten, können sie sich von ihrer Umwandlung in eine Produktivgenossenschaft der Arbeiter grosse Dinge versprechen und sich für die dadurch zu erzielende Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag begeistern. Die Analyse der typischen Unternehmung des entwickelten Kapitalismus zeigt die Widersprüche dieses »Rechtspostulats«.

Der Verfasser kommt auf anderem, sehr viel komplizierterem Wege zu seiner Verwerfung. Rodbertus hat versucht, die Verwirklichung des

fraglichen »Rechts« auf gesellschaftlicher bezw. gesamtwirtschaftlicher Basis darzustellen, und an diesen, wie der Verfasser mit Recht betont, Rodbertus hinsichtlich der vorliegenden Frage über seine Vorgänger stellenden Plan setzt seine kritische Untersuchung ein, die infolgedessen oft einen recht abstrakten Charakter trägt bezw. Fragen, wie die des Zinses, der Preisbildung etc., sehr abstrakt behandelt. Er berührt dabei eine ganze Reihe von Streitfragen der politischen Oekonomie und des Sozialismus, auf die einzugehen wir uns leider versagen müssen; wir können nur bemerken, dass seine Kritik sozialistischer Theorieen häufig vorbeischiesst oder aufgegebene Dinge trifft, in manchen Punkten aber wohl der Prüfung wert ist. Sein wissenschaftliches Schlussergebnis, dass »der Ertrag der gesellschaftlichen Produktion ein wesentlich gesellschaftliches Ergebnis ist, das in keiner Weise in so und so grossen Portionen einzelnen zugeschrieben werden kann« (S. 166), dass »alles Einkommen der einheitliche Ertrag der gesellschaftlichen Produktion ist« (S. 167), dass das Recht auf den vollen Arbeitsertrag »die zugespitzte Anstrengung ist, das Ganze der volkswirtschaftlichen Produktion in Atome zu zerlegen«, wird und kann jeder Sozialist unterschreiben. Wenn es aber weiter bei ihm heisst, dass zwischen diesem sozialistischen Gedanken und der sozialistischen [Arbeits-] Wertlehre ein innerer Widerspruch besteht, dass diese Wertlehre »im Grunde nur ein Ausdruck für das Recht auf den vollen Arbeitsertrag« sei und mit dessen Zusammenbruch gleichfalls zusammenbreche, und dass »sich der Sozialismus von diesem Widerspruch befreien« müsse (S. 167), so ist von einer Neigung zu solcher Nachprüfung der bezeichneten Wertlehre in den Reihen der Sozialdemokratie heute wenig zu verspüren. Um ein Bismarcksches Dictum zu gebrauchen: so weit sind wir noch nicht.

Fischer, Arnold: **Die Entstehung des sozialen Problems.** Rostock i. M., 1903. C. J. E. Volckmann. 782 S. 8°. Wohlfeile Ausgabe. Preis: 7,50 Mark.

Der Titel dieses Buches ist in doppelter Hinsicht falsch. Zunächst ist es falsch, schlechthin von einer Entstehung des sozialen Problems zu sprechen. Soziale Probleme hat es zu den verschiedensten Zeiten gegeben, wird es voraussichtlich immer wieder geben. Es war also das soziale Problem, um welches es sich in diesem Buch handelt, bestimmter zu bezeichnen. Dann aber behandelt das Buch viel mehr, als die blosse Entstehung des in Frage gestellten speziellen sozialen Problems — die soziale Frage der Gegenwart — oder es fasst das Entstehen in einer Weite des Begriffs, wo es zusammenfällt mit der ganzen, bis in die Uranfänge allen Geschehens zurückreichenden Geschichte und Vorgeschichte des Gegenstandes. Gegen eine solche Auffassung lässt sich nun sicher nichts einwenden, ja, sie ist prinzipiell als die einzig richtige zu bezeichnen. Wird sie aber in der Weise durchgeführt, dass die ganze Vorgeschichte ebenso ausführlich dargestellt wird, wie das unmittelbare Entstehen selbst, dann erhalten wir eben eine Entwickelungsgeschichte und nicht ein Entstehungsbild. Und das ist hier in der Tat der Fall. Der Titel tut dem Werk unrecht. Was der Verfasser in ihm gibt, ist eine ganze Entwickelungsgeschichte der menschlichen Gesellschaftszustände. Und zwar eine Entwickelungsgeschichte unter einem ganz bestimmten geschichtsphilosophischen Gesichtspunkt, einer sehr bestimmten Geschichtsbetrachtung, die so sehr dem Buch seine Eigenart gibt, dass man es mehr noch wie eine Geschichte, eine Geschichtsphilosophie nennen könnte.

Als solche darf die Geschichtsbetrachtung des Verfassers unbedingt unser Interesse beanspruchen. Sie wird in einer auf dem Verlagszettel abgedruckten Besprechung als »Geschichtsphilosophie auf idealistischer Grundlage« bezeichnet. Wir wissen nicht, ob dies ganz im Sinne des Verfassers ist. Wohl ist der Gesichtspunkt, unter dem die Entwickelungen gekennzeichnet werden, nicht der materialistische oder ökonomische, sondern ein psychologischer, aber eine Geschichte der seelischen Empfindungen und Geistesrichtungen braucht nicht notwendig auf idealistischer Grundlage zu

beruhen, sie ist nicht an den spekulativen Idealismus gebunden. Wir sehen nun den Verfasser faktisch einen geschichtlichen Determinismus vertreten, wie er entschiedener kaum formuliert werden kann. Ueberall wird in Bezug auf die kulturellen Entwickelungen von Gesetzmässigkeit, Naturnotwendigkeit, immanenter Notwendigkeit gesprochen, und da diese Notwendigkeiten nicht als abstrakt-logische Notwendigkeiten, sondern als Naturgesetzlichkeiten behandelt werden, bleibt für irgend welchen andern als den erkenntnistheoretischen Idealismus, der keineswegs eine idealistische Welt- oder Geschichtsauffassung vorschreibt, unseres Erachtens hier kein Raum.

Tatsächlich ist die Geschichtsauffassung des Verfassers als eine naturphilosophische zu bezeichnen. So heisst es im Vorwort, dass das gesellschaftliche Leben der Menschen oder, wie der Verfasser sich ausdrückt, das Gemeinleben des Menschen »nicht dem Geist und Willen einzelner, hervorragender Individualitäten entspringt, sich vielmehr ebenfalls nach Gesetzen entwickelt, die dem Gemeinleben der organischen Natur innewohnen«. (S. IV.) Und in der Einleitung wird »die Menschheit als ein Teil der organischen Welt« hingestellt, mit der sie »ihr oberstes Entwickelungsgesetz gemein« habe. »Die Civilisation der Menschheit, das Fortschreiten der Kultur, ist darnach Wirkung von Kräften, die auch das Fortschreiten zu neuen Arten im Pflanzen- und Tierreich bewirken«. (S. 5/6.)

Es ist ein einheitliches Gesetz oder Gesetzlichkeitsschema, nach dem der Verfasser sich das Tier im Gegensatz zur Pflanze, den Menschen im Unterschied vom Tier und die Menschheit auf ihren verschiedenen Kulturstufen sich entwickeln lässt, ein physiologisches, sich zu einem psychophysischen erweiterndes Entwickelungsgesetz. Und zwar lautet dieses Gesetz, dass der abnehmenden Intensität der Lebenskraft eine Zunahme der Höhe oder Verfeinerung des seelischen Lebens entspricht. Die Pflanze hat, wie ihr Ernährungsprozess, ihre Vermehrungs- und Anpassungsfähigkeit etc. zeigen, eine höhere Intensität der Lebenskraft als das Tier, von seelischem Leben kann bei ihr nicht die Rede sein. Das Tier, das nicht wie die Pflanze seine Nahrung direkt der unorganischen Natur entnehmen kann, sondern, was einer niedern Intensität entspricht, sie in der organischen Natur suchen muss, gewinnt dafür und dazu die Möglichkeit der Ortsveränderung, Instinkte, die elementarsten Bewusstseinsformen. In analoger Weise entwickeln sich bei höheren Tieren höhere Seelenkräfte, Vorstellungsfähigkeit, Kulturelemente, und »Kultur ist eine Stütze gesunkener Lebenskraft« (S. 29). Beim Menschen, der im Verhältnis zu den ihm nächststehenden Affen einen weit schwächeren Lebensprozess vertritt, »das Reife- und Greisenalter in dem Stamm darstellt« (S. 32), steigern sich diese Fähigkeiten zur Bildung von Vorstellungen immer höherer Art, d. h. von Begriffen und Ideen, zu gesteigerter Wahlfähigkeit, zur Vernunft, und in dem Masse, wie das Empfindungsleben sich abtönt und vor der Vernunft zurücktritt, unterscheiden sich die verschiedenen Stufen der Civilisation.

Der Verfasser behandelt sie in vier grossen Abteilungen: I. Entstehung und Wesen der Civilisation; II. Kulturperiode der reinen Empfindung; III. Kulturperiode der freien Vernunft; IV. Kulturperiode der reinen Vernunft. Von diesen Perioden ist die erste die der »natürlichen und äusseren Kultur«, wo die Menschen noch überwiegend unter dem Druck der sie umgebenden äusseren Natur handeln, die zweite die der Geschlechterverbindungen und Geschlechterherrschaft, sie reicht von der Zeit der Gentilverfassungen an bis zur Feudalzeit. Die Periode der freien, d. h. dem Empfindungsleben freier gegenüberstehenden Vernunft, ist die des Bürgertums, und das Emporkommen der Arbeiterklasse leitet den Uebergang zur Kulturperiode der reinen, ein noch höheres gesellschaftliches Bewusstsein ausprägenden Vernunft ein. Der Kampf um die Gestaltung der gesellschaftlichen Einrichtungen und Moralbegriffe im Sinne dieser reinen Vernunft ist die grosse Kulturfrage unserer Zeit, das zu lösende soziale Problem.

All das ist nun im einzelnen an der Hand der Kultur- und politischen Geschichte genauer ausgeführt, wobei sich der Verfasser als gut belesen zeigt. Die Wirtschafts- und spezieller die Produktionsverhältnisse werden nicht gerade übersehen, erscheinen aber dieser psychologischen Geschichtsbetrachtung nur als mitwirkende Kräfte der Entwickelung; es ist immer ein ganzer Komplex von Kulturelementen, der eine bestimmte allgemeine Kulturpsychologie hervorbringt, und durch ihre nach bestimmten Gesetzen sich vollziehende Veränderung ein neues Seelenleben der Menschheit anbahnt, dessen Kampf gegen das alte, die gesellschaftlichen Einrichtungen beherrschende Seelenleben eine soziale bezw. Kulturkrise darstellt.

Wir haben so eine sehr einheitlich durchdachte und, muss hinzugefügt werden, sehr einheitlich durchgeführte Geschichtsauffassung vor uns, eine Geschichtsauffassung, die man ganz gut unter die Gruppe der materialistischen Geschichtsauffassungen einreihen könnte, wenn sie auch nicht gerade ökonomistisch ist. Auch die Marxsche Geschichtsauffassung erblickt in den Bewusstseinsformen den höchsten Ausdruck der jeweiligen Gesellschaftsentwickelung; sie verbietet durchaus nicht, die Kulturstadien der menschlichen Gesellschaft auch einmal unter dem Gesichtswinkel der sozialen Psychologie zu betrachten und abzugrenzen. Die Gefahr solcher Betrachtungsweise besteht nur darin, dass, weil sie sozusagen die Dinge von oben herab, gewissermassen aus der Perspektive des Luftballons anschaut, sie zwar die Spitzen richtig, den Unterbau aber schräg und daher leicht verschroben sieht. Und das zeigt sich auch hier. Obwohl die Darstellung nie direkt falsch ist, ist sie doch oft merkwürdig geschraubt und verschroben. Wer sich nicht die Betrachtungsweise des Verfassers zu eigen gemacht hat, dem würden manche Sätze als die höchste Bizarrerie, wenn nicht als noch Schlimmeres erscheinen. Aber es ist wie mit einer neuen Richtung in der Malerei: auf den ersten Blick reizt sie den an die alte Methode Gewöhnten zum heftigen Widerspruch. Ueberwindet er aber das Vorurteil und tritt er dem Bilde näher, so wird er, sofern es nur von einem wirklichen schöpferischen Künstler herrührt, auch bald die Bereicherung würdigen lernen, welche die neue Richtung in die Kunst hineingetragen hat. So auch hier. Die Darstellung reizt und fesselt doch zugleich, und je mehr wir uns mit dem Werk bekannt machen, um so mehr überwiegt das letztere. Es ist ein eigenartiges Werk, aus dem viel Wissen spricht, das eine wohltuende, von aller hektischen Polemik freie, wahrhaft geschichtliche Ruhe atmet, eine wirkliche Geschichtsphilosophie, deren Grundgedanke, die Entstehung, Entwickelung und Erhebung des Bewusstseins und der Bewusstheit in der Geschichte über das grobphysische und blosse Empfindungsleben so, wie er hier dargestellt und durchgeführt wird, als ein sehr fruchtbarer bezeichnet werden muss, der unsern Blick in Bezug auf die grossen Kulturfragen der Menschheit bedeutend erweitert.

Was der Verfasser über spezielle Punkte der sozialen Kämpfe und sozialistischen Theorieen unserer Tage sagt, ist nicht immer unanfechtbar, fordert aber zu keiner besonderen Polemik heraus, da die Fragestellung in der Hauptsache durchaus die des Sozialismus ist.

Lindemann, Dr. H.: **Die neue Gemeindeordnung.** Eine Kritik. Stuttgart, 1903. J. H. W. Dietz Nachf. 80 S. 8°. Preis brosch. 1,20 Mark.

Eine mit der bekannten Kompetenz des Verfassers abgefasste Kritik eines Gemeindeordnungsentwurfs, den die württembergische Regierung in der Landtagstagung von 1902 den Ständen vorgelegt hat. Der Verfasser weist nach, dass der Entwurf, wenn er auch kleine Verbesserungen bringt, in seinen wesentlichen Bestimmungen den Anforderungen der Arbeiterklasse, wie überhaupt der Demokratie, an die Ausbildung der Gemeindeverwaltung im Sinne des sozialen Fortschritts nicht entspricht, vielmehr in wichtigen Punkten eine Verschlechterung des derzeitigen Gemeinderechts bringt und daher mit der grössten Entschiedenheit zu bekämpfen ist. Vielfach eingestreute Betrachtungen allgemeinen Inhalts, insbesondere das ausführliche Kapitel über das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinde sind auch für Leser von Wert, die den speziell württembergischen Angelegenheiten kein grösseres Interesse entgegenbringen.

2. In französischer Sprache.

Bernstein, Ed.: **Socialisme et Science.** Conférence faite à un groupe d'Etudiants de Berlin. Avec une préface spéciale de l'auteur pour l'édition française. Paris, 1903. V. Giard & E. Brière. 61 S. 8°. Preis: 75 cts.

Eine französische Ausgabe des in Deutschland unter dem Titel »Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?« veröffentlichten Vortrags. Sie ist mit einem besonderen Vorwort versehen, in dem sich der Verfasser mit einigen Kritikern des Vortrags auseinandersetzt.

Renard, Georges: **Le Régime Socialiste.** Principes de son organisation politique et économique. Troisième édition revue et augmentée. Paris, 1903. Felix Alcan. 212 S. 8°. Preis: 2 Fr. 50 cts.

Dieses schon in dritter Auflage vorliegende Buch ist ein Versuch des Verfassers, früher Professor an der Universität Genf und jetzt Professor am Institut für Künste und Gewerbe in Paris, seine sozialistischen Gedanken in einen fest gefügten Körper zusammenzufassen. »Von dem, was ist, ausgehend, um zu dem zu gelangen, was sein soll«, sagt er im Vorwort, »habe ich danach getrachtet und gestrebt, nach Möglichkeit die Gerechtigkeit mit der Nützlichkeit, die hoch zu wertende individuelle Freiheit mit der vernunftgemässen Organisation der Gesellschaft in Einklang zu bringen«. (S. 2.) Ueber die dabei beobachtete Methode, die Anwendung bestimmter sozialer Prinzipien als richtunggebend auf die gegebenen Bedingungen und Möglichkeiten des sozialen Lebens, gibt ein als Anhang beigegebener Vortrag über »Die Methode des Studiums der sozialen Frage« Auskunft, den der Verfasser am 15. Januar 1896 im Collège libre des sciences sociales zu Paris gehalten hat. Das Buch selbst zerfällt in drei Teile. Der erste behandelt die allgemeinen Prinzipien, der zweite die politische Organisation, der dritte die ökonomische Organisation einer sozialistischen Gesellschaft. Im ersten Teil wird zuerst die Fragestellung genauer erörtert, dann die heutige soziale Frage unter den beiden Gesichtspunkten der Politik und der Wirtschaft gekennzeichnet, und weiter die Frage untersucht, nach welchen Grundsätzen die Sphären des Individuums und der Gesellschaft in der Oekonomie und der Politik abzugrenzen sind. Der zweite Teil erörtert wieder in drei Kapiteln die notwendigen Freiheiten, die Funktionen der Gesellschaft und den Mechanismus der politischen Organisation, der dritte, ebenfalls in drei Kapiteln, die Organisation der Produktion, die Verteilung der Arbeiten und die Verteilung der Früchte der Arbeit.

Wir begnügen uns mit dieser Inhaltsangabe. In die Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen. Die Beschäftigung mit den Fragen einer kommenden oder zu erkämpfenden Gesellschaft hat unter gewissen Gesichtspunkten ihren Wert und entspricht, wie die Verbreitung dieser und ähnlicher Werke zeigt, offenbar einem vielfach empfundenen Bedürfnis. Aber es ist müssig, über sie zu streiten. Wir wissen uns mit dem Verfasser in Bezug auf die allgemeinen sozialistischen Grundsätze und viele Punkte seiner Erörterungen einig, weichen aber in Bezug auf andere Punkte und die Methode von ihm ab. Im ganzen können wir das Buch als die anregende Arbeit eines kenntnisreichen und verständigen, wenn auch nicht gerade tief angelegten Geistes bezeichnen.

3. In englischer Sprache.

Blatchford, Robert: **Britain for the British.** London, 1902. Clarion Press. 175 S. 8°. Preis: 3 Pence.

Hinter dem chauvinistisch klingenden Titel dieser Broschüre steckt eine ehrlich sozialistische Propagandaschrift. Ihr Verfasser, Redakteur

der eigenartigen sozialistischen Wochenschrift »The Clarion« und sehr günstig aufgenommener Romane, hat durch die in einer Million Exemplare verbreitete, mehrfach übersetzte Schrift Merry England seine grosse Begabung als sozialistischer Propagandaschriftsteller erwiesen. Sie tritt auch in dieser Schrift zu Tage, die, wie die vorgenannte, »zwar für jeden bestimmt ist, der die Prinzipien des Sozialismus nicht versteht oder es bisher abgelehnt hat, sie zu unterschreiben«, aber speziell »an John Smith, einen typischen der noch nicht zum Sozialismus bekehrten britischen Arbeiter, gerichtet ist«. Mit diesem »John Smith«, mit dessen Denkweise, seinen Vorurteilen und seinen Vorzügen der Verfasser wohl vertraut ist, unterhält er sich in 19 Kapiteln über den Sozialismus, wobei aber die Form der Unterhaltung nicht pedantisch festgehalten wird und auch der Ton dem Gegenstand entsprechend wechselt, bald einen mehr humoristischen Charakter trägt und bald in Satire oder leidenschaftliche Anklage umschlägt, um dann wieder der nüchternen Sprache des nur auf »Tatsachen« Gewicht legenden Praktikers sich zuzuwenden. Die grosse Ausdrucksfähigkeit der englischen Sprache, die genug Mundart geblieben ist, um ohne Schwierigkeit und Affektion ins wirklich Volkstümliche überzugehen, zeigt sich hier wieder in ihren vorteilhaftesten Zügen. Der Verfasser handhabt sie mit grossem Geschick.

Hier einige Kapitelüberschriften: Die ungleiche Verteilung des Reichtums. Was ist Reichtum, woher stammt er, und wer erschafft ihn? Der Luxus und die grosse Täuschung von der nützlichen Beschäftigung. Was der Sozialismus n i c h t ist. Der auswärtige Handel und die vom Ausland kommenden Nahrungsmittel. Ist der Sozialismus nützlich, und wird er sich zahlen? Die Notwendigkeit einer Arbeiterpartei. Warum die alten Parteien untauglich sind.

Wenn der Verfasser über achtbare ökonomische Kenntnisse verfügt, so fehlt es in der Schrift doch nicht an Stellen, die einer wissenschaftlichen Nachprüfung bedürfen. Gleich am Anfang wird vom jährlichen britischen Nationaleinkommen gesagt, dass der betreffende Betrag — 1 700 000 000 Pfd. Sterling — »der Gesamtwert des jährlich in diesem Lande produzierten Reichtums« sei, was tatsächlich nicht der Fall; ein Teil dieses Reichtums stammt vielmehr aus aller möglichen Herren Länder. Kann man nun auch von einer Propagandaschrift nicht verlangen, dass sie alle Seiten der behandelten Frage erschöpft, so darf und muss man doch an sie die Forderung stellen, in dem, was sie ausspricht, unanfechtbar zu sein. Das ist in dieser Broschüre an einigen Stellen nicht der Fall, sonst aber ist sie ganz vortrefflich.

Engels, Frederick: **The Origin of the Family, Private Property and the State.** Translated by Ernest Untermann. Chicago, 1902. Ch. H. Kerr & Co. 217 S. kl. 8°. Preis: 50 cts.

Eine Uebersetzung der bekannten, im Deutschen den gleichen Titel tragenden Engelsschen Schrift.

Young, T. M.: **The american Cotton Industry.** A study of work and workers, contributed to the M a n c h e s t e r G u a r d i a n. With an introduction by E l i j a h H e l m, M. A., Secretary to the Manchester Chamber of Commerce. London, 1902. Methuen & Co. 146 S. 8°. Preis: 1 sh. 6 d.

Was vor zehn Jahren die Monographie von H. von Schulze-Gävernitz »Der Grossbetrieb« für Deutschland und weiterhin für andere Länder des Festlandes geleistet hat, nämlich ihnen ein Bild des Grades, der Natur und der sozialpolitischen Wirkungen der technischen Ueberlegenheit der englischen über die festländische Baumwollenindustrie zu geben, das tut in seiner Art das vorliegende Buch für die Engländer hinsichtlich der amerikanischen Baumwollenindustrie. Es zeigt den Engländern, worin ihnen die Amerikaner technisch überlegen sind, und wie sich die Leistungen und die Lage der betreffenden Arbeiter im Vergleich mit denen der englischen Arbeiter gestaltet. Während aber Herr von Schulze-Gävernitz seinen Gegen-

stand mit der Methodik des theoretisch vorgebildeten Oekonomen behandelt, haben wir es in diesem Buch mit der Wiedergabe von Briefen eines Zeitungsberichterstatters zu tun, allerdings eines gut orientierten, scharf blickenden und anschaulich schildernden Berichterstatters. Die Briefe sind sehr interessant und instruktiv. Sie schildern die Zustände in den Baumwolldistrikten der Neu-England-Staaten (Massachusetts, Rhode Island, New Hampshire, Maine) und die der Südstaaten, dem Gewinnungsgebiet der Rohbaumwolle, wo wegen des Wegfallens der Transportkosten für das Rohmaterial die Produktion konkurrenzfähiger sein sollte, als in den Gegenden und Ländern, welche es von fernher beziehen müssen. Es wird aber dieser Vorteil zu einem grossen Teil durch die Schwierigkeit aufgewogen, in jenen warmen, erschlaffenden Klimaten so leistungsfähige Arbeiter zu beschaffen und zu halten, wie sie die vorgeschrittene Technik erheischt. Insofern ist also die Furcht vor der Konkurrenz der Südstaaten übertrieben. Uebertrieben ist aber nach der Ansicht des Verfassers auch die Furcht, die man in England vor der Konkurrenz der amerikanischen Neu-England-Staaten hat, welche den Baumwolle erzeugenden Gegenden geographisch so viel näher liegen, als England. Der Verfasser zeigt, dass die Kosten für den Transport der Rohbaumwolle von New-Orleans nach den Stapelplätzen der Neu-England-Staaten nicht niedriger, sondern eher etwas höher sind, als nach den Stapelplätzen von Lancashire. Dagegen sind nach ihm die Arbeitslöhne in den Neu-England-Staaten erheblich höher, sowohl ihrem Geldwert als auch namentlich ihrem Realwert nach, wie in Lancashire, geschweige denn auf dem Festland von Europa. Wenn oder wo Amerikas Baumwollenindustrie der Europas überlegen ist, ist sie dies wegen der Ueberlegenheit ihrer Organisation und Technik, billigerer Verkehrsmittel etc., Vorzüge, die einzuholen für Europa nicht unmöglich ist. Die hierher gehörenden Mitteilungen sind für jeden Sozialpolitiker von grossem Interesse.

4. In italienischer Sprache.

Giglioli, G.: **Le Malattie del Lavoro.** Roma Società Editrice Dante Alighieri. 453 S.

Eine sehr genaue und gründliche Aufzählung und Beschreibung der mit einzelnen Gewerben verbundenen Krankheiten, sowie beherzigenswerte, auf eine, wie es scheint, überaus peinliche Kenntnis der sozialen Hygiene basierte Vorschläge zu ihrer Bekämpfung. Diese Bekämpfung liegt zum Teil auf hygienischem, zum Teil auf sozialpolitischem Gebiete. Der Verfasser unterscheidet als praktischer Arzt zwischen Krankheiten, welche durch die Umgebung (Luft, Wasser etc.), und solche, welche durch das zu bearbeitende Material entstehen, in bezw. an welchem der Arbeiter sein Tagwerk vollbringt. Wenn das Buch, dessen Verfasser nicht Sozialist ist, dennoch sozialistische Ideen im Leser förmlich erzeugt, so liegt das meines Erachtens an seiner Wissenschaftlichkeit, welche eben den fortschrittlichen Ideen des Sozialismus nolens volens Tribut zahlen muss. Reiches statistisches Material vervollständigt den Wert der Schrift. *Robert Michels.*

Lorenzoni, Giovanni: **La Cooperazione Agraria nella Germania Moderna,** saggio descrittivo e teorico. Vol. II.: La Costituzione Sociologica e Giuridica ed i Problemi Economici e Sociali della Cooperazione Agraria. Trento. Società Tipografica Editrice Trentina. 308 S.

Wenn der erste, bereits im 11. Hefte dieser Zeitschrift kurz besprochene Band des Lorenzonischen Buches zu dem Zweifel eine gewisse Berechtigung gab, ob nicht der Autor die in Deutschland geschauten Dinge in einem zu rosigen Lichte erblickt und demgemäss in zu optimistischer Färbung niedergeschrieben habe, so hat der zweite, soeben erschienene Band des Werkes diesen Zweifel Lügen gestraft. Er enthält eine in jeder Beziehung durchaus gerechte und neutrale Würdigung der deutschen Agrargenossen-

schaften, deren bekanntlich sehr zahlreiche Fehler in der Theorie und Missstände in der Praxis er keineswegs übersieht.

Auch dieses von wissenschaftlichem Geiste getragene, ohne eigentliche Tendenz, aber doch in mehr oder weniger demokratischem Sinne geschriebene Werk ist schwer in einigen Strichen genügend zu skizzieren. Die Ueberschriften der Hauptkapitel lauten: 1. Die soziologische und juristische Konstruktion der Agrargenossenschaften. 2. Das Wesen und die rein wirtschaftlichen Gesetze des Agrargenossenschaftswesens. 3. Die psychologischen und sozialen Faktoren des Agrargenossenschaftswesens, seine nicht-agrarischen Ziele, seine Entstehung und Zusammensetzung und seine Wirkungen auf die Psyche des Individuums. 4. Die Agrargenossenschaften in ihren Beziehungen zu den wirtschaftlich nicht zur Landwirtschaft gehörigen Klassen. 5. Die Agrargenossenschaften und die innere Agrarfrage. 6. Rückblick und Schluss, Skizze einer »Genossenschaftsphilosophie«. — Wie man sieht, ein sehr reichhaltiges Buch. Besonderes Interesse beanspruchen die Auseinandersetzungen des Verfassers über die berühmte Agrarfrage (in welcher er übrigens zu den Gegnern Kautskys zählt) und die materialistische Geschichtsauffassung, während seine Auslassungen über die Stellung der deutschen Parteien zu dem Agrargenossenschaftswesen etwas matt sind. Einen Fehler, oder vielmehr eine Ungenauigkeit, möchte ich noch berichtigen. Lorenzoni spricht gern und oft von den Volksparteien (partiti popolari) in Deutschland, ohne die gewaltigen Unterschiede zwischen denselben klar zu machen. Der italienische Leser wird auf diese Weise durchaus irregeleitet und muss glauben, in Deutschland bestünden wie in Italien ausgesprochen demokratische Parteien, was nicht der Fall ist. Noch einen Einwand möchte ich machen, oder vielmehr eine grundsätzlich verschiedene Meinung vertreten. Lorenzoni hat im I. Bande seines Werkes seinen Landsleuten die deutschen Agrarvereine als Muster zur Nachahmung anempfohlen. Das klingt insofern recht sonderbar, als bekanntlich gerade in Italien das ganze Land von Agrarvereinen förmlich strotzt, die — und darauf kommt es an! — einen politisch-sozialen Kampfescharakter tragen und also zur Hebung der Agrarklasse — und das soll doch wohl der einzige Zweck aller Agrarvereine sein — bei weitem nützlicher sind, als die einem mehr oder weniger krassen Egoismus huldigenden Vereine in Deutschland. Sprengung der entwürdigenden Gesindeordnung und Wecken des Klassenbewusstseins auf dem Lande müssten daher hier die ersten Schritte sein.

Soviel aber steht wohl fest: Lorenzoni hat etwas zustande gebracht, das in unserem an Fachgelehrten fast überreichen Lande nicht alle Tage passiert. Er hat als Ausländer ein deutsches Thema gründlicher im Inhalt und zugleich gedanklich reicher behandelt, als alle Deutschen, die bisher die Sachlage studierten. Der noch jugendliche Autor verspricht entschieden viel für die Zukunft. *Dr Robert Michels.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Ein französischer Parteiführer von 1789 als Vorläufer der materialistischen Geschichtsauffassung.

Dass die von Marx-Engels als materialistische Geschichtsauffassung bezeichnete Geschichtstheorie nicht ohne Vorläufer, Minerva gleich, fix und fertig dem Haupt der Genannten entsprang, sondern ihre verschiedenen Vorläufer hatte, hat Engels selbst 1894 in einem Brief an Heinz Starkenburg hervorgehoben. Mit dieser Feststellung erhält die Forschung nach Vorläufern der Theorie statt des persönlich-polemischen Zuges, der ihr längere Zeit vielfach anhaftete, einen rein wissenschaftlichen Charakter. Es handelt sich nun lediglich darum, das gesetzmässige Aufkommen der Theorie, ihre schrittweise sich vollziehende Herausarbeitung in den Köpfen derjenigen zu ermitteln, die über die treibenden Kräfte der geschichtlichen Entwickelungen zu den verschiedenen Zeiten nachgedacht haben. Dass sie nicht blosse Zufälligkeiten, Produkte rein willkürlicher Handlungen von Individuen oder Volksmassen sind, haben sich tiefere Denker schon ziemlich früh gesagt, aber über die Natur und das Verhältnis der Kräfte, welche den geschichtlichen Vorgängen den Charakter der Gesetzmässigkeit verleihen, und über den Grad dieser Gesetzmässigkeit verfielen sie auf die verschiedenartigsten Theorieen. Indes brachte es der Gang der Entwickelung selbst wiederum mit sich, dass die Aufmerksamkeit immer wieder auf bestimmte Zusammenhänge gelenkt, bestimmten Faktoren des Gesellschaftslebens zugewendet wurde.

Namentlich in solchen Zeitläuften, welche die saintsimonistische Schule die kritischen Epochen der Geschichte nannte und die jenen Perioden entsprechen, die Marx später als solche sozialer Revolution bezeichnete, wie überhaupt in Zeiten grösserer politischer Umwälzungen, mussten sich die Geister dazu angeregt fühlen, nach Erklärungen zu forschen, auf Grund deren je nach dem Standpunkt des Forschers das Alte oder das Neue als organische Notwendigkeit begründet werden konnte. Diesem Bedürfnis entsprang in der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts eine geschichtstheoretische oder theoretisierende Literatur, als deren bedeutendste Vertreter unter dem hier in Frage stehenden Gesichtspunkt Th. H o b b e s und James H a r r i n g t o n zu bezeichnen sind. Insbesondere der letztere muss als ein hervorragender Vorläufer der materialistischen Geschichtsauffassung bezeichnet werden. Er hat die Theorie aufgestellt, dass die jeweilige Verteilung des Eigentums schliesslich auch die politische Verfassung des Landes bestimmt, und sie so ins einzelne verarbeitet, dass er dem weiterem Problem, wodurch

dann aber die Verteilung des Eigentums und das Stärkeverhältnis der Klassen bedingt sei, sehr nahe kam. Seine Theorie ist durch seinen Schüler Toland nach Frankreich übertragen worden und hat dort nachweisbar befruchtend gewirkt. Der von Marx citierte Einwand, mit dem Nicolas Linguet Montesquicus bedeutendes Werk über den Geist der Gesetze umgeworfen haben soll: Der Geist der Gesetze ist das Eigentum, ist eine radikal zugespitzte Weiterbildung des Grundgedankens der Harringtonschen Gesellschaftstheorie. Ueberhaupt ist das 18. Jahrhundert erst das eigentliche Jahrhundert der Versuche, die Geschichte wissenschaftlich aufzufassen. Was für Frankreich Montesquieu war, ward für England Gibbon, den man ebenfalls den Vorläufern der materialistischen Geschichtsauffassung zuzurechnen hat. In Frankreich werden die Theorieen immer kühner, je mehr wir uns der Epoche der grossen Revolution nähern, und inmitten der Revolutionskämpfe sehen wir einen direkt an ihnen Beteiligten, den jugendlich-leidenschaftlichen Barnave von Grénoble, der in der konstituierenden Nationalversammlung zu den Radikalsten gehört hatte und einer der Gründer des Jakobinerklubs gewesen war, in der unfreiwilligen Pause, die ihm das Verbot der Wahl von Abgeordneten der konstituierenden Versammlung in die gesetzgebende Versammlung auferlegte*), geschichtsphilosophische Ideen niederschreiben, die sehr wesentliche Gedanken der materialistischen Geschichtsauffassung vorwegnehmen. Das 1791/92 abgefasste Manuskript, das eine Einleitung in die französische Revolution bildet, ist erst 1845 durch den Abgeordneten Bérenger (de la Drome) veröffentlicht worden, dem es von der Schwester Barnaves übergeben worden war. Jean Jaurès citiert es im ersten Band der Histoire Socialiste sehr ausführlich als eines der merkwürdigsten Dokumente jener Epoche, das da zeigt, »bis zu welchem Grade das revolutionäre Bürgertum, das von Taine so törichterweise des abstrakten Idealismus geziehen wird, sich der ökonomischen Bewegung bewusst war, die seinen Sieg bestimmte«. Wir geben im folgenden einen Teil dieser Auszüge in Uebersetzung wieder, indem wir es den Lesern überlassen, sie mit den Darstellungen der materialistischen Geschichtsauffassung in Parallele zu stellen.

* *
*

»Man würde vergeblich suchen«, sagt Barnave, »sich eine richtige Vorstellung von der grossen Revolution zu machen, die Frankreich in Bewegung versetzt hat, wenn man sie als isolierte Erscheinung betrachtet, losgelöst von der Geschichte der Reiche, die uns umgeben, und von den hinter uns liegenden Jahrhunderten.« Und er fährt alsbald fort: »Wenn man die allgemeine Bewegung ins Auge fasst, die seit der Feudalzeit bis auf unsere Tage die europäischen Regierungen dahin führt, allmählich ihre Form zu ändern, so wird man klar erkennen, bis zu welchem Punkt wir angelangt sind und welches die Ursachen sind, die uns dahin gebracht haben.«

---

*) Dass dieses Verbot dem von Harrington verfochtenen Prinzip der umschichtigen (›rotierenden‹) Zusammensetzung der Volksvertretungen entsprach, sei nur beiläufig erwähnt.

Dann heisst es weiter:

Zweifellos können die Revolutionen von Regierungen [hier gleichbedeutend mit Staatsordnungen] ebenso wie alle diejenigen Erscheinungen der Natur, die von den Leidenschaften und dem Willen des Menschen abhängen, nicht jenen festen und genau berechenbaren Gesetzen unterworfen sein, die sich auf die Bewegungen der leblosen Materie beziehen; doch gibt es unter jener Menge von Ursachen, deren vereinter Einfluss die politischen Ereignisse hervorruft, solche, die mit der Natur der Dinge so eng verbunden sind, deren beständiges und regelmässiges Wirken so sehr den Einfluss der zufälligen Ursachen überwiegt, dass sie in einem gewissen Zeitraum dahin kommen, ihre Wirkung fast mit Notwendigkeit hervorzubringen. Es sind fast immer sie, welche das Antlitz der Nation ändern; all die kleinen Ereignisse sind in ihre allgemeinen Resultate eingeschlossen; sie bereiten die grossen Epochen der Geschichte vor, während die Ursachen zweiten Grades, denen man sie fast immer zuschreibt, nur ihr Eintreten bestimmen.... Im ersten Stadium der Gesellschaft kannte der von der Jagd lebende Mensch kaum das Eigentum: sein Bogen, seine Pfeile, das Wild, das er getötet, die Felle, die ihm zur Bedeckung dienten, sind fast sein einziger Besitz. Die ganze Erde gehört allen insgesamt. Es können also da die politischen Einrichtungen, wenn es überhaupt einen Anfang von solchen gibt, nicht das Eigentum zur Grundlage haben; die Demokratie ist dort nichts anderes, als die natürliche Unabhängigkeit und Gleichheit; die Notwendigkeit eines Führers in den Kämpfen schafft dort die ersten Elemente der Monarchie; das Ansehen, wie es das Wissen verleiht, und das stets um so grösser ist, je unwissender die Masse der Menschen ist, lässt die erste Aristokratie erstehen, die Aristokratie der Greise, der Priester, der Wahrsager, der Aerzte, den Ursprung der Brahmanen, der Druiden, der Auguren, kurz der ganzen, auf das Wissen gegründeten Aristokratie, die überall der Aristokratie der Waffen und des Reichtums vorangegangen ist und die vom Ursprung der Gesellschaft an stets durch einige wirkliche Dienste, denen ein grosser Zusatz von Betrug zur Seite steht, eine grosse Macht erlangt.

Wenn die Zunahme der Bevölkerung dem Menschen die Notwendigkeit einer weniger vom Zufall abhängigen und reichlicheren Subsistenz fühlbar macht, opfert er, um fortexistieren zu können, einen Teil seiner Unabhängigkeit; er unterwirft sich beschwerlicheren Aufgaben; er versorgt Tiere mit Nahrung, zieht Herden auf und wird Hirtenvolk. *Damit beginnt der Einfluss des Eigentums auf die Einrichtungen*; der an die Sorge für die Herden gekettete Mensch hat nicht mehr die volle Unabhängigkeit des Jägers, der Arme und der Reiche hören auf, Gleiche zu sein, und die natürliche Demokratie existiert schon nicht mehr. Die Notwendigkeit, Eigentum zu schützen und zu verteidigen, nötigt dazu, jeder militärischen und civilen Behörde mehr Kraft zu verleihen. Diejenigen, die sie geniessen, ziehen durch ihre Macht Reichtümer an sich, wie sie vermittelst ihrer Reichtümer ihre Macht steigern und befestigen. Schliesslich können in diesem Gesellschaftsstadium Verhältnisse obwalten, wo die aristokratische oder monarchische Gewalt unbegrenzte Ausdehnung erlangt. Beispiele aus verschiedenen Gebieten Asiens legen Zeugnis dafür ab....

Endlich wird der Mensch, da die Bedürfnisse der Bevölkerung immer mehr wachsen, dazu genötigt, seine Nahrung im Schoss der Erde zu suchen. Er gibt das Umherwandern auf und wird Ackerbauer. Er opfert den Rest seiner Unabhängigkeit, er bindet sich sozusagen an die Erde und ladet die Notwendigkeit einer gewohnheitsmässigen Arbeit auf sich. Nunmehr wird das Land unter die einzelnen verteilt, das Eigentum

umfasst nicht mehr bloss die Herden, die den Boden bedecken, sondern den Boden selbst. Nichts ist gemeinsam, bald werden die Weiden, die Wälder, ja selbst die Flüsse Eigentum; und dies Recht, das mit jedem Tag mehr Ausdehnung erlangt, wirkt immer stärker auf die Verteilung der Macht zurück.

Es möchte scheinen, als ob die ausserordentliche Einfachheit eines rein ackerbautreibenden Volkes sich mit der Demokratie vertragen müsste; allein ein tieferes Nachdenken und insbesondere die Erfahrung beweist, dass der Zeitpunkt, wo ein Volk zur Bearbeitung des Bodens gelangt ist, aber noch nicht über jene gewerbliche und kommerzielle Industrie verfügt, die auf sie folgt, von allen Phasen der gesellschaftlichen Ordnung diejenige ist, wo die aristokratische Gewalt die grösste Stärke erlangt. Dies die Epoche, wo sie herrscht und fast immer die demokratischen und monarchischen Einflüsse unterjocht.

Selten, vielleicht nie ist es vorgekommen, dass die erste Verteilung des Bodens gemäss einer gewissen Gleichheit vorgenommen wurde. Findet die Teilung auf jungfräulichem, kraft einfachen Okkupationsrechts besetztem Boden statt, so wird, da das Volk im Moment, wo diese dritte Gesellschaftsepoche eintritt, schon stets etliche politische Einrichtungen, etliche eingesetzte Gewalten hat, der Boden nach Massgabe des Ranges, der Machtstellung, der Grösse der Herden verteilt werden, über welche jeder verfügt; was sollte der Arme und Schwache mit einem ausgedehnten Grundstück anfangen, das er nicht anbauen könnte? Er wird sich von selbst auf das Notwendige beschränken, während ein Führer das ganze Gebiet besetzen wird, das er mit seinen Herden bedecken und von seinen Dienern bebauen lassen kann; denn es ist eine beschämende Erscheinung in der Geschichte der Gesellschaften, dass das Eigentum an Menschen stets dem an Grund und Boden vorausgegangen ist, wie der Kriegsgebrauch, der Sklaven macht, dem Grad der Volksvermehrung vorangegangen ist, der die Bodenkultur und die Arbeit nötig macht.

Ist die Besitzergreifung des Bodens Folge der Eroberung, so wird, gemäss den in dieser Epoche herrschenden Gebräuchen, die Ungleichheit der Verteilung noch grösser sein. Die Eroberung beraubt fast stets die Besiegten des grössten Teils ihrer Güter und bringt sie oft in Sklaverei; von den Siegern bereichert sie nur die Anführer; der Soldat findet in seinem Losanteil kaum genug, sich eine Zeitlang in seinem stolzen Nichtstun zu ernähren.

So besitzt ein Volk vom ersten Moment an, wo es den Boden bearbeitet, ihn gewöhnlich in sehr ungleichen Teilen. Aber wenn auch im Anfang eine gewisse Gleichheit bestehen sollte, so braucht sie sich nur unter dem notwendigen Gang der Dinge ein wenig zu ändern, und die Ungleichheit der [Boden-] Anteile wird bald übergross sein. Es ist ein feststehendes Prinzip, dass da, wo es kein anderes Einkommen als solches aus Grund und Boden gibt, die grossen Besitzungen nach und nach die kleinen verschlingen müssen, wie da, wo es ein Einkommen aus Handel und Industrie gibt, es der Arbeit der Armen gelingt, nach und nach einen Teil des Grundbesitzes der Reichen an sich zu ziehen.

Wo es kein anderes Produkt als das aus Grund und Boden gibt, wird derjenige, der nur ein kleines Stück von solchem besitzt, oft entweder infolge seiner Nachlässigkeit oder infolge von unregelmässiger Witterung in die Lage kommen, am Notwendigen Mangel zu leiden. Dann borgt er vom Reichen, und dieser, der ihm jährlich einen Teil seines Erübrigten leiht, kommt bald dahin, sich seinen Acker anzueignen. Je mehr er ihn

verarmt hat, um so mehr hält er ihn in Abhängigkeit; er macht ihm dann als eine Gunst den Vorschlag, ihn zu ernähren, indem er ihn auf seinen eigenen Feldern arbeiten lässt und in seine Dienerschaft aufnimmt. Wenn das Gesetz es zulässt, kauft er ihm auch noch seine Freiheit ab.

Der Ackerbauer gibt so alle Unabhängigkeit hin, welche die Natur ihm verliehen. Der Boden schlägt ihn in Ketten, weil er ihn leben lässt. Arm, auf den Feldern zerstreut, geknechtet auf Grund seiner Bedürfnisse, ist er dies auch infolge der Natur seiner Arbeiten, die ihn von seinesgleichen trennt und ihn isoliert. Die Anhäufung der Menschen in den Städten ist es, die den Schwachen die Möglichkeit bietet, durch ihre Zahl dem Einfluss der Mächtigen Trotz zu bieten, und es ist der Fortschritt der Künste [hier im Sinne von gewerblicher Technik. Red.], welcher diese Anhäufungen zahlreich und andauernd gestaltet.

Endlich ist auf dieser Gesellschaftsstufe der Arme nicht minder durch seine Unwissenheit versklavt. Er hat jene natürliche Umsicht, jene Kühnheit der Vorstellungen eingebüsst, die den die Wälder durchstreifenden Menschen kennzeichnen, jene Gebräuche und Weisheitsmaximen verloren, welche die Frucht des beschaulichen Lebens der Hirtenvölker sind, und er hat noch nicht jene Erleuchtung und Kühnheit des Gedankens erworben, welche der Reichtum und der Fortschritt der Künste in alle Klassen der Gesellschaft hineinträgt; gewöhnlich allein, von einer andauernden und einförmigen Arbeit in Anspruch genommen, bietet er das Beispiel des letzten Grades von Erniedrigung dar, bis zu dem die Natur fallen kann, alle Arten von Aberglauben sind alsdann zu seiner Versklavung berufen.

Bei diesem Stand der Dinge, und da es keinen Handel gibt, sind die Elemente der Bevölkerung noch nicht durch ihre Bedürfnisse und ihren gegenseitigen Verkehr miteinander verbunden; und da es fast kein Mittel gibt, in einem Lande Abgaben zu erheben, wo es keine Kapitalienanhäufung gibt, kann die Centralgewalt keine [Truppen-] Macht unterhalten, die erheblich genug ist, die Einheit und den Gehorsam aufrecht zu erhalten. Die Macht bleibt in den Teilen des Gebiets, wo die Reichtümer zusammenfliessen und verzehrt werden, und die Herrschaft der Aristokratie dauert so lange, als das Landvolk in Unkenntnis oder Vernachlässigung der [gewerblichen] Künste verharrt und der Grundbesitz fortfährt, den einzigen Reichtum zu bilden.

Da der natürliche Gang der Gesellschaften darin besteht, ohne Unterlass in Volksmenge und Gewerbefleiss bis zur Erreichung des höchsten Grades von Civilisation fortzuschreiten, muss die Einrichtung von Manufakturen und die Ausbreitung des Handels notwendig auf die Bodenbewirtschaftung folgen.«

Wohl könnten die von der Aristokratie geformten politischen Einrichtungen dem Eintritt der Manufaktur- und Handelsperiode entgegenwirken und ihn verzögern, aber »auf die Dauer nehmen die politischen Einrichtungen den Geist der Oertlichkeit an«, und »sobald die Künste und der Handel das Volk durchdringen und für die arbeitstätige Klasse ein neues Mittel des Reichtums schaffen, bereitet sich eine Revolution in den politischen Gesetzen vor; eine neue Reichtumsverteilung produziert eine neue Verteilung der politischen Macht. Wie das Eigentum an Grund und Boden die Aristokratie hervorgebracht [wörtlich: gezüchtet] hat, so hebt

das gewerbliche Eigentum die politische Gewalt des Volkes. Es erwirbt die Freiheit, vermehrt sich, beginnt auf die öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken.

»Daher entsteht eine zweite Art von Demokratie; die erste hatte die Unabhängigkeit, diese hat die Macht; die erste war das Ergebnis des Nichtvorhandenseins von Gewalten, die Menschen zu unterdrücken, diese ist das Ergebnis der ihr eigenen Gewalt; die erstere ist die Demokratie barbarischer Völker, die zweite die der staatlich organisierten [wörtlich: der polizierten] Völker.

In den kleinen Staaten wird die Macht dieser neuen Volksgewalt so gross sein, dass sie oft Herr der Regierung sein wird, und die neue Art von Reichtum wird eine Art Bourgeois- und Handelsaristokratie zur Folge haben.

In den grossen Staaten sind alle Schichtungen durch einen gegenseitigen Verkehr verbunden: es bildet sich eine zahlreiche Klasse von Bürgern, die mit den grossen Reichtümern der Industrie das grösste Interesse an der Erhaltung der Ordnung im Innern hat und die durch das Mittel der Steuer der öffentlichen Gewalt die zur Durchführung der allgemeinen Gesetze nötigen Machtmittel ausfolgt. Eine beträchtliche Summe von Steuern, die ohne Unterlass von den Extremitäten nach dem Centrum und von diesem nach den Extremitäten wandert, eine reguläre Armee, eine grosse Hauptstadt, eine Menge öffentlicher Anstalten werden zu ebensoviel Bindemitteln, einer grossen Nation jene Einheit, jenen engen Zusammenhalt zu geben, die ihre Existenz gewährleisten.

(Nach Jaurès entwickelt Barnave nun, dass die französische Revolution, weil sie auf einer viel vorgeschritteneren Stufe gewerblicher und kommerzieller Entwickelung ausgebrochen sei, wie die englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts, auch einen erheblich demokratischeren Charakter trage. Dann citiert Jaurès noch eine Anzahl Sätze, von denen wir die wichtigsten hier ebenfalls folgen lassen):

In den Regierungen [hier für Staaten] Europas ist die Grundlage der Aristokratie der Grundbesitz, die Grundlage der Monarchie die öffentliche Gewalt, die Grundlage der Demokratie das bewegliche Eigentum.

Die Revolutionen dieser drei politischen Faktoren sind die Revolutionen der Staaten....

Man kann die grosse Revolution, welche der Einfluss des Fortschritts der Künste in den europäischen Einrichtungen bewirkt hat, in drei Gruppen einteilen. 1. Die Gemeinden, die durch die Arbeit Reichtum erworben, haben zuerst ihre Freiheit und dann einen Teil der Ländereien durch Kauf an sich gebracht, und die Aristokratie hat nacheinander ihre Herrschaft und ihre Reichtümer verloren; so ist das Feudalsystem unter dem Einfluss civiler Beziehungen untergegangen.

2. Dieselbe, durch den sie stets begleitenden Fortschritt der Industrie unterstützte Ursache hat ganz Europa von der weltlichen Gewalt des Papstes befreit und das halbe Europa seiner geistigen Obergewalt entzogen.

3. Dieselbe Ursache, das heisst der Fortschritt des beweglichen Eigentums, der in Europa das Element der Demokratie und der Kitt der Einheit der Staaten ist, hat nach und nach alle politischen Systeme Europas modifiziert. Je nachdem sie durch die geographische Lage der Orte mehr oder weniger begünstigt wurde, hat hat sie verschiedene Arten von Regierungen herbeigeführt. Da, wo das Volk sich in einem kleineren Staat sehr stark fand, hat es Republiken errichtet; da, wo es auf einem grossen Gebiet nur die Kraft hatte, durch das Mittel der Steuer die monarchische

Gewalt gegen die Aristokratie, den gemeinsamen Feind der Fürsten und des Volkes, zu unterstützen, hat es nach und nach absolute Monarchieen geschaffen; da, wo es seine Fortschritte weiter betreiben konnte, hat es, nachdem es lange dem Tron als Helfer gegen die Grossen gedient, einen Ausbruch vollzogen und, indem es in der Regierung Platz nahm, die beschränkte Monarchie eingerichtet. Nur da, wo es bloss schwache Ausbreitung fand, haben sich die aristokratischen und föderativen Formen des feudalen Systems erhalten können und unter dem Einfluss der Zeit sogar eine solidere und regelmässigere Form annehmen können.

Dieser allen Staatswesen Europas gemeinsame Entwickelungsgang hat in Frankreich eine demokratische Revolution vorbereitet und sie am Ausgang des 18. Jahrhunderts zum Ausbruch gebracht.«

* *
*

So Barnave im Winter 1891/92. Wenn seine Auffassung noch durch und durch bürgerlich ist, wenn er keine Ahnung von einer fundamentalen Klassenspaltung des in Gewerbe und Handel tätigen »Volkes« hat und seine Behandlung der Oekonomie noch sehr unbeholfen ist und den Einfluss der Technik nur erst sehr äusserlich erfasst, so muss man doch sagen, dass seine Auffassung im übrigen einen grossartigen Zug hat. Die französische Revolution wird aus dem Gebiet des Zufälligen, des örtlich oder selbst national begrenzten Phänomens herausgehoben. Zu einer Zeit, wo in Frankreich noch kein Mensch daran dachte, das Banner der Revolution über die Landesgrenzen hinauszutragen, erscheint sie hier als ein Stück einer grossen europäischen Bewegung. Nach Barnave, bemerkt Jaurès treffend, handelt es sich, genau gesprochen, gar nicht um eine französische Revolution, »es handelt sich um eine europäische Revolution, die in Frankeich ihren Gipfel erreicht hat.« Und, sei noch einmal bemerkt, die in den Augen Barnaves nicht wegen einer mysteriösen Ueberlegenheit der französischen Rasse gerade in Frankreich ihren Gipfel erreicht hat, sondern weil sie dort eine höhere Entwickelung des bürgerlichen Eigentums und seiner Grundlagen, Industrie und Handel, vorfand, als in irgend einem andern Lande ausser England, dessen Revolution ein Jahrhundert zu früh gekommen war und infolgedessen nur eine Bastardverfassung gezeitigt hatte.

Der „heilige Max“.

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner. (Fortsetzung.)

Vornotiz.

Bevor wir mit dem Abdruck von Auszügen aus dem vorbezeichneten Werk fortfahren, halten wir es für angezeigt, an dieser Stelle insoweit einen Ueberblick über seinen Inhalt zu geben, als dieser sich aus der Kapitel- und sonstigen Einteilung des Textes und den entsprechenden Ueberschriften gewinnen lässt.

Das, gleich dem kritisierten Buch Stirners, »Der Einzige und sein Eigentum« überschriebene Werk ist, ebenso wie jenes, in zwei grössere Abschnitte eingeteilt, deren Ueberschriften den Ueberschriften Stirners:

Der Mensch und Ich die travestierenden Angaben: Altes Testament und Neues Testament voranstellen. In ähnlicher Weise wird bei den Kapiteln und Unterabschnitten verfahren, von denen aber verschiedene hier noch allerhand weitere Einteilungen erfahren oder mit besonders betitelten Sonderabschnitten versehen sind. Ein in Einzelheiten eingehender Vergleich mit den Stirnerschen Ueberschriften erübrigt sich an dieser Stelle, wir lassen die von uns vorgenommene Zusammenstellung ohne Zusatz folgen:

Obertitel: **Der Einzige und sein Eigentum.**

Erster Abschnitt. **Altes Testament: Der Mensch.**

1. **Genesis, d. i. Ein Menschenleben.**
2. **Oekonomie des alten Bundes.**
3. **Die Alten.**
4. **Die Neuen.**
   - A. Der Geist (Reine Geistergeschichte).
   - B. Die Besessenen (Unreine Geistergeschichte).
     - Anleitung zum Geistersehen.
     - Zweite Anleitung zum Geistersehen.
       - a) Der Spuk.
       - b) Der Sparren.
   - C. Unreine unreine Geistergeschichte.
     - a) Neger und Mongolen.
       - Erste, Zweite, Dritte, Vierte, Fünfte, Sechste, Siebente, Achte } geschichtliche Reflexion.
     - b) Katholizismus und Protestantismus.
   - D. Die Hierarchie.
5. **Der in seiner Konstruktion vergnügte „Stirner“.**
6. **Die Freien.**
   - A. Der politische Liberalismus.
   - B. Der Kommunismus.

[Von diesem interessanten Kapitel fehlen leider vier Manuskriptseiten, auf denen u. a. ein Paragraph: Erste logische Konstruktion, und der Anfang eines zweiten: Zweite logische Konstruktion gestanden haben muss. Die Red.]

Dritte logische Konstruktion.
Vierte logische Konstruktion.
Erste historische Konstruktion.
Zweite geschichtliche Konstruktion.

C. Der humane Liberalismus.

Zweiter Abschnitt. **Neues Testament. „Ich.“**

1. **Oekonomie des Neuen Bundes.**
2. **Phänomenologie** des mit sich einigen Egoisten oder die Lehre von der **Rechtfertigung.**

[Hieraus fehlen ebenfalls vier Manuskriptseiten, während andere, wie auch viele der folgenden Kapitel, stark zerfressen sind. Auf irgend einem der fehlenden Stücke muss der Titel des dritten Kapitels gestanden haben. Die Red.]

4. **Die Eigenheit.**
5. **Der Eigner.**
   - A. Meine Macht.
     - I. Das Recht.
       - a) Kanonisation im allgemeinen.
       - b) Aneignung durch einfache Antithese.
       - c) Aneignung durch zusammengesetzte Antithese.
     - II. Das Gesetz.
     - III. Das Verbrechen.
       - a) Einfache Kanonisation von Verbrechen und Strafe.
       - b) Aneignung von Verbrechen und Strafe durch Antithese.
       - c) Das Verbrechen im gewöhnlichen und aussergewöhnlichen Verstande.

[Hier fehlen zwölf Manuskriptseiten, auf denen an irgend einer Stelle ein neues Kapitel (das sechste dieser Abteilung) beginnt, dessen Ueberschrift, ebenso wie die von einem Unterabschnitt und von vier zu diesem gehörenden kleineren Abschnitten, fehlt. Wie aus dem weiteren Inhalt ersichtlich, ist das Thema dieses Kapitels die Gesellschaft. Die Red.]

5. Die Gesellschaft als bürgerliche Gesellschaft.
   - Abhandlung 1. Ueber Parzellierung des Grundeigentums, Ablösung der Servituten und Verschlingung des kleinen Grundeigentums durch das grosse.
   - Abhandlung 2. Privateigentum, Staat und Recht.

- II. Die Empörung.
- III. Der Verein.
  1. Grundeigentum.
  2. Organisation der Arbeit.
  3. Geld.
  4. Staat.
  5. Empörung.

- B. Die Religion des Vereins.
  - a) Eigentum.
  - b) Vermögen.
  - c) Moral, Verkehr, Exploitationstheorie.
  - d) Religion.
  - e) Nachträgliches zum Verein.

C. Mein Selbstgenuss.
D. Das hohe Lied Salomonis oder der Einzige.

7. Apologetischer Kommentar (Bruchstück).

Wir fahren nun mit dem Abdruck von einzelnen Abschnitten bezw. Auszügen fort und geben zunächst noch den von den Alten handelnden Abschnitt mit seinen charakteristischen Bemerkungen über die Philosophie in Rom und Griechenland wortgetreu wieder.

* *
*

3. Die Alten.

Eigentlich müssten wir hier mit den Negern beginnen; aber der heilige Max, der ohne Zweifel mit im »Rate der Wächter« sitzt, bringt in seiner unerforschlichen Weisheit die Neger erst später und auch dann »nicht mit dem Anspruche auf Gründlichkeit und Bewährtheit«. Wenn wir also die griechische Philosophie dem negerhaften Weltalter, d. h. den Zügen des Sesostris und der napoleonischen Expedition nach Egypten vorhergehen lassen, so geschieht es in der Zuversicht, dass unser heiliger Schriftsteller alles weislich angeordnet habe.

»Schauen wir daher in das Treiben hinein, welches« die Stirnerschen Alten »verführen«.

»Den Alten war die Welt eine Wahrheit, sagt Feuerbach; aber er vergisst den wichtigen Zusatz zu machen: eine Wahrheit, hinter deren Unwahrheit sie zu kommen suchten und endlich wirklich kamen«. p. 22.

»Den Alten war« ihre »Welt (nicht die Welt) eine Wahrheit« — womit natürlich keine Wahrheit über die alte Welt gesagt ist, sondern nur, dass sie sich nicht christlich zu ihrer Welt verhielten. Sobald die Unwahrheit hinter ihre Welt kam (d. h. sobald diese Welt in sich selbst durch praktische Kollisionen zerfiel — und diese materialistische Entwickelung empirisch nachzuweisen, wäre das einzig Interessante), suchten die alten Philosophen hinter die Welt der Wahrheit oder die Wahrheit ihrer Welt zu kommen und fanden dann natürlich, dass sie unwahr geworden war. Ihr Suchen selbst war schon ein Symptom des inneren Verfalls dieser Welt. Jacques le bonhomme macht das idealistische Symptom zur materiellen Ursache des Verfalls und lässt als deutscher Kirchenvater das Altertum selbst seine eigene Verneinung, das Christentum, suchen. Diese Stellung des Altertums ist bei ihm notwendig, weil die Alten die »Kinder« sind, die hinter die »Welt der Dinge« zu kommen suchen. »Und etwa leicht auch«: Indem Jacques le bonhomme die alte Welt in das spätere Bewusstsein von der alten Welt verwandelt, kann er natürlich mit einem Sprunge aus der materialistischen alten Welt sich in die Welt der Religion — das Christentum hinüberschwingen. Der realen Welt des Altertums tritt nun sogleich »das göttliche Wort« gegenüber, dem als Philosoph gefassten Alten der als moderner Zweifler gefasste Christ. Sein Christ »kann sich niemals von der Eitelkeit des göttlichen Wortes überzeugen« und »glaubt« infolge dieser Nichtüberzeugung »an die ewige und unerschütterliche Wahrheit desselben«. p. 22. Wie sein Alter Alter ist, weil er der Nichtchrist, noch nicht Christ oder verborgener Christ ist, so ist sein Urchrist Christ, weil er der Nichtatheist, noch nicht Atheist, verborgener Atheist ist Er lässt also das Christentum von den Alten, wie den modernen Atheismus von den Urchristen negiert werden, statt umgekehrt. Jacques le bonhomme, wie

alle anderen Spekulanten, fasst alles beim philosophischen Schwanz an. Folgen sogleich noch ein paar Exempel dieser kindlichen Leichtgläubigkeit:

»Der Christ muss sich für einen »»Fremdling auf Erden«« ansehen (Hebr. 11, 13)«. p. 23. Umgekehrt, die Fremdlinge auf Erden (durch höchst natürliche Gründe erzeugt, z. B. die kolossale Konzentration des Reichtums in der ganzen römischen Welt etc. etc.) mussten sich als Christen ansehen. Nicht ihr Christentum machte sie zu Vagabunden, sondern ihr Vagabundentum machte sie zu Christen. — Auf derselben Seite springt der heilige Vater von der Antigone des Sophokles und der mit ihr zusammenhängenden Heiligkeit der Totenbestattung sogleich zum Evangelium Matthäi 8, 22 (Lass die Toten ihre Toten begraben), während Hegel wenigstens in der Phänomenologie von der Antigone u. s. w. allgemach auf das Römertum übergeht. Mit demselben Recht hätte St. Max sogleich ins Mittelalter übergehen und den Kreuzfahrern mit Hegel diesen Bibelspruch entgegenhalten oder gar, um recht originell zu sein, die Bestattung des Polynices durch Antigone mit der Abholung der Asche Napoleons von St. Helena nach Paris in Gegensatz bringen können. Weiter heisst es: »im Christentum wird die unverbrüchliche Wahrheit der Familienbande« (die auf p. 22 als eine der »Wahrheiten« der Alten konstatiert wird) »als eine Unwahrheit dargestellt, von der man sich nicht zeitig genug losmachen könne (Marc. 10, 29) und so in allem«. (p. 23.) Dieser Satz, in welchem wieder die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt ist, muss folgendermassen zurechtgerückt werden: Die faktische Unwahrheit der Familienbande (darüber u. a. die noch vorhandenen Dokumente der vorchristlichen römischen Gesetzgebung nachzusehen) wird im Christentum als eine unverbrüchliche Wahrheit dargestellt, »und so in allem«.

Wir sehen also an diesen Exempeln im Uebermasse, wie Jacques le bonhomme, der von der empirischen Geschichte »sich nicht zeitig genug losreissen kann«, die Tatsachen auf den Kopf stellt, die materielle Geschichte von der ideellen produziert werden lässt, »und so in allem«. Von vornherein erfahren wir nur, was die Alten von ihrer Welt angeblich hielten; sie werden als Dogmatiker der alten, ihrer eigenen, Welt gegenübergestellt, statt als Produzenten derselben aufzutreten; es handelt sich nur um das Verhältnis des Bewusstseins zum Gegenstande, zur Wahrheit; es handelt sich also nur um das philosophische Verhältnis der Alten zu ihrer Welt — an die Stelle der alten Geschichte tritt die Geschichte der alten Philosophie, und auch diese nur, wie Sankt Max sie sich nach Hegel und Feuerbach vorstellt.

Die Geschichte Griechenlands von der perikleischen Zeit inklusive an reduziert sich so auf den Kampf der Abstrakta Verstand, Geist, Herz, Weltlichkeit u. s. w. Dies sind die griechischen Parteien. In dieser Gespensterwelt, die für die griechische Welt ausgegeben wird, »machiniren« dann auch allegorische Personen, wie Frau Herzensreinheit, und nehmen mythische Personen, wie Pilatus (der nie fehlen darf, wo Kinder sind) ernsthaft Platz neben Timon dem Phliasier.

Nachdem Sankt Max uns über die Sophisten und Sokrates einige überraschende Offenbarungen gegeben hat, springt er sogleich zu den Skeptikern über. Er entdeckt in ihnen die Vollender der von Sokrates angefangenen Arbeit. Die positive Philosophie der Griechen, die gerade auf die Sophisten und Sokrates folgt, namentlich die encyklopädische Wissenschaft des Aristoteles, existiert also für Jacques le bonhomme garnicht. Er »kann nicht zeitig genug sich« von dem Früheren »losmachen« — er eilt auf den Uebergang zu den »Neuen« und findet diesen in den Skep-

tikern, Stoikern und Epikuräern. Sehen wir uns an, was der heilige Vater uns über diese offenbart.

»Die Stoiker wollen den Weisen verwirklichen — den Mann, der zu leben weiss —, sie finden ihn in der Verachtung der Welt, in einem Leben ohne Lebensentwickelung, ohne freundliches Vernehmen mit der Welt, d. h. im isolierten Leben, nicht im Mitleben; nur der Stoiker lebt, alles andere ist für ihn tot. Umgekehrt verlangen die Epikuräer ein bewegliches Leben.« p. 30.

Wir verweisen Jacques le bonhomme, den Mann, der sich verwirklichen will und der zu leben weiss, u. a. auf Diogenes Laertius, wo er finden wird, dass der Weise, Sophos, nichts ist, als der idealisierte Stoiker, nicht der Stoiker der realisierte Weise; wo er finden wird, dass der Sophos durchaus nicht bloss stoisch ist, sondern ebensogut bei den Epikuräern, Neuakademikern und Skeptikern vorkommt. Uebrigens ist der Sophos die erste Gestalt, in der uns der griechische Philosophos entgegentritt; er tritt mythisch auf in den sieben Weisen, praktisch im Sokrates und als Ideal bei den Stoikern, Epikuräern, Neuakademikern und Skeptikern. Jede dieser Schulen hat natürlich einen eigenen σόφος, wie Sankt Bruno sein eigenes, »einziges Geschlecht« hat. Ja, Sankt Max kann »le sage« wiederfinden im achtzehnten Jahrhundert in der Aufklärungsphilosophie und sogar bei Jean Paul in den »weisen Männern«, wie Emanuel etc. Der stoische Weise stellt sich kein »Leben ohne Lebensentwickelung«, sondern ein a b s o l u t b e w e g l i c h e s Leben vor, was schon aus seiner Naturanschauung hervorgeht, welche die heraklitische, die dynamische, entwickelnde, lebendige ist, während bei den Epikuräern der mors immortalis, wie Lukrez sagt, das Atom das Prinzip der Naturanschauung ist und an die Stelle des »beweglichen Lebens« die göttliche Muse im Gegensatz zur göttlichen Energie des Aristoteles als Lebensideal vorgestellt wird.

»Die Ethik der Stoiker (ihre einzige Wissenschaft, da sie nichts vom Geiste auszusagen wussten, als wie er sich zur Welt verhalten solle, und von der Natur — Physik — nur dies, dass der Weise sich gegen sie zu behaupten habe) ist nicht eine Lehre des Geistes, sondern nur eine Lehre der Weltabstossung und Selbstbehauptung gegen die Welt.« p. 31.

Die Stoiker wussten »von der Natur dies zu sagen«, dass die Physik für den Philosophen eine der wichtigsten Wissenschaften sei, und gaben sich deshalb sogar die Mühe, die Physik des Heraklit weiter auszubilden; sie wussten ferner zu sagen, dass die ὥρα, die männliche Schönheit, das Höchste sei, was von dem Individuum darzustellen sei, und feierten gerade das Leben im Einklang mit der Natur, obgleich sie dabei in Widersprüche geraten. Nach den Stoikern zerfällt die Philosophie in drei Doktrinen: »Physik, Ethik, Logik«. »Sie vergleichen die Philosophie dem Tier und dem Ei; die Logik den Knochen und Sehnen des Tieres, der äusseren Schale des Eies; die Ethik dem Fleisch des Tieres und im Ei dem Eiweiss, und die Physik der S e e l e des Tieres und der Eidotter« (Diog. Laert. Zeno).

Wir sehen schon hieraus, wie wenig »die Ethik die einzige Wissenschaft der Stoiker ist«. Hierzu kommt noch, dass sie, nach Aristoteles, die Hauptbegründer der formalen Logik und der Systematik überhaupt sind.

»Die Stoiker wussten« so wenig »nichts vom Geiste auszusagen«, dass bei ihnen sogar die G e i s t e r s e h e r e i beginnt, weswegen Epikur ihnen als Aufklärer gegenübertritt und sie als »alte Weiber« verspottet, während gerade die Neuplatoniker einen Teil ihrer Geistergeschichten

den Stoikern entnommen haben. Diese Geisterseherei der Stoiker geht einerseits aus der Unmöglichkeit hervor, eine dynamische Naturanschauung ohne das von einer empirischen Naturwissenschaft zu liefernde Material durchzuführen, und andererseits aus ihrer Sucht, die alte griechische Welt und selbst die Religion spekulativ zu interpretieren und dem denkenden Geiste analog zu machen.

»Die stoische Ethik« ist so sehr »eine Lehre der Weltabstossung und Selbstbehauptung gegen die Welt«, dass z. B. zur stoischen Tugend gerechnet wird: »ein tüchtiges Vaterland, einen braven Freund haben«, dass »das Schöne allein« für »das Gute« erklärt wird, und dass dem stoischen Weisen erlaubt ist, sich in jeder Weise mit der Welt zu vermengen, z. B. Blutschande zu begehen etc. etc. Der stoische Weise ist so sehr »im isolierten Leben, nicht im Mitleben« befangen, dass es von ihm bei Zeno heisst: »Der Weise bewundere nichts von dem, was wunderbar erscheint — aber der Tüchtige wird auch nicht in der Einsamkeit leben, denn er ist gesellschaftlich von Natur und praktisch tätig.« (Diog. Laert. Lib. VII, 1.) Uebrigens wäre es zu viel verlangt, wenn man gegenüber dieser Gymnasiastenweisheit des Jacques le bonhomme die sehr verwickelte und widerspruchsvolle Ethik der Stoiker entwickeln sollte.

Bei Gelegenheit der Stoiker existieren dann auch die Römer für Jacques le bonhomme (p. 31), von denen er natürlich nichts zu sagen weiss, da sie keine Philosophie haben. Wir hören nur von ihnen, dass Horaz (!) es »nicht weiter als bis zur stoischen Lebensweisheit gebracht hat«. Integer vitae, scelerisque purus!

Bei Gelegenheit der Stoiker wird auch Demokrit erwähnt, und zwar, indem aus irgend einem Handbuch eine konfuse Stelle des Diogenes Laertius (Democr., lib. IX, 7, 45) und noch dazu falsch übersetzt, abgeschrieben und hierauf eine lange Diatribe über Demokrit begründet wird. Diese Diatribe zeichnet sich dadurch aus, dass sie mit ihrer Grundlage, der obigen konfusen und falsch übersetzten Stelle, in direkten Widerspruch tritt und aus der »Gemütsruhe« (der Stirnerschen Uebersetzung von εὐθυμία — niederdeutsch Wellmuth), die »Weltabstossung« macht. Stirner bildet sich nämlich ein, Demokrit sei ein Stoiker gewesen und zwar ein solcher Stoiker, wie ihn sich der Einzige und das gemeine Gymnasiastenbewusstsein vorstellen; er meint, »seine ganze Tätigkeit gehe in dem Bemühen auf, von der Welt loszukommen«, »also im Abstossen der Welt«, und kann nun im Demokrit die Stoiker widerlegen. Dass das bewegte, weltdurchstreifende Leben des Demokrit dieser Vorstellung des heiligen Max ins Gesicht schlägt, dass die eigentliche Quelle für die demokritische Philosophie Aristoteles ist und nicht die paar Anekdoten des Diogenes Laertius, dass Demokrit so wenig die Welt abstiess, dass er vielmehr ein empirischer Naturforscher und der erste encyklopädische Kopf unter den Griechen war — dass seine kaum bekannte Ethik sich auf einige Glossen beschränkt, die er als alter vielgereister Mann gemacht haben soll, dass seine naturwissenschaftlichen Sachen nur per abusum Philosophie genannt werden, weil bei ihm das Atom, im Unterschiede von Epikur, nur eine physikalische Hypothese, ein Notbehelf zur Erklärung von Tatsachen ist, gerade wie in den Mischungsverhältnissen der neueren Chemie (Dalton u. s. w.) — alles das passt nicht in Jacques le bonhommes Kram; Demokrit muss »einzig« aufgefasst werden, Demokrit spricht von der Euthymie, also der Gemütsruhe, also der Zurückziehung in sich selbst, also der Weltabstossung, Demokrit ist ein Stoiker und unterscheidet sich vom indischen Fakir, der

»Brahm« (soll heissen »Om«) wispert, nur wie der Komparativ vom Superlativ, nämlich »nur dem Grade nach«.

Von den Epikuräern weiss unser Freund gerade soviel, wie von den Stoikern, nämlich das unvermeidliche Gymnasiastenquantum. Er stellt die epikuräische Hedone der stoischen und skeptischen Ataraxie gegenüber und weiss nicht, dass diese Ataraxie ebenfalls bei Epikur, und zwar als der Hedone übergeordnet, vorkommt, wodurch sein ganzer Gegensatz zusammenfällt. Er erzählt uns, dass die Epikuräer »n u r e i n a n d e r e s V e r h a l t e n gegen die Welt lehren«, als die Stoiker; er möge uns den (nichtstoischen) Philosophen der »alten und neuen Zeit« zeigen, der nicht »nur« dasselbe tue. Schliesslich bereichert uns der heilige Max mit einem neuen Ausspruch der Epikuräer: »Die Welt muss betrogen werden, denn sie ist meine Feindin«; bisher war es nur bekannt, dass die Epikuräer sich dahin aussprachen: Die Welt muss e n t t ä u s c h t, namentlich von der Furcht der Götter befreit werden, denn sie ist meine F r e u n d i n. — Um unserem Heiligen eine Andeutung von der der Philosophie des Epikur zu grunde liegenden realen Basis zu geben, brauchen wir nur zu erwähnen, dass sich bei ihm zuerst die Vorstellung findet, dass der Staat auf einem gegenseitigen Vertrage der Menschen, einem contrat social (συνθήκη) beruhe.

Wie sehr die Aufschlüsse des heiligen Max über die Skeptiker in demselben Geleise bleiben, geht schon daraus hervor, dass er ihre Philosophie für radikaler hält, als die des Epikur. Die Skeptiker reduzierten das theoretische Verhältnis der Menschen zu den Dingen auf den S c h e i n und liessen in der Praxis alles beim alten, indem sie sich ebenso sehr nach diesem Scheine richteten, wie andere nach der Wirklichkeit; sie gaben der Sache nur einen anderen Namen. Epikur dagegen war der eigentliche radikale Aufklärer des Altertums, der die antike Religion offen angriff, und von dem auch bei den Römern der Atheismus, soweit er bei ihnen existierte, ausging. Daher hat ihn auch Lukrez als einen Helden gefeiert, der zuerst die Götter gestürzt und die Religion mit Füssen getreten habe, daher hat Epikur bei allen Kirchenvätern, von Plutarch bis Luther, den Ruf des gottlosen Philosophen par excellence, des Schweins, behalten, weshalb auch Clemens Alexandrinus sagt, wenn Paulus gegen die Philosophie eifere, so meine er damit nur die Epikuräische. (Strom. lib. 1, p. 295 der Kölner Ausg. 1688). Wir sehen hieraus, wie »listig, betrügerisch« und »klug« dieser offene Atheist sich zur Welt verhielt, indem er ihre Religion unverhohlen angriff, während die Stoiker sich die alte Religion spekulativ zurechtmachten und die Skeptiker ihren »Schein« zum Vorwande nahmen, um ihr Urteil überall mit einer reservatio mentalis begleiten zu können.

So kommen nach Stirner die Stoiker zuletzt auf die »Verachtung der Welt« (p. 30), die Epikuräer auf »dieselbe Lebensweisheit wie die Stoiker« (p. 32), die Skeptiker darauf heraus, dass sie »die Welt stehen lassen und sich nichts aus ihr machen«. Alle drei also nach Stirner enden in der Gleichgiltigkeit gegen die Welt, der »Weltverachtung« (p. 485). Dies drückte Hegel längst vor ihm so aus: Stoizismus, Skeptizismus, Epikuräismus gingen darauf aus, den Geist gegen alles gleichgiltig zu machen, was die Wirklichkeit darbietet. (Phil. d. Gesch. p. 327.)

» Die Alten«, so fasst Sankt Max seine Kritik der alten Gedankenwelt zusammen, »hatten wohl Gedanken, allein d e n G e d a n k e n kannten sie nicht.« Die Geschichte der alten Philosophie muss sich nach der Konstruktion Stirners richten. Damit die Griechen nicht aus ihrer Kinderrolle fallen, darf Aristoteles nicht gelebt haben und bei ihm das an

und für sich seiende Denken (ἡ νόησις ἡ καθ' αὑτήν), der sich selbst denkende Verstand (Αὑτὸν δὲ νοεῖ ὁ νοῦς) und das sich selbst denkende Denken (ἡ νόησις τῆς νοήσεως) nicht vorkommen; überhaupt dürfen seine Metaphysik und das dritte Buch seiner Psychologie nicht existieren.

So gut wie Sankt Max hier »an das, was oben über unsere Kinderjahre gesagt wurde«, erinnert, so gut hätte er bei »unseren Kinderjahren« sagen können: man sehe nach, was später über die Alten und die Neger gesagt und über den Aristoteles nicht gesagt werden wird.

Um die wirkliche Bedeutung der letzten antiken Philosophieen während der Auflösung des Altertums zu würdigen, hätte Jacques le bonhomme nur die wirkliche Lebensstellung ihrer Jünger unter der römischen Weltherrschaft zu betrachten brauchen. Er konnte u. a. bei Lucian ausführlich beschrieben finden, wie sie vom Volk als öffentliche Possenreisser betrachtet und von den römischen Kapitalisten, Prokonsuln etc. als Hofnarren zur Unterhaltung gedungen wurden, um, nachdem sie sich über der Tafel mit den Sklaven um einige paar Knochen und Brotkrumen gezankt und einen aparten sauren Wein vorgesetzt bekommen hatten, den grossen Herrn und seine Gäste mit den ergötzlichen Phrasen: Ataraxie, Aphasie, Hedone u. s. w. zu amüsieren.

Wollte übrigens unser guter Mann einmal die Geschichte der alten Philosophie zur Geschichte des Altertums machen, so verstand es sich von selbst, dass er die Stoiker, Epikuräer und Skeptiker sich in die Neuplatoniker auflösen lassen musste, deren Philosophie nichts weiter ist, als die phantastische Zusammenfassung der stoischen, epikuräischen und skeptischen Doktrin mit dem Inhalt der Philosophie des Plato und Aristoteles. Statt dessen lässt er diese Doktrinen direkt ins Christentum sich auflösen.

»Stirner« hat nicht die griechische Philosophie »hinter sich«, sondern die griechische Philosophie hat »den Stirner« hinter ihr. (Vgl. Wig. p 186.) Statt uns zu sagen, wie »das Altertum« zu einer Welt der Dinge kommt und mit ihr »fertig« wird, lässt der unwissende Schulmeister es durch ein Citat von Timon selig verschwinden, womit um so natürlicher das Altertum sein »letztes Absehen erreicht«, als die Alten nach Sankt Max »durch die Natur« sich in das antike »Gemeinwesen gestellt sahen«, was »um hiermit zu schliessen«, um so leichter »einleuchten kann«, als man dies Gemeinwesen, Familie etc. »die sogenannten natürlichen Bande« nennt. (p. 33.) Durch die Natur wird die alte »Welt der Dinge« gemacht, durch Timon und Pilatus (p. 32) vernichtet. Statt die »Welt der Dinge« zu schildern, die dem Christentum zur materiellen Basis dient, lässt er diese »Welt der Dinge« vertilgt werden in der Welt des Geistes, im — Christentum.

Die deutschen Philosophen sind gewohnt, das Altertum als die Epoche des Realismus der christlichen und neueren Zeit als der Epoche des Idealismus entgegenzustellen; während die französischen und englischen Oekonomen, Geschichts- und Naturforscher gewohnt sind, das Altertum als die Periode des Idealismus gegenüber dem Materialismus und Empirismus der neueren Zeit aufzufassen. Ebenso kann man das Altertum insofern als idealistisch fassen, als die Alten in der Geschichte den »Citoyen« repräsentieren, den idealistischen Politiker, während die Neuen zuletzt auf den »Bourgeois«, den realistischen ami du commerce hinauslaufen — oder auch wieder realistisch, weil bei ihnen das Gemeinwesen »eine Wahrheit« war, während es bei den Neuen eine idealistische »Lüge« ist. So wenig kommt bei allen diesen abstrakten Gegensätzen und Geschichtskonstruktionen heraus. Das »Einzige«, was wir aus dieser

ganzen Darstellung der Alten lernen, ist, dass Stirner von der alten Welt zwar wenig »Dinge« »weiss«, sie aber dafür desto »besser durchschaut hat«. (Vgl. Wig. p. 191.)

Stirner ist wirklich jenes »Knäblein«, von dem die Offenbarung Johannis 12, 5 weissagt: »Der alle Heiden sollte weiden mit der eisernen Rute«. Wir haben gesehen, wie er mit der eisernen Rute seiner Unwissenheit auf die armen Heiden loshaut. Den »Neuen« wird's nicht besser gehen.

* *
*

[Das dritte Kapitel dieses Abschnitts »Die Neuen« behandelt die Art, wie Stirner nach der schon gekennzeichneten Methode und im Sinne der vorgeführten Analogieen Entwickelung und Wesen des Christentums und der nachmittelalterlichen Philosophie darstelle. Immer wieder wird ihm Unkenntnis oder Ignorierung der wirklichen Geschichte, Konstruktion aus dem Begriff in Anlehnung an Hegel, Verdrehung der tatsächlichen Vorgänge und ähnliches Spiel vorgehalten. Wir entnehmen ihm folgende Stellen.]

* *
*

Aus dem Abschnitt: Anleitung zum Geistersehen:

Sankt Max beabsichtigt, uns eine Phänomenologie des christlichen Geistes zu geben, und nimmt nach seiner Gewohnheit nur die eine Seite heraus. Den Christen war die Welt nicht allein *ver*geistigt, sondern ebensosehr *ent*geistigt, wie Hegel z. B. in der ebengenannten Stelle dies ganz richtig anerkennt und die beiden Seiten miteinander in Beziehung bringt, was Sankt Max, wenn er historisch verfahren wollte, ebenfalls hätte tun müssen. Der Entgeistigung der Welt im christlichen Bewusstsein gegenüber können die Alten, »die überall Götter sahen«, mit gleichem Recht als Vergeistiger der Welt aufgefasst werden, eine Auffassung, die unser heiliger Dialektiker mit der wohlmeinenden Ermahnung zurückweist: »Götter, mein lieber Neuer, sind keine Geister«. p. 47. Der gläubige Max erkennt nur den *heiligen* Geist als Geist an.

Aber selbst wenn er uns diese Phänomenologie gegeben hätte (was nach Hegel übrigens überflüssig ist), so hätte er uns noch nichts gegeben. Der Standpunkt, auf dem man sich mit solchen Geistergeschichten begnügt, ist selbst ein religiöser, weil man sich auf ihm bei der Religion beruhigt, die Religion als Causa sui auffasst (denn auch »das Selbstbewusstsein« und »der Mensch« sind noch religiös), statt sie aus den empirischen Bedingungen zu erklären, und nachzuweisen, wie bestimmte industrielle und Verkehrsverhältnisse notwendig mit einer bestimmten Gesellschaftsform, damit einer bestimmten Staatsform, und damit einer bestimmten Form des religiösen Bewusstseins verbunden sind. Hätte Stirner sich die wirkliche Geschichte des Mittelalters angesehen, so hätte er finden können, warum die Vorstellung der Christen von der Welt im Mittelalter gerade diese Gestalt annahm, und wie es kam, dass sie später in eine andere überging; er hätte finden können, dass »*das Christentum*« *gar keine Geschichte hat* und alle die verschiedenen Formen, in denen es zu verschiedenen Zeiten aufgefasst wurde, nicht »Selbstbestimmungen« und »Fortentwickelungen« »des religiösen Geistes« waren, sondern von ganz empirischen, allem Einflusse des religiösen Geistes entzogenen Ursachen bewirkt wurden.

* *
*

Aus dem Abschnitt: Zweite Anleitung zum Geistersehen:

Wie man die Welt in das Gespenst der Wahrheit und sich selbst in einen Geheiligten oder Gespenstigen verwandelt. Ein Gespräch zwischen Sankt Max und Szeliga, seinem Knecht. (p. 47, 48.)

Sankt Max. »Du hast Geist, denn du hast Gedanken. Was sind deine Gedanken?«

Szeliga. »Geistige Wesen.«

Sankt Max. »Also keine Dinge?«

Szeliga. »Nein, aber der Geist der Dinge, die Hauptsache an allen Dingen, ihr Innerstes, ihre — Idee.«

Sankt Max. »Was du denkst, ist mithin nicht bloss dein Gedanke?«

Szeliga. »Im Gegenteil, es ist das Wirklichste, das eigentlich Wahre an der Welt: es ist die Wahrheit selber; wenn ich nur wahrhaft denke, so denke ich die Wahrheit. Ich kann mich zwar über die Wahrheit täuschen und sie verkennen; wenn ich aber wahrhaft erkenne, so ist der Gegenstand meiner Erkenntnis die Wahrheit.«

Sankt Max. »So trachtest du wohl allezeit die Wahrheit zu erkennen?«

Szeliga. »Die Wahrheit ist mir heilig. — — Die Wahrheit kann ich nicht abschaffen; an die Wahrheit glaube ich, darum forsche ich in ihr; über sie geht's nicht hinaus, sie ist ewig. Heilig, ewig ist die Wahrheit, sie ist das Heilige, das Ewige.«

Sankt Max (erbost). »Du aber, der du von diesem Heiligen dich erfüllen lässest, wirst selbst geheiligt!«

Also, wenn Szeliga einen Gegenstand wahrhaft erkennt, so hört der Gegenstand auf, Gegenstand zu sein, und wird »die Wahrheit«. Erste Gespensterfabrikation im grossen. — Es handelt sich nun nicht mehr um das Erkennen der Gegenstände, sondern um die Erkenntnis der Wahrheit; erst erkennt er Gegenstände wahrhaft, das fixiert er als Wahrheit der Erkenntnis, und diese verwandelt er in Erkenntnis der Wahrheit. Nachdem sich so Szeliga von dem drohenden Heiligen die Wahrheit als Gespenst hat aufbinden lassen, so rückt ihm sein gestrenger Herr mit der Gewissensfrage auf den Leib, ob er »allezeit« trächtig sei mit der Sehnsucht nach Wahrheit, worauf der verwirrte Szeliga etwas vor der Zeit mit der Antwort hervorplatzt — die Wahrheit ist mir heilig. Er merkt aber sogleich sein Versehen und nimmt es nach, indem er beschämt die Gegenstände in Wahrheiten, nicht mehr in die Wahrheit, verwandelt und sich als die Wahrheit dieser Wahrheiten »die Wahrheit« abstrahiert, die er nun nicht mehr abschaffen kann, nachdem er sie von den abschaffbaren Wahrheiten unterschieden hat. Damit ist sie dann »ewig«. Aber nicht damit zufrieden, ihr Prädikate, wie »heilig, ewig«, beizulegen, verwandelt er sie in das Heilige, das Ewige als Subjekt. Jetzt kann ihm Sankt Max natürlich erklären, dass er, nachdem er sich vom Heiligen habe »erfüllen« lassen, »selbst geheiligt werde« und sich »nicht wundern dürfe«, wenn er nunmehr in sich »nichts als einen Spuk finde«. Der Heilige beginnt sodann eine Predigt: »Auch ist das Heilige nicht für deine Sinne« und schliesst ganz folgerichtig durch ein »und« an: »niemals entdeckst du als ein Sinnlicher seine Spur«; nachdem nämlich die sinnlichen Gegenstände »alle jeworden« sind und an ihre Stelle »die Wahrheit«, »die heilige Wahrheit«, »das Heilige« getreten ist. »Sondern« — versteht sich! — »für deinen Glauben oder bestimmter noch für deinen Geist« (für deine Geistlosigkeit), »denn es ist ja selbst ein Geistiges« (per appositionem), »ein Geist« (wieder per appos.), »ist

Geist für den Geist«. Dies ist die Kunst, wie man die profane Welt, die »Gegenstände«, vermittelst einer arithmetischen Reihe von Appositionen in »Geist für den Geist« verwandelt. Wir können hier diese dialektische Methode der Appositionen nur noch bewundern — später werden wir Gelegenheit haben, sie zu ergründen und in ihrer ganzen Klassizität darzustellen.

* * *

Aus dem Abschnitt: Der Spuk:

Sonst ist in dem ganzen Kapitel nichts bemerkenswert, als die Versetzung eines historischen Berges durch Sankt Maxens Glauben. Er meint nämlich p. 56, »nur um eines höheren Wesens willen sei man von jeher geehrt, nur als ein Gespenst für eine geheiligte, d. h. (das heisst!) geschützte und anerkannte Person betrachtet worden«. Versetzen wir diesen durch blossen Glauben versetzten Berg wieder an seine rechte Stelle, so »heisst es nun«: Nur um der geschützten, d. h. sich selbst schützenden, und privilegierten, d. h. sich selbst privilegierenden, Personen willen wurden höhere Wesen verehrt und Gespenster geheiligt. Sankt Max bildet sich z. B. ein, dass im Altertum, wo jedes Volk durch materielle Verhältnisse und Interessen, z. B. Feindschaft der verschiedenen Stämme etc., zusammengehalten wurde, wo wegen Mangel an Produktivkräften jeder entweder Sklave sein oder Sklaven haben musste etc etc., wo es also vom »natürlichsten Interesse« (Wigand p. ?) war, einem Volke anzugehören — dass also damals der Begriff Volk oder »das Volkswesen« erst diese Interessen aus sich erzeugt habe; dass in der neueren Zeit, wo die freie Konkurrenz und der Welthandel den heuchlerischen bürgerlichen Kosmopolitismus und den Begriff des Menschen erzeugte, umgekehrt die spätere philosophische Konstruktion des Menschen jene Verhältnisse als seine »Offenbarungen« (p. 51) produziert habe. Ebenso mit der Religion, dem Reich der Wesen, das er für das einzige Reich hält, von deren Wesen er aber nichts weiss, weil er sonst wissen müsste, dass sie, als Religion, weder ein Wesen noch ein Reich hat. In der Religion machen die Menschen ihre empirische Welt zu einem nur gedachten, vorgestellten Wesen, das ihnen fremd gegenübertritt. Dies ist keineswegs wieder aus anderen Begriffen zu erklären, aus »dem Selbstbewusstsein« und dergleichen Faseleien, sondern aus der ganzen bisherigen Produktions- und Verkehrsweise, die ebenso unabhängig vom reinen Begriff ist, wie die Erfindung der self-acting mule und die Anwendung der Eisenbahnen von der Hegelschen Philosophie. Will er einmal von einem »Wesen« der Religion sprechen, d. h. von einer materiellen Grundlage dieses Unwesens, so hat er es weder im »Wesen des Menschen«, noch in den Prädikaten Gottes zu suchen, sondern in der von jeder Stufe der religiösen Entwickelung vorgefundenen Welt.

* * *

Aus dem Abschnitt: Der Sparren.

Der »Sparren« ist »eine fixe Idee«, d. h. »eine Idee, die den Menschen sich*) unterworfen hat«, oder, wie später populärer gesagt wird, allerlei Abgeschmacktheiten, die die Leute »sich in den Kopf gesetzt haben«. Mit spielender Leichtigkeit ergibt sich für Sankt Max, dass alles, was die Menschen sich unterworfen hat, z. B. die Notwendigkeit,

*) Von hier ab wieder zwei Seiten in der Handschrift von Moses Hess. Die Red.

zu produzieren, um zu leben, und die davon abhängigen Verhältnisse, eine solche »Abgeschmacktheit« oder »fixe Idee« ist. Da die Kinderwelt die einzige »Welt der Dinge« ist, wie wir in der Mythe vom »Menschenleben« sahen, so ist alles, was »für das Kind« (von Zeit zu Zeit auch für das Tier) nicht existiert, jedenfalls »eine Idee« und »leicht auch« eine »fixe Idee«. Wir sind den Jüngling und das Kind noch lange nicht los.

Das Kapitel vom Sparren hat bloss den Zweck, die Kategorie des Sparrens in der Geschichte »des Menschen« zu konstatieren. Der eigentliche Kampf gegen die Sparren zieht sich durch das ganze »Buch« und wird namentlich im zweiten Teil geführt. Wir können uns deshalb hier mit ein paar Beispielen von Sparren begnügen.

p. 59 glaubt Jacques le bonhomme, dass »unsere Zeitungen von Politik strotzen, weil sie in dem Wahne gebannt sind, der Mensch sei dazu geschaffen, ein Zoon politikon zu werden«. Also nach Jacques le bonhomme wird Politik getrieben, weil unsere Zeitungen davon strotzen! Wenn ein Kirchenvater die Börsennachrichten unserer Zeitungen ansähe, so könnte er garnicht anders urteilen, wie Sankt Max, und müsste sagen: Diese Zeitungen strotzen von Börsennachrichten, weil sie in den Wahn gebannt sind, der Mensch sei dazu geschaffen, in Fonds zu spekulieren. Also nicht die Zeitungen haben den Sparren, sondern der Sparren hat den »Stirner«.

Die Verpönung der Blutschande und die Institutionen der Monogamie werden aus »dem Heiligen« erklärt, »sie sind das Heilige«. Wenn bei den Persern die Blutschande nicht verpönt ist und die Institution der Polygamie bei den Türken sich vorfindet, so sind dort also Blutschande und Polygamie »das Heilige« . Zwischen diesen beiden »Heiligen« wäre kein Unterchied anzugeben, als dass Perser und Türken sich anderes dummes Zeug »in den Kopf gesetzt haben«, als die christlich germanischen Völker. — Kirchenväterliche Manier, sich »zeitig genug« von der Geschichte »loszumachen«. — Jacques le bonhomme ahnt so wenig die wirklichen, materialistischen Ursachen der Verpönung der Polygamie und Blutschande unter gewissen sozialen Verhältnissen, dass er sie nur für einen Glaubenssatz erklärt, und sich in Gemeinschaft mit jedem Spiessbürger einbildet, wenn einer für derartige Vergehen eingesperrt werde, so sperre ihn »die Sittenreinheit« in ein »Sittenverbesserungshaus« (p. 60), wie denn die Kerker ihm überhaupt — und hierin steht er unter dem gebildeten Bourgeois, der dies besser weiss, vgl. die Gefängnisliteratur — als Sittenverbesserungshäuser erscheinen. »Stirners« »Kerker« sind die allertrivialsten Illusionen des Berliner Bürgers, die indes für ihn schwerlich ein »Sittenverbesserungshaus« genannt zu werden verdienen....

»Bei so manchem wird ein Gedanke zur Maxime, so dass nicht Er die Maxime, sondern diese vielmehr Ihn hat, und mit der Maxime hat er wieder einen festen Standpunkt.« Aber »so liegt es nun nicht an jemandes Wollen, Sollen oder Laufen, sondern an Gottes Erbarmen«. Röm. 9, 16. Darum muss der heilige Max sogleich auf derselben Seite einige Pfähle ins Fleisch bekommen und selbst mehrere Maximen geben: nämlich erstens die Maxime, keine Maxime, damit zweitens die Maxime keinen festen Standpunkt zu haben, drittens die Maxime: »Wir sollen zwar Geist haben, aber der Geist soll uns nicht haben; viertens die Maxime, dass man auch sein Fleisch vernehmen soll, »denn nur wenn ein Mensch sein Fleisch vernimmt, vernimmt er sich ganz, und nur wenn er sich ganz vernimmt, ist er vernehmend oder vernünftig.«

*   *

Aus dem Abschnitt: Neger und Mongolen.

»Dritte geschichtliche Reflexion.« Im mongolenhaften Weltalter kann der Wert Meiner unmöglich hoch angeschlagen werden, weil der harte Demant des Nicht-Ich zu hoch im Preise steht, weil es noch zu körnig und unbezwinglich ist, um von Mir absorbiert zu werden. Vielmehr kriechen die Menschen nur mit ausserordentlicher Geschäftigkeit auf diesem Unbeweglichen, dieser Substanz herum, wie Schmarotzertierchen auf einem Leibe, von dessen Säften sie Nahrung ziehen, ohne ihn deshalb aufzuzehren. Es ist die Geschäftigkeit des Ungeziefers, die Betriebsamkeit der Mongolen. Bei den Chinesen bleibt ja alles beim alten — sonach (weil bei den Chinesen alles beim alten bleibt) ist in unserem mongolischen Weltalter alle Veränderung nur eine reformatorische und ausbessernde, keine destruktive oder verzehrende oder vernichtende gewesen. Die Substanz, das Objekt bleibt, all unsere Betriebsamkeit ist nur Ameisentätigkeit und Flohsprung ... Jongleurkünste auf dem Seile des Objektiven« (p. 88. Vgl. Hegel, Phil. der Gesch. p. 113, 118, 119 [die undurchweichte Substanz], 140 etc., wo China als die »Substantialität« gefasst wird).

Also hier erfahren wir, dass in dem wahren kaukasischen Weltalter die Menschen die Maxime haben werden, die Erde, die »Substanz«, »das Objekt«, das »Unbewegliche« zu verschlingen, »verzehren«, »vernichten«, »absorbieren«, »destruieren«, und mit der Erde zugleich das nicht von ihr zu trennende Sonnensystem. Der weltverschlingende »Stirner« hat uns die »reformatorische oder ausbessernde Tätigkeit« des Mongolen bereits als »Welterlösungs- und Weltverbesserungspläne« des Jünglings und Christen p. 36 vorgeführt. Wir sind also noch immer keinen Schritt weiter. Charakteristisch für die ganze »einzige« Geschichtsauffassung ist, dass die höchste Stufe dieser mongolischen Tätigkeit den Namen der »wissenschaftlichen« verdient — woraus schon jetzt zu folgern ist, was Sankt Max uns später sagt, dass die Vollendung des mongolischen Himmels das Hegelsche Geisterreich ist.

Dokumente zur Geschichte des Sozialismus im Urchristentum.

II. Der Barnabasbrief und der Hirt des Hermas.

Barnabas soll der Gefährte des Apostel Paulus gewesen sein. Er war ein von Cypern gebürtiger Levit, sein eigentlicher Name war Joses; den Namen Barnabas, d. i. Sohn der erbaulichen Ermahnung, erhielt er von den Aposteln. Er verkaufte nach Eintritt in die christliche Gemeinde sein Grundstück zu gunsten der Gemeinde. Er war ein Hauptteilnehmer an den Streitigkeiten zwischen Judenchristen und Heidenchristen, stand lange auf Seiten des Apostel Paulus, trat aber dann zu Marcus über. Bei Tertullian und anderen Kirchenlehrern galt er als Verfasser des Hebräerbriefs. Der seinen Namen tragende Brief, von welchem wir hier zu sprechen haben, scheint um das Jahr 130 verfasst zu sein; es ist aber nicht ausgeschlossen, dass der Brief einer noch früheren Zeit angehört. Der Verfasser ist ein entschiedener »Heidenchrist«, oder besser gesagt, Judenfeind, er steht auf dem Standpunkt, und diesen darzulegen dient die eine Hälfte des Briefs, dass das Bundesvolk der Christen das einzige Volk Gottes ist, und dass die Juden niemals im Bunde mit Gott gestanden haben. »Wir besitzen«, so bemerkt Harnack (in der Realencyklo-

pädie der protestantischen Theologie und Kirche) »aus der Entstehungszeit der altkatholischen Kirche kein Schriftstück, welches so bestimmt die Loslösung der Heidenkirche von allem national Jüdischen bezeichnet und fordert, als dieser Brief.« Das alte Testament ist nach ihm ein lediglich den Christen gehöriges Buch, die jüdische Verwertung desselben ist eine vom Teufel eingegebene Verdrehung des Tatbestandes!

Uns interessiert hier der Schlussabschnitt, der in engstem Zusammenhang mit dem Inhalt der »Lehre der zwölf Apostel« steht; doch kann die Frage des Verhältnisses beider Schriften zueinander hier nicht erörtert werden. Wir begnügen uns daher, zu bemerken, dass wahrscheinlich beide eine umfassendere Urschrift benutzt haben. Die Apostellehre ist wohl die popularisierte Fassung dieser Urschrift behufs Gebrauchs in den noch in sehr einfachen Verhältnissen sich bewegenden Gemeinden; der Barnabasbrief hat ein wissenschaftlicheres Gepräge. Er greift in die Diskussion der Parteien ein mit allen Mitteln der sich nunmehr entwickelnden Theologie.

Auch hier, wie in der »Lehre der zwölf Apostel«, bildet das uralte Schriftstück: »Von den zwei Wegen« die Grundlage der ethischen Vorschriften, zu der die dogmatischen Vorstellungen hinzugetreten sind. Diese Abhandlung »Von den zwei Wegen« scheint übrigens ihren Ursprung gar nicht in den altchristlichen Gemeinden zu haben, sondern schon bei den jüdischen Gemeinden in Cirkulation gewesen und wesentlich für die Proselyten bestimmt gewesen zu sein, die sich der Beschneidung nicht unterzogen, also nicht völlig in die Synagogengemeinschaft aufgenommen werden konnten. Es waren ursprünglich sittliche, nichts als sittliche Vorschriften, die jeder Mensch annehmen kann ohne Rücksicht auf seinen Glauben — in der Fassung des Barnabasbriefes kann man deutlich erkennen, dass die Vorschriften, welche einen spezifisch christlichen Charakter tragen, dem Urtext erst später angefügt sind. »Du sollst nicht mit Bitterkeit deiner Magd und deinem Knecht gebieten, da sie auf Denselben hoffen. Du sollst Gott fürchten, der nicht nach Ansehen der Person beruft, sondern die, auf denen der Geist (das Pneuma) ruht. Du sollst alles gemeinsam haben mit deinem Nächsten und nichts dein eigen nennen, denn wenn ihr in dem Unsterblichen gemeinsam seid, um wieviel mehr in dem Zerstörbaren.« (Dieselbe Begründung wie in der Apostellehre.) »Du sollst kein Schwätzer sein, denn der Mund ist der Strick des Todes. Soviel du kannst, sei keusch in der Seele. Strecke deine Hand nicht aus zum Empfangen, sondern balle sie zusammen zum Geben. — Du sollst nicht zaudern, zu geben, und nicht murren, wenn du gibst. Sei zugewandt jedem Bittenden, du wirst aber erkennen, wer ein guter Wiedererstatter des Lohnes ist. Du sollst bewahren, was du empfangen, ohne es zu vermehren oder zu verringern — dieser Satz offenbart ein ganz erhebliches Zugeständnis an den Sonderbesitz. Nach den ältesten Ansichten, die auch hier vertreten sind, soll man jedem zur Verfügung stehen, der bittet, vor allem aber nicht auf weltlichen Besitz bedacht sein, hier aber soll man das bewahren (eigentlich bewachen: φυλάσσεις ἃ παρέλαβες), was man empfangen. Darin scheint mir bereits eine Concession an die besitzenden Klassen eingeschlossen und ist wohl ein Beweis dafür zu erblicken, dass der Ab-

schnitt de duabis viis nachträglich einen den Zeitverhältnissen entsprechenden Zusatz erhalten hat.

Wir können bei der Beurteilung des Sozialismus des Urchristentums gar nicht genug in Betracht ziehen, welches die lokalen und zeitlichen Verhältnisse der ältesten Gemeinden waren. Die Anschauung, dass man in den Zeiten der letzten Dinge lebe, war noch lange verbreitet; die Gemeinden waren fest davon überzeugt, dass Christus bald und zu Lebzeiten der Neubekehrten wiederkehren würde. Daher sind die sozialistisch-kommunistischen Ideen durchaus psychologisch zu erklären; sie wurden mit dem Moment gemildert und später ganz aufgegeben, als an Stelle derer, die das Reich Gottes als nahe bevorstehend ansahen, nun die Kirche trat, die sich dauernd auf der Erde einzurichten hatte und die menschliche Gesellschaft einrichten wollte als eine universitas christiana.

III. Der Hirt des Hermas.

Der »Hirt des Hermas« enthält eine Menge von Ermahnungen an die Christen, welche vor der nahen Vollendung der Kirche, dem Tage des Gerichts und der grossen Weltkatastrophe stehen, mit der das Reich Gottes anhebt. Das Buch zerfällt in Visionen, Mandate und Parabeln; wie der Barnabasbrief mag es der Zeit um 130 n. Chr. angehören. Als sozialistisch aufzufassen ist Vision 3 mit folgender Ausführung (Buch I, visio 3, cap. 6). Der Hirte sieht Steine mit allerlei Fehlern, und die ihm als Frau erscheinende Kirche erklärt ihm die Bedeutung dieser Fehler der zum Aufbau des neuen Gebäudes bestimmten Materialien. Er sieht auch weisse und runde Steine, die nicht in den Bau des Turms passen. »Es sind diejenigen, welche zwar den Glauben, aber auch weltliche Geschäfte und Reichtümer haben.« »Cum ergo venerit tribulatio, propter divitias suas et negationes suas abnegant Dominum. Respondens dico ei: domina quando ergo utiles erunt Domino? Cum circumcisae, inquit, fuerint divitiae eorum quae eos delectant, tunc erunt utiles Domino ad aedificium. Sicut enim lapis rotundus nisi decisus fuerit et abiecerit ab se aliquid non potest quadratus fieri, sic et qui divites sunt in hoc seculo, nisi circumcisae fuerint divitiae eorum, non possunt Domino utiles esse. A te primum scito. Quando dives fuisti inutilis eras, nunc vero utilis es et aptus vitae tuae; nam et tu ipse ex eis lapidibus fuisti.« »Wenn also die tribulatio: die Verfolgung, die Unruhe und Versuchung kommen wird, so wird der Reiche wegen seiner Reichtümer und Geschäfte Gott verleugnen. Ihr antwortend fragte ich: Herrin, wann werden sie dem Herrn nützlich sein? Wenn die Reichtümer, antwortete sie, beschnitten sein werden, welche sie ergötzen, werden sie Gott dem Herrn nützlich sein zum Gebäude. Denn wie der runde Stein, nur wenn er beschnitten sein wird und etwas von sich weggeworfen hat, viereckig werden kann, so können auch die Reichen, wenn nicht die Reichtümer derselben beschnitten sind, dem Herrn nicht nützlich sein. Du kannst es an dir selbst erkennen. So lange du reich warst, warst du unnütz; nun aber bist du von Nutzen und taugst für dein Leben — denn auch du selbst warst einer von diesen Steinen.«

In den Mandaten wird die Forderung aufgestellt, allen zu geben: allen will Gott aus seinen Gaben geben. Die Empfangenden sollen Gott Rechenschaft ablegen, weshalb und wozu sie empfangen haben. Denn wer unter dem Zwang irgend einer Not genommen hat, ist frei von Schuld, wer aber trügerischerweise unter falschen Vorspiegelungen empfangen hat, wird Rechenschaft vor Gott zu geben haben. Wer aber

gibt, ist unschuldig, da das Amt, welches er von Gott empfangen hat, einfach von Gott geführt worden ist. Wer so einfach also dient, lebt Gott.

Hier wird die Frage gestreift, die im Urchristentum vielfach erörtert wurde: ob man jedem geben müsse ohne Rücksicht auf Würdigkeit oder nur dem Würdigen. In der Literatur des utopistischen Sozialismus am Ende des 18. und im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts ist übrigens die Frage, ob auch der Arbeitsscheue im Sozialstaat Anrecht auf Unterhalt habe, nicht immer verneinend beantwortet worden.

Von grosser Wichtigkeit für unsere Frage ist die erste, zweite und dritte Parabel (Similitudo). Et dixit mihi: Scitis vos Domini servos in peregrinatione morari. »Ihr, die ihr Diener des Herrn seid, wisset, dass ihr nur Wanderer seid. Euer Staat ist weit ab von diesem Staate. Wenn ihr also euren Staat kennt, was kauft ihr Aecker und Gegenstände des Luxus und Häuser und überflüssige Wohnungen? Wer diese Dinge erwirbt, denkt nicht in seinen Staat zurückzugehen.« Wegen seines Besitzes wird der Mensch vom Gesetz abfallen. Vide ergo ut sicut peregre consistens nihil amplius compares tibi quam sit necessarium et sufficiens tibi et paratus esto ne cum voluerit daminus civitatis hujus expellere te, contradicas legi eius et eas in civitatem tuam, ut utaris lege tua, sine iniuria hilaris. — — Pro agris ergo, quos emere volueritis, redimite animas de necessetatibus prout quisque potest et viduas absolvite, orphanis judicate et opes ac divitias in hujus modi operibus consumite. D. i.: Erwirb dir also nicht mehr, als was du nötig hast, und sei bereit, dass du, wenn dich Gott aus dieser Welt austreiben will, nicht etwa seinem Gebote widersprichst, sondern mit vollem Recht in deinen Staat [das Jenseits] eingehen darfst, fröhlich, ohne Kränkung. Statt der Aecker, die ihr habt kaufen wollen, kauft die Seelen los aus ihren Nöten und helft den Witwen und den Waisen etc. etc.

Die Gegensätze zwischen arm und reich sind bestimmt, sich zu gegenseitigem Nutzen auszugleichen. Der Arme bedeutet für den Reichen dasselbe, wie die Ulme für den Weinstock, an der dieser sich emporrankt. Bleibt die Rebe am Boden, so bringt sie nur wenige oder faule Früchte hervor. Zum Dank für die materielle Unterstützung wird der Arme zu Gott für den Reichen beten, und die Fürbitte der Armen ist wohlgefällig vor Gott. Der gebende Reiche und der betende Arme kommen gleichmässig ins Buch der Lebenden. — Dass Sünder und Gerechte auf Erden äusserlich nicht unterschieden werden können, ist der Inhalt des dritten Gleichnisses. Sie ähneln, heisst es, einander wie die entlaubten Zweige der Bäume im Winter. Die logische, hier aber nicht ausgesprochene Konsequenz ist: Gebt den Armen ohne Unterschied, richtet nicht, dass ihr nicht gerichtet werdet. Wir haben schon oben auf diese Anschauung hingewiesen .

Die Lehre von der Wegwerfung des irdischen Besitzes wurde also umgewandelt in die Lehre, dass der Mensch sich mit dem begnügen solle, was für ihn ausreiche. Der Besitz irdischer Güter wird nicht schlechthin verworfen, sondern es wird gelehrt, dass der Reichtum einer Beschneidung (circumcisio) bedürfe. Reichtum und Armut ergänzen sich — dem Reichen ist die Macht des Geldes, dem Armen die Macht des Gebetes zuteil geworden.

Wir sind schon jetzt imstande, uns ein deutliches Bild vom christlichen Sozialismus der Urzeit zu machen. Der christliche Sozialismus der Neuzeit kann zu keinem andern Standpunkt gelangen, so lange er eben »christlich« ist. *Menrad.*

III. Urkunden des Sozialismus.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion des hessischen Landtages in der gegenwärtigen Legislaturperiode (1900—1903) eingebrachten Anträge politischen und sozialpolitischen Charakters.

Im folgenden geben wir eine nach Sachgruppen geordnete Zusammenstellung aller Anträge, welche die Fraktion der Sozialdemokratie des grossherzoglich hessischen Landtags in der laufenden (31.) Legislaturperiode dieser Körperschaft eingebracht hat und die über reine Verwaltungsangelegenheiten örtlichen Charakters hinausgehen. Wir gedenken solche Zusammenstellungen in angemessenen Zeiträumen auch aus anderen Landtagen Deutschlands, sowie aus dem Reichstag und den Parlamenten anderer Länder zu bringen, desgleichen die wichtigeren Anträge sozialistischer Gemeindevertreter.

I. Allgemeine Politik.

1. Wahlsystem und Wahlvorschriften für die Landtagswahlen.

Hohe Kammer wolle beschliessen*), die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, den Landständen alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Wahlen zum Landtag auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts mit Proportionalsystem stattzufinden haben, und zwar unter Berücksichtigung folgender besonderer Bestimmungen:

1. Wahlberechtigt ist jeder rechtsmündige, in Hessen ansässige Reichsangehörige.
2. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist dem Bevölkerungszuwachs derart anzupassen, dass auf je 20000 Seelen ein Abgeordneter zu rechnen ist.
3. Die Wahlen sind an Sonntagen vorzunehmen. Die Wahlstunden sind von mittags 12 bis abends 8 Uhr festzusetzen.
4. Die Wählerlisten sind ständig auf dem Laufenden zu halten und bei Ankündigung des Wahltermins durch den Druck zu veröffentlichen.
5. Das Wahlgeheimnis ist durch Einführung amtlicher Stimmzettelkuverts und Einrichtung von Isolierräumen sicherzustellen. (No. 66 der Drucksachen des Landtags.)

2. Sicherung der Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Aufhebung sämtlicher polizeilicher Bestimmungen und Verwaltungsverordnungen, die geeignet sind, die verfassungsmässige volle Vereins- und Versammlungsfreiheit zu beeinträchtigen. (No. 65 der Drucksachen.)

---

*) Diese, mit leichter Variation ständig wiederkehrende Einleitungsfloskel lassen wir bei den folgenden Anträgen der Abkürzung halber fort. Red. der Dok. des Soz.

3. Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Die grossherzogliche Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wonach das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden dahingehend zu erweitern resp. sicherzustellen ist, dass bei Bürgermeister- und Beigeordnetenwahlen die regierungsseitige Bestätigung in Wegfall kommt. (No. 64 der Drucksachen.)

4. Reform des Systems der Tagegelder und Gewährung freier Fahrt für die Abgeordneten.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, den Artikel 54 der landständischen Geschäftsordnung dahin abzuändern, dass Tagesgelder auch für die in Darmstadt wohnenden Abgeordneten und zwar in der Höhe von 6 Mark gewährt werden, ferner der Zuschuss für Uebernachten von 3 auf 5 Mark erhöht und für alle Abgeordneten während der Dauer des Landtags freie Fahrt auf den Bahnen des Grossherzogtums gestattet ist. (No. 67 der Drucksachen.)

5. Sicherstellung der Staatsangestellten.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend Neuregelung der öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse der Staatsangestellten, wobei insbesondere die Bestimmungen in Artikel 13 und 14 des Edikts von 1820 zu beseitigen sind, wonach die Regierung die Versetzung eines Staatsangestellten in Ruhestand jederzeit ohne gerichtliches Verfahren verfügen kann. (No. 63 der Drucksachen.)

II. Sozialpolitik und Arbeiterschutz.

1. Uebernahme der Armenlasten durch den Staat.

Die grossherzogliche Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, betreffend Uebernahme aller Armenlasten auf den Staat unter Beseitigung aller an öffentliche Unterstützung geknüpften Beschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte. (No. 53 der Drucksachen.)

2. Achtstundentag, Mindestlohn, Pensionsberechtigung und Koalitionsrecht der Arbeiter in den Staatswerkstätten.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Arbeiterverhältnisse in den Staatsbetrieben. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Durchführung eines achtstündigen Normalarbeitstages;
2. Festsetzung eines jeweils mit den Arbeitern zu vereinbarenden Minimallohnes;
3. Zusicherung fester Alters- und Pensionszulagen;
4. Garantierung der freien Ausübung des politischen und wirtschaftlichen Koalitionsrechts. (No. 60 der Drucksachen.)

3. Einführung von Arbeiterkammern.

Die grossherzogliche Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, betreffend Einführung von Arbeiterkammern, die in direkter Fühlung mit einer im Ministerium zu errichtenden Centralstelle für Arbeiterangelegenheiten zu bringen sind. (No. 61 der Drucksachen.)

4. Gewerbeinspektionsgehilfen aus der Arbeiterklasse.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, für sämtliche Gewerbeinspektionsbezirke, nach Anhörung der in die Abteilung

für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe berufenen Vertreter der Arbeiter, je einen Hilfsarbeiter und eine Hilfsarbeiterin aus den Reihen der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen anzustellen. (No. 503 der Drucksachen.)

5. Erhebung über die Lage des Hilfspersonals in staatlichen Betrieben.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, eine statistische Uebersicht vorzulegen über die Zahl und derzeitigen Verwendungs- und Lohnverhältnisse des gegen Diäten, Remunerationen etc. beschäftigten Hilfspersonals in staatlichen Betrieben und Bureaus behufs demnächstiger gesetzlicher Regelung dieser Materie. (No. 59 der Drucksachen.)

6. Abmilderung der Arbeitslosigkeit

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, behufs Milderung der überall sich fühlbar machenden Arbeitslosigkeit alle irgendwie in Frage kommenden Staatsarbeiten in beschleunigtster Weise in Angriff nehmen zu lassen und eventuell den Ständen Vorlage über Notstandsarbeiten zugehen zu lassen. (No. 664 der Drucksachen.)

III. Steuer-, Handels- und Verkehrspolitik.

1. Einführung progressiver Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern und Aufhebung der Stempelabgaben.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend Erhöhung resp. Einführung der Progression bei der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer und demgemässe Aufhebung der Stempelabgaben und Gebühren. (No. 48 der Drucksachen.)

2. Stellungnahme gegen Zollerhöhungen und Lebensmittelzölle.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, dass Zollerhöhungen auf Lebensmittel, insbesondere auch bei Erneuerungen oder Neuabschlüssen von Handelsverträgen, vermieden werden. (No. 464 der Drucksachen.)

3. Verbilligung der Eisenbahntarife.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, in der preussisch-hessischen Gemeinschaftsverwaltung auf Verbilligung der Tarife, insbesondere auch der Arbeiterfahrkarten, sowie auf Verlängerung der Rückfahrkarten und weiterhin auf Einführung des Zonentarifsystems hinzuwirken. (No. 50 der Drucksachen.)

4. Aufhebung von Brückengeldern.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, die Aufhebung sämtlicher Rhein- und Mainbrückengelder zu veranlassen. (No. 49 der Drucksachen.)

IV. Verstaatlichungspolitik.

1. Ueberführung der Apotheken in Staatsbetrieb.

Die grossherzogliche Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, betreffend Ueberführung der Apotheken in Staatsbetrieb, wonach neue, resp. heimfallende Konzessionen fernerhin an Private nicht mehr zu erteilen und die bestehenden Apotheken auf dem Wege allmählichen Ankaufs vom Staate zu erwerben sind. (No. 57 der Drucksachen.)

2. Obligatorische staatliche Mobiliarversicherung.

Die grossherzogliche Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, betreffend Einrichtung einer obligatorischen staatlichen Mobiliarversicherung. (No. 54 der Drucksachen.)

3. Obligatorische staatliche Viehversicherung.

Die grossherzogliche Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, betreffend Einrichtung einer obligatorischen staatlichen Vieh- und Schlachtviehversicherung. (No. 55 der Drucksachen.)

4. Anstellung der Kreistierärzte als vollbesoldete Staatsbeamte. Aufhebung von Veterinärgebühren.

Die grossherzogliche Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wonach die Kreistierärzte als vollbesoldete Staatsbeamten anzustellen und alle aus veterinär-polizeilichen Anforderungen entstehenden Gebühren und Spesen aufzuheben sind. (No. 56 der Drucksachen.)

V. Rechtswesen. Unterrichtswesen. Sanitätspolizei.

1. Entschädigung unschuldig Verhafteter.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend Entschädigung unschuldig Verhafteter sowohl bei Untersuchungs- wie bei Strafhaft. (No. 52 der Drucksachen.)

2. Obligatorische, unentgeltliche Volksschule (Einheitsschule). Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Unterhaltung der zum Besuch der höheren Bildungsanstalten befähigten Schüler.

Die grossherzogliche Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Uebernahme der gesamten Volksschullehrer auf den Staat und die Einrichtung der obligatorischen Volksschule (Einheitsschule) vorsieht. Dabei ist die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und aller in der Volksschule erforderlichen Lehrmittel durchzuführen. Ferner ist die Ausbildung und Unterhaltung aller zum Besuch der höheren Bildungsanstalten befähigten Kinder unbemittelter Eltern bis zum Abschluss ihrer Studien aus öffentlichen Mitteln zu gewähren. (No. 51 der Drucksachen.)

3. Ausbildung der Sanitätsüberwachung von Schulen, Fabriken etc.

Die grossherzogliche Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, betreffend Einteilung der Kreise in kleinere Sanitätsbezirke und Anstellung staatlicher voll besoldeter Bezirksärzte, denen die derzeitigen Funktionen der Kreisärzte zu übertragen sind. Als weitere Aufgaben sind denselben regelmässige Untersuchungen des Gesundheitszustandes der Schulkinder, sowie der sanitärischen Verhältnisse der Schulhäuser, der Fabriken und aller sonstigen zu gewerblichen Zwecken dienenden Räume zuzuweisen. (No. 58 der Drucksachen.)

Entwurf eines Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

Ausgearbeitet von der Redaktion der Zeitschriften »Iskra« und »Sarja« (Fraktion der »Marxisten«) und veröffentlicht in der »Sarja« (No. 3, 1902).

Die Entwickelung des Tausches hat eine so enge Beziehung zwischen den Völkern der civilisierten Welt herbeigeführt, dass die grosse befreiende Bewegung des Proletariats eine internationale werden musste und auch längst geworden ist.

Ihre Partei als eine Abteilung des Weltheeres des Proletariats betrachtend, erstrebt die russische Sozialdemokratie dasselbe Ziel, wie die Sozialdemokraten in allen anderen Ländern.

Dies Endziel wird durch den Charakter der bürgerlichen Gesellschaft und durch den Gang ihrer Entwickelung bestimmt. Die Haupteigentümlichkeit einer solchen Gesellschaft besteht in der Warenproduktion auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, bei denen der allerwichtigste und bedeutendste Teil der Mittel für die Herstellung und den Umsatz der Waren einer ihrer Zahl nach kleinen Klasse von Personen gehört, während der bei weitem grösste Teil der Gesellschaft aus Proletariern und Halbproletariern besteht, die durch ihre ökonomische Lage beständig oder periodisch genötigt werden, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, d. h. in den Sold der Kapitalisten zu treten und durch ihre Arbeit das Einkommen der höheren Gesellschaftsklassen zu erzeugen.

Das Herrschaftsgebiet der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dehnt sich immer mehr aus, indem die beständige Vervollkommnung der Technik zugleich damit, dass sie die wirtschaftliche Bedeutung der Grossunternehmer erhöht, zur Verdrängung der kleinen selbständigen Produzenten führt, einen Teil von ihnen in Proletarier verwandelt, die Bedeutung der übrigen im sozialwirtschaftlichen Leben herabsetzt und sie teilweise in eine mehr oder minder vollständige, mehr oder minder deutliche, mehr oder minder schwere Abhängigkeit vom Kapital versetzt.

Derselbe technische Fortschritt versetzt ausserdem die Unternehmer in die Lage, in immer grösserem Umfange im Produktions- und Cirkulationsprozess Frauen -und Kinderarbeit anzuwenden. Da er aber andererseits zu relativ geringerem Bedarf der Unternehmer nach lebendiger Arbeitskraft führt, bleibt die Nachfrage nach solcher notwendigerweise unter dem Angebot, wodurch die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital vergrössert und der Grad ihrer Ausbeutung erhöht wird.

Diese Sachlage innerhalb der bürgerlichen Staaten und die sich beständig verschärfende Rivalität dieser Staaten auf dem Weltmarkt machen den Absatz der in beständig wachsender Menge erzeugten Waren immer schwieriger und schwieriger. Die Ueberproduktion, die sich in mehr oder minder scharfen industriellen Krisen äussert, denen eine mehr oder minder lange Periode des wirtschaftlichen Stillstandes folgt, stellt eine unvermeidliche Folge der Entwickelung der Produktivkräfte in der bürgerlichen Gesellschaft dar. Die Krisen und die Perioden des wirtschaftlichen Stillstandes bewirken ihrerseits den Ruin von noch mehr kleinen Produzenten, eine noch steigende Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital, eine noch schnellere relative oder sogar absolute Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klasse.

Auf diese Weise verursacht die Vervollkommnung der Technik — die eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit und das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet — in der bürgerlichen Gesellschaft das Zunehmen der sozialen Ungleichheit, die Erweiterung des Abstandes zwischen Besitzenden und Besitzlosen und die Steigerung der Unsicherheit der Existenz, der Arbeitslosigkeit und des verschiedenartigen Elends immer breiterer Schichten der arbeitenden Massen.

Aber in dem Masse, wie diese der bürgerlichen Gesellschaft eigentümlichen Gegensätze sich anhäufen und entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der arbeitenden und ausgebeuteten Masse mit dem bestehenden Zustande, wächst die Zahl und das Zusammenhalten der Proletarier und verschärft sich ihr Kampf mit ihren Ausbeutern. Zu gleicher Zeit schafft die Vervollkommnung der Technik, indem sie die Produktions- und Cirkulationsmittel konzentriert und den Arbeitsprozess in den kapitalistischen Betrieben vergesellschaftet, immer rascher die materielle Möglichkeit, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die sozialistischen zu ersetzen — d. h. die Möglichkeit jener sozialen Revolution, die das Endziel der ganzen Tätigkeit der internationalen Sozialdemokratie, als Vertreterin der klassenbewussten Bewegung des Proletariats, ist.

* *
*

Indem sie die Produktions- und Cirkulationsmittel aus dem Privateigentum in das gesellschaftliche Eigentum überführen und — um allen Mitgliedern der Gesellschaft Wohlstand und allseitige Entwickelung zu sichern — eine planmässige Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses einführen wird, wird die soziale Revolution des Proletariats die Teilung der Gesellschaft in Klassen abschaffen und dadurch die ganze unterdrückte Menschheit befreien, da sie aller Art Ausbeutung eines Teiles der Gesellschaft durch den anderen ein Ende machen wird.

Eine unumgängliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution stellt die Diktatur des Proletariats dar, d. h. die Eroberung einer solchen politischen Gewalt durch das Proletariat, dass es imstande sein wird, jeden Widerstand der Ausbeuter zu erdrücken.

Indem sie sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zur Ausführung seiner grossen historischen Mission fähig zu machen, organisiert die internationale Sozialdemokratie es zu einer selbständigen, allen bürgerlichen Parteien entgegenstehenden politischen Partei, leitet sie seinen Klassenkampf in allen seinen Aeusserungen, enthüllt sie ihm die unversöhnliche Gegensätzlichkeit der Interessen der Ausbeuter und Ausgebeuteten und klärt sie es über seine historische Bedeutung und über die unumgänglichen Vorbedingungen der bevorstehenden sozialen Revolution auf. Zu gleicher Zeit deckt sie der ganzen übrigen arbeitenden und ausgebeuteten Masse die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution im Interesse ihrer eigenen Befreiung aus dem Drucke des Kapitals auf. Die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, ruft in ihre Reihen alle Schichten der arbeitenden und ausgebeuteten Bevölkerung, insoweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Auf dem Wege zu ihrem gemeinsamen Endziel, welches durch die in der ganzen civilisierten Welt herrschende kapitalistische Produktionsweise bedingt ist, sind die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder gezwungen, sich etwas ungleiche nähere Aufgaben zu stellen, und zwar sowohl aus dem Grunde, weil diese Produktionsweise nicht überall in gleichem Masse entwickelt ist, als auch deshalb, dass ihre Entwickelung sich in den verschiedenen Ländern unter verschiedenen sozialpolitischen Umständen vollzieht.

In Russland, wo der Kapitalismus schon die vorherrschende Produktionsweise geworden ist, begegnet man noch auf jedem Schritt den Resten unserer alten, vorkapitalistischen sozialen Ordnung, die auf einer, der Leibeigenschaft gemässen Abhängigkeit der arbeitenden Massen vom Gutsbesitzer, vom Staate oder vom Staatsoberhaupt begründet war. Im höchsten Grade dem wirtschaftlichen Fortschritt hinderlich, lassen diese Ueberbleibsel es zu keiner allseitigen Entwickelung des Klassenkampfes des Proletariats kommen, tragen sie zur Erhaltung und Verstärkung der barbarischsten Form der Ausbeutung von Millionen Bauern durch den Staat und die besitzenden Klassen bei und erhalten sie das ganze Volk in geistiger Finsternis und Rechtlosigkeit.

Das bedeutendste aller Ueberbleibsel und das mächtigste Bollwerk aller dieser Barbarei ist das zarische Selbstherrschertum. Seiner Natur nach ist es jeder gesellschaftlichen Bewegung feindlich und ein verbissener Gegner aller Befreiungsbestrebungen des Proletariats.

Deswegen stellt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands als ihre nächste politische Aufgabe die Niederwerfung des zarischen Selbstherrschertums und seine Ersetzung durch eine Republik mit demokratischer Verfassung, die folgendes gewährleistet:

1. Die Souveränität des Volkes, d. h. die Konzentrierung aller oberen staatlichen Gewalt in den Händen der aus den Volksvertretern zusammengesetzten gesetzgebenden Versammlung;

2. das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für jeden Staatsbürger, der das 20. Lebensjahr zurückgelegt hat, bei Wahlen in die gesetzgebende Versammlung, sowie in alle lokalen Selbstverwaltungskörper; geheime Stimmabgabe; das Recht eines jeden Wählers, in alle auf Wahlen beruhenden Körperschaften gewählt zu werden; Diäten für die Volksvertreter;

3. Unantastbarkeit der Person und der Wohnung des Staatsbürgers;

4. unbeschränkte Gewissens-, Rede-, Press-, Versammlungs-, Streik- und Koalitionsfreiheit;

5. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit;

6. Abschaffung der Stände und volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Geschlechts-, Religions- und Rassenunterschiede;

7. Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Nationen, die den Staat bilden;

8. das Recht jedes Bürgers, jeden Beamten gerichtlich zu verfolgen, ohne bei dessen Vorgesetzten Beschwerde führen zu müssen;

9. Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung;

10. Trennung der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche;

11. unentgeltlichen und obligatorischen allgemeinen und gewerblichen Unterricht für Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 16. Lebensjahr. Versorgung der armen Kinder mit Kost, Kleidung und Lehrmitteln auf Staatskosten.

Als Grundbedingung der Demokratisierung unserer Staatswirtschaft fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands: die Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer progressiven Steuer auf Einkommen und Erbschaften.

* * *

Um die Arbeiterklasse vor physischer und sittlicher Entartung zu bewahren und ihre Tätigkeit zum Befreiungskampf zu entwickeln, fordert die Partei:

1. den 8 Stundenarbeitstag für alle Lohnarbeiter;

2. eine 36 Stunden dauernde, ununterbrochene, gesetzlich verordnete wöchentliche Ruhepause für die Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts in allen Zweigen der Volkswirtschaft;

3. uneingeschränktes Verbot der Ueberstunden;

4. Verbot der Nachtarbeit (von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh) in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausschluss derjenigen Gebiete, wo sie aus technischen, von Arbeiterorganisationen genehmigten Gründen unbedingt nötig ist;

5. Verbot an die Unternehmer, Kinder unter 16 Jahren gewerblich zu beschäftigen;

6. Verbot der für den weiblichen Organismus schädlichen Frauenarbeit; Freigabe den Wöchnerinnen von 2 Wochen vor und 4 Wochen nach der Geburt;

7. gesetzliche Festsetzung der bürgerlichen Haftbarkeit der Arbeitgeber für die vollständige oder teilweise, durch Unfall oder gesundheitsschädliche Produktionsmethode verursachte Einbusse der Arbeitsfähigkeit der Arbeiter, und Befreiung des Arbeiters von der Pflicht, den Beweis zu führen, dass diese Einbusse durch den Unternehmer verschuldet sei;

8. Verbot des Trucksystems; Festsetzung der wöchentlichen Lohnzahlung nach allen Arbeitsverträgen und Zahlung des Lohnes während der Arbeitszeit;

9. Zahlung von staatlichen Pensionen an alte Arbeiter;

10. Vermehrung der Zahl der Gewerbeinspektoren; Anstellung von weiblichen Gewerbeinspektoren in den Gewerbezweigen, wo die Frauenarbeit überwiegt; Beaufsichtigung der Ausführung der Fabrikgesetzgebung, sowie der Aufstellung der Lohnsätze und der Prüfung von Arbeiten auf Güte etc. durch von den Arbeitern gewählte und vom Staat besoldete Arbeitervertreter;

11. von den Organen der Selbstverwaltung mit Anteilnahme der Arbeitervertreter ausgeübte Beaufsichtigung des sanitären Zustandes der von den Unternehmern für die Arbeiter bestimmten Wohnungen, ebenso der Hausordnung und Mietsbedingungen in diesen Wohnungen behufs Schutzes der Lohnarbeiter vor dem Eingreifen der Unternehmer in ihr Leben und ihre Tätigkeit als Privatpersonen und Staatsbürger;

12. Einrichtung einer regelrecht organisierten Ueberwachung aller Betriebe, wo Lohnarbeit angewendet wird, und unentgeltlicher medizinischer Hilfe für die Arbeiter auf Kosten der Unternehmer;



13. Ausdehnung der Fabrikinspektion auf alle Zweige der Volkswirtschaft und auf alle Unternehmen, die Lohnarbeit anwenden, mit Einschluss der dem Staate gehörigen Betriebe;

14. strafrechtliche Verantwortlichkeit der Unternehmer für die Verletzungen der Gesetze zum Schutze der Arbeit;

15. Verbot an die Unternehmer, Geldabzüge irgend welcher Art (Straf-, Ausschuss- etc. Abzüge) vorzunehmen;

16. Einrichtung in allen Zweigen der Volkswirtschaft von Gewerbegerichten, die aus der gleichen Zahl von Arbeiter- und Unternehmervertretern zusammengesetzt sind;

17. Verpflichtung der Organe der örtlichen Selbstverwaltungen, in allen Produktionszweigen Arbeitsnachweise für die am Ort befindlichen und zuziehenden Arbeiter ins Leben zu rufen, unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiterorganisationen zu deren Verwaltung.

* *
*

Zum Zwecke der Beseitigung der schwer auf den Bauern lastenden Reste der Leibeigenschaft und im Interesse der Entwickelung des Klassenkampfes auf dem Lande wird die Partei erstreben:

1. Abschaffung der Loskaufsabzahlungen*) und des Erbzinses (»obrok«), sowie aller Abgaben, die die Bauern, als zum steuerpflichtigen Stande gehörig, zu entrichten haben;

2. Abschaffung der gegenseitigen Steuer- etc. Haftbarkeit in den Bauerngemeinden (»krugowaja poruka«) und aller Gesetze, die die Bauern hindern, über ihren Boden frei zu verfügen;

3. Rückzahlung der dem Volke in der Form von Loskaufabzahlungen und Erbzins abgenommenen Geldsummen an das Volk: Konfiskation zu diesem Zwecke des Eigentums der Klöster und der Apanagen, sowie Auflage einer besonderen Steuer auf den Bodenbesitz der adligen Grossgrundbesitzer, die aus den Loskauffonds Darlehen erhalten haben; Verwendung der auf diesem Wege erhaltenen Gelder zur Bildung eines besonderen Volksfonds für kulturelle und Wohltätigkeitszwecke der Dorfgemeinden;

4. Einrichtung von Bauernkomitees: a) um an die Dorfgemeinden (durch Expropriation oder — in den Fällen, wo die betreffenden Grundstücke mehrere Besitzer gewechselt haben — durch Ankauf vermittels des Staats auf Kosten des adligen Grossgrundbesitzes) jenen Grund und Boden zurückzuerstatten, der bei Abschaffung der Leibeigenschaft den Bauern abgenommen wurde und in den Händen der Gutsbesitzer als Werkzeug zur Unterjochung jener dient; b) behufs Aufräumens mit den Resten der Leibeigenschaft, die im Ural, im Altaigebirge, in Westrussland und in anderen Gegenden erhalten geblieben sind;

5. Ermächtigung der Gerichte, übermässig hohe Pachtsätze herabzusetzen und Verträge, die den Charakter der Unterjochung aufweisen, für ungiltig zu erklären.

In dem Streben nach Verwirklichung ihrer nächsten politischen und ökonomischen Ziele unterstützt die sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands jede gegen die bestehende soziale und politische Ordnung Russlands gerichtete oppositionelle und revolutionäre Bewegung, und lehnt sie dagegen entschieden alle Reformprojekte ab, die mit irgend einer Art Ausdehnung oder Befestigung der polizeilich-büreaukratischen Bevormundung der arbeitenden Klassen verknüpft sind.

Ihrerseits ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei fest überzeugt, dass eine vollständige, konsequente und dauerhafte Verwirklichung der erwähnten politischen und sozialen Umgestaltungen nur auf dem Wege der Niederwerfung des Selbstherrschertums und der Einberufung einer frei durch das ganze Volk gewählten gesetzgebenden Versammlung erreicht werden wird.

Uebersetzt von F. Gr.

*) Bei der Abschaffung der Leibeigenschaft den Bauern auferlegt; diese »Abzahlungen« dauern seit 1861 fort. Der Uebersetzer.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

20. Dezember 1902.

Springflut. — Paul Singer, Wehe den Siegern! — Wera Sassulitsch, Die terroristische Strömung in Russland. — Akademikus, Zur Geschichte der Sozialpädagogik. — M. P., Die sozialdemokratische Bewegung in Kroatien. — B. Borchardt, Ein wissenschaftliches Jubiläum. — Literarische Rundschau. — Notizen.

27. Dezember 1902.

Soziale Theologie. — M. Beer, Imperialistische Politik. — Hermann Gorter, Ueber Poesie. — G. Heinke, Die Baugewerbeinspektion. — Dr. Salomea Perlmutter, Tolstois Weltanschauung und ihre Entwickelung. — Georg Rössing, Gewerkschaften und Krankenversicherung. — Emanuel Wurm, Sozialpolitische Umschau. — Literarische Rundschau.

3. Januar 1903.

Der erste Fall derart. — Heinrich Cunow, Kartellfragen. — Wilh. Bölsche, Vierzig Jahre Darwinismus. — Karl Legien, Die amtliche und die gewerkschaftliche Streikstatistik. — Dr. M. Bach, Ein amerikanisches Roman-Epos. — Splitter. — Literarische Rundschau. — Notizen.

10. Januar 1903.

Was nun? — B. Kritschewsky, Lehren des französischen Bergarbeiterstreiks. — Georg Wagner, Aerztliche Kunst und medizinische Wissenschaft. — Robert Michels, Beitrag zum Problem der Moral. — Georg Horn, Die Glasindustrie und ihre Arbeiter. — Marat als Kriminalist. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Januar 1903.

Richard Calwer, Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Dr. Eduard David, Die landwirtschaftliche Produktionsentwickelung und die Aufgaben der sozialdemokratischen Agrarpolitik. — Wolfgang Heine, Zur Reform des Strafrechts. — Eduard Bernstein, Zur Bilanz des Kampfes gegen den neuen Zolltarif. — Prof. Emil Vandervelde, Die belgischen Wahlrechtskämpfe. — Kurt Eisner, Der junge Ibsen. — Dr. Hugo Lindemann, Fortschritte der kommunalen Sozialpolitik. — Adolf von Elm, Hamburgerei. — Otto Rühle, Die wirtschaftliche Lage der preussischen Volksschullehrer. — Rundschau (Politik, Wirtschaft, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Bücher).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Janvar 1903.

Jean Longuet, La grève des mineurs de Pensylvanie. — Emil Vandervelde, La suppression des communaux. — Louis Paoli,

Les congrès socialistes algeriens. — Jean Jaurès, La justice dans l'humanité. — Gustave Rouanet, Accaparements et monopoles. — Adrien Veber, Mouvement social. — Gustave Rouanet, Revue des livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Dezember 1902.

M. Beer, L'idéal social de la Nouvelle-Zélande. — Emil Vandervelde, L'Etat et les Charbonnages en Belgique. — J. Lagrosillière, Les Scandales capitalistes et administratifs de la Martinique. — Enquète sur L'Anticléricalisme et le Socialisme, Reponse de Karl Kautsky. — Les Syndicats Ouvriers. — Variétés. — Bibliographie.

1. Januar 1903.

Edouard Berth, Socialisme ou Etatisme? — C. A. Maybon, M. Gohier et les Travailleurs Américains. — Enquète sur L'anticléricalisme et le Socialisme. Reponse de Léon Furnemont, Rosa Luxemburg, Pasteur Goere, E. Belfort Bax, Eduard Bernstein, P. Knudsen. — Les Faits Politiques. — Les Syndicats Ouvriers. — Les Grèves. — Bibliographie. — — L'art, La Littérature.

L'Avenir Social, Brüssel.

Januar 1903.

E. Vandervelde, L'exploitation des mines de houille de la Campine par l'Etat. — V. S., Le mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical. — Bulletin coopératif. — Le mouvement communal.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Januar 1903.

Editorial Brevities. — H. Quelch, Twenty-one years of Socialist Agitation. — J. E. Ellam, The situation in the United States. — Behind the scenes in the Krupp Affair. — E. Belfort Bax, The aims and limitations of the materialist conception of history. — Clericalism and the socialist attitude therein. — Coming struggle of Socialism with clericalism in Germany. — The Reviews. — National Health. — Our relations with Germany. — The french republic. — Françai s Coppé, The old Tunic.

The International Socialist Review, Chicago.

1. Dezember 1902.

W. S. Mo, Property Rights and the Coal Miners Strike. — K. Kautsky, Forms and Weapons of Social Revolution. — P. Burrowes, Capitalism an Ethical Movement. — E. Untermann, A German municipal Program. — Geo W. Rives, A Short Cut. — A. M. Simons, Is it a short Cut? — Walter Thomas Mills, Don't go to a Convention — Go to Work. — Ed. Bernstein, A. Correction. — Editorial. — Socialism abroad. — World of Labour. — Book Reviews.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. Januar 1903.

Rerum Scriptor, Polemica meridionale. — La Critica Sociale, Postilla. — Ivanoe Bonomi, Il contratto di lavoro. — Angelo Omodeo, Le fantasie di un Vicerè. — Attilio Cabiati e Luigi Einaudi, L'italia e i trattati di commercio. Il sistema doganale e le industrie manufattrici. 4. Industria della seta. — Alessandro Schiavi, Socialismo e anticlericalismo. — Filosofia, letteraturea e varietà.

16. Januar 1903.

Rerum Scriptor, Sempre polemiche meridionali! ultima e definitiva: 1. Riforma elettorale. — Ing. Angelo Omodeo, Le straordinarie meraviglie dell' Eritrea. — xy, La politica degli insegnanti. — Attilio Cabiati e Luigi Einaudi, Il sistema doganale e l'agricoltura. — Alessandro Schiavi, Socialismo e anticlericalismo: III. Il Clero; IV. Le Congregazioni. — Filosofia, letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

25. Dezember 1902.

Sylva Viviani, Risposta agli economisti del militarismo. — Louis de Broukère, L'istitutio industriale socialista di Bruxelles. — Jean Sigg, Dal l'esperienza all'intransigenza in Svizzera. — G. M. Serate, Il partita socialista negli Stati Uniti. — Ettore Ciccotti, La propaganda con l'imagine. — Rivista delle Reviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Variétà della cronaca internazionale. — Disegni e caricature.

10. Januar 1903.

Sylva Viviani- Risposta agli economisti del militarismo. — Enrico Loncao, Questione sociale e Partito socialisto in Sicilia. — Gina Lombroso, Sulle leggi protettive del lavoro. — O. Knugen, Le condizioni civili economiche e politiche della Norvegia nel XIX secolo e lo sviluppo del partito socialista. — Romolo Prati, Animismo e spiritismo. — Rivista delle Riviste socialiste. — Gino Murialdi-Giovanni Petrini, Per una rettifica. — Varièta della cronoca Internazionale. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Januar 1903.

F. van der Goes, De Verkiezing in Amsterdam. III. — H. Rookmaker, Moderne Slavernij. — W. H. Vliegen, De Suikerkwestie. — H. Gorter, Over Poëzie. — H. Roland Holst, Een Parlementaire Nederlaag. — Jos. Loopuit, Calvinisme en individualisme. — R. Knyper, Over Waarde. — B. Luteraan, De Socialistische Vakvereenigingen in Spanje.

Akademie, Prag.

Januar 1903.

J. Krapka, K nasemu spolkovému zivotu. — Dr. L. Winter, Pohyb obyvatelstva, tvorba kapitálu a krise. — J. Jelinek, Obecni podniky v Anglii. — Fr. Modrácek, V. Choce: Dejiny sociálnich idei. — Verus, Otázka vychodni. — J. S. Cetar, Hygiena ve vojste. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Die Pariser **Nouvelle Revue** hat an der Jahreswende 1902/1903 einen durch drei Nummern (1. u. 15. Dezember, 1. Januar) gehenden Artikel: **agPes intimes sur la Commune.** Der Verfasser, Gustave Toulouze, erzählt darin allerhand Erinnerungen aus der Zeit der Pariser Kommune von 1871, die ein interessantes Licht auf die Seelenverfassung von Paris während der Kommunebewegung werfen.

Das Januarheft 1903 der **Westminster Gazette,** London, bringt einen Artikel von Charles Frederick Adams: **How shall labour and Capital be reconciled,** worin der Verfasser die Grundgedanken einer Sozialreform im Sinne von Henry Georges Agrarsozialismus entwickelt.

Die soeben vollendete Ergänzungsausgabe der **Encyclopaedia Britannica** enthält u. a. auch einen längeren, drei Quartseiten füllenden Artikel über **Karl Marx,** dessen Namen man in den früheren Auflagen der genannten Encyclopaedie vergebens sucht. Der Artikel hat den Herausgeber dieser Zeitschrift zum Verfasser.

Die bekannte, von dem Mailänder Friedenskönig Ernesto Teodoro Moneta redigierte **„Rivista Internazionale“** bringt in der Nummer vom 20. Oktober 1902 (p. 20) von der Feder des auch als konservativen Politiker bekannten, berühmten juristischen Professors an der Universität Pavia Ercole Vidari einen Artikel über die italienische Sozialdemokratie, welcher in die Serie: »La presenta crisi dei partiti politici italiani« eingereiht ist. Da nach dem Verfasser sämtliche Parteien nun einmal im Stadium der Krise stehen, so weiss er auch von einer Krise des Sozialismus zu berichten. Es ist aber bemerkenswert, dass er die Sozialisten immerhin noch für lebensfähiger als die anderen Parteien des Landes hält. *R. Michels.*

John Francis Bray, de Werkman, betitelt sich ein längerer Artikel aus der Feder des Professors H. P. G. Quack, den die holländische Zeitschrift de Gids im Januar-Heft 1903 veröffentlicht. Er handelt von dem Verfasser der von Marx im Elend der Philosophie citierten Schrift Labours Wrongs and Labours Remedy. Professor Quack, dessen Geschichtswerk über den Sozialismus in manchen Punkten allen ähnlichen Werken überlegen ist, stellt an die Spitze des Artikels als Motto einen Satz des englischen Dichters Keats, der in Uebersetzung lautet: »Hier liegt jemand, dessen Name in Wasser geschrieben ist«, und beginnt den Artikel selbst, wie folgt:

»Ueber das Leben von John Francis Bray wissen wir in der Tat nichts. Er gehörte der Arbeiterklasse an. Diejenigen, die ihn erwähnen, sagen von ihm, dass er ein Schriftsetzer war — a journeyman printer [ein Buchdruckergehilfe. Die Red.], wie sie ihn nennen. Holyoake bemerkt in seiner bekannten Geschichte des Genossenschaftswesens (Ausgabe von 1875, vol. I. pag. 224) nur »dass sein ‚energisches Buch‘ von denen, die in der Genossenschaftsbewegung tätig waren, sehr eifrig gelesen wurde.«

Im übrigen besteht der Quack'sche Artikel aus einem sehr ausführlichen Resumé der Brayschen Schrift, die der Verfasser dabei mit grosser Sympathie, wenn auch nicht ohne Kritik kommentiert, um mit einem sehr schönen Vergleich zu schliessen, der an das Bild Titians Christus und der Zinsgroschen aus der Dresdener Gallerie anknüpft. Der Maler hat auf dem Bild der Person, welche die bekannte Frage vom Zinsgroschen an Christus richtete, nicht das Aeussere eines Schriftgelehrten, sondern das eines einfachen Arbeiters gegeben. Und das Bild dieses Arbeiters, schreibt Quack, schwebte ihm vor Augen, als er das Buch des Arbeiters Bray auszog, das sich so eingehend mit dem Geldproblem beschäftigt. »Er steht da in seinem werktäglichen Arbeitshemd, eine Art Schifferknecht, der mit seinem muskulösen, behaarten Arm Christus anhält und düsteren Blickes Ihn, der reine, mutige, göttliche Weisheit um sich her verbreitet, heftig fragt: ‚Was haltet Ihr vom Geld?‘«

V. Anfragen und Nachweise.

a) Anfragen.

41. Wo findet man eine gute Schilderung der französischen Produktivgenossenschaften von 1848?

Hamburg, 10. Januar 1903. A.. Roman.

b) Nachweise.

Zu Anfrage 37. Ueber das amerikanische Prämienlohnsystem wird, wie uns ein Leser schreibt, in einem jüngst erschienenen Bericht der British Iron Trade Association über die amerikanische Eisenindustrie allerhand Interessantes und Charakteristisches mitgeteilt. Es wird da von vier grossen Werken berichtet, auf denen das Bonus-System eingeführt ist [1. die Maschinenwerkstatt der Betlehem Eisenwerke im Lehigh-Tal; 2. in der Maschinenwerkstatt von Bement, Miles & Co.; 3. in der Maschinenwerkstatt von W. Sellers & Co.; 4. in den Baldwin Locomotive Works], und werden Angaben verzeichnet, wie sich die Lohnsätze unter dem Einfluss des Systems gestaltet haben.

Zu Anfrage 38. Ueber den englischen Socialisten **J. F. Bray** bringt die Januar-Nummer 1903 der holländischen Zeitschrift De Gids einen längeren Artikel. Vgl. darüber unter Rubrik IV. b. in dieser Nummer.

Zu Anfrage 41. Ueber die französischen Produktiv-Associationen von 1848 findet man vor allem sehr eingehende Angaben bei André Cochut, **Les Associations Ouvrières,** Paris 1851, und de Lemercier, **Etudes sur les associations ouvrières,** Paris 1857. Von deutschen Werken über denselben Gegenstand seien genannt: Sigmund Engländer, **Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen,** und **V. A. Huber, Die gewerblichen und wirtschaftlichen Genossenschaften der arbeitenden Klassen in England, Frankreich und Deutschland,** Tübingen 1860 (vgl. auch desselben Verfassers Reisebriefe aus Belgien, Frankreich und England, Hamburg 1855). Die Genannten bilden die — zuweilen geheime — Quelle fast aller Schriftsteller, die später über den gleichen Gegenstand geschrieben haben. Neuere Originalquellen über denselben mögen existieren, sind uns aber nicht bekannt.

VI. Notizen.

In eigener Sache. Der Unterzeichnete sieht sich veranlasst, auf eine gegen ihn gerichtete Einsendung von Franz Mehring in No. 12 des laufenden Jahrgangs der »Neuen Zeit« zurückzukommen. Mehring wendet sich gegen einige Stellen meiner Besprechung des dritten Bandes seiner Ausgabe von Schriften aus dem Marx-Engelsschen Nachlass. (Vgl. Bd. II. der Dok. d. Soz. S. 55 ff.) Ich enthalte mich jeder Bemerkung über den gereizten Ton der Polemik, sondern gehe sofort auf ihren sachlichen Inhalt über.

1. Mit Bezug auf meine Kritik der von Mehring übernommenen Beurteilung der Polenfrage durch Rosa Luxemburg glaubt Mehring es bedauern zu müssen, dass Frau Luxemburg sich für die ihm durch Belehrung über die Polenfrage erwiesene Gefälligkeit sich verletzenden Bemerkungen ausgesetzt sehe. Ich habe dem gegenüber darauf zu verweisen, dass in der bemängelten Besprechung lediglich die theoretische Auffassung kritisiert wird, die Frau Luxemburg in der Polenfrage mit einem gewissen Fanatismus der Konsequenz vertrete, mit keiner Silbe aber der politischen oder literarischen Ehre der Genannten zu nahe getreten wird.

2. Mehring glaubt weiter auch Marx gegen mich in Schutz nehmen zu müssen. Anlass dazu gibt die Bemerkung, es sei angesichts der jämmerlichen Lage, in der der Chartismus sich nach der Niederlage von 1848 befand, eine grosse Uebertreibung, dass die drohende Haltung einer revolutionären Arbeiterpartei von 1848 bis 1850 die Zehnstundenbill gegen alle Anfechtungen der Bourgeoisie aufrecht erhalten habe. Dieser Vorwurf der Uebertreibung könne Marx nicht treffen, erklärt Mehring, da dieser ja selbst im »Kapital« die Kapitalistenrevolte und den Gerichtsentscheid gegen die Zehnstundenbill mit der 1848er Niederlage der Chartistenpartei in Verbindung bringe und bloss von laut drohenden Protestmeetings in Lancashire und Yorkshire spreche, die in Verbindung mit einigen anderen Faktoren die schliessliche Rettung der Zehnstundenbill bewirkten. Die Lesart, wonach die drohende Haltung einer revolutionären Arbeiterpartei die Zehnstundenbill gegen alle Anfechtungen der Bourgeoisie aufrecht erhalten habe, bis sie siegreich jeden Widerstand überwunden hatte, komme auf seine (Mehrings) etwas zu summarische Darstellung. Es hätte heissen müssen, dass nach der Niederlage der Partei in erster Reihe die drohende Haltung der Arbeiter massen es gewesen sei, die etc. etc.

Dieser Einwand trifft nur das Formelle der Streitfrage und nicht die Sache. Zwischen Massen und Partei zu unterscheiden, ist in diesem Falle reine Buchstabenreiterei. Wie sollten die Massen dazu kommen, die Bourgeoisie wirklich einzuschüchtern, wo ihre Partei nicht etwa gesetzlich verpönt, sondern politisch diskreditiert und durch Spaltungen entkräftet am Boden lag? Ihre gewerkschaftlichen Verbindungen waren damals noch sehr wenig leistungsfähig, und so konnten einige Protestversammlungen in Lancashire und Yorkshire, mochten sie auch eine noch so drohende Sprache führen, unmöglich vom Parlament als eine ernst zu nehmende Drohung aufgefasst werden. Darum aber handelt es sich in der von uns aufgeworfenen Frage. Dass die Darstellung im »Kapital« den Eindruck erweckt, das Parlament habe 1850 wesentlich aus Furcht vor der Arbeiterklasse die Zehnstundenbill wiederhergestellt, dafür zeugt gerade die summarische Darstellung Mehrings. Das Falsche dieser Auffassung nachzuweisen, von der ich im übrigen zu erklären versuche, wieso Marx zu ihr kam, war der Zweck des kritischen Einwands, den ich denn auch durchaus aufrecht erhalte.

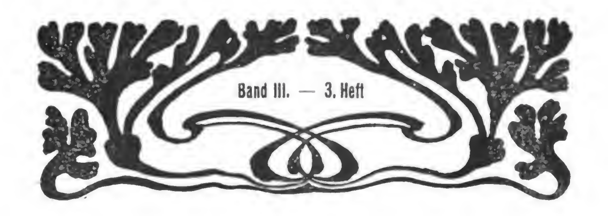
3. Schliesslich nimmt Mehring meine gelegentliche Gegenüberstellung von Nachschreiber und Historiker zum Anlass, die erstere Qualifikation

quasi rückwirkend auf sich zu beziehen. Da dies den Vorwurf der Nachbeterei einschliesse, hält er mir die Tatsache entgegen, dass Fr. Engels schon vor zehn Jahren in einem Brief an einen Dritten seine Freude darüber ausgesprochen habe, dass er, Mehring, dem Marxismus »viel freier gegenüberstände, wie Genosse Bernstein«. Zur Sache ist das zwar durchaus nebensächlich, zumal die erwähnte Gegenüberstellung bei mir keineswegs zu den Folgerungen nötigt, die Mehring aus ihr zieht, immerhin kann ich nur wünschen, Mehring hätte, wenn er sich einmal auf briefliche Aeusserungen von Engels gegen mich berufen zu müssen glaubte, diese Aeusserung vollständig wiedergegeben. Selbst der geübteste Historiker ist, wie er uns gezeigt hat, bei summarischer Wiedergabe nicht davor geschützt, irrtümliche Auffassungen hervorzurufen.

Berlin, 14 .Januar 1903.

Ed. Bernstein.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin SW.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Blaustein, Dr. Artur: **Die Entstehung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im deutschen Sattlergewerbe.** (Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen, sechster Band, drittes Heft.) Tübingen und Leipzig, 1902, I. C. B. Mohr. 137 S. gr. 8° Preis: 3 Mk. 60 Pfg.

Diese Abhandlung, zu der der Verfasser, wie er im Vorwort bemerkt, durch die Werke von J. Schmöle und W. Kulemann über die Gewerkschaftsbewegung angeregt wurde, stellt dem Fleiss und sozialpolitischen Verständnis ihres Verfassers das günstigste Zeugnis aus. Das Sattlergewerbe, das noch heute überwiegend handwerksmässig betriebenes Kleingewerbe ist, war zur Zeit der ersten Versuche der gewerkschaftlichen Organisation seiner Gehilfenschaft noch sehr stark von zünftlerischem Geist erfüllt, und örtliche Einrichtungen und Ueberlieferungen zünftlerischen Charakters stellten der einheitlichen Zusammenfassung der Lohnarbeiter dieses Gewerbes die grössten ökonomischen und psychologischen Schwierigkeiten entgegen. Zu ihnen gesellten sich auf der anderen Seite die Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der vorgeschritteneren, liberal oder sozialistisch denkenden Arbeiter über die Zwecke und Formen der Gewerkschaftsbewegung. Unter dem Einfluss dieser Faktoren stellt die Bewegung der Sattlergehilfen lange Zeit ein sehr chaotisches Bild dar, einen Gärungsprozess, wo zünftlerischer Lokalgeist und sehr abstrakt, fast utopisch aufgefasster Sozialismus als Extreme miteinander ringen. Die Urkunden der Sattlerbewegung jener Epoche sind nur mühsam zu sammeln; soweit es sich um die modernere Bewegung handelt, sind sie sogar von deren Vertretern unter dem Druck polizeilicher Verfolgungen geflissentlich vernichtet worden. Trotzdem ist es dem Verfasser gelungen, einen in allen wesentlichen Punkten vollständigen Abriss der Bewegung zu liefern. Wir wollen hierbei bemerken, dass ihm eine Informationsquelle für eine der interessantesten Phasen der deutschen Sattlerbewegung doch entgangen zu sein scheint. In der ›Demokratischen Zeitung‹, die anfangs der siebziger Jahre in Berlin herauskam, werden sich mancherlei Notizen über die damals gerade in Berlin lebhafte Sattlerbewegung finden. Die Darstellung, die der Verfasser auf Grund anderweitig (Kongressprotokolle, Flugblätter, Berichte des ›Volksstaat‹ und ›Neuen Sozialdemokrat‹) ermittelter Informationen von ihrem Verlauf und den in ihr tätigen Personen gibt, könnte freilich durch jene Notizen in keinem wesentlichen Punkt eine Aenderung erfahren. Der Verfasser hat die charakteristischsten Züge der Bewegung sehr gut erfasst und geschildert, und auch die Personenschilderung ist durchaus zutreffend. Eine sehr hervorragende Rolle spielt in der Sattlerbewegung jener Tage der

heute als einer der bedeutendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie wirkende J. Auer. Des Verfassers auf S. 31/32 ausgedrückte Vermutung, dass es wohl nicht ohne Veranlassung der Partei geschehen sei, wenn Auer im Frühjahr nach Berlin übersiedelte, ist irrig. Auer kam als einfacher Sattlergehilfe ganz auf eigene Faust nach Berlin, und erst seine dort entfaltete Tätigkeit lenkte die Aufmerksamkeit der leitenden Persönlichkeit der Partei auf ihn.

Der Verfasser behandelt den Gegenstand in drei grossen Abschnitten: 1. die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung von 1868—72; 2. Verlauf der Gewerkschaftsbewegung von 1872—78; 3. Wiedererwachen der Gewerkschaftsbewegung bis zur Gründung des Centralverbandes. Eine Reihe urkundlicher Beilagen bilden einen Anhang der Schrift.

Zum Formellen hätten wir einige Ausstellungen zu machen. Wir sind wiederholt auf Sätze gestossen, die eine verschiedenartige Auslegung zulassen, und nicht immer ist es dem Verfasser gelungen, das allerdings sehr buntscheckige Material übersichtlich vorzuführen. Aber in sachlicher Hinsicht verdient die Schrift volles Lob.

David, Eduard: **Sozialismus und Landwirtschaft.** Erster Band: Die Betriebsfrage. Berlin, 1903. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. 703 S. gr. 8°. Preis: geh. 12 Mark, geb. 15 Mark.

Eine sehr eingehende und methodische Untersuchung der Frage nach den technischen und allgemein kulturellen Grundlagen und Leistungsmöglichkeiten der Landwirtschaftsbetriebe im Hinblick auf deren Grösse und Organisation. Welche Rangstellung die Frage in der sozialistischen Theorie einnimmt und von welcher Bedeutung ihre Beantwortung für die Praxis der sozialistischen Parteien ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Sie hat wiederholt den Gegenstand von Kontroversen innerhalb der Sozialdemokratie gebildet und speziell die deutsche Sozialdemokratie in der Mitte der neunziger Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts lebhaft beschäftigt. Das vorliegende Werk, dessen Verfasser an den damaligen Debatten hervorragenden Anteil nahm, verdankt nicht zum mindesten ihnen sein Entstehen. Der Verfasser tritt hier den wissenschaftlichen Beweis an für die in jenen Debatten von ihm vertretene Anschauung, dass die bäuerlichen Betriebe zu einem grossen Teil auch in der Gesellschaft des entwickelten Kapitalismus noch lebensfähig bezw. wirtschaftlich existenzberechtigt seien. Die Beweisführung geht auf die Grundfragen der Bodenbearbeitung und Viehzucht zurück, analysiert deren Natur und Voraussetzungen in sehr scharfsinniger Weise und legt dann an der Hand der gewonnenen Erkenntnis die Gesetze und Formen der landwirtschaftlichen Produktion auf den verschiedenen Stufen der Wirtschaft in so systematischem Aufbau bloss, dass das Buch weit über den Rahmen eines zur Verteidigung einer bestimmten These geschriebenen Abhandlung hinauswächst und zu einer ganzen Theorie der Landwirtschaftsformen wird.

Das ausserordentlich klar geschriebene Buch zerfällt in 12 grosse Kapitel, die zusammen 68 Unterabschnitte (Paragraphen) umfassen. Ihnen geht eine, sechs kleinere Abschnitte zählende Einleitung voraus, in der die Geschichte der Debatten vorgeführt wird, die im Schoss der alten Internationale und später in der deutschen Sozialdemokratie über die Frage der bäuerlichen Betriebe gespielt haben. Die keineswegs unwichtigen Erörterungen, die in der neueren sozialistischen Literatur des Auslandes über das gleiche Thema gepflogen wurden, scheinen dem Verfasser grossenteils entgangen zu sein.

Das grundlegende erste Kapitel des Buches ist überschrieben: Der Wesensunterschied zwischen dem landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsvorgang und einige wichtige Folgerungen. Hier wird im ersten Paragraphen gezeigt, welche Bedeutung in der Marxschen Entwickelungslehre dem Arbeitsmittel zukommt, wie nach dieser Lehre von der Entwickelung des Arbeitsmittels zuletzt die Entwickelung der Pro-

duktionsweise und damit der gesellschaftlichen Verfassung bestimmt wird, worauf alsdann der Verfasser zeigt, dass mit Bezug auf den landwirtschaftlichen Arbeitsprozess die betreffenden Marxschen Ausführungen in Band 1 des Kapital in wesentlichen Punkten teils unvollständig oder zu eng, teils infolge unzutreffender Gleichsetzung mit der industriellen Produktion direkt unrichtig sind, so dass der »fundamentale Unterschied« ganz in den Hintergrund tritt, dass es sich in der Landwirtschaft um die Entwickelung lebender Wesen handelt, während die Industrie in der Verarbeitung toter Dinge besteht, oder mit anderen Worten, dass »die industrielle Güterherstellung ein mechanischer, die landwirtschaftliche Produktion ein organischer Prozess« ist. (S. 70.) Aus diesem bedeutsamen Unterschied am **Fundament der Produktion,** den Marx und seine orthodoxen Schüler, wenn **nicht ganz übersehen, so doch total** vernachlässigt haben, ergeben sich nun für alle weiteren Faktoren des Landwirtschaftsbetriebs, wie Kooperation, Arbeitsteilung, Einfluss der Maschine u. s. w., andere Wirkungsmomente, als dies in der Industrie der Fall, und erklärt es sich, warum auch in der Landwirtschaft des entwickelten Kapitalismus das Verhältnis zwischen der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen und ihrer Ausdehnung ein wesentlich anderes ist, als in der Industrie. Entgegen der seinerzeit von Marx verfochtenen und von einem Teil der Vertreter des Marxismus heftig verteidigten Ansicht, dass in der Regel auch in der Landwirtschaft der grössere Betrieb dem kleineren wirtschaftlich überlegen sei und ihn, wo er nicht künstlich geschützt wird, schliesslich verdrängen müsse, stellt David den Satz auf, dass »der Kleinbetrieb überlegen [ist] in den Zweigen, für die Intensitätsstufen und unter den Produktionsverhältnissen, denen die Landwirtschaft der westeuropäischen Kulturländer infolge der überseeischen Konkurrenz entgegenstrebt.« (S. 56.) Die Notwendigkeit, einem gegebenen Bodenstück eine immer grössere Wertmasse abzugewinnen, das Fortschreiten zur höchsten Intensität erfordere und fördere den »Uebergang zum Kleinbetrieb«, das »Schifflein des bäuerlichen Selbstwirtschafters« fahre »nicht gegen, sondern mit dem Strom der Entwickelung«. (Ebendaselbst.) Die Beweisführung, die vom Arbeitsmittel ausgeht und aufsteigend Schritt für Schritt die Formen, Hilfsmittel und Gegenstände der landwirtschaftlichen Produktion analytisch und historisch untersucht, weist die stärksten Eigenschaften der Marxschen Forschungsmethode auf. Wenn der Verfasser trotzdem zu anderen Schlüssen kommt, wie Marx, so könnte man auch hier zutreffend sagen, dass es Marx ist, der gegen Marx recht behält, nämlich die von Marx aufgestellten Regeln der Untersuchung gegen Marxsche Aufstellungen, die auf Grund ungenügender Beobachtung jener Regeln zustande kamen. Die Tatsache, dass die Empirie, die Statistik der Landwirtschaftsbetriebe, gegen die erwähnten Aufstellungen zeugt, hat Vertreter des Marxismus veranlasst, die Erklärung für den Fortbestand der bäuerlichen Betriebe in der Ueberarbeit und Unterernährung der Bauern, sowie im bäuerlichen Nebenerwerb zu suchen (vgl. Kautsky, Agrarfrage); David weist jedoch nach, dass für eine ganze Reihe von Produktionen der bäuerliche Wirt als solcher dem landwirtschaftlichen Grossunternehmer ebenbürtig, wenn nicht überlegen ist. Weil es sich sowohl im Pflanzenbau wie in der Viehzucht um die Pflege lebender Wesen handelt, sei die Persönlichkeit und das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl hier von viel grösserer Bedeutung, wie in der Industrie.

Wir haben damit dem Gang der Davidschen Beweisführung weit vorgegriffen. Indes verbietet es der dieser Besprechung gesteckte Rahmen, auch nur in summarischer Zusammenfassung auf die Einzelheiten der Deduktion einzugehen. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, durch Aufzählung der Kapitelüberschriften, denen wir die Titel einiger wichtiger Unterabschnitte bezw. Paragraphen beifügen, den methodischen Gang der Darstellung und die Reichhaltigkeit des Inhalts des Buches zu veranschaulichen.

Das erste Kapitel, dessen Titel wir oben gegeben haben, zerfällt in drei Paragraphen: § 1. Die Bedeutung des Arbeitsmittels in der Marxschen Entwickelungslehre; § 2. das spezifische Wesen des landwirtschaftlichen Produktionsvorganges; § 3. einige wichtige Verschiedenheiten zwischen mechanischer und organischer Produktion. Dann folgen die Kapitel:

II. Die einfache Kooperation (§ 4. der Einfluss der Kooperation auf die individuelle Arbeitsleistung; § 5. die Arbeitsbewältigung in kritischen Zeitpunkten des Produktionsprozesses.)

III. Die Arbeitsteilung. (§ 11. Die spezialisierende Arbeitsteilung im Pflanzenbau; § 12. dasselbe in der Viehhaltung; § 13. die technische Arbeitsteilung in ihrer Wirkung auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Arbeiters; § 14. die technische Arbeitsteilung in ihrer Wirkung auf Arbeitsmethode und Werkzeugentwickelung).

IV. Die landwirtschaftliche Maschinerie in betriebstechnischer Hinsicht. (§ 16. Der Mangel eines Centralmotors im Ackerbau; § 17. die Dampfdreschmaschine; § 18. der Dampfpflug; § 19. die Elektrizität im Dienste der Landwirtschaft; § 22. der tierische Motor; § 23. das Wesen der landwirtschaftlichen Werkzeugmaschinen).

V. Der Einfluss der landwirtschaftlichen Maschinerie auf die Verhältnisse der Landarbeiter. (§ 24. Die »Ueberzähligmachung« von Arbeitskräften; § 29. der Arbeitstag; § 30. der Arbeitslohn; § 31. der Klassenkampf und die Landwirtschaft).

VI. Die Verbesserung des Bodens. (§ 33. Das Verhalten des Bodens zu Luft, Wasser, Licht und Wärme; § 34. die Fortschritte in der Bodenbearbeitung).

VII. Die Fortschritte auf dem Gebiet der Pflanzenernährung. (§ 36. Das Verhältnis von Bodenbearbeitung und Nährstoffzufuhr; § 38. die »künstliche« Düngung; § 42. die Betriebsformen in ihrem Verhältnis zur Erhaltung der Bodenkraft).

VIII. Die Hebung der physiologischen Leistungsfähigkeit der Kulturpflanzen und ihre Beschützung vor feindlichen Organismen. (§ 43. Die Einführung neuer Kulturpflanzen; § 44. die Varietätenbildung.)

IX. Die Fortschritte auf dem Gebiet der Viehzucht. (§ 49. Die rationelle Fütterung; § 50. die Tierzüchtung; § 51. die Tierpflege und Beschützung.)

X. Die Herausbildung des reinen Landwirtschaftsbetriebes unter der Herrschaft des individualistischen Wirtschaftsprinzips. (§ 52. Von der Oikoswirtschaft bis zur Bauernwirtschaft am Ausgang des XIX. Jahrhunderts; § 54. die »ländliche Hausindustrie« als »normale Ergänzung« des kleinbäuerlichen Betriebs; § 55. die Loslösung landwirtschaftlicher Verarbeitungsgewerbe unter dem Zwang der kapitalistischen Konkurrenz.)

XI. Der Reinigungs-Organisationsprozess unter Einwirkung des genossenschaftlichen Wirtschaftsprinzips. (§ 56. Die betriebliche Loslösung landwirtschaftlicher Verarbeitungszweige durch Genossenschaftsbildung; § 57. die genossenschaftliche Organisation der Verkaufsarbeit; § 59. die genossenschaftliche Organisation der Bezugsarbeit; § 60. die Einbeziehung der Bauernschaft in die allgemeine konsumgenossenschaftliche Organisation.)

XII. Die allgemeinen Prinzipien der landwirtschaftlichen Produktionsentwickelung. (§ 61. Das sozialistische Ideal allgemeinen Wohlstands und das Malthussche Bevölkerungsgesetz; § 62. das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag. Historisches: § 64. die Hebung des Produktivitätsgipfels durch Arbeitsminderung; § 65. die Hebung des Produktivitätsgipfels durch Produktmehrung; § 67. Intensitätsgrad und Betriebsumfang; § 68. die weltwirtschaftliche Formation der organischen Produktion.)

Schlusswort.

Diese Zusammenstellung gibt indes nur erst ein sehr äusserliches Bild, sozusagen das Gerippe des Werkes; wieviel ihm noch zu einem Vollbild

fehlt, mag die Angabe des Inhalts eines der 68 Paragraphen des Buches zeigen, der in Bezug auf Umfang und sachliche Materie noch hinter dem Durchschnitt zurückbleibt. § 54, der die Frage behandelt, ob und inwiefern die ländliche Hausindustrie als normale Ergänzung des kleinbäuerlichen Betriebs zu betrachten ist, hat folgenden Inhalt:

»Marx' Auffassung von der »ländlichen Hausindustrie«. Notwendige Unterscheidung der in diesem Begriff zusammengefassten drei verschiedenen Erscheinungen. Der rein bäuerliche Kleinbetrieb und der Zwergbetrieb mit Nebenerwerb. Fortschreitende Verkleinerung des für den rein bäuerlichen Kleinbetrieb erforderlichen Minimalareals. Moritz Hechts diesbezügliche Nachweise für drei badische Dörfer. Die nichtlandwirtschaftliche, ländliche Hausindustrie unter Einwirkung des kapitalistischen Unternehmertums. Die Verquickung dieser ländlichen Hausindustriellen mit dem Kleinbauerntum.«

Wie der Kenner ohne weiteres bemerkt haben wird, wird auch in diesem Paragraph gegen eine von Marx vertretene Ansicht polemisiert, nämlich gegen die im Band III des »Kapital« aufgestellte Behauptung, dass die ländliche Hausindustrie die normale Ergänzung des kleinbäuerlichen Betriebs bilde, ihre durch die Entwickelung der grossen Industrie herbeigeführte Vernichtung eine der Ursachen sei, die den Untergang des Parzelleneigentums herbeiführen müssen (a. a. O. 2. T. S. 341). Welche der Tätigkeitsarten, die der Begriff ländliche Hausindustrie deckt, Marx bei dieser Behauptung auch vorzugsweise im Auge gehabt haben mag, erklärt der Verfasser, in jedem Fall sei die Behauptung unzutreffend. Es sei »durchaus verkehrt, aus dem Elend ländlicher Hausindustrieller, die nebenbei noch mit ein paar Kartoffeläckern an der Landwirtschaft beteiligt sind, einen Schluss auf die Lage des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs als solchen zu ziehen.« Nicht weil sie Landwirtschaft treiben, sondern »weil sie nicht nur Landwirtschaft treiben, gehe es den ländlichen Hauswebern so erbärmlich«. Und der Verfasser schliesst die, durch Erfahrungsmaterial unterstützten Deduktionen dieses Paragraphen mit den Worten: »Die ländlichen Hausindustriellen mit oder ohne Kartoffelacker gehören zur grossen Armee der Industriearbeiter, deren wirtschaftliche und soziale Zukunft die ihrige ist. Der reinbäuerliche Selbstwirtschafter aber gehört einer anderen Wirtschaftskategorie an, für die andersartige Produktions- und Verwertungsverhältnisse massgebend sind, und die trotz aller Uebergänge und Verschiebungen bis jetzt ihre wirtschaftliche Position auch innerhalb der kapitalistischen Periode ungeschwächt aufrecht erhalten hat.« (S. 518.)

Häufiger noch als gegen Marx polemisiert der Verfasser gegen K. Kautsky, dessen »Agrarfrage« den letzten grösseren Versuch bildet, die Widersprüche zwischen der Marxschen Prognose des Agrarproblems und dessen tatsächlicher Entwickelung als prinzipiell bedeutungslos nachzuweisen. Kautskys Beweisführung geht in der Hauptsache darauf aus, zu zeigen, dass sich das Marxsche Gesetz der Konzentration bloss formell in der Landwirtschaft anders verwirkliche als in der Industrie; nach David macht sich jedoch Kautsky dabei einer ganzen Reihe von fehlerhaften Schlüssen und Uebertreibungen schuldig, die seine Beweise teils als wenig schlussfähig, teils aber als ganz und gar misslungen erscheinen lassen. Wenn Kautsky z. B. an die Tatsache, dass eine Reihe von Landwirtschaftsbetrieben heute in mehr oder weniger reglementierter direkter Beziehung zu industriellen Unternehmungen stehen, weitgehende Folgerungen über die »Industrialisierung der Landwirtschaft« knüpft, d. h. dass die Landwirtschaft sich den Geboten der kapitalistischen Grossindustrie zu unterwerfen habe, so zeigt David an der Hand der Statistik, dass 1895 von 5 558 317 landwirtschaftlichen Betrieben im ganzen nur 62 064 oder 1,13 % mit bedeutenderen Nebenindustrieen betrieblich verbunden waren. Und der Löwenanteil davon, nämlich 56 353 Betriebe, entfällt auf die älteren Nebenzweige der Müllerei und Brauerei, in denen man es vielfach noch mit Ueberbleibseln einer Zeit zu tun hat, wo die Landwirtschaft der betreffenden Industrie die Bedingungen diktierte. Dass derartige Abhängigkeitsverhältnisse auch heute noch vorkommen, haben u. a. die Debatten des deutschen Reichstags über

den Gerstenzoll gezeigt; ein bayerischer Bauernvertreter stellte es für die in den Landdistrikten etablierten kleineren Brauereien Bayerns fest. Ebenso sind viele Zuckersiedereien, und hier gerade die grössten, Eigentum von Aktiengesellschaften rübenbauender Landwirte und somit von ihnen abhängig. Kurz, wenn sich auch nicht leugnen lässt, dass die landwirtschaftliche Produktion bei der Zucht des Produkts vielfach auf spezielle Ansprüche der dieses weiterverarbeitenden Industrieen Rücksicht zu nehmen hat; wenn überhaupt, wie David treffend bemerkt, im Flechtwerk der Warenproduktion es völlige geschäftliche Unabhängigkeit nicht mehr gibt, so muss es doch als ein verhängnisvoller Fehlschluss bezeichnet werden, aus dieser gegenseitigen Beeinflussung von Industrie und Landwirtschaft auf eine vollständige Unterwerfung dieser unter die Gesetze jener zu folgern. David bezeichnet die dahingehende Deduktion Kautskys als eine »hohle, rein theoretische Konstruktion«. (S. 533.) Hier möchten wir gegen den Gebrauch des Wortes »theoretisch« als zu unrecht geschehen Verwahrung einlegen. Was David Kautsky tatsächlich vorwirft, ist nicht rein theoretische, sondern rein spekulative Konstruktion, und das ist ein grosser Unterschied. Allerdings identifiziert das grosse Publikum häufig genug Theorie und Spekulation. Dies kann aber für den Unterrichteten nur ein Grund mehr sein, die Begriffe streng auseinander zu halten, das theoretische Denken und Folgern vor dem Verdacht zu schützen, als gestatte es willkürliche Konstruktionen nach irgend einem fertigen dialektischen Schema, im Falle Kautskys die Hegelsche dialektische Formel: Thesis—Antithesis—Synthesis. Was David gegen die Rolle bemerkt, welche diese Formel in der Kautskyschen Deduktion spielt, ist prinzipiell nur zu unterschreiben; diese Deduktion kann als erneuter Beweis dafür gelten, welch grosse Gefahr für das theoretische Denken die Hegelsche Dialektik birgt. Wo sie nicht direkt zur Urheberin voreiliger Schlüsse wird, bietet sie sich als willige Helferin an, solchen ein gefällig-verführerisches Gewand zu verleihen. In der Wirklichkeit ist der Gang der Entwickelung nach David die immer stärkere Scheidung des rein landwirtschaftlichen Prozesses der Hervorbringung von dem der Verarbeitung, die »Herausschälung des reinen Landwirtschaftsbetriebs«, die betriebliche Verselbständigung neuentstandener landwirtschaftlicher Nebenindustrieen. Dieser Scheidungsprozess müsse eintreten, »weil die innere betriebliche Entwickelungstendenz der organischen Hervorbringung und [die] der mechanischen Verarbeitung einander widerstreiten.« (S. 534.) Wobei zu bemerken sei, dass diese Scheidung »die gegenseitige wirtschaftliche Beziehung und Bedürfnisanpassung natürlich nicht ausschliesst, sondern im Gegenteil erst zu rationellster Entfaltung bringt.« (S. 535.)

Aus dem Vorstehenden dürfte zur Genüge erhellen, wieviel tiefer die Davidsche Untersuchung in das Wesen der Frage eindringt, als ihre sozialistischen Vorgänger. Schon dieser Umstand allein genügt, sie auch in den Augen derer zu legitimieren, die nicht allen Schlüssen folgen können, in die das Davidsche Buch ausläuft. Ganz frei von Tendenz ist es ja auch nicht. Es verteidigt eine bestimmte These, die Lebensfähigkeit und rein wirtschaftliche Lebensberechtigung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, mit einer ersichtlichen Voreingenommenheit, so dass ein Uebersehen oder Unterschätzen von Schattenseiten dieser Wirtschaftsform ziemlich nahe liegt. Aber das wären dann beiläufige Fehlgriffe, die das Wesentliche des Buches nicht berühren. Prinzipiell ist seine Methode unanfechtbar und in der sozialistischen Literatur unübertroffen. Mit ihm hat der Verfasser ein Werk geschaffen, das unseres Erachtens zu den bedeutendsten theoretischen Leistungen gehört, die der Sozialismus überhaupt zu verzeichnen hat. Man merkt es dem Buch auf Schritt und Tritt an, dass es das Produkt jahrelanger, sorgfältiger Studien ist. Nicht dass es etwa schwer zu lesen wäre. Es ist im Gegenteil ausserordentlich verständlich geschrieben, ein wahres Lehrbuch in Aufbau und Durchführung. Aber es ist dort eine gewaltige

Fülle von Wissensstoff in einer Weise verarbeitet, wie dies nur bei völliger Beherrschung des Gegenstandes möglich ist. In gewissem Sinne kann man sagen, dass dies Buch mehr als irgend eine andere sozialistische Publikation des letzten Jahrzehnts dasjenige verwirklicht, was vielen der als Kritiker des Marxismus aufgetretenen Sozialisten als zu lösende Aufgabe vorgeschwebt hat: Emanzipation von überlebten marxistischen Schlagworten unter Festhaltung der Errungenschaft der marxistischen Wissenschaftstheorie. Wir halten es in seiner Eigenschaft als vom sozialistischen Standpunkt aus geschriebene grundlegende Untersuchung der Beziehungen zwischen den Bedingungen und Formen des Landwirtschaftsbetriebs für geradezu epochemachend. Dies mag es rechtfertigen, wenn wir seiner Besprechung grösseren Raum gewidmet haben, als es sonst an dieser Stelle üblich ist.

Hirsch, Dr. Karl: **Die rechtliche Behandlung der Kartelle.** Jena, 1903. Gustav Fischer. 30 S. gr. 8°. Preis: 1 Mark.

In sehr gedrängter Darstellung, die den Verfasser als einen Mann von vielem Wissen und wenig Worten erscheinen lässt, werden in dieser Schrift zuerst Begriff, Zweck (Entstehungsgründe) und Wirkungen der Kartelle, sowie die Frage untersucht, ob die bestehende deutsche Gesetzgebung Mittel gegen die Gefahren und Nachteile der Kartelle biete. Auf die letztere Frage ist die Antwort, dass zwar einzelne Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und auch des Strafgesetzbuchs gegen Missbräuche der Kartelle anzuwenden wären, dass aber »keine der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine zuverlässige und ausreichende Handhabe gegen die Gefahren und Nachteile des Kartellwesens bietet.« (S. 11.) Demgemäss entwickelt der Verfasser schliesslich unter »Vorschläge« die Gesichtspunkte, wonach bürgerliches wie Strafrecht gegen diese Gefahren ausgerüstet werden könnten. Auch könnten nach dem Vorbild der Gewerbegerichte besondere Kartellgerichte gebildet werden, deren Zusammensetzung Sicherheit für sachkundige Behandlung der Klagepunkte böte. Dagegen sei der Vorschlag verwaltungsrechtlicher Regelung des Kartellwesens zu verwerfen. Er laufe auf eine Ausnahmegesetzgebung hinaus, wo dann die Gefahr drohe, dass man »per analogiam auch der Arbeiterschaft die Segnungen der verwaltungsrechtlichen Regelung nicht vorenthalten wolle und so aus dem Koalitionsrecht der Arbeiter eine Farce mache, die zum Beispiel dem zahmen Kartellinspektor einen gewiss minder zahmen Streikinspektor gegenüberstelle.« (S. 14.) Die wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Gegenwehr gegen die Kartelle fällt nicht in den Rahmen der Schrift.

Der Verfasser, der in der Vorbemerkung erklärt, dass »die Gedanken der Sozialdemokraten und Staatssozialisten — der Staat Herr aller Produktionsmittel — unerfüllt und unerfüllbar« sind, schliesst mit den Worten:

»Die Uebermacht des Kapitals über die Arbeit, die mit der Kartellierung besonders zum Ausdruck kommt, lässt sich aber auf dem Boden der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht beseitigen, und so kann auch das Ergebnis aller Massnahmen gegen die Kartelle nur eine Beschränkung ihrer Nachteile und Gefahren sein.«

Zu einer schnellen Orientierung über die Rechtsfrage der Kartelle ist die Schrift sehr geeignet.

Huber, Prof. F. C.: **Die Kartelle.** Ihre Bedeutung für die Sozial-, Zoll- und Wirtschaftspolitik. Erweiterte Ausgabe eines dem II. Württ. Handelskammertag erstatteten Referats. Stuttgart und Leipzig, 1903. Deutsche Verlagsanstalt. 163 S. 8°. Preis: 2 Mark.

Es steht nicht allzu viel von der Bedeutung der Kartelle für die Sozialpolitik in diesem Buch, und was es in dieser Hinsicht sagt, ist obendrein ziemlich widerspruchsvoll. Wie denn überhaupt der Widerspruch sich durch das ganze Buch zieht; vor lauter einschränkenden Sätzen, die das kurz vorher Gesagte manchmal geradezu aufheben, kommt der Leser nicht zu einem

leidlich festen Urteil. Es geht ihm, wie den Schülern mancher schwer gelehrten Philologen, die bei Entwickelung von syntaktischen Regeln gleich so viel erlaubte Ausnahmen mitentwickeln, dass ihr Publikum schliesslich nicht mehr weiss, ob auf die Ausnahmen oder auf die Regeln mehr Gewicht zu legen ist. So können wir aus dem Buch des Verfassers ebensoviel Stellen dafür anführen, dass die Kartelle den sogenannten Mittelstand schädigen, wie dafür, dass das Geschrei von der Mittelstandsschädigung vor der näheren Prüfung nicht bestehe, ihm ebensoviel Beweise dafür entnehmen, dass die Kartelle die Arbeiter schwer bedrohen, wie dafür, dass sich die Arbeiter bei den Kartellen besser stehen, wie ohne dieselben. Und ähnlich mit dem Einfluss der Kartelle auf die Gestaltung der Preise und die Lage der Konsumenten, mit der Frage der Preispolitik der Kartelle gegenüber dem Inland und Ausland, sowie der Frage der Gegenmassregeln wirtschafts- und spezifisch zollpolitischen, verwaltungsrechtlichen, civil- und strafrechtlichen Charakters. Ueberall stossen wir bald auf eine Fülle von Wenns und Abers, bald auf eine Auseinandersetzung, deren Endvers lautet: Es ginge wohl, aber es geht nicht.

Nun wird niemand behaupten wollen, dass sich die Frage der Kartelle kurzerhand und aprioristisch mit einem Ja ja oder Nein nein ein für allemal beantworten lässt, oder dass die hinsichtlich ihrer gemachten Erfahrungen als für die vielen hier in Betracht kommenden Fragen erschöpfend betrachtet werden können. Die Kartelle sind als Wirtschaftsorganismen Bastardgebilde, bei denen die freie Konkurrenz mit ihren Sicherheitsventilen erheblich reduziert, aber nicht völlig aufgehoben ist. Zeigt aber schon die freie Konkurrenz ein Doppelgesicht, um wieviel mehr die Kartelle, die halb nach der Seite der Konkurrenz, halb nach der des Monopols schielen und wirtschaftstheoretisch als Monopoloide bezeichnet werden könnten. Es fällt uns also nicht ein, dem Verfasser daraus einen Vorwurf zu machen, dass er das Pro und Kontra der Kartelle dem Leser gleichmässig vor Augen führt und gegeneinander eingehend abwägt. Dieser Aufgabe kann sich keiner entziehen, der sich mit dem Gegenstand beschäftigt. Was wir dagegen dem Buch vorzuwerfen haben, ist der Mangel an Systematik in Bezug auf die tieferen Gesichtspunkte des Problems, die wohl gelegentlich berührt, aber nicht methodisch entwickelt werden. Es bleibt im wesentlichen bei der symptomatischen Charakteristik stehen, während doch heute immerhin schon genügendes Material zu einer bis an die Wurzeln reichenden, die elementaren Triebkräfte und Lebensbedingungen blosslegenden Analyse vorliegt und vom Verfasser auch vorgeführt wird. Er zeigt sich mit Bezug auf das Tatsachenmaterial im ganzen wohlunterrichtet, lässt es auch an kritischen Streiflichtern zu dessen Beleuchtung nicht fehlen; wie wenig durchgearbeitet aber das Ganze ist, geht unter anderem daraus hervor, dass wiederholt Beispiele aus der Geschichte der Trusts und Fusionen für die Charakteristik der Entstehung und Wirkung der Kartelle herangezogen werden. Die erste Forderung, die wir heute jedoch an eine Abhandlung über die Kartelle zu stellen haben, ist eine strenge Auseinanderhaltung der unter diesen Begriff fallenden Schöpfungen von solchen, die ihnen bloss in der einen oder anderen Weise ähneln.

Der Standpunkt des Verfassers ist im wesentlichen ein den Kartellen freundlicher, der sich wiederholt in einer wahren Apologetik der Kartelle oder Syndikate äussert. Nun geht aber der Weg dieser interessanten Wirtschaftsgebilde über viele gewerbliche Leichen und gefährdet viele der Lichtseiten des bürgerlichen Wirtschaftslebens. Der Verfasser sieht das und ist ehrlich genug, es nicht zu verschweigen. Aber gleich darauf sucht er denn doch wieder nachzuweisen, dass das alles gar nicht so schlimm sei und dass die Kartelle die besagten Lichtseiten in modifizierter Form doch wieder aufkommen liessen; nur schade, dass die Beweise dafür noch recht dürftige sind und dass der oben erwähnte Mangel einer tiefergehenden Analyse die paar Hinweise jeder Ueberzeugungskraft beraubt. Bei den Erörterungen über die verschiedenen Mittel und Massnahmen gegen die Kartellausschreitungen weiss der Verfasser so viel Gegenargumente gegen die vorgeschlagenen Massnahmen vorzubringen, dass der Leser schliesslich

den Eindruck empfängt, es sei am weisesten, die Dinge gehen zu lassen, »wie's Gott gefällt«.

In Bezug auf allerhand Einzelheiten wohl lesenswert, lässt uns das Buch infolge der gerügten Mängel doch schliesslich unbefriedigt.

Schwiedland, Dr. E.: **Ziele und Wege einer Heimarbeitsgesetzgebung.** Zweite ergänzte Auflage. Wien, 1903. Manzsche Universitätsbuchhandlung. 349 S. 8°.

Diese zweite Auflage der vor etwa vier Jahren als Gutachten für das österreichische Handelsministerium veröffentlichten Schrift ist vom Verfasser sowohl in denjenigen Partieen, die sich mit den prinzipiellen Gesichtspunkten des Problems der Heimarbeit beschäftigen, als auch in Bezug auf die Vorführung und Erörterung einschlägiger Tatsachen aller Art gegen die erste Auflage ganz wesentlich erweitert worden. Es ist eine sehr verdienstvolle Arbeit. Eines der schwierigsten, verwickeltsten Probleme des modernen Wirtschaftslebens wird vom Verfasser in übersichtlicher Weise mit aussergewöhnlicher Sachkunde und scharfer Unterscheidungskraft abgehandelt. Als Angehöriger eines Landes (Oesterreich), dessen Wirtschaftskörper, wie er es ausdrückt, »wie der keines anderen Landes hausindustriell durchsetzt — man könne angesichts der Tatsachen leider fast sagen »hausindustriell durchseucht« ist« (S. 68) — zeigt er ein Verständnis für die Lebens- oder Züchtungsbedingungen und Formen der Heimarbeit, dem wohl kaum eine selbst der verkleideten Formen dieses vielgestaltigen Wirtschaftszweiges entgangen ist. Der einleitende Teil der Schrift, der auf verhältnismässig knappem Raum die Vorgeschichte, das Aufkommen, Begriff, Wesen, Formen, Bedingungen und Wirkungen der gewerblichen Heimarbeit schildert, lässt an Genauigkeit und Vollständigkeit wenig zu wünschen übrig. Der eigentliche Gegenstand der Schrift, die Frage der Mittel zur Regelung der Heimarbeit, worunter auch die Frage einbegriffen ist, ob, inwieweit und durch welche Mittel die Heimarbeit etwa zu beseitigen wäre, wird vom Verfasser an der Hand der in den verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen in zwölf Kapiteln sehr eingehend untersucht. Ein allgemeines Verbot der Heimarbeit bezw. der Zwischenmeisterei, erklärt der Verfasser, und jeder nur einigermassen Unterrichtete wird ihm darin beistimmen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen für undurchführbar und auch sonst undiskutierbar, aber auch einem Verbot der Heimarbeit für bestimmte Industrieen steht er, wo es sich nicht um Arbeiten handelt, die wegen der Natur des Materials etc. ernsthaft gesundheitsgefährlich sind, ziemlich skeptisch gegenüber. So kann es sich in der Hauptsache nur darum handeln, durch eine Reihe geeigneter Mittel teils die Geschäftswelt und die Arbeiter von der Heimarbeit systematisch abzulenken, teils durch Ausdehnung der Fabrik-, Sanitäts- und Versicherungsgesetze auf die Heimarbeit den lohndrückenden und sonstigen verderblichen Tendenzen dieser entgegenzuwirken. In der Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgesetze auf die Heimarbeiter erblickt der Verfasser eine der Handhaben, mindestens gewisse Gruppen dieser sonst so schwer zu gemeinsamem Vorgehen zu bewegenden Klasse gewerkschaftlich zu organisieren. Andere Mittel, den Heimarbeitern zu helfen, sind die Organisierung von Centralwerkstätten oder auch von Werkgenossenschaften (letzteres besonders da, wo bestimmte Heimarbeiten in Gemeinden oder Distrikten lokalisiert sind), die Einführung von Abzeichen (Marken) für von Heimarbeitern auf der einen Seite und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf der anderen Seite verfertigte Waren, die Festsetzung von verbindlichen Mindestlöhnen für Kontrakt- (Lieferungs-) Arbeiten oder auch generell für Heimarbeiter u. dergl. mehr. Es sind das alles keine grundsätzlich neuen Gedanken, aber in der Art, wie der Verfasser sie auffasst und unter Berufung auf die Erfahrungen der Praxis ihre Realisierbarkeit darlegt, liegt viel eigenes Denken; es wird wenige Bücher über den gleichen Gegenstand geben, die bei gleicher Vollständigkeit die Sache so tief auffassen, wie der Verfasser. Sein Standpunkt ist nicht der sozialdemokratische, im Gegenteil sehen wir den Verfasser an einigen Stellen

gegen Sozialdemokraten polemisieren, aber der theoretische Gesichtspunkt, unter dem er das Problem der Heimarbeit auffasst, ist doch ein dem sozialistischen sehr verwandter, ohne Voreingenommenheit durch irgend welchen Romanticismus stellt er das Produkt der höchsten Wirtschaftlichkeit der Arbeit in den Vordergrund. Dass es in der Wirklichkeit des täglichen Lebens durch allerhand andere Kräfte oder Motive durchkreuzt wird, ist ihm dabei wohlbekannt. Er hebt die Schwierigkeiten treffend hervor, die überlieferte Gewohnheiten und sonstige Gefühlsmomente der Beseitigung der Heimarbeit in den Weg legen. Aber wenn der Sozialpolitiker solche Gefühlsmomente auch nicht übersehen darf, so darf er doch prinzipiell nur vom Gesichtspunkt der höchsten Wirtschaftlichkeit, des höchsten Verhältnisses zwischen Arbeitsertrag und Arbeitsaufwand ausgehen; sobald er sich von ihm ablenken lässt, verliert er jeden festen Boden unter den Füssen und wird ein Opfer haltlosen Schwankens. Die Ausnahmen vom Wirtschaftsprinzip sind nicht zu vermeiden, weil der Mensch nicht vom Brot allein lebt, aber sie müssen als Ausnahmen erkannt und behandelt werden.

Vermisst haben wir in dem Buch eine eingehendere Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten, der Heimarbeit mittels der Schule entgegenzuwirken. Und, ob sie nun dem Verfasser selbst zuzuschreiben ist oder vor ihm schon von anderen gemacht wurde, die Wortbildung »verlegte Arbeiter« für von Verlegern beschäftigte Arbeiter dünkt uns so grässlich, dass wir nicht umhin können, gegen sie und einige ähnliche Konstruktionen feierlich Verwahrung einzulegen.

* * * **Der Umsturz im Reichstage.** Eine Darstellung der Kämpfe um den Zolltarif nach dem amtlichen Stenogramm. Mit einer tabellarischen Uebersicht der wichtigsten Abstimmungen. Berlin, 1903. Buchhandlung Vorwärts. Preis: 20 Pf.

Schildert in kräftigen Strichen die Kämpfe, welche die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags im Laufe des Jahres 1902 gegen die agrarisch-schutzzöllnerische Mehrheit des Reichstags führte, und die Vergewaltigungen der Geschäftsordnung des Reichstags durch diese Koalition.

2. In französischer Sprache.

Cornelissen, Christian: **Theorie de la Valeur.** Réfutation des Théories de Rodbertus, Karl Marx, Stanley Jevons et Böhm-Bawerk. Paris 1903. Schleicher Frères. 413 S. 8°. Preis: 4 Francs.

»In dem vorliegenden Werke«, heisst es im Vorwort des Verfassers, »untersuchen wir die Frage des materiellen Wohlstandes der Menschen und prüfen wir im besonderen den Wert der Güter; von da aus werden wir weiter die Gesetze untersuchen, welche in der gegenwärtigen Gesellschaft das Lohnsystem, das Kapital und die Kapitalanhäufung, die Grundrente u. s. w. beherrschen.« (S. VII.) Wir haben es also in dieser ziemlich umfangreichen Abhandlung über die Werttheorie mit der Einleitung zu einem ganzen System der politischen Oekonomie zu tun. »Ich bekenne mich«, heisst es weiterhin, »zur materialistischen Geschichtsauffassung, indem ich mich auf den evolutionistischen Standpunkt stelle, der seit dem 18. Jahrhundert immer mehr die Geister durchdringt; ich meine somit, dass die materiellen Daseinsbedingungen der Menschheit die wirklichen Grundlagen alles moralischen, geistigen und politischen Lebens der Völker bilden und dass dieses seinerseits auf die ersteren zurückwirkt. Daher nimmt der Zweig der Wissenschaft, der sich auf die Untersuchung der Gesetze dieser materiellen Existenz bezieht, meines Erachtens mit einen der ersten Plätze ein, wenn es wahr ist, dass man von Rangstellungen unter den Wissenschaften sprechen kann.« (S. VIII.)

Der Ausgang dieses Satzstückes könnte als kennzeichnend für die Psychologie dieses Buches gelten. Was hat der mit »Wenn es wahr ist«

beginnende Nachsatz für einen Sinn? Er ist entweder selbst blosses Gerede oder er stempelt seinen Vordersatz zum blossen Gerede. Und wie hier im kleinen ein nichtssagender Nachsatz eine Sentenz zwecklos ins breite zieht, so im grossen, bei den substantiellen Ausführungen des Buches, auf Schritt und Tritt. Dinge, über die nachgerade so ziemlich die ganze Fachwelt einig ist, werden in ermüdendster Breite behandelt, und die, wie anerkannt werden muss, grundsätzlich durchaus systematisch aufgebaute Entwickelung wird in der Ausführung durch sehr unsystematische Betrachtungen und Einflechtungen immer wieder unterbrochen, so dass es oft zweifelhaft wird, worauf der Verfasser eigentlich hinaus will.

Die Frage des ökonomischen Werts ist in hohem Grade eine Definitionsfrage, d. h. sie wird präjudiziert durch die Definition, die wir dem Begriff Wert geben. Man kann darauf erwidern, dass dies bei jeder Frage zutreffe; indes nicht über jeden Begriff gehen die Definitionen so weit auseinander, wie beim Werte. Dem einen kommt es, wenn er den ökonomischen Wert eines Gegenstandes zu bestimmen oder die bestimmenden Faktoren des ökonomischen Werts im allgemeinen zu ermitteln sucht, auf das Finden einer Wertsubstanz an, die unabhängig von den Zufälligkeiten des Marktes, den wechselnden Konstellationen von Angebot und Nachfrage, sich durchsetzt. Mit dieser Wertvorstellung landet er notgedrungen bei den Anschaffungs- bezw. Herstellungskosten und schliesslich bei der menschlichen Arbeit als d e m wertbestimmenden Faktor. Sucht man aber nach dem Wert, der jedesmal in einem bestimmten Moment die genaue Preishöhe für die auf dem Markt ausgebotenen oder verlangten Güter bestimmt, so führt dies ebenso naturgemäss zu Angebot und Nachfrage und bei tieferer Analyse dieser zu einem subjektivistischen Wertbegriff als höchste, wenn auch nicht einzige Wertinstanz. Wenn die Kritiker der subjektivistischen Werttheorieen, darunter auch der Verfasser der vorliegenden Schrift, es als einen sie verurteilenden inneren Widerspruch dieser bezeichnen, dass sie an irgend einem Punkt auf die Produktionskosten bezw. die Arbeit als bestimmenden Faktor zurückgreifen, so beweisen sie damit nur, dass sie nicht begreifen, um was es sich bei diesen Theorieen tatsächlich handelt. Die Herstellungskosten bezw. die Arbeit stehen, wenige Fälle ausgenommen, regulierend oder kontrollierend hinter dem Angebot, das wird kein Oekonom ignorieren, wie es keinem zurechnungsfähigen Menschen unbekannt ist. Aber ohne Nachfrage oder Käufer gibt es keinen »Wert«, denn wenn ich etwas verkaufe, so bestimmt mich dazu nicht der Gegenstand, den ich verkaufe, sondern der Gegenstand, den ich dafür erlangen will; er ist es, dessen Wert für mich den Handel entscheidet. Das ist das typische Schema jedes Güteraustausches, mag auch zehnmal heute, wo wir nicht mehr tauschen, sondern kaufen und verkaufen, sich die Sache so machen, dass der Verkäufer den Preis fixiert und nun wartet, ob und wieviel Käufer sich für den Artikel finden. Das Gesetz, das für den typischen Fall gelten würde, setzt sich bei den übertragenen Formen dann nur in anderer Weise durch, z. B. da, wo die Verkäufer den Preis normieren, zunächst bei der Menge des Absatzes. Setzen die Verkäufer für eine Ware, die sie im Quantum x auf den Markt bringen, den Preis a fest, die Masse der möglichen Käufer findet aber, dass die Ware ihnen nicht a wert ist, so fällt damit nicht sofort der Preis, aber die Ware wird einfach nicht verkauft, um schliesslich sprungweise im Preis herabgesetzt zu werden. Wie viel war sie nun wirklich »wert«? Die in ihr steckende Arbeit repräsentiert ihren Arbeitswert, darüber wird kein Streit sein, nur bleibt es eine noch zu lösende Frage, wie der Arbeitswert zu bestimmen ist, aber der Arbeitswert ist nicht der Marktwert, und er ist auch schliesslich nicht der Tauschwert. Er ist ein Wertfaktor, aber nicht der »Wert«.

»Für die zwei grossen Gruppen von Oekonomen«, heisst es, immer noch im Vorwort, beim Verfasser, »die sich in unseren Tagen um den ersten Platz streiten: die *Arbeitswerttheorie* — die objektivistische Doktrin — und die »*Nutzwert*«-*Theorie* — die subjektivistische Strömung — ist die ökonomische Wissenschaft zu sehr eine Wissenschaft von Abstraktionen und der Metaphysik gewesen«. (S. IX.) Wir wollen von der Stilungeheuerlichkeit

absehen, die das Subjekt des Satzes im Handumdrehen aus Personen in die von ihnen vertretene Sache verwandelt, der Sache nach sagt der Satz etwas, was zwar einen Kern von Wahrheit enthält und denn auch schon von anderen Leuten festgestellt worden ist, aber leicht wieder irreführen kann. Zuviel Abstraktion und zu sehr metaphysisch ist sicher vom Uebel. Aber ohne Abstraktion und damit auch ohne Metaphysik gibt es keine Theorie, sondern nur grobe Empirie. Will man keine Metaphysik, so darf man überhaupt nicht von Wert schlechtweg sprechen, denn ein Wert ohne ganz bestimmte Beziehung ist ein metaphysischer Begriff. Diese metaphysische Natur des Wertbegriffs nicht scharf genug hervorgehoben, die Scheidung zwischen ihm und den empirischen Werterscheinungen nicht streng genug durchgeführt zu haben, das ist der mit Recht den meisten bisherigen Werttheoretikern zu machende Vorwurf, von dem auch Marx trotz seiner grossen Verdienste um die realistischere Behandlung des Wertproblems nicht freizusprechen ist. Hier, in der konsequent durchgeführten Scheidung der empirischen Werterscheinungen von der Metaphysik des Werts liegt die Vorbedingung für die erspriessliche Erledigung des Streites um den »Wert«.

Es ist ein Verdienst der vorliegenden Schrift, dass sie, wenn auch nicht in gleicherMotivierung und mit genügend präziser Betonung, so doch der Sache nach die Wertfrage durchweg in diesem Sinne zu behandeln strebt. Der Verfasser schickt ihr eine kurze Zusammenstellung seiner Definitionen voraus, wo von »Wert« überhaupt nicht die Rede ist, sondern nur von Gebrauchswert, Produktionswert und Tauschwert, diese Begriffe selbst aber wiederum in persönlichen Gebrauchswert und sozialen Gebrauchswert, subjektiven oder individuellen Produktionswert und objektiven oder sozialen Produktions- und subjektiven oder persönlichen Tauschwert und objektiven oder sozialen Tauschwert aufgelöst werden. Diese Unterscheidung ist in sich nicht neu, und es kann dem Verfasser mit Bezug auf diesen, wie auf viele andere Punkte der Vorwurf nicht erspart werden, dass er etwas gar zu gern als Neuerer oder Bahnbrecher auftritt, wo er längst gebahnte Wege geht. Der ziemlich anspruchsvolle Untertitel seines Buches: »Widerlegung der Theorieen von Rodbertus, Karl Marx, Stanley Jevons und Böhm-Bawerk«, d. h. der Theorieen der Männer von grösstem Ruf in der Welt der Oekonomen, wird in dieser Hinsicht im Buch nicht Lügen gestraft. Der muss in der Tat keine geringe Meinung von sich haben, der so als David der Goliaths beider Lager der Werttheoretiker vor uns tritt. Sieht man aber z. B. die Argumente näher an, mit denen der Verfasser die Marxsche Theorie widerlegt, so wird man kein einziges darunter finden, das nicht teils schon von den Vertretern der subjektiven oder Nutzwerttheorie, teils sogar aus dem eigenen Lager der Marxschen Schule geltend gemacht worden wäre, und ähnlich vice versa. Der Verfasser hat faktisch nur Gedankenmaterial, das jedem, der sich in der ökonomischen Literatur umsieht, sehr reichlich und in oft sehr guter Durcharbeitung dargeboten wird (man vergleiche nur den kurzen und doch so inhaltsreichen Abschnitt vom Wert in Philippovichs Grundriss der politischen Oekonomie) in seiner Weise verarbeitet. Das ist selbstverständlich an sich noch kein Vorwurf. Aber es rechtfertigt den Anspruch nicht, der aus dem Untertitel zu uns spricht und im Buch selbst implicite noch gesteigert wird.

Zudem sind die »Widerlegungen« des Verfassers keineswegs immer unanfechtbar. Wenn der Verfasser z. B. auf S. 122 von Marx sagt, er suche den Leser zu überzeugen, dass im Tauschprozess »nicht nur vom spezifischen Gebrauchswert der Waren, sondern auch von ihrem allgemeinen Gebrauchswert abstrahiert werde«, so ist das, wie jeder weiss, der nur einigermassen die Marxsche Werttheorie kennt, eine krasse Unrichtigkeit. Nicht »Marx gibt uns hier eine Theorie, deren Falschheit in die Augen springt«, sondern der Verfasser stellt hier eine Behauptung auf, die auf eine Fälschung der Marxschen Theorie hinausläuft. Einige Seiten später wirft er der »engen Arbeitswerttheorie« vor, dass sie »nur die gegenwärtige Arbeit als Schöpfer des neuen Werts be-

trachtet« (S. 125), was in dieser absoluten Form ganz unrichtig ist, von ihm auch gleich darauf dahin eingeschränkt wird, dass die Arbeitswerttheorie immerhin soviel alten Wert in das neue Produkt eingehen lässt, als vergangene Arbeit in Form von Werkzeugabnutzung etc. dabei aufgebraucht wird. Worauf alsdann eine Seite später erklärt wird, dass Marx erst im dritten Band »Kapital« das Fundamentalprinzip des modernen Tausches — dass nämlich, wo Waren gleichzeitig unter verschiedenen Produktionsbedingungen erzeugt werden, bei verschiedenem Verhältnis der Produktionsbedingungen sehr verschiedene Normen für das Verhältnis von Preis und Arbeitsaufwand stattfinden — für die landwirtschaftlichen Produkte entwickelt, und dass seine »Grundrententheorie wie seine ganze, in diesem Band entwickelte Tauschtheorie in eigenartigem, aber entscheidendem Widerspruch steht mit der Arbeitswerttheorie, die der erste Band enthält«. (S. 126.) Dass die Tauschtheorie des dritten Bandes bei Marx ganz anders aussieht, als die des ersten, ist unbestritten, wird selbst der orthodoxeste Marxist nicht leugnen, und sagt auch noch nichts gegen die Marxsche Theorie. Ihre Widerlegung erfordert vielmehr den Nachweis, dass entweder der innere Zusammenhang zwischen der Arbeitswerttheorie des ersten Bandes und der Tauschlehre, wie sie bei Marx im dritten Band entwickelt wird, nicht besteht oder dass er zwar besteht, aber dass die Tauschlehre prinzipiell falsch ist, oder dass weder der Zusammenhang besteht, noch die Tauschlehre richtig ist. Von alledem finden wir in dieser Deduktion kein Wort, vielmehr spielt der Verfasser sie alsbald auf das politisch Tendenziöse hinüber und drückt seine Verwunderung darüber aus, dass die enge Arbeitswerttheorie der Rodbertus und Karl Marx von kommunistischer Seite nicht entschiedener bekämpft worden sei. »Man fragt sich mit wahrer Verblüfftheit, wie es möglich war, dass der erste Band des Marxschen *Kapital* zuweilen sogar als die Bibel der sozialistisch-kommunistischen Theorie betrachtet werden konnte«. Da es nicht die menschliche Arbeit allein, sondern auch die Naturfaktoren sind, deren Mitwirkung die menschlichen Reichtümer schafft, liege hierin das stärkste Motiv für die Verurteilung der kapitalistischen Ordnung. In Fortführung dieses Gedankens zitiert der Verfasser in einer Note einen Satz aus Böhm-Bawerk »Kapital und Kapitalzins«, wo von der Notwendigkeit gesprochen wird, die in Naturschätzen etc. aufgespeicherte Arbeit wirtschaftlich zu verwenden, und sagt: »Die kommunistischen Folgerungen, die aus diesen Prämissen hinsichtlich der natürlichen Kohlenlager und aller anderen Gaben der Natur logisch folgen, von denen der Verfasser hier spricht, hat Herr Böhm-Bawerk nicht zu ziehen verstanden. Wir haben uns die Freiheit genommen, sie für ihn zu ziehen.« (S. 128.) Ganz abgesehen davon, dass die Folgerung hier rein naturrechtlich-ethisch und nicht ökonomisch gezogen wird, denn es wäre für letzteres erst zu beweisen, dass der Kommunismus eine grössere Wirtschaftlichkeit hinsichtlich der Verwendung der Naturschätze bedeutet, als der Kapitalismus, ist auch diese ganze Ableitung des Sozialismus oder Kommunismus aus dem Phänomen der Rente — denn darauf läuft die Deduktion hinaus — nicht einmal neu, sondern in sehr viel schärferer Form von den Fabianern in England vorgenommen worden, die bekanntlich Anhänger der Jevonsschen Grenznutzentheorie sind. Und wir können unmöglich annehmen, dass dem Verfasser, der die internationale sozialistische Literatur einigermassen kennt, dies unbekannt geblieben sein sollte. Warum spricht er davon mit keinem Wort? Warum erfährt man überhaupt bei ihm kein Wort von den Kontroversen in der neueren sozialistischen Literatur über die behandelten Streitpunkte, während man nicht bloss an dieser Stelle bei ihm auf Spuren stösst, die Kenntnis und Benutzung dieser Literatur verraten?

Wir mussten diesen Punkt hier berühren, weil es festzustellen gilt, welche Bereicherung das vorstehende Buch der theoretischen Erkenntnis bringt. Wir können es unmöglich so hoch einschätzen, wie sein Verfasser, denn es ist weit mehr Ausmünzung schon vorhandenen Gutes, was er darbietet, als wirklich neuer Wissensschatz. Und dabei ist, wie wir gesehen haben, das Dargebotene keineswegs immer auf der Höhe der Erkenntnis

oder auch nur korrekt. Dennoch darf man das Buch nicht als verdienstlos bezeichnen. Es ist im ganzen doch ein Produkt redlichen Strebens. Der Verfasser kritisiert zwar die Theorieen, die er befehdet, oft falsch, aber entwickelt doch dabei die Sache, um die es sich handelt, richtig. Es zeigt sich dies namentlich in den späteren Partieen seines Buches, auf die wir hier nicht mehr eingehen können. Dort finden sich wirklich fruchtbare Entwickelungen, Partieen, die auf volle Beachtung Anspruch haben. Aber dem Ganzen mangelt die Einheitlichkeit; es ist eine Zusammenstellung von teilweise recht brauchbarem Material für eine Werttheorie, aber eine eigene Werttheorie oder ein durchgearbeitetes System der Wertbegriffe ist es nicht.

3. In englischer Sprache.

King, Bolton, M. A.: **Mazzini.** (The Temple Biographies). London, 1902. J. M. Dent & Co. 380 S. 8°. Preis: 6 sh.

Von allen politischen Flüchtlingen, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts England als Asyl aufgesucht haben, hat kaum einer so starke und nachhaltige Sympathieen beim englischen Volk auf sich vereint, wie Giuseppe Mazzini. Kossuth und Garibaldi waren in England die Gegenstände von Ovationen, wie sie in auch nur annähernd gleicher Grossartigkeit und Begeisterung Mazzini niemals zu teil wurden, aber ihr Erscheinen im öffentlichen Leben Englands war das von Meteoren; Victor Hugo und Ledru Rollin blieben zu spezifisch französisch, um dem englischen Volk überhaupt näher zu treten, Louis Blanc zu prosaisch, um es lebhafter zu interessieren, Karl Marx zu sehr Theoretiker, um von ihm begriffen zu werden. Auch nahm Marx gegenüber den nationalen Bewegungen des Festlandes, die in der englischen Demokratie lebhaftere Teilnahme erweckten, in der Regel einen Standpunkt ein, der ihn in Gegensatz mit dieser brachte. In der englischen Arbeiterdemokratie hat mit der Zeit nun auch der Name Marx einen guten Klang erhalten, aber ins Gemüt ist er den englischen Arbeitern noch nicht gedrungen. Man bringt ihm grosse Achtung entgegen, aber mehr wie einem abstrakten Begriff; er erweckt keine wärmeren Empfindungen. Das letztere trifft aber selbst heute noch von dem so viel früher als Marx verstorbenen Mazzini zu. Die Erklärung dafür ist in der Tatsache zu suchen, dass Mazzini als Angehöriger des Landes der Sehnsucht aller Engländer, als Nationalpatriot und Verschwörer grösseren Stils von vornherein das Interesse des breiten Publikums erregen musste, und dass zweitens er, der glühende Patriot, sich wirklich in das englische Denken und Fühlen hineinzuleben verstanden hat, wie selten ein Ausländer, der nicht seine Nationalität ganz aufgibt. Er war, ohne deshalb ein oberflächlicher Denker zu sein, als Politiker das, was Marx Vulgärdemokrat zu nennen pflegte, und die Vulgärdemokratie beherrschte in der Hauptzeit seines Aufenthalts in England in gewissen, prinzipiell nicht sehr tief gehenden Abtönungen das ganze fortschrittlich und radikal gesinnte England. So konnte der Freihandelsbourgeois ebensogut sich für ihn erwärmen, wie der mehr oder weniger instinktiv sozialistisch gesinnte Demokrat. Zum Sozialismus nahm Mazzini eine Mittelstellung ein. Er bekämpfte den Sozialismus, wie er ihm Ende der sechziger Jahre in der Internationale entgegentrat, wobei man aber nicht vergessen darf, dass die Internationale in Italien schon früh eine bakunistische Färbung angenommen hatte; es war Bakunin, der als Anwalt der Internationale Mazzini bekämpfte. Mazzinis soziales Programm war eine Mischung von demokratischem Staatssozialismus mit Genossenschaftlerei, wie sie in jener Epoche verstanden wurde; man könnte sagen, ein radikal gefärbter Schulze-Delitzschianismus, getragen von einer starr festgehaltenen republikanischen Gesinnung und einem festen Glauben an die grosse Zukunft der Arbeiterklasse. »Die Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse unserer Städte«, schrieb er gegen Ende seines Lebens, »datiert jetzt mehr als hundert Jahre zurück; sie marschiert langsam, aber hartnäckig ihres Weges, schreitet von Jahrzehnt zu Jahrzehnt nach einem

Gesetz steigender Geschwindigkeit vorwärts, hat in den letzten zwanzig Jahren allen sichtbar an Intensität und Ausbreitung zugenommen und erwirbt in ihrem Fortgang wirkliche Kraft und Selbstbewusstsein.« Sie führe »zu einer grossen Revolution, ein von der Vorsehung gegebener Antrieb, der nie mehr zurückweichen werde, bis er sein Ziel erreicht habe«. (S. 285.) Aus diesen und anderen Stellen seiner Schriften ersieht man, dass Mazzini der Arbeiterbewegung, wie sie sich seit den Tagen der Internationale entwickelt hat, immerhin ein gewisses Verständnis entgegenbrachte und dass bei seinen Konflikten mit den Sozialisten der Epoche Missverständnisse oder Gegnerschaften in Bezug auf Fragen eine grosse Rolle spielen, die mit dem Sozialismus keinen notwendigen oder unlösbaren Zusammenhang haben. Nicht mit Unrecht schreibt daher sein Biograph, dessen Werk uns vorliegt: »Wir können auch viel von seinen Angriffen auf den ökonomischen Inhalt des Kollektivismus unbeachtet lassen, den er nie wirklich verstand. Es ist vielmehr am Platze, eine grössere Kenntnis des modernen Sozialismus zu Grunde zu legen, als er sie besass, und zu sehen, wie er im Wesen der Sache zu ihm stand. Er hatte nicht wenige Ideen mit der marxistischen Richtung gemein.« Wie sehr dies zutrifft, mag folgende Stelle aus einer Polemik Mazzinis gegen französische Sozialisten der vierziger Jahre zeigen, die auf die englischen Chartisten geringschätzig herabblickten: »Der letzte von denjenigen, die ihr politische Agitatoren nennt, wird immer noch mehr Einfluss auf das Volk haben, als alle neue Utopieen. Denn auf dem Grunde jeder politischen Frage findet das Volk wenigstens einen Schimmer von etwas, das an seine Seele appelliert, ihm Selbstbewusstsein verleiht und seine mit Füssen getretene Würde hebt.«

Wie man aus dem Vorstehenden ersieht, steht Mr. Bolton King dem Helden seines Buches, so hoch er ihn auch als Menschen und Kämpfer einschätzt, keineswegs als kritikloser Bewunderer gegenüber. Auch die Handlungen Mazzinis, sein Verhalten in den verschiedenen Stadien der nationalen Erhebung Italiens, für die der leidenschaftliche, opferbereite Genueser so viel getan, werden je nachdem freimütig kritisiert, und der Verfasser hat als Historiker der nationalen Erhebung Italiens die Materialien für ein sachgemässes Urteil reichlich zur Hand, ohne deshalb den Leser durch Ueberschüttung mit Details zu ermüden. Vielmehr zeigt er seine Beherrschung des Stoffs durch sehr diskrete Verwendung der Einzelheiten. Es ist ein formell wie inhaltlich wohlgelungenes Buch, mit dem der Dentsche Verlag seine Serie von Biographieen solcher Persönlichkeiten einleitet, die in der Geschichte sowohl als Förderer der Sache ihrer Nation und der Menschheit, wie als C h a r a k t e r e sich ausgezeichnet haben. Mit einfacher Vornehmheit ausgestattet, atmet es auch innerlich einen vornehmen Geist. Es ist mit Wärme geschrieben, die nie in Deklamation ausartet, mit Kraft des Urteils, die nirgends zur Vergewaltigung wird, mit Sachkenntnis, die sich von Pedanterie freizuhalten weiss. Selbst Fragen, die dem Gegenstand des Buches ferner liegen, wie die marxistische Doktrin, werden vom Verfasser mit einer, in England nicht gerade häufigen Sachkenntnis erörtert, womit nicht gesagt sein soll, dass der Verfasser den Marxismus bis auf den letzten I-Punkt richtig beurteilt. Aber er hebt doch die Kernfrage richtig hervor und hält sich in der Kritik von aller kleinlichen Absprecherei frei. Sein Buch führt uns eine Zeit und eine Bewegung vor, für die der lebenden Generation das Verständnis zum guten Teil verloren gegangen ist. Wenn ihre Helden einst überschätzt wurden, so werden sie heute vielfach unterschätzt. Und doch können wir, die wir so klug sind, noch mancherlei von ihnen lernen. Das hat uns das vorliegende Buch wieder einmal klar gemacht.

Jones, J. Ernest: **The case for Progressive Imperialism.** London, 1902. Selbstverlag des Verfassers. 24 S. 8°. Preis: 1 Penny.

Eine vom Verfasser »dem berühmten Fabianertrio: Hubert Bland, G. Bernard Shaw und Sidney Webb ohne deren Autorisation gewidmete« Flugschrift, die die Sache eines fortschrittlichen Imperialismus program-

matisch entwickeln will, tatsächlich aber sich wie eine Parodie auf die Schriften der Genannten wider die Uebertreibungen der sogenannten Klein-englandleute liest. Ob sie als solche Parodie beabsichtigt oder nur das Produkt eines Enthusiasten des britischen Imperialismus ist, dem der Verstand mit dem Herzen durchgegangen ist, jedenfalls ist sie nicht ernst zu nehmen. Wie auf dem Titel bemerkt wird, ist der Verfasser Mitglied der Fabianer-Gesellschaft und der Unabhängigen Arbeiterpartei und Verfasser einer Schrift über die Politik und Kampfmethode der letztgenannten Organisation.

The General **Federation of Trade Unions.** Fourteenth quarterly Report. December 1902. London E. C. 1902. Office of the General Federation of Trade Unions, 168 & 170 Temple Chambers, Temple Avenue.

Der vierzehnte Vierteljahresbericht des allgemeinen englischen Gewerkschaftsbunds enthält eine Reihe wichtiger Mitteilungen in Bezug auf Massnahmen zur Bekämpfung des die Gewerkschaften bedrohenden Rechtszustandes, der durch die neueren Gerichtserkenntnisse geschaffen ist. Ausserdem Artikel über die *Arbeitslosenfrage* (von Percy Alden, dem Leiter des Mansfield Instituts im äussersten Osten Londons), *Die Zukunft des Ausschusses für Arbeitervertretung* (von J. R. Macdonald, Sekretär des genannten Ausschusses), *Unorganisierte Arbeit in Russland* (von einem russischen Arbeiter) und *Das Nomadenelement im Gewerkschaftsleben* (von S. Masterson, Hilfssekretär des Eisengiesserverbands). Der Gewerkschaftsbund konnte im Berichtsquartal seinen Kassenbestand um rund 2500 Pfd. Sterling vermehren und sein Gesamtvermögen damit auf rund 75 000 Pfd. Sterling bringen. Er ist in der Lage gewesen, einen heftigen Konflikt in der Schlossereiindustrie von Wolverhampton und Willenhall, der zwischen 1600 und 2000 Arbeiter zum Ausstand brachte, durch Vermittelung seiner Beamten zu einem ehrenvollen Abschluss zu bringen bezw. die Bildung eines zu gleichen Teilen aus Vertretern der Unternehmer und der organisierten Arbeiter zusammengesetzten ständigen Lohnausschusses herbeizuführen, dem alle streitigen Lohnfragen vorgelegt werden sollen.

4. In magyarischer Sprache.

Csizmadia Sándor: Küzdelem. Ujabb versek (Alexander Csizmadia. Kampf. Neuere Gedichte.) Buchschmuck von Alex. Nagy. Budapest, Verlag der Népsava-Buchhandlung, 1903. (160.) 12°.

Der erste Band Csizmadiascher Gedichte ist vor sechs Jahren erschienen, ohne tiefgehende Spuren zu hinterlassen. Damals war Csizmadia Landarbeiter, Pflug und Sichel waren seine Werkzeuge. Aber in dem Masse, in welchem er vom einfachen Taglöhner zum Redakteur an dem Centralorgan der ungarischen sozialistischen Partei emporstieg, wuchsen auch die Schwingen des Dichters, und heute ist das Erscheinen dieser »neueren Gedichte« ein Ereignis in der ungarischen Arbeiterbewegung.

Csizmadia ist nicht der erste Dichter, der aus dem Proletariat in die Reihen der geistig Schaffenden emporsteigend, sein Genie diesem selben Proletariat leuchten lässt. Solcher gibt es heute nicht wenige und in allen Ländern, welche eine proletarische Klassenbewegung aufweisen. Aber er ist unseres Wissens der erste und einzige, der dem landwirtschaftlichen Proletariat entspross, selbst Landarbeiter war und in seiner gesamten Entwickelung rein denselben äusseren Einflüssen ausgesetzt war, die von manchen heute als der Hervorbringung und der Verbreitung der Ideen des Sozialismus durchaus ungünstig hingestellt werden.

Es ist hier nicht am Platze, eine Diskussion über diese Frage vom Zaune zu brechen. Aber es soll in den Dokumenten des Sozialismus dies wichtige Dokument nicht fehlen: das landwirtschaftliche Proletariat hat

seinen sozialistischen Dichter hervorgebracht. Ob dabei die das allgemeine Gesetz der gesellschaftlichen Entwickelung durchbrechenden Gesetze des Genies wirkend waren, oder ob Csizmadias Gedichte ein simpler Teil des »Ueberbaues« sind, soll hier nicht erörtert werden.

Doch ein Dichter, ein Künstler ist er ohne Zweifel. Das ist nicht das vielleicht befangene Urteil des Prinzipiengenossen, des Mitkämpfers in der Sache, der Csizmadias Poesie auch dient; das Verhalten der magyarischen bürgerlichen Presse dem Buche gegenüber erbringt den Beweis für sein Künstlertum.

Während auf der einen Seite ein verlegenes Schweigen beobachtet wird, hat sich der bessere Teil, die literarischen Zeitschriften und der winzige, dem ausschweifendsten Chauvinismus und der weitgehendsten Sozialistentöterei in geringerem Masse ergebene Bruchteil der Tagespresse beeilt, dem Gedichtband gerecht zu werden. Es versteht sich von selbst, dass sie sich erst nach langen Auseinandersetzungen über Berechtigung der »Tendenzpoesie« zu der Konzession verstanden haben, dass den Csizmadiaschen Dichtungen der künstlerische Wert nicht nur nicht abgesprochen werden könne, sondern dass ihnen ein ganz hervorragender Platz in der magyarischen Poesie, der hervorragendste in der modernen magyarischen Poesie gebühre.

Es erschien uns notwendig, durch die Anführung dieses Urteils der magyarischen bürgerlichen Kritik für die des Magyarischen unkundigen Leser dieser Zeilen den Nachweis zu erbringen, dass neben Ada Negri und anderen die Galerie der sozialistischen Dichter ohne Csizmadia unvollständig wäre.

Dies war um so mehr notwendig, als das nichtmagyarische Proletariat wohl nicht so bald in die Lage kommen dürfte, Csizmadias Gedichte unmittelbar kennen zu lernen und selbständig beurteilen zu können.

Denn der Welt, aus der er hervorging und der der Hauptteil seiner publizistischen und propagandistischen Tätigkeit auch heute gewidmet ist, gehört der beste, der schönste Teil seiner Gedichte auch. »Die Sklaven der Scholle« betitelt sich der schönste Cyklus in seinem Buche, das Leben und Sterben, das Fühlen und Denken, das Leiden, das Kämpfen, das Hoffen, die Freuden der proletarischen Bewohner — nicht Besitzer — der grossen, weiten, fruchtbaren magyarischen Ebene schildernd. Wir spüren in ihnen den Erdgeruch — so schrieb einer der Kritiker —, den Erdgeruch, welcher nur den Dichtungen von Arany und Petöfi anhaftet, von welchem bei keinem der vielen anderen Dichter des Landvolkes etwas zu verspüren ist. Nach dem Tode dieser zwei grossen »magyarischen« Dichter ist er wieder der erste »magyarische« Dichter, trotzdem er internationaler, ja seiner radikalsten Tendenz nach sogar antinationaler Sozialist ist.

Dieser »Erdgeruch« — was nichts anderes ist, als der undefinierbare, nur in den Schwingungen des Tones, dem Rhythmus der Sprache, dem eigenartigen Gedanken- und Gefühlsgang liegende Charakter des grossen magyarischen Tieflandes und seines Volkes — dieser Erdgeruch nun macht die wertvollsten Produkte seines Dichtergeistes schlechthin unübersetzbar. Sie müssen in der Uebersetzung Kraft und Saft verlieren.

Doch ist das Gesichtsfeld Csizmadias nicht so eng. Er ist nicht umsonst moderner Sozialist — auch in der Theorie des Sozialismus einer der am tüchtigsten beschlagenen Mitglieder der magyarischen sozialistischen Partei: das Leben und Kämpfen des städtischen Proletariats, die hervorragendsten Momente der internationalen Arbeiterbewegung geben in vielen Gedichten die Motive seiner Poesie ab, ebenso, wie ihm auch allgemein menschliche Gefühle nicht fremd sind. Das Gedicht an seine Frau, an seine zwei Schwestern (mit dem Refrain: Ihr armen, armen Proletarierinnen) reihen sich unseres Erachtens den schönsten, tiefgreifendsten Produkten allgemein-menschlicher — und zugleich sozialistischer — Dichtkunst gleichwertig an.

Neben dem Lobe soll aber auch des Tadelswerten nicht vergessen werden. Während er in den anderen Gedichten immer er ist, individuell und poetisch, lassen manche seiner Gelegenheitsgedichte sowohl das indi-

viduelle Gepräge, als auch den Adel des Tones, den Schwung, das Aufwärtsstreben des Gefühles vermissen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir dieses den dem dichterischen Schaffen nicht sehr zuträglichen Umständen ihres Entstehens — Gelegenheitsgedichte! — zuschreiben. In anderen Gedichten wieder kommt das technische — Rhythmus, Reime etc. — hie und da zu kurz.

Dafür entschädigen uns einige sehr gute Uebersetzungen aus Ada Negri, John Henry Mackay, Heine und freie Uebertragungen einiger Partieen von Cechs Liedern eines Sklaven.

Der Buchschmuck — vom Maler und Tolstojaner Nagy — schmiegt sich zart und verständnisinnig an den Charakter der Gedichte an. Es entspricht wohl seinen Intentionen, wenn dieser für Proletarier bestimmte Band in der äusseren Ausstattung die Spuren Morris'scher Buchkunst zu wandeln bestrebt ist: auf geschöpftem Papier gedruckt, wobei mit dem Papier nicht gespart wurde, kostet das 160 Seiten starke, durchaus künstlerisch illustrierte rote Bändchen 1 Krone (90 Pfennig) — für Arbeiter leider fast zu teuer.

e. sz.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Der „heilige Max".

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

Aus dem Abschnitt „Unreine unreine Geistergeschichten".

a) Neger und Mongolen.

(Fortsetzung.)

Sechste »geschichtliche Reflexion«. p. 90— bildet sich Stirner ein: »in China ist für alles vorgesehen; was auch kommen mag, es weiss der Chinese immer, wie er sich zu verhalten hat, und er braucht sich nicht erst nach den Umständen zu bestimmen; aus dem Himmel seiner Ruhe stürzt ihn kein unvorhergesehener Fall.« Auch kein englisches Bombardement — er wusste ganz genau, »wie er sich zu verhalten hatte«, besonders den ihm unbekannten Dampfschiffen und Shrapnell-Bomben gegenüber. Sankt Max hat dies sich aus Hegels Philosophie der Geschichte p. 118 u. 127 abstrahiert, wo er freilich einiges Einzige hinzufügen musste, um seine obige Reflexion zustande zu bringen.

»Mithin«, fährt Sankt Max fort, »besteigt die Menschheit auf der Stufenleiter der Bildung durch die Gewohnheit die erste Sprosse, und da sie sich vorstellt, im Erklimmen der Kultur zugleich den Himmel, das Reich der Kultur oder zweiten Natur zu erklimmen, so besteigt sie wirklich die erste Sprosse der — Himmelsleiter.« p. 90—. »Mithin, d. h. weil Hegel mit China die Geschichte anfängt und weil »der Chinese nicht ausser Fassung kommt«, verwandelt »Stirner« die Menschheit in eine Person, die »auf der Stufenleiter der Kultur die erste Sprosse ersteigt«, und zwar »durch die Gewohnheit«, weil China für Stirner keine andere Bedeutung hat, als »die Gewohnheit« zu sein. Jetzt handelt es sich für unseren Eiferer gegen das Heilige nur noch darum, die »Stufenleiter« in die »Himmelsleiter« zu verwandeln, da China auch noch den Namen des Himmlischen Reichs führt. »Da die Menschheit sich vorstellt« (»woher nur« Stirner »alles das weiss, was die Menschheit sich vorstellt!« Wigand, p. 189) — was Stirner zu beweisen hatte — erstens »die Kultur« in »den Himmel der Kultur« und zweitens »den Himmel der Kultur« in »die Kultur des Himmels« zu verwandeln — eine angebliche Vorstellung der Menschheit, die p. 91 als Vorstellung Stirners auftritt und dadurch ihren richtigen Ausdruck erhält —, »so besteigt sie wirklich die erste Sprosse der Himmelsleiter«. Da sie sich vorstellt, die erste Sprosse der Himmelsleiter zu besteigen — — so — — besteigt sie sie wirklich! »Da« »der Jüngling« »sich vorstellt«, reiner Geist zu werden, wird er es wirklich! Siehe »Jüngling« und »Christ« über den Uebergang der Dinge in die Welt des Geistes, wo sich die einfache Formel für diese Himmelsleiter der »einzigen« Gedanken vorfindet.

Siebente geschichtliche Reflexion. p. 90. »Hat das Mongolentum« (folgt unmittelbar auf die Himmelsleiter, womit nämlich

»Stirner« vermittelst der angeblichen Vorstellung der Menschheit ein geistiges Wesen konstatiert hat) — »hat das Mongolentum das Dasein geistiger Wesen festgestellt« (vielmehr »Stirner« seine Einbildung vom geistigen Wesen der Mongolen festgestellt), »so haben die Kaukasier Jahrtausende mit diesen geistigen Wesen gerungen, um ihnen auf den Grund zu kommen.« (Jüngling, der zum Manne wird und »hinter die Gedanken zu kommen«, Christ, der die »Tiefen der Gottheit zu ergründen« »allezeit trachtet«). Weil die Chinesen das Dasein, Gott weiss welcher, geistigen Wesen konstatiert haben (»Stirner« konstatiert ausser seiner Himmelsleiter kein einziges), so müssen die Kaukasier Jahrtausende sich mit »diesen« chinesischen, »geistigen Wesen« herumzanken; ja, Stirner konstatiert zwei Zeilen weiter, dass sie wirklich den »mongolischen Himmel, den Thiän, gestürmt haben«, und fährt fort: »Wann werden sie diesen Himmel vernichten, wann werden sie endlich wirklich Kaukasier werden und sich selber finden?«

Hier haben wir die negative Einheit, die früher schon als Mann auftrat, als »wirklichen Kaukasier«, d. h. als nicht negerhaften, nicht mongolenhaften — als kaukasischen Kaukasier, der hier also als Begriff, als Wesen von den wirklichen Kaukasiern getrennt, ihnen entgegengestellt wird als »Ideal des Kaukasiers«, als »Beruf«, in dem »sie sich selber finden« sollen, als »Bestimmung«, »Aufgabe«, als »das Heilige«, »der heilige« Kaukasier, »der vollendete« Kaukasier, »welcher eben der« Kaukasier »im Himmel« — Gott ist.«

»Im industriösen Ringen der mongolischen Rasse hatten die Menschen einen Himmel erbaut« — so glaubt p. 91 »Stirner«, der es vergisst, dass die wirklichen Mongolen viel mehr mit den Hämmeln als mit den Himmeln zu tun haben — »als die vom kaukasischen Stamme, so lange sie — — es mit dem Himmel zu tun haben — — die himmelstürmende Tätigkeit übernahmen.« Hatten einen Himmel erbaut, als — — so lange haben, — — übernahmen. Die anspruchslose »geschichtliche Reflexion« drückt sich in einer consecutio temporum aus, die ebenfalls keinen »Anspruch« auf Klassicität »oder auch nur« auf grammatische Richtigkeit »macht«; der Konstruktion der Geschichte entspricht die Konstruktion der Sätze; »darauf beschränken sich« »Stirners« »Ansprüche« und »erreichen damit ihr letztes Absehen«.

Achte geschichtliche Reflexion, die die Reflexion der Reflexionen, das Alpha und Omega der ganzen Stirnerschen Geschichte ist: Jacques le bonhomme sieht in der ganzen bisherigen Völkerbewegung, was wir ihm von Anfang an nachweisen, nur eine Aufeinanderfolge von Himmeln (p. 91), was auch so ausgedrückt werden kann, dass die bisherigen aufeinander folgenden Generationen kaukasischer Rasse weiter nichts taten, als sich mit dem Begriff der Sittlichkeit herumzanken (p. 92), und dass »darauf sich ihre Tat beschränkt« (p. 91). Hätten sie sich die leidige Sittlichkeit, diesen Spuk, aus dem Kopfe geschlagen, so würden sie es zu etwas gebracht haben; so aber kamen sie zu Nichts und wieder Nichts und müssen sich von Sankt Max wie Schuljungen ein Pensum stellen lassen. Dieser seiner Geschichtsanschauung entspricht denn vollständig, dass am Schluss (p. 92) die spekulative Philosophie heraufbeschworen wird, damit »in ihr dies Himmelreich, das Reich der Geister und Gespenster, seine rechte Ordnung finde« — und an einer späteren Stelle als das »vollendete Geisterreich« selbst gefasst wird.

Warum man, wenn man die Geschichte in Hegelscher Manier auffasst, zuletzt zu dem in der spekulativen Philosophie vollendeten und in Ordnung gebrachten Geisterreich als dem Ergebnis der bisherigen Ge-

schichte kommen musste — dies Geheimnis konnte »Stirner« bei Hegel selbst sehr einfach enthüllt finden. Um zu diesem Resultat zu kommen, »muss der Begriff des Geistes zu grunde gelegt und n u n gezeigt werden, dass die Geschichte der Prozess des Geistes selbst ist.« (Gesch. der Phil. III, 91.) Nachdem »der Begriff des Geistes« der Geschichte als Grundlage untergeschoben worden ist, kann man natürlich sehr leicht »zeigen«, dass er sich überall wiederfindet, und dies dann als einen Prozess »seine rechte Ordnung finden« lassen.

Jetzt kann Sankt Max, nachdem er alles »seine rechte Ordnung hat finden« lassen, begeistert ausrufen: »Dem Geiste Freiheit erwerben wollen, das ist Mongolentum« u. s. w. (vergl. p. 17: »Den reinen Gedanken zu Tage zu fördern etc., das ist Jünglingslust« u. s. w.) — und die Heuchelei begehen, zu sagen: Es springt daher in die Augen, dass das Mongolentum — — die Unsinnlichkeit und Unnatur repräsentiere etc. —, wo er hätte sagen müssen: Es springt in die Augen, dass der Mongole nur der verkleidete Jüngling ist, der als Negation der Welt der Dinge auch »Unnatur«, »Unsinnlichkeit« genannt werden kann.

Wir sind jetzt wieder so weit, dass der »Jüngling« in den »Mann« übergehen kann: »Wer aber wird den Geist in sein Nichts auflösen? Er, der mittelst des Geistes die Natur als das Nichtige, Endliche, Vergängliche darstellte« (d. h. sich vorstellte — und dies tat nach p. 16 ff. der Jüngling, später der Christ, dann der Mongole, dann der mongolenhafte Kaukasier, eigentlich aber nur der Idealismus), »er kann allein auch den Geist zu gleicher Nichtigkeit« (nämlich in seiner Einbildung) »herabsetzen. (Also der Christ etc.? Nein, ruft »Stirner« mit einer ähnlichen Eskamotage wie p. 19/20 beim Mann) »Ich kann es, jeder unter euch kann es, der als unumschränktes Ich waltet und schafft« (in seiner Einbildung), »es kann's mit einem Worte — der Egoist« (p. 93) — also der Mann, der kaukasische Kaukasier, der sonach der vollendete Christ, der rechte Christ, der Heilige, das Heilige ist. —

Ehe wir auf die weitere Namengebung eingehen, »wollen wir an dieser Stelle« ebenfalls »eine geschichtliche Reflexion« über den Ursprung von Stirners »geschichtlicher Reflexion über Unser Mongolentum einlegen«, die sich aber von der Stirnerschen dadurch unterscheidet, dass sie allerdings »Anspruch auf Gründlichkeit und Bewährtheit macht«. Seine ganze geschichtliche Reflexion, wie die über die »Alten«, ist aus Hegel zusammengebraut.

Die Negerhaftigkeit wird darum als »das Kind« aufgefasst, weil Hegel Phil. d. Gesch. p. 89 sagt: »Afrika ist das Kinderland der Geschichte.« »Bei der Bestimmung des afrikanischen Geistes müssen wir auf die Kategorie der Allgemeinheit ganz Verzicht leisten« (p. 90) — d. h. das Kind oder der Neger hat zwar Gedanken, aber noch nicht den Gedanken. »Bei den Negern ist das Bewusstsein noch nicht zu einer festen Objektivität gekommen, wie z. B. Gott, Gesetz, worin der Mensch die Anschauung seines Wesens hätte« — — »wodurch ganz das Wissen von einem absoluten Wesen fehlt. Der Neger stellt den natürlichen Menschen in seiner ganzen Unbändigkeit dar« (p. 90). »Obgleich sie sich der Abhängigkeit vom Natürlichen« (den Dingen, wie »Stirner« sagt) »bewusst sein müssen, so führt dies doch nicht zum Bewusstsein eines Höheren.« (p. 91.) Hier finden wir sämtliche Stirnersche Bestimmungen des Kindes und Negers wieder — Abhängigkeit von den Dingen, Unabhängigkeit von Gedanken, speziell von »dem Gedanken«, »dem Wesen« u. s. w. — Die Mongolen und speziell die Chinesen fand er bei

Hegel als den Anfang der Geschichte vor, und da diesem ebenfalls die Geschichte eine Geistergeschichte (nur nicht so kindisch, wie »Stirners«) ist, so versteht es sich von selbst, dass die Mongolen den Geist in die Geschichte gebracht haben, und die Urrepräsentanten alles »Heiligen« sind. Speziell fasst Hegel noch p. 110 »das mongolische Reich« (des Dalai Lama) als »das geistliche«, das »Reich der theokratischen Herrschaft, ein »geistiges, religiöses Reich« — gegenüber dem chinesischen weltlichen Reich. »Stirner« muss natürlich China mit den Mongolen identifizieren. p. 140 kommt bei Hegel sogar »das mongolische Prinzip« vor, woraus »Stirner« das »Mongolentum« macht. Wenn er übrigens einmal die Mongolen auf die Kategorie »der Idealismus« reduzieren wollte, so konnte er in der Dalai-Lama-Wirtschaft und dem Buddhismus ganz andere »geistige Wesen« festgestellt finden, als seine gebrechliche »Himmelsleiter«. Aber er hatte nicht einmal die Zeit, die Hegelsche Geschichtsphilosophie ordentlich anzusehen. Die Eigenheit und Einzigkeit des Stirnerschen Verhaltens zur Geschichte besteht darin, dass der Egoist sich in einen »unbeholfenen« Kopisten Hegels verwandelt.

b) Katholizismus und Protestantismus.

Was wir hier Katholizismus nennen, nennt »Stirner« »das Mittelalter«; da er aber das heilige, religiöse Wesen des Mittelalters, die Religion des Mittelalters mit dem wirklichen, profanen, leibhaftigen Mittelalter verwechselt (wie »in allem«), geben wir der Sache gleich ihren richtigen Namen.

»Das Mittelalter« war »eine lange Zeit, in der man sich mit dem Wahne begnügte« (weiter verlangte und tat man nichts), »die Wahrheit zu haben, ohne dass man ernstlich daran dachte, ob man selbst wahr sein müsste, um die Wahrheit zu besitzen«. — —»Im Mittelalter kasteite man (also das ganze Mittelalter) sich, um fähig zu werden, das Heilige in sich aufzunehmen.« p. 108.

Hegel bestimmt das Verhältnis zum Göttlichen in der katholischen Kirche dahin, »dass man sich zum Absoluten als bloss äusserlichem Ding verhalte« (Christentum in der Form des Aeusserlichseins). Gesch. der Phil. III, 148 und anderwärts. Das Individuum muss allerdings gereinigt werden, um die Wahrheit aufzunehmen, aber »auch dies geschieht auf eine äusserliche Weise, durch Abkaufen, Abfasten, Abprügeln, Abmarschieren, Pilgrimschaft.« (p. 140 ibid.) Diesen Uebergang macht »Stirner« durch: »Wie man freilich auch sein Auge anstrengt, um das Entfernte zu sehen, — — so kasteite man sich etc.«

Weil nun bei »Stirner« das Mittelalter mit dem Katholizismus identifiziert wird, endet es natürlich auch mit Luther. (p. 108.) Dieser selbst wird auf folgende schon beim Jüngling im Gespräch mit Szeliga und sonst vorgekommene Begriffsbestimmung reduziert: »dass der Mensch, wenn er die Wahrheit auffassen wolle, ebenso wahr werden müsse, wie die Wahrheit selbst. Nur wer die Wahrheit schon im Glauben hat, kann ihrer teilhaftig werden.«

Hegel sagt in Bezug auf das Luthertum: »Die Wahrheit des Evangeliums existiert nur im wahrhaften Verhalten zu demselben. — Das wesentliche Verhalten des Geistes ist nur für den Geist. — Es ist also das Verhalten des Geistes zu diesem Inhalt, dass der Inhalt zwar wesentlich ist, dass aber ebenso wesentlich ist, dass der heilige und heiligende Geist sich zu ihm verhalte.« (Gesch. d. Phil. III, p. 234.) »Dies ist nun der lutherische Glaube — sein (nämlich des

Menschen) Glaube ist gefordert und kann allein wahrhaft in Betracht kommen.« (l. c. p. 230.) »Luther — — behauptet: dass das Göttliche nur insofern göttlich ist, als es in dieser subjektiven Geistigkeit des Glaubens genossen wird.« (l. c. p. 138.) »Die Lehre der (katholischen) Kirche ist die Wahrheit als vorhandene Wahrheit.« (Ph. der Rel. II, 331).

»Stirner« fährt fort: »Demnach geht mit Luther die Erkenntnis auf, dass die Wahrheit, weil sie Gedanken ist, nur für den denkenden Menschen sei, und dies heisst, dass der Mensch einen schlechterdings anderen Standpunkt einnehmen müsse, den gläubigen (per Appos.), wissenschaftlichen, oder den Standpunkt des Denkens gegenüber seinem Gegenstande, dem Gedanken.« (p. 110—.)

Ausser der Wiederholung, die »Stirner« hier wieder »einlegt«, ist nur der Uebergang vom Glauben zum Denken zu beachten. Diesen Uebergang macht Hegel wie folgt: »Dieser Geist (nämlich der heilige und heiligende Geist) ist zweitens aber wesentlich auch denkender Geist. Das Denken als solches muss sich auch darin entwickeln etc.« (p. 234.)

»Stirner« fährt fort: »Dieser Gedanke« (»dass Ich Geist bin, nur Geist«) »durchzieht die Reformationsgeschichte bis heute.« (p. 111.) Eine andere Geschichte als die Reformationsgeschichte existiert für »Stirner« vom XVI. Jahrhundert an nicht, und auch diese bloss in der Auffassung, in der Hegel sie darstellt.

Sankt Max hat wieder seinen Riesenglauben bewiesen. Er hat wieder sämtliche Illusionen der deutschen spekulativen Philosophie wörtlich für wahr angenommen, ja er hat sie noch spekulativer, noch abstrakter gemacht. Für ihn existiert nur die Geschichte der Religion und Philosophie — und diese existiert nur durch Hegel für ihn, der mit der Zeit zur allgemeinen Eselsbrücke, zum Konversationslexikon aller neuen deutschen Prinzipspekulanten und Systemfabrikanten geworden ist.

Katholizismus = Verhalten zur Wahrheit als Ding, Kind, Neger, »Alter«.

Protestantismus = Verhalten zur Wahrheit im Geist, Jüngling, Mongole, »Neuer«.

Die ganze Konstruktion war überflüssig, da dies alles schon beim »Geist« dagewesen war.

Wie schon in der »Oekonomie des Alten Bundes« angedeutet, kann man nun innerhalb des Protestantismus wieder Kind und Jüngling in neuen »Wandlungen« auftreten lassen, wie »Stirner« dies p. 112 tut, wo er die englische, empirische Philosophie als Kind in Gegensatz zur deutschen, spekulativen Philosophie, dem Jüngling, fasst. Er schreibt hier wieder Hegel aus, der hier, wie sonst »im Buche« sehr häufig, als »Man« auftritt. Man — d. h. Hegel — »verwies den Baco aus dem Reiche der Philosophen.« »Und weiter scheint es allerdings dasjenige, was man englische Philosophie nennt, nicht gebracht zu haben, als bis zu den Entdeckungen sogenannter offener Köpfe wie Bacon und Hume« (p. 112) — was Hegel so ausdrückt: »Bacon ist in der Tat eigentlich der Anführer und Repräsentant dessen, was in England Philosophie genannt wird und worüber die Engländer noch durchaus nicht hinausgekommen sind.« Gesch. d. Phil. III, 254. — Was »Stirner« »offene Köpfe« nennt, nennt Hegel l. c. p. 255 »gebildete Weltmänner« — diese verwandelt Sankt Max einmal auch in »die Einfalt des kindlichen Gemütes«, weil die englischen Philosophen das Kind repräsentieren müssen. Aus demselben kindlichen Grunde darf »sich Baco nicht um die theologischen Fragen und Kardinalpunkte bekümmert« haben, was auch seine Schriften

(speziell De Augmentis Scientiarum, Novum Organum und die Essays) sagen mögen. Dagegen »sieht — — das deutsche Denken — — im Erkennen selbst erst das Leben« (p. 112), denn es ist der Jüngling. Ecce iterum Crispinus!

Wie Stirner den Cartesius in einen deutschen Philosophen verwandelt, kann man »im Buche« p. 112 selbst nachsehen.*)

Abschnitt D. Die Hierarchie**)

Jacques le bonhomme fasst in der bisherigen Darstellung die Geschichte nur als das Produkt abstrakter Gedanken — oder vielmehr seiner Vorstellungen von den abstrakten Gedanken —, als beherrscht von diesen Vorstellungen, die sich alle in letzter Instanz in »das Heilige« auflösen. Diese Herrschaft des »Heiligen«, des Gedankens, der Hegelschen absoluten Idee über die empirische Welt stellt er nun als gegenwärtiges historisches Verhältnis dar, als Herrschaft der Heiligen, Ideologen über die profane Welt — als Hierarchie. In dieser Hierarchie haben wir das, was früher nach einander erschien, neben einander, so dass eine der beiden koexistierenden Entwickelungsformen über die andere herrscht. So herrscht also der Jüngling über das Kind, der Mongole über den Alten, der aufopfernde Egoist (Citoyen) über den Egoisten im gewöhnlichen Verstande (Bourgeois) etc. — siehe die »Oekonomie des alten Bundes«. Die »Vernichtung« der »Welt der Dinge« durch »die Welt des Geistes« tritt hier als »Herrschaft« der »Welt der Gedanken« über die »Welt der Dinge« auf. Es muss natürlich dahin kommen, dass die Herrschaft, die die »Welt der Gedanken« von Anfang an in der Geschichte führt, am Ende derselben auch als wirkliche, faktisch existierende Herrschaft der Denkenden — und wie wir sehen werden, in letzter Instanz der spekulativen Philosophen — über die Welt der Dinge dargestellt wird, so dass Sankt Max dann nur noch gegen Gedanken und Vorstellungen der Ideologen zu kämpfen und sie zu überwinden hat, um sich zum »Eigner der Welt der Dinge und der Welt der Gedanken« zu machen.

»Hierarchie ist Gedankenherrschaft, Herrschaft des Geistes. Hierarchisch sind wir bis auf diesen Tag, unterdrückt von denen, die sich auf Gedanken stützen und Gedanken sind« — wer hat das nicht längst gemerkt — »das Heilige.« (p. 97.) (Stirner hat sich vor dem Vorwurf, als mache er in seinem ganzen Buch nur »Gedanken«, d. h. »das Heilige«, dadurch zu bewahren gesucht, dass er darin wirklich

*) Note der Redakt. der Dok. d. Soz.: Eine so aufzufassende Stelle ist bei Stirner auf S. 112 nicht zu finden. Offenbar ist vielmehr ein Satzstück gemeint, das auf S. 113 beginnt und wie folgt lautet: »Am Leben hat das Erkennen seinen Gegenstand. Das deutsche Denken sucht mehr als das der übrigen zu den Anfängen und Quellpunkten des Lebens zu gelangen und sieht im Erkennen selbst erst das Leben. Cartesius' *Cogito, ergo sum* hat den Sinn: Man lebt nur, wenn man denkt. Denkendes Leben heisst: »geistiges Leben«! Es lebt nur der Geist, sein Leben ist das wahre Leben. Ebenso sind dann in der Natur nur die »ewigen Gesetze«, der Geist oder die Vernunft der Natur das wahre Leben derselben. Nur der Gedanke, im Menschen wie in der Natur, lebt; alles andere ist tot! Zu dieser Abstraktion, zum Leben der Allgemeinheiten oder des Leblosen, muss es mit der Geschichte des Geistes kommen. Gott, welcher Geist ist, lebt allein. Es lebt nichts als das Gespenst.« (Stirner, Der Einzige und sein Eigentum. Leipzig 1845, S. 113/114.)

**) Wir geben diesen sehr interessanten Abschnitt unverkürzt. Red. der Dok. des Soz.

nirgendwo Gedanken macht. Allerdings schreibt er sich bei Wigand »Virtuosität im Denken«, d. h. nach ihm in der Fabrikation »des Heiligen« zu — und das letztere wird ihm konzediert). — »Hierarchie ist Oberherrlichkeit des Geistes.« (p. 467.) »Jene mittelaltrige Hierarchie war nur eine schwächliche Hierarchie gewesen, da sie alle mögliche Barbarei des Profanen unbezwungen neben sich hergehen lassen musste« (»woher nur Stirner das alles weiss, was die Hierarchie musste«, wird sich gleich finden) »und erst die Reformation stählte die Kraft der Hierarchie.« (p. 110.) »Stirner« meint nämlich, »die Geisterherrschaft sei nie zuvor so umfassend und allmächtig gewesen«, als nach der Reformation; er meint, dass diese Geisterherrschaft »statt das religiöse Prinzip von Kunst, Staat und Wissenschaft loszureissen, vielmehr diese ganz aus der Wirklichkeit in das Reich des Geistes erhob und religiös machte.«

In dieser Auffassung der neueren Geschichte ist nun wieder die alte Illusion der spekulativen Philosophie über die Herrschaft des Geistes in der Geschichte breitgetreten. Ja, diese Stelle zeigt sogar, wie der gläubige Jacques le bonhomme fortwährend die ihm von Hegel überkommene, für ihn traditionell gewordene Weltanschauung für die wirkliche Welt auf Treu und Glauben annimmt und nun von diesem Boden aus »machiniert«. Was in dieser Stelle »eigen« und »einzig« erscheinen könnte, ist die Auffassung dieser Geistesherrschaft als Hierarchie — und hier wollen wir wiederum eine kurze »geschichtliche Reflexion« über den Ursprung der Stirnerschen »Hierarchie« einlegen.

Hegel spricht sich in folgenden »Wandlungen« über die Philosophie der Hierachie aus: »Wir haben bei Plato in seiner Republik die Idee gesehen, dass die Philosophen regieren sollen; jetzt (im katholischen Mittelalter) ist die Zeit, wo es ausgesprochen wird, dass das Geistige herrschen solle; aber das Geistige hat den Sinn erhalten, dass das Geistliche, die Geistlichen herrschen sollen. Das Geistige ist so zur besonderen Gestalt, zum Individuum gemacht.« (Gesch. d. Phil. III, 132.) — »Die Wirklichkeit, das Irdische ist damit gottverlassen — — einzelne wenige Individuen sind heilig, die anderen unheilig.« (l. c. p. 136.) Die »Gottverlassenheit« wird näher so bestimmt: »Alle diese Formen (Familie, Arbeit, Staatsleben etc.) gelten als nichtige, unheilige.« (Phil. d. Rel. II, 343.) — »Es ist eine Vereinigung mit der Weltlichkeit, die unversöhnt ist, die Weltlichkeit roh in sich« (wofür Hegel sonst auch das Wort Barbarei braucht, vergl. z. B. Gesch. d. Phil. III, 136), »und die als roh in sich nur beherrscht wird.« (Phil. d. Rel. II, 342, 343.) — »Diese Herrschaft (die Hierarchie der katholischen Kirche) ist also, obgleich sie Herrschaft des Geistigen sein soll, eine Herrschaft der Leidenschaft.« (Gesch. d. Phil. III, 134.) — »Die wahrhafte Herrschaft des Geistes kann aber nicht Herrschaft des Geistes in dem Sinne sein, dass das Gegenüberstehende ein Unterworfenes ist.« (l. c. p. 131.) — »Der rechte Sinn ist, dass das Geistige als solches« (nach »Stirner« »das Heilige«) »das Bestimmende sein soll, was bis auf unsere Zeiten gegangen ist. So sehen wir in der französischen Revolution« (was »Stirner« Hegel nachsieht), »dass der abstrakte Gedanke herrschen soll; nach ihm sollen Staatsverfassungen und Gesetze bestimmt werden, er soll das Band unter den Menschen ausmachen, und das Bewusstsein der Menschen soll sein, dass das, was unter ihnen gilt, abstrakte Gedanken sind, Freiheit und Gleichheit etc.« (Gesch. d. Phil. III, 132.) Die wahre Herrschaft des Geistes im Gegensatz zu ihrer unvollkommenen Form in der katholischen

Hierarchie, wie sie durch den Protestantismus herbeigeführt wird, wird weiter dahin bestimmt, dass »das Weltliche in sich vergeistigt wird« (Gesch. d. Phil. III, 185), »dass das Göttliche sich im Felde der Wirklichkeit realisiert« (also die katholische Gottverlassenheit der Wirklichkeit aufhört — Phil. d. Rel. II, 344); dass der »Widerspruch« zwischen Heiligkeit und Weltlichkeit »sich auflöst in der Sittlichkeit« (Phil. d. Rel. II, 343); dass »die Institutionen der Sittlichkeit (Ehe, Familie, Staat, Selbsterwerb etc.) göttliche, *heilige*« sind. (Phil. d. Rel. II, 344.) Diese wahre Herrschaft des Geistes spricht Hegel in zwei Formen aus: »Staat, Regierung, Recht, Eigentum, bürgerliche Ordnung« (und, wie wir aus anderen Werken von ihm wissen, auch Kunst, Wissenschaft etc.), »alles dies ist **das Religiöse** — — herausgetreten in die Form der Endlichkeit« (Gesch. d. Ph. III, 185), und diese Herrschaft des Religiösen, Geistigen etc. wird endlich ausgesprochen als die Herrschaft der Philosophie: »Das Bewusstsein des Geistigen ist jetzt (im XVIII. Jahrhundert) wesentlich das Fundament, und die Herrschaft ist dadurch der Philosophie geworden.« (Phil. d. Gesch. p. 440.)

Hegel schiebt also der katholischen Hierarchie des Mittelalters die Absicht unter, als hätte sie »die Herrschaft des Geistes sein« wollen, und fasst sie demnächst als eine beschränkte, unvollkommene Form dieser Geistesherrschaft, deren Vollendung er im Protestantismus und dessen angeblicher Ausbildung sieht. So unhistorisch dies ist, so ist er doch noch historisch genug, um den Namen der Hierarchie nicht über das Mittelalter hinaus auszudehnen. Sankt Max weiss aber aus eben demselben Hegel, dass die spätere Epoche die »Wahrheit« der früheren ist, also die Epoche der vollkommenen Herrschaft des Geistes die Wahrheit der Epoche, in welcher der Geist nur noch unvollkommen herrschte, dass*) also der Protestantismus die Wahrheit der Hierarchie, also die wahre Hierarchie ist. Da aber nur die wahre Hierarchie den Namen der Hierarchie verdient, so ist es klar, dass die Hierarchie des Mittelalters eine »schwächliche« sein musste, was ihm um so leichter zu beweisen wird, als in den obigen und hundert anderen Hegelschen Stellen die Unvollkommenheit der Geistesherrschaft im Mittelalter dargestellt war, was er nur abzuschreiben brauchte und wobei seine ganze »eigene« Tätigkeit darin bestand, das Wort »Geistesherrschaft« durch »Hierarchie« zu ersetzen. Die einfache Schlussfolge, durch welche sich ihm die Geistesherrschaft schlechthin in die Hierarchie verwandelte, brauchte er nicht einmal zu machen, nachdem es unter den deutschen Theoretikern Mode geworden war, die Wirkung mit dem Namen der Ursache zu belegen und alles z. B. in die Kategorie der Theologie zurückzuwerfen, was aus der Theologie hervorgegangen war und noch nicht ganz auf der Höhe der Prinzipien dieser Theoretiker stand — z. B. die Hegelsche Spekulation, den Straussischen Pantheismus etc. —, ein Kunststück, das namentlich im Jahre 1842 an der Tagesordnung war. Aus den obigen Stellen geht ebenfalls hervor, dass Hegel 1. die französische Revolution als eine neue und vollendete Phase dieser Geistesherrschaft fasst, 2. in den Philosophen die Weltherrscher des XIX. Jahrhunderts sieht, 3. behauptet, dass jetzt nur abstrakte Gedanken unter den Menschen gelten, 4. dass schon bei ihm Ehe, Familie, Staat, Selbsterwerb, bürgerliche Ordnung, Eigentum etc. als »Göttlich und Heilig«, als »das

*) Von hier ab bis zum Schluss dieses Abschnitts wieder in der Handschrift von Mos. Hess. Red. der Dok. des Soz.

Religiöse« gefasst werden, und 5. dass die Sittlichkeit als verweltlichte Heiligkeit oder geheiligte Weltlichkeit, als die höchste und letzte Form der Herrschaft des Geistes über die Welt dargestellt wird — alles Dinge, die wir bei »Stirner« wörtlich wiederfinden.

Hiernach wäre in Beziehung auf die Stirnersche Hierarchie gar nichts mehr zu sagen und nachzuweisen, als warum Sankt Max Hegel abgeschrieben hat — ein Faktum, zu dessen Erklärung aber wieder materielle Fakta notwendig sind, und das deshalb nur für diejenigen erklärlich ist, die die Berliner Luft kennen. Eine andere Frage ist, wie die Hegelsche Vorstellung von der Herrschaft des Geistes zustande kommt, und hierüber siehe oben.*)

Die Adoption der Hegelschen Weltherrschaft der Philosophen und ihre Verwandlung in eine Hierarchie durch Sankt Max kommt vermittelst der gänzlich unkritischen Leichtgläubigkeit unseres Heiligen und durch eine »heilige« oder heillose Unwissenheit zustande, die sich damit begnügt, die Geschichte zu »durchschauen« (d. h. die Hegelschen geschichtlichen Sachen durchzuschauen), ohne von ihr viele »Dinge« zu »wissen.« Ueberhaupt müsste er ja fürchten, sobald er »lernte« — sich nicht mehr »abschaffend und auflösend« (p. 96) zu verhalten, also in der »Geschäftigkeit des Ungeziefers« stecken zu bleiben — Grund genug, um nicht zur »Abschaffung und Auflösung« seiner eigenen Unwissenheit »weiter zu gehen«.

Macht man, wie Hegel, eine solche Konstruktion zum ersten Male für die ganze Geschichte und die gegenwärtige Welt in ihrem ganzen Umfange, so ist dies nicht möglich ohne umfassende positive Kenntnisse, ohne wenigstens stellenweise auf die empirische Geschichte einzugehen, ohne grosse Energie und Tiefblick. Begnügt man sich dagegen, eine vorhandene überlieferte Konstruktion zu seinen eigenen Zwecken zu exploitieren und umzuwandeln und diese »eigene« Auffassung an einzelnen Exempeln (z. B. Negern und Mongolen, Katholiken und Protestanten, der französischen Revolution etc.) nachzuweisen — und dies tut unserer Eiferer wider das Heilige —, so ist dazu durchaus keine Kenntnis der Geschichte nötig. Das Resultat dieser ganzen Exploitation wird notwendig komisch, am komischsten, wenn aus der Vergangenheit in die unmittelbarste Gegenwart hinübergesprungen wird, wie wir davon beim »Sparren« schon Exempel fanden.

Was nun die wirkliche Hierarchie des Mittelalters betrifft, so bemerken wir hier bloss, dass diese für das Volk, für die grosse Masse der Menschen nicht existierte. Für die grosse Masse existierte nur die Feudalität, und die Hierarchie nur insofern sie selbst entweder Feudalität oder antifeudal (innerhalb der Feudalität) ist. Die Feudalität selbst hat ganz empirische Verhältnisse zu ihrer Grundlage. Die Hierarchie und ihre Kämpfe mit der Feudalität (die Kämpfe der Ideologen einer Klasse gegen die Klasse selbst) sind nur der ideologische Ausdruck der Feudalität und der innerhalb der Feudalität selbst sich entwickelnden Kämpfe, wozu auch die Kämpfe der feudalistisch organisierten Nationen unter sich gehören. Die Hierarchie ist die ideale Form der Feudalität — die politische Form der mittelaltrigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Aus der Darstellung dieser praktischen, materiellen Verhältnisse ist also allein der Kampf der Feudalität gegen die Hierarchie zu erklären; mit dieser Darstellung hört von selbst die bisherige Geschichtsauffassung auf, die die Illusionen des Mittelalters auf Treu und

*) Hier folgte von Marx' Hand in Klammern das Wort Feuerbach, ist aber hinterher mit Bleistift vollständig überstrichen worden.

Glauben annahm, namentlich die Illusionen, die Kaiser und Papst in ihrem Kampfe gegen einander geltend machen.

Da Sankt Max nur Hegels Abstraktionen über Mittelalter und Hierarchie auf »ganghafte Worte und armselige Gedanken« reduziert, ist keine Veranlassung gegeben, auf die wirkliche geschichtliche Hierarchie weiter einzugehen.

Aus dem Obigen geht schon hervor, dass man das Kunststück auch umdrehen und den Katholizismus nicht nur als Vorstufe, sondern auch als Verneinung der wahren Hierarchie fassen kann; so ist also Katholizismus = Negation des Geistes, Ungeist, Sinnlichkeit, und hierbei kommt dann der grosse Satz unseres Jacques le bonhomme heraus, dass die Jesuiten »Uns vor dem Verkommen und **Untergang** der Sinnlichkeit gerettet haben«. (p. 118.) Was aus »Uns« geworden wäre, wenn der »Untergang« der Sinnlichkeit zustande gekommen, erfahren wir nicht. Die ganz materielle Bewegung seit dem XVI. Jahrhundert, die »Uns« nicht vor dem »Verkommen« der Sinnlichkeit rettete, sondern im Gegenteil die »Sinnlichkeit« viel weiter ausbildete, existiert für »Stirner« nicht — es sind die Jesuiten, die alles das zustande gebracht haben. Man vergleiche übrigens Hegel, Phil. d. Gesch. p. 425.

Indem Sankt Max die alte Pfaffenherrschaft in die neuere Zeit überträgt, hat er damit die neuere Zeit als »das Pfaffentum« aufgefasst, und indem er diese in die neuere Zeit übertragene Pfaffenherrschaft wieder in ihrem Unterschiede von der alten mittelalterlichen Pfaffenherrschaft fasst, stellt er sie als Herrschaft der Ideologen, als »das Schulmeistertum« dar. So ist also Pfaffentum = Hierarchie als Geistesherrschaft, Schulmeistertum = Geistesherrschaft als Hierarchie.

Diesen einfachen Uebergang auf das Pfaffentum, der gar kein Uebergang ist, bringt »Stirner« in drei schweren Wandlungen fertig. Zum ersten »hat« er den »Begriff des Pfaffentums« in jedem, »der für eine grosse Idee, eine gute Sache (noch immer die gute Sache!), eine Lehre u. s. w. lebt«. — Zum zweiten »stösst« Stirner in seiner Welt des Wahns auf »den uralten Wahn der Welt, die des Pfaffentums noch nicht entraten gelernt hat«, nämlich »für eine Idee zu leben und zu schaffen etc.« — Zum dritten »ist dies die Herrschaft der Idee oder des Pfaffentums«, nämlich »Robespierre z. B. (zum Beispiel!), St. Just u. s. w.« (und so weiter!) »waren durch und durch Pfaffen« etc. Alle drei Wandlungen, in denen das Pfaffentum »entdeckt«, »aufgestossen« und »berufen« wird (alle p. 100), drücken also weiter nichts aus, als was Sankt Max uns bereits früher schon wiederholt gesagt hat, nämlich die Herrschaft des Geistes, der Idee, des Heiligen über das »Leben« (ibid.). — Nachdem so der Geschichte die »Herrschaft der Idee oder des Pfaffentums« einmal untergeschoben ist, kann Sankt Max natürlich ohne Schwierigkeit in der ganzen bisherigen Geschichte »das Pfaffentum« wiederfinden, und so »Robespierre z. B., St. Just u. s. w.» als Pfaffen darstellen und mit Innocenz III. und Gregor VII. identifizieren, wo somit alle Einzigkeit vor dem Einzigen verschwindet. Sie sind ja alle eigentlich nur verschiedene Namen, verschiedene Verkleidungen einer Person, »des Pfaffentums«, das die ganze Geschichte vom Anfang des Christentums an gemacht hat. Wie man in dieser Art der Geschichtsauffassung »alle Kühe grau macht«, indem man alle historischen Unterschiede »aufhebt« und in »den Begriff des Pfaffentums« »auflöst«, davon gibt uns der heilige Max sogleich ein schlagendes Beispiel von »Robespierre z. B., St. Just u. s. w.« Hier wird uns zuerst Robespierre als »Beispiel« von Saint Just und Saint Just als »und so weiter« von Robespierre angeführt. So-

dann heisst es: »Diesen Vertretern heiliger Interessen steht eine Welt zahlloser »persönlicher«, profaner Interessen gegenüber.« Wer stand ihnen gegenüber? Die Girondins und Thermidoriens, die ihnen, den wirklichen Repräsentanten der revolutionären Force — d. h. der nur wirklich revolutionären Klasse, der »zahllosen« Masse gegenüber beständig (siehe Mémoires de R. Levasseur »z. B.«, »u. s. w.«, »d. h.« Nougaret, Hist. des prisons — Barrére — Deux amis de la liberté [et du commerce] — Montgaillard, hist. de France — Mme. Roland, Appel à la postérité — Mémoires de J. B. Louvet — und selbst die ekelhaften Essays historiques par Beaulieu etc., sowie sämtliche Verhandlungen vor dem Revolutionstribunal »u. s. w.«), die Verletzung der »heiligen Interessen«, der Konstitution, Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte, Republikanismus, Recht, sainte propriété, »z. B.« Teilung der Gewalten, Menschlichkeit, Sittlichkeit, Mässigung »u. s. w.«, vorwarfen. Ihnen standen gegenüber alle Pfaffen, die sie der Verletzung sämtlicher Haupt- und Nebenstücke des religiösen und moralischen Katechismus anklagten (siehe »z. B.» Histoire du clergé de France pendant la révolution par M. R. — Paris, libraire catholique 1828 »u. s. w.«). Die historische Glosse des Bürgers, dass während des regne de la terreur »Robespierre z. B., St. Just u. s. w.« den honnêtes gens (siehe die unzähligen Schriften des einfältigen Herrn Peltier, »z. B.« Conspiration de Robespierre, par Montjoie »u. s. w.«) die Köpfe abschlugen, drückt der heilige Max in folgender Wandlung aus: »Weil die revolutionären Pfaffen oder Schulmeister dem Menschen dienten, darum schnitten sie den Menschen die Hälse ab.« Hiermit ist Sankt Max natürlich der Mühe überhoben, über die wirklichen, empirischen, auf höchst profanen Interessen, freilich nicht der Agiotörs, sondern der »zahllosen« Masse basierten Gründe des Kopfabschlagens auch nur ein »einziges« Wörtchen zu verlieren. Ein früherer »Pfaffe«, Spinoza, hatte bereits im XVII. Jahrhundert die Unverschämtheit, »ein Zuchtmeister« auf Sankt Max zu sein, indem er sagte: »Die Ignoranz ist kein Argument.« Dafür hasst der heilige Max auch den Pfaffen Spinoza so sehr, dass er seinen Antipfaffen, den Pfaffen Leibniz, acceptiert und für alle dergleichen wundersame Phänomene, wie der Terrorismus »z. B.«, das Kopfabschlagen »u. s. w.« einen »zureichenden Grund« produziert, nämlich dass »die geistlichen Menschen sich so etwas in den Kopf gesetzt haben«. (p. 98.)

Der heilige Max, der für alles den zureichenden Grund gefunden hat (»Ich habe nun den Grund gefunden, an dem Mein Anker ewig hält, wo anders als in der Idee »z. B.« dem »Pfaffentum« »u. s. w.« von »Robespierre z. B., Saint Just u. s. w.«, George Sand, Proudhon, die Berliner keusche Nätherin etc.) »verdenkt es der Bürgerklasse nicht, dass sie bei ihrem Egoismus anfragte, wie weit sie der revolutionären Idee Raum geben dürfe.« Für Sankt Max ist »die revolutionäre Idee« der habits bleus und honnêtes gens von 1789 dieselbe »Idee«, wie die der sansculottes von 1793, dieselbe Idee, worüber beraten wird, ob ihr »Raum zu geben« sei — worüber keiner »Idee« weiter »Raum gegeben« werden kann.

Wir kommen jetzt auf die gegenwärtige Hierarchie, die Herrschaft der Idee im gewöhnlichen Leben. Der ganze zweite Teil »des Buchs« wird vom dem Kampfe gegen diese »Hierarchie« ausgefüllt. Wir gehen also erst in diesem zweiten Teil auf sie ein. Da indes Sankt Max gerade wie beim »Sparren« schon hier seine Ideen vorläufig geniesst und im Anfange das Spätere wiederholt, wie im Späteren den Anfang, sind wir gezwungen, schon jetzt einige Exempel seiner Hierarchie zu konsta-

tieren. Seine Methode des Buchmachens ist der einzige »Egoismus«, der sich im ganzen Buche vorfindet. Sein Selbstgenuss und der Genuss des Lesers stehen in umgekehrtem Verhältnis.

Weil die Bürger Liebe zu ihrem Reich, ihrem Regime verlangen, wollen sie nach Jacques le bonhomme ein »Reich der Liebe auf Erden gründen« (p. 98). Weil sie Respekt vor ihrer Herrschaft und den Verhältnissen ihrer Herrschaft fordern, also die Herrschaft über den Respekt usurpieren wollen, verlangen sie nach demselben Biedermann die Herrschaft des Respekts schlechthin, verhalten sie sich zum Respekt als zum heiligen Geist, der in ihnen lebt (p. 95). Die verdrehte Form, worin die scheinheilige und heuchlerische Ideologie der Bourgeois ihre aparten Interessen als allgemeine Interessen ausspricht, wird von dem Berge versetzenden Glauben unseres Jacques le bonhomme als wirkliche, profane Grundlage der bürgerlichen Welt acceptiert. Warum diese ideologische Täuschung bei unserem Heiligen gerade diese Form annimmt, werden wir beim »politischen Liberalismus« sehen.

Ein neues Beispiel gibt uns Sankt Max p. 115 in der Familie. Er erklärt, man könne sich zwar sehr leicht von der Herrschaft seiner eigenen Familie emanzipieren, aber »der aufgekündigte Gehorsam fährt Einem leicht ins Gewissen«, und so hält man die Familienliebe, den Familienbegriff fest, man hat also den »heiligen Familienbegriff«, »das Heilige« (p. 116). — Der gute Junge sieht hier wieder die Herrschaft des Heiligen, wo ganz empirische Verhältnisse herrschen. Der Bourgeois verhält sich zu den Institutionen seines Regimes, wie der Jude zum Gesetz; er umgeht sie, so oft es tunlich ist, in jedem einzelnen Fall, aber er will, dass alle anderen sie halten sollen. Wenn sämtliche Bourgeois in Masse auf einmal die Institutionen der Bourgeoisie umgingen, so würden sie aufhören, Bourgeois zu sein — ein Verhalten, das ihnen natürlich nicht einfällt und keineswegs von ihrem Wollen oder Laufen abhängt. Der liederliche Bourgeois umgeht die Ehe und begeht heimlichen Ehebruch; der Kaufmann umgeht die Institution des Eigentums, indem er andere durch Spekulation, Bankerott etc. um ihr Eigentum bringt — der junge Bourgeois macht sich von seiner eigenen Familie unabhängig, wenn er kann, löst für sich die Familie praktisch auf; aber die Ehe, das Eigentum, die Familie bleiben theoretisch unangetastet, weil sie praktisch die Grundlagen sind, auf denen die Bourgeoisie ihre Herrschaft errichtet hat, weil sie in ihrer Bourgeoisform die Bedingungen sind, die den Bourgeois zum Bourgeois machen, gerade wie das stets umgangene Gesetz den religiösen Juden zum religiösen Juden macht. Dieses Verhältnis des Bourgeois zu seinen Existenzbedingungen erhält eine seiner allgemeinen Formen in der bürgerlichen Moralität. Es ist überhaupt nicht von »der« Familie zu sprechen. Die Bourgeoisie gibt historisch der Familie den Charakter der bürgerlichen Familie, worin die Langweile und das Geld das Bindende ist, und zu welcher auch die bürgerliche Auflösung der Familie gehört, bei der die Familie selbst fortexistiert. Ihrer schmutzigen Existenz entspricht der heilige Begriff in offiziellen Redensarten und in der allgemeinen Heuchelei. Wo die Familie wirklich aufgelöst ist, wie im Proletariat, findet gerade das Gegenteil von dem statt, was »Stirner« meint. Dort existiert der Familienbegriff durchaus nicht, während stellenweise allerdings Familienzuneigung, gestützt auf höchst reale Verhältnisse, gefunden wird. Im XVIII. Jahrhundert wurde der Familienbegriff von den Philosophen aufgelöst, weil die wirkliche Familie auf den höchsten Spitzen der Civilisation bereits in der Auflösung begriffen war. Aufgelöst war das innere

Band der Familie, die einzelnen Teile, aus denen der Familienbegriff komponiert ist, z. B. Gehorsam, Pietät, eheliche Treue etc.; aber der wirkliche Körper der Familie, Vermögensverhältnis, ausschliessliches Verhältnis gegen andere Familien, gezwungenes Zusammenleben, die Verhältnisse, die schon durch die Existenz der Kinder, den Bau der jetzigen Städte, Bildung des Kapitals etc., gegeben waren, blieben, wenn auch vielfach gestört, weil das Dasein der Familie durch ihren Zusammenhang mit der vom Willen der bürgerlichen Gesellschaft unabhängigen Produktionsweise nötig gemacht ist. Am frappantesten zeigt sich diese Unentbehrlichkeit in der französischen Revolution, wo die Familie für einen Augenblick gesetzlich so gut als aufgehoben war. Die Familie existiert sogar im XIX. Jahrhundert noch fort, nur dass die Tätigkeit der Auflösung nicht des Begriffs wegen, sondern wegen entwickelterer Industrie und Konkurrenz allgemeiner geworden ist; sie existiert noch immer, trotzdem dass ihre Auflösung längst von französischen und englischen Sozialisten proklamiert und vermittelst französischer Romane endlich auch zu den deutschen Kirchenvätern gedrungen ist.

Noch ein Beispiel von der Herrschaft der Idee im gewöhnlichen Leben. Weil die Schulmeister über ihren geringen Sold mit der Heiligkeit der Sache, der sie dienen, vertröstet werden mögen (was bloss in Deutschland vorfallen kann), glaubt Jacques le bonhomme wirklich, diese Redensart sei die Ursache ihrer niedrigen Besoldung (p. 100—). Er glaubt, dass »das Heilige« in der heutigen bürgerlichen Welt einen wirklichen Geldwert habe, er glaubt, dass die dürftigen Ressourcen des preussischen Staats, worüber u. a. Browning zu vergleichen, sich durch die Abschaffung »des Heiligen« so sehr vergrössern würden, dass jeder Dorfschulmeister plötzlich wie ein Minister salariert werden könnte.

Dies ist die Hierarchie des Unsinns.

Der »Schlussstein des erhabenen Domwerkes«, wie der grosse Michelet sagt, der Hierarchie ist »mitunter« die Tat von »Man«. — »Man teilt mitunter die Menschen in zwei Klassen, in Gebildete und Ungebildete.« (Man teilt mitunter die Affen in zwei Klassen, in Geschwänzte und Ungeschwänzte.) »Die ersteren beschäftigen sich, so weit sie ihres Namens würdig waren, mit Gedanken, mit dem Geiste.« Sie »waren in der nachchristlichen Zeit die Herrschenden und forderten für ihre Gedanken — — Respekt.« Die Ungebildeten (Tier, Kind, Neger) sind »schwach« gegen die Gedanken und »werden von ihnen beherrscht. Dies ist der Sinn der Hierarchie.«

Die Jebildeten (Jüngling, Mongole, Neuer) sind also wieder nur mit »dem Geist«, dem reinen Gedanken etc. beschäftigt, Metaphysiker von Profession, in letzter Instanz Hegelianer. »Daher« sind die Unjebildeten die Nichthegelianer. Hegel war ohne Zweifel der allerjebildetste Hegelianer, und darum muss auch bei ihm »an den Tag kommen, welche Sehnsucht gerade der Gebildetste nach den Dingen hat.« Nämlich der Jebildete und Unjebildete stossen auch ineinander aneinander, und zwar in jedem Menschen stösst der Unjebildete auf den Jebildeten. Da nun bei Hegel die grösste Sehnsucht nach den Dingen, also nach dem, was des Unjebildeten ist, an den Tag kommt, so kommt hier ebenfalls an den Tag, dass der Allerjebildetste zugleich der Unjebildetste ist. »Da (bei Hegel) soll dem Gedanken ganz und gar die Wirklichkeit entsprechen und kein Begriff ohne Realität sein.« Soll heissen: Da soll denn ganz und gar die gewöhnliche Vorstellung von der Wirklichkeit ihren philosophischen Ausdruck erhalten, wobei Hegel sich nun umgekehrt ein-

bildet, dass »mithin« jeder philosophische Ausdruck sich die ihm entsprechende Wirklichkeit erschaffe. Jacques le bonhomme nimmt die Illusion, die Hegel von seiner Philosophie hat, für die bare Münze der Hegelschen Philosophie.

Die Hegelsche Philosophie, die in der Herrschaft der Hegelianer über die Nichthegelianer als Krone der Hierarchie auftritt, erobert nun das letzte Weltreich. »Hegels System — war die höchste Despotie und Alleinherrschaft des Denkens, die Allgewalt und Allmacht des Geistes.« (p. 97.) Hier geraten wir also in das Geisterreich der Hegelschen Philosophie, das von Berlin bis Halle und Tübingen geht, das Geisterreich, dessen Geschichte Herr Bayrhoffer geschrieben und wozu die statistischen Notizen von dem grossen Michelet zusammengetragen sind.

Die Vorbereitung zu diesem Geisterreich war die französische Revolution, die »nichts anderes getan hat, als die Dinge in Vorstellungen von den Dingen verwandelt« (p. 115 — vergl. oben Hegel über die Revolution p. 121/22). »So blieb man Staatsbürger« (dies geht zwar bei »Stirner« vorher, aber »was Stirner sagt, ist nicht das Gemeinte, und was er meint, ist unsagbar« Wig. p. 149) und »lebte in der Reflexion, man hatte einen Gegenstand, auf den man reflecktierte, vor dem man (per Appos.) Ehrfurcht und Furcht empfand.« »Stirner« sagt einmal p. 98: »Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.« Wir sagen dagegen: der Weg zum Einzigen ist mit schlechten Nachsätzen gepflastert, mit Appositionen, die seine den Chinesen abgeborgte »Himmelsleiter« und sein »Seil des Objektiven« (p. 88) sind, auf dem er seine »Flohsprünge« macht. Hiernach war es für »die neuere Philosophie oder Zeit« — seit dem Hereinbrechen des Geisterreiches ist ja die neuere Zeit nichts anderes, als die neuere Philosophie — ein Leichtes, »die existierenden Objekte in vorgestellte, d. h. in Begriffe zu verwandeln« (p. 114), eine Arbeit, die Sankt Max weiter fortsetzt.

Wir haben unseren Ritter von der traurigen Gestalt bereits, »ehe denn die Berge waren«, die er nachher durch seinen Glauben versetzte, bereits im Anfange seines Buches auf das grosse Resultat seines »erhabenen Domwerkes« mit verhängtem Zügel lostraben sehen. Sein »Grauer«, die Apposition, konnte ihm nicht rasch genug springen; jetzt endlich, auf p. 114, hat er sein Ziel erreicht und durch ein mächtiges Oder die neuere Zeit in die neuere Philosophie verwandelt.

Hiermit hat die alte (d. h. die alte und neue, negerhafte und mongolische, eigentlich aber nur die vorstirnersche) Zeit »ihr letztes Absehen erreicht.« Wir können jetzt enthüllen, weshalb Sankt Max seinen ganzen ersten Teil »Der Mensch« betitelt und seine ganze Zauber-, Gespenster- und Rittergeschichte für die Geschichte »des Menschen« ausgegeben hat. Die Ideen und Gedanken der Menschen waren natürlich Ideen und Gedanken über sich und ihre Verhältnisse, ihr Bewusstsein von sich, von dem Menschen, denn es war ein Bewusstsein nicht nur der einzelnen Person, sondern der einzelnen Person im Zusammenhange mit der ganzen Gesellschaft und von der ganzen Gesellschaft, in der sie lebten. Die von ihnen unabhängigen Bedingungen, innerhalb deren sie ihr Leben produzierten, die damit zusammenhängenden notwendigen Verkehrsformen, die damit gegebenen persönlichen und sozialen Verhältnisse mussten, so weit sie in Gedanken ausgedrückt wurden, die Form von idealen Bedingungen und notwendigen Verhältnissen annehmen, d. h. als aus dem Begriff des

Menschen, dem menschlichen Wesen, der Natur des Menschen, dem Menschen hervorgehende Bestimmungen ihren Ausdruck im Bewusstsein erhalten. Was die Menschen waren, was ihre Verhältnisse waren, erschien im Bewusstsein als Vorstellung von dem Menschen, von seinen Daseinsweisen oder von seinen näheren Begriffsbestimmungen. Nachdem die Ideologen nun vorausgesetzt hatten, dass die Ideen und Gedanken die bisherige Geschichte beherrschten, dass ihre Geschichte alle bisherige Geschichte sei, nachdem sie sich eingebildet hatten, die wirklichen Verhältnisse hätten sich nach dem Menschen und seinen idealen Verhältnissen, id est Begriffsbestimmungen, gerichtet, nachdem sie überhaupt die Geschichte des Bewusstseins der Menschen von sich zur Grundlage ihrer wirklichen Geschichte gemacht hatten, war nichts leichter, als die Geschichte des Bewusstseins, der Ideen, des Heiligen, der fixierten Vorstellungen — Geschichte »des Menschen« zu nennen und diese der wirklichen Geschichte unterzuschieben. Sankt Max zeichnet sich vor allen seinen Vorgängern nur dadurch aus, dass er von diesen Vorstellungen, selbst in ihrer willkürlichen Isolierung vom wirklichen Leben, dessen Produkte sie waren, nichts weiss und seine nichtige Schöpfung darauf beschränkt, in seiner Kopie der Hegelschen Ideologie die Unkenntnis selbst dessen, was er kopiert, zu konstatieren. Schon hieraus ergibt sich, wie er seiner Phantasie von der Geschichte des Menschen die Geschichte des wirklichen Individuums in der Form des Einzigen gegenüberstellen kann.

Die einzige Geschichte trägt sich anfangs in der Stoa zu Athen, später fast gänzlich in Deutschland und schliesslich am Kupfergraben in Berlin zu, wo der Despot der »neueren Philosophie oder Zeit« seine Hofburg aufgeschlagen hatte. Schon daraus geht hervor, welch eine ausschliesslich nationale und lokale Angelegenheit hier verhandelt wird. Statt der Weltgeschichte gibt der heilige Max uns einige, noch dazu höchst dürftige und schiefe Glossen über die Geschichte der deutschen Theologie und Philosophie. Wenn wir einmal zum Schein aus Deutschland heraustreten, so geschieht es nur, um die Taten und Gedanken anderer Völker, z. B. die französische Revolution, in Deutschland und zwar am Kupfergraben »ihr letztes Absehen erreichen« zu lassen. Nur deutsch-nationale Tatsachen werden citiert, nach deutsch-nationaler Weise werden sie verhandelt und aufgefasst, und das Resultat bleibt ein national-deutsches. Aber auch damit ist es nicht genug. Die Auffassung und Bildung unseres Heiligen ist nicht nur deutsch, sie ist durch und durch berlinisch. Die Rolle, die der Hegelschen Philosophie erteilt wird, ist dieselbe, die sie in Berlin spielt, und »Stirner« verwechselt nun Berlin mit der Welt und ihrer Geschichte. Der »Jüngling« ist ein Berliner, die guten Bürger, die uns im ganzen Buche begegnen, sind Berliner Weissbierphilister. Mit solchen Prämissen kommt man natürlich nur zu einem innerhalb der Nationalität und Lokalität befangenen Resultate. »Stirner« und seine ganze philosophische Bruderschaft, deren Schwächster und Unwissendster er ist, liefern den praktischen Kommentar zu dem wackern Hoffmann von Fallersleben:

> Nur in Deutschland, nur in Deutschland,
> da möcht' ich ewig leben.

Das Berliner Lokalresultat unseres wackeren Heiligen, dass die ganze Welt in der Hegelschen Philosophie alle jeworden sei, befähigt ihn nun, ohne grosse Unkosten zu einem »eigenen« Weltreich zu kommen. Die Hegelsche Philosophie hat alles in Gedanken, in das Heilige, in Spuk, in Geist, in Geister, in Gespenster verwandelt. Diese wird »Stirner«

bekämpfen, in seiner Einbildung überwinden und auf ihren Leichen sein »eigenes«, »einziges«, »leibhaftiges« Weltreich, das Weltreich des »ganzen Kerls« stiften.

»Denn wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Fürsten und Gewaltigen, nämlich mit den Herren dieser Welt, die in der Finsternis dieser Welt herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel.« Epheser 6, 12.

Jetzt ist »Stirner« »an Beinen gestiefelt, als fertig zu treiben« den Kampf gegen die Gedanken. Den »Schild des Glaubens« braucht er nicht erst zu »ergreifen«, da er ihn nie aus den Händen gegeben hat. Mit dem »Helm« des Unheils und dem »Schwert« der Geistlosigkeit (vergl. ibid.) gewappnet, zieht er in den Kampf. »Und es ward ihm gegeben, zu streiten wider das Heilige«, aber nicht es »zu besiegen«. (Offenb. Joh. 13, 7.).

Neue Mitteilungen über die Rückkehr Lassalles nach Berlin 1857—1858.

Im Februarheft 1903 der *Preussischen Jahrbücher* bespricht der Privatdozent der Geschichte an der Universität Berlin Hermann Onken in einem längeren Aufsatz: »*Die Rückkehr Lassalles nach Berlin* 1857/58« die Vorgänge, die sich auf Ferd. Lassalles Niederlassung in Berlin in den bezeichneten Jahren beziehen. Es handelt sich da vornehmlich um die Frage, welche Schritte Lassalle getan oder veranlasst hat, um seine Niederlassung und das Recht zu dauerndem Aufenthalt in Berlin zu erwirken. In der bekannten Lassalle-Biographie von G. Brandes ward Alex. von Humboldt als die Persönlichkeit genannt, deren direkter Fürbitte beim König von Preussen die Zurücknahme der Ausweisung Lassalles aus Berlin geschuldet war, während Lassalle selbst in einem Brief vom 26. April 1857 an Marx nur von einem von ihm selbst an die Polizei gerichteten Gesuch spricht, worin er sich auf die Notwendigkeit berufen habe, wegen eines Augenleidens den berühmten Augenarzt Gräfe aufsuchen und ausserdem die Fertigstellung und Drucklegung seines Werkes über die Philosophie Herakleitos des Dunkeln in Berlin besorgen zu müssen, und das ihm die Erlaubnis verschafft habe, etliche Monate in Berlin sich aufhalten zu dürfen. Am Ende derselben werde man ihn aber doch wohl wieder aus Berlin ausweisen. Ein notwendiger innerer Widerspruch zwischen beiden Lesarten braucht nicht zu bestehen; die Gewährung der nachgesuchten Erlaubnis oder die Verlängeurng dieser konnte schliesslich doch der Verwendung A. von Humboldts geschuldet sein. In diesem Sinne hat der Herausgeber dieser Zeitschrift in der 1891 verfassten Einleitung zur Gesamtausgabe der Lassalleschen Schriften die Sache aufgefasst und es als auffällig bezeichnet, dass Lassalle im Gegensatz zu gewissen Aeusserungen, die einen schroffen politischen Rigorismus atmen, auf solche Weise sich die Aufenthaltserlaubnis als eine Art Vergünstigung vom Gegner verschafft habe. Fr. Mehring hat in der Ausgabe der Lassalleschen Briefe diese Bemerkung neuerdings als eine Beschuldigung gedeutet, Lassalle habe beim König von Preussen antichambriert, während er an Marx von einer mühsam erkämpften Erlaubnis für einige Monate Aufenthalt schrieb, und hat, unter Hervorhebung gewisser Zeitwidrigkeiten in der Brandesschen Darstellung, diese überhaupt als der inneren Wahrscheinlichkeit entbehrend hingestellt. Onkens Artikel klärt nun den Sachverhalt dahin auf, dass die Verwendung Humboldts für Lassalle in eine etwas spätere Zeit fällt, nämlich in den Juni 1858, wo Lassalle, nachdem er bereits über ein Jahr sich in Berlin aufgehalten hatte und am 28. November 1857 zugleich mit dem General von Pfuel per Acclamation

von der Berliner Philosophischen Gesellschaft als Mitglied aufgenommen worden war, aus Anlass des Zwischenfalls mit dem Intendanturrat Fabrice aus Berlin wieder ausgewiesen werden sollte. Zwei Tagebuchnotizen Varnhagen von Enses und ein Brief Humboldts an Böckh geben darüber genauere Auskunft.

Varnhagen schreibt unterm 9. Juni 1858 (Tagebuch 14, 290): »Besuch von Herrn Dr. Lassalle, der mir den Bescheid des Polizeipräsidenten zeigt, nach welchem er nicht länger als am Ende des Monats hierbleiben darf. Er berät mit mir, wie er sich am besten dagegen sträuben kann, allein da er schon mit den Ministern von Manteuffel und Westfalen vergebens gesprochen hat und Bedenken findet, an den Prinzen von Preussen sich zu wenden, so sehe ich nicht, was für Mittel ihm übrig sind. Das Geratsamste scheint für jetzt, die Rückkehr des Herrn von Zedlitz [des Polizeipräsidenten] abzuwarten, der vor einigen Tagen nach Schlesien abgereist ist . . .« Und unterm 16. Juni (Tagebuch 14, 294): »Besuch von Dr. Lassalle. Böckh und Humboldt nehmen sich seiner kräftigst an, besonders hat Humboldt mit Nachdruck an den Ministerpräsidenten von Manteuffel und an den Prinzen von Preussen geschrieben. Lassalle gründet darauf die grössten Hoffnungen, die mir aber noch sehr zweifelhaft scheinen . . .«

Der Brief Al. von Humboldts an Böckh steht in der Biographie Böckhs von Max Hoffmann, S. 454, abgedruckt. Er ist undatiert, muss aber Mitte Juni geschrieben sein und lautet:

»Ich denke, ich habe in innigem Danke für Ihre Aufforderung, verehrter Freund, mehr getan, als Sie wünschen konnten. Noch ehe ich heute Morgen die lange, aber sehr kluge Eingabe von Lassalle erhalten, die der Ministerpräsident dem Prinzen von Preussen übergeben will, habe ich sehr warm selbst geschrieben an den Prinzen, an den Ministerpräsidenten als Dank und an Lassalle selbst sehr freundlich. Ich habe gern vergessen die Unannehmlichkeit, die ich gehabt, so unanständig in einem schmutzigen Artikel der »Magdeburger Zeitung« No. 114 vom 1. Juni 1858 genannt zu sein.

Wie kann ein Mensch ausgewiesen werden, weil er angefallen worden ist? Ich habe bei dem Prinzen Gerechtigkeit, Unparteilichkeit, Milde und Gefühl für wissenschaftliche Ehre angerufen.

Dankbarst Ihr

Al. Humboldt.«

Der Brief Humboldts, der diesem Gelehrten ein schönes Ehrenzeugnis ausstellt, lässt es unklar, an wen die Eingabe Lassalles unmittelbar gerichtet war. Oncken unterstellt ein Immediatgesuch an die Adresse des Prinzen von Preussen selbst, uns scheint es als sehr viel wahrscheinlicher, dass sie an das Ministerium gerichtet war. Nur so viel ist hinsichtlich ihrer aus Humboldts Brief mit Sicherheit zu schliessen, dass Lassalle im voraus wusste, sie werde dem Prinzen vorgelegt werden, und ihren Inhalt daraufhin einrichtete. Ebenso war Lassalle von der Verwendung Humboldts beim Prinzen unterrichtet.

Dies die Tatsachen. Oncken geht in dem Artikel des weiteren auf die Frage ein, wie Lassalles Verhalten in dieser Sache politisch zu beurteilen sei. Von der oben erwähnten, 1891 verfassten Schrift des Herausgebers dieser Zeitschrift heisst es bei ihm, dass ihr Verfasser »an die Persönlichkeit und den Lebensgang Lassalles einen ganz und gar kleinmeisterlich marxistischen Massstab legt«. Aber auch Mehring ist ihm zu sehr in dieser marxistischen Auffassung befangen, wenn er durch die Art der Verteidigung Lassalles gegen die Brandessche Darstellung erkennen lasse, dass diese in seinen Augen Lassalle kompromittieren würde. Lassalle sei, da der Aufenthalt in Berlin im Interesse der Aufgaben lag, die er sich gestellt, wohl berechtigt gewesen, sich über die doktrinären Bedenken hinwegzusetzen, die dem Appell an den Prinzen von Preussen entgegenstanden. »Das kostbare Aktenstück der Immediateingabe Lassalles ruht vermutlich im Königlichen Haus- oder Staatsarchiv und harrt des Tages,

wo die Sozialdemokratie es schwarz auf weiss zu lesen bekommt, dass ihr Begründer zu Zeiten ein »sehr kluger« Diplomat zu sein verstand.« (Pr. Jahrbücher S. 311.) Als kluge Diplomatie Lassalles betrachtet es Oncken auch, dass dieser in den Briefen an Marx von der ganzen Sache schwieg bezw. sie Marx weislich »verschwieg«.

So weit die Onckensche Darstellung. Da sie, wie vorher bemerkt, keinen Beweis dafür erbringt, dass Lassalle sich direkt an den Prinzen von Preussen gewandt habe, fügt sie auch dem geistigen Bilde Lassalles keinen neuen Zug zu; was sie zur Rechtfertigung einer solchen Eingabe sagt, charakterisiert vorläufig nur die politische Moralauffassung des Verfassers, nicht die Lassalles. Ohne weiteres kann man indes zugeben, dass Lassalle auch schon in der fraglichen Zeit in diesem Punkt anders empfand wie Marx, wenn ihm dies auch nicht von vornherein völlig zum Bewusstsein gekommen sein mag. Dass Lassalle und Marx auch in der Zeit ihrer grössten politischen Intimität ihre kleinen Vorbehalte gegeneinander hatten, ward in dieser Zeitschrift schon herorgehoben. (Vgl. den Aufsatz »Ueber das Verhältnis von Lassalle zu Marx und Engels« in Bd. I, Heft 4 der Dok. des Soz.) Man geht aber fehl, wenn man alle politischen Handlungen Lassalles unter dem Gesichtspunkt der Ergebnisse planmässiger Berechnung beurteilt. Lassalle war eine viel zu impulsive, subjektivistische Natur, um sich nicht auch in politischen Dingen oft von Augenblickseindrücken hinreissen zu lassen. Er ging dann weiter als andere, wenn ihn auch sein politischer Blick davon abhielt, gewisse Schranken zu überschreiten, und er genug Dialektiker war, solch intuitives Handeln sofort sehr rationalistisch begründen zu können. Hätte Lassalle, ehe er nach Berlin übergesiedelt war, alle die Schritte tun oder veranlassen müssen, die im bezeichneten Moment nötig wurden, um sein Verbleiben in Berlin zu ermöglichen, so würde er sich die Sache vielleicht doch noch überlegt haben. Nun er einmal in Berlin war und Boden gefasst hatte, war das Wiederfortmüssen mit ganz anderen Verzichtleistungen verbunden, als das Fortbleibenmüssen; auch hatte er das Verhältnis der politischen Kräfte schärfer erkannt als vorher, und so lag es nahe, Bedingungen anzunehmen, die er sonst vielleicht abgelehnt hätte. Denn, ob seine Eingabe an den Minister oder an den Prinzen gerichtet war, so war sie doch faktisch ein Plaidoyer für die Aufrechterhaltung einer Erlaubnis, nicht für die Verteidigung eines Rechts. Dies zur Klarstellung der Sachlage und damit zur Stellung der aufgeworfenen Frage, deren Beantwortung je nach dem politischen Glaubensbekenntnis des Antwortenden verschieden ausfallen wird oder in das Gebiet der politischen Moralkasuistik zu verweisen ist, und deshalb uns hier nicht weiter angeht.

III. Urkunden des Sozialismus.

Das Manifest der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags über den Ausgang des Kampfs um das Zolltarif-Gesetz von 1902/1903 im Deutschen Reichstag.

(Veröffentlicht im Berliner »Vorwärts« vom 19. Dezember 1902.)

An das arbeitende Volk Deutschlands!

Der Reichstag hat in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember nach einer ununterbrochenen fast 19stündigen Sitzung das Zolltarifgesetz und den Zolltarif mit grosser Mehrheit angenommen.

Damit ist eine für die Zukunft Deutschlands folgenschwere Verhandlung vorläufig abgeschlossen worden.

Dieses Zolltarifgesetz, in Verbindung mit einem Zolltarif von 946 Positionen, von denen kaum 20 der verfassungs- und geschäftsordnungsmässigen Behandlung unterzogen worden sind, weil die zollgierige Mehrheit nicht den Augenblick erwarten konnte, in dem sie die Beute in der Tasche hatte, ist von uns mit allen uns zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln bis zum letzten Augenblicke der Beratung auf das heftigste bekämpft worden.

Ausschlaggebend für unseren zähen Widerstand gegen die überhastete Durchberatung des Zolltarifs war, dass eine Massregel von so ungeheurer Tragweite für das gesamte Wirtschaftsleben unseres Volkes nicht hätte beschlossen werden dürfen, ohne dass das Volk selbst bei allgemeinen Neuwahlen Stellung dazu nehmen konnte. Aber aus Furcht vor dem drohenden Volksurteil sind die Regierungen und die Reichstagsmehrheit dieser selbstverständlichen Forderung ausgewichen. Unmittelbar vor dem verfassungsgemäss bevorstehenden Schluss dieser Legislaturperiode haben sie die Beute unter Dach und Fach gebracht und damit den berechtigten Einfluss des Volkes auf die Gesetzgebung unterbunden.

Wir sehen in diesem Zolltarif, der den künftigen Verhandlungen für den Abschluss von Handelsverträgen mit ausländischen Staaten zu Grunde gelegt werden soll, eine der schwersten Schädigungen für die Lebenshaltung und die wirtschaftliche Entwickelung der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere der arbeitenden Klassen.

Dieser Tarif ist nicht geeignet, der deutschen Industrie, dem deutschen Verkehr und der deutschen Arbeit Handelsverträge zu sichern, die eine normale, dem Wohle der Gesamtheit förderliche Entwickelung ermöglichen; er erschwert sie vielmehr auf's höchste und gefährdet grosse Kreise in ihrer Existenz und führt sie dem Elend zu.

Und das alles, um den junkerlichen und bürgerlichen Grossgrundbesitzern und einem Teil der grösseren bäuerlichen Betriebe, sodann ge-

wissen Kreisen der Grossindustrie zu den alten weitere sehr erhebliche Vorteile auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsklassen zuzuschanzen. Vorteile, die sich auf jährlich mindestens 500 Millionen Mark belaufen, durch welche die Lebenshaltung der übrigen Klassen, namentlich der Arbeiterklasse, belastet wird.

Durch die Mindestzölle auf Brot und Mehl, unter die bei Abschluss der künftigen Handelsverträge nicht gegangen werden darf, wird das tägliche Brot des deutschen Volkes im Vergleich zu dem Weltmarktpreis des Brotgetreides um nahezu 50 Prozent und für Weizen um über 40 Prozent verteuert.

Das deutsche Volk hat, soweit es nicht selbst sein Brotgetreide für den eigenen Bedarf baut, künftig das zweifelhafte Glück, das teuerste Brot und das teuerste Mehl in der Welt zu essen!

Wie mit Brot und Mehl steht es mit den Viehprodukten aller Art. Die von der Mehrheit des Reichstags beschlossenen und von den verbündeten Regierungen gebilligten Sätze auf vom Ausland eingeführtes Vieh und eingeführte Fleischwaren erhöhen künftig die Zölle um das Vielfache. So wird also auch die Fleischnahrung des Volkes, die schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Millionen Familien ein Luxusgenuss ist, entsprechend weiter verteuert, wodurch die Gesundheitsverhältnisse grosser Bevölkerungsschichten auf das schwerste benachteiligt werden.

Und wie mit Brot- und Fleischprodukten aller Art steht es mit den übrigen Lebensbedürfnissen, auf die man ebenfalls die Zölle in starkem Masse erhöht oder, wie auf Gemüse, Obst, Gänse und anderes Geflügel, neu eingeführt hat.

Deutschland hat im Jahre 1900 für nicht weniger als 1962 Millionen Mark Nahrungs- und Genussmittel eingeführt, weil es dieselben entweder in hinreichender Menge zur Ernährung seiner stetig anwachsenden Bevölkerung zu erzeugen nicht imstande ist, so bei Roggen, Weizen, Gerste, Eiern, Butter, Käse, Fleisch, Geflügel aller Art — oder weil es andere Nahrungsmittel nach der Natur seines Klimas nicht erzeugen kann, wie Reis, Kaffee, Tee, Südfrüchte, Gewürze.

Fast alle diese Gegenstände waren schon bisher hoch verzollt. Diese Zölle sind aber der agrarischen Begehrlichkeit zuliebe noch sehr erheblich erhöht worden, so dass allein der jährliche Mehrertrag an Zolleinnahmen für die Reichskasse sich auf circa 210 Millionen Mark beläuft, von denen 175 Millionen Mark auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und 35 Millionen Mark auf Industrieerzeugnisse entfallen —, eine Steuer, durch die in entsprechender Weise die Preise für den Gesamtverbrauch der Nation künstlich in die Höhe getrieben werden.

Man gibt denen, die schon haben, um denen noch das letzte zu nehmen, die ohnehin an dem Nötigsten Mangel leiden!

Es ist die Politik der Bereicherung der Wohlhabenden auf Kosten der Armen — eine Politik, die in schreiendem Gegensatz mit der Gerechtigkeit und der Christlichkeit steht, weshalb gerade diejenigen, so scheint es, an der Spitze dieser Brot- und Lebensmittelwucherpolitik stehen, die das Volk lehren zu beten: Unser täglich Brot gib uns heute!

Die protestantische und katholische Geistlichkeit, so weit sie im Reichstag vertreten ist, hat dem Hunger- und Wuchertarif ihre Zustimmung und ihren Segen gegeben!

Auch dass es gerade ein Adventsonntag war, an dem die Mehrheit des Reichstags diesen Hunger- und Wuchertarif annahm, drückt dieser Handlung ein besonderes Gepräge auf.

Kehrte Christus wieder, er wäre der erste, der die Geissel über diese Brot- und Lebensmittelverteurer schwänge, die sich brüsten, in seinem Namen zu handeln, und sie zum Tempel hinausjagte, den sie durch ihre Handlungen schänden.

Dem Klein- und Parzellenbauer lügt man vor, dass man die Getreide-, Vieh-, Geflügelzölle etc. nur einführe, um ihm die ärmliche Existenz zu erleichtern. Dieselben Klein- und Parzellenbauern aber müssen, soweit sie nicht genügend Brotgetreide für den eigenen Bedarf bauen, die hohen Getreidezölle selbst mittragen. Soweit sie ferner für ihre Vieh- und Geflügelzucht nicht genügend Futtermittel besitzen, müssen sie die hohen Zölle auf diese mitentrichten, so den fast doppelt so hohen Mais-, Gerste- und Haferzoll, die sehr erheblich erhöhten Zölle auf Oelfrüchte und andere Futtermittel. Insbesondere erschwert man auch dem kleinbäuerlichen und städtischen Pferdebesitzer, dem Fuhrmann und Droschkenkutscher damit auf's ärgste die tägliche Existenz.

Den Handwerker täuscht man, indem man ihm sagt, das höhere Einkommen der Landwirte käme auch ihm zu gute. Er, der schon unter der Konkurrenz des Kapitalismus leidet, muss künftig nicht bloss seinen Brot- und Fleischverbrauch und alle übrigen Lebensmittel teurer bezahlen, sondern auch sein Handwerkszeug, sowie seine Roh- und Halbfabrikate höher bezahlen, weil sie durch die Zölle entsprechend verteuert werden, oder weil durch die Zollpolitik die Kartell- und Syndikatswirtschaft noch mehr begünstigt wird, die ihre Fabrikate nach innen zu Wucherpreisen, nach aussen aber zu Schleuderpreisen absetzt. So wird der Ruin des Handwerkerstandes nur beschleunigt.

Die angeblichen Mittelstandsretter in der Zollwuchermehrheit sind die Totengräber des Mittelstandes!

Den Arbeiter sucht man zu täuschen, indem man ihm sagt, die höheren Lebensmittelpreise werde er durch bessere Löhne in der zollgeschützten Industrie und Landwirtschaft zurückerhalten. Man verschweigt ihm, dass der Lohn sich nicht nach den Lebensmittelpreisen, sondern nach der Nachfrage nach Arbeitskräften richtet, dass kein Unternehmer höhere Löhne zahlt, als er zahlen muss, dass aber dieselben Unternehmerschichten, die durch Zölle und Kartellwirtschaft Riesenprofite einheimsen, ihren Arbeitern das Vereinigungs- und Koalitionsrecht rauben, ohne das er den Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht aufnehmen kann. Während gar dem Landarbeiter das Vereinigungs- und Koalitionsrecht zum Kampfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen strafgesetzlich verboten worden ist.

So bleibt auch unter der neuen agrarischen Zöllnerei der Landarbeiter ein moderner Helote.

Schmach und Schande über die Parteien, die die Armen und Bedrückten belügen, ausbeuten und betrügen und zu dem Schaden auch noch den Spott hinzufügen, indem sie sich heuchlerisch als Vertreter des echten Patriotismus, des wahren Christentums und der Moral geberden und feiern lassen.

Bei der gewaltigen Ausfuhr Deutschlands an Industrieartikeln, deren Wert im Jahre 1900 rund 3000 Millionen betrug, hängen Millionen Familien von einer geschickt geführten Wirtschaftspolitik ab, die gestattet, mit dem Ausland günstige Handelsverträge abzuschliessen. Aber es besteht kein Zweifel, dass der durch die Beschlüsse der Reichstagsmehrheit für künftige Handelsvertragsverhandlungen als Grundlage geschaffene Tarif den Abschluss günstiger Handelsverträge für Deutschland auf's höchste gefährdet. Soweit aber Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs zustande kommen, werden diese wesentlich ungünstiger sein, als die bisher in Kraft gewesenen.

Im Jahre 1894 bezeichnete der deutsche Kaiser den Abschluss der im Augenblick noch geltenden Handelsverträge als eine »rettende Tat«, und in Bezug auf den Antrag Kanitz erklärte er: man könne ihm nicht zumuten, Brotwucher zu treiben.

Was damals als eine »rettende Tat« angesehen wurde, erscheint heute der Reichstagsmehrheit und der Mehrzahl der Regierungen — darunter in erster Linie der preussischen — als ein nationales Unglück, dessen Folgen man so rasch als möglich durch den Abschluss neuer Handelsverträge auf Grund des angenommenen Hunger- und Wuchertarifs beseitigen müsse.

Die Folge ist, dass in erster Linie die deutsche Arbeiterklasse nicht nur durch die kommenden erhöhten Lebensmittelzölle in eine ungünstigere Lage herabgedrückt wird, sondern dass auch durch ungünstigere Handelsverträge Industrie und Verkehr auf's schwerste geschädigt werden, was wieder unheilvoll auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einwirken muss.

Der deutsche Arbeiter — und mit ihm seine Familie — wird also mit doppelten Ruten gepeitscht. Ihm wird das tägliche Brot und die ganze Lebenshaltung in einer Weise verteuert, wie sie kein Arbeiter eines anderen Kulturlandes kennt, und ausserdem hat er mit den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die ihm den Lohn kürzen und das schwere Leben noch schwerer machen.

Das ist die Lage, in welche die deutsche Arbeiterklasse dadurch kommt, dass sie in ihrer Mehrheit in bedauerlicher Verblendung bei den Wahlen ihren schlimmsten Gegnern ihre Stimme gab!

Doch die Erkenntnis von diesem volks- und arbeiterfeindlichen Treiben bricht sich Bahn insbesondere in den Kreisen der Arbeiter, die bisher dem Centrum Heeresfolge leisteten. Um der steigenden Unzufriedenheit in diesen Kreisen entgegenzuwirken und eine Deckung für seine gemeinschädliche Zollpolitik zu finden, brachte das Centrum einen Antrag ein, wonach gewisse Erträge aus den erhöhten Zolleinnahmen im Betrage von 90 Millionen Mark pro Jahr für die Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung aufgespeichert werden sollen. Doch schnell ward dem Centrum bange vor seiner eigenen Kühnheit, und es setzte regierungsfromm seine Forderung auf 50 Millionen herunter.

So erklärt sich dieser Antrag als eine Gewissensabfindung des Centrums für den Sündenfall, den es durch die Zustimmung zu dem Hunger- und Wuchertarif beging.

Die Vorteile, welche die deutsche Unternehmerklasse, insbesondere die grosse und mittlere Landwirtschaft, aus der gesamten Zollpolitik des Deutschen Reichs künftig zieht, belaufen sich auf mindestens 1200 Millionen Mark im Jahre. Von diesem Riesenprofit sollen künftig höchstens 50 Millionen Mark für eine Witwen- und Waisenversicherung angelegt werden. Das bedeutet, dass von jeder Mark, die eine deutsche Arbeiterfamilie für ihre Lebenshaltung mehr ausgeben muss, ganze vier Pfennige für Witwen- und Waisenunterstützung verwendet werden sollen. Und selbst diese Versicherung ist noch in weite Ferne gerückt. Der deutsche Arbeiter hat also nur den schwachen Trost, dass, wenn er infolge schlechterer Ernährung und gedrückterer Lebenshaltung frühzeitiger ins Grab steigt, seine Witwe und seine Kinder einige Bettelpfennige als Witwen- und Waisenversicherung erhalten, wodurch obendrein die Unterstützungspflicht der Gemeinde gegen diese erleichtert wird.

Wenn trotzdem auch wir diesem Antrag schliesslich zustimmten — nachdem unser eigener Antrag, ca. 300 Millionen Mark pro Jahr für den gleichen Zweck zu verwenden, mit Hilfe des Centrums von der Mehrheit abgelehnt worden war —, so taten wir dieses nicht etwa, weil wir dem Antrag des Centrums eine besondere Wirkung für den

in Aussicht genommenen Zweck zuschrieben; dazu sind die 50 Millionen viel zu wenig. Für uns war massgebend, dass jede Million Mark, die wir dem gierigen Rachen des Reichsfiskus für einen humanitären Zweck entreissen, dem Militär- und Marinemoloch verloren geht, also einem kulturfeindlichen Zweck entrissen wird.

Ueber die demagogische Absicht des Centrumsantrages und seine tatsächliche Unzulänglichkeit haben wir uns nie getäuscht, und seine Annahme macht das Verbrechen, welches das Centrum durch seine Zustimmung zum Hunger- und Wuchertarif an den Armen und Elenden begangen hat, um kein Haar leichter!

An eine Beseitigung oder auch nur an eine wesentliche Ermässigung der Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel ist, so lange die jetzigen Parteiverhältnisse bestehen und das Deutsche Reich das bleibt, was es ist — ein Militär- und Klassenstaat — nicht zu erwarten. Die Einnahmen aus den Brot- und Lebensmittelzöllen bilden schon seit langem eine seiner Haupteinnahmequellen für die Militär- und Marineausgaben, die bis auf den letzten Pfennig hierfür Verwendung finden. Direkte Steuern aus dem Vermögen oder Einkommen für das Reich zu zahlen, weigern sich aber die herrschenden Klassen auf Tod und Leben.

Wie der gemeine Mann für das Reich die Hauptlast der Blutsteuer zu tragen hat, so auch hauptsächlich die Steuer an Geld. Es liegt in der Natur des Klassenstaates, dass er die Rechte und Freiheiten vorzugsweise für die Besitzenden in Anspruch nimmt und den Nichtbesitzenden hauptsächlich die Lasten und Pflichten auferlegt!

Mit diesem Grundgedanken kam das Reich zur Welt und diesem Grundgedanken bleibt es treu, so lange seine Grundlage die gleiche ist, die Herrschaft des Kapitalismus und des Militarismus, d. h. die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen!

Gegenwärtig betragen die Militär- und Marinelasten direkt und indirekt pro Jahr erheblich über 1000 Millionen Mark, und jedes Jahr steigen sie auf's neue. Da ist es Pflicht, das Anwachsen dieser Ausgaben nach Möglichkeit zu erschweren.

Dieses ist der einfache und natürliche Grund für unseren Standpunkt dem Antrage des Centrums gegenüber. Wir bedauern nur, dass wir dem Militär- und Marinemoloch nicht noch weit mehr von den Mitteln entreissen konnten, wie wir dieses nacheinander durch Anträge auf Ueberweisungen von Zollerträgnissen für Volksschulzwecke, für Aufhebung der Salzsteuer, der Zuckerverbrauchssteuer und der Branntwein-Liebesgaben vergeblich versucht haben.

Auch hier war es die reaktionäre Mehrheit, die sich aus den Nationalliberalen, dem Centrum und den konservativen Parteien zusammensetzte, welche die Annahme unserer Anträge vereitelten. Insbesondere haben sich neben dem Centrum — von den Konservativen zu schweigen — die Nationalliberalen in ihrer ganzen Volks- und Arbeiterfeindlichkeit gezeigt. Was immer an Gewalt und Unrecht und reaktionären Machenschaften bei Beratung des Zolltarifs gegen die Opposition ins Werk gesetzt wurde, die Nationalliberalen stimmten jubelnd zu!

So wurde das Zollgesetz mit dem Zolltarif trotz unserer verzweifelten Gegenwehr, die wir seiner Annahme bis zum letzten Augenblick entgegensetzten, angenommen.

Aber was angenommen wurde, ist nicht der Tarif, den die Mehrheit wollte, auch nicht der Tarif, den die Regierungen wollten. In der Verzweiflung des Kampfes wider uns, die Minorität, und in der Angst, die Beute zu verlieren, machte man aus der Not eine Tugend.

Als am 14. Dezember morgens dreiviertel auf fünf Uhr der Reichskanzler Graf Bülow, stolz auf seine Vaterschaft, das Neugeborene zärtlich an die Brust drückte, übersah er, dass es eine Missgeburt sondergleichen war, die er in den Armen hielt. Indem die Mehrheit des Reichstags die Unmöglichkeit einsah, ihre Ernte auf rechtmässigem Wege einzuheimsen, griff sie zu widerrechtlichen Mitteln. Nur unter wiederholtem Bruch der Geschäftsordnung — dieser Verfassung des Reichstags — unter gewissenloser Preisgabe alter überlieferter parlamentarischer Regeln und Vorschriften, durch parteiische Handhabung der Geschäftsführung seitens der amtierenden Präsidenten war es der zollgierigen Mehrheit möglich, die Minderheit aus einer Stellung in die andere zurückzudrängen und schliesslich die ersehnte Beute zu erhaschen!

Nicht das Recht, sondern die Gewalt und die brutale Uebermacht hat uns besiegt und hat damit den Glauben an Recht und Gerechtigkeit und Unparteilichkeit, kurz an alle die Grundlagen, ohne die ein parlamentarisches Leben auf die Dauer nicht bestehen kann, mit der Wurzel ausgerottet.

Doch auch zu Boden geworfen sind wir die siegend Geschlagenen. Heute die Ueberwältigten, erheben wir uns, um morgen die Angreifer zu werden!

Die Flickarbeit an dem von Anfang an verpfuschten Zolltarif, sowie die Bewilligung der neuen Handelsverträge, die auf Grund desselben abgeschlossen werden sollen, werden den im Juni neu zu wählenden Reichstag beschäftigen.

Ist es auch der Mehrheit durch rücksichtslose Anwendung der Gewalt und durch Gesetzesbruch scheinbar gelungen, diesen Tarif dem Urteil der Wähler zu entziehen, so werden doch der Tarif und seine Wirkungen nichtsdestoweniger die Wähler im nächsten Wahlkampf auf das lebhafteste beschäftigen und dauernd Gegenstand der Diskussion im Reichstag sein.

Nieder mit den Parteien des Zollwuchers — das muss die Parole in dem nächsten Wahlkampfe sein — keine Zustimmung zu einem Vertrag, der Hunger- und Wucherzölle enthält!

Und nicht das allein kommt für die nächsten Wahlen in Frage: Eine neue Militär- und Marinevorlage erscheint bereits am politischen Himmel und erfordert neue Opfer an Menschen und Geld!

Auch die Welt- und Kolonialpolitik heischt immer weitere Opfer. Wir stürzen aus einem überseeischen Abenteuer in das andere. Die Millionen fliegen zum Fenster hinaus und leeren das Reichsfass bis auf den Boden. Eine Verlegenheit kommt nach der anderen.

So werden trotz der Hunderte Millionen neuer Einnahmen aus dem Hunger- und Wuchertarif diese nicht entfernt reichen, um all den gesteigerten Ausgaben zu genügen.

Neue Steuern, in erster Linie eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, sind schon angekündigt worden, und langen auch diese nicht — wie vorauszusehen ist —, so werden weitere Steuerprojekte folgen.

Aber nicht den Wohlhabenden, nicht den Reichen wird man mit diesen neuen Steuern fassen, sondern man wird immer wieder die Bedarfsartikel der grossen Masse mit Steuern belasten — trotz aller feierlichen Erklärungen, die seinerzeit namentlich das Centrum bei seiner Bewilligung der letzten Flottenvorlage abgab.

Wer dieser Partei traut, der hat auf Sand gebaut! Sie repräsentiert den politischen Verrat in Permanenz!

Zieht jedoch bei den kommenden Wahlen abermals eine reaktionäre Mehrheit in den Reichstag ein, so sind nicht nur die wirtschaftlichen Interessen, sondern auch die wenigen politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes schwer bedroht, vor allem das allgemeine Wahlrecht! Darum heisst es, auf dem Posten sein und sich rüsten. Der nächste Wahltag muss ein Sieg- und Jubeltag für das arbeitende Volk werden, wie nie einer zuvor es war.

Männer der Arbeit! Beginnt sofort mit aller Kraft die Vorbereitungen zu den Wahlen! Sammelt euch! Tretet ein in die sozialdemokratischen Organisationen! Ohne Organisationen kein wirksamer Kampf, ohne Mittel kein Sieg! Aber zum Kriegführen gehört Geld, wieder Geld und abermals Geld! Auch der Wahlkampf ist ein Krieg, in dem das Recht gegen das Unrecht, die Unterdrückung gegen das Vorrecht, der Ausgebeutete gegen den Ausbeuter kämpft!

Männer der Arbeit! Schliesst die Reihen!

Bedenket, dass ihr jetzt nur noch alle fünf Jahre einmal berufen seid, über euer Geschick selbst zu entscheiden! Versäumt ihr, an diesem Tage für eure Interessen einzutreten, dann habt ihr fünf lange Jahre verloren! Wagt es endlich einmal, wenigstens an einem Tage Herr eures Geschickes zu sein!

Wagt ihr das nicht, so bindet ihr euch selbst die Rute und verschuldet selbst, wenn ihr unter der Last der Opfer für die herrschenden Klassen zusammenbrecht!

Darum, im Namen der euch vorenthaltenen Menschenrechte: Vorwärts!

Euer Schlachtruf sei: Hoch die die Menschheit erlösenden Ideen des Sozialismus! Nieder mit der Gewalt und der Klassenherrschaft!

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags:

Albrecht. Agster. Antrick. Auer. Baudert. Bebel. Bernstein. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster (Reuss). Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Grünberg. Haase (Königsberg). Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann (Chemnitz). Horn (Sachsen). Kaden. Klees. Kloss. Kunert. Ledebour. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Peus. Pfannkuch. Reisshaus. Rosenow. Sachse. Schippel. Schlegel. Schmidt (Frankfurt). Schwartz (Lübeck). Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Dr. Südekum. Thiele. Tutzauer. Ulrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Protest des Vorstandes der Reichstags-Fraktion der deutschen Sozialdemokratie gegen Verletzung der Geschäftsordnung des Reichstags.

Als am 20. Januar 1903 der Abgeordnete Georg v. Vollmar bei der Etatsdebatte sich anschickte, die von dem deutschen Kaiser in seinen »Kruppreden« gegen die Sozialdemokratie geschleuderten Angriffe einer Kritik zu unterziehen und zurückzuweisen, setzte hiergegen der Präsident des Reichstags, Graf v. Ballestrem, sein Veto ein. Diese Unterdrückung der Redefreiheit veranlasste die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu folgender, im »Vorwärts« vom 21. Januar 1903 erschienenen Erklärung:

Erklärung.

In der heutigen Sitzung des deutschen Reichstags ist durch den ersten Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ein die durch die Verfassung garantierte Redefreiheit der Abgeordneten vernichtender Gewaltakt verübt worden, gegen den wir im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion hiermit öffentlich Protest erheben, nachdem der Redner, Parteigenosse v. Vollmar, vergeblich versucht hat, in der Sitzung sein Recht zu wahren.

Vollmar beabsichtigte, im Laufe seiner Etatsrede die verletzenden Aeusserungen zur Sprache zu bringen, die der Kaiser in seinen bekannten Reden in Essen und Breslau im Dezember v. J. gegen die deutsche Sozialdemokratie geschleudert hat. Das zu tun hatte Vollmar nach den bisherigen durch den Präsidenten Herrn Grafen v. Ballestrem selbst im Reichstag eingebürgerten Regeln alles Recht.

Der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, hat in den Sitzungen des Reichstags vom 21. Januar 1899, ferner vom 21. Juni 1899 und endlich vom 12. Dezember 1899 ausdrücklich erklärt, dass er eine Besprechung kaiserlicher Reden in angemessener Weise, sobald sie authentisch, z. B. durch den »Reichsanzeiger«, bekannt geworden seien, zulassen werde.

Obwohl nun die Reden in Essen und in Breslau im »Reichsanzeiger« veröffentlicht worden sind und obwohl Vollmar auf Einwendung des Präsidenten, Grafen v. Ballestrem, ausdrücklich erklärt hatte, er werde den Fall Krupp, mit dem jene Reden in Verbindung stehen, mit keinem Worte erwähnen, sondern sich ausschliesslich auf die Kritik der gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Beschuldigungen des Kaisers beschränken, so liess der Präsident diese Kritik nicht zu.

Dieser Willkürakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ist um so unerhörter, als er es in der Ordnung fand, dass sowohl in der gestrigen als in der heutigen Sitzung des Reichstags das Swinemünder Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern, das im »Reichsanzeiger« nicht veröffentlicht worden ist, in der gründlichsten Weise erörtert wurde, insbesondere auch durch den Centrumsabgeordneten Dr. Schädler.

Da die Geschäftsordnung des Reichstags keinen Weg bietet, diesen nur bei Kenntnis der Geheimgeschichte des Falles Krupp verständlichen Gewaltakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, im Reichstag selbst zur Erörterung zu bringen, so wenden wir uns an die Oeffentlichkeit. Wir überlassen dem deutschen Volke, über dieses durch den Präsidenten des Reichstags auf die Redefreiheit der Abgeordneten verübte Attentat das Urteil zu fällen.

Berlin, den 20. Januar 1903.

Im Namen und Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags

Der Fraktionsvorstand.

Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

17. Januar 1903.

Konzessionsschulzes. — Max Adler, Sombarts historische Sozialtheorie. — Gustav Hoch, Industriewucher. — Albert Südekum, Reichsfinanzen und Finanzreform. — K. Kautsky, Jaurès und die französische Kirchenpolitik. — Notizen. — Literarische Rundschau.

24. Januar 1903.

Bonarpartistische Künste. — Mehring, Pour le roi de Prusse. — Emil Eichhorn, Die badische Landwirtschaft und die Getreidezölle. — Gustav Hoch, Industriewucher. — Oda Olberg, Wohin treiben wir? — Henriette Fürth, Das Ziehkinderwesen. — Literarische Rundschau.

31. Januar 1903.

F. Mehring, Ein altpreussischer Demokrat. — Max Adler, Sombarts historische Sozialtheorie. — Oda Lerda-Olberg, Das Emanuel Wurm, Sozialpolitische Rundschau. — F. Mehring, Berliner Theater.

7. Februar 1903.

Ein altpreussischer Büreaukrat. — Casimir v. Kelles-Krauz, Die Metamorphose eines Skeptikers. — Wilhelm Düwell, Die rheinisch-westfälische Industrie und ihre Arbeiter. — Kurt Grottewitz, Pflanzen als Lebewesen. — Wilhelm Stein, Centrum und Sozialdemokratie in Preussen. — G. Bernhard, Parteimoral. — Literarische Rundschau.

14. Februar 1903.

Der nahende Sturm. — W. Th. Meyer, Heine als Politiker. — German Avé-Lallemant, Die grosse Arbeiterhatz in Argentinien. — B. Adams Lehmann, Eine moderne Frau vor hundert Jahren. — Franz Mehring, Zur Biographie Lassalles. — Erik Brunte, Der norwegische Vereinsgesetzentwurf. — C. Schaumburg, Das Hamburger Schulwesen. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Februar 1903.

Friedrich Hertz, Betrachtungen über die österreichische Sozialdemokratie. — Eduard Bernstein, Die Bedeutung von Eduard Davids Agrarwerk. — Dr. Eduard David, Die badische Landwirtschaft. — Dr. August Winter, Die politische Krise in Oberschlesien. — Dr. Mathieu Schwann, Das Recht und der Staat. — Heinrich Peus, Sächsische Helligkeit. — Else Hasse, Was ist Religion? — Hermann Schneider, Die unentgeltliche Auskunfterteilung in den Arbeitersekretariaten. —Rundschau (Politik, Wirtschaft, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Rechtswissenschaft, Geschichtswissenschaften, Bücher).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Februar 1903.

Eugène Fournière, Les systèmes socialistes. —Elie Peyron, M. Thiers en 1871. — Marius-Ary-Leblond, L'anarchiste dans le roman français. — Paul Deutscher, La société coopérative ›Vooruit‹ de Gand après l'inauguration de son nouveau local. — Louis Paoli, Les Congrès Socialistes Algériens. — Adrien Veber, Mouvement social. — G. R. — Emile Vandervelde, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

Charles Guieysse, Les problemes de la propriété et de la ristourne dans les coopératives socialistes. — Karl Marx, Lettres à Kugelmann. — Enquête sur l'Anticlericalisme et le Sociallisme, Réponses de Knudsen, de Pressensé. — Emil Buré, France. — A. Blumer, Allemagne. — Les Syndicats ouvriers. — Les Grèves. — Bibliographie.

1. Februar 1903.

Emile Vandervelde, Le Parti ouvrier belge et l'Eglise catholique. — Karl Kautsky, Le lendemain de la Révolution sociale. — Alessandro Schiavi, Le Militarisme et les socialistes italiens. — Enquête sur l'Anticlericalisme et le Socialisme, Reponses de Simons, Bebel, Ellenbogen. — D. Zinner, Suisse: Les Elections au Conseil national. — Les Syndicats Ouvriers. — Les coopératives. — Bibliographie. — L'Art, la Littérature.

L'Avenir Social, Brüssel.

Februar 1903.

E. Vandervelde, L'éxploitation des mines de houille de la Campine par l'Etat. — Bibliographie. — V. S., Le mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical(Quatrième enquête syndicale nationale). — Bulletin Coopératif. — Le Mouvement Communal.

III. In englischer Sprache.

The International Socialist Review, Chicago.

1. Februar 1903.

Rev. Thos. J. Hagerty, Socialism vs. Fads. — ›Marxist‹. A Patent Medicine for Trusts. — Lucinda B. Chandler, The Unity of Life. — Charles Dobbs, A Question for the Agitator. — Austin Lewis, The Church and the Proletarian. — Horace Mann, Ideals and Shortcomings of Society. — William Macon Coleman, Socialism in Politics. — Dr. I. M. Rubinow, Edward Bernstein and Industrial Concentration. — Socialism abroad. World of Labor. Book Reviews.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. Februar 1903.

Rerum Scriptor, Sempre polemiche meridionali! II. Riforme economiche e sociali. — G. Bartolommei Gioli, Polemica Eritrea. — Féderico Maironi, La mezzadria nel disegno di legge sui contratti agrarii. — xy, Guelfismo italico. — Attilio Cabiati e Luigi Einaudi, Il sistema doganale e l'agricoltura. — Alessandro Schiavi, Socialismo e anticlericalismo. — Filosofia, letterature e varietá.

16. Februar 1903.

La critica sociale, Il naso di Cleopatra. — Garzia Cassola, La teoria catastrofica nella questione meridionale. — Angelo

Omodeo, Prosegue la polemica eritrea. — Attilio Cabiati e Luigi Einaudi, L'italia e i trattati di commercio. — Prof. Angelo Celli, Legislazione contro la malaria. — Alessandro Schiavi, Socialismo e anticlericalismo. — Federigo Maironi, La mezzadria nel disegno di legge sui contratti agrarii. — Filosofia. letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

10. Februar 1903.

Arturo Labriola, La politica commerciale dei socialisti. — Sylva Viviani, Risposta agli economisti del militarismo. — Gina Lombroso, Sulle leggi protettive del lavoro. — J. Sterlitch, La situagione economica in Serbia. — B. Franchi, A. Smilari. — Oda Lerda Olberg, Riviste olandesi, con Nota sulla quistione degli zuccheri. — Enrico Ferri, A proposito di una statistica del regicidio. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Indice della prima annata. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Februar 1903.

J. van den Tempel, De Kerstcongressen. — G. W. Sannes, Geschiedenes der Verplichte Verzekering tegen werkloosheid te St. Gallen. — A. van Collem, Zionisme en Socialisme. — H. R. Rookmaker, Moderne Slavernij. — Dr. A. Pannekoek, Het Standpunt der Partij. — Jos. Loopuit, Vakvereenigingen en trusts. — F. V. D. Goes, Iets over godsdienst en Socialisme. — H. Spiekman, Arbeidersbeweging.

Akademie, Prag.

Februar 1903.

Petr Strnad, Ceské ucitelstvo. — J. W. Jenks, Trusty a mzdy Prel. Dr. Lev. Winter. — Verus, K hospodárskym a politickym pomerum v Turecku. — Fr. Modracek, Studie o Proudhonovi. — Borek, K agitaci mezi mládezi. — Hlidka narodohokpodárská. — Hlidka politicka a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Im zweiten Heft des Jahrgangs 1903 der Wolfschen **Zeitschrift für Sozialwissenschaft** beginnt eine Abhandlung von Dr. Traugott, Freiherr von Heintze, **„Das sozialökonomische System J. F. Brays“** desselben Bray, von dem der im vorigen Heft dieser Zeitschrift p. 93 besprochene Artikel des Prof. H. P. G. Quack in der Zeitschrift De Gids handelt. Die betreffende Abhandlung lässt bis jetzt auf nur mässige Kenntnis der frühen Literatur des englischen Sozialismus schliessen und fügt dem über Bray Bekannten nichts neues hinzu. — In derselben Nummer der genannten Zeitschrift wird ein in Heft 1 begonnener Artikel von **Max Fleischmann,** Privatdozent in Halle, **„Friderizianischer Sozialismus“** zu Ende geführt, der gewisse Einzelheiten der Friderizianischen Gesetzgebung und Verwaltung beleuchtet, die mit sozialistischen Bestrebungen etliche Züge gemein haben.

V. Anfragen und Nachweise.

a) Anfragen.

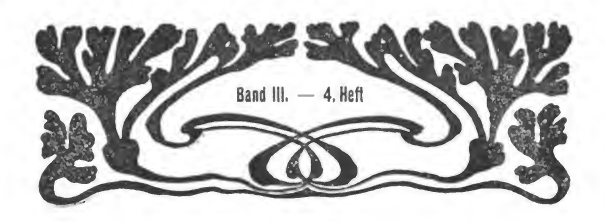
41. a) Inwiefern steht der Marxsche Sozialismus dem Sozialismus eines Fourier, St. Simon, Owen, Proudhon kritisch gegenüber? Welches ist der Kernpunkt des methodologischen und prinzipiellen Unterschieds? b) Hat Marx den Sozialismus rein ökonomisch aufgefasst? Gibt es in seinen Schriften Belege, die die ethische Auffassung des Sozialismus möglich machen? c) Kann dem Fr. Engels jede selbständige wissenschaftliche Bedeutung in der Begründung des Sozialismus Marx gegenüber abgesprochen werden, wie Fragesteller das von einem Strafrechtslehrer hörte, der Engels »lediglich als Interpreten der Marxschen Lehre« hinstellte?

b) Nachweise.

Zu Anfrage 34c. G. Sorel ersucht uns, auf die Frage, welcher Fraktion der französischen Sozialdemokratie er angehöre, mitzuteilen, dass er »wie Lagardelle, der Leiter des Mouvement Socialiste, Ch. Guieyesse, der Leiter der Pages Libres, Ch. Peguy, der Leiter der Cahiers de la Quinzaine, der Gruppe der Sozialisten angehöre, die denken. Man hätte dieselbe Frage hinsichtlich B. Malons stellen können, der, als er die Revue Socialiste leitete, keiner Fraktion angehörte. Es gebe in Frankreich nur eine organisierte sozialistische Partei, die der Guesdisten. Ausser ihr gebe es nur noch die politische Gefolgschaft von Jaurès und die sehr grosse Zahl von Syndikatskammern (Gewerkvereine), die sich über die politische Partei lustig machten. [Wir geben die Auskunft G. Sorels so, wie er dies wünscht, wieder, ohne uns selbstverständlich mit ihren Urteilen zu identifizieren. Red. d. Dok. des Soz.]

Zu Anfrage 41. Anfrage a erfordert zur Beantwortung einen ganzen Aufsatz, der an dieser Stelle nicht gegeben werden kann. Anfrage b ist dahin zu beantworten, dass Marx den Sozialismus niemals rein ökonomisch aufgefasst hat, er hat nur die verschiedenen Triebkräfte der sozialistischen Bewegung, wozu auch ethische Antriebe gehören, auf ökonomische Vorgänge und Entwickelungen zurückgeführt. Ob es in Marx' Schriften Belege gibt, die »die ethische Auffassung des Sozialismus« möglich machen, kann nur beantwortet werden, wenn näher erklärt wird, was unter ethischer Auffassung des Sozialismus verstanden wird. Belege für ethische Urteile sind bei Marx reichlich zu finden. Auf Anfrage c kann nur erwidert werden, dass es von der Zeit an, wo Marx und Engels zusammen arbeiteten — 1845 — einfach unmöglich ist, festzustellen, welcher Gedanke in der marxistischen Theorie etwa als selbständiges Geistesprodukt von Engels beigetragen wäre. Aber trotzdem hat man Engels nicht nur als Dolmetscher, sondern auch als Mitarbeiter von Marx aufzufassen, der bei der Herausarbeitung der Grundgedanken der Marxschen Theorie mitwirkend tätig war.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arbeiter-Sekretariat Frankfurt am Main. Vierter Jahresbericht für 1902 nebst Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs und einer Abhandlung: Das Armenwesen. Frankfurt a. M., 1903. Druck der Union-Druckerei. 128 S. 8°.

Arbeiter-Sekretariat Lübeck. Zweiter Jahresbericht (1902) nebst Jahresbericht der Aufsichtskommission und des Gewerkschaftskartells. Lübeck 1903. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats. 94 S. 8°.

Die vorliegenden Jahresberichte sind neue Beweisstücke dafür, welche grosse Bedeutung die Arbeitersekretariate als Auskunftsstellen nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch, vermittelst ihrer Berichte, für den Sozialpolitiker im allgemeinen erlangt haben. Sie enthalten eine Fülle äusserst lehrreichen und charakteristischen Materials über die verschiedenen Einrichtungen und Verhältnisse, die die Lage des Arbeiters betreffen, wobei allerdings Fragen des Rechts und der Verwaltungspraxis, die stärker in das Leben des Arbeiters eingreifen, in den Vordergrund rücken. Interessant ist ein Vergleich der bei den Sekretariaten eingeholten Auskünfte nach der Natur des Gegenstandes, auf den sie sich bezogen. Beide Sekretariate wurden im Berichtsjahr stärker für Auskünfte beansprucht, als im vorhergehenden Jahre. In Frankfurt stieg die Zahl von 24 247 auf 26 232, in Lübeck von 4545 auf 6052. Von den Auskünften betrafen:

in Frankfurt am Main: das Gebiet der sozial-politischen Gesetzgebung bezw. die Arbeiterversicherung 7095, den Arbeits- und Dienstvertrag 5020, das bürgerliche Recht, Handelsgesetz und Verwandtes 7740, das Strafrecht 2059, das Staats- und Verwaltungsrecht 2453, das Prozessrecht 1437 (darunter 408 Armenrecht), verschiedenerlei Sonstiges 428;

in Lübeck: die Arbeiterversicherung 1183, den Arbeits- und Dienstvertrag 955, das bürgerliche Recht 2614, das Strafrecht 446, Gemeinde- und staatsbürgerliche Angelegenheiten 491 (darunter 32 Armenangelegenheiten), die Arbeiterbewegung 49, Gewerkschaften und Sonstiges 314.

Während in Frankfurt am Main die Schritte des Gewerkschaftskartells für Ausgestaltung der städtischen Arbeitervermittelungsstelle zu einem paritätischen kommunalen Arbeitsnachweis im wesentlichen erfolgreich waren, blieb in Lübeck ein entsprechendes Gesuch vorläufig unbeachtet. Eine Rückwärtsrevision der lübischen Verfassung macht das Recht zur Teilnahme an den Wahlen zur Bürgerschaft bezw. der Stadtvertretung von der mindestens fünfjährigen ununterbrochenen Versteuerung eines Einkommens von über

1200 Mark abhängig. Bei diesem Census, der eine Arbeitervertretung in der Gemeinde geradezu unmöglich macht, ist an eine energische sozialpolitische Tätigkeit dieser schwerlich zu denken. Indes ist auch in Frankfurt am Main das Entgegenkommen nur erst sehr bedingt. Ein Gesuch an die städtischen Behörden, aus öffentlichen Mitteln einen jährlichen Zuschuss für das Arbeitersekretariat zu bewilligen, ward unter Hinweis auf dessen einseitigen Charakter gegen die Stimmen des einzigen Sozialdemokraten der Stadtvertretung und vereinzelter bürgerlicher Demokraten abgelehnt. Der Frankfurter Bericht konstatiert einen erfreulichen Aufschwung der Arbeiterkonsumvereine von Frankfurt und Bockenheim, dagegen das Eingehen einer Produktivgenossenschaft, trotz der für sie entfalteten lebhaften Agitation; auch Lübeck berichtet vom Eingehen einer Produktivgenossenschaft, der Gewerkschafts-Brauerei. Das von der Lubecker Arbeiterschaft mit so vielen Hoffnungen ins Leben gerufene Unternehmen habe, heisst es, seinen Begründern wenig Freude gemacht. Ein aus den Kreisen der Frankfurter Arbeiterschaft ins Leben gerufener Volks-Bau- und Sparverein hat sechs Doppelhäuser errichtet, über die der Bericht nur Gutes zu sagen weiss und betont, dass bei der baulichen Einrichtung der Wohnungen auf die allerkleinsten Mieter besondere Rucksicht genommen wurde.

Peinlich liest sich im Frankfurter Bericht, dass das Sekretariat u. a. auch für viele ärmere Familien oder Witwen Eingaben an die Schuldeputation gemacht habe, um behufs Erwerbszwecken vorzeitige Entlassung der Kinder aus der Schule zu erwirken. »Wahrlich keine angenehme Aufgabe«, sagt der Bericht. Aber Not, entsetzliche Not habe die Eltern gezwungen. Wir machen schliesslich noch auf die dem Frankfurter Bericht beigegebene interessante Abhandlung über das Armenwesen aufmerksam.

*** **Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Centralverbandes deutscher Industrieller.** Eine Antwort, herausgegeben im Auftrag des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie. Berlin 1903. Buchhandlung Vorwärts. 48 S. gr. 8°. Preis: 20 Pfg.

Diese Schrift beschäftigt sich mit der Widerlegung der als Kampfschrift gegen die Sozialdemokratie verfassten Broschüre von H. Bürger: Soziale Tatsachen und sozialdemokratische Lehren. Ein Büchlein für denkende Menschen und besonders für denkende Arbeiter, — eine Broschüre, die im bevorstehenden Wahlkampf in grossen Massen bei den Wählern verbreitet werden sollte. Ein Rundschreiben des Centralverbandes deutscher Industrieller fordert zu Beiträgen auf, um diese Broschüre in acht Millionen Exemplaren verbreiten zu können, für so wirkungsvoll wird sie gehalten.

Die vorliegende Antwort zeigt nun in volkstümlicher Sprache, dass die in der Bürgerschen Schrift vorgeführten Tatsachen soweit sie auf diesen Titel Anspruch erheben können, in keiner Weise das bekunden, was Herr Bürger mit ihnen bewiesen haben will, dass sie ganz und gar nicht geeignet sind, die Lehren der Sozialdemokratie zu widerlegen bezw. die Forderungen der Sozialdemokratie zu entkräften. Die Antwort ist in drei Kapitel eingeteilt, von denen das erste den Niedergang des Kleinbetriebs, das zweite die Verelendungstheorie, das dritte die Frage behandelt, was die Sozialdemokratie dem Volke nützt.

Wir sind der Ansicht, dass die Antwort in einigen Punkten mehr zu beweisen sucht, als nötig ist. Im ganzen aber ist sie mit grosser Sachkunde und vielem Geschick abgefasst und sehr geeignet, Aufklärung zu verbreiten.

Friedrich, Dr. Arthur: **Schlesiens Industrie** unter dem Einflusse der Caprivischen Handelspolitik 1889—1900. Stuttgart u. Berlin 1902. J. G. Cottasche Buchhdlg. 192 S. 8°. Preis: 4 Mk. 50 Pfg. (46stes Stück der Munchener volkswirtschaftlichen Studien von Lujo Brentano und Walther Lotz.)

Eine mit vieler Umsicht verfasste Abhandlung, die deutlich veranschaulicht, in wie hohem Grade die Entwickelung der Industrie und damit die Lage der Arbeiter Schlesiens von den handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zum Auslande, insbesondere zu Oesterreich und Russland abhängen. Die Caprivischen Handelsverträge sind nach den Darlegungen des Verfassers in Schlesien insbesondere der Ausfuhr von Erzeugnissen der Eisenindustrie zu gute gekommen, während die Textilindustrie eine nur mässige Steigerung der Ausfuhr aufwies. Aber eine grosse Stetigkeit in den Absatzbedingungen nach dem Auslande wurde erzielt und der Aufschwung in den leitenden Industrieen kam dem gesamten Wirtschaftsleben, auch solchen Zweigen desselben, die nichts exportieren, zu gute. Die Einkommen der ärmeren Bevölkerungsklassen hoben sich, und die Einlagen in die Sparkassen stiegen in Stadt und Land. Das reiche statistische Material, das der Verfasser erbringt, ist mit Geschick in übersichtlicher Weise verwendet. Nur auf S. 114/115 stossen wir auf eine Tabelle, die ziemlich unverständlich ist, und sehr vermissen wir ein Register oder spezifizierteres Inhaltsverzeichnis.

Horn, Georg, Mitglied des deutschen Reichstags: **Die Geschichte der Glasindustrie und ihrer Arbeiter.** Soziale Studien aus historischen und authentischen Quellen dargestellt. Stuttgart 1903. J. H. W. Dietz Nachf. 368 S. 8°. Preis br. 5 Mk., geb. 6 Mk.

Der Verfasser, der als Vertrauensmann der Glasarbeiter Deutschlands seit langem für die Interessen der Arbeiter der Glasindustrie führend tätig ist, gibt in diesem, dem Wohle der gesamten Glasarbeiterschaft gewidmeten Buch ein interessantes Bild von der Entwickelung der Glasindustrie in Bezug auf die Produktionstechnik, die Wanderung und Ausbreitung der Industrie, ihre Betriebsformen und innere Verfassung, das Recht und die ökonomische Lage ihrer Arbeiter, deren Presse, Kongresse, Organisationen und Kämpfe, sowie auch die Organisationen der Fabrikanten. Die letzteren Punkte keineswegs in Beschränkung auf Deutschland, sondern mit möglichst eingehender Darstellung der entsprechenden Zustände in allen Ländern, die für die Glasindustrie in Betracht kommen. Der Verfasser hat die Monographieen des Gewerbes oder der Kunst der Fabrikation und Verarbeitung des Glases mit Sachkunde benutzt, ausserdem aber viel urkundliches Material verarbeitet, das in Form von Rundschreiben, Flugblättern etc. verstreut ist. Selbstverständlich haben auch die amtlichen, insbesondere die gewerbestatistischen Veröffentlichungen aufmerksame Berücksichtigung erfahren.

Von den Kämpfen der Glasarbeiter, die in dieser Schrift geschildert werden, hat insbesondere der grosse, im Jahre 1901 in Deutschland geführte Kampf um Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises auf Beachtung Anspruch. Dieser Kampf, der sieben Wochen dauerte, nahezu 600 000 Mark an Unterstützungen und ziemlich ebenso viel an Lohnverlust kostete, ging unter der Ungunst der Zeit verloren; die meist sehr kapitalkräftigen und in Kartellen etc. vereinten Unternehmer wollen mit den freien Organisationen der Arbeiter absolut nichts zu tun haben. Mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, unter denen die von Professor Abee geleitete Weltfirma Carl Zeiss in Jena voransteht, setzen sie vielmehr alles daran, die Arbeiter vom Anschluss an die Organisation abzuhalten oder abzuschrecken, wozu vielfach auch eine unwürdige Aechtung politischer Ueberzeugungen (Ausschluss von Sozialdemokraten!) tritt. Der Verfasser teilt darüber sehr charakteristische Urkunden mit. Selbstverständlich gibt er die Sache der Arbeiter nicht verloren. »Die Forderung des Koalitionsrechts der Arbeiter und die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises«, schreibt er, »wird nicht verschwinden, denn sie sind natürliche Forderungen, weil sie aus den Verhältnissen zwischen den Fabrikanten und Arbeitern selbst herausgewachsen sind. Schliesslich wird diese Ueberzeugung sich auch dem verständigeren Teil der Unternehmer aufdrängen, und dann wird es zur Lösung dieser Fragen keines Streiks mehr bedürfen.« (S. 274.)

Wie aus diesem Satze ersichtlich, ist der Ton der Schrift bei aller Entschiedenheit doch ein durchaus ruhiger. Auch in der Tendenz ist sie ge-

mässigt. Der Widmung an die Arbeiter folgt auf dem Titelblatt folgende weitere Widmung: »Den hohen Reichs- und Staatsbehörden zur geneigten Berücksichtigung, den verehrlichen Gemeinde-, Sanitätspolizei- und Gewerbeaufsichtsbehörden zur gefälligen Informierung, dem Gewerbehygieniker und Sozialpolitiker zur wohlwollenden Unterstützung unseres Strebens, und den Glasindustriellen zur Herbeiführung friedlicher Verhältnisse bestens empfohlen.« Und als Programm dessen, was in Zukunft zu geschehen habe, »um eine Besserung der Gestaltung der Verhältnisse in der Industrie und zwischen den Industriellen und den Arbeitern — soweit es innerhalb der privatkapitalistischen Produktionsweise überhaupt möglich ist — herbeizuführen«, schlägt der Verfasser u. a. vor: Gegenseitige Gewährleistung uneingeschränkter Vereinstätigkeit; Aufstellung von festen, stufenweise abgegrenzten und kündbaren Lohntarifen; Gewähren von lokalem und centralem Arbeitsnachweis unter gegenseitiger Mitwirkung der Fabrikanten und Arbeiter (Parität); Wahl von Ueberwachungsausschüssen über Einhaltung und Ausführung der gegenseitig getroffenen Vereinbarungen und Einrichtungen; eventuell Wahl von Schiedspersonen, bestehend aus Vertretern der Industriellen und Arbeiter zur Schlichtung drohender oder ausgebrochener Arbeits- und Lohndifferenzen« (S. 341/342).

In formeller Hinsicht hätten wir es gern gesehen, wenn das sehr umfangreiche und so interessante Kapitel, das von der Glasarbeiterbewegung Deutschlands handelt, eine Einteilung in Unterabschnitte erfahren hätte; hier und da wären auch stilistische Verstösse auszumerzen. Im übrigen ist es ein besonderes Verdienst des Buches, dass es mit seinen überaus instruktiven Angaben über die Verhältnisse der Glasindustrie in den verschiedenen Ländern sowohl dem Sozialpolitiker, wie auch dem Handelspolitiker ein nützliches Nachschlagewerk darbietet für die vielen Fragen, vor die sie sich in Bezug auf diesen wichtigen Gewerbszweig jeweilig gestellt sehen.

Jastrow, Dr. J.: **Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft.** Aufsätze und Abhandlungen. Band I. Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis. Gewerbegerichte und Einigungsämter. Berlin 1902. Georg Reimer. 548 S. 8°. Preis 10 Mark.

Ein ausgezeichnetes Buch, von dem es schwerlich zuviel gesagt ist, dass es unter den Lehrbüchern seiner Disciplin einen hervorragenden Platz beanspruchen darf und auch erobern wird. Der Verfasser hat für den vorliegenden ersten Band seines Werks zwei Einrichtungen: Arbeitsmarkt und Gewerbegericht ausgesucht, in Bezug auf die er eine besondere, wohl von keinem derzeitigen Lehrer der Verwaltungswissenschaft übertroffene Sachkenntnis besitzt, und die, wie er im Vorwort bemerkt, als junge, ganz der Neuzeit angehörende Einrichtungen in ihrem Werden beobachtet werden konnten, und »zusammengefasst ein einheitliches Ganze bilden, an dem die Beziehungen der geplanten sozialpolitischen Verwaltungswissenschaft zu den beiden Wissenschaften, aus denen sie herauswachsen soll, zur Nationalökonomie einerseits und zur Jurisprudenz andererseits, deutlich vor Augen geführt werden konnten.« (S. IV.) In den hier citierten wenigen Worten ist bereits die prinzipielle Auffassung des Verfassers von der Aufgabe des ganzen Werkes deutlich angezeigt; ihm ist, wie er gleich im Eingang des kurzen Vorworts bemerkt und später näher begründet, die Sozialpolitik »die Politik, aufgefasst unter sozialem Gesichtspunkte.« In der Tat gibt es, wenn man von den rein dynastischen und sonstigen Personenfragen absieht, keinen Zweig der Politik, der nicht in diesem Sinne sozialpolitisch behandelt werden kann, soll und auch unter dem Druck der sozialen Parteikämpfe der Gegenwart immer mehr wird. In wie hohem Grade z. B. die Handelspolitik als Sozialpolitik begriffen und geführt werden muss, haben erst jetzt wieder die Debatten um die Zolltariffrage gezeigt: vom Schicksal des Tarifs hängt für die nächste Zeit eine ganze Reihe von Fragen ab, die in den Rahmen der speziell als die soziale Frage der Zeit betrachteten Frage des Wohls und Wehes der Arbeiterklasse entfallen. Ob als solche begriffen und beabsichtigt oder nicht, ist jede handelspolitische Massnahme auch ein sozialpolitischer Akt. Indes kann sie

je nachdem in sehr verschiedener Richtung auf die sozialen Verhältnisse wirken, ganz verschiedene Klassen begünstigen, während der Sprachgebrauch heute unter Sozialpolitik oder sozialpolitisch schon etwas versteht, was nach einer ganz bestimmten Richtung hin tendiert. Die obige formale Definition erscheint daher als unzureichend, neben dem formalen Sinn verlangt der Begriff auch eine normative Bestimmung. Der Verfasser zeigt dies damit an, dass er von vornherein und wiederholt die Sozialpolitik mit dem Arbeiterschutz, der Arbeiterversicherung etc. verbindet. Aber das geschieht rein empirisch, man könnte sagen kasuistisch, während wir uns vergebens nach einer generellen Begriffsbestimmung umschauen, die uns z. B. erklärte, ob und warum ein Gesetz, das die Bildung von Fideikommissen begünstigt, oder ein Gesetz, das den Terminhandel in Getreide verbietet, die beide ja unzweifelhaft ihre sozialpolitischen Wirkungen haben, als sozialpolitische Massnahmen bezw. als Sozialpolitik bezeichnet werden können oder nicht. Hier liegt unseres Erachtens eine Lücke vor, die der Ausfüllung bedarf. Und es wird nicht schwer sein, das normative Prinzip zu finden, das der soweit leeren Begriffsbestimmung einen greifbaren Inhalt gibt. Wenn sozialpolitisch nicht bloss schlechthin eine soziale Wirkung, sondern auch eine bestimmte soziale Politik bezeichnen soll, so kann dies nur eine solche Politik sein, die die gesellschaftliche Entwickelung im Sinne der Vervollkommnung, d. h. des grösseren Wohlstandes und der geistigen Stärkung solcher Elemente der Gesellschaft fördert, die auf der gegebenen Entwickelungsstufe als die Träger des gesellschaftlichen Fortschritts zu betrachten sind. Keine wirtschaftlich reaktionäre Massregel, keine Begünstigung retrograder oder stabiler Klassen auf Kosten von vorwärtsstrebenden Klassen kann als Sozialpolitik bezeichnet werden, soll der Ausdruck nicht bis zur völligen Farblosigkeit verwässert werden.

Auf den materiellen Inhalt des Buches einzugehen, würde hier zu weit führen. Der Verfasser behandelt die Entwickelung, die Verfassungen bezw. Formen, die Leistungen und die sozialpolitische Bedeutung der Gewerbegerichte und Arbeitsnachweise in musterhafter Gründlichkeit und Anschaulichkeit. Vollkommen Meister seines Stoffes, weiss er seiner Darstellung jene Lebensfülle zu geben, die ihr den Charakter des trocken Lehrhaften nimmt und sie um so lehrreicher gestaltet. In der Tat leben wir beim Lesen so zu sagen die Geschichte der geschilderten Einrichtungen mit, machen ihre Erfahrungen und Kämpfe mit durch und lernen ihr Wirken an unzähligen Erfahrungen kennen. Indes bleibt es nicht bei der Beschreibung oder Schilderung. Der Verfasser hat einen sehr bestimmten sozialpolitischen Standpunkt, der zwar nicht der sozialdemokratische ist, sondern von ihm selbst in früheren Schriften als Sozialliberalismus bezeichnet worden ist, aber insofern dem sozialdemokratischen verwandt ist, als er bis zu einem gewissen Punkt die Richtung des Strebens mit ihm gemein hat. Dazu gehört die Vertretung demokratischer Verwaltungsgrundsätze. In der Frage der Arbeitsnachweise tritt er durchaus für deren öffentlichen Charakter als kommunale etc. Arbeitsvermittelungen mit paritätischer, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmässig und in demokratischer Weise berücksichtigender Verwaltung ein, und wie die Ausgestaltung dieser Körperschaften befürwortet er auch energisch die Erweiterung der Funktionen und Vollmachten der Gewerbegerichte, deren demokratischer Charakter allgemein bekannt ist. Er hätte dem Buch auch den Titel geben können: Demokratische Verwaltungswissenschaft, ohne dass ihn der Inhalt Lügen gestraft hätte. Und das bestätigt nur unsere obige Definition der Sozialpolitik. Es kann in der modernen Gesellschaft keine Sozialpolitik geben, die nicht demokratisch oder mindestens demokratisch gerichtet ist. Jede andere Sozialpolitik ist ein Widerspruch gegen den Begriff. In diesem Sinne hat Schreiber dieses einmal die Demokratie selbst als ein Problem — er hätte auch sagen können als das Problem — der Sozialpolitik bezeichnet, und das vorliegende Buch hat ihm von neuem vor Augen geführt, wie sehr sie dies in der Tat ist.

Jaurès, Jean: **Frankreich und Deutschland.** Eine Rede für den Frieden. Uebersetzt von Dr. Albert Südekum, Mitglied des deutschen Reichstags. Würzburg 1903. Verlag von Felix Freudenberger. 36 S. 8°.

Die Rede des berühmten französischen sozialistischen Tribunen, die hier in deutscher Uebertragung vorliegt, wurde am 23. Januar 1903 bei Gelegenheit der Etatsberatung in der französischen Deputiertenkammer gehalten. Sie ist eine Antwort auf die Vorwürfe, die von französischen Nationalisten gegen Jaurès wegen seiner Erklärung erhoben wurden, dass der deutsch-österreichisch-italienische Dreibund ein zur Zeit notwendiges Friedenswerkzeug sei und dass Frankreich sich endlich rückhaltlos von der Idee eines Revanchekrieges gegenüber Deutschland lossagen müsse. Jaurès verteidigt seine These in überaus wirkungsvoller Weise. Die Rede ist von einem Pathos getragen, für das man im deutschen Reichstag kaum Verständnis haben würde, das aber für den Redner kein Hindernis war, seinen Gegnern mit den Waffen des Witzes scharfe Hiebe zu versetzen und eine sehr geistreiche, von weitem geschichtlichem Blick zeugende Theorie von den Faktoren und Bedingungen des Friedens in Europa zu entwickeln. Besonders interessant sind die Rückblicke auf die grosse französische Revolution, die grundsätzlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Hauptbedingung des Völkerfriedens vertrat und als treibende Kraft viel zur Verwirklichung dieses Rechts beigetragen hat, wenn sie auch zunächst infolge einer zeitweiligen inneren Schwäche und widriger äusserer Umstände die Ursache blutiger Kriege wurde. Die Lösung der Frage Elsass-Lothringens erwartet Jaurès ausschliesslich von der Verwirklichung der Demokratie und eines allgemeinen endgiltigen, durch gegenseitige Abrüstung gesicherten europäischen Friedensvertrags. An dem Tage ihrer Verwirklichung würden »alle menschlichen Gruppen von Finnland bis Irland, von Polen bis zum Elsass Kraft genug haben, um sich ihren historischen und moralischen Verwandtschaften wieder anschliessen zu können... So wird die freie und innige Verbindung zwischen ihnen und dem Geistesleben des Volkes, von dem sie widerrechtlich getrennt waren, wieder aufleben, ja selbst die Substanz des Vaterlandes wird ihnen unter vielen und verschiedenartigen Formen wiedergegeben werden.« (S. 31.) Offenbar geht Jaurès von der Annahme aus, dass die Elsass-Lothringer die Wiedervereinigung mit Frankreich erstreben oder ersehnen, aber der Kern seiner Ausführungen ist von dieser Annahme unberührt.

Thompson, William: **Untersuchung** über die Grundsätze der für das menschliche Glück dienlichsten **Verteilung des Reichtums,** auf das neuerdings vorgeschlagene System freiwilliger Gleichheit des Besitzes angewendet. Nach der Originalausgabe von 1824 übersetzt von Oswald Collmann. Bd. I nebst einer Einleitung: Geschichte der sozialistischen Ideen in England von H. S. Foxweil, Professor in Cambridge. Berlin 1903. R. L. Prager. 460 S. 8°. Preis: br. 7 Mk. 50, gebd. 8 Mk. 75 Pf.

Das Buch, dessen erster Band hier in deutscher Uebersetzung vorliegt, nimmt in der Literatur des Sozialismus keinen unbedeutenden Platz ein. Sein Verfasser, der als ein äusserst edler, hingebender Charakter geschildert wird — er vermachte in seinem Testament sein Vermögen für sozialistische, seinen Leichnam für wissenschaftliche Zwecke — war ein sehr begabter Schüler und Freund des englischen Sozialphilosophen Bentham einerseits und des Sozialisten Robert Owen andererseits. Man könnte sagen, dass sein Hauptwerk, mit dem wir es hier zu tun haben, eine Synthese von Bentham und Owen darstellt. Es wird hierbei nicht speziell an die energische Betonung der Benthamschen Nützlichkeitslehre gedacht, die durch das ganze Thompsonsche Buch hindurchzieht, denn in Bezug auf diesen Punkt steht auch Owen im Lager Benthams, sondern an den wirtschaftlichen Liberalismus und politischen Radikalismus Benthams. Thompson acceptierte Owens Genossenschaftsideen, die Idee der kommunistischen Heimkolonieen eingeschlossen, als ein Mittel, die Ausbeutung des Arbeiters durch Kapitalisten

und Monopolisten zu beseitigen und dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern, ist aber strenger Gegner jeder staatlichen oder obrigkeitlichen Regelung der Produktion. Er steht insofern gewissen anarchistischen Richtungen ziemlich nahe und muss jedenfalls den liberalisierenden oder »freiheitlichen« Sozialisten zugerechnet werden, wenn man ihn oder sein System nicht kurzweg als sozialliberal bezeichnen will. Sehr charakteristisch sind in dieser Hinsicht seine Ausführungen gegen die direkte und indirekte Schutzzöllnerei. Ueberhaupt wird die Forderung des Freihandels und freien Tausches geschichtlich zuerst von Anwälten der arbeitenden Klassen verfochten; lange bevor in England die Cobdensche Freihandelsliga gegründet wurde, bildeten ihre Forderungen ein stehendes Thema in sozialistischen Versammlungen.

Thompson gehört bekanntlich zu jenen älteren Vertretern des Sozialismus, die man in neuerer Zeit als die eigentlichen Urheber gewisser, bald Marx, bald Rodbertus zugeschriebener Theorieen und Forderungen hinzustellen gesucht hat. Er soll der wahre Entdecker des Marxschen »Mehrwerts« sein, und was bei Marx und Rodbertus in der Richtung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag postuliert wird, wird ebenfalls auf Thompson zurückgeführt, den Anton Menger in seiner Schrift über das Recht auf den vollen Arbeitsertrag als den »hervorragendsten Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus« bezeichnet hat. Darin liegt aber sehr viel Uebertreibung. Man braucht nur ein paar Kapitel von Thompsons Schrift nachzulesen, um sich davon zu überzeugen, dass es noch sehr viel Mittelglieder bedurfte, um in der Entwickelung der Mehrwerttheorie von Thompson zu Marx oder Rodbertus zu kommen, und dass überhaupt zwischen der Art, wie Marx — um von Rodbertus abzusehen — den Sozialismus auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen suchte, und dem »wissenschaftlichen Sozialismus« Thompsons ein Unterschied von so grundsätzlicher Bedeutung besteht, wie er überhaupt nur zwischen zwei Theorieen bestehen kann, die sich auf ein und denselben Gegenstand beziehen und von der gleichen Tendenz beherrscht sind.

Während bei Marx der Sozialismus als das Produkt einer geschichtlich notwendigen Entwickelung nachzuweisen gesucht wird und der Telos, das »Endziel«, nur verstecktermassen, als Unterströmung, in die Deduktion hineinspielt, beherrscht bei Thompson das Ziel programmatisch die Deduktion von Anfang bis zu Ende, sein Buch ist sozialistische Teleologie, die sich wissenschaftlicher Beweise zu bedienen sucht. Schon der Titel zeigt dies in greifbarster Weise an. »Untersuchung über die ... dienlichste Verteilung des Reichtums.« Das Verteilungsproblem steht im Vordergrund, bestimmt den Gang der Untersuchung, während das Produktionsproblem zwar nicht ignoriert, aber doch vom Verteilungsproblem beherrscht wird, dieses es sozusagen überschattet. Thompson sucht zwar nachzuweisen, dass, wenn der wahre Produzent, der Arbeiter, den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält, dies die höchste Produktivität zur Folge haben werde; aber seine Beweisführung ist, wie übrigens bei dieser Fragestellung unvermeidlich, teils rein konjektural, teils auch nicht frei von Widersprüchen. Sein Versuch, zwischen dem Prinzip der Gleichheit der Einkommen und dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu vermitteln, zeigt deutlich, wie unsicher er sich im Grunde fühlt und wie sehr die Tendenz in die Deduktion hineinpfuscht. Bei Marx dagegen steht die Produktion im Vordergrunde der Untersuchung, von ihr wird ausgegangen, an ihre Analyse die der Verteilung geknüpft und die Verteilungsfrage im Prinzip [wenn auch nicht immer de facto] kritisch und nicht teleologisch behandelt. Bei so grundverschiedener Methode ist es unmöglich, in Thompson den eigentlichen Urheber des Marxschen wissenschaftlichen Sozialismus zu erblicken.

Wenn es dennoch geschah, so ist freilich die Marxsche Schule an diesem Missgriff nicht unschuldig. Es sind von dieser Seite Aufstellungen über den Mehrwert etc. als Entdeckungen von Marx hingestellt worden, die in der Tat schon bei Thompson und dessen Zeitgenossen zu finden sind, wobei obendrein neben der Tatsache auch die Bedeutung der Entdeckung ungemein übertrieben wurde. Da ist es nicht zu verwundern, dass die Uebertreibung hier Uebertreibungen dort hervorrief.

Ist aber der Zusammenhang zwischen Marx und Thompson nur ein mittelbarer, so gehört doch dieser ganz unbestreitbar zu den Vorläufern des ersteren. So ganz anders geartet die Entwickelung der Theorie bei ihm, so bietet sie doch in Einzelheiten gar manche Parallelstellen mit Marxschen Deduktionen. Es ist eine sehr geistreiche, von guter Belesenheit und scharfer Beobachtungsgabe zeugende Arbeit, reich an feinen Untersuchungen auf dem Gebiet der ökonomischen Analyse. Wer sich durch die heute ungewöhnlich gewordene Methode der Untersuchung nicht zurückhalten lässt, wird von Kapitel zu Kapitel mehr Genuss beim Lesen empfinden. Thompsons Werk ist eine Art Gegenstück zu Ricardos Hauptwerk, mit dem es auch in der Behandlung seines Gegenstandes viel gemein hat. Es ist aber im ganzen unpolemisch gehalten; bei aller Schärfe, mit der es gegen Missstände und Ungerechtigkeiten zu Felde zieht, hält es sich doch von allen gehässigen Ausfällen fern.

Die Skizze des Professor Foxwell über die Geschichte der sozialistischen Ideen in England, die der deutschen Ausgabe vorangeschickt ist, ist der englischen Ausgabe von Mengers »Recht auf den vollen Arbeitsertrag« entnommen. Sie ist in Einzelheiten nicht einwandsfrei, aber voll interessanter Angaben über den englischen Sozialismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dessen Literatur wohl niemand so gut kennt, wie ihr Verfasser.

Vogelstein, Dr. Theodor: **Die Industrie der Rheinprovinz 1888—1900.** Ein Beitrag zur Frage der Handelspolitik und der Kartelle. Mit einer Vorbemerkung von Professor Dr. Walther Lotz. Münchener volkswirtschaftliche Studien, herausgegeben von Lujo Brentao und Walther Lotz. 47stes Stück. Stuttgart u. Berlin 1903. J. G. Cotta Nachf. Preis: 3 Mark.

Von dieser Arbeit ist so ziemlich dasselbe zu sagen, wie von der weiter oben besprochenen Arbeit des Dr. A. Friedrich über die Industrie Schlesiens. Aus demselben Institut, dem Münchener staatswirtschaftlichen Seminar, hervorgegangen, atmet sie denselben Geist. Eine Besonderheit bilden die sehr eingehenden, kritisch gehaltenen Darlegungen über das Walten der Kartelle in der rheinischen Montanindustrie. Sie geben der Arbeit einen erhöhten Wert.

2. In französischer Sprache.

Millerand, A.: Le Socialisme Réformiste. (Bibliothèque Socialiste No. 15). Paris 1903. Société Nouvelle de Libraire et d'Edition. 123 S. 16°. Preis: 50 Cts.

Der vielgenannte französische Sozialist, der unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau Handelsminister war, gibt in diesem Bändchen 12 Reden programmatischen Charakters heraus, die er zu verschiedenen Zeiten im Laufe der letzten zehn Jahre teils als anerkannter Propagandist und Abgeordneter der sozialistischen Partei und teils als Minister gehalten hat. Sie sind in folgende vier Gruppen eingeteilt: 1. Das Programm und die Methode; 2. Glaubensbekenntnisse; 3. Die auswärtige Politik; 4. Wirtschaftsfragen. Dem Ganzen geht ein ausführliches Vorwort voraus.

Der Zweck der Veröffentlichung ist ersichtlich, den Verfasser gegen die Beschuldigung zu verwahren, dass er als Minister den vordem von ihm vertretenen Grundsätzen untreu geworden sei, ihnen zuwider gehandelt habe. Es wird im Vorwort der Schrift ziemlich unverblümt ausgesprochen. »Indem ich«, heisst es gleich am Anfang, »einige der Reden zusammenstelle, die ich seit zehn Jahren gehalten habe, folge ich sowohl den Wünschen einiger Freunde, wie auch dem eigenen Verlangen, noch einmal die charakteristischen Grundzüge einer Politik zu kennzeichnen, der man wenigstens das Verdienst der Konsequenz nicht abstreiten wird.« Und wenn man unbefangen die Reden, die der Verfasser als anerkanntes Mitglied der französischen

Sozialdemokratie von 1893 bis 1898 gehalten hat, mit seinen späteren Ministerialreden vergleicht so wird man einen prinzipiellen Gegensatz zwischen ihnen nicht entdecken. Der Klassenkampf, die Reformfrage, die Fragen der auswärtigen Politik und insbesondere die russisch-französische Allianz werden in jenen Reden grundsätzlich nicht anders behandelt, als in diesen. Das besagt selbstverständlich noch nichts über die sachliche Berechtigung der entwickelten Grundsätze, noch wird die taktische Frage der Teilnahme von Sozialisten an einer wesentlich bürgerlichen Regierung damit entschieden, aber was unabweisbar aus der Gesamtheit der Reden hervorgeht, ist, dass hier ein bestimmter Standpunkt mit Konsequenz zum Ausdruck gebracht wird. Die Ausführungen Millerands über die Flottendemonstration in Kronstadt (1893) und die Teilnahme an den Einweihungsfestlichkeiten von Kiel (1895) waren nicht weniger nationalpatriotisch, wie seine Teilnahme als Minister beim Zarenbesuch von Cherbourg, seine Programmreden von 1893, 1896 und 1898 nicht weniger reformistisch und im Sinne der Transaktion mit Nachbarparteien, wie seine Ministerialansprachen.

Ueber die Richtigkeit dieser Ausführungen haben wir uns hier nicht zu äussern. Die Schrift ist der Ausdruck einer Auffassung von der Stellung der sozialistischen Partei, die mit gewissen Abweichungen in Einzelfragen in fast allen Ländern, wo es eine Sozialdemokratie gibt, ihre mehr oder weniger entschiedenen, sich der Tatsache bewussten Vertreter findet. Da wird es selbst der Gegner dieser Auffassung nur begrüssen können, wenn sie von ihren Vertretern klar und unumwunden entwickelt wird. Diese Klarheit und Offenheit, die Vorbedingungen einer erspriesslichen sachlichen Auseinandersetzung, lässt namentlich das Vorwort Millerands nicht vermissen.

3. In englischer Sprache.

Edwards, Joseph, and Percy **Alden, The Reformers Year Book, 1903.** Formerly The Labour Annual. London 1903. The Echo Office. 228 S. 8°. Preis: br. 1 Mk., gebd. 2 Mk.

Dieser Almanach ist in der sozialistischen Literatur in Bezug auf Vielseitigkeit fast einzig in seiner Art. Der Index weist mehr als zweihundert Punkte auf, über welche der Leser mehr oder minder ausführliche Auskunft erhält. Die meisten davon beziehen sich auf Organisationen, Vorgänge und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung in allen ihren Schattirungen; doch werden auch Reformvereinigungen berücksichtigt, die einen nicht spezifisch sozialistischen oder proletarischen Charakter tragen. Ja, selbst über die bürgerlichen Parteien wird allerhand Wissenswertes mitgeteilt. Besonders nützlich sind die Mitteilungen über die amtlichen Veröffentlichungen, die sich auf Arbeiterfragen und Verwandtes beziehen, sowie die mannigfachen Adressenverzeichnisse, die informierenden Angaben über die Reformvereine aller Art, die England zählt, sowie noch unzählige andere Nachweise. Neben diesem Auskunftsmaterial enthält das Jahrbuch noch Aufsätze über die Arbeiterbewegung bezw. die Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern. Vierzig zum Teil sehr gut ausgeführte Porträts von Sozialisten und Reformern aller Länder zieren den auf starkem Glanzpapier gedruckten Band.

4. In russischer Sprache.

Aus russischen Geheim-Archiven.

1. Selbstherrschertum und Landschaften.*) Konfidentielles Memorandum des Finanzministers, Staatssekretär S. J. Witte (1899). Zweite Auflage mit zwei Vorworten von Peter Struve und einer Beilage: das Memorandum des Finanzministers über die Anspannung der Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung. Stuttgart, Verlag und Druck von J. H. W. Dietz Nachf. 1903.

---

*) Unter »Landschaften« [Semstwos] versteht man in Russland lokale Kreis- und Provinzselbstverwaltungskörper.

Das Selbstherrschertum und die Selbstverwaltung im echten Sinne des Wortes sind zwei entgegengesetzte Extreme — das ist der Grundgedanke des konfidentiellen Memorandums. Jede Verstärkung und Entwickelung der Selbstverwaltung führt zur Beschränkung der Bureaukratie; die Entfaltung der Bureaukratie setzt die Beschränkung und Niederhaltung der Selbstverwaltung voraus; überall sei die Einführung der Selbstverwaltung gleichbedeutend mit dem ersten Schritt zum Konstitutionalismus gewesen; daher der erbittertste Kampf zwischen diesen zwei Elementen. — Dies Schauspiel können wir auch in Russland beobachten. Bei Einführung der Landschaften im Jahre 1864 betrachtete nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Regierung diesen Schritt als den ersten zur Konstitution. Mit der Geburt der Selbstverwaltung begann auch ihr Kampf gegen die zarische Bureaukratie oder — richtiger gesagt — eine Reihe von Chikanen und Beschränkungen der Kompetenz und Freiheit der anfangs ziemlich selbständigen Landschaften; gegenwärtig ist die Selbstverwaltung der Landschaften auf eine so niedrige Stufe gedrückt, dass sogar Herr Witte erklärt, ihre Ausübung sei für das russische bureaukratische Selbstherrschertum ungefährlich. Es ist so gekommen — fügen wir hinzu — weil das Selbstherrschertum bis heute die einzige wohl- und allseitig organisierte und daher auch allmächtige soziale Macht in Russland geblieben ist.

Dies in kurzen Zügen der Inhalt des Memorandums. Weder neu noch originell sind die Ausführungen des Herrn Witte; originell ist nur eins: dies alles in einem Memorandum des russischen Finanzministers zu lesen. Mit ausgeprägtem Cynismus wird die Geschichte der Zertrümmerung der russischen Selbstverwaltung erzählt und — vom Standpunkt der Erhaltung des Selbstherrschertums — verteidigt, Seiten, die einem Macchiavelli Ehre gemacht hätten. Dieser Cynismus kann nur durch den äussert konfidentiellen Charakter des Schriftstücks erklärt werden.

2. Das russische Gesetz und der Arbeiter. Das im Finanzministerium verfasste Memorandum »über die Revision der Strafgesetzparagraphen, die wegen Streikvergehen und Kontraktbruch Strafen festsetzen, und über die wünschenswerte Einführung von Arbeiterorganisationen zum Zwecke der Selbsthilfe.« Mit einem Vorwort von P. Struve. Materialien zur Arbeiterfrage. I. Folge. Herausgegeben von der Redaktion der »Oswoboshdenije«. Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart 1902.

In seinem zweiten Memorandum tritt Herr Witte als sozialdemokratischer Agitator auf, indem er beredt die Ungerechtigkeit des zweierlei Rechtes im russischen Gesetz — des einen für die Arbeiter, des anderen für die Arbeitgeber — schildert, den Beweis führt, dass »die Streiks durchaus natürliche, organisch mit den modernen ökonomischen Bedingungen des industriellen Lebens verknüpfte Erscheinungen seien«, und aus diesem Grunde das Recht der Arbeiter fordert, die Arbeit einzustellen. Obwohl der Entwurf des Herrn Witte über die Einführung der »Streikfreiheit« eine Kopie des preussischen Zuchthausgesetzes seligen Andenkens darstellt, wäre seine Verwirklichung für Russland doch ein mächtiger Schritt vorwärts von der absoluten administrativen Willkür zur Gesetzlichkeit. Soweit bekannt, ist der Entwurf an dem Widerstand des Ministeriums des Innern gescheitert.

Das kleine Schriftstück legt ein wunderbar beredtes Zeugnis davon ab, welchen mächtigen Eindruck die russische Arbeiterbewegung der letzten 6—7 Jahre auf die regierenden Kreise Russlands ausübt und zu welchen verzweifelten Mitteln diese zu greifen bereit sind, um der Bewegung Herr zu werden.

Das Schriftstück soll im Jahre 1898 verfasst sein.

3. Materialien zur Universitätsfrage. Erste Folge. Auszüge aus dem Buch von A. J. Georgijewsky: »Kurzer Abriss der Massregeln und Anordnungen der Regierung zur Bekämpfung der Studentenunruhen«. Mit einem Vorwort von Peter Struve. Heraus-

gegeben von der Redaktion der ›Oswoboshdenije‹. Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart 1902.

Das Buch von Georgijewsky, aus dem uns Herr Struve Auszüge bietet, soll schon im Jahre 1890 verfasst gewesen sein, aber das zwölfjährige Liegen hat das Interesse an dem Buch nicht gemindert: man liest es mit demselben ästhetischen Genuss, als wenn es erst gestern in der Hexenküche des Absolutismus angefertigt worden wäre.

Der Verfasser erzählt uns die Geschichte der russischen Studentenbewegungen seit dem Jahre 1858 und der Regierungsmassnahmen zu ihrer Unterdrückung oder Vorbeugung. Vor unseren geistigen Augen jagen vorüber in kaleidoskopartigem Durcheinander erstaunlich grausame und zweck- und sinnlose ›Massnahmen‹ und ›Anordnungen‹ mit verschiedenartigsten Konzessionen an die Studenten, von der Erlaubnis der Abhaltung von Versammlungen etc. an bis auf die — damals nur erst geplante — Einreihung der rebellierenden Studenten in die Armee. Und als ein roter Faden zieht sich durch das ganze Buch das nicht ausgesprochene Bekenntnis des Verfassers, dass die ›Massnahmen‹ und ›Anordnungen‹ ihren Zweck verfehlt haben.

* * *

Alle drei Schriftstücke sind geheime Dokumente der russischen Regierung, die durch einen günstigen Windstoss auf den Redaktionstisch der ›Oswoboshdenije‹ geweht worden sind. *K. Kok.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Zur Geschichte der sozialistischen Agrartheorieen.

Agrarisches aus der Lassalleanischen Litteratur.

1. Die Aeusserungen Lassalles über die Agrarfrage.

Von ihrem Neuerwachen in den sechsziger Jahren des 19. Jahrhunderts an trug die sozialistische Bewegung Deutschlands einen sehr bestimmten Charakter als politische Bewegung der industriellen Arbeiterklasse und ihrer Parteigänger für die Erkämpfung der Demokratie und durch diese der politischen Macht als Hebel für die Emanzipation der besitzlosen Volksklassen. Zwar war sie nicht völlig frei von sektirerischen Vorstellungen und Neigungen, aber diese bezogen sich fast nur auf Aeusserlichkeiten oder Nebenfragen, konnten jedoch das Vorherrschen des bezeichneten realistischen Charakters der Bewegung nicht verhindern. Unter ihr wurde die Lassallesche Forderung des Staatskredits für Produktivgenossenschaften, die sonst leicht hätte in Utopisterei ausarten können, bald so vorsichtig ausgelegt, dass diese Gefahr völlig verschwand. Die Bewegung trat, kann man sagen, das Erbe Lassalles mit dem Recht der Inventur an, sie liess das zweifelhafte Erbstück beiseite liegen, wobei ihr die marxistische Kritik bald zu Hilfe kam, und eignete sich um so entschiedener das an, worin Lassalle mindestens so stark gewesen war, wie die bedeutendsten seiner Kritiker. Von den meisten kleinbürgerlichen Utopien, die in anderen Ländern so lange eine Rolle gespielt hatten, blieb sie dagegen ganz verschont.

Dieselben Einflüsse, die ihr den Charakter als ganz bestimmte Bewegung der industriellen Arbeiterschaft aufprägten, haben es auch verhindert, dass sich die Sozialdemokratie Deutschlands in dem Sinne mit der Frage der Agrarverhältnisse abquälte, wie das in England in der Chartistenzeit und in Frankreich unter dem Bourgeoiskönigtum und auch später noch der Fall gewesen war. Hier sind insbesondere die Beschlüsse der Kongresse der Internationalen Arbeiterassociation von Brüssel (1868) und Basel (1869) zu nennen, sowie die Schriften von Eccarius und Liebknecht, die alle auf Marx als den geistigen Urheber zurückführen. Lassalle hat sich in seinen Agitationsschriften nur einmal beiläufig über die Landfrage geäussert, und zwar in der Frankfurter Rede, dies jedoch in einer Weise, die für die Praxis zu keinem wesentlich anderem Ergebnis führen konnte, als wie die Marxschen Auffassungen, aber doch wieder die Eigenart Lassalles in der Behandlung wirtschaftlicher Fragen sehr charakteristisch zum Ausdruck bringt. Diese interessante Stelle lautet:

»Aber, hat man eingeworfen, die Landarbeiter — wie steht es denn mit denen? Die sind doch noch eine grössere Zahl, als die industriellen Arbeiter. Die liberale Presse hat sogar in Berlin die Ver-

mutung aufgestellt, ich würde wahrscheinlich vorschlagen, dass Parzellierungen stattfinden müssten für die ländlichen Arbeiter. Das betreffende Blatt war so unwissend, noch nicht einmal zu wissen, dass alle Sozialisten, die existiert haben, die Parzellierung, nachdem sie historisch für die Vergangenheit ihr Gutes gehabt hat, und mit einziger Ausnahme solcher Gegenden, wo gartenmässiger Betrieb stattfindet, für eine Quelle der nationalen Verarmung und der Verminderung des Getreideertrages betrachten und vor allem gerade bei der Agrikultur nur im Grossbetrieb die Quelle des nationalen Reichtums und die Vermehrung des Rohertrages der Aecker erblicken. Was also werde ich auf jenen Einwurf antworten, dass doch auch die ländlichen Arbeiter zu den notleidenden Klassen gehören und derselben Hilfe bedürftig seien, wie die industriellen? Nun, nichts anderes, als dass dieser Einwurf meine eigenste Meinung, dass dieser Einwurf gar kein Einwurf ist! Wer spricht denn davon, dass bloss den industriellen Arbeitern geholfen werden sollte? Ich doch nicht! Ich habe Ihnen doch im Gegenteil in meiner Broschüre von den 89—95 Prozent Notleidenden gesprochen, welchen der Staat gehört, so dass hierin also doch alle Klassen, Berufsstände und Arten von Arbeitern eingeschlossen sind! Ich habe somit deutlich genug für jeden, der irgend verstehen kann, die Meinung ausgesprochen, dass allen unbemittelten Klassen geholfen werden solle und müsse, wie denn ja auch für jeden, der das Geringste von der nationalökonomischen Materie versteht, das Interesse aller Kapitallosen ein solidarisches ist. Warum aber, meine Herren, — um anderer und noch wirksamerer Massregeln zu geschweigen, die gerade in Bezug auf den Ackerbau zur Anwendung kommen könnten und deren Entwickelung hier überflüssig und zu weit führend wäre, — warum sollte denn, frage ich, den Landarbeitern durch die Associationen nicht eben so gut geholfen werden können, wie den industriellen Arbeitern? Bewiesen ist dies durch garnichts! Hören Sie den grössten englischen Oekonomen, John Stuart Mill, über diese Frage. Er sagt wörtlich: »Es lässt sich vernünftigerweise nicht bezweifeln, dass eine Dorfgemeinde, die aus wenigen Tausend Bewohnern besteht, als gemeinsames Eigentum die nämliche Bodenfläche bebaut, welche die jetzt vorhandene Bevölkerung ernährt, und die mittelst vereinter Arbeit und der besten Verfahrungsweise die erforderlichen Fabrikate anfertigt, imstande wäre, so viel Produkte hervorzubringen, um sich in angenehmen Verhältnissen zu erhalten. Eine solche Gemeinde würde auch die Mittel finden, um von jedem arbeitsfähigen Mitglied des Gemeinwesens die Feldarbeit zu erhalten oder erforderlichenfalls zu erzwingen.« Also John Stuart Mill erklärt geradezu, es liesse sich das vernünftigerweise nicht einmal in Zweifel ziehen. Wollen Sie eine noch grössere Autorität in dieser Frage? So werde ich Ihnen den Freiherrn von Thünen citieren, eine noch grössere Autorität deshalb, weil er einerseits einer der ausgezeichnetsten Männer der ökonomischen Wissenschaft, andererseits einer der ausgezeichnetsten praktischen Landwirte Deutschlands war. Er hat im zweiten Bande seines berühmten Buches: »Der isolierte Staat«, den er im Jahre 1850 veröffentlicht hat, sich gleichfalls für die Association der ländlichen Arbeiter ausgesprochen. Ja, ein grosser und edeldenkender Mann, wie er war, hat er auf seinem Gut Tellow in Mecklenburg bereits im kleinen eine Association seiner Leute angelegt, damit sie Anteil nehmen sollten an der steigenden Produktivität, an dem steigenden Ertrag seiner Aecker. Er hat den Plan und das Reglement, welches er dieser Association zu Grunde legte, in jenem

Werke, das ich citiert habe, veröffentlicht. Freilich! Kaum war das erschienen, so kam die Tübinger Zeitschrift und rief aus: Thünen ist Sozialist!

So oft ein grosser Mann der Wissenschaft es sich hat daran gelegen sein lassen, Mittel und Wege zu finden, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, so hat man ihn immer mit diesem Schlagwort zu Boden zu schmettern gesucht: Sozialist! Nun, meine Herren, wenn man dies unter Sozialismus versteht, dass wir suchen, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern und ihrer Not abzuhelfen, — nun dann in 33 000 Teufels Namen, dann sind wir Sozialisten! Glaubt man, ich würde mich vor einem Worte fürchten? Ich nicht! Und sollten Sie so furchtsam sein? Ich hoffe nein! — Warum habe ich denn nun also in meinem Antwortschreiben nicht besonders von den ländlichen Arbeitern gesprochen? Nun, aus dem überaus einfachen Grunde, weil sie ja schon in die 89 bis 95 Prozent der dürftigen Klasse, von denen ich spreche und denen geholfen werden soll, eingeschlossen waren, und der Anfang, der praktische Anfang allerdings zunächst mit den industriellen Arbeitern gemacht werden muss. Warum? Der ländliche Arbeiter, meine Herren, ist in vieler Hinsicht, wenn z. B. auf Geldlohn gesehen wird, in einer noch schlechteren Lage als Sie, in mancher Hinsicht wiederum in einer besseren. Dies entscheidet also die Frage nicht. Was die Frage entscheidet, mit welcher Arbeitsart praktisch der Anfang gemacht werden muss, ist folgender Umstand. Der ländliche Arbeiter, und wenn er auch nur ein Kuhgut hat, wenn er sogar seinen Getreideacker nur mit Hacke und Spaten bearbeitet, bildet sich immer noch ein, ein Eigentümer zu sein; er ist noch nicht disponiert zur Association, und diese Disposition dazu, die Bereitwilligkeit, die kann nicht erzwungen werden. Aber hervorgerufen kann sie werden durch Erfolge, hervorgerufen kann sie werden, sage ich, und zwar nur durch das Eine: dadurch nämlich, dass der ländliche Arbeiter den grossen Erfolg bei den industriellen Arbeitern sieht.

Wenn er diese in einer ganz anderen Lage sehen wird und auf seine Frage, woher dies alles kommt, die Antwort erhalten wird: durch die Association, — dann wird sich auch bei ihm dieselbe Bereitwilligkeit und Geneigtheit zur Association einfinden, die heute bereits in dem industriellen Arbeiterstande eine so vorwiegende ist. Zugleich werden durch die grosse Association der industriellen Arbeiter, wie ich Ihnen vielleicht ein andermal näher ausführen werde, ganz neue Produktionsverhältnisse entstehen, welche auch die Bewirtschaftung des Bodens im grossen ebenso notwendig, als leicht ausführbar machen und dadurch eine Quelle der Bereicherung für die ganze Gesellschaft, eine Quelle einer erstaunlichen Vermehrung der gesamten nationalen Produktion, herbeiführen würden.« (Gesamt-Ausgabe, Bd. II, S. 568 bis 570.)

Zeigt sich hier schon, dass Lassalle sich genauer mit der Bodenfrage befasst hat, so geben die Briefe Lassalles an Marx und Rodbertus in bemerkenswerter Weise Auskunft über seine Beschäftigung mit der Grund- und Bodenfrage unter dem Gesichtspunkt der Rente. Wir meinen den Brief von Lassalle an Marx vom 3. Mai 1853 und die Briefe Lassalles an Rodbertus vom 26. Mai, Anfang Juni (No. 13), 24. Juni und 13. Oktober 1863. Folgendes die betreffenden Stellen aus jenen Briefen.

a) Aus dem Brief Lassalles an Marx vom 3. Mai 1853.

»... Aber ich halte in der Tat Ricardo für unseren unmittelbaren Vater. Ich halte seine Definition der Grundrente für die gewaltigste kommunistische Tat. Mit dieser gegebenen Erkenntnis, mit dieser einmal erkannten und anerkannten Natur der heutigen Grundrente ist der heutigen bürgerlichen Welt rettungslos der Hals abgeschnitten, jede Illusion von Berechtigung ein für allemal entzogen! Zwar ist es die Bourgeoisie noch selbst, welche diese Erkenntnis produziert und sie innerhalb ihres Kreises ausbeuten zu können glaubt. Gewöhnlicher Irrtum! Mit dieser Tat der Selbsterkenntnis hat sich das Eigentum den Bauch aufgeschlitzt und kann nach allen Gesetzen des Lebens die selbstmörderische Enthüllung nur wenige Stunden überdauern. — Ich nenne diese Erkenntnis der Grundrente eine speziell kommunistische Tat. Denn sie ist es, welche siegreicher fast als alles andere denen entgegentritt, welche da glauben, dass mit einer partiellen Lösung, mit einem isolierten Recht auf Arbeit, mit einem organisierten Tausch und Crédit gratuit auszuhelfen sei! Sie ist es, welche zeigt, wie schonungslos die Frage steht: *rien ou tout.*« — (Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Marx und Friedrich Engels, herausgegeben von F. Mehring, Stuttgart, 1903, S. 31.)

b) Aus den Briefen Lassalles an Rodbertus.

1. Brief vom 26. Mai 1863. »... Vor allem eine kurze Erwiderung auf Ihren Brief, den ich hier vorfinde, Das Wort »Lohn« scheint mir allerdings begrifflich wie sprachlich jene Inäqualität mit dem Arbeitsertrag in sich zu schliessen.

Dagegen ist ja so klar wie die Sonne, dass, wenn dem Arbeiter Boden, Kapital und Arbeitsprodukt [nicht] gehört, von einer Lösung der sozialen Frage nicht die Rede sein kann. Dasselbe Resultat wird sich also auch annähernd herausstellen, wenn ihm Boden und Kapital zur Benutzung geliefert wird und ihm das Arbeitsprodukt gehört. Bei der ländlichen Association wird dann der Arbeiter entweder mehr oder weniger als sein Arbeitsprodukt haben. Bei der industriellen Association wird er in der Regel mehr erhalten als seinen Arbeitsertrag

Alles dieses weiss ich sehr genau und würde es, wenn ich mein ökonomisches Werk schreibe, sehr expliciert nachweisen.

Allein bedenken Sie doch eins: Eben aus dem hier entwickelten Grunde habe ich in meinem Antwortschreiben nicht Ein Wort von »sozialer Frage« und »Lösung der sozialen Frage« gesprochen.*) Eben aus dem hier erwähnten Grunde habe ich dies Wort auf das sorgfältigste vermieden und nur von einer »Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen« gesprochen. Von einer »Lösung« der »sozialen Frage« dabei zu sprechen, hätte mein Gewissen als Theoretiker bei dem Associationsvorschlag nicht geduldet, und ich habe hierauf auch in Frankfurt kurz hingewiesen. Allein hier handelt es sich ja nur um eine praktische Uebergangsmassregel, nicht um eine theoretische, prinzipielle, endgiltige Lösung, die Sie selbst sogar erst in 500 Jahren erwarten. Dass diese Lösung allmählich durch die Association herbeigeführt und erstaunlich erleichtert

*) Dies haben Sie erst durch Ihren offenen Brief hineingebracht. Ich hatte es — nicht aus praktischer Furchtsamkeit und Leisetreterei — sondern aus jenen theoretischen Gründen vermieden.

wird, scheint mir unbestreitbar, und dies Ihnen zu erweisen, würde ich mich stark machen. (Die bäuerliche Association auf vom Staat beschafften Bodenflächen würde sich z. B. sehr bald durch die blosse Gerechtigkeit zur Abolition der Grundrente hinstossen müssen. Bei den industriellen Associationen würde dies, wenn auch langsamer und vermittelter, gleichfalls eintreten müssen.)«

2. Brief No. 13 (undatiert, wahrscheinlich Anfang Juni 1863). »... Meine Aeusserung: »bei der ländlichen Association wird dann der Arbeiter entweder mehr oder weniger als sein Arbeitsprodukt haben«, ist, jedenfalls in Bezug auf das »mehr«, doch sehr leicht zu verstehen. Ich verstehe garnicht die Schwierigkeit, die in Bezug auf diesen Satz stattfinden könnte.

Die Associationen auf den besser beschaffenen oder besser gelegenen etc. Aeckern würden doch zunächst gerade so Grundrente beziehen, wie jetzt die Einzelbesitzer derselben. Und folglich mehr als ihren wirklichen Arbeitsertrag, Arbeitsprodukt, haben.

(Eher kann zunächst der andere Fall »oder weniger« fraglich sein, wenn man von der — im allgemeinen auch ganz richtigen — Ansicht Ricardos ausgeht, dass der Preis des Getreides normiert wird durch seine Erzeugungskosten auf dem ungünstigsten Boden. Hiernach würde die Association auch auf solchem ungünstigsten Boden immer noch ihr Arbeitsprodukt (»nicht weniger«) erhalten, wenn auch die Bebauer günstigerer Aecker Grundrente und also »mehr« als ihr Arbeitsprodukt bezögen.)

Allein schon daraus allein, dass Einer in der Gesellschaft mehr hat, als sein legitimes Arbeitsprodukt, folgt, dass ein anderer weniger haben muss, als bei der legitimen Verteilung des Arbeitsertrages, wie wir uns dieselbe übereinstimmend (vgl. den Schluss Ihres dritten sozialen Briefes) denken, auf die Vergütung seiner Arbeit kommen würde.

Genauer: Was ist mein legitimes Arbeitsprodukt (im Sinne der endgiltigen Lösung der sozialen Frage, also im Sinne der »Idee«, die ich hier immer als Norm und Vergleichungsmassstab bei dem »Mehr oder weniger« unterstelle)? Ist es das Produkt, das ich ländlich oder industriell unter beliebigen Verhältnissen individuell hervorbringen kann, während ein anderer unter günstigeren Verhältnissen mit derselben Arbeit mehr, ein dritter unter noch ungünstigeren mit derselben Arbeit weniger erzeugt? Doch nicht! Sondern mein Arbeitsprodukt wäre der Anteil an der gesamten gesellschaftlichen Produktivität, der bestimmt wird durch das Verhältnis, in welchem mein Arbeitsquantum zum Arbeitsquantum der gesamten Gesellschaft steht.

Nach dem Schluss Ihres dritten sozialen Briefes können Sie das unmöglich bestreiten.

Und folglich haben, so lange die Arbeiter der einen Association Grundrente beziehen, die Arbeiter der anderen, die nicht in diesem Fall sind, weniger als ihnen zukommt, weniger als ihr legitimes Arbeitsprodukt.

(Und schon vis-à-vis der grossen Masse ländlicher Arbeiter auf den Aeckern, die nicht zur günstigsten Klasse gehören, und besonders vis-à-vis den im Anfang noch nicht associierten — und auch (cf. meine Frankfurter Rede) im Anfang in Bezug auf ihre Vergütung noch nicht durch die Association der gewöhnlichen Lohnarbeiter gesteigerten gewissen anderen Arbeitsarten gegenüber — würden im Anfang — denn mit Rücksicht auf diesen habe ich jenen Satz geschrieben, die zuerst

eingerichteten industriellen Arbeiterassociationen hin und wieder mehr haben können, als nach jenem vorher etablierten Grundsatz von dem Anteil der individuellen Arbeit an der Gesamtproduktion möglicherweise auf die Arbeiter dieser ersten Associationen zu kommen hätte.)

Nach diesen beiden explicierenden Parenthesen wende ich mich nun zur Frage, wie das auszugleichen, wie die Grundrente zu abolieren sei. Ganz einfach!

Durch eine Grundsteuer, welche die Aecker unterster Klasse ganz frei lässt und alle Aecker der höheren Klassen differenziert, d. h. im Verhältnis ihrer günstigeren Beschaffenheit — also um den ganzen Betrag der Differenz — trifft. Diese Grundsteuer würde also die ganze Grundrente abolieren, d. h. in die Hände des Staates bringen und in den Händen der Arbeiter nur den wirklichen gleichmässigen Arbeitsertrag lassen.

Heute wäre eine solche Massregel unmöglich. Aber sehen Sie nicht, wie sehr sie erleichtert und herbeigeführt wird, wenn der Staat den ländlichen Associationen die Bodenfläche liefert?

Diese differenziierte Grundsteuer würde dann an die Stelle des Zinses treten, den die industriellen Associationen zunächst für die Staatskapitalien zu entrichten hätten. Diese differenziierte Grundsteuer wäre die Bezahlung, welche die ländlichen Arbeiterassociationen dem Staat für das Ueberlassen der Bodenfläche zu entrichten hätten — so dass eben die einen nichts, die anderen 2, 3, 4, 5, 10, 70 bezahlten, je nach der Beschaffenheit ihres Bodens — und würde sich folglich sehr leicht machen. Schon aus Gerechtigkeit und Neid würden die ländlichen Arbeiterassociationen diesen egalisierenden Bezahlungsmodus leidenschaftlich begünstigen.

Der Staat hätte an dieser Grundrente die Mittel, Schulunterricht, Wissenschaft, Kunst, öffentliche Ausgaben aller Art zu bestreiten — und so hätte denn niemand, respektive alle gleichmässig die Rente.

Die Association hat also bei den ländlichen Arbeitern durchaus den durchbrechenden, wegbahnenden Charakter, der zur definitiven Lösung der sozialen Frage allmählich führen muss, zu dem Zustand, den wir beide am Ende der jetzigen Arbeitsanarchie sehen.«

3. Brief vom 24. Juni 1863. »... Was die »Getreidesteuer« betrifft, so ist es freilich notwendig, dass wir hierin nicht übereinstimmen, da ich im allgemeinen der Ricardoschen Grundrententheorie anhänge. Ricardo hat unrecht darin, dass er sich die Grundrente historisch so entstanden denkt, wie er angibt. Historisch ist sie durchaus nicht so entstanden. Aber für heute hat er recht, was mannigfache Abweichungen in konkreten Fällen nicht ausschliesst.

Für heute erklärt die Ricardosche Theorie nicht bloss die Differenz der Grundrente selbst, sondern im allgemeinen eben die Grundrente selbst. Ihre Ansicht hierüber kenne ich genau aus Ihrem dritten sozialen Brief. Aber es will mir scheinen, als liesse sie sich sehr wohl mit der Ricardoschen Theorie in Bezug auf die tatsächlichen Momente vereinen. Was Sie Grundrente noch auf dem schlechtesten der in Angriff genommenen Aecker nennen würden, wäre nach Ricardo gar nicht mehr Grundrente, sondern Kapital- resp. Gewerbeprofit zu nennen.«

4. Brief vom 13. Oktober 1863. »... Noch ein Wort über unsere Kontroverse inbetreff der Grundrente. Sie haben in Ihrem letzten Brief ganz recht: wenn ich wirklich zugäbe, dass auch auf dem schlech-

testen Boden noch Grundrente gewonnen werden muss, so wäre die Ricardosche Grundrententheorie ja ganz und gar widerlegt! Die Ricardosche Grundrententheorie wurzelt ganz und gar, wie er selbst hundertmal hervorhebt, in dem Satz, dass der schlechteste Boden, der in einer Nation noch in Angriff genommen werden muss, um das zum Konsum erforderliche Quantum zu liefern, keine Grundrente liefert (wohl aber Kapital- und Gewerbeprofit liefern kann). Wo aber hätte ich denn zugegeben, dass er hierin unrecht habe? Ich schrieb Ihnen in meinem vorletzten Briefe hierüber — ich citiere natürlich nur aus dem Gedächtnis, erinnere mich aber der Stelle noch recht deutlich — etwa wie folgt: »Ich würde bei mündlicher und längerer Besprechung Ihnen vielleicht dartun können, dass, was Sie Grundrente noch auf dem schlechtesten Boden nennen, nach Ricardo Kapital- oder Gewerbeprofit ist.« Liegt hierin, dass Ricardo jenes x mit Unrecht so nenne? Ich meinte — pardon — den Satz im Gegenteil so: dass Ricardo es mit Recht Kapital- oder Gewerbeprofit und Sie mit Unrecht Grundrente nennen!

Gewiss, wäre es wahr, dass auch noch der schlechteste bebaute Boden Grundrente abwerfen muss, so ist die ganze Ricardosche Theorie unhaltbar, und ich würde sie seit lange aufgegeben haben.

Es ist nicht wahr, dass, wie Ricardo glaubt, historisch zuerst immer die besseren, dann die schlechteren Aecker in Angriff genommen worden seien. In dieser Hinsicht haben Sie (im III. soz. Brief) wie Carey vollkommen recht, dass die Sache häufig genug gerade umgekehrt gekommen. Aber wie unwahr dies historisch auch sei — heute ist die Grundrente im wesentlichen das, was Ricardo sagt. Heute wird der Preis des Getreides bestimmt durch den Kostenpreis auf dem kostspieligsten Acker, der noch zur Gewinnung des erforderlichen Konsumquantums in Angriff genommen werden muss (gleichviel worin die Kostspieligkeit bestehe, ob in grösserer natürlicher Unfruchtbarkeit oder in grösseren Transportkosten wegen der Entfernung).

Auf diesen kostspieligsten Aeckern, welche den gesamten Getreidepreis regeln, fällt keine Grundrente, sondern — im allgemeinen — nur Kapital- und Gewerbegewinn ab. Nach Ricardo fällt dieser Kapital- und Gewerbegewinn immer auf allen Aeckern ab. Nach mir fällt nicht einmal dieser *immer* ab. Die hochgestiegenen Preise bei Parzellierungen stehen häufig nur deshalb so hoch, weil sich der Käufer hier gefallen lässt, dass der Preis, d. h. also die kapitalisierte Grundrente, sogar einen Teil des üblichen Kapital- und Gewerbeprofits entamiert. In Irland entamiert die Pacht sogar einen Teil des üblichen Arbeitslohns.

Dies sind Berichtigungen Ricardo's, die seine Theorie im wesentlichen unbeeinträchtigt lassen. Das bleibt wahr, dass überall Aecker existieren, die nicht verpachtet werden könnten, weil sie keine Pachtrente abwerfen würden (abgesehen von der scheinbaren Rente, die aus Kapitalanlagen, wie Wirtschaftsgebäuden etc., folgt) und die dennoch im Selbstbetrieb bebaut werden und resp. bebaut werden können.

Durch alles das, was Sie in Ihrem III. sozialen Brief hiergegen sagen — ich habe ihn vor zehn Jahren, aber damals dreimal hintereinander mit angespanntester Denkkraft und in beständiger Selbstdiskussion gelesen — ist meine Ueberzeugung hierüber nicht geändert worden.« (Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Rodbertus-Jagetzow, herausgegeben von Ad. Wagner, S. 70, 76, 82 und 87.)

Aus alledem spricht ein sehr bestimmter, offenbar reiflich durchdachter Standpunkt in der Grund- und Bodenfrage, den mit den neueren Bodentheorieen und den durch die überseeische Konkurrenz geschaffenen Verhältnissen zu vergleichen wohl der Mühe lohnen würde. Indes fällt diese theoretische Arbeit ausserhalb des Rahmens dieser Zeitschrift. Als bezeichnend sei nur erwähnt, dass in zwei verhältnismässig neueren Schriften von Fachgelehrten, die speziell Lassalle als Sozialökonomen zu schildern unternahmen, nämlich Georg Mayer, Lassalle als Sozialökonom, Berlin 1894, und Lampertus Otto Brand, Ferd. Lassalles sozialökonomische Anschauungen, Jena 1895, mit keinem Wort der aus den schon bekannten Briefen Lassalles an Rodbertus zu ersehenden Stellung Lassalles zum Problem der Grundrente gedacht worden ist. Der Lassalleanischen Partei blieben diese Briefe bis Ende 1877 unbekannt. Es ist daher interessant, zu sehen, wie sich ihre Führer, wo sie sich mit der Agrarfrage beschäftigten, mit ihr abzufinden verstanden.

2. J. B. von Schweitzer über die Grundrente.

In dieser Hinsicht kommt zuerst eine Artikelserie in Betracht, die Lassalles Nachfolger, J. B. von Schweitzer, im Jahre 1867 im Anschluss an den Wahlkampf in Elberfeld-Barmen unter dem Titel »Der Kapitalgewinn und der Arbeitslohn« als Broschüre hat erscheinen lassen. Die Agrarfrage selbst wird zwar dort nicht direkt behandelt, sondern nur das Problem der Grundrente erörtert, und zwar theoretisch durchaus im Sinne der liberalen englischen Schule (Smith, Ricardo, Mill) erläutert. Insofern bringen diese Artikel keinen neuen Gedanken zu Tage und könnten daher übergangen werden. Jedoch folgen als Probe für die ausserordentlich klare und geschickte Darstellung hier wenigstens die Paragraphen 6 und 7 der Broschüre, die am 30. August 1867 konfisziert wurde, was auch die Weiterführung ihres mittlerweile — in den Nummern vom 25., 28. und 30. August 1867 — begonnenen Abdrucks im »Sozialdemokrat« unmöglich machte. Die Broschüre selbst ist später nicht mehr aufgelegt worden und jetzt ausserordentlich rar.

* * *

§ 6.

Wir haben bisher zum Zweck grösserer Deutlichkeit, zusammengehörige Elemente vorläufig trennend, die Bodenrente ausser Berücksichtigung gelassen.

Zunächst ist inbetreff der Bodenerzeugnisse festzuhalten, dass sie heutzutage gleich anderen Waren von kapitalbesitzenden Unternehmern mit Lohnarbeitern produziert werden, sei es nun, dass einer sein eigener Unternehmer ist oder dass er einen Pächter hat*), so dass demnach alles bisher über Arbeitslohn und Kapitalgewinn Gesagte auch inbetreff der Bodenprodukte Anwendung findet.

*) Der kleine Bauer ebenso wie der kleine Handwerker darf niemand irre machen; auch hier sind Bodenrente und Kapitalgewinn vorhanden, aber in verschwindenden Grössen. Das meiste ihrer Einnahme ist Arbeitslohn. Der Zug der Zeit geht aus Gründen, welche notwendig in den heutigen Verhältnissen wurzeln, dahin, jeglichen Kleinbetrieb zu gunsten des Grossbetriebs zu verschlingen.

Allein ausser dem Kapitalgewinn tritt uns hier eine von demselben gänzlich verschiedene Einnahmequelle entgegen, die Bodenrente.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Mitwirkung der Naturkräfte bei der Produktion überhaupt, d. h. auf ihr Verhältnis zur Arbeit.

Unter Naturkraft versteht die Naturwissenschaft jegliche Eigenschaft der Materie.

Es ist klar, dass bei allem, was geschieht, irgend welche Eigenschaften der Materie wirksam werden.

Demgemäss kann auch nicht die einfachste Arbeit geschehen, ohne dass Naturkräfte mitwirken. Nicht ein Tisch kann gereinigt werden ohne die auflösende Kraft des Wassers, nicht ein Hammerschlag kann geführt werden, ohne dass die spezifische Schwere (grössere Dichtigkeit des Metalls) und seine feste Kohäsionskraft in Betracht kämen. Schon hier wird nur infolge gewisser Eigenschaften der Materie die bei der Arbeit beabsichtigte Wirkung erreicht. Der Materie die Bedingungen zurechtlegen, unter welchen sie ihre Kräfte naturgesetzlich in Wirksamkeit treten lässt: das ist alles, was wir zur »Beherrschung der Naturkräfte« tun können; je richtiger, mit desto geringerem eigenen Kraftaufwand wir infolge vorgeschrittener Kenntnis der Materie ihr die Bedingungen zu einer gewünschten Kraftäusserung zurechtlegen, desto mehr leisten wir, desto »produktiver« ist unsere Arbeit.

Man hat gemeint, beim Ackerbau seien in der Produktion die Naturkräfte in höherem Masse mitwirkend, als bei der umformenden, der industriellen Arbeit.

Fälschlich!

Wohl ist es wahr: wie wenig tut beim Ackerbau der Mensch, wie viel die Natur! Der Boden wird gelockert, auch, wo er nicht mehr jungfräulich ist, gedüngt, und ein Samenkorn wird eingelegt. So weit der Mensch und seine Arbeit! Dass aber nunmehr, vermöge einer ihm innewohnenden Kraft, dieses Samenkorn nächstliegende Materie sich assimiliert, dadurch grösser wird und zuletzt, unter dem Einfluss von Feuchtigkeit, Wärme, Licht u. s. w., zur Pflanze sich gestaltet — das tut die Natur.

Aber zeigen nicht andere, dem Ackerbau nicht zugehörige Arbeitszweige ähnliches?

Nur einige wenige Beispiele von unzähligen!

Wenn der Brotteig der Wärme ausgesetzt wird, ändert er seine Eigenschaften, er wird zu Brot. Ist es nicht die Natur, sind es nicht die den Stoffen innewohnenden Kräfte, die hier das meiste geleistet?

Die Dampfmaschinen spielen in der heutigen Industrie eine ungeheure Rolle. Was tun wir, um den Dampf und seine Spannkraft zu erlangen? Wir erhitzen das Wasser bis zu einem gewissen Wärmegrad. Aber dass alsdann das Wasser seinen Gesetzen gemäss bei diesem Wärmegrad und unter diesem Luftdruck, ja dass es überhaupt seinen Aggregatzustand ändert, sich in Dampf verwandelt — ist dies unser Werk oder nicht vielmehr das Werk der Natur? Und überdies: wie bringen wir denn die Wärme hervor? An das Brennmaterial wird Feuer gebracht: sofort verbindet sich der Sauerstoff der Luft chemisch unter beständiger Wärmeentwickelung mit dem Material, welchen Vorgang wir Verbrennung nennen; d. h. wiederum hat das Beste, die Hauptsache, die Natur geleistet.

Ein anderes Beispiel aus einem jetzt sehr beliebten Industriezweig, der Photographie. Eine Platte wird in bestimmter Weise präpariert und

einige Sekunden dem Einfluss des Lichtes ausgesetzt — es kommt ein Bild zum Vorschein. Wer hat das Bild gemalt?

Die halbe Industrie müsste stille stehen, wenn man die Schwefelsäure nicht hätte; für hundert Produktionszweige (z. B. für die Fabrikation von Soda, Salzsäure, Chlor, Stearinkerzen, Papier, Kattun u. s. w.) ist sie unerlässlich, wiederum vermöge der ihr innewohnenden chemischen Eigenschaften. Und könnte die Fabrikation der Schwefelsäure selbst vor sich gehen, wenn es nicht in der Natur des Stickstoffoxyds (NO_2) läge, Sauerstoff aus der Luft an sich zu ziehen und wieder an andere Stoffe abzugeben, so dass man es wie einen Diener verwendet, der fortwährend Sauerstoff holt und dahin abgibt, wo man ihn braucht — hier an die schweflige Säure, die dadurch zu Schwefelsäure wird.

Wer will Leder machen ohne die Gerbsäure oder ähnliche Substanzen, wer Seide ohne den Seidenwurm? Wer will kraftsparende Maschinen konstruieren ohne die Gesetze des Hebels? Ist es nicht richtig, dass man bei der hydraulischen Presse z. B. mit einer Kraft gleich 10 Pfund eine Kraftentwickelung von 6000 Pfund hervorbringen kann, nur darum, weil man die hydraulische Presse konstruiert hat erstens nach den Gesetzen des Hebels und zweitens nach den Gesetzen des sich nach allen Seiten fortpflanzenden Druckes in Flüssigkeiten. Will man Schiffe benutzen, diese wichtigen Transportmittel, ohne das archimedische Gesetz, dem die Körper im Wasser folgen? Will man Gefässe und Werkzeuge machen ohne die Schmelzbarkeit und Formbarkeit der Stoffe?

Doch genug! Die Naturkräfte wirken auch in der Industrie in einem Masse mit, dass man nicht berechtigt ist, zu behaupten, dasselbe stehe hinter demjenigen zurück, in welchem sie beim Ackerbau mitwirken. Auch genügt schon der Umstand, dass ihre Mitwirkung überall conditio sine qua non (unerlässliche Bedingung) ist.

Aber obwohl die Naturkräfte auch in der Industrie mitwirken, so ist doch die soziale Folge dieser Mitwirkung eine andere, wie beim Ackerbau.

Der Grund hiervon liegt in folgendem:

In der Industrie ist die Mitwirkung der Naturkräfte an werkzeugliche Hilfsmittel gebunden, die man beliebig (für praktische Zwecke beliebig) vermehren kann; beim Ackerbau ist die hauptsächlichste Mitwirkung derselben an ein Instrument gebunden, welches nicht beliebig vermehrt werden kann: den Grund und Boden.

Infolgedessen gestaltet sich die Sache so, dass in der Industrie die Naturkräfte als mitwirkende Begleiter und Diener der Arbeit oder des Kapitals erscheinen, welches Sachverhältnis späterhin näher beleuchtet werden wird, während hingegen in der Bodenproduktion, wie früher gezeigt wurde, bei der Einrichtung des Privateigentums am Grund und Boden und unter der Herrschaft der freien Konkurrenz die Naturkräfte des besseren Bodens, als der Verfügung einzelner unterstehend, nicht als mitwirkende Begleiter und Diener der Arbeit oder des Kapitals erscheinen, sondern, diesen Elementen selbständig sich gegenüberstellend, einen Anteil vom Tauschwert an sich ziehen, der dann dem Grundbesitzer als Bodenrente in die Tasche fliesst. Während also im Bereiche der sonstigen Produktion die Naturkräfte zwar eine grössere Produktivität der Arbeit bewirken, niemals aber selbst Tauschwert begründen, begründen sie in der Bodenproduktion allerdings für ihre Mitwirkung einen Tauschwert.

Machen wir dies durch einen erdachten Fall klar!

In einem bestimmten Produktionszweige seien in Gebrauch Dampfmaschinen von zehn Pferdekräften; ein einziger Produzent habe eine

Maschine von zwanzig Pferdekräften. So lange er sie allein hat, kann er einen Extragewinn ziehen. Allein das wird nicht lange dauern, die Konkurrenten werden die günstigere Maschine nachmachen, da hier das Produktionswerkzeug beliebig vermehrbar ist, und die Konkurrenz wird die Preise des Fabrikats herabdrücken, auf Grund des Umstandes, dass dasselbe jetzt mit einer geringeren Arbeitsmenge produziert wird. Wenn aber einer besseren Boden hat als die anderen, d. h. Boden, der bei gleicher Arbeit und Verwendung der Bebauung mehr erträgt als der der anderen, so können diese anderen solchen Boden sich nicht beliebig verschaffen. Darum kann jener Besitzer des besseren Bodens die in diesem wirkenden Naturkräfte verwerten.

Erinnern wir uns nun, dass infolge dieses Sachverhalts der Tauschwert aller Bodenprodukte bestimmt wird durch die Arbeitsmenge, die nötig ist, um die fraglichen Produkte auf dem ungünstigsten Boden, der nach dem Stand der Nachfrage nach diesen Produkten in Anbau genommen werden musste, hervorzubringen.

Wenn wir uns klar machen, was hierin liegt, so müssen wir sagen:

Bei den Bodenprodukten findet statt eine fortwährende Ausbeutung aller Konsumenten derselben zu Gunsten der Grundbesitzer, welche dafür, dass sie die an ihren Boden geknüpften Naturkräfte an der Produktion teilnehmen lassen, d. h. der menschlichen Arbeit zur Verfügung stellen, einen Teil der durch diese Arbeit erzeugten Produkte in Form von Bodenrente, meist als Pachtzins in Geld, an sich ziehen.

§ 7.

Rufen wir uns, bevor wir zum Rechtspunkte übergehen, die hauptsächlichsten der bisherigen Ergebnisse ins Gedächtnis zurück:

Diejenigen Dinge, welche Gebrauchswert, aber keinen Tauschwert haben, sind kein Gegenstand des Streites, weil überhaupt kein Gegenstand des Eigentums; sie sind in hinlänglicher Menge jedem zugänglich.

Diejenigen Gebrauchsgegenstände, welche Tauschwert haben, sind insgesamt durch menschliche Arbeit hervorgebracht, »produziert« im ökonomischen Sinne.

Die Arbeit hat jeglichen Tauschwert nicht nur hervorgebracht, sondern sie bestimmt auch seine Höhe; so viel Arbeit in einer Ware, so gross ihr Tauschwert.

Der Tauschwert, den die Arbeit hervorgebracht, fällt nicht gänzlich dieser, sondern teilweise dem Kapital zu.

Ausserdem entsteht Tauschwert dadurch, dass es den Grundbesitzern möglich ist, die zu ihrer Verfügung stehenden Naturkräfte nur gegen Entrichtung von Tauschwert zur Benutzung zu überlassen.

Dieser Tauschwert kommt den Grundbesitzern zu gute.

Stellen wir auf dieser Grundlage den Rechtspunkt fest!

Wer einen Gegenstand durch seine Arbeit hervorgebracht hat, dem gehört er naturgemäss zu eigen. Denn durch die Kräfte seines eigenen Körpers, die zweifellos ihm gehören, hat er den Gegenstand zu dem gemacht, was er ist. Wer daher ihm die Verfügung über denselben entzieht, entzieht ihm in dem Werk seiner Kräfte die Verfügung über diese selbst, greift verletzend in seine berechtigte Willenssphäre ein, beraubt ihn seines naturrechtlich wohlerworbenen Eigentums.

Die Wirksamkeit aller Naturkräfte ihrerseits ist selbstverständlich zu gunsten aller, zu gunsten der Gesamtheit vorhanden. Allein ihre Wirksamkeit ist gebunden an die Arbeit (auch das Kapital ist frühere Arbeit); an den Vorteilen, welche durch dieselben kommen, haben also

nur diejenigen teilzunehmen, die durch Arbeit diese an sich nur möglichen Vorteile der Mitwirkung der Naturkräfte in wirkliche verwandelt haben.

Da nun jeder Gegenstand, so weit er Tauschwert hat, durch Arbeit oder durch die Naturkräfte des Bodens hervorgebracht ist: so gehören von rechtswegen (vom Standpunkte des natürlichen Rechtes) alle diese Gegenstände, soweit ihnen Tauschwert innewohnt, d. h. soweit sie überhaupt Gegenstand des Eigentums sein können, denjenigen, welche gearbeitet haben.

Alle Tauschwerteinnahmen, welche auf andere Begründung hin irgend wer in der heutigen Gesellschaft an sich zieht, stellen sich also dar als rechtswidrige Abzüge von dem den Arbeitern zugehörigen Arbeitsertrag zu gunsten von Personen ohne Recht auf denselben. Alle Bodenrente, aller Kapitalzins, aller Unternehmergewinn sind demnach vom Standpunkte des natürlichen Rechtes rechtswidrige Ausbeutung der Arbeit.

Noch einmal: Ernest Jones über die Agrarfrage.

In Heft 11 des ersten Jahrgangs der Dokumente des Sozialismus haben wir Auszüge aus einer in den *Notes to the People* von 1851 abgedruckten Flugschrift von Ernest Jones über die Landfrage veröffentlicht, worin u. a. energisch hervorgehoben wurde, dass in den Ländern mit überwiegend kleinbäuerlicher Landwirtschaft viel weniger Verelendung der Volksmassen zu finden sei, als dort, wo der landwirtschaftliche Grossbetrieb vorherrsche. Am Schluss unseres betreffenden Artikels erwähnten wir, dass Jones bei späterer Gelegenheit sich veranlasst gesehen habe, die in der Flugschrift nur ganz beiläufig empfohlene Nationalisierung des Grund und Bodens bestimmter als Reformforderung aufzustellen.

Es geschah dies in einem kurzen Artikel, der auf S. 256/257 des gleichen Jahrgangs der *Notes to the People* steht. Wie aus den Eingangsbemerkungen dieses Artikels ersichtlich, waren aus Leserkreisen des Blattes Einwendungen gegen die Flugschrift erhoben worden, die offenbar das Urteil über die Wirkungen des Ueberwiegens der kleinbäuerlichen Wirtschaft für zu günstig erachteten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass zu den Kritikern auch Marx gehörte, der damals schon mit Jones in Verbindung stand und ihm hier und da schriftstellerische Beiträge für die »*Notes*« zukommen liess. Jedenfalls aber hatten die Einwendungen den Erfolg, dass Jones sein Lob der kleinbäuerlichen Verhältnisse ganz wesentlich einschränkte.

Wir geben im folgenden den vollen Wortlaut des erwähnten Nachtragsartikels.

* * *

Es scheinen einige Missverständnisse obzuwalten hinsichtlich des Grundgedankens eines »Unser Land« betitelten Artikels, in welchem das besondere Wohlbefinden und die sittliche Kraft jener Nationen nachgewiesen worden sind, bei denen das System des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes besteht, im Gegensatz zu jenen anderen, die das System der grossen Landwirtschaftsbetriebe haben.

Zwei Leute, die an uns geschrieben, haben dies so verstanden, dass jener Artikel auf eine Befürwortung des Systems des freihändigen kleinen Grundbesitzes abziele. Nichts konnte jedoch dem Schreiber des Artikels ferner liegen als das. Es ist vielmehr seine Ueberzeugung, dass die Nationalisierung des Bodens und seine Verpachtung statt dem System des freien Privateigentums (so dass der Staat der Grundherr ist) das einzige Mittel ist, die Centralisierung des Grundbesitzes — die Monopolisierung des Bodens in Händen von wenigen — zu verhindern.

Dass dies die Meinung des Verfassers war, geht deutlich aus der Note am Ende des ersten Absatzes S. 113 hervor und ebenso aus dem im Text befindlichen Paragraph, auf den sie Bezug nimmt.*)

Der Verfasser hält jedoch alles aufrecht, was er über die bedeutenden Vorteile gesagt hat, die das System der Kleinbetriebe über das des landwirtschaftlichen Grossbetriebs hat, wie dies bisher angewendet wurde. Dass die belgischen, französischen und deutschen Kleinbauern schliesslich jetzt reissend schnell dem Elend verfallen, ist ebenso richtig — das jedoch ist der ungeheuren Menge von Steuern zuzuschreiben, die sie zu zahlen haben. Wie in Nummer 2 (Seite 28. Spalte 2) in Bezug auf die Zukunft der kleinen Grundbesitzer in England konstatiert wurde, werden diese jetzt schnellstens aus ihrem Besitz heraus*gesteuert* werden. In Italien halten sie sich noch durch die ausserordentliche Fruchtbarkeit ihres Bodens am Leben, in Norwegen halten sie sich auf Grund der geringen Bevölkerungszahl und in der Schweiz infolge jährlicher Auswanderung von Landleuten als Soldaten und Kolonisten und wegen des Abzugs [von solchen] in die Fabrikdistrikte. In fast allen anderen Ländern, als diesen drei, richtet der Druck der Steuern den Kleinbauern zu Grunde — ein Erfolg, den zu verwirklichen dem 19. Jahrhundert vorbehalten geblieben ist. Aber wenn der Verfasser auch die besonderen Vorteile des Systems der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe über das der Grossbetriebe als eine Art Reserve nachgewiesen hat, auf die sich das Volk von der Lohnsklaverei zurückziehen konnte, so muss er sich doch gegen den falschen Eindruck verwahren, als ob er eine Parzellierung des Bodens in kleine freie Besitzungen habe befürworten wollen, da nichts, wie schon anderswo gerade in der gleichen Nummer gezeigt wurde, eine reaktionärere Tendenz haben könnte oder zu gleicher Zeit sich als durchaus unwirksam erweisen würde, dem nationalen Elend abzuhelfen, wie eine solche Politik.

Aber es kommt hier noch ein anderer Punkt in Frage, der nicht übersehen werden darf: das System der Kleinbetriebe hat sich in der Geschichte nur darum als so vorteilhaft erwiesen, weil das System des Grossbetriebs in den unrechten Händen zur Ausbildung gebracht worden ist. In Wirklichkeit ist das System des Grossbetriebs weit vorteilhafter, als das des Kleinbetriebs. Das letztere wirkte gut, weil es die Kon-

---

*) Die Note steht auf S. 493 des ersten Jahrgangs der Dokumente des Sozialismus und lautet: »Natürlich bezieht sich diese Argumentierung auf das gegenwärtige System des Bodenbesitzes. Die Nationalisierung des Bodens würde der Möglichkeit der Zerstückelung vorbeugen.«

kurrenz unter den Lohnsklaven wenigstens dadurch verminderte, dass es einen Teil derselben auf dem Land zurückbehielt — weil, wo das System des Grossbetriebs bestand, dieses ganz in den Händen der wenigen Reichen war und zur Ueberflüssigmachung von Arbeitern ausgenutzt wurde. Aber das System des Grossbetriebs ist, wenn richtig durchgeführt, tausendmal besser als das ihm entgegengesetzte System; nur sollten die Landgüter dem Staate g e h ö r e n und vom Volke b e w i r t e t werden. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, dass ein Landgut, weil es gross ist, nur einen Pächter zu haben und dieser nur wenige Hände zu beschäftigen brauchte. Warum das? Nehmen wir an, ihr habt ein Gut von 500 Acres. Statt es unter hundert Leute in hundert Gütchen von je 5 Acres zu zerteilen, lasst es als ein Ganzes und lasst die Arbeit der hundert Leute sich verbinden, um die Hilfsquellen seines Bodens zu entwickeln. In hundert Güter zerteilt, würde jedes ohne das zur Entwickelung eines guten Produktionszustandes notwendige Kapital sein; der Bewirter müsste von Kraut und Speck vegetieren, und alle Wissenschaft der Landwirtschaft wäre für ihn unanwendbar. Dieser Einwand ist mit vieler Berechtigung von den Kapitalisten gegen unsere Gesellschaften zur Schaffung von freien Bodengütern ausgespielt worden. Aber lasst die Hundert ihr Kapital vereinigen, lasst sie ihre Arbeit auf ein grosses Unternehmen vereinigen — statt sie in hundert kleinen Unternehmungen zu zersplittern — und ihr werdet sofort die jetzt den Kapitalisten zufallenden Vorteile haben, ohne ein Jota der Arbeitskraft einzubüssen, die das System des Individualismus zweifellos entwickelt, die es aber zu gleicher Zeit der Verwüstung preisgibt.

Es ist deshalb weder das System des Kleinbetriebs noch das des Grossbetriebs, wie es z u r Z e i t — und in der Tat bisher — sich entwickelt hat, wonach wir zu streben haben; wir müssen vielmehr grosse Massen von Arbeitskraft dahin bringen, auf entsprechende Massen von Land zu wirken — und das heisst Genossenschaftsbetrieb, der einzige Weg, grosse Resultate zu erzielen. Das System des Grossbetriebs ist heute verderblich, weil es trotz Anwendung von grossen Kapitalien zusammenfällt mit der Anwendung von wenig Arbeitskraft auf den Grund und Boden.

Das System des Kleinbetriebs ist heute verderblich, weil es — neben anderen Ursachen — zwar mit Anwendung einer gewissen Menge Arbeit verbunden ist, aber Mangel an Kapital auf Seiten des Landwirts bedeutet.

Das Geheimnis des Erfolges ist, beides zu verbinden. Dies kann nur in der oben beschriebenen Weise geschehen — und um es wirksam ins Werk zu setzen, muss es *auf nationaler Grundlage* geschehen.

Der „heilige Max".

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

Der politische Liberalismus.

(Abschn. I, Kap. 6 a.)

V o r n o t i z: Das Manuskript dieses Kapitels, bis ziemlich zur Hälfte von Hess und dann von Engels niedergeschrieben, ist an einigen Stellen beschädigt. Wir halten es für angezeigt, die fehlenden Worte, Silben oder Buchstaben auf Grund eigener Vermutung wieder-

herzustellen, sondern beschränken uns darauf, die Unterbrechungen durch Punkte in griechischen Klammern zu kennzeichnen. Es wird den Lesern nicht schwer fallen, sich den Sinn selbst zu rekonstruieren.

Häufiger als in früheren Kapiteln finden sich in diesem Korrekturen in Marxscher Handschrift. Wo sie rein stilistischer Natur sind, notifizieren wir sie nicht weiter; wo es sich dagegen um sachliche Korrekturen oder ergänzende Zusätze handelt, werden wir dies ausdrücklich feststellen.

Im übrigen sei noch bemerkt, dass uns dies Kapitel unter verschiedenen Gesichtspunkten als ganz besonders für den damaligen Standpunkt von Marx-Engels — und wir müssen wohl auch hinzufügen: Hess — charakteristisch erscheint. *Die Red. der Dok. des Soz.*

*

Der politische Liberalismus.

Der Schlüssel zu Sankt Maxens und seiner Vorgänger Kritik des Liberalismus ist die Geschichte des deutschen Bürgertums. Wir heben einige Momente dieser Geschichte seit der französischen Revolution hervor.

Der Zustand Deutschlands am Ende des vorigen Jahrhunderts spiegelt sich vollständig ab in Kants Kritik der praktischen Vernunft. Während die französische Bourgeoisie sich durch die kolossalste Revolution, die die Geschichte kennt, zur Herrschaft aufschwang und den europäischen Kontinent eroberte, während die bereits politisch emanzipierte englische Bourgeoisie die Industrie revolutionierte und sich Indien politisch und die ganze andere Welt kommerziell unterwarf, brachten es die ohnmächtigen deutschen Bürger nur zum »guten Willen«. Kant beruhigte sich bei dem blossen »guten Willen«, selbst wenn er ohne alles Resultat bleibt, und setzte die Verwirklichung dieses guten Willens, die Harmonie zwischen ihm und den Bedürfnissen und Trieben der Individuen, ins Jenseits. Dieser gute Wille Kants entspricht vollständig der Ohnmacht, Gedrücktheit und Misère der deutschen Bürger, deren kleinliche Interessen nie fähig waren, sich zu gemeinschaftlichen, nationalen Interessen einer Klasse zu entwickeln, und die deshalb fortwährend von den Bourgeois aller anderen Nationen exploitiert wurden. Diesen kleinlichen Lokalinteressen entsprach einerseits die wirkliche lokale und provinzielle Borniertheit, andererseits die kosmopolitische Aufgeblähtheit der deutschen Bürger. Ueberhaupt hatte seit der Reformation die deutsche Entwickelung einen ganz kleinbürgerlichen Charakter erhalten. Der alte Feudaladel war grösstenteils in den Bauernkriegen vernichtet worden; was übrig blieb, waren entweder reichsunmittelbare Duodezfürsten, die sich allmählich eine ziemliche Unabhängigkeit verschafften und die absolute Monarchie im kleinsten und kleinstädtischsten Massstabe nachahmten, oder kleinere Grundbesitzer, die teils ihr bisschen Vermögen an den kleinen Höfen durchbrachten und dann von kleinen Stellen in den kleinen Armeen und Regierungsbureaux lebten, oder Krautjunker, die ein Leben führten, dessen sich der bescheidenste englische Squire oder französische gentilhomme de province geschämt hätte. Der Ackerbau wurde auf eine Weise betrieben, die weder Parzellierung noch grosse Kultur war und die trotz der fortdauernden Hörigkeit und Fronlasten die Bauern nie zur Emanzipation forttrieb, sowohl weil diese Art des Betriebes selbst keine aktiv revolutio-

näre Klasse aufkommen liess, als auch weil ihr die einer solchen Bauernklasse entsprechende revolutionäre Bourgeoisie nicht zur Seite stand. Was die Bürger betrifft, so können wir hier nur ein paar bezeichnende Momente hervorheben. Bezeichnend ist, dass die Leinenmanufaktur, d. h. die auf dem Spinnrad und Handwebstuhl beruhende Industrie, in Deutschland gerade zu derselben Zeit zu einiger Bedeutung kam, als in England diese unbeholfenen Instrumente durch Maschinen verdrängt wurden. Am bezeichnendsten ist ihre Stellung zu Holland. Holland, der einzige Teil der Hansa*), der zu kommerzieller Bedeutung kam, riss sich los, schnitt Deutschland bis auf zwei Häfen (Hamburg und Bremen) vom Welthandel ab und beherrschte seitdem den ganzen deutschen Handel. Die deutschen Bürger waren zu ohnmächtig, der Exploitation durch die Holländer Schranken zu setzen. Die Bourgeoisie des kleinen Hollands mit ihren entwickelten Klasseninteressen war mächtiger, als die viel zahlreicheren Bürger Deutschlands mit ihrer Interesselosigkeit und ihren zersplitterten kleinlichen Interessen. Der Zersplitterung der Interessen entsprach die Zersplitterung der politischen Organisation, die kleinen Fürstentümer und die freien Reichsstädte. Wo sollte politische Konzentration in einem Lande herkommen, dem alle ökonomischen Bedingungen derselben fehlten? Die Ohnmacht jeder einzelnen Lebenssphäre (man kann weder von Ständen noch von Klassen sprechen, sondern höchstens von gewesenen Ständen und ungeborenen Klassen) erlaubte keiner einzigen, die ausschliessliche Herrschaft zu erobern. Die notwendige Folge davon war, dass während der Epoche der absoluten Monarchie, die hier in ihrer allerverkrüppeltsten, halbpatriarchalischen Form vorkam, die besondere Sphäre, welcher durch die Teilung der Arbeit die Verwaltung der öffentlichen Interessen zufiel, eine abnorme Unabhängigkeit erhielt, die in der modernen Bureaukratie noch weiter getrieben wurde. Der Staat konstituierte sich so zu einer scheinbar**) selbständigen Macht und hat diese in anderen Ländern nur vorübergehende Stellung — Uebergangsstufe — in Deutschland bis heute behalten. Aus dieser Stellung erklärt sich sowohl das anderwärts nie vorkommende redliche Beamtenbewusstsein, wie die sämtlichen in Deutschland kursierenden Illusionen über den Staat, wie die scheinbare Unabhängigkeit, die die Theoretiker hier gegenüber den Bürgern haben — der scheinbare Widerspruch zwischen der Form, in der diese Theoretiker die Interessen der Bürger aussprechen und diesen Interessen selbst.

Die charakteristische Form, die der auf wirklichen Klasseninteressen beruhende französische Liberalismus in Deutschland annahm, finden wir wieder bei Kant. Er sowohl wie die deutschen Bürger, deren beschönigender Wortführer er war, merkten nicht, dass diesen theoretischen Gedanken der Bourgeois materielle Interessen und ein durch die materiellen Produktionsverhältnisse bedingter und bestimmter Wille zu Grunde lag; er trennte daher diesen theoretischen Ausdruck von den Interessen, die er ausdrückte, machte die materiell motivierten Bestimmungen des Willens der französischen Bourgeois zu reinen Selbstbestimmungen des »freien Willens«, des Willens an und für sich, des menschlichen Willens, und verwandelte ihn so in rein ideologische Begriffsbestimmungen und moralische Postulate. Die deutschen Kleinbürger schauderten daher auch vor der Praxis dieses energischen Bour-

*) Hier stand erst: »des heiligen römischen Reichs«. Marx hat daraus »der Hansa« gemacht.

**) Das »scheinbar« ist von Marx eingeschoben.

geoisliberalismus zurück, sobald diese sowohl in der Schreckensherrschaft als in dem unverschämten Bourgeoiserwerb hervortrat.

Unter der Herrschaft Napoleons trieben die deutschen Bürger ihren kleinen Schacher und ihre grossen Illusionen noch weiter. Ueber den Schachergeist, der damals in Deutschland herrschte, kann Sankt Sancho u. a. Jean Paul vergleichen, um ihm allein zugängliche belletristische Quellen zu citieren. Die deutschen Bürger, die über Napoleon schimpften, weil er sie Cichorien zu trinken zwang und ihren Landfrieden durch Einquartierung und Konskription störte, verschwendeten ihren ganzen moralischen Hass an ihn und ihre ganze Bewunderung an England; während Napoleon ihnen durch seine Reinigung des deutschen Augiasstalles und die Herstellung civilisierter Kommunikationen die grössten Dienste leistete und die Engländer nur auf die Gelegenheit warteten, sie à tort et à travers zu exploitieren. In gleich kleinbürgerlicher Weise bildeten sich die deutschen Fürsten ein, für das Prinzip der Legitimität und gegen die Revolution zu kämpfen, während sie nur die bezahlten Landsknechte der englischen Bourgeois waren. Unter diesen allgemeinen Illusionen war es ganz in der Ordnung, dass die zur Illusion privilegierten Stände, die Ideologen, die Schulmeister, die Studenten, die Tugendbündler, das grosse Wort führten und der allgemeinen Phantasterei und der Interesselosigkeit einen analogen, überschwänglichen Ausdruck gaben.

Durch die Julirevolution — da wir nur wenige Hauptpunkte andeuten, überspringen wir den Zwischenraum — wurden die der ausgebildeten Bourgeoisie entsprechenden politischen Formen den Deutschen von aussen zugeschoben. Da die deutschen ökonomischen Verhältnisse noch bei weitem nicht die Entwickelungsstufe erreicht hatten, der diese politischen Formen entsprachen, so acceptierten die Bürger diese Formen nur als abstrakte Ideen, an und für sich giltige Prinzipien, fromme Wünsche und Phrasen, Kantsche Selbstbestimmungen des Willens und der Menschen, wie sie sein sollen. Sie verhielten sich daher viel sittlicher und uninteressierter zu ihnen, als andere Nationen, d. h. sie machten eine höchst eigentümliche Borniertheit geltend und blieben mit allen ihren Bestrebungen ohne Erfolg.

Endlich drückte die immer heftiger werdende Konkurrenz des Auslandes und der Weltverkehr, dem sich Deutschland immer weniger entziehen konnte, die deutschen zersplitterten Lokalinteressen zu einer gewissen Gemeinsamkeit zusammen. Die deutschen Bürger begannen, namentlich seit 1840, auf die Sicherstellung dieser gemeinsamen Interessen zu denken; sie wurden national und liberal und verlangten Schutzzölle und Konstitutionen. Sie sind also jetzt beinahe so weit, wie die französischen Bourgeois 1789.

Wenn man, wie die Berliner Ideologen, den Liberalismus und den Staat selbst innerhalb der deutschen Lokaleindrücke stehend beurteilt oder gar auf die Kritik der deutschbürgerlichen Illusionen über den Liberalismus sich beschränkt, anstatt ihn im Zusammenhange mit den wirklichen Interessen aufzufassen, aus denen er hervorgegangen ist und mit denen zusammen er allein wirklich existiert, kommt man natürlich zu den abgeschmacktesten Resultaten von der Welt. Dieser deutsche Liberalismus, wie er sich bis zur neuesten Zeit hin noch aussprach, ist, wie wir gesehen haben, schon in seiner populären Form Schwärmerei, Ideologie über den w i r k l i c h e n Liberalismus. Wie leicht also, seinen Inhalt ganz in Philosophie, in reine Begriffsbestimmungen, in »Vernunfterkenntnis« zu verwandeln! Ist man also gar so unglücklich, selbst

den verbürgerten Liberalismus nur in der sublimierten Gestalt zu kennen, die Hegel und die von ihm abhängigen Schulmeister ihm gegeben haben, so gelangt man zu Schlussfolgerungen, die ausschliesslich ins Reich des Heiligen gehören. Sancho wird uns hiervon ein trauriges Exempel liefern.

»Man hat in jüngster Zeit« in der aktiven Welt »so viel von« der Herrschaft der Bourgeois »gesprochen, dass man sich nicht wundern darf, wenn die Kunde davon«, schon durch den von dem Berliner Buhl übersetzten L. Blanc etc., »auch nach Berlin gedrungen ist« und daselbst die Aufmerksamkeit gemütlicher Schulmeister auf sich gezogen hat (Wigand p. 190). Man kann indes nicht sagen, dass »Stirner« in seiner Methode der Aneignung der kursierenden Vorstellungen sich »eine besonders gewinnreiche und einträgliche Wendung angewöhnt« habe (Wig. ibid), wie bereits aus seiner Ausbeutung Hegels hervorging und sich nun eines weiteren ergeben wird.

Es ist unserem Schulmeister nicht entgangen, dass in neuester Zeit die Liberalen mit den Bourgeois identifiziert wurden. Weil Sankt Max die Bourgeois mit den guten Bürgern, den kleinen Deutschbürgern, identifiziert, fasst er das ihm Tradierte nicht, wie es wirklich ist und von allen kompetenten Schriftstellern ausgesprochen wurde, nämlich so, dass die liberalen Redensarten der idealistische Ausdruck der realen Interessen der Bourgeoisie seien, sondern umgekehrt, dass der letzte Zweck des Bourgeois der sei, ein vollendeter Liberaler, ein Staatsbürger zu werden. Ihm ist nicht der bourgeois die Wahrheit des citoyen, ihm ist der citoyen die Wahrheit des bourgeois. Diese ebenso heilige als deutsche Auffassung geht soweit, dass uns p. 130 »Das Bürgertum« (soll heissen die Herrschaft der Bourgeoisie) in einen »G e d a n k e n, n i c h t s als einen Gedanken« verwandelt wird und »der Staat« als »der wahre Mensch« auftritt, der den einzelnen Bourgeois in den »Menschenrechten« die Rechte »d e s« Menschen, die wahre Weihe erteilt — alles das, nachdem die Illusionen über den Staat und die Menschenrechte bereits in den deutsch-französischen Jahrbüchern hinlänglich aufgedeckt waren*), eine Tatsache, die Sankt Max im »apologetischen Kommentar« anno 1845 endlich merkt. So kann er nun den Bourgeois, indem er ihn als Liberalen von sich als empirischem Bourgeois trennt, in den heiligen Liberalen, wie den Staat in »das Heilige« und das Verhältnis des Bourgeois zum modernen Staat in ein heiliges Verhältnis, in K u l t u s verwandeln (p. 131), womit er eigentlich seine Kritik über den politischen Liberalismus schon beschlossen hat. Er hat ihn in »das Heilige« verwandelt.

Wir wollen hier einige Exempel davon geben, wie Sankt Max dieses sein Eigentum mit historischen Arabesken herausputzt. Hierzu benutzt er die französische Revolution, für die ihm sein Geschichtsmakler, der heilige Bruno, einen kleinen Lieferungskontrakt auf wenige Data vermittelt hat.

---

*) In den deutsch-französischen Jahrbüchern geschah dies, dem Zusammenhange gemäss, nur in Beziehung auf die Menschenrechte der französischen Revolution. Man kann übrigens diese ganze Auffassung der Konkurrenz als »der Menschenrechte« schon Ein Jahrhundert früher bei den Repräsentanten der Bourgeoisie nachweisen. (John Hampden, Petty, Bois-Guillebert, Child pp.) Ueber das Verhältnis der theoretischen Liberalen zu den Bourgeois vergleiche [....] über das Verhältnis der Ideologen einer Klasse zu dieser Klasse selbst. (Originalnote.)

Vermittelst einiger Worte Baillys, die wieder durch des heiligen Bruno »Denkwürdigkeiten« vermittelt sind, »erlangen« durch die Berufung der Generalstaaten »die bisherigen Untertanen das Bewusstsein, dass sie Eigentümer seien« (p. 132). Umgekehrt, mon brave, die bisherigen Eigentümer betätigten dadurch ihr Bewusstsein, dass sie keine Untertanen mehr sind — ein Bewusstsein, das schon längst erlangt war, z. B. in den Physiokraten, und polemisch gegen die Bourgeois bei Linguet, Théorie des lois civiles, 1767, Mercier, Mably, überhaupt den Schriften gegen die Physiokraten. Dieser Sinn wurde auch sogleich erkannt im Anfange der Revolution, z. B. von Brissot, Fauchet, Marat, im Cercle social und von sämtlichen demokratischen Gegnern Lafayettes. Hätte der heilige Max die Sache so gefasst, wie sie sich unabhängig von seinem Geschichtsmakler zutrug, so würde er sich nicht wundern, dass »Baillys Worte freilich so klingen*), [.....] gern« kann es gleich [.....] und ihre Prinzipien [.....] absoluter oder konstitutioneller König, eine Republik u. s. w.« Den »guten Bürgern«, die in einem Berliner Keller ihr stilles Weissbier trinken, ist dies allerdings »jleichjiltig«; aber den historischen Bourgeois ist dies keineswegs gleich. Der »gute Bürger« »Stirner« bildet sich hier wieder ein, wie überhaupt im ganzen Abschnitte, die französischen, amerikanischen und englischen Bourgeois seien gute Berliner Weissbierphilister. Der obige Satz heisst, aus der Form der politischen Illusion in gutes Deutsch übersetzt: Den Bourgeois »kann es gleichgiltig sein«, ob sie unumschränkt herrschen oder ob andere Klassen ihrer politischen und ökonomischen Macht die Wage halten. Sankt Max glaubt, ein absoluter König oder sonst jemand könne die Bourgeois ebenso gut schützen, wie sie sich selbst schützen. Und nun gar »ihre Prinzipien«, die darin bestehen, die Staatsmacht dem chacun pour soi, chacun chez soi unterzuordnen, sie dafür zu exploitieren — das soll ein »absoluter König« können! Sankt Max möge uns das Land nennen, wo bei entwickelten Handels- und Industrieverhältnissen einer grossen Konkurrenz die Bourgeois sich von einem »absoluten König« schützen lassen. — Nach dieser Verwandlung der geschichtlichen Bourgeois in geschichtslose deutsche Philister braucht »Stirner« denn auch keine anderen Bourgeois zu kennen, als »behagliche Bürger und treue Beamte« (!!) — zwei Gespenster, die sich nur auf dem »heiligen« deutschen Boden sehen lassen dürfen**) — und die ganze Klasse als »gehorsame Diener« zusammenzufassen (p. 139). Er möge sich diese gehorsamen Diener auf der Börse von London, Manchester, New-York und Paris einmal ansehen. Da Sankt Max im Zuge ist, kann er jetzt auch the whole hog gehen und einem bornierten Theoretiker der »21 Bogen« glauben, »der Liberalismus sei die Vernunfterkenntnis, angewandt auf unsere bestehenden Verhältnisse«, und zu erklären, »die Liberalen seien Eiferer für die Vernunft!« Man sieht aus diesen [....] Phrasen, wie wenig die Deutschen [....] ihren ersten Illusionen über den Liberalismus erholt haben.***) »Abraham hat geglaubet auf Hoffnung, da nichts zu hoffen war, — und sein Glaube ward ihm gerechnet zur Gerechtigkeit.« Röm. 4, 18 u. 22.

»Der Staat bezahlt gut, damit seine guten Bürger ohne Gefahr schlecht bezahlen können; er sichert sich seine Diener, aus denen er

---

*) Bis hierher in der Handschrift von Moses Hess.

**) An Stelle dieses von Marx eingefügten Zwischensatzes stand erst: »die beide nur in Deutschland gedacht werden können«.

***) Dieser Satz ist von Marx auf den Rand des Manuskripts hinzugefügt.

für die guten Bürger eine Schutzmacht, eine Polizei bildet, durch gute Bezahlung; und die guten Bürger entrichten gern hohe Abgaben an ihn, um desto niedrigere an ihre Arbeiter zu leisten.« (p. 152.) Soll heissen: »Die Bourgeois bezahlen ihren Staat gut und lassen die Nation dafür zahlen, damit sie ohne Gefahr schlecht bezahlen können; sie sichern sich durch gute Bezahlung in den Staatsdienern eine Schutzmacht, eine Polizei; sie entrichten gern und lassen die Nation hohe Abgaben entrichten, um das, was sie zahlen, ihren Arbeitern gefahrlos als Abgabe (oder Abzug am Arbeitslohn) wieder auflegen zu können.« »Stirner« macht hier die neue ökonomische Entdeckung, dass der Arbeitslohn eine Abgabe, eine Steuer ist, die der Bourgeois dem Proletarier zahlt, während die anderen, profanen Oekonomen die Steuern als eine Abgabe fassen, die der Proletarier dem Bourgeois zahlt.

Von dem heiligen Bürgertum kommt unser heiliger Kirchenvater nun auf das Stirnersche »einzige« Proletariat (p. 148). Dies besteht aus »Industrierittern, Buhlerinnen, Dieben, Räubern und Mördern, Spielern, vermögenslosen Leuten ohne Anstellung und Leichtsinnigen« (ibid). Sie sind »das gefährliche Proletariat« und reduzieren sich für einen Augenblick auf »einzelne Schreier«, dann endlich »Vagabonden«, deren vollendeter Ausdruck die »geistigen Vagabonden« sind, die sich nicht »in den Schranken einer gemässigten Denkungsart halten«. — »Solch weiten Sinn hat das sogenannte Proletariat oder (per Appos.) der Pauperismus!« (p. 149.)

[.....] Proletariat wird p. 151 [........] Staate ausgesogen.« [.....] Proletariat besteht also aus ruinierten Bourgeois und ruinierten Proletariern, aus einer Kollektion von Lumpen, die in jedem Zeitalter existiert haben und deren massenhafte Existenz nach dem Untergange des Mittelalters dem massenhaften Entstehen des profanen Proletariats vorherging, wie Sankt Max sich aus der englischen und französischen Gesetzgebung und Literatur überzeugen mag. Unser Heiliger hat ganz dieselbe Vorstellung vom Proletariat, wie die »guten, behaglichen Bürger« und namentlich die »treuen Beamten«. Er identifiziert konsequenterweise auch Proletariat und Pauperismus, während der Pauperismus die Lage nur des ruinierten Proletariats, die letzte Stufe ist, auf die der gegen den Druck der Bourgeoisie widerstandslos gewordene Proletarier versinkt, und nur der aller Energie beraubte Proletarier ein Pauper ist. Vgl. Sismondi, Wade etc.*) »Stirner« und Konsorten können z. B. in den Augen der Proletarier nach Umständen wohl für Paupers gelten, nie aber für Proletarier.

Dies sind Sankt Maxens »eigene« Vorstellungen von der Bourgeoisie und vom Proletariat. Da er aber mit diesen Imaginationen über Liberalismus, gute Bürger und Vagabonden natürlich zu nichts kommt, so sieht er sich genötigt, um den Uebergang auf den Kommunismus fertig zu bringen, die wirklichen, profanen Bourgeois und Proletarier, soweit er sie vom Hörensagen kennt, hereinzubringen. Dies geschieht p. 151 und 152, wo das Lumpenproletariat sich in die »Arbeiter«, die profanen Proletarier, verwandelt und die Bourgeois eine Reihe von »mancherlei Wandlungen« und »mannigfaltigen Brechungen« »mit der Zeit« »mitunter« durchmachen. Auf der einen Zeile heisst es: »Die Besitzenden herrschen« — profane Bourgeois; sechs Zeilen weiter: »Der Bürger ist, was er ist, durch die Gnade des Staats« — heilige Bourgeois: wieder sechs Zeilen weiter: »Der Staat ist der Status des Bürgertums«

*) Die Namen sind von Marx hinzugesetzt.

— profane Bourgeois; was dahin erklärt wird, dass »der Staat den Besitzenden« »ihren Besitz zu Lehen« gibt und dass das »Geld und Gut« der »Kapitalisten« ein solches vom Staat zu »Lehen« übertragenes »Staatsgut« ist — heilige Bourgeois. Am Ende verwandelt sich dann dieser allmächtige Staat wieder in »den Staat der Besitzenden«, also der profanen Bourgeois, wozu dann eine spätere Stelle passt: Die Bourgeoisie wurde durch die Revolution *allmächtig* (p. 156). Diese »seelenmarternden« und »grässlichen« Widersprüche hätte selbst Sankt Max nie zustande gebracht, wenigstens nie zu promulgieren gewagt, wenn ihm nicht das deutsche Wort »Bürger«, das er nach Belieben als »citoyen« oder »bourgeois« oder als deutscher »guter Bürger« auslegen kann, zu Hilfe gekommen wäre.

Ehe wir weiter gehen, müssen wir noch zwei grosse politisch-ökonomische Entdeckungen konstatieren, die unser Biedermann »in der Stille des Gemütes« »zu Tage fördert« und die mit der »Jünglingslust« von p. 17 das gemein haben, dass sie ebenfalls »reine Gedanken« sind.

p. 150 reduziert sich alles Unheil der bestehenden sozialen Verhältnisse darauf, dass »Bürger und Arbeiter an die »Wahrheit« des Geldes glauben.« Jacques le bonhomme bildet sich hier ein, es hänge von den »Bürgern« und »Arbeitern« ab, die in allen civilisierten Staaten der Welt zerstreut sind, morgen am Tage urplötzlich ihren »Unglauben« an die »Wahrheit des Geldes« zu Protokoll zu geben, er glaubt sogar, dass, wenn dieser Unsinn möglich sei, damit irgend etwas getan sei. Er glaubt, die »Wahrheit des Geldes« könne jeder Berliner Literat ebenso gut abschaffen, wie er für seinen Kopf die »Wahrheit« Gottes oder der Hegelschen Philosophie abschafft. Dass das Geld ein notwendiges Produkt gewisser Produktions- und Verkehrsverhältnisse ist und eine »Wahrheit« bleibt, so lange diese Verhältnisse existieren, das geht einen Heiligen, wie Sankt Max, der gen Himmel schaut und der profanen Welt seinen profanen Hintern zudreht, natürlich nichts an.

Die zweite Entdeckung wird auf p. 152 gemacht und geht dahin, dass »der Arbeiter seine Arbeit nicht verwerten kann«, weil er »denen«, die irgend ein »Staatsgut« »zu Lehen« erhalten haben, »in die Hände fällt.« Dies ist nur die weitere Erklärung des schon früher citierten Satzes von p. 151, dass der Arbeiter vom Staate ausgesogen wird. Hierbei »stellt« sogleich jeder »die einfache Reflexion« an — dass »Stirner« dies nicht tut, ist nicht zu verwundern —, wie es denn komme, dass der Staat nicht auch den »Arbeitern« irgend ein »Staatsgut« zum »Lehen« gegeben habe. Hätte Sankt Max sich diese Frage gestellt, so würde er sich seine Konstruktion des »heiligen« Bürgertums wahrscheinlich erspart haben, weil er dann hätte sehen müssen, in welchem Verhältnis die Besitzenden zum modernen Staat stehen.

Vermittelst des Gegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat — das weiss selbst »Stirner« — kommt man auf den Kommunismus. Wie man aber darauf kommt, das weiss nur »Stirner«.

»Die Arbeiter haben die ungeheuerste Macht in Händen — sie dürften nur die Arbeit einstellen und das Gearbeitete als das ihrige ansehen und geniessen.« Dies ist der Sinn der hie und da auftauchenden Arbeiterunruhen.« (p. 153.) — Die Arbeiterunruhen, die bereits unter dem byzantinischen Kaiser Zeno ein Gesetz veranlassten (Zeno, de novis operibus constitutio), die im 14. Jahrhundert in der Jacquerie und dem Aufstande von Wat Tyler, 1518 am evil may day in London und 1549 im grossen Aufstande des Gerbers Kett »auftauchten«, die dann den Act 2 und 3 Edward VI., 15 und eine Reihe ähnlicher

Parlamentsakte veranlassten, die bald darauf 1640 und 1659 (acht Aufstände in einem Jahre) in Paris vorkamen und schon seit dem 14. Jahrhundert in Frankreich und England, der gleichzeitigen Gesetzgebung zufolge, häufig gewesen sein müssen — der beständige Krieg, der seit 1770 in England und seit der Revolution in Frankreich von den Arbeitern gegen die Bourgeois mit Gewalt und List geführt wird — alles das existiert für Sankt Max nur »hie und da«, in Schlesien, Posen, Magdeburg und Berlin, »wie deutsche Blätter melden«. — Das Gearbeitete würde, wie Jacques le bonhomme sich einbildet, als Gegenstand des »Ansehens« und »Geniessens« immer fortexistieren und sich reproduzieren, wenn auch die Produzenten »die Arbeit einstellten«. — Wie oben beim Gelde verwandelt unser guter Bürger hier wieder »die Arbeiter«, die in der ganzen civilisierten Welt zerstreut sind, in eine geschlossene Gesellschaft, die nur einen Beschluss zu fassen hat, um sich aus allen Schwierigkeiten zu befreien. Sankt Max weiss natürlich nicht, dass allein seit 1830 in England wenigstens fünfzig Versuche gemacht wurden, dass in diesem Augenblick noch einer gemacht wird, um die sämtlichen Arbeiter nur von England in eine einzige Association zusammen zu bringen, und dass höchst empirische Gründe das Gelingen aller dieser Projekte vereitelten. Er weiss nicht, dass selbst eine Minorität der Arbeiter, die sich zu einer Arbeitseinstellung vereinigt, sich sehr bald gezwungen sieht, revolutionär aufzutreten, eine Tatsache, die er an der englischen Insurrektion von 1842 und früher schon an der welschen Insurrektion von 1839 hätte lernen können, in welchem Jahre die revolutionäre Aufregung unter den Arbeitern zuerst in dem »heiligen Monat«, der zugleich mit der allgemeinen Bewaffnung des Volks proklamiert wurde, einen umfassenden Ausdruck erhielt. Man sieht hier wieder, wie Sankt Max überall seinen Unsinn als »d e n Sinn« geschichtlicher Fakta an den Mann zu bringen sucht, was ihm höchstens bei s e i n e m »Man« gelingt — geschichtliche Fakta, »denen er seinen Sinn unterschiebt, die also auf einen Unsinn auslaufen mussten« (Wigand p. 194). Uebrigens fällt es keinem Proletarier ein, Sankt Max über »den Sinn« der proletarischen Bewegungen oder über das, was jetzt gegen die Bourgeoisie zu unternehmen sei, zu Rate zu ziehen.

Nach dieser grossen Campagne zieht sich unser heiliger Sancho mit folgender Fanfare zu seiner Maritornes zurück:

»Der Staat beruht auf der S k l a v e r e i d e r A r b e i t. Wird die A r b e i t f r e i, so ist der Staat verloren.« (p. 153.)

Der m o d e r n e Staat, die Herrschaft der Bourgeoisie, beruht auf der F r e i h e i t d e r A r b e i t. Der heilige Max hat sich ja selbst, wie oft, freilich karrikiert genug!*) aus den deutsch-französischen Jahrbüchern abstrahiert, dass mit der Freiheit der Religion, des Staats, des Denkens etc., also doch »mitunter« »wohl auch« »etwa« der A r b e i t nicht Ich, sondern nur einer meiner Zwingherren frei werde. Die Freiheit der Arbeit ist die freie Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Sankt Max hat grosses Unglück, wie in a l l e n a n d e r e n Sphären, so auch**) in der Nationalökonomie. Die Arbeit i s t frei in allen civilisierten Ländern; es handelt sich nicht darum, die Arbeit zu befreien, sondern sie aufzuheben.

---

*) Zwischensatz von **Marx.**
**) Desgleichen.

III. Urkunden des Sozialismus.

Manifest des Partei-Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Hollands

über den

Kampf der holländischen Eisenbahner.

[Abgedruckt in »Het Volk« vom 15. Februar 1903.]

An das niederländische Volk!

Mitbürger!

Seit einigen Tagen wird unser Land durch die Einberufung der Jahrgänge 1900 und 1901 der Nationalen Miliz, den Zuammenzug von Truppen in Amsterdam und Kriegsvorbereitungen anderer Art in Aufregung versetzt, während das Publikum durch Besorgnis erregende Artikel in der bürgerlichen Presse gegen die Arbeiterorganisationen, namentlich gegen die Organisationen des Eisenbahnpersonals, aufgehetzt und die Regierung aufgestachelt wird, kräftige Massregeln zu ergreifen.

Was liegt eigentlich vor, weswegen in unserem ruhigen Niederland solche Massregeln ergriffen werden müssen?

Die Sache ist einfach die, dass die vereinigten Eisenbahnarbeiter, die seit Jahren vergeblich um Verbesserung ihrer Lage nachsuchen, eine kurze Zeit die Arbeit niedergelegt haben, weil die Direktionen der Eisenbahngesellschaften sie zwingen wollten, ihren streikenden Kameraden im Transportgewerbe Amsterdams dadurch in den Rücken zu fallen, dass sie Güter von Firmen befördern sollten, mit denen die Arbeiter wegen Wortbruchs dieser Firmen im Kampf lagen.

Ihr wisst, dass infolge dieses Kampfes der Eisenbahnbetrieb in Holland zwei Tage und im ganzen Land einige Stunden still gesetzt wurde.

Diese Betätigung der Solidarität ist vom grossen Publikum ziemlich allgemein mit Zustimmung begrüsst worden, namentlich auch weil das Eisenbahnpersonal die Zeit, wo es Herr der Lage war, sich mit bewundernswürdiger Ruhe und Ordnungliebe benommen, niemand belästigt und den Streik nicht zum e i g e n e n Vorteil, sondern nur im Interesse seiner für ihr Brot kämpfenden Arbeitsgenossen benutzt hat!

Dass durch einen derartigen Streik Schaden angerichtet wurde, versteht sich von selbst; aber die Direktion der H. I. J. S. M. [Gesellschaft der IJ. Eisenbahn] konnte und musste dem Schaden dadurch vorbeugen, dass sie den Versuch unterliess, ihr Personal zur Verrichtung von Schleicherarbeit zu zwingen, nachdem die Führer der Arbeiterorganisationen sie im voraus gewarnt hatten, dass hieraus Konflikte sich entspinnen würden.

Dieser Streik, Mitbürger, gehört somit der Vergangenheit an. Die Eisenbahnerorganisationen haben erklärt, dass sie für die Beseitigung ihrer Beschwerden vorerst mit den Direktionen verhandeln werden, und das niederländische Volk wird wieder ruhig seine tägliche Arbeit verrichten können, wenn nicht der Feldzug gegen das Koalitionsrecht und gegen die persönliche Freiheit der Arbeiter, der zur Zeit das Land in Erregung versetzt, ins Werk gesetzt wird.

Von kapitalistischer Seite, in *Het Handelsblad* (das Blatt der Amsterdamer Bankiers), *de Nederlander* (das Organ der Grafen und Barone, die im Junker de Savornin-Lohmann ihren Führer haben), *De Nieuwe Courant* (das Organ der Storken und Van Heeks) und *De Tijd* (das Blatt der

katholischen Fabrikanten) ist ein Sturm gegen die Arbeiter entfacht worden, die, lange irre geführt und zurückgesetzt, nunmehr gezeigt haben, dass sie in ihrer Organisation eine Macht besitzen, die sie mit Umsicht und Selbstbeherrschung zu gebrauchen wissen.

Man wirft der Regierung vor, nicht scharf genug gegenüber den Streikenden aufgetreten zu sein, man sucht dem Publikum weiss zu machen, dass die Streikenden gegenüber ihren Mitarbeitern »Terrorismus«, Zwang ausgeübt haben; man ruft nach einem Gesetz, wodurch es dem Eisenbahnpersonal unmöglich gemacht werden soll, sich der einzigen Waffe der Gegenwehr, die die Arbeiter als solche haben, der Arbeitseinstellung, zu bedienen; man schreit nach Truppen, Gewaltmassregeln, Ausnahmegesetzen und will den Eisenbahnarbeiter einem Kuli gleichstellen, um ihn im Falle eines Streiks der Polizei und Justiz zu überliefern.

Das Eisenbahnpersonal, das sich mit vieler Mühe und Arbeit das Stückchen Macht erobert hat, kann und mag es sich nicht nehmen lassen und bereitet sich vor, von neuem die Arbeit niederzulegen, wenn die Drohungen und Aufhetzungen der Kapitalistenklasse einen Angriff auf ihre Menschen- und Bürgerrechte zur Folge haben sollten.

Und damit das grosse Publikum diese Verletzung der persönlichen Freiheit ohne zu grosse Entrüstung hinunterschlucke, wird es gegen die Arbeiterbewegung in Harnisch gejagt und mit Bezug auf ihre Haltung und Ziele in schändlicher Weise missleitet.

Bei diesem Stand der Dinge halten wir uns für verpflichtet, ein ernstliches Wort an das niederländische Volk im allgemeinen und an die Arbeiter im besonderen zu richten.

Den Arbeitern rufen wir zu: Lasst euch weder durch den überraschenden Sieg der Eienbahnarbeiter, noch durch die tollen Aufhetzereien der kapitalistischen Presse zu unüberlegten Schritten verleiten.

Es liegt auf der Hand, dass jetzt viele Arbeiter sich angeregt fühlen, das Mittel des Streiks in Anwendung zu bringen. Mögen sie dies, wo es nötig ist und ein gutes Resultat erwartet werden kann, tun, ohne auf übertriebene oder unerfüllbare Forderungen zu verfallen, und mit der gleichen Selbstbeherrschung und Energie, die dem Eisenbahnpersonal den Sieg verschafft haben.

Ausserdem warnen wir die organisierten Arbeiter, dass der bevorstehende Angriff auf das Eisenbahnpersonal sie alle in ihren Interessen bedroht, da diesem ersten Schritt notwendigerweise weitere Anschläge auf die Rechte folgen werden, ohne welche die Arbeiterbewegung unmöglich die nötige Kraft entwickeln kann. Wir rufen sie auf das stärkste auf, bei der Abwehr der Gefahr, die so die gesamte Arbeiterschaft in den Niederlanden bedroht, die nötige Solidarität mit dem Eisenbahnpersonal zu bezeugen und dazu alle möglichen Streitigkeiten beiseite zu setzen.

Dem niederländischen Volk sagen wir: Lasst euch nicht hinsichtlich des Charakters des jüngsten Eisenbahnstreiks irre führen. Selbst das *Handelsblad* hat zugegeben, dass die Streikenden wegen ihres untadelhaften Verhaltens alle Achtung verdienen. Sie haben nichts für sich selbst gefordert und sind nur soweit gegangen, als es durch die Pflicht der Solidarität mit ihren Arbeitsgenossen gebieterisch erheischt war. Das Recht, wenn nötig, die Arbeit niederzulegen, ist ein unveräusserlicher Bestandteil der freien Persönlichkeit; nur die *Selbstsucht der Kapitalistenklasse*, die es nicht vertragen kann, dass die Arbeiter sich endlich auch ein Stückchen Macht erobert haben, kann die Forderung stellen, dass man ihnen dies Recht nehmen soll. Das Aufgebot von 15000 Milizen von ihrer Arbeit und ihren Familien hinweg wird viel mehr Schaden und Kosten verursachen, als der Streik selbst; ein Zwangsgesetz, wie man es jetzt gegen das Personal vorbereitet, wird einen neuen Streik hervorrufen, in den wahrscheinlich auch viele Arbeiter anderer Berufe werden hineingezogen werden.

Auf diese Weise kommt das Unwetter nicht aus der Luft; die ruhige ökonomische Entwickelung unseres Volks wird bedroht; der Volksgeist wird vergiftet; ein grosser Teil des Volks wird zu Hass und Rachsucht, ja zu

Gewalttaten verleitet; die friedliche Entwickelung der Arbeiterbewegung, die sich in den letzten Jahren in den Niederlanden vollzogen hat, wird gestört und durch heftige, übertriebene Aufstände ersetzt.

Mitbürger! ·

Das wollt ihr nicht — das wollen die Arbeiter der Niederlande nicht — das wollen auch wir nicht!

Die Sozialdemokratie will nichts lieber, als dass man den Arbeitern die Gelegenheit gibt, in voller Freiheit von all ihren Bürgerrechten Gebrauch zu machen: Freiheit der Vereinigung und Versammlung, Einführung des allgemeinen Stimmrechts u. s. w. Geschieht dies, dann wird sich klar zeigen, dass die Arbeiterklasse nicht eine verwüstende Macht ist, die das Wohlsein der ganzen Nation bedroht, sondern im Gegenteil ein Stück neuen fruchtbaren Lebens, das das materielle und geistige Niveau der ganzen Menschheit erhöht.

Damit dies auch in Niederland der Fall sei, rufen wir unsere Mitbürger auf, in diesen ernsten Zeiten gleich uns den Kopf kühl zu behalten, sich nicht gegen die Arbeiterklasse aufhetzen zu lassen, sich gegen die verbrecherische Geldvergeudung, welche die Aufrufung der Milizen bedeutet, aufzulehnen; nicht zuzulassen, dass die niederländische Regierung den Weg des Zwangs und der Reaktion geht, sondern vielmehr bei ihr darauf zu dringen, dass sie durch Aufrechterhaltung der Rechte aller Staatsbürger und Einführung schneller Reformen Konflikten und Aufständen vorbeuge, die uns sonst bedrohen würden.

Der obengenannte Parteivorstand.

Henri Polak, *Voors.* — W. P. G. Helsdingen. — Jos. Loopuit. Henr. Roland Holst. — J. W. Sleef. — J. H. Schaper. — I. G. van Kuijkhof, *Sekr.* — P. J. Troelstra.

Das Sendschreiben, Programm und die Petition für die Einberufung eines sozialen Vorparlaments im Jahre 1848.

Die nachfolgenden Urkunden beziehen sich auf Beschlüsse des im Sommer 1848 in Frankfurt am Main abgehaltenen Gesellen- bezw. Arbeiterkongresses, der geistig stark unter dem Einfluss des sozialistisch gesinnten Nationalökonomen Winkelblech stand und in charakteristischer Weise die Mischung von Weitblick und Zopftum veranschaulicht, wie sie fast der ganzen Arbeiterbewegung jener Epoche eigen und bei der Unentwickeltheit des deutschen Gewerbslebens geradezu unvermeidlich war. Winkelblech hat bekanntlich unter dem Namen Karl Marlo später ein grosses Werk: »Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie« veröffentlicht, das für das Publikum der Reaktionsjahre zu sozialistisch war, um grössere Beachtung zu finden.

*

Sendschreiben an alle arbeitende Stände Deutschlands.

Freunde der Arbeit!

Es liegt in dem Geiste der Zeit, in der Natur der Völker, dass in dem Treiben und Tosen der politischen Revolutionen die aufgeregten Massen der bürgerlichen Gesellschaft ihre sozialen Interessen damit verweben.

Darum rufen wir, als die Berufenen aller arbeitenden Klassen, deren gerechte Wünsche und Beschwerden wir in Einklang mit den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bringen suchen — einen jeden deutschen Mann, der sich durch die Arbeit redlich ernähren will, hiermit auf, seinen Willen zu vereinigen mit dem Willen seiner Brüder, damit sein Wille der Wille aller werde, und somit das edelste aller Güter, »der Schutz und die Regelung der Arbeit durch den Staat«, in Anwendung gebracht und verwirklicht werde.

Wer kann dem Willen der alleinigen Erzeuger und Bildner aller Schätze der Erde, — wer kann der grossen Mehrheit der Nation widerstehen, wenn sie vereinigt die gerechte Erfüllung ihrer Wünsche verlangt?

Deshalb ergeht unser Ruf an euch, werte Berufsgenossen! zur gegenseitigen Wahrung und Vertretung unserer Gesamtinteressen euch zu vereinigen, und eine hohe Nationalversammlung durch die beigefügte oder eine ähnliche Adresse zu veranlassen:

»Ein aus Arbeitsgebern und Arbeitsnehmern zusammengesetztes »soziales Vorparlament zu berufen.«

Diese Adresse soll aus allen Gauen, von allen Städten und Orten des deutschen Vaterlandes wohlversehen mit eigenhändiger Namensunterschrift eines jeden, den sozialen Ständen angehörenden Mannes, welcher nicht mehr in dem Verhältnisse eines Lehrlings steht, bei dem politischen Parlamente eingereicht, und somit dasselbe veranlasst werden, die Forderungen der Nation in gebührender Weise zu berücksichtigen.

Durch Brudersinn und inniges Zusammenhalten erreichen wir das Ziel unseres Strebens, und können das Vaterland auf den Standpunkt erheben, auf welchem die Arbeit, und nur allein die Arbeit, als höchstes Verdienst, mit Ausschluss eines jeden anderen Vorzuges, anerkannt werde.

So wird und muss die Wahrheit und das Recht sich Bahn brechen, und auf den Ruinen des mittelalterlichen Zunftsystems ein sozialer Neubau gegründet werden, auf dass die Herrschaft des Kapitals, die alle Nationen in Millionäre und Bettler spaltet, für immer zu Grunde gehe.

Schon haben wir selbst über die Gegenstände, mit deren Beratung sich das Vorparlament beschäftigen soll, eine bestimmte Ueberzeugung gewonnen, die wir in dem beigefügten Programm aussprechen, und euch, geliebte Standesgenossen, zur Prüfung vorlegen.

Obwohl wir weit entfernt sind, euch durch die Darlegung dieser unserer Ansichten vorgreifen zu wollen, geben wir uns alle der frohen Hoffnung hin, dass nicht wenige unter euch dieselben teilen und sich gleich uns für deren Verwirklichung begeistern werden.

Darum, Brüder und Berufsgenossen, legen wir diese heilige Sache euch nochmals ans Herz und erwarten von euch, dass ihr in Gemeinschaft mit uns euere Stimme für die Herstellung eines neuen Organs, zur Verständigung mit der hohen Nationalversammlung, erheben werdet. Haben wir erst dieses, so werden wir unseren Willen kund geben, d. h. den Willen des Volkes, dem keine Macht auf Erden zu widerstehen im Stande ist.

Frankfurt a. M., den 22. August 1848.

Die Commission des allgemeinen deutschen Arbeiter*)-Kongresses
zu Frankfurt a. M.

Ph. Arnold. — S. Buchsweiler. — A. Cordes. — G. Franz. — E. Frost. — P. Herrnleben. — G. Hörsel. — F. Koch. — L. Neufeld. — A. Nissle. — E. Pelz. — C. Roos. — A. Wassermann. — Winkelblech. — C. Zimmerman.

---

*) Der hiesige Gesellenkongress hat seinen Gesichtskreis erweitert, und nach Zuziehung von Deputierten aller arbeitenden Klassen sich als allgemeiner deutscher Arbeiter-Kongress konstituiert.

Programm.

I.

Errichtung einer sozialen Kammer (soziales Parlament), welche die ganze soziale Gesetzgebung zu beraten, und die von ihr gefassten Beschlüsse der politischen Kammer (politisches Parlament) zur Entscheidung vorzulegen hat. Die Mitglieder dieser Kammer sollen von sämtlichen sozialen Ständen nach einem Wahlgesetz erwählt werden, welches die Vertretung aller besonderen Berufsgeschäfte genügend verbürgt.

II.

Eine gemeinschaftliche soziale Gesetzgebung für ganz Deutschland und zwar mit Ausschluss aller Sonderrechte (Partikularrechte); Abfassung eines kurz, klar und bündig geschriebenen, deutschen Gesetzbuches, welches zur lebendigen Fortbildung des Rechts von zehn zu zehn Jahren von der politischen Kammer revidiert und von neuem herausgegeben wird; Abschaffung aller Sondergerichte (privilegierten Gerichtshöfe) und Einführung der Geschworenen bei den Civilgerichten, bei welchen die Richter die Leitung des Prozesses, die vom Volke erwählten Geschworenen aber das Recht zu finden und zu sprechen haben.

Die Wahl von Friedensrichtern, die nicht nur als Schiedsrichter zu fungieren, sondern auch minder wichtige Prozesse, jedoch mit möglicher Berufung an die Obergerichte, zu entscheiden haben sollen.

III.

Trennung der politischen und sozialen Geschäfte in private und öffentliche, und Ueberweisung der letzteren an ein neu zu errichtendes soziales Ministerium, durch welches sie zu Gunsten der Staatskasse verwaltet werden. Veräusserung aller dem Staate gehörigen Fabriken und Landgüter, und Ankauf sämtlicher Eisenbahnen, Kanäle, Wälder und Bergwerke.

IV.

Errichtung eines sozialen Ministeriums, dessen Mitglieder jährlich von der sozialen Kammer ernannt oder bestätigt werden. Dieses an die Spitze aller öffentlichen, sozialen Geschäfte tretende Ministerium soll dieselben, durch von ihm zu wählende Beamten, und zwar unter der Kontrolle des zum politischen Ministerium gehörenden Kultus- und Industrie-Ministers (Arbeitsministers) auszuüben haben. Es soll sich selbst in ein Kultus- und Industrie-Ministerium teilen, wovon das erstere in zwei, das letztere in zehn Abteilungen zerfällt:

a) in dem Kultus-Ministerium soll es Abteilungen geben:
 1. für den öffentlichen Unterricht und
 2. für die zu gründende deutsche Akademie, sowie für sämtliche Vereine der Künste und Wissenschaften;

b) in dem Industrie-Ministerium soll es Abteilungen geben:
 1. für öffentliche Bauten,
 2. für sämtliche Postanstalten mit Einschluss der Eisenbahnen,
 3. für den Bergbau,
 4. für den Forstbau,
 5. für die Arbeitsnachweisung,
 6. für die von der politischen zu trennende soziale Gemeindeverwaltung,
 7. für die innere und äussere Kolonisation,
 8. für die öffentlichen Unterstützungsanstalten,
 9. für die öffentlichen Banken,
 10. für den öffentlichen Handel (Börsen- und Gewerbshallen).

V.

Einführung einer neuen, von der früheren gänzlich abweichenden, unseren höchst verwickelten industriellen Verhältnissen entsprechenden, die

gleiche Berechtigung aller Produzenten anerkennenden, sich über alle sozialen Berufsgeschäfte ausdehnenden Innungsverfassung (Organisation der Arbeit), wodurch die Freizügigkeit und Abschaffung der Konzessionen möglich gemacht, einem jeden Glied der bürgerlichen Gesellschaft die seiner Arbeitskraft angemessene Erwerbssphäre gesichert, der Gang aller einzelnen Geschäfte stetig, der Erfolg der letzteren von dem Fleiss und der Geschicklichkeit der dabei beteiligten Produzenten abhängig, jeder unredliche Erwerb durch Wucher, Spiel und Betrug unausführbar, dem unverschuldeten Bankerott möglichst vorgebeugt und jede neue Erfindung sowohl dem Erfinder, als seinen Konkurrenten gleich nützlich gemacht wird.

VI.

Die Organisation eines grossartigen Banksystems, welches zur Ersparung von Metallgeld, zur Erleichterung des Verkehrs, zur vorteilhaftesten Verwendung aller Kapitalien, zur gänzlichen Vernichtung der Agiotage, und zur Ermöglichung kontanter Zahlung in allen Kreisen des Verkehrs dient; bei dem eine den ganzen Realkredit vermittelnde Realkreditbank die Grundlage aller übrigen Bankinstitute bildet, worunter zunächst zwei Personalkreditbanken, eine allgemeine Zahl- und Umschreibebank, sowie sämtliche Versicherungsanstalten zu rechnen sind. Alle diese Bankinstitute sollen mit Ausnahme der beiden, auf Aktien zu gründenden, Personalkreditbanken von dem sozialen Ministerium verwaltet werden.

VII.

Gänzliche Aufhebung der unfreiwilligen Armut durch Verwendung aller, bei Privatunternehmern kein Unterkommen findender Arbeiter zur Ausführung der durch das soziale Ministerium vorzunehmenden öffentlichen Arbeiten, wofür jedem, der sich dabei zu beteiligen Lust hat, ein zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse hinreichender Lohn gegeben wird. Verpflegung der Kranken und Erhaltung der Verunglückten auf öffentliche Kosten. Verpflichtung aller Bürger, vor der Begründung einer Familie die Befähigung zur Erhaltung derselben nachzuweisen, und sich mit einem Minimum bei den Witwen-, Waisen- und Alters-Klassen*) zu beteiligen. Gesetzlicher Zwang zur Erfüllung der Elternpflicht für alle Stände.

VIII.

Erteilung des ganzen Unterrichts auf öffentliche Kosten. Gründliche Verbesserung und Neugestaltung aller Unterrichtsanstalten, Erhebung der Volksschulen zu allgemeinen, für alle Stände bestimmten nationalen Bildungsanstalten, Vereinigung der Gymnasien und Realschulen zu allgemeinen Vorbereitungsanstalten für die Universität. Gründung ganz neuer zeitgemässer Handwerks- und Ackerbauschulen; sowie Erweiterung der Universitäten durch Hinzuziehung der polytechnischen Schulen, Kunstakademien, nebst Kriegs-, Berg-, Forst- und Bauschulen.

Hohe Versammlung!

Das Bedürfnis einer Neugestaltung aller bestehenden Verhältnisse, seit lange schon von den zahlreichsten Schichten aller Völker lebhaft empfunden, war der mächtigste, wenn nicht der einzige Hebel der jüngsten Erschütterungen Europas, und die politische und soziale Reform sind die beiden eng verflochtenen Zeitfragen geworden, welche mit verwandten Ansprüchen nach Lösung ringen.

Die Weltgeschichte schreitet unaufhaltsam vorwärts, und ein neuer Geist ist über die civilisierten Völker Europas gekommen.

Dass von nun an nur solche Staatseinrichtungen getroffen werden müssen, welche einer freien naturgemässen Selbstbestimmung aller Glieder

*) Offenbar ein Druckfehler für Kassen. Red. der Dok. des Soz.

der bürgerlichen Gesellschaft keine Fesseln mehr anlegen, steht nicht mehr zu bezweifeln — dies ist die ernste Forderung der Zeit und wird von niemand, am allerwenigsten von der hohen Nationalversammlung, die sich die Lösung beider Fragen zur Aufgabe gemacht hat, verkannt werden.

Die fortdauernden Beratungen der verschiedenartigsten Kongresse, aus allen Klassen der schaffenden Bevölkerung, und deren Verhandlungen mit dem volkswirtschaftlichen Ausschusse, sind sprechende Beweise dafür.

Wenn wir nun auch zugeben wollen, dass aus der Zusammenstellung dieser Beratungen, welche häufig widerstrebenden Interessen Geltung zu verschaffen suchen, eine Uebersicht einzelner Mängel und Wünsche um Abhilfe gewonnen wird, so sind wir doch überzeugt, dass auf diesem Wege die Verschmelzung der Interessen, worauf es hauptsächlich ankommt, und zwar um so weniger erlangt wird, als derartige freiwillig gebildete Kongresse nur einzelne Bruchteile der Gesellschaft vertreten und gewöhnlich sehr unregelmässig beschickt werden.

Von der Ueberzeugung ausgehend, dass wir unsere eigenen Interessen am besten wahren, wenn wir sie mit allen übrigen in Einklang zu bringen suchen, bitten wir demnach, Eine hohe Nationalversammlung möge sich zur sofortigen Einberufung einer beratenden Versammlung entschliessen, welche nach den Grundsätzen des nachstehenden Entwurfes zusammengesetzt werden, und unter dem Namen soziales Vorparlament einer hohen Nationalversammlung zur Seite stehen soll.

§ 1.

Die Berufung des sozialen Vorparlaments soll sobald als möglich erfolgen.

§ 2.

Dasselbe soll aus gleicher Anzahl von Abgeordneten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen.

a) Arbeitgeber ist ein jeder Staatsangehörige, der selbständig auf eigene Rechnung arbeitet.

b) Arbeitnehmer ist ein jeder Staatsangehörige, der vom Arbeitgeber für Besoldung oder Lohn verwendet wird.

Anmerkung: Alle in dieser Kategorie nicht mit einbegriffene Staatsangehörige sind demnach ausgeschlossen, als: Staatsbeamte, Militärs, Geistliche, Rentner u. s. w.

§ 3.

Die Anzahl der Mitglieder des sozialen Vorparlaments soll ein Dritteil der Mitglieder der Nationalversammlung betragen.

§ 4.

Die Mitglieder des sozialen Vorparlaments sollen durch direkte Wahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und zwar in folgender Weise erwählt werden:

a) Auf sechs Abgeordnete zur Nationalversammlung soll ein jeder Bundesstaat zwei Vertreter zum sozialen Vorparlament senden, wovon der eine von Arbeitgebern, und der zweite von Arbeitnehmern erwählt wird.

b) Die kleinen Staaten, welche weniger als sechs Abgeordnete zur Nationalversammlung senden, wählen dennoch zwei Vertreter (der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zum sozialen Vorparlament.

c) Jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der das 18. Jahr zurückgelegt, und die staatsbürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, ist wahlfähig.

d) Jeder Staatsangehörige, der das 24. Jahr zurückgelegt, und sich im Besitze der staatsbürgerlichen Rechte befindet, ist wählbar.

e) Die Wahlen sollen in einem jeden Wahlbezirk durch zwei von der Regierung ernannte Bezirkswahlkomitees (geteilt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer), geleitet und beaufsichtigt werden.



f) Ein jeder Wähler wählt in dem Orte, wo er seinen dermaligen Wohnort hat, durch Stimmzettel, welche mit dem Ortsnamen bezeichnet, den Vor- und Zunamen, sowie den Stand des Gewählten enthalten müssen.
g) Diese Stimmzettel sollen in jedem Staat am bestimmten Tage und zu einer bestimmten Stunde dem Ortswahlkomitee eingeliefert, und von demselben unmittelbar nach der Wahl dem Bezirkskomitee versiegelt eingesendet werden.
h) Von dem Bezirkskomitee sollen nach Eingang sämtlicher Wahlzettel des Bezirkes, die Stimmen öffentlich gezählt und derjenige, der die meisten Stimmen erhalten hat, als Deputirter erklärt werden.

§ 5.

Die Reisekosten und Diäten für die Abgeordneten des sozialen Vorparlaments sollen auf gleiche Weise, und aus demselben Fonds vergütet werden, wie die der Abgeordneten der Nationalversammlung.

§ 6.

Das soziale Vorparlament hat die Wünsche und Beschwerden aller vertretenen Klassen, sowie die Vorschläge zu deren Erledigung entgegenzunehmen, sie mit den selbständigen Anträgen der einzelnen Mitglieder zur Diskussion zu bringen, und die daraus hervorgehenden Beschlüsse als Gesetzvorlagen der Nationalversammlung einzureichen, d. h. es hat die soziale Frage in ihrer ganzen Ausdehnung zu lösen, und namentlich einen speziellen Plan für das in die allgemeine deutsche Verfassungsurkunde aufzunehmende soziale Parlament auszuarbeiten.

§ 7.

Den Beratungen des sozialen Vorparlaments soll eine Kommission der Nationalversammlung mit Stimmrecht beiwohnen, um die als Gesetzvorlagen dort eingebrachten Beschlüsse erläutern und vertreten zu können.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

21. Februar 1903.

Ultramontaner Sozialismus. — Heinrich Cunow, Kartellfragen. — Hermann Gorter, Ein Massenstreik der Eisenbahner in Holland. — Maximilian Bach, Eine Urgeschichte Amerikas. — W. Th. Meyer, Heinrich Heine als Politiker. — Literarische Rundschau.

28. Februar 1903.

Theologische Katzbalgereien. — K. Kautsky, Sozialismus und Landwirtschaft. — Heinrich Cunow, Kartellfragen. — Emanuel Wurm, Sozialpolitische Umschau. — Literarische Rundschau. — Notizen.

7. März 1903.

Karl Marx. — Karl Marx, Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie. — K., Drei Krisen des Marxismus. — F. A. Sorge, Zum 14. März. — K. Kautsky, Sozialismus und Landwirtschaft. — Literarische Rundschau.

14. März 1903.

Die dritte Märzrevolution. — K. Marx, Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie. — K. Kautsky, Sozialismus und Landwirtschaft. — M. Bach, Eine Urgeschichte Amerikas. — Franz Mehring, Friedrich Gottlieb Klopstock. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

März 1903.

Paul Göhre, Die Sozialdemokratie und die Monarchie. — Eduard Bernstein, Ein Ausblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen. — Heinrich Wetzker, Die Krankenversicherung in Deutschland. — Dr. Willy Hellpach (Ernst Gystrow), Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. — Dr. Bruno Borchardt, Die Stellung der Sozialdemokratie zu den höheren Schulen. — Gustav Heinke, Zum zweiten Bauarbeiterschutzkongress. — Julius Deutsch, Die Lehrlingsbewegung in Oesterreich. — Rundschau (Politik, Wirtschaft, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Bücher, Notizen).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

März 1903.

Eugène Fournière, Les systèmes socialistes. — Ch. A. Bertrand, Les socialistes au Reichstag (1898—1903). — F. Quay-Cendre, Republique et Obéissance passive. — Angelo Majorana, La municipalisation des services publics en Italie. — Adrien Veber, Mouvement social. — Henri Chateau, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Februar 1903.

Béatrice et Sidney Webb, L'Evolution du Trade Unionisme en Angleterre. — Emile Vandervelde, Le Parti Ouvrier belge et l'Eglise catholique. — Karl Kautsky, Le lendemain de la Revolution sociale. — A. M. Simons, Etats Unis: Les Elections nationales et le socialisme. — Les syndicats ouvriers. — Les Coopératives. — Bibliographie. — L'art, La Litterature.

1. März 1903.

Karl Kautsky, Le lendemain de la Revolution sociale. — Beatrice et Sidney Webb, L'Evolution du Trade-Unionisme en Angleterre. — Karl Marx, La Question juive. — Enquète sur l'anticléricalisme et le Socialisme, Reponse de Paul Lafargue. — Emil Buré, France, Chronique politique. — Les Coopératives. — Bibliographie.

L'Avenir Social, Brüssel.

März 1903.

H. Quelch, Le socialisme. — Concentration capitaliste aux Etats-Unis. — G. de Leener, Les trusts en Belgique. — Victor Serwy, Le mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical, Les congrès syndicaux aux Pays-Bas. — Bulletin Coopératif. — Le Mouvement Communal.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. März 1903.

Editorial Brevities. — John E. Ellam, Political Democracy. — A. P. Hazell, The Failure of Owens New Harmony and other Communities. — The Socialist, Social Reform and Labour Movement in the english speaking World outside the United Kingdom. — Rean, A Retrospect. — Clericalism and the socialist attitude thereto. — The Reviews. — Interesting Extracts from varions sources. — Leon Janrof, The village Mayor.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. März 1903.

La critica sociale, La legge sul contratto di lavoro: i punti salienti. — Attilio Cabiati e L. Einaudi, L'italia e i trattati di commercio. — Pietro Fontana, I semplicisti del materialismo storico. — Federigo Maironi, La mezzadria nel disegno di legge sui contratti agrarii. — Alessandro Schiavi, Socialismo e anticlericalismo. — Filosofia, letteratura e varietá.

16. März 1903.

La critica sociale, La legge sul contratto di lavoro: i punti salienti. — Riformismo e socialismo: Fra Millerand e Jaurès. — A Cabiati e L. Einaudi, L'italia e i trattati di commercio. — A Cabiati e L. Einaudi, Come si critica. — Pietro Fontana, I semplicisti del materialismo storico. — Federigo Maironi, La mezzadria nel disegno di leggo sui contratti agrarii.

Il Socialismo, Rom.

25. Februar 1903.

Enrico Ferri, Dopo un anno. — Arturo Labriola, La politica commerciale dei socialisti. — E. Ferri, A proposito della mozione contro le spese militari. — J. Longuet, La situazione politica e il Partito socialista in Francia. — P. Orano, I patriarchi del Socialismo. — Oda

Lerda Olberg, Meffert: Arbeiterfrage und Sozialismus.— Nix, Paul de Regla: Au Pays de l'Espionnage. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e carricature.

10. März 1903.

Arturo Labriola, La politica commerciale dei socialisti. — Gina Lombroso, Sulle leggi protettive del lavoro. — Achille Cambier, La prova del fuoco del Partito socialista argentino. — Alfredo Niceforo, La canzone rivoluzionara a Parigi. — Goliardo II., Una inchiesta sul Socialismo. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

März 1903.

K. Kautsky, De Wetenschappelijke Arbeid van Karl Marx. — F. van der Goes, Te Wapen. — H. Spiekman, De Jaarvergadering van het National Arbeids-Secretariaat. — Dr. A. Pannekoek, Een Belangrijk oogenblik. — G. W. Sannes, Geschiedenis der verplichte Verzekering tegen werkloosheid te St.-Gallen. — W. Melchers, De Modernen en de Klassenstrijd. — R. Kuyper, Over Waarde. — Roland Holst, Volksleger of Ontwapening. — J. Saks, Oudwerwetsche Lectuur. — F. van der Goes, De Reactie begonnen.

Akademie, Prag.

März 1903.

Dr. Karel Helbich, Osestátneni lékáren. — Prèmiovy systém mzdovy a odborové organisace. — J. W. Jenks, Trusty a mzdy Prel. Dr. Lev Winter (D.) — Frant Modrácek, Studie o Proudhonovi. — Dr. L. Winter, Novy celni tarif a agrárnici. — Verus, Dr. Fr. Lad. Rieger. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni. — Dotazy a odpovedi.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

In der No. 51 des **„Économiste français“** führt der bekannte Sozialökonom Pierre Leroy-Beaulieu unter dem Titel: *›L'évolution du Socialisme et la dissolution du ›Socialisme scientifique‹‹* aus, dass ihm Ed. Bernsteins Vortrag: ›Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?‹ die Feder in die Hand gedrückt habe, einige Betrachtungen über den wissenschaftlichen Gehalt und den inneren Wert der sozialistischen Theorie anzustellen.

In vielen Punkten begegnen sich seine Anschauungen mit denjenigen Bernsteins, jedoch verwirft er am Schluss die Ansicht, dass wissenschaftlicher Sozialismus in dem Masse möglich sei, als derselbe sich zur Notwendigkeit entwickelt. Sobald eine Doktrin nur bedingungsweise Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben könne, habe sie sich selbst aus deren Domäne verbannt.

Die praktische Wirkung der ›Auflösung‹ des theoretischen Sozialismus entkleide aber die sozialistische Bewegung nicht im mindesten ihres der gegenwärtigen Gesellschaft feindlichen Charakters. Die Gefahr laure vielmehr in der Durchführung der von den Sozialisten mit zäher Energie angestrebten Reformen, welche, vom Truglicht des Selbstzwecks umflossen, in den Gemütern der Uneingeweihten verführerisch Reizempfindungen wachrufen.

Beaulieus Artikel bietet recht wunde Angriffsflächen. *O. P.*

In der Pariser **Nouvelle Revue** vom 15. Februar publiciert Jacques Régnier eine lesenswerte Studie, welche in der Untersuchung der politischen und sozialen Gedanken Saint-Simons gipfelt: *Les idées politiques et sociales de Saint-Simon*.

Der Verfasser betont die antirepublikanische Gesinnung des grossen »Utopisten«, seine Vorliebe für eine mit beschränkten Machtbefugnissen ausgestattete Monarchie. Die englische Verfassung mit ihrem Zweikammersystem entspricht am getreusten den Neigungen Saint-Simons. Seine politische Auffassung wird von dem einen Prinzip beherrscht: Alles für die Industrie und durch sie. Die gewerbetreibende Klasse ist die allein nützliche im Staat, und infolge ihres numerischen Uebergewichts bildet sie sich allmählich zur einzigsten heraus. Die Gesetzgebung sowie die Verwaltungsmaschinerie und alle öffentlichen Funktionen sind das Privilegium der Industrie, in welchem Vorrecht keine andere Gesellschaftsschicht sie beeinträchtigen darf. Gelehrte und Künstler gehören zu den Grundpfeilern im Gebäude der industriellen Klasse. — Die Feudal- und Militärordnung, d. h. der Adel, die »Metaphysiker« (Jenseitsphilosophen), Advokaten und Rechtsgelehrte sind bei Saint-Simon dem Tode geweiht. Er fasst sie unter dem Sammelnamen »hinfällige Klassen« zusammen. Ihre endgiltige Aufreibung träumt er durch eine Vereinigung der königlichen mit der industriellen Macht. Aus dieser Ideologie könne man den Schlüssel feilen zu seinem monarchistischen Glaubensbekenntnis.

Nur zwei Möglichkeiten lässt Saint-Simon um den Kampfplatz streiten: entweder die feudal-militärische Herrschaft mit ihren religiösen und »metaphysischen« Strömungen als Basis oder die auf die positiven Errungenschaften errichtete Industrie.

Fasst man die Natur der sozialen Frage näher ins Auge und bemüht man sich, aus den sich mit ihr eingehend beschäftigenden Werken Saint-Simons den Kern herauszuschälen, so wird nach Régnier der Vorurteilslose zu dem Eingeständnis gezwungen, dass dem Saint-Simon nicht der Titel Kollektivist oder Kommunist gebührt. Er ist im Gegensatz zu seinen Schülern, welche seine Lehre getreu zu hüten und zu verkünden vorgaben und doch das Eigentums- und Erbschaftsrecht leugneten, ein Anhänger und Verteidiger desselben. Er spricht von dem Eigentumsrecht als von einem Grundgesetz, wenn eine Beschneidung und Beschränkung desselben auch in ihm einen warmen Befürworter findet. In Saint-Simons System gleitet ein schwacher Strahl Staatssozialismus, vom Kollektivismus aber halte er sich fern. Mit den Sozialisten habe er jedoch den Internationalismus gemeinsam. Seine ganze Hoffnung pflanzt er auf die Wissenschaft, welche die Schranken der Nationalökonomie brechen und dem Krieg ein Ende bereiten werde.

Régnier schätzt in Saint-Simon den grossen Philantropen. *O. P.*

V. Notizen.

H. S. Foxwell über William Thompson. Der Abhandlung des Prof. H. S. Foxwell über den frühen englischen Sozialismus, die der an anderer Stelle (vgl. S. 150 ff.) besprochenen deutschen Ausgabe von William Thompsons Untersuchung über die Verteilung des Reichtums vorgedruckt ist, entnehmen wir folgende Bemerkungen über Thompson. Foxwell ist, wie man sehen wird, Gegner des Sozialismus, aber seine grosse Sachkenntnis macht seine Skizze auch für Sozialisten lesenswert:

»..... William Thompson war nur einer aus einer Reihe der in Marx und Lassalle ihren Höhepunkt erreichenden sozialistischen Schriftsteller, die Ricardos Standpunkt zur eigentlichen Grundlage ihrer Beweisführung machen. Schon in seinem ersten Abschnitt schlägt er den bekannten Ricardoschen Ton an: »Reichtum wird durch Arbeit erzeugt; kein anderer Bestandteil als Arbeit macht irgend einen Gegenstand des Verlangens zu einem Gegenstand des Reichtums.« Man gebe dem Wort »Arbeit« seine populäre Bedeutung, und es ist nur eine Sache der Logik, aus diesem Standpunkt einen grossen Teil des modernen Sozialismus abzuleiten. Welche Einschränkungen Ricardo daran auch in seinem eigenen Geist gemacht haben mag — 99 von 100 Lesern verstanden ihn wörtlich, und der Haupteindruck, den sein Buch hinterliess, war, dass der Reichtum, obwohl fast ausschliesslich der Arbeit zu verdanken, in der Hauptsache durch Renten und andere Zahlungen an die unproduktiven Klassen verschlungen würde. Dies war das Thema, welches Thompson und die englischen Sozialisten zu behandeln unternahmen.

Die ganze Schule, und insbesondere Thompson und Gray, waren tief durchdrungen von der Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Klassen. In seiner »Abhandlung über den Reichtum, die Macht und Hilfsquellen des Britischen Reichs«, die zuerst 1814 erschien, veröffentlichte Patrick Colquhoun eine berühmte Tabelle, welche er bezeichnet als »einen Versuch, eine allgemeine Uebersicht der Gesellschaft zu geben und zu zeigen, wie das neue Eigentum (oder Nationaleinkommen) unter den verschiedenen Klassen der Gesellschaft verteilt wird.« Diese »Karte der bürgerlichen Gesellschaft«, wie Colquhoun sie nennt, war die statistische Grundlage der sozialistischen Bewegung. Wir begegnen beständigen Hinweisen auf sie nicht nur in den Handbüchern, sondern auch in der periodischen Literatur der Schule. Es ist nicht zu bezweifeln, dass die von Colquhoun gegebenen statistischen Einzelheiten zu einer Zeit, in der die Nation unter einer erdrückenden Last von Steuern seufzte, der formalen Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit eine ganz neue Lebendigkeit und Realität verliehen, und dass sie die Neigung, die Gesellschaft in produktive und unproduktive Klassen zu teilen, gar sehr beförderten....«

»....Um diesen letzteren Unterschied, der nicht immer klar gesondert wird von der Unterscheidung zwischen Gattungen von Produzenten, dreht sich hauptsächlich Thompsons Beweisführung.

Er geht von den drei natürlichen Gesetzen der Verteilung aus: die Arbeit muss frei sein, die Gesamtheit ihrer Produkte geniessen, diese Produkte nach Belieben austauschen können. Thompson findet das bestehende System der Verteilung in allen drei Beziehungen fehlerhaft. Die Arbeit ist nicht frei, weder hinsichtlich ihrer Richtung, noch ihrer Dauer; von ihrem Produkt werden schwere Abzüge gemacht in Form von Renten, Profiten und Steuern; die Austausche werden behindert durch verschiedene Formen des Monopols und des Schutzes. Ueber alle drei Punkte spricht sich Thompson sehr ausführlich aus, obwohl er nicht so absprechend ist, wie Gray

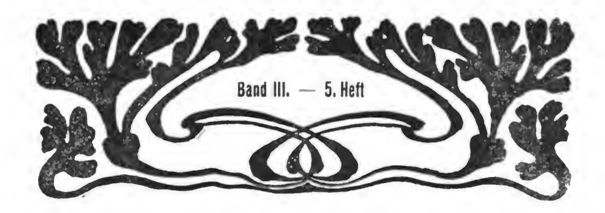
und überall die Anwendung von Gewalt geflissentlich ablehnt. Selbst Godwin hält nicht entschiedener an dem Prinzip der Freiwilligkeit fest; es ist das charakteristische Merkmal seines Systems. »Wenn wir uns« — sagt Thompson — »fragen, ob irgend ein Abzug von dem Produkte der Arbeit gerecht ist? so liegt die einzige genügende Antwort in der Gegenfrage: »Ist er freiwillig?« Aber es ist offenbar, dass kein System des laissez faire, wenn auch noch so vollkommen durchgeführt, uns jemals die Gleichheit bringen wird. Dies führt uns zu einer Schwierigkeit, die Thompson im Anfang seiner Untersuchung erkennt, deren Ueberwindung ihm jedoch, meiner Meinung nach, vollständig misslingt. »Hier« — sagt er — »haben wir das grausame Dilemma, in welches die Menschheit versetzt worden ist. Dies ist das zu lösende wichtige Problem der moralischen Wissenschaft, wie man Gleichheit mit Sicherheit, wie man eine gerechte Verteilung mit fortgesetzter Produktion vereinigen soll.« Er sieht deutlich genug, wie schwer es ist, einen wirksamen Antrieb zur Produktion zu behalten, wenn man sich nach dem kommunistischen Ideal der Verteilung richtet, aber man kann nicht sagen, dass seine Lösung des Problems sehr überzeugend wäre. Sie trägt den Charakter eines Kompromisses. Zuerst macht er allerdings geltend, dass zwischen den Prinzipien kein wirklicher Widerstreit bestehe. »Nur durch ein unentwegtes Festhalten an wirklicher gleicher Sicherheit kann man der Gleichheit irgendwie näher kommen.«

Die Ehrlichkeit nötigt ihn jedoch, diesen Satz zu Gunsten einer merkwürdigen Ausflucht fallen zu lassen. »Die Arbeit sollte den Nutzen der gesamten Produkte ihrer Anstrengungen geniessen: die Anteile an den Produkten der Arbeit sollten für alle, die nach ihren geistigen oder körperlichen Fähigkeiten zu dem gemeinsamen Vorrat beitragen, gleich sein.« Ich brauche nicht anzudeuten, wie vollständig der Uebergang von dem Arbeiter als Individuum zur Arbeit in abstracto den ganzen Streit um die Gleichheit aufgibt. Weniger ist gegen die zweite Form seines Kompromisses einzuwenden, obwohl sie unverkennbar unpraktisch ist. »Obwohl die Arbeit ein Recht hat auf das gesamte Produkt ihrer Anstrengungen, kann sie, ehe die Produktion beginnt, einer Gleichheit der Entlohnung freiwillig zustimmen.« In jedem Fall ist der angenommene notwendige Antrieb zur Produktion verschwunden. Tatsächlich besteht zwischen der Gleichheit der Produktion und der Gleichheit der Konsumtion ein bis auf den Grund gehender Widerspruch. »Einem jeden nach seiner Arbeit«, »einem jeden nach seinen Bedürfnissen«, sind vollständig unvereinbare Grundsätze, obwohl jeder an sich selbst ziemlich einleuchtend ist. Unser heutiges, auf Glück und Zufall gegründetes System des Austausches im freien Wettbewerb stellt einen eingestandenermassen unvollkommenen Kompromiss zwischen den beiden Prinzipien her, aber das sozialistische System soll uns noch gezeigt werden, das einen besseren bewirken würde.

In Thompsons Abhandlung findet sich eine bedauerliche Lücke, die uns einer guten Gelegenheit beraubt, seine Eigenschaften als praktischer Staatsmann zu beurteilen. Er hatte, wie er sagt, ein Kapitel von 100 Seiten vorbereitet, das einer Kritik der damals bestehenden Einrichtungen der Gesellschaft gewidmet war. Zunächst hielt er es zurück, um unnötige Erbitterung zu vermeiden. Man hätte erwarten dürfen, dass William Pare, sein literarischer Vertrauensmann, dies Kapitel entdeckt und es in seiner zweiten Ausgabe des Buches veröffentlicht haben würde; aber wir müssen auch hier mit dem blossen Verzeichnis der Ueberschriften vorlieb nehmen. Wir haben daher Thompson, als praktischen Reformer, nach seinen Projekten für freiwillige Reformpläne zu beurteilen. Diese zeigen den unvermeidlichen Zug zum Kommunismus, in dem alle Spekulationen endigen müssen, die auf Erwägungen der Gleichheit gegründet sind. »Möchtet ihr« — schreibt er an die notleidenden Weber von Spitalfields — »selbst die gesamten Produkte eurer Arbeit geniessen? Dann braucht ihr weiter nichts zu tun, als die Richtung eurer Arbeit zu ändern. Anstatt zu arbeiten, Gott weiss für wen, arbeitet für einander.« Er hatte im Jahre 1824 gesagt, dass — wenn überhaupt irgendwie von dem Prinzip, der Arbeit das gesamte Produkt

zu sichern, abgewichen wird, es in der Richtung der Gleichheit geschehen sollte. Zu jener Zeit meinte er, dass eine solche Abweichung »nur sehr selten, wenn überhaupt jemals, vorkommen sollte.« Aber nach 1830 widmete er sich mit Leib und Seele, Hab und Gut der Förderung kommunistischer Gesellschaften nach Owenitischem Muster, und das »Prinzip der Sicherung« (d. h. des ganzen Ertrags für die Arbeiter) scheint in praxi zu Gunsten des Prinzips der Gleichheit aufgegeben worden zu sein. Die in diesem Resultat enthaltene Aufopferung der Billigkeit ist vielleicht nicht so gross, wie Thompson selbst sich einbildete. Eine sorgfältige Analyse dessen, was die Einzelnen unter den heutigen Verhältnissen zu dem Werk der Produktion (durch ihre Arbeit) wirklich beitragen, dürfte, wenn sie im Geist von Comtes Philosophie vorgenommen wird, unsere prima facie gewonnenen Anschauungen hinsichtlich der Unbilligkeit gleicher Belohnung erheblich abändern. Einige Unbilligkeit würde freilich immer noch übrig bleiben. Doch — wir brauchen die Billigkeit von Einrichtungen, die so vollständig unausführbar sind, nicht weiter zu erörtern. Thompsons Ruf gründet sich nicht auf sein Eintreten — so hingebend und voll Gemeinsinns es auch war — für die Owenitische Kooperation, sondern auf die Tatsache, dass er der erste Schriftsteller war, der die Frage der gerechten Verteilung des Reichtums zu der hervorragenden Stellung erhob, die sie seitdem in der englischen Nationalökonomie einnimmt. Bis zu seiner Zeit war die Volkswirtschaftslehre viel mehr eine solche des Handels, als des Gewerbfleisses — viel mehr kommerziell als industriell gewesen; in der Tat, er findet es nötig, sogar die Bedeutung des Ausdrucks »industriell« zu erklären, welcher, wie er sagt, aus dem Französichen stammt und ohne Zweifel aus Saint-Simon übernommen wurde. Wenn wir zu John Stuart Mill gelangen, so finden wir die Produktion der Verteilung, diesem grossen und unterscheidenden Thema seines Werkes, in bestimmter Weise untergeordnet. Ich bezweifle nicht, dass diese Veränderung zum grossen Teil Thompson zu verdanken ist, dessen Einfluss auf Mill in mehr als einer Richtung deutlich hervortritt.«

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Bulletin des internationalen **Arbeitsamts.** Band I No 11/12 (November bis Dezember). Inhalt: Fortschritte des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Schiedsgerichte. Arbeitsämter. Enqueten. Gesetze und Verordnungen. Parlamentarische Arbeiten. Beschlüsse nationaler und internationaler Kongresse. Bibliographie. Jena, 1902. Gustav Fischer.

Mit diesem Doppelheft ist der erste Band des Bulletin abgeschlossen. Das Heft bringt ausser dem im Titel angezeigten Inhalt noch ein gutes Sachregister vom Inhalt des ganzen ersten Bandes dieses vorzüglichen Nachschlagewerkes.

Verhandlungsbericht der zweiten Generalversammlung des Komitees der internationalen Vereinigung für gesetzlichen **Arbeiterschutz,** abgehalten zu Köln am 26. und 27. September 1902, nebst Jahresberichten der internationalen Vereinigung und des internationalen Arbeitsamtes. Schriften der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. No. 2. Jena, 1903. Gustav Fischer. 80 S. gr. 8°.

Enthält u. A. den Bericht des internationalen Arbeitsamtes über seine Tätigkeit seit der konstituierenden Versammlung der internationalen Vereinigung, über seine Geschäftsgebahrung und sein Reglement.

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1898—1903. Herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand. Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 422 S. kl. 8°. Preis: im Buchhandlel 4 Mk., im Parteibezug 2 Mk.

An dieser, unmittelbar für die Wahl-Agitation der Sozialdemokratie verfassten Schrift lässt sich, wenn man sie mit den Veröffentlichungen zu gleichem Zwecke vergleicht, die ihr vorhergegangen sind, in greifbarster Weise das Wachstum der Partei veranschaulichen. Wie die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei mit deren Ausbreitung naturgemäss eine immer intensivere wird, so wächst auch mit ihr das Bedürfnis der Agitation nach genauerer Information über die Einzelheiten der im Parlament verhandelten Fragen. Ohne den generell kritischen Standpunct grundsätzlich zu verlassen, geht die Partei nun viel näher auf das Detail der Fragen ein, über die sie früher mehı summarisch abzuurteilen pflegte, und neben die Unterscheidung zwischen Arbeiterinteressen und Bougeoisinteressen tritt immer schärfere

Unterscheidung der verschiedenen Arten von Bourgeoisinteressen gemäss ihrer verschiedenartigen Bedeutung für das Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit und seinen Entwickelungstendenzen. Mit anderen Worten, die Sozialdemokratie und die hinter ihr stehende Arbeiterschaft wird immer mehr Hüterin aller den Fortschritt der Gesellschaft ihrer Wirtschaft fördernden Kräfte.

Das sehr gut ausgestattete Handbuch — welch ein Unterschied zwischen dem geschmackvoll gebundenen, 26 Bogen umfassenden Band und dem äusseren Gewand der für ihre Zeit ausgezeichneten ersten Broschüre Bebels über die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie! — behandelt mehr oder weniger ausführlich folgende Fragen: Militarismus, Marinismus, Wehrsteuer, Invalidenpension-, Veteranen-Beihilfe, China - Expedition, Kolonialpolitik, Handelsverträge und Zolltarif, Taktik der Sozialdemokratie in der Tarifkommission, Obstruktion, Zolltarifgesetz, Kartelle der Unternehmer, Reichsfinanzen-Reichsschulden, die indirekten Steuern, Justizwesen, Mittelstandspolitik., Währungsfrage, Börsengesetz, Arbeiterschutz, Staatsbetriebe und ihre Angestellten, Versicherungsgesetze, ländliche Arbeiter, die Parteien des Reichstags, Reichtagswahlrecht, Wahlreglement, Winke für die Agitation und die Wahlen. Bei den meisten dieser Fragen werden eine Reihe von Spezialpunkten in Unterabschnitten behandelt. So weisen der Punkt Zolltarif dreizehn, der Punkt Indirekte Steuern zwölf, der Punkt Arbeiterschutz dreizehn Unterabschnitte auf. Ausserdem erleichtert ein reichhaltiges Sachregister das Einholen von Auskunft über die verschiedenen, hier in Betracht kommenden Einzelheiten.

Der Standpunkt, der in den verschiedenen Aufsätzen zum Ausdruck kommt, entspricht den von der Partei im Reichstag und auch sonst in der Oeffentlichkeit vertretenen bezüglichen Grundsätzen. Im Uebrigen hat den Herausgebern offenbar das Bestreben vorgeschwebt, die Tatsachen in sachkundiger Vorführung sprechen zu lassen. Es steckt sehr viel Material in diesem Handbuch. Leider sind ein paar Druckfehler unverbessert geblieben, die zwar keine besondere Bedeutung haben, aber doch den weniger Unterrichteten auf den ersten Blick stutzen machen. In einem Punkt hätte das Buch vielleicht noch eine Bereicherung vertragen, nämlich in Bezug auf Nachweise über die wichtigsten der zur Sache gehörigen amtlichen Publikationen. Im Uebrigen dürfte es seinen Zweck trefflich erfüllen.

Beck, Dr. Hermann, Ingenieur. **Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Maschinen-Industrie am Ausgang des 19. Jahrhunderts,** Heft II der Untersuchungen über Arbeitslöhne aus dem volkswirtschaftlich-statistischen Seminar der Kgl. Technischen Hochschule Dresden. Herausgegeben von Prof. Dr. Victor Böhmert. Dresden 1902. O. V. Böhmert. 71 S. gr. 8°.

Eine recht interessante Studie, die freilich den Erwartungen nicht völlig entspricht, die der Titel erweckt. Der Verfasser macht keinerlei generelle Angaben über die Lohnverhältnisse und die Arbeitsbedingungen in der deutschen Maschinenindustrie, sondern berichtet nur über eine Spezialuntersuchung in zwei, ziemlich typischen Fabriken Magdeburgs, einem Grossbetrieb, der 1898/99 zwischen 1204 bis 1534, und einem Mittelbetrieb, der zwischen 76 und 78 Personen beschäftigte. Aber die Untersuchung geht auf alle wichtigen Einzelheiten ein, die für die Lohnermittelung und Lohnbewertung in Betracht kommen, und da Magdeburg mit Buckau in der deutschen Maschinenindustrie einen ganz bedeutenden Platz einnimmt, dürften auch seine Lohnsätze wenig von den Normalsätzen anderer Plätze abweichen, d. h. deren Durchschnittshöhe veranschaulichen. Erlaubt die Untersuchung damit Schlüsse auf die Lohnverhältnisse der deutschen Maschinenbauarbeiter im Allgemeinen zu ziehen, so bietet sie zugleich Handhaben, die meist sehr nach oberflächlichen Merkmalen aufgestellten, generellen Lohnstatistiken auf ihren Indikationswert zu prüfen, bezw. richtigzustellen. An zwei solchen allgemeinen Lohnerhebungen, von denen die eine von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern vorgenommen wurde, zeigt der Verfasser, wie da infolge ungenügender Methoden Resultate erzielt wurden, die als wissenschaftlich wertlos zu betrachten seien.

Er legt den Gewerkschaften dringend ans Herz, solche Erhebungen nicht ohne Hinzuziehung von geschulten Statistikern zu unternehmen.

Die Ergebnisse seiner Untersuchung, die ein Jahrfünft umfasst, sind recht charakteristisch. Die Lohneinkommen des Grossbetriebes weichen von denen des Mittelbetriebes nicht wesentlich ab, sind für bestimmte Kategorien von Arbeitern etwas höher und für andere etwas niedriger, wie dort, ohne dass sich eine bestimmte Tendenz feststellen liesse. Vielmehr sind die Lohnschwankungen von Jahr zu Jahr fast ausschliesslich das Ergebnis wechselnder Arbeitsanspannung, bezw. von Bewegungen in der Menge der Ueberstundenarbeit und, bei Stücklohn, der grossen Arbeitsintensität. Dagegen ist, wie der Verfasser auf S. 56 hervorhebt, der Lohn für die Zeiteinheit sogar in dem Jahrzehnt von 1888 bis 1898 „nur wenig gestiegen". Selbst in den zwei besten Geschäftsjahren 1898 bis 1899 erreicht der Normal-Tagelohn der zehn Stunden arbeitenden deutschen Maschinenbauarbeiter nicht den der 9 Stunden arbeitenden englischen Maschinenbauarbeiter. Für Dreher verzeichnet der Verfasser einen Normal-Tagelohn von 4,82 im Durchschnitt der genannten zwei Jahre und beider Fabriken, was einen Wochenlohn von 28,92 Mark ergibt. Dagegen erzielt nach dem achten Jahresbericht des britischen Arbeitsamtes (1902) im Anfang 1902 in 44 Orten des englischen Maschinenbaus der Dreher für die 54- (in fast der Hälfte der Orte sogar nur 53-) stündige Arbeitswoche einen Noramllohn, der sich im genau proportional berechneten Durchschnitt auf 34 Schillinge 8 Pence stellte. In Birmingham, das man mit Magdeburg vergleichen könnte, war er bei 53 Stunden Wochenarbeit 1898 34, und von 1899 bis 1902 inklusive 36 Schilling die Woche. Die Kaufkraft des Geldes ist aber in England in Mittelstädten keineswegs geringer als in denen Deutschlands. Der Verfasser glaubt am Schluss „wohl sagen zu können", „in den gelernten Arbeitern der untersuchten Maschinenfabriken habe man es nicht mit einem Proletariat im Sinne eines Lassalle oder Marx zu tun, vielmehr mit einer Arbeiterschaft, die ihrer wirtschaftlichen Potenz und ihrer Bildung nach zum grösseren Teile zum Mittelstand zu zählen ist;" wir hätten in Deutschland „eine befriedigende, im Vergleich zur Mehrzahl der Kulturstaaten sogar gut genährte, intelligente und leistungsfähige Arbeiterschaft." (S. 62.) Indess verfehlt er nicht hinzuzusetzen, es müsse „vor untätiger Zufriedenheit" gewarnt und insbesondere das Augenmerk auf die kräftig aufstrebende Maschinenindustrie der Vereinigten Staaten gerichtet werden, die neben allen den geographischen Vorteilen auch den einer ungleich besser entlohnten Arbeiterschaft besitzt..... suchen wir auch hier nachzukommen, es (Amerika) zu übertreffen." (S. 63.) Auch an andern Stellen zeigt sich, dass der Verfasser, obwohl kein Sozialist, der wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse und wenigstens ihren gewerkschaftlichen Kämpfen ein grosses Interesse entgegenbringt. Nicht immer frei von Widersprüchen (auf S. 8 wird die Vielgestaltigkeit des europäisch-festländischen Maschinenmarktes als ein Nachteil gegenüber England und Amerika bezeichnet, auf S. 13 dagegen die Vielgestaltigkeit eines Unternehmens, wie das Kruppsche, als ein Vorteil gegenüber „der besonders in Amerika weitverbreiteten Form der mittelgrossen Einzel-Spezialfabrikation" hervorgehoben) kann die Schrift, die sehr wertvolle Tabellen enthält, doch im ganzen als ein verdienstvoller Beitrag zur Kenntnis sozialer Verhältnisse bezeichnet werden.

Braun, Lily. **Die Frauen und die Politik.** Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 48 S. 8°. Preis 20 Pf.

Eine mit grosser Wärme, Sachkenntnis und aussergewöhnlich packender Darstellungskraft verfasste Agitationsschrift, die Frauen für die Teilnahme am politischen Leben zu gewinnen.

Einigen Aeusserungen der Verfasserin vermögen wir in ihrer apodiktischen Form nicht zuzustimmen. Sie betreffen die Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit. Die Frage, ob die Frauenarbeit, bezw. die gewerbliche Arbeit verheirateter Frauen notwendig unausgesetzt zunimmt, kann angesichts gewisser in England gemachter Beobachtungen nicht als unbedingt entschieden betrachtet werden. Ueberhaupt darf man beim Thema der gewerblichen Frauenarbeit

nicht übersehen, dass der Eintritt der Frau in die Industrie oft nur eine Formveränderung ihrer ursprünglichen Erwerbsarbeit ist. Die Frauen der arbeitenden Klassen haben bisher auch nicht auf Lorbeern geruht oder sich bloss dem eigenen Haushalt widmen können; sie haben fast überall recht tüchtig bei der produktiven Arbeit mithelfen müssen. Nur war, solange die Hauswirtschaft und die Produktion weniger differenziert waren, ihre Arbeit vielfach eine abwechselungsreichere, weniger abrackernde. als sie heute ist. Das ist wohl, neben der Lohnform, das wesentliche Moment, das die heutige von der früheren Erwerbsarbeit der Frauen unterscheidet. Aber wenn wir bloss die Zahlen in Betracht ziehen, muss es als zweifelhaft erscheinen, ob heute im Verhältnis mehr Frauen gewerblich tätig sind, als früher in der Produktion und als dienende Personen tätig waren. In England, um noch einmal darauf zurückzukommen, ist ein grosser Teil der Zunahme gewerblicher Frauenarbeit einfach auf Kosten der weiblichen Landarbeit erfolgt, die heute dort so gut wie ganz verschwunden ist.

Für den Zweck der vorliegenden Schrift ist dieser Punkt von untergeordneter Bedeutung. Indes auch eine Agitationsschrift soll in allem, was sie sagt, unangreifbar sein, wenn auch selbstverständlich kein vernünftiger Mensch von einer solchen ein Eingehen in alle Details verlangen wird.

Issaieff, A. A. **Der Sozialismus und das öffentliche Leben.** Stuttgart 1903. J. H. W. Dietz Nachf. 608 S. 8°. Preis: 8 Mark.

Eine Reihe von umfangreichen Aufsätzen über das Wesen, die Grundsätze, die Auffassungen und die Tätigkeit der Sozialdemokratie. Folgendes ihre Themata: Die Forderungen der Sozialdemokratie; der Sozialilsmus und die gesellschaftliche Evolution; der Sozialismus und die Volkswirtschaft (zwei Aufsätze); Sozialismus und Militarismus; die erziehlichen Mittel des Sozialismus; der Sozialismus; Sozialismus und Christentum; die Organisation der Sozialdemokratie; die Sozialisten im Parlament; die Sozialisten in der Gemeindeverwaltung; die Sozialistenverfolgungen; welche Gefahren drohen der Sozialdemokratie?; die literarische Bekämpfung des Sozialismus; die Verbreitung des Sozialismus; Schlussbetrachtung.

Die ursprünglich in russischer Sprache veröffentlichten Aufsätze verraten eine gute Kenntnis der Literatur und Aktion der Sozialdemokratie und der sonstigen Arbeiterbewegung der Hauptländer. Der Verfasser ist Volkswirtschaftler und behandelt daher die Wirtschaftsfragen in der Regel mit besonderer Sachkunde. Sein Standpunkt ist der sozialistische, seine Darstellungsweise ruhig und sehr verständlich, allerdings auch hier und da etwas breit. In den theoretischen und praktischen Streitfragen der Sozialdemokratie nimmt der Verfasser eine Mittelstellung ein. So steht er in der Agrarfrage mehr auf seiten derer, die für ein Bauernprogramm eintreten, dagegen bekämpft er in Bezug auf die Kennzeichnung der allgemeinen Wirtschaftsentwickelung die vom Herausgeber dieser Zeitschrift vertretenen Anschauungen bezw. was er dafür ausgibt, denn in der Wiedergabe dieser Anschauungen fällt eine seltsame Ungenauigkeit auf, die wohl auf einer gewissen Voreingenommenheit beruht. Anders ist es z. B. nicht zu erklären, wenn der Verfasser in der Note 34 (zu Seite 69) Bernstein in „Gesellschaftliches und Privateigentum" sagen lässt, bloss der Mangel eines fertigen Programms habe 1848 und 1871 die Niederlage des französischen Proletariats verschuldet. Tatsächlich heisst es an der angegebenen Stelle: »Fähig, zu siegen, war es (das Proletariat) unfähig, den Sieg zu benutzen, weil es weder Programm noch Organisation besass.« Das sagt etwas ganz anderes. Im übrigen rührt der Satz von Guesde und Lafargue her; Bernstein hätte vielleicht noch einige andere Gründe für die damalige Niederlage des französischen bezw. Pariser Proletariats angeführt.

In ähnlicher Weise werden auch die Darlegungen des Genannten in den „Voraussetzungen" als falsch vorgeführt. Diese, aus begreiflichen Gründen hier nicht zu übergehenden Fehler sind aber Ausnahmen. Im allgemeinen berichtet der Verfasser unparteiisch, und seine Polemik oder Kritik ist stets sachlich gehalten.

Kestner, Fritz. **Die deutschen Eisenzölle 1879 bis 1900.** (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Gustav Schmoller. Band XXI, Heft 3.) Leipzig 1902, Verlag von Duncker & Humblot. 132 S. 8°. Preis: 3 Mark 40 Pf.

Eine recht gründliche Untersuchung über die Entwickelung der deutschen Eisenindustrie vor und seit Einführung des bestehenden Eisenzolls. Der Verfasser, der kein grundsätzlicher Gegner des Zolles ist, führt mit anerkennenswerter Sachlichkeit alle Tatsachen vor, die gegen den Zoll sprechen, ihn als überflüssig oder schädlich erscheinen lassen. Die Schrift ist vor allen Dingen Informationswerk. Sie bietet ein ausserordentlich reiches Material dar, das vom Verfasser sachkundig verarbeitet ist und in gedrängter Darstellung vorgeführt wird. In seinen Schlüssen lässt der Verfasser vorwiegend das zahlenmässig oder dokumentarisch belegte Material sprechen, während er sich hinsichtlich der zollpolitischen Nutzanwendung grosse Zurückhaltung auferlegt. Immerhin stellt er am Schluss einige Thesen zusammen, die als Fingerzeige für die Richtung der Zollpolitik einen ganz bestimmten Charakter tragen. »Die deutsche Eisenindustrie«, lautet These I, »ist bis auf wenige Artikel so stark, dass sie eine ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten braucht. Kein anderes Land hat um so viel günstigere Produktionsbedingungen, dass es unter Hinzurechnung der Frachtkosten uns auf dem deutschen Markt unterbieten könnte.« Und in These III heisst es: »Unbedingt verwerflich wäre ein Minimalzoll oder gar eine Zollerhöhung für Roheisen.« Eine Weiterausbildung des jetzigen Schutzzollsystems zu einem noch entwickelteren Exportprämiensystem, als es das jetzige ist, würde zwar zunächst die Produzenten fördern, aber die Verbraucher und damit indirekt doch wieder die Produzenten schädigen. Der andere Weg sei die Verminderung der Produktionskosten, was erreicht werden könne durch Verkehrserleichterungen (Frachtermässigungen etc.), sowie durch »Erhöhung der Lebenshaltung und damit der Leistungsfähigkeit der Arbeiter«.

In den letzteren Worten kommt etwas von sozialpolitischer Auffassung zum Ausdruck. Im ganzen hält sich der Verfasser jedoch streng an die handelspolitische Seite der Frage. Einige mit Geschick aufgesetzte Tabellen veranschaulichen die Entwickelung der deutschen Eisen- und Eisenverarbeitungsindustrien, sowie (Tabelle VIII) die Verteilung der Arbeiter in den verschiedenen Produktionsgruppen und den Hauptbetriebsklassen dieser Industrien.

Pohle, Prof. Dr. Ludwig. **Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und periodische Wirtschaftskrisen.** Eine Betrachtung der Ursachen und sozialen Wirkungen der modernen Industrie- und Handelskrisen mit besonderer Berücksichtigung der Kartellfrage. Erweiterte Ausgabe eines auf dem 13. evangelisch-sozialen Kongress in Dortmund gehaltenen Vortrags. Göttingen 1902. Vandenhoek u. Ruprecht. 92 S. 8°. Preis: 1 Mark 60 Pf.

Ein nicht uninteressanter, aber an mangelnder Durcharbeitung leidender Versuch der Darstellung einer tiefergehenden Krisentheorie. Unter Krisis kann man im allgemeinen jeden Zustand eines Organismus verstehen, wo infolge einer starken Verschiebung im Verhältnis der wirkenden Kräfte zu einander Stockung der Funktionen eintritt mit der Tendenz nach Wiederherstellung des alten Verhältnisses. Legt man diese Begriffsbestimmung zu Grunde, so wird man ohne weiteres dazu kommen, sowohl die übermässige Steigerung irgend eines bestimmten Wirtschaftsfaktors, wie das übermässige Zurückbleiben irgend eines Wirtschaftsfaktors, Hypertrophie hier oder Atrophie dort, für mögliche Krisenursachen zu begreifen. Jede Geschäftskrisis äussert sich in der Unverkäuflichkeit von Waren. Es liegt also einer äusseren Betrachtung sehr nahe, ihre Ursache darin zu suchen, dass entweder zuviel produziert worden ist — Ueberproduktion — oder zu wenig konsumiert wird: Unterkonsum. Je näher man aber diesen beiden Erscheinungen tritt, je genauer man Ueberproduktion und Unterkonsum untersucht, um so deutlicher wird man sich dessen bewusst, dass sie einfach feststellen noch recht wenig oder nichts erklären heisst. Was ist zuviel produziert

worden, was wird oder ward zu wenig konsumiert? Diese Frage, die man sich schon früh gestellt hat, führte zur Erkenntnis, dass es sich nicht um ein Ueber oder Unter der ganzen, für entscheidend erachteten Seite zu handeln braucht, sondern wesentlich ein Missverhältnis innerhalb des einen der bezeichneten Wirtschaftsgebiete, innerhalb der Produktion oder des Konsums, vorliegen und Ursache der Stockung sein kann. Z. B. auf dem Gebiete der Produktion ein Missverhältnis zwischen der Produktion von Mitteln des endgiltigen Verbrauchs und der von Produktionsmitteln. An diesem Punkt hat, wie bekannt, auch Marx angesetzt und im zweiten Band des »Kapital« durch tiefere Analyse neue Krisenmomente aufgedeckt, wie z. B. die Notwendigkeit der Festlegung grösserer Kapitalien für die Erneuerung von Maschinen, die physisch noch gar nicht aufgebraucht sind, aber durch neue Erfindungen entwertet sind. Missverhältnis in der Kapitalverwendung ist auch einer der Hauptgründe, die der Verfasser dieser Schrift für die Entstehung der Krisen verantwortlich macht, oder vielmehr ein Missverhältnis zwischen Kapitalbildung und Kapitalverwendung. Unter Kapitalbildung ist hier die Ansammlung von Einkommenteilen zu Kapital verstanden, und der Umstand, dass zwischen diesem Akt und der Anlage des neuen Kapitals zu Produktionszwecken oft ein grösserer Zeitraum verstreicht, ist nach dem Verfasser — oder vielmehr nach Schäffle, auf den er sich beruft — die eigentliche Ursache der periodisch eintretenden allgemeinen Krisen. Diese Zeitspannung setze in der Zeit der höchsten Prosperität ein, weil da die Preise gerade der wichtigsten Produkte, wie Kohle und Eisen, sowie der Zinssatz und die Löhne schliesslich so hoch steigen, dass die Rentabilität von Neuanlagen zweifelhaft wird. Es unterbleibt die Verwendung von Kapital zur Produktion von Anlagen und Maschinen, nicht Ueberproduktion, sondern Unterproduktion werde zur Ursache der Krisis. Und von der anderen Seite her könne Ueberkonsum Krisenursache werden. Die Ansammlung von Kapital sei u. a. notwendig, um für die jährlich neu in das Wirtschaftsleben eintretenden Arbeitermassen Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Hierbei spielten aber die zur Kapitalisierung verwendeten Ueberschüsse der Kapitalisten eine viel grössere Rolle, als die Ersparnisse der Arbeiter. Denn die Arbeiter verwendeten ihre höheren Löhne in der Hauptsache zu erhöhtem Konsum, statt zu erhöhtem Sparen — schon Roscher habe treffend bemerkt, dass jede erzwungene Lohnsteigerung »von einer sparenden Klasse nimmt und einer nicht sparenden gibt.« Auch Marx habe darauf hingewiesen, dass den Krisen gewöhnlich eine Epoche erhöhter Löhne vorhergehe. Lohnerhöhungen, die sich auf Kosten des Kapitals vollzogen, statt bloss der erhöhten Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu entsprechen, brächten so der Arbeiterschaft keinen sicheren Gewinn. Es finde nur dann Ausdehnung der Produktion statt, wenn diese den Unternehmern vorteilhaft erscheine. Die periodischen Krisen der modernen Volkswirtschaft hätten ihren Ursprung also darin, dass die Verwendung der jährlichen Ersparnisse der Gesellschaft in Produktivkapital »nicht in gleichmässigem Tempo, sondern stoss- oder ruckweise vor sich geht.« S. 35.)

Für all das erbringt der Verfasser statistisches Belegmaterial, das insoweit beweiskräftig ist, als es zeigt, dass in den berührten Vorgängen Krisenmomente stecken. Indess weder ist die Deduktion erschöpfend, noch ist sie widerspruchsfrei. Dass abnorme Preissteigerungen Krisen herbeiführen können, ist schon verschiedentlich festgestellt worden, und darauf läuft im Grunde auch diese Krisentheorie hinaus. In jeder Wirtschafts-Abnormität steckt ein Krisenmoment, d. h. jede Unregelmässigkeit ruft andere Unregelmäsigkeiten nach sich. Ganz glatt vollzieht sich das Wirtschaftsleben überhaupt nicht, es gibt immer Ausrenkungen und Einrenkungen. Aber wann wird die Unregelmässigkeit zur allgemeinen Krise, und ist mit der stärkeren Entwickelung der Wirtschaftsorganismen eine Steigerung der allgemeinen Krisen nach Umfang und Intensität zu gewärtigen?

Der Verfasser verweist Eingangs seiner Broschüre triumphierend darauf hin, dass noch niemals eine Vorhersage schneller durch die Tatsachen widerlegt worden sei, als die des Herausgebers dieser Zeitschrift, dass „wenigstens für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren als unwahrscheinlich zu betrachten seien.“ Kaum sei der Wahrspruch gefallen

(Frühjahr 1899) so habe sich bald darauf (1900/1901) die allgemeine Wirtschaftskrisis eingestellt. Wir wollen davon absehen, dass da eine hypothetische Aeusserung als apodiktisch hingestelt wird, und zugeben, dass die Hypothese in der Annahme gestellt wurde, dass sich die Sache wahrscheinlich so verhalte. Aber wird man es glauben, dass schon zwei Seiten, nachdem er den erwähnten Ausspruch getan, eben derselbe Verfasser sich zu der Feststellung genötigt sieht, dass unter der Einwirkung der Kartelle etc. und der besseren Marktberichterstattung die Krisen neuerdings einen Verlauf nehmen, worauf die Schilderungen der älteren bürgerlichen und sozialistischen Oekonomen (darunter Marx und Engels) „nicht mehr recht passen wollen"? (S. 7.) Eine weitere Seite darauf erfahren wir, „dass das hervorragendste Merkmal der früheren Krisen", das plötzliche Aufhören der Nachfrage bei allgemeiner Ueberfüllung der Warenlager — „fehlt oder doch wenigstens bei ihnen nicht mehr so allgemein und so schroff zu Tage trete wie ehemals" S. 8). Und nach weiteren drei Seiten werden wir vor der Vorstellung gewarnt, „als ob die periodische Wiederkehr dieser Krisen einer festen Gesetzmässigkeit unterliege" (S. 11). Also die heutigen Krisen sehen anders aus, als die früheren, sie treten anders auf, sie unterliegen keiner festen Gesetzmässigkeit. Worin gleichen sie nun noch den früheren Krisen? Der Schreiber dieses stützte seine erwähnte Hypothese u. A. darauf, dass räumliche Ausdehnung des Weltmarktes, Anschwellen des Reichtums in Westeuropa, Vervollkommnung des Kreditwesens, Organisation der Kartelle, „die Rückwirkungskraft örtlicher oder partikularer Störungen auf die allgemeine Geschäftsgrundlage verringert haben." (Voraussetzungen des Sozialismus, S. 70.) Ist das durch die Ereignisse widerlegt worden? Die Krisis von 1900/1901 ist fast ausschliesslich auf Osteuropa und das östliche Mitteleuropa (Russland, Deutschland, Oesterreich) beschränkt geblieben. Sie hat nach Frankreich, Italien, England nur wenig, nach den Vereinigten Staaten noch gar nicht hinübergeschlagen, vielmehr von dort einen bis jetzt sehr wirksamen Gegenstoss erhalten. Vorläufig also steht soviel fest, dass die Rückwirkung der genannten Krise auf die allgemeine Geschäftslage eine viel geringere gewesen ist, als die früheren Geschäftskrisen. In England brachte die Krisis der achtziger Jahre den Prozentsatz der Arbeitslosen in der Maschinenindustrie auf 9,4 im Jahre 1887, die der neunziger Jahre auf 11,4 im Jahre 1893, diesmal ist er bei einer erheblich grösseren Gesamtzahl der Arbeiter nicht über 4—5 Prozent gestiegen und zur Zeit wieder im Abnehmen. Unter diesen Umständen wird es nicht zu viel sein, das Wort von der selten schnellen Widerlegung als selten vorschnell zu bezeichnen.

Aehnlich wie mit ihr verhält es sich mit polemisierenden Aeusserungen des Verfassers gegen andere Sozialisten und gegen etliche bürgerliche Oekonomen. Auch da machen sich Ungenauigkeiten in der Vorführung der bekämpften Ansichten unangenehm bemerkbar. Ferner ist die Wahl der Ausdrücke nicht immer glücklich. So spricht der Verfasser wiederholt von Ueberproduktion, wo er nur eine Mehrproduktion auf Vorrat bezeichnen will.

Trotz dieser Mängel gebührt der Schrift das Verdienst, einige noch wenig behandelte Seiten des Krisenproblems, wie namentlich das Verhältnis zwischen Kapitalbildung und Bevölkerungsfrage, der Würdigung näher gebracht zu haben. Und trotz des nationalistischen Standpunktes, der den Verfasser um nationaler Machtsteigerung willen sich für die Zöllnerei und die Kartellpolitik der zweifachen Preise für In- und Ausland erwärmen lässt, trotz seiner Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie und das Steigen der Löhne, sobald es den Unternehmerprofit über eine gewisse Grenze herabdrückt, hält sich der Verfasser von Schönfärberei hinsichtlich der Position von Unternehmern und Arbeitern in der kartellierten oder vertrusteten Produktion frei. Er will die Kartelle, die ihm eine ungenügende Form der Zusammenfassung sind, möglichst in Trusts verwandelt, diese aber à la Reichsbank „veranstaltlicht", d. h. halb staatlich und halb privat verwaltet sehen.

Rottenburg, F. von. **Die Kartellfrage in Theorie und Praxis.** Ein offener Brief an Herrn Kommerzienrat Julius Vorster, Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Leipzig 1903, Duncker und Humblot. 89 S., gr. 8°. Preis: 1 Mk. 80 Pf.

Eine Streitschrift, die in scharfer Weise die Gefahren hervorhebt, welche das Kartellwesen in der Industrie für die Volkswirtschaft im Allgemeinen und die Arbeiter im Besonderen in sich birgt.

Der Verfasser, ehemals Chef der Reichskanzlei unter Bismarck und zur Zeit Kurator der Universität Bonn, erklärt in bezug auf Letzteres, nach den vorliegenden Erfahrungen dürfe man schon jetzt sagen, „dass die Rechte, welche der § 152 der Gewerbeordnung den Arbeitern einräumt, nicht ausreichen, um die Bildung von Assoziationen zu ermöglichen, welche den Kartellen der Arbeitgeber oder gar den Trusts das Gleichgewicht zu halten vermöchten. Dem deutschen Arbeiter müsse „dieselbe Bewegungsfreiheit zugestanden werden, deren sich die Arbeiter anderer, auf einer gleichen Kulturstufe stehenden Nationen schon seit Jahrzehnten erfreuen." (S. 48.)

Kartelle hätten nachweisbar Herabsetzungen der Arbeitszeit hintertrieben, durch Organisierung des Arbeitsnachweises ihre Arbeiter unter fortgesetzte Kontrolle gestellt und mindestens die Fähigkeit, die Löhne herabzudrücken, bezw. ihr Steigen zu verhindern. Hierfür, sowie für Schädigung der Konsumenten durch die Preispolitik der Kartelle führt der Verfasser verschiedene schlagende Beispiele an. Ueberhaupt zeigt er sich als wohlorientierten Oekonomen, und abgesehen von gewissen geschwollenen Wendungen, wie sie in Deutschland leider in Universitätskreisen üblich sind und einer zu häufigen Untermischung mit fremdsprachlichen Sätzen, muss sein Stil als glänzend bezeichnet werden. Charakteristisch ist sein überaus abfälliges Urteil über den bekannten Millionen verschenkenden Exfabrikanten Carnegie. Derselbe verdiene, angesichts des Namens, den er sich in Verbindung mit dem blutigen Arbeiterausstand im Homestead gemacht, nicht den Hut eines Ehrendoktors der gleichen Universität, der einst Adam Smith, der grosse Freund der arbeitenden Klassen angehört habe. Die Schrift ist sehr lesenswert.

Rühle, Otto. **Die Volksschule wie sie ist.** Berlin 1903. Buchhandlung Vorwärts. 47 S. 8°. Preis: 30 Pf.

Diese volkstümlich gehaltene Schrift schildert unter 4 Abschnitten: die Volksschule und ihre Herren; Erziehung und Unterricht; der Lehrer und die Schüler; das Schulgebäude, — wirksam die Rückständigkeiten der gegenwärtigen Volksschule in Deutschland vom sozialistischen Standpunkte aus.

2. In französischer Sprache.

Halévy, Elie. **Thomas Hodgskin.** (1787—1869). Paris 1903. Société di Librairie et d'Edition. 219 S. kl. 8°. Preis: 2 Fr. 50 Cent.

Ziemlich gleichzeitig mit der deutschen Ausgabe des Thompsonschen Werkes, das wir in voriger Nummer besprachen, ist in Frankreich die vorliegende Arbeit über denjenigen englischen Sozialisten erschienen, der neben Thompson als der eigentliche Urheber der Marxschen Wert- oder Mehrwertlehre bezeichnet worden ist: Thomas Hodgskin. Der Genannte hat auf diese Bezeichnung auch einen ähnlichen Anspruch wie Thompson, d. h. er ist unzweifelhaft ein Vorläufer von Marx, und obendrein in höherem Masse Vorläufer als Thompson, den er an Originalität und Tiefe erheblich übertraf. Hodgskin könnte in gewisser Hinsicht mit Marx in Parallele gestellt werden, er hat, trotzdem ihm seine geistige Entwickelung schliesslich in einem dem Marxschen fast entgegengesetzten Lager, dem Freihandel sans phrase, landen liess, gar manche Züge mit Marx gemein; selbst als extremer Widerpart ist er ihm noch im Grunde stark kongenial. Aber er war Engländer und ermangelte der philosophischen Schulung von Marx, er hatte die Niederlage der grossen proletarischen Bewegung des Chartismus miterlitten, und da ihm der Glaube an ein baldiges Wiederaufleben dieser Bewegung in ihrer alten Form und Kraft fehlte, mussten seine Gedanken sich in derjenigen Richtung weiterentwickeln, bei der die Arbeiter als Klasse oder politische Kraft ausscheiden und die Emanzipation dem reinen Oekonomismus zufällt. Wenn Hodgskin von

Anbeginn an, schon in seinen ersten Aufsätzen sich als Anarchist gibt, dem Staat und Gesetz widernatürlich sind, so ist er am Ende seiner Laufbahn Manchesterman, und die Linie geht von ihm aus direkt zu Buckle und Spencer, mit welch Letzterem er auch befreundet war, und nicht zu Marx.

Inwieweit Marx von Hodgskin beeinflusst worden ist, entzieht sich jeder bestimmten Schätzung. Marx zitiert im ›Kapital‹ an einigen Stellen Sätze von ihm, und wir wissen von Engels, dass solches Zitat stets besagen sollte, hier findet sich der betreffende Gedanke zuerst ausgesprochen. Aber daraus folgert weder, dass Marx nicht selbstständig den gleichen Gedanken entwickelt hatte, noch dass Marx nicht mehr Anregung von Hodgskin empfangen hat, als die Gedanken, die in den zitierten Sätzen entwickelt sind. Denn die parallelen Gedankengänge zwischen Marx und Hodgskin sind mit ihnen nicht erschöpft. Und es ist viel reizvoller und auch fruchtbarer, einfach aus der Vergleichung der parallel laufenden mit den divergierenden Anschauungen bei Hodgskin und Marx sich die Eigenart der beiden Denker klarzumachen, als Hypothesen darüber aufzustellen, ob es gerade Hodgskin war, von dem Marx alle die Gedanken übernommen hat, in denen dieser ihm vorangegangen ist.

Das Buch Mr. Halévys schildert den ganzen geistigen und äusseren Lebenslauf Hodgskins. Neben dessen, im britischen Museum zu findenden gedruckten Schriften standen Verf. dazu die ebenfalls dort bewahrte, von dem Sozialisten Graham Wallas geordnete handschriftliche Hinterlassenschaft des englischen Radikalen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Henry Place, und Angaben einer noch lebenden Tochter Hodgskins zur Verfügung. Auf Grund dieser Quellen erhalten wir zum ersten Mal ein Volksbild dieses genial angelegten Mannes, dessen erste Schriften jeden, der sich mit ihnen beschäftigt, durch ihre scharfsinnigen Bemerkungen überraschen, der es aber trotz eines langen Lebens nie dazu gebracht hat, seine Ideen gemäss seinen vielversprechenden Entwürfen in einem systematisch gearbeiteten grösseren Werk genauer zu entwickeln und zu begründen. Teils die Not des Lebens, die ihn während seiner besten Jahre zwang, als ausserordentlicher Mitarbeiter von Zeitschriften seinen Unterhalt zu erwerben, teils aber offenbar auch Mangel an innerem Halt und Ausdauer haben ihn nicht dazu kommen lassen, und so hat Mr. Halévy nicht Unrecht, am Schluss Hodgskins Laufbahn als v e r f e h l t zu bezeichnen. Seine Schriften stellen eine Antiklimax dar. Was er nach 1840 geschrieben, ist noch immer interessant und verrät Kenntnis und Scharfsinn, aber es bleibt in theoretischer Hinsicht ein Drehen um einen Gedanken herum, der keine Vertiefung erfährt und so schliesslich steril bleibt. Dieser Gedanke, dass die ›N a t u r‹ stärker ist, wie das Gesetz, bedeutet eine der materialistischen sehr nahe verwandte Gesellschafts- und Geschichtsauffassung, denn die ›Natur‹ ist bei Hodgskin die Natur der gesellschaftlichen Beziehungen und Bedingungen, aber schon dass er sich von diesem vieldeutigen Begriff nicht befreien kann, sondern immer wieder mit ihm hantiert, zeigt die Grenze von Hodgskins theoretischer Bildung.

Mr. Halévy behandelt seinen Gegenstand im Ganzen mit vielem Verständnis, wenn er auch in Bezug auf die Konkordanz und Divergenz von Marx und Hodgskin nicht immer das Richtige trifft. Seine Schrift ist im Ton musterhaft gehalten und in der Sache voller Anregungen. Die Literatur der Geschichte des Sozialismus erfährt durch sie eine sehr wertvolle Bereicherung. Eine fühlbare Lücke ist durch sie in zufriedenstellender Weise ausgefüllt worden.

Jaurès, Jean. **La Convention I.** La Republique. Les idées politiques et sociales de l'Europe et la Révolution 1792). Histoire Socialiste, Tome III. Paris 1903, Jules Rouff et Cie. 855 S. 4°. Preis: 10 Francs

Dieser dritte Band der unter Leitung von Jean Jaurès herausgegebenen H i s t o i r e S o c i a l i s t e behandelt die Geschichte der ersten französischen Republik vom Tuileriensturm und dem Zusammentritt des Nationalkonvents bis zur Jahreswende 1792/1793 und die wirtschaftliche politische und geistige

Verfassung der Hauptländer Europas zur Zeit der französischen Revolution. In Bezug auf den ersten Punkt erbringt der Verfasser wieder eine bemerkenswerte Fülle neuen Materials über die sozialen Bewegungen und Strömungen im Frankreich der Revolutionszeit. Die wirtschaftlichen Probleme der Republik, sowohl im öffentlichen Finanzwesen, als auch hinsichtlich der Vorgänge in der Wirtschaft der Nation selbst, wie zum Beispiel die Bewegung der Lebensmittelpreise und der Löhne, die schon deutlich Gegensätze zwischen den befreiten Bauern und der Arbeiterklasse in Stadt und Land erkennen lassen, werden eingehend dargestellt. Sie eröffnen ganz neue Einblicke in das Getriebe der hinter den Parteien stehenden Elemente unter der Revolution, die ersten Keime der Tendenzen und praktischen Versuche zeigen sich, die später zur Ausarbeitung von Babeufs Kommunismus führen. In Lyon sehen wir einen bisher völlig unbeachtet gebliebenen Schriftsteller aus der Arbeiterklasse auftreten, der als Vorläufer Charles Fouriers einen hervorragenden Platz in der Geschichte des Sozialismus beanspruchen darf. Es ist dies der aus Kehl gebürtige Maler und spätere Gemeindeangestellte L'Ange [wahrscheinlich war der Name ursprünglich rein deutsch: Lange], von dem ein wirksames Pamphlet für das allgemeine Stimmrecht und ein ausgearbeiteter Genossenschaftsplan vorliegt, der viele Züge der Fourierschen Assoziationsidee vorwegnimmt und vielleicht auch Fourier nicht unbekannt geblieben ist.*) Wir sehen auch ferner die Arbeiter Saint-Etiennes ein Mitglied aus ihrer Klasse, den Waffenschmied Noel Pointe, in den Konvent senden, übrigens nicht der einzige Arbeiter in dieser ersten ,auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Volksvertretung. Die Kämpfe der Parteien und die Entwickelung der Parteiführer werden in sorgfältiger Darstellung vorgeführt, wobei namentlich auch die Presse der Revolutionszeit stärker herangezogen wird, als in irgend einer früheren Revolutionsgeschichte. Das Werk ist in dieser Hinsicht seinen Vorgängern überlegen. Die den politischen und sozialen Ideen Europas in der Revolutionszeit gewidmete Partei füllt die ganze Hälfte dieses starken Bandes aus und beschäftigt sich vornehmlich mit dem wirtschaftlichen, politischen und geistigen Entwickelungsstand Deutschlands und Englands gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Auf Grund sehr eingehender Vorführung der in Bezug hierauf bekannten Tatsachen untersucht Jaurès, inwieweit der öffentliche Geist in den betreffenden Ländern bereit war, die Ideen der Revolution anzunehmen, bezw. ihrem Beispiel Folge zu geben. In Bezug auf Deutschland kommt Jaurès zur Ansicht, dass Marx die bürgerliche Entwickelung Deutschlands im 18. Jahrhundert unterschätzt hat und dass Franz Mehring in der Lessing-Legende den Einfluss des Friedericianismus auf die Gemüter der hervorragenden Denker Deutschlands zu gering einschätzt. Das deutsche Bürgertum sei wirtschaftlich immerhin entwickelt genug gewesen, um das Bedürfnis für Einrichtungen, wie sie die Revolution in Frankreich herbeigeführt habe, lebhaft zu empfinden, aber der Glanz der Namen Friedrich II. und Joseph II. habe der Monarchie in Deutschland selbst bei den hervorragendsten Vertretern der modernen Ideen ein Ansehen verschafft, das sie in Frankreich unter Ludwig XV. verloren hatte. Vom Fürsten oder wenigstens mit Hilfe des Fürsten erhoffte die übergrosse Mehrheit die Verwirklichung der ersehnten Reformen. Die Belege, die Jaurès hierfür der deutschen Literatur entnimmt, legen Zeugnis ab für den geschärften Blick des Verfassers für die bezeichnenden Merkmale sozialer Zustände.

Fagnot, F. **Le Syndicalisme anglais.** Resumé Historique (1799—1902). Bibliothéque socialiste No. 16. Paris 1903. Societé Nouvelle de Librairie et d'Edition. 116 S. kl. 8°. Preis: 50 Cent.

Eine gekürzte Wiedergabe des bekannten Werkes von S. u. B. Webb über die Geschichte des englischen Gewerkvereinswesens.

---

*) Wir werden ihn demnächst an anderer Stelle dieser Zeitschrift mitteilen.

3. In englischer Sprache.

Fabian Society, **The Education Act 1902:** How to Make the Best of **It.** London W. C., The Fabian Society. 20 S., 8°. Preis: 1 Penny.

Dieses Traktat legt die Bestimmungen des neuen englischen Schulgesetzes klar und zeigt den sozialistischen Mitgliedern von Gemeinde-, Kreis- und Grafschaftsvertretungen, was sie tun können, um auf Grund der Bestimmungen das Erziehungswesen in jeder Hinsicht zu fördern.

Hutchins, B. L. and **A. Harrison: A History of Factory Legislation.** With a Preface by Sidney Webb. London-Westminster 1903, P. S. King u. Son. 372 S., 8°. Preis: 10 St. 6 Pence.

»Es ist bemerkenswert, dass bis jetzt noch keine systematische und vollständige Geschichte der englischen Fabrikgesetze veröffentlicht worden ist«, schreibt Mr. Sidney Webb im Vorwort zu dem vorliegenden Werk, und weiterhin, nach Aufzählung einer Anzahl Werke und Abhandlungen, in welchem Teile oder bestimmte Seiten des Gegenstandes behandelt sind: »Es ist den Verfasserinnen des vorliegenden Bandes vorbehalten geblieben, den Ursprung des Gesetzes von 1802 zu erforschen und von diesem kleinen Anfang an dem Jahrhundert der Entwickelung des gegenwärtigen hoch organisierten Systems der Fabriken- und Werkstätten-Regulierung im Vereinigten Königreich im Einzelnen nachzugehen.« (S. I u. VII.)

In der Tat ist die Arbeit von Miss Hutchins und Miss Harrison keine trockene Chronologie der Fabrikgesetze Englands, sondern eine systematische Darstellung der Entfaltung und Entwickelung der Fabrikgesetze und ihrer Verwirklichung, Ueberwachung und Ausdehnung. Die Zeitfolge der Gesetze wird namentlich unter dem Gesichtspunkt der Folge oder Weiter-Ausbildung der Prinzipien der Fabrikgestzgebung beobachtet, so dass zwar im Anfang die Gesetze, weil sie das neue Prinzip kennzeichnen, in ihren Einzelheiten dargelegt werden, später aber die Gesetzgebung, die sich im ausgefahrenen Geleise bewegt, mehr summarisch dargestellt wird — die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts nach unserm Dafürhalten etwas zu summarisch.

Die Geschichte der Fabrikgesetze ist die Geschichte von Kämpfen um oder für die Fabrikgesetze, und die Verfasserinnen schildern die betreffenden Kämpfe in anschaulichster Weise. Obgleich sie selbstverständlich auf der Seite der Kämpfer für die Gesetze stehen, ist ihre Darstellung doch nicht von der Tendenz beeinflusst; manche ursprünglich von Parteitendenzen diktierte Lesart findet sich in ihrer dokumentarisch belegten Geschichte richtig gestellt. Sie beschönigen nirgends, aber sie halten sich von deklamatorischen Beschuldigungen frei. Nach ihrer Ansicht sind zwar die Schilderungen, die von den grauenhaften Zuständen in den Fabriken zu Anfang des 19. Jahrhunderts gegeben werden, nicht übertrieben, ist es aber falsch, sie dem Aufkommen der grossen Industrie zuzuschreiben. »Die Uebel und Greuel der industriellen Revolution«, schreiben sie, »werden oft in unbestimmter Weise dem ‚Uebergangsstadium' zugeschrieben, das von der Entwickelung des Maschinenwesens und der damit verbundenen ‚Umwälzung' ausging. Aber je näher wir die Dinge betrachten, um so mehr kommen wir zu der Ueberzeugung, dass das Fabriksystem und die Maschinen nur übernahmen, was sie vorfanden ... vielmehr hatten die Nichtachtung des Lebens von Kindern, die Gier nach der Arbeit von Kindern und die Missbräuche in der Anwendung des Armengesetzes im Verlaufe des achtzehnten Jahrhunderts und wahrscheinlich von noch früher her das Menschenmaterial vorbereitet, das so unbarmherzig ausgebeutet werden sollte.« (S. 13.) So sehr man die Motive achten müsse, die Owen und andere bewogen, die Ueberarbeit und alle sonstigen Scheusslichkeiten als etwas Neues hinzustellen, so zweifelhaft sei es, ob ihre Darstellung richtiger war, als die der sie bekämpfenden Verteidiger des Fabriksystems. »Die wahre Richtschnur für die Reform war, in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit zurück zu schauen; die Möglichkeiten der gestiegenen Produktion und zentralisierten Kontrolle dazu zu benutzen, die Ausbeutung der Arbeiter zu verhindern, statt nach gewerblichen Verhältnissen zurückzurufen, die

sicher überlebt und wahrscheinlich nie so eben gewesen waren, als wie sie gemalt wurden.« (S. 29.) Beiläufig war selbst noch in den zwanziger Jahren die Bewegung für die Beschränkung der Arbeitszeit bei der Masse der Textilarbeiter selbst unpopulär, und Arbeiter, die sich an ihr beteiligten, waren manchmal ihrer Haut nicht sicher. Erst gegen Ende der zwanziger Jahre kam der Umschwung und leitete jene grossen Kämpfe ein, die u. A. auch Marx den die Verfasserinnen wiederholt zitieren, so packend geschildert hat. Um ein Bild vom Inhalt des ganzen Buches zu geben, lassen wir hier die Kapitelüberschriften folgen. Sie lauten: Der Ursprung der Fabrikgesetzgebung; die Zehnstundenbewegung; Verwaltungsschwierigkeiten; die Einbeziehung verwandter Gewerbe in die Gesetzgebung über die Textilarbeiter, 1845—61; die Einbeziehung der Nicht-Textil-Fabriken und Werkstätten, 1864—1867; die Gegenbewegung der Frauenrechtler, 1874—1901; Reglements für den Schutz von Gesundheit und Sicherheit, 1878—1901; Verwaltung durch das Ministerium des Innern und die Ortsbehörden, 1867—1902; Schluss. Als Beigaben enthält das Buch u. A. eine sehr interessante detaillierte Abhandlung des Statistikers George H. Wood über die Bewegung der Frauenlöhne im 19. Jahrhundert und eine ausgezeichnet arrangierte Bibliographie der Fabrikgesetze und der Fabrikgesetzliteratur. In der letzteren vermissen wir Erwähnung der trefflichen deutschen Ausgabe der englischen Fabrikgesetze von Dr. B. Karpeles-Wien.

Das mit vielem Fleiss und Verständnis geschriebene Buch empfiehlt sich sozusagen von selbst. Es bildet einen Band der unter Leitung des Professor W. A. S. Hewins herausgegebenen Studies in Economics and Political Science und ist, beiläufig bemerkt, auch vorzüglich ausgestattet.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Blanqui im Jahre 1834.

Aus einer noch ungedruckten grösseren Abhandlung von A. Thomas (Paris).

Die langsame Arbeit des Volksdenkens vom Juni 1832 bis April 1834 brachte die soziale Frage zum ersten Mal in unserer Geschichte seit 1795 von Neuem auf die Tagesordnung.

Die republikanische Doktrin des Jahers 1834 ist für die Massen der unmittelbare Ausdruck einiger Empfindungen, die sich endlich frei herausgearbeitet haben; klar ausgedrückt, das Bewusstsein eines Klassengegensatzes von einem der Bourgeoisie gegenüberstehenden Proletariat, die Erduldung einer ökonomischen Herrschaft, die man fernerhin als die Unterdrückung der Arbeit durch das Kapital auffasst, endlich die Hoffnung auf eine gerechte Gesellschaftsordnung, in der es für Alle Glück geben wird.

Wenn die republikanische Doktrin als die Formulierung dieser Empfindungen erscheint, wenn sie sich, wie wir gezeigt haben, für den Mann aus dem Volke zu orientieren sucht und zu einer Art Kommunismus entwickelt, so deshalb, weil sie nicht mehr bloss eine theoretische Verneinung der Monarchie ist. Das doktrinäre Juli-Königtum, „das schlechteste von Allen“, wie Sauriac sagt, ist tatsächlich das Symbol des politischen Vorrechts und des ökonomischen Monopols der Bourgeoisie. Es ist das als Bedrücker auftretende Kapital, welches die Arbeiter in ihm bekämpfen. Dies der Grund, weshalb die Proletarier Republikaner werden.*)

Unter dieser Form des Verlangens nach der Republik gewann die sozialistische Ueberlieferung neues Leben. Der alte Buonarotti hatte sich weigern dürfen, den Kommunismus zu lehren, das war eine gute Taktik. Aber nun sehen wir die Köpfe von Neuem von der Idee sozialer Revolutionen gepackt: Delseries, Vignerte, Hadot-Desages sind schon vollständig vom kommunistischen Geiste beseelt.

Und der Augenblick ist nicht fern, wo im Angesicht der heftigen Unterdrückungen und dem Verrat der Furchtsamen die babouvistischen Formeln ein neues Leben beginnen.**)

---

*) Vgl. darüber die sehr tiefen Ausführungen Lorenz Steins, Bd. II. S. 342 ff. Trotz einiger unrichtiger Einzelheiten bleiben sie in ihrer Gesamtheit wahr.

**) Dies nach dem Prozess vom April 1834, als das Buch Buonarottis in allen Gefängnissen gelesen wurde. Gerade der damalige Erfolg des Buches zeigt, wie sehr die Geister im Volke für die Annahme einer ausgesprochen kommunistischen Lehre vorbereitet waren. Es ist zu bedauern, dass die Reaktion dem republikanischen Kommunismus von 1834 nicht erlaubt hat, sich frei zu entwickeln.

Zusatz der Redaktion der Dokumente des Sozialismus: Im April 1834 hatte in Lyon und Paris ein von der republikanisch-sozialistischen Gesellschaft der Menschenrechte ins Werk gesetzter Aufstand stattgefunden, der mit Gewalt niedergeschlagen wurde und Beschränkungen des Vereinsrechts zur Folge hatte.

Die erste sozialistische Bewegung in Frankreich, die der Jahre 1834 bis 1839, geht somit durchaus von Arbeitern und Republikanern des Jahres 1834 aus. Louis Auguste Blanqui, der Organisator und Führer der geheimen Gesellschaften, die es nach dem April jenes Jahres versuchten, die republikanische und proletarische Aktion der Gesellschaft der Menschenrechte fortzuführen, war gerade einer der tätigsten Kämpfer des Jahres 1834 gewesen. Seitdem hatte er die republikanische Doktrin zum einfachen und krassen Ausdruck der sozialen Forderungen, zur aktiven Formel des Aufstandes gemacht. Er hatte sie von den Erinnerungen, den ihr unbequemen Imitationen losgelöst, und führte sie auf ihr ursprüngliches Wesen, jenes Klassenbewusstsein zurück, aus dem sie ihre ganze Kraft und Fruchtbarkeit geschöpft hatte.

Die Theorie der Revolution hat sich langsam, auf Grund einander folgender Erfahrungen gebildet.*)

Seine Ueberzeugungen hatte er vom ersten Tage an. Es waren die der Demokraten vom Jahre 1834, mit denen er gekämpft hatte. Sie sind die seines ganzen Lebens; fast ohne bemerkenswerte Abänderung hat er sein ganzes Leben hindurch den einen Artikel wiederholt, in dem er sie im März 1834 niederlegte.

Er hat die Ereignisse, die bis dahin ihn geistig gebildet hatten, selbst erzählt: Die ersten erbarmungslosen Kämpfe unter den Bourbonen und die Offenbarung, die ihm eines Abends im November 1827**) vom revolutionären Volke aufleuchtete; dann die Jahre der Reisen in Spanien, in den Alpen, nach Nizza und hierauf sein erster Aufenthalt in der feuchten Luft eines Gefängnisses; später die Rückkehr nach Paris, jene Unruhe wegen eines Staatsstreichs, die auf den Liberalen lastet, in ihm aber das revolutionäre Vertrauen auf die Spitze treibt — schliesslich der Juliausbruch, der propagandistische Enthusiasmus und die Freude, die der Aufstand erweckt — und plötzlich die getäuschten Hoffnungen.

Im Januar 31 erhebt er sich gegen die Lüge der doktrinären Monarchie, er anerkennt und brandmarkt den Irrtum der jungen Demokraten. Die Alten hatten es ihm gesagt und die Erfahrung ist gut: „In Sachen der Freiheit darf man nicht abwarten, sondern muss man nehmen." Aber die Freiheit ist es wert, dass man sie zweimal erobert. Der Revolutionär legt die Waffen nicht nieder.

Und Blanqui beginnt von Neuem den Kampf gegen den verkörperten Kramladen; Heine hört eine seiner Reden „voller Mark und Rechtschaffenheit und voll des Zorns".

Er vergisst aber die Freiheit und beinahe die Propaganda. Der Novemberaufstand und das Elend der Arbeiter werfen ihn danieder. Bei den Volksfreunden hat er die Formeln des Saint Simonismus vernommen. Im Januar 1832 stellt er vor dem Gerichtshof die Frage des Proletariats mit der Heftigkeit eines Vorläufers und der Autorität eines Unterdrückten. Die Kritik und besonders der Hass, der aus ihr sprach, erregten Erstaunen; für das Plaidoyer legten die Richter dem freigesprochenen Blanqui ein Jahr Gefängnis und 200 Francs Strafe auf.

Sobald er das Gefängnis verliess, kehrt er zur Revolutionsarbeit zurück. Es ist das fruchttragende Jahr, im Verlaufe dessen die Doktrin durch die Bemühungen Aller zur Ausarbeitung gelangt. Er liest, macht

*) Dies der Grund, weshalb wir an dieser Stelle nicht die revolutionäre blanquistische Methode untersuchen. Hinsichtlich der Taktik acceptierte Blanqui damals die allgemein angenommene Taktik der Menschenrechtler.

**) Am 19. November 1827 fand am Tage nach einem Wahlsieg der Liberalen ein Zusammenstoss in der rue aux Ours statt.

Randnoten, kommentiert und grübelt, und spricht abends in den Sektionen. Ohne Zweifel war dies ungefähr die Zeit, wo er mit Buonarotti verkehrt, über dessen Buch nachdenkt, und wo der babouvistische Geist ihn erfüllt. Er kannte zweifellos Vignerte, Delseries, die Leute, die aus der republikanischen Doktrin all ihre Gleichheitsfolgerungen zogen. Mit Hadot-Desages, dem Montagnard und Babouvisten, arbeitet er an der demokratischen Propaganda. Sie veranstalten Abdrücke von Bruchstücken der besten Werke. die im Volksinteresse geschrieben worden, und verkaufen das 100 Exemplare dann für 1 Frank 25 Cent.*) Vielleicht stand Blanqui auch dem andern Projekt Hadots nicht fern, eine Zeitung proletarischen und terroristischen Charakters „La Fraternité" zu gründen. Jedenfalls war er es, der das Projekt oder wenigstens dessen bergparteilerischen Teil im Februar 1834 durch seinen Libérateur verwirklichte. Von da an ist er einer der Führer, und später, wenn die Zwistigkeiten ausbrechen, wird er sich oft Barbès gegenüber darauf berufen. Man kannte ihn in den Sektionen der Menschenrechte, die meisten der Mitkämpfer haben seinen Libérateur gelesen und die Korrespondenten des Marchais haben das Blatt in der Provinz verteilt.

Im Februar 1834 wurde er 29 Jahre alt. Ein Brief aus jener Zeit beschreibt ihn als „den jungen Mann mit trockenem Haar, kurzem roten Bart, klaren Augen und geschlossenem Mund."

Aber da er den republikanischen Glauben nicht kannte, der das Volk in jenen Jahren bewegte, gelingt es dem sympathischen Psychologen diesmal nicht, zu erraten, was sein Heros wirklich war.

Gustave Geffroy macht schon im Jahr 1834 aus Blanqui den praktischen und misstrauischen Experimentierer, der die Kräfte zu gruppieren sucht und der sich wohl hütet, in seinen herben Reden die bevorstehende Umwälzung genau zu definieren. „Während die anderen Führer sich beeilten, ihre Utopie kundzugeben, ihr Ideal in einem System niederzulegen, ihre Schüler in einen unbeugsamen logischen Zirkel einzuschachteln, pflanzte er, Blanqui, an einem Strassenplatz der Revolution die sichtbare und anziehende Fahne seiner Ungewissheit auf."

Er tat dies später bewusst. Aber im Jahre 1834 gab es noch keine Gruppen, noch keine Utopisten, und Blanqui unterscheidet sich im Grunde weder von Vignerte, noch von Delseriès, ja selbst nicht von Godefroi Cavaignac oder Armand Carrel; er rechnet auf eine Aktion — für ihn heisst das eine plötzliche Aktion, die dem Volk die Macht verschaffen wird; — und dann hat er Vertrauen in die regelrechte Funktion der Volkssouveränität; das Volk weiss, woran es leidet, es hat nicht nötig, sich einen Idealstaat aufzubauen; am Tage, wo es der Herr sein wird, wird es sicher sein Glück herstellen. Und diesen Tag erwarten wir Alle mit Sicherheit.

Später sollte Blanqui die tiefe Wahrheit entdecken, dass jeder Versuch der Organisation und der Voraussicht — wir würden heute sagen, jeder Versuch der Wissenschaft — sich auf die Periode des Umsturzes und der Umwandlung, nicht aber die Periode des Wiederaufbaues beziehen muss. Und dann wird er den Utopisten seine so tiefsinnige, so wenig verstandene Revolutionstheorie gegenüberstellen. Im Jahre 1834 hat ihn die Erfahrung noch nicht gezwungen, festzustellen, was dieser

*) Hadot-Desages, Rentier im Alter von 30 Jahren, stellte zweifelsohne die Kaution. Ein Manuskriptblatt bezeichnet als zu lesende Bücher das Grundbuch, den Tribun du peuple von Baboeuf und [des Babouvisten] Antonelle's Journal des Hommes libres.

Versuch sein soll. Er trägt das jugendliche Vertrauen an der Partei in sich, er glaubt noch an die Methode der Gesellschaft der Menschenrechte.

Demgemäss bestimmt er erstens genau die Ursachen der sozialen Leiden; bereitet er zweitens durch Unterricht und Organisation den politischen Umsturz vor, der dem Volk die Macht bringen wird; löst sich drittens der Traum eines Morgens in eine Hoffnung auf Glück auf, die die Aktion unterstützt.

Darin fasst sich sein revolutionäres Leben zusammen. Es ist das aller Leute der Bewegung von 1834, aber er, Blanqui, hat es mit einer bewunderungswerten Intensität gelebt.

Und gleich von Anfang an, am Tage nach der Erhebung in Lyon, empfindet Keiner die Leiden des Proletariats schmerzlicher als er. Es erfasst ihn ein heftiger Hass gegen die Reichen, gegen die Bevorzugten. Seine feurige Einbildungskraft ruft in ihm die Momente der Hoffnung wach, sie zeigt ihm das vorhandene Elend: Die leuchtenden Tage des Juli, wo sie ganz betäubt vom Triumph durch die Strassen irrten, oder jene Novembertage, „wo eine ganze Armee Gespenster, halb verzehrt von Hunger, wider die Gewehrläufe liefen, um wenigstens schnell zu sterben." Diese Visionen überreizen sein soziales Empfinden und geben seinem Willen die höchste Spannkraft.*) Als tatkräftiger Revolutionär hat er das Bedürfnis nicht empfunden, sich für eine Doktrin zu erklären oder sich eine neue zu machen; er war nicht mehr Saint-Simonist wie Babouvist, er hat Buonarroti nicht mit Hilfe von Enfantin kritisiert. Er hatte sich der Formeln bemächigt, die klar aussagten, was er litt, was er beobachtete und was er hoffte. Und diese Formeln waren die aller Republikaner.

Am 15. Januar 1832 konnte er vor den Geschworenen seinen Hass zum Ausbruch bringen. Der unterdrückte Proletarier tritt als Ankläger auf: er legt den Klassenkampf bloss, den Krieg der Reichen und der Armen. Aber es sind die Reichen, die ihn gewollt haben, sie sind die Angreifer. Sie plündern die Proletarier aus, wie die Feudalherren die Kaufleute auf den Landstrassen ausplünderten. Nur die Methode hat sich geändert, die Herren hatten sich der Waffen bedient, die Bourgeois bedienen sich der Gesetze.

Aber wir sind nur erst am Tage nach dem Julikampf; die grosse Arbeiterbewegung von 1833 hat noch nicht die sozialen Kritiken geschärft: Blanqui erinnert sich nur des Triumphes der drei glorreichen Tage, er kennt die Hoffnung auf ein besseres Geschick, die dieser Triumph erweckt hat, er weiss vor Allem, dass lediglich die grosse Bourgeoisie aus diesem Siege Nutzen zu ziehen verstanden hat. Was er brandmarkt, ganz wie Carrel am 27. November 1831 getan hat, ist das politische Privilegium und seine sozialen Folgen, die so unbillige Verteilung der Lasten und der Vorteile. Im Jahre 1832 geht er kaum über diese Kritik hinaus.

Er klagt also die Maschine mit dem wunderbaren Räderwerk an, die parlamentarische Schüssel, die Saug- und Druckpumpe, die die Materie, Volk benannt, ausdrückt, um Milliarden aufzusaugen, die unablässig in die Koffer einer Handvoll Müssiggänger geschüttet werden; die unerbittliche Maschine, die nacheinander 25 Millionen Bauern und 9 Millionen Arbeiter zermalmt, um ihr reinstes Blut abzuzapfen und es in die Adern der Privilegierten zu überführen. Und an zweiter Stelle brandmarkt er die

*) Man wird, wenn man nachliest, was er damals schrieb, von der Stärke dieser Einbildungskraft überrascht. Er s i e h t das soziale Elend direkt vor sich; er stellt keine Betrachtungen darüber an, er leidet unter ihm.



noch enormeren Summen, die mittelst der Auflagen auf Getreide, auf Eisen, auf alle Handelsabmachungen seitens der Privilegierten direkt erhoben werden. Er zählt weiter die Zivillisten, die Apanagen, die Mitgiften und die Pensionsgelder auf, Alles was dazu dient, das Gewürm der Paläste mit Gold anzustopfen — dies seine Erklärung des proletarischen Elends.

Wohlan, das Volk der Julitage, das Volk, das „davon träumte, die Könige beim fernen Drönen seiner Marseillaise erzittern zu machen, wird sich nie mehr mit einer verschwommenen Philanthropie, mit einer blossen Milderung seines Geschickes zufrieden geben. Es verlangt Freiheit und Wohlstand. Es wird nicht um Brot betteln. Es will und wird mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die Gesetze machen. Dann werden die Steuern, die die Armen ausrauben, abgeschafft werden, der Ueberfluss der Reichen wird dazu dienen, zu produzieren, und ein ganzes System nationaler Banken wird zum Wohle Aller an die Stelle von „Börsenschwindeleien" gesetzt werden."

Es ist dies die Lehre Cavaignacs, die Lehre Duponts und nichts weiter als der Zorn der Rebellen. Aber dieser Zorn ist fruchtbar, dieses Klassenbewusstsein ist ein Hellsehen. Sobald eine neue Kritik, eine tiefere und wahrere Kritik des sozialen Zustandes kommt, würde diese sein Handeln bestimmen.

Im Jahre 1834 erscheint ihm diese Kritik des politischen Vorrechts noch richtig, wenn auch ungenügend; er überholt und vervollständigt sie durch die direkte Kritik des Eigentums, des wirtschaftlichen Monopols. Gerade er ist es, der dieser letzten Kritik ihren lebhaften Ausdruck giebt. Und gerade dadurch zieht er von der republikanischen Doktrin all jenen Sozialismus ab, der ihn im Innern beseelt und von dem sie nichts weiss.*)

Am Sonntag den 2. Februar 1834 erscheint der L i b é r a t e u r. Er trägt als Ueberschrift die Worte: „Einigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit" und als Motto: „Deposuit potentes de sede et exaltavit humiles." Es ist das „Journal der Unterdrückten, das eine soziale Reform durch die Republik will, geleitet von L. A. Blanqui, Chefredakteur." „Er wird sich bemühen, in einfachen, klaren und präzisen Worten zu erklären, warum das Volk unglücklich ist, und warum es aufhören soll, es zu sein. Er wird die Natur der Beziehungen darlegen, die heute zwischen Prinzipal und Arbeiter herrschen, diese soziale Frage, die fast allein schon die ganze politische Oekonomie ausmacht und von der die patentierten Professoren sich wohl hüten, ein Wort zu sagen."

Dies das Programm, das Blanqui von der zweiten Nummer an ausführen will, der Märznummer, die nicht erschien. Der Artikel über die Association ist ursprünglich betitelt: „Der soziale Reichtum soll Denen gehören, die ihn schaffen.**)

Er geht von dem vielen Republikanern gemeinsamen Prinzip aus, dass die Quelle des sozialen Reichtums die Intelligenz und die Arbeit sind,

---

*) Das erste Heft des »Libérateur: Tout l'éspoir des prolétaires est dans la République« nimmt in der Tat die Theorien der 1832er Rede wieder auf. »Wir geben«, sagt Adam, »den Namen Proletarier den französischen Arbeitern und Bauern, weil wir keinerlei Unterschied zwischen ihrer Lage und der der römischen Proletarier sehen, weil sie alle Lasten der Gesellschaft tragen, ohne irgend einen ihrer Vorteile zu geniessen.«

**) Man weiss, dass der Artikel über die Association, der in der Critique Sociale (II, 118) unter dem Titel: »Qui fait la soupe, doit la manger« veröffentlicht ist, wie eine Note Blanquis anzeigt, im Liberateur vom März 1834 veröffentlicht werden sollte, der nicht erschienen ist. Und Blanqui setzte [auf dem Manuskript] hinzu: »L'article est retouché.« — In welchem Masse retouchiert? Eine Frage von Interesse.

dass die Gesellschaft vermöge der Intelligenz und der Arbeit lebt und atmet. Der Boden, das für die Arbeiter unentbehrliche träge Element, sollte daher allen Gliedern der Gesellschaft gehören.

Aber nichts von alledem! Es haben sich die Menschen durch List oder Gewalt der allen zugehörigen Erde bemächtigt, sie haben sie zu ihrem Eigentum gemacht; sie haben durch Gesetze festgelegt, dass dieses Eigentumsrecht Einiger noch über das Recht Aller zu leben geht.

Diese ursprüngliche widerrechtliche Aneignung der Arbeitsmittel ist es, die den Zustand der Sklaverei geschaffen hat, und dieser Zustand dauert in der modernen Gesellschaft fort, wenn nicht dem Namen nach, so doch tatsächlich.*) „Was die Sklaverei ausmacht, ist nicht, dass man beweglicher Sklave eines Menschen oder an die Scholle gebundener Leibeigener ist, sondern dass man vollständig der Arbeitsmittel beraubt und der Gnade der Privilegierten überliefert ist, die sich durch die Gewalt den ausschliesslichen Besitz der für die Arbeiter unentbehrlichen Arbeitsmittel angeeignet haben und bewahren. Diese wucherische Aneignung ist somit ein beständiger Raub, und es wird dadurch klar, dass es nicht diese oder jene politische Regierungsform ist, die die Massen im Zustand der Sklaverei erhält, sondern das als Grundlage der sozialen Ordnung gesetzte Gewalteigentum." Von dem Augenblick an, wo in einer Gesellschaftsklasse erbliche Uebertragung von Arbeitsmitteln herrscht, bleibt der andere Teil der Nation beständig in der Sklaverei. Und die beiden Klassen vermachen sich die parallel laufende doppelte Erbschaft von Ueberfluss und Elend, von Genuss und Leid, welche die Gesellschaftsordnung bilden.

So hat die von Blanqui konstatierte schreckliche Erniedrigung des Volks ihren sicheren Ursprung in dem Prinzip des Eigentums. Die Massen sind den Kapitalisten auf Gnade und Ungnade überliefert; diese letzteren brauchen nur eine Weile ihre Kapitalien zurückzuziehen, wie nach den Julitagen, und das Volk stirbt Hungers. Die Finanzbarone haben über Tod und Leben des Volkes zu entscheiden.

Die Kriege, die vermitteln sollen, die Repressalien auf friedlichem Wege, kurz, die Arbeitseinstellungen sind einer solchen Macht gegenüber vergeblich. Die jüngste Erfahrung in Lyon hat es bewiesen; 60 000 Menschen haben sich vor dem Willen einiger Fabrikanten gebeugt. Aber ist es nicht noch ein Wunder, dass sie sich solchergestalt erhoben haben? Es bedurfte des ganzen Uebermasses eines barbarischen Elends, bis das unwissende Volk sich der Ausbeutung bewusst wurde, deren Opfer es ist. Und da haben die Bourgeois Truppen und Kanonen zusammengezogen; sie haben diesem Volk die Niedermetzelung angekündigt, wenn es nicht, wie sie sich ausdrückten, zur Pflicht zurückkehre. Dies sind die verderblichen Zustände, zu denen die Gesellschaft durch das Monopol des Eigentums gebracht worden ist.

Blanqui kennt von nun an die Ursache der Leiden des Volks, — sein Hass weiss, wo er wirksam trifft.

* *
*

Es gilt, das Monopol des Eigentums zu packen, eine sociale Umformung zu vollziehen. Nun nimmt die Formel eine besondere Präzision an.

---

*) Es braucht nicht daran erinnert zu werden, dass diese ganze Theorie von der ursprünglichen gewaltsamen Aneignung bei Baboeuf und Buonarotti zu finden ist.



In dem Prospekt der Propagande démocratique sagt er im Jahre 1833 mit Hadot-Desages:

»Wir haben weit weniger eine politische Aenderung als einen sozialen Umguss im Auge. Die Erweiterung der politischen Rechte, die Wahlreform, das allgemeine Wahlrecht können ausgezeichnete Dinge sein, aber nur als Mittel, nicht als Ziel. Unser Ziel ist die gleiche Verteilung der Lasten und Wohltaten der Gesellschaft, die Aufrichtung der Herrschaft vollständiger Gleichheit. Ohne diese soziale Neugestaltung würden alle Aenderungen der Regierungsform nur Lügen sein, nur zum Nutzen einiger Ehrgeizigen gespielte Komödien.«

Und der Libérateur vom Februar gibt schliesslich die bestimmte Formel:

»Mag, was da will, aus dieser flachen Posse herauskommen, die man so pompös unsere Einrichtungen nennt, wir kümmern uns nicht darum, wir, die wir gegen die Form vollkommen gleichgiltig sind und der Gesellschaft direkt auf den Grund gehen. Wenn wir uns in Wirklichkeit Republikaner nennen, so darum, weil wir von der Republik eine soziale Umwälzung erhoffen, die Frankreich gebieterisch verlangt und die in seiner Bestimmung liegt. Wenn die Republik diese Hoffnung täuschen sollte, so würden wir aufhören, Republikaner zu sein; denn uns scheint eine Regierungsform nicht ein Ziel, sondern ein Mittel zu sein, und wir wünschen eine politische Reform nur als Weg zu einer sozialen Reform.«

Aber weil es ganz sicher ist, dass die Monarchie mit dem Ziel, der Gleichheit, unvereinbar ist, wird Blanqui an der Zerstörung der Monarchie für die Errichtung der Republik arbeiten.

Jetzt entfaltet sich seine revolutionäre Tätigkeit. Es ist wahrscheinlich, dass er an der Organisation der geheimen Gesellschaften, an den Vorbereitungen des Aufstandes mitwirkte. Aber im Jahre 1833 widmete er sich hauptsächlich der Arbeit der Propaganda und der Belehrung.

Wie alle seine Zeitgenossen, hatte er einen starken Glauben an die Macht der Intelligenz. Die beiden grossen sozialen Kräfte, welche das Prinzip der Gleichheit triumphieren machen werden, sind die Intelligenz und die Arbeit. Die Arbeit ist das Volk — die Intelligenz sind die hingebungsfähigen Männer, die es führen. Die Intelligenz aber kann nur eine wirkliche Macht sein »unter der Bedingung, dass sie moralisch, d. h. den Massen nützlich ist«, d. h. dass sie dem Prinzip der sozialen Gleichheit ergeben ist. Der katholische Klerus hat seinen Einfluss von dem Moment an verloren, wo er die Hingebung vergass.

Und ebenso haben sich die neuen Sendboten, die das Scepter aufgenommen hatten, dem Egoismus ergeben: die Abkömmlinge der Philosophen, die Liberalen haben eine neue Feudalität zu errichten versucht. »Es ist ein sehr bitteres Schauspiel, zu sehen, wie die Intelligenz die Mission der Hingebung verrät, die sie vom Himmel empfangen hat, wie sie sich vor den Privilegierten prostituiert, um mit ihnen den Raub der Schwachen zu teilen, die zu verteidigen ihre Rolle ist.« (Plaidoyer von 1832.)

Alle diese ehemaligen Liberalen haben die Intelligenz auf einen Zustand des Helotentums heruntergebracht: sie haben die Menschen von Herz, die nachdenken, zum Range von Parias erniedrigt. Denn sie wissen wohl, dass die Lehre jener in ihrer unmoralischen Gesellschaft ein Element der Zersetzung sein wird. Durch den Zeitungsstempel, durch die Kaution, durch Verhaftung der öffentlichen Ausrufer und

republikanischen Redakteure verhindern sie die Bedrückten, ihre Sache selbst zu vertreten. Ja noch mehr; sie verhetzen das herabgewürdigte und getäuschte Volk selbst gegen die aufopfernden Männer, und das Volk wird diejenigen, die ihm als Führer dienen würden, dem Tode überliefern, wie es dies mit den Gracchen und Jesus Christus und erst jüngst noch mit den grossen Revolutionären getan hat.

Aber die der Sache ergebenen Männer kennen ihre Pflicht: sie müssen den Armen belehren und selbst noch in den Gefängnissen — »wenn man ein grosses Volk hinter sich hat, das zur Erkämpfung seines Wohlstandes und seiner Freiheit schreitet, muss man es verstehen, sich in die Chausseegraben zu werfen, um als Faschinen zu dienen und ihm einen Weg zu bahnen.«

Blanqui wird es verstehen, sich zu opfern: gegen die beschimpfenden Spöttereien der Gewalt proklamierte er seine Gedanken. Er schreibt den »Libérateur«, und da ist er bewunderungswürdig in revolutionärer Kraft: »Ein einzelner Bürger, ohne Geld, ohne einen Sou als erste Einlage, unternimmt es, dem Bann zu trotzen, den die Aristokratie der Taler über den Armen verhängt, der zu denken wagt. Kaum gestern mit zerrütteter Gesundheit aus dem Gefängnis gekommen, wo ein obergerichtliches Urteil ihn die ersten, von ihm erhobenen Beschwerden zu Gunsten der ausgebeuteten Arbeiter hat büssen lassen, nimmt er heute mit einer noch vom Druck der Handschellen wunden Hand seine Waffen wieder auf und setzt sich zum Schreiben, indem er stets seine in diesen traurigen Grabgewölben zurückgelassenen unglücklichen Brüder vor Augen hat. Er gehört nicht zu jenen Leuten, die inmitten einer von Leidenschaften zerrissenen Gesellschaft behaupten, keine Leidenschaft zu empfinden — die, um nicht egoistischen Herren zu missfallen, jede Ueberzeugung ableugnen und eine feige Unparteilichkeit zu haben vorgeben gegenüber denen, die leiden, und denen, die leiden machen. Seine Neigungen und seinen Hass laut zu bekennen, das ist die einzige, einem ehrlichen Manne zukommende Rolle. Diejenigen sind zu beklagen, die darauf pochen, niemand zu lieben und niemand zu hassen.«*)

Es ist vielleicht etwas Uebertreibung in dieser Haltung — im Stil etwas Deklamation. Aber verträgt eine solche Aufrichtigkeit ihre Kritisierung? Er zittert zu jener Zeit vor Jugend wie Vertrauen, hingerissen von seinem eigenen Eifer und dem jener grossen Partei, von der er sich noch nicht abhebt, und die zwanzig Jahrhunderte alte Ueberlieferung der Gleichheit kocht in ihm. Die Lehren des alten Buonarotti entflammen seine Intelligenz; er hat wie dieser die Vision vom ewigen Kampf zwischen dem Geist des Privilegiums und dem der Gleichheit, der die Gesellschaften bewegt — und er wird auch dessen unerschütterlichen Glauben haben, denn der Sieg ist gewiss.

Wir wissen, sagt er (Februar 1834: »Unsere Fahne ist die Gleichheit«), dass man unsere Pläne als Utopie behandelt. Die Geschichte jedoch verbürgt uns die unfehlbare Verwirklichung dieser Utopien. Eine Utopie würde es sein, wenn man eine Nation a priori wiederherstellen wollte. Die französische Nation besteht, sie hat 14 Jahrhunderte Geschichte hinter sich. Indes die Vergangenheit selbst liefert die Elemente der Reform: es handelt sich darum, den Kampf für die Gleichheit fortzuführen, den unversöhnlichen Krieg, der wider das Privilegium seit 1800 Jahren geführt wird, zu unterstützen. »Das Privilegium und die

*) Programmartikel vom Februar 1834.

Gleichheit, das sind die beiden Prinzipien, die in Frankreich von seiner Wiege an sich bekämpfen; das eine so alt wie die Welt, deren Ahriman, deren böser Geist es ist, das Prinzip der Unordnung und der Gewalt, das seine Stütze im Egoismus und den daraus hervorgehenden niedrigen Leidenschaften sucht, das die Menschen spaltet, um sie zu isolieren, das kein anderes Werkzeug will, als die materielle Gewalt, das nichts hervorbringt, als die Konkurrenz, den Krieg, und zur letzten logischen Folge die Zerstörung hat. Das andere, die erhabene Offenbarung, die plötzlich den Blicken der Nationen als ein Symbol der Befreiung und des Heils erschienen ist. Die der Welt durch das Evangelium übergebene Gleichheit, die das Werk eines Gottes zu sein schien, ist das Prinzip der ewigen Ordnung und Gerechtigkeit, dazu bestimmt, die scheusslichen Wunden zu schliessen, die das Privilegium gegraben hat. Die Gleichheit ruft alle Tugenden heraus und formt alle Laster um, sie tötet den Egoismus und lebt nur von der Hingebung; und durch die Hingebung siegt sie und associiert sie die Menschen. Nur durch die Intelligenz regiert sie sie und bewirkt sie es, dass ihre Anstrengungen in ein gemeinsames Ziel zusammenlaufen, welches das Wohlergehen aller heisst. Ebenso wie das Privilegium nur Hass und Vereinzelung hervorbringt, bringt sie die Einigkeit und Brüderlichkeit auf Erden zustande.«*)

So lehrt er mit der ganzen Kraft seiner Einbildung und mit seiner ganzen Aktionskraft den sozialen Manichaismus, der den tiefen Glauben der Babouvisten ausmacht. Und nun stellt er sich auf Seiten von Jesus gegen die materialistischen Juden, auf Seiten Gregors VII. gegen die Feudalen, auf Seiten von Rousseau gegen die Adligen, von Robespierre gegen die Börsenwucherer. Die Gleichheit ist seine Religion. Allem Müssiggang und aller Ausbeutung stellt er konsequent die Intelligenz und die Arbeit entgegen, welche die Gleichheit begründen werden.

Und der Sieg erscheint ihm nun sicher. Das Prinzip des Eigentums ist schon im Verfall. Christus hat ihm den ersten Schlag versetzt, als er die neue Lehre, die Gleichheit, in die Gesellschaft einführte. Und seit 18 Jahrhunderten gewinnt die Gleichheit ihrem Feinde immer mehr Terrain ab. Die Sklaverei wurde unterdrückt, die Privilegien abgeschafft. Die Menschheit kann nicht still stehen. Sie schreitet entweder vor, oder sie geht zurück; wenn das Eigentumsrecht schliesslich siegen sollte, müsste die ganze christliche Bewegung unterdrückt werden. Es gibt Tatsachen, die man nicht unterdrücken kann.

* * *

Und so träumt Blanqui die Gesellschaft des kommenden Tages. Er kennt »das Prinzip, das bei Neueinrichtung der sozialen Ordnung massgebend sein soll.« Er kennt auch diese Verneinung, dass die gleiche Teilung des Bodens dem Uebel nicht abhelfen würde: der Grossbesitz würde schnell wieder hergestellt sein. Er folgert daher, dass es das Regime der Association sein muss, durch das die Gleichheit sich verwirklichen wird — und die Elemente der Association zeichnen sich schon ab.

Das ist alles. Er hat ebensowenig das Bedürfnis empfunden, sich ein Bild von dem neuen Staat auszumalen, wie Vignerte oder Delseriès oder irgend einer der Männer des April.**)

---

*) Wie vorher. Man verzeihe uns die langen Citate. Diese Blätter sind vergessen gewesen, sie stellen den Einfluss des Babouvismus auf Blanqui ausser allem Zweifel und lassen durch ihren begeisternden Ton den Gemütszustand Blanquis in jenem Jahre erkennen.

**) Dies sagt nicht, dass er sich geweigert hat, es zu tun.

Aber weil sie grausam gelitten hatten, wünschten sie mit Sehnsucht diesen Staat von morgen, die neue Gesellschaft der Gleichheit und Gerechtigkeit herbei, welche die Republik unfehlbar herstellen würde, und ihr Traum erweiterte sich dann zu einem wirklichen Erhoffen eines unbegrenzten Glücks. Dieser Durst nach Glück bringt Blanqui in Fieberzustand. Er war zu jener Zeit mit Suzanne-Amélie Serre verlobt, jenem sanften und edlen Mädchen, das sein »vom Zufall und freien Bestimmungen diktiertes Leben« mit ihm leben wollte. 1834 war, wie man weiss, das Jahr ihrer Heirat. Sie kannte seine Ideen, sie hatte den Glauben an die erhabenen Dinge; sie hatte sich vorgenommen, eines Tages die Frau nach den Anschauungen der Zukunft zu sein.*) Der durch eine tiefe Neigung in ihnen erweckte Wunsch nach innerem Glück verband sich mit dem nach dem Glück aller. »Sie ist gestorben«, hat er später gesagt, »weil sie durch die Zufälle der Politik, wo der geschickteste Kämpfer nicht immer der glücklichste ist, nicht froh und sieghaft an seinem Arm jenes gelobte Land ihrer heissen Träume hat betreten dürfen.« Aber damals, in der Ueberschwänglichkeit ihrer Liebe und dieses Traums, waren sie fest überzeugt, dass das ungeheure Werk, eine Welt zu regenerieren, eine von heut auf morgen mögliche Sache war. (Geständnis Blanquis in eben derselben Note.)

Dies dieses revolutionäre Leben, man kann nicht sagen, diese Theorie. Was Blanqui proklamiert, sind Glaubenslehren, Maximen der Aktion, kurz eine Religion.

Er ist die machtvolle Personifizierung dieser ersten republikanischen und sozialistischen Aufraffung gewesen, bei der sich so viel Ungewissheit und Konfusion, aber auch ebensoviel junge Kraft findet.

Zur Geschichte der sozialistischen Agrartheorieen.

Agrarisches aus der Lassalleanischen Literatur.

3. Der »Neue Sozialdemokrat« und die Agrarfrage.

Vorbemerkung. Der „Neue Sozialdemokrat" trat bald nach Eingehen des von J. B. von Schweitzer geleiteten „Sozialdemokrat" am 1. Juli 1871 ins Leben. Er wurde von W. Hasselmann redigiert, der als Mitarbeiter des alten „Sozialdemokrat" den Beweis für seine nicht unbedeutende journalistische Befähigung erbracht hatte. Zu den regelmässigen Mitarbeitern des Blattes gehörte insbesondere der Nachfolger Schweitzers in der Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, W. Hasenclever.

Gleich im ersten Jahrgang veröffentlichte der „Neue Sozialdemokrat" eine durch dreizehn Nummern gehende Serie von Artikeln, die den Titel führt: *Der Grundbesitz und die soziale Frage.* Die Artikel sind mit H. gezeichnet, dem Anfangsbuchstaben der Namen Hasenclever und Hasselmann. Es ist also nicht ganz sicher, wen von den beiden man als ihren Verfasser anzusehen hat. Indes sprechen eine ganze Reihe von Gründen für Hasselmann als den Verfasser. Formell sind sie in äusserst geschickter Weise dem damaligen geistigen Bildungsgrad der-

*) Wir entnehmen alle diese Einzelheiten und diese schönen Sätze einer Note Blanquis.

jenigen Schichten der Arbeiterklasse angepasst, die namentlich in Berlin und anderen grossen Städten die Masse der Rekruten für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein stellten: der zum grossen Teil vom Lande und aus Landstädten in die grossen Städte strömenden Bauhandwerker. In Bezug auf leichtfassliche Darstellung wirtschaftlicher Fragen können sie kaum übertroffen werden. In sachlicher Hinsicht spiegeln sie gewisse, aus den Zeitverhältnissen sich ergebende Eindrücke über die Natur des Bodenproblems wieder. So wird der städtischen Bodenrente in ihrer Rückwirkung auf die Wohnungsfrage, welche letztere sich bald nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges in Berlin und anderen Städten Deutschlands sehr drückend fühlbar machte, besondere Aufmerksamkeit gewidmet; die Wohnungsfrage selbst wird, soweit die Arbeiterwohnungen in Betracht kommen, ganz nach dem orthodoxen Schema des ehernen Lohngesetzes abgehandelt. Mit Bezug auf den ländlichen Grundbesitz wird eine Art zeitweiliger Interessengemeinschaft zwischen Industriearbeitern und Grundbesitzern gegenüber dem »Kapital« konstatiert, wie sie auch in den Schriften von englischen und französischen Sozialisten der dreissiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts spukt und in Deutschland von den begabteren Ideologen des altpreussischen Konservatismus verfochten wurde. Manches in den betreffenden Artikeln (No. VI u. VII) lässt auf den Einfluss Rodbertusscher Ideen schliessen, die vielleicht durch Rudolf Meyer bezw. die Berliner Revue vermittelt wurden. Aber es fehlt auch nicht an dem Hinweis darauf, dass die Parteinahme der Grundbesitzer für die Arbeiter immer nur eine begrenzte sein werde und sofort ende, wo der ländliche Arbeiter in Frage komme. Die Frage der Lebensfähigkeit des kleinen Grundbesitzes bezw. der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe wird prinzipiell durchaus in der gleichen Weise beantwortet, wie in der damaligen »marxistischen« Literatur; die Zahlen über den mutmasslichen Umfang der Verdrängung von Landarbeitern durch die Maschine — drei Viertel aller Arbeiter würden laut Artikel XII ausser Arbeit gesetzt werden! — übertreffen sogar die kühnsten Vorhersagungen, denen wir sonst in dieser Hinsicht begegnet sind. Auch sonst fehlt es nicht an merkwürdigen Berechnungen.

Die einzelnen Artikel haben keine besonderen Ueberschriften. Ihr Inhalt lässt sich etwa folgendermassen kennzeichnen. Artikel I (20. September 1871) gibt nach einigen allgemeinen Bemerkungen über das Bodenproblem eine Erklärung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Grundbegriffe; Artikel II (22. September) setzt das Wesen der Differential- oder Vorzugsrente auseinander; Artikel III (24. September) behandelt die städtische Grundrente und die Wohnungsfrage; Artikel IV (27. September) erörtert die Verteilung der Bodenrente beim Pachtsystem; Artikel V (4. Oktober) zeigt, wie der Bodenpreis auf Grund von Kapitalisierung der wirklichen oder voraussichtlichen Grundrente gebildet wird; Artikel VI (8. Oktober) erklärt die damals behauptete Kalamität des Grundbesitzes aus dem Umstande, dass der Kapitalgewinn rascher gestiegen sei als die Bodenrente; Artikel VII

(11. Oktober) sucht nachzuweisen, dass die Grundbesitzer, die nicht zugleich Kapitalbesitzer sind, ein Interesse an hohen Löhnen und niedrigem Kapitalgewinn haben: Artikel VIII (15. Oktober) sagt den Heimfall des Grundbesitzes an das Grosskapital voraus; die Artikel IX, X, XI (20., 25. u. 29. Oktober) schildern die Not und verkünden den bevorstehenden völligen Uebergang des »Kleinbauernstandes«; Artikel XII (3. November) beschreibt die schlechte Lage der Landarbeiter und deren Ausmerzung durch die Maschine, und Artikel XIII (11. November) entwirft das Zukunftsbild der sozialistischen Produktivgenossenschaft und entwickelt leitende Gesichtspunkte für den inzwischen auf dem Lande zu führenden Klassenkampf.

Wir sehen von dem Abdruck der ersten fünf Artikel ab, da diese sich nicht direkt mit der Agrarfrage befassen, und geben im folgenden die Artikel VI bis XIII unverkürzt wieder.

* * *

Der Grundbesitz und die soziale Frage.

Aus dem »Neuen Sozialdemokrat« von 1871.

VI. (8. Oktober 1871.)

Die sogenannte Kalamität des Grundbesitzes, das heisst die Entwertung der Grundstücke trotz steigender Bodenrente, ist eine Folge des noch rascher steigenden Kapitalgewinnes.

Es hängt dies, wie folgt, zusammen:

Der Kapitalgewinn ist derjenige Teil des Ertrages der Arbeit eines Volks, welcher überbleibt, wenn das arbeitende Volk seinen gewohnheitsgemässen Unterhalt, den Arbeitslohn, vorweg erhalten hat. Dieser Lohn besteht aus einer gewissen Menge von Gebrauchswerten — Lebensmitteln, Kleidern, Wohnungen u. s. w.; es ist dabei ganz gleichgiltig, ob die Arbeiterklasse das Doppelte, Drei- oder Vierfache dieser Gebrauchswerte durch ihre Arbeit herstellt, immer wird sie nur gerade soviel an Lohn erhalten, als sie zum Leben und sich Fortpflanzen bedarf. Wenn daher der Gebrauchswert, welchen ein Arbeiter durchschnittlich herstellt, infolge neuer Erfindungen steigt, so wird der ganze Ueberschuss lediglich eine Vermehrung des Kapitalgewinns bilden. Die einzige Ausnahme ist, wenn durch Vermehrung des Volks es nötig wird, die Lebensmittel auf einem schlechteren, mehr Arbeit erfordernden Boden zu bauen, dann steigt der Tauschwert des Getreides, die Bodenrente wächst, und um den Lebensunterhalt der Arbeiter zu decken, muss ihr Lohn um so viel steigen, dass sie wieder die zum Leben durchaus nötige Getreidemenge dafür kaufen können.

Die beiden Teile, die aus dem Arbeitsertrag sich bilden, Lohn und Kapitalgewinn, verteilen sich unter die beiden Klassen durchschnittlich in folgender Weise:

Die Summe, welche an Arbeitslohn dem Proletariat zufällt, verteilt sich unter die Durchschnittsarbeiter, wofern sie nicht arbeitslos sind, nach ihrer Kopfzahl.

Ueber die Bourgeoisie verteilt sich aber der Kapitalgewinn nicht der Kopfzahl nach, sondern der Kapitalmenge nach.

So kommt es denn, dass zwar der Tauschwert der gesamten Warenmenge, die ein Volk hervorbringt, also auch der durchschnittliche Tauschwert, gleich der darauf verwendeten Arbeit ist, dass aber scheinbare Ausnahmen stattfinden. Gesetzt, es arbeiten in einem Unternehmen Arbeiter, wo auf den Kopf des einzelnen Arbeiters gerade so viel Kapital kommt, als durchschnittlich im Lande pro Kopf jedes Arbeiters vorhanden ist, so wird auch dasselbe Verhältnis stattfinden, wie im grossen Ganzen.

Sind in einem Lande 10 000 000 Arbeiter vorhanden, welche jährlich für 3 000 000 000 Taler Waren produzieren, von welchen ihnen 1 500 000 000 Tlr. als Lohn zufallen, und beträgt das gesamte Kapital des Landes 15 000 000 000 Tlr., so wird in jedem Geschäftszweig, wo 1500 Tlr. Kapital auf den Kopf jedes Arbeiters kommen, der Preis der Waren sich so stellen, dass sie pro Arbeiter 300 Tlr. jährlich ausser dem darin steckenden Rohstoffe betragen; kommen dagegen auf den Kopf des Arbeiters nur 500 Tlr. Kapital, so wird die Ware, ausser dem Rohstoff, nur 200 Tlr. mehr enthalten müssen, weil ausser den 150 Tlr. Arbeitslohn nur 50 Tlr. Kapitalgewinn darin zu stecken brauchen, um der Konkurrenz aus dem Wege zu gehen.

Steigt die Ergiebigkeit der Produktion dieses Landes, so dass die Arbeit um die Hälfte mehr Gebrauchswert erzeugt, so wird die Folge sein, dass sich der Kapitalgewinn verdoppelt.

Nun ist bei dem Grundbesitz die Menge des beweglichen Kapitals, welches teils das Betriebskapital, teils das zur Bodenverbesserung dienende Kapital darstellt, verhältnismässig viel geringer, als das in der Industrie auf den Kopf des Arbeiters kommende.

Steigt der Gewinn des Kapitals in einem Lande also, so werden sich die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte so stellen, dass der Ertrag des landwirtschaftlichen Unternehmens nur um so viel wächst, als sein bewegliches Kapital an Kapitalgewinn mehr erzielen würde.

Nehmen wir jetzt ein Landgut A an, welches gar keine Bodenrente abwirft, also auch keinen scheinbaren Tauschwert enthält. Man bewirtschafte es mit 50 000 Tlr. Betriebskapital. Es habe einen Ertrag von 25 000 Tlr., wovon 5000 Tlr. Kapitalgewinn und 20 000 Tlr. Löhne für 200 Arbeiter sein sollen.

Ein anderes Landgut B habe bei 50 000 Tlr. Betriebskapital und 200 Arbeitern einen Ertrag von 50 000 Tlr.; es würden dann 25 000 Tlr. Bodenrente sein, was zur Folge hätte, dass der scheinbare Tauschwert des Landguts B 500 000 Tlr. betragen würde, die üblichen Zinsen zu 5 Prozent gerechnet.

Jetzt soll der Kapitalgewinn allgemein von 10 auf 15 Prozent, der Zins von 5 auf 7½ Prozent steigen.

Die Folge wird sein: Das Grundstück A muss 27 500 Tlr. alljährlich einnehmen, wenn es rentieren soll, da der Kapitalgewinn 7500 Tlr. betragen muss.

Das Grundstück B wird dann 55 000 Tlr. Ertrag haben. Davon gehen 20 000 Tlr. an Lohn und 7500 Tlr. an Kapitalgewinn ab. Die Bodenrente ist um 2500 Tlr. gestiegen und beträgt daher 27 500 Tlr., und doch ist jetzt der scheinbare Tauschwert des Grundstücks, weil der übliche Zins jetzt 7½ Prozent beträgt, auf 366 000 Tlr. gesunken.

War also das Grundstück B mit Hypotheken belastet etwa bis zu 400 000 Tlr., so wird trotz gestiegener Bodenrente, trotz des gestiegenen Reinertrages, der Grundbesitzer bankerott sein.

Das sind in Kürze die Grundzüge, wie sich die Kalamität des Grundbesitzes entwickelt, welche in den letzten Jahren in Preussen den Wert des Grundbesitzes fast um ein Fünftel vermindert hat, so dass trotz steigender Getreidepreise die Grundbesitzer ruiniert werden.

VII. (11. Oktober 1871.)

Wir haben in dem letzten Artikel gezeigt, wie der scheinbare Tauschwert der Grundstücke trotz steigender Bodenrente sinkt, wenn der Kapitalgewinn steigt, und zwar in dem Masse, dass die Grundbesitzer, wenn sie nicht zugleich Grosskapitalisten sind, dadurch ihrem Ruin entgegengeführt werden. Diese seltsame Tatsache zeigt, wie in der heutigen Gesellschaft die einzelnen Teile der besitzenden Klasse sich untereinander oft in dem Masse ausbeuten, dass ein Teil — hier die Grosskapitalisten — nicht nur dem anderen — den Grundbesitzern — alles abjagt, was er an Bodenrente dem Volk entzieht, sondern auch den Grundbesitz selbst verschlingt. Aehnliches findet auch in anderen Zweigen der besitzenden Klasse statt, z. B. dort, wo Bankiers, Gründer von Aktiengesellschaften u. s. w. durch das Börsenspiel ihre Klassengenossen ausplündern.

Wenn im allgemeinen die Arbeiterklasse, als die produzierende, der besitzenden Klasse, als der den Arbeitsertrag Fremder Geniessenden, schroff entgegensteht und gegen sie einen Klassenkampf führt, so können doch durch derartige Kämpfe unter den Besitzenden selbst Zustände herbeigeführt werden, bei welchen die Arbeiter mit einem Teil jener gemeinsame Ziele haben.

Ein solcher Fall liegt hier vor: die Grundbesitzer, welche keine Grosskapitalisten sind, haben ein ganz bestimmtes Interesse daran, dass vom Gesamtertrage der Produktion die Arbeiter einen möglichst grossen, das Kapital einen möglichst geringen Teil an sich ziehe.

Wir wollen diesen auf den ersten Blick sonderbar erscheinenden Ausspruch an einem Beispiel erläutern.

Nehmen wir, wie im vorigen Artikel, ein Land an, worin 10 000 000 Arbeiter bei zwölfstündiger täglicher Arbeitszeit Waren im Betrage von 3 000 000 000 Tlr. jährlich herstellen, wovon ihnen 1 500 000 000 Tlr. als Lohn zufallen, während das im Lande befindliche Gesamtkapital 15 000 000 000 Tlr. beträgt und jährlich 10 Prozent Kapitalgewinn macht, so können wir den durchschnittlichen Zinsfuss für sicher angelegtes Kapital auf etwa 6 Prozent anschlagen.

Tritt jetzt eine Verkürzung der Arbeitszeit durch das ganze Land ein, so dass der Normalarbeitstag zehn Stunden beträgt, so wird folgendes stattfinden: Das Kapital muss, um die Produktion nicht ins Stocken geraten zu lassen, sich 2 000 000 neue Arbeiter schaffen, hauptsächlich indem es die bisher zeitweise wegen Arbeitsstockung feiernden Arbeiter dauernd beschäftigt; es muss sodann den 12 000 000 Arbeitern jetzt jährlich 1 800 000 000 Tlr. an Löhnen zahlen. Es bleiben dann dem Gesamtkapital nur 1 200 000 000 Tlr., also 8 Prozent Kapitalgewinn. Da nun das Risiko und die Risikoprämie durch die verringerten Kapitalgewinne eher gesteigert als erniedrigt werden, so wird nicht der Unternehmergewinn der mit Risiko verknüpften Geschäfte, sondern der Zins der sicher angelegten Kapitalien den Ausfall tragen müssen, und es wird derselbe etwa von 6 Prozent auf 4 Prozent fallen.

Ein solches plötzliches Fallen des Zinses wird freilich in der Wirklichkeit nicht vorkommen; die Sache wird sich dort so gestalten, dass der

Zins während eines Menschenalters, statt von 6 auf 8 oder 9 Prozent zu steigen, auf 6 Prozent stehen bleibt, was dasselbe Endresultat, wie das unseres Beispiels hat.

Doch fragen wir nun, wie wird sich die Lage der Grundbesitzer gestalten, wenn ihre Arbeiter täglich 2 Stunden weniger arbeiten, aber der Zinsfuss dabei um 2 Prozent fällt.

Ein Grundstück A werfe keine Bodenrente ab und trage 10 000 Tlr. jährlich ein, wovon 5000 Tlr. den Kapitalgewinn des 50 000 Tlr. grossen Betriebkapitals, 5000 Tlr. aber Löhne von 50 Arbeitern bilden. Nach Einführung des Normalarbeitstages werden 6000 Tlr. jährlich an 60 Arbeiter gezahlt werden müssen, während 4000 Tlr die zugleich allgemein üblich gewordenen 8 Prozent Kapitalgewinn sind.

Ein Grundstück B bringe bei derselben Bewirtschaftung wie A 20 000 Tlr. an jährlichem Produkt hervor; es wird dann 5000 Tlr. Kapitalgewinn und 10 000 Tlr. Bodenrente haben, welche letztere, mit 6 Prozent kapitalisiert, einen scheinbaren Tauschwert von 133 000 Tlr. darstellt. Ist nun der Normalarbeitstag von 10 Stunden, wie oben erwähnt, eingetreten, so wird der Kapitalgewinn zwar nur 4000 Tlr., also 1000 Tlr. weniger, die Bodenrente dagegen, wie bisher, 10 000 Tlr. betragen. Jene 1000 Tlr. kann der Grundbesitzer aber leicht verschmerzen, denn nun wird der scheinbare Tauschwert des Grundstücks, mit 4 Prozent kapitalisiert, 250 000 Tlr. betragen.

Wir haben hier nur durch ein ganz allgemein gehaltenes Rechenexempel dargetan, wie jeder Abbruch, welcher der Kapitalmacht zu Gunsten der Arbeiter getan wird, direkt durch den Einfluss auf den Zins dem Grundbesitz nützt.

Dabei haben wir noch gar nicht einmal die beiden höchst wichtigen Umstände hervorgehoben, dass bei Abkürzung der Arbeitszeit bisher immer ein W a c h s e n der Produktion und des Nationalreichtums beobachtet worden ist, und dass mit einer Verbesserung der Arbeiterverhältnisse vor allem eine bedeutende S t e i g e r u n g d e s V e r b r a u c h s von Fleisch und sonstigen Lebensmitteln erfolgen muss, wodurch wieder den Grundbesitzern ein Vorteil durch Vergrösserung ihres Absatzmarktes und Steigerung der Bodenrente entspringt.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die bisweilen so lebhaften Bestrebungen der e n g l i s c h e n G r u n d b e s i t z e r wegen Einführung der F a b r i k g e s e t z e z u G u n s t e n d e r A r b e i t e r auf die Erkenntnis der oben entwickelten Verkehrsverhältnisse zurückführen.

Freilich hat auch ihre Arbeiterfreundlichkeit nur so lange gedauert, als es sich n i c h t um ihre eigenen ländlichen Arbeiter handelte.

Dort, wo der Klassengegensatz zwischen Bourgeois und Proletarier sich d i r e k t geltend macht, da schweigen alle anderen Bedenken, da bricht unfehlbar auch der Klassenkampf los.

VIII. (15. Oktober 1871.)

Wir hatten zuletzt gezeigt, wie der Grundbesitzerstand durch die Besitzer des mobilen Kapitals so geschädigt wird, dass zu Zeiten seine Interessen mit denen der Arbeiterklasse übereinstimmen.

Auf die Dauer lässt sich aber niemals eine Einigung der Grundbesitzer und Arbeiter herstellen. Viel tiefer als das oberflächliche gemeinsame Interesse gegenüber dem mobilen Kapital ist der auf philosophischen Anschauungen und einem tatsächlich überall sich geltend machenden Klassenkampf beruhende Spalt zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Die Frage: Soll jeder Arbeitende naturrechtlich den ungeschmälerten Ertrag seiner Arbeit geniessen, oder soll nach dem bestehenden Rechte Kapitalgewinn und Bodenrente vom Ertrage der Arbeit des Volks vorweg genommen werden, ist so wesentlich, dass instinktmässig die Arbeiter durch ihr Klassenbewusstsein von einem sich Verschmelzen mit den Grossgrundbesitzern zurückgehalten werden, und letztere fühlen sich auch zu sehr als Mitglieder der machthabenden Klasse, als dass sie mit dem verachteten Proletariat gemeinsame Sache machen möchten.

Zugleich drängen noch mehrere ökonomische Umstände, welche die verschuldeten Grundbesitzer vernichten und den Grund und Boden in die Hände von Kapitalisten bringen.

Einmal machen es die Erfindungen der Neuzeit notwendig, dass mit Maschinen und sehr grossem Betriebskapital das Land bebaut und die Grossproduktion auch auf den Ackerbau ausgedehnt wird. Sodann übersteigen aber die hierzu nötigen Kapitalien nicht bloss die Summen, welche noch vollständig sicher gestellte Hypotheken sind, so dass sie übermässig verzinst werden müssen, sondern das Fallen des scheinbaren Tauschwerts der Grundstücke verbietet überhaupt oft vollständig, noch mehr Kapitalien anzuleihen.

So werden denn schliesslich die kapitallosen Grundbesitzer, ähnlich wie die Handwerker der Städte, gezwungen, ihr Vermögen im vergeblichen Kampf mit dem Kapital aufzureiben, und schliesslich fällt der Grundbesitz samt und sonders in die Hände von Bourgeois, welche genügend Kapital zur landwirtschaftlichen Grossproduktion mit Maschinen besitzen.

Vergeblich sind alle Versuche, diesen Prozess aufzuhalten.

Da wird z. B. vorgeschlagen, dass die Grundbesitzer die Kapitalien unter dem Vorbehalt anleihen sollen, dass sie nicht auf einmal gekündigt werden können, sondern binnen zwanzig oder dreissig Jahren durch jährliche Abzahlung abgelöst werden. Dadurch wird zwar verhütet, dass die Grundbesitzer in grosse Verlegenheit kommen, wenn die Kapitalisten zu einer Zeit, wo sie sehr gute Geschäfte machen können, ihr Kapital massenhaft kündigen. Andererseits werden bei dieser Rentenzahlung aber die Kapitalisten verhindert sein, derartige vorteilhafte Gelegenheiten zu benutzen, und deshalb von vornherein, um diesen Nachteil auszugleichen, *viel höhere* Zinsen fordern.

Von anderer Seite schlägt man vor, den Grundbesitzern durch die Gesetzgebung zu ermöglichen, dass sie die Hypotheken wie eine Art Wechsel dem Handel übergeben und sie an die Börse bringen können.

Alle diese Bestrebungen, welchen mannigfache ähnliche sich anschliessen, laufen aber nur auf Palliativmittel hinaus. Wir haben in den vorigen Artikeln zur Genüge gezeigt, wie durch das Wachsen des Kapitalgewinns der aus der Bodenrente berechnete scheinbare Tauschwert der Grundstücke plötzlich zum verhängnisvollen Sinken gebracht werden kann. Und wenn ein solcher Fall eintritt, dann mag der Grundbesitzer unter *beliebiger* Form Kapital anzuleihen bestrebt sein, er wird *überhaupt* keins bekommen.

Wie gesagt, die Entwickelung der heutigen Produktionsweise läuft darauf hinaus, dass der Grundbesitz, soweit dies nicht schon der Fall ist, sich in den Händen von Grosskapitalisten ansammelt.

Vielleicht wird die nächstbevorstehende Form, unter welcher dieser Prozess sich entwickelt, die sein, dass der in Bedrängnis befindliche Grossgrundbesitzerstand seine Güter massenhaft in Aktienunternehmungen umwandelt, so die Besitzer des mobilen Kapitals zu Miteigen-

tümern des Grund und Bodens macht, und dann einen landwirtschaftlichen Grossbetrieb organisiert, welcher der heutigen Gross-Industrie sich an die Seite stellen kann, zugleich aber alle Kleinbauern durch seine Konkurrenz von Haus und Hof treibt.

In der Tat stehen wir vor einer landwirtschaftlichen Revolution. Noch ist nämlich nicht der entscheidende Punkt erreicht, wo die Maschine die Menschenarbeit vollständig beherrscht und wo der Dampf das Pferd verdrängt. Zwar ist man in England diesem Punkt sehr nahe. Es bedarf nur noch weniger genialer Erfindungen, um mit einem Schlage den Dampfackerbau ergiebiger zu machen, als den bisherigen Landbau, dann bricht die Konkurrenz des Dampfs wie eine Lawine los.

Dann ist die Revolution da, welche alle Grossgrundbesitzer nötigt, in den Reihen der Bourgeoisie vollständig aufzugehen, und alle Kleinbauern zwingt, Proletarier zu werden .

IX. (20. Oktober 1871.)

Wir haben in den früheren Artikeln die Verhältnisse des Grossgrundbesitzes besprochen und kommen jetzt auf die durchweg verschiedenen Zustände des kleinen Grundbesitzes.

Dieselben müssen gesondert behandelt werden, weil bei dem Einkommen des kleinen Grundbesitzers — mag es ein sogenannter Ackerbürger, Bauer, Köthner, Kossäth oder Lohnarbeiter mit eigenem Häuschen und Gartenland sein — ein neuer Punkt zur Geltung kommt, nämlich die persönliche Arbeit des Besitzers. Nicht als ob deswegen alles, was wir im Vorgehenden nachgewiesen haben in Bezug auf das Sinken des Werts der Grundstücke durch das Steigen des Zinses und Kapitalgewinnes, sich bei den kleinen Grundstücken nicht geltend machte; es drückt vielmehr die Kapitalmacht auf den kleinen Grundbesitzer noch viel schwerer und in manchen anderen Stücken, so dass derselbe seinem vollständigen Untergang mit raschen Schritten entgegeneilt.

Befindet sich schon der Grossgrundbesitzer in einer üblen Lage, wofern er nicht über bedeutendes Kapital verfügt, um alle wirtschaftlichen Erfindungen, alle neuen Maschinen zu seinem Vorteil auszunutzen, so ist der Kleinbauer — wie wir der Kürze halber alle jene, eigenes Land durch eigene Arbeit bebauenden Grundbesitzer nennen wollen — bereits oft schlimmer gestellt, als die besitzlosen Lohnarbeiter, in deren Reihen alljährlich viele Kleinbauern hinabsinken.

In der Tat kommen wir bei genauerer Betrachtung der Lage dieser Kleinbauern zu dem Schluss, dass sie heute grossenteils sich in derselben Lage befinden, wie zu der Zeit, wo sie sich in Hörigkeit befanden.

Einst hatten die sogenannten Hörigen die Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl Tage in der Woche für die Feudalherren oder die Geistlichkeit zu arbeiten, in der übrigen Zeit konnten sie sich die Lebensnotdurft auf ihrem eigenen Acker erarbeiten, und damit sie ja nicht mehr als die Lebensnotdurft erzielten, waren Zehnten und Gefälle ihnen genug aufgelegt, um bis auf das Letzte herauszupressen, was sie vielleicht erübrigten.

Die Abschaffung der Hörigkeit, besonders wenn sie, wie z. B. in der französischen Revolution des vorigen Jahrhunderts, mit Verjagung aller Feudalherren und Konfiskation ihres Grundbesitzes verbunden war, bewirkte, dass die Kleinbauern nun den ganzen Ertrag des von ihnen bebauten Landes für sich hatten. Dieser Umstand und die durch ihn bedeutend gebesserte Lage der Kleinbauern führten denn auch dazu, dass Männer wie Robespierre bereits den Gesellschaftszustand her-

beigekommen glaubten, in welchem soziale Gerechtigkeit herrscht und jeder den Ertrag seiner Arbeit erhält. Weiterblickende, wie Baboeuf, erkannten zwar, dass, wenn man der Kapitalmacht freies Spiel lasse, diese bald die Stelle der Feudalmacht einnehmen werde, und so ist es auch geschehen.

Ueberall dort, wo der Kleinbauer lediglich für eigene Rechnung arbeitet und somit den Ertrag seiner ganzen Arbeit erhält, ist er schon jetzt, in Frankreich wie in Deutschland, so verschuldet, dass, nachdem er die Zinsen seiner Hypotheken bezahlt hat, er kaum noch die Lebensnotdurft für sich und seine Knechte erübrigt.

Zum Teil aber sind die Besitzer kleiner Grundstücke, um ihr Leben zu fristen, sogar dazu gezwungen, gleich den Hörigen auf einem benachbarten Gute als Tagelöhner zu arbeiten, so dass ihre Stellung ganz ähnlich der geworden ist, die sie vor ihrer Erlösung aus der Hörigkeit einnahmen.

Eine genauere Schilderung aller der Ausbeutungsarten, welchen der Kleinbauer heutzutage unterworfen ist, werden wir im weiteren Verlauf dieser Artikel geben.

X. (25. Oktober 1871.)

Der Ausdruck »Grundbesitzer« ist für den Kleinbauern- oder Kossäthenstand gewissermassen ein Hohn. Nichts widerstreitet mehr dem wirklichen Tatbestande, als wenn diese Leute zur Grundbesitzer- oder überhaupt zur besitzenden Klasse gerechnet werden, in Wahrheit sind sie Arbeiter im vollsten Sinne des Worts, Mitglieder des Proletariats, das heisst, der arbeitenden und ausgebeuteten Klasse des Volks.

Es wird voraussichtlich nicht lange mehr dauern, so wird der Kornwucher und mit ihm die Konkurrenz des Grossgrundbesitzes die Kleinbauern sämtlich von Haus und Hof vertrieben haben, wenn die heutige Entwickelung der Gesellschaft ungehindert fortdauert.

Schon jetzt ist der grossen Mehrzahl der Landleute nur deshalb von den »Güterschlächtern« und »Kehlabschneidern«, wie der Volksmund die Vertilger des Bauernstandes nennt, ein Stückchen Land gelassen, weil die Grossgrundbesitzer mit Gütern ohne Arbeiter nichts anzufangen wissen und daher eine an der Scholle klebende Landarbeiterbevölkerung für ihre Zwecke brauchen.

Es wurden infolgedessen bisher in der Umgebung eines jeden grossen Gutes künstlich die Kleinbauern festgehalten, dadurch, dass man ihnen ein Grundstück, meist Kartoffelland, liess, obschon man den verschuldeten Leuten leicht auch diesen letzten Rest des Bodens hätte nehmen können. Dies Stückchen Land ist aber nicht so gross, dass der Bebauer darauf seinen Lebensbedarf erzielen kann; daher ist er gezwungen, sich zur Arbeit bei den grossen Gutsbesitzern um jeden Preis zu verdingen. Letztere zahlen nun solche Jammerlöhne — uns sind Gegenden bekannt, wo der Tagelohn bei anstrengender Feldarbeit nur 4 Sgr. beträgt —, dass der Landmann kaum den dürftigsten Lebensunterhalt von dem Lohn und dem Ertrag seines Grundstücks zusammen erzielt.

Nicht zufrieden damit, hat der Grossgrundbesitzer es in der Hand, den benachbarten Kleinbauer nur immer dann zur Arbeit heran zu kommandieren, wenn es durchaus nötig ist. Ein Knecht muss das ganze Jahr hindurch versorgt werden; den Kleinbauer entlässt der Gutsherr sofort, wenn die Arbeit aufhört, dringend zu sein.

Dieser Umstand hat in letzter Zeit noch besonders zur Verschlechterung der Lage der Kleinbauern beigetragen. Seit Erfindung der Dreschmaschinen ist es nämlich nicht mehr wie früher nötig, auch im Winter

zahlreiche Arbeiter mit Dreschen zu beschäftigen. Infolgedessen sind diese in Tagelohn arbeitenden Bauern im Winter brotlos und müssen sich oft in weiter Entfernung zu Eisenbahnbauten, Holzarbeit u. s. w. verdingen; ihre Familie wird zerrissen und sie selbst gar oft zerrüttenden Krankheiten preisgegeben.

Trotz dieser trüben Lage der tagelöhnernden Kleinbauern werden alljährliche grössere Bauernstellen zerstückelt, und der Druck der Kapitalmacht schafft ihren Reihen immer neuen Zuwachs.

Schon stehen sie schlechter wie der gewöhnliche Lohnarbeiter, wie der Knecht, aber doch ist die Summe ihres Elends noch nicht erreicht, die Zukunft birgt in ihrem Schoss eine Entwickelung, welche selbst diese schon an sich unhaltbare Stellung der Kleinbauern zerstören muss.

XI. (29. Oktober 1871.)

Wir wollen zunächst die verschiedenen Arten von Ausbeutung betrachten, welche den am günstigsten gestellten Teil der Kleinbauern bedrohen, wir meinen nämlich jene Kleinbauern, welche mit ihrer Familie und, wenn sie keine erwachsenen Kinder besitzen, etwa mit einem Knecht und einer Magd, ihr eigenes Grundstück bebauen, ohne nötig zu haben, Lohnarbeit für grosse Güter zu leisten.

Diese Kleinbauern, von deren glücklichem Leben Romanschreiber und Versemacher genug faseln, leben aber nicht einmal in so günstigen Verhältnissen, wie die im härtesten Kampf mit der Natur liegenden Hinterwäldler Amerikas; was sie durch die civilisierteren Zustände Europas vor jenen voraus haben, geht dadurch doppelt verloren, dass die ausbeutende Kapitalmacht, welcher sie unterworfen sind, sie auf Schritt und Tritt unbarmherziger quält, als es amerikanische Bären und Indianerhorden vermögen.

Hat der Kleinbauer im Schweisse seines Angesichts seinen Acker bebaut und die Ernte eingeheimst, so sollte man glauben, er könne jetzt in Ruhe seine Ernte, welche den wirklich ihm zukommenden Arbeitsertrag ungefähr darstellt, geniessen. Jetzt stellt sich aber ein Heer von Blutegeln ein, welches im Namen der Kapitalmacht zu saugen beginnt, bis nur die knappe Lebensnotdurft übrig bleibt.

Zunächst sind da die indirekten Steuern, die Grundsteuer, die Stempel- und Erbschaftssteuern, die Gerichtskosten und Advokatensporteln, durch welche der Kleinbauer im Verhältnis zu den übrigen Gesellschaftsklassen ganz ausnehmend belastet wird.

Wenn Schlacht- und Mahlsteuer ihn auch nicht drücken, so tun es doch Kaffee-, Zucker-, Tabak- und ganz besonders die Salzsteuer. Ferner sind bei jeder gerichtlichen Massnahme, welche bei den verwickelten Verhältnissen des kleinen Grundbesitzes so häufig sind, so hohe Steuern und Sporteln zu entrichten, dass sie einen beträchtlichen Ausfall im Jahreseinkommen machen. Endlich trifft die Grundsteuer den Kleinbauern viel härter als den Grossgrundbesitzer, denn der meist sehr sorgsam beackerte Boden des ersteren wird viel höher eingeschätzt, als die Jagdgründe des Junkers, obschon es gar nicht die Bodenrente, sondern die Arbeitsleistung des Bauern ist, welche hier besteuert wird.

Sodann kommen als zweites Blutegelheer die Wucherer.

Fast alle Kleinbauern sind verschuldet. Nicht bloss haben zur Ablösung der feudalen Rechte Schulden von ihnen gemacht werden müssen, auch die Erbteilung bewirkt dies fast mit Notwendigkeit. Ein Grundstück darf nicht weiter geteilt werden, als dass bei seiner Bewirtschaftung die ansässige Familie noch ihre volle Arbeitskraft verwenden kann und nicht müssig zu gehen braucht; ist es kleiner, so

ernährt es die Familie nicht mehr, und sie sinkt zu Tagelöhnern herab. Daher wird meistens, wenn ein Kleinbauer stirbt, sein Land nur einem Sohne zuteil, die übrigen erhalten eine Geldsumme. Dies führt aber notwendig zu immer tieferer Verschuldung der kleinen Bauerngüter. Eine Ablösung dieser Schulden ist ein Ding der Unmöglichkeit, denn die Zinsen steigen, wie wir früher ausgeführt haben, fortwährend, und die Kunstgriffe der Wucherer haben in manchen Gegenden Deutschlands die Kleinbauern so weit herabgedrückt, dass sie, um die Zinsen zu zahlen, gezwungen sind, dem Wucherer das Getreide auf dem Halm zu verkaufen.

Als Drittes kommt dazu die Konkurrenz der grossen Gutsbesitzer und das Treiben der Kornbörse, der Kornwucher.

Dies ist ein Punkt, der bisher zu wenig beachtet ist, weil er in neuester Zeit sich erst recht geltend macht. Die Konkurrenz der grossen Gutsbesitzer beruht darin, dass sie durch Dampfmaschinen, vervollkommnete Ackergerätschaften, Drainage, Berieselung, chemischen Dünger, grossartige Viehzucht u. s. w. bei verhältnismässig geringerer Arbeiterzahl, doch grössere Erträge erzielen als die Kleinbauern; dadurch stellen sich die Korn- und Viehpreise so, dass, während die Grossgrundbesitzer einen hübschen Gewinn in die Tasche stecken, die Kleinbauern weit weniger erzielen, als bei ihrer Arbeitsleistung verhältnismässig zu erwarten gewesen wäre. Zugleich ist es den Grossgrundbesitzern möglich, das Schwanken der Kornpreise an der Börse zu benutzen. So lassen dieselben z. B. gleich nach der Ernte ihr Getreide so rasch wie möglich durch Maschinen ausdreschen, um es zu hohen Preisen zu veräussern oder nach auswärts, z. B. nach England, zu versenden. Der Kleinbauer, der langsam den Winter hindurch sein Korn ausdrischt, ist gezwungen, die niedrigsten Preise zu nehmen und es Kornwucherern zu verkaufen, welche durch ihre Manöver dann selbst grosse Summen verdienen. In gleicher Weise sind auch die rheinischen Winzer die geplagtesten Menschen der Welt, während die Spekulanten, die ihnen den Wein abkaufen, hunderte von Prozenten verdienen.

Alle diese verschiedenen Arten der Ausbeutung rauben dem Kleinbauer den Hauptteil seiner Ernte. Was die gesteigerten Kornpreise ihm etwa einbringen, fressen die gesteigerten Zinsen wieder auf.

So ist es denn leicht begreiflich, dass die statistischen Aufstellungen der preussischen Regierung eine sehr bedeutende alljährliche Abnahme der Zahl, sowie ein durchschnittliches Kleinerwerden des Besitzes der Kleinbauern nachweisen.

Zugleich geraten dieselben in immer tiefere Schulden, und immer mehr von ihnen müssen sich zu Holzhauen und Eisenbahnarbeit im Winter bequemen, oder gar Tagelöhnerdienste auf grossen Gütern leisten.

Es ist somit eine Notwendigkeit, dass, wenn die Maschinenentwickelung bis zu einem gewissen Grade gediehen sein wird, so dass die grossen Grundbesitzer hierdurch viel ergiebiger als die Kleinbauern wirtschaften können, und wenn anderseits die Zinsen eine gewisse unerschwingliche Höhe erreicht haben werden, der Augenblick kommt, wo dieser ganze Kleinbauernstand zu Grunde gehen muss.

XII. (3. November 1871.)

Wir haben im vorigen Artikel aufgezählt, welche Feinde den Kleinbauernstand umgeben und zu Grunde richten.

Wenn es nun selbst denjenigen Kleinbauern, die bloss eigenes Land bebauen, unmöglich ist, ihre verzweifelte Lage zu bessern, wenn sie

schon im Kampfe mit dem Kapital unterliegen — was soll man dann von den halb als Kleinbauern, halb als Tagelöhner sich kümerlich durchschlagenden „Loosleuten" u. s. w. erwarten.

Ihre Lage war in Preussen bereits vor 20 Jahren eine völlig haltlose, wie die damaligen statistischen Untersuchungen der Regierung dartun.

Die amtlichen Ermittelungen, welche der Landes-Oekonomierat Dr. v. Lengerke veröffentlicht hat, geben dies zu.

Derselbe giebt das durchschnittliche Einkommen einer zu fünf Personen angenommenen ländlichen Arbeiterfamilie, welche „auskömmlichen Unterhalt" besitze, auf 105 Taler 2 Sgr. 9 Pf. an, und zwar in einigen Regierungsbezirken noch geringer, in Bromberg z. B. nur auf 80 Taler.

Und dies klägliche Einkommen ist nach den Untersuchungen desselben Mannes nicht einmal durchweg vorhanden; die Lage ganzer Arbeitermassen wird von ihm als »dürftig«, als »haltungslos«, als »die unsicherste« bezeichnet.

Wir wollen die in Lassalles Verteidigungsrede: »Die indirekte Steuer und die arbeitenden Klassen« ausführlich wiedergegebenen Untersuchungen v. Lengerkes hiermit nur andeuten, heben aber hervor, dass in denselben die Lage der Loosleute, welche kleine Grundstücke besitzen und zugleich tagelöhnern, als die allerschlechteste bezeichnet wird, während sich die Knechte besser als sie und als die Tagelöhner ohne Besitz und Familie stehen.

Das war die Lage des Landvolks vor 20 Jahren, wie mag sie erst jetzt sein!

Es liegen leider keine genügenden statistischen Untersuchungen vor, so viel geht aber aus allem Bekannten hervor, dass sie womöglich noch schlechter geworden ist.

Die „Berliner Revue", ein streng konservatives Blatt, bemerkte vor Kurzem, dass die Landwirte der Mark Brandenburg mitteilten, vor 20—30 Jahren sei die Lage der ländlichen Arbeiter besser gewesen als jetzt. Damals habe ein uckermärkischer Pferdeknecht gegen 70—90 Taler jährlich ausser freier Beköstigung verdient, jetzt habe er nur 40 bis 45 Taler ausser der Kost.

Die nicht in festem Dienst stehenden Arbeiter müssen sich aber noch um vieles schlimmer stehen, da sie jetzt nach Einführung der Dreschmaschinen meist den ganzen Winter hindurch feiern müssen.

In einer der fruchtbarsten Gegenden Deutschlands, im Norden von Oldenburg und Hannover und im Westen Schleswig-Holsteins, sind gegenwärtig Zustände eingerissen, welche den irländischen nahekommen. Ganze Distrikte, welche früher zahlreiche Ackerbauer ernährten, sind dort absichtlich von den Grossbauern und Rittergutbesitzern verödet und in Viehweide umgewandelt worden.

Dort wird jetzt für die englischen Märkte Vieh gezüchtet und die grosse Masse des Landvolks hat auswandern müssen. Diese Verödung ist so kolossal, dass die Handwerker kleiner Städte in jenen Gegenden, welche früher für das Landvolk arbeiteten, jetzt selbst wegen Mangel an Verdienst zahlreich auswandern.

Wie entsetzlich war ferner der letzte Notstand in Ostpreussen!

Wir könnten diesem noch Manches beifügen, verzichten aber darauf, weil wir sowohl theoretisch als auch an einigen Beispielen den Satz erläutert haben, dass der Kleinbauernstand durch die heutige Produktionsweise vernichtet wird.

Aber nicht bloss diese Krise ist es, welche droht.

Ein echter Bourgeoisökonom würde selbst angesichts dieser Zustände ruhig erklären: Was schadet es, wenn die Kleinbauern untergehen? Es ist ein Fortschritt, wenn an die Stelle des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes der Grossbetrieb mit Maschinen und Lohnarbeitern tritt, und es wird die Krisis beim Untergang des Bauernstandes bald überwunden sein.

Nun, wir wollen den Vorhang vollständig lüften.

Die wissenschaftliche Landwirtschaft ist heute bis zu dem Punkte gediehen, dass der Maschinenbetrieb überall beim Pflügen, Eggen, Düngerverteilen, ja sogar beim Melken des Viehes angewendet werden kann, und dass mindestens drei Viertel Arbeiter bei solchem Betrieb weniger nötig sind, als beim Handbetrieb.

Gleichwohl hat dieser Maschinenbetrieb bis jetzt vollständig nur in einem Teil Englands und in Deutschland etwa beim Dreschen und beim Zuckerrübenbau die Handarbeit verdrängt, weil die Löhne der Handarbeiter, welche man durch die Maschinen ersetzen könnte, billiger kommen als die Zinsen und Reparaturkosten der gesamten Maschinerie. Bis jetzt wird die ländliche Arbeiterbevölkerung noch mit durchgeschleppt, wie etwa die schlesischen Weber.

Aber es ist klar, dass bei den Fortschritten der Wissenschaft ein Augenblick kommen muss, wo die Grenze überschritten wird und wo das Rechenexempel sich dahin löst: Es ist für den Grossgrundbesitzer billiger, Lokomobilen und Maschinen aller Art anzuschaffen, um drei Viertel der Arbeiter zu entlassen, als mit der Handarbeit aller Arbeiter sich zu begnügen.

Dieser Augenblick kann sich jederzeit einstellen, in zwei, fünf, zehn oder zwanzig Jahren, und dieser Augenblick, der kommen muss, kündet nicht bloss eine landwirtschaftliche Umwälzung an; er ist das Signal zur sozialen Revolution.

Denn was wird die Folge jenes Aufschwungs des Maschinenbetriebs sein?

Die Konkurrenz wird unweigerlich jeden Grossgrundbesitzer zwingen, zum Maschinenbetrieb überzugehen, da er nur so noch Gewinn wird machen können. Die verschuldeten Grundbesitzer, welche das Kapital nicht aufbringen können, müssen bankerott werden; alle auf blossen Handbetrieb angewiesenen Kleinbauern werden von Haus und Hof getrieben, um so mehr, da alsdann der Maschinen halber der Grossbetrieb weniger Arbeiter brauchen wird und die Tagelöhner mit kleinen Landstücken entbehren kann. Von den ländlichen Tagelöhnern werden endlich drei Viertel brodlos werden.

Es glaube Niemand, dass wir zu schwarz malen und dass diese Umwälzung ganz allmählich vor sich gehen wird.

Wir haben zur Genüge an der Industrie beobachtet, dass zwei bis drei ja oft nur ein Jahr genügen, um die Produktion in einem Gewerkszweige vollständig umzuwälzen. Die gewaltigen Erfindungen in der Spinnerei und Weberei im Anfang dieses Jahrhunderts haben in weniger als zehn Jahren den Handbetrieb in jedem Lande, welches sie ergriffen, vollständig verdrängt. Noch 1838 beherrschten Bielefelder und schlesisches Leinen, welche durch Handbetrieb hergestellt wurden, den Weltmarkt; schon 1841 lag der Handel damit nach dem Auslande völlig still, weil die englische Maschinenindustrie siegte, und 1846 war das Hungerjahr der Weber.

Die grossartige Anilinfarbenindustrie in den fünfziger Jahren revolutionierte in kürzester Frist die ganze Färberei, um in zwei Jahren plötzlich auf ein Zehntel einzuschrumpfen.

Das amerikanische Petroleum wurde um's Jahr 1864 plötzlich bedeutend billiger, und fast binnen Jahresfrist waren die massenhaften Solaröl und Paraffinfabriken Deutschlands wie vom Erdboden vertilgt.

Wie rasch sind die Nähmaschinen überall zum Verbrauch gekommen!

Von jeder bedeutenderen Erfindung nimmt man in England an, dass binnen drei Jahren alle Fabrikanten des Landes sie einführen müssen, wenn sie nicht durch die Konkurenz zu Grunde gehen wollen.

Mit einem Wort, sobald so eine gewaltige Tatsache, wie der Sieg des landwirtschaftlichen Maschinenbetriebes über den Handbetrieb sich geltend zu machen beginnt, wird sie unwiderstehlich um sich greifen; sie wird vielleicht in fünf Jahren jedes Land sich unterwerfen.

Und wenn es zehn Jahre wären, so wäre der Zeitraum nur dazu da, um die Ratlosigkeit der Verehrer der heutigen Gesellschaft zu beleuchten!

Drei Viertel aller Landleute werden überflüssig, also die Hälfte des ganzen Volks!

Die besitzende Klasse hat sie durch Maschinen ersetzt, braucht sie nicht mehr! Kein Grundbesitzer kann, wenn er sich nicht selbst schädigen will, sie beschäftigen!

Wir haben an den Spinnern und Webern gesehen, welche entsetzliche Folgen das Brotloswerden eines Zwanzigstels des Volks mit sich bringt. Jetzt denke man sich die Hälfte des Volks auf die Landstrasse geworfen.

Zunächst werden sich die Landarbeiter allerdings arbeitsuchend in die Städte begeben. Aber sobald dort der Arbeitsmarkt überfüllt ist, wird nichts anderes erreicht, als dass die industriellen Arbeiter in dieselbe Not geraten.

Und was dann?

Das halbe Volk ist überflüssig!

Sollen die Maschinen verboten werden? Unmöglich!

Sollen die Proletarier auswandern? „Armeekorps wirft man nicht durch die Luft“ sagt Moltke; Völker hext man erst recht nicht nach fernen Weltteilen!

Soll es dann beim Malthus'schen Mittel bleiben? Sollen die überflüssigen Proletarier verkommen und verhungern? Wenn es Perser oder Inder wären, dann ginge es wohl an; aber es werden Deutsche und Franzosen sein, denen drei Jahre in der Kaserne das Hauen und das Schiessen gelehrt ist!

Ratlos wird die besitzende Klasse dastehen, wenn sie durch ihr Prinzip des „Gehenlassens, wie es gehen will“, den Augenblick hat herankommen lassen, wo auch das Landvolk aus seinen gewohnten Bahnen getrieben wird, wo ein plötzliches Massenelend ein Aufwogen des gesamten Proletariats erzeugen wird.

Niemand kann künstlich eine solche Bewegung erzeugen; Niemand aber wird sie eindämmen können, wenn sie erst einmal da ist.

Hat die machthabende Klasse so lange die friedliche, gesetzliche soziale Revolution verzögert, dann wird — wie Lassalle ankündigte — die soziale Revolution gewaltsam hereinbrechen mit wildwehendem Lockenhaar, eherne Sandalen an den Füssen.

XIII. (10. November 1871.)

Nachdem wir in den bisherigen Artikeln die Stellung des Grundbesitzes innerhalb der heutigen Gesellschaft geschildert und nachgewiesen haben, welche Folgen das Umsichgreifen der kapitalistischen Ausbeutung erzeugt, bleibt uns noch zum Schluss übrig, die Ansichten der Sozialisten über den Grund und Boden und seine Nutzbarmachung für die Menschheit zu erörtern.

Selbstverständlich verwerfen die Sozialisten von vornherein jede Art von Ausbeutung des arbeitenden Volks durch Einzelne, somit auch das Gewinnen der Bodenrente durch die Grundbesitzer.

In der sozialistischen Gesellschaft soll lediglich die Arbeit, die körperliche und geistige Anstrengung der Menschen, belohnt werden durch den Genuss der erzeugten Güter, und ferner soll die Arbeit im Grossen und mit Hilfe aller Erfindungen der Wissenschaft betrieben werden.

Es ist daher klar, dass in der vollständig ausgebildeten sozialistischen Gesellschaft, Industrie wie Landwirtschaft, beide durch Arbeiterproduktiv-Associationen betrieben werden müssen. Es werden in diesem Falle die Kleinbauern und Landarbeiter aus ihrer gegenwärtigen Lage, wo sie den mannigfaltigsten Ausbeutungen preisgegeben sind, erlöst sein und den ihrer Arbeit entsprechenden Teil an dem nationalen Arbeitsertrage unverkürzt erhalten.

Die Organisation der Landwirtschaft hat man sich dann im grossen Ganzen etwa folgendermassen vorzustellen: Aller Grund und Boden ist Gemeineigentum. Die einzelnen Dörfer bilden mit so viel umliegenden Grundstücken, als von der Dorfbevölkerung bebaut werden können, eine Produktivgenossenschaft, und die zur Oberleitung der Industrie und des Landbaues gewählte Volksvertretung sorgt dafür, dass jenen Produktivgenossenschaften, respektive Dorfgemeinden, durch Wege- und Eisenbahnbau, sowie durch Lieferung von Ackerbaumaschinen, chemischen Dungstoffen, Zuchtvieh u. s. w. der Ackerbau möglichst ergiebig und mühelos gemacht wird. Alle diese ländlichen Produktivgenossenschaften stehen untereinander in Verbindung, bilden gewissermassen eine einzige Association, damit einzelne Dorfgemeinden nicht durch den schlechteren Boden oder durch Missernten vor anderen benachteiligt werden, sondern damit der Gewinn unter sie der von ihnen geleisteten Arbeit entsprechend verteilt werden kann. Endlich hat die leitende Volksvertretung abzuschätzen, wie sich die alljährlich hervorgebrachten Mengen von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten zu einander und zu der auf sie verwendeten Arbeitsmenge verhalten, damit so in gerechter Weise festgestellt wird, wie viel an Jahreseinkommen die verschiedenen Arbeiterzweige verlangen können.

Dies sind die Hauptzüge des sozialistischen Landbaues.

Es ist vielfach behauptet worden, dass die Landleute kein Verständnis dafür hätten und vor Allem die Kleinbauern hartnäckig am Privatgrundbesitz hingen.

Dies ist nach unserer Ueberzeugung jedoch irrig. Die Tagelöhner der grossen Güter sehen an und für sich eben so gut wie die industriellen Arbeiter ein, dass sie als Lohnarbeiter nicht den Betrag ihrer Arbeit, der ihnen naturrechtlich zusteht, erhalten. Die Kleinbauern, selbst wenn sie nicht zu tagelöhnern brauchen, wissen sich aber sehr wohl zu erinnern, dass sie ihre Lage durch Teilung des Gemeindeigentums durchaus nicht verbessert, sondern verschlimmert haben; sie wissen auch die Vorteile zu schätzen, welche der Sozialismus ihnen bringen würde, wenn sie statt einzeln tief verschuldet sich zu quälen und untereinander zu prozessieren,

als Dorfgemeinde gemeinsam im Grossen wirtschaften, die Staatswaldungen und Maschinen benutzen und eine ergiebige Viehzucht treiben könnten, was sie jetzt alles den grossen Gutsbesitzern und Domänenpächtern überlassen müssen.

Es ist offenbar nur eine Frage der Zeit, ob der Sozialismus auch die Landbevölkerung ergreift, und es ist klar, dass je mehr die Kleinbauern dem Wucher verfallen und je zahlreicher auf den grossen Gütern die Maschinen werden, welche die Lohnarbeiter brotlos machen, je mehr auch das Landvolk die sozialistischen Wahrheiten begreifen und den Kampf für seine Menschenrechte führen wird.

Es ist für uns jetzt noch die Frage zu beantworten: Sind der Bewegung unter den ländlichen Arbeitern ausser der Ereichung des Endziels, der sozialistischen Gesellschaft, noch direkt innerhalb der heutigen Gesellschaft Aufgaben gestellt? Wir müssen dies bejahen.

Zunächst ist die Forderung der politischen Freiheit, Besserung der Schulen u. s. w. den Landarbeitern, wie den städtischen gemeinsam.

Sodann müssen die Lohnarbeiter der grossen Güter, Tagelöhner, sowie Knechte und Mägde, dahin streben, gegen die ausbeutenden Pächter und Besitzer für bessere Existenz zu kämpfen, sei es durch Streiks, sei es durch den Kampf für gesetzliche Feststellung eines Normalarbeitstages und Abschaffung der Sonntagsarbeit. Die in vielen Gegenden übermässig lange Arbeitszeit — z. B. 14—16stündiges Dreschen per Tag — bei unglaublich niedrigen Löhnen, giebt Grund genug zu solchen Bestrebungen.

Die Kleinbauern sodann würden sehr ihrer eigenen Sache schaden, wenn sie solches Vorgehen der Lohnarbeiter auf grossen Gütern nicht unterstützten, denn gerade die Konkurrenz solcher Güter in Folge billiger Arbeitslöhne hindert die Kleinbauern, ihre Ernte preiswürdig zu verkaufen. Dieselben müssen es sich daher zur Pflicht machen, ihrerseits Vereinigungen zu bilden, um gegen die Grossgrundbesitzer mit den Lohnarbeitern Hand in Hand vorzugehen und selbst den Kornwucherern gegenüber den Verkauf ihes Getreides planmässig zu organisieren. Ferner haben die Kleinbauern vor allem die Aufgabe, gegen die indirekten Steuern, insbesondere gegen die Grundsteuer anzukämpfen, da gerade ihr Stand am meisten darunter leidet.

Wir sehen hieraus, dass sich unter der Landbevölkerung ebenso gut Stoff zu einer sozialistischen Bewegung bietet, wie unter den Industriearbeitern.

Auch haben in neuerer Zeit unter den Kulturländern Europas sich immer häufiger darauf hindeutende Anzeichen unter den Landleuten geltend gemacht.

Umsomehr als die im vorigen Artikel geschilderte Umwandlung der Landwirtschaft fortschreitet, der Ackerbau der Industrie ähnlicher wird und der Kleinbauernstand seinem Untergang sich nähert, wird auch die ländliche Arbeiterbevölkerung in Bewegung geraten.

Endlich werden dann Not, Elend und Ausbeutung und die Erkenntnis der Klassenlage des arbeitenden Volks die Verbrüderung der gesamten ländlichen mit den städtischen Arbeitern bewirken, und dem Massendruck des gesamten Proletariats wird dann die heutige Gesellschaft weichen müssen.

III. Urkunden des Sozialismus.

Urkunden bezüglich des Generalstreiks der holländischen Arbeiterverbände.

6. bis 11. April 1903.

Als der Streik der holländischen Eisenbahner, der sich gegen den Befehl der Eisenbahndirektionen richtete, Güter zu befördern, welche von Streikbrechern der Hafenarbeiter Amsterdams verladen waren, am 31. Januar mit einem völligen Sieg der Eisenbahner geendet hatte, machte sich die von der klerikalen und liberalen Presse aufgehetzte holländische Regierung daran, den Eisenbahnern das Streikrecht zu nehmen, während auch gegen das Streikpostenstehen im allgemeinen, sowie gegen allerlei geringfügige Streikvergehen neue Gesetzesmassnahmen angekündigt wurden.

Zur Verteidigung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und der Eisenbahner im besonderen gegen diese Reaktion wurde daraufhin von einer grossen Zahl kleiner und grösserer Gewerkschaften nebst der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Organisation der »Freien Sozialisten« (Anarchisten) ein »Comité der Abwehr« gegründet und in jeder Gemeinde von Bedeutung ein gleiches Comité eingesetzt.

Das Hauptcomité war zusammengesetzt aus J. Oudegeest und A. van den Berg (für die Eisenbahner), A. C. Wessels und C. Meyer (für die Hafenarbeiter), G. van Erkel (Nationalarbeitssekretariat), W. H. Vliegen (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) und G. Reinders (Freie Sozialisten). Vorsitzender war Oudegeest, Schriftführer Vliegen.

Als dann die zweite Kammer der General-Staaten ziemlich eilig die Gesetze zu behandeln anfing, legten am Montag, den 6. April, die Eisenbahner und die Hafenarbeiter die Arbeit nieder. Dies geschah, nachdem das Comité der Abwehr folgendes Manifest erlassen hatte, das den Tag vorher im ganzen Lande an die betreffenden Arbeiter geschickt worden war und des Nachts 12 Uhr zu ihrer Kenntnis gebracht wurde:

Arbeitsgenossen!

So sollen wir also geknechtet werden!

So soll uns alles Recht, für einen besseren Zustand zu kämpfen, genommen werden!

So wird die Regierung der »Christen« dafür sorgen, dass wir unser Leben auf die unchristlichste Weise von der Welt fortschleppen müssen; — dass Hunger und Elend auch fernerhin unser Loos sein sollen, und dass die Kapitalisten ihre Geldkasten auch fernerhin auf Kosten der Wohlfahrt der Arbeiter sollen füllen dürfen.

Gesetze sollen angenommen werden, durch welche die Arbeiter den Unternehmern ganz und gar unterworfen werden sollen, durch welche jede kräftige Lohnbewegung unmöglich gemacht werden soll, — infolge deren unsere Kinder in denselben traurigen Umständen sollen leben müssen, in denen wir aufgezogen wurden.

Männer und Fauen!

Heute ist die allgemeine Arbeitseinstellung angekündigt worden für alle Arbeiter in den Transportbetrieben zu Wasser und zu Land, sowohl Eisenbahn- wie Hafenarbeiter.

Heute ist der Tag, an dem das ganze niederländische Proletariat gegen seine Unterdrücker sich erheben wird.

Auf denn, ihr alle, die ihr der Unternehmer Willkür und Tyrannei unterworfen seid!

Auf denn, ihr Männer, die ihr als freie Niederländer wisst, dass nur ein Ideal für euch lebt, das Ideal der Freiheit, um euch gegen Unrecht und Ausbeutung zu wehren!

Auf denn, ihr Frauen, die ihr eure Sprösslinge liebt, die ihr wünscht, dass eure Kinder unter glücklicheren Verhältnissen leben mögen, als ihr!

Auf denn, ihr Alle, die ihr wisst, dass die Verhältnisse der Arbeiter Verbesserung erheischen, dass die Verbesserung durch die Erdrosselungs-Gesetze der Regierung verhindert wird!

Heut ist der Tag des Widerstandes!

Heut werden die niederländischen Arbeiter zeigen, dass sie keine Sklaven, keine willenlosen Werkzeuge in den Händen der Unternehmer sind, sondern Menschen, die denken und leben und die die Not fühlen, die fortdauern wird, wenn diese Gesetze angenommen werden.

Wir rufen euch auf, mit uns zu kämpfen; es handelt sich um die Wohlfahrt, um unser Glück, um unsre Freiheit.

Wohlan! schart euch an unsere Seite.

Die Transportarbeiter haben die Arbeit niedergelegt, und *morgen werden mehr folgen!*

Was werdet ihr tun? Das Licht des Tages der Freiheit strahlt uns entgegen. Wünscht ihr das Kommen dieses Morgenrots zu beschleunigen?

Aber wenn ihr dies tut, so wisst, dass ihr beim Niederlegen der Arbeit ruhig bleiben müsst! Eure Tat muss gross und kräftig sein. Wenn ihr dies tut, dann müsst ihr an den Versammlungen teilnehmen, die abgehalten werden. Aber wenn ihr dort nicht zu sein habt, dann gehört ihr zu Hause.

Die Bourgeoisie wird es vielleicht gern sehen, dass ihr Aufzüge veranstaltet oder in grosser Zahl euch auf den Strassen zeigt. Das darf nicht sein!

Die Bourgeoisie wird vielleicht wünschen, dass durch Anstiften eines Blutbades die Bewegung erstickt werden kann. Das darf nicht sein!

Wie man auch trachten mag, euch zu Handlungen zu verleiten, wodurch Schlachtopfer fallen könnten, ihr Alle habt dafür zu sorgen, dass diese Gelegenheit nicht gegeben wird.

Ihr habt ruhig zu bleiben und stark! Ihr habt für eure und für unsere Familien zu kämpfen. Ihr habt für eure Freiheit zu kämpfen! Ihr habt darüber zu wachen, ruhig und vorsichtig, aber mit Kraft, dass das niederländische Proletariat nicht geknechtet wird, sondern dass die niederländischen Arbeiter stolz und frei ihr Haupt erheben und sagen können: Man hat uns in unseren Rechten kränken wollen. Man hat uns zu Sklaven des Kapitals machen wollen. Wir, die Männer, wir werden feststehen für unsere Freiheit und unsere Zukunft.

Es lebe die Arbeiterbewegung!

Das Comité der Abwehr.

* *
*

Am selben Abend richtete das Comité der Abwehr folgende Petition an die zweite Kammer:

An die zweite Kammer der Generalstaaten.

Die Unterzeichneten (Namen), die das Comité der Abwehr bilden, das ziemlich die ganze unabhängige Arbeiterbewegung vertritt, indem sie euch zunächst darauf aufmerksam machen, dass dies ein Comité für die Abwehr ist, das den Auftrag hat, einen Anschlag abzuwehren, der von der niederländischen Regierung wider das für die Arbeiter unentbehrliche Recht der Arbeitseinstellung verübt worden ist, dass dies also nicht ein Comité des Angriffs ist, nicht ein Comité, das zur Aufgabe hat, der heutigen Regie-

rung das Recht auf die Macht zu bestreiten, das Land gemäss den bestehenden Gesetzen zu regieren;

indem sie euch ferner auf die tiefe Beunruhigung und Entrüstung hinweisen, die der in der Strafgesetznovelle niedergelegte Angriff auf das Recht der Arbeitseinstellung in den Reihen der Arbeiter hervorgebracht hat, die in der Lage waren und sind, die Unentbehrlichkeit des Besitzes dieses Rechts zu beurteilen, eine Beunruhigung und Entrüstung, die so gross sind, dass jetzt fast das ganze Eisenbahnpersonal und fast alle Hafenarbeiter in unserem Land die Arbeit niedergelegt haben, welche Tat euch ein Beweis dafür sein muss, wie tief sich die Arbeiter durch die Aussicht gekränkt fühlen, dass die zweite Kammer der Generalstaaten den Gesetzentwurf annehmen werde, während ausser den schon bezeichneten Arbeitern noch andere Tausende nur durch uns bis jetzt davon abgehalten werden konnten, es ihren bereits in Ausstand getretenen Kameraden gleichzutun;

im Namen der bis jetzt in unserer Gesetzgebung niedergelegten und in unserem Land geltenden Rechte, unter deren Bestand, den jedes Jahr in der Thronrede wiederkehrenden Angaben zufolge, Holland nach Ansicht der aufeinander folgenden Regierungen an Wohlfahrt und Blüte zunahm;

im Namen von Tausenden und Abertausenden von Arbeitern unseres Landes, die das Recht der Arbeitseinstellung nicht entbehren können, wenn sie aus Zuständen herauskommen wollen, die Holland und der Menschheit zur Schande gereichen;

im Namen der Gesellschaft selbst, die nicht bestehen kann ohne eine Arbeiterklasse, die ihre Pflichten nicht verleugnet, aber auch ihrer Rechte nicht entbehrt;

im Namen von allen diesen richtet das Comité der Abwehr an die Mitglieder der Generalstaaten den Appell, ihre Unterstützung daselbst der Regierung zu entziehen und den Gesetzentwurf für die nähere Erläuterung und Ergänzung des Strafgesetzbuchs nicht anzunehmen.

Das Comité der Abwehr.

*   *
*

Am Mittwoch morgens früh wurde auch für die Bäcker, Steinmetzen und Bauarbeiter der Streik proklamiert.

Am Abend desselben Tages erschien folgendes Manifest des Comités der Abwehr:

Die Losung!

Das Comité der Abwehr,

angesichts der Tatsache, dass die Regierung ihren verbrecherischen Anschlag auf die Rechte der Arbeiter weiterführt und dabei die Unterstützung derjenigen findet, die unter dem Namen von Volksvertretern sich zu willigen Dienern der kapitalistischen Tyrannei gebrauchen lassen,

ruft das ganze Proletariat Hollands auf zur Abwehr durch die allgemeine Arbeitseinstellung aller Arbeiter ohne Unterschied.

Vorwärts, Männer und Frauen der Arbeiterklasse!

Wenn diese brutale Erdrosselung des Rechts geschehen wird, so lasst alsdann die Bourgeoisie Hollands wissen, dass sie sich damit in dem Volk selbst ein feindliches Lager schafft, das ihrer Macht Widerstand zu leisten vermag.

Wer über einen denkenden Kopf und ein freiheitliebendes Herz verfügt, der lege sofort die Arbeit nieder und nehme sie nur auf die Losung des Comités wieder auf.

Auf für die Freiheit!
Auf für das Recht!
Weg mit den Zwangsgesetzen!

Das Comité der Abwehr.

Amsterdam, 9. April 1903.

Nachwort: Tragt Sorge, keine Volksansammlungen ins Leben zu rufen! Bleibt bis zum äussersten gelassen und ruhig! Dadurch werden wir der regierenden Macht jeden Vorwand nehmen, unsere so schöne Bewegung im Blut zu ersticken.

Personen im Dienst von Krankenhäusern und Gasthäusern mögen in keinem Falle die Arbeit niederlegen.

* *
*

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag beschloss das Comité, den Generalstreik aufzuheben. Es tat dies mit folgendem Manifest, das am Freitag morgens früh erschien:

Das Comité der Abwehr an die holländischen Arbeiter.

Der Anschlag der niederländischen Regierung wider die Arbeiterorganisationen auf das Ausstandsrecht der Arbeiter im allgemeinen und das der Arbeiter der Eisenbahnen und der öffentlichen Dienste im besonderen ist vorläufig geglückt.

Mit 81 gegen 14 Stimmen hat die zweite Kammer der Generalstaaten das Zwanggesetz angenommen, und von doppelten und dreifachen Hecken von Bajonetten umgeben, ist der niederländische Kapitalismus nur noch allzu gut imstande, seinen Willen zu dekretieren.

Mitarbeiter! es ist eine Forderung guter Kriegsführung, sich zurückzuziehen, wenn es nötig ist.

Es muss nun sein.

Das Comité der Abwehr hat in der Nacht einstimmig beschlossen, den zur Abwehr der Zwangsgesetze einstimmig proklamierten Arbeiterausstand heute, den 10. April, mittags 12 Uhr, aufzuheben.

Kameraden! Empfangt diese Nachricht mit all der Ruhe, über welche ihr zu gebieten vermögt.

Ihr habt diesen grossartigen Kampf mit heiligem Ernst gekämpft. Bewahrt die Haltung auch jetzt.

Gebt auch jetzt den Machthabern keine Gelegenheit zum Blutvergiessen.

Und dann, in diesem für die niederländischen Arbeiter so ernsten Augenblick haben wir euch ein Wort zu sagen: Wacht über eure Organisationen.

In ihnen liegt eure Hoffnung!
In ihnen liegt eure Zukunft!
Es ist doch wahr, das stolze Wort:

Unser die Welt trotz alledem!

Das Comité der Abwehr.

* *
*

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag und in der folgenden Nacht fand in Amsterdam eine Sitzung von Vorständen der Gewerkschaften und der beiden oben genannten politischen Parteien statt, worin das Comité sich wegen seiner Massnahmen verantwortete. Es tat dies mit folgender schriftlich aufgesetzten Erklärung:

Das Comité der Abwehr,
durch verschiedene Arbeiterorganisationen ersucht, öffentlich zu erklären, welches die Gründe sind, die bei der Beschlussfassung über die Aufhebung des allgemeinen Arbeiterausstandes den Ausschlag gegeben haben, glaubt demgemäss die folgenden Hauptgründe bekannt machen zu sollen.

1. Der mehr als schwache Stand des Eisenbahnausstands.

Um mit einem Eisenbahnausstand den Einfluss auszuüben, der erfordert war, musste in den grossen Centren der Verkehr, wenn nicht ganz und gar, so doch im überwiegenden Masse stillgesetzt werden können.

Damit stand es nun am Donnerstag Abend, den 10. April, folgendermassen: In Leeuwarden, Almeloo, Zutfen, Deventer, Kesteren, Apoldoorn, Geldermalsen, Nymwegen, Leiden, Gouda, Delft, Schiedam und in den ganzen drei Provinzen Zeeland, Nord-Brabant und Limburg streikte niemand oder nahezu niemand, abgesehen von Maastricht, von welchem Platz wir jedoch später vernahmen, dass dies lediglich deshalb geschah, weil man die Ausständigen nicht wieder hatte annehmen wollen. Schwach stand es in Amsterdam, Zwolle, Arnheim, Winterswijk, Hengeloo, Enschede, Groningen, Zaandam, während Oudegeest nach Rotterdam gereist war, gerade weil es dort so zweifelhaft stand. Gute Berichte lagen bis zu dem Augenblick nur aus dem Haag, Amersfoort und Utrecht vor.

Das Comité hatte bereits beschlossen, auf Freitag Abend eine Generalversammlung der Vorstände zu dem Zweck auszuschreiben, die Aufhebung des Ausstandes vorzuschlagen, als aus Utrecht der Bericht kam, dass die Sache für den folgenden Morgen dort hoffnungslos stand.

Das Comité glaubte im Angesicht der bedenklichen Folgen, die das Umfallen von Utrecht, das bis zu dem Augenblick ein prächtiges Vorbild gegeben hatte, am folgenden Tag notwendig nach sich ziehen musste, nicht länger warten, sondern den Ausstand noch in der gleichen Nacht aufheben zu sollen.

Ein fernerer Beweis von der grossen Schwäche des Ausstandes war es, dass die Hauptvorstände der Eisenbahnerorganisationen einen Brief an die Direktionen geschrieben hatten, worin u. a. angefragt wurde, ob bei Wiederaufnahme der Arbeit alle wieder an die Arbeit würden gehen können, welche Frage die Direktion ebenso wie die anderen Fragen zu beantworten verweigerte.

Dies ist der Hauptgrund für den Beschluss der Aufhebung des Ausstandes.

2. Der schwache Stand von beinahe allen anderen Ausständen.

Ausser unter den Hafenarbeitern war der Ausstand in Amsterdam bloss im Baufach, der Metall- und Diamantenindustrie ein allgemeiner. Der Bäckerausstand stand so schlecht, dass der Vorstand schon an das Comité das Gesuch gestellt hatte, den Ausstand aufheben zu dürfen. Der Ausstand der Typographen war total verunglückt. Alle Tageblätter erschienen, als ob gar nichts vorlag.

So stand es in diesen beiden Berufen in Amsterdam; ausserhalb Amsterdams war mit einer einzigen Ausnahme in diesen beiden Fächern keine Spur von einem Ausstand. Der Ausstand der Gemeindearbeiter, auf den grosse Erwartungen gesetzt wurden, hatte ausser in den Gasfabriken und im Reinigungsdienst sehr schwächlich eingesetzt. Die anderen Ausstände übten wenig oder keinen Einfluss aus.

3. Die zweite Kammer hatte das Gesetz schon angenommen; die erste Kammer war auf Freitag Mittag 3 Uhr einberufen. Man musste darauf vorbereitet sein, dass das Gesetz noch am Freitag Abend in Kraft treten werde. Eingeholte juristische Auskunft hatte dem Comité als die unmittelbare Folge der Einführung dargelegt, dass:

a) alle Eisenbahnarbeiter, die sich organisiert weigern würden, an die Arbeit zu gehen, wenn sie dazu berufen werden, — mit bis zu zwei Jahren Gefängnisstrafe im Höchstfall würden bestraft werden können;

b) alle Leiter des Eisenbahnausstandes, und so nicht allein das Comité der Abwehr, sondern auch alle Leiter von Ortscomités, ferner nicht nur die Hauptvorstände, sondern auch die Zweigvereinsvorstände der Eisenbahnerorganisation mit bis zu vier Jahren im Höchstfalle würden bestraft werden können.

Sprecher in den Versammlungen und Schreiber in der Presse, welche die Eisenbahnarbeiter zum Ausstand anspornten, würden der Anreizung zu einer strafbaren Handlung schuldig sein, worauf bis zu fünf Jahr stehen.

Die Anzahl der strafbaren Personen würde mindestens 2—300 Personen betragen. Und angesichts der grossen Mühe, die man überall hatte, die Eisenbahnarbeiter zum Festhalten zu bringen, würde die Zahl der strafbaren Fälle unzählbar gewesen sein, während zu erwarten war, dass die

Gerichtshöfe unter diesen Umständen dieses Gesetz mit der grössten Härte anwenden würden.

Wäre dies alles noch zu unternehmen gewesen, so lange der Eisenbahnausstand felsenfest stand, so wäre es unter den mitgeteilten Umständen der pure Wahnsinn gewesen.

Als das Comité beriet, war es nach aller Meinung nur noch 15 oder 16 Stunden vor der Verkündigung des Gesetzes. Es war also die höchste Zeit, die beteiligten Personen zu warnen. Hätte der Ausstand angedauert, so hätten die Vorstände doch gewarnt werden müssen, keine Führerschaftstätigkeit mehr zu entfalten, infolgedessen der Ausstand ohnehin in sehr kurzer Zeit sich total verlaufen haben würde.

4. Ein weiterer Grund für das einmütige schnelle Auftreten des Comités ist, dass auf Freitag verschiedene neue Ausstände erwartet wurden, die unter den bestehenden Umständen vollständig nutzlos neue Schlachtopfer zur Folge haben würden. Ward der Beschluss der Aufhebung des Ausstandes in der Nacht vor dem Freitag gefasst, dann konnte dem vorgebeugt werden.

Dies sind die Hauptgründe, die das Comité der Abwehr zu seinem Beschluss geführt haben.

Ueber diese Gründe sind alle Mitglieder des Comités einig.

Das Abwehr-Comité.

Mitgeteilt von J. F. A.

[Ein längeres Manifest des Vorstandes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands über den Generalausstand wird in nächster Nummer von uns veröffentlicht werden. Red. der Dok. des Soz.]

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

21. März 1903.

Der Trierer Schulfall. — Karl Marx, Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie. — K. Kautsky, Sozialismus und Landwirtschaft. — G. Link, Zum zweiten Bauarbeiterschutzkongress. — Literarische Rundschau. — Notizen.

28. März 1903.

Wahlfragen. — K. Kautsky, Sozialismus und Landwirtschaft. — Heinrich Cunow, Wirtschaftliche Umschau. — Friedrich Stampfer, Gewissensfragen. — Literarische Rundschau. — Notizen.

4. April 1903.

Ein moderner Hexenprozess. — Janko Sakasow, Die makedonische Frage. — Rudolf Krafft, Wie der Moloch wächst. — S. Weinberg, Der werdende Verbrecher. — Dr. Max Bach, Beiträge zu einer Geschichte der Internationale. — Notizen.

11. April 1903.

Dieselbe faule Wurzel. — Jean Longuet, Der Kongress in Bordeaux und die französischen Sozialisten. — Dr. Max Bach, Beiträge zu einer Geschichte der Internationale. — Klara Zetkin, Das Weib und der Intellektualismus. — Literarische Rundschau.

18. April 1903.

Suprême paresse. — Romeo Soldi, die politische Lage in Italien. — Heinrich Schulz, Landerziehungsheime. — A. M. Simons, Die sozialistische Presse in den Vereinigten Staaten. — Klara Zetkin, Das Weib und der Intellektualismus. — Emilio, Eine Arbeiterfabrik in Belgien. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

April 1903.

Max Schippel, Die Brüsseler Zuckerkonvention, England und die englischen Kolonien. — Eduard Bernstein, Der Marx-Kultus und das Recht der Revision. — Lily Braun, Mutterschaftsversicherung und Krankenkassen. — Oda Olberg, Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. — Wally Zepler, Das Jahrhundert des Kindes. — Otto Rühle, Die wirtschaftliche Lage der sächsischen Volksschullehrer. — Dr. August Winter, Zur Rechtsprechung in Arbeiterversicherungssachen. — Rundschau (Politik, Wirtschaft, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Sozialpolitik, soziale Kommunalpolitik, Aus der Zeit, Bücher, Notizen).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

April 1903.

Eugène Fournière, Les systèmes socialistes. — Jean Jaurès, Le programme socialiste. — Millerand, Le socialisme réformiste. — E. Eberlin, Le Christianisme et le Tolstoisme. — Angelo Majorana, La Municipalisation des services publics en Italie. — Adrien Veber, Mouvement social. — E. F. — J. Wyte, Revue des livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. März und 1. April 1903.

Hubert Lagardelle, Karl Marx. — P. Renaudel, Le »Cas Millerand« et le Congrès de Bordeaux. — Beatrice et Sidney Webb,

L'évolution du Trade-Unionisme en Angleterre. — Karl Marx, La question juive. — Enquète sur l'anticléricalisme et le socialisme, Reponses d'Alessandro Schiavi et Keir Hardie. — M. A. Macpherson, Angleterre. — Jules Ühry, France. — Griffuelhes, France. — Bibliographie. — L'art, la Literature. — Critique des Poèmes.

15. April 1903.

Hubert Lagardelle, La comédie de Bordeaux. — W. H. Vliegen, Les événements de Hollande. — Beatrice et Sidney Webb, L'évolution du Trade-Unionisme en Angleterre. — Enquète sur l'anticléricalisme et le Socialisme, Reponses de Th. Hagerty, John Spargo et Kautsky. A. Blumer, Allemagne. — Bibliographie, Notices, Les publications socialistes.

Études Socialistes, Paris.

Januar—Februar 1903.

G. Sorel, Observations sur le régime des Chemins de fer. — Karl Marx, La question juive. — Art. Labriola, La fonction des Idéologues. — Jules Guesde, Lettre au Pape Léon XIII.

L'Avenir Social, Brüssel.

März 1903.

H. Quelch, Le socialisme. — Concentration capitaliste aux Etats-Unis. — G. De Leener, Les trusts en Belgique. — Victor Serwy, Le mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical. — Bulletin Coopératif. — Le Mouvement Communal.

April 1903.

Bernstein, La question macédonienne. — Victor Serwy, Le mouvement ouvrier et socialiste internationale. — Bulletin Syndical: Histoire de l'Association des paveurs allemands (trad. p. Zéka). — Bulletin Coopératif: Victor Serwy, Chronique coopérative. — Le Mouvement Communal: E. Vinck, Rapport de la Fédération des conseillers communaux.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. April 1903.

Editorial Brevities. — Th. Rothstein, Municipal Socialism. — John E. Ellam, Socialism or Labourism. — The Socialist Social Reform and Labour Movement in the english speaking World outside the United Kingdom. — Three Lettres from Marx to Professor E. S. Beesly. — Clericalism and the Socialist Attitude thereto. — The Reviews. — Interesting Extracts from various sources. — Comtism and Marxism.

The International Socialist Review, Chicago.

1. März 1903.

Dr. J. N. Rubinow, The Industrial Development of the South. — May Wood Simons, The Economic Interpretation of History. — Meeting of national Executive Committee. — Organized Labor and the Militia. — A. M. Simons, Kropotkins Mutual Aid. — H. W. Boyd Mackey, The historical Study of Sociology. — Editorial. — World of Labor. — Book Reviews.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. und 16. April 1903.

La Critica sociale, I "socialisti révoluzionarii" alla prova. — Garzia Cassola, La questione anticlericale in Francia. — Prof. Edvardo Bonardi, Mazzini e il socialismo. — Prof. Carlo Conigliani, Movimento operaio e produzione nazionale. — Pietro Fontana, I semplicisti del materialismo storico. — Giulio Casalini, A difesa delle madri operaie. — Gino Murialdi, Mutualita vecchia e nuova. — A Cabiati e L. Einaudi, Orti delle Esperidi. — E. Masè Dari, Risposte stizzose. — Filosofia, letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

25. März 1903.

B. F., Riformisti e rivoluzionari. — Millerand e Jaurès. — Enrico Leone, I contratti agrari e di lavoro. — Gustav Bang, Il lavoro delle donne e dei fanciulli, e la mortalità. — W. A. Bonger, La situazione in Olanda. — Paolo Orano, I patriarchi del socialismo. — II. Gesu. — Oda Lerda Olberg, Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — E. Ferri, La deliberazione antiministeriale del gruppo socialista. — Disegni e caricature.

10. April 1903.

Enrico Ferri, Le sciopero di Roma. — Enrico Leone, I contratti agrarii e di lavoro. — L. Domokos, Governo, socialisti e contadini in Ungheria. — Nix, Varieti d'arte e di scienza. — Vandervelde, Tirnig, Quelch, Oda Lerda Olberg. — Rivista della Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e carricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

April 1903.

Dr. H. Gorter, De Politieke Toestand. — J. V. D. Tempel, De Duitsche Vakbeweging. — Henr. Roland Holst, Nicolaas Beets. — W. van R. J. R., Jean Jaurès' Histoire socialiste. — H. Roland Holst, Het Congres. — J. Saks, Ouderwetsche Lectuur.

Akademie, Prag.

April 1903.

Frant Modracek, Studie o Proudhonovi. — F. J. Cermak, Rozhodci soudy urazovych pojisfoven delnickych. — Dva projevy o socialismu a antiklerikalismu (Pavla Lafargua a Augusta Bebla). — Dr. L. Winter, Novy celni tarif a agrárnici. — Verus, O nezdarech konsumniho hnuti u nás. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

Przedswit, Krakau.

April 1903.

Po dwudziestu latach. — St. Palinski, Ze wspomnien wygnanca. — M. Lusnia, Socyalism a pokoj europejski. — L., Wrzenie w rosyi. — A. U., Sprawy Finlandskie. — A. W., Sprawozdania. — W., Sprawozdanie Komisyi Nadzorczej Skarbu Narodowego. — S. Prasy. — Edbor, Z Kraju i o Kraju. — Bibliografia. — Luzne notatki.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Nineteenth Century and after, London, vom April 1903 enthält einen Artikel »The Independent Labour Party« aus der Feder G. Keir Hardie's, der diese sozialistische Partei im Haus der Gemeinen vertritt. Er schildert ihre Stärke und Politik, die Ausbreitung des ihr nahestehenden Comités für Arbeitervertretung, das bei den nächsten Parlamentswahlen mit etwa 50 Kandidaten auf den Platz treten werde, und prophezeit der liberalen Partei, wie sie sich auch zu diesen Kandidaten stelle, ob sie sie unterstütze oder bekämpfe, den Untergang.

Ein in der gleichen Nummer der genannten Zeitschrift veröffentlichter Artikel der Gräfin Warwick, der die Ueberschrift trägt: A Social Experiment, handelt von der Arbeits-Kolonie der Salvation Army in Hadley. Die Verfasserin bestätigt auf Grund von Erfahrungen auf den eigenen Gütern, dass es der Verwaltung der Kolonie gelungen sei, aus herabgekommenen Arbeitern der Hauptstadt brauchbare Landarbeiter heranzuziehen.



V. Notizen.

Zur Schrift von Chr. Cornélissen »Théorie de la valeur« (bespr. in Heft 3 der Dok. des Soz. S. 106 ff.) geht uns folgende Zuschrift zu:

Herr Redakteur! Ich habe soeben Ihre Kritik des Buches von Christian Cornélissen gelesen, und ich erlaube mir, Ihnen einige darauf bezügliche Einwände vorzulegen. Ich will keineswegs seine Theorie gegen die Ihrigen verteidigen; aber ich möchte Sie auf etwas hinweisen, was ich als Uebersetzungsfehler betrachte.

Sie lassen die im Vorwort auf S. X stehende Phrase *s'il est vrai*, die Sie mit »wenn es wahr ist« übersetzen, nicht gelten. Ich glaube, Sie haben unrecht, wenn Sie meinen, dass dies »eine Sentenz ist, welche zwecklos ins Breite zieht« (S. 107, Zeile 3). Es ist dies ganz einfach eine vorsichtige Ausdrucksweise, wie Sie im Deutschen sagen könnten: »Daher nimmt... Existenz bezieht, meines Erachtens einen der ersten Plätze ein, *insoweit man* von Rangstellungen.... reden kann« (S. 106, Zeile 6 von unten).

Der auf Seite XI des Vorworts stehende Satz: »Für die zwei grossen.... metaphysischen Gruppen« wird ebenfalls kritisiert. Die französische Sprache ist elastischer, als Sie annehmen. Um dem Satz eine Schwerfälligkeit zu ersparen, sind die Worte: »Die Vertreter der.... und die Vertreter der....« unterdrückt, und kein Franzose wird sich beim Lesen des Satzes einem Irrtum hingeben. Der Stil dieses Satzstückes enthält sicherlich nichts »Ungeheuerliches«.

Der wichtigste Punkt ist der bezüglich des Untertitels: »Réfutation de...«. »Widerlegung« ist vielleicht die Uebersetzung für das Wort, aber es gibt seinen Sinn nicht wieder. Sobald der Verfasser die Theorien, die er citiert, nicht anerkennt, kann er kein anderes Wort gebrauchen, als Réfutation, was ganz einfach und sehr höflich sagen will: »Erörterung, um zu beweisen, dass sie falsch sind«. Sie meinen vielleicht, dass Chr. Cornélissen bescheidener gewesen wäre, wenn er gesagt hätte: »Kritik...«, wie Marx gesagt hat: »Kritik der politischen Oekonomie«. Aber dies Wort hätte seinen Gedanken nicht wiedergegeben, denn es hat im Französischen den Sinn, den Kant ihm in der »Kritik der reinen Vernunft« gegeben hat. Unsere Kunstkritiker sind viel mehr Bewunderer, als abschätzige Beurteiler (péjorateurs), und ich wiederhole, dass der Verfasser kein anderes Wort brauchen konnte, um seinen Gedanken in aller Bescheidenheit auszudrücken.

Ich bitte Sie, Herr Redakteur, die Versicherung meiner Hochachtung entgegen zu nehmen.

S. P. R....

Paris, 14. April 1903.

[Wir glauben es der Unparteilichkeit schuldig zu sein, die Zuschrift abzudrucken, halten aber die berührten Punkte nicht für bedeutend genug, unsere Auffassung hier des längeren zu verteidigen. Was wir vornehmlich an der, keineswegs verdienstlosen Arbeit Cornélissens aussetzen zu müssen glaubten, wird durch die Gegeneinwände kaum berührt. Red. der Dok.]

Ueber eine John Milton zugeschriebene Utopie berichten die Londoner »Times« in ihrer Wochenausgabe vom 6. Februar 1903. Es handelt sich um einen 1648 in London anonym erschienenen Roman: *Novae Solymae Libri Sex.*, den ein Geistlicher, der Rev. Walter Begley, jetzt ins Englische übertragen und, mit Einleitung, Glossen etc. versehen, bei John Murray in London veröffentlicht hat.

Nach den »Times« charakterisiert sich der Roman im Aufbau und Umriss wesentlich als eine Nachahmung früher verfasster Utopien, und zwar seien als die Hauptmuster Bacons Nova Atlantis und Barclays Argenis zu

betrachten, während gelegentlich auch Anklänge an Lylys Euphues und Montemayors Diana hineinspielen. Zwei Reisende, Politian und Eugenius, begleiten den jugendlichen und in jeder Hinsicht vollkommenen Joseph, einen fahrenden Bürger von Nova Solyma, in dessen Heim in Neu-Jerusalem, eine Musterstadt, die als auf dem Gipfel eines Berges gelegen beschrieben wird. Dort werden die Fremden, wie in der Neuen Atlantis, mit ausserordentlicher Gastfreundschaft empfangen und wandern nun durch eine Reihe von Einrichtungen dieses utopischen Gemeinwesens. ›Es scheint‹, schreiben die ›Times‹, ›dass die Hebräer des Neuen Jerusalem das Christentum angenommen hatten. Gute Gesetze und militärische Einrichtungen werden, heisst es, in Nova Solyma als einem guten Erziehungssystem untergeordnet betrachtet... Das vierte Buch eröffnet mit einer praktischen Demonstration, der eine lehrhafte Rede über die Schädlichkeit starker Getränke folgt. Der didaktische Zug, der den Roman von Anbeginn an bedroht hat, drängt sich immer mehr und mehr auf. Die jungen Engländer nehmen infolge des andauernden Besuchs der Universität und der öffentlichen Vorträge in Nova Solyma ‚an Anmut' zu.‹ Der Roman endet mit dem Sieg zweier volkstümlicher Kandidaten bei einer öffentlichen Wahl und der Verlobung der beiden Engländer mit den Zwillingsschwestern ihres Wirtes.

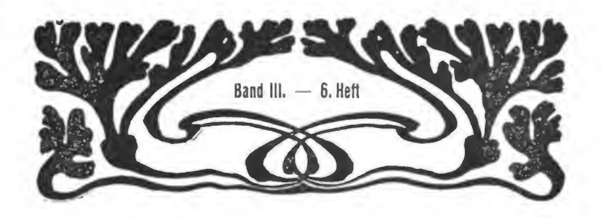
Nach alledem würde der Roman in die Erziehungsutopien einzureihen sein, doch mag ihm auch ein Stück politischer Tendenz innewohnen. Aus verschiedenen Gründen schliesst Mr. Begley, dass der Roman in der Zeit von 1632 bis 1638 verfasst worden sei, wo Milton bei seinem Vater in Horton wohnte. Aber dies war die Zeit, wo Karl I. ohne Parlament regierte und willkürlich Steuern für Rüstungen eintrieb. So ist es nicht unmöglich, dass sich in der Schrift die politische Opposition Luft machte. Uebrigens halten die ›Times‹ die Verfasserschaft Miltons für sehr zweifelhaft bezw. die inneren Gründe, die Mr. Begley für sie anführt, für nicht zwingend.

Der Titel der jetzigen Ausgabe ist: Nova Solyma, The Ideal City. An anonymus Romance, written in the Time of Charles I. and attributed to John Milton. Der Preis ist 21 Sh. netto.

Richtigstellung.

In Heft 4 der Dok. des Soz., S. 178, Zeile 15 und 16 von unten, muss es statt: ›H. I. J. S. M. [Gesellschaft der IJ. Eisenbahn]‹ heissen: ›H. Y. S. M. [Holländische Eisenbahn-Gesellschaft.]‹

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arbeiter-Sekretariat Halle a. S. Dritter Geschäftsbericht für das Jahr 1902. Bericht über das Gewerkschaftskartell und den Stand der Organisationen. Halle a. S., Selbstverlag des Arbeitersekretariats. 64 S. 8⁰.

Arbeiter-Sekretariat Mannheim. Dritter Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1902 unter Berücksichtigung des Zahlenergebnisses des Jahres 1901. 79 S. 8⁰.

Das Hallesche Arbeitersekretariat empfing im Berichtsjahr 1902 6345 Besucher und erteilte 6362 Auskünfte, die sich wie folgt verteilen: Arbeiterversicherung 1483, Arbeits- und Dienstvertrag 1078, Bürgerliches Recht 1720, Strafrecht 538, Arbeiterbewegung 74, Gemeinde- und Staatsbürgerangelegenheiten 966, Gewerbesachen 121, sonstige Auskünfte 382. Von den Besuchern waren 5186 männlichen und 1159 weiblichen Geschlechts. Dem Beruf nach waren 4612 Arbeiter, und von ihnen waren 74% oder 3425 organisiert. An unorganisierte Arbeiter solcher Gewerbe, für welche gewerkschaftliche Organisationen bestehen, erteilt das aus den Mitteln der Gewerkschaften unterhaltene Institut, selbst wenn Bezahlung angeboten wird, keine Rechtsauskünfte mehr — eine Bestimmung, die von einer im November 1901 abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung getroffen wurde, nachdem vorher in den einzelnen Gewerkschaften das Für und Wider reiflich erwogen worden war. Der Mitgliederbestand der Gewerkschaften Halles war Ende 1902 4728 gegen 4782 zu Anfang 1902 — ein mässiger Rückgang, der auf den grossen Geschäftsdruck zurückzuführen ist, unter dem besonders die Maschinenindustrie Halles zu leiden hatte. Die Organisation der Metallarbeiter verzeichnete einen Rückgang von 940 auf 800. Auch die Organisationen der Maurer und Zimmerer wiesen einen erheblichen Rückgang auf. Dagegen hatten u. a. die Organisationen der Buchdrucker, der Handels- und Transportarbeiter, der Schneider und der Schuhmacher Zunahme an Mitgliedern aufzuweisen.

Das Mannheimer Sekretariat hatte 1902 7690 Besucher gegen 7625 im Jahre 1901. Von diesen Besuchern gehörten 1806 oder 16% dem weiblichen Geschlecht an. Rund 3000 der Auskunft Einholenden waren organisiert, und ziemlich die gleiche Zahl solche Personen, die »ernten, obwohl sie nicht säen«, d. h. unorganisiert waren, obwohl es für sie Organisationen gab. Eine Aussprache hierüber würde, erklärt der Bericht, nicht überflüssig sein. Von den erteilten Auskünften entfielen 2926 auf die Arbeiterversicherung, 2472 auf das bürgerliche Recht und Civilstreitigkeiten, 1371 auf das gewerbliche Verhältnis der Arbeiter und Angestellten, und der Rest, 1131, auf die verschiedenen anderen Gebiete. Ueber den Gewerkschaftsstand Mannheims gibt der Bericht keine

Auskunft, dagegen enthält er Angaben über die Gestaltung des Mannheimer Arbeitsmarkts und die Tätigkeit des Gewerbegerichts und des gewerblichen Schiedsgerichts von Mannheim. Nachahmenswert ist das Adressenverzeichnis für Mannheim am Schluss des Berichts.

Brichta, Dr. M.: **Zurechnungsfähigkeit oder Zweckmässigkeit?** Ein offenes Wort an unsere Kriminalität. Leipzig und Wien 1903, Franz Deuticke. 129 S. gr. 8°. Preis 2 Mk. 50 Pfg.

Vom Standpunkt eines streng materialistischen Determinismus aus entwickelt der Verfasser Grundsätze eines Strafrechts, bei dem die reine soziale Zweckmässigkeit, das Bedürfnis nach Selbsterhaltung der Gesellschaft bezw. die Abwehr gesellschaftsschädlicher Handlungen das allein bestimmende Motiv für Bestrafungen und Strafabmessungen zu bilden habe, jeder Schuldbegriff aber in Wegfall kommt. Anders ausgedrückt, die Strafe wird nicht als Vergeltung, sondern lediglich als Abschreckungsmittel zugelassen, und schon deshalb werden für die verschiedenen Gesellschafts- oder Kulturzustände verschiedene Bestrafungsarten und Massstäbe als angemessen erklärt. So verwirft der Verfasser u. a. jede unbedingte Ausschliessung der Todesstrafe. Prinzipiell setze sich die Zweckmässigkeit der Strafe aus der »Erfüllung folgender drei Grundforderungen zusammen: 1. Erduldung eines Ungemachs durch den Verletzer der Rechtsordnung (Strafpeinigung), 2. möglichste Wahrung der individuellen Integrität des zu Strafenden (Humanität), 3. Erfassen der Strafpeinigung durch das Bewusstsein der Gemeinschaftsglieder (Publizität).« (S. 84.)

Zweifelsohne lässt sich auf der Grundlage dieser Prinzipien ein Strafrecht aufbauen, das von vielen Widersprüchen frei wäre, die der Annahme vom freien Willen anhaften. Steht aber die Alternative wirklich nur zwischen dem absoluten materialistischen Determinismus und der metaphysischen Willensfreiheit der Spiritualisten? Schon indem er die Frage so stellt, macht sich der Verfasser die Sache unerlaubt leicht. Aber die Frage ist nicht, ob der Wille »frei«, d. h. an nichts gebunden, von nichts abhängig ist, sondern ob er überhaupt vorhanden ist und wie er quantitativ und qualitativ beschaffen ist. Können Menschen überhaupt wollen und bis zu welchem Grade können sie wollen, haben sie die Fähigkeit eines vom blossen Triebdrang grundsätzlich zu unterscheidenden Willens? An einer Stelle leugnet dies der Verfasser, indem er erklärt, es dürfe »zwischen der durch das Bewusstsein durchgeleiteten und der ohne Bewusstsein wirkenden Lebenstätigkeit, also zwischen Wille und Trieb, absolut kein grundlegender biologischer Unterschied gemacht werden«. (S. 24.) Aber er hält diesen radikalen Standpunkt schliesslich doch nicht fest, wenn er für die Zweckmässigkeit der Strafe die Einsicht in die Strafbarkeit der Tat, die *libertas judicii*, bestimmend sein lässt. Allerdings findet sich solche libertas judicii auch schon beim Tier, wie z. B. beim Hunde, der aus der Erfahrung weiss, dass, wenn er eine gewisse Handlung begeht, dafür die Peitsche seiner harrt; aber wenn der Hund im Bewusstsein dieses Umstandes eine ihm sonst sehr viel Vergnügen bereitende Handlung unterlässt, so folgt er dabei nicht einem Trieb, sondern einer Wahl oder Entscheidung, einem vom blossen Trieb grundsätzlich zu unterscheidenden Entschluss. Wie es nun Hunde gibt, für die es gar nicht der Vorstellung einer drohenden physischen Strafe bedarf, um sie von gewissen Handlungen abzuhalten, sondern auf deren Verhalten schon die Erinnerung an eine Strafpredigt ihres Herrn diese Wirkung ausübt, so steigert sich beim Menschen die Wirkung von Bewusstseinsäusserungen so weit, dass rein moarlische oder ästhetische Urteile den Naturtrieb vollständig zurückdrängen können. Eine auf Grund solchen Urteils zustande gekommene Handlung — das Unterlassen ist hier je nachdem natürlich auch eine Handlung — als Triebhandlung zu bezeichnen, heisst dem Begriff des Triebes alle Bestimmtheit rauben. Wo gewählt wird, da wird auch gewollt, oder anders formuliert: wo Wahlfähigkeit ist, da ist auch Willensfähigkeit. Nur schwebt diese Willensfähigkeit nicht in der Luft, sie ist, soweit wir dies nachprüfen können, materiell bedingt, desgleichen die Stärke oder Schwäche der Willens-

kraft. Doch scheint es nicht unmöglich zu sein, die letztere durch geistige Uebung zu stärken. Je mehr wir den hierher gehörigen, wissenschaftlich ermittelten Tatsachen nachgehen, um so mehr werden wir zu der Ueberzeugung geleitet, dass beim Denkprozess ein Prinzip mit ins Spiel kommt, das noch nicht genügend erforscht ist, als dass wir mit der Erklärung, er sei eine »materielle Gehirn- und Nervenfunktion«, das ganze Problem prinzipiell für erledigt betrachten könnten. Wo der Verfasser die Frage als im Prinzip entschieden hinstellt, scheint sie unseres Erachtens vielmehr erst anzufangen. Was er als totgeschlagen hinstellt, sind mehr Popanze der nichtmaterialistischen Philosophie, wie deren heute typische Vertreter.

Es gibt noch verschiedene Punkte, hinsichtlich deren wir mit dem Verfasser differieren. Aber wir sind weit entfernt, seine Schrift deshalb gering einzuschätzen. Sie ist anregend und führt den leitenden rechtstheoretischen Gedanken mit grosser Folgerichtigkeit durch. Es ist unseres Erachtens unmöglich, den Willen zu leugnen; aber es ist für uns ganz undenkbar, dass der Wille »frei« sein soll.

* * * **Bücherverzeichnis der öffentlichen Bibliothek und Volkslesehalle Berlin** (S.W. 13, Alexandrinenstrasse 26), abgeschlossen im März 1903. Berlin 1903, Hugo Heimann. 687 S. 8°.

Dies Bücherverzeichnis der ersten grösseren, nach modernen Grundsätzen eingerichteten und geleiteten Bibliothek und Volkslesehalle der Reichshauptstadt weist nicht weniger als einige 16000 Nummern auf, und keinen geringen Raum nehmen in diesem Bücherschatz die in das Gebiet der Sozialwissenschaften entfallenden Wissenszweige ein (Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft im speziellen Sinne, Sozialismus und Sozialdemokratie), wobei noch zu bemerken ist, dass auch eine grosse Anzahl von Werken, die prinzipiell anderen Wissensgebieten angehören, dem Inhalte nach zu mehr oder minder grossen Teilen soziologische Fragen behandeln. Diesem und ähnlichem inhaltlichen Uebergreifen in andere Fächer trägt das Bücherverzeichnis dadurch Rechnung, dass es Bücher, bei denen solches besonders stattfindet, unter allen in Betracht kommenden Rubriken aufführt, ein durchaus zweckgemässes Verfahren, von dem vielleicht noch in weiterem Umfange hätte Gebrauch gemacht werden können, als es tatsächlich geschehen. Indes kommt das Verzeichnis so, wie es ist, weitgehenden Ansprüchen selbst ungeübter Leser entgegen. In würdigem Gewande dargeboten, macht es seinen Urhebern in jeder Beziehung Ehre. Das lediglich aus Privatmitteln unterhaltene, in erster Reihe für gewerbliche Arbeiter berechnete und in der Tat vorwiegend von solchen benutzte Institut hat mit seinen verschiedenen Einrichtungen schöne Pionierarbeit geleistet, und es steht zu wünschen, dass sein Beispiel anderwärts Nachahmung finde.

Calwer, Richard: **Das Wirtschaftsjahr 1902.** Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Für Volkswirte und Geschäftsmänner, Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen. Erster Teil: Handel und Wandel in Deutschland. Jena 1903, Gustav Fischer. 336 S. 8°. Preis 8 Mk., gebd. 9 Mk.

Die Jahresübersichten aus dem Wirtschaftsleben, die der Verfasser bisher unter dem Titel Handel und Wandel erscheinen liess, werden, wie uns das Vorwort ankündigt, nunmehr eine Erweiterung erfahren. Neben einem, wesentlich dem Wirtschaftsleben Deutschlands gewidmeten Jahresbericht erscheint ein zweiter, der sich eingehender mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und Vorgängen im Auslande, bezw. dem Verlauf der Weltwirtschaft befassen wird. Zusammenfassender Obertitel für beide Berichte ist die Bezeichnung: Das Wirtschaftsjahr.

Der vorliegende erste Teil reiht sich in Bezug auf den stofflichen Inhalt und dessen kritische Beleuchtung seinen Vorgängern durchaus würdig an. Ein erstes Kapitel »Im Tiefpunkt des Niederganges« schildert den allgemeinen Geschäftsstand im Berichtsjahr. Dann folgt ein Kapitel über die Entwickelung der Produktion mit Berücksichtigung des Kartell-

wesens und der Rentabilität der Grossbetriebe. Ein weiteres Kapitel oder vielmehr ein aus acht Unterabteilungen bestehender grösserer Abschnitt behandelt die Lage des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Berufsgruppen. Ihm folgen Kapitel über Börse und Bankwesen, auswärtigen Handel und Verkehrswesen, Einkommen und Konsum (mit Berücksichtigung der Warenpreise und der Fleischteuerung), Uebersichten über die wirtschaftspolitischen Reichsgesetze, eine kurze Chronik des Betriebsjahrs, eine Bibliographie der einschlägigen Literatur und als Anlagen eine Anzahl umfangreicher Tabellen.

Das in diesem Band vereinigte Material ist mit grosser Sachkunde verarbeitet. Die sozialpolitische Beurteilung der vorgeführten Tatsachen verlässt nie den Boden strenger Sachlichkeit; der leitende Gesichtspunkt ist das Interesse der Gesamtheit an höchster Wirtschaftlichkeit und Erzielung grössten Wohlstandes für alle. Hier und da lässt der Verfasser sich verleiten, Wirtschaftsvorgänge zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Sondergruppe zu beurteilen, z. B. Preisrückgänge als ungünstige Erscheinungen zu bezeichnen, die vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft sich als das Gegenteil darstellen. Indes das sind Ausnahmen; bei den Zusammenfassungen kommt das Volkswirtschaftsinteresse zu seinem vollen Recht.

Ein gutes Sachregister erleichtert das Orientieren in diesem trefflichen Nachschlagewerk, das sich schnell seinen Platz in der Fachliteratur erobert hat.

*** **Christliche Arbeiterpflichten.** Jesuitische Fragen und sozialdemokratische Antworten. Zur Wahlagitation. Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 24 S. 8⁰. Preis 20 Pfg.

*** **Der Umsturz im Reichstag.** Eine Darstellung der Kämpfe um den Zolltarif nach dem amtlichen Stenogramm. Mit einer tabellarischen Uebersicht der wichtigsten Abstimmungen. Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 32 S. 8⁰. Preis 20 Pfg.

*** **Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern.** Wer sie zahlt und wem sie nützen. Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 16 S. 8⁰. Preis 10 Pfg.

*** **Sozialdemokratie und Zentrum.** Eine Rede **Bebels** in **Bamberg.** Mit einem Anhang zur Wahlagitation. Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 24 S. 8⁰. Preis 20 Pfg.

Vier Flugschriften, die für den Wahlkampf der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl bestimmt sind und für die demgemäss für den Massenvertrieb erheblich niedrigere Preise als die hier angegebenen angesetzt sind. Ihr Inhalt ist im Titel zur Genüge angezeigt. Bezüglich der Schrift Christliche Arbeiterpflichten sei bemerkt, dass sie eine Gegenschrift bildet gegen einen, von der Paulinusdruckerei in Trier herausgegebenen Arbeiter-Katechismus, der die Jesuiten L. v. Hammerstein und Viktor Kathrein zu Verfassern hat. Eine Anzahl von Fragen und Antworten des Katechismus, die sich auf Lebensziele, Religion, Familie, Verhältnis von Arbeiter und Arbeitgeber, Arbeitervereinigungen, Arbeiter und bürgerliche Gesellschaft beziehen, werden vom Verfasser der Flugschrift reproduziert, wobei den Antworten des Katechismus jedesmal entsprechende sozialdemokratische Antworten gegenübergestellt werden. Sieht man von einigen Ausnahmefällen ab, wo der Verfasser sich die Aufgabe etwas gar zu leicht gemacht und der Verlockung, den Wortklaubereien und Begriffsspielereien der genannten Geistlichen mit gleicher Münze zu dienen, nicht genügend zu widerstehen vermocht hat — ganz verwerflich ist in dieser Hinsicht der Schlusssatz des Vorworts —, so kann man die Schrift als mit geschickter Dialektik abgefasste Blosslegung der Schiefheiten und sozialpolitischen Verschwommenheiten des erwähnten Katechismus bezeichnen.

Die Rede Bebels ist eindrucksvoll und schlagend.

Goldscheid, Rudolf: **Zur Ethik des Gesamtwillens.** Eine sozialphilosophische Untersuchung. Erster Band. Leipzig 1902, O. R. Reisland. 552 S. 8⁰.

Eine tief angelegte, glänzend geschriebene Abhandlung, von der wir zunächst nur Notiz nehmen, um ihr später diejenige eingehendere Besprechung zu widmen, auf die sie uns Anspruch zu haben scheint.

Goldenweiser, A., Rechtsanwalt in Kiew: **Zurechnung und strafrechtliche Verantwortlichkeit in positiver Beleuchtung.** Zwei Vorlesungen, gehalten in der russischen Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris. Berlin 1903. R. L. Prager. 72 S. 8⁰. Preis 2 Mk.

Diese Abhandlung behandelt im wesentlichen das gleiche Problem, wie die weiter oben besprochene Schrift des Dr. M. Brichta, ist aber da vorsichtig zurückhaltend, wo jene radikal ist, und zieht furchtlos die letzten Konsequenzen der gewonnenen Einsicht, wo die Brichtasche Schrift einen Kompromiss mit der Ueberlieferung schliesst. Brichta bestreitet jeden grundsätzlichen Unterschied von Trieb und Willen bezw. reduziert den Willen auf den Trieb, um auf dieser Auffassung eine Strafrechtstheorie aufzubauen, die von den überlieferten Strafbegründungen den Abschreckungszweck festhält. Der Verfasser der vorliegenden Schrift dagegen leugnet zwar nicht die Abhängigkeit dessen, was wir Wille nennen, von materiellen Eindrücken, betont aber entschieden, dass der Wille, wenn auch lediglich eine besondere Funktion unserer psychophysischen Organisation, »etwas Vielfältiges und Zusammengesetztes« ist, zu dessen Bestande »ausser bewussten Elementen ihrer Bedeutung nach sehr wesentliche unbewusste gehören« (S. 32). Er entrückt so, trotz einer sehr energisch zum Ausdruck gebrachten wissenschaftlich-positivistischen Ueberzeugung, den Steit um die Methoden der Einwirkung auf die Willensäusserungen dem Streit der Spiritualisten und Materialisten um die letzten Grundlagen der Seelenwelt, denn, schreibt er, »sobald die Willensäusserung nur eine Funktion ist, bleibt es völlig gleichgiltig, ob sie geistigen oder physischen Ursprungs ist«. (S. 30.) In jedem Falle sei es verkehrt, auf Handlungen mit Strafen zu antworten, die in sich ein Element von dem trügen, was an der Handlung verwerflich erachtet werde. Es entwickelt nun der Verfasser eine Theorie der gesellschaftlichen Gegenwirkung gegen Verbrechen, die direkt als antistrafrechtlich bezeichnet werden könnte. Die Zerstörer fremder Rechte sollen nicht jeder Verantwortlichkeit für ihre Taten enthoben werden; aber die Gegenmassregeln sollen vor allem das Moment der Peinigung ausschliessen. Die Androhung von Leiden und die Anwendung von Massregeln, die Leiden bewirken, seien eine »Pflanzstätte antisozialer Gefühle«, Zerstörer der Hauptaufgabe des Gesellschaftswesens: der Sozialisierung der Bürger. »Vom Standpunkt des sozialen Fortschritts aus« sei »für das Verhalten gegen Staatsbürger, selbst wenn sie gefehlt haben, kein anderes Prinzip zulässig, als eins, das sich auf das Fürsorgeprinzip stützt« (S. 61). Wo gesellschaftliche Ahndung von Verletzungen und Schädigungen eintrete, müsse sie die Erziehung im Auge haben, aber nicht die Erziehung durch die Rute, sondern die positive Entwickelung und Stärkung der sozialen Motive. Das Prinzip der Fürsorge ziehe »die Uebertragung der Wirksamkeit von der büreaukratischen Macht auf die Selbstbetätigung sozialer Gruppen« nach sich. (S. 66.) Der Verfasser verweist hier auf ein Schema, das Prof. Julius Vargha in Graz in seinem Werk »Zur Abschaffung der Strafknechtschaft« niedergelegt habe und das »eine Organisation in Form gesellschaftlicher Verbände nach dem Typus der Ackerbaukolonien, Gewerkschaftsassoziationen und Klöster [letztere für besonders gefährliche Personen] darstellt«. Allerdings sei die Fürsorge vor dem Verbrechen durch Massregeln gegen Verbrechen erzeugende Bedingungen das wichtigste, ganz sei aber die Fürsorge nach dem Verbrechen nicht zu entbehren, denn von keinem Menschen könne man mit Sicherheit vorherbestimmen, dass er Verbrechen begehen werde. Eine nähere Beobachtung der Seelenstruktur der Gefängniswelt habe gezeigt, dass »dieselben Personen, die Laster gezeigt hatten, welche mit Strafe belegt waren, alle Arten von Seeleneigenschaften zeigen, welche die echtesten Tugenden ausmachen. Im Gefängnis lassen sich beständig Aeusserungen aufrichtigster Güte, Anhänglichkeit und Selbstver-

leugnung beobachten.« (S. 69.) Dies stimme völlig mit der positiven Vorstellung von den seelischen Eigenschaften des Menschen, als von einer besonderen Funktion seiner Organisation und nicht einer in ihm verborgenen Substanz, überein. (S. 69.)

Damit glauben wir den Standpunkt des Werkchens im wesentlichen gekennzeichnet zu haben. Die Beweisführung für die Verwerfung aller Strafen im alten Sinne des Wortes, wird vom Verfasser überwiegend negativ geführt; er zeigt an der Hand der Geschichte der Kriminalistik mit ihrer Stufenfolge von Strafarten, dass, je härter die Strafen, es um so weniger gelungen sei, durch sie die Verbrechen auszurotten. So glänzend der Nachweis geführt wird, so fehlt in ihm auffälligerweise gerade das Argument, das unseres Erachtens am stärksten für die Theorie des Verfassers zeugen würde. Nämlich der Nachweis, dass die Milderung der Strafen keine Vermehrung der vorher grausam bestraften Verbrechen zur Folge gehabt hat. Könnte dieser Nachweis nicht geführt werden, so würde unseres Erachtens auch die Abschreckungstheorie nicht als praktisch widerlegt betrachtet werden können. Denn dass eine Strafart nicht das Vergehen, das sie bedroht, völlig verhindert, ist noch kein Beweis, dass nicht ohne sie das Vergehen noch viel öfters verübt würde, bezieh. verübt worden wäre.

Ein anderer Einwand wäre der, dass selbst die Gegenmassregeln gegen Verbrechen, die der Verfasser zulässt, ein Stück peinigender Sühne beibehalten. Mögen die Institute, um die es sich da handelt, noch so human geleitet sein, so bedeutet die Ueberweisung an sie, wie auch die zwangsweise Internierung in Klöster, neben der Beeinträchtigung der freien Selbstverfügung auch insofern eine seelische Pein, als mit ihr sich an sie stets ein gewisser Makel haften wird. Mit der Pein bliebe auch noch ein Stück Sühne erhalten, und andererseits wird die Ueberweisung an Institute, die der sozialen Erziehung dienen, als Versuch der Besserung anzusehen sein. Es scheint danach ganz unmöglich, die vom Verfasser verworfene Dreieinheit der alten Strafsysteme ganz auszurotten, solange überhaupt noch Vergehen in irgend einer Weise mit die Person des Verübers treffenden Massregeln beantwortet werden.

Dies soll in keiner Weise der Tendenz der vorliegenden Schrift entgegenwirken, die uns vielmehr durchaus sympathisch ist, sondern nur Selbsttäuschungen über das Wesen der gemachten Vorschläge vorbeugen. Keine Gesellschaftsstufe kann eine Strafethik durchführen, die mit der Ethik der allgemeinen sozialen Verkehrsbedingungen ihrer Angehörigen in stärkerem Widerspruch steht. Aber die Strafethik kann als ein guter Massstab für den Höhegrad der allgemeinen Ethik der Gesellschaft gelten.

Die Schrift des Verfassers verrät gute philosophische Schulung, sehr viel Literaturkenntnis und ist mit glänzender Dialektik geschrieben. Insbesondere ist sie reich an treffenden Vergleichen und geschichtlichen Beispielen.

Menger, Anton. **Neue Staatslehre.** Jena 1903, Gustav Fischer XII. 335 S. 8⁰.

Diese »neue Staatslehre« des berühmten Wiener Juristen ist eine sozialistische Staatslehre das Staatssystem, wenn man es so ausdrücken darf, des sozialdemokratischen Staats, oder, wie Menger es bezeichnet, des volkstümlichen Arbeitsstaats. Dieser Ausdruck soll, wie Menger auf S. 21 bemerkt, die Tatsache ausdrücken, dass unter dem sozialistischen Staat der Staat der arbeitenden Volksmassen zu verstehen ist. Wir würden dem politisch etwas unbestimmten Ausdruck volkstümlich, den doch völlig in die deutsche Sprache übergegangenen und mit ganz bestimmten politischen Vorstellungen verbundenen Ausdruck demokratisch vorgezogen haben. Nur wo es sich um einen neuen Begriff handelt, der gegen den früheren eine schärfere Präzisierung darstellt, scheint uns die Wahl eines neuen Ausdrucks geboten; wo dies nicht der Fall, wird das neue Wort nur zu oft Ursache von störenden Missverständnissen. Allerdings hat in Oesterreich das Wort volkstümlich

grössere politische Anwendung gefunden, als im Reichs-Deutschland. Aber, wenn wir uns nicht täuschen, kaum zum Vorteil grösserer politischer Begriffsbestimmung.

Dieser Einwand möchte als Kleinigkeitskrämerei erscheinen, und wir selbst legen ihm keine besondere Bedeutung bei. Aber wir haben es in Menger mit einem Denker zu tun, der als Rechtstheoretiker auf die Wahl der die Begriffe am genauesten bezeichnenden Ausdrücke stets, und mit Recht, den grössten Wert legt, und dessen vorliegendes Werk von diesem Bestreben in vieler Hinsicht rühmendes Zeugnis ablegt.

Menger bezeichnet im Vorwort seiner Schrift als den Zweck seines Werkes, »die praktischen Vorschläge des Sozialismus zur Umgestaltung unserer Gesellschaft in einem engbegrenzten Gesamtbild zusammenzufassen«. Die Aufgabe der Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung habe die sozialistische Literatur längst gelöst. Die sozialistische Weltanschauung nähere sich allmählich ihrer Verwirklichung, und so sei es »wohl an der Zeit, ihre positive, organisatorische Seite mehr als bisher auszugestalten«. (Vorwort S. III.)

Damit kommt das Buch einem vielfach zu Tage tretenden Bedürfnis entgegen. Wer die Zeitströmung aufmerksam verfolgt, wird in der sozialistischen Bewegung auf allerhand Zeichen stossen, die den Wunsch nach mehr positiver Bestimmung der spezifisch sozialistischen Bestrebungen erkennen lassen. Von dem Lärm um die »Endziels«-Frage ganz abgesehen, der gerade deshalb die Gemüter der Kämpfer so stark in Anspruch nahm, weil im Tageskampf um die Gegenwartsforderungen das Zukunftsideal völlig verdunkelt oder verwischt zu werden schien, sehen wir in der periodischen wie in der Bücher- und Broschüren-Literatur immer wieder Fragen zur Erörterung gelangen, die über die Fragen des Tages hinaus in eine frühere oder spätere Zukunft übergreifen, je nachdem auch auf Wertung von Gegenwartsarbeiten am Massstab der Zukunftsideale abzielen. Der Umstand, dass einige bisher als unumstösslich angesehene Sätze über den wirtschaftlichen Entwickelungsgang zweifelhaft geworden sind, musste diese Tendenz noch verstärken. Jene Sätze liessen die Entwickelung zum Sozialismus als eine immanente Notwendigkeit der modernen Wirtschaftsentwickelung erscheinen. In dem Masse, als sie erschüttert werden, droht der Sozialismus wieder ein transcendentes Gesicht zu erhalten, sich in irgend ein Jenseits zu verflüchtigen. Daher das instinktive Verlangen nach mehr positiver Begründung des Sozialismus.

Das Unternehmen, diesem Verlangen zu entsprechen, stellt denjenigen, der sich ihm hingibt, vor die Alternative: utopistisches oder wissenschaftliches Ideal. Unter dem ersten Begriff ist hier nicht etwa nur die phantastische Ausmalung von Idealgesellschaften, sondern jede Aufstellung von Zielen verstanden, bei der die wirklich agierenden Kräfte des Gesellschaftslebens erfahrungswidrig in Ansatz gebracht werden. Den Anspruch auf wissenschaftlichen Charakter kann nur ein solches soziales Ziel erheben, das die in Betracht kommenden Kräfte vollzählig und in der tatsächlich bestehenden Proportion in Rechnung stellt. Menger erkennt dies an, wenn er weiterhin von seinem Buch sagt, es trachte dadurch, dass es »nur die schon heute wirksamen Triebfedern menschlichen Handelns anerkennt, indem es ferner überall an die überlieferten Anschauungen von Recht und Staat anknüpft und nur in der weltgeschichtlichen Praxis bisher geläufige Mittel der politischen und sozialen Umgestaltung empfiehlt«, die schliesslich nur praktisch — durch Verwirklichung in einem grossen modernen Kulturstaat — zu liefernde vollständige Bewährung des sozialistischen Ideals »bis zu einem gewissen Grade auf theoretischem Wege zu erreichen«. (Vorrede S. IV.)

Und als ein bedeutender Schritt zur Erreichung dieses Ziels ist sein Buch unzweifelhaft zu bezeichnen. Wir erkennen dies ohne weiteres an, obwohl wir in wesentlichen Punkten von Menger abweichen. Wie schon in seiner Schrift über das Recht auf den vollen Arbeitsertrag gibt sich Menger auch hier ausdrücklich und in der Sache selbst als Gegner des Marxismus, d. h. desjenigen Elements in der marxistischen Lehre zu erkennen, welches diese prinzipiell von allen anderen sozialistischen Lehren unterscheidet. Sein

Standpunkt weist vielmehr eine grosse Verwandtschaft mit dem von Eugen Dühring in dessen sozialistischen Tagen vertretenen Standpunkt auf, sowie mit gewissen und nicht den wenigst bedeutenden Seiten des Lassalleschen Sozialismus. Aber wenn wir auch zugeben, dass er prinzipiell recht mit der Behauptung hat, dass der Marxismus in der Rangstellung, die er dem ökonomischen Faktor anweist, wiederholt oft übertrieben hat, und wenn wir sein Buch dem einseitig marxistisch erzogenen Sozialisten schon deshalb zur Lektüre empfehlen, damit er sich überzeuge, das et hic dii sunt, so müssen wir doch erklären, dass die Kritik, die Menger am Marxismus bezw. der materialistischen Geschichtsauffassung übt, unseres Erachtens weit über das Ziel hinausschiesst, und dass wir in der Ablehnung oder Nichtbeachtung des Grundgedankens der marxistischen ökonomischen Geschichtserklärung die Ursache der schwachen Seite des Mengerschen Buches erblicken.

Diese schwache Seite besteht in der widerspruchsvollen Beurteilung der Potenz der Gewalt und der sie vertretenden Rechtseinrichtungen auf das Gesellschaftsleben. Wo Menger gegen die materialistische Geschichtsauffassung polemisiert, stellt er die Dinge so hin, als ob die äussere Macht einen geradezu unbeschränkten Einfluss auf das Gesellschaftsleben auszuüben, ihm jedes beliebige Rechtssystem aufzunötigen imstande wäre. Selbst wenn man von den Katastrophen der Weltgeschichte absehe, schreibt er auf S. 291/292, »tritt überall die Unabhängigkeit des Rechts von den wirtschaftlichen Verhältnissen gerade in den entscheidenden Fragen klar genug in den Vordergrund«. Als Beispiel dafür nennt er unter anderm die gewaltsame Aufnötigung des römischen Rechts in Deutschland durch absolute Fürsten und Juristen gegen das Bedürfnis des Volkes, die Einführung der den Bedürfnissen des hochentwickelten französischen Volkes entsprechenden Gesetzgebung (durch Napoléon I.) in Polen und Neapel, die noch kaum die mittelalterlichen Rechts- und Wirtschaftszustände überschritten hatten. Und die Wiederherstellung der vornapoleonischen Rechts- und Verwaltungszustände in Hessen und Sardinien durch die vom Wiener Kongress wieder eingesetzten Fürsten dient »zum klaren Beweise, dass die Laune eines kleinen Despoten eine ganze Rechtsordnung im Widerspruch mit allen inzwischen herangewachsenen politischen, juristischen und wirtschaftlichen Verhältnissen umstürzen kann, wenn ihr nur die genügenden Machtmittel zu Gebote stehen«. (S. 293.)

Nun, dass die Gewalt Verfassungen diktieren, Rechtssysteme aufzwingen kann, so lange ihr die genügenden Machtmittel zu Gebote stehen, hat die materialistische Geschichtsauffassung nie geleugnet. Aber ob und wie lange ihr die nötigen Machtmittel zur Verfügung stehen, das hängt, wenn sie sie nicht ständig von aussen bezieht, ganz von der Beschaffenheit des betroffenen Gesellschaftskörpers und seinen Wirtschaftsbedingungen ab. Ausserdem kommt es auch nicht so sehr darauf an, wie das Verfassungs- oder Rechtssystem aussieht, sondern wie es von dem in Frage stehenden Volke angewendet und durch dessen Praxis zugerichtet wird. Professor Menger wohnt dem europäischen Orient nahe genug, um zu wissen, was aus Verfassungen werden kann, wenn sie von Kulturvölkern auf Völker übertragen werden, die auf einem niedrigeren Kulturniveau stehen. Auf der anderen Seite, wie lange haben die nach dem Wiener Kongress vorgenommenen »Wiederherstellungen« gedauert? War es wirklich möglich, die Rechtszustände völlig wiederherzustellen, die der Sturm der Revolution beseitigt hatte? Würde sich eine moderne Industrienation das alte kanonische Recht gefallen lassen?

Indes wozu alle diese und noch andere Fragen über die Vereinbarkeit von politischen und juristischen Einrichtungen mit bestimmten Wirtschaftszuständen? Prof. Menger weiss sehr gut, dass es zwischen der politischen und juristischen und der wirtschaftlich-sozialen Verfassung eines Gemeinwesens innere Uebereinstimmung, ein Angemessenheitsverhältnis geben muss, wenn erstere dauernden Bestand haben und der Entwickelung des Landes förderlich sein soll. »Die politischen Verhältnisse«, schreibt er auf S. 257/58, »berühren nur wenig das innere Leben der Völker, und diese haben oft genug den schroffsten Wechsel der Staatsverfassungen ohne wesentliche Schädigung ihrer Lebensinteressen ertragen. So konnte es geschehen, dass in Frankreich

innerhalb weniger Jahre das absolutistische Königtum von den demokratischen Verfassungen der grossen Revolution und diese wieder von dem Despotismus des ersten Kaiserreichs abgelöst wurden. Dagegen werden die Nationen durch jede radikale Aenderung der Arbeitsverfassung geradezu vor die wirtschaftliche Existenzfrage gestellt.« Und auf S. 306: »Aber politische Revolutionen bewegen kaum mehr als den Schaum auf dem Strome des Völkerlebens... eine plötzliche sozialistische Schilderhebung kann ihr Ziel ebensowenig erreichen, als etwa ein Gesetz, dass alle Staatsbürger von einem bestimmten Zeitpunkt an weise und tugendhaft sein sollen. Dazu kommt noch, dass eine auf die völlige Umgestaltung der Gesellschaft gerichtete Revolution den Organismus der wirtschaftlichen Produktion und Konsumtion auf lange Zeit hinaus in Unordnung bringen muss... eine länger dauernde Stockung in der Produktion durch eine soziale Revolution müsste daher weite Volkskreise geradezu vor die Existenzfrage stellen.« (S. 306.)

Was hier beim Thema von der sozialen Revolution der Neuzeit anerkannt wird, trifft mit entsprechenden Abänderungen überall zu; es gibt stets eine Grenze, über die hinaus das Eingreifen der politischen Gewalt und des von ihr auferlegten Rechtssystems in das Wirtschaftsleben auf dieses hemmend oder selbst zerstörend wirken wird. Zieht man die aus dieser, gerade der ökonomischen Geschichtsbetrachtung entsprechenden Erkenntnis sich ergebenden weiteren Folgerungen, so gewinnt man den Massstab für das geschichtliche, d. h. vor der Geschichte gerechtfertigte Recht wirtschaftlicher Expropriationen und sonstiger Eingriffe in das Wirtschaftsleben.

Das Weiterdenken dieses Gedankens vermissen wir aber bei Menger. Und doch ist es unerlässlich, soll eine Theorie der sozialistischen Umgestaltung — und eine solche ist Mengers Neue Staatslehre — vor dem Heimfall an utopistisches Konstruieren gesichert sein. Die Oekonomie ist der Nährboden des Völkerlebens, leidet sie, so leidet die ganze Entwickelung, und darum rückt bei allen Massnahmen eines Staatswesens, das, wie das erstrebte sozialistische Staatswesen, den Gesichtspunkt des Allgemeinwohls voranstellt und voranstellen muss, die Frage der Rückwirkung von Bestimmungen über Eigentum, Wirtschaftsformen und Wirtschaftsrecht auf das Wirtschaftsleben, die Produktions- und Verkehrsentwickelung in den Vordergrund, bildet sie das Kriterium für Verstaatlichung, Kommunalisierung und Vergenossenschaftlichung von Betrieben, für die Beschränkung der Eigentumsbildung, die Prohibition von Geschäftsarten, die Privatrechte an öffentlichen Gütern (z. B. ob und unter welchen Bedingungen Erbpacht von Staatsgütern zulässig sein soll) und anderes mehr. Gerade für die Uebergangsperiode vom gegenwärtigen in den sozialistischen Staat ist Klarheit darüber, welche Bedeutung diesem Gesichtspunkt innewohnt und welche Konsequenzen sich aus ihm ergeben, von grösster Wichtigkeit. Aber obwohl Mengers Werk eine sozialistische Gesellschaftsordnung im engeren Sinne im Auge hat, die als Uebergangsform zu einer weiter sozialistisch ausgebildeten Gesellschaft gedacht ist (vgl. S. 33), also noch mit Uebergangsbedingungen zu rechnen hat, wird dies wichtige Moment kaum hier und da flüchtig gestreift, nirgends aber in tieferer Weie behandelt. Das ist unseres Erachtens ein bedauerlicher Mangel, und zwar um so mehr, als die sozialdemokratische Bewegung in ihren praktischen Kämpfen immer mehr darauf gelenkt wird, sich mit entsprechenden Fragen zu beschäftigen und da schon wiederholt gelernt hat, dem allgemeinen Bedürfnis der Volkswirtschaft manche Liebhaberei zu opfern, z. B. trotz ihrer Gegnerschaft gegen die Klassen, aus denen sich die Börsenwelt zusammensetzt, doch Rechte der Börse zu verteidigen.

Menger stellt im Eingang die historische und die naturrechtliche Schule der Staats- und Rechtsphilosophie gegenüber und sagt in Bezug auf sie viel Treffendes und Geistreiches. Aber was auffällt, ist, dass bei dieser Gegenüberstellung mit keinem Wort die Bedeutung einer evolutionistischen Staats- und Rechtstheorie betont wird, einer Theorie, welche die Gesetze und Bedingungen des Werdens von Macht- und Rechtsformen wissenschaftlich entwickelte und damit zugleich im wahren Sinne des Wortes soziale Revolutionstheorie sein würde. Wir bringen dies Fehlen mit Mengers eigentümlichen Stellung zur ökonomischen Geschichtsauffassung in Ver-

bindung, machen sie für die daraus resultierenden Schwächen seines Werkes verantwortlich.

Und nun zu seinen starken Seiten. Sie liegen, wie man beim Verfasser von »Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag« und »Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Klassen« im voraus gewärtigen konnte, in der scharfen Begriffsbestimmung und Begriffsscheidung, in der rückhaltlosen Parteinahme für die heute unterdrückten und ausgebeuteten Volksklassen, in der scharfen Kritik der überlieferten Rechtseinrichtungen und in der wohlgegliederten Systematik, mit der der Gedankengang entwickelt wird, der dem Werk zu Grunde liegt, und dank deren der Verfasser ein in seiner Art bisher unübertroffenes System einer sozialistischen Gesellschaftsordnung liefern konnte. Wir versagen es uns, hierauf im einzelnen einzugehen, da uns von befreundeter Seite eine Würdigung insbesondere dieser Seite des Buches in Aussicht gestellt ist und wir einem solchen Werk gegenüber es nicht für zuviel halten, ihm gerade in dieser Zeitschrift eine wiederholte Besprechung zu widmen. Es ist unter verschiedenen Gesichtspunkten ein bedeutsames Dokument des Sozialismus. In einer wunderbar klaren und knappen Sprache geschrieben, fast auf jeder Seite Beweis dafür ablegend, dass sein Verfasser einer der besten lebenden Kenner der Literatur des Sozialismus ist — das Buch ist unter diesem Gesichtspunkt eine wahre Bibliographie —, liefert es eine Theorie der Anwendung und Erweiterung der Rechtsbegriffe auf ein denkbares und als wahrscheinlich anzunehmendes sozialistisches Gemeinwesen, die für die Verständigung über die möglichen und rationellen Formen eines solchen von grossem Wert sind und vor allem ausserordentlich viel zur schärferen Erfassung der Aufgaben einer sozialistischen Gesellschaftsordnung beitragen. In gewissem Sinne kann man das Buch als eine sozialistische Metaphysik bezeichnen. Aber es ist Metaphysik solcher Art, wie sie jeder Wissenschaft unentbehrlich ist.

Politikus, Marx oder Lassalle? Eine Entscheidung von grundlegender Bedeutung für die Arbeiterpolitik der Gegenwart. Görlitz 1903, Verlag von Rudolf Dülfer. 56 S. 8°. Preis 60 Pfg.

Der anonyme Verfasser dieser Broschüre erklärt im Vorwort, dass sie aus drei Vorträgen zusammengezogen sei, und dass er sich bei seinen Ausführungen eng an die von Mehring in dessen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie enthaltene historische Darstellung angeschlossen habe. In J. B. von Schweitzer, dessen Verteidigung und Ehrenrettung Mehring geradezu meisterhaft geführt habe, sieht der Verfasser die Verkörperung Lassalles, der Niedergang der Lassalleaner ist für ihn »mit dem Rücktritt Schweitzers aufs engste verknüpft«. (Vorwort S. 4.)

Der grösste Teil der Schrift besteht in einer Rekapitulation des Entwickelungsganges der deutschen Sozialdemokratie auf Grund der Tatsachen, die der Verfasser dem genannten Mehringschen Werk entnimmt, aber in nationalsozialer Beleuchtung. Vom gleichen Standpunkt aus behandelt der Verfasser am Schluss die Bewegung, die mit dem Namen des Herausgebers dieser Zeitschrift verknüpft ist und bedauert, dass die Vertreter dieser Bewegung es nicht gewagt hätten, die Konsequenzen ihrer eigenen Ausführungen zu ziehen. Sie seien an politischem Instinkt ihren Gegnern in der Sozialdemokratie weit unterlegen. Kautsky und nicht Bernstein sei es, der erkläre: »Jede politische Partei muss sich die Aufgabe stellen, die politische Macht zu erobern, um ihren Anschauungen entsprechend den Staat zu gestalten. Eine Partei, die von vornherein erklärt, sie könne nur in der Opposition sich erspriesslich betätigen, würde sich selbst lahmlegen und alles Vertrauen der Volksmasse verlieren.« Aber Kautsky sei als Theoretiker geschlagen und mit ihrem jetzigen rein kritischen Verhalten zu den Staatsbedürfnissen könne die Sozialdemokratie die politische Macht nicht erobern. Folglich muss man die Bernsteinschen Gedanken bis zu Ende denken, wo sie zum Nationalsozialismus Naumanns führen, und auf den Tag hoffen, wo dieser Richtung ein Feuergeist von der Art eines Lassalle erstehe. Dann habe auch die Stunde des Marxismus geschlagen.

Dies in Kürze der Standpunkt der Broschüre. Einer eingehenderen Kritik können wir uns enthalten. Nur die eine Bemerkung sei gestattet, dass, so weit wir die sozialdemokratische Arbeiterschaft kennen, es nicht einen Arbeiter unter hundert gibt, der von einer unmittelbar bevorstehenden Eroberung der politischen Macht durch die Sozialdemokratie träumt. Und doch hat die Sozialdemokratie das Vertrauen der Arbeiter in steigendem Masse gewonnen. Sollte dies nicht darauf hindeuten, dass die Alternative etwas anders liegt, als wie *Politikus* sie stellt?

Schippel, Max: **Zuckerproduktion und Zuckerprämien bis zur Brüsseler Konvention 1902.** Eine wirtschaftsgeschichtliche und handelspolitische Darstellung. Stuttgart 1903, J. H. W. Dietz Nachf. 409 S. gr. 8°. Preis: br. 6 Mk., gebd. 7 Mk. 50 Pfg.

Eine sehr gehaltvolle, instruktive Monographie, deren einzelne Abschnitte, wie der Verfasser im Vorwort mitteilt, »aus Studien hervorgegangen sind, die zunächst in engstem Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit standen, im Laufe der Jaher jedoch weiter hinausführten auf angrenzende und selbst auf anscheinend entlegenere Gebiete der Wirtschaftsgeschichte, der Kolonial- und Handelspolitik.« Auf ein Einleitungskapitel, das die Geschichte des Rohrzuckers bis zum Ende des 18. Jahrhunderts schildert, folgen zwei grössere Abschnitte, von denen der eine die Geschichte des Aufkommens und der Ausbreitung der Rübenzuckerindustrie schildert, während der zweite einen Abriss der Geschichte der internationalen Zuckerkonferenzen gibt. Alles in prägnanter, mit vielen Belegen aller Art ausgestatteter Darstellung. Die Geschichte des Anbaus der Zuckerpflanzen und der Technik der Zuckerproduktion, sowie ihrer wirtschaftspolitischen Rückwirkungen, der staatlichen Förderungen der Industrie in den verschiedenen Ländern und Zeitabschnitten, der Kämpfe der Interessenten um die Märkte und der Abnehmer gegen die Protektionswirtschaft, der Ausfuhrprämien und ihrer Rückwirkung auf Technik, Geschäftslage, Preise und Preiskartelle, sowie der internationalen Bestrebungen auf Beseitigung der Prämienwirtschaft — findet im Verfasser einen bemerkenswert unterrichteten Schilderer. Es ist ein neues Zeichen für die veränderte Stellung der Sozialdemokratie im nationalen Körper, dass eine so tief in Spezialfragen der Handelspolitik eindringende Untersuchung nicht nur einen sozialdemokratischen Parlamentarier zum Verfasser haben, sondern auch in einem sozialdemokratischen Verlag erscheinen konnte.

Der Verfasser behandelt die wirtschaftspolitischen Kapitel des Gegenstandes überwiegend kritisch-referierend, ohne seinen eigenen Standpunkt besonders hervorzukehren. Er lässt die Tatsachen selbst das Urteil über die verschiedenen steuer- und zollpolitischen Massnahmen sprechen, sowohl soweit sich diese Massnahmen als Ausfluss von fiskalischen, klassenpolitischen oder wirklich staatswirtschaftlichen Bestrebungen kennzeichnen, als auch nach Massgabe ihrer Resultate unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen. Nur hier und da, wie z. B. bei Vorführung der Agitationen in England auf Bekämpfung der festländischen Ausfuhrprämien und der Stellung der verschiedenen Arbeitergruppen und Parteiführer zu diesen Agitationen erhält der Leser den Eindruck einer gewissen Voreingenommenheit. Indes bemerkt der Verfasser schliesslich doch richtig, dass die in Frage kommenden Demonstrationen der Arbeiter gegen die Ausfuhrprämien im wesentlichen »kaum etwas anderes waren, wie die interessierten Unternehmerkundgebungen — nur dem Begriffsvermögen der Massen besser angepasst und aus der polierten Sprache fashionabler Vereine und Klubs übersetzt in die derbere Ausdrucksweise der Werkstätten und Volksversammlungen.« (S. 212.) Es ist hierbei noch zu bemerken, dass lange Zeit in England nichts leichter war, als für irgend eine plausible Sache Deputationen von Gewerkschaftssekretären zusammenzubringen, die sich dann als Vertreter von so und so viel Arbeitern gerierten, ohne dass die Mitglieder ihrer Organisationen auch nur eine Ahnung davon hatten, für welche Sache sie die Mannschaft in Steifleinen zu spielen hatten.

Auch darin manifestiert sich eine gewisse Voreingenommenheit des Verfassers, dass er die Kämpfe von Freihändlern und Schutzzöllnern gern unter dem Gesichtspunkt des Gegensatzes von Konsumenteninteresse und Produzenteninteresse aufmarschieren lässt. Aber auch hier ist er objektiv genug, jeden Standpunkt mit den betreffenden Erklärungen seiner Vertreter selbst vorzuführen. Ueberhaupt erhält der Leser häufig Gelegenheit, authentische Aeusserungen von Interessenten, Staatsmännern und Theoretikern kennen zu lernen, und seitenlange Quellennachweise werden allen willkommen sein, die sich mit dem Gegenstande genauer zu beschäftigen haben. In drei Anlagen findet der Leser die Texte der verschiedenen Konventionsbeschlüsse hinsichtlich der Zuckerausfuhrprämien.

In Bezug auf keinen Produktionszweig ist man bisher auf dem Wege internationaler Regelung der Austauschbedingungen seines Produkts so weit gegangen, wie hinsichtlich des Zuckers. Schon aus diesem Grunde ist es von hohem Interesse, die Entwickelung zu verfolgen, die zu diesem Ergebnis geführt hat. Schippel hat den Gegenstand, der viele verwickelte Probleme in sich birgt, so lichtvoll behandelt, dass sein Buch wohl von Freund und Feind fortan als massgebende Informationsschrift anerkannt werden wird.

* * * **Soziale Tatsachen und sozialdemokratische Lehren.** Ein Taschenbüchlein für denkende Menschen von H. Bürger. Neue Bearbeitung. Charlottenburg 1903, Richard Münch. 32 S. 8⁰.

* * * **Sozialistenspiegel.** Berlin S.W. 1903, O. Gartz. 63 S. 8⁰. Preis 50 Pfg.

Zwei der Bekämpfung der Sozialdemokratie im Wahlkampf gewidmete Flugschriften, von denen die erstere nach einer auf dem Titelblatt vermerkten Angabe schon in 3 Ausgaben von zusammen über ein und eine halbe Million Exemplaren verbreitet sein soll. Der dort angegebene Name H. Bürger soll ein Pseudonym für einen ehemaligen Wanderredner der freisinnigen Partei sein, als Verfasser der anonymen zweiten Schrift wird der Führer der freisinnigen Volkspartei, Eugen Richter, genannt, und jedenfalls ist es ein mit diesem eng verbündeter Verlag, der sie herausgibt.

Es ist dies zeitgeschichtlich interessant, weil für beide Schriften stark von seiten der kapitalistisch-reaktionären Parteien Propaganda gemacht wird. Insbesondere wird die Verbreitung der erstgenannten Broschüre von seiten einer Koalition von Finanzleuten, Fabrikanten, Grundbesitzern etc. betrieben, die fast sämtlich den Parteien der parlamentarischen Rechten angehören.

Die Verfasser der beiden Broschüren arbeiten ziemlich nach gleichem Muster. Sie klauben eine Reihe von Sätzen aus sozialdemokratischen Broschüren und Reden zusammen, um sie alsdann im Lichte der Statistik als falsch erscheinen zu lassen oder den einen Sozialisten gegen den anderen ausspielen zu können, und ergehen sich beide im übrigen in masslosen Uebertreibungen bezüglich der Agitation und parlamentarischen Kampfesweise der Sozialdemokratie, der inneren Kämpfe der Partei, der sozialen Stellung ihrer Vertreter und dergleichen mehr. Es gehört eine seltsame Verblendung dazu, sich einzubilden, mit solchen Pamphleten gegen eine Partei etwas ausrichten zu können, von der jeder, der die einschlägigen Verhältnisse nur einigermassen kennt, sich sagen muss, dass sich die ganze, an Zahl täglich wachsende Arbeiterschaft Deutschlands immer mehr mit ihr identifiziert, dass sie die anerkannte Vertreterin der sozialen Bestrebungen dieser Klasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsklassen geworden ist, die tatkräftigste, energischste Kämpferin für den Fortschritt auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und damit die Stütze und Hoffnung aller reformfreundlichen Elemente in Deutschland. Dass nicht jeder einmal von Sozialisten aufgestellte Satz sich als durchgängig richtig formuliert erwiesen hat, dass manche wirtschaftliche Erscheinung der Neuzeit nicht sofort von der sozialistischen Kritik in ihrer vollen Bedeutung erfasst wurde, dass insbesondere in den sozialistischen Programmen sich Sätze finden, die zu apodiktisch lauten — wer wird das auf sozialistischer Seite heute bestreiten? Aber was bedeuten gegenüber dem tatsächlichen Drang der Arbeiter nach politischer

und wirtschaftlicher Emanzipation, nach Demokratisierung des Staats- und Wirtschaftslebens die Widerlegung derartiger Sätze? Welcher Uebertreibungen sich der Verfasser der erstgenannten der zwei Broschüren schuldig macht, ist in der im Heft 4 dieser Zeitschrift auf S. 146 besprochenen Gegenschrift: »Die Vernichtung der Sozialdemokratie etc.« nachgewiesen worden; welches ihre Wirkungskraft auf die Volksmassen ist, wird der Ausgang des zur Zeit vor sich gehenden Reichstagswahlkampfes zeigen. Der politische Misserfolg ähnlicher früherer Schriften, insbesondere der antisozialistischen Broschüren des mutmasslichen Verfassers des »Sozialistenspiegels«, stellt der Wirkungskraft der Pamphlete in dieser Hinsicht kein sehr hoffnungsreiches Prognostikon. Wäre es anders, so würde der Führer der freisinnigen Volkspartei erst recht pour le roi de Prusse gearbeitet haben, d. h. hier für die Parteien der krassen Reaktion. Die Gespenstermalerei ist zu keiner Zeit ein Mittel gewesen, für die Demokratie zu werben.

Im übrigen soll den Verfassern der Broschüren ein literarisches Hamstergeschick nicht abgesprochen werden. In dem Wust von Material, das sie zur Vernichtung der Sozialdemokratie zusammengetragen haben, findet sich auch etliches, das seine Berücksichtigung finden wird, wenn die deutsche Sozialdemokratie daran geht, ihr derzeitiges Programm nachzuprüfen.

Spickermann, Dr. Theodor: **Der Teilbau in Theorie und Praxis.** Ein Beitrag zur Lösung der ländlichen Arbeiterfrage. Leipzig 1902, Jah und Schunke. 68 S. 8°.

Der Teilbau in der Landwirtschaft, der sich in den verschiedensten Ländern findet, aber ganz besonders in der Form bekannt geworden ist, die er in Frankreich als métayage (métayer-System) und in Italien als mezzadria erhalten hat, ist ein landwirtschaftlicher Arbeitsvertrag, bei dem der Rohertrag des bearbeiteten Grundstücks zwischen dem Gutsherrn (Staat oder Privateigentümer) und dem Arbeiter zu vorher festgesetzten Bedingungen verteilt wird. Je nachdem kann man auch das Verhältnis als einen Pachtvertrag betrachten und die dem Gutsherrn zufallende Quote des Rohertrags als dessen Pachtzins bezeichnen. Das System hat für den Gutsherrn allerhand Vorteile, hat aber auch für den Pächter sich häufig als günstiger erwiesen, als die gewöhnlichen Lohnsysteme. Es ist ein agrarisches Gewinnbeteiligungssystem, bei dem der Gutsbesitzer an Geldlohn spart und dem Boden höhere Erträge entlockt werden, der Arbeiter bezw. Pächter sein Einkommen um so mehr erhöht, je intensiver er mit seinen Angehörigen arbeitet. In dieser Feststellung liegt schon eingeschlossen, dass das System leicht zum Nachteil der Arbeiter ausschlagen, Mittel intensivster Ausbeutung werden kann.

Der Verfasser, der die Geschichte, die Formen und Ergebnisse des Teilbaues in den verschiedenen Ländern eingehend schildert, erklärt am Schluss seiner Untersuchung, das es sich dem Wesen nach als kein Pachtsystem, sondern als ein Glied des Quotallohnsystems, und zwar als die äusserste Konsequenz des Quotallohnprinzips, herausstelle. Es habe sich gezeigt, dass der Teilbau die Mängel und Schäden, die ihm verschiedentlich zugeschrieben würden, nicht in dem geschilderten Masse besitze, sondern in landwirtschaftlicher wie sozialer Beziehung bedeutende Erfolge erzielt habe und erzielen werde. Für gewisse Fälle und unter gewissen Bedingungen könne er auch in Deutschland, namentlich im Osten, eingeführt werden und Erfolg haben. Er sei ein Mittel, den Arbeitermangel in der Landwirtschaft zu lindern und damit zu einer Gesundung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse und einem erfreulichen Gedeihen der gesamten Landwirtschaft beizutragen.

Stärker noch als in diesem Schlusssatz kommt es an einigen anderen Stellen zum Ausdruck, dass der Verfaser durchaus vom Standpunkt der besitzenden Klasen aus schreibt. Sonst ist die Schrift durchaus sachlich gehalten und führt allerhand interessantes geschichtliche und statistische Material vor.

2. In französischer Sprache.

Milhaud, Edgar, Professeur à l'Université de Genève: **La Democratie Socialiste Allemande.** Paris 1903, Felix Alcan. 591 S. gr. 8⁰. Preis 10 frcs.

Der Verfasser hat im Laufe der Jahre 1896 und 1897 etwa zehn Monate in Deutschland gelebt, in dieser Zeit verschiedene der wichtigsten Städte und Centren aufgesucht, ist mit Vertretern aller Kreise der sozialistischen Bewegung in engeren Verkehr getreten und hat nachträglich noch zwei Kongressen der sozialdemokratischen Partei (Stuttgart 1898, Mainz 1900), sowie dem Allgemeinen Gewerkschaftskongress von 1899 (Frankfurt am Main) beigewohnt. Auf Grund seiner persönlichen Beobachtungen und sehr eingehender Studien der einschlägigen Literatur schildert er in überaus objektiver Darstellung das äussere Wesen, die geistige Entwickelung und die Kampfesbedingungen und Kampfesformen der Sozialdemokratie Deutschlands. Folgendes die Kapitelüberschriften; sie mögen den Inhalt des Buches genauer veranschaulichen. Einführung: Das Milieu, die verschiedenen politischen Parteien. — Geschichtlicher Abriss. — Das Programm. — Die Organisation. — Die Propaganda: 1. Ihre Mittel; die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten; 2. Ein Wahlkampf; 3. Der Kampf in Versammlungen, der erste Mai, die Feste; 4. Vorträge, Broschüren, Presse; 5. Gruppen und Gruppierungen; 6. Die Propaganda unter den Frauen; 7. Die Doktrin. — Die Aktion. I. Die verschiedenen Formen der politischen Aktion: 1. Revolutionäre Aktion. 2. Reformtätigkeit. II. Stellung der Partei zu verschiedenen Fragen: 1. Die Religionsfrage. 2. Internationalismus und Antimilitarismus. 3. Die Handelspolitik. 4. Die Agrarfrage. III. Politische Aktion und ökonomische Aktion: 1. Die Partei und die Gewerkschaften. 2. Die Partei und die Genossenschaften. — Volksbildung. — Innere Gegensätze (die verschiedenen Strömungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie). — Schluss; allgemeine Betrachtungen.

Der Standpunkt des Verfassers ist der sozialistische, wird aber nie zur Ursache, dass dem Buch der Charakter historischer Wahrhaftigkeit verloren geht. Der Grundzug der Schrift ist Ehrlichkeit und Gründlichkeit. Der Verfasser, der dem jaurèsistischen Flügel der französischen Sozialdemokratie angehört, schildert anschaulich und zeigt sich als guter Beobachter, lässt aber mehr die Tatsachen sprechen, als sein Urteil in den Vordergrund zu drängen, und vermeidet alle Versuche, durch Pikanterien zu unterhalten. Es ist selbstverständlich, dass dem Ausländer nicht alle internen Vorgänge offenbar wurden; aber im ganzen zeigt sich der Verfasser vortrefflich unterrichtet. Sein Buch wird viel dazu beitragen, die im Ausland noch so weit verbreiteten Irrtümer über das Wesen der deutschen Sozialdemokratie zu zerstören. Als Proben für den Geist des Buches mögen schliesslich zwei Stellen aus dem Schlusskapitel folgen:

»Und es bleibt, dank der Bemühungen und dem guten Willen aller, trotz oftmals sehr grosser Meinungsverschiedenheiten die Einheit der Partei erhalten. Die Sozialdemokratie verdankt dieser Einheit einen grossen Teil ihrer Kraft; sie verdankt ihr auch die Freiheit, mit der in ihr die verschiedenen Tendenzen der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommen. Wenn es in einem Lande mehrere sozialistische Fraktionen gibt, so strebt jede dahin, diese oder jene Tendenz zu verkörpern: die reformistische, die revolutionäre, die gewerkschaftliche Tendenz u. s. w. — und gleichzeitig die anderen zu bekämpfen; die anderen Tendenzen können sich in ihr nicht entwickeln. In einer einheitlichen Partei gibt es dagegen Platz für alle. Und so kam in der deutschen sozialistischen Bewegung, die anfangs einen ausschliesslich politischen Charakter trug und ihn lange bewahrte, die Stunde, wo eine gewerkschaftliche Strömung und dann eine genossenschaftliche sich geltend machten, und heute legt die grosse Mehrheit der Kampfgenossen erhöhten Wert auf die genossenschaftliche und die gewerkschaftliche Tätigkeit ....«

»Gewisse Gegner des Sozialismus haben sich geberdet, als sähen sie in ihm den Abgrund, der alle höchsten Güter der Civilisation verschlingen würde: die Wissenschaft, die schöpferische geistige Tätigkeit, die Kunst; sie haben die Sozialisten die ,inneren Barbaren' genannt. Erinnere man sich dagegen der

ausserordentlichen Anstrengungen des deutschen Proletariats, aus eigener Kraft seinen Anteil am Schönen und Guten sich zu erringen. Unter all ihren Formen und all ihren Gesichtspunkten ist die Sache der Civilisation die seine.«

Vialles, Pierre: **La consommation et les Crises Économiques.** Paris 1903, Giard & Brière. 459 S. 8°. Preis 8 frcs.

»Das Ziel unserer Untersuchung«, sagt der Verfasser im Vorwort, »ist nicht, eine neue Theorie über die Ursachen der Krisen aufzustellen, sondern einfach eine zu vernachlässigte Seite dieser noch so dunklen Frage zur Geltung zu bringen.« (S. 15.) Er konstatiert die Vielfältigkeit der Krisenursachen, anerkennt die Notwendigkeit, ihnen nachzugehen, beschränkt sich aber darauf, eine einzelne herauszugreifen und sie einer näheren Beleuchtung zu unterziehen. Soll man eine solche Beschränkung loben oder tadeln? Wir sind der Ansicht, dass sie von dem Augenblick an unbedenklich ist, wo sie als Beschränkung zugegeben und behandelt, d. h. kein Versuch gemacht wird, aus der einen Ursache heraus das ganze Phänomen zu erklären. Wird dieser Gesichtspunkt festgehalten, so kann das Herausgreifen und Analysieren des einzelnen Moments sogar zur verstärkten Beleuchtung auch der anderen Momente beitragen; allerdings ist, wie mit aller Abstraktion, so auch mit dieser die Gefahr der Unterschätzung anderer Erscheinungen verbunden.

Ob als Ursache oder Wirkung bezw. ob als Ursache ersten oder zweiten etc. Grades, fast immer ist Unterkonsum irgend welcher Art eine Begleiterscheinung der Geschäftskrisen. Allerdings kann auch Mangel an irgend welchen Gütern Stockungen herbeiführen — man denke an die Krisen der Baumwollindustrie infolge von Fehlbeträgen in der Zufuhr —, aber sie führen nur selten zu allgemeinen Krisen und liegen zudem so offen zu Tage, dass Täuschung über den Zusammenhang nicht stattfindet. Der Verfasser vertritt im ersten Kapitel die Ansicht, dass in Ländern, wo die Grossindustrie entwickelt ist, die Krisen aus Unterproduktion oder Unterzufuhr — er nennt sie Defizit-Krisen — wegen der wachsenden Leichtigkeit, die mangelnde Zufuhr durch die Mittel des Weltmarktes zu ergänzen oder passende Surrogate zu gewinnen, immer geringere Bedeutung annehmen bezw. kein Gegenstand der Besorgnis zu sein brauchen. In einem anderen Kapitel, »die Rolle des Produzenten«, bestreitet er die Richtigkeit der Ansicht, dass die Produzenten, d. h. die Fabrikanten, die Krisen herbeiführen, mit dem bekannten Argument, dass die Fabrikanten von den Konsumenten bezw. den Gesetzen des Marktes abhängen, um sich dann der Untersuchung des Problems des Unterkonsums zu widmen, das er unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet. Er erbringt da allerhand sehr interessante Tatsachen. So citiert er aus dem Werk von A. Neymarck *»Ce qu'on appelle la féodalité financière«* (Paris, Guillaumin 1902) die Bemerkung, dass das Aktien- und Obligationenkapital der sechs grossen französischen Eisenbahngesellchaften, nach Zahl der Inhaberanteile zu schliessen, sich höchst wahrscheinlich auf über 700000 Familien verteilt! Das Ende der ganzen Untersuchung ist ein wirtschaftlicher Optimismus im Sinne der liberalen Schule. Erziehung der Konsumenten zu rationellem Konsum, Hebung der Einkommen durch Verbreitung (»Demokratisierung«) der Kapitalanteile in den Unternehmungen, Verminderung des in Frankreich überwuchernden Beamtenwesens, Entwickelung der Konsumvereine; das sind einige der Mittel, die der Verfasser vorschlägt, um die Krisen zu vermindern. Sein Buch ist sehr lebhaft und geistreich geschrieben, und voller interessanter Details, aber für die Theorie bringt es wenig neues. Sein Verdienst ist, dass es das Problem unter dem angegebenen Gesichtspunkt anschaulich illustriert.

3. In englischer Sprache.

Morris, William. **Communism.** A. Lecture. Published and sold by the Fabian Society. (Fabian Tract No. 113). London 1903, The Fabian Society. 16 S. Preis: 1 Penny.

Den Hauptinhalt dieser Broschüre bildet der Abdruck des Manuskripts eines Vortrags, den der berühmte Dichter und Sozialist im Jahre 1893 im So-

zialistischen Verein von Hammersmith (Vorort im Westen Londons) gehalten hat. Eine Einleitung des Herausgebers, G. Bern. Shaw, der mit Morris eng befreundet war, gibt interessanten Aufschluss über die Zeitumstände, unter denen der Vortrag gehalten wurde. Der neue Frühling der sozialistischen Bewegung Englands war vorüber. Auf eine Epoche grosser Hoffnungen war eine Zeit der Enttäuschung gefolgt. Von den beiden radikalen Kampforganisationen des englischen Sozialismus war die eine, die Sozialistische Liga, deren geistiges Haupt Morris gewesen war, zerfallen, und hatte die andere, die von H. M. Hyndman geführte Sozialdemokratische Föderation, jede Fühlung mit der englischen Volksmasse verloren. Eine dritte, die unabhängige Arbeiterpartei, war eben noch im Werden. Dagegen hatte der propagandistische Verein der Fabier einen gewissen Ruf und Einfluss erlangt, der sich unter anderem in der Arbeiterpolitik des Londoner Grafschaftsrats wiederspiegelte. Die Methoden der Fabianer sagten dem Feuergeist eines Morris wenig zu, aber der Dichter und Künstler sah zu klar und dachte zu objektiv, um das Gute zu läugnen, das andere erzielt hatten. Er wurde hinsichtlich der Fragen der Taktik zu neuem Nachdenken angeregt, und diesem Nachdenken, den allerhand Zweifeln, die durch Morris Brust zogen, gibt der Vortrag Ausdruck, dessen Manuskript die Verwalter des Morris'schen Nachlasses dem Fabier-Verein zur Verfügung gestellt haben. Man könnte ihn als eine Art Selbstberuhigung des Sozialrevolutionärs Morris betrachten, als einen Versuch, die Synthese von Ideal und Prosa der Bewegung zu ziehen. Der Vortrag gibt, wie Shaw im Vorwort bemerkt, »Gründe für den Rat an andere Sozialisten, nicht mit den Fabianern zu zanken. Und er entwickelt seine (Morris) Warnung an die Fabianer, dass es ein Ding ist, eine konstitutionalistische Agitation auf dem Papier zu formulieren, und ein ganz anderes Ding, die Menschen zu ihrer Durchführung zu bewegen, wenn die Gleichheit und der Kommunismus, zu denen sie führt, von ihnen verabscheut, statt gewünscht werden«. (S. 4.) Mit andern Worten, das Problem vom Verhältnis zwischen Endziel und Bewegung.

Das Manuskript stellt in der erhaltenen Form mehr den Entwurf eines Vortrags dar, als diesen selbst, und man wird annehmen müssen, dass Morris beim Vortragen ihn vielfach in seiner lebhaften Weise ergänzt haben wird, aber auch als Skizze hat es ein grosses Interesse, und den Freunden des Dichters werden die Mitteilungen, die Shaw in der Einleitung über die Natur des Manuskripts macht, willkommen sein.

4. In italienischer Sprache.

Asturaro, Adolfo: **La Sociologia, i suoi metodi e le sue scoperte.** Genova, Libreria Editrice Ligure (Libreria Moderna). 261 S.

Adolfo Asturaro in Genua gehört zu denjenigen italienischen Universitätsprofessoren, die, ohne Mitglied der Partei zu sein, dennoch als wissenschaftlich überzeugte Sozialisten anzusehen sind und ihrer Sympathie bei den verschiedensten Gelegenheiten auch bereits Ausdruck verliehen haben. Das vor uns liegende Buch zeigt hiervon freilich ziemlich wenig. Doch liegt das zum grossen Teil auch an dem überaus schwerfälligen Gelehrtenstil, in dem es geschrieben, und der eine Klarheit der Gedanken durch die Unklarheit der Ausdrucksweise allein schon beinahe ausschaltet. Und doch ist das Buch Asturaros gewiss nicht arm an Schönheiten, unter denen nicht in letzter Reihe eine grosse Anzahl trefflicher Definitionen steht. So sagt er z. B. von der Volkswirtschaft, welche er übrigens als das Haupt der ganzen Reihe soziologischer Wissenschaften bezeichnet. »Ihre Endziele, sowie die Bedingungen ihres Entstehens sind in der Qualität, sowie in den biopsychologischen Bedürfnissen der spezies homo und seiner äusseren Umgebung zu suchen« (S. 204).

Erwähnenswert ist auch noch Asturaros, Marx nahestehende Ansicht von der Entstehung des Krieges, die er in der Hauptsache von ökonomischen Faktoren hervorgerufen erklärt. Im Dienste einer bestimmten Klasse wird das Heer gehalten und mit demselben die Macht. Die Kriege sind somit fast immer durch Kollisionen der Interessen zweier herrschenden Klassen entstanden.

Das in Heft 8 bereits besprochene Buch des Giovanni Lombardi hat im Ganzen die grössere Klarheit oder vielleicht, besser gesagt, die leichtere Verständlichkeit für sich. Der Vorteil des Werkes von Asturaro ist seine Gedankenfülle, mit welcher er auf verhältnismässig knappem Raum rastlos alles zusammengetragen hat, was die soziologische Wissenschaft in sich birgt.

Dr. Michels.

Oggero, Giuseppe: **Sorgete!** Ultima edizione riveduta con nuove aggiunte. Ginevra (Genève), Tipografia »Du Mont Blanc«. 13 S.

Giuseppe Oggero ist einer der besten Propagandisten der italienischen Bruderpartei. Seine bereits 1893 gehaltene und später in der Critica Sociale veröffentlichte Rede »Il Socialismo« gehört noch heute zu den wirksamsten populären Agitationswerken. »Sorgete!«, das man wohl mit »Auf!« übersetzen würde, variiert nun in leichtester Form das alte Thema: Der Reichtum der Reichen stammt von der Arbeit der Arbeitenden, und die ungleiche Güterverteilung würde schon längst der Vergangenheit angehören, wenn nicht der grössere Teil der Proletarier sie selber durch seine Dummheit aufrecht erhielte.
Die Broschüre gehört zu den Schriften, die »aufreizend« wirken, ohne eigentlich wissenschaftliche Erkenntnis — sei es auch in noch so vulgärer Form, zu bieten, und setzt ein auf noch sehr niedriger Stufe stehendes Publikum voraus. Sie ist — im guten Sinne — typisch für die Art der Propaganda in manchen Agrargegenden Mittelitaliens und mag für Erweckung des Klassenbewusstseins gute Dienste tun.

Robert Michels.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

L'Ange,

der Vorläufer Charles Fouriers in der ersten Epoche der Französischen Revolution.

(1790—1793)

Aus Jean Jaurès' Histoire Socialiste.

Bd. III. 1. Hälfte, p. 327 ff.*)

I.

Ich habe bei Behandlung der Zeit, in der er entfällt, das heisst beim Beginn des Sommers 1792, den merkwürdigen halb klaren, halb rätselhaften Brief zitiert, worin der Abbee Dolivier bei Gelegenheit der Frage der Beschaffung der Nahrungsmittel noch sehr zurückhaltend das Problem des Bodeneigentums aufwarf oder vielmehr ankündigte, dass man sich endlich werde entschliessen müssen, es zur Debatte zu stellen. Man kann sich denken, mit welcher gespannten und wachsenden Leidenschaft Abbee Dolivier den Veränderungen in der Auffassung und dem Verhalten folgte, die sich bei den Proletariern vollzogen. Er nahm noch nicht das Wort, er verriet sich noch nicht, — er wartete, bis ein höherer Aufschwung der Revolution und des Volkes ihm erlauben würde, seine Gedanken voll und ganz zu entwickeln; aber sicher erhielten von dieser Zeit an seine Gedanken dringendere Kraft und einen präziseren Inhalt.

Sie werden bald in einer Arbeit von fundamentaler Bedeutung bekannt werden, die Gabriel Deville mir angekündigt hat, der bei seinen Forschungen über Babeuf auf sie gestossen ist. Diese Arbeit bildet einen Uebergang von der extremen Demokratie Robespierres zum Kommunismus Babeufs. Der Keim erzittert und scheint nahe daran, die Erde zu durchbrechen. Vom Oktober und November 1792 an erhitzen kühne Gedanken geheimnissvoll die im Entstehen begriffene Bewegung, das Aufkommen der Idee des Gesetzes über den Höchstpreis des Getreides (das »Maximum«). Es handelt sich nicht mehr um eine kommunale Festsetzung der Preise, die von oben diktiert wird, um ein industrielles Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, sondern um eine von der Demokratie und den Proletariern geplante Herrschaft über alle Werte, also logischerweise über das Eigentum selbst. Wer fühlt nicht aus diesem Beispiel einer künftigen Sozialisierung des Austauschs den Versuch eines demokratischen, staatlichen und zentralistischen Kommunismus heraus?

---

*) Wir bringen in obigem den ersten Teil eines Stücks aus der Jaurès-schen Sozialistischen Geschichte zum Abdruck, das einen überaus interessanten Sozialisten aus der Arbeiterklasse vorführt, der in den ersten Jahren der grossen französischen Revolution zu Lyon lebte und wirkte. Wir hielten es nicht für angemessen, die Kommentare fortzulassen, die Jaurès den Auszügen aus den Schriften des bezeichneten Sozialisten beigibt, obwohl sie einen mehr didaktisch-propagandistischen als kritisch-analytischen Charakter tragen. Nur hier und da, wo es sich um Nebenfragen handelt, haben wir einige wenige Kürzungen vorgenommen. *Red. der Dok. des Soz*

Nun aber beginnt auf Grund eines merkwürdigen Zusammentreffens, aus dem hervorgeht, dass der Sozialismus mit seinen verschiedensten Fasern in der Demokratie und der Revolution wurzelt, im gleichen Moment, wo man an der Oberfläche des Bodens die kaum noch sichtbare Spitze des künftigen Babouvismus wahrzunehmen anfängt, auch die Theorie Spitzen zu treiben, die später der Fourierismus sein wird: der Genossenschaftssozialismus wächst aus derselben revolutionären Furche heraus, wie der kommunistische Sozialismus, und wie dieser, meldet er sich bei Gelegenheit des plötzlich zu grösster Bedeutung gelangten Frage der Nahrungsmittel. Es ist Michelet, der mit unvergleichlich eindringendem Blick die revolutionäre Vorgeschichte des Fourierismus blosgelegt hat. Wo er von Lyon spricht, sagt er:

»Nirgends hat es mehr utopistische Träumer gegeben, als in dieser Stadt. Nirgends hat das verwundete, gebrochene Herz lebhafter nach neuen Lösungen für die Probleme des menschlichen Geschicks gesucht. Dort erschienen die ersten Sozialisten, Ange und sein Nachfolger Fourier. Der erstere entwarf im Jahre 1793 das Phalansterium und die ganze Genossenschaftstheorie, die dieser sich mit der Kraft des Genies zu eigen gemacht hat.«

Ich gestehe, dass dieser Satz für mich etwas blendendes hatte. Welche Freude, wenn wir, in dem Moment, wo wir in Dolivier und einigen anderen den Uebergang von Robespierre zu Babeuf, von der Demokratie zum Kommunalismus erfasst hatten, nun in Ange und der von Michelet betonten Bewegung in Lyon den Uebergang von der Revolution zum Fourierismus würden feststellen können! Er schien mir unter dem von der Revolution aufgewühlten Boden unzählige Keime und die tiefe Entwickelung der Kräfte vorauszuschauen. Aber wie summarisch lautete der Satz Michelets! Herr Lichtenberger hat ihn ganz unbeachtet gelassen, denn er hat in seinem Buche Le Socialisme et la Révolution française nicht einmal auf ihn angespielt, er scheint Ange nicht zu kennen, noch sich um ihn gekümmert zu haben. In den Archiven, in denen Michelet den wunderbaren Brief gefunden hat, den Chalier am Vorabend seiner Hinrichtung an die Seinigen gerichtet hat, ist keine Spur von Ange vorzufinden. Ich wandte mich an Herrn Gabriel Monod, der, wie bekannt, die nachgelassenen Papiere Michelets besitzt, und in den Noten, die Michelet fünf Jahre nach der Veröffentlichung seines Buches über die französische Revolution geschrieben hat, hat Monod folgendes gefunden:

»Wer hat Fourier gemacht? weder Ange, noch Babeuf: Lyon allein ist der Vorgänger Fouriers.«

Michelet will sagen, dass nicht die direkte und bestimmte Tätigkeit dieses oder jenes Denkers den Geist und das Werk Fouriers erzeugt habe, sondern der Anblick des Elends in Lyon, sowie das glühende Gerechtigkeitsbedürfnis, das die Seele der Stadt erregte. Aber nach Ansicht Michelets bleibt Ange einer der grossen sozialistischen Vorläufer.

In der Bibliothéque Nationale war unter dem Namen Ange absolut nichts zu finden. So machte ich Mr. Charléty, dem Professor der Geschichte an der Universität Lyon, der über die Revolution so tiefgehende Studien gemacht hat, von meiner Wissbegier und meiner Not Mitteilung, und er hat mir den nötigen Schlüssel zu den Forschungen gegeben. Nicht Ange, sondern L'Ange ist der Name des Lyonners; alle seine Broschüren tragen den Namen L'Ange, und unter dem Namen L'Ange habe ich einige davon in der Bibliothéque Nationale aufgefunden. Mehr noch, sein wirklicher Name war sehr wahrscheinlich Lange. Er scheint tatsächlich deutschen Ursprungs gewesen zu sein. Aus seinem Verhör geht nach den mir von Mr. Charléty mitgeteilten Notizen hervor, dass er in Kehl geboren war, in Münster erzogen wurde und mit sechszehn Jahren nach Paris gekommen war. Die Bibliothéque

Nationale ist unglücklicherweise nicht im Besitz der Broschüre aus dem Jahre 1793, die Michelet vor Augen gehabt, und in der L'Ange sein ganzes System zur Sicherstellung »des öffentlichen Glücks« dargelegt hat. Ebensowenig ist sie in den Lyoner Bibliotheken zu finden, indes hat Mr. Charléty die Hoffnung nicht aufgegeben, sie doch noch in Privatsammlungen zu finden. Dies würde für die Geschichte des Sozialismus und der Demokratie ein grosses Glück sein. Aber es findet sich ein kurzer Auszug der Broschüre in einem bibliographischem Katalog.

Hat Michelet sie wirklich in Händen gehabt? Man könnte angesichts des Irrtums, den er mit Bezug auf den Namen L'Ange begeht, daran zweifeln; vielleicht ist er durch Ueberlieferung auf die »societäre Propaganda« hingelenkt werden, die L'Ange im Jahre 1793 in Lyon machte, zu einer Zeit, wo Fourier im Alter von einundzwanzig Jahren sich dort niedergelassen hatte. Aber was durchaus bemerkenswert ist, und was klar aus den Broschüren von L'Ange, die ich prüfen konnte, hervorgeht, ist, dass er nicht auf die grosse Aufstachelung des Geistes im Jahre 1793 gewartet hatte, um erst einen sozialistischen Gedanken kundzugeben und ihn alsdann in Formen zu präzisieren, die dem Fourierismus sehr nahe kommen. Vom Jahre 1790 erweitert und steigert sich seine Propaganda, und so verknüpft sich durch vielfache Verschlingungen der fourieristische Gedanke mit den verschiedenen Phasen der Revolution.

In den Schriften von L'Ange treten nacheinander drei Ideen zu Tage, die mit politischen und sozialen Krisen der Revolution zusammenfallen. Zuerst ist es der Widerspruch zwischen der Erklärung der Menschenrechte und dem von der Konstituante beschlossenen oligarchischen Zensuswahlsystem, gegen den sich sein Gefühl auflehnt und der ihn dazu führt, die Eigentumsfrage in kühnen Sätzen aufzuwerfen. Alsdann veranlassen ihn die allgemeine Krise in den Preisen und der Zufuhr der Lebensmittel, die sich deutlich zeigende Verwirrung im Handelssystem, die sich vom Frühling zum Herbst des Jahres 1792 steigert, einen genauen Plan einer neuen Organisation und einer allgemeinen Assoziation zu entwerfen, der insbesondere bestimmt ist, die Verproviantierung des Landes vorzusehen. Im Jahre 1793 endlich erweitert er unter der Wirkung der grossen Lyoner Krise seinen Gedanken bis zum totalen Umguss des sozialen Systems.

Im Jahre 1790 lässt er in Lyon in der Druckerei von Louis Cutty eine Broschüre unter dem Titel erscheinen: »Plaintes et représentations d'un citoyen décrété passif aux citoyens décrétés actifs.« Sie führt eine schöne Sprache, die zugleich leidenschaftlich und brüderlich, kühn und weich ertönt.

»Meine Herren, Sie gehen daran, die Wahl von neuen Abgeordneten vorzunehmen; — aber wo sind Ihre Brüder?

»Als die Abgeordneten des französischen Volks erklärten, dass alle Menschen frei und mit gleichen Rechten geboren sind und es bleiben, dass der Zweck aller politischen Gemeinschaften die Wahrung der natürlichen und unverjährbaren Menschenrechte ist; dass die Ausübung der natürlichen Rechte jedes Menschen keine anderen Grenzen hat, als diejenigen, die den anderen Gliedern der Gesellschaft den Genuss der gleichen Rechte zusichern, dass diese Grenzen nur durch das Gesetz bestimmt werden dürfen, das der Ausdruck des allgemeinen Willens ist; dass alle Bürger das Recht haben, persönlich oder durch Vertreter bei seiner Feststellung mitzuwirken; dass es als von allen ausgehend, für alle gleich sein und dass, weil alle vor ihm gleich sind, alle auch gleichen Zugang zu allen Stellen, Aemtern und Würden haben sollen, nach Massgabe ihrer Fähigkeiten und ohne anderen Unterschied, als den ihrer Verdienste und Talente;

»Als schliesslich die Volksvertreter anerkannten und erklärten, dass das Prinzip aller Souveränität dem Wesen nach in der Nation ruht, und dass keine Körperschaft, kein Individuum eine Autorität ausüben kann, die nicht ausdrücklich aus ihr hervorgeht, durfte man nicht erwarten, dass sie ihre Tätigkeit gegen sich selbst richten würden, dass sie durch Abtrennung eines grossen Stücks der souveränen Nation diese teilen und so sich darauf reduzieren würden, nur deren kleineren Teil zu vertreten; dass die ihnen übertragene Gewalt von ihnen dazu benützt werden würde, ihren Auftraggebern das Recht zu nehmen, ihnen Aufträge zu geben, und sie in Sklaven oder, was dasselbe ist, in Passivbürger zu verwandeln.

»War es denn nicht genug, das Selbstbestimmungsrecht der Nation auf das blosse Recht zu beschränken, ihre Vertreter zu wählen? Musste man uns noch den Schimpf antun, uns auf den scheinbaren Grund unserer arbeitsreichen Armut hin, aus der ihr eure Reichtümer schöpft, aus den Urwählerversammlungen auszuschliessen? Wenn unser Verstand infolge der Armut in dem Grade ungepflegt bleibt, dass man uns für unfähig hält, selbst darüber zu beraten, was uns zukommt, wenn es uns durch die Art unserer Bedürfnisse unmöglich ist, am öffentlichen Wesen teil zu nehmen, an dem wir die am meisten interessierten sind, angesichts dessen, dass wir unser persönliches Können für es einsetzen, so ist das Recht, Vertreter zu ernennen, unsere einzige Zuflucht, die einzige Sicherstellung unserer Interessen, und dieses Rechts uns zu berauben, hat eine tückische und grausame Politik unseren Abgeordneten eingegeben.«

Eine kräftige Beweisführung. Es ist gewiss ein unhaltbarer Widerspruch, das Recht aller Menschen zu proklamieren und gleich darauf einem Teil derselben das politische Recht vorzuenthalten, die Zulassung aller zu allen Aemtern anzuerkennen und alsbald Millionen von Bürgern das oberste Amt zu verweigern, das Recht, die Gesetzgeber zu ernennen und das Gesetz zu bestimmen. Die Erklärung der Menschenrechte führte mit Notwendigkeit zur Demokratie, und diese Demokratie wollte L'Ange so weit umfassend und so direkt als möglich wissen. Was er wünschte, war die direkte Volksregierung, die direkte Gesetzgebung durch das Volk, und er hatte schon in einem am Vorabend der Revolution erschienenen Werkchen das praktische Mittel angedeutet, durch das in allen wichtigen Fragen der individuelle Wille aller Staatsbürger zu konstatieren wäre. Welcher Zorn nun, das Volk nicht nur dieses Rechts der direkten Gesetzgebung, sondern auch des Rechts der Vertretung beraubt zu sehen. Und welche stolze Geltendmachung der Würde des Armen!

»Ich werde es nicht unternehmen,« sagt L'Ange, »den tiefen Schmerz zu malen, den diese Beraubung uns verursacht, ihr werdet eine Idee davon in der illegalen Petition der Dienstboten ausgedrückt finden, die die Herzen der Nationalversammlung zu rühren verstanden hat. Ach, wenn man doch einen von Vorurteilen ganz freien Weg beschritten hätte, wenn man den heiligen Respekt für das Eigentum des Nächsten in Betracht gezogen hätte, den der Arme an den Tag legt, wenn er sich um den Preis seines Körpers dazu hingibt, den Ueberfluss des Herrn zu schaffen; wenn man in Betracht gezogen hätte, dass der Reiche eine heilige Schuld übernimmt gegen den Armen, dessen er sich bedient, dass der Titel Gläubiger den Titel Diener erhebt, dass der Titel Schuldner den Titel Herr entwürdigt; dass bei ihrer Vertragschliessung Herr und Diener gleich sind und dass

ihre Uebereinstimmung in der Moral sprichwörtlich geworden ist, so hätten die Inkonsequenz, die ironischen Ueberredungskünste, die Spitzfindigkeiten, die behufs Besänftigung ihrer fressenden Gewissensbisse fein ausgedrückten hinterlistigen Sophismen die Majestät des französischen Volkes, die in der Erklärung der Menschenrechte im reinen Glanz erstrahlte, nicht verdunkeln können.«

Das sind nicht mehr die leichtfertigen Impertinenzen Figaros. Mit ernster und tiefer Betonung spricht L'Ange, indem er den Diener als den Gläubiger des Herrn hinstellt, ihm die erste Stelle zu.*) Er weicht durchaus nicht der Schwierigkeit aus, er schwächt das Problem nicht ab. Er, der Maler, der bessergestellte und augenscheinlich gebildete Handwerker, trennt die Sache der armen Handwerker nicht von der der Dienstboten, der im Lohn stehenden Diener. Er fordert das Recht in seinem ganzen Umfange für alle, selbst für die, die in einer abhängigen und gedrückten Lage scheinen:

»Aber was sehe ich? und eure Stirnen, meine Herren, verfinstern sich auch; der Stolz, der immer ungerecht ist, malt euch den Abhängigkeitszustand der Lohndiener als zu niedrig, um mit der Würde des Bürgers vereinbar zu sein, und ihr klatscht dem Gesetz Beifall, das sie aus der Gesellschaft verjagt, sie vor ihre Türe setzt, sie mit den unvernünftigen Haustieren verwechselt.

»Nun wohl, meine Brüder, und doch sind es jene Leute, denen das Gesetz uns gleichsetzt, und es ist durchaus nicht eine Gleichsetzung, über die wir uns beklagen....«

»Gegen wen richtet man die Waffen? Gegen wen nehmt ihr euch so sehr in Acht? Es geht nicht gegen die ehemaligen Privilegierten, die die Unmöglichkeit einsehen, ihr Hirngespinst wiederherzustellen, das die Vernunft eben hat verschwinden machen. Es gibt deren ohne Zweifel, die euch nicht verzeihen, dass ihr vor ihnen nicht mehr auf den Knien liegt, aber was können die euch tun, wenn ihr Rachegefühl nicht auf unsere Kräfte rechnete? Wir sind es also, die ihr fürchtet, wir, die als passiv, als inaktiv Bezeichneten, grade unsere Tätigkeit ist es, die ihr fürchtet. Oh, meine Brüder, das ist die Furcht Cains. Denn die Verordnung, die uns von den Urwahlen ausschliesst, die uns von euch trennt und uns mit einem bürgerlichen Tod schlägt, ist in der Tat ein wirklicher Brudermord, der nicht ungestraft bleiben kann.

»Und welchen Verbrechens können wir uns jemals mit Bezug auf euch schuldig machen? Sind wir nicht im Kriegszustand? Ihr seid es, die uns sehr hart geschädigt habt; ihr seid es, die uns zu Unrecht aus der Gesellschaft ausgeschlossen habt, ihr seid es, die uns aus dem sozialen Vertrag gestrichen habt. Ihr habt uns verhindert, auf tyrannische Weise verboten, mitzuberaten; ihr habt sogar eine freie Ratifikation von unserer Seite zu sehr verachtet oder gefürchtet: Ihr selbst seid es, die uns in den Naturzustand zurückversetzt habt, ihr habt euch des Vertrages entledigt, der uns mit euch verband.«

»Ich bitte euch, eure Mitbürger von rechts und links anzusehen, die mit euch auf derselben Stufe, auf der konstitutionellen Schaukel

*) Man darf nicht vergessen, dass die Ausdrücke Diener und Herr im 18. Jahrhundert eine sehr umfassende Bedeutung hatten, z. B. noch die Begriffe Arbeiter und Prinzipal einschlossen. Red. der Dok.

stehen. In jedem Augenblick steigt oder fällt euer Bürgerrecht, je nach dem Gewicht eures unbeständigen Vermögens. O ihr, die es verlässt, und die ihr in unsere Klasse fällt, am Rand euerer Grube, fünfzig Jahre tadellosen, musterhaften Lebens, die unbesiegbare Gewohnheit der Tugend, eure Erfahrung, eure Klugheit sicherten euch die Bürgerkrone, die bestbegründete öffentliche Achtung, — und nun seht ihr euch in den Schlamm der Bösen gezogen.«

Soll man sich also, um sich das politische Recht zu sichern, um jeden Preis bereichern?

»Mordet, bereichert euch im dunkeln, stellt eine Mark Silber zur Schau, und ihr werdet Bürger sein, und man wird danach die Tugenden bemessen. So seid denn geizig und hart, aus Furcht euer Bürgerrecht zu schmälern.«

Und nun? Wird L'Ange dieser ebenso kurzsichtigen, wie egoistischen Klasse, die, indem sie das Volk vom sozialen Kontrakt loslöste, den tiefen Krieg und die allgemeine Unsicherheit herbeigeführt hat, und die damit, dass sie die Armut erniedrigte, in die sie fallen kann, sich selbst erniedrigt hat, wird L'Ange ihr eine bestimmte Parole des Kampfes und der Verachtung zuschleudern? Ist es der Klassenkampf, den er organisieren wird, um zunächst die Demokratie zu erobern und alsdann jene Forderung, die er allen Dienern an ihre Herren zuerkannt hat, geltend zu machen? Er konstatiert den Kriegszustand, aber wird er die Nutzanwendung daraus ziehen und den Ansturm wider das politische und soziale Privilegium der Bougeoisie vorbereiten? Nein, die Gedanken L'Ange's nehmen plötzlich eine andere Richtung. Sei es, dass er kein Vertrauen in die Kraft und Aktionsfähigkeit der Proletarier hat, sei es, dass er in seinem grossen Traum von der Verbrüderung der Menschheit die blutigen Zuckungen ersparen will, er gibt sich friedlichen Hoffnungen hin. Der Gedanke derer, die man später utopistische Sozialisten nennen wird, steckt schon in ihm. Er träumt von einem grossen Manne, einem grossen Retter der Menschheit, der den Privilegierten ihren Egoismus und ihre Verblendung vorhalten und sie durch Ueberredung zu einer gerechteren Politik führen werde. Und wer weiss, ob nicht der König selbst, der die Generalstände einberufen hat, der mehr als einmal gesagt hat, dass er das Volk liebe, seine Macht mit der des Volkes vereinigen wird, um die Gesellschaft umzugestalten, das Recht und das Glück aller zu befestigen? Zur Rehabilitierung der in das politische Recht und in den Besitz der von ihr geschaffenen Reichtümer wieder eingesetzten Arbeit fordert L'Ange mit dem Jahre 1790 den Helden seines Gedankens, den unbekannten Retter auf, auf den Generationen von Sozialisten in mystischer Hoffnung harren werden.

»Glaubt indess nicht, dass dieses finanzielle und korrumpierende Gesetz sie jeder Tugend und jedes edlen Aufschwungs unfähig macht. Möge der menschenfreundliche Retter erscheinen. Er führe sie zurück auf sich selbst, zur Menschenwürde .... Die Revolution war daran, Heil zu bringen, ein Umsturz der Ideen aber hat sie verpestet; durch den abscheulichsten Missbrauch der Reichtümer hat man den Souverän umgewandelt. Man hat ihn zusammengesetzt aus paralysierten Gliedern, inaktiven Bürgern, aus vernünftigen aber willenlosen Mitgliedern, aus passiven Bürgern, aus aktiven, aber durch das Wahlgesetz gefesselten Gliedern, aus edlen, aber nicht beratenden Mitgliedern; aus Mitgliedern schliesslich, die zu entscheiden haben, aber dies in kleiner Zahl und in Abhängigkeit von einem Anstoss gebenden Mitglied oder König, der ihren Willen nach seinem Belieben in die Versammlung aller Mitglieder überträgt, bezieh. dort hervoruft.«

›Ach, ihr habt bereits euer Teil, habt Wohnungen, Nahrung, seid hundemässig eingekleidet (es sind die beständig mit Wiederherstellung der ›Ordnung‹ beschäftigten Lyoner Nationalgarden, die L'Ange dergestalt durch seinen philantropischen Helden anreden lässt) und mit Waffen, Pulver und Blei bis zum Doppelten eures Gewichts ausgerüstet... Ihr seid Menschen, gebraucht also eure Kraft, wie es eurem edlen Charakter zukommt, seid die Helden der Menschheit... Ihr habt geschworen, der Nation, das heisst euch selbst, treu zu sein!‹

Dies der Appell an die Bourgeoisie, sich ihres Klassencharakters zu entkleiden und den Geist der Menschheit anzunehmen. Und nun der Appell an den König im Hinblick auf eine Teilung des ganzen Reichtums zwischen dem Königtum und dem Volk.

›Die Wahrheit tritt zu Tage, und wir sehen klar, dass das Dasein des Menschen der einzige Rechtstitel auf das Bürgerrecht ist; wir sehen klar, dass die Steuer im Gegenteil — als Bedingung des Wahlrechts und der Wählbarkeit — ein durchaus falscher Titel für diejenigen ist, die sich seiner gegen uns bedienen.‹

Diese von den wohlhabendsten Bürgern gezahlte Steuer, die ihnen das ausschliessliche Wahlrecht gibt, bedeutet für sie tatsächlich weder ein Opfer noch eine Entbehrung, denn sie erheben sie von der Arbeit:

›Majestät, fastet derjenige, der den Ortswert von drei, zehn oder mehr Arbeitstagen zahlt? Wohnt er während drei oder zehn und mehr Tagen umsonst? Ach, wenn das Fasten, wenn die Entbehrungen das Bürgerrecht geben, wer dürfte mehr als wir darauf Anspruch machen? Aber die Steuer hat keine andere Basis als den Gewerbefleiss im allgemeinen, und niemand zahlt sie, ausser wenn er uns, Künstler, Handwerker und Tagelöhner ausbeutet. Betrachten Sie, Majestät, das Nettoprodukt eines Grundstücks, das erste Resultat unseres Gewerbfleisses und unserer Mühen; was tut die Verwaltung, wenn sie darauf eine direkte Steuer erhebt? Sie teilt den Erlös mit den Verkäufern. Sie teilt mit ihnen das auf unsere Bedürfnisse auferlegte Lösegeld, und als ob die Pächter und die Verkäufer nicht genügten, um uns auszubeuten, gibt man ihnen noch unbarmherzige Gehilfen bei; und diese Ungeheuer werden geboren, atmen unter uns, um direkt indirekte Steuern auf unseren erzwungenen Gebrauch von Dingen zu erheben, die kraft unsrer da sind, nur Gebrauchsgegenstände sind, nur Wert haben, dank der Arbeit unserer Hände.‹...

›Endlich durchlöchert die uns aufklärende Wahrheit den lächerlichen Schleier des Eigentumstitels, in den sich unsere Feinde mit dem schamlosen Stolz des Müssiggangs hüllen. Das Gold, mit dem sie sich brüsten, ist nur in unseren arbeitsamen Händen nützlich und heilbringend, es wird Gift, wenn es sich in den Kasten des Reichen ansammelt die am politischen Körper dasselbe sind, was am physischen Körper Geschwüre sind. Ueberall, Sire, wo eure Majestät die Blicke wenden werden, werden Sie den Boden nur von uns besetzt sehen; wir sind es, die arbeiten, wir sind die ersten Besitzer, die ersten und letzten Okkupierer. Die Nichtstuer, die sich Eigentümer nennen, können nichts einsammeln, als den Ueberschuss über unseren Lebensunterhalt; das beweist wenigstens unser Miteigentum. Sind wir aber durch die Natur der Sache Miteigentümer und die einzige Ursache von allem Einkommen, so ist das Recht, unsern Unterhalt zu begrenzen und uns des Mehrertrags zu berauben, ein Banditenrecht.‹

Das ist der heftigste, schroffste und klarste der vor Proudhon gegen

das Eigentum gerichteten Angriffe. Nicht ein Einfall, wie das Wort Brissots, sondern eine ganze Theorie. In der Tat sind es die Arbeiter, die den Boden okkupieren, sie sind die einzigen, die ihn kontinuierlich besetzt halten. »Der Nichtstuer, der sich Eigentümer nennt,« kann sich von der Besitzung entfernen, ohne dass die Fruchtbarkeit des Bodens unterbrochen würde. Die Proletarier im Gegenteil üben eine dauernde Okkupation aus, und müssen sie, diesen ersten Titel des Eigentümers, ausüben. Ferner, wenn man das Verschwinden der müssiggehenden Eigentümer als möglich sich vorstellen kann, so ist die Existenz der Arbeiter eine Notwendigkeit. Sie muss also notwendigerweise durch die Produkte des Lebens erhalten werden, und die Eigentümer können nur dann anfangen, das Nettoprodukt einzuziehen, wenn die Existenz der Arbeiter gesichert ist. Diese haben also mindestens schon das Miteigentum am Boden, und bei diesem Miteigentum sogar den ersten Anspruch. Und da sie schliesslich die Einzigen sind, die dieses Recht des Miteigentums in Wert umsetzen, wie sie allein jedem Eigentum Fruchtbarkeit und Wert geben, da sie allein das Einkommen schaffen, wird ihr Recht auf Miteigentum ein Recht auf ausschliessliches Eigentum, und die Steuer, die der Pseudo-Eigentümer erhebt, ist »eine Räuberei«. Das müssige Eigentum ist der Diebstahl ...«

Lediglich die Arbeiter, die den Reichtum schaffen, haben das Recht, einen Teil davon wegzugeben. Und nun das Anerbieten, das L'Ange im Namen der Proletarier dem König macht. Alle Müssiggänger werden aus dem Nettoprodukt des Bodens, aus dem, was L'Ange den »Ueberfluss« nennt, expropriiert, und dieses Nettoprodukt soll zur Hälfte zwischen dem produzierenden Volk und dem König geteilt werden. Dem König wird es erlauben, die grossen öffentlichen Dienste sicherzustellen; das Volk wird es in die Lage versetzen, die Erziehung der neuen Generationen sicherzustellen.

»W e i s e n S i e a l s o , M a j e s t ä t , d i e f ü n f u n d z w a n z i g M i l l i o n e n I h r e r C i v i l l i s t e , d e n S o l d f ü r I h r e A r m e e n , d i e K o s t e n d e c k u n g f ü r I h r e R e c h t s p f l e g e z u r ü c k , d i e d i e u n r e i n e n H ä n d e j e n e r I h n e n b i e t e n , u n d g e r u h e n S i e s i c h z u m g e r e c h t e n V e r w e s e r d e r g a n z e n H ä l f t e d e s U e b e r f l u s s e s z u m a c h e n , und uns die andere Hälfte nur zur Erziehung unserer Kinder zu überlassen, damit nicht mehr gesagt werde, wir seien ein Volk ohne Erziehung. Sire, es ist die Pflicht eurer Majestät, diesen billigen und gerechten Vorschlag anzunehmen, den zu machen wir ganz offenbar das Recht, und den d u r c h z u s e t z e n w i r d i e K r a f t h a b e n .«

Hier hätten wir die revolutionäre Expropriation des ganzen kirchlichen, adligen und bürgerlichen Grundeigentums von den Proletariern und dem Königtum auf Halbpart vorgenommen. Dies der Sozialismus von 1790, ein zur Hälfte utopistischer, zur Hälfte demokratischer Sozialismus. Er ist utopistisch durch das Warten auf den philantropischen Helden und Erretter, er ist utopisch durch den Appell an den König. In Bezug auf die Industrie ist er unbestimmt, denn wenn L'Ange, der selbst Arbeiter ist und unter den unzähligen Arbeitern und Tagelöhnern der Stadt Lyon lebt, auch das industrielle Problem nicht vergessen kann, wenn er von der Industrie im allgemeinen spricht, so scheint es doch, dass die Teilung des Ueberflusses sich mit Genauigkeit nur auf das Nettoprodukt des Bodens bezieht. Aber wenn in allen diesen Zügen der Lyoner Sozialismus vom Jahre 1790 von der Utopie durchtränkt ist, so ist er doch auch von der Demokratie durchtränkt.

Es geschieht im Namen der Menschenrechte, dass L'Ange gleichzeitig das Recht der Arbeiter auf das öffentliche Leben und ihr souveränes Recht auf das Eigentum verkündet. Und wenn er für die Verwirklichung der sozialen Revolution auf die Mithilfe des Königs rechnet, wenn er diese Revolution

als einen Kompromiss zwischen der Nation und dem König auffasst, ähnlich dem von der konstituierenden Versammlung ausgearbeiteten konstitutionellen Kompromiss, so bietet er auch dem König für die Ausführung des Plans der allgemeinen Expropriation die Kräfte des Volkes an. Der Sozialismus ist im Jahre 1790 nur deshalb mit dem Utopismus gemischt, weil die Demokratie noch nicht vollständig entwickelt ist, und später wird er unter Fourier nur darum einen wirklich utopistischen Charakter annehmen, weil die Demokratie zurückgeschlagen sein wird. Er wäre nicht darauf angewiesen gewesen, auf die Grossmut der privilegierten Klassen, und auf die Initiative der Grossen der Erde zu rechnen, wenn ein Regime vollständiger Demokratie dem preduzierenden Volk die Kraft zum Hoffen, zum Wollen und Handeln verliehen hätte.

III. Urkunden des Sozialismus.

Ein Wahlmanifest Proudhons aus dem Jahre 1848.

Bei den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung von 1848 kandidierte für das Seine-Departement (Paris) unter anderen Sozialisten und Arbeiterkandidaten auch P. J. Proudhon. Bei der Hauptwahl unterlag er. Bei der infolge von Doppelwahlen notwendig gewordenen Nachwahl vom 4. Juni drang von den aufgestellten Sozialisten neben Pierre Leroux auch Proudhon durch, während Cabet, Raspail und andere Sozialisten unterlagen. Für diese letztere Wahl hatte Proudhon ein längeres Wahlmanifest veröffentlicht, in dem er seine politischen, ökonomischen etc. Reformideen programmatisch niederlegte. Es ist für die Beurteilung Proudhons überaus charakteristisch, zeigt ihn mit all' seinen theoretischen Schwächen, zugleich aber auch von seiner starken Seite als originellen Denker und mutigen Charakter. Neben vielen ganz utopistischen Vorschlägen wird man auch allerhand Gedanken entwickelt finden, die in veränderter Form teils Verwirklichung gefunden haben und teils auf dem Wege der Verwirklichung sind. Wir geben das Manifest unverkürzt nach der Uebersetzung wieder, die es in der 1850 in Leipzig erschienenen deutschen Ausgabe von Schriften Proudhons erfahren hat. (Bd. II, Revolutionäre Ideen, S. 50 ff.); nur an einigen Stellen haben wir für die dort gewählten Ausdrücke andere gesetzt, die uns den Sinn der betreffenden Gedanken leichter verständlich zu machen scheinen.

* *
*

Revolutionäres Manifest.

An die Wähler des Seine-Departements.

Paris, den 30. Mai 1848.

Bürger!

Weil meine politischen und sozialistischen Freunde es wünschen, willige ich von neuem darin, das Glück der Wahlen zu versuchen, und ich lege euch mein Glaubensbekenntnis vor. Es wird unzweideutig und in einer für alle verständlichen Weise meine Ideen über die Revolution, meine Hoffnung für die Zukunft zusammenfassen. Ihr werdet mich nicht wählen, Bürger; weder ihr, um deren Stimme ich mich in diesem Augenblicke bewerbe, habt noch Zeit gehabt, mich kennen zu lernen, noch hat die Regierung, die meine Bewerbung vielleicht hätte unterstützen sollen, Musse genug gehabt, mich zu begreifen. Aber, Wähler von Paris, ihr seid darum nicht weniger das erste Schwurgericht der Erde; und was eure Klugheit einer ersten Bekanntschaft nicht bewilligt, das, verzweifle ich nicht, bei einer zweiten Prüfung von eurer Weisheit zu erlangen.

Die Februar-Revolution hat die ganze Gesellschaft in Frage gestellt. In einem so feierlichen Augenblicke muss jedes Glaubensbekenntnis, wenn es aufrichtig sein soll, vollständig sein; und auch das genügt noch nicht; es muss sich auf Gründe stützen. Ihr werdet also, Bürger, die Länge der gegenwärtigen Erklärungen entschuldigen. Ich gehöre nicht zu jenen, für welche ein Glaubensbekenntnis nur ein diplomatischer Akt ist, worin man mit allgemeinen Redensarten viel zu versprechen scheint, während man in Wahrheit gar nichts verspricht.

Das soziale System, um dessen Reform und Neugestaltung es sich handelt, umfasst drei Klassen von Ideen:

Die Familie,
Die politische Oekonomie,
Die Regierungsform.

Ich will euch mitteilen, was ich über jeden dieser Punkte denke.

I. Die Familie.

Vor zwei Jahren schrieb ich über die Verhältnisse der Familie und des Eigentums folgendes:

»Hauptsächlich in der Familie enthüllt sich der tiefe Sinn des Eigentums. Die Familie und das Eigentum schreiten, auf einander gestützt, neben einander her; die eine hat Wert und Bedeutung nur durch die Beziehung, welche sie mit dem andern verknüpft.

Mit dem Eigentum beginnt die Rolle der Frau. Die Haushaltung, diese ganz ideale Sache, die man sich vergeblich bemüht lächerlich zu machen, ist das Königreich der Frau, das Monument der Familie. Man nehme den Haushalt, diesen Grundstein des häuslichen Herdes, hinweg, diesen Mittelpunkt der Anziehung für die Ehegatten — und es werden wohl Paare übrig bleiben, aber keine Familie. Man sehe, wie in den grossen Städten die arbeitenden Klassen infolge der Wandelbarkeit des Wohnortes, der Armut des Haushaltes und des Mangels an Eigentum allmählich zur wilden Ehe und zur Völlerei herabsinken. Wesen, die nichts besitzen, die sich an nichts halten und nur in den Tag hineinleben, können sich keine Bürgschaft bieten und können sich daher nicht heiraten; besser, gar keine Verbindlichkeit eingehen, als sie auf das Nichts hin eingehen. Die Proletarierklasse ist somit der Ehelosigkeit geweiht: das ist es, was im Mittelalter das Herrenrecht (das Recht der ersten Nacht) und bei den Römern das Verbot der Ehe unter den Proletariern besagen wollten.

Was ist denn nun im Verhältnisse zu der übrigen Gesellschaft die Haushaltung anderes, als zugleich die erste Grundlage und die Festung des Eigentums? Der Haushalt ist das Erste, wovon das Mädchen träumt; diejenigen, die so viel von Neigung sprechen und den Haushalt abschaffen wollen, müssten diese Verschlechterung des Geschlechtsinstinktes wohl erst beweisen. Was mich betrifft, so kann ich, je mehr ich darüber nachdenke, um so weniger mir Rechenschaft darüber geben, was ausserhalb der Familie und des Haushaltes das Los der Frau sein soll. Buhlerin oder Hauswirtin (Hauswirtin, sag' ich, und nicht etwa Magd) — ich sehe da kein Drittes; und was liegt denn in dieser Alternative Demütigendes? Worin ist denn die Rolle der Frau, die mit der Führung des Haushaltes, mit allem, was sich auf den Verbrauch und die Oekonomie bezieht, beauftragt wird, untergeordnet unter die des Mannes, dessen eigentliche Aufgabe die Leitung der Werkstätte ist, das heisst die Leitung der Produktion und des Austausches?« System der ökonomischen Widersprüche. (Système des contradictions économiques Tom. II. chap. 10.)

Die Familie ist in der Menschheit im Fortschreiten begriffen, ebenso wie die Industrie, die Kunst, die Wissenschaft, die Sittenlehre, die Philosophie. Sie erhebt sich von der Gemeinsamkeit oder Vermischung der Geschlechter, dem ursprünglichen Verhältnisse der Gesellschaft, zu einer schon ausschliessenden Vielweiberei, dann von dieser zur Monogamie, deren Grundcharakter, was man auch davon sagen und was man auch tun mag, in der immerwährenden Fortdauer und in der Unverletzlichkeit besteht. Trennen kann die Ehe nur der Tod und gewisse schwere Vorfälle, deren Festsetzung zu den zartesten und schwierigsten Aufgaben der Moralphilosophie gehört.

Die Revolution von 1848 greift also die Familie nicht an und kann sie nicht angreifen. Ihr ganzer Einfluss in dieser Hinsicht besteht darin, dass sie mehr und mehr das Ideal der Familie verwirkliche, dass sie die ökonomische Grundlage derselben reformiere.

Ich würde also gegen jedes bürgerliche oder fiskalische Gesetz protestieren, das zum Zwecke hätte, die väterliche Gewalt, den Grundsatz des

Erbrechts, das Recht der Schenkung und der Testamentserrichtung aufzuheben oder zu beschränken und zu besteuern. Die Gleichheit und die Brüderlichkeit bedürfen, meiner Ansicht nach, derartiger Schutzwachen nicht. Das Budget kann und soll sich andere Hilfsquellen verschaffen. Und was die Ehescheidung anlangt, so halte ich es bei unserer jetzigen Sittenverderbnis für unstatthaft, über diesen kitzlichen Gegenstand abzuurteilen; ich würde jedes Gesetz über die Ehescheidung als eine Ermunterung zur Liederlichkeit, als einen Rückschritt betrachten.

II. Die politische Oekonomie.

Ich bin der Mann — und es ist euch dies nicht unbekannt, Bürger —, ich bin der Mann, der die Worte geschrieben hat: »Eigentum ist Diebstahl!«

Ich nehme es nicht zurück; ich beharre dabei, diese brennende Erklärung als die grösste Wahrheit des Jahrhunderts zu betrachten. Ebenso wenig habe ich Lust, euren Ueberzeugungen zu nahe zu treten; alles, was ich verlange, ist, euch sagen zu dürfen, wie ich, der Anhänger der Familie und des Haushaltes, der Gegner der Gütergemeinschaft, den Satz auffasse: dass zur Beseitigung des Elends, zur Emanzipation des Proletariats noch die Verneinung des Eigentums notwendig ist. Nach ihren Früchten soll man meine Lehre beurteilen: richtet also über meine Theorie nach meiner Praxis.

Wenn ich sage: »Eigentum ist Diebstahl«, so stelle ich nicht ein Prinzip auf, ich drücke nur eine Schlussfolgerung aus. Ihr werdet ohne weiteres den ungeheuren Unterschied begreifen.

Ist nun die Erklärung des Eigentums, wie ich sie aufstelle, nur eine Schlussfolgerung oder vielmehr die allgemeine Formel des ökonomischen Systems, was ist alsdann das Prinzip dieses Systems, was ist seine praktische Anwendung, was sind seine Formen?

Mein Prinzip — das wird euch, Bürger, erstaunlich vorkommen — mein Prinzip ist das eurige, es ist das Eigentum selbst.

Ich habe kein anderes Symbol, keine anderen Prinzipien, als die der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte: Die Freiheit, die Gleichheit, die Sicherheit, das Eigentum.

Wie die Erklärung der Rechte, definiere ich die Freiheit als das Recht, alles zu tun, was anderen nicht schadet.

Ebenfalls in Uebereinstimmung mit der Erklärung der Rechte, definiere ich — provisorisch — das Eigentum als das Recht, über sein Einkommen, die Früchte seiner Arbeit und seiner Gewerbstätigkeit frei zu verfügen.

Hier mein ganzes System: Freiheit des Gewissens, Freiheit der Presse, Freiheit der Arbeit, Freiheit des Handels, Freiheit des Unterrichts, freie Konkurrenz, freie Verfügung über die Früchte seiner Arbeit und seiner Gewerbstätigkeit, Freiheit bis ins Unendliche, absolute Freiheit, Freiheit immer und überall!

Das ist das System von 1789 und 1793, das System Quesnays, Turgots, Says; das System, welches die verschiedenen Organe unserer politischen Parteien tagtäglich mit mehr oder weniger Einsicht und Redlichkeit laut bekennen, also das System der Débats, der Presse, des Constitutionnel, des Siècle, des National, der Reforme, der Gazette; es ist endlich auch euer System, ihr Wähler.

Einfach, wie die Einheit, weit wie das Unendliche, dient dieses System sich selbst und den anderen als Kennzeichen und Prüfstein. Mit einem Worte lässt es sich begreifen, und es erzwingt den Beitritt; niemand will etwas von einem Systeme wissen, in welchem die Freiheit die geringste Beeinträchtigung zu erleiden hätte. Mit einem Worte gibt es sich zu erkennen und entfernt jeden Irrtum: was ist leichter, als zu sagen, was Freiheit ist und was nicht?....

Die Freiheit also, nicht mehr, nicht weniger. Das Gehenlassen, das Gewährenlassen, in der wörtlichsten und ausgedehntesten Bedeutung, folgerichtigerweise also das Eigentum, insoweit es rechtmässig aus dieser Freiheit herfliesst — das ist mein Prinzip. Keine andere Gesamt-

haftung (Solidarität) zwischen den Bürgern, als die der aus einer höheren Macht hervorgehenden Tatsachen: für alles, was die freien Handlungen, die Kundgebungen des überlegten Gedankens betrifft, vollständige, unbeschränkte Nichthaftung der Gesamtheit (Nichtsolidarität).

Gewiss, das ist kein Kommunismus;

das ist nicht die Regierungsweise Mehemet Alis;

das ist nicht die Diktatur;

das ist nicht das Eindringen des Staats in alle bürgerlichen Verwaltungen und sogar in die Familie;

das ist weder Babeuf, noch St. Simon, noch Fourier;

das ist der Glaube eines Franklin, Washington, Lafayette, Mirabeau, Manuel, Casimir Périer, Odilon Barrot, Thiers. Erscheint euch das beruhigend oder gefahrdrohend?

Aber, werdet ihr sagen, wie lässt sich von diesem Gesichtspunkte aus das Problem lösen, das durch die Februar-Revolution aufgestellt worden ist?

Diese Frage lässt sich auch so ausdrücken: Was beschränkt noch in der Ordnung der ökonomischen Tatsachen die Ausübung der Freiheit, der individuellen, wie der allgemeinen Freiheit?

Meine Antwort soll offen und bestimmt sein. Ich will es sagen, welches die Fesseln sind, auf deren Beseitigung es meiner Ansicht nach ankommt, denn es ist augenscheinlich, dass wir uns nicht frei fühlen, und welches die Mittel sind, dazu zu gelangen. Ich will sagen, was ich vorschlagen würde, wenn ich Volksvertreter wäre; was ich tun würde, wenn ich eine Ministerstelle bekleidete; welches politische System im Innern und nach aussen hin ich annehmen würde, wenn ich die Regierung wäre; was ich dem Volke raten würde von der Nationalversammlung, das erste Mal, wo es sie besuchte, zu verlangen, wenn meine Ratschläge bei dem Volke entscheidendes Gewicht hätten; endlich, was ich allen Freunden des Volkes anempfehle, zu studieren, zu verhandeln, zu entwickeln und zu verbreiten, und dessen Anwendung zu verfolgen ich nie aufhören werde, bis man mir beweist, dass ich mich irre und dass es andere, vorteilhaftere, unmittelbarere, spezifischere entscheidendere, revolutionärere Mittel gibt, uns aus dem Abgrunde zu ziehen.

Zunächst wollen wir es nicht machen, wie viele Aerzte, die über allem Forschen nach der Ursache der Krankheiten zuletzt die Krankheiten selbst vergessen und ihre Kranken sterben lassen. Wir wollen nicht die unendliche Kette der Ursachen und Wirkungen zurückverfolgen; wir wollen die Tatsache an sich betrachten und sagen: die Ursache des Uebels ist das Uebel. Die Ursache der Krise ist die Krise. Die Arbeit ist unterbrochen, die Werkstätten sind geschlossen, die Warenlager bleiben gefüllt, der mangelnde Absatz lässt keine Produktion aufkommen, das Kapital entflieht, das bare Geld verschwindet, der Handel stockt, die Steuern gehen nicht ein, der Staat nähert sich dem Bankerott, der Arbeiter hat nichts zu essen und kämpft mit der Verzweiflung — mit einem Worte, die Cirkulation ist vernichtet. Das ist die Krise.

Die Gesellschaft lebt nicht mehr, wie ehedem, von dem individuellen Eigentum; sie lebt von einer allgemeineren Tatsache, von der Cirkulation. Alle Krankheiten, an denen heutzutage der soziale Körper darniederliegt, beziehen sich auf eine Stockung, auf eine Störung der Tätigkeit des Umlaufes. Wenn also der Umlauf, die Cirkulation leidet, wenn sie gehemmt ist, wenn der geringste politische Unfall genügt, um sie ganz zum Stillstehen zu bringen, so hat dies seinen Grund darin, dass die Anstalten dazu schlecht gemacht sind, dass die Cirkulation in ihren Bewegungen beengt wird, dass sie in ihrem Organismus krankt.

Worauf beruht die Cirkulation in der Oekonomie der Gesellschaft? — Auf dem baren Gelde.

Was ist ihr bewegendes Prinzip? — das Geld.

Was öffnet und verschliesst den Erzeugnissen die Tür des Marktes? — das Geld.

Wer ist der König des Tauschverkehrs, der Erzeuger des Handels, der Ausdruck der Werte? — das Geld.

Also ist das Geld für die Cirkulation notwendig, unentbehrlich?

Das Herkommen erwidert auf diese Frage: Ja; die Wissenschaft antwortet: Nein!

Die Produkte tauschen sich gegen Produkte aus, sagt die ökonomische Wissenschaft. Das heisst: der Austausch muss frei, direkt, unmittelbar, gleichmässig sein.

Die Produkte tauschen sich gegen Geld aus, sagt das Herkommen. Das heisst: das Geld ist nur ein Vermittler, ein Werkzeug des Wuchers, eine Fessel für die Freiheit des Austausches. Da ferner das Geld nicht umsonst tätig ist, so bleibt nach diesem Systeme die Cirkulation einer fortwährenden Schmälerung der Werte unterworfen, und dies unterhält gleichzeitig die Auszehrung wie die Vollblütigkeit in den verschiedenen Teilen des sozialen Körpers.

Das Geld ist also ein Hindernis für den Austausch, eine Fessel für die Handels- und Gewerbefreiheit, sowohl durch sich selbst, als überflüssiges Organ, als schmarotzerische Tätigkeit, als auch durch das, was es kostet, als Ursache des Abganges.

Das bare Geld entbehrlich machen, die Verzinsung des umlaufenden Kapitals beseitigen, das also ist die erste Fessel der Freiheit, deren Zerstörung durch die Errichtung einer Tauschbank ich vorschlage.

Ich habe anderswo die Grundlagen und die Theorie dieser Bank, deren Formel oder schöpferische Idee die Verallgemeinerung des Wechselbriefes ist, ausführlich auseinandergesetzt.*) Ich habe gesagt, was in dem neuen Kreditsysteme die Triebkraft der Cirkulation, was ihr Verfahren, ihr Unterpfand und ihre Gewährleistung sein würde. Ich habe bewiesen, dass die für das Land daraus hervorgehende Ersparnis nur am Diskonto mindestens 400 Millionen betragen würde. Ich will nicht auf dieses Projekt zurückkommen, an welchem — dies ist mein lebhaftester Wunsch — die Kritik all ihre Strenge üben möge.

Aber die Tauschbank kann nur durch den Willen aller Bürger bestehen, wie sie ihre Macht aus deren freiem Beitritte schöpft. Diesen freien Beitritt aller Produzenten und Konsumenten nun, diese gegenseitige Einwilligung von 35 Millionen Bürgern würde keine Propaganda vielleicht in zwanzig Jahren durchsetzen, während es von der Regierung abhängt, sie in einer Woche herbeizuführen. Ich sage, es hängt von der Regierung ab, in einer Woche die Revolution zu beenden.

Die Regierung möge nur, im Namen des Volkes, folgende Verordnungen erlassen:

Erste Verordnung. — Bankreform.

›In Betracht, dass der unmittelbare Tauschverkehr, ohne bares Geld, ohne Zinsen, ein Ausfluss des natürlichen Rechtes und von öffentlichem Nutzen ist, wird verfügt:

1. Die Bank von Frankreich verbindet mit ihren Befugnissen die einer Tauschbank.
2. Der Diskonto für alle Geschäftsleute, Unternehmer u. s. w., die den Statuten der Tauschbank beitreten, wird vorläufig auf ein Prozent festgesetzt.
3. Die Kommissionsgebühren, mit Einschluss der Zinsen, für alle Geschäftsleute u. s. w., welche die alte Art des Tauschverkehrs und der Cirkulation unter Gewährleistung des baren Geldes vorziehen, ist und bleibt auf fünf Prozent festgestellt.‹

Heisst das ein Papiergeld schaffen? Heisst das, den Kurs der Bankzettel (Noten) zwangsweise und ohne Sicherstellung festsetzen? Ist das Kommunismus, Expropriation, Konfiskation, Bankerott? Ist das nicht hundertmal besser, als die Versicherungsanstalten und die betrügerische Umwandlung des bei der Sparkasse Niedergelegten in Staatsrenten, und die Verlängerung des Zahltermins der Schatzscheine, und die Verschiebung der

*) Man sehe meine ›Zusammenfassung der sozialen Frage (Die Tauschbank)‹. [Resumé de la question sociale (Banque d'Echange)]. Paris, bei den Gebr. Garnier, Palais National.

Verfallzeiten, und die Luxussteuer, und die Konfiskation der Erbschaften, und alle jene Gesetze der Erpressung und der Finanzspekulation, deren sich unsere konservative Regierung seit dem 24. Februar schuldig gemacht hat?

Die Besitzer von barem Gelde mögen ihre Taler behalten: wir wollen sie ihnen nicht nehmen, wir wollen gar nichts davon wissen. Mögen sie nach ihrem Belieben darüber verfügen, sie verkaufen, sie austauschen, sie anlegen — niemand wird etwas dagegen einwenden. Es ist die Frucht ihrer Arbeit und ihres Gewerbsbetriebes! Da aber der Handel frei ist, da die Republik keine feudalen Rechte anerkennt, da die Konkurrenz das natürliche Heilmittel gegen das Monopol ist, können es da die Kapitalisten verwerflich finden, dass die Produzenten ihrer Vermittelung aus dem Wege gehen? Wir hindern sie nicht, ihr Gewerbe zu betreiben; wir verbieten nicht das Ausleihen auf Zinsen; wir heben den Gebrauch der Münze nicht auf; wir beeinträchtigen weder die Freiheit, noch das Eigentum. Wir verlangen nur, dass die Konkurrenz eröffnet werde zwischen dem monarchischen und individualistischen Prinzip einerseits, wie es durch die Münze vertreten wird, und dem republikanischen und Gegenseitigkeits-Prinzip andererseits, wie es durch die Tauschbank sich darstellt. Wir verlangen, dass diejenigen, die den Kapitalisten für den Umlauf ihrer Erzeugnisse keinen Tribut mehr bezahlen wollen, nicht gezwungen sein sollen, ihn zu bezahlen, sobald sie es anders einrichten können.

Zweite Verordnung. — Umwandlung und Rückzahlung der öffentlichen Schuld.

Der Staat stellt die Gesamtheit der Bürger dar.

Ausserdem ist der Staat, vom Gesichtspunkte des Budgets aus, der Verwalter eines beträchtlichen Teiles des öffentlichen Vermögens.

Es besteht also für den Staat die Verpflichtung, im Interesse der von ihm vertretenen Bürger die sparsamsten, wirtschaftlichsten Regierungsmittel zu ermitteln, sowie alle möglichen Ersparnisse auf seine eigenen Kosten ins Werk zu setzen.

Da nun der Staat bei der Tauschbank für seine Schulddokumente (Staatspapiere) Werte findet, die ihm keine Zinsen kosten, so ist es seine Pflicht, auf Rückzahlung der öffentlichen Schuld oder wenigstens auf Umwandlung der Renten, deren Betrag bald 400 Millionen überschreiten wird, Bedacht zu nehmen. Andererseits wäre es nicht gerecht, dass die Staatsgläubiger vermöge einer unbegründeten Bevorzugung fernerhin 3, 4, 4½ und 5 pCt. erhielten, während die Kapitalisten, die ihre Kapitalien im Handel angelegt haben, das Einkommen daraus verlören oder wenigstens durch die Konkurrenz der Tauschbank gezwungen wären, den Zinsfuss auf ein Prozent oder noch weiter herabzusetzen.

Es zeigt sich also hier für den Staat eine sowohl staatswirtschaftliche, als von der Gerechtigkeit erheischte Notwendigkeit, die Renten auf den Staat im Einklange mit dem Zinsfuss des Diskontos zu übernehmen, bis die endliche Rückzahlung erfolgt.

Demgemäss wünschte ich, dass die Regierung ferner folgende Verordnung erliesse, die nur ein Folgesatz aus der ersten ist.

»In Betracht, dass durch die Organisation des direkten Tauschverkehrs der Produkte ohne Vermittelung des Geldes und ohne Zinsen der Staat, wie jeder Bürger, in den Stand gesetzt ist, sich Fonds für höchstens ein Prozent als Kommission zu verschaffen;

in Betracht, dass es gerecht ist, den Steuerpflichtigen, deren bisher in Handels- oder Gewerbsunternehmungen angelegte Kapitalien fortan ohne Ertrag sind, eine angemessene Ausgleichung zu gewähren;

in Betracht, dass das Gesetz für alle gleich sein muss, wird verfügt:

Die vom Staate zu dem Zinsfuss von 3, 4, 4½ und 5 pCt. übernommenen Renten werden in einprozentige Renten (Zinsfuss der Tauschbank) umgewandelt, bis zur endlichen Rückzahlung.

Der Finanzminister ist mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt.«

Ich frage euch, Wähler, von neuem: ist das Bankerott? ist das Expropriation, Kommunismus, Phalanstère? Seid ihr etwa fest überzeugt, dass

die gegenwärtige Regierung, indem sie in dem alten Geleise fortschreitet, anstatt die Schuld zurückzuzahlen oder wenigstens die Rente herabzusetzen, wie sie dazu das Recht hat und wie ich es vorschlage, nicht einem Bankerott entgegengeht, worin alles auf einmal zu Grunde gehen wird, der Handel wie das Kapital, die Arbeit wie der Staat?

Die Rentenbesitzer, die Gläubiger der Sparkassen, die Gemeinden, die Inhaber von Schatzscheinen werden statt eines Zinses von fünf Prozent nur einen Zins von einem Prozent bekommen! .... Sehr richtig, und wo ist dabei ein Unglück? Sind wir denn verbunden, zu fünf Prozent zu borgen, wenn wir zu einem Prozent borgen können? Sollen wir den Besitzern von Sparkassenbüchern für die Mühe, die sich der Staat damit gibt, ihre Ersparnisse aufzuheben, fünf Prozent bezahlen? Und da wir uns vermöge der Organisation des Tauschverkehrs ohne Mittel und ohne Zinsen in der Lage eines Erborgers befinden, dem zwei Kapitalisten ihre Gelder anbieten, der eine zu fünf, der andere zu einem Prozent, können wir da der Ungerechtigkeit beschuldigt werden, wenn wir dem billigeren Handel den Vorzug geben?

Die Rentenbesitzer, die Gläubiger der Sparkassen, die Inhaber von Schatzscheinen und alle Gläubiger der schwebenden Schuld zu bezahlen, vollständig zu bezahlen, dies vermögen wir, ohne uns Schaden zu tun; im Gegenteil, durch diese Bezahlung bereichern wir uns. Man verfahre ohne Rückhalt; das Eigentum sei geachtet, aber die Arbeit sei frei!

Dritte Verordnung. — Grundkredit.

Wenn der Staat, wenn die Gesamtheit der Bürger das unbestreitbare Recht hat, sich ihrer Schulden zu entledigen, ja selbst mit den Gläubigern zu wechseln, wenn sie ihren Vorteil dabei findet, so hat jeder Bürger, der sich in demselben Falle befindet, ebenfalls das nämliche Recht.

Fügen wir, wie oben bemerkt, hinzu, dass die dem Staate dargeliehenen und die im Handel angelegten Kapitalien nach Errichtung der Tauschbank nicht mehr als ein Prozent Zinsen tragen dürfen und dass es daher ganz gerecht ist, wenn die in den Gewerben und im Ackerbau angelegten, sowie die auf Hypotheken dargeliehenen Kapitalien auf den nämlichen Zinsfuss zurückgeführt werden. Ungerecht würde es sein, wenn die Hypothekengläubiger, welche, wie alle Bürger, die durch die Herabsetzung des Diskontos und die Verminderung der Steuern erlangte Wohltat mit geniessen, nicht ihrerseits eine Ausgleichung oder Entschädigung auf ihre eigenen Einkünfte zugestehen sollten.

Ich würde also weiter vorschlagen, nachstehende Verordnung zu erlassen:

»In Betracht, dass das Eigentum heilig und unverletzlich ist;

in Betracht, dass der Bankerott aus dem Wörterbuche Frankreichs ausgestrichen werden muss;

in Betracht, dass der Diskonto und der Zinsfuss der Staatsrenten vorläufig auf höchstens ein Prozent festgesetzt worden ist; — dass diese Ziffer bis zu anderweiter Herabsetzung als gesetzlicher Zinsfuss angesehen werden muss; — dass für Handel und Verbrauch eine ungeheure Verbesserung daraus hervorgehen muss; — dass die Hypothekengläubiger, ebenso wie alle anderen Bürger, von dieser wichtigen Verbesserung Nutzen ziehen; — dass es demgemäss gerecht ist, wenn sie ihrerseits zu dem öffentlichen Wohlstande etwas beitragen — wird verordnet, wie folgt:

Der Staat gewährleistet allen Hypothekengläubigern die Rückzahlung ihrer Kapitalien.

Diese Rückzahlung wird bewirkt teils durch jährliche Abtragung von fünf Prozent, teils auf einmal im Ganzen, nach Belieben des Schuldners.

Bis zur vollständigen Rückzahlung wird dem Gläubiger alljährlich als Zins ein Prozent von der jedesmal noch schuldigen Summe gewährt.

Die Ausführung der gegenwärtigen Verordnung wird den mit Hypotheken belasteten Bürgern anvertraut, die den Statuten der Tauschbank beitreten.«

Die Umwandlung der Hypothekenschulden in durch jährliche Zahlungen ablösbare und bis dahin mit einem Prozent verzinsliche Schulden würde für das ganze Land eine Ersparnis von mehr als 1200 Millionen herbeiführen.

Ist nun etwa hierin nur ein Schatten von Ungerechtigkeit? Würden die Gläubiger das Recht haben, sich zu beklagen? Wären die Schuldner etwa unredlich? Ich frage euch, ihr Produzenten: sollen wir dazu verdammt sein, ewig die unumschränkte Oberherrschaft des baren Geldes zu ertragen? für immer das Kapital sich wie eine Last an uns anketten sehen?... Durch die Tauschbank übernimmt der von allem Zoll befreite Tauschverkehr selbst die Verrichtung des Kapitals, die Verrichtung des baren Geldes.

Nun ist seit 1789 die Konkurrenz frei, nicht bloss unter den Gewerbetreibenden, sondern auch unter den Kapitalisten; welches Gesetz, sei es menschliches oder göttliches, könnte uns die Wohltat dieser Konkurrenz entziehen? Und wenn diese wohltätige Konkurrenz, wie eine unerwartete Entdeckung, wie eine bewegende Kraft, deren Gewalt unermesslich ist, und deren Betriebskosten gleich null sind, alle Verhältnisse der Produktion und des Austausches umgeändert, die ganze Staatswirtschaft über den Haufen geworfen hat, mit welchem Rechte könnte man uns auch nur eine einzige Minute lang die Wohltat der Erfindung vorenthalten?

Man vergleiche nun in Bezug auf Moralität und Wirksamkeit die Verordnung, die ich hier vorschlage, mit derjenigen, die Herr Garnier-Pagès über die Hypothekenschulden erlassen hat. Herr Garnier-Pagès hat gerade so gehandelt, wie Barbès es wollte: er hat es unternommen, den Reichen eine Brandschatzung aufzuerlegen; er hat weiter nichts getan, als seine Unfähigkeit durch eine Dummheit und eine Ungerechtigkeit zu beweisen. Der Reiche, als Kapitalist, ist für die Steuer unerreichbar; das ist allen Oekonomen längst bekannt. Aber es gibt keine Reichen mehr, und durch Einführung der Angeberei zwischen Gläubigern und Schuldnern hat Herr Garnier-Pagès nur die Gewissen demoralisiert, die Kapitalien noch unzugänglicher gemacht und aufs Geratewohl die Gläubiger getroffen, die ungeschickt genug waren, sich der Zählung nicht zu entziehen. Indessen Herr Garnier-Pagès hat die Staatsgewalt in Händen, und Barbès, der loyale Barbès ist im Gefängnisse!

Man vergleiche ferner die Wirkung, welche die Umwandlung der Hypothekenschulden mittels der Tauschbank auf die Bevölkerung des platten Landes hervorbringen würde, mit derjenigen, welche eine andere Verordnung des nämlichen Garnier-Pagès hervorgebracht hat; ich meine jene, welche die Grundsteuer um 45 Centimes erhöhte. Die feindselige Stimmung der Bauern gegen die Republik ist die beste Antwort darauf. Und dann bemerke man den Widerspruch. In dem nämlichen Augenblicke, wo man sich mit dem landwirtschaftlichen Kredit beschäftigt, erhöht man die landwirtschaftlichen Abgaben!

Und Herr Garnier-Pagès, dieser Erwählte der Bourgeoisie, dieser erfahrene Finanzmann, der mehr als irgend jemand, mehr als die Theorien des Herrn Louis Blanc, mehr als die Rundschreiben des Herrn Ledru-Rollin, die Republik desorganisiert, die Revolution in Misskredit gebracht, das Eigentum in Frage gestellt, den Bankerott beschleunigt hat — derselbe Herr Garnier-Pagès ist ein Konservativer! Und wir, die wir nur an Vergütung und Gewährung des Eigentums denken, wir sind Schildknappen des Agrargesetzes, Kommunisten!...

Vierte Verordnung. — Verfallzeit und Rückzahlungen.

»Die Bank setzt den Diskonto in barem Gelde auf fünf Prozent, in Tauschbankzetteln auf ein Prozent fest.

Demzufolge und aus den nämlichen oben entwickelten Gründen wird jeder, welcher der Tauschbank beitritt, auf alle Zahlungen und Deckungen von Schuldscheinen, die er früher beim Bestehen der Bank ausgestellt hat, einen Nachlass erhalten müssen, welcher der Differenz zwischen dem zu Gunsten des Gläubigers festgestellten Zins und der von der Tauschbank bezogenen Kommissionsgebühr gleichkommt, und zwar auf die ganze Zeit,

die von Ausstellung des Schuldscheins an bis zur Uebernahme von Seiten der Bank verflossen ist.«

Es tritt hier der nämliche Umstand ein, wie im Falle einer Herabsetzung der Steuern. Nehmen wir an, dass eine Regierungsverordnung, wie dies im Jahre 1847 bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Fall war, plötzlich die Uebergangszölle an den Grenzen, die Schiffahrtszölle, die Cirkulationsabgaben (Accise), mit einem Worte, alle indirekten Steuern aufhebt. Jeder Konsument, welche Verpflichtungen er auch gegen den Unternehmer und den Fabrikanten übernommen haben möge, würde alsdann das Recht haben, einen verhältnismässigen Erlass an dem Preise der Produkte und Dienstleistungen zu verlangen.

Die Einrichtung der Tauschbank ist ein ausser aller Berechnung und Vorhersehung der Parteien liegendes Ereignis, das überall den Ertrag des Kapitals herabdrückt und das folgerichtigerweise unmittelbar allen Bürgern zu gute kommen muss, welche Kapitalien ausgeliehen, bare Gelder erworben, Zeitkäufe abgeschlossen haben, ja sogar allen Spekulanten auf die öffentlichen Fonds u. s. w. Wo wäre denn nun die Ungerechtigkeit? Inwiefern wäre das Eigentum verletzt? inwiefern die Familie, die öffentliche Sittlichkeit beeinträchtigt?

Was die Ausführung dieser Verordnung betrifft, so muss man sich auf die Umsicht und Vorsicht der Schuldner verlassen.

Wenn die Februar-Regierung, indem sie von der Staatsgewalt Besitz ergriff, in den Kellern des Stadthauses, in den unterirdischen Gewölben der Tuilerien, in den Kasematten von Vincennes und des Mont Valérien ein Kapital von 100 Millionen gefunden hätte;

wenn sie mit Hilfe dieses Kapitals eine Bank errichtet hätte, wo alle Wertpapiere des Handels, die zwei Unterschriften trügen und einen wirklichen acceptierten und gedeckten Wert darstellen, mit einem Diskonto von einem Prozent, einschliesslich Zinsen und Kommissionsgebühren, angenommen worden wären;

wenn sie, nicht zufrieden mit der Herstellung des Handels und der Gewerbe, die durch die Flucht der Kapitalien und die Verräterei des baren Geldes mit dem Untergange bedroht waren, die Staatsschuld zurückgezahlt und den Staatshaushaltsplan um 400 Millionen jährlicher Renten erleichtert hätte;

wenn sie sich alsdann an die Stelle der Hypothekengläubiger gesetzt und deren 14 Milliarden Forderungen bezahlt, den landwirtschaftlichen Kredit auf neue Fundamente gegründet und die Darlehnszinsen auf Hypotheken ebenso wie den Diskonto auf ein Prozent herabgesetzt hätte;

wenn sie, gestützt auf dies unverhoffte Vermögen und den Kapitalzins überall herabdrückend, angeordnet hätte, dass allen Schuldnern von ihren Gläubigern auf die Schuldverschreibungen und verfallenen Zahlungen die Interessendifferenz vom Tage der Errichtung der Tauschbank an bis zum Verfalltage der Schuldscheine erlassen würde —

hätte da die Regierung durch irgend eine dieser Anordnungen eine Ungerechtigkeit begangen? Hätte sie das öffentliche Vermögen blossgestellt? Wäre ihre Politik eine unverständige oder gesetzwidrige gewesen? Und weil sie, ohne etwas von jemandem zu verlangen, ohne ausserordentliche Auflage, ohne ausnahmemässige Steuer, ohne Anleihe, ohne Zwangsmassregel, ohne Konfiskation, ohne Bankerott, ohne Eingriff in das Eigentum, ohne gouvernementale Hinterlist, durch die einzige Tatsache der Entdeckung eines ungeheuren Schatzes den Reichtum, den Wohlstand, die Sicherheit und die Freiheit mit vollen Händen in die Nation ausgestreut hätte; weil sie das merkantilische Lehnwesen, die Finanzaristokratie, die Willkür des Geldes zerstört, weil sie die Arbeit entfesselt, die Cirkulation von ihren Hemmnissen befreit, alles Vermögen durch den Reichtum gleichgemacht hätte: wäre man da wohl berechtigt, sie des Kommunismus, des Terrorismus, der Anarchie anzuklagen?

Nun denn, gerade das ist die Lage, in welche ich die Regierung durch die Errichtung der Tauschbank versetzt sehen will.

Die Organisation des Tauschverkehrs wirkt auf die ökonomischen Verhältnisse genau so, wie es ein Kapital tun würde, das sich in demselben Massstabe vermehrte, wie man ihm immer mehr entlehnen würde. Der Tauschverkehr ist, ebenso wie die Arbeit, eine Art, Reichtum aus nichts zu schaffen. Deshalb ist der Tauschverkehr der Nebenbuhler des Kapitals in allem, was die Cirkulation, die Kommandite und alle Kreditunternehmungen betrifft.

Den Tauschverkehr organisieren, heisst die Herabsetzung des Kapitalzinses bis ins Unendliche, bis zur Vernichtung organisieren, es heisst den Sieg der Arbeit über das Kapital sichern, in welcher Form das letztere auch auftreten möge, sei es als Geldkapital oder Werkzeugkapital, als bewegliches oder unbewegliches, als materielles oder moralisches, metaphysisches Kapital.

Und da die Organisation des Tauschverkehrs im ökonomischen Gebiete eine entsprechende Organisation der Verrichtungen im politischen Bereiche nach sich zieht, so folgt daraus, dass die Regierungsform ebenfalls aus der Kreditform hervorgeht, so dass, wer den Kredit, die Gegenseitigkeit, den Tauschverkehr regelt, auch die Republik organisiert.

Die Revolution ist ganz und vollständig verwirklicht. Und der Sturz des alten Systems ist so durchgreifend, wir sind in diesem Sturze so weit vorgeschritten, dass man keck jeden, wer es auch sei, herausfordern kann, den Kredit auf seiner alten Grundlage wieder zu erheben und das Land durch die bekannten, bisher angewendeten Mittel zu retten.

Ich habe dargestellt, wie durch die Tauschbank die Cirkulation im nämlichen Augenblicke wieder hergestellt, die Rente umgewandelt oder zurückgezahlt, der landwirtschaftliche Kredit begründet, die Interessen der Schuldner in Betreff ihrer fälligen Verpflichtungen sichergestellt werden.

Verfolgen wir diese Reihe von Reduktionen und lernen wir durch Betrachtung der Wohltaten des Prinzips, welches im Februar gesiegt hat, die Revolution verteidigen, lernen wir die Republik lieben!

Den Verordnungen, deren Auseinandersetzung ich gegeben habe, schlage ich vor, folgende Verfügungen anzuschliessen. (Schluss folgt.)

Das Manifest des Vorstandes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands über den Generalstreik

vom 6. bis 11. April 1903.

(Abgedruckt in No. 932 von »Het Volk«.)

An die Arbeiter!

Der 31. Januar dieses Jahres, an dem die jahrelange Unterdrückung und Vernachlässigung der Leiden des Eisenbahnpersonals sich in einem allgemeinen Arbeitsausstand des Eisenbahnbetriebs rächte, wird in der Geschichte der holländischen Arbeiterbewegung ewig denkwürdig bleiben. Denkwürdig als ein Beweis, dass die Arbeiter die Welt beherrschen können, sobald sie einmütig gegen das Kapital Front machen; denkwürdig wegen der Solidarität, welche das Eisenbahnpersonal bei dieser Gelegenheit bekundete, wo es von den Direktionen nicht weiter forderte, als nicht gezwungen zu sein, seinen Arbeitsgenossen in deren Kampf Schwierigkeiten zu bereiten; denkwürdig auch ob des bitteren Kampfes, der seitens der besitzenden Klassen nach dem Sieg der Arbeiter gegen diese geführt wurde und in welchem es ersterer mit Hilfe eines Teils der Arbeiter geglückt ist, der selbständigen Arbeiterbewegung einen gewaltigen Schlag beizubringen.

Diese Bewegung — sowohl die neutralen Fachvereine, wie die Sozialdemokratie — sind in diesen Tagen beschimpft und verhöhnt worden, weil

sie sich mit ihren äussersten gesetzlichen Mitteln gegen den Angriff auf ihre Rechte zur Wehr gesetzt haben und gegenüber der Regierung die Niederlage haben erleiden müssen. Verhöhnt von den Kapitalisten, die ein Interesse daran haben, dass die Arbeiter nicht oder schlecht organisiert sind; verhöhnt vom grossen Publikum, das die Schuld an den jüngsten Geschehnissen auf die Arbeiter schiebt, statt zu bedenken, dass die Eisenbahndirektionen mit ihrer Vernachlässigung der Beschwerden der Arbeiter und die Regierung mit ihrer hartköpfigen Durchjagung der Zwangsgesetze die Arbeiter tatsächlich gezwungen haben, zu ihren äussersten Verteidigungsmitteln zu greifen.

Aber nicht minder gross ist die Erbitterung gegen die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie in den Kreisen von Arbeitern, die aus Lauheit, Furcht oder mangelnder Erkenntnis in diesem Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit die Seite des Kapitals gewählt haben. Hätten wir den Sieg behalten, so würden sie, wie gewöhnlich, gern seine Früchte gepflückt haben; jetzt, wo die Arbeiter nach mannhaftem Kampf sich vor der Uebermacht haben beugen müssen, helfen sie tapfer mit, uns zu schmähen und zu verspotten. Vor allem müssen es die Führer entgelten, von denen einige schon das Gefängnis für sich geöffnet sehen — als ob man es je einem Krüger und de Wet übel nehmen darf, dass sie ihr Volk in einem Kampf ums Recht geführt haben, der wegen der Uebermacht der Gegenpartei mit einer Niederlage enden musste.

Unter diesen Umständen glauben wir den Ursprung und die Bedeutung des beendeten Kampfes und unseren Anteil daran noch einmal kurz zu schildern und uns über die Frage äussern zu müssen, was das Interesse der Arbeiter in diesem Augenblick von ihnen erheischt.

Ursprung und Bedeutung des Ausstandes.

Dass der Eisenbahnausstand vom 31. Januar die Folge gewesen ist der Taubheit der Direktionen, der Regierung und des Publikums gegenüber den wiederholten Warnungen des Personals, welches dreizehn Jahre lang vergebens alle Mittel zur Abstellung von Beschwerden aufgewendet hat, wird jetzt allgemein anerkannt.

Daraus folgt denn auch, dass der Ausstand vollkommen gerechtfertigt war, und *dass es unrecht war,* den Eisenbahnarbeitern das Ausstandsrecht nehmen zu wollen.

Sobald die konservativen Blätter darauf hindrängten, hatte der Hauptvorstand der Eisenbahnerorganisation einen zweiten Ausstand in Aussicht gestellt. Nichtsdestoweniger hatte die Regierung dem Drängen Gehör gegeben und ihren Entwurf eingebracht, durch welchen die Teilnahme an einem Ausstand von Eisenbahnpersonal mit hohen Strafen, bis zu vier Jahren Gefängnis, strafbar gemacht wurde.

Es steht fest, dass in keinem Lande Europas diese Strafbestimmung besteht, die den Eisenbahnarbeiter zum Kuli erniedrigt; überall steht auch den Eisenbahnarbeitern als äusserstes Mittel der Gegenwehr das Ausstandsrecht zur Verfügung, selbst in Ländern wie England, die Schweiz und Italien, wo mehr Eisenbahnausstände vorgekommen sind, als hier zu Lande.

Obendrein schlägt die Regierung Strafbestimmungen gegen das Auftreten der Fachvereine bei Arbeitseinstellung vor, die auch in bürgerlichen Kreisen grosse Entrüstung hervorriefen, weil sie die Ausübung des für die Arbeiter unentbehrlichen Ausstandsrechtes völlig unterbanden.

Später wurden infolge des Sturmes, den sie im Volke erweckten, diese Bestimmungen etwas gemildert; aber dass sie in ihrer ursprünglichen Gestalt allerlei Auslegungen fähig waren, musste selbst von Regierungsseiten zugegeben werden.

Der Widerstand gegen diesen Anschlag auf die Organisation der Eisenbahnarbeiter und auf die ganze

Gewerkschaftsbewegung *war somit vollständig gerechtfertigt und notwendig.*

Die Regierung wusste, dass sie mit ihrem Entwurf einen zweiten Eisenbahnausstand provozierte. Sie wusste auch, dass die andern Arbeiter dabei den Eisenbahnarbeitern zur Seite stehen würden. Tatsächlich hatte sich schon vor der Einbringung des berüchtigten Gesetzes das Komité der Abwehr gebildet, dem durch eine Versammlung von Hauptvorständen von Fachverbänden aufgetragen war, »gemäss der Erklärung der Eisenbahn- und Transportorganisationen, dass sie den Ausstand als ein Mittel der Verteidigung gegen Gesetze gebrauchen wollen, die das Ausstandsrecht bedrohen«, ihnen mit allen Mitteln beizustehen.

Inzwischen erschienen die drei Gesetzentwürfe; ihre Behandlung in den Abteilungen wurde in der Eile durchgejagt und es schien, dass sie in so kurzer Zeit angenommen werden sollten, dass den Arbeitern für eine gewöhnliche Agitation gegen diesen Angriff auf ihr Recht keine Zeit übrig bleiben würde. Die Agitation der Arbeiter nahm dadurch an Ungestüm zu, und allgemein verbreitete sich der Gedanke, dass ihnen kein anderes Mittel der Verteidigung und des Protestes übrig bleiben würde, als der Arbeitsausstand. Es war in dieser Stimmung, dass die Interpellationen der Kammermitglieder Mees und Troelstra stattfanden, wobei der letztere alle seine Kräfte einsetzte, die Regierung zu bewegen, das Strafgesetz zurückzuziehen, bis erst die Untersuchung der Lage des Eisenbahnpersonals erfolgt sei. Er wies darauf hin, dass durch dasselbe ein zweiter Arbeitsausstand eintreten würde.

Obwohl auch in liberalen, ja selbst in regierungsparteilichen Kreisen diese Idee Unterstützung fand, zeigte sich die Regierung nicht geneigt, dem nachzukommen. Sie kannte kein anderes Ziel, als mit Hilfe der aufzurufenden Milizen durch Dick und Dünn »das Ansehen zu behaupten«: *Sie wollte augenscheinlich einen neuen Kampf provozieren, um durch einen Sieg über die Arbeiter die Niederlage vom 31. Januar zu rächen.* Das ruhige Wort Troelstra's stiess bei ihr nur auf Widerwillen und Spott.

Inzwischen war infolge dieses gemässigten Auftretens die Spannung etwas gemildert, namentlich als der Vorsitzende der zweiten Kammer es als wahrscheinlich erklärt hatte, dass die Kammer erst nach Ostern das Gesetz verhandeln werde. Dadurch wurde die nötige Zeit gewonnen für die erforderte Agitation in Wort und Schrift das Volk über die Bedeutung des Gesetzes aufzuklären.

Da wurde, noch bevor die Regierung alle Stücke vorgelegt hatte, die für die Behandlung des Gesetzes nötig waren, gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten am Mittwoch, den 1. April, beschlossen, das Gesetz schon den folgenden Tag in Beratung zu ziehen.

Dieser Beschluss fiel wie eine Lunte ins Pulverfass; und am 2. April wurde durch eine Versammlung von Hauptvorständen, angesichts der Erklärung der Eisenbahn- und Transportarbeiter, dass ihre Organisationen für den allgemeinen Ausstand bereit ständen, dem Komitee der Abwehr der Auftrag erteilt, auf Montag, den 6. April, den Ausstand in den Eisenbahn- und Transportbetrieben und ferner in denjenigen Berufen zu proklamieren, wo ein Ausstand für den Erfolg der Bewegung nötig erscheinen mochte.

Ein Vorschlag der S. D. A. P. (Abkürzung für Sozialdemokratische Arbeiter Partei), die Entscheidung über den Ausstand nicht dem Komité, sondern den betreffenden Organisationen selbst zu übertragen, musste zurückgezogen werden, weil angesichts der Eile, mit der die Regierung vorging, die Zeit zur Zusammenberufung der Organisationen fehlte.

So war der Ausstand vom 6. bis 12. April die Folge der Treiberei der Regierung, die den Krieg gewollt hat, um mit Hilfe der Direktionen die Eisenbahnerorganisationen zerstören und der Gewerkschaftsbewegung einen schweren Schlag versetzen zu können.

Die Verantwortung für die Belästigung und den Schaden, die das Publikum durch den Ausstand erlitten hat, sowie dafür, dass die Reserven unter Waffen gehalten wurden, lastet somit auch auf der Regierung.

Die S. D. A. P. und der Arbeitsausstand.

Um die Haltung der S. D. A. P. in diesem Kampf zu begreifen, muss man in Betracht ziehen, 1. dass die von der Regierung beantragten Strafbestimmungen die Arbeiter in ihrem elementarsten Recht, dem Recht über ihre eigene Arbeitskraft zu bestimmen — und in ihrer unentbehrlichen Waffe: der Arbeitseinstellung, trafen; 2., dass der glänzende Sieg des Eisenbahnpersonals vom 31. Januar auch in unseren Kreisen ein nahezu unbegrenztes Vertrauen in die Solidarität und Standhaftigkeit des Personals erweckt hatte, und 3., dass der Hauptvorstand der Eisenbahnorganisation schon beim ersten Gerücht von drohenden Strafbestimmungen erklärt hatte, dass er sich dagegen durch das Mittel eines zweiten Austandes zur Wehr setzen würde.

Damit war die Bewegung gegen die Gesetze schon von Anfang an vor eine vollendete Tatsache gestellt. Wer sich anschloss, wusste von vornherein, dass ein Ausstand der Transportbetriebe eintreten werde, bis sich die Möglichkeit zeige, die Regierung von ihren Plänen abzubringen, oder wenigstens so viel Zeit für eine gewöhnliche Agitation zu gewinnen, dass die betreffenden Arbeiter selbst einsehen würden, des äussersten Mittels der Abwehr nicht zu bedürfen.

Der Parteivorstand hatte so schon durch seinen blossen Anschluss an das Komité der Abwehr die Mitverantwortlichkeit für einen eventuellen Ausstand übernommen. Wohl wurde unsererseits stets darauf gedrungen, dass die Fachvereine darüber Beschluss fassen sollten; wohl haben wir sowohl in den Sitzungen der Hauptvorstände, wie in unserer Presse gewarnt, dass es selbst durch einen allgemeinen Ausstand nicht möglich sein werde, die Regierung zu zwingen, das Gesetz zurückzuziehen, oder die Kammer, es zu verwerfen, auch ward durch unser Parteiorgan, als es schien, dass die Beratung des Gesetzes erst nach Ostern zu erwarten sei, und eine vorläufige Untersuchung über den Geist des Eisenbahnpersonals ungünstige Resultate ergab, von einem Ausstand gegen das Gesetz abgeraten — aber über alles stand uns die Solidarität mit den Arbeitern, die wir in keinem Fall in Stich lassen wollten, nachdem wir einmal mit ihnen den notwendigen Kampf unternommen hatten.

Dieser Kampf war uns jedoch aufgedrängt worden; ein Proletariat, das sich knebeln lässt, ohne alle gesetzlichen Mittel der Abwehr zu gebrauchen, läuft Gefahr, alle seine Rechte zu verlieren; hier stand nicht nur die Macht, sondern auch die Ehre des organisierten Proletariats auf dem Spiel; wenn auch der Kampf verloren werden musste, so würde die Bourgeoisie, wenn die Verteidigung der Arbeiter nur eine kräftige war, das lernen, wenigstens das nächste Mal, ihre Hände zu Haus zu lassen.

Diese Erwägungen veranlassten uns zu dem Entschluss, mit den anderen Arbeiterorganisationen den Kampf gemeinschaftlich aufzunehmen, wenn es auch vorauszusehen war, dass die Anarchisten, die seit einigen Jahren in der Gewerkschaftsbewegung eine systematische Propaganda für den Generalausstand betreiben, die Bewegung für dieses Streben ausnutzen würden.

Im Verlauf der Agitation trat diese Absicht noch mehr in den Vordergrund; es wurde allmählich als ein halbes Verbrechen, als Verrat, oder mindestens als Memmenhaftigkeit hingestellt, nicht an die Möglichkeit eines Generalstreikes gegen die Gesetze zu glauben und davor zu warnen. Der Ausstand ward bei vielen das Ziel, statt ein Mittel, das im äusseren Notfall anzuwenden war, um der politischen Aktion der Sozialdemokratie in der Kammer mehr Kraft zu verleihen. Für sie waren die Zwangsgesetze nur ein Vorwand, die Massen zum Generalausstand anzustacheln, und diese, die politisch unentwickelt sind, begriffen nicht, dass der Ausstand keinen Sinn mehr hatte, sobald die Gesetze erst angenommen waren.

So kam es, dass das Komité der Abwehr, das verkehrterweise dem Andrang verschiedener Gruppen von Arbeitern selbst nachgab, als es den Generalausstand proklamierte, grosse Unzufriedenheit erweckte, als es diesen zwei Tage später, nach Annahme der Gesetze, wieder beendete. Eine gut organisierte Bewegung würde dadurch Eindruck gemacht haben, dass sie auf den Aufruf wieder wie ein Mann an die Arbeit ging. Statt dessen zeigten die Arbeiter dadurch zu wenig Verständnis für die Organisation,

dass sie denen das Ohr liehen, die Fortsetzung des Ausstandes predigten, und diejenigen, die den Ausstand im rechten Augenblick beendeten, des »Verrats« beschuldigten.

Wir haben keine Lust, hier auf die schändlichen Bemühungen einzugehen, die Domela Nieuwenhuis ins Werk setzte, um aus dieser misstrauischen Stimmung der Arbeiter gegen seine Gegner, die S. D. A. P. und ihre Führer, Kapital zu schlagen. Seine Anschuldigung, als ob die Socialdemokraten ein Interesse daran gehabt hätten, den Ausstand missglücken zu lassen, ist zu albern, um Gläubige zu finden. Die Niederlage dieser Bewegung wird auch ziemlich täglich an der S. D. A. P. gerächt, die man, wie gewöhnlich, auch für sie verantwortlich macht. Hätte die S. D. A. P. keinen Ausstand gewagt, dann hätte sie sich ausserhalb der Bewegung halten müssen; nun sie einmal an ihm teilnahm, *hatte sie alles Interesse daran, dass er glückte.* Ihre Mitglieder haben denn auch nicht weniger zum Erfolg des Ausstandes mitgewirkt, als wie Gewerkschaftler und freie Sozialisten.

Wir protestieren somit gegen diese Anschuldigungen; nicht nur, weil sie absolut unwahr sind, sondern auch, weil durch sie das Zusammenarbeiten der verschiedenen Elemente in der Arbeiterbewegung, die einander so nötig haben, in Zwist und Zwietracht zu endigen droht. Nicht der »Verrat« von diesen oder jenen — das ist schon genügend abgeblasst — sondern *lediglich die Lauheit und das Entgegenwirken eines Teils der Arbeiter selbst ist die Ursache, dass der Ausstand keinen grösseren Erfolg gehabt hat.*

Ausserdem ist festzuhalten, dass die Leitung der Bewegung in den Händen eines Komités war, von dem einzelne Mitglieder erklärten, es sich zur Aufgabe gesetzt zu haben, andere Mitglieder in Schach zu halten.

Die Anarchisten sind nicht nur deshalb unheilvoll für die Arbeiterbewegung, dass sie diese auf eine grosse Tat, wie den Generalausstand hinlenken, ohne sie erst genügend zu organisieren und reif zu machen, die Früchte solcher Tat pflücken zu können — *ihr grösstes Verbrechen wider die Bewegung ist gerade, das sie beständig Misstrauen säen.*

Wie das Komité selbst erklärte, hat gegenseitiges Misstrauen seine Aktion gelähmt; dieses Misstrauen hat auch verhindert, dass die Arbeiter wie ein Mann dem Aufruf Gehör gaben, wieder an die Arbeit zu gehen; dies Misstrauen spukt jetzt ärger denn je in den Ueberresten der Bewegung herum und ist verderblicher für die Gewerkschaftsbewegung, als die Zwangsgesetze selbst.

Dass die Anarchisten ihr Bestes tun, dieses Misstrauen auszunutzen, um die Sozialdemokratie zum Sündenbock für die erlittene Niederlage zu machen, befremdet uns nicht. Für sie müssen wir in diesem Fall als Blitzableiter dienen. Ihre Propaganda für den Generalstreik empfängt durch das Missglücken dieses Ausstandes einen empfindlichen Schlag. Die Arbeiter haben nun erfahren, wie gefährlich und schwer solch ein Generalstreik ist. Sie haben gesehen, dass die besitzende Klasse gegenwärtig mit ihrer Regierung, Gesetzgebung, Milizen und Justiz noch erheblich stärker ist, als Zehntausende von Arbeitern, die voll Heldenmut ihre ökonomische Macht zur Geltung bringen. Sie werden sich in Zukunft nicht so leicht durch die schönen Redensarten der Anarchisten fangen lassen. Sie werden einsehen, dass sie zu lange vernachlässigt haben, der machthabenden Klasse auch auf politischem Gebiete gegenüberzutreten, und mit uns den Kampf für das *allgemeine Stimmrecht* führen. Dieser Kampf wird ihnen nichts desto weniger eine wundertätige Rettung aus Armut und Elend bewirken, er hat dies für sich, dass er die Arbeiter entwickelt, in eine Partei gegen das Kapital organisiert, sie kampffähig macht, und dass er mit weniger Gefahr verbunden ist, als das so abenteuerliche Mittel des Generalstreiks, worauf die Anarchisten ihre ganze Hoffnung gesetzt haben.

Was nun?

Nach dieser Auseinandersetzung erhebt sich nun die Frage: Was soll jetzt geschehen?

Die niederländische Gewerkschaftsbewegung gleicht gegenwärtig einem grossen Schlachtfeld. Die Eisenbahnorganisationen vernichtet, die Amsterdamer Transportarbeiter ausgeschlossen von ihren organisierten Arbeitgebern,

die jetzt die schöne Aussicht haben, von dem mächtigen Feind erlöst zu werden. Ausschliessung und Entlassung überall und in allen Berufen; hunderte von Schlachtopfern brotlos, mit Frau und Kindern dem Elend preisgegeben. Und neben diesem Bild des Elends krächzen die Raben des Misstrauens und der Zwietracht grausig von Tod und Verderben.

Inmitten dieses traurigen Schauspiels, Arbeiter, fühlt die Sozialdemokratie stärker als je ihren heiligen Beruf, eure Augen von diesem dunkeln Heute, der besseren Zeit zuzuwenden, die kommen muss und wird, dem Sozialismus zu, der aus euren Leiden und Kämpfen aufblüht — auf das internationale Ringen des siegenden, vorwärtsdringenden Proletariats gegen den Kapitalismus, von welchem Ringen euer Kampf und Unterliegen nur eine flüchtige Episode ist.

Auf Arbeiter, das Haupt erhoben! Wir werden miteinander für unsere Schlachtopfer sorgen; ohne Opfer wird nun einmal der Kampf um so grosse Ideale nicht gekämpft. Es sind Opfer für die Arbeiterklasse selbst, und noch stets tragen sie Früchte für die Zukunft.

Und nachdem wir die geschlagenen Wunden so gut als möglich geheilt haben, wenden wir uns der Gewerkschaftsorganisation zu, die in so kläglichen Stand versetzt ist und gehen ans Werk, sie besser und fester als je auf die Füsse zu setzen.

Wieviel mehr Ernst und Verantwortlichkeit hat sie nicht nötig; um wieviel weniger wird es ihr zu statten kommen, wenn sie auf die Solidarität anderer baut. Sie wird ihre Massregeln treffen müssen, weniger als bis heute in Ausstände verwickelt zu werden. Selbstbeherrschung auch gegenüber den Nichtorganisierten wird ihr schon durch die neuen Strafbestimmungen geboten; im allgemeinen wird sie wohl dabei fahren, wenn sie eine ernsthafte Selbstkritik vornimmt, ihre Leiter werden ihr dadurch einen Dienst erweisen, dass sie sich mehr in die allgemeine Arbeiterbewegung und die ausländische Gewerkschaftsbewegung hineinarbeiten, wodurch ihr Blick erweitert und ihre Tüchtigkeit als verantwortliche Führer erhöht werden wird.

Von unseren Parteigenossen in der Gewerkschaftsbewegung fordern wir in erster Reihe nicht, dass sie dort über Politik sprechen sollen. Nein, die Gewerkschaftsbewegung selbst ist jetzt in Gefahr, ihr müssen sie um ihrer selbst willen dienen: ihnen obliegt die Aufgabe, die innere Organisation ihrer Fachvereine, wo nötig, zu verbessern; sie müssen heute mehr als je streben, die besten Gewerkschaftler zu sein.

Nächst und ausser der Fachbewegung verdient jetzt die politische Organisation und Mündigmachung der Arbeiter mit verdoppelter Kraft in die Hand genommen zu werden.

Die S. D. A. P. wird, so heisst es, infolge der erlittenen Niederlage zurückgehen. Wenn man damit sagen will, dass sie einen Teil ihrer Wähler verlieren wird, so sei die Möglichkeit zugegeben. Aber sofern sie dafür Mitglieder aus der Arbeiterklasse gewinnt, ob Wähler oder Nichtwähler, so geht sie doch vorwärts. Zur Zeit weht jetzt ein Geist von Niedergeschlagenheit und Reaktion: dieser Wind wird sich legen und verwehen, denn der Druck von Arbeitgeber und Regierung, der den Arbeiter auf die Dauer zum Kampf drängt, bleibt bestehen, ja wird vorläufig schwerer, da die Kapitalisten sich nach dem errungenen Siege stark fühlen und euch noch brutaler ausbeuten und unterdrücken werden als bis heutigen Tages. Der Boden, aus dem unsere Bewegung erwächst, ist euere Knechtschaft, Arbeiter, und dieser Boden ist heute fruchtbarer als je. Darum werdet ihr zu uns kommen, auch sie, die jetzt gegen uns aufgehetzt sind; darum werdet ihr mehr und mehr einsehen, dass ihr eine unterdrückte Klasse seid, deren Uneinigkeit nur den Dieben eures Arbeitsertrags, eures Lebens und eurer Gesundheit zu gute kommt; darum werdet ihr denen den Rücken zukehren, die euch jetzt Judaspfennige anbieten, um von euch Handlangerdienste gegen eure Kameraden zu erkaufen. Darum werdet ihr, die ihr jetzt gebeugt seid, euch bald wieder aufrichten zu neuem Kampf, mit uns wieder dem Licht der Freiheit entgegen marschieren, das uns in der Zukunft winkt.

Und das könnt ihr tun, Arbeiter, *voller Mut und Hoffnung.*

Denn der Kampf, der hinter uns liegt, mag verloren sein — das kämpfende Proletariat Hollands hat einen Sieg errungen.

Keinen Sieg noch über den Feind, aber — was ihm vorausgehen muss — einen Sieg über sich selbst.

Mangelte euch noch die Einheit, die genügende Erkenntnis, die nötige Organisation — was euch nicht mangelte, kämpfende Männer und Frauen, war der Mut, die Begeisterung, die Opferwilligkeit, der Heldensinn, die zum Sieg führen werden!

Die ganze Welt hat euren Heldenmut gesehen, der in den Reihen des sozialistischen Proletariats neben dem Ruhm der Helden der Kommune, den Schlachtopfern von Chicago und so vieler Streiter genannt werden wird, deren zeitweilige Niederlage dennoch ein Wegweiser zum Siege war.

Wir sind stolz darauf, euren Kampf und eure Niederlage geteilt zu haben; wir rufen euch auf, eure grossen Gaben von Herz und Mut mit der Einsicht und dem Verstand zu paren, welche die Sozialdemokratie euch verleiht. Und wir werden dereinst, wenn das Band zwischen Wissen und Wollen, zwischen Verstand und Gefühl geschlossen ist, *mit euch und dem ganzen internationalen Proletariat die Welt erobern!*

Der Parteivorstand der S. D. A. P.:
Henri Polak, Vors. W. P. G. Helsdingen. Jos. Loopuit.
Henr. Roland Holst. J. W. Sleef. J. H. Schaper.
J. G. v. Kuijkhof, Schriftf. P. J. Troelstra.

Der Wahlaufruf der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags für die Reichstagswahl vom Juni 1903.

(Veröffentlicht im »Vorwärts« vom 1. Mai 1903.)

Wähler!

Mit dem heutigen Tage ist die letzte Session des im Juni 1898 gewählten Reichstags geschlossen worden.

Indem wir nunmehr unser Mandat in die Hände unserer Wähler zurückgeben, glauben wir *mit gutem Gewissen denselben das Urteil über unsere Tätigkeit überlassen zu können.*

Als wir im Frühjahr 1898 unsren Wahlaufruf veröffentlichten, versprachen wir, den Kampf gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt zu führen und den Fortschritt auf allen Wegen zu fördern. Dieses Versprechen haben wir ehrlich gehalten.

Wir taten, was wir konnten, um Unrecht zu sühnen, Gewalttat an den Pranger zu stellen, Ausbeutung zu verhindern, Unterdrückung zu bekämpfen und dem Fortschritt zu dienen.

Erreichten wir nur zu oft nicht, was wir erreichen wollten, so lag es an unserer geringen Zahl, die einer grossen Mehrheit von Gegnern gegenüberstand.

Leider haben die letzten fünf Jahre an Fortschritten, denen wir glaubten zustimmen zu können, nur wenig, an neuen Volksbelastungen und Bedrückungen nur zu vieles gebracht.

Der ersten Flottenvorlage vom Jahre 1898 folgte die zweite weit grössere von 1900, *die auch gewaltige Mehrausgaben verursachte,* der eine allezeit bewilligungslustige Mehrheit unter der Führung des Centrums ihre Zustimmung unter Kürzung der Rechte des Reichstags gab. Das Jahr 1899 sah die Bewilligung des Militär-Quinquennats mit einer Verstärkung der Armee um über 19000 Mann und den entsprechenden Mehrkosten.

In der langen Session von 1901 bis 1903 aber entbrannte der Kampf um den neuen Zolltarif, der in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 1902 mit einer Zweidrittelmehrheit Annahme fand, *nachdem diese Mehrheit unter Füh-*

rung ihrer Präsidenten Recht und Gesetz mit Füssen getreten und unter Anwendung der widerrechtlichsten Mittel die Minderheit vergewaltigt hatte.

Dieser neue Zolltarif ist in unseren Augen ein Produkt der Ungesetzlichkeit und der Barbarei. Ungesetzlich durch die Formen, unter denen er zustande kam, barbarisch durch die Zollsätze, die er insbesondere für die notwendigsten Lebensmittel enthält, die eine Plünderung und Ausraubung der grossen Mehrheit der Nation zum Vorteil einer begünstigten Minderheit bedeuten.

Auf Grund dieses neuen Tarifes günstige Handelsverträge für Deutschlands Industrie und für die auf den Kauf von Agrarprodukten angewiesene ungeheure Volksmehrheit zu erhoffen, ist ausgeschlossen.

Als entschiedene Anhänger einer Handelsvertragspolitik, die den Austausch von Waren und Kulturmitteln mit allen Völkern der Erde nach Möglichkeit erleichtert, müssen wir aber Handelsverträge, welche auf Grund des neuen Zolltarifs abgeschlossen, unsere Handelsbeziehungen mit dem Ausland und die Lebenshaltung der grossen Masse der Bevölkerung verschlechtern, aufs entschiedenste bekämpfen.

Wähler! An euch ist es, bei den bevorstehenden Wahlen zu entscheiden: ob ihr die Politik der Plünderung und Ausraubung der Massen zu Gunsten bevorrechteter Klassen ferner sanktionieren wollt.

Es handelt sich aber nicht bloss um *diese* Frage, es stehen auch eine Reihe anderer Fragen in den nächsten fünf Jahren zur Entscheidung.

Trotz der seit Jahrzehnten fortgesetzten ungeheuren Rüstungen zu Lande und zu Wasser, *in denen Deutschland allen Staaten voraus ist und sie übertrumpfte,* und obgleich schon gegenwärtig die Militär- und Marine-Etats mit den zu ihnen in Beziehung stehenden Ausgaben *weit über* 1000 *Millionen Mark im Jahre verschlingen, stehen abermals neue grosse Rüstungen und diesen entsprechende Mehrausgaben bevor.*

Das Militär-Quinquennat geht 1904 zu Ende, und *alsdann erscheint wieder eine neue grosse Militärvorlage. Eine neue Flottenvorlage ist ebenfalls schon angekündigt worden.*

So trägt Deutschland mit in erster Linie die Schuld, dass die Rüstungen kein Ende nehmen und unter den Staaten ein Wettrennen entstanden ist, bei dem schliesslich die Völker zusammenbrechen müssen.

Frankreich ist schon seit Jahren an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit an Menschen angekommen, und sein Steuer- und Schuldenkonto steigt ins Ungemessene, gleich dem unseren. Russland hat sich im Osten den Magen überladen und braucht Zeit zur Verdauung. Dazu kommen seine steigenden finanziellen Verlegenheiten, die Notlage seiner Bauern und die Gärung im Innern, die es ihm auf absehbare Zeit ganz unmöglich machen, an einen grossen Krieg zu denken.

Aber auch die Aussicht auf eine finanzielle und soziale Katastrophe, die ein europäischer Krieg unfehlbar im Gefolge hat, verbietet es einem jeden der grossen Staaten, die Brandfackel an die Pulvertonne zu legen auf die Gefahr hin, den eigenen Untergang zu provozieren.

Trotz alledem ist das Deutsche Reich immer wieder der Dränger und Treiber bei den Rüstungen.

Wähler! Dem muss endlich ein Ende bereitet werden!

An euch ist es, ein millionenstimmigess

Nun ist's genug!

unsren regierenden Klassen ins Angesicht zu schleudern.

Mit den Militär- und Marine-Ausgaben steigen die Ausgaben für die Kolonien, deren Entwickelung die kläglichste ist und die nicht entfernt an Handelswerten einbringen, was sie alljährlich kosten. Aber auch die übrigen Reichsbedürfnisse steigen von Jahr zu Jahr, trotzdem sie gleich den Militär- und Flotten-Ausgaben infolge der grossen Ebbe in den Reichskassen noch gewaltsam zurückgehalten wurden. So scheiterte z. B. die dringend notwendige Erhöhung der Militärinvaliden-Pensionen an dem Mangel an Mitteln. Diese Ebbe in den Reichskassen entstand, obgleich die Schuldenlast des Reiches von 1888, dem Jahre, in welchem der jetzige Kaiser zur Regierung gelangte, bis heute von 721 Millionen Mark auf fast 3000 Millionen Mark mit an

100 Millionen Mark Schuldzinsen per Jahr gewachsen ist, und die Einnahmen aus den Zöllen und indirekten Steuern seit dem Jahre 1878 von 235 Millionen auf über 900 Millionen Mark stiegen.

Ja, es steht schon heute fest, dass selbst die Mehreinnahmen, die man aus dem neuen Zolltarif erhofft und die sich auf weit über 200 Millionen Mark belaufen werden, nicht reichen, um die in den nächsten Jahren entstehenden Mehrausgaben zu decken.

Eine erhebliche Erhöhung der Bier- und der Tabaksteuer und eine Wehrsteuer, für die man besonders in Zentrumskreisen schwärmt, werden eingeführt werden, wenn eine ähnliche Mehrheit, wie die bisherige war, in den Reichstag ihren Einzug hält.

Dieselben Klassen und Parteien, die ständig mit ihrem Patriotismus prahlen und uns der Vaterlandslosigkeit anklagen, weigern sich aufs äusserste, die grossen Einkommen und Vermögen zu den Militär- und Flottenkosten heranzuziehen, sie halten es aber für patriotisch und gerecht, durch masslose Zölle, indirekte Steuern und Liebesgaben aller Art auf die notwendigsten Lebensmittel die armen Klassen aufs *schamloseste* zu belasten.

Wähler! An dem Tage, an dem die besitzenden Klassen im Reiche gezwungen werden, durch Einkommen- und Vermögenssteuer die Unkosten für neue Militär- und Flottenrüstungen aufzubringen, ist es mit der Bewilligung derselben zu Ende. Dann geht der Patriotismus dieser Klasse in die Brüche, und damit zeigt sich, wie überflüssig diese Rüstungen sind.

Auch in den Einzelstaaten geht wie im Reich das finanzielle Elend um; sie wissen nicht mehr ein noch aus. Die dringendsten Kulturaufgaben leiden bitter Not, aber für neue Rüstungen sind immer wieder die Mittel vorhanden, oder sie werden beschafft, als seien die Millionen Kot.

Wähler! Wenn solchen Zuständen gegenüber euch nicht endlich der Geduldfaden reisst, dann wundert euch nicht, wenn ihr nicht nur mit Ruten, sondern mit Skorpionen gezüchtigt werdet.

Und wie steht es in der inneren Politik? Die dringendsten Reformen in der Rechtspflege, die notwendigsten sozialen Reformen, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes, einschneidende Massregeln für die Volksgesundheit u. s. w. werden mit der Antwort abgetan:

Das kostet zu viel, und wir haben kein Geld!

Press-, Vereins-, Versammlungsgesetze, das Koalitions- und Genossenschaftsrecht der Arbeiter, die persönliche Freiheit der Bürger und Bürgerinnen werden in einer Weise behandelt, *als stünde Deutschland nicht auf einer der ersten, sondern auf einer niederen Stufe der Kultur!*

Dem allen gegenüber giebt es nur ein Mittel der Hilfe:

Kampf und wieder Kampf gegen alle, die diese heillose Wirtschaft verschulden, bis sie überwunden sein werden!

Insbesondere ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse, die am stärksten unter all diesen Uebeln leidet, mit allen ihren Kräften die Sozialdemokratie in ihren Kämpfen wider das ungeheure Unrecht, das Staat und Gesellschaft Tag für Tag verüben, zu unterstützen.

Aber auch die *Frauen*, und namentlich die Arbeiterinnen, die bisher von einer politischen Betätigung ihrer Menschenrechte ausgeschlossen wurden, haben bei den grossen Fragen, deren Entscheidung durch den Ausfall der Wahlen vorbereitet wird, *allen Grund, für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten.*

Können sie nicht wählen, so sollen sie agitieren. Der Agitation aller Art, selbst durch Missbrauch von Kanzel und Betstuhl, müssen sie das offene Eintreten für ihre heiligsten Pflichten gegenüberstellen.

Die Sozialdemokratie kämpft dafür, dass Staat und Gesellschaft aufhören, Klasseninstitutionen zu sein, durch welche die herrschende Minderheit die Mehrheit in Abhängigkeit von sich erhält, beherrscht, bedrückt und plündert.

Wähler! Darum auf zur Wahl!

Der Wahltag soll ein Tag des Gerichts, der Abrechnung sein mit denen, die euch hudeln und bütteln; er soll aber auch ein Siegestag sein, von dem eine neue, schönere Zukunft datiert.

Bedenkt, dass ihr durch die Beschlüsse einer reaktionären Reichstags-Mehrheit nur alle *fünf* Jahre einmal zu den Wahlurnen gerufen werdet. Wie selten kommt ein solcher Tag in eurem Leben. *Benutzt ihn also!* Benutzt ihn so, dass jeder von euch mit gutem Gewissen sich sagen kann:

Ich habe meine Schuldigkeit getan!

Wähler! Unsre Gegner laufen umher wie die Kopflosen und jammern nach einer Wahlparole. *Wir haben sie.*

Eure Wahlparole sei:

Nieder mit dem die Völker aussaugenden Militarismus und Marinismus in seiner jetzigen Gestalt! Völkerverständigung! Völkerfrieden!

Nieder mit einer verderblichen Zoll- und Handelspolitik, die viele Millionen in ihren Lebensinteressen schädigt!

Nieder mit einer Steuer- und Zollpolitik, welche die Armen bedrückt und die Reichen begünstigt!

Nieder mit der Reaktion im Innern, der staatlichen Willkür, der Bevormundung, dem Polizeidruck, der Rechtsunsicherheit!

Auf zum Kampf für den Fortschritt auf allen Gebieten, für Wissen und Aufklärung, für Befreiung und Erlösung von allem Druck, den Klassenstaat, Klassenherrschaft und Klassengesetzgebung auf die Schultern der schwer arbeitenden Volksmehrheit geladen haben.

Unser Ziel ist die Herbeiführung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gegründet auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Arbeitsmitteln und der Arbeitspflicht aller ihrer Glieder. Schaffung eines staatlichen und gesellschaftlichen Zustandes, in dem die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung und die Wohlfahrt Aller, der unverrückbare Leitstern für alles Handeln ist.

Wähler! Wer von euch diese unsre Anschauungen teilt, der stimme am 16. Juni nur für den Kandidaten der Sozialdemokratie!

Berlin, den 30. April 1903.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.

Albrecht. Antrick. Auer. Baudert. Bebel. Bernstein. Blos. Bock. Calwer. Cramer. Dietz. Dreesbach. Ehrhart. v. Elm. Fischer (Berlin). Fischer (Sachsen). Förster. Frohme. Geck. Geyer. Dr. Gradnauer. Grünberg. Haase. Heine. Dr. Herzfeld. Hoch. Hofmann. Horn. Kaden. Klees. Kloss. Kunert. Ledebour. Meister. Metzger. Molkenbuhr. Peus. Pfannkuch. Reisshaus. Rosenow. Sachse. Schippel. Schlegel. Schmidt. Schwartz. Segitz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Dr. Südekum. Thiele. Tutzauer. Ullrich. v. Vollmar. Wurm. Zubeil.

Resolution der Sozialdemokratie Preussens betreffs der Landtagswahlen von 1903.

Beschlossen auf einer am 26. April 1903 in Berlin abgehaltenen Parteikonferenz von Sozialdemokraten Preussens.

(Laut Bericht des »Vorwärts« vom 28. April 1903, zweite Beilage.)

1. Für die Beteiligung an den preussischen Landtags-Wahlen ist ausschliesslich der in Mainz 1900 gefasste Parteitagsbeschluss massgebend:

»In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, mit eigenen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten. — Für die Landtags-Wahlen in Preussen bildet der Parteivorstand das Zentral-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.«

2. Da bei der Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen wie an allen Parlamentswahlen für die Sozialdemokratie in erster Linie die Entfaltung

der Agitation zur Aufklärung der Massen steht, muss ohne Rücksicht auf etwaige materielle Erfolge überall dort in die Wahl eingetreten werden, wo überhaupt die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmannskandidaten möglich ist. Das gilt im besonderen auch für einzelne vorgeschrittenere Orte solcher Wahlkreise, in denen im allgemeinen an die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner nicht gedacht werden kann.

3. Kommt es bei den Urwahlen zur Stichwahl, in der nach Ausfall der Sozialdemokraten liberale Kandidaten solchen anderer Parteien gegenüberstehen, so wird im allgemeinen an die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner nicht gedacht werden können.

4. Die Entscheidung über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl ist nach Feststellung des Ergebnisses der Urwahlen durch das Zentral-Wahlkomitee im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Wahlkreis-Komitees zu treffen. In Wahlkreisen, in denen ein sozialdemokratischer Abgeordneten - Kandidat aufgestellt wird, ist zu fordern, dass derselbe an erster Stelle gewählt wird. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so haben die sozialdemokratischen Wahlmänner in allen Wahlgängen nur für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; bei etwaigen Stichwahlen ist Stimmenthaltung zu üben.

5. Zur Vorbereitung der Wahlen ist sofort mit der Feststellung zu beginnen, an welchen Orten und in welchen Urwahlbezirken sozialdemokratische Wahlmannskandidaten aufgestellt werden können. Ferner ist von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern überall darauf zu dringen, dass die Urwahlbezirkseinteilung möglichst bald veröffentlicht wird und dass die Gemeinde Verwaltungsbehörden die Stunde des Beginns der Urwahlen auf den späten Nachmittag oder den Abend verlegen.

6. Das Zentral-Wahlkomitee hat für das rechtzeitige Erscheinen einer billigen gedruckten Zusammenstellung der Wahlvorschriften Sorge zu tragen.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

25. April 1903.

Die Musterung vorm Kampfe. — Henriette Roland Holst, Der Kampf und die Niederlage der Arbeiter in Holland. — J. German, Die Qualifikation der Fabrikarbeit. — Fritz Kummer, Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien. — Romeo Soldi, Die politische Lage in Italien. — Friedrich Stampfer, Leo Tolstoi an die Arbeiter. — Literarische Rundschau. — Notizen.

2. Mai 1903.

Der Liberalismus im Wahlkampf. — M. Beer, Die irische Landbill. — Henriette Roland Holst, Der Kampf und die Niederlage der Arbeiter in Holland. — Kurt Grottewitz, Die Bedeutung von Farbe und Form des Tierkleides. — Literarische Rundschau. — Notizen.

9. Mai 1903.

Potemkinsche Dörfer. — B. Kritschewsky, Glossen zum Kongress von Bordeaux. — Jean Sigg, Die Genfer Arbeitskammer. — Otto Hué, Die Wurmkrankheiten im Ruhrkohlenbecken.

16. Mai 1903.

Auch eine Wahlperiode. — Menikophiles, Die Krisis und die Bevölkerungsbewegung in Deutschland. — Otto Lang, Wirtschaftliche und politische Wandlungen in der Schweiz. — Rudolf Krafft, Jena oder Sedan? H. Thurow, Aus den Anfängen der sozialistischen Belletristik. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Mai 1903.

Carl Legien, Die Stellung der Gewerkschaften zur sozialpolitischen Gesetzgebung. — Dr. Eduard David, Zur vorläufigen Abwehr. — Eduard Bernstein, Unsere theoretischen Debatten und der Wahlkampf. — Dr. Willy Hellpach, Prinzipielles zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. — Dr. Zofia Daszynska, Zur Soziologie der Arbeitseinstellungen. — Paul Bröcker, Allgemeine Gewerkschaftsbibliotheken. — Dr. Heinrich Laufenberg, Aus der Geschichte der englischen Getreidepreise. — Rundschau, Politik, Wirtschaft, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Bücher, Notizen.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Mai 1903.

G. Rouanet, Le Congrès de Bourdeaux, Hervé, Sarraute, Millerand, Jaurès, Renaudel, Baudot, Pressensé, Principaux discours prononcés au Congrès de Bordeaux. — Andrien Veber, Mouvement social. — P. L. Garmier, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

1. Mai 1903.

H. van Kol, L'Algérie et la Politique coloniale. — W. M. Vliegen, Les évènements de Hollande. — Hubert Lagardelle, Polémiques. — Franz Mehring, Jaurès historien. — Enquete sur l'anticléricalisme et le Socialisme. — André Morizet, Documents sur le Congrès de Bordeaux.

L'Avenir Social, Brüssel.

Mai 1903.

A. M. Simons, La presse socialiste aux Etats-Unis. — Bibliographie. Victor Serwy, Le mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical. — Bulletin Cooperativ. — Le Mouvement Communal.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Mai 1903.

Editorial Brevities. — H. Neumann, The cry of the children. — A. P. Hazell, When shall we realise Socialism. — The Socialist, Social, Reform, and Labour Movement in the english speaking World outside the United Kingdom. — Clericalism and the Socialist Attitude thereto. — The Reviews. — Interesting Extracts from various sources. — Feuilleton.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. Mai 1903.

La Critica Sociale, Primo maggio, ogni giorno. — Ivanoe Bonomi, Gli sgravii. — Eteocle Cagnassi, I famosi serbatoi per l'irrigazione nella colonia Eritrea. — Felice Momigliano, Ancora di Guiseppe Mazzini e del socialismo. — Pietro Albertoni, Significato fisiologico della refezione scolastica. — Filosofia, letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

10. Mai 1903.

Michele Gotz, Sempre sulla Creccia. — John Spargo, Il problema dei trusts negli Stati Uniti. — J. Karski, La lotta elettorale in Germania. — W. A. Bonger, L'opera dei diversi partiti nella reazione e nello sciopero generale d'Olando. — L. M. Hartmann, L'evoluzione storica. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internationale — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Mai 1903.

H. Gorter, 5. bis 10. April. — I. Ondegeest, De Crisis. — W. van R. jr., Jean Jaurès' Histoire socialiste. — J. V. D. Tempel, De Duitsche Vakbeweging. —

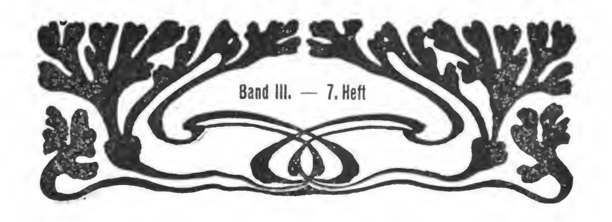
G. D. Indens, met Antwoord H. Roland Holst, Volksleger of Ontwapening? — B. Luteraan, Het Opgeheven Verbod tot staking van het spoorweg personeel in den Staat Missouri.

Akademie, Prag.

Mai 1903.

Jean Jaurès, Sozialism a mezinárodni politika. — Dr. L. Winter, Novy celni tarif a agrárnici. — J. J., K hospodárskym pomerum rakouskych casopisu. — F. J. Cermak, Rozhodci soudy urazovych pojistoven delnickych. — J. Hollub, Nekolik socialistickych slov k. 6 cervenci. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arbeiter-Sekretariat Berlin (Berliner Gewerkschaftskommission), 14. Jahresbericht und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission pro 1902. Sozialgesetzgebung. Uebersicht über den Stand der Berliner Gewerkschaftsbewegung. Bericht der Gewerkschaften. Arbeitslosenzählung 1902. Berlin, Druck von C. Janiszewsky. 115 S. 8°.

Neben vielen tabellarischen und sonstigen statistischen Angaben, sowie einer Fülle von Mitteilungen aus der Gewerkschaftsbewegung bringt der Bericht auch allerhand Material zur Kritik gewisser Lücken des derzeitigen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, nebst Vorschlägen zur Abänderung der betreffenden Gesetze oder der derzeitigen Art ihrer Ausführung. Wenn die Kritik der Gesetze und von Massnahmen der Behörden oft recht scharf ausfällt, so nimmt der Bericht indess auch da kein Blatt vor den Mund, wo es sich um Massnahmen von Arbeitern in ihrer Eigenschaft als Vorstände von Körperschaften (Krankenkassen und dergleichen) handelt.

Von den Tabellen ist besonders die grosse tabellarische Zusammenstellung auf S. 89 hervorzuheben, die über die Mitgliederbewegung und die Ein- und Ausgaben der Gewerkschaften detaillierte Auskunft gibt, welche der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossen sind. Es kommen hier 72 Berufs-Organisationen in Betracht, deren Mitgliederzahl in Berlin sich, wie die Tabelle zeigt, von 84 937 im vierten Quartal 1901 auf 108 729 im vierten Quartal 1902 hob. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben dieser Organisationen stellten sich im Berichtsjahr auf rund 2,447 000 Mk. Einnahmen und 2,346 000 Mk. Ausgaben. Die Gewerkschaftskommission hatte 25 681 Mk. Einnahme, wovon 9082 Mk. Beiträge für die Kommission, 5234 Mk. Beiträge für die Arbeitslosenzählung und 11 364 Mk. Beiträge der Gewerkschaften für ausständige Weber in Meerane waren. Die Ausgabe summiert mit 28 234 Mk. Das Sekretariat erteilte im Berichtsjahr 7515 Auskünfte, von denen aber nur die grösseren, 2753 an Zahl, registriert wurden und im Bericht spezialisiert sind. Am Schluss des Berichts findet sich ein Adressenverzeichnis der Gewerkschaftsvorstände und ihrer Büreaus, sowie eine Liste von Vortrags-Referenten. In der Einleitung bemerkt de Bericht, dass das Sekretariat sich auch seitens der Behörden eines erfreulichen Entgegenkommens rühmen darf.

Bergarbeiter, Verband deutscher. **Jahres-Bericht, erstattet vom Vorstand des Verbandes pro 1902.** Bochum 1902. H. Hausmann. 59 S. 8°.

Der Bericht eröffnet mit einer allgemeinen wirtschaftlichen Uebersicht, behandelt dann die Produktion der

Gruben- und Nebenanlagen, weiter die Bewegung der Kohlen- und Kokspreise und Verwandtes (die sich immer mehr ausdehnende Nebenproduktion der Kohlenwerke), die Arbeitsleistung und Werksüberschüsse, die Lage der Arbeiter, das Thema Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, sowie die Entwickelung des Verbandes, seiner Presse, seiner Leistungen in Bezug auf Rechtsschutz, sein Verhältnis zu anderen Organisationen, seine Agitation und Verwaltung, sowie sein Finanzwesen.

Die Zahl der Mitglieder des Verbandes stieg im Berichtsjahr von 38042 auf 48278 und ist, wie der Bericht feststellt, im laufenden Jahr in noch grösserer Zunahme begriffen, die Auflage des Organs des Verbandes belief sich bei Abschluss des Berichts auf 56000. Für Rechtsschutz gab der Verband 14817 Mk. aus, für eigene Streiks fast gar nichts, dagegen für Ausgesperrte 1462 und für Gemassregelte 16404 Mk. Seine gesamte Jahreseinnahme war 462591 Mk., sein Barvermögen am 31. December 1902 betrug 226195 Mk. — gegen das Vorjahr eine Zunahme von über 95000 Mk.

Auf den reichen Inhalt der ersten Abschnitte können wir hier nur beiläufig aufmerksam machen. Der Bericht ist sehr interessant, er charakterisiert und kritisiert mit Schärfe die Verhältnisse der Bergbau-Industrie. Unangenehm macht sich der Mangel eines Inhaltsverzeichnisses bemerkbar.

Calwer, Richard. **Wen soll der Arbeiter wählen?** Ein Wahlaufruf an die Arbeiter in Stadt und Land. Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 16 S. 8°. Preis 10 Pfg.

Eine massvoll gehaltene, geschickt geschriebene sozialdemokratische Agitationsschrift für die Reichstagswahlen vom Juni 1903.

Eisler, Dr. Rudolf. **Soziologie.** Die Lehre von der Entstehung und Entwickelung der menschlichen Gesellschaft. Leipzig 1903, J. J. Weber, 305 S. 8°. Preis 4 Mk.

Ein gutes, unparteilich gehaltenes, aber darum nicht farbloses Handbuch der Gesellschaftslehre. Der Verfasser verfügt über philosophische Schulung und ansehnliches Wissen; er zitiert die einschlägige Literatur mit viel Urteil und ohne Ausschluss irgend welcher Schulen. Sein Standpunkt ist ein wissenschaftlicher Synkretismus oder synkretistischer Evolutionismus. Er anerkennt eine auf kausaler Gesetzmässigkeit beruhende Entwickelung, betont aber die Mannigfaltigkeit der Entwickelungskräfte und Ursachenreihen, deren Zusammenwirken das jeweilige Gesellschaftsleben und seine Formen bestimmt. Die Auswahl einer einzelnen Kraft als des determinierenden Elements verleite zu willkürlichen, der Wirklichkeit widersprechenden Konstruktionen. Daher verwirft der Verfasser auch die Marxsche materialistische Geschichtsauffassung als zu einseitig, wenngleich er anerkennt, dass »wirtschaftliche Momente teils vielfach andere soziale Geschehnisse als Mitursachen begleiten, teils fallweise wirklich die Hauptursachen gesellschaftlicher Umwandlungen bilden.« (S. 202.) Aber die Tendenz, alles auf eine Formel zu bringen, mache notwendig »aus einem Standpunkt der Betrachtung von relativer Berechtigung einen mehr oder weniger starren, unzulänglichen Dogmatismus«. (S. 33.) Es ist jedoch zu bemerken, dass der Verfasser an der hier zuerst angeführten Stelle dem Geschichtsmaterialismus eine Auslegung gibt, die dessen Grundgedanken viel zu einseitig formuliert. Sonst verhält er sich den Sozialisten gegenüber ganz objektiv.

Gegen die Anordnung der 28 Paragraphen, in die das Buch zerfällt, lassen sich begründete Einwendungen erheben. Wenigstens leidet beim zweiten Teil, der die spezielle Soziologie behandelt, die Systematik und Geschlossenheit der Darstellung dadurch, dass die Wirtschaft erst an die Reihe kommt, nachdem Religion, Sittlichkeit, Recht und Eigentum schon abgehan-

delt sind, alles das aber dem Abschnitt über Familie und Ehe, und dieser wieder dem über die vorstaatlichen Verbände vorangeht. Mindestens sind auf diese Weise sonst unnötige Wiederholungen unvermeidlich geworden, wenn auch die vorsichtige Darstellungsweise des Verfassers ihn vor Aufstellungen schützt, die den Werdegang der tatsächlichen Entwicklung im Lichte dieser Artikelfolge erscheinen lässt. Ueberhaupt ist eine der stärksten Seiten dieses Buches die grosse dialektische Schärfe, mit der der Verfasser die Begriffe abgrenzt und auseinanderhält und mit den Tatsachen auch die Zusammenhänge kennzeichnet, die jeweilig ihnen ihren Charakter verleihen. Aber alle diese Vorsichtsmassregeln verhindern nicht, dass trotz Anerkennung und bei Einzelfragen auch sehr schöner Einsetzung des Evolutionsprinzips im ganzen der Gegenstand nicht genügend evolutionistisch behandelt wird. Mit Recht verwirft der Verfasser die biologische Betrachtungsweise der Gesellschaft als unzulänglich, als blosse »Vordergrundansicht«, die nicht in die Tiefe dringe. Aber er fällt in einen verhängnisvollen Fehler, wenn er sie durch ein »psychogenetisches Verfahren« ersetzt, das die höchste Aufgabe der soziologischen Wissenschaft, die Rekonstruktion des sozialen Werdens, niemals lösen kann, weil sich die psychologischen Phänomene auf sozialem Gebiet als primäre meist weder nachweisen, noch begreifen lassen. Sicher war der Staat vor dem Staatsbegriff, die Familie vor dem Familienbegriff, Recht vor dem Rechtsbegriff da.

Im Widerspruch mit dem Evolutionsprinzip drückt sich Eisler an einzelnen Stellen so aus, als ob über dem Geschehen eine teleologisch verfahrende Natur walte. So auf S. 46: »Die Natur hat eben viele Organismen so eingerichtet, dass das Zusammenleben und Zusammenwirken für dieselben . . . notwendig und nützlich ist«, und S. 47: »Wiewohl er [der Mensch] doch zum Herrn der Erde, zum Kultivator derselben bestimmt ist.« Dass diese Ausdrucksweise keiner grundsätzlich teleologischen Metaphysik entspringt, zeigt der ganze übrige Charakter der Schrift. Es sind Rückfälle, die aber vermieden werden sollten. Die Natur ist kein Wesen, sondern ein Zustand.

Ueber den Sozialismus, bezw. die sozialistischen Bestrebungen drückt sich der Verfasser mehr referierend aus, wobei indes vieles als berechtigt anerkannt wird, was in der sozialistischen Bewegung als Triebkraft wirkt. Der Verfasser betont die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus und der Konkurrenzwirtschaft, bemerkt aber dann: »Dank den Einflüssen der Wissenschaft, Ethik, Kunst, der Gesetzgebung, der soziologischen und sozialistischen Schriftsteller, vor allem aber der Solidarität und dem Klassenbewusstsein der Lohnarbeiter sind die Verhältnisse vielfach besser geworden, und es ist zu erwarten, dass sie noch besser werden.« (S. 231.) Und bald darauf: »Zukunftsprophezeihungen sollen an dieser Stelle nicht vorgebracht werden, doch darf mit einiger Sicherheit behauptet werden, dass das kollektivistische Wirtschaftsprinzip, sei es durch einen vorsichtig gehandhabten Staatssozialismus, sei es durch private Assoziationen, immer mehr an Geltung gewinnen wird, ohne dass dem persönlichen Unternehmungsgeist gerade in der Weise Abbruch getan werden müsste, wie das sozialdemokratische Programm es haben will.« (S. 202.)

Damit dürfte der sozialpolitische Standpunkt des Verfassers zur Genüge gekennzeichnet sein. Er steht im Einklang mit der theoretischen Auffassung, die sich im allgemeinen durch das Buch zieht. Diese erlaubt, wie jeder Synkretismus, eine weitgehende Unparteilichkeit und ist deshalb für ein Buch, das vor allem orientieren soll, besonders geeignet. Dies um so mehr, wenn man, wie der Verfasser, die einschlägige Literatur aller Parteien kennt und berücksichtigt. Anzuerkennen ist ferner die sehr anregende Darstellungsweise, die das Buch nicht nur für den Anfänger lesenswert macht.

Goldstein, Dr. Julius. **Die empiristische Geschichtsauffassung David Hume's** mit Berücksichtigung moderner methodologischer und erkenntnistheoretischer Probleme. Leipzig 1903, Dürrsche Buchhandlung. 59 S. gr. 8°. Preis 1 M. 60 Pfg.

Eine recht anregende Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Humes Erkenntnistheorie und seiner Geschichtsauffassung, wie sie in verschiedenen seiner Abhandlungen und namentlich in seiner grossen Geschichte Englands zum Ausdrucke kommt. Der Verfasser weist nach, dass Humes rein analytischer Empirismus ihn zwar in der Geschichtsschreibung einen bedeutenden Schritt über seine aufklärerischen Vorgänger hinaus machen lässt, insofern bei ihm in Bezug auf Werte und Zwecke nichts Willkürliches in die Geschichte hineingetragen wird, dass er aber bei Hume kein Verständnis für die in der Geschichte wirkenden tieferen Kräfte aufkommen, sondern ihn die Dinge nur oberflächlich erkennen lässt. »Hume fehlt jede Methode,« schreibt er, »um aus dem bunten Chaos der politischen Formen und Gestaltungen einen wissenschaftlich begreiflichen Kosmos zu machen. Er weiss nicht, wie und wo er zu diesem Ziele kommen soll ... Für ihn liegen alle geschichtlichen Tatsachen sozusagen auf einer Fläche; die historische Perspektive existiert für ihn nicht.« .... (S. 41.)

Das ist fein bemerkt, und ähnliche treffende Kennzeichnungen der Unzulänglichkeit von Humes Geschichtsdarstellung und Geschichtsauffassung finden sich in der Schrift noch oft. Wenn aber der Verfasser an der angegebenen Stelle weiter bemerkt, die historische Perspektive könne überhaupt »für den konsequenten Empirismus nicht existieren«, weil sie etwas sei, »das vom Geist an die Dinge herangebracht wird« (ebendaselbst), so vermögen wir dem nicht zuzustimmen. Denn nicht d a s s Hume Empirist, sondern wie er Empirist war, verhinderte ihn, den treibenden Kräften in der Geschichte tiefer auf den Grund zu gehen. Das empirische Denken ist mit einer tieferen Geschichtsauffassung nicht unvereinbar. Sagt doch der Verfasser selbst etwas später: »Wäre Hume wirklich konsequenter oder ‚radikaler' Empirist, wie William James es in seinem geistreichen Buche ‚Der Wille zum Glauben' zu sein beansprucht, so wäre das aus dem Reichtum der Geschichte hervorgehende Bild des Menschen ein ganz anderes, als das Humes.« (S. 54.) In diesen Worten liegt der Grundfehler des Historikers Hume — mit dem Erkenntnistheoretiker haben wir es hier nicht zu tun — angezeigt. Der Empirismus ist mit heuristischen Prinzipien der Forschung durchaus nicht unvereinbar, ohne solche Prinzipien überhaupt keine Forschung. Humes geschichtlicher Empirismus war falsch, weil seine heuristischen Grundsätze teils falsch und teils unzulänglich, weil Hume als Politiker wesentlich konservativ war. Ganz richtig sagt in dieser Hinsicht der Verfasser: »Es war eine kleine, enge, selbstzufriedene skeptische Lebensanschauung, die dieser Empirismus der ausgehenden englischen Aufklärung vertrat.« (S. 56.) Aber der Verfasser lässt es bei der philosophischen Lebensanschauung bewenden, statt die politische und soziale Denkweise Humes heranzuziehen. Ohne diese wird man aber den Historiker Hume nie richtig beurteilen.

Grünberg, Dr. Karl. **Bauten auf fremdem Grund.** Ein Beitrag zur Würdigung des Erbbaurechts. (Heft IV der Schriften der Oesterr. Gesellschaft für Arbeiterschutz.) Wien 1903, Franz Deuticke. 95 S. gr. 8°. Preis 2 Mk.

Dem Erbbaurecht, wie es das neue deutsche bürgerliche Gesetzbuch in den Paragraphen 1012 bis 1017 festsetzt, ist von verschiedenen Seiten eine grosse sozialpolitische Bedeutung zugesprochen worden. Insbesondere ward oder wird von ihm erwartet, dass vermittelst seiner eine wesentliche Verbilligung der Volkswohnungen herbeigeführt werde. Dies u. a. deshalb, weil vermöge seiner es Grundeigentümern, ob öffentliche Körperschaften oder Private, die selbst nicht bauen wollen oder können, ermöglicht werde, den Boden für Bauzwecke lohnend zu verpachten und doch sich für später den Wertzuwachs zu sichern, während die Rechte, die auf Grund seiner dem Pächter zu erwerben möglich sind, ein genügender Antrieb für Baulustige sein werden, Boden im Erbbaurecht für Bauzwecke zu pachten, wie dies ja auch beim englischen Leaseholdsystem der Fall sei.

Der Verfasser, Professor an der Universität Wien, tritt dieser Auffassung scharf entgegen. Er weist nach, dass Bodenverhältnisse, wie sie das Erbbau-

recht herbeiführen soll, in ähnlicher Form, wenn auch ohne entsprechende rechtliche Grundlage, in Oesterreich und anderwärts schon vielfach bestehen, und zeigt am Beispiel dieser Fälle, dass nichts dazu berechtige, vom Erbbaurecht die geschilderten Wirkungen zu erwarten. Auch das englische Leaseholdsystem werde zu Unrecht angerufen. »Sogar seine mildesten Beurteiler werden zugeben müssen, dass es die Wohnungsnot nicht nur nicht verhindert, sondern bedeutend verschärft hat.« (S. 67.) Immerhin biete es dem Mieter »einen Trost, der ihm anderwärts fehlt: die Zuwachsrente fällt nicht dem Hauseigentümer zu, sondern etwa dem Duke of Bedford, dem Duke of Westminster, dem Viscount Portman.« (S. 67.) Das Erbbaurecht könne »in keiner Art als Mittel zur Lösung der Wohnungsfrage oder auch nur zur Linderung der herrschenden Wohnungsnot angesehen werden.... Mit viel grösserer Sicherheit stellt es dagegen für den Fall, dass es sich einbürgern sollte, eine Verschlechterung der grossstädtischen Wohnungszustände in Aussicht.« (S. 71.) Nur für die Grundeigentümer, die sich von rein privatwirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen, sei es unter allen Umständen vorteilhaft. Stärkere Nutzbarmachung des Wertzuwachses des städtischen Grund und Bodens durch Weiterbildung der Besteuerung des letzteren, Verbot der Bindung von Wohnungsboden, reichsgesetzliche geregelte Wohnungsinspektion, Vorschrift von Mietsverträgen, die den Mieter gegen Willkür des Vermieters sicherstellen, Enteignungsrecht der Gemeinden auf den gesamten Wohnungsboden und Eigenbau der Gemeinden — das seien einige Mittel, durch deren Zusammenwirken der Wohnungsnot eine Grenze gesetzt würde. Radikal beseitigt werde sie freilich solange nicht werden, als »die städtische Entwickelung sich in den gleichen Bahnen bewegt wie bisher und die Menschen fortfahren, sich in stetig wachsenden Massen an bestimmten Punkten zusammenzudrängen.« (S. 73.)

Wie aus den Vorschlägen des Verfassers hervorgeht, steht er auf sozialpolitisch vorgeschrittenem Standpunkt, und unzweifelhaft versprechen diese Vorschläge, wenn sie in dem Sinne befolgt werden, wie er sie entwickelt, wirksamere Abhilfe als blosse Reformen im Bodenpachtrecht, welcher Art sie auch sein mögen. Auch wird man vielem zuzustimmen haben, was er zur Kritik des Erbbaurechts und des englischen Leaseholdsystems vorbringt. Mit grossem Recht verweist er z. B. S. 66 auf »die Verwahrlosung und Deklassierung auch an sich solid und komfortabel gebauter Häuser gegen Ende der Pachtperiode.« Die meisten Londoner »Slums« sind solche Häuser, die auf Boden stehen, dessen Baupacht (»lease«) sich ihrem Ende nähert. Ein Haus umzubauen, das auf Boden steht, dessen lease nur noch 30 Jahr und darunter läuft, fällt niemand ein; man lässt es ruhig verfallen und vermietet es an immer ärmere Leute, wobei aber, durch Zerteilung in immer kleinere Wohnungen, manchmal im ganzen noch eine höhere Miete herausgeschlagen wird, als ursprünglich die wohlhabende Familie zu zahlen hatte, die es als Einfamilienhaus bewohnte. Ein nicht minder grosses Uebel des Leaseholdsystems ist es auch, dass sich bei ihm zwischen Bodeneigentümer und Bewohner im Laufe der Zeit immer mehr Mittelspersonen einschieben und durch Weiterverpachtung und durch Verhypothezierung des Pachtrechtes die verwickeltsten Rechtsverhältnisse ausbilden, die es schier unmöglich machen, eine Person oder Instanz zu ermitteln, die man für den sanitären oder vielmehr unsanitären Zustand des Hauses zur Rechenschaft ziehen kann. Indes trotzdem wir in Bezug auf diese und andere Uebel des Systems mit dem Verfasser durchaus übereinstimmen, glauben wir doch, dass er in seiner Kritik des Erbbausystems über die Schnur haut. Es ist eine grosse Halbheit, und als solche mit grossen Schattenseiten behaftet, aber es hat nicht nur Schattenseiten. Ausser wo besondere Umstände die Bodenpreise durch Schaffung von Vorzugsrente in die Höhe treiben, wie in den Zentren sehr grosser Städte, gewissen aristokratischen Vierteln und dergleichen, hat das Leaseholdsystem in Verbindung mit dem System der Einfamilienhäuser doch zur Folge, dass man im allgemeinen in England billiger wohnt, als auf dem Festland. Wo also Staat und Gemeinden noch nicht für eine Wohnungspolitik zu haben sind, wie der Verfasser sie befürwortet, und die unbedingt den Vorzug verdient, da mögen auf Grund des Erbbaurechts mancherlei Milderungen zeitweise erzielt werden können. Nur fragt es sich, ob der Sozialpolitiker recht handelt, wenn er sich für ein System

ins Zeug legt, das neben einigen Lichtseiten so grosse Schattenseiten hat und durch Schaffung von immer neuen Mitrechten an Grund und Boden den Kreis der Interessenten erweitert, die sich gegebenenfalls gegen Reformen auflehnen würden, welche dem Bodenmonopol radikaler zu Leibe gehen.

Auf die interessanten Kapitel der Schrift, welche sich mit den Beispielen von Bauten auf fremden Grund befassen, wie sie sich in Oesterreich verschiedentlich vorfinden, sei hier nur beiläufig verwiesen. Der Schrift gehen einige allgemeine Ausführungen über die moderne Wohnungsfrage voran, denen wir uns rückhaltlos anschliessen können. Insbesondere hat der Verfasser recht mit der Bemerkung, dass »gerade dort, wo die Wohnungsnot typisch und als Massenerscheinung auftritt — in den Grossstädten — Lohn- und Wohnungspolitik nicht zusammenfallen« (S. 5), anders ausgedrückt, die Wohnfrage weit mehr ist als eine Lohnfrage. Man könnte viel eher den Satz umkehren und sagen: hier ist die Lohnfrage oft eine Wohnfrage. Und das gilt auch oft von kleineren und mittleren Fabrikzentren.

Köhler, Hermann. **Landwirtschaft und Sozialdemokratie in sittlicher Beleuchtung.** Ein Beitrag zur Abwehr sozialdemokratischer Landagitation.

1. Die Wandlungen des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Einwirkung auf die sozialdemokratische Partei. Leipzig 1903. J. C. Hinrichs. 145 S. 8°. Preis 1 Mk. 50 Pfg.

2. Die sozialdemokratische Landagitation und ihr sittlich anstössiger Charakter. Leipzig 1903. J. C. Hinrichs. 112 S. 8°. Preis 1 Mk.

Der Verfasser dieser Schriften gehört zu denjenigen Gegnern der Sozialdemokratie, die deren Veröffentlichungen wirklich lesen und, muss man hinzufügen, im ganzen auch mit Verständnis lesen. So bitter er auch oft gegen die Sozialdemokratie polemisiert, so sehr er in seiner Kritik wiederholt vorbeigreift und so falsch er das Verhalten der Sozialdemokratie wiederholt beurteilt, so ist die Darstellung der geistigen Kämpfe, die sich im sozialistischen Lager in den letzten Jahren abgespielt haben, wenn auch mit allerhand kleinen Bosheiten untermischt, doch im ganzen sachgemäss, so dass man denjenigen, die sich über diese Kämpfe zu unterrichten wünschen und im Stande sind, mit Kritik zu lesen, die erste der beiden Schriften als vielleicht die vollständigste Darstellung dieser Kämpfe ruhig anempfehlen kann. Sie gibt vor allem viel Nachweise über die Einzelnheiten der in Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen geführten Kontroversen, mit genauer Quellenangabe, die das Nachschlagen der Originale sehr erleichtert. Das Schlussresultat, zu dem der Verfasser in der ersten der beiden Schriften kommt, ist, dass das derzeitige Programm der Sozialdemokratie unhaltbar geworden ist, und nicht scharf genug kann er sich über die »Unwahrhaftigkeit«, die »intellektuelle Unredlichkeit« äussern, welche die Partei dadurch begeht, dass sie nach wie vor unter einem Programm kämpft, das von der Mehrzahl ihrer wissenschaftlichen Vertreter für fehlerhaft nachgewiesen worden sei, dass Revisionisten und Antirevisionisten im Angesicht der Wahlen zum deutschen Reichstag zusammenhielten, unter einem Banner, das längst aufgehört habe, ein Zeichen der Einheit und Wahrheit zu sein. Von der Säure der Kritik zerfressen und in unrühmlichen Gefechten zerfetzt, ist das Parteiprogramm ein wertloser Lappen geworden, für den Gut und Blut einzusetzen schwerlich jemand bereit sein wird.« (S. 131.) Wie danach selbstverständlich, richtet sich der Vorwurf des Verfassers in erster Linie gegen die Revisionisten, den Herausgeber dieser Zeitschrift voran, dass sie nicht auf Abänderung des Programms drängen, sondern ruhig unter ihm weiterkämpfen zu wollen erklären.

Nun setzt sich das sozialdemokratische Programm prinzipaliter aus drei Elementen zusammen: aus Anschauungen über Entwickelungen, Urteilen über Zustände bezw. das, was ist, und Grundsätzen über das, was sein soll. So wichtig es nun ist, dass in Bezug auf alle drei Elemente möglichst Einstimmigkeit in der Partei herrsche, so ist doch klar, dass die Einstimmigkeit nicht bei allen von gleicher Wichtigkeit für die Partei

ist. Was ist für eine kämpfende Partei das Wichtigste? Die Einstimmigkeit in den Grundsätzen über das, was sein soll, bezw. hinsichtlich der aus ihnen sich ergebenden Forderungen. Von ihnen ist jedoch in den ganzen Debatten, die Herr Köhler so sorgfältig extrahiert hat, nie die Rede gewesen; niemand hat sie angefochten, niemand sie zu verteidigen gehabt, hier war die Einigkeit keinen Augenblick in Frage gestellt. Und solange sie hier herrscht, können Divergenzen hinsichtlich der anderen zwei Elemente wohl die Programmänderung als wünschenswert, aber nicht als brennende Notwendigkeit erscheinen machen.

Tatsächlich ist es der Verfasser, der in dieser Beziehung die Sünde der »intellektuellen Unredlichkeit« begeht. »Das Programm hat für die Partei so ziemlich dieselbe Bedeutung wie das apostolische Symbolum für die christliche Kirche,« schreibt er auf S. 131. Ist er sich der Unredlichkeit, die mit diesem »so ziemlich« den grossen Unterschied zwischen beiden Satzstücken zu verdecken sucht, wirklich nicht bewusst? Wir müssen es nach dem, was bei ihm gleich hinterher kommt, bezweifeln. »Und wie die Kirche,« heisst es wenige Zeilen später, »ihre Mitgliedschaft von der Annahme des Apostolikums abhängig macht, so die Partei von der Annahme ihres Programms. In § 2 des auf dem Parteitage zu Mainz beschlossenen Organisationsstatuts heisst es: Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstosses gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig gemacht hat«. (S. 131/132.) Hier kann über den grossen Unterschied gar kein Zweifel sein. Im Gegensatz zur Kirche, die von einem Glauben, von Anschauungen, die Zugehörigkeit zu ihrem Verband abhängig macht, macht das Parteistatut sie von Grundsätzen, d. h. von Wollen und Tun, abhängig. Es ist aber kein Grundsatz der Partei, dass der kleine Grundbesitz vom grossen aufgesaugt wird, kein Grundsatz der Partei, dass die Krisen immer grösser werden, kein Grundsatz der Partei, dass die Zahl der Besitzenden immer kleiner wird, und was der Punkte mehr sind, um welche sich die Diskussionen der letzten Jahre gedreht haben. Im übrigen soll die Wünschbarkeit einer Revision des sozialdemokratischen Programms nicht bestritten werden. Aber nicht nötig ist, dass diese Revision übers Knie gebrochen wird. Sie soll, muss und wird das Ergebnis reiflichster Ueberlegung sein. Darüber mag Herr Köhler ruhig schlafen.

Eine zweite Schrift schildert die sozialdemokratische Landagitation und wirft ihr allerhand Unredlichkeit, Herabsetzung der Leistungen anderer bei Abwesenheit jeder eigenen Besserungsarbeit und ähnliches vor, worauf allerhand Weisungen an Grundbesitzer, Landwirtschaftsvereine zur Bekämpfung dieser Agitation gegeben werden. Die Bekämpfung soll nur mit geistigen Waffen geschehen, als welche unter anderen die Veröffentlichungen des vom Prediger Hülle begründeten Christlichen Zeitschriftenvereins überaus warm empfohlen werden. Gegen solchen geistigen Kampf ist natürlich nicht das Geringste einzuwenden, zu verlangen ist nur, dass die geistigen Waffen stets auch ehrliche Waffen sind. Aber auch hier müssen wir bedauern, dass der Verfasser, der der sozialdemokratischen Landagitation gewisse Uebertreibungen so schwer anrechnet, in seiner Schrift keineswegs immer musterhaft sittenrein verfährt. Sie fordert an verschiedenen Stellen scharfe Zurückweisung heraus, um — das sei zugegeben — an anderen eine merkwürdige Objektivität an den Tag zu legen. Es ist, als ob in dem Verfasser der Klassenvertreter und der christliche Ethiker beständig miteinander im Kampfe lägen, ohne dass einer von beiden die Oberhand behielte.

Obst, Georg. **Geld-, Bank- und Börsenwesen.** Ein Handbuch für Bankbeamte, Juristen, Kaufleute und Kapitalisten, sowie für den akademischen Gebrauch. Zweite vollständig umgearbeitete und vermehrte Auflage. Leipzig 1903, Carl Ernst Poeschel. 217 S. gr. 8°. Preis geb. 3 Mk.

Ein sehr gutes Informationsbuch, das jedem zu empfehlen ist, der sich über die Einzelnheiten des Geld-, Bank- und Börsenwesens zu unterrichten wünscht. Es ist sehr zweckmässig eingeteilt, äusserst reichhaltig, und knapp

und klar geschrieben. Mit dem Sozialismus hat es keinerlei direkte Beziehung, das Börsenwesen, oder vielmehr die Börse und ihre Funktionen werden gegen ihre Angreifer eifrig in Schutz genommen.

Rosenberg, Dr. jur., Curt. **Das Vereinsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches und die Gewerkschaftsbewegung.** Berlin 1903, Struppe u. Winckler. 53 S. 8°.

Eine grossenteils rechtstheoretische Untersuchung über die Geschichte und das Wesen des Rechts der nicht als Rechtspersonen anerkannten Vereine in Deutschland in seiner besonderen Anwendung und Bedeutung für die Gewerkschaften der Arbeiter. Der Verfasser behandelt den Gegenstand in vier Abschnitten. I. Entstehung und Wesen des Vereinsrechts des Burgerlichen Gesetzbuchs; II. Voraussetzungen für den Rechtsfähigkeitserwerb der Arbeiterberufsvereine; III. Die Arbeiterberufsvereine als nicht-rechtsfähige Vereine; IV. Wünsche und Ausblicke. Französisches und englisches Gewerkschaftsrecht. Das französische und das englische Recht zeigen nach dem Verfasser, wenn sie auch in Einzelheiten voneinander abweichen, doch den Weg, auf welchem sich auch ein deutsches Gewerkschaftsgesetz bewegen müsste. Folgende Grundbedingungen müssten, schreibt er, erfüllt werden:

»1. Nichtanwendung des öffentlichen Vereins- und Versammlungsrechts auf die Gewerkschaften;

2. Rechtsfähigkeit, mit der Möglichkeit des Grunderwerbs- und der Prozessführung;

3. Volle Freiheit in der Verfolgung der den Gewerkschaften eigentümlichen wirtschaftlichen Ziele, wie Unterstützungswesen, Arbeitsnachweis u. dgl.

4. Kein Zwang zur Einreichung von Mitgliederlisten;

5. Regelung der Haftung des Vereinsvermögens für Verschulden der Vereinsorgane in dem Sinne, dass Kampfhandlungen während des Streiks oder anderer Lohnzwistigkeiten, soweit sie nicht gegen die Strafgesetze verstossen, keine Ersatzpflicht begründen.«

Weiter plädiert der Verfasser für Anerkennung der Gewerkschaften als Einrichtungen gemeinnützigen Charakters (‚d'utilité publique') und für Abschaffung des Absatzes 2 des § 152 der Gewerbeordnung, wonach aus Vereinigungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen jedem Teilnehmer der Rücktritt freisteht und weder Klage noch Einrede stattfindet, denn diese Bestimmung bilde »gleichfalls ein Hindernis für einen ‚kompletten Rechtsboden' der Gewerkschaftsbewegung.« (S. 52.)

Aus alledem ersieht man den sozialpolitischen, der Gewerkschaftsbewegung freundlichen Standpunkt des Verfassers. Die Schrift ist klar und übersichtlich gehalten und empfiehlt sich daher zur Anschaffung für Arbeiterbibliotheken. Nicht zustimmen können wir dem Verfasser, wenn er auf S. 30 schreibt, dass Haftbarmachung der Gewerkschaften für Schaden, der durch unerlaubte Handlungen ihrer Vorstände herbeigeführt wurde, in letzter Zeit besonders häufig in England vorgekommen seien. Soviel wir wissen, ist dies ausser im Taffthalprozess nur noch in zwei Fällen geschehen, von denen der eine noch schwebt. Uebrigens wäre es vielleicht zweckmässig gewesen, bei Erwähnung des Taffthalprozesses auch die Rechtsgrundsätze anzugeben, auf welche der englische höchste Gerichtshof sein Erkenntnis stützte. Sie werden bei der Verhandlung von Anträgen im Sinne der betreffenden Forderungen des Verfassers sicher auch im deutschen Reichstag gegnerischerseits ins Feld geführt werden, ein Umstand, der bei Stellung solcher Anträge wohl in Betracht gezogen werden muss.

Tschierschky, Dr. S. **Kartelle und Trust.** Vergleichende Untersuchungen über deren Wesen und Bedeutung. Göttingen 1903. Vandenhoek u. Ruprecht. 129 S. gr. 8°. Preis 2 Mk. 80 Pfg.

Während bei vielen Wirtschaftstheoretikern hinsichtlich der Unternehmerverbindungen den Verschmelzungen oder Trusts vor Kartellen und Syndikaten der Vorzug gegeben, bezw. den ersteren als der entwickelteren Form der

kapitalistischen Zusammenfassung eine grössere Wirtschaftlichkeit zugeschrieben wird, sucht der Verfasser dieser Schrift deduktiv und an der Hand der Erfahrung den Beweis zu liefern, dass den anscheinenden Vorzügen der Trusts sehr erhebliche Nachteile (Ueberkapitalisierungen) gegenüberstehen, von denen die Syndikate frei sind, und dass diesen eine Reihe Fehler (Verlangsamung des technischen Fortschritts, unbillige Preispolitik mit der Wirkung der Krisensteigerung etc.) durchaus mit Unrecht nachgesagt werden, bzw. ihnen jedenfalls nicht mit Notwendigkeit anhaften und mit fortschreitender Entwickelung immer weniger zu befürchten sein werden. »Es erscheint mir,« schreibt er im Vorwort hinsichtlich der amerikanischen Trusts, »nicht zweifelhaft, dass eine Vertiefung der vergleichenden Studien über beide Organisationsformen doch ganz erheblich abkühlend auf die schrankenlose Bewunderung jener industriellen Treibhauskulturen einwirken und wohl dazu beitragen dürfte, die jedenfalls mit dem Vorzuge grosser geschäftlicher Solidität ausgestattete Organisation unserer Kartelle wieder ein wenig mehr zu Ehren zu bringen.« Wie aus diesem Satz ersichtlich, haben wir es hier mit einem Verteidiger der Kartelle zu tun. »Die industrielle Organisation, sei es nun in Kartellen oder selbst in Trusts« erscheint ihm, heisst es weiter, »jedenfalls als Notwendigkeit gegenüber den gegenwärtigen, durch die individualistische Wirtschaftsweise für eine sehr grosse Zahl von Industrien heraufbeschworenen Verhältnissen«, und insbesondere erachte er »die Kartellorganisation speziell für die kontinentalen Industrien noch einer sehr zukunftsreichen Entwickelung sehr wohl für fähig.« (Vorwort.)

Die Beweisführung für all das wird vom Verfasser, von einigen Uebertreibungen oder übertreibenden Verallgemeinerungen hinsichtlich des Handels abgesehen, sachlich und mit Sachkunde geführt. Geschäftsführer, wie er schreibt, »sowohl des ‚Vereins der deutschen Textilveredelungsindustrie' als auch im besonderen einer Preiskonvention« hat er offenbar Einblick in die Bedingungen und Methoden des Syndikatswesens gewonnen, die seinen Blick für viele Seiten des Problems geschärft haben, deren systematische Behandlung bisher noch nicht geliefert worden ist. Dahin rechnen wir unter anderen die Frage der Syndikatsfähigkeit der verschiedenen Produktionsgruppen, ein Punkt, worüber namentlich auf S. 110 u. ff. viel Beherzigenswertes gesagt wird. Wenn der Verfasser als Verteidiger der Kartelle auftritt, so muss man doch anerkennen, dass er sich dabei jeder Beschönigung der Motive der Kartellbildung und des Gebahrens der Kartelle enthält, sondern sich streng an das wirtschaftliche Interesse als massgebendes Motiv hält und von ihm aus die Kartellpolitik begründet, in ihm die Kraft sucht, welche den Kartellen den Missbrauch ihrer Macht verbietet. Dass solcher Missbrauch vorgekommen, leugnet er nicht, setzt ihn aber teils auf das Konto der Jugend der Bewegung, teils auf das besonderer Umstände (hohe Schutzzölle) und führt weiter entschuldigend an, dass gerade die gleichen Sünden auch in der nichtkartellierten Industrie vorkämen. Das Sündenregister der Kartelle gegenüber ihren Arbeitern sei bislang »ein gleichmässig unbedeutendes« geblieben. Gegen etwaige schädliche Angriffe des organisierten Unternehmertums auf die aufblühende Organisation der Arbeiterschaft würde das einfache Mittel einer grösseren Koalitionsfreiheit hinreichend genügen. Im Unterschied zu den Trusts, die nur eine Weiterbildung des unpersönlichen Moments in der Volkswirtschaft darstellten, bleibe beim Kartell der Arbeiter nach wie vor mit dem einzelnen Unternehmer in persönlicher Fühlung, der sich je nach seiner Anlage als Herrscher aber eben so oft auch als verantwortlich für die Lage seiner Arbeiter erkenne.« (S. 127.) Alles sehr schön und gut, die Hauptsache ist aber, ob die Gesetzgebung, die die Kartelle etc. duldet und durch Schutzzölle etc. sogar züchtet, auch dazu zu haben sein wird, den Arbeitern die unerlässliche Koalitionsfreiheit zu gewähren und zu verbürgen.

Als besonders bemerkenswert möchten wir den, zum Teil empirisch belegten Satz des Verfassers hervorheben, dass »die mittleren, d. h. zwischen Urproduktion einerseits und derjenigen konsumfertiger Waren andererseits stehenden Industrien der Produktionsmittel es sind, welche »in erhöhtem Maasse die Fähigkeit zur Organisation,« d. h. zur Syndizierung und Vertrustung be-

sitzen. (Vgl. S. 77.) Es ist das auch andererseits schon bemerkt worden, doch ist es von Interesse, die Tatsache von einem Fachmann festgestellt zu finden.

Die Schrift legt vom theoretischen Sinn ihres Verfassers Zeugnis ab und zeigt an verschiedenen Stellen insbesondere die Gabe scharfer Begriffsunterscheidung. Dagegen weist der Stil viel Nachlässigkeiten auf, und sehr störend ist der Mangel an Uebersichtlichkeit des Ganzen. Eine bessere Einteilung würde der Schrift sehr zu gute kommen. Bei alledem bleibt sie aber auch so lesenswert.

Wlassak, Dr. R. **Der Alkoholismus im Gebiete von Mährisch-Ostrau.** (Sonderabdruck aus der »Internat. Monatsschrift zur Erforschung des Alkoholismus«.) Wien 1903. Verlag des Vereins der Abstinenten. Zu beziehen durch die Wiener Volksbuchhandlung (J. Brand). 19 S. gr. 8°. Preis 50 Heller.

Behandelt die Stärke und die sozialen Wirkungen des Alkoholgenusses seitens der Arbeiterschaft des bezeichneten Industriebezirks. Es ist ein ungemein trübes Bild, das der Verfasser da entrollt. Eine Arbeiterbevölkerung, die in ihrer Masse dem Alkoholgenuss in seinen krassesten Formen fröhnt und dabei physisch entartet und geistig versumpft. Abhilfe erwartet der Verfasser vor allem von der Erziehung der Arbeiter zum organisierten Klassenkampf, zu sozialem Bewusstsein, sozialer Betätigung. Sie erst werde die psychologischen Vorbedingungen schaffen, die eine wirksame Abstinenzbewegung möglich machen. Natürlich kann auch die Gesetzgebung und Verwaltung durch Verminderung der Schankstätten etc. helfend eingreifen. Aber ohne Bekämpfung der Alkohol*gier* werde sie wenig ausrichten.

Woltmann, Dr. Ludwig. **Politische Anthropologie.** Eine Untersuchung über den Einfluss der Deszendenztheorie auf die Lehre von der politischen Entwicklung der Völker. Eisenach und Leipzig 1903, Thüringische Verlagsanstalt. 326 S. gr. 8°.

Der Verfasser führt in diesem Buch den schon von Darwin ausgesprochenen Gedanken aus, dass die Deszendenztheorie Licht auf die Geschichte des Menschengeschlechts werfen werde. Er sieht in der biologischen Geschichte der Menschenrassen den Grundstock für die politische Geschichte der Menschheit und will den ursächlichen Zusammenhang zwischen der *biologisch-anthropologischen* und der *historisch-politischen* Entwickelungsgeschichte feststellen.

Dies erfordert natürlich zunächst eine Darstellung der Entwickelungsgeschichte der Rassen und ihrer Physiologie und Pathologie. Woltmann entledigt sich dieses Teils seiner Aufgabe mit grossem Geschick. Besonders ausführlich behandelt er das Kapitel der Variation und Vererbung. Ein eifriger Verfechter der Weismannschen Prädeterminationstheorie, steht er natürlich Darwins Theorie von der Pangenesis feindlich gegenüber; er weist wirkungsvoll die Einwürfe von Häckel, Haacke und Spencer gegen Weismann zurück. »Nur die blastogenen, d. h. im Keim erworbenen Variationen ... bilden den Ausgangspunkt für erbliche Variationen und deren Auslese im Daseinskampf der sich entwickelnden und ausgewachsenen Organismen.« Er bestreitet die Vererbung von Verletzung, die Brown-Séquart gefunden haben will, und gibt nur die Einwirkung von konstitutionellen Ursachen des Ernährungszustandes und nervösen Reizungen des Organismus zu. Das Rätsel der Vererbung der »erworbenen« Neurasthenie soll hier seine Lösung finden. (S. 60.) »Seitdem man erkannt hat, dass intensive Nervenaufregungen und Gehirnerschöpfungen einen abnormen Stoffwechsel und eine Art Selbstvergiftung des Körpers hervorrufen, liegt es sehr nahe anzunehmen, dass die ererbte Neurasthenie durch Vergiftung des Keimes von Seiten des elterlichen Organismus verursacht wird.« Gewiss, die *Annahme* liegt sehr nahe, aber gibt es auch nur den Schatten eines Beweises dafür? — Mit »Selbstvergiftung« kann man schliesslich alles erklären, warum denn nicht auch die Vererbung der erworbenen »Neurasthenie«? —

Mit vollem Recht wird bei der Besprechung der Genealogie der Vererbung auf den Unterschied der »organisch-anthropologischen« von der »sozial-juristischen« Form der Familie hingewiesen; besonders da Woltmann nicht so weit darin geht, wie O. Lorenz, der in seinem »Lehrbuch der gesamten wissenschaftlichen Genealogie« der Familie jede Bedeutung für die Vererbungsgesetze abspricht. »Inzucht und Vermischung«, darauf baut sich nach Woltmann die progressive und regressive Entwickelung der Rassen auf.

Wenn aber Woltmann in dem Kapitel »Die Vererbung geistiger Fähigkeiten« von »genialen Familienkeimstämmen« spricht, so ist das unserer Meinung nach nicht zutreffend; nicht die »quantitativen oder qualitativen Unterschiede in der geistigen Ausstattung einzelner Familien«, sondern eben die »günstigen Umstände der sozialen und ehelichen Auslesebedingungen« sind unseres Erachtens die Ursachen dafür, dass bisweilen Genies in mehreren Generationen einzelner Familien auftreten, wozu noch oft die nicht zu unterschätzenden Einflüsse der Tradition hinzutreten.

Die Nichtvererbung der Genialität durch »Mangel an Inzucht oder Hochzucht« erklären zu wollen, liegt nach dem Obigen ja besonders für Woltmann ziemlich nahe, doch können wir dieser Erklärung, die sich auf das Junggesellentum, die Kinderlosigkeit vieler grosser Männer, auf die Unebenbürtigkeit ihrer Frauen, die durch »einseitige Ueberbildung« hervorgerufene Schwächung des Sexualapparats stützt, nicht durchschlagende Beweiskraft zuerkennen. Unbedingt richtig ist dagegen, dass durch übertriebene Inzucht wie durch Mangel an natürlicher Auslese eine Degeneration der Rasse herbeigeführt werden kann.

Im zweiten Teil seiner Schrift erläutert Woltmann den Zusammenhang zwischen Rassenentwicklung und Gesellschaft; die Kapitelüberschriften geben ungefähr eine Uebersicht des Gedankenganges: Die biologischen Grundgesetze der Kulturentwickelung. — Die Entwickelung der Familienrechte. — Soziale Geschichte der Stände und Berufe. — Die politische Entwickelung der Völker. — Die anthropologischen Grundlagen der politischen Entwickelung. »Was sich entwickelt, das sind einzelne Rassen, bald isoliert, bald im Zusammenhang mit anderen Rassen. Die Kultur des Menschengeschlechts bewegt sich nicht in geradliniger fortschreitender Richtung, sondern ist mit einem viel verzweigten Baum zu vergleichen, an dessen Spitze die begabtesten Rassen mit ihren höchsten Kulturen stehen.« Das ist die Quintessenz von Woltmanns Anschauung über die Kulturentwickelung. Nun ist unbedingt zuzugeben, dass die Rassenentwickelung mit der Kulturentwickelung verbunden ist; wenn aber Woltmann die Tatsache, dass in Deutschland früher aus den niederen Schichten mehr begabte Männer entsprungen sind, als jetzt der Fall sei, auf das Vorhandensein einer Anzahl von Familien einer begabteren, jetzt physiologisch erschöpften Rasse in den modernen Staaten zurückführt, so ist das jedoch entschieden zu weit gegangen; man kann auch heute noch sehr viele bedeutende Menschen anführen, deren Eltern oder Grosseltern den unteren Klassen angehörten, trotzdem nach W. diese unteren Schichten physiologisch erschöpft sind. Also mit diesem Argument lässt sich nichts ausrichten.

Die Rassen selbst teilt der Verfasser in »active« und »passive« ein; eine Einteilung, die durchaus berechtigt ist, und folgt so dem Beispiel Klemms und Gobineaus; er geht aber zu weit in dieser Trennung, indem er die Beeinflussung durch die Verhältnisse und Umstände, wie sie Ratzel in seiner »Völkerkunde« annimmt, nur als quantité négligeable betrachtet. Die Rasse, die die grössten Fortschritte in ihrer Entwickelung zeigt, ist die germanische, und diese ist nach Woltmann zur Weltherrschaft berufen. Aus rein physiologischen und morphologischen Gründen kommt er zum Schluss, »dass der grossgewachsene und grossschädelige Mensch mit frontaler Dolichocephalie und heller Pigmentierung, also die nordeuropäische Rasse, den vollkommensten Repräsentanten des Menschengeschlechts und das höchste Produkt der organischen Entwickelung darstellt«, und beweist, dass in allen herrschenden Völkern das Blut dieser Rasse vorhanden ist.

Um so sonderbarer mutet es uns an, wenn derselbe Woltmann den Pangermanismus höchst abfällig beurteilt; gerade er dürfte danach den Gedanken des Bündnisses aller Germanen nicht verdammen; denn warum sollte durch »ein solches die Kulturentwickelung in ihren Grundbedingungen« aufgehoben werden? Das »Blutchaos der Weltverbrüderung« steht doch hier nicht als drohendes Schreckgespenst vor Woltmann, da doch nur germanisches Blut mit eben solchem gemischt würde, und wenn dadurch ein Kampf durch Waffengewalt vermieden würde, um so besser! — Aber da kommen wir auf einen anderen Punkt; der Verfasser ist kein Anhänger des »friedlichen Wettbewerbs«, und fast spöttisch sieht er auf diejenigen Sozialdemokraten herab, die »naiverweise« an einen solchen glauben; dass dergleichen schon jetzt, wie Menger in seiner »Neuen Staatslehre« zeigt, angebahnt wird durch Einrichtungen, die wie der Weltpostverein etc. die gesamten Kulturländer umfassen, will Woltmann demnach nicht anerkennen.

Recht interessant ist Woltmanns Kritik der verschiedenen Parteien. Verfasser spricht dabei auch von der Judenfrage. Er warnt vor der Verschmelzung der Germanen mit den Juden, da diese sich in physischer Entartung befinden, eine Behauptung, die wir trotz Engländer, Gessner und anderen dahingestellt sein lassen möchten. Aber fast in demselben Atemzuge, wo Woltmann dies erklärt, spricht er von dem neuen zionistischen, nationalen Judenstaat; wie erklärt sich Verfasser den Widerspruch, dass eine verfallende Rasse noch Staaten gründen soll? —

Abgesehen von noch manch anderen kleineren Widersprüchen und Irrtümern — so ist z. B. die Walkhoffsche Theorie, dass gewisse Sprachmuskeln die funktionelle Neugestaltung des Kinns bewirken, schon widerlegt — bietet die vorliegende Schrift doch das, was sie versprochen hat, nämlich den Versuch, eine naturwissenschaftliche Begründung der Völkergeschichte zu geben. Und wenn auch viele Angriffspunkte vorhanden sind, wenn namentlich im Schlusskapitel, wo Woltmann die sozialistischen Parteien behandelt, der Selektionsmensch in ihm mit dem Sozialisten durchgeht und ihn Behauptungen aufstellen lässt, die man eher bei einem Ammon oder Ziegler suchte, als beim Verfasser von »Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus«, so ist doch im ganzen sein neues Buch als sehr bemerkenswerte, inhaltreiche Behandlung eines wichtigen Geschichtsproblems zu bezeichnen und willkommen zu heissen. *B.-Chs...*

Zeiss, A. **Die Arbeiter-Bewegung** in den verschiedenen Kulturstaaten der Gegenwart. Detmold 1902, Meyersche Hofbuchhandlung. 48 S. 8°. Preis 50 Pfg.

Eine keineswegs fehlerfreie, aber offenbar ehrlich gemeinte Schilderung der Arbeiterbewegung vom christlichsozialen Standpunkt Naumannscher Färbung.

2. In französischer Sprache.

Budon, Adrien. **Socialdemocratie pratique.** (Les idées d'Edouard Bernstein.) Thèse pour le doctorat politique et économique, soutenue devant la Faculté de Droit de Paris. Orléans 1903, Imprimerie du Progrès du Loiret. 206 S. gr. 8°.

Beschäftigt sich darstellend und kritisierend mit den vom Herausgeber dieser Zeitschrift in der Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus« und anderwärts verfochtenen Anschauungen, wobei auch die Angriffe sozialistischer Gegner dieser Anschauungen herangezogen werden. Der Schlusssatz der Abhandlung wird den Standpunkt des Verfassers genügend zum Ausdruck bringen.

»Hiernach ist es müssig, zu erkunden, ob die Lehre Bernsteins Sozialismus ist oder nicht; sie ist Sozialismus im buchstäblichen Sinne des Wortes, sie will die Gesellschaft im sozialen, genossenschaftlichen Sinn umwandeln; wenn sie andererseits nicht die völlige und unmittelbare Sozialisierung der Dinge bedeutet, so tritt sie der Sozialisierung nicht entgegen. Es genügt uns

zu begreifen, dass sie realistisch ist, sie hält sich an die Wirklichkeit. Sie macht reinen Tisch mit den vorgefassten Ideen, sowohl mit den absoluten Unvereinbarlichkeiten, die der Individualismus aufstellt, wie mit den absoluten Möglichkeiten (?) des Marxismus. Sein Ziel ist das Glück der Individuen und das soziale Leben; sein Mittel die Organisation. Bernstein hat viele brennende Fragen behandelt, es bleibt die Aufgabe, alles dies zu einem System organisch in Verbindung zu setzen. Es gilt, die Irrtümer und die Hypothesen beiseite zu setzen, zu untersuchen, ob die Aufstellungen bei genauer Gegenüberstellung sich nicht widersprechen. Erst dann wird man Bernstein kritisieren können, für den Moment handelt es sich nur darum, ihn zu ergänzen. In der Tat verbleibt dem Neu-Sozialismus ein grosses Werk, es heisst Arbeiten und Forschen; die lange Zeit, die das Forschen erfordert, darf kein Hindernis sein, bis zur Entdeckung und Verwirklichung des Endziels für die vom gesunden Menschenverstand verlangten unmittelbaren und zeitgemässen Reformen zu wirken. Vor allem verbietet uns die Wichtigkeit dieser Arbeit die doktrinären oder dogmatischen Intoleranzen; sie erfordert gebieterisch eine Rückkehr zur Vernunft, die in uns allen ein und dieselbe ist, sie appelliert an die wahre wissenschaftliche Unbefangenheit.«

Novicow, J. L'affranchissement de la femme. Paris, 1903, Félix Alcan. 267 S. 8°. Preis 3 Fr.

Der bekannte Verfasser vieler Werke über die Friedensbewegung und die Zukunft Europas beschäftigt sich im vorliegenden Buch mit der Frage der Befreiung der Frau und der Frauenbewegung. Allerdings haben wir es nicht mit einer wissenschaftlichen Abhandlung im eigentlichen Sinne des Wortes zu tun, vielmehr beschränkt sich der Verfasser, der sehr wohl weiss, welche Vorurteile der juristischen, politischen, und selbst der im engeren Sinne des Wortes sozialen Gleichheit der Geschlechter im Wege stehen, offenbar darauf, die Vorurteile zu bekämpfen, und zwar mehr durch Argumente des gesunden Menschenverstandes und den Hinweis auf Erfahrungstatsachen, als durch eine systematische Untersuchung der Theorie der Frage und ihrer wissenschaftlichen Literatur. Aber auch solche Bücher sind als nützlich anzuerkennen, da sie sehr geeignet sind, das weitere Publikum zum Nachdenken zu veranlassen.

Der philosophische Standpunkt des Verfassers ist, kurz gesagt, der Rousseaus. Wie Rousseau behauptet Novicow, dass die Menschen besonders deshalb unglücklich sind, weil die heutigen sozialen Einrichtungen rein subjektiven Ideen, nicht aber der Natur der Dinge entsprechen (p. 4). Diese im Grunde sentimentale Gegenüberstellung durchzieht das ganze Buch. Aber es ist interessant, zu sehen, in welcher Weise Novicow die Frage stellt: weil das Verhältnis der Geschlechter der wichtigste Faktor ist, welcher auf das Schicksal der Frau wirkt (p. 72), und die grösste Quelle von Glück sein kann (p. 79), so muss man besonders an Stelle der heutigen Ehe soziale Einrichtungen finden, welche der Natur der Dinge entsprechen, d. h. die gegenwärtige Ehe abschaffen, und die Einmischung des Staates auf die sozialen Folgen der Geburt von Kindern beschränken. (p. 75.) »Wenn die Frau ganz frei sein wird, über ihre Person zu verfügen, wird sie alle anderen Freiheiten leicht erobern und in kurzer Zeit die Gleiche des Mannes werden, sowohl in Hinsicht auf das bürgerliche wie auf das politische Recht.«

Demgemäss ist dieses Buch über die Befreiung der Frau besonders eine Streitschrift für die freie Ehe. Fast die ganze zweite Hälfte besteht aus Antworten auf alle möglichen landläufigen Einwände: Abschaffung der Familie, mangelnde Versorgung der Kinder, Zügellosigkeit der Sitten, Abnahme der Bevölkerung, Untergrabung der Weiblichkeit u. s. w. In diesem Teil sucht der Verfasser nicht, eine auf der freien Ehe gegründete Gesellschaft darzustellen (kaum finden wir p. 160 bis 161 einige Hinweise, welche die Kinder betreffen), vielmehr bemüht er sich, zu beweisen, dass nicht die freie, sondern die heutige Ehe alle befürchteten moralischen Uebel, alles Unglück erzeugt. Dies der Standpunkt; unseres Erachtens ist er viel zu eng. Würde heute irgenwo die Gesellschaft die freie Ehe anerkennen, so wird dies doch nicht genügen, die Frau zu befreien: die freie Ehe kann eine Wirklichkeit

nur in einer Gesellschaft werden, welche schon eine ganze Reihe von rechtlichen und sozialen Forderungen der Frau befriedigt haben wird. Nicht nur, weil die sozialistische Bewegung »vorwärts geht« (p. 230), sondern weil diese Bewegung die unmittelbaren Forderungen der Frauen unterstützt, werden heute viele Frauen Parteigenossinnen. Aber wir können nicht die ganze Entwickelung einseitig vorwegnehmen. Die verschiedenen Fragen schreiten parallel, d. h. in bestimmtem Zusammenhange, der Lösung entgegen. Immerhin ist es gut, wenn Bücher, wie das vorliegende, in temperamentvoller, insbesondere an das Gemüt appellierender Weise, dem Publikum den Widersinn und die Ungerechtigkeit bestehender Einrichtungen vor Augen führen.

A. Thomas.

Sorel, G. **La Crise de la Pensée Catholique.** Paris 1903. Librairie G. Jaques. 47 S. 8°. Preis 0,50 Fr.

Diese Abhandlung des bekannten französischen Sozialisten, die zuerst in der Pariser Revue de métaphysique et de morale erschienen ist, behandelt ein Problem der katholischen Theologie: die Frage, wie weit die Kirche die biblische Ueberlieferung als Menschenwerk auffassen, bezw. welche Grenzen sie der Wissenschaft hinsichtlich der Erkenntnisfähigkeit setzen soll. Dass die katholische Theologie hierin bedeutend weiter geht, als die protestantische Orthodoxie, indem sie auf der einen Seite der Bibel viel freier gegenübersteht als diese und auf der anderen den erkenntnistheoretischen Agnostizismus oder Transzendentalismus verwirft, ist bekannt. Aber es ist auch für sie schwer, hier dauernde Grenzen zu bestimmen, und so erheben sich von Zeit zu Zeit immer wieder Debatten über das Wieweit der Positivität in Bezug auf das Erkennen der Welt und die Geltung des Wunders.

Der Verfasser behandelt diese Frage unter dem Gesichtswinkel des Anhängers der Kirche. Er will zeigen, in welcher Richtung der Weg liegt, durch dessen Einschlagen die Kirche, bezw. die katholische Theologie die Krisis, in der sie sich augenblicklich befinde, überwinden kann; es sei dies die Vertiefung der Individualpsychologie . . .»Die alte Philosophie,« schreibt er, »ging von dem aus, was am allgemeinsten war, von der Einheit, von dem, was so wenig menschlich war als möglich, die neue sollte von dem ausgehen, was das Tiefste in den Empfindungen ist, was vor allem individuell ist, was von Menschen noch nicht sozialisiert ist.« (S. 46.)

In einem Vorwort erklärt der Herausgeber, dass es dem Verfasser materiell unmöglich war, seine Studie zu revidieren und zu ergänzen; er würde sonst — unter anderem — »gezeigt haben, welche Folgen die Teilnahme an dem von der französischen Demokratie unternommenen Kampf gegen die kirchlichen Kongregationen für den zeitgenössischen Sozialismus nach sich zieht.« Sorel gehört zu jenen Sozialisten, welche diese Beteiligung verwerfen.

Vandervelde, Emile. **L'Exode Rural et le Retour aux Champs.** Paris 1903. Felix Alcan. 304 S. 8°. Preis 6 Fr.

Der berühmte Führer der belgischen Sozialdemokratie, der bisher nur über die Fragen der belgischen Landwirtschaft geschrieben hat, behandelt im vorliegenden Buch eine Frage, welche alle Länder betrifft, wo die kapitalistische Production sich entwickelt hat. Und zwar muss man voraus mit Lob anerkennen, dass es sich um eine sehr präzise und gut abgegrenzte Frage handelt: die der Entvölkerung des Landes, des Zuges der Landbevölkerung in die Städte, und, wie der Titel selbst es bezeichnet, der Rückwanderung auf das Land, inwieweit diese letztere möglich ist und sich zu zeigen beginnt. Das Buch ist das Resultat eines eingehenden wissenschaftlichen Studiums: Vandervelde hat nicht nur die bekannten Bücher von Weber, Levasseur u. s. w. über die Frage benutzt, sondern auch viele Monographien, viele Statistiken, viele speziell für diesen Zweck unternommene Untersuchungen durchgearbeitet, wozu noch eigene Beobachtungen des Verfassers über die nähere Umgebung Brüssels etc. kommen.

In einer sehr interessanten Einleitung erinnert Vandervelde an die ersten Klagen der Physiokraten und Philosophen des XVIII. Jahrhunderts, wie Quesnay und Rousseau, und die scharfe Kritik der Sozialisten gegen die Ueberbevölkerung der Städte, sowie an die sogenannten Träume von einer Rückkehr auf das Land, denen Owen, Fourier, Pecqueur, Proudhon und gegenwärtig Tolstoi, Ruskin, Morris Ausdruck gegeben haben, und zeigt dann im ersten Kapitel: Die polypartigen Städte, auf Grund der Ziffern der Volkszählungen, die kolossale Entwickelung der Städte in der Gegenwart. Er kommt zu dem Schluss, dass dies Anschwellen der Städte ein allgemeines Phänomen ist, das sich überall einstellt, wo die kapitalistische Produktionsweise herrscht.« (p. 19.) Dies genau die Fragestellung. Um so mehr fällt es auf, wenn Vandervelde unmittelbar hinterher lang und breit von den verschiedenen Wanderungen vom Land aufs Land spricht. Freilich erklärt er, dass die betreffenden Züge nach ländischen Distrikten gehen, von wo viele Einwohner schon nach der Stadt verzogen sind. Aber er müsste hier beweisen, dass die Wanderungen der Sachsengänger zum Beispiel oder der »harvest men«, von Irland genau mit der Entvölkerung der Gegenden, wohin sie gehen, begonnen haben. Und würde diese Beweisführung auch für die italienische Auswanderung nach Argentinien gelten? — Solche Wanderungen sind sehr oft von historischen oder selbst von andauernden geographischen Faktoren abhängig, zu welchen die kapitalistische Entwickelung nur hinzugetreten ist. Und deshalb ist es nicht ganz richtig, als bloss die kapitalistische Periode kennzeichnend, zu sagen: »Die alte Stabilität der Leibeigenen, welche an die Scholle gefesselt waren, wird ersetzt durch die zunehmende Mobilität der aus ihrem Geburtsort gerissenen Arbeiter.« Die ausserordentliche Mobilität der Landbevölkerung im Mittelalter haben neue Bücher (die von Sée, zum Beispiel) klar bewiesen.

In dem zweiten Kapitel bespricht Vandervelde die Ursachen der Abwanderung vom Land: die Anziehungen der Städte, die Leichtigkeit der Beförderung und die verhältnismässige Uebervölkerung des flachen Landes. Die sehr interessante allgemeine These des Verfassers lautet, dass die Ursachen der Abwanderung vom Lande nicht äussere, sondern innere seien. (p. 49.) — Er führt aus, dass der Verfall des bäuerlichen Besitzes, die Verschleuderung der Gemeindegüter, die Ablösung der Industrie von der Landwirtschaft, endlich die landwirtschaftliche Krise (durch die Abnahme der Zahl der Arbeiten, die Entwickelung des Maschinenwesens u. s. w.), die Landbevölkerung verelenden und mehr als die Vorteile der Städte und der Militärdienst, die bloss Nebenfaktoren seien, dahin wirken, das Landvolk aus den Dörfern herauszuziehen. In alledem ist offenbar viel Wahres, und wir wollen hier nicht des weiteren über eine vielleicht zu grosse Unterschätzung der »Nebenfaktoren« diskutieren. Aber wir vermissen an manchen Stellen dieses Kapitels die wünschenswerte Genauigkeit der Definitionen. Kann man z. B. Waldarbeiten als »mit der Landwirtschaft verbundene Industrien« (72) bezeichnen? Muss man nicht scharf unterscheiden zwischen Bauern, welche während des Winters Nägelschmiede werden (p. 73), und Waffenschmieden, welche einen kleinen Gemüsegarten besitzen. (p. 75.) Unwillkürlich verlangt man, wenn man dieses Kapitel liest, nach einer schärferen Klassifizierung der Tatsachen, wie diese von David in dessen Agrarwerk bei Behandlung desselben Gegenstandes durchgeführt worden ist.

Dieselben Fehler finden wir, wenn auch nicht in gleichem Umfange, im dritten Kapitel, das die Formen der Abwanderung behandelt. Vandervelde schildert drei verschiedene Formen: nämlich die dauernde, die tageweise vorgehende und die saisonartige Abwanderung. Inwieweit es gerechtfertigt ist, die tägliche Fahrt eines Arbeiters nach einer Beschäftigung in der Stadt mit einer ständigen Abwanderung in Parallele zu stellen, oder inwieweit die auf dem Lande geborene Bevölkerung durch die Möglichkeit dieser täglichen Fahrt dem Dorf entrissen wird, bleibt zu untersuchen, besonders, wo andere Länder als Belgien in Betracht kommen. Hier können wir nur hervorheben, dass Vandervelde in trefflicher Weise die Arbeiterzüge beschreibt, und andererseits bedauern, dass er sich nicht die

Frage gestellt hat, welche Faktoren für ein gegebenes Land die Form der Abwanderung bestimmen.

In einem vierten Kapitel handelt es sich um die Folgen der Abwanderung vom Land: Für die Arbeiter (höhere Löhne für diejenigen, welche fortziehen wollen, wie für die, welche bleiben), — für die Bauern und Pächter (Mangel an Arbeitern), — für das Gesellschaftswesen (politische und intellektuelle Entwickelung durch die Städte, — Sterblichkeit, — Kriminalität): sehr wissenschaftliche und klare Ausführungen, welche viele Vorurteile zerstören.

Endlich die Rückkehr auf das Land, der originellste Teil des Werkes, wo Vandervelde die allmähliche Verwirklichung der sogenannten Utopien schildert. Freilich kann man noch über den Wert, den Umfang und die Aussichten der verschiedenen Bewegungen, auf welche er hinweist, (Industrialisierung der Landwirtschaft, Wanderung der Industrien auf das Land, industrielle Krisen, Ferien, Wohnungen in den Vororten u. s. w.) diskutieren, aber die Zusammenstellung bleibt immer dankenswert.

Abgesehen von einzelnen Mängeln, welche besonders der Methode der Monographien angehören, ist dies Buch eine wissenschaftliche, aber wesentlich auf die Beobachtung der Tatsachen sich beschränkende Arbeit. Wenn man z. B. einige Aeusserungen des Verfassers über die notwendige Veränderung der Gesellschaftsordnung fortlassen würde, so würde man im Angesicht der Tatsache, dass die zwei Teile, in die sein Buch zerfällt, einander die Wage halten, fast glauben, es mit einem neuen Bastiat zu tun zu haben. Ich will damit nur sagen: wird die Lösung der Frage in einem grossen Land wie Deutschland so leicht sein, wie sie in einem kleinen wie Belgien scheint, wo man keine grossen Entfernungen kennt? Steht nicht die Frage tief mit der ganzen Frage der landwirtschaftlichen Entwickelung in Zusammenhang? *A. Thomas.*

3. In englischer Sprache.

Barnes, G. N. **Mosely Industrial Commission** to the Unites States of America, Oct.—Dec. 1902. Report by Mr. G. N. Barnes, representing the Amalgamated Society oft Engineers. Manchester 1903, Cooperative Printing Society. 33 S. 4°.

Ein ausführlicher Bericht des Generalsecretärs des grossen englischen Maschinenbauarbeiter-Verbandes über die Eindrücke, die er als Mitglied der sogenannten Mosely-Kommission auf einer siebenwöchentlichen Tour durch die Vereinigten Staaten mit Bezug auf die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse in der amerikanischen Industrie gewonnen hat. Am Schluss des Berichts sind die Antworten auf 47 Fragen abgedruckt, die Barnes von Mr. Mosely, dem Veranstalter der Informationstour, gestellt worden waren. Sie beziehen sich auf die Technik, die Ergiebigkeit, die Arbeitszeit, die Entlohnung, die Hygienik und die Zuträglichkeit der gewerblichen Arbeiten und das sonstige Leben des Arbeiters in den Vereinigten Staaten. Die Antworten von Barnes, die den Eindruck rückhaltloser Wahrhaftigkeit machen und jedenfalls weder auf Schönfärberei noch auf Schwarzmalerei hinauslaufen, sind nicht nur wegen des Lichts, das sie auf die betreffenden Zustände in den Vereinigten Staaten werfen, interessant, sondern auch wegen der Vergleiche dieser Zustände mit denen der britischen Heimat des Gefragten. Barnes spricht mit der ruhigen Vorsicht des geborenen Schotten und der Sachkunde des Arbeiters, der in der Werkstatt gross geworden ist. Hier eine Probe:

Frage 15: Bedarf der amerikanische Arbeiter viel »Ueberwachung«? Wie stellt er sich in dieser Hinsicht im Vergleich zum englischen Arbeiter?

Antwort: Um dies gründlich zu beantworten, muss die Frage auf die zwei Klassen amerikanischer Arbeiter unterschiedlich bezogen werden, nämlich den Spezialisten [Arbeiter für spezielle Arbeiten] und den gelernten Maschinenbauer. Was den Spezialisten anbetrifft, so wird ihm weniger Ueberwachung, weil er weniger braucht. Er ist auf die unablässige Wieder-

holung kleinerer Verrichtungen beschränkt, die wenig Raum für Initiative oder Individualität freilassen; kurz, er befindet sich in einem tiefen und engen Laufgraben, wo er keinen falschen Schritt machen kann, und so weit ich in der Lage war, mir ein Urteil zu bilden, ist er genau das schüchterne, rückgratlose Wesen, das man als das Resultat solcher Zustände erwarten kann. Insoweit Vermehrung der Güter durch die Produzierung dieses Typus von »Produzenten« erzielt wird, ist sie meines Erachtens zu teuer erkauft. Ich möchte indes hier zwischen Spezialisten und Spezialisten unterscheiden. Soweit die Spezialisierung die Folge verbesserter Maschinerie ist, welche die Verrichtungen vereinfacht oder automatisch macht, ist es unvermeidlich und berechtigt, dass solche Arbeit von gelernten auf ungelernte Arbeiter, das heisst, vom Fabrikhandwerker auf den Maschinenarbeiter oder Spezialisten übergeht. Es gibt aber noch eine andere Art von Spezialisierung, nämlich solche, die durch einfache Teilung und Untereinteilung von Prozessen und die Zuweisung der betreffenden Teilarbeiter an Spezialisten bewirkt wird, welche unter der Kontrolle von Verdingmeistern und Rottenführern arbeiten und von denen verlangt wird, dass sie bestimmte Muskeln tagaus tagein in mechanischer Weise in Bewegung setzen. Gegen die letztere Form der Spezialisierung wende ich mich. Was aber den gelernten Arbeiter anbetrifft, so besteht in der Ueberwachung wenig oder kein Unterschied. So weit ein solcher besteht, würde ich sagen, dass in Amerika mehr Ueberwachung herrscht, aber ich könnte nicht sagen, dass, soweit die Fähigkeiten des Arbeiters in Frage kommen, ein irgendwie stärkeres Bedürfnis dafür besteht.«

Es lohnte sich, den Bericht, der manche Uebertreibungen betreffs Amerikas richtig stellt, ins Deutsche zu übertragen.

Independent Labour Party. Report of the **Eleventh Annual Conference,** April 1903. London E. C. 1903, J. L. P. Office, 10 Red Lion Court, Fleet Street. 55 S. 8°. Preis 2 d.

Der elfte Jahres-Kongress der englischen Unabhängigen Arbeiter-Partei war von 113 Delegierten besucht, die 89 Zweigvereine der Partei vertraten. Er nahm die üblichen Berichte seiner Beamten, sowie den Bericht des Parlamentsmitgliedes der Partei, J. Keir Hardie, entgegen und fasste u. a. Resolutionen hinsichtlich folgender Fragen: Alterspensionen, Verwendung der Ueberschüsse kommunaler Unternehmungen, die Wohnungsfrage, Kommunalisierung der Schankwirtschaften, Arbeitslosenfrage, Einwanderungsfrage (eine Resolution, die Einwanderung gewissen Beschränkungen zu unterwerfen, ward einstimmig abgelehnt), Internationale Schiedsgerichte, Kinderarbeit, Wahlreform. Nach einer dem Bericht beigegebenen Liste hatte die Partei zur Zeit seiner Abfassung in ihren Reihen folgende Mitglieder öffentlicher Vertretungskörper: 1 Parlamentsmitglied, 3 Landdistriktsräte, 5 Grafschaftsräte, 13 Kirchspielsräte, 38 Stadtdistriktsräte, 53 Schulräte, 57 Armenräte und 95 Stadtverordnete. Die Jahreseinnahme des Zentralkomitees der Partei belief sich auf 1993 Pfd. Strlg., wovon 658 Pfd. Einnahme für Schriften waren.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Sankt Max.

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

Der Kommunismus.

Vornotiz. Dieses Kapitel darf namentlich deshalb ein besonderes Interesse beanspruchen, als es mehr, wie die bisher veröffentlichten, erkennen lässt, wie die Verfasser zu der Zeit der Abfassung dieser Arbeit vom Kommunismus und der Arbeiter-Bewegung der Epoche dachten, bezieh. von welchen Voraussetzungen in Bezug auf Ziel, Umfang und Reife der damaligen Arbeiterbewegung ihre Kritik Stirners und der von ihnen als »wahre Sozialisten« getauften sozialistischen Schriftsteller ausging. Auch gibt es wertvolle Aufschlüsse über wissenschaftliche Quellen der Verfasser. Wie schon bei Gelegenheit der Inhaltsangabe (vgl. Heft 2 der Dok. d. Soz., S. 66 ff.) mitgeteilt, ist das Kapitel nicht vollständig erhalten. Es fehlt der grösste Teil des ersten, und der Anfang des zweiten, die Ueberschrift logische Konstruktion tragenden Unterparagraphen. Auch sind einzelne Seiten des Manuskripts beschädigt, und ferner sind einige Sätze offenbar nachträglich mit Bleistift ausgestrichen. Das ganze Kapitel ist in Engels Handschrift geschrieben, mit verschiedenen Einfügungen von Marx. Diese letzteren sind hier durch schrägen (italienischen) Satz ausgezeichnet, die grosse Lücke wird genauer angezeigt, während die durch Beschädigung der Blätter entstandenen Lücken einfach durch Punkte vermerkt sind. Die mit Bleistift gestrichenen Sätze wiederherzustellen, halten wir nicht für angebracht, doch sei erwähnt, dass in einem dieser gestrichenen Sätze Stirner auf Hess' 1843 veröffentlichte einundzwanzig Bogen aus der Schweiz, als Quelle für eine deutsche kommunistische Kritik des Rechts verwiesen wurde.

Wie die meisten früheren Kapitel, weist auch dieses Stellen auf, wo die an Stirner geübte Kritik ins Kleinliche geht, wo sie mehr die Ausdrucksweise als den wirklichen Gedanken Stirners trifft, und selbst bei der Deutung der Ausdrücke ziemlich willkürlich verfährt. Obwohl das Interesse an dergleichen Stellen heute nur ein sehr mässiges sein kann, haben wir doch von ihrer Unterdrückung Abstand genommen, weil gerade das Kapitel über den Kommunismus uns auf unverkürzte Wiedergabe Anspruch zu haben scheint. Es bietet unsres Erachtens genug des Interessanten, um den Leser für die gelegentlichen Dürren zu entschädigen.

* *
*

B. Der Kommunismus: vier logische Konstruktionen.

Sankt Max nennt den Kommunismus den »sozialen Liberalismus«, weil er wohl weiss, in welchem schlechten Geruch das Wort Liberalismus bei den Radikalen von 1842, und bei den am weitsten gegangenen Berliner Freijeistern steht. Diese Verwandlung gibt ihm zugleich Gelegenheit und Kurage, den »sozialen Liberalen« allerlei Dinge in den Mund zu legen, die vor »Stirner« noch nie ausgesprochen wurden, und deren Widerlegung dann zugleich den Kommunismus widerlegen soll.

Die Ueberwindung des Kommunismus geschieht durch eine Reihe teils logischer, teils historischer Konstruktionen.

Erste logische Konstruktion. Weil »wir uns zu Dienern von Egoisten gemacht sehen«, »sollen wir« nicht selbst zu Egoisten werden — sondern lieber die Egoisten unmöglich machen. Wir wollen sie alle zu Lumpen machen, wollen alle nichts haben, damit »Alle« haben. — So die Sozialen. — Wer ist diese Person, die ihr »Alle« nennt. Es ist die »Gesellschaft«. S. 153.

Vermittelst ein paar Anführungszeichen verwandelt Sancho hier »Alle« in eine Person, die Gesellschaft als Person, als Subjekt, die heilige Gesellschaft, das Heilige. Jetzt weiss unser Heiliger, woran er ist, und kann einen ganzen Strom seines Feuereifers gegen »das Heilige« loslassen, womit natürlich der Kommunismus vernichtet ist.

Dass Sankt Max hier wieder den »Sozialen« seinen Unsinn als ihren Sinn in den Mund legt, ist nicht »zu verwundern«. Er identifiziert zuerst das »Haben« als Privateigentümer mit dem »Haben« überhaupt. Statt die bestimmten Verhältnisse des Privateigentums zur Produktion, statt das »Haben« als Privatbesitzer, als Rentier, als Commerçant, als Fabrikant, als Arbeiter zu betrachten — wo sich das »Haben« als ein ganz bestimmtes Haben, als das Kommando über fremde Arbeit ausweist —, verwandelt er alle diese Verhältnisse in »die Habe«.

[Hier fehlt ein ganzer Bogen des Manuskripts mit dem Schluss des begonnenen und dem Anfang des folgenden Unterabschnitts. Red.]

Aus: Zweite logische Konstruktion. ....den politischen Liberalismus tun liess, der die »Nation« zur höchsten Eigentümerin machte. Der Kommunismus hat also gar kein »persönliches Eigentum« mehr »abzuschaffen«, sondern höchstens die Verteilung der »Lehen« auszugleichen, die »égalité« darin einzuführen. Ueber die Gesellschaft als »höchste Eigentümerin« und den »Lumpen« vergleiche Sankt Max u. a. den Egalitaire von 1840: »Das soziale Eigentum ist ein Widerspruch, aber der soziale Reichtum ist eine Folge des Kommunismus. Fourier sagt hundertmal, im Gegensatz zu den bescheidenen Bourgeoismoralisten, nicht darin, dass einige zu viel haben, liege ein soziales Uebel, sondern darin, dass alle zu wenig haben, und signalisiert darum auch (la fausse Industrie, Paris 1835, p. 410) die »Armut der Reichen«. Desgleichen heisst es bereits in der 1839, also vor Weitlings Garantieen, in Paris erschienenen deutschen kommunistischen Zeitschrift »Die Stimme des Volks«, Heft II, p. 14: Das Privateigentum, der vielbelobte, fleissige, gemütliche, unschuldige »Privaterwerb« tut offenbar Abbruch dem Lebensreichtum.« Sankt Sancho nimmt hier die Vorstellung einiger zum Kommunismus übergehenden Liberalen und die Ausdrucksweise einiger aus sehr praktischen Gründen in politischer Form sprechenden Kommunisten für den Kommunismus. — Nachdem er das Eigentum »der Gesellschaft« übertragen hat, werden ihm sämtliche Teilhaber dieser Gesellschaft sofort

zu Habenichtsen und Lumpen, obgleich sie selbst in seiner Vorstellung von der kommunistischen Ordnung der Dinge die »höchste Eigentümerin« »haben«. — Der wohlmeinende Vorschlag, den er den Kommunisten macht, »das Wort ‚Lump' zu einer ehrenden Anrede zu erheben, wie die Revolution das Wort Bürger dazu erhob«, ist ein schlagendes Beispiel, wie er den Kommunismus mit einer längst dagewesenen Sache verwechselt. Die Revolution hat selbst, im Gegensatz zu den »honnêtes gens«, die er sehr dürftig durch ‚gute Bürger' übersetzt, das Wort sansculotte »zu einer ehrenden Anrede erhoben«. Solches tut der heilige Sancho, auf dass erfüllet werde das Wort, das da geschrieben steht im Propheten Merlin von den dreitausend Backenstreichen, die der Mann, der da kommen soll, sich selber geben muss:

> Es menester, que Sancho tu escudero
> Se dé tres mil azotes, y tre cientos,
> En ambas sus valientes posaderas,
> Al aire desenbiertas, y de modo
> Que le escuezan, le amarguen y le enfaden.
>
> (Don Quijote, tomo II, cap. 35.)

Sankt Sancho konstatiert »die Erhebung der Gesellschaft zur höchsten Eigentümerin« als »zweiten Raub am Persönlichen, im Interesse der Menschlichkeit«, während der Kommunismus nur der vollendete Raub am »Raub des Persönlichen« ist. »Weil ihm der Raub ohne alle Frage für verabscheuungswürdig gilt, darum glaubt z. B.« Sankt Sancho »schon mit dem« obigen »Satze« den Kommunismus »gebrandmarkt zu haben«. (»Das Buch« S. 102.) »Hatte Stirner« »gar den Raub« am Kommunismus »gewittert, wie sollte er denn nicht gegen ihn einen ‚tiefen Abscheu' und eine ‚gerechte Entrüstung' gefasst haben!« (Wig. S. 156.) »Stirner« wird hiermit aufgefordert, uns den Bourgeois zu nennen, der über den Kommunismus (oder Chartismus) geschrieben, und nicht dieselbe Albernheit mit vieler Emphase vorgebracht hat. An dem, was dem Bourgeois für »persönlich« gilt, wird der Kommunismus allerdings einen »Raub« ausüben.

Erstes Corollar. S. 349. »Der Liberalismus trat sogleich mit der Erklärung auf, dass es zum Wesen des Menschen gehöre, nicht Eigentum, sondern Eigentümer zu sein. Da es hierbei um den Menschen, nicht um den Einzelnen zu tun war, so blieb das wieviel, welche Grade das spezielle Interesse des Einzelnen ausmachte, diesen überlassen. Daher behielt der Egoismus der Einzelnen in diesem Wieviel den freiesten Spielraum, und trieb eine unermüdliche Konkurrenz. »D. h. der Liberalismus, i. e. die liberalen Privateigentümer gaben im Anfange der franz. Revolution dem Privateigentum einen liberalen Schein, indem sie es für ein Menschenrecht erklärten. Sie waren hierzu schon durch ihre Stellung als revolutionäre Partei gezwungen, sie waren sogar gezwungen, der Masse des französischen ... volks nicht nur das Recht, das Eigentum zu geben. .... wirkliches Eigentum nehmen zu lassen . . . . und sie konnten dies alles tun, weil dadurch ihr eigenes »Wieviel«, worauf es ihnen hauptsächlich ankam, unberührt blieb, und sogar sicher gestellt wurde. — Wir finden hier ferner konstatiert; dass Sankt Max die Konkurrenz aus dem Liberalismus entstehen lässt, ein Backenstreich, den er der Geschichte aus Rache für die Backenstreiche gibt, die er oben sich selbst geben musste. Die »genauere Erklärung« des Manifestes, womit er den Liberalismus »sogleich auftreten« lässt, finden wir bei Hegel, der sich im Jahre 1820 dahin aussprach: »Im Verhältnis zu äusserlichen Dingen ist das Vernünftige« (d. h. ge-

ziemt es mir als Vernunft, als Mensch) »dass ich Eigentum besitze — — was, und wieviel ich besitze, ist daher eine rechtliche Zufälligkeit.« (Rechtsphil. § 49.) Bei Hegel ist das Bezeichnende, dass er die Phrase des Bourgeois zum wirklichen Begriff, zum Wesen des Eigentums macht, was »Stirner« ihm getreulich nachahmt. Sankt Max basiert nun auf obige Entwickelung die weitere Aussage, das der Kommunismus »die Frage nach dem Wieviel des Innehabens aufstellte, und sie dahin beantwortete, dass der Mensch so viel haben müsse, als er brauche. Wird sich mein Egoismus damit begnügen können? — — — Ich muss vielmehr soviel haben, als ich mir anzueignen vermögend bin«. (S. 349.) Zuerst ist hier zu bemerken, dass der Kommunismus keineswegs aus dem § 49 der Hegelschen Rechtsphilosophie und seinem »Was und Wieviel« hervorging. Zweitens fällt es »dem Kommunismus« nicht ein, »dem Menschen« etwas geben zu wollen, da »der Kommunismus« keineswegs der Meinung ist, dass »der Mensch« irgend etwas »brauche« als eine kurze kritische Beleuchtung. Drittens schiebt er dem Kommunismus das »Brauchen« des heutigen Bourgeois unter, er bringt also eine Distinktion herein, die ihrer Lumpigkeit wegen bloss in der heutigen Gesellschaft und ihrem ideellen Abbilde, dem Stirnerschen Verein von »einzelnen Schreiern« und freien Nätherinnen von Wichtigkeit sein kann. »Stirner« hat wieder grosse »Durchschauungen« des Kommunismus zustande gebracht. Schliesslich unterstellt Sankt Sancho in seiner Forderung, so viel haben zu müssen, als er selbst sich anzueignen vermögend ist (wenn diese nicht etwa auf die gewöhnliche Bourgeoisphrase, dass Jeder nach Vermögen haben, das Recht des freien Erwerbs haben solle) den Kommunismus als durchgesetzt, um sein »Vermögen« frei entwickeln und geltend machen zu können, was keineswegs allein von ihm *so wenig wie sein »Vermögen« selbst,* sondern auch von den Produktions- und Verkehrsverhältnissen, in denen er lebt, abhängt. (*Vgl. unten den »Verein«.*) Sankt Max handelt übrigens nicht einmal selbst nach seiner Lehre, da er in seinem ganzen »Buche« Sachen »braucht« und verbraucht, die er »sich anzueignen« nicht »vermögend war.« —

Zweites Corollar. »Aber die Sozialreformer predigen uns ein Gesellschaftsrecht. Da wird der Einzelne der Sklave der Gesellschaft.« S. 246. »Nach der Meinung der Kommunisten soll jeder die ewigen Menschenrechte geniessen.« S. 238. — Ueber die Ausdrücke Recht, Arbeit u. s. w. wie sie bei proletarischen Schriftstellern vorkommen, und wie sich die Kritik zu ihnen zu verhalten hat, werden wir beim »wahren Sozialismus« sprechen. Was das Recht betrifft, so haben wir unter vielen andern den Gegensatz des Kommunismus gegen das Recht sowohl als politisches und privates, als auch in seiner allgemeinsten Form als Menschenrecht geltend gemacht. Siehe Deutsch-franz. Jahrb., wo das Privilegium, das Vorrecht als entsprechend dem ständisch gebundenen Privateigentum, und das Recht als entsprechend dem Zustande der Konkurrenz, des freien Privateigentums gefasst ist, S. 206 und anderwärts; ebenso das Menschenrecht selbst als Privilegium, und das Privateigentum als Monopol. Ferner die Kritik des Rechts in Zusammenhang gebracht mit der deutschen Philosophie, und als Konsequenz der Kritik der Religion dargestellt, S. 72, und ausdrücklich die Rechtsaxiome die auf den Kommunismus führen sollen, als Axiome des Privateigentums gefasst, wie das gemeinsame Besitzrecht als eingebildete Voraussetzung des Rechts des Privateigentums, S. 98, 99. — Die obige Redensart übrigens einem Babeuf entgegenzuhalten, ihn als

theoretischen Repräsentanten des Kommunismus zu fassen, konnte nur einem Berliner Schulmeister einfallen. »Stirner« entblödet sich indessen nicht, S. 247 zu behaupten, dass der Kommunismus, welcher annimmt, »dass die Menschen von Natur gleiche Rechte haben, seinen eigenen Satz dahin widerlege, dass die Menschen von Natur gar keine Rechte haben. Denn er will z. B. nicht anerkennen, dass die Eltern Rechte gegen die Kinder haben, er hebt die Familien auf. Ueberhaupt beruht dieser ganze revolutionäre oder Babeufsche (Vergl. die Kommunisten in der Schweiz, Kommissionalbericht, S. 3) Grundsatz auf einer religiösen, d. h. falschen Anschauung.« Nach England kommt ein Yankee und wird durch den Friedensrichter daran gehindert, seinen Sklaven auszupeitschen und ruft entrüstet aus: Do you call this a land of liberty, where a man can't larrup his nigger? — Sankt Sancho blamiert sich hier doppelt. Erstens sieht er darin eine Aufhebung der »gleichen Rechte der Menschen«, dass die »von Natur gleichen Rechte« der Kinder gegen die Eltern geltend gemacht, dass Kindern wie Eltern Menschenrecht gegeben wird. Zweitens erzählt Jacques le bonhomme zwei Seiten vorher, dass der Staat sich nicht einmische, wenn der Sohn vom Vater geprügelt werde, weil er das Familienrecht anerkenne. Was er also einerseits für ein partikulares Recht (Familienrecht) ausgibt, subsumiert er andrerseits unter die »von Natur gleichen Rechte der Menschen.« Schliesslich gesteht er uns, dass er den Babeuf nur aus dem Bluntschlibericht kennt, während der Bluntschlibericht S. 3 uns ebenfalls gesteht, dass er seine Weisheit aus dem wackern L. Stein, Doktor der Rechte geschöpft hat. Die gründliche Kenntnis, die Sankt Sancho vom Kommunismus hat, geht aus diesem Citat hervor. Wie Sankt Bruno sein Revolutionsmakler, so ist Sankt Bluntschli sein Kommunistenmakler. Bei diesem Stande der Dinge darf es uns auch nicht wundern, wenn unser Wort Gottes vom Lande ein paar Zeilen weiter die Fraternité der Revolution auf die »Gleichheit der Kinder Gottes« (in welcher christlichen Dogmatik kommt die égalité vor?) reduziert.

Drittes Corollar. S. 414. Weil das Prinzip der Gemeinschaft im Kommunismus kulminiert, darum ist der Kommunismus gleich »Glorie des Liebesstaats.« — Aus dem Liebesstaat, der ein eigenes Fabrikat Sankt Maxens ist, leitet er hier den Kommunisumus ab, der dann natürlich auch ein ausschliesslich Stirnerscher Kommunismus bleibt. Sankt Sancho kennt nur den Egoismus auf der einen, oder den Anspruch auf die Liebesdienste, Erbarmen, Almosen der Leute, auf der andern Seite. Ausser und über diesem Dilemma gibt es für ihn nichts.

Dritte logische Konstruktion. — »Weil in der Gesellschaft sich die drückendsten Uebelstände bemerklich machen, so denken besonders (!) die Gedrückten (!), die Schuld in der Gesellschaft zu finden, und machen sich's zur Aufgabe, die rechte Gesellschaft zu entdecken«. S. 155. Im Gegenteil »macht sich's« »Stirner« »zur Aufgabe«, die »rechte Gesellschaft«, die heilige Gesellschaft, die Gesellschaft als das Heilige zu entdecken. Die heutzutage »in der Gesellschaft« »Gedrückten« »denken« bloss darauf, die ihnen rechte Gesellschaft, die zunächst in der Abschaffung der jetzigen Gesellschaft auf der Basis der vorgefundenen Produktivkräfte besteht, durchzusetzen. Weil e. g. bei einer Maschine »sich drückende Uebelstände bemerkbar machen,« z. B. dass sie nicht gehen will, und diejenigen, die die Maschine nötig haben, z. B. um Geld zu machen, den Uebelstand an der Maschine finden, auf ihre Veränderung ausgehen, so machen sie sichs nach Sankt Sancho zur Aufgabe, nicht sich die Maschine zu-

recht zu rücken, sondern die rechte Maschine, die heilige Maschine, die Maschine als das Heilige, das Heilige als die Maschine, die Maschine im Himmel zu entdecken. »Stirner« rät ihnen, »in sich« die Schuld zu suchen. Ist es nicht ihre Schuld, dass sie z. B. der Hacke und des Pflugs bedürfen? Könnten sie nicht mit den Nägeln die Kartoffeln in den Boden hinein- und aus ihm herauskratzen? Der Heilige predigt ihnen darüber 156: »Es ist das nur eine alte Erscheinung, dass man die Schuld zuerst in allem andern, als in sich sucht — also im Staat, in der Selbstsucht der Reichen, die doch gerade unsere Schuld ist.« — Der »Gedrückte«, der »im Staate« »die Schuld des Pauperismus« sucht, ist, wie wir oben vorläufig sahen, niemand anders als Jaques le bonhomme selbst. Zweitens, der »Gedrückte«, der sich dabei beruhigt, die »Schuld« in der »Selbstsucht des Reichen« finden zu lassen, ist wieder niemand anders als Jaques le bonhomme. Er hätte sich aus des Schneiders und Doktors der Philosophie John Watts Facts and Fictions, aus Hobson's Poor Man's Companion etc. eines Bessern in Beziehung auf die andern Gedrückten belehren können. Und wer ist, drittens, die Person von »Unsrer Schuld«; etwa das Proletarierkind, das skrophulös auf die Welt kommt, mit Opium heraufgezogen, im siebenten Jahre in die Fabrik geschickt wird — etwa der einzelne Arbeiter, dem hier zugemutet wird, sich auf seine Faust gegen den Weltmarkt zu »empören« — etwa das Mädchen, das entweder verhungern oder sich prostituieren muss? Nein, sondern nur der, der »alle Schuld« d. h. die »Schuld« des ganzen jetzigen Weltzustandes »in sich« sucht, nämlich abermals niemand als Jaques le bonhomme selbst: »Es ist dies nur die alte Erscheinung« des christlichen Insichgehens und Bussetuns in germanisch-spekulativer Form, der idealistischen Phraseologie, wo Ich, der Wirkliche, nicht die Wirklichkeit verändern muss, was ich nur mit andern kann, sondern in mir mich verändern. »Es ist der innerliche Kampf des Schriftstellers mit sich selbst«, (die heilige Familie S. 122, vergl. S. 73, S. 121 und 306.)

Nach Sankt Sancho suchen also die von der Gesellschaft Gedrückten die rechte Gesellschaft, konsequent müsste er also auch diejenigen, die »im Staate die Schuld suchen«, *und beide sind bei ihm dieselben Personen,* die den rechten Staat suchen lassen. Dies darf er aber nicht, denn er hat davon gehört, dass die Kommunisten den Staat abschaffen wollen. Diese Abschaffung des Staats muss er jetzt konstruieren, und dies vollbringt der heilige Sancho wieder vermittels seines »Grauen«, der Apposition, in einer Weise, die »sehr einfach aussieht«: »Weil die Arbeiter sich im Notstand befinden, so muss der gegenwärtige Stand der Dinge, d. i. der Staat (status = Stand) abgeschafft werden« (ibid).

Also:

Notstand = gegenwärtiger Stand der Dinge.
Gegenwärtiger Stand der Dinge = Stand.
Stand = Status.
Status = Staat.
Schluss: Notstand = Staat.

Was kann »einfacher aussehen«? »Es ist nur zu verwundern«, dass die englischen Bourgeois von 1688 und die französischen von 1789 nicht dieselben »einfachen Reflexionen« und Gleichungen »anstellten«, wo damals doch noch vielmehr der Stand = Status = der Staat war. Es folgt daraus, dass überall, wo »Notstand« vorhanden ist, »der Staat«, der natürlich in Preussen und in Nordamerika derselbe ist, abgeschafft werden muss.

Sankt Sancho gibt uns jetzt, nach seiner Gewohnheit, einige Sprüche Salomonis.

Spruch Salomonis Nr. I. S. 163. »Dass die Gesellschaft gar kein Ich ist, das geben etc. könnte, sondern ein Instrument, aus dem wir Nutzen ziehen mögen, dass wir keine gesellschaftlichen Pflichten, sondern lediglich Interessen haben, dass wir der Gesellschaft keine Opfer schuldig sind, sondern, opfern wir etwas, es uns opfern, daran denken die Sozialen nicht, weil sie im religiösen Prinzip gefangen sitzen, und eifrig trachten nach einer — »heiligen Gesellschaft«.

Hieraus ergeben sich folgende »Durchschauungen« des Kommunismus: 1. hat Sankt Sancho ganz vergessen, dass er selber es war, der »die Gesellschaft« in ein »Ich« verwandelte, und sich daher bloss in seiner eigenen »Gesellschaft« befindet;

2. glaubt er, die Kommunisten warteten darauf, dass ihnen die »Gesellschaft« irgend etwas »gebe«, während sie sich höchstens eine Gesellschaft geben wollen;

3. verwandelt er die Gesellschaft, ehe sie existiert, in ein Instrument, aus dem er Nutzen ziehen will, ohne dass er und andere Leute durch gegenseitiges gesellschaftliches Verhalten eine Gesellschaft, also dies »Instrument« produziert haben;

4. glaubt er, dass in der kommunistischen Gesellschaft von »Pflichten« und »Interessen« die Rede sein könne, von zwei sich ergänzenden Seiten eines Gegensatzes, der bloss der Bourgeoisgesellschaft angehört; (im Interesse schiebt der reflektierende Bourgeois immer ein drittes zwischen sich und seine Lebensäusserung, eine Mauer, die wahrhaft klassisch bei Bentham erscheint, dessen Nase erst ein Interesse haben muss, ehe sie sich zum Riechen entschliesst. Vergl. »das Buch« über das Recht an seiner Nase, S. 247.);

5. glaubt Sankt Max, die Kommunisten wollten »der Gesellschaft« Opfer bringen, wo sie höchstens die bestehende Gesellschaft opfern wollen — er müsste denn ihr Bewusstsein, dass ihr Kampf ein allen, dem Bourgeoisregime entwachsenen Menschen gemeinschaftlicher ist, als ein Opfer bezeichnen, das sie sich bringen;

6. dass die Sozialen im religiösen Prinzip befangen sind, und

7. dass sie nach einer heiligen Gesellschaft trachten, fand schon oben seine Erledigung. Wie »eifrig« Sankt Sancho nach der »heiligen Gesellschaft« trachtet, um durch sie den Kommunismus widerlegen zu können, haben wir gesehen.

Spruch Salomonis Nr. II. S. 277. »Wäre das Interesse an der sozialen Frage weniger leidenschaftlich und verblendet, so würde man .... erkennen, dass eine Gesellschaft nicht neu werden kann, solange diejenigen, welche sie ausmachen und konstituieren, die alten bleiben«.

»Stirner« glaubt hier, dass die kommunistischen Proletarier, die die Gesellschaft revolutionieren, die Produktionsverhältnisse und die Form des Verkehrs auf eine neue Basis, d. h. auf sich als die Neuen, auf ihre neue Lebensweise setzen, »die Alten« bleiben. Die unermüdliche Propaganda, die diese Proletarier machen, die Diskussionen, die sie täglich unter sich führen, beweisen hinlänglich, wie wenig sie selbst »die Alten« bleiben wollen und wie wenig sie überhaupt wollen, dass die Menschen, »die Alten« bleiben sollen. »Die Alten« würden sie nur dann bleiben, wenn sie mit Sankt Sancho »die Schuld in sich suchten«; sie wissen aber zu gut, dass sie nur unter veränderten Umständen aufhören werden, »die Alten«

zu sein, und darum sind sie entschlossen, diese Umstände bei der ersten Gelegenheit zu verändern. In der revolutionären Tätigkeit fällt das Sich-Verändern mit dem Umändern der Umstände zusammen. — Dieser grosse Spruch wird durch ein ebenso grosses Exempel erläutert, das natürlich wieder aus der Welt »des Heiligen« genommen ist. — »Sollte z. B. aus dem jüdischen Volk eine Gesellschaft entstehen, welche einen neuen Glauben über die Erde verbreitete, so durften diese Apostel doch keine Pharisäer bleiben.«

Die ersten Christen
= eine Gesellschaft zur Verbreitung des Glaubens (gestiftet Anno I.)
= Congregatio de propaganda fide (gestiftet 1640).
Anno I = Anno 1640.
Diese entstehen sollende Gesellschaft = Diese Apostel.
Diese Apostel = Nichtjuden.
Das jüdische Volk = Pharisäer.
Christen = Nichtpharisäer
= Nicht das jüdische Volk. Was kann einfacher aussehen?

Durch diese Gleichungen gestärkt, spricht Sankt Max das grosse historische Wort gelassen aus: »Die Menschen, weit entfernt, sich zur Entwickelung kommen zu lassen, wollten immer eine Gesellschaft bilden.« Die Menschen, immer weit entfernt, eine Gesellschaft bilden zu wollen, liessen dennoch nur die Gesellschaft zu einer Entwickelung kommen, weil sie sich fortwährend nur als Vereinzelte entwickeln wollten, und kamen deshalb nur in und durch die Gesellschaft zu ihrer eigenen Entwickelung. Uebrigens kann es nur einem Heiligen vom Gepräge unseres Sancho einfallen, die Entwickelung »der Menschen« von der Entwickelung »der Gesellschaft«, in der diese Menschen leben, zu trennen und von dieser phantastischen Grundlage aus weiter zu phantasieren. Er hat übrigens seinen ihm von Sankt Bruno eingegebenen Satz vergessen, in dem er gleich vorher die moralische Forderung an die Menschen stellte, sich selbst zu ändern und dadurch ihre Gesellschaft — worin er also die Entwickelung der Menschen mit der Entwickelung ihrer Gesellschaft identifizierte.

Vierte logische Konstruktion. Er lässt den Kommunismus, im Gegensatz zu den Staatsbürgern, p. 156 sagen: »Nicht darin besteht Unser Wesen (!) dass wir Alle die gleichen Kinder des Staats (!) sind, sondern darin, dass wir Alle für einander da sind. Darin sind Wir Alle gleich, dass Wir Alle für einander da sind, dass Jeder für den Andern arbeitet, dass Jeder von Uns ein Arbeiter ist.« Er setzt nun »als Arbeiter existieren« = »Jeder von uns nur durch den Andern existieren«, wo also der Andere »z. B. für meine Kleidung, Ich für sein Vergnügungsbedürfnis, Er für meine Nahrung, Ich für seine Belehrung arbeite. Also das Arbeitertum ist unsere Würde und unsere Gleichheit. — Welchen Vorteil bringt Uns das Bürgertum? Lasten. Und wie hoch schlägt man unsere Arbeit an? So niedrig als möglich. — — Was könnt Ihr uns entgegen stellen? Doch auch nur Arbeit!« »Nur für Arbeit sind wir Euch eine Recom..... schuldig«; »nur durch das, was Ihr .... Nützliches leistet«, »habt Ihr einen Anspruch auf Uns.« »Wir wollen Euch nur soviel wert sein, als Wir Euch leisten; Ihr aber sollt desgleichen von Uns gehalten sein«. »Die Leistungen, die Uns etwas wert sind, also die gemeinnützigen Arbeiten, bestimmen den Wert. — Wer Nützliches verrichtet, der stehe Keinem nach, oder — alle (gemeinnützigen) Arbeiter sind gleich. Da

aber der Arbeiter seines Lohnes wert ist, so sei auch der Lohn gleich.« (p. 157, 158.)

Bei »Stirner« fängt »der Kommunismus« damit an, sich nach »dem Wesen« umzusehen; er will wieder, als guter »Jüngling«, nur »hinter die Dinge kommen«. Dass der Kommunismus eine höchst praktische Bewegung ist, die praktische Zwecke mit praktischen Mitteln verfolgt und die sich höchstens in Deutschland, den deutschen Philosophen gegenüber, einen Augenblick auf »das Wesen« einlassen kann, das geht unseren Heiligen natürlich nichts an. Dieser Stirnersche »Kommunismus«, der so sehr nach »dem Wesen« schmachtet, kommt daher auch nur zu einer philosophischen Kategorie, dem »Füreinandersein«, die dann vermittelst einiger gewaltsamen Gleichungen

Füreinandersein = Nur durch den Andern existieren

= als Arbeiter existieren

= allgemeines Arbeitertum

der empirischen Welt etwas näher gerückt wird. Uebrigens wird der heilige Sancho aufgefordert, z. B. in Owen (der doch als Repräsentant des englischen Kommunismus ebensowohl für »den Kommunismus« gelten kann, wie z. B. der nichtkommunistische Proudhon, aus dem er sich das meiste der obigen Sätze abstrahiert und zurechtgestellt) eine Stelle nachzuweisen, in der irgend etwas von den obigen Sätzen über »Wesen«, allgemeines Arbeitertum etc. sich findet. Uebrigens brauchen wir so weit gar nicht einmal zurückzugehen. Die schon oben citierte deutsche kommunistische Zeitschrift, »Die Stimme des Volks«, spricht sich im dritten Heft dahin aus: »Was heute Arbeit heisst, ist nur ein winzig elendes Stück des gewaltigen, grossmächtigen Produzierens; nämlich nur dasjenige Produzieren, welches widerlich und gefährlich, beehrt die Religion und Moral Arbeit zu taufen und unterfängt sich noch obendrein, allerlei Sprüche, gleichsam Segenssprüche (oder Hexensprüche) drüber zu streuen; »Arbeiten im Schweiss des Angesichts« als Prüfung Gottes; »Arbeit macht das Leben süss« zur Ermunterung u. s. w. Die Moral der Welt, in der wir leben, hütet sich sehr weislich, das Verkehren der Menschen von den amüsanten und freien Seiten auch Arbeit zu nennen. Das schmäht sie, obschon es auch Produzieren ist. Das schimpft sie gern Eitelkeit, eitle Lust, Wollust. Der Kommunismus hat diese heuchlerische Predigerin, die elende Moral, entlarvt«. — Als allgemeines Arbeitertum hat nun Sankt Max den ganzen Kommunismus auf gleichen Arbeitslohn reduziert, eine Entdeckung, die sich in folgenden drei »Brechungen« wiederholt: p. 357: »Gegen die Konkurrenz erhebt sich das Prinzip der Lumpengesellschaft — die Verteilung. Soll Ich nun etwa, der Vielvermögende, vor dem Unvermögenden nichts voraushaben?« Ferner p. 363 spricht er von einer »allgemeinen Taxe für die menschliche Tätigkeit in der kommunistischen Gesellschaft.« Und endlich p. 350, wo er den Kommunisten unterschiebt, sie hielten »die Arbeit« für »das einzige Vermögen« der Menschen. Sankt Max bringt also das Privateigentum in seiner doppelten Gestalt, als Verteilung und Lohnarbeit, wieder in den Kommunismus herein. Wie schon früher beim »Raub«, manifestiert Sankt Max hier wieder die allergewöhnlichsten und borniertesten Bourgeoisvorstellungen als seine »eigenen« »Durchschauungen« des Kommunismus. Er macht sich ganz der Ehre würdig, von Bluntschli unterrichtet worden zu sein. Als echter *Kleinbürger* hat er dann auch Furcht, er, »der Vielvermögende« »solle nichts vor dem Unvermögenden voraus haben« — obwohl er nichts mehr zu fürchten hätte, als seinem eigenen »Vermögen« überlassen zu bleiben. — Nebenbei bildet sich »der

Vielvermögende« ein, das Staatsbürgertum sei den Proletariern gleichgiltig, nachdem er zuerst vorausgesetzt hat, sie h ä t t e n es. Gerade wie er oben sich einbildete, dem Bourgeois sei die Regierungsform gleichgiltig. Den Arbeitern liegt so viel am Staatsbürgertum, d. h. dem a k t i v e n Staatsbürgertum, dass sie da, wo sie es h a b e n, wie in Amerika, es gerade »verwerten«, wo sie es nicht haben, es erwerben wollen. Vergleiche die Verhandlungen der nordamerikanischen Arbeiter in zahllosen Meetings, die ganze Geschichte des englischen Chartismus und des französischen Kommunismus *und Reformismus*.

E r s t e s C o r o l l a r. »Der Arbeiter hält sich, in seinem Bewusstsein, dass das Wesentliche an ihm der Arbeiter sei, vom Egoismus fern und unterwirft sich der Oberhoheit einer Arbeitergesellschaft, wie der Bürger mit Hingebung (!) am Konkurrenzstaate hing.« (p. 162.) Der Arbeiter hält sich höchstens an dem Bewusstsein, dass das Wesentliche an ihm für den Bourgeois der Arbeiter sei, der sich darum auch gegen den Bourgeois als solchen geltend machen kann. Die beiden Entdeckungen Sankt Sanchos, die »Hingebung des Bürgers« und den »Konkurrenzs t a a t« kann man nur als neue »Vermögens«-Beweise des »Vielvermögenden« registrieren.

Z w e i t e s C o r o l l a r. »Der Kommunismus« s o l l das »Wohl Aller« bezwecken. D a s s i e h t d o c h w i r k l i c h s o a u s, als brauchte dabei keiner zurückzustehen. Welches wird denn aber dieses Wohl sein? Haben alle ein und dasselbe Wohl? Ist allen gleich wohl bei einem und demselben?... Ist dem so, so handelt sich's vom »wahren Wohl«. Kommen wir damit nicht gerade bei dem Punkte an, wo die Religion ihre Gewaltherrschaft beginnt? — Die Gesellschaft hat ein Wohl als das »wahre Wohl« dekretiert, und hiesse dies Wohl z. B. r e d l i c h e r e r a r b e i t e t e r G e n u s s, du aber zögest die genussreiche Faulheit vor, so würde die Gesellschaft — — für das, wobei dir wohl ist, zu sorgen sich weislich hüten. Indem der Kommunismus das Wohl aller proklamiert, vernichtet er gerade das Wohlsein derer, welche bisher von ihren Renten lebten etc.« (p. 411, 412.)

»Ist dem so«, so ergeben sich hieraus folgende Gleichungen:

Das Wohl aller = Kommunismus
= Ist dem so
= Ein und dasselbe Wohl aller
= Das Gleichwohlsein aller bei einem und demselben
= Das wahre Wohl
= [das heilige Wohl, das Heilige, Herrschaft des Heiligen, Hierarchie]
= Gewaltherrschaft der Religion.
Kommunismus = Gewaltherrschaft der Religion.

»Das sieht doch wirklich so aus«, als ob »Stirner« hier vom Kommunismus uns dasselbe gesagt hätte, was er bisher von allen anderen Sachen sagte.

Wie tief unser Heiliger den Kommunismus »durchschaut« hat, geht wieder daraus hervor, dass er ihm zumutet, den »redlich erarbeiteten Genuss« als »wahres Wohl« durchsetzen zu wollen. Wer ausser »Stirner« und einigen Berliner Schuster- und Schneidermeistern denkt an »redlich erarbeiteten Genuss«! Und nun gar den Kommunisten dies in den Mund zu legen, bei denen die Grundlage dieses ganzen Gegensatzes von Arbeit und Genuss wegfällt! Der moralische Heilige mag sich darüber beruhigen. Das »redlich Erarbeiten« wird man ihm und denen überlassen, die er, ohne es zu wissen, vertritt — seinen kleinen, von der Gewerb-

freiheit ruinierten *und moralisch »empörten«* Handwerksmeistern. Auch die »genussreiche Faulheit« gehört ganz der trivialsten *Bürger*anschauung an. Die Krone des ganzen Satzes ist aber das pfiffige Bürgerbedenken, das er den Kommunisten macht: sie wollten das »Wohlsein« der Rentiers vernichten und sprächen doch vom »Wohlsein aller«. Er glaubt also, dass in der kommunistischen Gesellschaft noch Rentiers vorkommen, deren »Wohlsein« zu vernichten wäre. Er behauptet, dass das »Wohlsein« als Rentier ein den Individuen, die jetzt Rentiers sind, inhärentes, von ihrer Individualität nicht zu trennendes sei, er bildet sich ein, dass für diese Individuen gar kein anderes »Wohlsein« existieren könne, als das, was durch ihr Rentiersein bedingt ist. Er glaubt ferner, die Gesellschaft sei schon kommunistisch eingerichtet, so lange sie noch gegen Rentiers und dergleichen zu kämpfen hat. Die Kommunisten machen sich allerdings kein Gewissen daraus, die Herrschaft der Bourgeois zu stürzen und ihr »Wohlsein« zu zerstören, sobald sie die Macht dazu haben werden. Es liegt ihnen keineswegs daran, ob dies ihren Feinden gemeinsame, durch die Klassenverhältnisse bedingte »Wohlsein« auch als persönliches »Wohlsein« sich an eine bornierterweise vorausgesetzte Sentimentalität adressiert.

Drittes Corollar. p. 190 »ersteht« in der kommunistischen Gesellschaft »die Sorge wieder als Arbeit.« Der gute Bürger »Stirner«, der sich bereits freut, im Kommunismus seine geliebte »Sorge« wiederzufinden, hat sich diesmal doch verrechnet. Die »Sorge« ist nichts anderes, als die gedrückte und geängstigte Gemütsstimmung, die im Bürgertum die notwendige Begleiterin der Arbeit, der lumpenhaften Tätigkeit des notdürftigen Erwerbes ist. Die »Sorge« floriert in ihrer reinsten Gestalt beim deutschen guten Bürger, wo sie chronisch und »immer sich selbst gleich«, miserabel und verächtlich ist, während die Not des Proletariers eine akute, heftige Form annimmt, ihn zum Kampf um Leben und Tod treibt, ihn revolutionär macht und deshalb keine »Sorge«, sondern Leidenschaft produziert. Wenn der Kommunismus nun sowohl die »Sorge« des Bürgers wie die Not des Proletariers aufheben will, so versteht es sich doch wohl von selbst, dass er dies nicht tun kann, ohne die Ursache beider, die »Arbeit«, aufzuheben. (Schluss folgt.)

L'Ange

der Vorläufer Charles Fouriers in der ersten Epoche der Französischen Revolution.

(Aus Jaurès Histoire Socialiste übersetzt.)

II. L'Anges sozialistische Vorschläge.

Bd. III, 1. Hälfte, p. 337 ff.

Aber das verräterische Königtum wird entlarvt und beginnt zu wanken. Im Sommer 1792 fangen die Symptome einer demnächstigen republikanischen Revolution an sich zu zeigen, und gleichzeitig setzen das Missverhältnis in den Finanzen, die Brot- und Unterhaltsmittelkrise das soziale Problem in dringender Gestalt auf die Tagesordnung.

L'Ange, den die Demokratie von Lyon inzwischen in die Gemeindeverwaltung entsandt hatte, formuliert alsbald aufs neue seine Ansichten von der sozialen Reorganisation. Aber jetzt, im Juni 1792, wendet er sich nicht mehr

an den König, sondern an die Gemeindeverwaltung von Lyon, und durch sie an die Nationalversammlung oder, besser noch, an die ganze Demokratie, d. h. an das ganze Volk. Er lässt nicht nach und antwortet nach dem 10. August auf die ihm gemachten Einwände. Und er beschränkt sich nicht auf eine allgemeine Erklärung gegen das Eigentum, er scheint sogar jedem Plan einer allgemeinen Expropriation entsagt zu haben. Es ist das bestimmte Problem der Unterhaltsmittel, das er lösen will, und um dieses bestimmte Problem zu lösen, entwirft er ein ganzes Assoziationssystem, das ganz ersichtlich der Keim des Fourierismus ist.

Welch wunderbare Bewegung der Ideen an diesem Abschluss des Jahres 1792! Während die Republik sich entfaltet und bekräftigt, entspinnen sich auch die Systeme der sozialen Erneuerung. Und es sind keine vagen Träumereien oder Utopien von Philosophen, die da auftauchen. Was sich ankündet, ist eine partielle und genau beschriebene Expropriation, ist eine bestimmte Verkürzung des Eigentumsrechts. Die noch halb und halb verhüllten Ideen Doliviers, der mit jedem Tag dem Volke zusagendere Plan einer allgemeinen Festsetzung von Taxen für die Lebensmittel, Entwürfe auf Errichtung von öffentlichen Lagerhäusern und Speichern, die durch Delegierte des Volks zu verwalten seien, L'Anges gross angelegtes System von Genossenschaften aller Art, all diese verschiedenen Kräfte streben nach einer Art sozialer Demokratie, der höchsten Form der politischen Demokratie.

.... .*Moyens simples et faciles de fixer l'abondance et le juste prix du pain* (Lyon, den 9. Juni 1792 — in der Buchdruckerei von Louis Gutty —) von L'Ange, Beamter des Gemeinderats. »Ihr habt«, erklärt er den Eigentümern und Kaufleuten, den Spekulanten und Kapitalisten, »einen grossen Durst nach Gold, ganz Peru würde nicht genügen, ihn zu löschen. Ihr unterwerft euch jedoch der Notwendigkeit, euch mit einem Teil zufrieden zu geben, vorausgesetzt, dass es der grösstmöglichste ist. Setzen wir nun voraus, dass ihr keine anderen Mittel habt, ihn zu erlangen, als dass ihr den Grubenarbeitern die Lebensmittel gebt, die euch als Nettoüberschuss bleiben, nachdem ihr davon alle Kosten der Bodenbearbeitung abgezogen habt, unter der Bedingung, dass sie euch all das Gold überliefern, das sie während der Zeit, wo sie von eurem Ueberfluss leben werden, aus dem Bergwerk herausziehen können. Ihr würdet Unmögliches fordern, ihr würdet wahnsinnig sein, wenn ihr mehr fordertet.

Wenn ihr also sechzig Maass Weizen, sechzig Maass Roggen und ebensoviel anderer Körner, Gemüse oder gleichen Wert habender Dinge geliefert habt, das Ganze von bester Qualität, aber um zwei Fünftel im Preise verschieden, und wenn man euch für diese Lieferung nur eine Menge Gold hätte geben können, die, in neunhundert gleiche Teile eingeteilt, für jeden den Wert von zwanzig Sous ausmachte, was als höchsten Preis sieben Livres für das Maass Weizen, fünf für das Maass Schwarzkorns und anderer Gegenstände ergäbe, so resultiert daraus, dass ihr den vertilgenden Hass des Volks verdienen würdet, wenn ihr vorziehen wolltet,' eure Lebensmittel lieber verderben zu lassen, als sie zu diesem Preis zu geben und wenn euch diese Taxe nicht liberal genug erschiene, um die Freiheit des Handels bei ihr abzugrenzen.«

Nach L'Ange also hat das Getreide, das von den Landwirten nicht konsumiert wird, der Ueberschuss, den sie auf den Markt bringen können, den Wert, den die Masse der Konsumenten dafür zahlen kann. Das konsumierende Publikum arbeitet, um seinen Unterhalt zu kaufen, und wenn es denen, die ihm seine Unterhaltsmittel verkaufen, den ganzen Wert seiner Arbeit überliefert, so ist es jenen Bergarbeitern gleich, die für die zum Leben notwendigen Esswaren das ganze Gold, das sie aus den Bergwerken herausholen, hingeben. Das von dem konsumierenden Volk extrahierte Gold ist der Wert seiner Arbeit. Wenn dieser Wert nicht genügen würde, ihm seinen Unterhalt zu verschaffen,

wenn er nicht den diesen Unterhaltsmitteln entsprechenden Wert bestimmte, so würde eine Krise ums Leben entstehen, und das Volk würde das Recht haben, sich durch die Ausrottung derer zu rächen, die in Wirklichkeit es durch den Hunger ausrotten.

Der Preis der Lebensmittel soll also nach den Einkünften der Konsumenten geregelt werden und nicht nach den Forderungen der Landwirte und Kaufleute. Damit eine Gesellschaft bestehen kann, damit sie möglich sein soll, bedarf es der Gleichwertigkeit der Arbeiten, der Gleichwertigkeit der Lebensfunktionen. Die Arbeit muss den Unterhalt des Arbeiters genau zahlen können. Es ist diese Gleichwertigkeit, die L'Ange durch eine Festsetzung der Preise gemäss den Kräften der Nation schaffen will. Auf solche Weise werden die Konsumenten, die Proletarier, gegen eine wahrhaft mörderische Ausbeutung geschützt sein, aber die Grundbesitzer und die Kaufleute werden ebenso vor den Preiskrisen geschützt sein.

L'Ange schlägt ein umfassendes Bestellungssystem vor, durch das die Gesamtheit der Konsumenten zu festen Bedingungen die Gesamtheit der Ernte von der Gesamtheit der Grundbesitzer und Händler kauft. Und um dieses Bestellungssystem und das System der Lebensgleichwertigkeit, dessen Ausdruck es ist, funktionieren zu machen, organisiert L'Ange sämtliche Familien des Landes in gleichzeitig autonomen und solidarisch verbundenen Gruppen. Die Theorie der Assoziation entstammt somit nicht einer individuellen Phantasie oder dem Geist der Systemmacherei. Sie entspringt einer Lebensmittelkrise und entwickelt sich in der Krisis der Revolution. Sie wird aus einem Lebensbedürfnis geboren in einer Gesellschaft, wo die Demokratie nahe daran ist, die Macht zu erlangen. Es sind durchaus realistische Betrachtungen, und es ist eine Zeit der grossen Unsicherheit, welche jene Formen des Sozialismus zu Tage fördern, die später der Marxismus in einem sehr summarischen Urteil als utopistisch qualifizieren wird.

L'Ange will dieses kollektive und universelle Bestellungssystem nicht aufzwingen, er schlägt es vor. Und er rechnet für seine Annahme zunächst auf die ersichtliche Notwendigkeit irgend eines Arrangements, ohne welches die Nation in Konvulsionen des Hungers und der Anarchie verfiele, und weiter rechnet er auf die glänzenden Vorteile, die die Verkäufer selbst aus der kooperativen und rationellen Organisation des Austausches ziehen würden. Und mit diesem entscheidenden Zug, mit der Verweisung auf die allgemeine freie Assoziation, die allein durch die Anziehungskraft ihrer Wohltaten wirken werde, verkündet und skizziert das System von L'Ange unbestreitbar das System Fouriers und unterscheidet es sich vom Kommunismus der Reglementierung und der gesetzlichen Taxen, zu dem hin sich in jenem Augenblick das Denken Frankreichs entwickelte.

Es ist ein sehr origineller und einen bestimmten Charakter tragender Keim, der mit vielen anderen Keimen, aber ohne sich mit ihnen zu vermischen, aus dem historischen Boden des revolutionären Frankreichs entspross und zu seinem unvergleichlichen Reichtum beitrug. »Ihr würdet also gezwungen sein, zu diesem Preis zu verkaufen, und es wird euch frei stehen, billiger zu verkaufen. Aber *wenn man euch, ohne eure Freiheit zu binden* [das heisst im Grunde, ohne sie zu sozialiesieren. Note von Jaurès],*ohne sie im geringsten zu beschränken, den Vorschlag machte, eure Ernten euch abzukaufen, damit ihr weder das Wasser, noch das Feuer, weder den Hagel, noch den Sturm mehr zu fürchten braucht, wenn man euch für sie jedes Jahr denselben auf Grund freier Uebereinkunft vereinbarten Preis zahlte, gleichviel, ob das Jahr gut oder schlecht war; wenn man euch jedes Gefühl der Unruhe, sogar die Schwierigkeiten des Verkaufs und die Transportkosten ersparte, würdet ihr*

nicht sehr froh sein, ein solches Angebot freiwillig annehmen zu können? Nun wohl! es fehlt hierzu nur die Gelegenheit, die man mit Leichtigkeit ins Leben rufen kann.

»Und ihr, Korn- und Mehlhändler, und ihr Müller und Bäcker, würdet ihr nicht froh sein, in eurem Handel und eurem Besitzstand mehr Profit und weniger Risiko zu finden? Würdet ihr nicht froh sein, an dem Aufbau eures Vermögens mit sicherem Erfolg zu arbeiten, dabei die öffentliche Achtung zu geniessen und nicht mehr der feindseligen Gesinnung des Volks ausgesetzt zu sein? Nun wohl! Es ist leicht, euer Dasein bis zu diesem Grade zu verbessern.

»Und auch ihr alle, Bürger, die ihr weder Landwirte noch Getreidehändler seid, würdet ihr nicht froh sein, nicht mehr die Zeit damit zu verlieren, auf die Märkte zu gehen, auf die man nie ohne Sorgen geht und von denen man nur zu oft mit Bedauern und Klagen heimkehrt? Würdet ihr es nicht froh empfinden, dessen gewiss zu sein, dass jeder von euch zu jeder Zeit seines Vorrats sicher ist, bevor er ihn kauft, dass zu allen Zeiten und an allen Orten in Frankreich jedermann gutes Brot essen wird, ohne dass ein Wechsel im Preis eintritt? Würdet ihr nicht wünschen, dass der Wert eines Arbeitstages und jeder Arbeitskraft überall der gleiche wäre? Dass das Oel und der Wein, Wolle, Leder und Hanf, dass Leinwand, Seide, Holz, Kohlen und Eisen, mit einem Wort, dass alle Handelsgegenstände überall weniger teuer wären? Dass der Verbrauch aller Dinge neben dem des Brotes grösser und in Folge dessen der Wohlstand allgemeiner und so allgemein wäre, dass kein Armer mehr in die Lage kommen könnte, zu betteln?

Ein blendendes Programm, ein Programm des allgemeinen Ueberflusses und durch den Ueberfluss des allgemeinen Friedens.

Die umfassende und freie Genossenschaft wird diese Wunder verwirklichen, und, ebenso wie später Fourier, sieht L'Ange einen so grossen Erguss an Reichtum und Wohlstand für alle voraus, dass er die Kampfgedanken, die ihn im Jahre 1790 bewegten, fallen lässt. Oder vielmehr, von dem Gedanken des Kampfes und denen des Traumes von Brüderlichkeit und Liebe, die im Jahre 1790 in seinem Geiste sich stritten, war allein der lichte und sanfte Traum übrig geblieben. Wozu soll man noch die Proletarier gegen die »sich Eigentümer nennenden Faulenzer« aufstacheln, wozu diese mit totaler Expropriation bedrohen, wenn man den Menschen und allen Menschen mittels der allgemeinen Genossenschaft mehr Gutes ermöglichen kann, als ihnen eine soziale Revolution bringen könnte? Unter der Fülle von Reichtum und Freude gerade werden die alten Ungleichheiten sanft versinken; wozu sich Sorgen machen, wenn die grosse fröhliche Flut die weiten Gebiete, die Ungleichheiten des Bodens zugedeckt hat? So hatte L'Ange seinen Klassenhass in die grosse steigende Flut fallen lassen, in die grosse Idee der Genossenschaft, die die Privilegien und das Elend unter ihren weiten und leuchtenden Wegen verschwinden machen würde. Herr Charléty schreibt mir, dass er weder in den der Belagerung von Lyon vorausgegangenen Ereignissen noch in den Vorgängen während der Belagerung selbst Spuren einer persönlichen Aktion L'Anges findet. Ich wundere mich durchaus nicht darüber; viele Monate vor Eintritt der Hauptkrise, schon mit dem Frühling 1902, gab sich L'Ange vollständig seinem grossen Traume von Harmonie und brüderlichem Reichtum hin, und als die Leiden und der Hass heftiger wurden, erschien es ihm ohne Zweifel verrückt von den Menschen, sich zu zerfleischen und gegenseitig zu Grunde zu richten, wo es doch genügt hätte, allen das System der Genossenschaft darzubieten, um alle glücklich und gut zu machen.

»Ja,« ruft er allen denen zu, in denen er Hoffnungen erweckt hat, »ja, ihr wünscht es. Wohlan, es ist leicht, euch zu befriedigen. Hört nur auf,

euch zu betrügen. *Hört auf, auf die Mittel und den guten Willen einzelner Personen, ja selbst auf die Mittel und den guten Willen der Regierungen und Behörden zu rechnen.* Oeffnet endlich die Augen und sehet, wie trügerisch und unsicher die ersteren, wie schwach, lästig, gefährlich und hinterlistig die anderen sind. Wendet jedoch eure Blicke mit Entrüstung von jeder Finanzgesellschaft oder Finanzregie ab, wie sie bloss ein Weltgeistlicher unter Ludwig XV. ersinnen konnte.«

So verwirft L'Ange in einem wunderbaren Gedankenruck zu gleicher Zeit das alte Regime und die Revolution. Das alte Regime kannte grosse ökonomische Aktionen nur unter der Form privilegierter, von der Willkür der Regierungsgewalt mit drückenden Monopolen ausgestatteter Kompagnien. Und die hinsichtlich der Genossenschaften misstrauische Revolution scheint nur den Staat und die Personen zu kennen. Der präfourieristische Lyoner weist die privilegierten Gesellschaften, die rein individuelle und die administrative Aktion insgesamt zurück. Er ruft über die Revolution hinweg eine ganz neue Kraft an, die Kraft der grossen, freien Assoziation.

Gross, oder besser, unermesslich. Denn warum soll sie, da sie der ganzen Nation Nutzen bringen wird, nicht auch die ganze Nation umfassen? Und wie könnte sie, wenn sie sich nicht auf alle Bürger erstreckt, wenn sie nicht allgemein ist, die allgemeine Preiskrisis beschwören und in allen Distrikten das gleiche und rationelle Niveau des Kurses der Lebensmittel und der Arbeitskraft verbürgen, das L'Ange vorgesehen hat?

»Wenn eine Vereinigung, eine Genossenschaft von Menschen not tut, die im Stande sind, den Ueberfluss bis in die kleinste Hütte einzuführen, wenn das Glück des Volks nur durch die Interessen einer Gesellschaft ins Leben gerufen und gesichert werden kann, so muss man diese Gesellschaft schaffen und sie ohne Aufschub einrichten; aber gleich von anfang an so gross, dass sie kein ausschliessliches Privilegium braucht, und dass das Monopol oder wucherischer Aufkauf niemandem einen Profit bieten könnte. Zu gleicher Zeit muss man sie mit der Nation verschmelzen und sie so gut organisieren, dass sie keinen Missbrauch ins Leben rufen kann. Ich stelle sie mir folgendermaassen vor. Seid so gut und hört mich an.

»Die gesetzgebende Gewalt wird eine Zeichnung von einer Million achtzehnhunderttausend Aktien zu je tausend Livres ausschreiben. Das wird eine Summe von einer Milliarde achthundert Millionen Livres ergeben.

»Diese Summe wird in dreissigtausend gleiche Teile geteilt werden, wovon eine jede demgemäss sechzig Aktien zählen wird, die, wenn man will, weiter teilbar sein werden.

»Diese sechzig Aktien werden als Fond dienen, um für die Dauer von zwei Jahren hundert Familien mit Korn und Hülsenfrüchten zu versehen; diese hundert Familien werden einen gefüllten Speicher zu gemeinsamer Verwaltung und zur Bequemlichkeit für ihren Gebrauch haben.

»Es werden demgemäss dreissigtausend Vorratskammern innerhalb des Königreichs regelmässig zur Verteilung kommen. Alle diese Speicher werden auf Kosten der Nation, nach einem gleichen Plan und gegen die Vorschüsse der Aktionäre errichtet.

»Jeder der dreissigtausend Speicher wird möglichst nahe dem Zentrum der hundert Familien aufgestellt werden und wird sowohl die Wohnung eines Hauptverwalters wie die für den Dienst und die Bewachung des Speichers notwendigen Menschen umfassen.

›Die Verwalter und ihre Untergebenen werden zur Hälfte aus den Erträgnissen der Aktien bezahlt. Die Speicher werden täglich für die Bedürfnisse der Familien, für die sie errichtet worden sind, geöffnet sein, und die Häupter dieser Familien werden einige unter sich ernennen, die durch ihre Inspektion und ihre Aufsicht zu verhindern haben, dass irgend ein Missbrauch dort stattfindet; was um so leichter sein wird, als infolge der Menge der Speicher der Ueberfluss sich weniger zerstückelt finden wird.

›Bei jeder Ernte wird die öffentliche Verproviantierung ohne Verbot der Konkurrenz obligatorisch und dergestalt vor sich gehen, dass sich zu einem vom Gesetz bestimmten Termin in jedem Speicher eine genügende Menge vorfindet, um etwa fünfzehnhundert Menschen zu ernähren, damit hundert Familien während zwei Jahren mit Lebensmitteln reichlich versehen sind. Dieser Artikel wird indes nur bei der ersten Ernte der Einrichtung streng genommen werden.

›*Alle Landwirte, welches immer die Art ihrer Bebauung sei, können wegen des Transports ihrer Waren mit der Kompagnie in Unterhandlung treten, ebenso behufs der Versicherung ihrer Ernten, Gebäude und Möbel gegen Hagel, Ueberschwemmung, Feuer und Diebstahl. Sie werden auch in der Kompagnie alle Vorschüsse und Hilfsquellen finden, deren sie etwa benötigen mögen; denn da diese an dem Konsum interessiert ist, wird sie notwendigerweise auch an dem Fortschritt der Landwirtschaft und der Bevölkerung interessiert sein.*

›Die Kompagnie wird verpflichtet sein, allen Konsumenten Frankreichs das Brot und das Korn unabänderlich zu ein und demselben festen Preis zu liefern, der in allen Departements der Durchschnittspreis der drei letzten Jahrfünfte sein wird, und dieser Preis wird sich nur alle fünfundzwanzig Jahre ändern dürfen.

›Um zu dieser heilsamen und dauernden Gleichheit des Preises für Brot und folglich auch der anderen Dinge für ganz Frankreich zu gelangen, die der brüderlichen Einigkeit des französischen Volkes so würdig ist, werden zwei Massnahmen nötig sein . . . .‹

Die erste soll sein, nachdem Frankreich in fünf Regionen eingeteilt worden ist, für jede dieser Regionen einen Durchschnittspreis festzustellen, um alsbald von diesen Preisen einen allgemeinen Durchschnitt abzuleiten. Die zweite soll sein, die Transportkosten zu gleichen Teilen auf den ganzen Konsum zu verteilen.

›Wenn die Totalsumme der Transportkosten sich auf 5 Millionen belaufen sollte, so würde die Kompagnie zwei Millionen erhalten, die von den Backöfen oder Bäckereien der landwirtschaftlichen Gegenden erhoben werden, wo die Frachtkosten das Brot nicht auf den Durchschnittspreis bringen, und damit dass sie diese Summe empfängt, wäre sie verpflichtet, das Brot zu besagtem Durchschnittspreis all den Orten zu liefern, wo die Transportkosten es teurer machen. Die Bewohner der landwirtschaftlichen Distrikte werden gegenseitig die Oele, die Weine und all die Stoffe ihres täglichen Bedarfs um zwei Millionen billiger bezahlen. Dann werden die Manufakturen den Feldern nicht mehr die für den Ackerbau so wertvollen Arme entreissen. Sie werden die entvölkerten Landgebiete bevölkern, denn man wird dort nicht teurer leben, als in den Gegenden, wo die reichsten Ernten erzielt werden.‹

Der Plan, den L'Ange der Revolution vorschlägt, ist somit ein sehr genauer, den er in seinen Einzelheiten studiert hat. Alle Elemente des Fourierschen Gedankens erscheinen darin: der geordnete und organisierte Kapitalismus, der Kollektivismus, das Genossenschaftswesen, die Gegenseitigkeit und die ›Gewährleistung‹ [›Garantismus‹. Red. der Dok.] Die

L'Angesche Kombination ist kapitalistisch, denn sie fusst auf einem Aktien-Kapital von achtzehnhundert Millionen. Sie ist kollektivistisch, weil es »die gesetzgebende Gewalt« ist, die die Initiative für die Ausschreibung der Zeichnungen ergreift, weil sie es ist, welche den Bau der dreissigtausend Speicher nach einem einheitlichen Plan regelt, und die den zwischen den Verproviantierungsgesellschaften und den Landwirten vereinbarten Abmachungen Gesetzeskraft verleiht. Sie ist genossenschaftlich und »gewährleistend«, weil jeder ihrer Speicher von den hundert Familien, deren Mittelpunkt er ist, freiwillig verwaltet wird, und weil diese sechsunddreissigtausend Genossenschaften, ausser dass sie die Landwirte gegen die Gefahren versichern, einander gegenseitig durch die brüderliche Verteilung der Transportkosten Gleichheit der Preise verbürgen. Um die Wahrheit zu sagen, konnte L'Ange diese letztere in jenen tragischen Stunden des Jahres 1792, wo die Nation für ihre Freiheit und für ihr Leben kämpfte, gar nicht aus seinen vitalen Kombinationen auslassen, durch welche die Versorgung aller sichergestellt werden sollte. Aber vor allem durchdringen und verschmelzen sich der Kollektivismus und das Genossenschaftswesen notwendigerweise dort, wo das Gemeinwesen sich demokratisch selbst regiert und das Genossenschaftswesen einen grossen Umfang annimmt. Wenn das nationale Gemeinwesen sich durch das allgemeine Wahlrecht selbst regiert, werden die verschiedenen Interessengruppen unter dem Gesichtspunkt des grossen National-Interesses von Gruppen verwaltet werden, die auf Freiwilligkeit beruhen, und der Kollektivismus verzweigt sich in Genossenschaftsanstalten. Und umgekehrt nimmt das Genossenschaftswesen, wenn es sich, wie in L'Anges System, die Aufgabe stellt, allen Bürgern gemeinsame allgemeine Interessen zu regeln, die Gestalt eines nationalen Organismus an, und verschmilzt sich schliesslich mit der Nation selbst. Daher jene reiche Verbindung von Elementen und Ideen in dem L'Angeschen Plane, die man eben so gut kollektivistisches Genossenschaftswesen, wie genossenschaftlichen Kollektivismus nennen könnte.

Aber welch wunderbaren Aufschwung verliehen die Demokratie und die Revolution den Geistern! Aus einem heissen und brausenden, von warmen Sturmwinden geschüttelten Nest erheben sich die Gedanken und die Träume, und sehr früh schon bringt der grosse Fieberschauer des Kollektivdaseins die vermeintlichen »Utopien« in die Höhe. Wie würde L'Ange daran gedacht haben, eine Ausschreibung von einer Milliarde und achthundert Millionen vorzuschlagen, ohne die grossen finanziellen Kühnheiten der Revolution? Niemals hat ein Finanzmann unter dem alten Regime Anleihen von dieser grossen Tragweite vorzuschlagen gewagt. Aber weil die Revolution bei dem Verkauf der Nationalgüter, bei der fortgesetzten Ausgabe von Assignaten, die eine ungeheure Domäne als Unterpfand hatten, Milliarden umsetzte, nahmen alle Gedanken, alle Berechnungen einen höheren Schwung an. Der Wind der Revolution hat die Geister der Menschen auf die hohe See getragen, und selbst diejenigen, die wie Fourier ihn halb verläugnen werden, sind durch seine grossen Fluten mit fortgerissen und in die Höhe getragen worden. Es ist diese Kraft und dieser revolutionäre Ueberschwang, die mit dem Jahre 1792 selbst dem Ursprung des Fourierismus den weiten Umfang des grössten der Ströme geben. Ohne Zweifel finden wir bei L'Ange noch nicht das Phalansterium, das ganze Leben des Menschen ist noch nicht in die zauberischen und beweglichen Kreise der Genossenschaftung, in ihre sich vor der Sonne ineinander rollenden und auseinander entrollenden freien und elastischen Ringe eingeschlossen. Aber doch ist das Verproviantierungsmagazin schon der erste Entwurf des Phalansteriums, der erste Mittelpunkt und Stützpunkt der universellen Genossenschaft.

In diesem Speicher werden der Verwalter und seine Leute wohnen. So beginnt sich das Leben in Gemeinschaft anzukündigen. Noch mehr, es wird da einen Mittelpunkt der Versicherung und des Kredits geben. Die Kompagnie, deren freie Filialen oder besser deren genossenschaftliche Sektionen alle diese Magazine sein werden, wird die Landwirte gegen alle Gefahren versichern und ihnen Vorschüsse gewähren. Dadurch wird sie, wie L'Ange ausdrücklich sagt, auf die Leitung der Production einwirken, um Fortschritte derselben herbeizuführen und zu fördern. Zentrum der Proviantierung, Zentrum des Lebens, Zentrum der Versicherung, Zentrum des Kredits, Zentrum der Produktion und des Fortschritts — wie dieser aus der alleinigen Frage der Subsistenzmittel geborene Keim sich bewegt, in vielfache Blätter zerteilt, sich zu mannigfaltigen Verästungen verzweigt.

Unter der lebendigen Kontrolle dieser harmonischen Gruppen werden alle Reichtümer sich ordnen und mehren, und das Aussehen des Landes selbst wird eine Aenderung erfahren; die fourieristische Umwandlung des Bildes der Erde nimmt ihren Anfang.

»Alsdann wird alles Eigentum gut behütet sein. Alsdann werden die Ausgaben für Brücken und Chausseen wirklich der Nation Vorteil bringen. Dann werden die Wege immer schön, die Flüsse und Kanäle stets für alle Lasten schiffbar sein. In nicht langer Zeit werden die Flussbette unübersteigbare Grenzen sein, die Sümpfe werden ausgetrocknet, der unfruchtbare Boden bald grundiert sein, selbst die Gewässer der Ströme werden bald gezwungen sein, sanft durch neue Wiesen dahinzufliessen. In einem Wort, von heut auf morgen werden wir Frankreich sich zu einem irdischen Paradies auswachsen sehen; denn diese wunderbare allgemeine Verbesserung wird notwendigerweise gleichzeitig mit jenen Privatvermögen ins Leben treten, die jedes Mitglied der Gesellschaft Gelegenheit haben wird zu machen und notwendigerweise auch machen wird.«

Es ist wie eine ungeheure und weiche Wiese, die sich strotzend von Reichtum und Kraft entfaltet; der ungleichmässige und heisse Boden der Revolution bekleidet sich mit Ueberfluss, mit Lieblichkeit und Freude; und die höchsten Gräser, die glänzendsten und üppigsten Blumen erwirken ihrer Ueppigkeit und ihrem Glanz durch den Ueberfluss an Keimen Verzeihung, die sie dem gleichmässigen und reinen, sie überallhin ausstreuenden Lufthauch in Masse darbieten.

Aber wie! Werden die auf diese Weise gebildeten Genossenschaftszentren nur die landwirtschaftliche Produktion organisieren und steigern? Ganz gewiss nicht; der grosse Lyoner Träumer konnte den Handel und die Industrie nicht aus seinem Traum ausschliessen.

Diese Genossenschaften werden Bankgenossenschaften: die Kompagnie, die auf ein so bedeutendes Kapitel gegründet und auf den wachsenden Reichtum des Landes gestützt ist, wird allgemeines Vertrauen einflössen. Sie wird also die Papiere der Kaufleute in deren Beziehungen zu den fremden Nationen indossieren können, sie wird sich verpflichten, die auf Frankreich gezogenen Tratten für sie einzulösen. Es wird ihr leicht werden, im Ausland Geld zu leihen, denn sie wird eine grosse, durch sie hervorgerufene industrielle Entwickelung als Kaution bieten. Sie wird so die für die internationalen Bankoperationen notwendigen metallischen Umlaufsmittel haben, und nachdem sie sich das ganze für die Zahlungen an das Ausland notwendige Gold hat verschaffen können, wird sie von den Kaufleuten, für deren Rechnung sie die Wechsel bezahlt haben wird, Assignaten zum vollen Geldpreis annehmen können. Sie wird auf diese

Weise doppelt dazu beitragen, den Kredit der Assignaten wieder herzustellen; erstens dadurch, dass sie sie nicht mit Verlust dem Ausland anbietet, und zweitens dadurch, dass sie sie zu ihrem vollen Wert für die Inlandswechsel annimmt.

In einer nach dem 10. August erschienenen neuen Broschüre, »*Réponse aux objections*« betitelt, dehnt L'Ange die Genossenschaft auf die kommerziellen und industriellen Operationen aus. »*Ihr Kredit im Ausland wird solide und gross sein; und indem sie die Arbeitskraft des französischen Volkes auf ihren höchsten Wert hebt, wird sie jene Anleihen unterstützen. Auf diese Weise wird sie in allen Handelsplätzen Fonds besitzen, um nach und nach alle auf Frankreich gezogenen Wechsel auf Rechnung der französischen Kaufleute zu zahlen, die dann der Kompagnie in Assignaten zum Parikurs werden zurückzahlen können.*«

So fügt L'Ange sein System in den Lauf der revolutionären Massnahmen und in den Finanzmechanismus der Revolution selbst ein, womit es an das ganze revolutionäre Leben geknüpft ist. Und sein Gedanke bewegt sich nicht mehr in einem engen agrarischen Zirkel, das neue System erstreckt sich auf den ganzen Umfang der Produktion: die ganze menschliche Arbeit, die ganze menschliche Existenz werden durch die weite und freie Genossenschaft umgestaltet werden. Diese dreissigtausend mit einander verbundenen, einander stützenden, für einander solidarischen Zentralen der Versicherung und des Kredits werden in Wahrheit die zugleich vielfältige und einheitliche Seele der Nation, und L'Ange feiert einige ihrer Wohltaten mit fast mystischem Entzücken. Er schreibt in seiner Broschüre vom Juni: »Solidarisch verpflichtet, jeden, der es wünschen mag, gegen Stürme, Ueberschwemmungen und Feuersgefahr, und selbst gegen nächtliche Diebe zu versichern, wird jeder Speicher *ein Wachtturm, ein Hilfsdepot, ein Auge der Vorsehung sein.*« Es ist wie ein enthusiastischer Lobgesang für die Genossenschaft. Und L'Ange (dies ein anderer Zug, den er mit Fourier gemein hat) hat einen absoluten Glauben an die vollkommene und unmittelbare Wirksamkeit des Systems. Von einem Tag auf den anderen wird es grossartige Wirkungen hervorbringen. Es wird dazu genügen, dass es von allen Bürgern begriffen wird; denn wie wäre es möglich, dass sie es, wenn sie es verstehen, nicht auch sofort annehmen sollten? »*Warum kann ich nicht*, ruft er mit schmerzlichem Eifer, »*diesen Plan vor den Augen aller Franzosen auf einmal klarlegen? Warum kann man nicht die individuellen Ansichten aller Bürger zusammen einsammeln?*« L'Ange richtet sich nicht mehr, wie er es Tags vorher getan, an einen König; auch nicht an einen Mächtigen dieser Welt, an einen reichen unbekannten Wohltäter, wozu Fourier gezwungen sein wird. Es ist die Grossartigkeit der Revolution, dass hier jeder Traum jedem Menschen vorgelegt wird, dass jeder Gedanke allen anvertraut wird.

Das System L'Anges liess die Geister nicht unberührt. Es gelangten zahlreiche Einwände an ihn, und er beantwortete sie mit grosser Kraft. Man fürchtet, dass die so geschaffene Kompagnie bald den monopolisierenden Kompagnien der alten Zeit gleichen werde? Aber sie wird ja »auf die Nation gepfropft« sein und überall der Kontrolle des Volkes, den Häuptern der Familie unterstellt sein. Man glaubt, dass die reiche Bourgeoisie ihre Fonds nicht in ein Unternehmen wird stecken wollen, das für das Kapital nicht sehr lohnend sein wird, und das noch dazu die Wirkung hat, den Krämergeist zu brechen, an dem diese Bourgeoisie interessiert ist? Aber das Kapital soll nicht von einer Obligarchie kommen, sondern von der Demokratie selbst, von den kleinen Besitzern. Die acht-

zehnhundert Millionen werden von *neunhunderttausend Zeichnern* gezeichnet werden können.

Man fürchtet, dass die Lebensinteressen der Nation lärmenden Versammlungen zur Beratung unterbreitet werden würden? Aber im Gegenteil werden diese ernsthaften und substantiellen Beratungen der Familienhäupter durchweg das Beispiel der Ruhe, der Weisheit und Planmässigkeit geben: »Ihr werdet die Unannehmlichkeiten, die den Volksversammlungen anhaften, auf ihr kleinstes Mass zurückgeführt und die Vorteile im Gegenteil auf ihr höchstes Mass gehoben sehen, weil diese Versammlungen nach Sektionen werden abgehalten werden, und weil jede auf verheiratete Leute beschränkt sein wird.«

Nein, nein! Es gilt kein Zaudern mehr. Die Kommune von Lyon mache den Plan zu dem ihren und empfehle ihn mit ihrer grossen Autorität dem Konvent! Und fast im Ton eines armen, zugleich demütigen und stolzen Messias beschwört L'Ange seine Mitbürger: »Ihr werdet den Ruhm haben, diesen Krieg (der Bürgerkrieg der Interessen) zu beenden. Meine Herren, ihr werdet ihn beenden, wenn ihr dem gesetzgebenden Körper *die Mittel anbietet, die der Himmel euch durch mich anzeigt; denn in einem solchen Falle bedient er sich nicht der Grossen.*« Das ist das erste Stammeln jenes sozialistischen Messianismus, der während dreiviertel Jahrhundert in grossen und edlen Geistern fortdauern wird, und den die Dialektik von Marx auf das Proletariat übertragen wird. L'Ange riss die Kommune von Lyon nicht für sein System hin. Es war für jene Tage der heftigen Krise zu kompliziert, und es war verfrüht. Es setzte einerseits eine Erweiterung der kapitalistischen Fassungskraft voraus und andererseits einen Sinn für die Genossenschaft, die Gegenseitigkeit, der sich nur in ruhigeren Zeiten und in langsamer Entwickelung entfalten konnte.

Das Volk wird durch gröbere und einfachere Mittel, durch die unmittelbare Nutzbarmachung der Staatsgewalt behufs Festsetzung von Taxen für die notwendigen Lebensmittel oder im Notfalle sogar durch Beschlagnahme des Eigentums handeln, vor dem drückenden Elend sich schützen wollen. Die Theorie L'Anges ist ein tiefsinniger Keim der Zukunft, aber die nunmehr wirkende Kraft ist die Idee des Maximum. Unter dieser Gestalt beginnt die proletarische Forderung den Konvent zu bedrängen und gegen ihn anzustürmen. (Uebersetzt von *R. B.*)

III. Urkunden des Sozialismus.

Beschluss des Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

(Abgehalten am 31. Mai und 1. Juni 1903 in Enschede.)

Resolution betreffend den Generalstreik.

»Der Kongress,

in Erwägung, dass die jüngste Bewegung gegen das Zwangsgesetz, als eine Wirkung der Hetzerei der Regierung und der Tyrannei der Eisenbahndirectoren, der Arbeiterbewegung als Ueberraschung gekommen ist;

dass die Arbeiter, wenn sie das allgemeine Wahlrecht besessen hätten, an ihm eine Waffe gehabt hätten, sich zur Wehr zu setzen, und in diesem Fall zur Verteidigung ihre bedrohten Rechte ihre Zuflucht nicht zu einem politischen Ausstand genommen hätten;

dass sie wegen Mangels an einmütiger Klassenerkenntnis und ungenügender Organisation sich noch nicht als fähig gezeigt haben, solche grossen Bewegungen mit Erfolg durchzuführen, und dass diesen Mängeln im Laufe der Bewegung selbst nicht abzuhelfen war —

erblickt in der Ausführung des Ausstandes durch das Proletariat das bleibende und hoffnungsvolle Zeichen des Mutes und der Opferbereitschaft vieler niederländischer Arbeiter, die sich dem brutalen Angriff auf ihre unentbehrlichsten Freiheiten nicht ohne den äussersten Versuch der Gegenwehr gefallen liessen;

heisst die Haltung des Parteivorstandes gut, der sich in diesem Kampf der Fachvereine zur Aufrechterhaltung ihrer Rechte mit diesen solidarisch erklärt und dadurch den Arbeitern den Beweis geliefert hat, dass sie in den gefährdesten Augenblicken auf die sozialdemokratische Arbeiterpartei rechnen können;

er erinnert die Parteigenossen an ihre Pflicht, unter den Arbeitern die sozialdemokratische Erkenntnis und die Organisation zu stärken,

und nimmt sich vor, den Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit verdoppelter Kraft zu führen.

Beschlüsse des Parteitags der norwegischen Sozialdemokratie.

(Abgehalten zu Christiania am 29. und 30. Mai 1903.)

1. Resolution betreffend die bevorstehenden Storthingswahlen.

»Die norwegische Arbeiterpartei, die sich die Befreiung und Hebung der Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt hat, kann nur auf Grund ihres eigenen Parteiprogramms zur Wahl gehen und in taktischer Hinsicht nichts unternehmen, was geeignet sein könnte, den Zusammenschluss und die Solidarität der Arbeiter zu beeinträchtigen. Obgleich die Linke als Partei in der letzten Zeit mehr als je ihren reaktionären Charakter dokumentiert hat, will der

Parteitag dessen ungeachtet — in Rücksicht auf die bisherige Taktik der Partei — nicht dem Zusammenarbeiten mit der Linken bei der Wahl entgegentreten, wenn ein solches Angebot gemacht wird; jedoch nur unter der Bedingung, dass dabei irgend ein politischer oder sozialökonomischer Vorteil als wahrscheinlich nachgewiesen werden kann und dass unsere Partei-Organisationen an den betreffenden Orten vollständig freie Hand über ihr eigenes Wahlprogramm behalten und ihnen eine Repräsentation im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl zugesichert wird, wofür der Parteivorstand im voraus jede Abmachung über ein Zusammenarbeiten bei der Wahl sanktionieren kann. — Als auf die am nächsten liegenden Aufgaben der Gesetzgebung verweist der Parteitag auf:

1. Gesetzlicher Schutz des Vereinigungsrechts.

2. Allgemeines Wahlrecht in Staat und Kommunen, sowohl für Frauen wie Männer über 21 Jahre alt.

3. Eine Wahlordnung mit soweit wie möglich gleich grossen Wahlkreisen für je einen Abgeordneten; direkte Wahlen und Stichwahlen; Aufhebung der Wohnortsklausel und Einführung von Volksabstimmung bei wichtigeren Gesetzentwürfen.

4. Gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit.

5. Allgemeine Volkspension in Verbindung mit einer auf das Steuerwesen gestützten Krankenpflege.

6. Ersatz der Zollsteuern durch Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer, die gradweise steigend gemacht werden sollen.

7. Reform der Verhältnisse der Landbewohner dem Parteiprogramm entsprechend. — Fertigstellung aller öffentlichen Arbeiten im Lande selbst.

8. Errichtung internationaler Schiedsgerichte. Abschaffung des Militarismus und Einführung von allgemeiner Volksbewaffnung.

9. Entwickelung der Volksschule zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder. Erhöhung sowohl der Minimal- und der Maximal-Unterrichtszeit. Die Landschulen sollen auf die gleiche Höhe wie die Stadtschulen gebracht werden.

10. Aufhebung des Jagdgesetzes.« —

* * *

2. Resolution, betreffend das Unionsverhältnis mit Schweden.

»Als die norwegische Linke — veranlasst durch den Widerstand der Schweden gegen die Konsulatsfrage und durch die grossschwedischen Kriegsdrohungen — dazu überging, die Lösung der Unionsfrage zu einer Machtfrage zu machen, erhob die norwegische Arbeiterpartei Protest hiergegen. Die Rüstungspolitik, die die Folge der Taktik der Linken wurde, weckte vom ersten Augenblick an die höchste Missbilligung der Sozialdemokratie. Wir empfahlen im Gegensatz dazu eine Politik, die darauf gerichtet war, Grundlagen für eine friedliche und für Norwegen befriedigende Lösung herbeizuführen. Da nun eine solche Grundlage geschaffen zu sein scheint, begrüssen wir das mit Zufriedenheit und erklären eine fortdauernd würdige und freundschaftliche Verhandlungspolitik unterstützen zu wollen.« —

* * *

3. Beschluss über einen Gesetzentwurf betreffend gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit.

(Nach dem Bericht des »Vorwärts« — No. vom 6. Juni 1903 — hiess der Kongress hinsichtlich des Punkt 4 des vorstehenden Wahlprogramms einen Gesetzentwurf gut, dessen Hauptbestimmungen wie folgt lauten:)

§ 1. Begrenzung der Arbeitszeit auf Grund dieses Gesetzes kann entweder für das ganze Land oder auch distriktsweise stattfinden, oder auch für einzelne Stadt- oder Landgemeinden.

§ 2. Die Bestimmung über Begrenzung der Arbeitszeit in einem Gewerbe für das ganze Land oder einen Distrikt wird von dem zuständigen Regierungsdepartement getroffen; handelt es sich nur um einen Bezirk oder um eine Stadt, von der betreffenden Kommunalverwaltung.

§ 3. Begrenzung der Arbeitszeit kann auf Grund des vorstehenden Paragraphen stattfinden, wenn die Mehrheit der Arbeiter in einem Gewerbe sich dafür erklärt hat. Ehe jedoch endgültig darüber beschlossen wird, muss eine Erklärung der betreffenden Arbeitgeber eingeholt werden. Ist auch von ihnen die Mehrheit dafür, so wird die Begrenzung endgültig eingeführt. Dasselbe ist der Fall, wenn die Mehrheit der Arbeiter, nachdem sie sich einmal dafür erklärt hat, diesen Beschluss noch zweimal in Zwischenräumen von mindestens 3 Jahren wiederholt.

In den §§ 4 und 5 werden nähere Bestimmungen darüber gegeben, wie diese Abstimmungen in den einzelnen Gewerben und durch die Gewerkschaften vorgenommen werden sollen.

§ 6 bestimmt, dass die Begrenzung der Arbeitszeit bis auf acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich eingeführt werden kann, und zwar für alle Arbeit im Dienste von Arbeitgebern.

§ 7. Verlängerung der auf Grund dieses Gesetzes bestimmten Arbeitszeit kann von der Fabrik-Aufsichtsbehörde für einen kürzeren Zeitraum zugelassen werden, wenn Naturverhältnisse, Unglücksfälle oder andere unvorhergesehene Ereignisse in einem Betriebe Störungen verursachen oder zu verursachen drohen. Für die zwei ersten Tage, oder wenn es Menschenleben zu retten gilt, kann die Verlängerung auch ohne Erlaubnis der Behörde stattfinden. Ebenso wenn Reparaturen notwendig sind, die keinen Aufschub leiden, falls das sofort der Aufsichtsbehörde gemeldet wird.

§ 8. Uebertretungen der Bestimmungen über die Arbeitszeit, die auf Grund dieses Gesetzes eingeführt wurden, werden mit Geldbussen von 5 bis 1000 Kronen bestraft. —

Ein Wahlmanifest Proudhons aus dem Jahre 1848.

(Fortsetzung.)

Fünfte Verordnung. — Interessen und Dividenden der Aktiengesellschaften.

»In Betracht, dass die Aktionär-Kapitalisten, welche Mitglieder von anonymen und Kommandit-Gesellschaften zur Ausbeutung der verschiedenen Handels- und Gewerbszweige sind, ebenso wie die übrigen Bürger, von der Verminderung der Steuern und der Verringerung der Lasten, welche ehedem auf der Landwirtschaft und dem Handel ruhten, Nutzen ziehen; — dass es demgemäss gerecht ist, wenn sie ihrerseits zu dieser Entlastung durch eine entsprechende Herabsetzung der Zinsen ihrer Aktien beitragen; — dass ein anderes Verfahren nur ein unbegründetes Vorrecht zu Gunsten der genannten Aktionäre hervorrufen würde; — dass übrigens in vielen Fällen nichts leichter sein würde, als neben diesen Gesellschaften rivalisierende Unternehmungen zu begründen, die von der Tauschbank gefördert werden würden;

in Betracht des Zusammenhanges und der Gleichheit der Arten einer Gattung wird verfügt:

Die Interessen und Dividenden werden in jeder Aktiengesellschaft auf zusammen ein Prozent des eingezahlten Geldes herabgesetzt und werden nach diesem Zinsfusse, bis zur gänzlichen Rückzahlung, getilgt.

Die gegenwärtige Verordnung findet Anwendung auf alle Aktienunternehmungen zur Ausbeutung der Bergwerke, Kanäle, Eisenbahnen, Transporte, Landkutschen, Bauten, Salzwerke, chemischen Produkte, Spinnereien, Glashütten u. s. w. u. s. w. Ihre Ausführung ist der Sorge der Direktoren, Geschäftsführer, Rechnungsbeamten, Geschäftsgenossen und Inhaber von gewerblichen Aktien der genannten Gesellschaften übertragen.«

Ich frage euch, Leser, von neuem, und ich werde euch bis zum Ende fragen: wo ist hier die Beraubung? wo ist der Kommunismus? Ist dies jenes System von Aufsaugung und Ausbeutung durch den Staat, dessen Androhung eine Torheit war, dessen Verwirklichung eine Unmöglichkeit ist? Die Aktienunternehmungen an den Wohltaten des unmittelbaren Verkehrs, des gegenseitigen Kredits, ohne bares Geld und ohne Verzinsung teilnehmen lassen; die grossen und die kleinen Gewerbe, den Gross- und den Kleinhandel von dem Tribut entlasten, der sie unter der Gestalt von Diskonto, von Steuern, von Wucher erdrückt; der Arbeit Aufschwung und den Fabriken Leben geben, indem man die festen Produktionskosten ohne Unterlass herabsetzt — ist das nicht die wahre Formel des Fortschritts, die wahre Theorie der Freiheit?

Sechste Verordnung. — Hausmiete.

Das bürgerliche Gesetz hat das Vermögen in bewegliches und unbewegliches eingeteilt.

Die politische Oekonomie, welche das Vermögen nicht nach seiner äusseren Gestalt, sondern vom Gesichtspunkte der Produktion aus in das Auge fasst, wirft alles Vermögen in eine und dieselbe Klasse zusammen, unter dem Namen der Kapitalien.

Die Gleichbedeutung der Kapitalien, wenn man sie unter einander vom Standpunkte der Produktion und des Rechts betrachtet, das sie dem Eigentümer gewähren, Ertrag aus ihnen zu ziehen — fällt in die Augen, namentlich die zwischen den Häusern und den Aktien der Gewerbsgesellschaften. — Eine Aktiengesellschaft bildet sich zur Erbauung einer Strasse, eines ganzen Stadtteils, und zur Vermietung und Ausbeutung der Gebäude. Nach Artikel 518 des bürgerlichen Gesetzbuches sind diese Gebäude ihrer Natur nach Immobilien, und jeder Aktionär kann und muss demgemäss als Eigentümer von Immobilien angesehen werden. Aber nach Artikel 529 ist die Aktie, welche hier den Rechtsgrund des Eigentums ausmacht, ebenfalls ihrer Natur nach ein bewegliches Besitztum, so dass der nämliche Eigentümer mit gutem Rechte und in Bezug auf den nämlichen Gegenstand als Eigentümer von beweglichem und unbeweglichem Gut betrachtet werden kann.

Das bürgerliche Gesetzbuch enthält also, wenigstens in dem Punkte, der uns hier beschäftigt, eine verkehrte Unterscheidung, gegen welche das Handelsgesetzbuch vergebens protestiert. Die Tauschbank kommt zu statten, um dieses Missverständnis zu beseitigen.

›In Betracht‹ — so würde die Regierung erklären —, ›dass zwischen den Aktien einer zur Ausbeutung eines Bergwerkes gebildeten Gesellschaft und den Aktien einer Gesellschaft zur Erbauung eines Hauses zwischen dem in Maschinen und dem in Häusern angelegten Kapital Gleichbedeutung (Identität) obwaltet;

in Betracht, dass die Erbauung eines Gebäudes nichts anderes ist, als eine Handlung des Austausches zwischen den Baumeistern, den Steinbrechern, Maurern, Zimmerleuten, Tischlern, Gipsarbeitern, Klempnern, Ziegelbrennern, Glasern, Schlossern u. s. w. einerseits und dem Kapitalisten, der ihre Dienste erkauft, andererseits;

in Betracht, dass vermittelst der Tauschbank alle Produzenten sich als Kapitalisten ansehen können und müssen; dass es ihnen also möglich ist, im einzelnen oder in der Gesamtheit, mittels Kredits gegen Sicherstellung, Vorschüsse oder Diskonto ihrer Rechnungen u. s. w. zu erlangen und sich bequeme und wohlfeile Wohnungen zu verschaffen;

in Betracht, dass die Herabsetzung des Zinses für das Werkzeug der Cirkulation nach und nach eine entsprechende Herabsetzung an den Staatsrenten, an den Hypothekenforderungen und den Gesellschaftsaktien herbeigeführt hat; dass eine ähnliche Herabsetzung an den Zinsen der in baulichem Eigentum angelegten Kapitalien die notwendige Folge davon ist, und dass das Gegenteil eine Ungerechtigkeit wäre;

wird verfügt:

Der Betrag des Hauszinses auf dem gesamten Gebiete der Republik wird auf ein Prozent des gegenwärtigen Wertes der Häuser herabgesetzt, unter Berechnung des Betrages der Unterhaltungskosten und der Abgaben.

Es wird durch Sachverständige, nämlich durch Strassenaufseher, Baumeister und Ingenieure eine Untersuchung der Städte und Departements in Begleitung der Maires und in Gegenwart der Eigentümer veranstaltet, um den Wert der Gebäude nach dem Zustande, worin sie sich gegenwärtig befinden, zu ermitteln, das gesetzmässige Einkommen davon festzustellen und jeder Abteilung den Mietswert anzuweisen.

Der auf diese Weise festgesetzte Mietszins wird von dem Abmieter entrichtet bis zu der Liquidation und vollständigen Bezahlung des Grundstücks; alsdann wird von seiten des Staates nach einem neuen Plane für seine endgiltige Wiederherstellung gesorgt.

Die abgelaufenen Mietsverträge werden, dafern der Vermieter darauf Anspruch macht, um zwei Jahre verlängert.

Die gegenwärtige Verordnung hat gesetzliche Kraft vom 24. Februar 1848 an. Ihre Ausführung wird der Sorge der Abmieter anvertraut, welche sämtlich der Tauschbank beitreten müssen, bei Strafe, der Wohltaten der gegenwärtigen Verordnung verlustig zu gehen.

Die Eigentümer, welche den Statuten der Tauschbank nicht beitreten, können ebensowenig wie die anderen einen höheren Mietszins verlangen, als er durch die Protokolle der Sachverständigen festgesetzt ist; ausserdem aber können sie auch die Bezahlung des Mietszinses in barem Gelde nur zum Betrage der Hälfte verlangen.

Den Abmietern werden die Mietszinssummen, die sie für die vom 24. Februar 1848 bis zum Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung verflossene Zeit z u v i e l bezahlt haben, zu gute gerechnet.«

Diese Verfügung spricht für sich selbst und bedarf keiner Rechtfertigung.

Von 400 000 Handeltreibenden, Kaufleuten, Fabrikanten, Arbeitern, Produzenten aller Art, Reisenden, Rentenbesitzern u. s. w., welche im Seine-Departement wohnen, sind noch nicht 15 000 Hauseigentümer, also noch nicht einer auf dreissig. Handelte es sich um Opfer, die dem allgemeinen Interesse zu bringen wären, so könnte man gewiss nicht der Verordnung den Vorwurf machen, dass sie die grosse Masse zu Gunsten einiger Wenigen benachteilige, wie das so häufig in Budgetangelegenheiten geschieht. Weit entfernt! es würde nur eine unmerkliche Minderheit dem Interesse der ungeheuren Mehrheit geopfert.

Allein es handelt sich hier gar nicht um Opfer, es handelt sich bloss um Gerechtigkeit.

Das in Gebäuden bestehende Eigentum setzt nicht mehr sein Pumpwerk, seine Saugkräfte gegen die Produktion fort, sondern es nimmt nicht mehr vorweg, als seine eigene Tilgungsquote. Der Mietszins geht überall um 5 bis 30 Prozent herab, die ganze Bevölkerung wird von einer ungeheuren Last befreit, und der Eigentümer hat sich ebensowenig zu beklagen, als der Kapitalist, der Renteninhaber, der Aktienbesitzer. Wie jedermann, so zieht auch er Vorteil von der allgemeinen Wohlfeilheit; folgerichtig muss er denn auch, wie jedermann, insoweit es ihn trifft, sich den Wirkungen der Konkurrenz unterwerfen, welche der Tauschverkehr auf das Kapital äussert.

Glaubt ihr denn, Bürger, dass eure Angelegenheiten schlechter gehen würden, wenn morgenden Tages der Gesetzgeber — indem er euch zugleich den Kredit und den Absatz wieder öffnete und euch eine ungeheure Herabsetzung des Preises aller Dinge zu teil werden liesse —, euch mitteilte, dass ihr vom 24. Februar ab anstatt zwölf Monate Mietszins, die ihr alljährlich zu bezahlen habt, nur acht bezahlen sollt? Diese Herabsetzung, die über euch käme, wie eine Erfrischung über einen Kranken, würde sie euch in dieser entsetzlichen Krise nicht einen unermesslichen Beistand gewähren? Würdet ihr euch in Gütergemeinschaft mit den Ikariern, den Phalansteriern, den Gleichheitsmachern glauben, weil ihr, wie sie, eine Verminderung des Mietszinses geniesst? Würdet ihr sagen, dies sei der Verfall Frankreichs, das Zeichen zum Bankerott und zum Untergange des Landes? Würdet ihr etwa dieser Freigebigkeit der Tauschbank eine Erhöhung eurer Patentsteuer, eurer Personal-, Mobiliar-, Mietssteuer mit all den Quälereien einer dynastischen

Restauration vorziehen? Glaubet mir: diejenigen, welche das Eigentum angreifen, welche wissen, was sie angreifen und was sie verteidigen, wollen nichts anderes, als die Freiheit der Arbeit durch die Abschaffung des Kapitalzinses.

Siebente Verordnung. — Pachtzins oder Grundrente.

Wenn die Reform der Abgaben und Zölle, die auf der Produktion lasten, die Cirkulation hemmen, den Verbrauch unmöglich machen, in weiter Ausdehnung eingeführt ist, und zwar 1. durch die Herabsetzung des Diskonto von acht auf ein Prozent, 2. durch die Rückzahlung der öffentlichen Schuld, 3. durch die Abtragung oder Umwandlung der Hypothekenschuld, 4. durch den Nachlass an fälligen Zahlungen, 5. durch die Festsetzung von einem Prozent an Zinsen und Dividenden bei den Aktiengesellschaften, 6. durch die Feststellung des Mietszinses: alsdann ist der Augenblick gekommen, auch den Betrag der landwirtschaftlichen Pacht herabzusetzen, die Grundrente zu beseitigen, mit einem Worte, den Boden loszukaufen, das Eigentum zurückzuerstatten.

Die Rückerstattung des Eigentums ist die notwendige, unausweichliche Folge eines auf die Abwesenheit des baren Geldes und die Nullität des Zinses gebauten Kreditsystems.

Es darf weder der Pächter in einer schlimmeren Lage gelassen werden, als die des Handeltreibenden und Gewerbsmannes ist, noch darf der Grundeigentümer eine Bevorzugung festhalten, die fortan mit der allgemeinen Oekonomie unvereinbar wäre, noch darf das Land es dulden, dass der Landbau noch länger dem Elend der Teilbauwirtschaft, den Zufälligkeiten der kleinen Feldwirtschaft, dem Gutdünken des Herkommens überlassen bleibt.

Ohne also der ferneren Organisation des Ackerbaus vorgreifen zu wollen und in ausschliesslicher Beschränkung auf die Uebergangszeit würde ich vorschlagen, durch ein Gesetz zu bestimmen:

> dass die Pacht für Ländereien, Wiesen, Weinberge u. s. w. aller Art um 25 Prozent nach dem Durchschnitte der letzten zwanzig Jahre herabgesetzt wird;
>
> dass die Pachtverträge, wenn der Pächter darauf Anspruch macht, um drei Jahre verlängert werden;
>
> dass der Wert des in Pacht gegebenen Eigentums zu berechnen ist, indem man den festgesetzten Pachtbetrag als x Prozent vom Kapital annimmt;
>
> dass, sobald durch die Anhäufung der jährlichen Abzahlungen der Eigentümer den Vollwert seines Grundstückes zurückerhalten hat, noch durch eine Prämie von 20 Prozent als Entschädigung vermehrt, das Eigentum an die Central-Ackerbaugesellschaft zurückfällt, die den Auftrag hat, durch Zweiggesellschaften für die Organisation der Landwirtschaft Sorge zu tragen;
>
> dass die Verpflichtung zum Landbau die unerlässliche Bedingung des Eigentums an ländlichen Grundstücken ist, und dass daher alles nicht bebaute Land der erwähnten Gesellschaft anheimfällt;
>
> dass die jetzt fälligen Pachtzinsen halb in Tauschbankbillets, halb in barem Gelde, dafern die Pächter darauf Anspruch machen, bezahlt werden;
>
> dass nach erfolgter Deckung und Rückzahlung des Vollwertes die bisherigen Eigentümer, und nächst ihnen die Pächter, den Vorrang für Verwaltung und Bewirtschaftung des Grundstückes haben;
>
> dass die Ausführung dieses Gesetzes der Fürsorge der dabei Beteiligten anvertraut wird. —

Was hat dieses Verfahren des Rückkaufes, das unvermeidlich wird durch die Unmittelbarkeit des Tauschverkehrs und durch die daraus hervorgehenden Folgen, der Verruf der Münze, die Entwertung des baren Geldes, die Aufhebung der vorweg erhobenen Abgaben vom Kapital, die Rückzahlung der öffentlichen Schuld, die Abschaffung des Hypothekenwuchers, das neue Gebäudesystem — was, sag' ich, hat jene Rückkaufung des Grundes und Bodens, deren einziger Zweck ist, den Landwirtschaftsbetrieb zu centralisieren und die verschiedenen Abteilungen des Landes in eine Gesamthaftung (Solidarität)

zu bringen, ohne der Freiheit oder der Verantwortlichkeit des Ackerbauers das mindeste zu entziehen — was hat jener Rückkauf mit der Gütergemeinschaft und dem agrarischen Gesetze gemein? Was kann die Familie davon zu fürchten haben? Was kann das Prinzip des Erbrechtes, das Recht der Testamentserrichtung dabei leiden?

Wollt ihr, dass der Ackerbau seine Erzeugnisse verdoppelt? Wollt ihr euren Arbeitern das Brot, das Fleisch, die Getränke, mit einem Worte, alle Gegenstände des Verbrauches zu billigem Preise geben?

Schafft die Steuern ab, die den Landmann erdrücken, organisiert den landwirtschaftlichen Kredit durch die Tauschbank und centralisiert die Ausbeutung des Grundes und Bodens durch den Rückkauf. Dann werdet ihr die Arme sich von selbst der Landwirtschaft wieder zuwenden sehen: der Landmann, froh, in freier Luft und freier Sonne zu leben, wird nicht das Dunkel unserer Städte aufsuchen. Dann werdet ihr das Gleichgewicht zwischen den Verrichtungen, zwischen den Produkten, zwischen den Besitztümern haben. Ihr werdet begreifen, dass das auf solche Weise auf seinen richtigen Masstab zurückgeführte Eigentum nichts anderes ist, als das Recht des Verbrauchs; und ohne mehr Kommunist zu sein, als ich, werdet ihr mit mir dahin übereinstimmen, dass das Eigentum, die im Namen des Kapitals erhobene Steuer, das letzte der feudalen Rechte, dass es ein Diebstahl ist.

O, ihr von der Bergpartei, die ihr stets nur Absichten, aber niemals eine Idee gehabt habt, lernt doch endlich euer Geschäft als Revolutionäre! Ihr sucht die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit! Ihr wollt die Arbeit organisieren! Und ihr habt kein anderes Werkzeug, als die Gewalt, keine andere Autorität, als die Diktatur, kein anderes Prinzip, als den Schrecken, keine andere Theorie, als die Bajonette!... Vom 25. Februar bis zum 23. April waret ihr im Besitze der Gewalt, und ihr habt sie nur anzuwenden gewusst, um sie zu verderben. Ihr wolltet das Kapital treffen, und eure althergebrachte Sucht nach Vermehrung der Staatseinkünfte hat nur die Arbeit zu treffen verstanden. Ihr wusstet nicht, wo ihr das Kapital fassen solltet. Ihr standet vor ihm, wie eine nach Blut dürstende Meute vor einem Stachelschweine. Trauet nur ein einziges Mal einem Manne vom Fach. Organisiert den Austausch, den unmittelbaren Austausch ohne bares Geld, ohne Zinsen, und alle jene Abgaben, welche den Umlauf hindern, alle jene Steuern, die unter tausend Gestalten den Vorteil der puren Schmarotzerei des sozialen Reichtumes im Auge haben, werden für immer fallen. Anstatt den Zöllner in seinem Geldkasten anzugreifen, greift ihn in seiner Industrie an. Reisst die Schranken nieder, entfesselt die Arme des Arbeiters, schneidet die Bevorzugungen weg, entreisst die Lebensmittel dem Monopol, und dann lasst den Produzenten sich seines Erzeugnisses erfreuen, lasset ihn nach seiner Willkür über die Frucht seiner Arbeit und seiner Industrie verfügen. Lasset gehen, lasset geschehen, gebt Raum der Freiheit: das Uebrige wird euch als Zugabe von selbst zu teil werden.

Ist es denn so schwer zu begreifen, dass durch das Geld, durch jene verhängnisvolle Kette der baren Münze, die Arbeit dem Kapital unterjocht, die Gesellschaft materialisiert worden ist? Dass, wenn einmal die Arbeit, wie der Gedanke, durch die Organisation des Austausches befreit worden ist, alle Ursachen der Ungleichheit, alle Erschütterungen, alle Monopole verschwinden? Dass die Lösung dieses ersten Problems uns den Schlüssel zu allen übrigen gibt, von dem Problem der Steuer bis zu dem des Wertes, von dem Problem der Souveränität bis zu dem der Sicherheit?

Wenn vermöge einer Organisation, die der gesunde Sinn verlangt, die Theorie billigt, die Erfahrung bestätigt, der Austausch der Produkte gegen die Produkte auf eine direkte Weise, ohne Vermittelung und Vorwegnahme vor sich ginge, so würde die Gegenseitigkeit des Kredits als Kapital arbeiten, als unerschöpfliches und zinsenfreies Kapital, und sonach würde die Cirkulation nicht eine Auflage von 400 Millionen auf ihren Diskonto zu tragen haben, und der Finanzwucher wäre unmöglich.

Da der Staat seine Einkünfte unentgeltlich diskontieren könnte, so wäre er nicht in der Notwendigkeit, seine Schulden bis ins Unendliche zu ver-

mehren und 400 Millionen Renten zu zahlen, und der Budgetwucher wäre unmöglich.

Die Gewerbtätigkeit und die Landwirtschaft fänden Fonds zu höchstens einem Prozent, einschliesslich der Kosten; sie würden also nicht unter einer bleibenden und immer mehr anwachsenden Schuld von 14 Milliarden erdrückt, und der Hypothekenwucher wäre unmöglich.

Die Aktiengesellschaften hätten an sämtlichen Zinsen und Dividenden nicht mehr als ein Prozent zu bezahlen, sie gewännen also einen neuen Aufschwung und würden das Land in den Besitz aller in ihren Programmen angekündigten Wohltaten setzen, und der Aktienwucher wäre unmöglich.

Die Bewohner der Städte wie des flachen Landes würden, vermöge der Leichtigkeit des Erbauens, ihre Mietszinsen um 50 und 80 Prozent erniedrigt sehen, sie könnten also ihre Häuser erneuern, verschönern, und der Mietswucher wäre unmöglich.

Der Pächter würde, da er dem bei Strafe des Verlustes des Eigentums zum Ausbeuten oder Ausbeutenlassen gesetzlich genötigten Eigentümer den Kauf aufsagen könnte, eine Herabsetzung des Pachtes um ein Dritteil, die Hälfte, drei Viertel erlangen, und der Ländereienwucher wäre unmöglich.

Und da die Abschaffung des Wuchers allen gemeinsam wäre, dem Kapital besitzenden Bankier, dem Inhaber von Staatsrenten, dem Hypothekengläubiger, dem Aktienbesitzer, dem Eigentümer von Häusern und Grundstücken; da jeder von ihnen, gleich allen übrigen, von der Wohlfeilheit, die für alle Produkte daraus entspringt, Nutzen haben würde; da übrigens die Beseitigung der auf der Cirkulation lastenden Zinsen und Steuern unmittelbare Rückzahlung durch allmähliche Tilgung aller auf Wucherzins ausgeliehenen Kapitale nach sich ziehen müsste: so würde die Tauschbank, indem sie den Arbeiter in den Genuss seiner unbestreitbaren Rechte einsetzt, dem Kapitalisten keinen Bankerott verursachen, niemanden zu Grunde richten.

Ist also der Wucherzins, oder, wenn man will, der dem Kapital entrichtete Zins in dem Diskonto, der Rente, dem Grundkredit, der Gewerbsgesellschaft, dem Mietszins und der Pacht beseitigt, so ist jede andere Art von Privilegium, Aemterhäufung, Monopol, Gehalt, Sinekure oder Schmarotzerei fortan ohne Rechtfertigungsgrund und wird schlechthin unmöglich.

Die Maut (Zöllnerei) zum Beispiel würde unmöglich: die 25 Millionen, die sie alljährlich kostet, würden erspart, und der Schleichhandel wäre kein Verbrechen mehr, denn es gäbe alsdann keinen Schleichhandel. In der Tat, wenn die Nationalproduktion an allgemeinen Cirkulationskosten, hypothekarischen Darlehen, Steuern, Miets- und Pachtzinsen, gewerbsgesellschaftlichem Aufwande um mehr als 3 Milliarden 200 Millionen erleichtert wird, oder meinetwegen um etwa 30 Prozent, so würde sie von der auswärtigen Konkurrenz nichts mehr zu fürchten haben. Da unsere Einfuhr sämtlich in Tauschbankpapieren, d. h. in Produkten bezahlt würde, so hätte unser Kapital auf alle Fälle nicht mehr zu besorgen, dass es durch den Wucher von aussen benachteiligt würde, und seine Unverletzlichkeit wäre sichergestellt. Das Problem der Ausgleichung (Bilanz) im Handel wäre damit gelöst. Uebrigens hätten die Mauthbeamten von der Reform nichts für ihr Bestehen zu befürchten; der Handel, der Ackerbau und die Gewerbe, blühender als jemals, würden sie bald absorbiert haben.

Mit der Maut müssten alle ähnlichen Zölle, als Schiffahrtszölle, Cirkulationsabgaben, Transit, Accise u. s. w., ebenmässig abgeschafft oder in umfassender Weise herabgesetzt werden. Dies würde der Gegenstand einer

Achten Verordnung

sein, die ich in ihrer Ausführung den der Schlaffheit gegen die Maut am wenigsten verdächtigen Bürgern, den Freihändlern, anvertraut wissen möchte.

(Schluss folgt.)

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

23. Mai 1903.

Am vierzigsten Geburtstag. — Otto Lang, Wirtschaftliche und politische Wandlungen in der Schweiz. — Adolf Braun, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft. — K. Kautsky, Klasseninteresse, — Sonderinteresse, — Gemeininteresse. — Emanuel Wurm, Sozialpolitische Umschau. — German Avé-Lallemant, Europäischer Imperialismus in Südamerika. — Literarische Rundschau.

30. Mai 1903.

Zur Wahltaktik der Bourgeoisie. — K. Kautsky, Klasseninteresse, — Sonderinteresse, — Gemeininteresse. — Rudolf Hilferding, Der Funktionswechsel des Schutzzolls. — Herrmann Fleissner, Eine neue Aera der deutschen Konsumgenossenschaften. — Emil Vandervelde, Die Erziehung durch die Stadt. — Literarische Rundschau.

6. Juni 1903.

Zur Wahltaktik des Proletariats. — M. Beer, Der britische Zollverein. — Paul Lange, Die Lage des Gastwirtsgewerbes. — Karl Kautsky, Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage. — Die letzte Volkszählung im Deutschen Reiche. — Henriette Fürth, Der Handarbeitsunterricht und die Erziehung. — Literarische Rundschau. — Notizen.

13. Juni 1903.

Vor Toresschluss. — Gustav Bang, Gross- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. — Wilhelm Liebknecht, Der Arbeitsvertrag. — Dr. Ludwig Teleky, Der Kampf gegen die Tuberkulose. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Juni 1903.

Paul Kampffmeyer, Neuer Wind in den Segeln der Sozialdemokratie. — Eduard Bernstein, Der neueste Jahresbericht des englischen Maschinenbauerverbandes und seine Moral. — Wilhelm Düwell, Die Wurmkrankheit, eine ernste Gefahr für unsere Bergarbeiterschaft. — Robert Schmidt, Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen. — Heinrich Peus, Die Genossenschaften und die Reichstagswahlen. — Henriette Fürth, Die Frauen und die Reichstagswahlen. — Leonhard Levison, Zur Theorie der Krisen. — Dr. Gustav Kühl, Edvard Munch. — Dr. Friedrich Hertz, Heinrich Driesmans Rassentheorie. — Adele Schreiber, Ein Dichter des jüdischen Proletariats. — Rundschau, Politik, Wirtschaft, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialwissenschaften, Bücher, Revüen.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Juni 1903.

A. Millerand, L'organisation ouvrière. — Raffaele Majetti, Le phénomène Magnaud. — Eugène Fournière, Les systèmes socia-

listes (De Saint-Simon à Proudhon) (suite). — Edgard Milhaud, Introduction à une critique de l'économie politique (Document inédit par K. Marx). — Edouard de Morsier, Le Théâtre social de Brieux. — Adrien Veber, Mouvement social. — Chr. Cornélissen, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Mai 1903.

John Spargo, Le problème des Trusts aux Etats-Unis. — H. van Kol, L'Algérie et la Politique coloniale. — Etienne Buisson, Sur les Coopérativès Socialistes. — Charles Guieysse, Explications. — Parvus, Le Tsar Reformateur. — Les Syndicats ouvriers. — Bibliographie. — L'Art, la Littérature.

1. Juni 1903.

Karl Kautsky, Proletariat et lutte de classe. — Edouard Dolléans, La revolution et le droit ouvrier. — Jean Longuet, Après la grace de Millerand. — H. Lagardelle, Illusions tenaces. — André Morizet, France: La politique anticléricale. — K. Kautsky, Allemagne: La lutte électorale. — Gustave Eckstein, Japon: Le premier congrès socialiste. — Les Syndicats ouvriers. — Les grèves. — Bibliographie. — L'Art, la Littérature.

L'Avenir Social, Brüssel.

Juni 1903.

Louis Bertrand, L'augmentation des prix du betail et de la viande. — Les Elections en Espagne. — V. S. Mouvement ouvrier et socialiste internationale; Bulletin Syndical. — Bulletin Cooperatif. — Le Mouvement Communal.

The Social-Democrat, London.

Editorial Breveties. — H. W. Lee, A Socialist on Liberalism and Labour. — Henriette Roland Holst, A word to the women of the working classes. — The socialist, social reform and labour movement in the english speaking world outside the United Kingdom. — A. Hickmott, Poem. To live. — Dora Montefiore, Republics versus women by Mrs. Trimble Wolsey. — The malady of the poor. — Clericalism and the socialist attitude thereto. — The Reviews. — Comtism and Marxism.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

16. Mai—1. Juni 1903.

Garcia Cassola, Il bilancio della guerra e il partito radicale. — Prof. Bonardi e prof. de Luca, Ultime schermaglie su Mazzini e il socialismo. — La Critica Sociale, Abdicazioni. — Prof. Ricchieri, La postilla d'un geografo di professione alla polemica sui serbatoi nella Colonia Eritrea. — Carlo Petrocchi, Le presenti condizioni dell'emigrazione italiana. — Angelo Crespi, Vilfredo pareto e Giorgio Sorel. — Cammareri Scurti, Organizzazione e politica del lavoro nella organizzazione sociale dei consumi. — Rodolfo Mondolfo, Ancora a proposito di refezione scolastica. — F. Niccolini, Provincie o regioni? — Politica municipale. — Filosofia, letteratura e varietà.

16. Juni 1903.

La Critica Sociale. L'Estrema Sinistra arbitra: E possibile un Governo riformatore? — Adolfo Zerboglio, Propaganda inutile. — Dott. Carlo Petrocchi, Le presenti condizioni dell'emigrazione italiana: III. La legge sull'emigrazione. — Luigi Negro, Un chiarimento necessario. — Attilio Cabiato e Luigi Einaudi, L'ultima risposta al prof. Masé-Dari. — Angelo Crespi, Un poeta retico.



Il Socialismo, Rom.

10. Juni 1903.

Karl Kautsky, Gli slavi e la rivoluzione. — Gino Trespioli, Per una nuova circoscrizione dei collegi politici. — M. Popowitsch, Il congresso nazionale socialista ungherese. — H. Quelch, Il movimento operaio in Inghilterra. — L. Olberg, Annuario dei progressi dell'igiene sociale e della demografia. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e carricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Juni 1903.

David Wijnkoop, Ferdinand Lassalle en de oprichting der duitsche Arbeiders Partij. — K. van der Veer, De iersche Landquaestie. — H. Spiekman, Minister Kuyper's nieuwe arbeidwet. — F. van der Goes, Van Eeden over Troelstra.

Akademie, Prag.

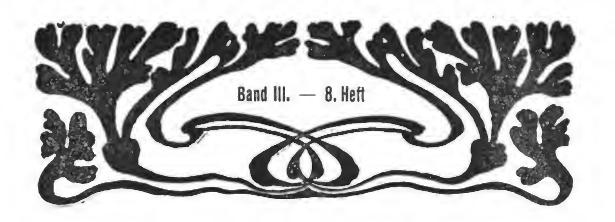
Juni 1903.

Prof. Dr. Schoener, Sociálni pomery v Italii. — Jean Jaurès, Socialism a mezinárodni politika. — J. J., Západ proti vychodu. — Fr. Modrácek, Nekolik poznámek k mému spisku o Husovi. — Verus, Vojenská revoluce v Srbsku. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecka a literárni.

Przedswit, Krakau.

Dwa zjazdy. — Po uchwaleniu taryfy celnej. — Z powodu odezwy bialoruskiej. — Ze wspomnien wygnanca. — Nowy program socyalnej demekracyi rosyjskiej. — Z kraju i o kraju. — Korespondencye. — Bibliografia. — Luzne notatki.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

*, *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines **Arbeiters.** Herausgegeben und mit einem Geleitwort versehen von Paul Göhre. Leipzig 1903. Eugen Diederichs. 390 S. 8°. Preis: br. 4 Mk. 50 Pf.

In schlichter, zuweilen sogar monotoner Darstellung und in einer an alte Chroniken mahnenden Sprache schildert hier ein Arbeiter seinen Lebenslauf, von dem der Herausgeber in seinem Geleitwort nicht mit Unrecht bemerkt, dass er das Schicksal von Tausenden und Abertausenden Deutscher greifbar und ergreifend veranschaulicht, die »um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts als Zugehörige des kleinen Mittelstands geboren, mit dem sinkenden Handwerk allesamt in die Niederungen des heimatlosen, besitzlosen Industrie- und Massenmenschentums versanken.« Dabei ist sich aber der Schreiber offenbar garnicht dessen bewusst, dass er in seinem Leben die typischen Züge des Lebens ganzer Bevölkerungsschichten vorführt; es liegt ihm ganz fern, aus ihm verallgemeinernde soziale Schlüsse abzuleiten, er fühlt sich durchaus nicht als Vertreter einer entwickelungsfähigen, zu einer Entwickelung berufenen Klasse. Sein Geist haftet durchaus noch am Individuellen, die gesellschaftlichen Unterschiede sind ihm teils bloss persönliche, teils solche des Standes im alten, spätmittelalterlichen Sinne des Wortes. Kein Wort in seiner Lebensgeschichte erzählt, kein Ausdruck, keine Wendung, kein mitgeteilter Gedanke verraten etwas von einer auch noch so schwachen Beeinflussung durch die erwachende moderne Arbeiterbewegung: eintönig wie sein äusseres Leben ist auch seine Gedankenwelt. Was er sieht, sieht er klar und scharf, aber sein Blick bleibt am nächsten haften, es fehlt ihm jede, den Gesichtskreis eweiternde Perspektive. Auch sein persönliches Streben ist gering, endlose Jahre arbeitet er als Steinformer in einer, zu einem Stahlwerke gehörenden Brennerei, an eine öde, abrackernde Arbeit gekettet, in der Tretmühle eines Stücklohnsystems, wo Mehrleistung und darauffolgende Herabsetzung des Stücklohns in trostlosem Einerlei sich wiederholen. Wir sehen ihn unter dem System leiden, aber obwohl er weder Frau noch Kind hat, erträgt er es fast sechzehn Jahre, bis er, von ewigem Reissen heimgesucht, die Unmöglichkeit vor sich sieht, es bei ihm auch nur zu Einkommen zu bringen, das ihm neben den Ausgaben für Kost und Logis noch Geld für Anschaffung von Kleidung etc. lässt. Da packt ihn schliesslich die Verzweiflung und er entschliesst sich, das Werk zu verlassen; aber sogar der Mut, selbst zu kündigen, fehlt ihm, und er provoziert lieber durch einen lärmenden Protestruf seine Entlassung. Bibelgläubig hatte er Gott um Rat angerufen, und der hatte ihm schliesslich eines Nachts gesagt:

»Wenn du heute nach deiner Arbeit kommst, und siehest den Meister, so spreche seinen Namen aus und nimm die Form und spanne sie auf den Tisch und rufe laut aus: Hier Schwert des Herrn und Gideon! Ich will monatlich über hundert Mark verdienen! Hier ist keine Ordnung! Hier

muss man ja bei der Arbeit verrecken! Wenn du solches tust, so will ich mit dir sein.«

Tats, erhielt die Kündigung. »Da wich mit einem Male die schreckliche, jahrelange Spannung von mir. Ich fühlte mich ganz plötzlich frei und leicht und wohl, und merkte, dass der Herr mit mir war und dass ich hier nicht kaput gehen sollte.« (S. 376.) Wie ihm dann die schriftliche Kündigung mit der Unterschrift eines der Direktoren zugeht, beschliesst er, auch diesem noch seine Meinung zu sagen, und mit der Beschreibung der Art, wie er dies nach Ueberwindung von allerhand Umständlichkeiten ausführt und dabei von Maurern, die in der Nähe arbeiten, mit eigenartigen Beifallsbezeugungen begleitet wird, schliesst das Buch.

Es liegt ein trauriger Zug auf ihm. Unwillkürlich stieg uns beim Lesen wiederholt die Erinnerung an die Schilderungen aus seinem Wanderleben als Handwerksbursche auf, die vor einer Reihe von Jahren der viel zu früh verstorbene langjährige Vertreter der Arbeiterschaft Nürnbergs, Karl Grillenberger, in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichte. Welch sonniger, lachender Humor durchwehte jene Schilderungen, obwohl auch sie nicht nur Heiteres erzählten. Hier blitzt nur selten ein Funken humoristischer Betrachtungsweise auf. Nicht nur, dass die trübe Jugend, die der Schreiber in seiner schlesischen Heimat durchlebt hat, wo harte Not und ein harter Vater die Lebensfreude in ihm nicht aufkommen lassen, ihren Schatten auf sein ganzes späteres Leben wirft und wohl auch die Hauptursache ist, weshalb er trotz einer, den Durchschnitt seiner Kollegen überragenden geistigen Erziehung es doch an jeder geistigen Initiative fehlen liess, drückt auch offenbar der Umstand auf ihn, dass er nach Aufgeben des erlernten Handwerks — der Bäckerei — in die Schicht der ungelernten oder richtiger deklassierten Arbeiter gerät und dort verbleibt. Wohl fehlt es auch den Deklassierten nicht an Witz, der sich z. B. in der S. 312 erzählten Unterhaltung darüber äussert, was eigentlich die Ingenieure den ganzen Tag über auf ihren Bureaus machten, wo dann ein Arbeiter erklärt, die Herren legten Eier, ein anderer ihn verbessert, sie brüteten Eier aus, und ein dritter die grösste Heiterkeit mit der Bemerkung erzielt, sie untersuchten Eier; aber zu einer wahrhaft humoristischen Denkweise lässt es der Mangel an einem erhebenden Ausblick nicht kommen. Es ist eben die Klasse der Proletarier unter den Proletariern, mit denen wir es zu tun haben. Karl Grillenberger war als Schlosser Angehöriger eines zunächst selbst in der Fabrik sich hebenden Handwerks, Karl Fischer, der Verfasser dieser Denkwürdigkeiten und Erinnerungen, aber erzählt uns: Wir (Stein-) Former und Tagelöhner waren die verachtetsten Arbeiter auf dem Werk und die Schlosser nebst anderen Vornehmgesinnten nannten uns höhnisch ‚Pottbäcker' und die Steinfabrik ‚Pottbäckerei'!« (S. 312.) Und als einmal bei der Lohnauszahlung die Arbeiter der mechanischen Werkstatt mit ihrem Meister später kamen als die Steinarbeiter, mussten diese mit ihrem Meister aus der Zahlbude, in die sie schon eingetreten waren, wieder heraus und den Aristokraten der Arbeit den Vortritt lassen. Der Meister war darob sehr verstimmt, die Arbeiter aber trösteten ihn mit ironischen Bemerkungen über ihre »vornehmen« Kollegen, wie: »Die Schlosser haben mehr Hunger wie wir«.

Konnte man bei den erwähnten Lebenserinnerungen Karl Grillenbergers oft glauben, ein Werk der Meister des Humors, wie Daudet, Dickens, Gottfried Kellers vor sich zu haben, so sind die vorliegenden Denkwürdigkeiten mehr im Geist des Meisters des sozialen Naturalismus, Zolas, verfasst. Sicher hat der Verfasser hier und da seine Vorbehalte gemacht und manche seiner kleinen Sünden übertuscht, wie denn z. B. von seinem Geschlechtsleben nie auch nur andeutend die Rede ist. Aber der Grundzug seines Buches bleibt doch eine aussergewöhnliche Wahrhaftigkeit. Es ist nackte, schmucklose Wahrheit, die uns da entgegentritt, Wahrheit, durch keinerlei persönliche oder soziale Tendenz einseitig zugespitzt. Wir sehen den Verfasser leiden, aber wir [illegible] ihn nicht klagen, wir sehen, wie er lebt, wir lernen seine Umgebung, die [illegible] drücke kennen, die auf ihn wirken, aber er enthält sich der Gefühlsergi[illegible] der Betrachtungen darüber, er schildert sein Ich, aber er hebt es nic[illegible] seiner Umgebung heraus, es ist in Wahrheit eine Geschichte ohne [illegible] die er uns liefert.

Der Herausgeber hat die Sprechweise, den ungekünstelten Satzbau des Verfassers nach Möglichkeit treu bewahrt, indem er das »in einem Fluss, ohne Kapitelteilung, ohne Ueberschriften, ja fast ohne Absätze« niedergeschriebene Manuskript nur insoweit bearbeitete, als nötig war, um ein Buch daraus zu machen. Mit Rücksicht auf den Umfang sind Teile des Manuskripts, die die ersten und späteren Handwerksburschenreisen, sowie das Krankenhausleben des jetzt über sechzigjährigen Verfassers behandeln, behufs etwaiger späterer Veröffentlichung beiseite gelassen. Ueber letzteres wäre es Abgeschmacktheit, zu rechten, für ersteres wird man ihm nur höchste Anerkennung zollen und es als ein wahres Glück bezeichnen dürfen, dass das Manuskript gerade in seine Hände fiel. Grösseres Verständnis für seinen sozialpolitischen Wert, liebevolleres Empfinden für das aus ihm sprechende Stück Volksseele, feinere Würdigung seiner sprachlichen Reize, als wie sie uns im Vorwort entgegentreten, würden sich in gleicher Vereinigung schwerlich finden lassen. Mit diesem Geleitwort ist das Buch sicher, überall erkannt und verstanden zu werden als ein bedeutsames kulturhistorisches Denkmal, gleich interessant für den Sozialwissenschaftler, wie für den Literarhistoriker, gleich lesenswert für jeden, der da wissen will, wie das Volk in seinen verschiedenen Schichten zu einer bestimmten Zeit gearbeitet, gelebt, gedacht und gesprochen hat.

* . * **Antworten auf sozialdemokratische Schlagwörter.** M.-Gladbach 1903. Verlag der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. 104 S. 8⁰. Preis: 40 Pf.

Eine vornehmlich für den Gebrauch von Versammlungsrednern abgefasste Flugschrift zur Verteidigung der Zentrumspartei gegen die an dieser von der Sozialdemokratie geübten Kritik. Die Antworten sind in folgende vier Gruppen eingeteilt: I. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung; II. Wahlrecht und Koalitionsfreiheit; III. Zölle, Steuern, Heer, Flotte; Sozialdemokratie und Religion. In der Hauptsache wird gesucht, den Vorwurf zu widerlegen, dass die Zentrumspartei aus Gleichgiltigkeit, falschem Opportunismus oder Rücksichten auf besitzende Klassen die Interessen der Arbeiter teils ungenügend wahrgenommen und teils direkt verraten habe, wobei dann gern der Spiess umgekehrt und der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, dass ihre Vertreter durch die Politik des Alles oder Nichts und auf ihr beruhende taktische Fehler das Zustandekommen von Reformen in der Gesetzgebung teils gefährdet und teils sogar verhindert hätten. Die Beweisführung ist nicht ungeschickt, so dass der Ununterrichtete leicht von ihr gefangen genommen wird, zumal der Verfasser der Schrift recht skrupellos mit unbelegten Zitaten operiert und gelegentlich sogar nicht davor zurückschreckt, ganz unbewiesene verdächtigende Behauptungen in die Welt zu setzen. So wird u. a. auf S. 73 mit deutlicher Absicht die Behauptung aufgestellt, dass der Handelsvertragsverein Arbeiter für den Zweck g e k a u f t habe, »das ‚Brotwuchergeschrei' zu entfesseln und zu nähren.« Wenn nun auch — wie wir, um billig zu sein, zugeben wollen — sozialistischerseits die Zentrumspartei hier und da etwas zu schwarz gemalt sein mag, so kann dies doch niemals solche und ähnliche Verdächtigungen rechtfertigen.

* . * **Ist das Zentrum arbeiterfeindlich?** Eine Antwort auf sozialdemokratische Angriffe, unter besonderer Berücksichtigung der Broschüre von G u s t a v H o c h : »Worte und Taten des arbeiterfeindlichen Zentrums«. (Soziale Tages-Fragen, 26. Heft.) M.-Gladbach 1903. Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. 80 S. 8⁰. Preis: 30 Pf.

Ist eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle notwendig? (Soziale Tages-Fragen, 25. Heft.) M.-Gladbach 1902. Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. 128 S. 8⁰. Preis: 50 Pf.

Von diesen beiden Schriften ist ziemlich dasselbe zu sagen, wie von der oben besprochenen Flugschrift: »Antwort auf sozialdemokratische Schlagwörter«. Sie sollen die Politik der Zentrumspartei in Bezug auf deren Verhalten zu den

Fragen des Arbeiterschutzes und Arbeiterrechts (die erste Schrift) und zur Frage der Agrarzölle (die zweite Schrift) rechtfertigen. Die erstere Schrift, die, wie ihr Titel anzeigt, eine Antwort auf eine, die Zentrumspartei kritisierende Schrift des sozialistischen Parteimitgliedes Gustav Hoch ist, sucht zu zeigen, dass, wo die Zentrumspartei nach der Darstellung Hochs Arbeiterinteressen preisgegeben habe, ihr Verhalten fast stets dem Umstand geschuldet gewesen sei, dass nach der Stellungnahme der anderen Parteien und den Erklärungen der Regierungsvertreter zur Zeit nicht mehr zu erreichen war, als womit das Zentrum sich jeweilig beschied — eine Entschuldigung, mit der sich wohl jede Unterlassungssünde rechtfertigen lässt. Der Verfasser der Schrift wendet sich sehr lebhaft gegen die Bezeichnung der Zentrumspartei als der massgebenden Partei des deutschen Reichstags. Trotz ihrer 106 Abgeordneten sei die Partei durchaus nicht in der Lage gewesen, im Reichstag zu kommandieren, sondern habe »vorsichtig abwägen und vermitteln« müssen. In einzelnen Fällen habe aber die Zentrumspartei den Anträgen der Sozialdemokratie nicht zustimmen können, weil sie unpraktisch oder sogar ungerecht gewesen seien. Der Beweis für alles das wird ziemlich eingehend zu führen versucht, wobei im ganzen ein leidlich argumentativer Ton innegehalten wird; doch fehlt es auch nicht an Gehässigkeiten aller Art, und über manchen schwachen Punkt wird mit ein paar flüchtigen Bemerkungen rasch hinweggegangen.

Die Schrift über die landwirtschaftlichen Zölle ist zu einem guten Teil nach zwei Fronten gerichtet: sie sucht die Zentrumspartei zu verteidigen, dass sie in die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle einwilligt, und sie sucht die weitergehenden Forderungen der landwirtschaftlichen Interessenverbände abzuwehren. Diese Doppelaufgabe nötigt zu einem genaueren Eingehen auf die tatsächlichen Verhältnisse, so dass die Schrift ziemlich viel Informationsstoff enthält. Ueberhaupt muss anerkannt werden, dass sie wenigstens von dem Bemühen Zeugnis ablegt, das Thema nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu behandeln. Aber von da bis zu einer wirklich wissenschaftlichen Beweisführung ist noch ein weiter Schritt und ihn hat der Verfasser nur zum kleinsten Teil gemacht. So fehlt z. B. jeder Versuch, die Kosten der deutschen Getreideproduktion in ihre Elemente zu zerlegen, so dass man annähernd feststellen könnte, welcher Faktor dieser Produktionskosten nun eigentlich durch den jetzigen Getreidepreis nicht mehr gedeckt wird. Nach Conrad kostete z. B. in der Epoche von 1821 bis 1840 die Tonne Weizen in Preussen durchschnittlich 130 Mark, also erheblich weniger als jetzt. Inzwischen hat sich die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit bedeutend gehoben, — der Verfasser spricht auf S. 39 von einer Verdoppelung des Ertrags auf der gleichen Fläche im Laufe des 19. Jahrhunderts. Wenn nun Löhne, Verwaltungskosten und Materialaufwand nicht im gleichen Verhältnis gestiegen sind, so würde die Konkurrenzunfähigkeit Preussens — und im übrigen Deutschland liegen die Dinge nicht anders — nur darauf beruhen, dass der Boden noch Lasten decken muss, die nichts mit der Landwirtschaft selbst zu tun haben, nicht mehr notwendige Produktionskosten im strengeren Sinne des Wortes, sondern Produktionslasten sind, die zu erhalten kein Interesse der nationalen Wirtschaft erheischt. Um die Not der Landwirtschaft zu beweisen, werden gewöhnlich die Preise der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu Grunde gelegt, wo die Tonne Weizen 222, die Tonne Roggen 169 stand. Aber das waren, wie der Verfasser selbst an einer Stelle betont, »ausserordentlich hohe Getreidepreise« (S. 29), und es ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass das damalige Aufschnellen der Getreidepreise im tatsächlichen Zusammenhang steht mit der Heftigkeit und Dauer der Geschäftskrisis, die in den siebziger Jahren das industrielle Europa heimsuchte. Es war ein Segen für dieses, dass bald darauf das überseeische Getreide auf dem Weltmarkt auftrat; wäre es nicht gekommen, so würden wir wahrscheinlich seitdem noch schwerere Krisen erlebt haben, statt dass die neueren Krisen wenigstens die damalige Härte nicht wieder erlangt haben. Das sollte nie vergessen werden, wenn — was so häufig geschieht — bei Erörterungen der Frage der Getreidezölle der seit den siebziger Jahren eingetretene Preisfall des Getreides ins Feld geführt wird. Die Preise jener Jahre waren wahre Notstandspreise. Ein

anderer Gesichtspunkt, den der Verfasser vernachlässigt, ist, dass Erhöhung des Getreidezolls für Deutschland stärkeres Sinken des Getreidepreises auf dem Aussenmarkt und damit Steigerung der Differenz zwischen den Ernährungskosten des deutschen und des Arbeiters von Ländern zur Folge haben kann und schliesslich haben muss, die keine Getreidezölle erheben (England), was die ganze wirtschaftliche Position Deutschlands im Verhältnis zu diesen Ländern verschlechtern würde.

Die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zu den Getreidezöllen wird vom Verfasser auf eine Politik im Sinne der Aeusserung von Marx in dessen Rede über den Freihandel zurückgeführt, dass das System der Handelsfreiheit den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf die Spitze treibe und so die soziale Revolution beschleunige. Ihr werden dann schutzzöllnerisch lautende Sätze von Bebel, Calwer, Schippel und aus sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften gegenübergestellt, und dann wird der Sozialdemokratie wieder vorgeworfen, dass sie zwar die landwirtschaftlichen Zölle verwerfe, aber gegen Industriezölle nichts einzuwenden habe — eine Behauptung, die durch das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten 1902 bei der Beratung der Industriezölle in der Reichstagskommission gründlich Lügen gestraft wurde und vom Verfasser daher in der zweiten, nach Beendigung der Kommission abgefassten Auflage der Schrift in den Nachträgen hätte widerrufen werden müssen. Dass der erwähnte Marx'sche Ausspruch auf einer Auffassung fusst, die Marx später selbst sehr erheblich revidiert hat, ist schon oft festgestellt worden und auch dem in der sozialistischen Literatur wohlbeschlagenen Verfasser sicher nicht unbekannt geblieben. Um so schärfer sind die Berufung auf ihn und die übrigen schiefen Angriffe auf die Sozialdemokratie zurückzuweisen. Wollte der Verfasser den von der Sozialdemokratie zur vorliegenden Frage prinzipiell eingenommenen Standpunkt sachgemäss beurteilen, so musste er seiner Kritik die Resulotion des Mainzer Parteitages zu Grunde legen, die gefasst worden ist, ehe noch der neue Zolltarif bekannt war, also auch nicht durch das Bedürfnis der Agitation gegen ihn diktiert war.

Hitze, Dr. F., **Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung.** Nebst Anlage: Die Arbeiterfrage im Lichte der Statistik. 15. bis 17. Tausend. M.-Gladbach 1902. Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. 177 u. 74 S. 8°. Preis: 1 Mk.

Ein, wie der Verfasser in der Vorbemerkung ausführt, ursprünglich als Manuskript gedruckter »Abriss« der Arbeiterfrage, der einem 1898 in Strassburg abgehaltenen »praktisch-sozialen Kursus« zu Grunde lag und auf mehrseitig geäusserten dringenden Wunsch der Oeffentlichkeit übergeben ward. Er ist vom katholischen Standpunkt aus geschrieben, der aber nur in gewissen Vorschlägen des Verfassers (Sittlichkeitspflege, Kontrolle der Fabrikjugend, katholische Arbeitervereine, christliche Berufsvereine etc.) schärfer zum Ausdruck kommt, die rein wirtschaftstheoretischen Fragen werden vom Verfasser sachkundig und in sehr klarer Darstellung tendenzfrei behandelt. Der Abriss ist übersichtlich eingeteilt und orientiert insbesondere gut über die Einzelheiten des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung

Martin, Hermann, Rechtsanwalt in Leipzig, **Das Wahlrecht in Deutschland und das Unrecht in Sachsen.** Berlin 1903, Ernst Hofmann & Co. 78 S. 8°. Preis: 80 Pf.

Eine mit Wärme geschriebene Einsprache gegen die Fortdauer des politischen und sozialen Unrechts, das 1895/96 in Sachsen mit der Einführung des Dreiklassenwahlsystems an Stelle des bis dahin in Geltung gewesenen mässigen Censuswahlsystems begangen worden. Der Verfasser schildert den Entwickelungsgang des Landtagswahlrechts in Sachsen und zeigt, wie die Wahlrechtsänderung von 1895/96 im Widerspruch steht mit dem vorherigen Gang dieser Entwickelung wie mit den Grundbedingungen und Anforderungen des sozialen Lebens der Gegenwart. Sie sei lediglich das Produkt einer Stimmung der damaligen Kammermehrheit gewesen, des Aergers über einen von den sozial-

demokratischen Mitgliedern der Kammer eingebrachten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag. Nicht einmal die Furcht vor einer drohenden Gefahr kann für die damalige Wahlrechtsvernichtung ins Feld geführt werden, denn von im ganzen 82 Abgeordneten der Kammer zählte die sozialdemokratische Fraktion erst 14, und da die Wahlkreiseinteilung den ländlichen Kreisen ein Uebergewicht übr die städtischen Kreise verlieh, der Steuercensus bei im ganzen 500 000 Landtagswählern noch 150 000 Lohnarbeiter vom Wahlrecht ausschloss, war an eine bevorstehende sozialistische Kammermehrheit nicht zu denken. Ohne Not und ohne Mandat verfügte die in der Kammer herrschende konservative Mehrheit, unterstützt von der Mehrzahl der nationalliberalen Abgeordneten in einer Eile, die dem Volk gar nicht die Zeit liess, sich klar zu machen, was auf dem Spiele stand, die Einführung des Dreiklassenwahlsystems, d. h. die Entrechtung der sozialistischen Arbeiterschaft.

Der Verfasser hebt hervor, wie sehr dieses Wahlsystem dem Geist der Reichsverfassung, dem Ausdruck des nationalen Aufschwungs, der das Reich geschaffen, widerspreche. »Auf vollkommen neuer, dem alten Staatsrecht fremder Grundlage ist das deutsche Reich errichtet worden. Es hat sein Leben nicht von Gottes Gnaden erhalten, sondern durch den übereinstimmenden Willen der Nation und der Kabinette. Der Träger des Volkswillens aber war der aus allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlen hervorgegangene konstituierende Reichstag gewesn. Deshalb verleugnet auch die Reichsverfassung ihren freiheitlichen Ursprung nicht. Sie enthält das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht.« (S. 22.) In der Epoche, in der die Reichsverfassung entstand, halbenwegs zwischen 1866 und 1870, nämlich im Jahre 1868, war das sächsische Landtagswahlrecht zuletzt reformiert worden — reformiert im Sinne einer Annäherung an das Reichstagswahlrecht. Und während ausser Preussen ein deutscher Staat nach dem anderen daran gegangen ist, sein Landtagswahlrecht in der Richtung des Reichstagswahlrechts zu reformieren, ward in Sachsen ohne vorherige Befragung der Wähler, »ohne dass die öffentliche Meinung überhaupt zu Wort gekommen ist«, die Wahlentrechtung vorgenommen. »In der Geschichte der parlamentarischen Verfassungen steht dieser Vorgang ohnegleichen da. . . Am 10. Dezember 1895 hat es sich herausgestellt, dass es unserem Volke an staatsmännischem Geiste, an politischem Idealismus fehlt. Es ist ein Defekt an politischer Moral, an Rechtsgefühl an den Tag getreten, der dem sächsischen Namen Schaden zugefügt hat.« (S. 40.) Wohl fehlte es nicht an Protesten, ein grosser Teil der Nationalliberalen im Lande desavouierte die Nationalliberalen in der Kammer, aber »der Widerstand kam zu spät«. Vor dem 10. Dezember 1895, dem Tag, an dem die Kammer durch eine Resolution sich auf die Rückwärtsänderung des Wahlrechts einschwor, hatte es kein Mittel gegeben, die Reaktion zu verhindern, weil sie heimlich gekommen war, wie der Dieb in der Nacht«. (S. 68.) Gegenüber der sich dann erhebenden Agitation griff die Reaktion aber zu dem Hilfsmittel des beschleunigten Verfahrens. Am 22. Februar 1896 ward das Abänderungsgesetz auf die Tagesordnung der zweiten Kammer gesetzt, und vierzehn Tage später, am 6. März, war die Sache zu Ende. Jetzt arbeitet der Reaktionsapparat des neuen Gesetzes mit einer Präzision, die selbst seinen Vätern Grauen einflösst. Es hat den letzten Sozialdemokraten aus der Kammer vertrieben. Die Urheber des Gesetzes können sich nicht darauf berufen, dass auch nur ein auf Grund seiner gewählter Sozialdemokrat in seiner Person gegen den entrechtenden Charakter ihres Machwerks zeugt. Jetzt herrsche allgemein eine Unzufriedenheit mit dem geltenden Wahlsystem. Gegen die Wahlkreiseinteilung, die das Land auf Kosten der Stadt bezw. die landwirtschaftliche Bevölkerung auf Kosten der industriellen ungeheuer bevorrechtet, ist eine Bewegung im Gange. Der Verfasser hofft, dass sie keinen Erfolg haben werde. Das Unrecht der Dreiklassenwahl soll nicht durch eine Aenderung der Wahlkreisgeometrie gemildert werden, das »Reförmchen« die notwendige Reform nicht aufhalten.

Dass diese Reform, die Wiederabschaffung des indirekten Klassenwahlsystems, von unten komme, hält der Verfasser nicht für wahrscheinlich — »ohne politische Rechte kann man keine Reformen machen«. Auch von den politischen Führern der massgebenden Parteien sei nichts zu erhoffen. Sie soll

oder mag »von oben kommen«. Darauf soll die öffentliche Meinung hinwirken, dafür ihre Stimme sich immer lauter erheben. Es ist die Krone, von der die Umkehr ausgehen soll. An verschiedenen Stellen spielt der Verfasser deutlich auf sie an. So wenn es S. 71 in gesperrter Schrift heisst: »Aber der Staat darf doch nicht hassen«. Soviel bekannt, war »der Staat« bei der vom Verfasser so scharf verurteilten Aktion von 1895/96 ziemlich stark beteiligt, und ist es auch jetzt noch der Staat, der darauf rechnet, dass das Volk, das am 16. Juni sich fatal über die sächsische Wirtschaft ausgesprochen, eines Tages umkehrt. Insoweit wäre die so eindrucksvoll geschriebene Broschüre also in den Wind geschrieben. Es wird aber wohl auch Kreise geben, gegenüber denen sie ihre Wirkung nicht verfehlt.

Metz, H., Innere Kolonisation in den Provinzen Brandenburg und Pommern 1891 bis 1901. Erfahrungen und Verfahren der königlichen Generalkommission zu Frankfurt a. Oder. Unter Mitwirkung von Mitgliedern des Kollegiums zusammengestellt und herausgegeben. Berlin 1902, Paul Parey. 160 S. gr. 8°. Preis: 4 Mk.

Die Zwecke, denen die innere Kolonisation dient, wie sie in Preussen auf Grund des Gesetzes vom 25. August 1876 und der Rentengutsgesetze vom 27. Juni 1890 und vom 7. Juli 1891 betrieben wird, haben mit dem Sozialismus keine unmittelbare Beziehung, sie sind vielmehr darauf gerichtet, die bestehende privatwirtschaftliche Produktion und die mit ihr verbundenen Eigentumsordnung und Klassengliederung auf dem Lande zu erhalten und zu festigen. Der Staat greift bei ihr durch bestimmte Organe regelnd und unterstützend im Interesse der Privatwirtschaft ein. Nichtsdestoweniger ist das Studium der Berichte über diese Kolonisation auch für den Sozialisten von Interesse, weil sie allerhand Streiflichter auf landwirtschaftliche Verhältnisse werfen, über die zuverlässige Berichte sonst nicht leicht erhältlich sind, und aus den Erfahrungen, von denen sie berichten, manche Schlüsse hinsichtlich der voraussichtlichen Möglichkeiten einer, nach sozialistischen Grundsätzen vorzunehmenden inneren Kolonisation gezogen werden können.

Man kann der vorliegenden Denkschrift, deren Herausgeber Präsident der Generalkommission zu Frankfurt a. Oder ist, jedenfalls soviel nachsagen, dass sie von aller tendenziösen Verschleierung frei ist. Sie nimmt die Zwecke der inneren Kolonisation — Vermehrung der Bauernstellen, nicht zur Verdrängung, sondern bloss zur Ergänzung des Grossgrundbesitzes — als gegeben an und zeigt nun, was die Generalkommission getan hat und tun konnte, um diesen Zwecken gerecht zu werden. Ihr standen nicht die grossen Mittel zur Verfügung, wie sie den Ansiedelungskommissionen in Posen und Westpreussen geboten waren, die nationalpolitischen Zwecken dienen, sie hatte sparsam zu wirtschaften und lediglich die ökonomischen Gesichtspunkte entscheiden zu lassen. Aber das macht ihre Erfahrungen und Ergebnisse für den Sozialpolitiker nur um so interessanter.

Sie sind nun in der Hauptsache dahin, dass es in der Tat auch im Osten der preussischen Monarchie möglich ist, bei Auskauf der verkaufslustigen Grossgrundbesitzer zum gemeinen Wert ihrer Güter ohne weitere Opfer durch zweckmässiges Vorgehen ganze lebensfähige Gemeinden von Klein- und kleineren Mittelbauern ins Dasein zu rufen. Grössere Mittelbauerstellen (über 25—30 ha) zu schaffen, hat sich als »sehr bedenklich« erwiesen, weil da die Schwierigkeit der Beschaffung von Arbeitern oft nicht zu überwinden ist. »Stellen gar von 40—50 ha oder darüber leiden mindestens ebenso unter der Leutenot wie die Grossgrundbseitzer und bilden deshalb . . . den Gegenstand ernster Sorge.« (S. 13/14.) Versuche, dieser Leutenot durch Anlegung einer grösseren Zahl von Arbeitergütchen zu steuern (Güter oder Ackerstellen, die nicht ausreichen, eine Familie selbständig zu ernähren, so dass der Mann auf Arbeit gehen muss), seien nicht ratsam. »Die Bewohner solcher Massenansiedelungen verlieren, wie man aus der Erfahrung weiss, bald die Freude an dem Schaffen auf der eigenen Scholle und wandern aus oder verfallen der Sachsengängerei oder — was noch schlimmer ist — der Sozialdemokratie!« (S. 156.) Die Arbeiterstellen sollten nur in mässiger Anzahl zwischen Bauernstellen verschiedener Grösse angelegt werden, wo dem einzelnen der Aufstieg

in eine höhere Wirtschaftsklasse als möglich vor Augen stehe. Sie sollen andererseits eine gewisse Grösse nicht überschreiten, »weil die Besitzer sich sonst leicht bemühen würden, aus der Bewirtschaftung ihrer Aecker und Wiesen ihren ganzen Lebensunterhalt zu bestreiten und sich der von ihnen erwarteten Arbeit auf den benachbarten Gütern zu entziehen« (ebendaselbst). Sehr interessant für die Beurteilung des Geistes der märkischen und pommerischen Landarbeiter. Mit Stolz hebt der Bericht hervor, dass die düsteren Prophezeiungen, die Kleinbesitzerstellen würden erst nach Bankerott der ersten Erwerber lebensfähig werden, »auf einer Unterschätzung der unverwüstlichen Arbeitskraft unseres vortrefflichen Landvolks beruhen.« (S. 152.) Von 1500 Rentengutserwerbern sind nur 39 mit ihren Zahlungen im Rückstand, wovon 22 noch das Opfer eines ganz abnormen Elementarunglücks waren. Noch geringer ist die Zahl der Zwangsversteigerungen, bei nur 10 von solchen erlitt der Staat in Gestalt der Rentenbanken Verlust.

Das Endergebnis fasst der Bericht wie folgt zusammen: »Die wirtschaftliche Lage unserer alten Rentengutskolonien ist im Durchschnitt nicht schlechter als die der altangesessenen Bauernschaften. Die wirtschaftliche Lage aller nach unserem neuen Verfahren gegründeten Rentanstaltsgemeinden ist im Durchschnitt besser und gesicherter als die Lage der in derselben oder in ähnlicher Gegend wohnenden Altbauern.« (S. 154.) Die Prinzipien des neuen Verfahrens bestehen in stärkerer Berücksichtigung der technischen etc. Leistungsfähigkeit nud Lebensansprüche des Erwerbers bei Abmessung der Ansprüche auf Anzahlungs- und Betriebskapital, Vorsorge für gemeinwirtschaftliche Einrichtungen und Vermögensaustattung der neuen Gemeinden und der Differenz zwischen dem Verkaufspreis des aufgelassenen Gutes und dem stets im Verhältnis höhern Preis der kleinen Gutsstellen, zeitiges Eintreten für Benutzung genossenschaftlicher Institute, Unterrichtswesen u. s. w. Hier zeigt sich immerhin ein gewisser kollektivistischer Zug, der zwar im ganzen System vorläufig nur konservativen Interessen dient, aber manches unbewusste und ungewollte Zugeständnis an den Sozialismus enthält, und zwar eben weil die Kommission sich innerhalb des ihr gesteckten Rahmens von rein wirtschaftlich-technischen Grundsätzen leiten liess. Der Leser der Schrift empfängt den Eindruck, dass hier der büreaukratische Geist immer mehr von dem Bestreben überwunden wurde, stets den Besonderheiten des Einzelfalls nachzuspüren und ihnen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Es ist interessant, dies in den Einzelheiten des Berichts näher zu verfolgen.

Hinsichtlich der Betriebsfrage ist der Herausgeber der Ansicht, dass der Grossgrundbesitz, dem »aus wirtschaftlichen und politischen Gründen die führende Stellung erhalten bleiben muss« (S. 1/2), »im allgemeinen dem bäuerlichen Besitz in landwirtschaftlich-technischer Beziehung überlegen ist« (S. 40). Seine Vorzüge müsse der Kleinbesitzer durch Erwerb grösserer landwirtschaftlicher Kenntnisse und ein hochentwickeltes Genossenschaftswesen möglichst auszugleichen suchen. Ihm kämen als Vorzüge zu gute, dass er das Mieten teurer Arbeitskräfte vermeiden, Meliorationen ausführen, besonders lohnende Geschäfte, wie das Mästen von Kälbern und Schweinen, und allerhand Nebenerwerb mit Erfolg betreiben könne. (Ebendaselbst.)

Rabinowitsch, Sara. **Die Organisationen des jüdischen Proletariats in Russland.** (Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, 7. Band, 2. Ergänzungsband.) Karlsruhe 1903. Braunsche Hofbuchdruckerei. 162 S. 8°. Preis: 5 Mk.

Russland hat nach dem Zensus von 1897 eine jüdische Bevölkerung von über 5 Millionen, die aber in ihrer grossen Masse (4 874 636) auf die als »Ansiedelungsrayon« bezeichneten Gouvernements entfallen. Die Gesamtbevölkerung dieser Gouvernements betrug 42,5 Millionen Seelen, so dass der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung dort durchschnittlich 11,46 ausmacht. Durch Ausnahmeverordnungen aller Art, welche die Niederlassung von Juden auf dem Lande und in den Landstädten beschränken oder ganz verbieten, drängt sich diese Bevölkerung zumeist in den nicht allzu zahlreichen und auch meist nicht sehr grossen Städten des Gebiets, wo sie bis zu 90 und selbst 95 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Wie unter diesen Umständen nicht anders zu er-

warten, gehört die grosse Masse dieser Juden dem Proletariat an, dessen Lage durch die Bewegungsbeschränkung und die Rückständigkeit der allgemeinen vielfach weit elender ist, als wie das der allerärmsten Schichten des Proletariats von Westeuropa. »Alle Schrecken des englischen Schwitzarbeitsystems, alle Entbehrungen der jüdischen Arbeiter in den Vereinigten Staaten verblassen gegenüber der Entblössung der jüdischen Arbeiter des ‚Rayons'«, schreibt der Russe Solowartschik. Doch bildet dies jüdische Proletariat keine ganz formlose Masse. Hilfs- und selbst Widerstandsverbindungen verschiedener Art finden sich unter ihm, teils überkommene Verbindungen früherer Jahrhunderte, mit mehr oder weniger Anpassung an moderne Verhältnisse nachgebildet, teils erste Sprossen einer Arbeiterbewegung nach dem Muster moderner Industriestaaten. Hier die Brüderschaft und Gesellenverbindung des Mittelalters in neuer Form — Chewra genannt — dort die Ansätze zu modernen Gewerkschaften, geleitet oder beeinflusst von einem sozialrevolutionären »Bunde«. Hier das religiöse und das nationale Bewusstsein und dort das Evangelium des modernen Sozialismus an der Wiege der betreffenden Schöpfungen.

Die Verfasserin schildert das Aufkommen und den Charakter dieser Bewegungen mit viel soziologischem Verständnis. Sie hat die jüdischen Gesellenverbindungen ihrer Vaterstadt Mohilew am Dnjepr an Ort und Stelle studiert, und der Abschnitt, der von ihnen handelt, bildet den originalsten und auch wissenschaftlich wertvollsten Teil ihres Buches. Hier zeigt sie sich als theoretisch vortrefflich ausgerüstete und mit scharfem Unterscheidungsvermögen begabte Beobachterin. Es ist überaus interessant, an der Hand ihrer Schilderung zu sehen, wie sich in der, zum Teil schon von der modernen kapitalistischen Entwickelung erfassten, aber noch vom Eisenbahnverkehr abgeschnittenen Mittelstadt die Chewra in ihren verschiedenen Formen zeigt, als e l e m e n t a r e C h e w r a, in der Meister und Arbeiter noch gemeinsam unter religiösem Banner Unterstützungszwecke verfolgen, a l s D o p p e l c h e w r a, wo der soziale Gegensatz zur Bildung einer eigenen Chewra der Arbeiter neben die der Meister geführt hat, und a l s A r b e i t e r c h e w r a, wie die Verfasserin diejenigen Chewras von Arbeitern schon kapitalistisch betriebener Gewerbe nennt, bei denen das Bewusstsein der Solidarität gegenüber dem oder den Unternehmern das bestimmende Motiv der Organisation bildet. Wie sich diese Organisationen entwickeln, ihre Beziehungen zu der Natur und den Verhältnissen der betreffenden Gewerbe, die Parallelitäten und Abweichungen dieser Beziehungen im Vergleich zu den Entwickelungsstadien der Arbeiterbewegung anderer Länder. dies und andere Einzelheiten werden von der Verfasserin in sehr interessanter Darstellung behandelt, die fruchtbares Studium der einschlägigen Literatur durchblicken lässt.

Auch die Darstellung der Geschichte und Eigenart des von der sozialistisch revolutionären Bewegung der russischen Intelligenz beeinflussten russisch-jüdischen Arbeitsbundes bietet viel des Interessanten. Die Verfasserin leitet den Abschnitt, der von diesem, in Polen und und Lithauen wirkenden Verbande handelt, mit einem Abriss der Geschichte des Ideenganges der sozialistischen Bewegung Russlands ein, der zwar nichts prinzipiell neues sagt, aber ein gutes, sehr zum Nachdenken anregendes Bild vom Zusammenhang der Entwickelung der Auffassungen der russischen Sozialrevolutionäre mit der wirtschaftlich-politischen Entwickelung Russlands gibt. Besonders lehrreich ist, wie da der Klassenkampf der Arbeiter schrittweise von einer als abseits liegend betrachteten Sache zum Mittel und schliesslich zum Zweck der Bewegung wird. Aber je näher die Verfasserin der Gegenwart kommt, um so mehr geht ihr hier die wissenschaftliche Unbefangenheit verloren, wird die Darstellung von der Tendenz gefärbt oder mischt sich der politisch-soziale Standpunkt der Verfasserin in Form von lehrhaften Sentenzen störend in die Darstellung ein. Und dieser Standpunkt ist keineswegs widerspruchsfrei. Sozialpolitisch steht die Verfasserin auf dem historisch-positivistischen Standpunkt der Brentanoschen Schule. Sie ist für den Gewerkschaftskampf, für den sie übrigens wiederholt zu Unrecht den Ausdruck Klassenkampf selbst da gebraucht, wo es sich noch um rein lokale Konflikte handelt, die sich wenig von Lohnstreitigkeiten innerhalb der alten Zunft unterscheiden. Klassenkampf wird der gewerbliche Konflikt aber erst auf einer sehr entwickelten Stufe, wo er den engeren Gewerbs-



charakter abstreift und unter sozialen Gesichtspunkten allgemeinerer Natur verfochten wird, in der modernen Gesellschaft als Kampf der vermenschlichten Arbeit gegen die Kapitalsherrschaft. Nur insofern er bewusst oder wenigstens der Sache nach ein Stück dieses Kampfes ist, gehört der Gewerkschaftskampf unter den Begriff Klassenkampf. Und dieser Klassenkampf ist heute unvermeidlich ein Element des politischen Emanzipationskampfes der Arbeiter in dem weiteren Sinne des Kampfes der Sozialdemokratie, des Sozialismus. Von diesem aber will die Verfasserin nichts wissen, bezw. von ihm ihn ablösen. Sie will den gewerkschaftlichen Klassenkampf getrennt haben von der staatsfeindlichen sozialrevolutionären Bewegung, gewissermassen diese durch jenen besiegen. Und da der Gang der sozialistischen Bewegung in Russland in der Tat eine Linie beschreibt, die eine immer stärkere Abwendung vom spekulativen Idealismus und eine immer stärkere Koordinierung an die realen Bedürfnisse der Arbeiterklasse darstellt, so mag es scheinen, als ob die Verlängerung in der Tat unvermeidlich zu jener völligen Trennung führt. Indes ist die Vorstellung, dass sich die Weltgeschichte in solchen geraden Linien oder in Kurven mit steter Progression einer gegebenen Neigung nach vollzieht, selbst spekulativer Natur. In der Wirklichkeit treten stets auf gewissen Entwickelungsstufen Gegenkräfte in die Aktion, welche die Richtung der Linie wesentlich ändern. Die Bedürfnisse der Arbeiter erschöpfen sich nicht in Gewerbsangelegenheiten, und selbst in ihrer Beziehung auf solche treten sie in Gegensatz zu den Grundlagen einer gewissen sozialen und Staatsordnung und werden so im entsprechenden Masse sozialrevolutionär oder staatsfeindlich. Es bilden sich auf Grund ihrer bestimmte Rechtsanschauungen allgemeiner Natur, d. h. Rechts*ideale* aus, und ein Idealismus auf sehr realistischer Grundlage wird Leitstern der Bewegung. Das verkennt oder verdunkelt die Verfasserin mit ihren wiederholten Hindeutungen auf die Verfehltheit des Idealismus. Und im grellsten Widerspruch dazu steht es, wenn sie den Juden für alle Zeit ein mystisches, religiös-ethisches Bedürfnis zuspricht, das nur in der Chewra, nicht aber im sozialrevolutionären Bund auf seine Rechnung komme. Die derzeitige ökonomische und politische Lage der Juden in Russland mag in sehr vielen Fällen der religiös gerichteten Chewra noch günstig, die von vielen Sozialisten in Anlehnung an Marxs Ausführungen in den Aufsätzen über die Judenfrage an die Juden gerichtete Aufforderung, den Juden in sich abzuwerfen, im heutigen Russland eine geschichtliche Unmöglichkeit sein, darüber wollen wir mit der Verfasserin nicht rechten. Wir erkennen vielmehr an, dass die Marxschen Aufsätze über die Judenfrage neben vielen tiefen Ausführungen auch recht anfechtbare, auf flachen Rationalismus hinauslaufende Sätze enthalten. Aber in der Gegenüberstellung der religiös-ethischen gegen die idealistischen Tendenzen des Sozialismus, wie die Verfasserin sie vornimmt, können wir doch nur eine Verirrung erblicken, die allerdings aus den unsäglich gedrückten Verhältnissen heraus, unter denen die proletarischen Stammesgenossen der Verfasserin leben, sich zur Genüge verstehen lässt. Von ihr abgesehen, zeigt das Buch seine Verfasserin als eine tüchtige Arbeiterin auf dem Gebiet der Sozialforschung.

2. In französischer Sprache.

Deschamps, Louis. Principes de Morale Sociale. Paris 1903. Félix Alcan. 298 S. 8°. Preis: 3 Fr. 50 Cts.

Die Prinzipien der sozialen Moral sind nach dem Verfasser der Glaube an einen persönlichen Gott und ein Fortleben nach dem Tode. Sie finden ihre beste Vertretung in der römisch-katholischen Kirche, die zwar nicht immer frei von Tadel gewesen, aber dem Protestantismus vorzuziehen ist, da dieser der individuellen Auslegung zu viel überlässt und damit der inneren Festigkeit entbehrt. Der Materialismus und Atheismus, wovon der Deismus und Agnostizismus nur Spielarten sind, führen direkt zum Anarchismus und dem Kultus der brutalen Gewalt. Nicht das sogenannte Freidenkertum, das, wo es zur Herrschaft gelangt, terroristisch auftritt, sondern die richtig verstandene katholische Religion vertrete und verbürge die wahre geistige Freiheit, sie stünde in keinem Widerspruch zur Wissenschaft, sondern ermuntere und fördere die

wissenschaftliche Forschung. Materialismus und Atheismus seien unwissenschaftliche Spekulationen voller innerer Widersprüche; um der Annahme eines persönlichen höchsten Wesens zu entgehen, zu der die wissenschaftliche Betrachtung der Welt mit zwingender Logik führe, legten sie der Materie, die noch niemand wissenschaftlich habe erklären können, die abenteuerlichsten Eigenschaften bei. Der von ihnen verfolgte Determinismus, der die Willens- bezw. Entscheidungsfreiheit (le libre arbitre) leugne, setze sich mit der offenbaren Tatsache in Widerspruch, die jeder in sich fühlt, dass »wir frei sind, zu handeln und nicht zu handeln.« (S. 63.) Indes »gibt es für das freie Entscheiden und die Verantwortlichkeit Grenzen und Abschwächungen. Wir werden in einem gewissen Grade durch verschiedene Kräfte, wie Natur, Gesundheit, Bedürfnisse, Erziehung, Umwelt, sehr wirksam determiniert.« (Ebendaselbst.) Zwei Seiten vorher aber heisst es gegen den Begriff freies Denken bezw. freier Gedanke polemisch gegen das Freidenkertum: »Der Gedanke ist keine freie Tatsache, er entsteht spontan, ohne jegliche Mitwirkung des Willens. Und wenn der Verstand die Wahrheit erfasst, ist er ebensowenig frei, weil die Wahrheit sich ihm aufzwingt (s'impose). Die Wahrheit ist der Gegenstand des Denkens, aber sie steht ausserhalb des Verstandes und des Denkens, ist von ihren Aeusserungen und Verrichtungen unabhängig.« (S. 61.) Im Verein mit dem obigen lässt dies dem »freien« Willen so wenig Spielraum, so dass viele Atheisten auch nicht weiter gehen werden.

Neben der »Freiheit der menschlichen Seele und der aus ihr folgenden Verantwortlichkeit« hat die Moral zur zweiten Grundlage »die Unterscheidung des moralisch Guten vom moralisch Bösen«. (S. 62.) Wer liefert den Massstab dafür? Nicht das individuelle Bewusstsein und ebensowenig die Wissenschaft. Wohl gibt es eine Wissenschaft der Moral, aber sie braucht ein gegebenes Kriterium der Moral. »Wir brauchen eine allgemeine und feststehende Richtschnur, die zu allen Zeiten, an allen Orten für alle Menschen gilt, die heute ist, was sie gestern war, und von besonderen Bedingungen, Meinungen, Interessen und wissenschaftlichen Theorien unabhängig ist.« (S. 65.) Wer liefert diese Richtschnur? Die christliche Religion, wie sie von der Kirche gelehrt und ausgelegt wird.

Und so weiter. Familie, Staat, Sozialpolitik — für alles liefert die Religion das richtige Mass, die prinzipiellen Grundlagen, die Bürgschaft gegen Masslosigkeiten nach den verschiedenen Seiten hin. Der Sozialismus habe ein grosses Verdienst, er habe Ungerechtigkeiten aufgedeckt und die Gewissen geschärft, aber indem er dem Staat immer mehr Machtmittel in die Hand spiele, würde er »statt die logische Vollendung und vollkommenste Durchführung der Demokratie ihre vollständigste Vernichtung werden«. Seine andere Sünde ist, dass er sich in den Dienst der atheistischen Freimaurerei gestellt und in eine antireligiöse politische Partei verwandelt habe. Der Tag werde kommen, »wo der Anblick gesetzgeberischer Ungerechtigkeiten, drakonischer Ungesetzlichkeiten von Regierungsanarchie und vom Ruin des Landes denen, die gehofft hatten, für ein Ideal zu kämpfen, klar zeigen wird, dass man sich über sie lustig gemacht hat und sie nur Interessen gedient haben. Wollte Gott, dass das Land, um von seinen Illusionen geheilt zu werden, nicht erst die revolutionären Erschütterungen und die Schrecken des Bürgerkrieges abwarte.« (S. 259.)

Eine Kritik des Buches erübrigt sich.

Lawroff, Pierre, **Lettres Historiques.** Traduit du Russe et précédé d'une notice bio-bibliographique par Marie Goldsmith. (Bibliothèque d'Histoire et de Sociologie II.) Paris 1903, Schleicher Frères & Co. 328 S. 8⁰. Preis: 4 Frcs.

Eine französische, mit dem Porträt Lawroffs ausgestattete Ausgabe der berühmten historischen Briefe des Vorkämpfers des russischen Sozialismus. Wir haben die deutsche Ausgabe dieser Briefe im ersten Bande unserer Zeitschrift (Jahrgang 1, S. 3) besprochen und können hier nur wiederholen, dass sie, obwohl vor mehr als vierzig Jahren verfasst, uns unter verschiedenen Gesichtspunkten auch noch heute durchaus lesenswert erscheinen.

Den »Briefen« geht, neben einer kurzen Biographie, eine sehr ausführliche der veröffentlichten und nachgelassenen Arbeiten Lawroffs voraus, die erkennen lässt, ein wie ausserordentlich reicher und tätiger Geist es war, den die sozialistische Bewegung in diesem Manne besass.

Lévy, Emmanuel, Professeur agrégé à la Faculté de droit de Lyon, **L'Affirmation du Droit Collectif.** Conférence faite à Lyon le 17 Mars 1903. Avec une préface de Charles Andler. Paris 1903, Société Nouvelle de Librairie et d'Edition. 31 S. 8°. Preis: 75 Cts.

Dieser, unter dem Vorsitz eines Juristen (des Professors M. Pic von der Lyoner Rechtsfakultät) und vor einer zum Teil aus Juristen bestehenden Zuhörerschaft gehaltene Vortrag bildet ein eigenartiges Gegenstück zur Mengerschen »Neuen Staatslehre« (vgl. Heft 6 der Dokumente des Sozialismus, S. 246 ff.). Wenn Menger das ganze Gebiet des Rechts unter den Gesichtspunkten eines demokratischen, den Anforderungen der Arbeiterklasse entsprechenden Staatswesens kritisch untersucht und die Grundsätze eines diesen Gesichtspunkten entsprechenden Rechts für alle Rechtsgebiete systematisch entwickelt, so sucht der Verfasser der vorliegenden Abhandlung den ökonomischen Vorgang des Ringens der Arbeiter mit dem Kapital juristisch darzustellen, ihn von der juristischen Seite her nicht nur zu beluchten, sondern auch auf diejenige Rechtsformel zu bringen, durch die er auch formalrechtlich gerechtfertigt erscheint. Oder mit seinen eigenen Worten: »Ich will . . . von der Aufsaugung der Rechte des Kapitals durch die Rechte der Arbeiter handeln; mit anderen Worten und um die Dinge beim Namen zu nennen, ich will eine juristische, logische Rechtfertigung des Sozialismus vorlegen.« (S. 12.)

Die Beweisführung ist im wesentlichen folgende: Die Juristen unterscheiden zwischen d i n g l i c h e n und p e r s ö n l i c h e n Rechten; die ersteren sind Rechte auf den B e s i t z , die letzteren solche auf den W e r t von Sachen. Die Entwickelung des Kapitalismus bringt es nun dahin, dass dieser, und zwar insbesondere das industrielle Kapital, immer mehr den Charakter von persönlichen Rechten, und zwar von Gläubigerschaften bezw. Schuldansprüchen, annimmt. In der Aktiengesellschaft, die sich täglich mehr ausbreitet, gibt es, genauer betrachtet, ein Kollektivgut (»Patrimonium«) mit Gläubigern, aber keinen Eigentümer; so lange die Gesellschaft besteht, hat kein Aktionär Eigentumsrecht auf irgend einen Gegenstand, der ihr gehört, sondern immer nur auf Geld, das aus ihr fliesst,, und wenn sie sich auflöst, rangieren die Aktionäre hinter den Obligationeninhabern, gewissermassen als Gläubiger zweiter Klasse, unter die der Rest des Erlöses, sofern ein solcher verbleibt, im Verhältnis ihrer Aktien aufgeteilt wird. Auf der anderen Seite erwerben dagegen die Arbeiter in dem Masse, als sie dem Kapital kollektiv, d. h. organisiert gegenüber treten, im Kollektivvertrag ein Gläubigerrecht auf den Ertrag des Unternehmens, welches Recht danach strebt, bis auf einen Höchstanteil zu steigen, der dem Anteil der Arbeiter an der Produktion entspricht.

Alles Eigentum, alles Recht ist konventionell, beruht auf einem sozialen Glauben. Kein Eigentumsrecht lässt sich bis auf seinen ersten Ursprung zurück als rechtmässig entstanden beweisen; es wird als bewiesen angenommen, sobald gewisse Regeln erfüllt sind, welche die allgemeine Rechtsanschauung festsetzt. Dasselbe gilt für den Vertrag; seine Rechtsgültigkeit beruht auf seiner Uebereinstimmung mit der allgemeinen Rechtsanschauung. Nun hat die kapitalistische Entwickelung immer mehr die Wirkung, dass der Kapitalist wohl Rechte, aber keine Pflichten mehr kennt. Die Pflichten lasten auf dem Kapital bezw. auf der es repräsentierenden Aktien- etc. Gesellschaft. »Es ist . . . ein Gesetz, dass die Verbindlichkeit uns zu immer weniger bindet. Ursprünglich hat man auf den Menschen selbst die Hand gelegt, dann auf das Eigentum an seinen Sachen, später auf deren Besitz, dann auf ihren Wert, und heute kommt es vor, dass man sich nicht einmal mehr an seine Güter, sondern an Güter hält, auf die er nur Gläubigerrechte, sich nur an Gesellschaftsgüter hält. Die Gesellschaften sind dazu da, die Verbindlichkeiten zu übernehmen, damit die Individuen nicht mehr verbindlich seien. Die anonymen Gesellschaften, die moralischen Personen haben die Pflichten, die menschlichen Personen haben die Rechte.« (S. 27.) Jedoch keine Rechte ohne Pflichten. Was die Pflichten

betrifft, so wächst mit der steigenden Entwickelung der Umfang der Haftbarkeiten des Kapitals, das gesellschaftliche Bewusstsein macht den Unternehmer in steigendem Masse der Gesamtheit und dem Arbeiter gegenüber haftbar, den Unternehmer, das heisst die Aktiengesellschaft, das heisst das Kapital. »Das Kapital ist das soziale Passivum; es wird von der Arbeit, die das soziale Aktivum ist, verschlungen werden.« Der pflichtenlose Kapitalist seinerseits aber hat auf keine Rechte Anspruch. Ueberall findet eine Jagd auf den Kapitalisten statt, der zu fliehen, sich zu verstecken sucht, der sich den Anschein gibt, als sei er gar nicht Besitzer. Aber man kann sich nicht ewig verstecken, und der Zwang, so zu scheinen, als sei man nicht der Eigentümer, führt dahin, dass man aufhört, der Eigentümer zu sein. Neben dem Sozialismus geht die Staatsaktion (»l'Etatisme«) dem Privatvermögen auf den Leib.« (S. 30.)

In dieser Weise ist der Kampf zwischen Arbeiter und Kapitalist ein Kampf zwischen dem alten und einem neuen Gläubigerrecht, in dem das alte Gläubigerrecht unterliegen muss, weil seine rechtlichen Voraussetzungen nacheinander verschwinden; die Funktion des Kapitalisten entwickelt sich in umgekehrter Richtung, wie die gesellschaftliche Anschauung von Rechten und Pflichten. Diese erhöht die Pflichten, jene nimmt immer mehr ab. Dass der Kapitalist sein Kapital einsetzt, wird vom Verfasser als ganz nebensächliche Sache behandelt. Das tote Kapital, das von Leuten verwaltet wird, die selbst nicht die Kapitalisten sind, hat gegenüber der schaffenden Arbeit keinen Rechtsanspruch.

Dies der Gedankengang des Vortrags.

In seinem Vorwort legt Ch. Andler ihm eine grosse Bedeutung bei. Er sei geeignet, die Denkweise der Arbeiter unendlich zu heben, denn das juristische Denken sei ein wirksames Gegenmittel gegen den Glauben an die Zauberkraft der Gewalt. Der Glaube an die Gewalt habe zu gewissen Zeiten wohl seine Berechtigung, erwachse aber auf pessimistischer Betrachtungsweise, der Optimismus rechne mit der fortschreitenden Entwickelung des Rechts. Der Rechtsgedanke des Sozialismus sei nicht von den Marxisten, sondern von Proudhon und Lassalle ausgearbeitet und durchdringe die Arbeiten von Staatssozialisten, wie Menger und Wagner. Der Verfasser kehre zu Lassalle zurück, wenn er an die Ueberlieferung eines sozialdemokratischen Rechts anknüpfe. Sein Grundgedanke lasse sich in zwei Sätze zusammenfassen, von denen der erstere Lassalle angehöre, nämlich: »1. das Recht ist relativer Natur; es ändert sich mit dem sozialen Glauben, der seinerseits der Ausdruck des Bedürfnisses ist«; der zweite Satz lautet: »In der juristischen Form, wie sie durch die Mehrheit und die grössten aller industriellen Unternehmungen der Gegenwart bestimmt ist, besteht das heutige Eigentumsrecht in einem Aufbau von Gläubigerrechten. Mit der auf diese Sätze gestützten Deduktion stelle der Verfasser das Problem, wie es dann, wenn es sich um Verwirklichungen handle, erfordert sei, d. h. in juristischer Form. Der Staatsmann könne, wie Anton Menger sage, nur Forderungen in Betracht ziehen, die juristische Form erhalten hätten.

Wir können dem Urteil nicht völlig beistimmen. Unzweifelhaft ist die Deduktion des Verfassers sehr geistreich, aber gerade in ihren Grundideen können wir wenig Neues entdecken. Die Idee von der Relativität des Rechts hat sicher ein ehrwürdigeres Alter, als Lassalles Schriften, und dass das Privateigentum immer mehr die Form von Gläubigerrechten annimmt, dass der kapitalistische Eigentümer immer mehr Aktienobligationenbesitzer wird, ist auch schon in allen Tonarten festgestellt und als Grundlage aller möglichen sozialistischen Folgerungen und Forderungen benutzt worden. Und unzweifelhaft ist diese Tatsache auch für den Sozialismus von grosser Wichtigkeit und bietet sie viele Anknüpfungspunkte für eine sozialistische Gesetzgebung. Aber das Ausmass der Pflichten, welche die Gesellschaft dem Kapital auferlegt, ist von der Form des Kapitaleigentums unabhängig; der Umfang der Unternehmungen, die Art ihres Betriebs, die Stellung der Arbeiter in der Gesellschaft im allgemeinen und in den Unternehmungen im besonderen kommen hier viel mehr in Betracht. Die Ausführungen des Verfassers liefern dem Gesetzgeber des Gegenwartsstaates Motive, aber keine Lösungsformeln. Für die Lösung von Wirtschaftskonflikten in der Gegenwart kommt noch mehr in Betracht, als so allgemeine Rechtsgrundsätze, wie: keine Rechte ohne Pflichten. Da handelt es sich in der Regel nicht darum, ob Ansprüche überhaupt zulässig sind, son-

dern in welcher Höhe sie zulässig sind. Wie viel Lasten dem Kapital auferlegt werden können, ohne das Wirtschaftsgetriebe jeweilig mehr zu schädigen als zu fördern, ist eine Frage, die auch erörtert werden will. Von diesem Faktor ist in der Gleichung des Verfassers aber keine Rede. Er deutet wohl an (S. 28, Note), dass die Entwickelung sich schrittweise vollziehen wird, aber nach seiner Deduktion müsste man schliessen, dass das Tempo von der Entwickelung der Eigentums form bestimmt werde, was selbstverständlich nicht der Fall ist.

Unzweifelhaft ist der Verfasser ein sehr geistreicher Jurist. Und dass er auch ein schneidiger Jurist ist, zeigt seine Warnung auf S. 27 an die Gewerkschaften, um Himmelswillen nur kein Eigentum zu erwerben. »Denn je mehr ihr Eigentümer werdet, um so grössere Sicherheiten bietet ihr den Unternehmern; je mehr ihr Eigentümer werdet, um so mehr Verbindlichkeiten habt ihr; je reicher ihr werdet, um so mehr Schulden werdet ihr haben, und während die anonyme Aktiengesellschaft die Verbindlichkeit des Kapitalisten aufhebt, würde die juristische Persönlichkeit der Gewerkschaft auch Verbindlichkeiten schaffen . . . Mögen eure kleinen Kapitalien ausserhalb der Gewerkschaft, ausserhalb des Kollektivkörpers bleiben, der mit dem Unternehmer Vertrag schliesst, der ihm gegenüber Verbindlichkeiten eingeht. Möge eure Gewerkschaft keine Schulden, möge sie nichts haben.« (S. 27/28.)

Nach alledem möchten wir den Verfasser mehr einen Advokaten des Klassenkampfes, als einen Rechtssozialisten nennen.

3. In englischer Sprache.

Fabian Society. The twentieth annual report on the work of the Fabian Society for the year ended 31th March 1903. London 1903. The Fabian Society. 19 S. 8°.

Die Gesellschaft vertrieb im Geschäftsjahr 1902/1903 27 538 Broschüren und 65 580 Flugblätter. Sie ist im Ausschuss für die Wahl von Arbeiterkandidaten in das Parlament vertreten, und eines ihrer Mitglieder, der Arbeiter Will Crooks, ist als Kandidat dieses Komitees bei der Nachwahl für Woolwich ins Parlament gewählt worden. Der Mitgliederbestand der Gesellschaft war am Schluss des Geschäftsjahres 775 gegen 835 im Vorjahr, eine Abnahme, die durch Ausmerzen aller rückständigen Zahler aus der Mitgliederliste erklärt wird. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen der Gesellschaft erfuhren eine Steigerung.

Reever, William Pember, **State Experiments in Australia and New Zealand.** 2 Bde. London 1902. Grant Richards. 391 und 369 S. 8°. Preis: 24 sh.

Australasien, oder richtiger, gewisse Kolonien Australiens, sowie Neuseeland haben in neuerer Zeit den Ruf von Versuchsstationen erlangt. Hier sind eine Reihe von Gesetzen in Bezug auf die Arbeiterfrage ins Werk gesetzt worden, die vordem in keinem Land erprobt worden waren, und die daher bald die Aufmerksamkeit der Sozialpolitiker auf sich lenkten. Von den einen, den Vertretern der Arbeiterinteressen, mit mehr oder minder starker Begeisterung aufgenommen, haben sie andererseits nicht minder scharfe Kritiker gefunden; von Zeit zu Zeit machen immer wieder Artikel die Runde durch die kapitalistische Presse, in denen von den schweren Schäden berichtet wird, welche diese staatssozialistischen Experimente dem Wirtschaftsleben in den betreffenden Kolonien verursacht, wie sie deren Fortschritt aufgehalten haben.

Von all den Werken, die über diesen Gegenstand schon geschrieben worden sind, sind A. Metins *Le Socialisme sans Doctrines* und *Newest England* von H. Demarest Lloyd wohl die bekanntesten, und sie bieten auch manche Vorzüge dar. Aber es sind Arbeiten von Männern, die Australien und Neuseeland bloss bereist haben und daher bei aller Schärfe der Beobachtung und Sorgfalt im Studium von Dokumenten doch nur als Fremde urteilten. Ganz anders der Verfasser des vorliegenden Werkes. Mr. Reever

hat mehr als ein Jahrzehnt in Neuseeland gelebt und gewirkt — als Journalist, als Parlamentarier und (fünf Jahre) als Staatsminister — und nachdem von London aus in seiner Eigenschaft als Generalagent dieser Kolonie sowohl die dortigen Verhältnisse, wie die der ihm wohlbekannten und oft bereisten australischen Kolonien aufmerksam verfolgt. Hinsichtlich der Arbeitsgesetzgebung ist die Kompetenz Mr. Reevers um so grösser, als er als Minister gerade das Arbeits- und Erziehungswesen unter sich gehabt hat und hinsichtlich einiger der bemerkenswertesten Gesetze über Arbeiterfragen, wie namentlich das Gesetz über obligatorische Schiedsgerichte vor allen das Verdienst der Vaterschaft in Anspruch nehmen darf. Dieser letztere Umstand mag den Verdacht erwecken, dass seiner Berichterstattung die Unbefangenheit fehlt. Aber nicht nur spricht Mr. Reever mit keinem Wort von seiner Ministerschaft und dem grossen Anteil, den er an dem Zustandekommen der verschiedenen Gesetze, von den Kämpfen, die er behufs ihrer Durchsetzung auszufechten gehabt hat, er lässt auch hinsichtlich ihrer Wirkungen neben der Sprache der Tatsachen andern das Wort. Das Buch ist in diesen Abschnitten so objektiv wie nur möglich gehalten.

Dasselbe ist übrigens auch von den anderen Kapiteln zu sagen. Mr. Reever ist ein vorgeschrittener Sozialreformer, wenn auch nicht gerade ein Sozialdemokrat, aber er schreibt nicht als Parteimann. In aller Lebendigkeit ist seine Darstellung doch nie persönlich oder gar gehässig. Ueber seinem Buch weht eher der Geist des Historikers, und ein Teil ist auch wirklich historisch, allerdings Geschichte der allerneuesten Zeit. Das zweite Kapitel (das erste ist eine fesselnde allgemeine Beschreibung von Land und Leuten) gibt die Geschichte der modernen Fortschrittsbewegung in Australien und Neuseeland, die u. a. wegen der Rolle, welche die organisierten Arbeiter als politischer Faktor in den verschiedenen Kolonien gespielt haben und noch spielen, auch für diejenigen von grossem Interesse ist, die sonst dem Parteileben in den Kolonien wenig Aufmerksamkeit schenken. Die Arbeiter haben in diesen Demokratien mit dem Aufkommen von Industrien bald politischen Einfluss erlangt und auch bald Arbeiterparteien mit politischen Programmen gebildet. Allerdings war ihre Taktik in Bezug auf die andern Parteien nicht überall die gleiche — z. B. in Queensland. Hier stellten sie sich ihnen schroff entgegen, anderwärts — Neusüdwales — versuchten sie es, nach dem Muster der Irländer unter Parnell zwischen den beiden Parteien das Zünglein in der Wage zu spielen und jeweilig mit der Partei zu gehen, die ihnen am weitesten entgegenkam, während wieder anderwärts (in Neuseeland) sie in ein dauerndes Bündnis mit den vorgeschrittenen bürgerlich-radikalen Parteien eingingen. Der Verfasser beurteilt diese taktischen Massnahmen und die Programme der Arbeiterparteien nicht immer zustimmend, aber er lässt den Verdiensten der Arbeiterschaft um den sozialen Fortschritt und den Vorzügen der Arbeiter als politischer Faktor volle Gerechtigkeit widerfahren.

Die ›Staatsexperimente‹, die das Buch behandelt, betreffen das Frauenstimmrecht; die Frage des Verbandes der australischen Kolonien; das Vorzugswahlsystem; die Landfrage; die Arbeiterfrage (Fabrikgesetze, gesetzliche Mindestlöhne, Schiedsgerichte, Arbeitslosenbeschäftigung); die staatlichen Alterspensionen, die Alkoholgesetze, den Ausschluss unwünschenswerter Einwanderer. Es verbietet sich, hier auf sie im einzelnen einzugehen. In ihrer Gesamtheit bilden die Kapitel, die sich mit ihnen beschäftigen, bei der durchgängig genetischen Art der Darstellung durch den Verfasser, und seinem Eingehen auf die Natur der in Betracht kommenden Klassen und Schichten im Grunde eine soziale Geschichte des modernen Australasiens. Wir sehen dies insbesondere bei der Behandlung der Landfrage, um die sich ja lange Zeit das koloniale Leben in erster Linie dreht und die wir hier in beständig neuen Formen, in beständig neuen Problemen auftauchen sehen — je nachdem die Bevölkerung der Kolonien wächst, die Bewirtschaftungsweise sich entwickelt. So wenig wie irgend eine andere der Wirtschaftsfragen Australiens kann sie als erledigt betrachtet werden. In Bezug auf kaum eine zweite Frage sind soviel verfehlte Experimente gemacht worden, wie gerade in Bezug auf die Landfrage.

Von der Arbeitergesetzgebung kann der Verfasser feststellen, dass sie im ganzen die Erwartungen ihrer Befürworter bisher erfüllt, die Unheilsprophezeiungen ihrer Gegner aber jedenfalls Lügen gestraft hat. 1895 trat in Neuseeland das Gesetz über obligatorische Schiedsgerichte in Kraft, das die Gewerkschaften anerkannt, ja bevorzugt. Folgende Zahlen zeigen, wie es die Industrien, für die es gilt, »ruiniert« hat.

	1896	1901
Zahl der Betriebe	2 459	3163
Zahl der Arbeiter:		
männlich	22 986	35 438
weiblich	4 403	6 288
Summe der gezahlten Löhne in Pfd. Strlg.	1 907 592	3 098 561
Wert der Produktion in Pfd. Strlg.	9 549 000	17 141 000.

Insgesamt hat sich die Zahl der Industriearbeiter von 1895 bis 1901 ohne die Staatsarbeiter von 29 879 auf 53 460 vermehrt.

So offen lagen die Vorteile des Gesetzes über obligatorische Schiedsgerichte zu Tage, dass 1900 die Erneuerung des erst so heftig bekämpften Gesetzes fast ohne jede ernsthafte Opposition beschlossen wurde. In ähnlicher Weise ist in der Kolonie Victoria das Gesetz über Mindestlöhne, nachdem es erst heftig befehdet wurde, schrittweise auf immer mehr Berufe ausgedehnt worden, ohne die angekündigten Uebel zu verursachen.

Wir müssen es uns versagen, hier Proben von der äusserst sachgemässen und darin doch so lebensvollen Behandlung all der Fragen durch den Verfasser zu geben. Es untersteht keinem Zweifel, dass sein Buch den Rang als bestes Nachschlagewerk über die Sozialgesetzgebung Australiens beanspruchen darf. Als solches ist es von jedem Sozialpolitiker willkommen zu heissen.

4. In italienischer Sprache.

Berenini, Apostino e **Borciani** Alberts: **Progetto di Legge pel Divorzio.** Torino 1902. Uffici del »Grido del Popolo« (Galeria Nazionale).

Der von den beiden gewandten Advokaten und verdienten Sozialisten in weitesten Kreisen mit einem wahren Feuereifer propagierte Gesetzentwurf betreffend Einführung der bürgerlichen Scheidung in Italien, welche hier im Druck vorliegt, ist zumal durch seinen — man ist versucht zu sagen — übertriebenen Opportunismus besonders merkwürdig. Er macht dem derzeitigen Zustand der Dinge die sonderbarsten Zugeständnisse. So ist es z. B. meines Erachtens in hohem Grade befremdlich, wenn zwei sozialistische Abgeordnete einen Entwurf ausarbeiten, der im ganzen niedriger steht, als die in Deutschland durch das neue Bürgerliche Gesetzbuch sanktionierten bekanntlich äusserst reaktionären Bestimmungen über die Ehescheidung. So ist z. B. auch im sozialistisch-italienischen Entwurf Scheidung wegen »gegenseitiger Abneigung« ausgeschlossen. In manchen Punkten steht der Entwurf sogar noch weit hinter dem deutschen Gesetz zurück, will er doch eine Scheidung der Ehegatten erst dann zulassen, wenn, nach vorhergegangenem richterlichen Erkenntnis auf eine separatio quoad thorum et mensam, drei, wenn Kinder vorhanden sind, sogar erst, wenn fünf Jahre vergangen sind! Auch hat der schuldige Teil nicht das Recht, die gerichtliche Scheidung zu beantragen. — Einer der beiden Väter des Entwurfs, Alberto Borciani, steht nicht an, sein Werk als timido (übervorsichtig) zu bezeichnen und gleichzeitig zu erklären, dass der Entwurf noch grosser Aenderungen bedürfe, um wirklich in modernem Sinne sozial wirken zu können (s. seinen Artikel »agli aversari del divorzio« in der Zeitschrift »Quo vadis?« II. Jahrgang, No. 14.) Dieses Geständnis gibt dem ganzen Entwurf seine Signatur.

Robert Michels.

Bissolati, Leonida: **L'Avanti!** Resoconto della divezione del Gionale. Imola, Cooperativa Tipografica Editrice. 7 S.

Der dem Kongress von Imola vorgelegte Bericht des Chefredakteurs des »Avanti«, Leonida Bissolati, welcher wegen einer offenkundigen Parteinahme für die transigente Strömung Turatis auf das Heftigste angegriffen worden war, ist mit jener Ruhe, Klarheit und persönlichen Würde geschrieben, die diese vornehme Literatennatur auszeichnet. Bissolati verteidigt sich, indem er sagt, der Redakteur des Centralblattes habe die Verpflichtung, in den wichtigsten Fragen der Partei seine Meinung zu vertreten, sonst sinke er zu einer Puppe herab, und das Blatt selbst erhielte eine leblose und langweilige Farbe. Ausserdem glaube er, mit der Mehrheit der Partei in der Auffassung von der Lage der Dinge in Italien übereinzustimmen. Redefreiheit habe er aber jedem Andersdenkenden unter den Genossen gewahrt. Letzterer Punkt ist der einzige »wunde Punkt«, denn Bissolati und seine nur aus Transigenten bestehende Redaktion (Schiavi und Bononi) hat zuletzt leider nur noch ebenso denkende Mitarbeiter gehabt. Dr. *Robert Michels.*

Seitdem das Vorstehende geschrieben wurde, ist Bissolati von der Redaktion des *Avanti* zurückgetreten, die nunmehr von Enrico Ferri, dem Hauptvertreter der intransigenten Richtung, geführt wird. Red. der Dok. des Soz.)

Rignano Sullam, Nina: Una Legge che c'interessa. Milano, Tipografia Milanese (via Gesu 23). 16 S.

Nina Rignano Sullam ist vielleicht dasjenige Mitglied der bekannten bürgerlich-sozialistischen — man möchte beinahe sagen fabianistischen — Frauengruppe du Unione Feminile in Mailand, welche das meiste Verständnis für die praktische Seite der sozialen Frage hat. In vorliegender Broschüre macht sie für ein Kinderschutzgesetz im Sinne des preussischen Fürsorgeerziehungsgesetzes Propaganda, und zwar beruft sie sich dabei auf ein Werkchen, das E. von Massow, welches meines Erachtens keineswegs das Lob verdient, das die Verfasserin ihm spendet. Im übrigen sind ihre Vorschläge fast durchweg vernünftig. Zumal was sie über die notwendige strenge Aufsicht des Staates über die in Italien grassierenden und neben vielem Guten auch viel Böses bergenden privaten Wohltätigkeitsinstitute sagt, hat durchaus unsere Billigung. Ausserdem propagiert sie die durchweg staatlichen Fortbildungsschulen.

Das Büchlein zeichnet sich durch eine präzise Sprache von seinesgleichen vorteilhaft aus. *Dr. Robert Michels.*

Soldi, Romeo, **Le varie Correnti nel Partito Socialista Italiano.** (Estratto dal Giornale degli Economisti, giugni 1903.) Bologna 1903, Tip. Alfonso Garagnani e Figli. 29 S. gr. 8°.

Eine, wie der Titel besagt, im Giornale degli Economisti, dem Organ der italienischen Freihändler, veröffentlichte Besprechung der Meinungsdifferenzen über Theorie und Taktik, welche in den letzten Jahren die italienische Sozialdemokratie beschäftigten und wobei es nach dem Verfasser schliesslich dahin kam, dass »auf politischem Gebiet diejenigen Sozialisten, die von Bernstein ausgegangen waren, schliesslich sich bei Kautsky angelangt fanden, während die anderen, ohne es zu merken, den umgekehrten Weg machten.« (S. 16.) Einen bedeutenden Einfluss auf die allgemeine Haltung der sozialistischen Partei hatte die Frage, die sich bei der Krisis des Ministeriums Giolitti-Sacchi erhob, ob man die Verbindung von Schutzzoll und Sozialreform (Staatssozialismus), die Sacchi vertrat, quasi unterstützen oder die Schutzzollpolitik energisch bekämpfen solle. Die Entscheidung fiel im letzteren Sinne. Jetzt seien die beiden Richtungen in der Partei wieder im Begriff, sich zu verschmelzen, und wenn auch persönliche Gegensätze hier und da in Polemiken zum Ausdruck kämen, sei doch an einen tieferen Bruch oder eine Spaltung nicht zu denken. Und »wie in Deutschland hat in Italien die Freihandelspolitik (la politica liberistica), wenn sie in der bürgerlichen Fabrikantenwelt noch nicht genug Anhang findet, in der sozialistischen Organisation das stärkste Bollwerk gegen die Staats-

eingriffe«. (S. 29.) Die Ironie der Geschichte wolle es, dass während der demokratische Sozialismus als Reaktion gegen den Liberalismus aufkommt, das Zurückgehen auf dieselbe Quelle (Smith und Ricardo) für die wissenschaftliche Grundlage »Freihändler und Sozialdemokraten zum gleichen Kampf wider den sogenannten Staatssozialismus nötigt«. (Ebendaselbst.)

Wobei zu bemerken ist, dass der »sogenannte Staatssozialismus« eben oft überhaupt kein Sozialismus ist. In der Wiedergabe der Ansichten des Herausgebers dieser Zeitschrift unterlaufen dem Verfasser einige Irrtümer.

5. In ungarischer Sprache.

Leopold, Lajos, **Az Olas Szoczializmus.** (Különlenyomat a huszadik Szádad 1903. Evi Folyamából.) Budapest 1903. Politzer Zsigmond és fia Könyvkereskedése. 54 S. gr. 8°. Preis: 1 Krone.

Eine Abhandlung über den Sozialismus in Italien, die zuerst in der Revue Huszadik Szádad (»Das zwanzigste Jahrhundert«) erschienen ist.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Sankt Max.

Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner.

Der Kommunismus. (Schluss.)

Wir kommen jetzt zu den historischen Konstruktionen des Kommunismus.

Erste historische Konstruktion.

»So lange der Glaube für die Ehre und Würde der Menschen ausreichte, liess sich gegen keine, auch noch so anstrengende Arbeit etwas einwenden.« »All ihr Elend konnten die unterdrückten Klassen nur so lange ertragen, als sie Christen waren« (höchstens waren sie so lange Christen, als sie ihr Elend ertrugen), »denn das Christentum« (das mit dem Stock hinter ihnen steht) »lässt ihr Murren und ihre Empörung nicht aufkommen.« (p. 158.) »Woher nur »Stirner« alles dies weiss«, was die unterdrückten Klassen konnten, erfahren wir aus Heft I der »Allg. Literat.-Ztg.«, wo »die Kritik in Buchbindermeistergestalt« folgende Stelle eines unbedeutenden Buchs citiert: »Der moderne Pauperismus hat einen politischen Charakter angenommen; während der alte Bettler sein Los mit Ergebenheit trug und es als eine göttliche Schickung ansah, frägt der neue Lump, ob er gezwungen sei, armselig durch's Leben zu wandern, weil er zufällig in Lumpen geboren wurde.« Wegen dieser Macht des Christentums fanden bei der Emanzipation der Leibeigenen gerade die blutigsten und erbittertsten Kämpfe gegen die geistlichen Feudalherren statt und setzte sie sich durch trotz alles Murrens und aller Empörung des in den Pfaffen inkorporierten Christentums (vergl. Eden, History of the Poor, Book I, Guizot, Histoire de la civilisation en France, Montheil, Histoire des Français des divers états pp.), während andererseits die kleinen Pfaffen, namentlich im Anfange des Mittelalters, die Leibeigenen zum »Murren« und zur »Empörung« gegen die weltlichen Feudalherren aufreizten (vergl. u. a. schon das bekannte Kapitular Karls des Grossen). Vergleiche auch, was oben bei Gelegenheit der »hie und da auftauchenden Arbeiterunruhen« über die »unterdrückten Klassen« und ihre Aufstände im 14. Jahrhundert gesagt wurde. — Die früheren Formen der Arbeiteraufstände hingen mit der jedesmaligen Entwickelung der Arbeit und der dadurch gegebenen Gestalt des Eigentums zusammen, die direkt oder indirekt kommunistische Insurrektion mit der grossen Industrie. Statt auf diese weitläuftige Geschichte einzugehen, veranstaltet Sankt Max einen heiligen Uebergang von den duldenden unterdrückten Klassen zu den ungeduldigen unterdrückten Klassen: »Jetzt, wo jeder sich zum Menschen ausbilden soll« (»woher nur« z. B. die katalonischen Arbeiter »wissen«, dass »jeder« sich zum Menschen ausbilden soll?), »fällt die Bannung des Menschen an maschinenmässige Arbeit zusammen mit der Sklaverei.« (p. 158.) Vor Spartakus und dem Sklavenkriege war es also das Christentum, das die »Bannung des Menschen an maschinenmässige Arbeit« nicht

»mit der Sklaverei zusammenfallen« liess, und zu Spartakus Zeit war es der Begriff: Mensch, der dies Verhältnis aufhob und die Sklaverei erst erzeugte. »Oder sollte« Stirner »gar« etwas von dem Zusammenhange der modernen Arbeiterunruhen mit der Maschinerie gehört haben und hier haben andeuten wollen? In diesem Falle hat nicht die Einführung der Maschinenarbeit die Arbeiter in Rebellen, sondern die Einführung des Begriffes »Mensch« die *Maschinen*arbeit in Sklaverei verwandelt. — »Ist dem so«, so »sieht das doch wirklich so aus«, als wäre dies eine »einzige« Geschichte der Arbeiterbewegungen.

Zweite geschichtliche Konstruktion.

»Die Bourgeoisie hat das Evangelium des materiellen Genusses verkündet und wundert sich nun, dass diese Lehre unter Uns Proletariern Anhänger findet.« (p. 159.) Eben wollten die Arbeiter den Begriff »des Menschen«, das Heilige, verwirklichen, jetzt den »materiellen Genuss«, das Weltliche; oben die »Plackerei« der Arbeit, jetzt nur noch die Arbeit des Geniessens. Sankt Sancho schlägt sich hier auf ambas sus valientes posaderas, zuerst auf die materielle Geschichte, dann auf die Stirnersche, heilige. Nach der materiellen Geschichte war es die Aristokratie, welche zuerst das Evangelium des Weltgenusses an die Stelle des Genusses des Evangeliums setzte, für welche die nüchterne Bourgeoisie sich zunächst aufs Arbeiten legte und ihr mit vieler Schlauheit den Genuss überliess, der ihr selbst durch eigene Gesetze untersagt wurde (bei welcher Gelegenheit die Macht der Aristokratie in der Gestalt des Geldes *in die Taschen der Bourgeois* rückte). Nach der Stirnerschen Geschichte hat die Bourgeoisie sich damit begnügt, »das Heilige« zu suchen, den Staatskultus zu betreiben und »alle existierenden Objekte in vorgestellte zu verwandeln«, und es bedurfte der Jesuiten, um »die Sinnlichkeit vor dem gänzlichen Verkommen zu retten«. Nach derselben Stirnerschen Geschichte hat die Bourgeoisie durch die Revolution alle Macht an sich gerissen, also auch ihr Evangelium, das des materiellen Genusses, obgleich wir nach derselben Stirnerschen Geschichte jetzt soweit sind, dass »in der Welt nur Gedanken herrschen«. Die Stirnersche Hierarchie sitzt jetzt also »entre ambat posaderas«.

Dritte historische Konstruktion.

p. 159. »Nachdem das Bürgertum von Befehl und Willkür einzelner befreit hatte, blieb jene Willkür übrig, welche aus der Konjunktur der Verhältnisse entspringt und die Zufälligkeit der Umstände genannt werden kann. Das Glück und die vom Glück Begünstigten blieben übrig.« Sankt Sancho lässt dann die Kommunisten »ein Gesetz und eine neue Ordnung finden, die diesen Schwankungen« (dem Dings da) »ein Ende macht« — von der er soviel weiss, dass die Kommunisten nun ausrufen sollen: »Diese Ordnung sei dann heilig!« (wo er vielmehr nun ausrufen müsste: Die Unordnung meiner Einbildungen sei die heilige Ordnung der Kommunisten.) — »Hier ist Weisheit« (Offenb. Joh. 13, 18.) »Wer Verstand hat, der überlege die Zahl« des Unsinns, den der sonst so weitläuftige, sich stets wieder von sich gebende Stirner hier in wenige Zeilen zusammendrängt. In allgemeinster Fassung heisst der erste Satz: Nachdem das Bürgertum die Feudalität abgeschafft hatte, blieb das Bürgertum übrig. Oder nachdem in Stirners Einbildung die Herrschaft der Personen abgeschafft worden war, blieb gerade das Umgekehrte zu tun übrig. »Das sieht denn doch wirklich so aus«, als könnte man die zwei entlegensten Geschichtsepochen in einen Zusammenhang bringen, der der heilige Zu-

sammenhang, der Zusammenhang als Das Heilige, der Zusammenhang im Himmel ist. — Dieser Satz Sankt Sanchos ist übrigens nicht mit dem obigen mode simple des Unsinns zufrieden, er muss es bis zum mode composé und bi-composé des Unsinns bringen. Nämlich erstens glaubt Sankt Max den sich befreienden Bourgeois, dass sie, indem sie s i c h von Befehl und Willkür einzelner befreiten, die Masse der Gesellschaft überhaupt von Befehl und Willkür *einzelner* befreiten. Zweitens befreiten sie sich realiter nicht von »Befehl und Willkür der einzelnen«, sondern von der Herrschaft der Korporation, Zunft *der Stände* und konnten daher nun erst als w i r k l i c h e einzelne Bourgeois dem Arbeiter gegenüber »Befehl und Willkür« ausüben. Drittens hoben sie nur den plus ou moins idealistischen Schein des bisherigen Befehls und der bisherigen Willkür der Einzelnen auf, um an seine Stelle diesen Befehl und diese Willkür in ihrer materiellen Grobheit herzustellen. Er, Bourgeois, wollte seinen »Befehl und Willkür« nicht mehr durch den bisherigen »Befehl und Willkür« der im *Monarchen*, im Adel *und in der Korporation konzentrierten* politischen Macht beschränkt wissen, sondern höchstens durch die in Gesetzen von Bourgeois ausgesprochenen Gesamtinteressen der ganzen Bourgeoisklasse. Er tat nichts, als den Befehl und die Willkür ü b e r den Befehl und die Willkür der einzelnen Bourgeois aufheben (siehe polit. Liberalismus). — Indem Sankt Sancho nun die Konjunktur der Verhältnisse, welche mit der Herrschaft der Bourgeoisie eine ganz andere Konjunktur ganz anderer Verhältnisse wurde, statt sie wirklich zu analysieren, als die allgemeine Kategorie »Konjunktur pp.« übrig bleiben lässt und sie mit dem noch unbestimmteren Namen: »Zufälligkeit der Umstände« beschenkt — als ob der »Befehl und die Willkür einzelner« nicht selbst eine »Konjunktur der Verhältnisse« sei — indem er also so die reale Grundlage des Kommunismus, nämlich die b e s t i m m t e Konjunktur der Verhältnisse unter dem Bourgeoisrégime beseitigt, kann er nun auch den so luftig gemachten Kommunismus in seinen heiligen Kommunismus verwandeln. »Das sieht denn doch wirklich so aus«, als ob »Stirner« ein »Mensch von nur ideellem«, eingebildetem, historischem »Reichtum« sei — der »v o l l e n d e t e L u m p«. Siehe »das Buch« p. 362. — Diese grosse Konstruktion oder vielmehr ihr Vordersatz wird uns p. 189 noch einmal mit vieler Emphase in folgender Form wiederholt: »Der politische Liberalismus hebt die Ungleichheit der Herren und Diener auf; er machte h e r r e n l o s, anarchistisch (!); der Herr wurde nun vom einzelnen, dem Egoisten, entfernt, um ein Gespenst zu werden, das Gesetz oder der Staat.« Gespensterherrschaft = (Hierarchie) = Herrenlosigkeit, = Herrschaft der »allmächtigen« Bourgeois. Wie wir sehen, ist diese Gespensterherrschaft vielmehr die Herrschaft der v i e l e n wirklichen Herren; also konnte der Kommunismus mit gleichem Recht als die Befreiung von dieser Herrschaft der vielen gefasst werden, das Sankt Sancho aber nicht durfte, weil sonst sowohl seine logischen Konstruktionen des Kommunismus, wie auch die ganze Konstruktion der »Freien« umgeworfen worden wären. So geht's aber im ganzen »Buche«. Ein einziger Schluss aus den eigenen Prämissen unseres Heiligen, ein einziges historisches Faktum wirft ganze Reihen von Durchschauungen und Resultaten zu Boden.

V i e r t e g e s c h i c h t l i c h e K o n s t r u k t i o n.

p. 350 leitet Sankt Sancho den Kommunismus direkt aus der Abschaffung der Leibeigenschaft her.

I. V o r d e r s a t z: »Es war ausserordentlich viel damit gewonnen, als man es durchsetzte, als Inhaber b e t r a c h t e t (!) zu werden. Die

Leibeigenschaft wurde damit aufgehoben, und jeder, der bis dahin selbst Eigentum gewesen, ward nun ein Herr.« (In dem mode simple des Unsinns heisst dies wieder: Die Leibeigenschaft wurde aufgehoben, sobald sie aufgehoben ward. Der mode composé dieses Unsinns ist, dass Sankt Sancho glaubt, vermittelst der heiligen Contemplation des »Betrachtens« und »Betrachtetwerdens« sei man zum »Inhaber« geworden, während die Schwierigkeit darin bestand, »Inhaber« zu werden, und die Betrachtung sich dann nachher von selbst hinzusetzte; und der mode bicomposé ist, dass, nachdem die anfangs noch partikuläre Aufhebung der Leibeigenschaft angefangen hatte, ihre Konsequenzen zu entwickeln und dadurch allgemein geworden war, man aufhörte, »durchsetzen« zu können, als des Innehabens wert »betrachtet« zu werden — dem Inhaber wurden die Innegehabten zu kostspielig —; dass also »die grösste Masse, die bisher selbst Eigentum«, d. h. gezwungener Arbeiter, »gewesen waren«, dadurch keine »Herren«, sondern freie Arbeiter wurde). — II. Historischer Untersatz, der circa acht Jahrhunderte umfasst und dem man »freilich nicht ansehen wird, wie inhaltschwer« er ist (vgl. Wigand p. 194). »Allein forthin reicht dein Haben und deine Habe nicht mehr aus und wird nicht mehr anerkannt; dagegen steigt dein Arbeiten und deine Arbeit im Werte. Wir achten nun deine Bewältigung der Dinge, wie vorher (?) dein Innehaben derselben. Deine Arbeit ist dein Vermögen. Du bist nun Herr oder Inhaber des Erarbeiteten, nicht des Ererbten.« (ibid.) »Forthin« — »nicht mehr« — »dagegen« — »nun« — »wie vorher« — »nun« — »oder« — »nicht« — das ist der Inhalt dieses Satzes. Obgleich »Stirner« »nun« dahin gekommen ist, dass du (nämlich Szeliga) Herr des Erarbeiteten, nicht des Ererbten, bist, so fällt ihm »nun« vielmehr ein, dass derzeit gerade das Gegenteil stattfindet — und dies lässt ihn den Kommunismus als Wechselbalg aus diesen beiden Missgeburten von Vordersätzen gebären. III. Kommunistischer Schluss. »Da *aber* **derzeit** alles ein Ererbtes ist und jeder Groschen, den du besitzest, nicht ein Arbeits-, sondern Erbgepräge trägt (kulminierender Unsinn), so muss alles umgeschmolzen werden.« Woraus Szeliga nun sowohl beim Auf- und Untergang der mittelaltrigen Kommunen, wie beim Kommunismus des neunzehnten Jahrhunderts angelangt zu sein sich einbilden kann. Und womit Sankt Max trotz alles »Ererbten« und »Erarbeiteten« zu keiner »Bewältigung der Dinge«, sondern höchstens zur »Habe« des Unsinns gekommen ist.

Liebhaber von Konstruktionen können nun noch p. 421 nachsehen, wie Sankt Max, nachdem er den Kommunismus aus der Leibeigenschaft konstruiert hat, ihn nun noch als Leibeigenschaft unter einem Lehnsherrn, der Gesellschaft konstruiert nach demselben Muster, wie er schon oben das Mittel, wodurch wir etwas erwerben, zu dem »Heiligen« macht, durch dessen »Gnade« uns etwas gegeben wird. Jetzt nur noch schliesslich einige »Durchschauungen« des Kommunismus, die sich aus den obigen Prämissen ergeben.

Zuerst gibt »Stirner« eine neue Theorie der Exploitation, die darin besteht, dass »der Arbeiter in einer Stecknadelfabrik nur ein einzelnes Stück arbeitet, nur einem anderen in die Hand arbeitet und von diesem anderen benutzt, exploitiert wird.« (p. 158.) Hier entdeckt also »Stirner«, dass die Arbeiter einer Fabrik sich wechselseitig exploitieren, weil sie einander »in die Hand arbeiten«, während der Fabrikant, dessen Hände gar nicht arbeiten, auch nicht imstande ist, die Arbeiter zu exploitieren. »Stirner« gibt hier ein schlagendes Exempel von der betrübten Lage, in die die deutschen Theoretiker durch den Kommunismus versetzt worden sind. Sie müssen sich jetzt auch mit profanen

Dingen, wie Stecknadelfabriken u. s. w., beschäftigen, bei denen sie sich wie wahre Barbaren, wie Ojibbeway-Indianer und Neuseeländer benehmen.

»Dagegen heisst es nun« im Stirnerschen Kommunismus, l. c.: »Jede Arbeit soll den Zweck haben, dass der »Mensch« befriedigt werde. Deshalb muss er (»der« Mensch) auch in ihr Meister werden, d. h. sie als eine Totalität schaffen *können*.« — »Der Mensch« muss Meister werden! — »Der Mensch« bleibt Stecknadelknopfmacher, hat aber das beruhigende Bewusstsein, dass Nadelknöpfe zur Nadel gehören und dass er die ganze Nadel machen kann. Die Ermüdung und der Ekel, den die ewige Wiederholung des Nadelknopfmachens hervorbringt, verwandelt sich durch dies Bewusstsein in »Befriedigung des Menschen« Proudhon!

Weitere Durchschauung. »Da die Kommunisten erst die freie Tätigkeit für das Wesen« (iterum Crispinus) »des Menschen erklären, bedürfen sie, wie alle werkeltätige Gesinnung, eines Sonntags, einer Erhebung und Erbauung neben ihrer geistlosen Arbeit.« Abgesehen von dem hier eingeschobenen »Wesen des Menschen« muss der unglückliche Sancho die »freie Tätigkeit, d. h. bei den Kommunisten die aus der freien Entwickelung aller Fähigkeiten hervorgehende, schöpferische Lebensäusserung, um »Stirner« verständlich zu sein, des »ganzen Kerls«, in »geistlose Arbeit« verwandeln, weil nämlich der Berliner merkt, dass es sich hier nicht um die »saure Arbeit des Gedankens« handelt. Durch diese einfache Verwandlung können nun auch die Kommunisten in die »werkeltägige Gesinnung« umgesetzt werden. Mit dem Werkeltage des Bürgers findet sich dann natürlich auch sein Sonntag im Kommunismus wieder. p. 163. »Die sonntägliche Seite des Kommunismus ist, dass der Kommunist in dir den Menschen, den Bruder erblickt.« Der Kommunist erscheint hier also als »Mensch« und als »Arbeiter«. Dies nennt Sankt Sancho l. c.: »eine zwiefache Anstellung des Menschen durch den Kommunisten, ein Amt des materiellen Erwerbs und eins des geistigen.« — Hier bringt er also sogar den »Erwerb« *und die Bureaukratie* wieder in den Kommunismus herein, der dadurch freilich »sein letztes Absehen erreicht« und aufhört, Kommunismus zu sein. Er muss dies übrigens tun, weil nachher in seinem »Verein« jeder ebenfalls »eine zwiefache Anstellung«, als Mensch und als »Einziger«, erhält. Diesen Dualismus legitimiert er vorläufig dadurch, dass er ihn dem Kommunismus in die Schuhe schiebt, eine Methode, die wir bei seinem Lehnswesen und seiner Verwertung wiederfinden werden.

p. 344 glaubt »Stirner«, die »Kommunisten« wollten »die Eigentumsfrage gütlich lösen«, und p. 413 sollen sie gar an die Aufopferung der Menschen und an die selbstverleugnende Gesinnung der Kapitalisten appellieren! Die wenigen seit Babeufs Zeit aufgetretenen kommunistischen Bourgeois, die nicht revolutionär waren, sind sehr dünn gesät; die *grosse* Masse der Kommunisten ist in allen Ländern revolutionär. Was die Ansicht der Kommunisten über die »selbstverleugnende Gesinnung der Reichen« und die »Aufopferung der Menschen« ist, mag Sankt Max aus ein paar Stellen Cabets, gerade des Kommunisten ersehen, der noch am meisten den Schein haben kann, als appelliere er an das dévoûment, die Aufopferung. Diese Stellen sind gegen die Republikaner und namentlich gegen Herrn Buchez' Angriff auf den Kommunismus gerichtet, der in Paris noch eine sehr kleine Zahl Arbeiter unter seinem Kommando hat.

»Ebenso mit der Aufopferung (dévoûment); es ist dies die Doktrin des Herrn Buchez, diesmal ihrer katholischen Form entkleidet, weil Herr Buchez ohne Zweifel fürchtet, dass seine Katholizität die Masse der Arbeiter anwidert und zurückstösst. Um würdig seine Pflicht (devoir)

zu erfüllen (*sagt Buchez*) bedarf es der Aufopferung (dévoûment). Begreife, wer kann, welcher Unterschied zwischen devoir und dévoument. »Wir fordern Aufopferung von allen, sowohl für die grosse nationale Einheit als für die Arbeiterassociation... ...es ist notwendig, dass wir vereint seien, immer hingegeben (dévoué) die einen für die anderen.« — Es ist notwendig, es ist notwendig — das ist leicht zu sagen, und man sagt es seit sehr langer Zeit, und man wird es noch sehr lange Zeit ohne mehr Erfolg sagen, wenn man nicht auf andere Mittel sinnt! Buchez beklagt sich über die Selbstsucht der Reichen; aber wozu dienen solche Klagen? Buchez erklärt alle die für Feinde, welche sich nicht devouieren wollen. »Wenn, sagt er, durch den Egoismus getrieben, sich ein Mensch weigert, für die anderen sich hinzugeben, was muss man tun, ... Wir werden keinen Augenblick anstehen, zu antworten: Die Gesellschaft hat immer das Recht, uns das zu nehmen, was die eigene Pflicht uns gebietet, ihr aufzuopfern.... Die Aufopferung ist das einzige Mittel, seine Pflicht zu erfüllen. Jeder von uns muss sich aufopfern, überall und immer. Der, welcher aus Egoismus seine Pflicht der Hingebung zu erfüllen sich weigert, muss hierzu gezwungen werden.« — So schreit Buchez allen Menschen zu: Opfert euch, opfert euch! Denkt nur daran, euch zu opfern! Heisst das nicht die menschliche Natur verkennen und mit Füssen treten? Ist das nicht eine falsche Anschauung? Wir möchten fast sagen, eine kindische, abgeschmackte Anschauung? (Réfutation des doctrines de l'Atelier, par Cabet, p. 19, 20.) Cabet weist nun p. 22 dem Republikaner Buchez nach, dass er notwendig auf eine »Aristokratie der Aufopferung« mit verschiedenen Stufen kommt, und fragt dann ironisch: »Was wird nun aus dem dévoument? Wo bleibt das dévoument, wenn man nur deswegen sich devouiert, um zu den höchsten Spitzen der Hierarchie zu gelangen?... Ein solches System könnte aufkommen in dem Kopfe von einem, der es zum Papst oder Kardinal bringen wollte — aber in den Köpfen von Arbeitern!!!« — »Herr Buchez will nicht, dass die Arbeit eine angenehme Zerstreuung werde, noch dass der Mensch für sein eigenes Wohlsein arbeite und sich neue Genüsse schaffe. Er behauptet..., »dass der Mensch nur auf die Erde gesetzt worden ist, um einen Beruf, eine Pflicht (une fonction, un devoir) zu erfüllen.« »Nein, predigt er den Kommunisten, der Mensch, diese grosse Macht, ist nicht für sich selbst erschaffen (n'a point été fait pour lui-meme)... Das ist ein roher Gedanke. Der Mensch ist ein Werkmann (ouvrier) in der Welt, er muss das Werk (oeuvre) vollbringen, welches die Moral seiner Tätigkeit auferlegt, das ist seine Pflicht. ... Verlieren wir niemals aus dem Gesicht, dass wir einen hohen Beruf (une haute fonction) zu erfüllen haben, einen Beruf, der mit dem ersten Tage des Menschen begonnen hat, und nur mit der Menschheit zugleich endigen wird.« — Aber wer hat denn .... Buchez alle diese schönen Sachen enthüllt (mais qui a révélé toutes ces belles choses à M. Buchez luimême, wo »Stirner« übersetzen würde: Woher nur Buchez alles das weiss, was der Mensch soll?). — Du reste, comprenne qui pourra. »Buchez fährt fort: »Wie! Der Mensch hätte Tausende von Jahrhunderten warten müssen, um von euch Kommunisten zu lernen, dass er für sich selbst gemacht ist und keinen anderen Zweck hat, als in allen möglichen Genüssen zu leben?... Aber man darf sich so nicht verirren. Man darf nicht vergessen, dass wir geschaffen sind, um zu arbeiten (faits pour travailler), um immer zu arbeiten, und dass die einzige Sache, die wir fordern können, das zum Leben Nötige (la suffisante vie) ist, d. h. ein Wohlsein, welches dazu hinreicht, dass wir angemessen unseren Beruf erfüllen können. Ausserhalb dieses Kreises ist

alles a b s u r d u n d g e f ä h r l i c h.« — Aber so beweisen Sie doch! Beweisen Sie! Und begnügen Sie sich nicht damit, wie ein Prophet zu orakeln! Gleich von vornherein sprechen Sie von T a u s e n d e n v o n J a h r h u n d e r t e n! Und dann, wer behauptet, dass man uns in a l l e n Jahrhunderten erwartet hat? Aber euch hat man wohl erwartet mit allen euren Theorien von dévoument, devoir, nationalité française, association ouvrière? — »Schliesslich, sagt Buchez, bitten wir euch, nicht von dem, was wir gesagt haben, euch verletzt zu fühlen.« — Wir sind eben so höfliche Franzosen, wir bitten euch ebenfalls, nicht verletzt zu sein. (p. 31.) — »G l a u b t u n s, sagt Buchez, es existiert eine communauté, die seit langer Zeit errichtet ist und wovon ihr auch Mitglieder seid.« — »Glaubt uns, Buchez«, schliesst Cabet, »werdet Kommunist!« — »Aufopferung«, »Pflicht«, »Sozialpflicht«, »Recht der Gesellschaft«, »der Beruf, die Bestimmung des Menschen«, »moralisches Werk«, »Arbeiterassociation«, »Schaffen des zum Leben Unentbehrlichen« — sind das nicht dieselben Dinge, die Sankt Sancho den Kommunisten vorwirft, deren M a n g e l Herr Buchez den Kommunisten vorwirft und dessen feierliche Vorwürfe Cabet verhöhnt? Ist nicht selbst »Stirners« »Hierarchie« hier schon vorhanden?

Schliesslich gibt Sankt Sancho dem Kommunismus p. 169 den Gnadenstoss, indem er folgenden Satz ausstösst: »Indem die Sozialisten auch das Eigentum wegnehmen (!), beachten sie nicht, dass dies sich in der Eigenheit eine Fortdauer sichert. Ist dann bloss Geld und Gut ein Eigentum, oder ist jede Meinung ein Mein, ein Eigenes? Es muss a l s o jede Meinung aufgehoben oder unpersönlich gemacht werden.« — Oder ist Sankt Sanchos Meinung, insofern sie nicht auch zur Meinung anderer wird, ein Kommando über irgend etwas, selbst über die fremde Meinung? Indem *St. Max* hier das Kapital seiner Meinung gegen den Kommunismus geltend macht, tut er wieder nichts anderes, als dass er die ältesten und trivialsten Bourgeoiseinwürfe gegen ihn vorbringt, und glaubt etwas Neues gesagt zu haben, weil ihm, dem jebildeten Berliner, diese Abgedroschenheiten neu sind. Unter und nach vielen anderen hat Destutt de Tracy vor ungefähr dreissig Jahren und später in dem hier citierten Buche dasselbe viel besser gesagt. Z. B.: »Man hat förmlich den Prozess des Eigentums instruiert und Gründe für und wider vorgebracht, als wenn es von uns abhinge zu beschliessen, dass es Eigentum gebe oder nicht gebe in dieser Welt; aber das heisst durchaus unsere Natur verkennen« (Traité de la volonté, Paris 1826, p. 18). Und nun gibt sich Herr Destutt de Tracy daran zu beweisen, dass propriété, individualité und personalité identisch sind, dass in dem moi auch das mien liege, und er findet darin eine Naturgrundlage für das Privateigentum, dass »die Natur den Menschen mit einem unvermeidlichen und unveräusserlichen Eigentum begabt hat, dem seines Individuums.« (p. 17.) — Das Individuum »sieht klar, dass dieses I c h exclusiver Eigentümer des Körpers ist, den es beseelt, der Organe, die es bewegt, aller ihrer Fähigkeiten, aller ihrer Kräfte, aller Wirkungen, die sie produzieren, aller ihrer Leidenschaften und Handlungen; denn alles dies endet und beginnt mit diesem Ich, existiert nur durch es, ist nur bewegt durch seine Aktion; und keine andere Person kann diese selben Instrumente anwenden, noch in derselben Weise von ihnen affiziert sein.« (p. 16.) — »Das Eigentum existiert, wenn nicht gerade überall wo ein empfindendes Individuum existiert, mindestens überall wo ein wollendes Individuum existiert.« (p. 19.) — Nachdem er so Privateigentum und Persönlichkeit identifiziert hat, gibt sich nun wie bei Stirner vermittelst des Wortspiels mit Mein und Meinung E i g e n t u m u n d E i g e n h e i t, bei

Destutt de Tracy aus propriété und propre folgender Schluss: »Es ist also durchaus unnütz, darüber zu streiten, ob es nicht besser sei, dass jedem von uns nichts eigen wäre (de discuter s'il ne vaudrait pas mieux que rien ne fut propre a chacun de nous — — in allen Fällen heisst das fragen, ob es nicht wünschenswert sei, dass wir ganz andere wären, als wir sind, und selbst untersuchen, ob es nicht besser wäre, dass wir gar nicht seien.« (p. 22.)

»Das sind höchst populäre, bereits traditionell gewordene Einwürfe gegen den Kommunismus«, und es ist ebendeswegen nicht »zu verwundern, dass Stirner« sie wiederholt.

Wenn der bornierte Bourgeois zu den Kommunisten sagt: »Indem Ihr das Eigentum, d. h. meine Existenz als Kapitalist, als Grundbesitzer, als Fabrikant, und eure Existenz als Arbeiter aufhebt, hebt ihr meine und eure Individualität auf; indem ihr es mir unmöglich macht, euch Arbeiter zu exploitieren, meine Profite, Zinsen, oder Renten einzustreichen, macht ihr es mir unmöglich, als Individuum zu existieren. — Wenn also der Bourgeois den Kommunisten erklärt: Indem ihr meine Existenz als Bourgeois aufhebt, hebt ihr meine Existenz als Individuum auf, wenn er so sich als Bourgeois mit sich als Individuum identifiziert, so ist daran wenigstens die Offenherzigkeit und Unverschämtheit anzuerkennen. Für den Bourgeois ist dies wirklich der Fall; er glaubt nur insofern Individuum zu sein, als er Bourgeois ist. — Sobald aber die Theoretiker der Bourgeoisie hereinkommen und dieser Behauptung einen allgemeinen Ausdruck geben, das Eigentum des Bourgeois mit der Individualität auch theoretisch identifizieren und diese Identifizierung logisch rechtfertigen wollen, fängt der Unsinn erst an, feierlich und heilig zu werden. Stirner widerlegte oben die kommunistische Aufhebung des Privateigentums dadurch, dass er das Privateigentum in das »Haben« verwandelte und dann das Zeitwort »Haben« für ein unentbehrliches Wort, für eine ewige Wahrheit erklärte, weil es auch in der kommunistischen Gesellschaft vorkommen könne, dass er Leibschmerzen »habe«. Geradeso begründet er hier die Unabschaffbarkeit des Privateigentums darauf, dass er es in den Begriff des Eigentums verwandelt, den etymologischen Zusammenhang zwischen »Eigentum« und »eigen« exploitiert und das Wort »eigen« für eine ewige Wahrheit erklärt, weil es doch auch unter dem kommunistischen Regime vorkommen kann, dass ihm Leibschmerzen »eigen« sind. Dieser ganze theoretische Unsinn, der sein Asyl in der Etymologie sucht, wäre unmöglich, wenn nicht das wirkliche Privateigentum, das die Kommunisten aufheben wollen, in den abstrakten Begriff: »das Eigentum« verwandelt würde. Hiermit erspart man sich einerseits die Mühe, über das wirkliche Privateigentum etwas zu sagen oder auch nur zu wissen, und kann andererseits leicht dahin kommen, im Kommunismus einen Widerspruch zu entdecken, indem man in ihm, nach der Aufhebung des (wirklichen) Eigentums, allerdings leicht noch allerlei Dinge entdecken kann, die sich unter »das Eigentum« subsummieren lassen. In der Wirklichkeit verhält sich die Sache freilich gerade umgekehrt. In der Wirklichkeit habe ich nur insoweit Privateigentum, als ich Verschacherbares habe, während meine Eigenheit durchaus unverschacherbar sein kann. An meinem Rock habe ich nur solange Privateigentum, als ich ihn wenigstens verschachern, versetzen oder verkaufen kann. Verliert er diese Eigenschaft, wird er zerlumpt, so kann er für mich noch allerlei Eigenschaften haben, die ihn mir wertvoll machen, er kann sogar zu meiner Eigenschaft werden, und mich zu einem zerlumpten Individuum machen. Aber es wird keinem Oekonomen

einfallen, ihn als mein Privateigentum zu rangieren, da er mir über kein, auch noch so geringes Quantum fremder Arbeit noch ein Kommando gibt. Der Jurist, der Ideologe des Privateigentums, kann vielleicht noch so etwas faseln. Das Privateigentum *entfremdet* nicht nur die Individualität der Menschen, sondern auch die der Dinge. Der Grund und Boden hat nichts mit der Grundrente, die Maschine nichts mit dem Profit zu tun. Für den Grundbesitzer hat der Grund und Boden nur die Bedeutung der Grundrente, er verpachtet seine Grundstücke und zieht die Rente ein; eine Eigenschaft, die der Boden verlieren kann, ohne irgend eine seiner inhärenten Eigenschaften, ohne z. B. einen Teil seiner Fruchtbarkeit zu verlieren, eine Eigenschaft, deren Mass, ja deren Existenz von gesellschaftlichen Verhältnissen abhängt, die ohne Zutun des einzelnen Grundbesitzers gemacht und aufgehoben werden. Ebenso mit der Maschine. Wie wenig das Geld, die allgemeinste Form des Eigentums, mit der persönlichen Eigentümlichkeit zu tun hat, wie sehr es ihr geradezu entgegengesetzt ist, wusste bereits Shakespeare besser als unsere *theoretisierenden Kleinbürger*:

»Soviel hiervon macht schwarz weiss, hässlich schön, schlecht gut, alt jung, feig tapfer, niedrig edel,

Ja dieser rote Sklave — —
Er macht den Aussatz lieblich — —
— — Dieser führt
Der überjähr'gen Witwe Freier zu;
Die, von Spital und Wunden giftig eiternd,
Mit Ekel fortgeschickt, verjüngt balsamisch
Zu Maienjugend dies — —
— — sichtbare Gottheit,
Die du Unmöglichkeiten eng verbrüderst,
Zum Kuss sie zwingst!« —

Mit einem Wort, Grundrente, Profit etc., die wirtschaftlichen Daseinsweisen des Privateigentums, sind gesellschaftliche, einer bestimmten Produktionsstufe entsprechende Verhältnisse und »individuelle« nur so lange, als sie noch nicht zur Fessel der vorhandenen Produktivkräfte geworden sind.

Nach Destutt de Tracy muss die Majorität der Menschen, die Proletarier, längst alle Individualität verloren haben, obgleich es heutzutage so aussieht, als entwickle sich unter ihnen noch gerade am meisten Individualität. Der Bourgeois hat es um so leichter, aus seiner Sprache die Identität merkantilischer und individueller, oder auch allgemein menschlicher Beziehungen zu beweisen, als diese Sprache selbst ein Produkt der Bourgeoisie ist und daher wie in der Wirklichkeit, so in der Sprache, die Verhältnisse des Schachers zur Grundlage aller anderen gemacht worden sind. Z. B. propriété Eigentum und Eigenschaft, property Eigentum und Eigentümlichkeit, »eigen« im merkantilischen Sinn und im individuellen Sinn, valeur, value, Wert — commerce, Verkehr — échange, exchange, Austausch u. s. w., die sowohl für kommerzielle Verhältnisse wie für Eigenschaften und Beziehungen von Individuen als solchen gebraucht werden. In den übrigen modernen Sprachen ist dies ganz ebenso der Fall. Wenn Sankt Max sich ernstlich darauf legt, diese Zweideutigkeit zu exploitieren, so kann er es leicht dahin bringen, eine glänzende Reihe neuer ökonomischer Entdeckungen zu machen, ohne ein Wort von der Oekonomie zu wissen; wie denn auch seine später zu registrierenden neuen ökonomischen Fakta sich ganz innerhalb dieses Kreises der Synonymik halten. — Der gutmütige und

leichtgläubige Jacques nimmt den Wortwitz des Bourgeois mit Eigentum und Eigenschaft so genau, in so heiligem Ernst, dass er sich sogar bestrebt, sich als Privateigentümer zu seinen eigenen Eigenschaften zu verhalten, wie wir später sehen werden. —

P. 412 endlich belehrt Stirner den Kommunismus darüber, dass »man (nämlich der Kommunismus) in Wahrheit nicht das Eigentum angreift, sondern die Entfremdung des Eigentums«. — Sankt Max wiederholt uns in dieser neuen Offenbarung nur einen alten Witz, den z. B. bereits die Saint-Simonisten vielfach ausgebeutet haben. Vgl. z. B. Leçons sur l'industrie et les finances, Paris 1832, wo es u. a. heisst: »Das Eigentum wird nicht abgeschafft, sondern seine Form wird verwandelt, — — es wird erst zur wahren Personifikation werden, — — es wird erst seinen wirklichen individuellen Charakter erhalten.« (p. 42, 43.) — Da diese von den Franzosen aufgebrachte und namentlich von Pierre Leroux outrierte Phrase von den deutschen spekulativen Sozialisten mit vielem Wohlgefallen aufgenommen worden, und weiter ausspekuliert ist, und zuletzt zu reaktionären Umtrieben und praktischen Beutelschneidereien Anlass gegeben hat, so werden wir sie hier, wo sie nichtssagend ist, auch nicht behandeln, sondern weiter unten — *bei Gelegenheit* des wahren Sozialismus.

Sankt Sancho gefällt sich darin, nach dem Vorbilde des von Reinhardt . . . . Wönigers die Proletarier und auch die Kommunisten zu »Lumpen« zu machen. Er definiert seinen »Lumpen« p. 362 dahin, dass er »ein Mensch von nur idealem Reichtum« ist. Wenn die Stirnerschen »Lumpen« einmal, wie im fünfzehnten Jahrhundert die Pariser Bettler, ein Lumpenkönigreich stiften, so wird Sankt Sancho Lumpenkönig, da er, der »vollendete« Lump, ein Mensch von nicht einmal idealem Reichtum ist, und daher auch von den Zinsen des Kapitals seiner Meinung zehrt.

III. Urkunden des Sozialismus.

Typische Wahlflugblätter aus dem Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie.

zur Reichstagswahl vom 16. und 25. Juni 1903.

Vornotiz. Wir bringen hiermit eine Anzahl von Wahlflugblättern aus dem Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie zur Reichstagswahl vom 16. und 25. Juni 1903 zum Abdruck, die teils, weil sie je in einer grösseren Vielheit von Wahlkreisen zur Verbreitung gelangten, teils aber wegen ihres Inhalts: der besonderen Betonung bestimmter Gesichtspunkte bei Kritik der Parteien und Zustände, der Hervorhebung bestimmter Forderungen und Erwartungen, als typisch für diesen Wahlkampf anzusehen sind, aus dem die Sozialdemokratie so siegreich hervorgegangen ist. Da in diesem Kampfe in den verschiedenen Wahlkreisen insgesamt viele hunderte von sozialistischen Flugblättern zur Verteilung gelangt sind, schreibt sich die Beschränkung auf typische Exemplare für unsere Zeitschrift von selbst vor. Es steht zu hoffen, dass die Bemühungen, eine Sammlung sämtlicher sozialistischer bezw. von sozialistischer Seite in diesem Wahlkampf verbreiteter Flugblätter für das Archiv der deutschen Sozialdemokratie zustande zu bringen, den gewünschten Erfolg haben werden. Auch die Redaktion dieser Zeitschrift wird für ihr zugehende sozialistische oder antisozialistische Wahlflugblätter sehr erkenntlich sein. Hinsichtlich letzterer bemerken wir, dass es unsere Absicht ist, auch eine Anzahl typischer antisozialistischer Wahlflugblätter an dieser Stelle zum Abdruck zu bringen. *Red. der Dok. des Soz.*

* * *

1. Zwei Flugblätter allgemeinen Charakters.

I. Ein ernstes Wort an das deutsche Volk!

(Herausgegeben von der Buchdruckerei und Verlagsanstalt Vorwärts, Berlin.)

Endlich, nach fünf langen Jahren, hat das deutsche Volk wieder die Möglichkeit, seinen *Einfluss auf die Gesetzgebung* geltend zu machen und sein *Geschick für die nächste Zukunft* zu bestimmen: Die *Reichstagswahlen* finden am 16. Juni statt.

Die Reichstagswahl ist die Entscheidung darüber, ob die Gesetze zu Gunsten der Agrarier, grossen Kapitalisten und Handelshäuser oder zu Gunsten des arbeitenden Volkes gemacht werden sollen. Wohl und Wehe des Volkes hängt von der Gesetzgebung ab.

Ein einziges Gesetz kann Hunderttausende brotlos machen, kann Millionen schwer schädigen, nur um einigen wenigen grossen Kapitalisten oder Grundbesitzern, die dank der Gleichgültigkeit und Unwissenheit eines Teils des Volkes bisher die Mehrheit im Parlament hatten — Gewinne zu bringen. Die Höhe der *Lebensmittelpreise*, die Höhe der *Steuern*, Freiheiten und Rechte des Volkes, der *Geschäftsgang der Industrie und des Handels* — die *Existenz* und somit das *Wohlergehen eines jeden einzelnen* hängen von den Gesetzen ab, die der Reichstag macht.

Wenn es z. B. den Agrariern gelänge, das Zustandekommen von *guten Handelsverträgen* zu verhindern, so würden hunderte von **Fabriken**

bankerott, *hunderttausende von Arbeitern brotlos* gemacht, tausende von *kleinen Geschäftsleuten aller Art ruiniert* und auch die *kleinen Landwirte*, deren Konsumenten die vorgenannten Bevölkerungsschichten sind, *schwer geschädigt* werden, während eine bestimmte Gruppe von Grossgrundbesitzern und Rohstofffabrikanten Vorteile aus dieser Situation zögen. Für die grossen *Eisen- und Stahlwerke* — die *Panzerplatten-* und *Kanonenlieferanten!* — bedeutet die Annahme einer Marine- oder Militärvorlage einen *Gewinn von etlichen Millionen;* das arme Volk, das die Hunderte oder Tausende von Millionen betragenden Kosten in Form indirekter Steuern auf Brot, Mehl, Fleisch, Kaffee und andere Lebensmittel aufbringen muss, wird schwer geschädigt. Für die *Besitzer von Aktien in China errichteter Unternehmen* war der 300 Millionen kostende *Rachezug nach China* ebenso eine *Rettung ihrer in gewagte Spekulationen angelegten Gelder* als der Krieg in Südafrika für gewisse englische Gesellschaften!

Und welchen Gewinn brachte die Annahme des Zollgesetzes den Agrariern! Professor Schäffle hat ausgerechnet, dass jede Mark Getreidezoll eine jährliche Gesamtbelastung des Volkes von 240 *Millionen Mark* bedeute. Nach dem neuen Zollgesetz wird die Gesamtbelastung 1150 *Millionen Mark pro Jahr* ausmachen! Es geht somit schon in wenigen Jahren, und nur allein in Getreide, in die *Milliarden.* Dazu kommt dann noch die Verteuerung durch die übrigen Agrarzölle, insbesondere die Zölle auf Fleisch, Eier, Schmalz, Butter etc. Sie ergeben eine *weitere Verteuerung von* 200 *Millionen* Mark. Und diese Riesensummen, rund 1300 *Millionen Mark*, fliessen in die Taschen der 300 000 Grossgrundbesitzer!

So geht es durch die ganze Tätigkeit der Parlamente hindurch: die Interessengruppen, welche den grössten Einfluss, die meisten Abgeordneten auf ihrer Seite haben, machen Gesetze zu ihrem materiellen Vorteil, zum Schaden der anderen!

Die grosse Bedeutung einer Reichstagswahl geht aus Vorstehendem hervor, und wählen muss daher ein jeder gehen, *dem sein eigenes Wohl und das Wohl seiner Familie am Herzen liegt!* Die Frage:

Wen wähle ich?

kann dem nicht schwer fallen, der sich über den Charakter der Parteien klar ist. Der verstorbene badische Fabrikinspektor Dr. Wörrishofer schrieb in einem seiner Berichte:

»*Im letzten Grunde kann jede Klasse, also auch der Arbeiterstand, die Verbesserung ihrer Lage nur ihren eigenen Anstrengungen verdanken.*«

Jede Partei ist aber nur die Vertretung einer Klasse oder Interessengruppe. *Die Partei des arbeitenden Volkes ist die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie.* Das hat selbst *der Staatssekretär Graf von Posadowsky* im Reichstage anerkannt. **Ein Mann aus dem arbeitenden Volke, der seine Interessen wahrnehmen will, kann also nur einen Sozialdemokraten wählen!**

Die Kapitalisten verstehen es sehr gut, ihre Interessen wahrzunehmen! Sie gründen und unterhalten — auf Geschäftskosten! — grosse Zeitungen, bezahlen die Wahlkosten, kaufen direkt und indirekt Stimmen und suchen mit ihrer wirtschaftlichen Macht ihre politischen Gegner zu unterdrücken. Für Eisen- und Stahlwerke, Schnaps- und Zuckerfabriken, Bergwerke und Banken, für grosse Unternehmungen aller Art rentiert es sich auch gut, einem ihrer Direktoren, ihrem juristischen Beirat oder einem Aufsichtsratsmitglied ein Mandat zum Reichstag zu verschaffen und ihn zu unterhalten: er vertritt ja dort ihr geschäftliches Interesse! Eine nicht geringe Zahl von Reichstags-Abgeordneten ist dafür bekannt, dass sie lediglich Vertreter eines bestimmten geschäftlichen Unternehmens sind!

Dank der Unwissenheit und Abhängigkeit eines grossen Teils des Volkes wird die deutsche Politik zur Zeit beherrscht von der *Koalition der Agrarier und Grossindustriellen,* der Kraut- und Schlotjunker, deren Vertreter die Reichspartei, die konservative und nationalliberale Partei und ein grosser Teil der Centrumspartei bilden, ja bis in die Freisinnige

Vereinigung hineinreichen. Die unfähigen Antisemiten sind nur ein schlechter Abklatsch der Konservativen, und die Freisinige Volkspartei ist die Vertretung einer besonderen Species von Grosshändlern, Agenten, Versicherungsgesellschaften und anderer Unternehmungen.

Diese Koalition der beiden obengenannten grossen Interessengruppen treibt mit gegenseitiger Unterstützung die *Beutepolitik, der Deutschland zur Zeit ausgeliefert ist* und die am deutlichsten bei den Verhandlungen über den Zolltarif in die Erscheinung trat: die Vertreter der Spinner- und Eisenkönige, der Hochöfen- und Bergwerksbesitzer stimmten für hohe Lebensmittelzölle, damit die Vertreter der Grossgrundbesitzer für hohe Eisen- und Garnzölle stimmen sollten! *Dieser Schacher wurde ganz offen betrieben!* Die aus egoistischen Gründen jeder Weltpolitik abholden Agrarier stimmten für die 5000 Millionen kostende Flottenvorlage, nur um damit die Zustimmung zu ihren agrarischen Gesetzen, wie Fleischbeschau-, Branntweinsteuer-, Zollgesetz u. s. w. zu erkaufen.

Diese auf *Gegenseitigkeit beruhende Beutepolitik* brachte uns die hochschutzzöllnerische Mehrheit und *die ungeheure Steigerung der Ausgaben für Heer und Marine, für Kolonien und weltpolitische Abenteuer aller Art!* ...

Seit 1880 sind die Ausgaben für Heer und Marine von 463 auf 1065 Millionen gestiegen. Dazu kommen noch 90 Millionen Mark, die jährlich zur Verzinsung der Reichsschulden, die fast nur für Militär- und Marinezwecke aufgenommen wurden, gezahlt werden müssen, und noch einige direkte Ausgaben, so dass wir rund 1200 Millionen Mark jährlich für den Militarismus opfern müssen!

Die Militärlieferanten aller Art; die Schlotbarone und die Krautjunker, deren Söhne beim Militär Karrière machen wollen; die herrschende, besitzende Klasse, die von den indirekten Steuern wenig getroffen wird, die aber an der Niederhaltung des arbeitenden Volkes — des »inneren Feindes!« — ein Interesse hat —, sie alle empfinden diese Ausgaben nicht. *Aber das arme arbeitende Volk, das die ganzen Kosten in Form von Abgaben auf Lebensmittel zu tragen hat, es seufzt unter der schweren Last, die es zu erdrücken droht!*

Das *Flottengesetz,* das der Reichstag bewilligte, wird uns bis zum Jahre 1917 rund 5 *Milliarden* kosten. Rund 300 *Millionen* kostete der *zwecklose Zug nach China, der nur im Interesse einer handvoll Kapitalisten,* die Gelder in China angelegt hatten, *unternommen* wurde. Mehr als 30 *Millionen* kosten uns jährlich die *Kolonien,* die uns noch keinen Pfennig Nutzen gebracht haben und nach übereinstimmendem Urteil aller Kenner *niemals etwas einbringen* werden.

Die *Reichsfinanzverhältnisse* sind daher so schlecht, dass die Regierung sich selbst nicht mehr zu helfen weiss und sie nun auf neue *indirekte Steuern* sinnt. *Bier-* und *Tabaksteuern* werden kommen, wenn es so fort geht. Die Bundesstaaten mussten zum Teil schon ihre direkten Steuern erhöhen, weil das Reich alle Einnahmen verschlingt, den niederen Staatsbeamten ist jede Aussicht auf Gehaltserhöhung genommen und, was das schlimmste ist: alle Kulturaufgaben müssen zurückstehen, *Schule* und *Verkehr* leiden darunter und vor allem die *Sozialpolitik,* das Stiefkind der deutschen Politik. Für die ist nie Geld da, und jede kleine Verbesserung muss den herrschenden Parteien förmlich aus den Zähnen gerissen werden!

Alles in allem: *die bisherige Reichstagsmehrheit hat durch ihre Zoll- und Agrargesetze, durch ihre Mehrausgaben für Heer und Marine dem deutschen Volke unerträgliche Lasten aufgebürdet, die das Reich zu Grunde richten müssen und das Volk noch mehr verarmen, wenn keine Aenderung eintritt!*

Der neue Reichstag wird sich bald nach seinem Zusammentreten mit einem *neuen Militärgesetz* zu beschäftigen haben. Die Agrarier machen einen neuen Anlauf, um *noch höhere Getreidezölle* zu erreichen und *Abschluss von Handelsverträgen zu verhindern.* Der Einfluss des Volkes auf die Gesetzgebung wird den Beutepolitikern immer unbequemer, und sie trachten daher danach, *das Wahlrecht zu beseitigen.*

Grosses steht für das Volk abermals auf dem Spiel, wenn es nicht auf der Hut ist! Aufgabe des Volkes ist es daher, dafür zu sorgen, dass die Herrschaft der Beutepolitiker gebrochen wird, dass ein

Wendepunkt in unsrer Politik

eintritt, dass das Interesse der grossen Masse des Volkes, des arbeitenden Volkes *ausschlaggebend* wird! Das wird erreicht durch die Wahl von

Sozialdemokraten,

welche allein das arbeitende Volk, die *Arbeiter, kleinen Beamten, Geschäftsleute, Handwerker* und *Landleute* vertreten!

Die Sozialdemokratie kämpft allein mit Entschiedenheit gegen die wahnsinnigen Ausgaben für Militarismus und Marinismus!

Die Sozialdemokratie ist der beste Schutzdamm gegen die Gelüste der Beutepolitiker!

Die Sozialdemokratie ist die Partei der Arbeiter, sowohl der Industrie- und Landarbeiter, als auch der kleinen *Handwerker, Geschäftsleute* und *Landleute.*

Ueber das *Verhältnis der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie* hat vor Jahren sich ein Gegner derselben, ein anonym gebliebener Arzt, in einer Schrift über die »Not des vierten Standes« ausgesprochen; die Schrift ist in dem konservativen Verlag von Grunow in Leipzig erschienen, und jeder, der über die Sozialdemokratie reden will, sollte neben anderem auch diese Schrift gelesen haben.

Wer anders, sagte der Arzt, wollte überhaupt dem Proletariat wirkliche Hilfe bringen, als die Sozialdemokratie? Diese ist schlechthin die *Arbeiterpartei* geworden, keine einzige andere politische Partei, weder die freisinnige, noch die konservative, noch die klerikale, hat sich ernstlich mit der Arbeiterbevölkerung abgegeben, höchstens sucht man vor den Wahlen durch hohle Versprechungen und oberflächliche Worte des Beileids die Stimmen der Arbeitermassen zu gewinnen.

Was hat dagegen die Sozialdemokratie geschaffen, was hat sie für die armen, ungebildeten, verachteten, einflusslosen Proletarier erreicht? »Die Millionen, ohne irgend welchen Zusammenhang dahinlebenden, stumpf in ihr trauriges Schicksal ergebenen Arbeiter sind durch sie zu einer gewaltigen Macht zusammengefasst und emporgehoben worden, mit der der Staat, die Gesetzgeber, die menschliche Gesellschaft heutzutage in jedem Falle zu rechnen haben; die Proletarier haben ein einheitliches, grosses Standesbewusstsein durch sie erlangt, sie fühlen sich als ein ganzer vollgiltiger Stand, der dem modernen Kulturleben wichtige Dienste leistet. Mögen die Anschauungen, Standpunkte und Verhältnisse der einzelnen Arbeiter auch noch so verschieden sein, mögen sie noch so sehr von einander abweichen, *darin sind sie trotz allem einig, dass sie in der Sozialdemokratie die einzige wahre Vertreterin ihrer Interessen erblicken,* und dass sie infolgedessen ihren Führern bereitwilligst Heeresfolge zu leisten und deren eifrige, ernste Bemühungen, ihre Lage zu verbessern, einmütig zu unterstützen haben. *Man kann sogar sagen, die Arbeiter müssten mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht die rettende Hand der grossen sozialistischen Partei ergreifen wollten, die ihnen eine eingreifende, ihren Wünschen entsprechende Verbesserung ihres Erdenloses bietet.*

So der Arzt, der dann noch zugibt, dass die *soziale Gesetzgebung nimmermehr in Angriff genommen worden wäre, wenn nicht durch die sozialistische Agitation gezeigt worden wäre, wie dringend einige besonders hervorstehende Schäden der Abhilfe bedurften. Wenn sich die Arbeiter nicht selbst durch die Wahl ihrer Verteter, durch Geltendmachung ihrer Wünsche geholfen hätten, so würde niemand auf ihre Not aufmerksam geworden sein.*

Das hat ja auch *Bismarck* zugestanden. »*Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik*«, sagte er einmal im Reichstage. Und wenn wir in Deutschland die besten Arbeiterschutzgesetze haben, so deshalb, *weil Deutschland die stärkste Sozialdemokratie hat!*

Der *niederen Beamten* hat sich die Sozialdemokratie bisher allein mit Entschiedenheit in den gesetzgebenden Körperschaften angenommen.

Die Interessen der kleinen *Handwerker, Geschäftsleute* und *Landwirte* werden am besten durch die Sozialdemokratie gewahrt, gehören sie doch alle mit zum arbeitenden Volk, das unter den Lasten seufzt, die ihm die Schlot- und Krautjunker aufgebürdet haben!

Die sogenannte »*Mittelstandspolitik*«, mit denen man die Geschäftsleute einfangen will, ist nichts als Demagogie. Das beste Mittel, den kleinen Leuten zu helfen, ist die Verringerung der Lasten, der direkten und indirekten Steuern. Zudem sind die Kinder der meisten kleinen Gschäftsleute Lohnarbeiter, sie haben daher alle gleiche Interessen mit den anderen Arbeitern.

Dasselbe gilt von den kleinen *Landleuten*, die durch die Lebensmittelzölle nur geschädigt werden.

Hohe Löhne der Arbeiter machen letztere konsumfähiger. *Verdienen die Arbeiter etwas mehr, dann kommt das ganz besonders den kleinen Geschäfts- und Landleuten zugute, die ihre Produkte an die Arbeiter verkaufen!* Die 20 Millionen deutscher Arbeiter sind für die kleinen Geschäftsleute das beste Absatzgebiet!

Die Märchen über die Sozialdemokratie und über den Sozialismus im allgemeinen dürften heute bei der Masse des Volkes wenig Eindruck mehr machen. Selbst ein grosser Gegner des Sozialismus, der *Professor Reinhold*, sagte in einer Rede über den Sozialismus:

»Eine gerechte Würdigung des Sozialismus muss anerkennen, dass in ihm vor allem eine Idee lebt, die *Idee der Vernunft und Gerechtigkeit*, dass in der die ganze Weltgeschichte begleitenden Erscheinung des Sozialismus zugleich *das Höchste mitwirkt, was den Menschen adelt*: das Ideelle seines Wesens, der *Geist der Sittlichkeit und der Gerechtigkeit*.«

Und der ehemalige Geistliche und nunmehr Sozialpolitiker Jentsch schrieb einmal über das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Christenglauben:

»Ich behaupte, dass die Sozialdemokratie gut christlich sei. Neben dem Christentum unsrer durchschnittlichen Namenschristen kann sich das Christentum der Sozialdemokratie schon noch sehen lassen. Nicht, wer Herr, Herr! zu mir sagt, spricht der Heiland, wird ins Himmelreich eingehen, sondern wer den Willen meines Vaters tut. Dieser Wille ist aber, wie aus vielen andern seiner Aussprüche hervorgeht, die tätige Nächstenliebe. *Und die üben die Sozialdemokraten, indem sie für die Besserung der Lage aller Elenden tätig sind*, und einander gegenseitig brüderlich helfen.« Jentsch kommt nach längerer Darlegung zu dem Schlusse: »*Nach alledem sehe ich nicht ein, warum ein Mann, der die Arbeitersache und zugleich die nationale Sache durch seine Teilnahme am Kampfe der Parteien fördern will, nicht sollte in die sozialdemokratische Partei eintreten können.*«

Die Partei des gesamten werktätigen Volkes ist also die Sozialdemokratie!

Ihr überall zum Siege zu verhelfen oder durch eine grosse Stimmenzahl ihr Ansehen und ihre Macht zu stärken, muss die Aufgabe am 16. Juni sein!

Der Sieg der Sozialdemokratie ist die beste Gewähr dafür, dass nur *gute Handelsverträge abgeschlossen werden*, die einzige »*Weltpolitik*«, von der die *gesamte* Industrie und das *ganze* Volk Vorteile haben.

Der Sieg der Sozialdemokratie ist die Garantie des Friedens, bürgt die Solidarität der Nation in sich und der Nationen zu Nationen!

Der Sieg der Sozialdemokratie bedeutet das Ende der Beutepolitik, macht dem Fortschritt die Bahn frei, öffnet der Freiheit die Pforten!

Der Sieg der Sozialdemokratie ist der Sieg der Kultur, er wird das Volk geistig, wirtschaftlich und sozial auf eine höhere Stufe heben!

Wer das will, wer das Interesse des arbeitenden Volkes wahrnehmen will, der

wähle den

Kandidaten der Sozialdemokratie!

II. Wähler des Wahlkreises!

Mehr noch als bei den letzten Wahlen wird es bei den bevorstehenden Wahlen zu einer reinlichen Scheidung zwischen der Reaktion und dem Fortschritt kommen, diese Begriffe in ihrer umfassenderen und höheren Bedeutung verstanden. Gehören doch, von der historischen Warte aus gesehen, zur Reaktion alle bürgerlichen Parteien, während dem wahren Fortschritt energisch nur eine einzige Partei huldigt: die Sozialdemokratie. Wie tief und unüberbrückbar die trennende Kluft ist, und worin die prinzipiellen Gegensätze bestehen, werden die folgenden Darlegungen beweisen.

Die bürgerlichen Parteien schliessen sich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie immer enger zusammen. Immer mehr ist die Sozialdemokratie auf ihre eigene Kraft angewiesen. Immer schwieriger wird es ihr werden, in der Stichwahl den Sieg zu erringen, es gilt alle Kraft einzusetzn, um das Mandat gleich im ersten Wahlgange zu erobern.

Eine besonders oft gegen uns geschleuderte Verleumdung ist die, dass wir im Wahlkampf, wo es gelte, die breiten Massen für uns zu gewinnen, unsere eigentlichen und letzten Parteibestrebungen verheimlichten, unser Endziel verschleierten. Es wäre aber sehr töricht von der Sozialdemokratie, wenn sie gerade mit dem hinterm Berge halten wollte, was ihren höchsten Ruhmestitel bildet, was ihrer Bewegung den hohen, idealen Schwung verleiht und was ihr ja auch im Grunde genommen nur ihre Millionen begeisterter Anhänger gewinnen konnte.

Gerade das unterscheidet ja die Sozialdemokratie von wohlmeinenden bürgerlichen Sozialreformern, dass sie nicht wie diese »nur einzelne soziale Schäden« und »Auswüchse« sieht, die man beseitigen könne, ohne das ganze heute bestehende System anzutasten, sondern dass sie das ganze System für verrottet und ungesund erklärt und die sogenannten »Auswüchse« nur als die unausbleiblichen Wirkungen des verkehrten Systems betrachtet. Alle noch so wohlgemeinten Versuche, die »Auswüchse« zu bekämpfen, ohne dem System zu Leibe zu gehen, erklärt die Sozialdemokratie daher für ganz aussichtslose, unfruchtbare Quacksalbereien.

Das heutige Gesellschaftssystem ist bekanntlich das kapitalistische. Es beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, also dem privaten Besitzrecht auf mobiles und immobiles Kapital, auf Grund und Boden, Gebäude, Maschinen, Geld u. s. w. Dies Privateigentum ist aber mit schreiender Ungerechtigkeit verteilt. Wenigen Grossgrundbesitzern und Grossbauern, die Hunderte und Tausende von Hektaren besitzen, stehen Millionen von Kleinbauern und Tagelöhnern gegenüber, die nur ein winziges Stückchen oder auch gar kein Land ihr eigen nennen und bei denen ständig Schmalhans Küchenmeister ist. Ebenso schlimm wie in der Landwirtschaft sieht es in der Industrie aus. Ein paar Zahlen mögen diese unglaubliche Ungleichheit der Besitzvertretung näher beleuchten. Da sind z. B. 38 hochadlige Herren, die zusammen 214 Besitzungen mit 252 153 Hektar ihr eigen nennen. *Zehn* bürgerliche Grossgrundbesitzer besitzen zusammen 82 890 Hektar! Im ganzen *besitzen die* 152 *reichsten Gutsbesitzer* 1 637 963 *Hektar!* Demgegenüber gibt es *2½* Millionen Betriebe, die nur *1* Hektar oder weniger besitzen. *Eine Million* dieser kleinsten ländlichen Besitzer besitzt also noch nicht so viel Land wie *hundert* der reichsten Grundbesitzer! Ebenso ungeheuerlich sind die Besitzunterschiede in der Industrie. Man bedenke nur, dass zum Beispiel der Kanonenkönig Krupp sein *Jahreseinkommen selbst auf 25 Millionen Mark* eingeschätzt hatte, während es Millionen von Arbeitern gibt, die noch nicht einmal den fünfundzwanzigtausendsten Teil dieser Jahresrente, nämlich 1000 Mark, Einkommen haben. Nach den Mitteilungen des Statistischen Bureaus für 1902 waren von 34½ Millionen Einwohnern Preussens 20,6 Millionen nicht steuerpflichtig, sie hatten also ein Einkommen von weniger als 900 Mark. Dagegen gab es 955 Personen, die ihr jährliches Einkommen auf mehr als 100 000 Mark geschätzt hatten. *Zehn* Steuerpflichtige hatten sogar ein Jahreseinkommen von je mehr als *5 Millionen* Mark! Zur Vermögenssteuer waren nur 1 297 485 Personen herangezogen, die 75 Milliarden und 657 Millionen Mark Vermögen besassen, jeder Einzelne also im Durch-

schnitt 58 310 Mark. Gegen das Vorjahr 1901 war das Vermögen um 5620 *Millionen* gestiegen.

Es ist ja ein kindisches Märchen der Gegner, dass die Sozialdemokratie »teilen« wolle. Nicht »teilen« will die Sozialdemokratie — denn würde der Besitz gleichmässig verteilt und somit alles beim alten gelassen, so wäre in 50 oder 100 Jahren kraft der ökonomischen Gesetze, die das Getriebe des kapitalistischen Handels und Wandels beherrschen, natürlich wieder die ärgste Ungleichheit eingerissen — sondern das Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum verwandeln. Aber bei der lügenhaften Bekämpfung der Sozialdemokratie bedient man sich noch ganz besonderer Schwindelmanöver. Man begnügt sich nicht damit, die Unsinnigkeit eines »Teilens« nachzuweisen, die die Sozialdemokratie seit jeher mit dem grössten Vergnügen zugegeben hat, sondern man will auch noch beweisen, dass bei einem solchen Teilen auf die Nichtbesitzenden nur ein ganz winziger Betrag entfallen würde. Man will damit die Tatsache vertuschen, dass der Besitz in der heutigen Gesellschaft schreiend ungerecht verteilt ist. Wollte man aber die 75 Milliarden Vermögen, die nur 1¼ Millionen gehören, unter sämtliche 34 Millionen der preussischen Einwohner verteilen, so entfiele auf den *Kopf* ein Vermögen von circa 2200 Mark, auf die fünfköpfige Familie also von 11 000 Mark! Schon der Vermögenszuwachs eines einzigen Jahres würde, auf die 34 Millionen verteilt, auf den Kopf 160 Mark, auf die fünfköpfige Familie also 800 Mark entfallen lassen. Die *Arbeiter* also und auch sehr, sehr viele kleine Bauern, *Handwerker, Beamte* würden selbst beim »Teilen« *durchaus kein schlechtes Geschäft machen!*

Aber die Sozialdemokratie will, wie gesagt, nicht teilen, sondern das Kapital, die Produktionsmittel vergesellschaftlichen. *Nur* durch eine radikale Umgestaltung der Gesellschaftsordnung, nur durch die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel ist es möglich, an die Stelle der ungeheuerlichen Ungleichheit, der riesenhaften Anhäufung von Reichtümern in den Händen weniger auf der einen und der grenzenlosen Armut und schrankenlosen Ausbeutung der Massen auf der anderen Seite ein Ende zu machen. Alle anderen Mittel sind klägliche, wertlose Quacksalbereien. Wer vor diesem einzig durchgreifenden Mittel zurückschreckt, muss auch die Ungerechtigkeiten des heutigen Zustandes mit in Kauf nehmen. Und in der Tat erklären ja die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, dass man wohl diese oder jene Missstände beseitigen könne, dass es aber seit jeher Arme und Reiche gegeben habe, und dass es deshalb auch in aller Ewigkeit Arme und Reiche geben werde. So lange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, allerdings. Im Gegenteil, die Kluft zwischen arm und reich wird immer grösser werden!

Zugleich zeigt es sich, dass die Zahl der Selbständigen immer mehr abnimmt und die Zahl der Lohnarbeiter sich ungeheuer vermehrt. Nach der Reichsgewerbe- und Berufsstatistik betrug die Zahl der Lohnarbeiter im Gewerbe 1882 4 226 052, 1895 dagegen 6 871 504, sie war also in 13 Jahren auf mehr als das anderthalbfache angewachsen oder um mehr als 60 Prozent, während die Bevölkerungszunahme in diesem Zeitraum nur 14½ Prozent betrug! In der die Industrie, Bergbau, Hütten- und Bauwesen umfassenden Gruppe hatte sich von 1882 bis zum Jahre 1895 die Zahl der selbständigen Geschäftsleiter um 87 021 vermindert, während das technische und kaufmännische Personal sich um 164 671 und die Lohnarbeiterschaft sich gar um 1 884 765 Köpfe vermehrt hatte! Man sieht, dass die Scheidung zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern, zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden Riesenfortschritte macht. Die Entwickelungstendenz liegt nun einmal im Wesen des Kapitalismus, sie lässt sich durch allerhand kindische und kleinliche Mittelchen, wie Befähigungsnachweis, Umsatzsteuern u. s. w. nicht aufhalten. Ebensowenig wie jene andere Entwickelung, die Deutschland immer mehr in einen Industriestaat verwandelt. Während 1848 die *landwirtschaftliche* Bevölkerung noch circa *drei Viertel* der Gesamtbevölkerung ausmachte, umfasst sie heute nur noch ein *Drittel* derselben. Wie sehr sich das Verhältnis fortgesetzt zu Gunsten des industriellen Bestandteils der Bevölkerung verschiebt, beweisen wiederum die Zahlen der bereits oben angezogenen Gewerbestatistik. Während nämlich von 1882 bis 1895 die industrielle Bevölke-

rung um 4 200 000 Köpfe zunahm, verminderte sich sogar die im Landwirtschaftsbetrieb tätige Bevölkerung um 900 000 Köpfe!

Die Sozialdemokratie denkt nicht an gewaltsamen Umsturz, nicht an blutige Revolutionen, wie sie ja in England, Frankreich und auch in Deutschland von den bürgerlichen Klassen gemacht worden sind. Die Sozialdemokratie denkt nicht an eine Vernichtung persönlicher Gegner, sie erstrebt eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Und so durchgreifend diese Umgestaltung nach unseren obigen Darlegungen auch sein muss, so ruhig und friedlich kann diese Umgestaltung auf dem Wege organischer Entwickelung vor sich gehen, sofern die besitzenden Klassen es nur wollen. Man braucht nur die politischen und sozialen Reformen durchzuführen, welche die Sozialdemokratie fordert, um jede Gefahr gewaltsamer Erschütterungen auszuschliessen.

Einstweilen freilich wollen die besitzenden Klassen, welche den staatlichen Organismus beherrschen, von solchen Reformen nichts wissen. Im Gegenteil, sie sind gerade wieder gegenwärtig drauf und dran, dem arbeitenden Volke neue schwere Lasten aufzuerlegen.

In erster Linie drohen dem Volke eine ganze Reihe *militärischer Ausgaben.* So unaufhörlich man auch Landheer und Flotte ausgebaut und vergrössert hat, so denkt man doch nicht daran, endlich einmal einen Stillstand in diesem unaufhörlichen, frevelhaften Rüsten eintreten zu lassen, um auch nur die dringendsten Kulturaufgaben der Nation zu befriedigen. Wie ungeheuer die Ausgaben für Heer und Flotte von Jahr zu Jahr angeschwollen sind, mögen einige Zahlen beweisen. Die Ausgaben für Heer und Flotte betrugen:

im Jahre 1883	451	*Millionen Mark,*
„ „ 1893	755	„ „
„ „ 1903 (Etatsentwurf)	1039	„ „

Besonders ungeheuerlich sind die Ausgaben für die Marine gestiegen. Während sie 1873 erst 25 969 000 Mark betrugen, waren sie 1893 bereits auf 81 257 900 Mark angewachsen, um im Etatsentwurf für 1903 gar auf 234 000 000 Mark anzuschwellen! Die Ausgaben für die Marine haben sich also binnen einem Jahrzehnt *verdreifacht.*

Wenn das deutsche Reich allein für seinen Militarismus jährlich mehr als eine *Milliarde* ausgibt, so hat es natürlich für soziale Reformen und sonstige Kulturaufgaben kein Geld übrig! *Alle Reichseinnahmen werden vom Militarismus aufgefressen!* Ein Blick in den Haushaltsetat des deutschen Reiches beweist das. Nach dem Etatsentwurf fü 1903 betragen allerdings die Gesamtausgaben 2464 Millionen Mark, während der Militarismus 1039 Millionen erfordert. Aber man muss berücksichtigen, dass bei den wichtigsten übrigen Positionen des Etats den Ausgaben auch Einnahmen in ungefähr gleicher Höhe gegenüberstehen. So bei der

	Ausgabe Mk.	Einnahme Mk.
Post- und Telegraphenverwaltung	434 352 718	456 220 100
Eisenbahnverwaltung	82 643 300	87 879 600
Reichsschatzamt	548 718 600	565 856 234

Setzt man also diese Positionen, bei denen die Ausgaben durch die Einnahmen mehr als gedeckt werden, vom Etat ab, so ergibt sich, dass der Rest aller Einnahmen vom Militarismus verschlungen wird!

Ja, die wirklichen Einnahmen reichen nicht einmal aus, um den Moloch Militarismus zu befriedigen. Das grosse Loch im Etat muss sogar noch durch Anleihen in der Höhe von 234 Millionen Mark gestopft werden!

Diese Pumpwirtschaft ist freilich etwas altes. Für Militarismus und Marinismus hat sich das deutsche Reich innerhalb 25 Jahren eine ***Schuldenlast von drei Milliarden*** aufgebürdet. Die Reichsschuld betrug nämlich

1877	16	Millionen Mark
1887	486	„ „
1897	2142	„ „
1901	2633	„ „

und ist momentan auf rund drei Milliarden angeschwollen! Diese Schuld hat der deutsche Steuerzahler im Jahre 1903 mit 99 750 920 Mark zu verzinsen!

Und aus welchen Quellen stammen die Summen, die das deutsche Reich für seinen Militarismus ausgibt? Lediglich aus *indirekten Steuern*, und zwar hauptsächlich aus solchen, die von den *nichtbesitzenden* Klassen aufgebracht werden müssen. An *Zöllen, Verbrauchssteuern* und *Reichsstempel-Abgaben* werden nach dem Anschlag des Etats für 1903 888 *Millionen Mark* aufgebracht werden. Und zwar im einzelnen an

Zöllen	472 Mill. Mk.	
Tabaksteuer	12 „ „	
Branntwein-Verbrauchsabgaben	108 „ „	
Zuckersteuer	98 „ „	
Salzsteuer	49 „ „	
Maischbottichsteuer	18 „ „	
Schaumweinsteuer	4 „ „	
Brausteuer	30 „ „	
Reichsstempelabgaben	93 „ „	u. s. w.

Diese indirekten Steuern charakteriesierte seinerzeit Lassalle mit den Worten: »Indirekte Steuern sind solche Steuern, die auf Salz, Getreide, Bier, Fleisch, Heizungsmaterial oder z. B. auf Bedürfnisse zum Rechtsschutz, Justizkosten, Stempelbogen gelegt werden und die der einzelne in dem Preis bezahlt, ohne häufig zu wissen und zu merken, dass er jetzt steuert, dass es die Steuer ist, die ihm den Preis verteuert.« Aber gerade, weil die noch nicht aufgeklärte Masse gar nicht weiss, dass und wie sehr sie durch die indirekten Steuern belastet wird, hat man diese in Deutschland mit ganz besonderem Eifer ausgebaut. Hat sich doch der Ertrag der indirekten Steuern seit Ende der siebziger Jahre *vervierfacht*. Bismarck empfahl die indirekten Steuern besonders warm, weil, was man sonst auch gegen sie sagen könne, sie am wenigsten »gefühlt« würden. Wie wenig der Arbeiter, Handwerker oder kleine Beamte die indirekten Steuern »fühlt«, beweist wohl der Umstand, dass bereits unter der gegenwärtigen Zollbelastung — unter dem in der letzten Weihnachtswoche angenommenen Wucherzoll wird's noch viel, viel schlimmer werden — der Konsument teuerer bezahlen muss das

Kilogramm	Brot	um 4	Pf.
„	Fleisch	„ 15	„
„	Schmalz	„ 10	„
„	Speck	„ 20	„
„	Reis	„ 4	„
„	Salz	„ 12	„
„	Zucker	„ 20	„
„	Kaffee	„ 40	„
den Liter	Branntwein	„ 28	„
„ „	Petroleum	„ 6	„

Die fünfköpfige Arbeiterfamilie hat an indirekten Steuern demnach jährlich in Gestalt verteuerter Warenpreise 80 bis 90 Mark zu bezahlen!

Und die rund 900 Millionen Mark, die man aus dem Volke durch dies verwerfliche indirekte Steuersystem herauspresst, verausgabt man dann bis auf den letzten Pfennig für den Militarismus!

Wenn man sich an die eingangs mitgeteilten Zahlen der preussischen Steuerstatistik vom Jahre 1902 erinnert, wenn man sich vergegenwärtigt, über welche Rieseneinkommen die Kapitalisten verfügen, wenn man bedenkt, dass die *zehn* höchstveranlagten Censiten zusammen ein Einkommen von mindestens 75 Millionen Mark jährlich besitzen, dass der in den Händen der besitzenden Klasse befindliche versteuerte Vermögenszuwachs *eines einzigen* Jahres 5620 Millionen Mark betrug, so wird man es geradezu *unerhört* finden müssen, dass die herrschende Klasse die *sämtlichen Kosten des Militarismus* in *Gestalt* von *indirekten Steuern auf die nichtbesitzende Klasse abwälzt!* Werden nicht die Nichtbesitzenden ohnehin dadurch doppelt schwer belastet, dass sie 2 bis 3 Jahre dienen müssen, während die Besitzenden nur 1 Jahr zu dienen brauchen? Muss man da dem Proletariat auch noch sämtliche Kosten aufbürden?!

Die *Kosten* des *Militarismus* werden aber auch in der Zukunft noch *kolossal anwachsen*. Wer auch nur ein wenig die Zeitungen verfolgt hat, weiss, dass allerhand neue Projekte spuken, die man an Regierungsstelle zwar jetzt noch ableugnet, die man aber *nach* den Wahlen kaltlächelnd dem Reichstag unterbreiten wird.

Zunächst handelt es sich um die *Neubewaffnung unserer Artillerie*. Zwar ist erst seit 1897 unsere Artillerie mit völlig neuem Geschützmaterial ausgerüstet worden, wofür vom Reichstag nicht weniger als 144 Millionen Mark bewilligt wurden, allein das hindert unsere Militärschriftsteller nicht, die abermalige Neubewaffnung der Artillerie für dringend notwendig zu erklären. Und zwar fordert man, wie unter anderen der General Loebell, die Einführung durch *Panzerschilde geschützter Rohrrücklaufgeschütze*, wie sie Frankreich eingeführt hat. Die Offiziösen behaupten, die Ansichten über den Wert der Panzerschilde seien so geteilt, dass man sich mit der Umwandlung unserer Geschütze in Rohrrücklaufgeschütze begnügen werde, was nur einige 30 Millionen kosten werde. Angesehene militärische Sachverständige vertreten dagegen die Ansicht, dass Panzerschilde notwendig seien. Die Einführung genügend starker Panzerschilde erfordere aber die Einführung eines *ganz neuen* Geschützsystems, da das Anbringen der Panzerschilde an den jetzigen Geschützen diese viel zu schwerfällig mache. Der technische Berater der Kanonenfirma Ehrhard, General v. Reichenau, hat denn auch bereits ein Geschütz mit kleinerem Kaliber konstruiert, dessen Ueberlegenheit er nicht genug zu rühmen weiss. Auch die Kruppschen Ingenieure werden schon einen allermodernsten Geschütztyp zu präsentieren wissen. Daran ist kein Zweifel, dass die Artillerie demnächst abermals anderthalbhundert Millionen Mark beanspruchen wird.

Aber neben der Artillerie wird man auch die *Kavallerie* nicht vergessen. Die Kavallerie ist ja bekanntlich eine Lieblingswaffe des Kaisers. Die riesigen Kavallerieattacken der letzten Kaisermanöver beweisen das. Und während man in England die Möglichkeit solcher Kavallerieattacken für derartig ausgeschlossen hält, dass man sogar die Lanzen in der ganzen Kavallerie abschaffen will, hat man in Deutschland die abenteuerlichsten Vorstellungen über die Verwendbarkeit der Kavallerie bei Attacken. So schwärmte in der Reichstagssitzung vom 9. März der Kriegsminister v. Gossler förmlich für die Kavallerie, die künftig den Sieg entscheiden werde! Der Kriegsminister gestand in dieser Sitzung auch schon halb ein, dass *grosse Kavallerieforderungen* in Aussicht ständen. Ueber den Umfang dieser Forderungen hat der Generalleutnant v. Pellet-Narbonne in den »Jahrbüchern für die deutsche Armee und Marine«, interessante Mitteilungen gemacht. Der Herr General erklärte die *Neuerrichtung* von *27 Regimentern = 112 Eskadrons* für die unabweisbare Mindestforderung. Er fordert also die Kleinigkeit von 17 000 Kavalleristen nebst den dazu gehörigen Pferden, die Vermehrung der Kavallerie um ca. 25 *Prozent!*

Selbstverständlich wird auch die *Infanterie* neue Verstärkungen verlangen. Zunächst wird man die 7000 Mann einfordern, die das Zentrum 1897 zwar ablehnte, deren Bewilligung es aber durch seinen Vertreter Dr. Lieber für das nächste Mal in sichere Aussicht stellte. Zwar hat sich die Regierung bereits dadurch geholfen, dass sie an Stelle der Oekonomiehandwerker diensttuende Mannschaften einstellte und die von den Oekonomiehandwerkern bisher verrichteten Arbeiten durch zivile Handwerker anfertigen liess — allein den Wechsel auf die 7000 Mann wird sich die Regierung trotzdem einlösen lassen. Die Regierung wird sich freilich schwerlich mit den 7000 Mann begnügen, da die staffelweise eintretende Heeresvermehrung, die 1899 beschlossen wurde, 1903 ihr Ende erreicht und man spätestens 1904 mit einem neuen allgemeinen Heeresvermehrungsplan kommen wird.

Dass aber das Schosskind unseres Militarismus, die *Marine*, nicht übergangen werden wird, versteht sich von selbst. Dass der Flottenvermehrungsplan durch die *Marinevorlage des Jahres* 1900 bis zum Jahre 1917 geregelt ist, tut nichts zur Sache. Auch das Flottengesetz vom Jahre 1898, das dem Marinismus für 6 Jahre den Mund stopfen sollte, wurde ja bereits zwei Jahre später über den Haufen geworfen. Als 1900 der Reichstag die 4352 *Millionen*

für die Flottenvorlage bewilligt hatte, mahnte der Kaiser: »*Nun aber weiter!*« Dass die Regierung die Nachbewilligung für die *Auslandskreuzer*, die 1900 abgelehnt wurden, verlangen wird, hat sie ja selbst angekündigt. Ein grosser Kreuzer kostet die Kleinigkeit von 20 Millionen Mark. Aber mit diesen »bescheidenen« Ansprüchen wird sich der Marinismus nicht begnügen.

Zum Marinismus gehört die *Kolonial-* und *Weltpolitik*. Für unsere Kolonien haben wir bereits hunderte von Millionen zum Fenster hinausgeworfen und werfen wir noch jährlich mehr als 30 Millionen zum Fenster hinaus, ohne dass sie uns wirtschaftlich von dem geringsten Vorteil wären. Zu Ackerbau-Kolonien eignen sie sich nicht, die Plantagenwirtschaft ist vielfach zurückgegangen, statt Fortschrite zu machen, und der Handelsverkehr Deutschlands mit seinen sämtlichen Kolonien beträgt ungefähr *ein Vierhundertstel* des deutschen Handelsverkehrs überhaupt! Selbst der Handel in dem vielgepriesenen »Platz an der Sonne«, Kiautschou, ist im Jahre 1902 gegen das Jahr 1901 zurückgegangen!

Die beiden weltpolitischen Exkursionen Deutschlands stehen noch in frischer Erinnerung. Der *Chinakreuzzug* hat uns *eine Viertelmilliarde* gekostet, ohne dass dadurch der geringste ersichtliche Vorteil erreicht worden wäre. Die Gärung in China greift bereits wieder bedrohlich um sich, und die »Hauptschuldigen«, Prinz Tuan und General Tung-fuh-siang, die Deutschland erst absolut hingerichtet sehen wollte, dann aber zu lebenslänglicher Kerkerstrafe »begnadigte«, bewegen sich ganz frei und ungeniert in China und betreiben emsige militärische Rüstungen zu einem späteren Rachekrieg. Die *Kriegs-Entschädigungs-Zahlungen* sind bereits ins *Stocken* geraten und sogar ein konservativer Abgeordneter sagte unlängst im Reichstag, — nur ein besonderer Optimist könne sich noch der Illusion hingeben, dass Deutschland seine Viertelmilliarde jemals von China zurückerhalte. Dafür kostet uns die Chinaaffäre jetzt noch schweres Geld; sind doch auch im Etat für 1903 noch 15 *Millionen* für unsere *ostasiatische Besatzungsbrigade* angesetzt, die in China zurückgeblieben ist.

Ein Chinakreuzzug im kleinen war der *Exekutionskrieg* gegen *Venezuela*. Um die rückständigen Zinsen für einige Banken einzutreiben, die auf eigene Gefahr Spekulationsunternehmungen in dem von ewigen Kriegswirren heimgesuchten Venezuela gegründet hatten, unternahm man die kostspielige Aktion. Und nachdem man sich allerhand völkerrechtswidrige Handlungen hatte zu Schulden kommen lassen, sah man sich schliesslich trotz aller Schneidigkeit gezwungen, dem Eingreifen Amerikas nachzugeben und die Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Der Militarismus, der Marinismus, die Kolonial- und Weltpolitik stellen immer masslosere Forderungen. Wir zeigten, dass die Einnahmen des Reiches fast ausschliesslich für diese kulturfeindlichen Zwecke verausgabt werden. Wir sahen sogar, dass die Einnahmen dafür *bei weitem nicht einmal ausreichten*, sondern dass man sogar noch einen Pump von 234 Millionen aufnehmen musste! Und wenn dieser Bankerott schon im Etat für 1903 zutage tritt, so kann man sich ausmalen, wie es erst werden wird, wenn erst die neuen Heeres- und Marinekosten zu decken sein werden!

Allerdnigs werden sich ja die Reichseinnahmen durch den *Zollwucher* beträchtlich steigern. Aber auch die Ausgaben werden sich, ganz abgesehen von den Mehrausgaben für Heer und Flotte, beträchtlich steigern. So hat Herr von Thielmann ja angekündigt, dass der Reichsinvalidenfonds in naher Zukunft erschöpft sein werde und dass die Ausgaben für die Invaliden dann *anderweitig gedeckt* werden müssen. Der Zuschuss aus dem Reichsinvalidenfonds beträgt aber im Etat 1903 nicht weniger als 49 *Millionen Mark* und steigt beständig.

Nicht genug damit, dass durch den *Zollwucher-Tarif* dem arbeitenden Volke jährlich *Milliarden* aus der Tasche gezogen werden — der den Herren Agrariern und Industriellen zufallende Profit aus den durch die Zollerhöhungen bewirkten Preissteigerungen beträgt jährlich 1200 *Millionen Mark* — die herrschenden Klassen werden auch nicht davor zurückschrecken, den nichtbesitzenden Klassen noch *weitere direkte und indirekte Steuern* aufzuerlegen. Schon macht man eifrige Reklame für eine *Wehrsteuer*, das heisst, diejenigen,

die wegen ihrer Schwächlichkeit oder besonderer körperlicher Mängel dienstuntauglich sind, sollen zu einer *Extrasteuer* herangezogen werden. Die Kranken, die Schwächlichen, die Krüppel sollen die Mehrkosten des Militarismus tragen, damit den Söhnen der Reichen neue Offizierstellen geschaffen werden können, damit man auch ferner als Hans Dampf in allen Gassen sich in alle Welthändel einmischen kann! Zwar erklärte am 3. März d. J. der Schatzsekretär v. Thielmann die Wehrsteuer selbst für »grausam«, allein da der Reichsparteiler Dr. Arendt, der Antisemit Werner, der Nationalliberale Schönaich-Carolath und der Zentrumsvertreter Kirsch eine Wehrsteuer teils direkt empfahlen, teils doch, wie Kirsch, für durchaus diskutabel erklärten, so werden die humanitären Bedenken der Regierung schwerlich Stand halten.

Ausser der Wehrsteuer empfehlen die Mehrheitsparteien besonders eine *Biersteuer*. Natürlich, den Herren, die, wenn sie überhaupt dem plebejischen Bier die Ehre antun, nur »Echtes« trinken, kommt es auf eine Preiserhöhung nicht an.

In der Frage des Militarismus, des Marinismus, der Weltpolitik scheiden sich die Geister. Die *Sozialdemokratie* ist die *einzige* Partei, die den Militarismus prinzipiell, mit rücksichtsloser Schärfe bekämpft, die ihm nicht einen Mann und einen Groschen bewilligt. Selbst die freisinnigen Parteien, selbst die süddeutschen Demokraten bewilligen jederzeit die »notwendigen« Forderungen.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Militarismus nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch aus kulturellen Gründen. Ist doch der Militarismus nicht nur der Vampyr, der dem Volke das Mark aus den Knochen saugt, sondern das Werkzeug und der Hort der Reaktion, der gefährlichste Gegner allen Fortschritts. Unzählige Male ist ja schon den Soldaten gesagt worden, dass sie nicht nur gegen den äusseren, sondern auch gegen den *inneren Feind* da seien. So lange unsere Soldaten das gefügige Werkzeug in der Hand ihrer Vorgesetzten sind, die sich ja aus den politisch rückschrittlichsten Kreisen rekrutieren, so lange ist das Volk jeder Willkür, jeder Rechtsverletzung, jedem Staatsstreich ausgesetzt. Unter dem Schutze der Bajonette könnte man die Verfassung frech zertrümmern und dem Volk sein Wahlrecht rauben. Und die Gefahr des Staatsstreiches rückt in dem Masse näher, als die politische Macht des seiner Interessen und seiner Klassensolidarität sich bewusst gewordenen Volkes der Arbeit wächst!

Wenn die Sozialdemokratie den Militarismus bekämpft, so will sie damit noch lange nicht die deutsche Nation »wehrlos« machen. Sie will nur, dass an die Stelle des stehenden Heeres die *Volkswehr* tritt. Die Kriegstüchtigkeit eines solchen Milizheeres ist von hervorragenden Militär-Schriftstellern — z. B. dem französischen Hauptmann Gaston Moch — anerkannt worden. Wie sehr körperlich rüstige, des Schiessens kundige Milizen den Drillsoldaten überlegen sind, hat ja erst der Boerenkrieg bewiesen. Körperliche Gewandtheit und Schiessfertigkeit kann man sich aber auch anders aneignen, als durch jahrelangen Gamaschendienst in der Kaserne.

In einer solchen Volkswehr kann es keine reaktionäre, exklusive Offizierskaste geben, weil jeder Tüchtige ohne Rücksicht auf Stand und Herkunft Offizier werden kann. In einer Volkswehr werden auch die »Stellvertreter Gottes«, die Unteroffiziere, andere Saiten aufspannen müssen Die skandalösen Soldatenmisshandlungen sind dann völlig ausgeschlossen. Eine solche Volkswehr wird sich aber vor allen Dingen niemals von einer privilegierten Minderheit gegen das Volk gebrauchen lassen! Und wenn auch das Milizsystem, wie manche Militärs behaupten, nicht allzu wesentlich billiger sein sollte, so werden dann doch die *Kosten gerecht verteilt* werden können! Durch eine progressive *Reichseinkommensteuer, Reichsvermögenssteuer* und *Reichserbschaftssteuer* könnten jährlich viele Hunderte von Millionen aufgebracht werden, so dass das skandalöse System der indirekten Besteuerung vollständig von der Bildfläche verschwinden könnte.

Wer also für den Militarismus, für Volksentrechtung und Volksausbeutung ist, der wähle einen Kandidaten der bürgerlichen Parteien, wer dagegen für Erweiterung der Volksrechte und Hebung der Volkswohlfahrt, also gegen den Militarismus ist, der wähle den sozialdemokratischen Kandidaten!

Ein Wahlmanifest Proudhons aus dem Jahre 1848.

(Fortsetzung.)

Neunte Verordnung. — Gehalte und Aemterhäufungen.*)

Unter der Republik sowohl wie unter der Monarchie ist die Regierung den wiederholten Anträgen auf Herabsetzung der Gehalte ihrer Beamten entgegengetreten. Warum das? Weil es ungerecht wäre, weil es unmöglich ist, dass die Staatsdiener, ein jeder nach seinem Verdienst und seiner Würdigkeit eine Existenz haben sollten, die der eines Arbeiters, handeltreibenden Gewerbsmannes und Eigentümers, der gleiche Fähigkeiten und eine entsprechende Stellung besitzt, untergeordnet ist. Entgegengesetzten Falles würde niemand dem Staate dienen wollen, und die Regierung wäre Sklaven preisgegeben. Darf ein Landbriefbote weniger verdienen als ein Schneidergeselle? Soll ein Direktor der Posten, der Staatsfabriken, der indirekten Verwaltung, ein Präfekt geringer bezahlt werden, als der Direktor einer Eisenbahn- oder Bergwerksgesellschaft? Soll ein Appellationsgerichtspräsident in Betreff des Einkommens unter einem Advokaten stehen? ein Minister eine schlechtere Wohnung haben, als ein Bankier?....

In dem gegenwärtigen Systeme sind die Ersparnisse an den Gehalten unmöglich; mit der Tauschbank fallen alle jene Erwägungen hinweg. Die Kapitalisten, Rentenbesitzer, Eigentümer, Handeltreibenden, Gewerbsleute und andere, welche den grössten Teil ihres Einkommens aus den Zinsen ihrer Kapitalien beziehen, würden nicht mehr ein Gegenstand des Neides und ein lebendiger Sporn für den Ehrgeiz sein. Im Gegenteil, sie wären es, welche für ihre verlorenen Zinsen eine Ausgleichung fordern würden; und da diesmal das Interesse der Bourgeois mit dem des Volkes im Einklang wäre, so würde die Regierung gezwungen sein, sich dem Gesamtwillen zu fügen.

In Voraussicht dieser unvermeidlichen Folge der Tauschbank würde ich der Versammlung folgendes Gesetz vorschlagen:

»In Betracht, dass durch die Organisation des Tauschverkehrs die Kapitalisten, welche im Handel Fonds angelegt haben, die Inhaber von Staatsrenten, die Hypothekengläubiger, die Aktienbesitzer und die Grundstückseigentümer die Ertragsfähigkeit ihrer Kapitalien allmählich haben abnehmen sehen; — dass alle zusammen in die Notwendigkeit versetzt sind, selbst ihr Eigentum auszubeuten und zum Ertrage zu bringen, indem sie sonst den Fonds aufzehren und das Einkommen verlieren oder selbst ihres Rechtes verlustig gehen würden; — dass die Gewerbsunternehmer ihrerseits genötigt gewesen sind, wegen der Konkurrenz mit dem Auslande den Preis ihrer Erzeugnisse herabzusetzen; — dass aus dieser fortschreitenden Herabsetzung der Zinsen, Renten, Miets- und Pachtzinsen, Dividenden und Nutzungen, sowie der Arbeit der Kapitalisten und Eigentümer, eine beträchtliche Vermehrung in dem öffentlichen Reichtum und dem Wohlstande der einzelnen hervorgegangen ist: — dass diese Verbesserung den Staatsbeamten, wie allen Bürgern Nutzen gebracht hat; — dass es demgemäss gerecht ist, wenn die gedachten Staatsbeamten hierzu beitragen, um so mehr, da ihre Verrichtungen wesentlich unproduktiv sind —

wird verfügt:

Der höchste Gehalt eines Staatsdieners beträgt 10000 Franken.

Die dermalen bestehenden Gehalte unter 10000 Franken werden in folgendem Verhältnisse herabgesetzt:

Gehalt von

25	Frk.	—	Cent.	bis	20	Frk.	—	Cent.	für	den	Tag	um 1/3
20	„	—	„	„	15	„	—	„	„	„	„	„ 1/4
15	„	—	„	„	10	„	—	„	„	„	„	„ 1/5

*) Wir machen auf diese, sowie die nächstfolgenden Verordnungen wegen der Geschlossenheit, mit der der ihnen zu Grunde liegende eigenartige Gedanke dort entwickelt und durchgeführt wird, besonders aufmerksam.
Red. der Dok. d. Soz.

Gehalt von

10	Frk.	—	Cent.	bis	7	Frk.	50	Cent.	für	den	Tag	um 1/6
7	„	50	„	„	5	„	—	„	„	„	„	„ 1/7
5	„	—	„	„	4	„	—	„	„	„	„	„ 1/8
4	„	—	„	„	3	„	50	„	„	„	„	„ 1/10
3	„	50	„	„	3	„	—	„	„	„	„	„ 1/12
3	„	—	„	„	2	„	50	„	„	„	„	„ 1/15
2	„	50	„	„	2	„	—	„	„	„	„	„ 1/20

Die Ruhegehalte (Pensionen) werden nach der nämlichen verhältnismässigen Abstufung herabgesetzt.

Jede Aemterhäufung (Besetzung mehrerer Aemter durch eine Person) ist verboten, sobald die Summe der Gehalte für die verschiedenen Stellen mehr als 2400 Franken betragen würde.

Die für jeden Gehalt festgesetzte Summe darf niemals erhöht werden.

Die Gehaltherabsetzung geht vorläufig nur bis zu zwei Franken herab. Aber der Staat gewährleistet seinen Angestellten kein Minimum; er befolgt im Prinzip und durchgängig, mit der Gleichheit des Tauschverkehrs, die freie Konkurrenz, das Mindergebot, das Herunterhandeln, mit einem Worte, die Herabsetzung ohne Grenzen.«

Zehnte Verordnung. — Gebühren solcher Bestellter, die nicht Staatsdiener sind, und Tarife.

Die Gehalte der Staatsdiener herabsetzen, so wie den Diskonto, die Steuern, die Kapitalzinsen, die Erträgnisse der Monopole abmindern, heisst so viel, als die allgemeinen Produktionskosten verringern und demgemäss den öffentlichen Reichtum vermehren. Nach diesem Prinzip und aus allen den oben entwickelten Gründen wäre der Staat oder die von ihm vertretene Gesellschaft ferner in seinem Rechte, wenn er eine ähnliche Ersparnis vorschriebe bei den Gebühren, Kommissionsgeldern und Ansätzen der vom Ministerium verliehenen öffentlichen Funktionen, wie: der Notare, Sachwalter, Gerichtsboten, öffentlichen Schreiber, Wechselagenten, Handelsmakler, Auktionskommissare und ähnlicher Personen, die, obwohl persönlich verantwortlich und vom Staate unabhängig, doch vom Staate ihre Bestallung erhalten.

Aus demselben Grunde müsste der Staat ferner eine gleiche Herabsetzung auferlegen den Eisenbahngesellschaften, den Genossenschaften von Lastträgern, Aufladern und allen Korporationen, die zufolge eines Privilegiums öffentliche Dienste oder freie Verrichtungen ausüben. Die Sache ist leicht, und die Gerechtigkeit erheischt es.

Ich wünschte also, dass eine Verordnung erlassen würde, welche alle Ansätze für derartige Leistungen um 20, 25 und selbst um 50 Prozent erniedrigte; die Wissenschaft und mein Bewusstsein sagen mir, dass die Regierung damit etwas Nützliches, Gerechtes tun und ein gutes Beispiel geben würde.

Elfte Verordnung. — Privatgehalte und Arbeitslöhne.

Wenn es wahr ist, dass Herabsetzung der Kapitalzinsen und des Staatshaushaltes so viel heisst als Verminderung der allgemeinen Produktionskosten, und dies wieder so viel als Vermehrung des allgemeinen Reichtums, so muss man auch zugeben (und das ist der Folgesatz aus allem Vorhergehenden), dass in dieser Herrschaft der Gleichheit des Tauschverkehrs, wo weder das Kapital, noch das Privilegium, noch die Schmarotzerei etwas vorwegnehmen, wo der Staat auf die strenge Notwendigkeit und die Steuer auf ihren gerechtesten und einfachsten Ausdruck zurückgeführt ist, wo der Produzent den Gegenwert seines Produktes erhält — in dieser Lage, sage ich, muss man auch zugeben, dass, je mehr der Lohn sich verringert, desto mehr der Arbeiter sich bereichert.

In der Tat ist Verminderung des Arbeitslohnes gleichbedeutend mit Vermehrung der Arbeit. Denn wenn ihr durch 5 Franken oder 5 Schillinge oder 30 Batzen oder 5 Gramme Silber oder, was auf dasselbe hinauskommt, aber viel genauer ist und niemals wechselt, durch zehn Stunden Arbeit die

nämliche Quantität Tuch, Leinwand, Baumwollenzeug ausdrückt, die ihr ehedem durch 6 Franken oder 6 Schillinge oder 36 Batzen oder 30 Gramme Silber oder zwölf Stunden Arbeit ausdrücktet, so ist es klar, dass jener Herabsetzung der Quantität, die man Arbeitslohn nennt, eine gleichbedeutende Vermehrung jener anderen Quantität entspricht, die man Produkt nennt. Und wenn die Herabsetzung für jedermann und ohne Ausnahme stattfindet, so ist es ferner augenscheinlich, dass dieser allgemeinen Herabsetzung der Arbeitslöhne eine allgemeine Vermehrung der Gesamtproduktion entsprechen wird, so dass, wenn zum Beispiel die Summe der an den Arbeitslöhnen auf diese Weise erlangten Ermässigungen eine Milliarde ausmacht, die Steigerung der Nationalproduktion ebenfalls eine Milliarde betragen wird.

Nicht also das allgemeine Sinken der Arbeitslöhne erzeugt das Elend, sondern ihre ungleiche und Teilgruppen treffende Herabsetzung. In diesem Sinne kann man sagen, dass gewisse Arbeiterklassen zu viel verdienen, während andere zu wenig verdienen. Die Ungleichheit, oder besser, die Unverhältnismässigkeit, die aus den Privilegien, den Monopolen, dem Wucher, der Ueberproduktion u. s. w. entspringt, lässt die einen durch die anderen ausbeuten, gerade wie der Gewerbetreibende von dem Kapitalisten ausgebeutet wird.

Auf die Arbeiter nun berufe ich mich in diesem Augenblicke: an ihren Gerechtigkeitssinn, an ihre Vaterlandsliebe will ich mich wenden. Sie, für welche die Februar-Revolution gemacht worden ist; sie, welche das alte republikanische Banner mit dem Wahlspruche: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit aufgepflanzt haben — werden sie ihrerseits andere auszubeuten wünschen? werden sie durch Egoismus, durch Heuchelei, durch Böswilligkeit und durch hirnlose Berechnung die Revolution in ihrem Gange aufhalten wollen? Sie mögen ohne Säumen antworten, denn von ihrer Antwort hängt die Zukunft ihrer Kinder, die Zukunft der Gesellschaft ab, und ich meinerseits beteure, dass ihre abschlägige Antwort jede Hebung der Arbeiterklasse unmöglich machen würde.

Ich würde also vorschlagen, dass die durch die beiden vorigen Verordnungen in Bezug auf die Staatsdiener, die vom Ministerium Bestallten und die privilegierten Körperschaften bezeichnete Massregel verallgemeinert und auf alle Arbeiterklassen ausgedehnt werde;

dass demgemäss die Regierung an alle Unternehmer, Fabrikanten, Handelsleute, Minengräber, Handwerker, Arbeiter, Produzenten aller Art die Einladung erlasse, ihre Privatgehalte und Arbeitslöhne freiwillig nach demselben Massstabe, wie er oben bei den vom Staate Besoldeten aufgestellt worden ist, herabzusetzen.

Die einmal herabgesetzten Löhne sollen niemals wieder erhöht werden: die Gesellschaft hält an dem Grundsatze fest, dass die Herabsetzung des Lohns gleichbedeutend mit der Vermehrung der Produktion und daher unwiderruflich und nach unten hin unbeschränkt ist.

Um der Ordnung und Regelmässigkeit willen wäre es unerlässlich notwendig, dass die Werkstätten, Manufakturen, gewerblichen Anstalten u. s. w. eine vergleichende Liste ihrer Besoldungen und Arbeitslöhne vor und nach der Verordnung veröffentlichten.

Sollten die Manufakturisten, die Gewerbsleute, die Handeltreibenden, die Unternehmer, Landwirte, Handwerker, Handlungsdiener, Werkführer, Arbeiter von jeder Gattung und Art es ablehnen, sich jener brüderlichen Einladung zu fügen, so müsste die Regierung die soziale Frage für unlösbar und die Februar-Revolution für nicht geschehen erklären.

Zwölfte Verordnung. — Festsetzung der Preise. — Fabrikmarken.

Wenn, wie nicht zu bezweifeln ist, die arbeitende Klasse und ihre Führer, gegenwärtig die Bourgeois, dem Aufrufe der Regierung in Betreff der Arbeitslöhne etc. Folge leisteten, so wäre es an der Zeit, durch eine allgemeine Festsetzung der Preise amtlich den Abschlag zu bestimmen, auf den jeder Bürger und die gesamte Gesellschaft beim Einkaufe der verschiedenen Produkte ein Recht hätte — ein Abschlag, der sich auf die stattgehabten Ermässigungen der Löhne und der Zinsen gründen würde.

Um es technisch auszudrücken: nachdem durch die Festsetzung der Besoldungen und Arbeitslöhne das Soll jeden Bürgers gegen die Gesellschaft bestimmt wäre, müsste durch die Festsetzung der Preise für die verschiedenen Gegenstände sein Haben festgestellt werden.

Wir berühren hier die kitzlichste Frage der gesamten politischen Oekonomie. Es handelt sich darum, das nämliche Verfahren der Gegenseitigkeit, das wir für den Tauschverkehr der Waren bezeichneten, auch rücksichtlich ihres Preises in Anwendung zu bringen.

Durch die Tauschbank, durch das ihr zu Grunde liegende Prinzip der Gegenseitigkeit haben wir den unmittelbaren und kostenfreien Austausch der Erzeugnisse organisiert. Aber diese Erzeugnisse müssen nach den Gesetzen der Bank fakturiert, ausgeliefert, acceptiert und ihre Bezahlung zwischen beiden Teilen vereinbart werden; das heisst, der beiderseitig verabredete Tauschwert dieser Erzeugnisse muss seinen vorläufigen und seinen endgiltigen Ausdruck gefunden haben. Ohne diese vorläufige Preisbestimmung ist das Handelsbillet nicht vorhanden, folglich dessen Diskonto und Umlauf untunlich, deshalb, weil der Verkauf, ebenso wie der Austausch, nur besteht, wenn man über die Sache und über den Preis übereingekommen ist.

Gegenwärtig handelt es sich darum, durch eine Massregel gegenseitiger Gewährleistung den Preis der Gegenstände festzustellen, so dass die Herabsetzung des für jede Sache zu zahlenden Preises eine der Herabsetzung der Arbeitslöhne mindestens gleichkommende Ausgleichung sichert.

Ich sage, der Staat muss hier mit Klugheit und Umsicht zu Werke gehen, er darf nichts zwangsweise fordern, er muss seine Einwirkung darauf beschränken, die Bürger aufzuklären, er muss sie einladen, seinen Ansichten freiwillig beizutreten, indem sie selbst den Ein- und Verkauf nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit organisieren; er muss endlich von dem freien Beitritte der Produzenten oder in dessen Ermangelung von ihrer angemessen hervorgerufenen Konkurrenz das Eintreten neuer Tatsachen erwarten, welche dem positiven Teile der Reformen als Vordersätze werden dienen müssen.

Dies sind, in übersichtlicher Weise dargestellt, die Punkte, auf denen jener neue Vertrag der Gegenseitigkeit beruht, dessen Statuten die Verordnung im Auszuge aufzustellen hat.

Es würde eine gegenseitige Gesellschaft für den Kauf und Verkauf gebildet unter allen Fabrikanten, Handwerkern, Unternehmern, Arbeitern, Gesellschaftsvorständen, Geschäftsführern, kurz Produzenten, welche den Statuten der Gesellschaft beitreten würden.

Die Aufnahmebedingungen in die Gesellschaft wären folgende:

1. Der Beitretende verpflichtet sich, den Herstellungspreis seiner Erzeugnisse nach ihren Arten und Eigenschaften anzugeben, und zwar in nachstehenden Beziehungen vereinzelt:

a) Rohstoffe. Bezeichnung ihrer Qualität und ihres Preises.

b) Arbeitslöhne, mit Ausschluss der Gehalte des Unternehmers.

c) Allgemeine Kosten (Steuern, Diskonto, Kommissionsgebühren, Anschaffung und Unterhaltung der Maschinen, Utensilien und Werkzeuge, Mietszins, Betriebskosten, Verluste u.s.w.

d) Abzug oder Versicherungsprämien gegen Brand, Ueberschwemmung, Seeschaden, Hagelschaden, Frost, Viehseuche, Krankheit, Altersschwäche, Geschäftsstillstand, Arbeitsunfähigkeit, mit einem Worte, gegen alle und jede nicht zu vermeidenden Unfälle.

Die durch die persönliche Geschicklichkeit, wie durch die dem Geschäftstreibenden eigentümlichen Methoden, Erfindungen und Anwendungen erlangten Ersparnisse würden ausser Berechnung bleiben.

Der Tarif der auf diese Weise zerlegten Preise für jedes Erzeugnis würde in den Magazinen des Unternehmers öffentlich angeschlagen, und jedes Erzeugnis würde eine Marke tragen, die den Namen des Fabrikanten, den Ort der Fabrikation, die Natur, die Qualität und den Preis der Ware angäbe.

2. Nächst dieser Veröffentlichung würde der Fabrikant oder Unternehmer sich ferner verpflichten, für den auf diese Weise festgesetzten Herstellungspreis allen Konsumenten, die gleich ihm zu der gegenseitigen Ge-

sellschaft für Kauf und Verkauf gehören, auf jedesmaliges Verlangen seine Erzeugnisse und seine Dienste zu liefern — jedoch mit dem zu Gunsten des Produzenten zu machenden Vorbehalt der durch seine Geschicklichkeit und sein eigentümliches Verfahren erlangten Vorteile, sowie mit dem zu Gunsten der Mitassociierten gleichfalls zu stellenden Vorbehalte, allen Produzenten, mögen sie der Gesellschaft angehören oder nicht, den Vorzug zu geben, sobald sie bessere Preise bieten.

Ein besonderes Gesetz würde in diesem Systeme die Rechte und Privilegien der Erfinder festsetzen, welche ihre Entdeckungen der Gesellschaft zur Verfügung überlassen.

Nach der allgemeinen Herabsetzung der Kapitalzinsen und Arbeitslöhne würde unstreitig das Sinken des Preises bei allen Produzenten auf ganz natürliche Weise vor sich gehen, und man darf annehmen, dass die Bildung der neuen Gesellschaft, von der ich spreche, die Sicherheit des Publikums und der Konsumenten nicht eben verteuern würde. Aber ich bemerke, dass es nicht genügt, eine schwankende Herabsetzung des Preises der Produkte zu erlangen, dass man vielmehr in diesem Punkte zu einer genau bestimmten und amtlichen Herabsetzung gelangen muss, wie wir zu einer amtlichen Herabsetzung des Arbeitslohns gelangt sind; dass ferner der Zweck der sozialen Revolution darin besteht, die Gesellschaft ihr selbst zu offenbaren, indem man sie zwingt, sich von allem nach Mass und Gewicht Rechenschaft abzulegen; dass es Zeit ist, aus dem merkantilen Chaos herauszutreten, wo der Arbeiter wie in einer Räuberherberge in Gefahr schwebt, und wo nur der Wucher und der Betrug seinen Nutzen findet.

Ich füge hinzu, dass die gesetzliche Bestimmung des Preises oder Festsetzung des Wertes — der höchste Ausdruck der Freiheit und Gegenseitigkeit — den notwendigsten Uebergang bildet von den negativen zu den positiven Gesetzen der sozialen Oekonomie. Dies führt mich auf den dritten Teil dieses Programms, auf die Regierungsform.

(Schluss folgt.)

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

20. Juni 1903.

Ein Tag des Triumphes. — Karl Vornberg, Die Einheitlichkeit der Marxschen Werttheorie. — W. H. Vliegen, Die holländischen Arbeitskammern. — M. Beer, Die Lage des englischen Munizipalsozialismus. — Leopold Winarsky, Die Organisation der arbeitenden Jugend in Oesterreich. — Literarische Rundschau.

27. Juni 1903.

Zwischen den Schlachten. — Karl Kautsky, Was nun? — Max Zetterbaum, Materialistische Geschichtsauffassung. — Ferdinand Frey, Entartung. — Adolf Braun, Die Elemente der Statistik der deutschen Reichstagswahlen. — Literarische Rundschau.

4. Juli 1903.

Von Extra- und anderer Wurst. — A. Bebel, Das Facit des Wahlkampfes. — Wilhelm Düwell, Die Sozialdemokratie im Gebiete der rheinisch-westfälischen Grossindustrie. — Dionys Zinner, Die Entwickelung der schweizerischen Fabrikindustrie. — **Kurt Grottewitz,** Das Problem der Befruchtung. — Paul Lange, Das Elend der Bureauangestellten im Staats- und Gemeindedienste. — Literarische Rundschau.

11. Juli 1903.

Ludwig Quessel, Landwirtschaft und Industrie. — F. Mehring, Zur Psychologie Lassalles. — J. German, Die Grenzen der Automatisierung des Produktionsprozesses. — Otto Hué, Die katholischen Arbeiter und das Centrum. — Literarische Rundschau. — Notizen.

18. Juli 1903.

Ludwig Quessel, Landwirtschaft und Industrie II. — Paul Lensch, Zuckerproduktion und Zuckerprämie. — Max Zetterbaum, Materialistische Geschichtsauffassung. — Franz Mehring, Herrn Lindaus Auferstehung. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Juli 1903.

Wolfgang Heine, Der 16. Juni. — Eduard Bernstein, Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen? — Albert Thomas, Nachklänge der Millerand-Debatte in Bordeaux. — Paul Kampffmeyer, Vom Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsleben. — Dr. Willy Hellpach, Zur Logik der Sozialpathologie. — Simon Katzenstein, Arbeiterschaft und Bildungswesen. — Dr. Kurt Grottewitz, Freundschaft mit der Natur. — Anatole France, Das Haus der Unschuld. — Rundschau (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Aus der Zeit, Revuen, Notizen).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Juli 1903.

Jean Jaurès, Ou en est l'affaire Dreyfus. — Etienne Buisson, Les élections au Reichstag. — Paul Dramas, Le Socialisme et l'Eglise. — André Mater, L'Etat Socialiste et la théorie juridique de la gestion. — Jules Destrée, Les villes depeuplant les campagnes. — Adrien Veber, Mouvement social. — Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Juni 1903.

Karl Kautsky, Prolétariat et Lutte de classe (fin). — Mario Antonio, Le Socialisme en Espagne. — Ernest Lafont, Belgique. Le XVIIe Congrès du Parti ouvrier. — Les Syndicats ouvriers. — Les coopératives. — Bibliographie.

1. Juli 1903.

Louis Dubreuilh, L'Unité Interfédérale. — Karl Marx, Lettres à Kugelmann (suite). — Paul Louis, La Concentration capitaliste en France. — Mary Mackherson, Angleterre: Le Congrès de L'Independant Labour Party. — Les Syndicats ouvriers. — Les Questions agraires. — Bibliographie. — L'Art, La Litterature.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Juli 1903.

Editorial brevities. — J. B. Askew, The Socialist Victory in Germany. — Henriette Roland Holst v. d. Schalk, A word to the women of the working Classes. — The Socialist, Social Reform, and Labour Movement in the English speaking World outside the United Kingdom. — Clericalism and the Socialist Attitude thereto (a Symposium). — Imperial Policy and free Trade. — The Kischinieff Massacres, Manifesto of the International Socialist Bureaus. — Comtism and Marxism.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. Juli 1903.

La critica sociale, Il voto. — Garzia Cassola, Il Socialismo tedesco e il demi-monde. — Angelo Crespi, I progressi del socialismo in Germania. — Marco Tullio, La genesi della crisi nel Sud-Africa. — F. Niccolini, A proposito di propaganda improduttioa. — S. Cammareri-Scurti, Organizzazione e politica del lavoro netta organizzazione sociale dei consumi. — Carlo Petrocchi, Le presenti condizione dell' emigrazione italiana. — Politica municipale. — Filosofia, letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

25. Juni 1903.

Enrico Ferri, Due insegnamenti. — Gino Trespioli, Per una nuova circoscripione dei collegi politici. — Augusto Dewienne, L'Internazionale dei minatori. — Paolo Orano, I petriarchi del Socialismo. IV. Tommaso Morus. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varieta della internazionale. — Disegni e carricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Juli 1903.

H. Roland Holst, Naar Aanleidung van de Verkiezingen in Duitschland. — P. A. Pijnappel, Domela Nieuwenhuis als Geschiedschrijver. — W. H. Vliegen, De Bevolkung van Nederland. — Dr. H. Gorter, Prof.

Treubs Boek over Marx. — Dr. A. Pannekock, Ideologisch-Modern of Marxistisch-Ouderwetsch. — J. Saks, Het Geding Levy contra het Historisch Matérialisme. — R. Kuyper, Over Waarde (vervolg). — Jos. Loopuit, Het Russisch-Joodsche Proletariaat en zijn Organisatie. — Henriette en Henri Blanche Koclensmid, Het Huwelijk, De Huwelijks advertentie en »Het Volk«.

Akademie, Prag.

Juli 1903.

L. W., Delnické telocviené jednoty. — Verus, Hrabe Lev Tolstoj o delnichtvu a socialismu. — Václav Vacek, Dojmy z Berlina. — J. Jelinek, Dvoji obrat. — J. Holub, 16. a 25. cerven v Nemecku. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

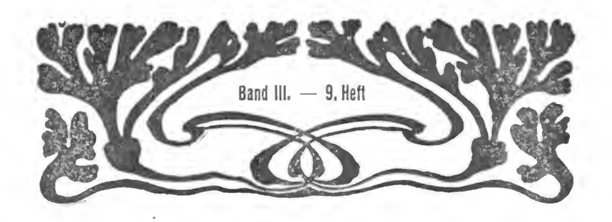
Przedswit, Krakau.

Kiszyniew. — Ze wspomnien wygnanca. — Bund. — Przed wyborami w Zaborze pruskim. — Z mehu rosyjskiego. — Sprawozdanie. — Korespondencye. Z kracju. — Bibliografia.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

»*Sociaal Democratie en Handelspolitiek*« betitelt sich ein Artikel von D. van Blom, der in der holländischen Zeitschrift *De Economist*, Jahrgang 1903, erschienen ist und uns in einem Separatabzug vorliegt. Er behandelt insbesondere die Urteile, die Marx und Engels zu verschiedenen Zeiten über die handelspolitische Frage geäussert haben, sowie die Kontroversen, die in neuerer Zeit in Deutschland und Deutsch-Oesterreich zwischen Sozialdemokraten über diesen Gegenstand gepflogen wurden. Der auf dem Boden des Freihandels stehende Verfasser verzeichnet mit Genugtuung die gegen die Schutzzöllnerei gerichteten Ausführungen von Kautsky, Parvus, Bernstein etc., vermisst aber noch eine wohlbeschlagene grundsätzliche Beweisführung für den Freihandel aus sozialdemokratischer Feder. Ebensowenig sei aber von den von ihm citierten Sozialisten bewiesen worden, dass der prinzipielle Freihandel ein Unding sei. Bei den meisten von ihnen bilde das Thema von den Erziehungszöllen den schwachen Punkt. Indes müsse in Betracht gezogen werden, dass die sozialdemokratischen Schriftsteller in dem Stockwerk der politischen Oekonomie, wo die Handelspolitik zu Hause ist, »keine täglichen Besucher gewesen sind«, dass bei ihnen »von einer Behandlung ex professo eigentlich keine Rede war«. (S. 43.)

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Arbeiter-Sekretariat Bremen und Umgebung. Dritter **Jahres-Bericht.** Nebst Berichten über Stand und Leistungen und wirtschaftliche Kämpfe der Gewerkschaften und das Gewerbegericht. Geschäftsjahr 1902. 88 S. 8°. Bremen, Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

Das Sekretariat hatte im Berichtsjahre von 9403 (1901: 8397) Personen 10 815 (9751) Besuche und gab 11 266 Auskünfte, von denen 819 oder 51,6% rein arbeiterrechtlicher Natur waren. 5431 oder 50,21% der Besucher waren organisiert, davon 206 nur politisch. Die Gewerkschaften Bremens hatten zu Anfang des Berichtsjahres 11 924, beim Abschluss 12 662 Mitglieder, trotz schlechten Geschäftsganges und anderer ungünstiger Umstände eine Zunahme um 738 oder über 6%.

Der Bericht enthält wertvolle Aufstellungen über die Werbekraft gewisser Zweige des Unterstützungswesens und das Bildungswesen der Gewerkschaften, sowie das übliche interessante Material über verhandelte Rechtsfälle und die Lohn- etc. Kämpfe der Arbeiter Bremens im Berichtsjahr.

Arbeitskammern. Bedeutung und Organisation der Arbeitskammern. (Soziale Tages-Fragen, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland. 2. u. 3. Heft.) 2. Auflage. M.-Gladbach 1901, Centralstelle des Volksvereins für das kathol. Deutschland. 64 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Den Mittelpunkt dieser Broschüre bildet ihr zweites Kapitel, ein von dem bekannten katholischen Sozialpolitiker, Reichstagsabgeordneten Prof. Hitze, im Jahre 1898 gehaltener Vortrag über Aufgaben und Organisation der Arbeitskammern gemäss den vom Verband »Arbeiterwohl« ausgearbeiteten Leitsätzen. Danach sollen sich die Arbeitskammern, da für das Handwerk schon Kammern bestehen, auf die Grossindustrie beschränken, nur beratende oder begutachtende Tätigkeit ausüben; ihre Mitglieder sollen im wesentlichen nach Berufsgruppen oder auch Fabriken gewählt werden. Die Arbeitskammern, heisst es im abschliessenden Leitsatz 13, »lenken a) die Arbeiter auf nächste praktische Ziele; sie drängen b) Arbeiter und Arbeitgeber zu gegenseitiger Aussprache der Beschwerden, Klagen und Wünsche; sie bereiten so c) die Würdigung derselben und die gegenseitige Verständigung vor; sie lehren andererseits d) mit den Schwierigkeiten und Grenzen der Erfüllung der Wünsche rechnen; sie brechen so e) neuen, vernünftigen und massvolleren Aufklärungen und Bestrebungen im Stande der Arbeiter wie der Arbeitgeber Bahn, als sie bisher vielfach dort herrschen; und wirken dadurch insbesondere auch f) der Sozialdemokratie mit Erfolg entgegen.« (S. 21.)

Zwar habe auch die Sozialdemokratie in Deutschland, und zwar zuerst, Arbeitskammern beantragt, aber mit viel weitergehenden Vollmachten und in

Zusammensetzung aus allen Wirtschaftsgruppen (Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Industrie etc.), was ihnen ein ganz anderes Gesicht gebe. Der betreffende sozialdemokratische Antrag wird im 6. Kapitel ausführlich wiedergegeben und daran anknüpfend absprechend kritisiert. Ferner enthält die Broschüre in Kapitel 4 und 5 Beschreibungen der Industrie- und Arbeitsräte in Belgien und der Arbeitskammern in den Niederlanden, während in den beiden Schlusskapiteln 7 und 8 die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitsräte in Frankreich und den Arbeitsbeirat im arbeitsstatistischen Amte in Oesterreich ohne eingehenderen Kommentar mitgeteilt werden.

Auer, Fritz. **Soziales Strafrecht.** Ein Prolog zur Strafrechtsreform. München 1903. C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung. 35 S. 8°. Preis: 80 Pf.

Das geltende deutsche Strafrecht ist veraltet, weil es schon bei seiner Geburt, d. h. bei Schaffung des deutschen Reichsstrafgesetzbuches, unzeitgemäss, entwickelungsunfähig war. Produkt übereilten Schaffens — eine gesetzgeberische Frühgeburt — fusst es durchaus auf den Anschauungen der klassischen Strafrechtsschule, die das Verbrechen als das Erzeugnis einer freien Willenshandlung auffasst und die Strafe unter dem Gesichtspunkt der Sühne, der Vergeltung bemisst, während in der Strafrechtswissenschaft sich die Erkenntnis immer mehr Boden schafft, dass das Verbrechen teils als das Produkt angeborener Eigenschaften, teils als die Folge sozialer Umstände zu betrachten ist, für die das Individuum nicht verantwortlich ist, und dass demgemäss für die Gegenhandlung der Gesellschaft der Gesichtspunkt der Abwehr, der Abschreckung, Besserung oder, wo diese ausgeschlossen, Unschädlichmachung des Verbrechers entscheidend sein muss. Wobei aber die Mittel der Abwehr oder Abschreckung nicht im Sinne der alten barbarischen und verrohenden Grausamkeiten, sondern auf Grund der Erziehungsgrundsätze eines modernen Kulturvolks auszuwählen und einzurichten sind.

Demgemäss ist der Verfasser gegen die Todesstrafe, die Prügelstrafe und ähnliche entwürdigende Strafmethoden. Als allgemeinen Grundsatz stellt er auf, dass »das Strafrecht als Schutzmittel gegen Rechtsgüter nur da Anwendung zu finden hat, wo andere Schutzmittel, wie z. B. Erziehung, gesellschaftliche Zucht, gegenseitige Kontrolle, Selbsthilfe, Privatrecht u. s. w. nicht ausreichen.« (S. 7.)

Das Strafrecht soll »im Kampf des Staats gegen das unsoziale Verhalten, das Verbrechen, das letzte, äusserste, das subsidiäre Mittel sein.« Die strafrechtliche Ahndung der Majestätsbeleidigung, der Religionsverspottung, des Ehebruchs, der Männerliebe etc. soll fallen, dagegen die Ansteckung mit geschlechtlichen Krankheiten, der Missbrauch und die Misshandlung von Kindern in ausgedehnterem Masse als bisher strafrechtlich behandelt werden. Bei der Bestrafung soll der Verweis, die bedingte Verurteilung stärker in Anwendung gebracht, die Festungshaft (diese Scheinstrafe für die Privilegierten) aber beseitigt werden. Desgleichen als entweder schädlich oder unzureichend jede kurze Freiheitsstrafe, und ebenso die Polizeiaufsicht, an deren Stelle das soziale Fürsorgewesen für bestrafte Personen besonderen Organen zu übertragen ist. Im Gegensatz zur Deportation, die eines Kulturstaates unwürdig sei, sei die freiwillige Auswanderung gebesserter Sträflinge zu unterstützen.

Dies die Grundzüge des gut geschriebenen Werkchens, das mit einigen Mängeln auch alle Vorzüge jugendlichen Temperaments zur Schau trägt.

Eugen Richters Sozialistenspiegel. Die Wahlfälschungen der Aktiengesellschaft Fortschritt. Berlin 1903, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. 64 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Eine sozialistische Antwort auf die in Heft 6 dieser Zeitschrift (S. 252/253) besprochene antisozialistische Schrift »Sozialistenspiegel«. Sie pariert die dort gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe mit vielem Geschick, setzt aber zuweilen den Richterschen Uebertreibungen selbst wieder Uebertreibungen entgegen. Dahin gehört u. a., was auf Seite 22/23 über die Resolutionen der sozialdemokratischen Kongresse von Hannover und Lübeck bezüglich des Herausgebers dieser Zeitschrift gesagt wird. Wenn der Verfasser

ausserdem auf S. 22 schreibt, dass Bernstein infolge der ungewöhnlichen Dauer und Höhe der letzten wirtschaftlichen Aufschwungsperiode zu allzu optimistischen Auffassungen über die wirtschaftliche Entwickelung veranlasst wurde, die furchtbare Krisis aber, die dem Aufschwung folgte, die bisherige sozialdemokratische Auffassung bestätigt habe, so müssen wir dem entgegenhalten, dass die Folgerungen Bernsteins über die Krisenfrage mit Optimismus oder Pessimismus bezüglich der wirtschaftlichen Entwickelung gar nichts zu tun haben, sondern ein Spezialproblem des modernen Wirtschaftslebens betreffen, über welches das letzte Wort überhaupt noch nicht gesprochen ist. Soweit aber der Verlauf der letzten Krise ein Urteil erlaubt, bestätigt er die von Bernstein vertretene Anschauung, dass die Krisenfrage unter dem Einfluss des Syndikatswesens heute eine ganz andere Gestalt angenommen hat, als diejenige, welche der früher in der Sozialdemokratie vorherrschenden Anschauung zu Grunde lag.

Felix, Ludwig. **Der Einfluss von Staat und Recht auf die Entwickelung des Eigentums.** Zweite Hälfte, zweite Abteilung: Die neue Zeit, die französische Revolution. Mit einem Register über das ganze Werk. Leipzig 1903, Duncker & Humblot. 623 S. 8°. Preis: 13.40 Mk.

Der Schlussband einer, wie der Gesamttitel lautet, »Entwickelungsgeschichte des Eigentums unter kulturgeschichtlichem und wirtschaftlichem Gesichtspunkte«. Das ganze Werk besteht aus vier Teilen, von denen der erste den Einfluss der Natur, der zweite den der Sitten und Gebräuche, der dritte den der Religion, der vierte, von dem die zweite Abteilung der zweiten Hälfte uns hier in einem ziemlich starken Bande vorliegt, den Einfluss von Staat und Recht auf die Entwickelung des Eigentums behandelt. Der erste Teil erschien im Jahre 1883, so dass die Abfassung des Ganzen sich auf mindestens 20 Jahre verteilt.

Wir haben die übrigen Bände nicht gelesen, aber soweit sich nach diesem Schlussband urteilen lässt, dessen letztes Kapitel die Gesamtergebnisse der Forschung des Verfassers zusammenfasst, hat dieser wohl ein ungeheures Material mit vielem Fleiss zusammengetragen, es aber nur unvollkommen verarbeitet. Die Einteilung und Anordnung des Stoffes lässt sehr zu wünschen übrig, desgleichen seine kritische Nachprüfung. Der Verfasser scheint nach dem Muster von Buckle und Lecky gearbeitet zu haben, deren kulturgeschichtliche Untersuchungen für ihre Zeit wohl bedeutende Leistungen waren, aber heute nur bedingt noch als vorbildlich betrachtet werden können. Wir dürfen eine sehr viel methodischere, eindringendere Untersuchung des Gegenstandes beanspruchen, als sie jene Forscher und nach ihnen der Verfasser darbieten. Aus dem Register des Werks ersehen wir, dass der Verfasser, der u. a. auch eine Kritik des Sozialismus geschrieben hat, nirgends auf Marx oder Engels Bezug nimmt, aus dem Inhalt des vor uns liegenden Bandes, dass ihm die nach ihnen benannte Geschichtstheorie ein unbekanntes Land geblieben ist. Sonst wäre es ihm auch wohl unmöglich gewesen, eine Entwickelungsgeschichte des Eigentums zu schreiben, ohne den Einfluss der menschlichen Wirtschaft, der Produktionsentwickelung, auf die Entwickelung des Eigentums eingehend und systematisch zu behandeln. Die Verkennung des fundamentalen Einflusses der Wirtschaftsweise und Wirtschaftsmittel auf die Gestaltung des Eigentums und des Gesellschaftslebens im allgemeinen macht sich immer wieder aufs empfindlichste bemerkbar; wie kann der Einfluss des Heerwesens, des Rechts, der Finanzpolitik, des Münzwesens auf das Eigentum richtig erkannt werden, wenn die so wesentliche Quelle des Eigentums, die Wirtschaft, wenn nicht völlig unbeachtet gelassen, so doch höchstens beiläufig gestreift wird? Die ohnehin etwas chaotische Darstellung erhält auf diese Weise den Charakter der Verschwommenheit. Wir erfahren ungeheuer viel Tatsachen, aber ohne jene Zusammenfassung unter einem einheitlichen Gesichtspunkt, die die Vorbedingung aller wissenschaftlichen Erforschung sozialer Erscheinungen ist. Naturverhältnisse, Sitten, Recht, Gewaltsinteresse, Politik haben selbstverständlich ihre grosse Rolle bei der Gestaltung und Ausbildung der Eigentumsverhältnisse gespielt, aber ohne gründliche Untersuchung des Zusammenhanges zwischen

Wirtschaft und Eigentum und stete Berücksichtigung dieses Zusammenhanges wird man nie zu einer richtigen Bewertung dieser Rolle gelangen.

Aber auch das Tatsachenmaterial des Verfassers ist nicht immer einwandfrei. Wohl schöpft er aus Werken, die ein grosses Ansehen geniessen; aber es bleiben doch oft Quellen zweiter Hand, und nicht immer sehr reine. So sind seine Hauptautoritäten über die Geschichte des Eigentums unter der französischen Revolution Sybel, Taine und Paul Janet, alles Tendenzschriftsteller, die gerade in diesem Punkt — wie er an einer Stelle wenigstens selbst in Bezug auf Taine zu erkennen gibt — sich die grössten Uebertreibungen haben zu schulden kommen lassen. Obwohl er auch Aulards politische Geschichte der französischen Revolution citiert, scheint ihn dessen Kritik Taines nicht sehr zur Vorsicht gegen diesen veranlasst zu haben. Wie wenig er den Geist der Revolutionsmassregeln erfasst hat, zeigt der Umstand, dass er unter den willkürlichen Eingriffen ins Privateigentum auch kurzerhand die Bestimmung aufzählt, wonach das Gesetz, das die natürlichen Kinder im Erbrecht den legitimen Kindern gleichstellte, für alle seit Erstürmung der Bastille zur Verteilung gelangten Erbschaften Geltung haben sollte. Welcher Rechtsgedanke dieser Rückdatierung zu Grunde lag und dass es sich dabei um einen Grundsatz handelt, der von den Juristen der französischen Revolution mit grosser Energie betont worden ist, erfährt der Leser nicht. Sollte dem Kritiker des Sozialismus und Geschichtschreiber des Eigentums Lassalles System der erworbenen Rechte ebenso unbekannt geblieben sein, wie Marx' Kapital und Engels' Ursprung des Privateigentums?

Es würde ungerecht sein, neben den Fehlern des Werkes nicht auch seine Verdienste zu erwähnen. Was ihm im Grossen abgeht, das leistet es in mancher Hinsicht im Kleinen, in Bezug auf die Einzelheiten. Wo wir uns Spezialfragen zuwenden, da stossen wir oft auf wertvolle Zusammenstellungen, sowie auf Bemerkungen, die von grosser Belesenheit und, soweit das Licht des Verfassers geht, scharfem Urteil Zeugnis ablegen. Und wenn die Einteilung des Stoffes methodische Mängel aufweist, so wird es doch dem Suchenden nicht schwer, sich zu orientieren. Auch ist dem Buch eine gewisse Unparteilichkeit nachzurühmen. Alle Uebertreibungen und schiefen Urteile, die der Verfaser den oben genannten Schriftstellern hinsichtlich der französischen Revolution nachspricht, hindern ihn nicht, schliesslich zu erklären, dass »die geschilderten beklagenswerten Verirrungen nicht vermocht [haben], den unermesslichen Wert der Wohltaten, welche die Menschheit der französischen Revolution verdankt, im mindesten zu verringern.« (S. 502.) Trotzdem ihr die von jeder Umwälzung unzertrennliche Reaktion gefolgt sei, leite »dieses grosse Ereignis eine neue Aera entschiedensten Fortschritts in der Geschichte der Menschheit überhaupt und in der Entwickelung des Eigentums insbesondere ein.« (S. 506.)

Die Gesamtergebnisse seines Buches aber schliesst der Verfasser mit einer Betrachtung, worin er das Wertverhältnis des Triebs nach Erwerb von Eigentum zum Besitz von Eigentum nach Analogie des Lessingschen Bildes vom Verhältnis des Werts des Triebs nach Wahrheit und dem des Besitzes der Wahrheit für die Menschheit hinstellt. Die kulturfördernde Wirkung des Triebs nach Erwerb von Eigentum »verkennen die Utopisten in dem unerreichbaren Ziele, den Menschen von der Sorge um den Eigentumserwerb zu befreien.« (S. 548.) Mit welchem Satz ein sechsbändiges Werk über die Entwickelung des Eigentums nur schliessen kann, wem die Entwickelung der Produktion, des Wesens und der Formen des Eigentums so verschleiert geblieben sind, wie die Bestrebungen der »Utopisten« hinsichtlich des Eigentums.

An einigen Stellen — S. 6, S. 537 etc. — sind wir auf ganz unverständliche Sätze gestossen. Und auf S. 501 bekommt es der Verfasser fertig, aus einem Satz Paul Janets in dessen Origines du Socialisme contemporaine herauszulesen, dass Babeuf 1794 ein Projekt entwickelt habe, das er »eine Art anticipierter Malthusianismus« genannt habe! Danach würde Babeuf zu allem anderen auch noch Hellseher gewesen sein, sintemalen Malthus seine Schrift über die Bevölkerungsfrage erst 1798 verfasste, zwei Jahre nach Babeufs Tode. Tatsächlich steht aber nichts davon bei Janet. Der Verfasser hat einfach Janets Sätze falsch verstanden. So Schiefes dieser selbst über Babeuf geschrieben, so hat er ihm z. B. nicht den Unsinn unterstellt, dass er ein Mittel in ein und

demselben Atemzuge empfiehlt und verurteilt, wie der Verfasser aus ihm herausliest. Leider nicht der einzige grobe Schnitzer, auf den wir in dem Buch gestossen sind.

Gewerkschaften. Geschichte und Entwickelung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nebst Protokoll des III. christlichen Gewerkschafts-Kongresses zu Krefeld. M.-Gladbach 1901, Verlag des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. 112 S. 8°. Preis: 40 Pf.

Protokoll über die Verhandlungen des IV. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten vom 29. Juni bis 2. Juli 1902 in München. Verlag wie vorstehend. 112 S. 8°.

Die erste dieser beiden Schriften schildert kurz das Entstehen der christlichen Gewerkschaften und den Verlauf ihrer ersten beiden Kongresse (1899 Mainz und 1900 Frankfurt am Main), über die ausser den Berichten der Presse keine Veröffentlichungen erfolgt sind. Die christlichen Gewerkschaften sind aus der katholischen christlich-sozialen Bewegung hervorgegangen, wollen aber christlich interkonfesionell sein. Sie verwerfen den Klassenkampf, erklären den Streik für ein äusserstes Mittel, das nur in besonderen Fällen und wenn Erfolg in Aussicht stehe, anzuwenden sei, betonen scharf die Unabhängigkeit von jeder politischen Partei und verpönen deshalb die Erörterung parteipolitischer Fragen in ihren Organisationen. Sie setzen sich die »Hebung der leiblichen und geistigen Interessen der Berufsgenossen« zur Aufgabe, die durch Organisation, Bildung von allerhand Kassen etc. und die Betreibung von »gesetzlichen Reformen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung« erreicht werden soll. Der erste Kongress war von 48, der zweite von 98, der dritte von 57 und der vierte von 53 Delegierten besucht. Der Umfang der christlichen Gewerkschaften beläuft sich nach einer, dem Münchener Kongress vorgelegten Statistik auf 35 Vereine oder Verbände mit zusammen 175 000 Mitgliedern, von denen 26 mit 84 667 dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehören. Der Krefelder Kongress fasste u. a. Resolutionen über die Verleihung von Korporationsrechten an Berufsvereine und die Reform der Krankenversicherung und Berufsvereine, der Münchener solche über Genossenschaftswesen, Schutz der gewerblich tätigen Frauen und jugendlichen Arbeiter, Organisation der ländlichen Arbeiter und Förderung der Geistesbildung. Das Kassenwesen der Bewegung ist nur mässig entwickelt und lässt die Lebens- und Leistungsfähigkeit eines Teils der Vereine als ziemlich zweifelhaft erscheinen. Ueberhaupt zeugen die Protokolle mehr von Wollen, als von Können.

Gewerkvereine, christliche. Ihre Aufgabe und Tätigkeit. Dritte, erweiterte Auflage. (Arbeiter-Bibliothek, 1. u. 2. Heft.) M.-Gladbach 1900, Verlag der christlichen Arbeiter-Zeitung. 64 S. 8°. Preis: 20 Pf.

Notwendigkeit der christlichen Gewerkvereine, Aufgaben der christlichen Gewerkvereine, Mittel der christlichen Gewerkvereine, interkonfessioneller und unpolitischer Charakter der Gewerkvereine, Stellung des christlichen Gewerkvereins zu den Arbeitgebern, Stellung der christlichen Gewerkvereine zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die Organisation der Arbeiterinnen, praktische Ratschläge für Gründung und Leitung christlicher Gewerkvereine, bisherige Entwickelung der christlichen Gewerkvereine, kurze Geschichte der übrigen Gewerkvereine in Deutschland.

Dies der Inhalt der gut ausgestatteten Schrift. Das bezeichnendste ihrer Kapitel ist das über den interkonfessionellen und unpolitischen Charakter der Gewerkvereine. Es wird da ausgeführt, dass die religiösen Grundsätze und Wahrheiten, die von den christlichen Gewerkvereinen zu vertreten sind, »eben dieselben sind, die schon durch das Naturgesetz oder Naturrecht verkündet werden und die durch die geoffenbarte christliche Religion eine höhere Weihe, Deutlichkeit und Bestätigung empfangen haben.« Diese Wahrheiten sind der Glaube an Gott und die Anerkennung einer natürlichen sittlichen und rechtlichen Ordnung.« Die Forderung der christlichen Grundlage für das

wirtschaftliche Leben bedinge aber nicht notwendig, dass jedes Mitglied sonst sich zum Christentum bekenne. Eine christliche Organisation verlange von ihren Mitgliedern nur, »dass sie sich verpflichten, die Lösung der heutigen wirtschaftlichen Fragen so zu erstreben, dass die Grundsätze des von Gott gegebenen Naturrechts und damit der natürlichen Gesellschaftsordnung dabei nicht verletzt werden.« Zur Beschränkung auf diese »Mindestforderung« zwinge der Umstand, dass keine religiöse Einheit mehr unter den Völkern bestehe. Es dürfen aus den Arbeiterorganisationen diejenigen »nicht ausgeschlossen werden, welche das positive Christentum in seiner wahren Gestalt nicht mehr besitzen und üben, aber trotzdem die sittlichen und rechtlichen Naturgesetze, wie sie Gott in die Brust jedes Menschen, auch des Heiden, gelegt hat, anerkennen.« Das Wörtchen »christlich« soll in der Gewerkschaftsbewegung »nichts anderes bedeuten als *nichtsozialdemokratisch*.« (S. 21.) Denn »die Sozialdemokraten halten sich bei ihren wirtschaftlichen Bestrebungen nicht innerhalb der Grenzen des Naturrechts, wie z. B. die von ihnen erstrebte Beseitigung des Privateigentums beweist, das auf dem Naturrecht beruht.« [Eine nähere Erklärung des Naturrechts wird nicht gegeben; der Leser erfährt nichts darüber, ob es jedes Privateigentum heiligt oder ob es Begrenzungen zulässt und welche.]

Im übrigen entwickelt die Broschüre eingehend dieselben Prinzipien der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wie sie in der weiter oben besprochenen Broschüre über Entwickelung und Geschichte der christlichen Gewerkschaften mehr summarisch auseinandergesetzt sind. Wo sie von der Sozialdemokratie bezw. den ihr nahestehenden freien Gewerkschaften handelt, stellt sie allerhand anfechtbare Behauptungen auf, sucht aber doch gegenüber den letzteren eine gewisse Objektivität zu bewahren.

Konsumverein. Verband schweizerischer Konsumvereine. Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Verbandsorgane nebst Rechnung pro 1902. Basel 1903, Buchdruckerei G. Krebs. 40 S. Folio.

Der Bericht konstatiert eine Reihe erfreulicher Fortschritte. Die Zahl der Verbandsvereine, ihrer Mitglieder, ihres Umsatzes und ihrer Reservefonds hat im Berichtsjahr erheblich zugenommen, wozu u. a. die von einer Reihe von Vereinen vorgenommene Ausmerzung des Verkaufs an Nichtmitglieder erheblich beigetragen hat. Den Anstoss zu diesem Schritt gab eine Erklärung des schweizerischen Bundesrats, dass Konsumvereine, die nur an Mitglieder Waren abgeben, nicht als Erwerbsgesellschaften zu betrachten seien. Der Verband hat neben seinem Organ, dem »Schweizerischen Konsumverein«, ein mehr propagandistisches Blatt, das »Genossenschaftliche Volksblatt« ins Leben gerufen, das es schon im ersten Jahr seines Bestehens zu einer Auflage von 50 000 gebracht hat. Er hat seinen Geschäftsbetrieb durch Einbeziehung von Manufakturwaren erweitert und ist Mitglied der englischen Grosseinkaufsgenossenschaft geworden, so dass im Warenverkehr zwischen ihm und jenem grossen Institut »das Gewinn- und Erwerbsprinzip ausgeschaltet ist.« (S. 5.) Im Kampf gegen den fiskalisch verschärften neuen schweizerischen Zolltarif hat der Verband eine hervorragende Rolle gespielt.

Lahn, J. J. O. Der Kreislauf des Geldes und der Mechanismus des sozialen Lebens. Berlin 1903, Puttkamer & Mühlbrecht. 253 S. 8°.

Ein interessanter Versuch, an der Hand einer graphischen Darstellung den ganzen Bewegungsvorgang zu veranschaulichen und zu analysieren, den der Verfasser den Mechanismus des Soziallebens nennt, der aber besser mit Getriebe des Wirtschaftslebens bezeichnet würde. Die graphische Skizze ist ziemlich kompliziert und wird den ungeübten Leser auf den ersten Blick eher verwirren; selbst der Geübtere braucht einige Zeit, bis er sich völlig in ihre Idee hineinlebt. Der Verfasser hat eben ein möglichst vollständiges, allen wichtigen Faktoren Rechnung tragendes Bild liefern wollen, er hat jeder wichtigen Strömung, die Geld aus einem Organ (Becken oder Fluss) des Wirtschaftskörpers in ein anderes trägt, ihren Platz im Bilde anzuweisen gesucht. Man braucht sich aber nur daran zu erinnern, ein wie zusammengesetzter Organismus dieser Wirtschaftskörper ist, um sich sagen zu müssen,

dass ein Bild, das selbst nur die Hauptelemente und ihr gegenseitiges Aufeinanderwirken berücksichtigt, gar nicht anders als recht verwickelt ausfallen kann.

Unter diesen Umständen zeugt es für den Scharfsinn und das Geschick des Verfassers, dass seine Skizze oder Tafel immerhin nach einigem Studium ein durchsichtiges Bild des in Frage stehenden Prozesses darbietet, so dass sich an seiner Hand nun die einzelnen Organe und ihre Rolle im Gesamtgetriebe leicht veranschaulichen lassen. Man kann der Skizze die Bezeichnung als sehr sinnreich nicht versagen. Auch sind die ihr zu Grunde liegenden Wertungen der Kräfte im ganzen unanfechtbar. Aber wir glauben, dass das, was der Verfasser mit der Skizze wollte, auf anderem Wege noch besser hätte erreicht werden können. Er hat unseres Erachtens das Pferd beim Schwanz aufgezäumt. Mehr wäre in Bezug auf Anschaulichkeit erreicht worden, wenn er, statt das ganze Getriebe des Kreislaufs mit einem Male darstellen zu wollen, den Prozess genetisch an einer Reihe von Skizzen vorgeführt hätte, die von einfachen zu immer zusammengesetzteren Wirtschaftsorganismen aufstiegen. Bis zu einem gewissen Grade bietet zwar auch seine Tafel etwas dergleichen, indem der Skizze, die den Gesamtkreislauf darstellt, zwei kleine Skizzen beigegeben sind, von denen jede einen bestimmten reinen, d. h. von allen komplizierenden Elementen gesonderten Fall des Kreislaufs, eine bestimmte Seite des Wirtschaftsgetriebes veranschaulicht. Es geht eben nicht ohne eine gewisse Zerlegung des Triebwerks, und für das vorliegende Thema, wo wir es ja mit keinem regelrechten, planmässig aufgebauten Mechanismus, sondern einem sehr komplexen Organismus zu tun haben, scheint uns eine genetische Darstellung am angemessensten und fruchtbarsten.

Wir werden darin durch den Text des Buches bestärkt, der teils aus Erklärungen der Figuren, teils aus Charakterisierung der verschiedenen Phänomene des Geldumlaufs und ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben besteht, die sich auf den Figuren verfolgen lassen. So klar da alles vorgeführt wird, so viel Erfahrung und Beobachtung aus den einzelnen Paragraphen sprechen, so empfindet man beim Ganzen doch sehr den Mangel an wissenschaftlicher Methodik. Der Verfasser ist in seiner Art zwar auch systematisch vorgegangen. Aber es ist eine unbeholfene Systematik, das Verfahren eines reinen Empirikers, der sich zunächst an die äusseren Erscheinungen hält und von da durch Zergliederung das Wesen der Dinge zu ermitteln sucht. Wer dabei gewissenhaft und mit Scharfsinn vorgeht, wird gewiss auch viel Richtiges feststellen, er wird vielleicht sogar manches finden, was dem Auge des nach bestimmten theoretischen Grundsätzen Arbeitenden entgeht, weil mit der theoretischen Auffassung oft eine gewisse Voreingenommenheit verbunden ist, aber eine erschöpfende Vorstellung von den tieferen Zusammenhängen kommt dabei kaum zustande.

So gibt sich der Verfasser grosse Mühe, bei Darstellung der verschiedenen Formen des Geldkreislaufs zu zeigen, dass derselbe, mit Barverlusten verbundene Kreislauf, der in modernen Ländern das Volkswohl im grossen und ganzen nicht schädigt, in Ländern des Stillstandes, wie Indien, China u. s. w., fast immer mit schweren Schäden für Teile des Volks verbunden ist. Das ist sehr richtig bemerkt, und der Verfasser analysiert auch sehr schön eine Reihe von hierher gehörigen Fällen. Aber der Kausalzusammenhang der Erscheinung mit der Wirtschaftsverfassung jener Länder wird dabei nur oberflächlich berührt, von der Bedeutung der Produktionsstufe für das Problem nicht einmal andeutungsweise gesprochen. Es ist empirische Kasuistik nach äusserlichen Merkmalen, und wie wenig sie ausreicht, geht aus der Tatsache hervor, dass der Verfasser es immer noch über sich bekommt, mit so verschwommenen Begriffen, wie »Geld unter die Leute zu bringen«, zu deduzieren, die geradezu Gift für das volkswirtschaftliche Denken sind. Er sieht scharf genug, um zu erkennen, dass zwischen Verausgabung von Geld zu blossen Verbrauchszwecken und solcher für produktive Unternehmungen ein grosser Unterschied ist, aber er leistet der Anschauung Vorschub, dass, wenn ein Verschwender »Geld unter die Leute bringt«, dies bloss weniger vorteilhaft für die Volkswirtschaft sei, wie produktive Verwendung von Geld, relativ dagegen auch dazu beitrage, das Gesamteinkommen des Volkes zu erhöhen.« (S. 172.) Tatsächlich aber vergeudet der Verschwender stets Arbeit in irgend einer Form,

wirkt also je nachdem, wirtschaftlich betrachtet, durchaus nicht anders wie »Brand, Krieg oder sonstige Kalamitäten«, von denen der Verfasser ihn und andere Urheber von »erratischem« Geldkreislauf, wie verunglückte Spekulanten etc., prinzipiell unterscheiden will. Auch was der Verfasser über den Zusammenhang von Spartätigkeit und Geschäftskrisen ausführt, ist unzulänglich.

Indem wir diese Mängel hervorheben, möchten wir aber keineswegs den Eindruck erwecken, dass es sich im vorliegenden Buch um eine wertlose Spielerei oder Tüftelei eines Laien handelt. Ganz im Ggenteil. Laie ist der Verfasser allerdings oder vielmehr Laie war er im wesentlichen, als er an seine Arbeit herantrat. Aber wie Prof. Ad. Wagner in einem Vorwort zu der Arbeit mitteilt, hat der Verfasser Jahre darauf verwendet, seine Skizze immer wieder von neuem umzuarbeiten und zu vervollkommnen, was selbstverständlich nicht ohne Studium der Fachliteratur möglich war. So zeigt er sich in seinen Kommentaren als hinsichtlich ihrer wohlunterrichtet, ohne doch so von ihr beherrscht zu sein, dass seine Arbeit darüber ihre Originalität und Frische verloren hätte. Es ist ein sehr eigenartiges Werk, das neben den besprochenen Mängeln auch wieder seine besonderen Vorzüge hat und dessen Lektüre, sobald man sich einigermassen in das ihm zu Grunde liegende Bild hineingedacht hat, einen grossen Reiz darbietet. Wer das schwierige Problem der Geldzirkulation zu studieren wünscht, wird in ihr eine grosse Hilfe finden. Viele Erscheinungen des Geldmarkts sind in wunderbarer Klarheit veranschaulicht. Der Verfasser ist in Bezug auf die Tatsachen des Geldmarkts wohl unterrichtet und ein ausgezeichneter Analytiker; er versteht es vortrefflich, die kompliziertesten Vorgänge durch Auseinanderhaltung ihrer Komponenten verständlich zu machen, wozu übrigens auch seine originelle Terminologie nicht wenig beiträgt. Er geht auf Einzelheiten ein, die in den meisten Fachschriften vernachlässigt sind, und hört doch nie auf zu fesseln, weil seine Deduktion stets auf das Grundbild Bezug nimmt und so der Zusammenhang mit dem Ganzen in lebendiger Erinnerung bleibt. Kurz, das Werk ist kein Lehrbuch im landläufigen Sinne, und doch kann es Lehrenden wie Lernenden die grössten Dienste leisten. Man darf der Weiterführung, die der Verfasser ankündigt, mit Interesse entgegen sehen.

Limberg, P. Die Aufgaben der Arbeitervertreter in den Krankenkassen. Zweite Auflage. (Arbeiter-Bibliothek 4. Heft.) M.-Gladbach 1901, Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung. 24 S. 8⁰. Preis: 10 Pf.

Eine hier und da mit Warnungen vor Ueberrumpelung durch die Sozialdemokratie gewürzte, sonst aber objektive Informationsbroschüre des bekannten christlich-sozialen Verlags.

Lotz, Prof. Dr. Walter. **Zolltarif, Sozialpolitik, Weltpolitik.** Sonderabdruck eines auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik am 24. September 1901 erstatteten Referats mit mehreren Nachträgen. Leipzig 1902, Duncker & Humblot. 59 S. 8⁰. Preis: 1 Mk.

Der Verfasser, einer der entschiedensten und sachkundigsten Verteidiger der gemässigt freihändlerischen Handelsvertragspolitik, die in Deutschland durch die Caprivi-Marschallschen Handelsverträge eingeleitet wurde, entwickelt in diesem Vortrage die Gefahren, welche der inzwischen fast unverändert Gesetz gewordene Zolltarif-Entwurf von 1901 für Deutschlands wirtschaftliche und sozialpolitische Entwickelung bedeute. Sie bestehen hauptsächlich in Förderung einer ungesunden Kartellpolitik, absolute oder mindestens relative Verteuerung der Unterhaltskosten der Arbeiterklasse, damit Verschlechterung der Arbeiterlage, Erschwerung des Zustandekommens günstiger Handelsverträge und Schädigung der weltpolitischen Beziehungen Deutschlands, Verhinderung oder Verlangsamung der Anpassung der Landwirtschaft an die veränderten Bedingungen des Wirtschaftslebens. Der letztere Gedanke wird in den Nachträgen polemisch noch weiter ausgeführt, wobei namentlich an der Hand der Statistik die Frage untersucht wird, wie weit der Schwerpunkt der deutschen Landwirtschaft schon vom Getreidebau abgerückt ist. Auch die Frage der Bewegung der Brotpreise bei steigenden und fallenden Getreide-

preisen wird in einem der Nachträge behandelt. Prof. Lotz würde es lieber sehen, dass das Reich den Einzelstaaten eine Milliarde zum Auskauf notleidender Landwirte und Vergebung der angekauften Güter in Zeitpacht zinslich überwiese, als dass, wie es mittlerweile durch den neuen Zolltarif geschehen, der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung durch erhöhte Getreidezölle das Leben verteuert werde. Er drückt sich hinsichtlich der Rückwirkung des Zolltariis auf die politische Entwickelung Deutschlands — vom Standpunkt der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung aus gesehen — sehr pessimistisch aus und erklärt, er sei »auf Grund der Beobachtung der Wirkung der Teuerung von 1891 auf die Getreidezollanhänger ziemlich sicher, dass der neue Zolltarifentwurf, wenn er Gesetz würde, nur ein Uebergang zu radikalem Umschwung werden würde«. Er enthalte sich, die Bedeutung der Kämpfe und Schwierigkeiten einer solchen Uebergangszeit näher auszuführen, sei aber der Ueberzeugung, dass »diese Gefahren gar nicht ernst genug genommen werden können.« (S. 19.)

Die Broschüre enthält viele ökonomische Nachweise, die ihre Lektüre auch nach Beendigung der Kämpfe um Annahme des neuen Zolltarifs durch die Gesetzgebung — die ja nur den ersten Akt dieses Wirtschaftskampfes abschliesst — empfehlenswert machen.

Märcker, J. Die deutsche Sozialdemokratie. Nach ihren Meinungen und Taten dem deutschen Volk naturgetreu geschildert. Erstes Heft. Königsberg i. Pr. 1903. Ostpreussische Druckerei und Verlagsanstalt. 24 S. 8°.

Eine antisozialistische Agitationsbroschüre. Der Verfasser arbeitet nach dem Muster des bekannten Flugschriftenfabrikanten »Bürger«, aber mit wesentlich plumperen Mitteln. U. a. wird eine »Anweisung für sozialdemokratische Redner«, die ganz ersichtlich einer Verspottung der Sozialdemokratie entnommen ist, als sozialdemokratische Schrift citiert, um die ganze sozialdemokratische Agitation als eine »elende Schauspielerei« erscheinen zu lassen.

Messer, Max. **Die moderne Seele.** Dritte Auflage. Leipzig 1903. H. Seemann Nachfolger. 134 S. 8°.

Ein Amalgam aus Wagner-Nietsche-Tolstoi; ein dem Christus, der die Grunddifferenz der Natur löste, indem er die Brücken vom Denken zum Sein fand; der kein Leidender, sondern ein Leidloser, ein Ueberwinder, die Jugend, die Kraft, das Gesunde, Seiende, das Unbewusste ist, ein diesem Christus sich annäherndes Liebendes, das den Materialismus und Skeptizismus überwunden hat und mit dem All zu fühlen vermag, das ist nach dem Verfasser die moderne Seele, wobei modern nicht im Sinne einer Modeströmung, sondern im Sinne einer Entwickelungsphase, der derzeitig erreichten höchsten Stufe eines sich gesetzmässig vollziehenden Entwickelungsganges verstanden sein will.

Dieser Gedanke wird in dreizehn Kapiteln in bilderreicher Sprache entwickelt, die manchmal die schöne Einkleidung eines geistreichen Gedankens, zuweilen aber auch der reine Schwulst ist.

Gegen eine poetische Darstellung philosophischer Gedanken lässt sich nichts sagen; sie muss im Gegenteil als die höchste Form der Darstellung betrachtet werden, weil sie die vollständigste Beherrschung des Stoffes zur Voraussetzung hat. Aber im dichterischen Gewande philosophieren und ins Unbestimmte hinein phantasieren, ist zweierlei. Der Natur Absichten zu unterstellen, wie es die moderne Seele des Verfassers an einigen Stellen tut, ist alles, nur keine moderne Philosophie.

Indes das Buch ist anregend geschrieben und verrät ein nicht unbedeutendes Gestaltungstalent.

Redlich, Privatdocent Dr. Joseph. **Zur Theorie und Kritik der englischen Lokalverwaltung.** Eine Abwehr und eine Anklage. (Separatabdruck aus der von dem Hofrat Prof. Grünhut herausgegebenen Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart.) Wien 1903, Alfred Hölder. 208 S. 8°.

Dr. Redlich als Verfasser des soeben auch in englischer Sprache herausgekommenen ausgezeichneten Werkes über englische Lokalverwaltung geht in der vorliegenden Schrift mit dem Heidelberger Professor J. Hatschek ins Gericht, der in der »Kritischen Vierteljahrsschrift« das genannte Werk sehr abfällig besprochen hatte. Das Ersuchen Redlichs, ihm für eine Erwiderung Raum zu gewähren, hatte die Redaktion der Kritischen Vierteljahrsschrift mit Berufung auf ihren prinzipiellen Standpunkt abgeschlagen. Ein Verfahren, das an sich schon den tendenziösen Charakter der Kritik deutlich zu erkennen gibt.

Gegenkritiken, so unvermeidlich sie oft sind, sind selten eine erquickliche Lektüre, und die Pflicht zur Wahrheit gebietet festzustellen, dass Herr Dr. Redlich, der in dem vorerwähnten Werk sich als Meister der Form gezeigt hatte, in der vorliegenden Schrift diese Eigenschaft häufig vermissen lässt. Dass er auf seinen Gegner gehörig loshaut, wird ihm niemand verargen, und die Beweisführung dafür, dass er das Recht hat, ihm gegenüber grob zu werden, ist von überwaltigender Ueberzeugungskraft. Aber gerade, weil sie es ist, weil der Verfasser immer und immer wieder zwingende Beweise dafür erbringt, dass Hatscheks' gegen ihn gerichteter Aufsatz Falsches behauptet, konnte er ruhig die Wucht der Tatsachen gegen ihn sprechen lassen und sich damit begnügen, nur in besonders erschwerenden Fällen auch das schwere Geschütz literarischer Grobheiten gegen ihn spielen zu lassen. Wie es jetzt ist, fehlt es seiner Gegenkritik in formeller Hinsicht an Abwechselung und Anmut, sie beschränkt sich zu sehr auf den Gebrauch des Knotenstocks.

Ein anderer formeller Mangel ist die Einteilung oder vielmehr Nicht-Einteilung des Inhalts der Polemik. Er ist noch mehr zu bedauern, als ihr Tonfehler, weil zu fürchten ist, dass er gar manchen davon abschrecken wird, die Gegenkritik überhaupt zu lesen. Mehr als zweihundert Seiten Polemik zu lesen, die nicht in Bezug auf den Inhalt abgeteilt sind und ihn kapitel- oder paragraphenweise anzeigen, dazu entschliessen sich nur wenige.

Wir möchten davor warnen, einer solchen Empfindung nachzugeben. Was der Gegenkritik in formeller Hinsicht abgeht, dafür entschädigt ihr positiver Gehalt. Er bietet ausserordentlich viel Belehrung über die Geschichte und das Wesen der englischen Lokalverwaltung wie über die Geschichte und Theorien des Staatsrechts im allgemeinen. Die durch die Polemik bedingte Dialektik lässt viele Punkte schärfer hervortreten, als dies selbst bei der besten pragmatischen Darstellung der Fall zu sein pflegt.

Reichstagswahlen. Die Reichstagswahlen in Elsass-Lothringen. Statistische Tatsachen geordnet und erläutert. Strassburg i. E. 1903. Strassburger Volksdruckerei. 8 S. 8⁰. Preis 10 Pf.

Eine von der sozialdemokratischen Partei in Strassburg herausgegebene Uebersicht der Gegenüberstellung der Parteien in den elsass-lothringischen Reichstagswahlkreisen am Vorabend des Wahlkampfes von 1903.

Bericht des Vereins **Reichs-Wohnungsgesetz** für das fünfte Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1902, mit einer Uebersicht über Stand und Ergebnisse der Bewegung für Reichswohnungsreform. Frankfurt a. Main 1903. 30 S. 8⁰.

Berichtet über den Stand und das Wirken dieser Vereinigung, die Angehörige fast aller Parteien, darunter auch eine grössere Anzahl bekannter Sozialisten, zu ihren Förderern zählt, sowie über den Fortgang der allgemeinen Bewegung für Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes. Der Verein hat u. a. im Berichtsjahre zwei Abhandlungen über Fragen erscheinen lassen, die mit dem Wohnungsproblem in Verbindung stehen, und auf Kongressen, in Versammlungen, bei Behörden und Privaten aller Art für seine Bestrebungen Propaganda gemacht. Er zählte Ende 1902 745 Mitglieder, darunter eine ganze Anzahl von Körperschaften.

Zenker, Ernst Viktor. **Die Gesellschaft.** Zweiter Band. Die soziologische Theorie. Berlin 1903. Verlag von Georg Reimer. 134 S. 8⁰. Preis: br. 3 Mk.

Der Wert jeder neuen Theorie wird durch den Grad ihrer Erhebung über die höchststehende der vor ihr ausgearbeiteten Theorien bestimmt. Sie muss die Erkenntnis ihres Gegenstandes über die von ihr vorgefundene Erkenntnis desselben erheben, wenn sie als Theorie auf Wert Anspruch erhebt. Andernfalls wird sie, welche Verdienste ihr auch sonst zuzusprechen sind, doch keinen Anspruch darauf haben, als theoretische Leistung betrachtet zu werden.

Aber theoretische Leistungen können von verschiedener Art sein. Sie können in Hervorhebung und ausgiebiger Erklärung bisher nicht oder ganz ungenügend gewürdigter Erscheinungen oder Beziehungen, in F i n d u n g von neuen Kausalitäten bestehen, sie können aber auch in neuer O r d n u n g der Werte und Wertbeziehungen schon bekannter und bewerteter Tatsachen bestehen. Leistungen der ersteren Art pflegen das grössere Aufsehen zu machen, werden oft überschätzt und sehen alsdann ihren Ruhm bald verblassen. Leistungen der letzteren Art erregen selten Aufsehen, ihre Wertschätzung hält aber dafür um so länger vor.

Die soziologische Theorie, die uns in dem vorliegenden Buche geboten wird, beansprucht nicht, den Leistungen der ersteren Art zugerechnet zu werden. Sie bietet keine welterschütternde soziologischen Entdeckungen dar, stellt keinen sozialen Faktor als bisher verkanntes Aschenputtel glänzend aufgeputzt in den Königssaal der Wissenschaft. Ihr Ehrgeiz ist wesentlich, als bessere Ordnerin wie ihre Vorgänger anerkannt zu werden. Sie stellt den sich bekämpfenden Theorien vom Wesen und den bestimmenden Faktoren der Gesellschaft keine fundamental neue Anschauung gegenüber, sondern versucht vielmehr, den Kampf zwischen ihnen dadurch zu schlichten, dass sie das relative Recht jeder von ihnen im Verhältnis zu den anderen festzustellen, sie in ein Verhältnis der Nebenordnung zu einander zu bringen sucht.

Also eklektische Vermittlerei, wird der Leser folgern. Der Verfasser erklärt, dass er vor dem Wort Eklektizismus keinerlei Grausen empfindet; das Streben nach Originalität um jeden Preis erinnere ihn nur an den Goetheschen »Narren auf eigene Hand«. Es wäre kein Unglück, wenn die Soziologie, die so viele »originelle« Leistungen aufzuweisen habe, »nun einmal zu einer ‚blossen' Synthese des Gefundenen schreiten würde«. Indes ist seine Arbeit mehr als »blosse« Synthese. Sie zeigt, dass es auch ein echt kritisches Vermitteln, ein nach strengen, methodisch gefundenen Kriterien arbeitendes wissenschaftliches Zusammenfassen gibt, das von unentschiedenem Relativismus ebenso entfernt ist, wie von verbohrtem Absolutismus. Uebrigens braucht man nur die Theorien, die die Gesellschaft von einem Prinzip determiniert oder beherrscht sein lassen, näher zu untersuchen, um dahinter zu kommen, dass sie entweder über ganze Gebiete des Gesellschaftslebens unerlaubt flüchtig hinweggehen oder im Fortgang der Entwickelung soviel Einschränkungen ihres Grundprinzips zugeben, dass von Einheit des Gedankens da nicht viel mehr übrig bleibt. Wie zerrinnt bis auf einen kleinen Kern die so geräuschvoll ausposaunte Theorie von der Rasse als dem grundlegenden Faktor der Gesellschaftsbildung. Zu wieviel Auslegungskünsten müssen nicht die Theorien greifen, welche die Gesellschaft biologisch zu entwickeln suchen. Wie viel Zugeständnisse an von ihr bekämpfte Theorien sind nicht schon im Namen der materialistischen Geschichtsauffassung gemacht worden. Wo uns scheinbar die strengste Einheit des Gedankens erwartet, finden wir bald bei diesem und bald bei jenem Punkt den schönsten Kompromiss. Die zusammengesetzte Natur des Menschen und der menschlichen Gesellschaft erkennen und demgemäss darauf verzichten, Soziologie aus einem Gesichtspunkt heraus zu treiben, heisst noch nicht, sich grundsatzloser Eklektik ergeben.

Weit entfernt, sich mit den überlieferten Systemen durch oberflächliche Kompromise abzufinden, übt der Verfasser an ihren Grundideen vielmehr eine sehr eindringende Kritik. Seine Methode ist durchaus dialektisch, er prüft sorgfältig die Sätze, die Begriffe, die Methoden der verschiedenen soziologischen Schulen, wägt sie je nachdem an einander, sucht dabei die Analyse so weit als möglich zu vertiefen und lässt nur das gelten, was vor dieser kritischen Analyse standhält, d. h. was sich wirklich, soweit unsere Erkenntnis reicht, als wissenschaftlich festgestellt oder feststellbar nachweisen lässt. Von der Schärfe seiner Dialektik zeugt seine Unterscheidung zwischen Kräften und Faktoren des Gesellschaftslebens, wobei die erstere Bezeichnung nur für solche Erschei-

nungen zugelassen wird, die wirklich elementar wirken, d. h. stets ihre gesellschaftsbildende Kraft geltend machen. Dies trifft für die sozialen Triebe zu, denen wir als letzter, d. h. allgemeinster Ursache des gesellschaftlichen Lebens überall begegnen, soweit wir überhaupt menschliche Daseinsweisen zurückverfolgen können. An der Wiege der Menschheitsentwickelung sehen wir die fast ausschliesslich instinktiv, durch den Trieb zusammengehaltene Horde, weder die Oekonomie noch die Idee oder Vernunft hat für die Gesellschaftsbildung da einen bestimmenden Einfluss. Sie sind aber Faktoren der Gesellschaftsentwickelung, ebenso wie die geographische etc. Umwelt, wie die Rasse und andere Erscheinungen materieller und geistiger Art. Klassificieren lassen sich die Faktoren der Gesellschaftsentwickelung in die folgenden drei grossen Gruppen: Produktivkräfte, soziale Triebe und Ideen. Sie sind, wie der Verfasser ausführt, eng miteinander verknüpft, alle drei unerlässlich für das soziale Leben, wobei die sozialen Triebe gewissermassen die Umschaltestelle zwischen Aussenwelt (Produktionskräfte im weiteren Sinne) und individueller Innenwelt (Ideen) bilden. (S. 92.)

Wir wollen es an dieser einen Probe der Methode des Verfassers genügen lassen. Unschwer lässt sich voraussehen, wie auf Grund der angegebenen prinzipiellen Gruppierung der Faktoren des Gesellschaftslebens die Theorie in Bezug auf diese Seite des letzteren in den Einzelheiten ihre Durchführung findet. Aehnlich verfährt der Verfasser bei Behandlung der Frage nach den Gesetzen, die das Gesellschaftsleben beherrschen. Auch hier geht die Untersuchung auf die Elementarbedingungen des sozialen Lebens zurück und betrachtet die Gesellschaft unter mechanischen sowohl wie organistischen Gesichtspunkten. Die Kritik der mechanistischen und der organistischen Theorieen führt zur Feststellung, welche Gesetze der Mechanik und des Lebens der Organismen und wie sie auf die Gesellschaft bezw. die Gesellschaften angewendet werden können, und erst nachdem diese Aufgabe erfüllt ist, geht der Verfasser zur Erörterung der Frage nach den sozialen Gesetzen im engeren Sinne ein.

So erfüllt das Buch durchaus, was sein Titel verspricht. Es ist soziologische Theorie, die es darbietet. Vielleicht in etwas zu diskursiver Form, aber durch sie wird der nicht immer leichte Stoff vielen verständlicher gemacht werden. Im Prinzip mit dem Verfasser einverstanden, hätten wir im einzelnen allerhand Vorbehalte zu machen, unterlassen dies jedoch, weil uns daran liegt, die Förderung, welche das theoretische Denken durch sein Buch erfährt, nicht durch Ausstellungen an Einzelheiten zu verdunkeln. Dagegen wollen wir einen gröberen Tatsächlichkeitsfehler berichtigen, der den Verfasser verleitet, an dem sehr tüchtigen Giddings irrige Kritik zu üben. Auf S. 116 übersetzt er, wie das übrigens oft in Deutschland geschieht, das englische Wort culture (das er irrig cultur schreibt) mit Kultur. Culture besagt aber im Englischen das, was wir im Deutschen unter Erziehung im weiteren Sinne verstehen, sittliche und geistige Bildung. Für das, was wir Kultur nennen, gebraucht der Engländer stets das Wort civilisation. Berücksichtigt der Verfasser dies, so wird er auch einsehen, dass seine Kritik von Giddings in dem betr. Punkt nicht zutrifft. Uebrigens scheint er auch über den Begriff von equity bei den Engländern nicht gut unterrichtet zu sein, der das Recht im weiteren Sinne, als ethische Kategorie bezeichnet.

2. In französischer Sprache.

Créhange, André. **Le Gaz à Paris.** (Bibliothèque socialiste No. 17.) Paris 1903, Société Nouvelle de Librairie et d'Edition. 99 S. kl. 8°. Preis: 50 cts.

Die Schrift untersucht, welche Vorteile der Stadt Paris aus der vom Gemeinderat prinzipiell beschlossenen Uebernahme der Gasversorgung in Eigenbetrieb erwachsen werden. Sie stützt sich dabei auf genaue Kostenanschläge, sowie auf Vergleiche mit den Erfahrungen zahlreicher anderer Gemeinden Frankreichs und des Auslandes. Eine kurze Uebersicht der Geschichte der Bewegung der kommunalen Gasversorgung in Paris und der

Kämpfe des Gemeinderats von Paris mit der Gasgesellschaft verleihen der Broschüre auch ein über die finanztechnische Seite der Frage hinausreichendes allgemeines Interesse. Sonst behandelt sie ihr Thema nur unter dem Gesichtspunkt des Interesses der Konsumenten und des Gemeindefiskus.

Uhry, Jules, Docteur en droit. **Les Grèves en France et leur Solution.** Préface par Aristide Briand, deputé de la Loire. Paris 1903, Edition du Mouvement Socialiste. 234 S. gr. 8⁰. Preis: 4 Frcs.

Diese interessante Arbeit über die Streiks in Frankreich zerfällt in drei Teile. Der erste behandelt die Geschichte der Koalitionsgesetze und der Gesetzgebung über Einigungsverfahren und Schiedssprüche in Frankreich bis zum Jahre 1892. Den Gegenstand des zweiten bildet die Geschichte der Streiks in Frankreich, die Ergebnisse der Anrufung des Einigungsverfahrens und die Frage nach dem Einfluss der Gewerkschaften beim Einigungsverfahren. Der dritte gibt den Text einer Reihe von Anträgen und Gesetzentwürfen, die seit 1894 mit Bezug auf das Problem der Schlichtung und der Spruchentscheide bei Streiks von Abgeordneten und Ministern ausgearbeitet worden sind, mit daran anschliessender Kritik dieser Entwürfe.

Die letztere lässt sich dahin zusammenfassen, dass selbst die besten Gesetze über das Einigungs- etc. Wesen im ganzen wenig Wert haben, dass aber alle hierhergehörigen Gesetze direkt verwerflich sind, sobald sie der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter oder dem Einfluss der Gewerkschaften nachteilig sind oder sein können. Die Gewerkschaften sind die berufenen Organe des wirtschaftlichen Klassenkampfs der Arbeiter, auf ihre Ausbildung und Stärkung ist der grösste Wert zu legen, sie sind von viel grösserer Bedeutung, als irgend welche staatssocialistischen Einmischungen in die gewerblichen Konflikte der Arbeiterklasse.

In dieser Auffassung schreibt der Verfasser mit Bezug auf den Gesetzentwurf des Radikalen Mesureur von 1894, er proklamiere »das Recht des Staats, bei den Konflikten zu intervenieren, die den ganzen Gesellschaftskörper wegen der Erschütterungen interessieren, die sie zur Folge haben können. Er erkennt dem Staat das Recht zu, den Kriegführenden das Einstellen eines Kampfes vorzuschreiben, den er für schädlich hält, oder ihnen sogar zu verbieten, den Krieg zu eröffnen . . . Es ist ein sehr kühner Schritt auf dem Wege zum ‚Staatssocialismus'. Was uns aber betrifft, die wir in die selbständige Entwickelung der Arbeiterklasse Vertrauen setzen, uns, deren Socialismus reinen Arbeitercharakter hat, so können wir einen Entwurf nicht gutheissen, der die Befreiungsbewegung des Proletariats hemmen, der ihr Einhalt tun würde.« (S. 160.) In gleicher Auffassung wird vom Verfasser der bekannte Gesetzentwurf Millerands abfällig besprochen. Aber er spricht sich auch wenig günstig über einen Antrag der blanquistischen Abgeordneten Dejeante und Gronssier aus dem Jahre 1895 aus, der für die Unternehmer, die sich dem Einigungs- oder Schiedsverfahren entziehen, Zwangsenteignung vorschreiben wollte, und findet auch einen Antrag Jules Guesdes und Genossen aus dem Jahre 1894 wenig praktisch, der die Arbeiter pro Werkstatt oder Unternehmung zu einer Art Korporation für Streikzwecke machen wollte. Wie Dr. Schwindland es schön ausgedrückt habe, solle man »nicht eilen, die Früchte der Einigungsämter zu pflücken, bevor der Gewerkschaftsbaum sein Wachstum erreicht hat.« (S. 224.) Was die Regierungen, welche die ökonomischen Tatsachen begriffen haben, zu tun hätten, und zwar einzig zu tun hätten, sei, die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse zu steigern und — hier verweist der Verfasser auf das Vorwort von Marx zum »Kapital« — die gesetzlichen Hindernisse zu beseitigen, welche deren Bewegung aufhalten können. »Nur wenn das zur vollen Reife gelangte organisierte Proletariat über die ihm gegenüberstehende Klasse triumphiert haben wird, wird die wahre Harmonie verwirklicht werden können. Nur wenn die Klassen selbst verschwinden, wird es möglich sein, den sozialen Frieden sicherzustellen.« (S. 225.)

Damit schliesst das Buch, dem der als Freund der Generalstreik-Idee bekannte sozialistische Abgeordnete Briand ein in ähnlichem Sinne lautendes

Geleitwort auf den Weg gegeben hat. Es ist eine fleissige Arbeit, die eine Fülle von Material in guter Anordnung und Durcharbeitung darbietet und bei aller Wärme der Ueberzeugung, mit der der Verfasser seine Anschauung verficht, sich einer anerkennenswerten Sachlichkeit in der Wiedergabe und Kritik gegnerischer Standpunkte befleissigt.

3. In englischer Sprache.

Brooks, John Graham. **The Social Unrest.** Studies in labor and socialist movement. New York 1903, The Macmillan Company. 394 S. 8°.

Das Buch eines Mannes, der viel gereist ist, viel gelesen, gesehen und gehört hat und unterhaltend zu plaudern weiss, über die soziale Frage oder, wie der Verfasser es vielleicht besser ausdrückt, »die soziale Unruhe«. Der Verfasser hat, wie aus seinem Buch hervorgeht, mehrere Jahre in Deutschland gelebt, Frankreich und Belgien bereist, kennt England aus eigener Anschauung und scheint mit der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten selbst in engerer Verbindung zu stehen — er bemerkt u. a., dass er sechs Jahre lang wöchentlich vor einem aus Gewerkschaftern bestehenden Publikum Vorlesungen über Oekonomie gehalten habe, und führt wiederholt Gespräche an, die er mit Gewerkschaftsführern in den verschiedenen Industriecentren der Vereinigten Staaten gehabt hat. Allerdings weiss er ebensoviel von Unterhaltungen mit Unternehmern, Politikern und Verwaltungsleuten zu erzählen.

Auf seine Mitteilungen darüber legt Mr. Brooks besonderen Wert. Die meisten in der Oeffentlichkeit wirkenden Persönlichkeiten, führt er aus, kommen selten vor dem grossen Publikum mit ihrer wahren Meinung heraus. Aus Rücksichten aller Art gäben sie sich entweder radikaler oder konservativer als sie wirklich seien. Ein deutscher Professor, bei dem er ein Semester Vorlesungen hörte, habe sich ihm in der Privatunterhaltung sehr viel kühner in Bezug auf Kritik der öffentlichen Einrichtungen und Stellung zu sozialen Umwälzungen gezeigt, als wie in seinen Büchern und Vorträgen. Andererseits drückten sich Sozialisten und Gewerkschaftsführer in vertraulicher Unterhaltung viel weniger absolutistisch in Bezug auf ihre Theorien und Forderungen aus, als in der Oeffentlichkeit. Ihre Motive seien dabei meist durchaus achtungswert, aber angesichts dieser Gewohnheit seien fast alle Publikationen über den Sozialismus und die Arbeiterbewegung irreführend. Uebrigens habe auch Prof. Jenks, der bekannte Verfasser einer der instruktivsten Arbeiten über die Trusts, die wichtigsten Tatsachen über die Ziele und Methoden dieser Verbindungen, wie er ihm selbst erzählte, »in Privatunterhaltungen ermittelt«. Um aber niemand blosszustellen, teilt Mr. Brooks die gehörten Bemerkungen ohne Namensnennung mit. Wir müssen sie auf Treu und Glauben hinnehmen. Macht nun auch das ganze Buch den Eindruck innerer Wahrheit, so sind mindestens Gedächtnisfehler nicht ausgeschlossen. Was ihm aber so an Korrektheit abgeht, gewinnt es in Bezug auf Lebendigkeit. Das Buch, dem es an solidem Material nicht fehlt, liest sich ungemein leicht.

Mr. Brooks ist kein Sozialist im Parteisinne, steht aber der sozialistischen Bewegung vorurteilslos und mit scharfem Blick für ihre ökonomische Seite gegenüber. Er erklärt sie für unvermeidlich; das ganze wirklich zu lösende Problem bestehe darin, sie in solche Wege zu leiten, dass sie gesetzmässige Formen innehalte und sich immer mehr der Grundbedingungen wirtschaftlicher Entwickelung bewusst werde. Dass dies möglich, ja der wahrscheinliche Verlauf der Bewegung sei, dafür lieferten Deutschland und Belgien den Beweis. Deutschland zeigt nach Mr. Brooks das Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie durch die im politischen Kampf erworbene Erfahrung aus einer Revolutionspartei sich immer mehr zu einer Reformbewegung entwickele. Andererseits zeige Belgien, wo die Sozialdemokratie mehr und mit grösserem Erfolg als anderswo sich auf wirtschaftliche Experimente verlegt habe, dass die nähere Beschäftigung mit den Wirtschafts- und Verwaltungsfragen besser als alle Predigten und Vorlesungen dem Verlieren in utopistische Spekulationen entgegenwirke. In den Vereinigten Staaten seien im Angesicht der

hohen Ausbildung, die das Warenhaussystem dort genommen, die Aussichten für Arbeiterkonsumvereine, die das Rückgrat der belgischen Bewegung bilden, wenig günstig, aber in den Gemeinden stünde den Sozialisten ein grosses Feld praktischer Betätigung offen, und statt sie davon auszuschliessen, wäre es politische Klugheit und einem Volk, das so wenig an Traditionen hängt, wie das amerikanische, angemessen, ihnen im Gegenteil möglichst viel Gelegenheit zur Betätigung zu geben.

Auf der anderen Seite sei das wichtigste Mittel, der Ausbreitung des Revolutionarismus unter den amerikanischen Arbeitern vorzubeugen und es zu keinem Klassenkampf kommen zu lassen (die Amerikaner wie die Engländer verstehen das Wort Klassenkampf in einem sehr elementarmässigen Sinne), die Anerkennung der Gewerkschaften als der berufenen Vertreter der gewerblichen Interessen der Arbeiter. Dies ist ein Punkt, in Bezug auf den der Verfasser besser unterrichtet ist, wie in Bezug auf irgend einen anderen, und viel Beherzigenswertes mitteilt. So citiert er auf Seite 368 einen recht hübschen Ausspruch des Geschäftsführers der organisierten Bauunternehmer in Boston, Mr. H. Sayward. Der Genannte zog auf dem Nationalkongress der Bauunternehmer zu Washington (28. Oktober 1902) scharf gegen die Unternehmer los, die da erklärten, nicht eher mit den Gewerkschaften verhandeln zu wollen, als bis sie sich gebessert hätten. »Das heisst«, meinte er, »einem Kind zurufen, es solle schwimmen, aber nicht ins Wasser gehen.« Die Unternehmer müssten die Hand bieten, wenn die Gewerkschaften sich bessern sollen. Und auf den oft zu vernehmenden Ruf: »Wenn die Gewerkschaften nur wenigstens kompetente Führer hätten!« antwortet der Verfasser, dass vernünftige Tarifverträge, die elastisch genug sind, sich den wechselnden Bedingungen der Arbeit anzupassen, eines der besten Mittel sind, solche kompetente Führer zu bekommen.

Das Buch ist nicht frei von Irrtümern. So unterlaufen dem Verfasser bei Schilderung der Entwickelung der Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie allerhand böse Unrichtigkeiten. Ferner verleitet den Verfasser seine Vorliebe für mehr plaudernde Darstellung zu unnötigen Breiten. Aber sein Buch ist bei alledem durchaus lesenswert. Es erbringt viele Tatsachen, die man in gewöhnlichen Abhandlungen und Lehrbüchern nicht findet, und zeigt seinen Verfasser als einen erfahrenen und scharfblickenden Beobachter.

Thompson, W. **The Housing Handbook.** A Praktical Manual for the use of officers, members and Committees of Local Authorities, Ministers of Religion, Members of Parliament, and all social or municipal reformers interested in the housing of the working classes. Published by the National Housing Reform Council. London 1903, H. R. Aldridge, 432 West Strand. 270+101+XVII S. 8°. Preis: 2 sh. 6 d.

Obwohl zunächst für England bestimmt, bietet das Handbuch auch dem festländischen Kämpfer für billige und gute Volkswohnungen sehr viel brauchbares Material. Er findet darin sämtliche Gesetze Englands, die sich auf die Frage der Volkswohnungen beziehen, ausführliche und übersichtlich geordnete Angaben darüber, was von Gemeinden und Privaten bereits auf diesem Gebiete geleistet worden, genaue Berechnungen und allerhand Pläne für die Herstellung von Arbeiterwohnungen (Etagensystem und Cottagesystem), viele Abbildungen von solchen und allerhand sonstige hierhergehörige Nachweise. Der Verfaser ist Gemeinderatsmitglied von Richmond bei London und hat als solches in dieser Stadt mit Erfolg für Errichtung von billigen Wohnungen von Seiten der Kommune gewirkt. Für den reichen Inhalt und die gute Ausstattung ist das mit schönem Einband versehene Buch ganz erstaunlich billig.

4. In italienischer Sprache.

Poli, Gaetano: **Ai Maestri e alle Maestre d'Italia e per le Famiglie dei Lavoratori.** Firenze 1901, G. Nerbini, Editore. 32 S.

Der Verfasser, selber dem Lehrerstande angehörig, bricht in diesem Büchlein eine kräftige Lanze für eine weitgehende Schulreform auf sozia-

listischer Basis. Er verlangt hier so ungefähr dasselbe, wie die sozialistische Parteileitung des Landes in ihrem vielgenannten Gesetzentwurf zum Frauen- und Kinderschutz — nach seinen Autoren Turati-Kuliscioff benannt — in Betreff der vorgeschlagenen Gewerbeschulen gefordert hatte: unentgeltliche Lieferung der Schulbücher und Hefte, sowie der Mahlzeiten, und er fügt nur noch die Forderungen der Einrichtung von Erholungs- und Baderäumen im Schulgebäude hinzu. Das Ziel der Schulbildung müsse überhaupt ein anderes werden, denn die Zeiten, in denen man nichts als Formalismus verlangt hätte, seien längst entschwunden. Denn jetzt, meint der Verfasser, ist sich das jugendliche Proletariat endlich seiner ihm aufgezwungenen Unwissenheit bewusst und lechzt deshalb nach einem abgerundeten Wissen, welches es auch im praktischen Leben verwerten kann. — Noch wärmer tritt der Verfasser für eine Reform in der Behandlung der Lehrkräfte auf. Die italienischen Elementarlehrer werden schlechter besoldet, als in irgend einem anderen südwesteuropäischen Staat. Ihre soziale Stellung ist deshalb eine sehr wenig angesehene. Ferner existieren allerhand besondere Missstände, die den Lehrerstand — Poli nennt ihn einmal das geistige Proletariat [la parti intellettuale del proletariato] — in eine materiell wie sozial gleich prekräre Lage hineingebracht haben, z. B. die ungleiche Besoldung der Lehrer in den höheren und den niederen Elementarklassen, die ungleiche Besoldung des männlichen und weiblichen Lehrkörpers, soweit er nicht vom Staate, sondern von der Gemeinde abhängig ist, das Fehlen jeglicher Verpflichtung, dass bei eventueller Aufhebung einer Schule für das Fortkommen des Unterrichtspersonals Sorge getragen wird etc. Die Beseitigung aller dieser schreienden Unzuträglichkeiten erhofft Verfasser von der Macht einer zielbewussten Klassenorganisation, wie eine solche jetzt in der mächtigen Unione Nazionale delle Maestre e dei Maestri Italiani, welche von den 50000 im Königreich vorhandenen Lehrern beiderlei Geschlechts bereits über 40000 gewonnen hat, zu den besten Hoffnungen berechtigend entstanden ist. Uebrigens haben sich die Mitglieder dieses mächtigen Vereins, hauptsächlich wohl dank der Bemühungen des allzeit rührigen sozialistischen Abgeordneten Angiolo Calvini, sowie seines Parteigenossen Guido Albertelli, schon vielfach offen der proletarischen Sache angeschlossen (wie z. B. in Mailand und in Mantua). Auch der Verfasser gibt seinen Fachkollegen den Rat, nur in den Reihen einer solchen Partei zu kämpfen, zu deren Klasse sie nach Herkunft und Stellung gehörten.

Die Broschüre ist nicht sehr gedankenreich geschrieben, aber für den, welcher in der Schulbewegung der italienischen Lehrerkreise schon Bescheid weiss, bietet sie manche neue Einzelheit. *Dr. Robert Michels.*

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

A. Millerand über den französischen Reform-sozialismus.

V o r n o t i z. Im Aprilheft dieser Zeitschrift (vgl. S. 182 und 183) haben wir die Sammelausgabe von Reden A. Millerands besprochen, welche der vielgenannte französische Parteiführer am Vorabend des nach Bordeaux einberufenen Kongresses der französischen sozialistischen Partei hat erscheinen lassen. Im Vorwort zu jener Ausgabe entwickelt Millerand die Grundzüge der von ihm verfochtenen Politik. Angesichts der Tatsache, dass diese Politik den Mittelpunkt des Streits bildet, welcher die französische Sozialdemokratie in zwei scharf getrennte Lager scheidet, hat das Vorwort einen dokumentarischen Charakter für die Geschichte des Sozialismus in Frankreich erhalten. Wir bringen es demgemäss an dieser Stelle zum Abdruck.

* * *

Indem ich einige der Reden zusammenstelle, die ich im Laufe von zehn Jahren gehalten habe, folge ich gleichzeitig dem Wunsch einiger Freunde, wie dem Verlangen, noch einmal die charakteristischen Züge einer Politik zu kennzeichnen, der man zum mindesten das Verdienst der Konsequenz nicht absprechen wird.

Eine Partei, die sich nicht mit kurzsichtigen Strebungen begnügt, die weit aufwärts und in die Zukunft schaut, bedarf eines Ideals: die sozialistische Partei proklamiert das ihrige. Ich habe es seinerzeit zu formulieren versucht und war so glücklich, die Zustimmung aller Fraktionen der Partei durch das Organ ihrer anerkannten Vertreter zu erhalten. Von denjenigen, die mir im Jahre 1896 Beifall zollten, haben einige ihn seitdem widerrufen. Eine ihrer Beschwerden gegen das Programm, dem sie zugestimmt hatten, ist, dass es zu schnell zu viel neue Anhänger gewonnen hat. Diesen Vorwurf empfinde ich als ein Lob.

Vielleicht hat es ein solches nur darum verdient, weil es sich von unbestimmten Allgemeinheiten, die jeder nach Belieben auslegen kann, und von solchen Behauptungen, die Gefahr laufen, durch die Ereignisse bald Lügen gestraft zu werden, in gleicher Weise fern gehalten hat.

Worauf es ankommt, ist, mit der grössten Genauigkeit die Richtung zu bestimmen, in der wir marschieren wollen. Wohin gehen wir? Welcher Traum von Gerechtigkeit, von Freiheit und Glück ist der unsere? Mit welchen Mitteln, unter welcher Form erhoffen wir seine Verwirklichung? Auf diese Fragen gilt es zu antworten, und die Antwort, die wir auf sie geben, ist, glaube ich, frei von Zweideutigkeiten und langen Umschweifen.

* * *

Die Wissenschaft hat, indem sie die materielle Welt umgestaltete, mit dem gleichen Schlage zufolge einer gleichlaufenden und unvermeidlichen Folgewirkung die ökonomischen Bedingungen der Menschheit umgestürzt; eine Kluft hat sich zwischen dem Geschick des Arbeiters der Industrie ausgebildet, der nicht mehr der an die Scholle gefesselte, sondern ein an die Maschine geketteter Sklave ist, und dem des Arbeit-

gebers, der oft aus einer namenlosen Vielheit besteht, welcher der Arbeiter dient, ohne sie zu kennen. Es hat sich gezeigt, dass trotz der Fortschritte der Philosophie, der Gesetze und der Sitten zwei Klassen sich gegenüber stehen, deren ökonomische Interessen nur durch die Aufsaugung der einen durch die andere ausgesöhnt werden können. Der Sozialismus setzt sich als Ziel der gesellschaftlichen Ordnung die Abschaffung der Klassen, wie die französische Revolution in der politischen Ordnung die Abschaffung der Stände zum Resultat gehabt hat. Er will, dass der Lohnarbeiter sich zur vollen Würde des Genossen erhebt. Er will, dass in der neuen Menschheit das Privateigentum nicht — was eine unbegreifliche Idee ist — unterdrückt, sondern ganz im Gegenteil umgewandelt und so sehr erweitert wird, dass es für jeden Menschen gewissermassen seine natürliche und notwendige Ausdehnung in Bezug auf die Dinge, das unerlässliche Werkzeug des Lebens und der Entwickelung, werde.

Ebenso wie die französische Revolution will der Sozialismus nicht Gesetzgeber sein für den Franzosen oder den Deutschen oder den Engländer, sondern für den Menschen. Ueberall, wo derselbe Grad von Civilisation mit den gleichen Erhöhungen dasselbe Elend herbeigeführt hat, erscheinen ihm die gleichen Umwandlungen geboten. So verbindet das Gefühl eines gemeinsamen Ideals über alle Entfernungen hinweg das sozialistische Proletariat der beiden Welten, trotz der Unterschiede der Rasse und Sprache.

Der Umstand, dass es in grossen Zügen entworfen ist, darf, will man nicht ungerecht sein, diesem Programm nicht den Vorwurf der Unklarheit und Zweideutigkeit zuziehen. Seine zwei wesentlichen Merkmale treten im Gegenteil in voller Klarheit zutage. Es will vermittelst des internationalen Einvernehmens der Arbeiter die gründliche Umwandlung des Eigentums bewirken, das alsdann aus der Apanage einer gewissen Anzahl Menschen das Erbteil aller werden wird. In allen Ländern haben einzelne Sozialisten der nur zu natürlichen Versuchung nicht widerstanden, das Problem so nahe wie möglich anzupacken und mit Hinwegsetzung über die Zeit das Gemeinwesen der Zukunft in allen Einzelheiten zu entwerfen. Diese Utopien sind unschädlich und können sogar nützlich sein, wenn man nicht vergisst, sie für das zu nehmen, was sie sind: Werke der Einbildung, deren Wandelbild die Wirklichkeit jeden Tag modifiziert.

Sie würden aber gefährlich sein, sie liefen Gefahr, verderblich zu werden, wenn man sich dazu hinreissen liesse, auf sie das sozialistische Denken und Tun kristallisieren zu wollen. Die Erfahrung hat gezeigt, welche unvermeidlichen Irrtümer sich nach einer verhältnismässig kurzen Zeit selbst in den Konstruktionen genialer Menschen herausstellen.

Wenn es, ich sage nicht nur erlaubt, sondern im Wesen des Fortschritts jeder Erkenntnis liegt, sich der Hypothese zu bedienen; wenn die kollektivistische Hypothese, welche die unsere ist, der ureigenen Entwickelung des kapitalistischen Systems einen besonderen Wertungsmassstab entnimmt, so darf nichtsdestoweniger sein berechtigter Gebrauch uns keinen Augenblick bis zu dem Grade blenden, dass er uns veranlasst, Mittel mit dem Ziel zu verwechseln. Hüten wir uns davor, die Gefangenen von Formeln zu werden, die notwendigerweise veränderlich, durch den Fortschritt der Menschheit selbst dem Wechsel unterworfen sind.

Unser Ziel ist es nicht, auf einem, nach vorgeschriebenen Riten bestimmten Plan ein unveränderliches Gebäude aufzurichten, nicht, eine Kirche für eine Sekte zu erbauen, sondern die Welt für alle Menschen wohnlicher zu machen durch die allmähliche Beseitigung der sozialen

Ungerechtigkeiten, durch die Erziehung des schrittweise von der inneren Tyrannei und dem äusseren Zwang befreiten Menschen.

* *
*

Erziehung — in diesen paar Silben ist die ganze Zukunft der Menschheit eingeschlossen. Allerdings ist es eine tiefe Wahrheit, dass die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein wird; verstehen wir darunter, dass es ihnen ziemt, ihre Befreiung nur von sich selbst zu erwarten, und vor allem fähig und würdig zu werden, das Werk auszuführen.

Aber wie dahin gelangen? Ist diese Frage nicht eine grausame Ironie unter einem sozialen System, wo alle Kräfte des Arbeiters Tag für Tag im Dienst seines Arbeitgebers erschöpft werden, ohne dass ihm eine andere Musse bliebe als die, den durch die Anstrengung des abgelaufenen Tages erschöpften Organismus für die Anstrengung des kommenden Tages wieder herzustellen?

So wird es zur Notwendigkeit, dass die Gesellschaft, die in erster Linie am geregelten und normalen Gang des Fortschritts interessiert ist, zu dem Behufe eingreift, allen ihren Mitgliedern menschliche Arbeitsbedingungen zu sichern.

Die Forderung wird weder für das Kind noch für die Frau mehr bestritten. Die gesetzliche Regelung des Arbeitstages ruft, soweit diese zwei in Betracht kommen, nicht einmal mehr theoretische Opposition hervor. Die Gewalt der Logik hat den Gesetzgeber dazu geführt, für die mit ihnen arbeitenden Männer gleiche Regeln einzuführen. Die Stunde naht, wo durch eine glückliche Notwendigkeit für alle Arbeiter, welches immer ihr Alter und Geschlecht sei, das gleiche Gesetz wird eingeführt werden müssen, das ihnen die Freiheit bringt, als Produzenten zugleich auch Menschen und Bürger zu sein.

Man streitet nicht mehr über die Notwendigkeit, die Arbeit unter dem Gesichtspunkt der Hygiene und der Verhinderung der Unfälle gesetzlich zu regulieren. In dieser Beziehung sind besonders in der Grossindustrie merkbare Verbesserungen verwirklicht worden; es bleibt indes noch viel zu erlangen. Es ist kein geringer Fortschritt, dass wir dahin gekommen sind, nur noch über die Tatsachen zu diskutieren, ohne an der Schranke eines vermeintlichen Prinzips zu stolpern.

So hat der Gedanke einer Gesetzgebung, die das Individuum schützt, die für seine Entwickelung sorgt, die auf die Verteidigung und Betätigung aller im menschlichen Wesen im Keime enthaltenen Fähigkeiten und Reichtümer gerichtet ist, Leben und Gestalt gewonnen.

Dieser oberen Idee entstammen die Gesetze über den Unterricht aller Grade, ob sie nun den Zweck haben, jedes Kind mit dem kleinen Elementarkapital auszurüsten, ohne welches der Mensch inmitten seiner Mitmenschen wie ein Fremder leben würde, ob sie den Fachunterricht und das Lehrlingswesen zu organisieren suchen, oder ob sie das Sammelbecken des höheren Wissens zu erweitern streben, aus dem jedes Volk die Elemente seines Glücks und seiner Kraft schöpft.

Es genügt nicht, das Individuum für den Kampf zu waffnen, es ist nicht genug, darüber zu wachen, dass die blosse Notwendigkeit zu leben es nicht zur Rolle der Maschine reduziert, die alles dessen beraubt ist, was den Geist und die Freude des Lebens ausmacht. Der Mensch ist ein ebenso zerbrechlicher wie bewunderungswürdiger Organismus, bei jedem Schritt des Weges Unfällen und Erniedrigungen ausgesetzt, ob sie nun Konflikte mit den Dingen, Unvollkommenheiten des sozialen Systems oder von den Vorfahren ererbte Fehler zur Ursache haben. Eine ganze

Gesetzgebung erwächst, die den Zweck hat, den Wirkungen der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, der Gebrechlichkeit, der Unfälle, des Alters vorzubeugen oder sie zu mildern. An die Spitze dieses neuen Gesetzbuches der sozialen Versicherung und Vorsorge ziemt es sich, die Proklamation des ersten der Menschenrechte einzuschreiben: das Recht auf Leben.

Jedes seiner Blätter ist von dem Gedanken der Solidarität durchdrungen und belebt, welche der menschlichen Gesamtheit die Erzielung von Fortschritten leicht macht, die auch nur auszudenken das vereinzelte Individuum nicht imstande wäre.

Genossenschaft, Organisation! Diese zwei fruchtbaren Ideen gehen im gleichen Schritt. In der sozialen Entwickelung ist ihnen eine vorherrschende, entscheidende Rolle vorbehalten. Durch sie werden die zu einem Bund vereinigten, vereinzelt so schwachen proletarischen Elemente sich ihrer Kraft bewusst werden. Mit ihrer Macht werden sie ihre Pflichten und ihre Verantwortlichkeiten kennen lernen.

Berufs- und Wirtschaftsgenossenschaften. In diesen beiden Hauptformen, deren sich das Proletariat, je nach dem Grade seiner Ausbildung, mit mehr oder weniger Leichtigkeit und Glück bedient, bilden sich die ersten Gruppierungen aus.

Aber ich bin überzeugt, der Augenblick ist nicht mehr fern, wo man sich dessen bewusst werden wird, dass es im allgemeinen Interesse liegt, dass die Welt der Arbeiter nicht nur ausserhalb der Werkstatt organisiert sei. Der Gesetzentwurf über die gütliche Schlichtung der Arbeitskonflikte, zu dem ich die Initiative ergriffen habe, hat gerade zum Ziel, an die Stelle des unorganischen Gewühls der Arbeiter der Mittel- und Grossindustrie, die im Kriege — ich meine den Streik — wie im Frieden allen Gefühlswallungen ausgesetzt sind, eine systematische Organisation zu setzen, welche aus den Arbeitern jeder Werkstatt eine geordnete Gruppe macht, die, durch regelrechte Delegierte repräsentiert, in beständigem und regelmässigem Verkehr mit der Geschäftsleitung steht und imstande ist, beratene und überlegte Entschlüsse zu fassen. Die Annahme seines Prinzips wird gleichzeitig die eigensten Interessen der Arbeiter wie die von diesen untrennbaren Interessen der nationalen Produktion fördern.

* * *

Ich berühre hier einen Gegenstand, der nicht aufhört, eine gewisse Anzahl unserer Freunde zu beunruhigen, ja selbst zu erhitzen. Das nationale Interesse, die Solidarität der Klassen — sind das Fragen, um die ein Sozialist sich kümmern darf, ohne dasjenige Ideal zu verraten, dem er zu dienen beansprucht: die Verwirklichung einer von den Klassenkämpfen und den Völkerkriegen befreiten Menschheit?

Die Geschichte setzt sich aus zu zahlreichen und zu komplexen Elementen zusammen, als dass jemand ohne Anmassung behaupten könnte, für den Triumph seiner Ideen ein bestimmtes Datum festsetzen zu können. Wir erfüllen unsere ganze Pflicht, wenn wir an unserem Platze, in den Grenzen unserer Kräfte und nach dem Gesetz unserer Natur daran arbeiten, ihren Sieg vorzubereiten.

Ich habe gesagt, welches die Höhe des sozialistischen Ideals ist und dass es sich nicht in die engen Grenzen einschliesst, die für irgend ein bestimmtes Volk jeweilen durch Zeit und Umstände diktiert sind. Es breitet sich indes von Etappe zu Etappe aus, und es ist keine schlechte Art, dadurch an seiner Ausbreitung zu arbeiten, dass man sich müht, zuerst seine Mitbürger für es zu gewinnen.

Wie soll man aber diese Propaganda regeln, ohne der Umwelt, in der sie vor sich geht, Rechnung zu tragen? Werden die Methode, die

Taktik, unter verschiedenen, ja entgegengesetzten Regierungsformen die gleichen sein können?

Wenn es wahr ist, dass die Republik die politische Formel des Sozialismus ist, so versteht es sich von selbst, dass in einem Lande, wo der Sozialismus diesen ungeheuren Fortschritt, die Verwirklichung seiner politischen Formel, erfüllt haben und schon im Besitz der republikanischen Form und des allgemeinen Wahlrechts sein wird, seine Massnahmen und seine Methoden einen ganz besonderen Ton und Charakter annehmen werden.

Damit ist genug darüber gesagt, dass die sozialistische Demokratie in Frankreich mehr als das Recht, dass sie die gebieterische Pflicht hat, ihre Methode den Bedingungen der politischen Regierungsform, unter der sie wirkt, anzupassen. Sie würde die erste ihrer Pflichten verraten, wenn sie sich hinter einen blossen revolutionären Wortkultus flüchtete, um sich der Verpflichtungen und der Obliegenheiten zu entziehen, die die reformistische Methode und der Kampf für die zunächst zu erlangenden Resultate mit sich bringen.

Sie würde mit einem Schlage die allerersten Interessen des Proletariats preisgeben, wenn sie sich der Anstrengung entzöge, die nach und nach jene Gesamtheit von Verbesserungen verwirklichen soll, die ich in in einem genauen Abriss kurz zusammenzufassen versucht habe.

Aber wie soll die französische sozialistische Partei das Recht haben, sich auf die republikanische Regierungsform zu berufen, wie soll sie dieses unvergleichliche Werkzeug für Reformen praktisch handhaben, wenn sie sich so geberdet, als stände sie überhaupt ausserhalb des Lebens der republikanischen Partei, wenn sie sich darauf verlegt, sich in der unfruchtbaren Rolle des systematischen Kritikers zu isolieren? Sie wird das zur Verwirklichung unserer Ansichten unentbehrliche Ansehen bei der Nation nur unter der Bedingung gewinnen, wenn sie keiner ihrer Empfindungen und ihrer Bestrebungen gegenüber fremd oder gleichgültig bleibt.

Handelt es sich um die innere Politik, so wird sie zu den Schlachten, bei denen die Republik ins Spiel kommt, Stellung nehmen und ihre Meinung formulieren müssen, indem sie sich — wie könnte sie anders handeln? — auf ihr eigenes Ideal, zugleich aber auch auf die Bedürfnisse, die Gedanken und Ueberlieferungen der demokratischen Republik bezieht, deren Fortführer sie ebenso ist, wie sie ihr Erbe ist. Sie wird weder der guten Ordnung und dem Wohlstand der öffentlichen Finanzen, dieser Grundbedingungen jeder sozialen Reform, noch der Erhaltung und Entwickelung der nationalen Produktion gleichgiltig gegenüber stehen. Die öffentlichen Arbeiten, die Verbesserungen, die dazu bestimmt sind, der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft zu dienen, die zweckmässige Verwaltung und Verwertung unserer kolonialen Besitzungen — das sind alles Fragen, die von ihr geprüft werden wollen und ihre Aufmerksamkeit dauernd in Anspruch nehmen werden. Sie wird der aufmerksame und leidenschaftliche Diener der nationalen Grösse und des nationalen Wohlstandes sein.

Ihr Patriotismus, der umso aufrichtiger ist, als er nichts mit dem Lärm der politisch-chauvinistischen Deklamationen zu tun hat, hat von ihrer glühenden Liebe für den Frieden und für die Menschheit nichts zu fürchten. Bis zu dem unbekannten Datum, wo die Regierungen sich darüber geeint haben werden, gemeinsam die schwere Last der Militärausgaben niederzusetzen, wäre die vereinzelte Abrüstung schlimmer als eine Torheit; sie wäre ein Verbrechen gegen das Ideal selbst, dessen ersten Soldaten die Sozialisten in der Gestalt Frankreichs begrüssen. Zur selben Zeit, wo sie sich befleissigen werden, unsere Diplomatie in den

Wegen des Friedens zu stützen und zu bestärken, aus den schon hinter uns liegenden Verträgen alle nur abzuleitenden Resultate des Einvernehmens und der Eintracht zu ziehen und die Abschliessung neuer Handelsverträge zu erlangen, die die Bande der Freundschaft und Solidarität zwischen den Nationen fester knüpfen, werden sie mit einer gleichen Sorgfalt darüber wachen, die Unabhängigkeit des Landes durch die Macht seiner Waffen und die Festigkeit seiner Bündnisse vor der Gefahr jedes Ueberfalls zu bewahren. Indem sie die Zukunft vorbereiten, werden sie weder der Pflichten, die ihnen die Vergangenheit geschaffen, noch der Verpflichtungen, die ihnen die Gegenwart auferlegt, vergessen.

* *
*

Um mit Erfolg diese realistische und ideale Politik einzuhalten, um zu erzielen, dass sie all ihre Früchte hervorbringt, muss die sozialistische Partei unumwunden all ihre Verantwortlichkeiten geltend machen.

Ich habe das Ziel, dem der Sozialismus zuschreitet, nicht verheimlicht, und ich kenne das Argument, dass er sich revolutionär nennen kann, ja sogar muss, weil in der Tat das Verschwinden des Lohnsystems die wirklichste und gründlichste aller Revolutionen sein wird. Die Worte flössen mir keine Furcht ein, aber ich fürchte die Zweideutigkeit. Und gibt es eine schlimmere Zweideutigkeit, als die einer Partei, die sich mit einem Titel drapiert, der im formellen Gegensatz zu ihrem Geist und ihrer Methode steht?

Wenn wir die Gewalt für ebenso verwerflich wie unnütz halten, wenn die gesetzlichen Reformen uns zugleich als der unmittelbare Zielpunkt und das einzige praktische Vorgehen erscheinen, uns dem fernen Ziel zu nähern, so wollen wir doch auch den überdies leichten Mut haben, uns bei unserem Namen zu nennen und uns als Reformisten zu bezeichnen, da wir es ja doch ohnehin sind.

Treiben wir den Mut bis zum äussersten, wagen wir es auch, nachdem wir uns für die reformistische Methode erklärt haben, die Bedingungen und Folgen derselben auf uns zu nehmen. Es war nicht erst gestern, dass die französische sozialistische Partei an die erste Stelle ihres Programms die Eroberung der politischen Machtpositionen gesetzt hat; sie hat nicht auf heute gewartet, um von der Theorie zur Tat überzugehen, um ihre Streiter in die Stadthäuser, die Departementsräte, ins Parlament zu entsenden; sie hat es nicht getan, ohne sich in die täglichen Verhandlungen zu schicken, die nun einmal das Lösegeld der politischen Tätigkeit sind, nicht ohne sich mit den benachbarten Parteien zu verbünden.

Mit welcher Verwirrung wird sie, nachdem sie soweit vorgeschritten und mehr wie je von der Nützlichkeit und Notwendigkeit einer Methode überzeugt ist, die ihren Wert durch die Erfahrung bewiesen hat, sie gerade in dem Moment fahren lassen, wo sie sich am wirksamsten erweist? Mit welcher Inkonsequenz wird sie darauf eingehen, sich um Mandate aller Art zu bewerben, sich aber streng zu verbieten, an die Regierung gelangt, mit den höchsten Verantwortlichkeiten die sicherste Gewalt zu übernehmen?

Ein solcher Mangel an Logik würde, wenn er noch weitergeführt werden könnte, es bald fertig bringen, das Ansehen und den Einfluss der Partei zu ruinieren, die so schwach, so wenig sicher ihrer selbst wäre, ihn zu begehen. Das Volk auf einen mysteriösen Zeitpunkt vertrösten, wo ein plötzliches Wunder das Antlitz der Welt ändern wird — oder von Tag zu Tag, durch Reform nach Reform, durch geduldige und ausdauernde Arbeit schrittweise alle Fortschritte erkämpfen: zwischen diesen zwei Methoden gilt es zu wählen.

Treu seinen Prinzipien und der ihm eigenen Methode, gleicherweise darauf bedacht, keine aus der Luft gegriffenen Hoffnungen zu erwecken und keine seiner Verpflichtungen zu vernachlässigen, wird der reformistische französische Sozialismus alle Verantwortlichkeiten auf sich zu nehmen wissen; er wird sich keiner der Obliegenheiten entziehen, die ihm das tiefe Gefühl seiner Pflichten gegen sein Ideal und sein Land auferlegt.

Lassalles Eingaben an den Polizeipräsidenten von Hinckeldey und den Prinzen von Preussen.

1855 und 1858.

Der Streit um die Schritte, die Ferdinand Lassalle Mitte der fünfziger Jahre in Berlin unternommen hat, um von den massgebenden Behörden seine Duldung in der Hauptstadt Preussens zu erwirken, ist nun endgültig entschieden. Der Geheime Archivrat Bailleu hat im Juniheft der Deutschen Rundschau (Bd. 115, S. 359 ff.) auf Grund bisher unbekannter handschriftlicher Materialien mit einer Darstellung des ganzen Sachverhalts auch die Hauptschriftstücke veröffentlicht, auf welche es für diese Frage ankommt: ein an den Polizeipräsidenten von Hinckeldey am 31. Mai 1855 gerichtetes Begleitschreiben zu einem Gesuch um Gestattung der Niederlassung in Berlin und ein am 15. Juni 1858 an den Prinzen Wilhelm von Preussen, den nachmaligen König und Kaiser Wilhelm I., gerichtetes Gesuch um Rückgängigmachung der gegen Lassalle versuchten Ausweisung. Diese Schriftstücke stellen, wie gesagt, die Frage, inwieweit Lassalle in jenen Jahren von Polizei und Regierung Rücksichten erbeten hat, ausser Zweifel. Sie sind für die Beurteilung von Lassalles politischem Empfinden von Wichtigkeit, und nachdem Herr Bailleu eine an ihn gerichtete Anfrage freundlich dahin beantwortet hat, dass er gegen einen Weiterabdruck nichts einzuwenden habe, lassen wir sie weiter unten wortgetreu folgen.

Vorerst eine kurze Rekapitulation der in Frage kommenden Vorgänge. Lassalle, der behufs seines Werkes über Heraklit in Berliner Bibliotheken zu arbeiten und auch sonst den Wunsch hatte, wieder in Berlin frei verkehren zu dürfen, wo ein ganz anderes geistiges Leben herrschte, als im damaligen Düsseldorf, hatte am 9. Februar 1855 an Herrn von Hinckeldey die Anfrage gerichtet, ob ihm die Polizei Schwierigkeit machen würde, wenn er zum 1. April auf 8 bis 10 Tage nach Berlin komme, das er behufs Erledigung wichtiger Privatangelegenheiten — die er genau auseinandersetzte — aufsuchen müsse. Dieses, am 7. März erneuerte Gesuch blieb ohne Antwort, worauf Lassalle Ende März auf eigene Gefahr nach Berlin reist. Beim Eintreffen wird er auf dem Potsdamer Bahnhof polizeilich sistiert, auf sein Verlangen nach dem Polizeibüreau gebracht, wo er, nachdem die Untersuchung seines Gepäcks die Richtigkeit seiner Angaben bestätigt hatte, die Erlaubnis erhält, sich bis zum 4. April in Berlin aufhalten zu dürfen. Ein am 2. April eingereichtes Gesuch, seinen Aufenthalt einige Tage verlängern zu dürfen, »wurde zwar formell abgelehnt, tatsächlich jedoch zugestanden«. Am 31. Mai reicht sodann Lassalle von Düsseldorf aus ein Gesuch um Gestattung der Niederlassung in Berlin ein, dem er ein »Pro-

memoria, mehr in Gestalt eines Privatschreibens« an Hinckeldey beigiebt. Hier sein Wortlaut, wie ihn Herr Bailleu »mit einer leichten Kürzung« in der Deutschen Rundschau wiedergibt:

I.

Lassalles Eingabe an Herrn von Hinckeldey.

»Ew. Hochwohlgeboren will ich mir erlauben, jetzt unter näherer Motivierung ein Gesuch vorzutragen, das ich schon bei meinem jüngsten Aufenthalt in Berlin, den Sie mir zu gestatten so freundlich waren, mündlich kurz anzudeuten die Ehre hatte, das Gesuch, mich in Berlin niederlassen zu dürfen. —

Seitdem die Prozesse der Frau Gräfin v. Hatzfeldt durch Vergleich ein friedliches Ende gefunden haben, ist für mich nicht nur an und für sich jeder bestimmende Grund geschwunden, länger in der Rheinprovinz wohnen zu bleiben, sondern es drängt mich auch, meine rege Liebe zu wissenschaftlicher Tätigkeit, der ich von je mit ganzer Seele zugetan war, und welche nur bei dem jugendlichen Feuereifer, mit welchem ich mich der Sache der Gräfin v. Hatzfeldt widmete, vor der Not der Praxis zeitweilig in den Hintergrund treten musste, mich wieder in die Metropole deutscher Wissenschaft zu begeben.

Seit meine Zeit wieder frei geworden ist und ich so der Möglichkeit der wissenschaftlichen Musse und der theoretischen Beschäftigung zurückgegeben bin, erscheint es mir als eine ernste Pflicht gegen mich und andere, meine Kräfte wieder mit verdoppelter Energie den wissenschaftlichen Zielpunkten zuzuwenden, denen sie leider so lange entzogen gewesen sind, und so die versäumten Leistungen nachzuholen.

Im Rheinland aber, Herr Generaldirektor, ist aus Mangel teils an wissenschaftlichen Hilfsmitteln, teils an wissenschaftlicher Anregung dies Ziel unmöglich zu erreichen! Drängt mich so meine ganze Richtung, wieder in das gelobte Land der theoretischen Interessen und der wissenschaftlichen Auffassung rückkehren zu können, so tritt ein besonderes Motiv noch mit Macht in den Vordergrund.

Meine Beteiligung an den Angelegenheiten der Gräfin von Hatzfeldt entriss mich der Vollendung eines philologisch- philosophischen Werkes, welches mich damals schon seit mehreren Jahren beschäftigt hatte, bereits zu drei Viertel vollendet war und bei seinem Erscheinen vielleicht nicht gewöhnliches Interesse in der diesem Fache der Altertumswissenschaft gewidmeten Welt hervorgerufen hätte.

Es war dies eine neue Sammlung der Fragmente des alten griechischen Philosophen Heraklitos der Dunkle (ho skoteinos) aus Ephesos, verbunden mit einer Darstellung seines philosophischen Systems und besonders mit einer, wie ich mir schmeichle, in nicht geringem Grade wertvollen, und manche, über ähnliche Gegenstände geführten wissenschaftlichen Kontroversen schlichtenden genauen Nachweisung des Verhältnisses, in welchem seine Philosophie zu uralt-orientalischen Religionslehren, zu persischer, ägyptischer und orphischer Priesterweisheit gestanden.

Muss ich freilich das Urteil über den Wert oder Unwert dieses eigentlich geistigen Teils meiner Leistung erst aus dem Munde der gelehrten Kritik erwarten, so kann ich dagegen d a s mit völliger Unbefangenheit versichern, dass es mir gelungen ist, durch ungewöhnlichen Sammlerfleiss die Zahl der aus Heraklitos bekannten Fragmente (— denn sein Buch ist nicht auf uns gekommen; wir besitzen nur Bruchstücke desselben, die uns griechische Philosophen, christliche Kirchenväter und andere Schriftsteller mitteilen —) in ä u s s e r s t e r h e b l i c h e r Weise zu vermehren, und viele grade solche bisheran noch ganz unbekannte Fragmente zu entdecken, welche das hellste Licht auf seine Lehre werfen, eine Tat, welche bei einem Philosophen, den das griechische Altertum selbst, dem doch sein Werk vorlag, den Dunklen zu nennen pflegte, gewiss keine unverdienstliche und undankbare zu heissen sein dürfte.

Dieses Werk, von welchem manche grosse, rühmlichst bekannte Gelehrte nicht ganz geringe Erwartung hegten und zu welchem sie mir (ich nenne

nur den Namen Alexander von Humboldt) mannigfache Anregung, Aufmunterung und Vorschub zukommen liessen, ist, wie gesagt, zu drei Viertel vollendet. Etwa fünfundzwanzig Druckbogen sind davon im Manuskripte fertig, welche ich, wenn Ew. H. dies wünschen, in Ihre Hand legen kann.

Die Vollendung dieses Werkes würde vielleicht, da ich wegen der langen Unterbrechung manche Vorarbeit wiederholen muss, noch knappe zwei Jahre erfordern. Aber die Vollendung dieses Werks ist mir nur in Berlin möglich, da ich zu derselben nicht nur eine grosse Anzahl äusserst seltener Werke, sondern auch sehr viele Codices (Handschriften) benutzen m u s s, die ich nur auf der Königlichen Bibliothek zu Berlin finden kann.

Ich kann unter so bewandten Umständen nun unmöglich glauben, dass Ew. H. es rühmlich für Sich erachten sollten, mich an den wissenschaftlichen Leistungen zu hindern, deren meine Kräfte fähig sein möchten.

Ich bin vielmehr lebendig von der Ueberzeugung durchdrungen, dass Ew. H. es für Ihrem eigenen Geiste, Ihrem eigenen Ruhm weit angemessener halten, mir die Möglichkeit wissenschaftlicher Leistungen zu gewähren, an deren Verdienst (wenn es mir gelänge, denselben ein solches zu verleihen) dann gewiss derjenige einen nicht geringen Anteil haben würde, der mit wahrhaft grossem Sinne für Wissenschaft, mit grossartiger Anschauung der Verhältnisse begabt, es verschmähte, ernste wissenschaftliche Betätigung einem Geiste unmöglich zu machen, der nach seiner ganzen Natur gerade auf diese Art des Wirkens besonders angewiesen, mit vielleicht nicht ganz gemeinen Fähigkeiten dafür ausgerüstet ist und dem es gelingen dürfte, vielleicht nicht ganz Gewöhnliches zu leisten! —

Ich kann mit einem Worte nicht glauben, dass Ew. H. aus Gründen politischen Widerwillens mich sollten zwingen wollen, die wissenschaftlichen Kräfte, welche die Natur in mich gepflanzt haben mag, faulen zu lassen, während es im heiligen Bewusstsein menschlicher Bestimmung und Pflicht m e i n Drang ist, diese Kräfte anzuwenden und für die Menschheit zu nützen.

Der Deutsche hat sich vermöge seiner tieferen geistigen Natur seit je den Ruhm bewahrt, nicht nur in Zeiten der grössten politischen Ruhe wie jetzt, sondern selbst in solchen der heftigsten politischen Kämpfe, die Wissenschaft als ein neutrales Terrain zu betrachten, als ein geehrtes Asyl, welches von dem Sturm des politischen Hasses nicht verwüstet werden darf, als einen geweihten Boden, auf welchem sich selbst Männer der entgegengesetztesten politischen Grundsätze Anerkennung, Achtung und Förderung nicht versagen.

Respektiert der politische Groll auch diese Grenze nicht, so artet er, weit entfernt, politische Energie zu bleiben, in engherzigen, kleingeistigen politischen Pedantismus, in geistige Roheit aus, deren ich, hierin nur dem allgemeinen Rufe folgend, Ew. H. gewiss gerade am wenigsten für fähig halten könnte.

Und hat doch selbst die neueste Vergangenheit gezeigt, wie sehr trotz aller politischen Tatkraft der Deutsche die Würde und Rechte der Wissenschaft schonend zu hegen weiss; hat doch selbst Felix Schwarzenberg, dieser gewiss so energische Vertreter der monarchischen Interessen seines Staates, eine bedeutende Anzahl wissenschaftlicher Kräfte, die sämtlich einer der seinigen ganz entgegengesetzten politischen Richtung angehörten, nach Wien berufen, und ist es nicht schwer anzunehmen, dass an anerkennendem Sinn für wissenschaftliche Leistungen, Ew. H. hinter jenen Fürsten, der Staat der deutschen Intelligenz, Preussen, hinter dem Slavenstaate Oesterreich zurückstehen sollte?

Und welches endlich sollten denn die zwingenden Rücksichten sein, welche es Ew. H. so unmöglich, ja überhaupt nur schwierig erscheinen lassen könnten, mir die Erlaubnis zur Niederlassung in Berlin zu gewähren?

Ich habe nur einmal die Ehre gehabt, Ew. H. zu sehen, aber diese kurze Unterredung hat mir genügt, um mich zu überzeugen, dass Ew. H., Selbst offen, richtiger, als bald jemand, Offenheit in anderen zu schätzen wissen. Erlauben also Ew. H., dass ich mit vollständiger Offenheit die betreffende Frage einen Augenblick lang mir freimütig zu diskutieren erlaube.

Dass meine politischen Ueberzeugungen nicht mit denen der Regierung

stimmen — das kann an sich gewiss auch in der Seele Ew. H. noch kein Grund sein, mir die Niederlassung in Berlin nicht zu gestatten.

Schwerlich würden Ew. H. das Prinzip aufstellen oder billigen wollen, nur politische Meinungsgenossen in Berlin zu dulden. Und wohin würde man bei nur einigermassen konsequenter Festhaltung dieses Prinzips gelangen? Denn schwerlich glauben Ew. H., dass alle gegenwärtigen Einwohner Berlins ein und denselben politischen Ansichten huldigen. Schwerlich werden es Ew. H. für erreichbar oder falls es selbst erreichbar wäre, für erreichenswert halten, dass in einer Stadt von weit über 400000 Einwohnern keine differenten Meinungen herrschen und so das gute uralte Sprichwort: »Soviel Köpfe, soviel Hüte« plötzlich umgestürzt werde.

Und abgesehen selbst von allen Konsequenzen — das ist und bleibt gewiss für alle Zeit unmöglich, dass in Preussen, dem Staate des Protestantismus, die Lenker des Staates die Gewissensfreiheit für aufgehoben erklären und Bürger wegen ihrer inneren Meinungen von dem Rechte der freien Niederlassung ausschliessen sollten.

Welche Ansicht man sich also auch von meinen Ansichten mache — Ew. H. sind gewiss Ihrer eigenen Religion und deren Geiste viel zu treu und wahr ergeben, um aus diesem Grunde mich aus Berlin exkludieren zu wollen. Welcher Grund also ist es, der mir entgegenstehen kann?

Ich will es mit einem Worte sagen: Man hat, wie ich es sehr wohl weiss, Ew. H. schon seit drei Jahren durch Polizeiberichte etc. die Meinung beigebracht, ich sei ein konspiratorisches Genie!«

(Lassalle kritisiert dann die Zuverlässigkeit der Polizeiberichte nnd erwähnt dabei das auch aus einem Schreiben an Marx[1]) bekannte Vorkommnis, dass ein Doppelgänger von ihm in Solingen unter den Arbeitern agitiert habe.)

»Ich habe von allen diesen Tatsachen niemals öffentlichen Gebrauch gemacht, da ich nicht, wie man meint, ein Freund des öffentlichen Skandals bin. Ich erwähne sie hier nur zum Beweise meiner Behauptung und mit jenem exzeptionellen Vertrauen, zu welchem mich der bekannte Charakter Ew. H. berechtigt.

Aber das kann ich Ew. H. versichern, dass ich häufig infolge solcher, aber auch von Grund aus unwahrer Berichte, meiner Verhaftung binnen 3 mal 24 Stunden entgegen sah und es Ew. H. nicht verdacht hätte, wenn Sie, der Sie diese Berichte für wahr halten konnten, den Befehl dazu erlassen hätten.

Solche Berichte sind es gewesen, die mich zu einem Konspirations-Chef gestempelt haben.

Wenn jene Berichterstatter von feinerer Auffassungsgabe gewesen wären, so würden sie vielmehr Ew. H. haben sagen können, dass mir zum Conspirateur und Carbonari Naturell und Talent, Lust und Charakter, alles gleichmässig fehlt, dass meine ganze Individualität sich dazu nicht neigt, dass vielmehr — und so wenig ich je meine Ansicht verleugne, mit so gutem Fuge kann ich das Folgende sagen: meine ganze geistige Auffassungsweise der Dinge solchem, in meinen Augen nur kindischen, Carbonarismus entschieden entgegen steht und ihn geradezu bei mir unmöglich macht.

Aber grade, ich wiederhole es, je weniger ich mich jemals zu der Erbärmlichkeit herabgelassen habe, noch jemals herablassen würde, meine Ansichten zu verleugnen, jemehr ich auch in diesem Briefe himmelweit von der Niedrigkeit entfernt bin, irgend welche Apostasie oder Gesinnungsänderung zu erheucheln — um so mehr wird der grade Sinn Ew. H. wissen, was er von der Wahrheit des Gesagten zu halten hat.

Es ist wohl ohnehin klar, dass all die angebliche Bedeutung und schauderhafte Gefährlichkeit, die irgend ein Einzelner, und zumal meine geringe

[1]) Vgl. Lassalle an Marx, 7. Januar 1855. »Aus dem literarischen Nachlass von Marx, Engels und Lassalle«, Bd. IV, S. 94. Lassalle bringt in einem anderen Briefe (ebenda S. 102) den aus dem Kölner Kommunistenprozess bekannten Polizeirat Goldheim damit in Verbindung, mit dem er mehrfach Beziehungen gehabt zu haben scheint. (Vgl. weiter unten.) Note Bailleus.

Person in den Augen eines unteren Polizeibeamten, bei dem nur auf Einzelne gerichteten und somit notwendig untergeordneten Gesichtskreis desselben haben mag, auf dem hohen, das Ganze umfassenden Standpunkt Ew. H. nur lächelnd betrachtet werden kann, und in Nichts verschwindet.

Es ist ferner wohl ohnehin klar, dass Ew. H. sich sagen werden, wie ich es mir etwa in ähnlicher Stelle sagen würde: »Falls Lassalle sich in Berlin den Gesetzen anpasst, so kümmern mich seine Meinungen nicht und falls er gegen die Gesetze verstösst, so wird er meiner Ahndung nicht entgehen.«

Aber abgesehen von alledem — könnten Ew. H. wirklich nur einen Moment lang es für möglich halten, dass ich mich in konspiratorischen und agitatorischen Absichten nach Berlin begebe?

Wie? Ich sollte mich dann selbst und freiwillig in die Höhle des Löwen wagen? Mich bei diesen Absichten, wie gleichsam in einer Art von Lebensüberdruss, in die unmittelbare Hand Ew. H. begeben?

Ew. H. werden mir einen solchen Grad von Unverstand, Leichtsinn und Unvorsichtigkeit nicht einen Augenblick im Ernste zutrauen. Und wären dies dennoch meine Absichten — so würde das doch gewiss durchaus nicht zum Schaden der Interessen, die Ew. H. so energisch vertreten, ausschlagen, sondern ausschliesslich nur meiner eigenen Person zum Schaden gereichen und deren ungesäumte Vernichtung nach sich ziehen.

Nein, Herr Generaldirektor, ich kann aufrichtig sagen, wüsste ich nicht am besten, dass eben nur wissenschaftliche Motive mich leiten, ich ginge um meiner eigenen Sicherheit willen um keinen Preis nach Berlin; leiteten mich solche Konspirations-Zwecke, ich würde aus vielen Gründen dann in der Rheinprovinz bleiben und um keinen Preis mich zu einer Domizil-Verlegung nach Berlin verstehen.

Es wird endlich Ew. H., wie jedem, der wissenschaftliche Studien getrieben, auch klar, dass ein Werk, wie dasjenige, welches mich beschäftigt, und um dessentwillen ich gerade nach Berlin ziehen will, ein Werk, wie das über Heraklit, welches mit den dunkelsten und mühsamsten Partien der Altertumswissenschaften zusammenhängt, ohnehin schon eine solche Konzentration des Geistes verlangt, ohnehin schon in so ausschliesslichem Masse die Zeit absorbiert, dass es kaum Musse zu nötigster körperlicher Erholung, geschweige denn zu andern Dingen lässt.

Und liegt nicht vielmehr bei nur einigermassen unbefangener Betrachtung die Ansicht weit näher, dass mein Fortziehen aus der Rheinprovinz, meine Uebersiedelung nach Berlin durchaus nicht im Interesse meiner politischen Stellung, falls ich je eine solche hatte, geschehen kann, den Interessen derselben vielmehr schnurstracks zuwider läuft? In der Rheinprovinz kennen mich die Massen und ich geniesse vielleicht aus früherer Zeit her einigen Vertrauens bei denselben, ich geniesse jedenfalls — ein Vorteil, welchen der Agitator nicht hoch genug anschlagen kann — allgemeine genaue Bekanntheit. In Berlin dagegen ist mein Name, zumal den Massen, unbekannt und fremd; er sagt ihnen nichts und weckt keine Erinnerungen in ihnen. Ich bin dort nichts als ein isolierter, unbekannter, einzelnstehender Mensch, dessen Name der und jener sich vielleicht dunkel erinnert in einem Zeitungsblatt gelesen zu haben; der aber, zumal bei den nicht Zeitung lesenden Massen, weder Vertrauen noch Sympathie, noch den bindenden Kitt gemeinsamer Erlebnisse findet.

Das alles kann dem Blick Ew. H. unmöglich entgehen und dennoch will ich nach Berlin, weil mein Geist mit unüberwindlicher Energie nach wissenschaftlichen Leistungen sich drängt. Und Ew. H. sollten statt diesen Umzug zu begünstigen, mich zwingen wollen, in Düsseldorf zu bleiben? — Denn die Frage steht für mich nur: Düsseldorf oder Berlin; ich kann Ew. H. mein Ehrenwort darauf verpfänden, dass ich mich niemals freiwillig aus meinem Vaterlande expatriieren werde, das ich in meiner Weise liebe!

Ew. H. sollten mir gewaltsam die Möglichkeit geistiger Vertiefung, gelehrter Arbeiten und wissenschaftlicher Leistungen abschneiden, mich gleichsam zwingen wollen, den gelehrten Arbeiten, zu denen es mich drängt, entsagend, mich hier — denn irgend welche Beschäftigung und Betätigung

will doch der Geist — dem kleinlichen, politisch-kannegiessernden Getreibe in die Arme zu werfen?

Unmöglich kann ich glauben, dass die bekannte Humanität Ew. H., Ihre hohe Liebe zur Wissenschaft und bekannte Begünstigung wissenschaftlicher Leistungen und endlich die weise Umsicht Ew. H. in diesem Sinne werden entscheiden wollen.

Und so nehme [so!] ich denn, indem ich Ew. H. nochmals ans Herz lege, dass es sich bei Ihrer Entscheidung um die ganze intellektuelle Zukunft eines Geistes handelt, mit vollem Vertrauen den Antrag: Es wolle Ew. H. gefallen, zu gestatten, dass ich mich in Berlin niederlassen darf.[1])

Mit ausgezeichneter Hochachtung und Verehrung Ew. H.

ganz ergebenster

Düsseldorf, den 31. Mai 1855. F. Lassalle.«

Das Gesuch wurde trotz der eindringenden Sprache des Begleitschreibens abgelehnt, desgleichen ein, im Oktober des gleichen Jahres von Lassalle gestelltes Ansuchen, ihm wenigstens auf fünfzehn oder gar nur zwölf Monate die Niederlassung in Berlin freizugeben.

Lassalle begab sich nun auf Reisen, um im Sommer 1856 seinen »Kampf um Berlin« aufs neue aufzunehmen. »Er glaubte zu wissen, schreibt Bailleu, dass man ihn von Berlin ausschliesse, weil man ihn im Verdacht habe, im August 1848 in Düsseldorf an Demonstrationen gegen König Friedrich Wilhelm IV. teilgenommen zu haben, und rechtfertigte sich dagegen bei der Düsseldorfer Polizei in einer umständlichen Denkschrift.« (D. R. s. 367.) Gleichzeitig bemühten sich für ihn sein Vater, sein Schwager Friedland und die Gräfin Hatzfeld, »die im Winter von 1856 auf 1857 wiederholt in Berlin erschien und überall versicherte, dass man Lassalle verleumde, dass er sich von aller Politik fernhalte und in Berlin lediglich wissenschaftlichen Zwecken leben und daneben seine leidenden Augen von Graefe [dem berühmten Augenarzt] behandeln lassen wolle.« (S. 367.) In der Tat liess Lassalle jedenfalls seinen Briefwechsel mit Marx einschlafen und nahm ihn erst wieder auf, nachdem im April 1857 auf ein Gesuch beim Freiherrn von Zedlitz-Neukirch, des inzwischen im Duell gefallenen Hinckeldeys Nachfolger, dem »Partikulier« Lassalle »behufs Gebrauchs einer Augenkur und Herausgabe des von ihm verfassten Werkes über Heraklit die Erlaubnis zu einem längstens sechsmonatlichen Aufenthalt« in Berlin erteilt worden war.

Selbst diese Erlaubnis war mit dem Vorbehalt gegeben worden, dass sie jederzeit zurückgenommen werden könne, sobald Lassalle seinen Aufenthalt zu andern als den angegebenen Zwecken benutze oder das öffentliche Interesse sonst seine Entfernung erheische. Und beinahe wäre es auch dazu gekommen, als es bald nach Lassalles Eintreffen hiess, die Gräfin Hatzfeld werde ebenfalls nach Berlin kommen. Nach Bailleu »scheint« bei Gewährung der Bitte Lassalles »der Wunsch, ihn von der Gräfin Hatzfeld zu trennen, nicht einflusslos gewesen zu sein«. Wirklich wird Lassalle von den Polizeibehörden zugemutet, während der Anwesenheit der Gräfin in Berlin die Stadt zu verlassen oder wenigstens sein Haus nicht zu verlassen. Gegen welche Zumutung Lassalle sich mit Erfolg wehrte. Und während der Reaktionsminister von Westphalen Lassalle, von dessen regelmässigem Verkehr mit Franz Duncker, dem Verleger der Volkszeitung, man natürlich wusste, gern wieder aus Berlin fortgehabt hätte, versprach ihm der Polizeipräsident, als er nach Erscheinen des ersten Bandes des »Heraklit« um Verlängerung der Aufenthalts-

[1]) Nur die Unterschrift ist eigenhändig. Note Bailleu's.

bewilligung nachsuchte, da er den zweiten Band fertigzustellen habe, dass er ihn mit der Abreise nicht drängen wolle. Gegen den Widerstand des Ministeriums vermochte er aber auch nicht mehr, als Lassalle eine jedesmal nur auf vier Wochen giltige Aufenthaltskarte in Berlin fortlaufend zu erneuern. So verbrachte Lassalle den Winter 1857/58 ungestört in Berlin. Allerdings »auf vierwöchentliche Kündigung«. Was ihn aber nicht hinderte, in oppositionellen Kreisen des literarischen Berlin zu verkehren und dort über politische Dinge zu disputieren.

Da erfolgt Ende Mai der Zwischenfall mit dem Intendanturrat Fabrice, und nun erhielt Lassalle, dessen letzte Aufenthaltskarte schon seit dem 20. April abgelaufen war, Weisung, bis spätestens Ende Juni Berlin zu verlassen. Lassalle eilt zu den Ministern Manteuffel und Westphalen, die ihn abweisen. Er berät mit Varnhagen, mit Boeckh, mit Humboldt, und schreibt dann in der Not sein Bittgesuch an den Stellvertreter des erkrankten Königs, den Prinzen Wilhelm von Preussen.

Dies die Eingabe.

II.

Lassalles Eingabe an den Prinzen von Preussen.

»Ew. Königliche Hoheit

wollen gnädigst gestatten, dass ich mich einer ganz ausnahmsweisen Behandlung gegenüber, welche mich in meinen teuersten Existenzinteressen zu vernichten bedroht, an den Gerechtigkeitssinn Ew. K. H. wende.

Der Unterzeichnete lebt jetzt seit Mai v. J., also länger als ein Jahr, ruhig gelehrten Beschäftigungen hingegeben in Berlin, als er plötzlich das abschriftlich beigeschlossene, seine Ausweisung verfügende Reskript des Königl. Polizeipräsidenten empfängt.

Gestatten mir Ew. K. H. kurz die Verhältnisse meines hiesigen Aufenthaltes auseinanderzusetzen und dann auf die unausgesprochenen Gründe des beiliegenden Reskriptes vom 4. Juni überzugehen.

Es war im Mai v. J., als ich zum Zwecke der Beendigung und Herausgabe eines seitdem hier erschienenen gelehrten Werkes über die Philosophie des Herakleitos von Ephesus von seiten des Königlichen Polizeipräsidenten die Erlaubnis erhielt, auf sechs Monate nach Berlin zu kommen.

Als beim Ablauf dieses Termines im Monat Oktober mein Werk zwar so weit vorgerückt war, dass es im November erscheinen konnte, ich jedoch dem Herrn Präsidenten von Zedlitz eröffnete, dass ich überhaupt im Interesse meiner wissenschaftlichen Existenz noch länger in Berlin zu bleiben wünschen müsse und daher bat, mir die Aufenthaltserlaubnis zunächst bis Ostern zu verlängern, erklärte mir der Herr Prasident, dass er nichts gegen meinen Aufenthalt hierselbst einzuwenden habe, so lange ich nicht durch politische Agitation ihm veranlasse, demselben entgegen zu treten.

Kaum war mein Werk — im November v. J. — erschienen, als ich die ehrenvollsten und seltensten Zeichen des Beifalls von seiten der Koryphäen der hiesigen gelehrten Welt empfing. Alexander v. Humboldt, August Boeckh und andere Spitzen der hiesigen gelehrten Welt traten mit mir in Verkehr, beehrten mich mit ihrem Wohlwollen, mit den ausnahmsweisesten Zeichen ihrer Wertschätzung und mit ihrem Umgang. Die hiesige aus Professoren der Königlichen Universität bestehende philosophische Gesellschaft erwählte mich zu ihrem Mitgliede und von allen Seiten wurde ich aufgemuntert, in der begonnenen Weise der wissenschaftlichen Leistungen fortzufahren.

Der Königliche Professor und Mitglied der Königl. Akademie, Herr Dr. Lepsius, war es, welcher damals besonders in mich drang, in gleicher Weise wie Herakleit nunmehr den andern grossen Ausgangspunkt der griechischen Philosophie, Pythagoras von Samos, zu behandeln, eine äusserst mühsame Arbeit, zu welcher der genannte Gelehrte wegen der dabei besonders in Betracht kommenden Verknüpfung griechischer Philosopheme mit den religiösen Spekulationen des Orients mich nach den über dasselbe Thema

im Herakleit bereits vorliegenden Leistungen für besonders berufen zu betrachten die Güte hatte.

Nach einigem Ueberlegen entschloss ich mich zu dieser langen und mühevollen Arbeit.

Ich begab mich daher — etwa im Februar d. J. — zu dem Herrn Polizeipräsidenten, eröffnete ihm, dass ich die Vorarbeiten des gedachten Werkes über Pythagoras zu beginnen im Begriff stände und dass dieses Werk einen Aufenthalt von 4 bis 5 Jahren in Berlin ernötigen würde. Hier war es, wo ich von Herrn von Zedlitz folgende, zwar mündliche, aber doch darum gewiss nicht weniger unverbrüchliche Erklärung erhielt: »Ich habe nichts gegen Ihren hiesigen Aufenthalt einzuwenden, so lange Sie in Ihrer bisherigen Tätigkeit fortfahren. Je länger Sie hier bleiben, desto lieber wird es mir vielmehr sein, so lange Sie nicht durch politische Agitationen mich zwingen, Ihrem Hiersein Hindernisse in den Weg zu legen.«

Ich habe mich streng nach dieser Erklärung gerichtet. Ich habe mich jeder politischen Tätigkeit enthalten. Ich muss demnach auch meinerseits diese Erklärung als einen Rechtsboden in Anspruch nehmen können, von dem Ew. K. H. nicht wollen wird, dass man ihn mir verletze, und dies ist der erste Grund, den ich anrufe.

Welches ist nun aber der Grund, auf den sich meine Ausweisung stützt?

Keine Art von politischer Tätigkeit kann man, ich wiederhole es, mir vorwerfen. In der Tat behauptet dies das bezogene Reskript auch nicht, sondern tritt plötzlich und trotz der eben angezogenen mündlichen Erklärung meinem ferneren Aufenthalt aus dem Grunde in den Weg, damit die Verlängerung desselben nicht dazu diene, mir »allmählich zur Gestattung eines dauernden Aufenthaltes zu verhelfen«.

Dieser Grund — und es ist der einzige, den das Reskript angibt — ist offenbar kein Grund. Denn abgesehen davon, dass es überhaupt schwerlich im Interesse der Regierung liegen kann, einen in wissenschaftliche Forschungen vertieften Gelehrten zu hindern, die gelehrten Hilfsmittel, welche der Staat nicht ohne grosse Kosten in der Residenz aufhäuft und zusammenbringt, ihrem Zwecke gemäss zu benutzen und also deshalb hier auch dauernd zu verweilen — abgesehen davon, sage ich, liegt auf der Hand, dass ein, wenn auch noch so lange fortgesetzter Aufenthalt hierselbst auf Aufenthaltskarte — und dies ist mein Fall — doch niemals das Rechtsverhältnis meines hiesigen Aufenthaltes ändert und ein Niederlassungsrecht erwirbt. Die Königliche Polizeibehörde würde es also ohnehin stets in der Hand behalten, mich auszuweisen, sobald ein politisches Agitieren meinerseits ihr einen wirklichen Grund dazu gibt. — Der angegebene Grund meiner Ausweisung zerfliesst also in sich selbst. Er reduziert sich zuletzt auf den Satz: Man weise mich lieber schon jetzt ohne Grund aus, damit man nicht in den Fall komme, mich vielleicht jemals mit Grund auszuweisen!

Gestatten daher Ew. K. H., dass ich zu dem einzigen, wenn auch unausgesprochenen Grunde komme, welcher das Reskript hervorgerufen hat.

Es ist dies der ganz unerhörte Vorfall, der sich am 27. Mai, nachmittags gegen 3 Uhr, am Brandenburgertor zugetragen hat, der nämlich daselbst von dem Intendanturrat Fabriz und dem Intendanturreferendar Bormann auf mich gemachte Anfall.

Es hat derselbe alle Zeitungen gefüllt, er bildet noch jetzt das Tagesgespräch der Stadt und den Gegenstand einer militärgerichtlichen Untersuchung; es wird daher genügen, in grösster Kürze denselben zu erwähnen.

Am 26. Mai wurde mir durch den Intendanturreferendar Bormann namens des Intendanturrats Fabriz eine Forderung auf krumme Säbel hinterbracht, weil ich nach der Behauptung desselben vor vier Monaten im Hause meines Verlegers, des Herrn Franz Duncker, einst »gelächelt« haben sollte. Ich wies diese gänzlich unbegründete Forderung natürlich zurück und wurde infolge dessen am andern Tage von dem Herrn Fabriz und seinem Kartellträger, als ich mich in die Stadt begeben wollte, mit dem beleidigendsten Zurufe überfallen und mit einer Reitpeitsche ins Gesicht geschlagen, worauf ich natürlich gezwungen war, mich meines Stockes zu bedienen.

Soll bei dieser ganzen Angelegenheit auch nur irgend ein Schatten eines Unrechts auf mich fallen, so könnte dieser nicht darin gefunden werden — und am allerwenigsten vom gesetzlichen Standpunkt aus — dass ich eine durch und durch unbegründete Herausforderung zurückwies, ebenso wenig darin, dass ich, als ich überfallen, beschimpft und mit einer Reitpeitsche geschlagen wurde, mich kräftigst verteidigte, wozu jeder Mann gezwungen ist, wenn er sich nicht entehren will, — dies Unrecht müsste also höchstens in dem beleidigenden Anlass liegen, den ich etwa gegeben hätte. Ich bin daher, so sehr es mir auch widerstrebt, Ew. K. H. mit solchen Nichtigkeiten zu behelligen, gezwungen, den Anlass, wie ihn Herr Fabriz und sein Kartellträger angeben, hierherzusetzen. Er war nach Angabe des Letzteren folgender:

Im Monat Januar habe ich und Herr Dr. Frese mich im Dunckerschen Hause und im Gespräch mit der Hausfrau befunden, als Herr Fabriz dazu kam und, statt am Gespräch teilzunehmen, mit dem jüngsten Kinde des Hauses spielte. Nach einiger Zeit habe die Hausfrau das Kind entfernen lassen, und hierbei hätte ich in einer ihn, Fabriz, kränkenden Weise gelächelt. Dies war die Beleidigung, auf die sich der Cartellträger für seine Forderung bezog, eine Forderung, die ich somit als gänzlich unstatthaft und unbegründet ablehnen musste, und um so mehr, als dies angebliche Lächeln schon vier Monat alt war, ich mich also nicht einmal entsinnen konnte und kann, ob ich vor vier Monaten bei einem ganz unbedeutenden Vorgang gelächelt habe oder nicht; und als endlich Herr Fabriz in der Zwischenzeit noch häufig in eben demselben Hause freundlich mit mir verkehrt hatte.

Ich habe aus Respekt vor Ew. K. H. und aus Rücksicht auf den Raum vorstehend alles weggelassen, was zur wahren Qualifikation und näheren Darlegung des ganzen empörenden Charakters jenes widerlichen Vorfalls dienen kann.

Aber eben deshalb erlaube ich mir Ew. K. H. zu bitten,

›Höchst Sich geneigtest die Akten der militärgerichtlichen Untersuchung in dieser Sache vorlegen lassen zu wollen.‹

Je genauere Einsicht Ew. K. H. von denselben und den wirklichen Motiven der Herausforderung, die ich in meiner Eingabe an Se. Excellenz den Generalfeldmarschall von Wrangel und seitdem in meiner militärgerichtlichen Zeugenvernehmung dargelegt habe, sowie von dem daselbst von mir nachgewiesenen Sachhergang nehmen, desto mehr werden Sich Höchstdieselben von einer lebhaften und nur zu meinen Gunsten sich kehrenden Indignation gegen die genannten Herren ergriffen fühlen, eine Indignation, welche die gesamte öffentliche Meinung und Freund wie Feind von mir gleichmässig teilt.

Ich war somit von Anfang bis Ende bei dieser Gelegenheit lediglich der Gegenstand eines unerhörten und schmählichen Ueberfalls, dem keine anderen Motive als die des kleinlichsten persönlichen Hasses zu Grunde liegen.

Die königlichen Behörden haben dies auch durch ihre eigene offizielle Handlungsweise anerkannt. Während die Staatsanwaltschaft gegen mich, den in gerechter Selbstverteidigung Befindlichen, keinen Schritt getan hat, hat das königl. Militärgericht die Untersuchung gegen jene Herren eröffnet, in welcher auch bereits meine Zeugenvernehmung am 8. d. M. erfolgt ist, und bereits die Suspension jener Herren verfügt.‹

(Lassalle führt hierauf aus, dass die Militärqualität seines Gegners mit der Sache nichts zu tun habe, da die Reibungen zwischen ihnen rein persönliche gewesen seien; es wäre unklug, durch seine Ausweisung die Auffassung hervorzurufen, als handle es sich um einen Konflikt mit der Armee. Er fährt dann fort):

›Zu dem Unrecht und der Unklugheit kommt die Grausamkeit, sowie die Rücksichtslosigkeit auf alle Traditionen, welche seit je den Stolz preussischer Regierungen bilden. Zu diesen stolzesten Traditionen derselben gehört die schützende und fördernde Rücksicht auf die Wissenschaft. Man erlaubte mir sogar, als ich noch ganz unbekannt in der wissenschaftlichen Welt war, als noch durch nichts feststand, dass ich zu derartigen wissenschaftlichen Leistungen irgend befähigt sei, — zum Zwecke der Beendigung und Herausgabe meines Heraklit hieher zu kommen. Und jetzt, wo — ich beziehe mich



auf das Urteil eines Humboldt, eines Boeckh, eines Lepsius, die sich auch auf Befragen darüber äussern werden — mein Name einen anerkannten Klang in der wissenschaftlichen Welt besitzt, jetzt will man mich gewaltsam und unter der Androhung von »Zwangsmassregeln« an der Bearbeitung eines wissenschaftlichen Stoffes von gleicher Wichtigkeit, an der Ausarbeitung meiner bereits in Angriff genommenen Philosophie des Pythagoras hindern? Daran hindern wegen eines auf mich verübten Attentats? Daran hindern wegen eines Vorfalls, der mir in keiner Hinsicht imputiert werden kann, der mich betroffen hat, um ein vulgäres, aber äusserst zupassendes Bild zu gebrauchen, wie ein Ziegel vom Dach, der einem auf den Kopf fällt?

Es handelt sich, K. H., bei dieser Angelegenheit für mich um nichts geringeres, als um meine ganze wissenschaftliche Existenz, und das ist der Grund, warum ich es für mir gestattet halten muss, mit Wärme meine Sache zu führen. Ich streite für das Teuerste und wesentlichste Existenzinteresse, das ein Mann der Wissenschaft kennt. Soll ich erst das auf der Hand Liegende ausführen und nachweisen, wie solche Arbeiten, wie sie mich beschäftigen, zumal solche, die auf das tiefste Altertum zurückgehen, nicht in einer Provinzialstadt wie Düsseldorf, in der ich ansässig bin: sondern, nochzumal wegen der grossen in Betracht kommenden, orientalischen Studien, sich nur in Berlin mit Erfolg ausführen lassen, wo allein grosse wissenschaftliche Hilfsmittel im allgemeinen und zwar für die Erforschung des Orients sich in dem nötigen Umfange vorfinden. Und wenn sie vom Staate hier aufgehäuft sind, so geschah dies doch eben deshalb, damit sie benutzt werden und nicht damit diejenigen, die sie zu benutzen die Hingebung und die Befähigung haben, durch Ausweisung von ihnen abgeschnitten werden.

Soll ich noch ausführen, welch anderes höchst wesentliches Hilfsmittel hier in dem anregenden Verkehr und der Beratung mit anderen Gelehrten liegt und dass in der Isolierung jede Kraft erlahmen muss?

Es handelt sich also, K. H., um meine ganze Existenz und wissenschaftliche Tätigkeit, von der Ew. K. H. nicht wollen werden, dass sie zum Schaden der Wissenschaft selbst und zum Ruine meiner persönlichen und so berechtigten Lebens-Interessen in der grundlosesten Weise geknickt werden.

Nach diesen so wesentlichen Gesichtspunkten mag es hinreichen, die formelle Frage, in wie fern denn die Polizei überhaupt berechtigt sei, willkürlich und ohne Angabe jedes Grundes einen preussischen Bürger von hier auszuweisen, eben nur so anzuregen.

Umsonst, K. H., habe ich in einer Audienz bei Sr. Exc. dem Minister des Innern Abhilfe gesucht. Dieser Schritt musste um so vergeblicher bleiben, als die Massregel gegen mich überhaupt, wenn ich nicht sehr irre, gerade von dem Minister des Innern, und nicht von dem Herrn Polizei-Präsidenten ausgeht.

Ich kann daher nur auf Ew. K. H. mein Auge richten. Dies geschieht aber auch mit dem festesten Vertrauen und der lebhaftesten Ueberzeugung, dass bei dem bekannten Charakter Ew. K. H. unmöglich die Bitte unerhört bleiben kann, die ich richte, die Bitte,

> »dass Ew. K. H. geruhen möge, der königl. Polizeibehörde befehlen zu wollen, mich unbehelligt meinen wissenschaftlichen Arbeiten, insbesondere der Ausarbeitung meines Pythagoras, hier nachgehen zu lassen.«

Sollte inzwischen das in dieser Eingabe Gesagte wider Erwarten noch nicht hinreichen, um die Grundlosigkeit des mir widerfahrenen Unrechts nachzuweisen, so wage ich vertrauensvoll an Ew. K. H. die Bitte zu richten,

> mir gnädigst eine Audienz bei Ew. K. H. nicht versagen und die Stunde derselben anberaumen lassen zu wollen, damit ich bei Ew. K. H. persönlich meine Bitte noch näher zu begründen und zu rechtfertigen vermag.[1])

In tiefster Ehrfurcht

Ew. K. H. untertänigster

F. Lassalle,

Berlin, 15. Juni 1858. Potsdamerstr. 131.

---

[1]) Nur die Unterschrift ist eigenhändig.

Die Eingabe wurde, wie Bailleu schreibt, im üblichen Geschäftsgang dem Minister des Innern und von diesem dem Polizeipräsidenten zur Berichterstattung überwiesen. Letzterer erklärte sich jetzt schroff gegen Lassalle. Er habe mit dem Redakteur der demokratischen Volkszeitung intimsten Verkehr gepflogen, sich über den König »in infamster Weise« ausgesprochen, die Stellvertretung des Prinzen als gesetzwidrig bezeichnet — das alles hatte Fabrice rapportiert — und die Notwendigkeit einer blutroten Revolution hervorgehoben. Werde dem Gesuch Lassalles Folge gegeben, so würde er, der Polizeipräsident, nicht auf seinem Posten verharren können. Der Minister setzte auf all das den I-Punkt, indem er Lassalles Vorleben dem Prinzen in den schwärzesten oder, wenn man will, rotesten Farben, vormalte. Trotzdem gab der Prinz nicht ohne weiteres nach. Er erklärte, für die Lassalle in den Mund gelegten Aeusserungen fehlten doch die Beweise, räumte allerdings — offenbar um den Polizeipräsident zu besänftigen — ein, dass die Ausweisung Lassalles »an sich vollkommen gerechtfertigt« sei, deutete aber doch an, dass man erwägen möge, ob sich seine Duldung in Berlin nicht vielleicht aus Zweckmässigkeitsgründen empfehle.

Das war am 8. Juli 1858. Der Minister stellte sich der Andeutung des Prinzen gegenüber schwerhörig und liess am 12. Juli einen ablehnenden Bescheid ausfertigen, den der Polizeipräsident Lassalle aushändigte. Dieser erklärte erst, er werde nur der Gewalt weichen, bat aber dann, ihm bis zum 25. Juli Zeit zu lassen, wo er ohnehin abreisen wolle, allerdings werde er im Herbst zurückkehren. Welcher Ankündigung der Polizeipräsident, im Gegensatz zu der im Bericht an den Prinzen abgegebenen Erklärung, kein absolutes Veto entgegensetzte, sondern sich blos die weitere Entschliessung vorbehielt.

Als Lassalle aber im Oktober nach Berlin zurückkehrte, hatte gerade der Prinz die Regentschaft angetreten und den Reaktionsminister von Westphalen entlassen, und so liess auch Herr von Zedlitz wieder mit sich reden. Die Vierwochen-Aufenthaltskarte wurde wieder erneuert. Bald genügte sie Lassalle nicht mehr, und im Frühjahr 1859 bewarb er sich um das Recht zu dauerndem Aufenthalt in Berlin. Es ward ihm erst zu teil, als an die Stelle des Ministeriums Flottwell das Ministerium Schwerin getreten war. Graf Schwerin sprach sich für die Bewilligung aus, stellte aber dem Prinzregenten die Entscheidung anheim, der am 7. November 1859 nach dem Antrage Schwerins verfügte, »dass die von dem Literaten Ferdinand Lassalle beantragte Niederlassung in Berlin polizeilich nicht weiter gehindert werde.«

* *
*

Soweit die Darstellung Bailleus, dem nicht blos amtliches Urkundenmaterial vorgelegen zu haben scheint. Sie wirft ein sehr interessantes Streiflicht auf die Polizeiwirtschaft der Reaktionsjahre und ihre Nachwirkungen in der liberalen Aera. Indes hier ist nicht der Ort, diesen Punkt zu erörtern. Um was es sich für uns handelt, ist die Frage, welches Licht wirft sie auf die politische Persönlichkeit Ferdinand Lassalles. Kann das, was sie von Lassalle mitteilt, sein bis dahin überliefertes Charakterbild irgendwie ändern?

Unsere Antwort lautet: in keiner Weise. Der Vorgang zeigt Lassalle genau so, wie wir ihn schon vorher kannten, in seinen guten Eigenschaften und in seinen Fehlern. Dasselbe starke, hartnäckige Wollen, dieselbe Zähigkeit in Verfolgung seines Zieles, derselbe feste Glauben an die siegende Gewalt seiner Ueberredungskunst, dieselbe halb naive und halb

wohlberechnete Dreistigkeit, und schliesslich auch dieselbe Unbedenklichkeit in Bezug auf die Wahl — es wäre zu viel gesagt, seiner Mittel, aber es ist nicht zu viel gesagt, seiner Schritte, sobald diese nur versprechen, das gerade ins Auge gefasste Ziel zu fördern. Wenn er, der sich als den Einzigen bezeichnet und betrachtet, der von den in Deutschland Gebliebenen treu zur alten sozialistisch-demokratischen Fahne hält, keinen Anstand nimmt, vom Polizeichef einer absolutistisch-reaktionären Regierung — denn das war Hinckeldey politisch betrachtet zweifellos, was er auch sonst als Mensch gewesen sein mag — eine Vergünstigung zu erbitten, die auf einen politischen Gnadenakt hinauslief; wenn der stolze Verfechter der neuen Demokratie, er, der sich geistig für ihre künftigen Schlachten stählt, im gleichen Moment, wo er bei dem entschiedensten seiner Gesinnungsgenossen, Karl Marx, anfrägt, ob es sich für ihn als radikalen Demokraten schicke, eine Duellforderung anzunehmen, bei dem gleichen Prinzen von Preussen, in dem diese Demokratie den Urheber der Niederschiessung ihrer besten Kämpfer hasste, um eine Intervention zu seinen Gunsten und eventuell eine Audienz petitioniert, so sind das gewiss grosse Widersprüche. Aber sie sind keine grösseren Widersprüche, als wie wir deren häufig im Leben Lassalles begegnen, und wie es auch derjenige war, der ihn zu seinem vorzeitigen Ende treiben sollte. Die Bittschriften an Hinckeldey und den Prinzen von Preussen — denn Bittschriften waren es — sind von gleicher Natur, als wie das Gesuch an den Bischof Ketteler von Mainz und das Versprechen, zum Katholizismus überzutreten, wenn er dadurch Helene von Dönniges der Gewalt ihrer Eltern entreissen kann.

Es wäre unseres Erachtens verkehrt, bei den Gesuchen an eine besondere Hinterlistigkeit im Wesen Lassalles zu denken, an Versprechungen, die er nicht ehrlich meinte und nicht mit seinen Ueberzeugungen für durchaus vereinbar hielt. Man beurteilt sein Verhalten richtiger, wenn man an die Advokatennatur denkt, die in Lassalle steckte, und an seinen Opportunismus grossen Stils. Er schwört nichts ab, er verleugnet seine Gesinnung nicht. Er sucht nur durch Dialektik zu überrumpeln. Er sagt nicht, ich verspreche um der Aufenthaltserlaubnis willen eine politische Zurückhaltung, die für mich ein Opfer bedeutet, sondern er sucht im Gegenteil überzeugend nachzuweisen, dass ihn diese Zurückhaltung kein Opfer koste, dass sie im Wesen der Dinge liege, der Natur seiner Auffassung von den politischen Kampfmethoden und der allgemeinen politischen Situation entspreche und durch das ihn erfüllende Streben nach Vollendung seiner wissenschaftlichen Arbeit bedingt, dass sie, mit einem Wort, für ihn innere Notwendigkeit sei und dadurch die Gewähr der Innehaltung darbiete. Eine Deduktionsweise, die wir ebenfalls immer wieder bei Lassalle finden, die eine seiner bezeichnendsten Eigenarten bildet, die seinen besten Pamphleten ihre wuchtige Ueberzeugungskraft verlieh. Eine Deduktion, mit der er nicht nur den Gegner für sein Vorhaben zu gewinnen, sondern auch jeweilig sich vor sich selbst zu rechtfertigen suchte.

Man kann nicht sagen, dass sie im vorliegenden Falle ganz fruchtlos geblieben sei. Allerdings ward das an Hinckeldey gerichtete Gesuch abgelehnt. Aber es stellte eine Forderung, die zu genehmigen nicht lediglich in Hinckeldeys Macht stand, sondern hinsichtlich deren die Entscheidung beim Ministerium des Innern lag, und wir wissen, mit welchen Widerständen der persönlich wenigstens nicht kleinlich denkende Polizeichef dort zu schaffen hatte. Anders mit dem Gesuch beim Prinzen von Preussen. Hier liefern die Tatsachen, wie sie Herr Bailleu mitteilt, den Beweis, dass die beim Prinzen zu Gunsten Lassalles unternommenen

Schritte nicht ohne Erfolg geblieben sind, die Eingabe auf den Prinzen Eindruck gemacht haben muss. Andernfalls würde er schwerlich noch für Lassalle beim Minister ein Wort eingelegt haben, nachdem dieser und der Polizeipräsident ihm das Schauergemälde betreffs Lassalles vorgehalten und der letztere obendrein die Kabinettsfrage gestellt hatte, sofern nicht Lassalles Eingabe abgewiesen werde. Sich durch ein Machtwort über beide Beamte hinwegsetzen, konnte der Prinz nicht, solange er nur erst den kranken König vertrat. Trotzdem scheint seine eingelegte Fürsprache genügt zu haben, Herrn von Zedlitz milder zu stimmen. Und wie er Prinzregent geworden, erhält Lassalle die erstrebte Erlaubnis zur Niederlassung. Vom Standpunkt der Erfolgspolitik ist dessen Eingabe nicht zu verurteilen.

Etwas anderes ist es natürlich, wie man sie unter dem Gesichtspunkt der Anforderungen an die Gesinnungstreue, an das Prinzip des unerschütterlichen Bekennens, der politischen Reinheit zu beurteilen hat. Hier wird selbst der grösste Bewunderer Lassalles zugeben müssen, dass sein Verhalten in dieser Sache unmöglich als vorbildlich bezeichnet werden, kein Maxime für andere abgeben kann. Es findet in der besonderen Individualität Lassalles und der damaligen eigenartigen Situation seine Milderungsgründe, würde aber verallgemeinert zu einer völligen Anarchie der Begriffe, zu einer Vernichtung aller Massstäbe dafür führen, was den überzeugungstreuen Politiker vom haltlosen politischen Spieler trennt.

Lassalles Schritte wären durchaus zu rechtfertigen, wenn er sich ganz und gar der Wissenschaft ergeben, der Politik vollständig entsagt hätte. Aber so ernst es Lassalle um seine wissenschaftliche Arbeit war, so war ihm die Wissenschaft doch nur Mittel, nicht Zweck; nicht die Göttin, der er seine Person opfern, in deren Kultus er aufgehen, sondern eine Geliebte, die er erobern wollte. Er folgte keiner ausserhalb der Politik liegenden objektiven Notwendigkeit, als er seine Uebersiedlung nach Berlin betrieb; allerdings hatte er auch keine unmittelbar zu verwirklichenden politischen Pläne im Auge. Ein Komplex von Motiven, das, was wir seinen Genius nennen können, trieb auf ihn ein, und diesem Genius wird man um seiner Grösse willen manches nachsehen dürfen. Ob jemand aber ein solcher Genius, darüber hat nicht er zu befinden, sondern darüber urteilt und entscheidet die Geschichte.

III. Urkunden des Sozialismus.

Das Programm der sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Die ersten Spuren einer sozialistischen Arbeiterbewegung in Ungarn reichen bis ins Jahr 1867 zurück, aber erst mit dem Auftreten Leo Frankels, des einstigen Ministers der Pariser Kommune, beginnt eine konsolidierte Parteibewegung einzusetzen. Im Jahre 1880 schuf sich die Partei ihr erstes Programm, das in streng marxistischem Sinne gehalten war. Nachdem Leo Frankel Budapest verlassen hatte und Mitte der 80er Jahre eine allgemeine Zerfahrenheit in der Bewegung platzgriff, geriet dieses Programm bald in Vergessenheit. Im Jahre 1889 kam Paul Engelmann als Vertrauensmann der österreichischen Parteileitung nach Budapest; ihm gelang es, Ordnung und Disziplin herzustellen und durch Gründung von Gewerkschaften (politische Arbeitervereine wurden in Ungarn damals und werden auch heute nicht geduldet) der sozialistischen Bewegung festen Rückhalt zu schaffen. Die neue Partei — denn als neu kann sie wohl bezeichnet werden — folgte dem Beispiele der österreichischen Bruderpartei und akzeptierte auf ihrem ersten Kongress 1890 — statt sich in einem detaillierten Programm festzulegen — bloss eine Prinzipienerklärung, und zwar mit geringfügigen Modifikationen die Hainfelder Erklärung.

Das schnelle Wachstum der Partei in den letzten Jahren erforderte häufig die Beantwortung solcher Fragen, für welche in der Hainfelder Prinzipienerklärung nichts vorgesehen war. Als sich nun im Jahre 1902 die österreichische Partei ein neues Programm an Stelle des Hainfelder schuf, machte sich auch in Ungarn das Verlangen nach einem solchen geltend. Der Kongress von 1902 beauftragte eine Kommission mit der Vorberatung eines Programmentwurfes. Die Kommission wieder betraute den Genossen Ernst Garami, Redakteur der »Népszava«, des Zentralorgans der Partei, mit der Ausarbeitung des Entwurfes, und seine Arbeit lag den langwierigen Beratungen der Kommission zu grunde. Der endgültige Entwurf wurde von einer vom Kongress 1903 eingesetzten Kommission noch einmal durchberaten und in der vorliegenden Form einstimmig angenommen.

Eine wesentliche Meinungsverschiedenheit machte sich nur beim Punkt 13 geltend. Im Originalentwurf hiess es: Abschaffung aller Zölle. In dieser Fassung schloss dies die Forderung nach Aufrechterhaltung der Zollunion mit Oesterreich ein; durch die Abänderung dieser Formel hat sich der Kongress — nicht ohne sehr heftige Debatte, aber ebenfalls nicht ausdrücklich — für das sogenannte selbständige Zollgebiet erklärt.

Zu bemerken ist noch, dass der Punkt 4: Vollständige Gleichberechtigung aller im Lande lebender Nationen — ohne Debatte angenommen wurde.

* * *

Programm der sozialdemokratischen Partei Ungarns.

(Angenommen am Parteitag zu Budapest, 1903.)

Die Gesamtheit der Güter der Menschheit ist die gemeinsame Frucht der geistigen und physischen Arbeit von Generationen. Es haben daher alle, die gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichten, gleichen Anspruch auf den Genuss der Güter.

Die heutige Gesellschaftsordnung bringt die überwiegende Mehrheit der Menschen um diesen Anspruch. Eine kleine Anzahl Menschen gelangt ohne jede, oder durch unverhältnismässig geringe Arbeit in den Besitz grosser Mengen Güter, der Genuss der Kultur sowohl wie die Möglichkeit körperlicher und geistiger Entwickelung bildet ihr Vorrecht, während die grosse

Mehrheit, welche die zur Herstellung der Güter notwendige Arbeit verrichtet, sich mit Ausnahme verschwindend Weniger mit soviel begnügen muss, als zur blossen Erhaltung des Daseins unerlässlich ist.

Die Ursache dieses Zustandes ist, dass die Produktionsmittel (Grund und Boden und Kapital) Privateigentum Einzelner — der Angehörigen der Kapitalistenklasse — geworden sind, während die grosse Mehrheit, die Arbeiterklasse, nichts behielt als ihre Arbeitskraft, die sie Jenen als Ware feilzubieten gezwungen ist.

Aus dieser wirtschaftlichen Herrschaft der Kapitalistenklasse entspringt ihre soziale, politische und geistige Herrschaft über die Arbeiterklasse. Die Gesetze, Sitten und Einrichtungen der heutigen Gesellschaft sind Erscheinungen der das Privateigentum schützenden und erhaltenden Klassenherrschaft.

Dieser Zustand währt nicht seit jeher, sondern ist bloss eine Phase der ununterbrochenen Entwickelung der Gesellschaft. Zum erstenmal schafft jetzt diese Entwickelung die Vorbedingungen der Abschaffung der vieltausendjährigen Unterdrückung und Ausbeutung. Durch die Verbreitung der arbeitsparenden Maschinen und anderer neuer Erfindungen und Entdeckungen wird der Grossbetrieb allmählich auf allen Gebieten der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs und des Handels der wirtschaftlichere; der Kleinbetrieb wird, als veraltete und konkurrenzunfähige Wirtschaftsform, allmählich verdrängt. Ein verschwindender Bruchteil der Kleingrundbesitzer, Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler rückt in die Reihe der Kapitalisten, während der überwiegende Teil entweder unmittelbar die Masse der Proletarier vermehrt, oder in mittelbare Abhängigkeit vom Kapital gerät. Die Konzentration des Kapitals schreitet unaufhörlich fort; die Zahl der vom Kapital Abhängigen ist im steten Wachsen.

Die aus der Kopflosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise notwendig erwachsenden Krisen machen die Arbeitslosigkeit, das Massenelend und die allgemeine Unsicherheit zu ständigen Erscheinungen der Gesellschaft. Die Klassengegensätze verschärfen sich immer mehr, und es wächst das Streben nach der Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel, als der einzigen Möglichkeit, die Unterdrückung und Ausbeutung aufzuheben: eine neue Gesellschaftsordnung wird zur Notwendigkeit.

Die neue Gesellschaftsordnung kann aber nur verwirklicht werden, wenn das Proletariat seine Lage erkennt und diese Umgestaltung durch planmässige Tätigkeit fördert und beschleunigt. Das Proletariat zur Erkenntnis seiner Lage zu bringen, es zum Bewusstsein seiner Aufgabe zu erwecken, es physisch und geistig kampffähig zu machen, ist das unmittelbare Ziel der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, die demgemäss erklärt:

1. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Ergebnis desjenigen Kampfes sein, welcher die Klassenherrschaft aufhebt, somit deren Grundlage, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschafft, diese in gesellschaftliches Eigentum überführt, dadurch die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in sozialistische Produktionsweise bewirkt.

2. Die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft bildet ein Lebensinteresse der herrschenden Klassen. Deshalb kann die neue Ordnung nur gegen ihren Willen und durch Niederringung ihres Widerstandes vorbereitet und verwirklicht werden. Die Befreiung der Arbeiterklasse bildet demnach den geschichtlichen Beruf der Arbeiterklasse selbst.

3. Das Proletariat kann sich dieser geschichtlichen Aufgabe nur auf dem Wege eines planmässigen und zielbewussten Klassenkampfes nähern, sie nur durch Eroberung der politischen Macht erfüllen. Die Mittel dieses Klassenkampfes sind: Aufklärung aller Schichten des Volkes; die unaufhörliche Verkündung und Verbreitung des sozialistischen Gedankens und der sozialistischen Ziele; die kraftvolle wirtschaftliche und politische Organisierung der Arbeiterklasse und ihr politischer und wirtschaftlicher Kampf; überhaupt alle mit dem Rechtsbewusstsein des Proletariats vereinbarlichen Mittel.

4. Da die Klassenlage der Proletarier eines Landes in engster Verbindung mit der Klassenlage des Proletariats der anderen Kulturländer steht, wird sein Klassenkampf zum internationalen Kampf. Die

sozialdemokratische Partei Ungarns erklärt deshalb, dass sie eine internationale Partei ist, sich mit den Unterdrückten aller Länder eins fühlt und vereint kämpft.

5. Durch diesen Kampf soll keine neue Klassenherrschaft oder Vorrecht geschaffen, sondern es sollen alle Klassen und Vorrechte abgeschafft werden. Die sozialdemokratische Partei Ungarns will und wird die Menschen, ohne Unterschied der Nation, der Rasse, der Religion und des Geschlechts auf Grundlage gleicher Pflichten gleichberechtigt machen. Sie wird das Privateigentum an den Produktionsmitteln, und damit die Ursache der Ungleichheit, vernichten, und indem sie die darauf beruhenden Gesetze, Sitten und Gebräuche verändert, wird sie durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel dem menschlichen Leben neuen Gehalt verleihen.

Zur Vorbereitung all dieser Ziele, zur möglichen Förderung der physischen und geistigen Kräfte der Arbeiterklasse schon im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung und somit im Interesse des allgemeinen kulturellen Fortschrittes fordert die Sozialdemokratische Partei Ungarns:

1. Allgemeines, gleiches, unmittelbares Stimmrecht bei allen Wahlen und Abstimmungen, für jeden, über 20 Jahre alten Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts. Geheime und gemeindeweise Abstimmung. Proportionalvertretung. Wählbarkeit jedes Wählers. Die Abstimmungen haben an einem gesetzlichen Arbeitsruhetag stattzufinden. Reichstags-, Komitats- und Gemeindewahlen sind zweijährlich vorzunehmen.

2. Abschaffung des Magnatenhauses. Unmittelbare Gesetzgebung im Wege des Beantragungs- und Verwerfungsrechtes des Volkes.

3. Vollkommene Selbstverwaltung. Unabhängigkeit der Staats-, Komitats- und Gemeindebehörden. Wahl sämtlicher Körperschaften und Behörden jeglichen erblichen Amtes und Ranges.

4. Vollständige Gleichberechtigung aller im Lande lebender Nationen.

5. Abschaffung des stehenden Heeres. Bewaffnung des Volkes und dessen Erziehung zur Wehrhaftigkeit. Ueber die Frage von Krieg oder Frieden soll die Volksvertretung entscheiden. Entscheidung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsgerichte.

6. Abschaffung all jener Gesetze und Verordnungen, welche die Freiheit der Agitation und der Meinungsäusserung beschränken; vollkommene Freiheit der Presse, der Vereinigung und der Versammlung, sowie volle Freizügigkeit.

7. Erklärung der religiösen Gesellschaften und Kirchen als Privatvereinigungen und der Religion jedes Einzelnen als Privatsache. Für religiöse Zwecke können öffentliche Gelder nicht verwendet werden. Beschlagnahme der Kirchengüter und Uebernahme derselben in Gemeineigentum. Diese Güter sind an Arbeitergenossenschaften zu verpachten und deren Reinerträgnis ausschliesslich für kulturelle Zwecke zu verwenden.

8. Staatliche, komitatliche oder kommunale Organisierung des öffentlichen Unterrichtes unter Aufhebung der konfessionellen Schulen. Deckung der Kosten der Gemeindeschulen durch den Staat. Abschaffung des Religionsunterrichtes in den öffentlichen Schulen. Allgemeiner, obligatorischer, unentgeltlicher Unterricht und Verpflegung in den Volksschulen; in den höheren Schulen für Jene, welche sich kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erweisen.

9. Vollständige Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern. Vollständige Gleichberechtigung der ungesetzlichen Kinder mit den gesetzlichen. Fürsorge für verlassene Kinder durch die Allgemeinheit. Vereinfachung und Erleichterung der Eheschliessung und Ehescheidung.

10. Unentgeltliche Rechtssprechung und ebensolcher Rechtsschutz. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter oder Verurteilter, Abschaffung der Todesstrafe. Abschaffung der Militär- und aller Ausnahms-Gerichte.

11. Abschaffung der Gerichtsbarkeit der Verwaltungsbehörden.

12. Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe und der notwendigen Heilmittel. Unentgeltliche Bestattung.

13. Progressive Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer. Abschaffung der indirekten (Konsum-) Steuern. Abschaffung aller Finanz- und

Lebensmittelzölle, sowie der städtischen Mauten; Abschaffung all jener wirtschaftspolitischen Verfügungen, welche die Mehrheit des Volkes zu Gunsten einer Minderheit schädigen. Steuerfreiheit des zur Existenz notwendigen Einkommens. Abschaffung des Tabakmonopols.

14. Aufhebung der Institution des gebundenen Besitzes.

15. Die stufenweise Ausdehnung des Gemeineigentums: Uebernahme der Wälder, Wasserkräfte, Bergwerke und der grossen Verkehrsmittel in Gemeineigentum.

16. Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Erdarbeiter und Dienstboten, sowie der in der Hausindustrie Beschäftigten und aller, die heute Spezialgesetzen unterstellt sind, mit den gewerblichen Arbeitern.

17. Abschaffung der Arbeitsbücher, Arbeiter- und Dienstboten-Legitimationen.

18. Obligatorische Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Angestellten aller Berufe und Betriebe unter Selbstverwaltung der Versicherten und ohne deren Belastung.

19. Höchstens achtstündige tägliche Arbeitszeit für alle Arbeiter und Dienstboten. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Nachtarbeit für Frauen, sowie auch der ihrem Organismus schädlichen Arbeit. Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme jener Betriebe, in denen die Unterbrechung aus technischen Ursachen oder im Interesse des Gemeinwohles unmöglich ist.

20. Wöchentlich mindestens 36stündige ununterbrochene Arbeitsruhe ausnahmslos für alle Angestellten, Arbeiter und Dienstboten.

21. Verbot der Lohnzahlung in Anweisungen oder Naturalien sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der Industrie und den sonstigen Berufszweigen.

22. Abschaffung der Akkord- und Stücklohnarbeiten und obligatorischer Zeitlohn. Abschaffung der Robotarbeit.

23. Die öffentlichen Bedürfnissen dienenden Betriebe (Beleuchtung, Wasser, Kraftlieferung, Kanalisierung, öffentliche Reinlichkeit u. s. w.) sind durch die Gemeinde zu verwalten. Errichtung von Wohnhäusern durch die Gemeinde oder durch von ihr unterstützte Baugenossenschaften. Die Wohnhäuser sind in der Weise zu vermieten, dass die Mietzinse nur die Bau-, Erhaltungs- und Tilgungskosten decken. Wohnungsvermittelung und Wohnungsaufsicht durch die Gemeinde.

24. Strenge staatliche Arbeitsinspektion durch Inspektoren beider Geschlechter, welche von den Arbeiter-Organisationen gewählt werden. Diejenigen, welche die Arbeiterschutzgesetze übertreten, sind mit Haft zu bestrafen. Eingehende amtliche Arbeits-Statistik.

25. Verbot des Verkaufs der Staats-, Komitats- und Gemeindegüter, die an Arbeitergenossenschaften zu verpachten sind.

26. Uebergang der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinde und in deren Verwaltung.

Ein Wahlmanifest Proudhons aus dem Jahre 1848.

(Schluss.)

III. Regierungsform.

Dieses Glaubensbekenntnis oder dieses revolutionäre Programm, das ich nur mit Bedauern so weit ausgedehnt habe — es kommt nur auf euch an, Bürger Wähler, darin eine ökonomische Verfassungsurkunde zu erblicken.

Die erste, eurer Abstimmung unterworfene Verordnung, diejenige, welche sich auf die Errichtung der Tauschbank bezieht, schliesst vermöge ihrer Konsequenzen alle anderen im Keime in sich und würde, von diesem Standpunkte aus betrachtet, der *organische* Artikel der neuen Verfassung sein.

Die folgenden Verordnungen, von der zweiten bis zur zwölften, welche sämtlich auf Abschaffung oder Reduktion der einzelnen Teile des alten ökonomischen Systems hinauslaufen, würden wir *auflösende* Artikel nennen.

Die letzte derselben (die zwölfte) hat ausserdem einen wesentlichen *Uebergangs*-Charakter.

Die folgenden Verordnungen würden uns als die begründenden (konstituierenden) Artikel erscheinen; für heute soll es mir genügen, ihren allgemeinen Sinn, ihren Zweck und Gegenstand anzudeuten.

Wer sieht nicht, dass die auf Gegenseitigkeit gegründete Organisation des Tauschverkehrs, der Cirkulation, des Kredits, des Kaufs und Verkaufs, die Abschaffung der Steuern und Abgaben aller Art, die auf der Produktion lasten und auf die Waren den Bann legen, die Produzenten, einen jeden nach seiner Besonderheit, alle aber unwiderstehlich einer Centralisation entgegentreiben, welche der des Staats ähnlich ist, worin aber niemand gehorcht oder abhängt und worin jedermann frei und souverän ist?

Die Grundursache dieser centralisierenden Bewegung liegt in der Ungleichheit der gewerblichen Fähigkeiten, wie der Produktionsmittel.

So ist es vom Schicksale bestimmt, dass da aus der Unentgeltlichkeit des Diskonto die Tilgung der Hypothekenschulden, die fortschreitende Herabsetzung der Miets- und Pachtzinsen, sowie der Arbeitslöhne und endlich die Liquidation des Eigentumes hervorgeht, die gesamte Gesellschaft, ein vernünftiges Wesen, sich plötzlich durch die einzige Tatsache der Entfesselung des Handels und der Gewerbe an die Stelle der alten Kapitalieninhaber und Eigentümer gesetzt sieht. Die öffentliche Oekonomie würde sich also zum Kommunismus, oder, wenn man will: zur gewerblich-landwirtschaftlichen Diktatur hinneigen, dafern der Staat nicht seine revolutionäre Initiative verfolgte, dafern er nicht sein Prinzip der freien Arbeit wie des freien Austausches fortwährend entwickelte und so die vorher erlangten Ergebnisse durch eine überlegende Anwendung des Prinzipes der Gegenseitigkeit immer mehr befestigte.

Wenn zum Beispiel der Staat in derselben Zeit, wo er den Landbebauern die Tilgung ihrer Schulden, die Herabsetzung ihrer Pacht, den Rückkauf des Grundes und Bodens verschafft, von allen landwirtschaftlichen Unternehmungen, mögen sie von einzelnen oder von Genossenschaften ausgehen, verlangte, dass sie sich gegenseitig gegen die Ungleichheiten der Bodenbeschaffenheit und gegen alle Nachteile des Betriebes versicherten, ebenso wie gegen die Unfälle des Wetters und die Verwüstungen des Feuers, des Wassers, der Insekten; wenn er, der Staat, diese gegenseitige Versicherung zur Bedingung der Vorteile macht, die er durch die Tauschbank anbietet, so sind nachstehende Folgen ganz augenscheinlich: Alle Betriebe bleiben nach diesem Systeme frei und unabhängig, die Verantwortlichkeit ist vollständig, die Gesamthaftung (Solidarität) besteht nur für die Ungleichheiten der Natur und die von einer höheren Macht ausgehenden Unfälle; demgemäss können ferner die Arbeitslöhne, Gehalte und Ueberschüsse gleichförmig werden, ohne dass der Staat sich in den Betrieb einmischt, und das landwirtschaftliche Gewerbe kann ebenso stark centralisiert werden, wie es jetzt die Staatsverwaltung ist, nur mit dem Unterschiede, dass hier die Centralisation noch ganz hierarchisch ist, während sie dort mit einem Sprunge liberal werden, auf das Prinzip der Gleichheit gebaut sein würde.

Was ich von der Landwirtschaft gesagt habe, würde gleichmässig für die anderen Gewerbe stattfinden. Die nämliche Bewegung, das nämliche Gesetz regiert alle Formen der menschlichen Tätigkeit.

Man begreift hiernach, was ich damit sagen will, wenn ich folgende Gesetze vorschlage, bei denen es sich nur noch darum handelt, ihre Motive zu entwickeln und ihre Artikel abzufassen:

Dreizehnte Verordnung. — Centralisation der extraktiven Industrie.

Vierzehnte Verordnung. — Centralisation der Manufaktur-Industrie.

Fünfzehnte Verordnung. — Centralisation der Handels-Industrie.

Sechzehnte Verordnung. — Centralisation der landwirtschaftlichen Industrie.

Siebzehnte Verordnung. — Centralisation der Wissenschaften und Künste.

Jede dieser grossen Abteilungen würde ihren Minister ernennn, ihre Centralverwaltung einrichten, die ihr eigentümlich zufallenden Kosten tragen

und dafür von der Tauschbank belastet werden. Der Staat selbst hätte sich durchaus nicht in sie einzumischen, er würde nirgends dabei auftreten.

Die Organisation wäre in jeder dieser fünf grossen Abteilungen wesentlich demokratisch; die Ernennungen würden nach Stimmenmehrheit erfolgen, sei es nach absoluter oder nach relativer oder nach stärkeren Mehrheiten, je nach dem Gegenstande und nach den Umständen. Die Gehalte und Löhne, vom Gehalte des Ministers bis zum Lohne des Lehrlings herab, würden der Gegenstand einer unablässig erneuerten Prüfung sein.

Es bleibt nur noch übrig, durch eben so viele Sondergesetze die Gegenstände des öffentlichen Nutzens zu regeln, welche die ganze Nation interessieren und im besonderen nicht unter die eine oder die andere jener fünf industriellen Gegenstände zu bringen sind.

Diese Gegenstände sind folgende:

1. Der Unterricht, den ich freigegeben zu sehen wünschte, sowie, verbunden mit der Lehrlingschaft, von welcher er nur ein Bundesgenosse ist, durch fortgesetzte Anstrengungen weniger abstrakt gemacht und der Wahl der Bürger unterworfen.

2. Die öffentlichen Arbeiten, für welche ich mehr praktische Kenntnis und namentlich mehr Verantwortlichkeit fordern würde.

3. Die Statistik, die kaum ins Dasein getreten ist, ohne welche der Staat und die Gesellschaft nur ein instinktartiges Leben führen und, da sie sich über nichts Rechenschaft geben können, von Klippe zu Klippe, von Schiffbruch zu Schiffbruch dahinfahren.

4. Die Rechtspflege, einheitlich in ihrer Form und nur mit zwei Abstufungen der rechtsprechenden Behörden. Die ökonomische Wissenschaft beweist, wie falsch, die Erfahrung beweist, wie verderblich es ist, an jener Einteilung in bürgerliche, administrative, kommerzielle Rechtspflege festzuhalten. Statt zwanzigerlei verschiedener Gerichtshöfe würden, meines Erachtens, zweierlei genügen, das Untergericht (Gericht der Instanz oder der ersten Instanz) und das Obergericht (der Kassationshof). Auch haben wir bei der ökonomischen Vereinfachung der neuen Verfassung mit den bisherigen Mannigfaltigkeiten der Rechtsverdrehung nichts mehr zu schaffen.

Was die Strafrechtspflege betrifft, so würde ich vorläufig mich gegen die Abschaffung der Todesstrafe erklären.

5. Der Kultus. — Ich glaube an die Wahrheit des Christentums, wie ich an die des Buddhismus und des Mahomedanismus glaube — nicht mehr und nicht weniger. Die Religion ist aus dem Innersten der Menschheit hervorgegangen; sie ist volkstümlichen Ursprunges; sie gehört dem Volke an. Sie ist das System der sozialen Ideen, dargestellt unter einer symbolischen Form, und von denen einige noch über unseren Verstand hinausgehen. So lange die Religion noch Leben im Volke hat, verlange ich, dass sie nach aussen hin und in der Politik geachtet werde. Ich würde also gegen die Aufhebung des Gehaltes des Kultusministers stimmen. Warum sollte man mit jenem schönen Grunde, dass bloss diejenigen, welche die Religion wollen, sie zu bezahlen haben, nicht auch alle Budgetansätze für die öffentlichen Arbeiten beseitigen können? Warum sollte der burgundische Bauer die Strassen in der Bretagne bezahlen und der Lyoner Schiffsreeder die Unterstützung der grossen Oper? .... Von den noch viel mächtigeren politischen Rücksichten, die niemandem entgehen können, will ich gar nicht sprechen.

Da ich aber nicht will, dass der für den Kultus ausgesetzte Gehalt ein Anlass zur Heuchelei, zur Dummheit, zur Faulheit werde, so würde ich verlangen: 1. dass jeder Geistliche, der ein Ehebündnis eingehen und, wenn er Ordenspriester ist, aus dem Orden treten will, zum Abschlusse der bürgerlichen Ehe zugelassen werde; 2. dass jede Haupt- und Nebenpfarre (Filiale), deren Aufhebung die Pfarreimitglieder mit der Mehrheit von ⁴/₅ der Gemeindebürger und Familienväter beantragen, unwiderruflich aufgehoben, sowie dass kein neuer Kultus vom Staate besoldet werde.

Durch diesen beiden Mittel würde die allmähliche Beseitigung der Kulte und die endliche Herrschaft der wahren Religion der Menschheit herbeigeführt: der Vernunft und der Gerechtigkeit.

6. Die öffentliche Gesundheitspflege. — Ich brauche mich hierüber nicht näher zu erklären. Was die Besoldung betrifft, so darf der Arzt

mit dem Kranken ebensowenig Geschäfte haben, wie der Priester mit dem Laien, der Lehrer mit dem Schüler. Die Aerzte der Freigebigkeit der Kranken anheimgeben, heisst sie zu deren Mördern machen.

7. Das Heer. — Unmittelbare Aufhebung der Konskription und der Stellvertretung; Verpflichtung jedes Bürgers zum Waffendienst ein oder zwei Jahre lang; Verwendung des Heeres zu Verwaltungszwecken und öffentlichen Arbeiten.

8. Die Polizei. Sie ist diejenige öffentliche Gewalt, die — ohne sich in irgend eine andere einzumischen, ohne sich mit dem Staatshaushalte, mit der Ernennung der Beamten, der öffentlichen Verwaltung oder den auswärtigen Angelegenheiten irgend zu befassen — überwacht, benachrichtigt, anzeigt, verfolgt und verhindert. Die Polizei ist das öffentliche Ministerium, sie ist der Staat. In einer wohlorganisierten Gesellschaft muss der Staat sich allmählich darauf beschränken, weiter nichts zu repräsentieren, als sich selbst.

Während der Sitzungen der Nationalversammlung, in welcher sich während dieser Zeit die gesamte Souveränität befindet, wohnt der Staat, vertreten durch seine Generalanwälte, allen Beratungen bei und antwortet, als einstweiliger Beauftragter der Versammlung, auf alle an ihn gerichteten Anfragen. Die Staatsmänner verhandeln mit den Abgeordneten nicht wie Gleiche mit Gleichen; sie sind nur deren Bevollmächtigte für die Zeit, wo die Nationalversammlung nicht beisammen ist; sie sind demgemäss gehalten, über ihre Geschäftsführung Rechenschaft abzulegen und Bericht zu erstatten über den Gang der öffentlichen Gewalten und der gewerblichen Genossenschaften.

Die für diese verschiedenen Verrichtungen angewiesenen Kredite werden von der Nation oder ihren in Generalversammlungen vereinigten Abgeordneten bewilligt, und zwar nach den Kostenanschlägen, die jede Abteilung oder jedes Ministerium vorlegt. Ihre Verwaltung wird nach dem demokratischen Prinzip organisiert und ist unabhängig vom Staate, der sich ausschliesslich auf sein Bereich zu beschränken hat. Uebereinstimmung in den leitenden Ideen und Unabhängigkeit, das ist das Grundgesetz der Gesellschaft, sowohl in den zum öffentlichen Nutzen bestimmten Verrichtungen, als in den verschiedenen Zweigen der Produktion und des Austausches.

Die Abgeordneten zur Nationalversammlung werden von jeder Unterabteilung der Produzenten und Dienstleistenden nach Verhältnis der Anzahl ihrer Mitglieder ernannt. Die Wahl nach Landbezirken wird abgeschafft. Sie kann nur als Mittel dienen, um zu der korporativen und gewerbsmässigen Vertretung zu gelangen.

Es ist nicht wahr, wie man behauptet hat, dass der Abgeordnete zur Nationalversammlung nur das Volk vertreten solle; diese abstrakte Vertretung würde in der Wirklichkeit nur einem wirklichen Nichts entsprechen; sie würde uns stets zur Veräusserung der Souveränetät, zur Aristokratie führen.

Der Beauftragte des Volkes muss ein positives Interesse vertreten, er muss Besonderheit und Charakter haben.

Erst dann, wenn der Beauftragte des Volkes der Ausdruck der organisierten Arbeit ist, wird das Volk eine wahre Vertretung, eine echte Auswahl besitzen. Bis dahin wird man stets nur Täuschung, Ohnmacht, Verschleuderung, Bestechung, Willkür finden.

Wähler, Nationalgarden und Bürger:

Der Sozialismus ist es, der die Februarrevolution gemacht hat.

Der Sozialismus hat durch diese von ihm gemachte Revolution bewiesen, dass er sie auf friedlichem Wege zu machen beabsichtigte. Bevor der Sozialismus den durch die Bourgeoisie erwählten Julistaat umstürzte, hat er zuvörderst seinen Wirkungskreis ausgedehnt und seine Fahne durch ganz Europa aufgepflanzt. Die soziale Frage ist aufgeworfen worden zu Paris, London, Rom, Mailand, Genf, Berlin, Wien, München, Krakau, Breslau, von Cadix bis Moskau, an der Seine, am Rhein, an der Donau. Dank dem Sozialismus werdet ihr keinen Krieg mehr haben. Die alten Verbündeten haben mit der Organisation der Arbeit zu kämpfen; das überall aufgestandene Proletariat lässt dem Kriege keine Aussichten mehr. Diese Politik ist wol ebensoviel wert, als die eines Guizot und eines Talleyrand!...

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

25. Juli 1903.

Ludwig Quessel, Landwirtschaft und Industrie. — Wilhelm Keil, Die deutsche Volkspartei. — Max Zetterbaum, Zur materialistischen Geschichtsauffassung. — Hugo Heimann, Die preussische Regierung und die Wohnungsfrage. — Gustav Eckstein, Arbeiterschutz in Japan. — Literarische Rundschau.

1. August 1903.

Fritz Austerlitz, Die Krise des Dualismus. — M. Beer, Die Lage des englischen Gewerkschaftsrechtes. — Jules Destrée, Der Zug nach der Stadt. — Literarische Rundschau.

8. August 1903.

Desorganisation der Geister. — Heinrich Cunow, Politische Anthropologie. — Hermann Fleissner, Zur politischen Lage in Sachsen. — Adolf Braun, Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1902. — Jakob Brockle, Erinnerungen eines englischen Arbeiters. — Oda Olberg, Die moderne Rückkehr zum Glauben. — Literarische Rundschau.

15. August 1903.

Hunger und Durst. — M. Beer, Der Geschichtsmaterialismus in den Vereinigten Staaten. — Dr. James Broh, Die Sozialdemokratie und die sogenannte Linke. — Dr. J. Ingwer, Der Strafzweck, die Strafe und der Strafvollzug. — Franz Diederich, Ein Buch Vorgeschichte des modernen Industriearbeiters in Deutschland. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

August 1903.

Paul Göhre, Das Ende der Nationalsozialen? — Dr. Eduard David, Zu Kautskys Kritik meines Agrarwerks. — Johannes Timm, Sozialdemokratie, Politik und Wissenschaft. — Otto Hué, Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat und die Bergarbeiter. — Heinrich Kaufmann, Wesen und Arten der Genossenschaften. — Dr. Karl Kollwitz, Aerzte und Krankenkassen. — Lisbeth Stern, Einige Worte über städtische Kultur. — Rundschau (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung).

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

August 1903.

Jean Jaurès, La Doctrine Saint-Simonienne et la Socialisme. — Eugène Fournière, Les Systèmes Socialistes. — Deka-Duo, Autonomie juive et Philantropie. — André Mater, L'Etat socialiste et la théorie juridique de la question. — Adrien Veber, Mouvement social. — Gustave Rouanet, Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Juli 1903.

Louis Dubreuilh, Lunité révolutionnaire. — Karl Marx, Lettres à Kugelmann. — André Morizet, France: La politique anti-

cléricale. — R. Chr. Denkoff, La lutte de la Socialdemocratie bulgare contre l'opportunisme. — Les Syndicats ouvriers. — Les coopératives. — Le Droit ouvrier.

1. August 1903.

August Bebel, Karl Kautsky, Le Socialisme et les élections allemandes. — Karl Marx, Lettres à Kugelmann. — Gabriel Jaray, Le parti socialiste tchèque et les luttes nationales en Autriche. — Popowitch, Hongrie: Le congrès du parti socialiste. — Les syndicats ouvriers. — Le droit ouvrier. — Bibliographie. — L'art, la littérature.

15. August 1903.

Emile Landrin, Assurance sociale et assistance. — Edouard Anseele, La coopération socialiste. — Raoul Briquet, Le congrès des jeunes gardes socialistes. — Les syndicats ouvriers. — Les coopératives. — Bibliographie.

L'Avenir Sociale, Brüssel.

Juli 1903.

Ernest Untermann, Le Socialisme. — M. Beer, La situation du socialisme municipal en Angleterre. — Victor Serwy, Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical. — Bulletin Coopératif. — Le Mouvement Communal.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. August 1903.

Editorial Brevities. — H. W. Lee, The International Attack on Trade Unionism. — A. Watts, The Future of the Children. — A British Nomad, The child of the Alien. — E. A. Brenholtz, To-morrow's Poor. — The Socialist, Social Reform and Labour Movement in the english speaking world outside the United Kingdom. — Clericalism and the socialist attitude thereto. — The Reviews. — Feuilleton.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

16. Juli 1903.

Ettore Savagnone, La vendetta delle cose. — Prof. Adolfo Zerboglio, Ancora la propaganda improduttiva. — Dott. Giulio Casalini, Le abitazioni igieniche a buon mercato. — Studi sociologici. — Filosofia, letteratura e varietà.

16. August 1903.

Ivanoe Bonomi, Le due tendenze della Democrazia. — Rerum Scriptor, La questione meridionale e i partiti politici. — Prof. G. Monte-Martini, Progetto di un forno consorziale in Milano. — Ettore Fabietti, Riforme conquistate. — Filosofia, letteratura e varietà.

Il Socialismo, Rom.

10. August 1903.

Enrico Loncao, La terra, il proletariato agricolo e il Riformismo in Sicilia. — Belfort Bax, Il femminismo in extremis. — B. Librescu, Il Socialismo in Rumenia. — Adone Nosari, Per un libro di storia dell'arte. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. — Varieta della cronaca internazionale. — Disegni e carricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Juli—August 1903.

Roland Holst, Naar Aanleidung van de Verkiezingen in Duitschland. — A. Pijnappel, Domela Nieuwenhuis als Geschiedschrijver.

W. H. Vliegen, De Bevolking van Nederland. — Dr. H. Gorter, Prof. Treub's Boek over Marx. — Dr. A. Pannekoek, Ideologisch-Modern of Marxistisch-Ouderwetsch. — J. Saks, Het Geding Levij contra het historisch Materialisme. — R. Kuyper, Over waarde. — Jos. Loopuit, Het Russisch-Joodsche Proletariat en zijn Organisatie. — Blanche Koelensmid, Het Huwelijk de Huwelijksadvertentie en ›Het Volk‹.

Akademie, Prag.

August 1903.

J. M. Hnát, K organisaci konsumnich spolku u nás. — Verus, Národnosti agitace v sev. Cechách. — Albert Thomas, Dozvuky k debate o Millerandovi v Bordeaux. — K. Vanek, Ve vlastni i nasi veci na vysvetlenou. — Fr. Modrácek, Rakouská krise a soc. demokracie. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

Przedswit, Krakau.

Po wyborach. — Program narodowosciowy socyalnej demokracyi austryackiej a program P. P. S. — Tryumf socyalistow niemieckich. — Socyalizm na Ukrainie. — Sprawozdania. (Scriptor—Nasze stronnictwa skrajne. Z prasy. Z kraju i okraju. Nekrolog. Wydawnictwa P. P. S. Luzne notatki.

Die Zukunft. (Jüdisch-Jargon.) New-York.

Juli 1903.

F. Kranz, Die geistige Welt. — Bebel, Der Sozialismus in Deutschland etc. — K. Frumio, Der Bund und seine Gegner. — B. Feigen, baum, Religion und Mord. — J. Adler, Auf einem grossen Berge. — L. Kobrin, Der helle, lichte Stern. — Slobodni, Unser Boden in Amerika. — L. Deutsch, 16 Jahre in Sibirien. — Liesin, Strassenbilder — Gedichte. — Rosenzweig, Naturwunder im Staub. — Axelrod, Auferstehung von Tolstoi. — Blumstein, Die Erdatmosphäre. — Preisstreitfragen. — Redaktionelle Notizen.

August 1903.

F. Kranz, Die geistige Welt. — Feigenbaum, Religion und Mord. Axelrod, Auferstehung von Tolstoi. — Blumstein, Die Erdatmosphäre. — M. Katz, Die soziale Bewegung. — S. Asch, Per Schiff nach Warschau. — Ihs..., Jüdische Romanze (Gedicht). — B. Morinow, Der Arbeiter und der Baum der Erkenntnis (Gedicht). — Mendel, Nach Amerika. — 2 Briefe. — L. Rosenzweig, Naturwunder im Staub. — Rosenblum, Europäische Civilisation. — Redaktionelle Notizen. — Ein ernstes Wort.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

Im zweiten Heft des 27. Jahrgangs des Jahrbuchs für Gesetzgebung ,Verwaltung und Volkswirtschaft unterzieht Arthur Spiethof die Krisentheorie des russischen Sozialisten M. von Tugan-Baranowsky einer eingehenden eleuchtung. Der Artikel lautet: ›Die Krisentheorien von M. von Tugan-Baranowsky und L. Pohle‹.

* * *

In der ›Zeitschrift für Sozialwissenschaft‹, herausgegeben von Dr. Julius Wolf, Breslau, bespricht im Juliheft 1903 Dr. Fr. Brössling unter dem Titel ›Sozialismus und Landwirtschaft‹ eingehend das gleichnamige Werk Dr. Ed. Davids. Der Verfasser kommt zu dem Schluss, dass ›für absehbare Zeit die Entwickelung in Davids Sinne, also in einer Erstarkung des Kleinbesitzes, verlaufen wird‹. Als Prinzip aber sei ›Davids Degressionstheorie des Besitzes ebensowenig zutreffend wie die marxistische Konzentrationslehre‹. (S. 463.)

Im August-Septemberheft 1903 (Heft 8 und 9) eben derselben Zeitschrift stehen ein Artikel »Saint-Simon und der Saint-Simonismus von Professor Georg Adler-Kiel und ein Aufsatz von Professor Otto Gerlach-Königsberg »Kant und der Sozialismus unter besonderer Berücksichtigung der neueren theoretischen Bewegung innerhalb des Marxismus«. Prof. Gerlach erhebt »aus Interesse an einem stetigen Fortschritt der sozialen Wissenschaft«, gegen Karl Vorländer polemisierend, »Einspruch gegen die Verquickung der Anwendung der kritischen Philosophie auf die Erscheinungen des sozialen Daseins mit dem modernen Sozialismus« (S. 565).

* * *

Die Zeitschrift »Bibliothèque Universelle et Revue Suisse« (Lausanne) hat in den Heften 90 und 91 des laufenden Jahrgangs einen Artikel »Le Socialisme en Belgique« von Roger Bornand, der die Tätigkeit der sozialistischen belgischen Arbeiterpartei (Parti Ouvriers) sehr anerkennend bespricht.

In der gleichen Zeitschrift nimmt im Juniheft 1903 ein Aufsatz »La France d'hier. La Commune (18 mars—25 mai 1871)« von Alph. Bertrand seinen Anfang, der im Juliheft fortgesetzt wird, aber noch nicht abgeschlossen ist. Das Urteil des Verfassers über die Pariser Kommune von 1871 lautet im wesentlichen ungünstig.

* * *

»One Possible Construction of the ‚Socialist' Programme« ist der Titel eines kurzen Artikels im Juniheft 1903 der Westminster Review. Der Verfasser, Charles Frederick Adams, citiert einen Ausspruch, den »einer der bekanntesten amerikanischen Wortführer des internationalen Sozialismus« getan haben soll und wonach jener — nicht namhaft gemachte — Wortführer nicht das geringste Bedenkliche dabei zu finden erklärt habe, dass man Personen, die an dem vom Sozialismus erstrebten genossenschaftlichen Gemeinwesen nicht teilnehmen mögen, seinerzeit den Austritt aus demselben oder den Nichtanschluss freistelle. Hieran anknüpfend entwickelt er die Umrisse eines Verwirklichungsprogramms, das neben der sozialistischen Produktion noch eine individualistische bestehen lässt.

* * *

Das Juliheft 1903 der Fortnightly Review hat einen längeren Artikel von Edith Sellers: »August Bebel, Leader of the Strongest Party in Germany«, der die Persönlichkeit und das Wirken August Bebels sehr anerkennend schildert.

* * *

Die August-Nummer 1903 der North American Review enthält einen Aufsatz des schottisch-englischen Sozialisten J. Keir Hardie »Federated Labor as a New Power in Politics«, der den wachsenden Einfluss der Independent Labour Party und des Komitees für Arbeitervertretung in England schildert. Von der ersteren erklärt der Verfasser, sie »sei eine sozialistische und nicht, wie aus ihrem Titel gefolgert werden könnte, eine reine Arbeiter-Organisation.«

V. Anfragen und Nachweise.

a) Anfragen.

42. In dem in den Dokumenten des Soz. (Juli 1903) publizierten Teile des Marx-Engelsschen Sankt Max wird (S. 307) aus einer 1839 in Paris erschienenen deutschen kommunistischen Zeitschrift »Die Stimme des Volkes« (Heft II) citiert. In der Pariser Bibliothèque nationale ist diese Zeitschrift nicht vorhanden, im Journal de la librairie ist sie nicht erwähnt. Welche Bibliothek besitzt sie? Wer weiss Näheres über sie? Doubleyon.

*

43. Wir erlauben uns folgende Anfrage zu stellen:

a) Sind die Originalberichte über die Verhandlungen und Beschlüsse der einzelnen Kongresse der »Internationale« im Druck veröffentlicht worden?

b) Sind die auf den verschiedenen Kongressen der Internationalen von 1864 bis 1872 angenommenen Beschlüsse entweder in Originalberichten oder anderswo gedruckt worden? Im letzteren Falle, wo?

c) Könnten die Beschlüsse, falls sie noch nicht gedruckt sind, nicht in den Dokumenten des Sozialismus veröffentlicht werden?

Kopenhagen V., den 22. Juli.

Das soziale Sekretariat und Bibliothek.
Fernando Lindenberg.

b) Nachweise.

Zu No. 43. a) Ueber Verhandlungen der Internationale ist in deutscher Sprache unseres Wissens nur einmal ein besonderer Bericht in Broschürenform erschienen, und zwar ist dies der Bericht über den Baseler Kongress von 1869. Aber er gibt von den Verhandlungen im ganzen nur ein mangelhaftes Bild.

b) Ueber die auf den verschiedenen Kongressen der Internationale gefassten Beschlüsse berichtet regelmässig der in Genf von Johann Philipp Becker herausgegebene »Vorbote«. Ferner in späteren Jahren das von Liebknecht redigierte »Demokratische Wochenblatt«. In England brachten das Wochenblatt »Beehive« und ein im Londoner Eastend herausgegebenes Wochenblatt »The Eastern Post« Berichte über die Sitzungen und Beschlüsse der Internationale. Von belgischen Blättern der Internationale ist die von 1867 bis 1873 in Brüssel erschienene Liberté wichtig. Als Informationsquelle ist weiter die Schrift von W. Eichhoff: die Internationale Arbeiter-Assoziation, zu empfehlen, ein Buch, das aber nur noch in Bibliotheken zu finden ist.

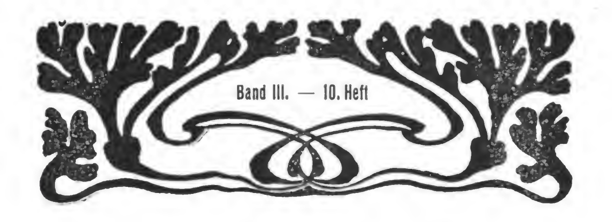
c) Wir werden diesem Wunsch gern nachkommen. Red. d. Dok. d. Soz.

VI. Notizen.

Im vorigen Heft (No. 8) dieser Zeitschrift sind leider eine Anzahl Druckfehler unberichtigt geblieben. Wir glauben die Richtigstellung solcher Buchstabenfehler an deutschen Worten, die den Sinn des betreffenden Satzes nicht zweifelhaft erscheinen lassen, der gütigen Korrektur durch die Leser überlassen zu können und berichtigen demgemäss hier ausser Fehlern in Namen und Fremdworten nur solche Stellen, wo Worte ausgelassen oder falsche Worte gesetzt wurden.

S. 339 Zeile 25 von unten vor „auf ihr beruhende" lies: „durch".
„ 344 „ 24 von oben statt „und der" lies: „aus der".
„ 345 „ 2 „ „ nach „allgemeinen" lies: „Entwickelung".
„ 345 „ 6 „ „ statt „Solowartschik" lies: „Soloweitschik".
„ 347 „ 21 „ „ nach „Atheisten" lies: „darin".
„ 348 „ 1 „ „ „ „ausführliche" lies: „Bibliographie".
„ 350 „ 16 „ „ statt „auch" lies: „euch".
„ 350 „ 21 „ unten statt „Reever" lies: „Reeves" (dies durchgehends in dem ganzen Satzstück).
„ 350 „ 17 „ unten nach „von" lies: „sozialen".
„ 351 „ 20 „ „ ist die Zeile so zu lesen: „die gleiche. Hier — z. B. in Queensland — stellten" etc.
„ 352 „ 23 „ oben statt „und darin" lies: „und dabei".
„ 352 „ 26 „ unten statt „Alberts" lies: „Alberto".
„ 352 „ 4 „ „ „ „àversari" lies: „avversari".
„ 353 „ 1 „ oben statt „divezione" lies: „direzione".
„ 353 „ 15 „ „ „ „Bononi" lies: „Bonomi".
„ 353 „ 26 „ unten statt „die durchweg staatlichen" lies: „die Gründung staatlicher".
„ 356 „ 20 „ unten statt „ambat" lies: „ambas".
„ 383 „ 7 „ oben statt „depeuplant" lies: „dépeuplant".
„ 383 „ 18 „ „ „ „Mackherson" lies: „Macpherson".
„ 383 „ 18 „ „ „ „l'Independant" lies: „l'Independent".
„ 383 „ 16 „ unten statt „netta" lies: „nella".
„ 383 „ 11 „ „ „ „Duc" lies: „Due".
„ 383 „ 10 „ „ „ „circonscripione" lies: „circonscrizione".
„ 383 „ 9 „ „ „ „petriarchi" lies: „patriarchi".
„ 384 „ 5 „ oben statt „Koelensmid" lies: „Koelensmid".

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Albert, Robert: **Kaiser-Adressen!** Nebst einem Anhang: Kruppscher Wohltätigkeits-Schwindel. Ein Beitrag zum Fall Krupp. München 1903, G. Birk & Co. 40 S. 8°. Preis 20 Pf.

Eine zusammenfassende Darstellung der Umstände, unter denen im Dezember 1902 die Arbeiter auf den verschiedenen Werken der Firma Krupp genötigt wurden, ihre Unterschriften unter Ergebenheitsadressen an den deutschen Kaiser herzugeben, die in Lossagungen an die Adresse der Sozialdemokratie gipfelten. Der offenbare Betrug, der der öffentlichen Meinung und auch dem deutschen Kaiser selbst gegenüber mit diesen Adressen betrieben wurde, und der Gewissenszwang, der beim Auftreiben der Unterschriften ausgeübt wurde, sind seinerzeit von der sozialistischen Presse aufgedeckt und von ihr und dem radikaleren Teil der bürgerlichen Presse gegeisselt worden. Es war aber auch nötig, die für die Zeitgeschichte so bezeichnenden einschlägigen Tatsachen in einer Broschüre zusammenzustellen. Der Verfasser begleitet sie mit einem sehr drastischen, sich hier und da sogar überschlagenden Kommentar.

Baumgärtel, Gustav, Architekt. **Schlüssel zur Boden-Reform.** Die wahren Ursachen der gegenwärtigen Krisis, sowie Vorschläge zu deren Beseitigung in Baugewerbe, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Geldverkehr. Dresden-A. 1902, Emil Weises Buchhandlung. 187 S. gr. 8°.

Der Verfasser will eine Reform im Baugeschäft, wonach »bei jedem selbständigen Neubau, wo die Baustelle hypothekarisch belastet ist, die auf das Grundstück eingetragenen Baustellenhypotheken für die Erfüllung der Bauforderungen in der Weise haften, dass bei Regelung der festen Hypotheken diese Beträge für die Baustellenhypotheken vorläufig nicht mit zur Auszahlung kommen, sondern auf die Dauer eines Jahres — und zwar vom Zeitpunkte der Erteilung der Bezugsgenehmigung ab — zwecks eventuell notwendig werdender Befriedigung der bis dahin unbezahlten Bauforderungen an Amtsstelle deponiert bleiben.« (S. 24/25.) Dies werde dem Baustellenwucher automatisch abhelfen, ohne das solide Baugeschäft zu beeinträchtigen. Der mühelose Erwerb werde eingeschränkt, der mühsame Erwerb sichergestellt und der spekulativen Aufschraubung der Baustellen- und damit der Wohnungspreise Einhalt geboten.

Wenn der Verfasser bei Begründung dieses keineswegs von Schattenseiten freien Vorschlags wenigstens mit der Sachkunde eines Praktikers schreibt, und manche treffende Kritik der heutigen Behandlung des Baugeschäfts liefert, so sind seine weiteren Ausführungen, die er »theoretische

Untersuchungen über die wahren Ursachen der gegenwärtigen Krisis« nennt, krauses Gemisch von Gemeinplätzen und oberflächlichen Räsonnements, denen man auf den ersten Blick anmerkt, dass der Schreiber niemals irgend welche tiefergehende volkswirtschaftliche Studien gemacht hat. Seine handelspolitischen Betrachtungen sind von einer unglaublichen Naivetät. Wünscht er seinen Vorschlag, dem ein gewisser Radikalismus nicht abgesprochen werden soll, ernsthaft diskutiert zu sehen, so kann er nichts besseres tun, als den zweiten und dritten Teil der Schriften zu beseitigen.

Goldscheid, Rudolf. **Zur Ethik des Gesamtwillens.** Eine sozialphilosophische Untersuchung. Erster Band. Leipzig 1902, O. R. Reisland. 552 S. 8°.*)

Ecrasez l'infame — das ist, kurz zusammengefasst, die Tendenz der in erster Linie in diesem Buch behandelten praktischen Fragen. Es ist zunächst ein Kriegsruf gegen die Kirche, worunter vor allem die katholische Kirche, neben ihr aber auch der positiv konfessionell gerichtete Protestantismus verstanden ist. Im weiteren Verfolg der Schrift entwickelt der Verfasser sodann recht radikale Ideen über Politik und Wirtschaft, die aber erst im zweiten Band bestimmtere Gestalt erhalten sollen.

Der grösste Teil der Erörterungen dieses Bandes ist kritischer Natur: Erkenntniskritik in verschiedenen Abstufungen und auf verschiedenen Gebieten. Wie in einer Abhandlung, die einem Willensproblem gewidmet ist, nur begreiflich, beginnt sie mit Erörterungen über die Natur des menschlichen Willens und der menschlichen Seelentätigkeit überhaupt. Der Verfasser polemisiert nicht nur gegen die dualistische Theorie, die Leib und Seele spekulativ trennt, eine wechselseitige Beeinflussung beider auf einander annimmt und damit meist ins Uebersinnlich-Uebernatürliche ausläuft, sondern auch gegen den von Wundt in dessen philosophischen Schriften vertretenen psycho-physischen Parallelismus, der zwar eine geschlossene Naturkausalität annimmt, aber Psychisches nur wieder aus Psychischem, Physisches lediglich aus Physischem herleitbar, das Eine nur als Korrelat des andern erklärt. Diese Auffassung laufe auf einen groben Materialismus hinaus — sie sei, heisst es an einer Stelle, »ein würdiges Seitenstück zur materialistischen Geschichtsauffassung« — und widerspreche so zugleich Wundts berechtigter Verwerfung des Materialismus wie dessen Praxis als Experimentalpsychologe, in der seine bleibende Bedeutung liege. Tatsächlich sei es zwar unsere Psyche, die alles, was wir wahrnehmen, erzeuge, aber der Inhalt unseres Bewusstseins sei stets mit Physischem verbunden, und so müssten wir, wenn wir auch logisch Psyche und Physis nur als Zweiheit begreifen könnten, sie psychologisch doch als Einheit auffassen. Und zwar in der Weise, dass wir annehmen, auch jede Tätigkeit, die uns auf Grund der Natur unseres Bewusstseins als rein psychisch erscheint, jeder scheinbar als reine Tätigkeit unseres Bewusstseins auftretende Vorgang lasse sich auf psycho-physische Vorgänge zurückführen, auf Bewegungen von psycho-physischen Elementen unseres Organismus. Ins Konkrete übertragen, dass jeder Empfindungsvorgang an Bewegungen von bestimmten Molekülgruppen unseres Körpers gebunden sei, dass bestimmte Bewegungen dieser Molekülgruppen stets bestimmte Empfindungselemente oder Gefühle in uns wachrufen. Eine Auffassung, von der der Verfasser selbst zugibt, dass auch sie einen Dualismus enthält; nur sei es ein Dualismus innerhalb der Einheit, und die er andererseits wieder mit dem gleichen Namen belegt, wie die Wundtsche, nämlich als psycho-physischen Parallelismus — allerdings als solchen »strengster Observanz«. In der Tat will es uns scheinen, dass, wenn man von gewissen grob-spiritualistischen Philosophien oder philosophisch verbrämten Jenseits-Spekulationen absieht, die Vertreter der dualistischen Psychologie ebenso wie Wundt mit seiner Theorie vom Fehlen der verbindenden Brücke in dem von ihm selbst nachgewiesenen psychophysichen Parallelismus im Grunde

*) Vgl. die Voranzeige im Juniheft der Dokumente des Sozialismus, S. 245.

auf nichts anderes hinauswollen, als die Tatsache scharf zum Ausdruck bringen, dass wir zwar bei allen psychologischen Vorgängen physiologische Momente feststellen können, die sich weiterhin in physikalische etc. auflösen lassen, dass wir aber eine nach Qualität etc. erschöpfende kausale Erklärung des Entstehens jener aus diesen nicht haben und voraussichtlich nie haben werden, weil sich Empfindungen als etwas rein subjektiv Geistiges nicht in körperlich-mechanische Elemente auflösen lassen. Jene Theorien sind schliesslich nur andere Methoden, die Inkommensurabilität von Bewusstsein und Bewegung auszudrücken, über welche sich die monistischen Theorien eben auch nur spekulativ hinweghelfen können. Es gibt immer einen Punkt, wo der exakt deduzierbare Monismus ein Ende hat und von wo ab sich die Theorie entweder mit Feststellung von Dualismen bescheiden oder zu einem nur noch hypothetischen Monismus ihre Zuflucht nehmen muss. Nur ist es selbstverständlich nicht gleich, wo dieser Punkt angenommen wird. Man kann ihn in übertriebenem Skeptizismus auf der Linie der naturphilosophischen Deduktion viel weiter vorn ansetzen, man kann ihn aber auch auf Grund vorschneller Verallgemeinerungen viel weiter hinausschieben, als es der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis rechtfertigt. Was den Verfasser von den Theorien trennt, gegen die er polemisiert, scheint uns vor allem dies zu sein, dass sie nach ihm, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, die Flinte der monistischen Beweisführung zu früh ins Korn werfen. Er geht in Bezug auf dieselbe weiter wie sie, ohne sich doch vom Boden der wissenschaftlichen, an exakte Untersuchungen anschliessenden Folgerung grundsätzlich zu entfernen. Der Gedanke, der ihn dabei leitet, ist, zu einer genaueren Bestimmung über das Verhältnis von Trieb und Intellekt bei derjenigen psychologischen Erscheinung zu gelangen, die wir Wille nennen. Oder vielmehr den Weg zu einer solchen zu zeigen, denn die Ausführung selbst bleibt auch hier ziemlich sprunghaft.

Versuchen wir es, die wesentlichen Punkte seines Gedankenganges vorzuführen. Der Verfasser nimmt an, dass diejenigen physischen Reize, die den Zellen, aus denen der Organismus besteht, für ihr normales Leben förderlich sind, andere Empfindungen in ihm hervorrufen, andere motorische Nerven beim entwickelten Organismus in Bewegung setzen, und andere Gefühle beim vorstellenden Organismus (Tier, Mensch) erzeugen, als solche, die den Lebensprozess der Zellen hemmen, unterbrechen oder aufheben, bezw. ihre Zersetzung herbeiführen. Nicht jeder Reiz, der auf motorische Nerven wirkt, kommt dem vorstellenden Organismus als Gefühl zum Bewusstsein, aber jeder Reiz, den er fühlt, ist ein solcher, der die motorischen Nerven beeinflusst und so ein Element des Willens bildet. Der Wille in seinen elementarsten Triebformen ist früher und allgemeiner als das Empfinden und seine qualifizierten Ableitungen, die Vorstellungen. Es gibt Willenselemente ohne Bewusstseinselemente, aber keine Bewusstseinselemente ohne Willensbestandteile. Wir sind berechtigt anzunehmen, dass Reize, die das Zellenleben günstig beeinflussen und den Organismus fördern, in diesem, sofern er Bewusstsein hat, als Lustempfindungen, schädigend wirkende aber als Unlustgefühle zum Bewusstsein kommen; Lust und Unlust sind so von Anfang an mit verschiedenartigen Reaktionen auf die motorischen Nerven verbunden und beim höher entwickelten Organismus bei jeder Willenshandlung beteiligt. Ihr Spiel ist von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung der Organismen, wird zum Faktor ihres zweckmässigen Verhaltens im Kampf ums Dasein und für die Erhaltung der Art. Jede Ethik muss auf es Rücksicht nehmen, an es anknüpfen.

Da keine Vorstellung ohne Willenselemente in Form von Gefühlstönen zustande kommt, wird die zunächst rein kausale Willensbestimmung allmählich zum vorstellenden Willen, indem bei jeder Wiedererweckung der Vorstellung auch das mit ihr organisch verbundene Lust- oder Unlustgefühl erweckt wird und als Willensfaktor wirkt. Um die betreffende Willensaktion zu erzielen, braucht so später nur die korrespondierende Vorstellung erweckt zu werden. So erhält der Intellekt die Fähigkeit, auf den Willen einzuwirken, ihn in steigendem Masse von sich abhängig zu machen.

Dasselbe gilt von den Faktoren, die von aussen den Intellekt erzieherisch beeinflussen. Sie können durch ihre Erziehungsmittel dahin wirken, dass gewisse Vorstellungen fast automatisch Willensakte erzeugen; sie können je nachdem ursprüngliche Assoziationen von Vorstellung und Wille aufheben oder ins Gegenteil verwandeln, d. h. eine Verbindung erzielen, wo die Vorstellung statt einer bestimmten, vorher ursächlich mit ihr verbundenen Handlung eine andere erweckt, die entgegengesetzten Charakter trägt. Da die ursprünglichen Verbindungen Erzeugnis der Anpassung des Organismus an seine natürlichen Daseinsbedingungen, und damit teleologische, dem Zweck der Erhaltung dienende Anlagen waren, liegt hierin eine gewisse Gefahr: es kann die Erziehung Anlagen der bezeichneten Art unterdrücken, ohne genügenden Ersatz in Form von neuen Assoziationen herzustellen, die in der Richtung die Erhaltung des Organismus wirken. »Zwei Aufgaben«, schreibt der Verfasser, »sind damit der Ethik vorgezeichnet: sie muss erstens der angeborenen teleologischen Anlage so weit ihre natürliche Entwickelung belassen, dass durch sie die volle physische Gesundheit gewährleistet wird, zweitens muss sie aber über ihr eine Wertungsweise ausbauen, die sittliche Vollkommenheit anbahnt, indem sie die einzelnen Vorstellungen dergestalt mit Gefühlsmomenten verknüpft, dass der aus ihrer notwendigen Assoziation hervorgehende Wille das individuelle Wohl auf dem Umwege des Gemeinwohles sucht.« (S. 73.) Dieser Aufgabe aber, in der jeder unschwer die ethische Formulierung des sozialistischen Ideals erkennen wird, werde die bisherige Ethik nur in sehr dürftigem Masse gerecht, weil sie, selbst wo sie modern sei, bestenfalls nur auf der Sozialpsychologie ruhe, statt von der physiologischen Psychologie ihre ersten Direktiven zu holen. Es ist klar, dass jede Ethik zu falschen Sätzen gelangt, die über das Verhältnis der voluntaristischen zu den intellektualistischen Kräften des Seelenlebens der Individuen nur verschwommene Vorstellungen hat.

Wir unterlassen es, die Frage zu untersuchen, ob der Verfasser in alledem wirklich theoretisch über Wundt hinausgeht, und wenden uns seinen praktischen Folgerungen zu. Der Verfasser ist, wie aus dem weiter oben Ausgeführten ersichtlich, Voluntarist. D. h. ihm ist von den seelischen Faktoren des menschlichen Handelns der gebundene Wille des Individuums die zuletzt entscheidende Instanz. Erziehung heisst Bildung des Willens. Den Willen selbst reguliert nach der Gefühlsseite hin die hedonistische Anlage des Menschen, die ihm gebietet, Lustmomenten zu folgen, Unlustmomente zu meiden. Weit entfernt aber, dass diese hedonistische Anlage der sittlichen Erziehung hinderlich sei, ist sie im Gegenteil ihre unerlässliche Vorbedingung, ist nur auf Grund ihrer eine nicht-hedonistische Ethik möglich. »Würde der Mensch das als gut Gefühlte nicht suchen, das als schlecht Gefühlte nicht meiden, es könnte überhaupt nie und nimmer moralisches Handeln zustande kommen.« (S. 75.) In der hedonistischen Anlage liegen die Wurzeln alles moralischen Wertungsvermögens, in ihr der Grund, dass der Intellekt des Menschen auf sein Handeln zu wirken vermag. Und so kann, diesen Gedanken weiter entwickelnd, der Verfasser weiterhin ausrufen: »Weil wir uns psychologisch zum Voluntarismus bekennen, bekennen wir uns ethisch zum Intellektualismus.« (S. 80.) Es wäre natürlich hoffnungslos, durch das blosse Mittel der Vernunft den Willen regulieren zu wollen, aber die Vernunft wird bestimmender Faktor des Willens, sobald es gelingt, sie mit lebhaften Gefühlsmomenten zu verbinden. Darum nicht Unterdrückung der Gefühle durch die Vernunft, sondern Anrufung der Gefühle behufs Unterstützung der Vernunft. Die Motivierung des alten Rationalismus muss aufgegeben werden, seine Ziele und Zwecke aber sind beizubehalten. Für ihre Erfüllung ist es erforderlich, dass die Ethik ethische Wertlehre im Sinne der Entwickelungstheorie und erkannt wird, dass »für die Entwickelung des Einzelnen der Zustand der Gesamtheit von eminenter Bedeutung und dass, wenn der Gesamtwille es ablehnt, nach ethischen Prinzipien zu handeln, es nicht sehr wahrscheinlich ist, dass im Einzelnen eine wind- und wetterfeste ethische Anlage zustande kommt.« (S. 82.)

Wer aber verbürgt ethisches Handeln des Gesamtwillens? Nach einen

Kapitel wider den übertriebenen Skeptizismus und Relativismus, das wir zu den besten des Buches rechnen, untersucht der Verfasser in einem in fünf Abschnitte zerfallenden Kapitel das Verhältnis der Religion zur Ethik. Es ist eine eingehende, scharfe, wenn auch nicht gerade sehr viel grundsätzlich Neues bietende Kritik der katholischen und protestantisch-positiven Theologie, die bekanntlich auch Psychisches ohne Physisches auf Psychisches wirken lässt und damit schon vom Standpunkt des Verfassers aus keiner wissenschaftlichen Ethik als Grundlage dienen kann. Der Verfasser gebietet über eine gute Dialektik, die sich, wie übrigens im ganzen Buch, oft im Ausprägen von Sätzen geradezu epigrammatischen Charakters kundgibt. So wenn er einmal gegen Paulsen, der Kant als den Philosophen des Protestantismus bezeichnet hat, ausruft: »Und dieses armselige Staatschristentum soll Kantisch sein? O nein, es ist nur protestantisch.« (S. 144.) Oder ein andermal gegen die protestantische Theologie: »Ist der Glaube das unbedingte Müssen, die conditio sine qua non, so führen tatsächlich alle Wege nach Rom; ist der Glaube aber lediglich ein bedingtes Sollen oder Können, dann sind wir nicht nur nicht an Rom gebunden, sondern überhaupt an keine engen Grenzen, dann führen alle Wege aus Rom heraus, in die weite Welt, und die einzige Begrenzung, der wir uns unterwerfen müssen, ist die Begrenztheit unserer Vernunft. Für autoritativen Protestantismus aber ist nirgends Platz.« .(S. 153.) Und weiter: »Die Lehre Jesu ist in einer Periode der schlimmsten Klassenherrschaft die erste grosse Proklamation zu Gunsten des Individuums . . . . Die Devise der ersten Christen hätte sehr wohl lauten können: Mit Gott gegen Kaiser und Vaterland!« (S. 170/171.) »Den Katholizismus müssen wir verwerfen wegen seiner alle Schranken der Vernunft überschreitende Anmassung, den Protestantismus wegen seiner tief unter der Hoheit des Gewissens zurückbleibenden Bescheidenheit.« (S. 182.) Für das Volk mag die Religion vielleicht eudämonistisch wertvoll sein, sittlich notwendig wäre sie in geläuterter Gestalt vorerst für die Herrschenden . . . Zum Einzelnen kann sie kommen in der Gestalt des Trösters, dem Repräsentanten des Gesamtwillens hat sie aber die eherne Miene der unnahbaren sittlichen Majestät zu zeigen, so allein wird sie ihrer hehren Aufgabe gerecht.« (S. 187.)

In Uebereinstimmung mit diesen Sätzen verwirft der Verfasser die Religion nicht schlechtweg. Er lässt sie als die höchste Zusammenfassung notwendiger Ethik gelten oder fordert sie sogar — wie wir sehen, vornehmlich als Züglerin der Herrschenden. »Die Religion muss den Herrschenden erhalten bleiben«, könnte man seine betreffenden Ausführungen zusammenfassen. Ein erleuchtetes Reformchristentum, das in ethischer Hinsicht an die revolutionären Gedanken des biblischen Christentums anknüpft, sich rückhaltlos auf den Boden der Wissenschaft und ihrer Denkgesetze stellt, die Offenbarung verwirft und die Gottesidee nur symbolisch als Ausdruck für den Gedanken eines unerkannten, aber denkbaren Weltzweckes gelten lässt — das wären die Hauptelemente der vom Verfasser postulierten Religion. »Wohlan denn, die Religion raffe sich auf, breche mit ihrer Metaphysik, vermähle sich mit dem Wissen, verkündige ihren Gott der Liebe mit heiligem Eifer, trage Liebe und Kraft in jede Hütte, stähle die Kraft jedes moralischen Willens zu eiserner Stärke, zerre die Mächtigen der Erde von ihrem Richterstuhl — und alle Ethik wird ihr zujauchzen«, schreibt er auf S. 189. Vorher schon, auf S. 184/185, hatte es in einer Zusammenstellung der Probleme, die sich mit den Postulaten: »Bruch mit der Kirche, bezw. dem kirchlichen Autoritarismus« und »Emanzipation der Wissenschaft vom Staat« ergeben, geheissen: »Aktive Anpassung des historisch Gewordenen an unsere reifste Erkenntnis, statt der bisherigen passiven Anpassung unserer höher entwickelten Art an das historisch Gewesene . . . konkrete Leibsorge anstatt der abstrakten Seelsorge unserer Tage, besonders jedoch: Entstaatlichung dessen, wofür wir leben, und Verstaatlichung dessen, wovon wir leben [vom Verfasser unterstrichen] . . . Reform der Schule im Sinne durchgängig produktiver Bildung unter energischer Berücksichtigung des Willensmomentes, nicht nur des intellektuellen Moments bei aller Erziehung . . . Kampf gegen den Rentabilitarismus, zu dem unter sittlichen Phrasen der bisherige Militarismus der

Staaten entartet ist . . . Aufruf zu Internationalismus zum Schutz der nationalen Eigenart und des nationalen Fleisses u. s. w.«

All das ist gewiss recht radikal empfunden, und so könnten wir noch ganze Seiten mit ähnlichen, den heute herrschenden Gewalten feindlichen Tendenzen und Postulaten ausfüllen. Aber je weiter wir in der Schrift vordringen, um so weniger können wir trotz ihres Reichtums an plastisch ausgedrückten Gedanken voll innerer Wahrheit uns eines immer stärker auftretenden Gefühls der Leere erwehren. Und zwar deshalb, weil wir in Bezug auf die wissenschaftliche Begründung dieser Kriegsrufe nur scheinbar vordringen, tatsächlich uns nicht vom Flecke rühren. Der Verfasser kommt über ethische Betrachtungen und Urteile nicht hinaus, wobei sich abwechselnd sentenziöse Lehrhaftigkeit und übertreibende Deklamation einstellen, die uns nötigen, das in der Voranzeige über den Stil des Buches Gesagte einigermassen einzuschränken. Die nähere Bekanntschaft mit ihm enthüllt eine bedenkliche Geneigtheit, ins Manirierte zu verfallen und sich in tönenden Worten zu berauschen. Es ist ganz schön, dem wissenschaftlichen Rationalismus in der Moralphilosophie zu seinem Rechte gegenüber dem opportunistischen Rationalismus zu verhelfen, und es hat gewiss seinen Wert, kategorische Imperative für unser Denken und Handeln aufzustellen und zu begründen. Aber wenn Deduktion und Imperativ sich immer wieder ablösen, ohne dass wir zu den realen Kräften in Staat und Gesellschaft vordringen und aus der Analyse ihrer Natur, Entwickelung und Beziehungen über das Werden und die Natur ihres moralischen Bedürfnisses unterrichtet werden, so können die schönsten Einzelheiten das Empfinden nicht unterdrücken, dass wir uns eigentlich doch im Kreise drehen. Wir hören zu viel von der Notwendigkeit evolutionistischer Ethik und zu wenig von der Evolution der Ethik, bezw. von der Evolution ihrer soziologischen Grundlagen.

Fast alle Sätze des ethischen Programms des Verfassers sind Forderungen, für die schon mehr oder weniger lange gekämpft wird und die daher auf denjenigen, der diese Kämpfe kennt und womöglich selbst im Treffen steht, den Eindruck etwas alter Bekannter machen. Das hätte an sich nichts auf sich. Werden sie aber in einer Weise vorgetragen, als seien sie neugewonnene Erkenntnisse und fehlt die Bezugnahme auf die Wirklichkeit oder geht sie über Allgemeinheiten nicht hinaus, so kann die schönste Diktion die Erschlaffung des Interesses nicht verhindern. Manche Ausführungen des Verfassers, namentlich wo die Kirchenmoral in Betracht kommt, lesen sich, als seien sie vor mehr als einem Menschenalter geschrieben.

Zum Teil liegt der Grund des hier gerügten Fehlers in der Anlage des Buches, das die eigentliche Anwendung der gefundenen Sätze auf Politik und Wissenschaft auf den zweiten Band verschiebt, damit eine Trennung vornimmt, die den Prinzipien seiner an Wundt geübten Kritik widerspricht und den ethischen Urteilen die ihnen Realität verleihende und so auch das Interesse rege haltende soziologische Substanz entzieht. Indess gibt es für ihn noch einen anderen, in der theoretischen Auffassung des Verfassers liegenden Grund. Der Verfasser spricht, wie wir gesehen haben, ziemlich geringschätzig von der materialistischen Geschichtsauffassung. Nun mag zugegeben werden, dass diese noch nicht das letzte Wort der Erkenntnis ist oder noch nicht ihre vollendetste Formulierung erhalten hat. Als ausser Frage aber darf man es bezeichnen, dass sie die Methode der Soziologie Wege gewiesen hat, die einfach nicht mehr ignoriert werden dürfen, deren Ignorierung stets einen Rückschritt bedeuten wird. Der Verfasser aber verwirft gerade die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung, was übrigens auch der ungenügenden Durcharbeitung des eigenen naturphilosophischen Standpunktes, der ihn gerade auf sie verweisen musste, zuzuschreiben ist. Aus dieser Inkonsequenz vornehmlich erklärt sich die nach unserer Ansicht fehlerhafte Anlage des Buches.

Sie soll uns aber nicht verhindern, anzuerkennen, dass es alles in allem ein Werk ist, das niemand ohne Furcht lesen wird. Es enthält ausgezeichnete Partien, voller anregender Gedanken, mit manchmal glänzenden Entwickelungen. Das gilt insbesondere von seinen psychologischen Kapiteln, bei denen uns der prinzipielle Standpunkt wenigstens ganz unangreifbar zu sein

scheint, und die auch von eingehenden Studien Zeugnis ablegen. Was der Verfasser vom Standpunkt wissenschaftlicher Psychologie gegen die materialistische Geschichtsauffassung vorbringt, ist jedenfalls am ehesten diskutabel, wenn es auch mehr gewisse ihrer Formulierungen, wie die Sache selbst trifft. Auf S. 309 wirft Verfasser ihr vor, am Erbe der zoologischen Ethik zu kranken, an der der Materialismus der 60er Jahre litt. Zugegeben, dass etwas daran ist, so ist dies Erbe doch nicht so absolut mit ihr verbunden, dass sie ohne es ihr Wesen aufgeben würde. Andererseits erklärt er auf S. 363/364 selbst, dass wir »tatsächlich ganz wesentlich von den Produktionsbedingungen bestimmt sind.« »Aber,« setzt er hinzu, »nicht allein von den wirtschaftlichen, sondern auch von den geistigen [Produktionsbedingungen].« Ganz sicher. Wenn er jedoch weiter hinzufügt, mit $a^2 + b^2 = c^2$ habe »eine Weltrevolution« angehoben, so wird ihn der Geschichtsmaterialist wohl fragen, wie denn aber nun die Menschen zu dem geistigen Besitzstand gekommen sind, der in dieser mathematischen Formel steckt, ob er glaube, dass er ihnen aus der Luft zugeflogen sei. Wie kamen die Menschen dazu, Mathematik zu treiben, mathematische Begriffe zu bilden?

Zum Schluss noch eine Probe von der ausserordentlichen Kunst des Verfassers, überlieferte Erkenntnisse in solcher Form auszudrücken, dass sie nicht nur neu erscheinen, sondern auch bisher unbeachtete neue Wege zum Weiterausbau und neuer Verwertung ihres Gedankengehalts aufzeigen. Auf S. 422/423 schreibt er:

»Soll die soziale Frage mithin zugleich ethisch und evolutionistisch-energetisch gelöst werden, so muss man in gleicher Weise, wie man von den Gesetzen der Energetik ausgeht, ausgehen vom Satz von der Erhaltung der Freiheit, welcher besagt, dass man keine Freiheit geben kann, ohne Freiheit zu nehmen. . . . . Wie bei jedem Verhältnis, das nur die Beziehungen zweier Kontrahenten umfasst, keiner mehr haben kann, ohne dass der andere um das weniger hätte, so auch hier. Die Freiheit der ungebundenen Triebe einzuengen zum Zweck der Vorherrschaft des erkenntnisgemässen Wollens, das man sittliche Freiheit nennt, ist Aufgabe der Erziehung. Die Abhängigkeit der Menschheit von der Natur verringern durch Beherrschung und Ausnutzung der Natur, muss das Ziel aller gemeinschaftlichen Tätigkeit der Völker sein. Und endlich: Durch Einengung der Willkür Einzelner wie Repräsentanten von Gruppen die proportionale Freiheit aller zu erhöhen — in dieser Richtung wird stets alles ehrliche politische Bemühen verlaufen. Immer aber muss irgend eine Freiheit, irgend eine Ungebundenheit zerstört werden, wenn irgendwo Freiheit oder Unabhängigkeit gesteigert werden soll. Systematische Umwandlung von Naturfreiheit in Kulturfreiheit, bis durch jahrhundertelange Gewöhnung der künstliche Wille bereits zum natürlichen Willen wird, — darin ist der ganze Gang freiheitlicher Entwickelung enthalten.«

Es ist nichts grundsätzlich neues, was hier gesagt wird, aber zu wie viel fruchtbaren Gedanken gibt diese Formulierung nicht Anregung. Und an solch schönen Prägungen, die nur möglich sind, wo modernes naturwissenschaftliches Denken sich mit philosophischer Schulung vereint, ist das Buch bemerkenswert reich.

Jüdische Statistik. Herausgegeben vom »Verein für jüdische Statistik« unter der Redaktion von Dr. Alfred Nossig. Berlin 1903, Jüdischer Verlag. 452 S. gr. 8°.

Dies Sammelwerk gibt nach einer Einleitung des Herausgebers über Bedeutung, Geschichte, Aufgabe und Organisation der jüdischen Statistik eine 118 Seiten umfassende systematische Bibliographie der jüdischen Statistik, der ein Abschnitt »Statistische Arbeiten jüdischer Organisationen«, ein Abschnitt »Beiträge zur Statistik der Juden in einzelnen Ländern« und ein Abschnitt »Beiträge zur Gesamtstatistik der Juden« folgen. Der Zweck der Unternehmer war, eine Zentralstelle für die Sammlung und wissenschaftliche Bearbeitung allen statistischen Materials zu schaffen, das sich auf die Demographie der Juden bezieht. Die Bearbeitung erfolgte unter folgenden Gesichtspunkten: 1. Bevölkerungsstatistik; 2. anthropologische und ethnogra-

phische Statistik; 3. Gesundheitsstatistik; 4. Wirtschaftsstatistik; 5. Statistik des sozialen Lebens; 6. Statistik des religiösen Lebens; 7. Moralstatistik; 8. Statistik des geistigen Lebens; 9. politische Statistik (Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung zum Staat und zur nichtjüdischen Bevölkerung); 10. Vermischtes. Vereinigungen und Schriftsteller verschiedenartigster Tendenz haben sich an den Arbeiten beteiligt, bezw. Beiträge für die verschiedenen Rubriken geliefert. So ist ein Buch entstanden, das eine erstaunliche Fülle von Material in guter Anordnung darbietet; darunter eine Anzahl Aufsätze über Zahl, Lage etc. jüdischer Arbeiter verschiedener Länder oder in gewissen Städten (London, New-York, Odessa), und es darf gesagt werden, dass das Bestreben, die Wirklichkeit genau zu erkennen und darzustellen, jede apologetische Tendenz in den Hintergrund gedrängt hat. Es ist ein Werk, das dem Soziologen wie dem Sozialpolitiker sehr viel bietet.

Koigen, David. **Die Kulturanschauung des Sozialismus.** Ein Beitrag zum Wirklichkeits-Idealismus. Mit einem Vorwort von Eduard Bernstein. Berlin 1903, Ferd. Dümmlers Verlag. 134 S. 8⁰. Preis: 1,50 Mk.

»Diejenigen, welche die Hoffnung verloren haben, eine vollständig lückenlose Weltanschauung erobern zu können, ohne zugleich in Widerspruch mit dem Bestand der Wissenschaft zu geraten, haben doch die Aufgabe, sich wenigstens eine Kulturanschauung zurecht zu legen. Und eine solche tut heute sehr not.« So der Verfasser in der »Zur methodologischen Orientierung« betitelten Einleitung dieser Schrift, die, wie es ebendaselbst weiterhin heisst, bloss »ein Präludium zur Kulturanschauung der sozialistischen Lehre« sein, nur als ein Versuch betrachtet werden und lediglich die kulturphilosophische Seite der sozialistischen Kulturanschauung in Betracht ziehen will. Die kulturphilosophischen Anschauungen des übrigen Zeitbewusstseins dagegen werden vom Verfasser mehr als Folie herangezogen, »damit die aus dem Prinzip des Sozialismus gewonnene Ansicht schärfer und in ihrer Eigentümlichkeit hervortrete«. (S. 6.)

Die Kulturaufgabe des Sozialismus ist die Verwirklichung des modernen, frei bejahend schöpferischen Renaissance-Menschen, den der Verfasser nicht nur von den verschiedenen, der Vergangenheit angehörenden oder rückwärts gerichteten Menschheitstypen, sondern auch von Typen modernerer Färbung, wie z. B. dem Typus Revolutions-Menschen, scharf unterscheidet. Der Revolutions-Mensch schafft nur, soweit ihn sein auf das Zerstören oder Beseitigen gerichtetes Streben dazu nötigt. Er lebt auf Kosten der sich vollziehenden Umwertung der Werte, kraft des aus dem Himmel gestohlenen Feuers und vermöge des ihm geschehenen Unrechts, der ihn quälenden Leiden«. (S. 94.) So kann er wohl eine zeitweilig notwendige Erscheinung, aber nicht das Ideal des Kulturmenschen darstellen. Der Sozialismus finde seine Berechtigung »nicht bloss durch die Negation der bürgerlichen Kultur, sondern wesentlich durch die in ihm enthaltene neue schöpferische Lebensform«, der Sozialismus sei »in erster Linie ein »Trutz«- und erst nachher ein Schutzverband der im Fortschritt begriffenen Menschheit«. Allerdings seien während des Halbjahrhunderts, das seit ihrer Ausarbeitung verstrichen ist, die breit gedachten Horizonte der marxistischen Welt allmählich verengert worden. »Man entfaltete einen unermüdlichen Eifer, die grosse Welt zu einer kleineren zu machen, und Schritt auf Schritt diese oder jene Sphäre des Lebens zur »Privatsache« Einzelner herabzusetzen. Aber ohne ein Bündnis der sozialistischen Idee mit der ihr verwandten Renaissanceauffassung des Kulturlebens gehe »dem Sozialismus sein idealistischer Schwung aus, und, was von grösserer Tragweite ist, seine tiefere philosophische Basis verloren, hört er auf, der kulturelle Sorgenbrecher und geistige Sammelpunkt des historisch-schöpferischen Lebens zu sein und bricht mit seiner erhabenen Tradition, der allmenschlichen Wiedergeburt«. (S. 120/121.) Im Gegenteil reiche gegenüber den Vorboten der neuen Zeit das der Popularität sich erfreuende sozialistisch-marxistische Prinzip nicht mehr aus, hat »das neue, der Epoche genügende sozialistische Prinzip mit allen ernsthaften Fragen des kulturellen Daseins zu rechnen und ein allgemeines Verhalten zu ihnen auszuarbeiten.

Es schickt sich durchaus nicht mehr, beispielsweise ein solch brennendes Lebensproblem, wie das sogenannte Verbrechertum, damit abzutun, dass man es einfach auf das Konto der feudalistisch-bürgerlichen Gesellschaftsordnung schreibt. Es geht durchaus nicht an, dass man . . . die Entwickelung des sozialen Rechtsbewusstseins ruhig den künftigen Zeiten überlässt und, wo man es mit hierher gehörigen Problemen zu tun hat, nach blosser Eingebung entscheidet«. (S. 125.) Möge man dem Verfasser nicht mit der Anklage auf Utopismus, diesem »Vorwurf der Kurzsichtigen«, gegenübertreten. »Nur die halben, feigen, vorsichtigen »Utopien« sind immer von vornherein zum Tode verurteilt. Die radikale Utopie trägt ständig den Sieg davon, und sie bewährt sich unter den Lebenden . . .« (S. 129.)

Soviel zur Kennzeichnung des Geistes der Schrift. Von ihrer Wertung wird angesichts des Umstandes abgesehen, dass der Schreiber dieses bis zu einem gewissen Grade an ihrer Herausgabe beteiligt war.

Nationalsozial. Protokoll über die **Verhandlungen des nationalsozialen Vereins** (VIII. Vertretertag) zu Göttingen am 29. und 30. August 1903. Berlin-Schöneberg 1903, Buchverlag der Hilfe. 56 S. 8°. Preis: br. 35 Pfg.

Das Protokoll des Kongresses, der die Auflösung des Hauptvereins der Nationalsozialen beschloss. Dem Beschluss lag die Erkenntnis zu Grunde, dass der Gedanke, eine nationalsoziale Partei zu bilden, welche der sozialdemokratischen Partei ernsthaft den Boden streitig machen könne, unter den derzeitigen Verhältnissen in Deutschland aussichtslos sei. Andererseits entsprach es nicht dem Geschmack des Führers des Vereins, Pfarrer Naumann, und seiner Freunde, nach Art der englischen Fabier eine reine Propagandagesellschaft zu bilden, die es inren Mitgliedern freistellt, denjenigen politischen Parteien beizutreten, in deren Reformen sie am besten für ihre Grundsätze wirken zu können glauben. Die Auflösung ist vielmehr das Vorspiel des Uebertritts der Mehrheit der Mitglieder zur freisinnigen Vereinigung und einer Minderheit zur Sozialdemokratie. Die Debatten des Kongresses drehen sich vornehmlich um diese letzte Frage.

Rusticus. Arbeitsteilung und Kulturfortschritt speziell in gewissen landwirtschaftlichen Konsekutiv-Gewerben. Ein Wort über die Abhängigkeit sozialer Verhältnisse von den Lebensinteressen einzelner Berufsstände. Berlin 1902, Herm. Walther. 30 S. 8°. Preis: 60 Pf.

Eine Propagandaschrift für die genossenschaftliche Organisation des Absatzes und der Verarbeitung derjenigen landwirtschaftlichen Produkte, die als Nahrungsmittel in den Konsum des Volkes eingehen. Die »unmittelbarste« Folge dieser Ausmerzung von Händlern und verarbeitenden Privatunternehmern werde eine staunenswerte Billigkeit aller Nahrungsmittel und Beseitigung der Leutenot auf dem Lande sein. Viele in der Industrie der landwirtschaftlichen Konsekutiv-Gewerbe freiwerdenden Arbeitskräfte werden . . . zur Urproduktionstätigkeit, zur Landwirtschaft zurückkehren, die Leutenot zu einer Epoche gehören, an die der Landwirt nur noch zurückdächte. Die Profite, welche die Bäcker angeblich jetzt machen, werden zahlenmässig vorgerechnet, sie ergeben für den Durchschnittsbäcker einen jährlichen Gewinn von 7528 Mark, abzüglich sonstiger kleiner Unkosten. Da von Ausgaben für Miete, Arbeitslohn u. s. w. in der Rechnung nirgends die Rede ist, wird man sie wohl zu den sonstigen kleinen Unkosten zu rechnen haben, womit der Wert der Rechnung zur Genüge gekennzeichnet ist. Die Schrift ist wissenschaftlich wertlos.

Schmoller, Gustav. **Ueber das Maschinenzeitalter in seinem Zusammenhang mit dem Volkswohlstand und der sozialen Verfassung der Volkswirtschaft.** Vortrag, gehalten in der Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure zu München am 30. Juni 1903. Berlin 1903, Julius Springer. 30 S. 8°. Preis 60 Pf.

Ein recht gehaltvoller Vortrag, der die gewaltigen Umwälzungen, welche die moderne Technik in Bezug auf die Struktur, die Produktions- und Verkehrsverhältnisse, sowie den Reichtum der Gesellschaft bewirkt hat, eindrucksvoll vorführt. Neben den Lichtseiten werden auch die Schattenseiten des Bildes gewürdigt. Der bis ins Märchenhafte gesteigerten Produktivität gewisser Produktionszweige wird die langsame, mit steigenden Produktionskosten verbundene Produktivitätssteigerung anderer, der ungeheueren Vermehrung der Produkte, die geringe Verbilligung der Lebensmittel des Volks, der beispiellosen Zunahme und Erleichterung des Verkehrs die heillose Zunahme der Unsicherheiten und Erschwerungen des Daseinskampfes gegenübergestellt. »An vielen Punkten der Volkswirtschaft hat der grosse technische Fortschritt,« heisst es auf Seite 17, »nur die steigende Schwierigkeit der wirtschaftlichen Produktion und Existenz, die sich aus dichterer Bevölkerung ergibt, ausgeglichen; er hat sogar teilweise nur die Verteuerung etwas ermässigt.« Die gegen früher verbilligten Posten im Budget eines Arbeiters, kleinen Beamten u. s. w. machen vielleicht 20 bis 40 Prozent, die gleich teuer gebliebenen oder wenig verbilligten, sowie die verteuerten 80 bis 60 Prozent des Gesamteinkommens aus (S. 18). Die Menschen arbeiten in ihrer grossen Masse heute »fleissiger, emsiger, atemloser als je früher.« Die grosse technische Revolution habe nicht nur nicht alle Menschen mit Wohlstand und Ueberfluss versehen, Schmoller leugnet auch »noch mehr, dass sie bei der Mehrzahl der Menschen das subjektive Glücksgefühl im Durchschnitte gesteigert habe.« Sie »musste es eher vermindern, weil sie die Ruhe, das Behagen althergebrachter Zustände störte, das Ringen und Kämpfen vermehrte.« Sie habe »mit den Kämpfen sogar das wirtschaftliche Lebensniveau ganzer Klassen herabgedrückt.« (S. 19.) Aber bei alledem glaubt Schmoller behaupten zu können, »dass die grosse Mehrzahl doch heute besser und gesicherter, reichlicher lebt, dass die Schicht der Reichen, der Wohlhabenden und der Gebildeten viel grösser ist, als früher.« Und »es leben heute 3000 bis 8000 Menschen auf der Geviertmeile, wo früher 600 bis 1500 sich kümmerlich und unsicher nährten.« (S. 19/20.)

Wenn »das Bild der neuen Volkswirtschaft nirgends freundliche Harmonie und Ruhe, sondern Kampf und Reibung ist: Kampf zwischen den Völkern um Welthandel und Absatz, Kampf zwischen den sozialen Klassen um Besitz und Einkommen, Recht und Gesetzgebung, Macht und Bildung«, wenn politische und wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter das Problem der Gegenwart »erschwert, die Reibungen und Kämpfe vermehrt« haben, und die Jetztzeit sich damit »das Ziel unendlich höher gestellt« hat, so sieht sich Schmoller nichtsdestoweniger in der Lage, ausrufen zu können: »Wir werden die Kraft haben, es zu erreichen« (S. 24). Die Arbeiter hätten gegen die Epoche von 1750 bis 1850 so viel bessere Löhne, seien geistig so vorgeschritten, dass sie sich »doch zuletzt im Staate des gleichen Stimmrechts, der Koalitionsfreiheit, des Arbeiterschutzes wieder zurechtfinden, sich der neuen Gesellschaft lernen werden, friedlich und ohne zu viel Reibung einzufügen.« Die Maschine »hat uns so wohlhabend gemacht, dass wir den freien Arbeiter so erziehen, so lohnen, ihm ein solches Kulturniveau bieten können, dass politisch und wirtschaftlich mit ihm auszukommen sein wird.« (S. 25.) Gewiss sei es noch nicht so weit, es werde auch resultatlos bleiben, heute dem Sozialdemokraten, dem organisierten Arbeiter seine Ideale und seine Führer nehmen zu wollen, ihn von innen heraus versöhnen zu wollen. Er sei nur zu versöhnen, »wenn man ihm zunächst seine Utopien lässt, aber praktisch mit ihm paktiert und verhandelt . . . ihm seine Arbeiterberufsvereine, sein Koalitionsrecht anerkennt, aber zugleich durch Ausbildung von Schiedsgerichten, durch Tarifverträge, durch ein gerechtes Gesetz über die Arbeiterberufsvereine die Schattenseiten des Koalitionsrechts einschränkt.« (S. 28.) Die Versöhnung werde dadurch erleichtert, dass die grossen Geschäfte als Aktiengesellschaften etc. immer mehr von Kollegien und Beamten, statt von Einzelindividuen mit ihren Leidenschaften regiert werden. Die grossen Unternehmungen erhalten immer mehr den Charakter halb öffentlicher Anstalten und in ihrer Leitung werden immer mehr neben den geschäftlichen auch grosse soziale Gesichtspunkte Platz greifen. Je mehr sie Monopolstellung hätten, um so besser könnten sie für ihre Leute

sorgen. So werde in freilich langer Arbeit »die soziale Spannung ermässigt werden, die heute auf uns lastet«. (S. 29.)

Wir begnügen uns mit diesem zusammenfassenden Referat. Abgesehen von den allgemeineren Einwänden gegen die Zukunftsdiagnose, die sich aus der theoretischen Gegnerschaft ergeben, hätten wir auch gegen verschiedene Einzelheiten des Gegenwartsbildes Vorbehalte zu machen. Dagegen müssen wir anerkennen, dass die Darstellung der Beziehungen von Technik, Wirtschaft und allgemeiner Kultur in der Entwickelungsgeschichte die Hauptmomente vortrefflich zusammenfasst.

Stammhammer, Josef. **Bibliographie der Finanzwissenschaft.** Jena 1903, G. Fischer. (VI, 415) 4°. Preis: 12 Mk.

Der stattliche Band, der uns vorliegt, ist nicht die erste bibliographische Publikation des verdienstvollen Bibliothekars des Juridisch-politischen Lesevereins in Wien. Seine Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus, deren erster Band 1893, der zweite 1898 erschienen ist, dürfte den meisten Lesern dieser Zeitschrift bekannt sein; auch seine 1896 erschienene Bibliographie der Sozialpolitik ist ein von allen Theoretikern und Praktikern der Sozialpolitik hochgeschätztes Hilfsbuch. Sie ermangeln wohl nicht der Fehler. Die nicht konsequente Einhaltung der gezogenen Grenzen, die alphabetische Anordnung der Buchtitel statt der sachlichen Gruppierung, manche Lücken sowohl in der Mitteilung der Titel als auch in der Berücksichtigung von Autoren etc. tun ihrem Werte Abbruch; trotzdem kann sie keiner entbehren, der auf diesen Gebieten der Sozialwissenschaft tätig ist.

Die alphabetische Anordnung der Titel konnte in der Bibliographie des Sozialismus noch akzeptiert werden, da es nicht ohne Wert ist, die Schriften eines sozialistischen Autors neben einander aufgezählt zu finden. Doch bereits in der Bibliographie der Sozialpolitik machten sich die Nachteile der alphabetischen Anordnung stark fühlbar; denn hier handelt es sich dem Benützer viel mehr um Spezialfragen, als um Personen. Der Gebrauch der Bibliographie der Finanzwissenschaft wäre durch Aufrechterhaltung der alphabetischen Ordnung vollends verleidet worden, da auf diesem Gebiete Jeder rein durch sachliche Gesichtspunkte geleitet wird und in der Regel bloss die Literatur einer beschränkten Spezialfrage sucht. Von diesem Standpunkte bedeutet nun Stammhammers neueste Publikation einen ganz wesentlichen Fortschritt gegen seine früheren Arbeiten, denn er gab endlich dem Drängen seiner Kritiker nach und ordnete sein Material — statt alphabetisch — nach den Materien.

So hoch der Wert dieser Aenderung auch anzuschlagen ist, haften auch dem neuen Bande Stammhammers Fehler an, die vielleicht zu vermeiden gewesen wären. Die den Bibliographien des Sozialismus und der Sozialpolitik beigegebenen Sachregister verrieten bereits, dass Stammhammer sich nicht durch einheitliche Grundsätze leiten lässt und dass seine Systematik den wissenschaftlichen Ansprüchen nicht immer gerecht wird. In beiden Bänden finden sich Schlagwörter, die nicht hingehören, in beiden — namentlich in der Bibliographie der Sozialpolitik — fehlen wichtige Materien. Das konnte dort nachgesehen werden: ist doch der Begriff der Sozialpolitik in der Wissenschaft heute noch nicht allgemein gültig festgestellt, und wie der Sprachgebrauch, so schwankte auch Stammhammer zwischen den verschiedenen Bestimmungen, bezw. den durch sie gegebenen Grenzen. Demgegenüber ist die Finanzwissenschaft ein abgeschlossenes Gebiet, ein feststehender Begriff. Wir verstehen unter Finanzwissenschaft »die Darstellung der Grundsätze, nach denen der Staat und anderen öffentlichen Körper (Gemeinde, Kreis, Provinz etc.) die zur Erreichung ihrer Zwecke nötigen Mittel beschaffen und verwenden«. (K. Th. Eheberg im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., Bd. 3, S. 1012.)

Stammhammer hält sich nicht konsequent an diese, allgemein gültige Bestimmung. Er schliesst z. B. die Zollpolitik aus, unserer Ansicht nach mit Recht, denn die Zölle kommen heute zu allerletzt vom staatsfinanziellen Standpunkte in Betracht;*) hingegen wird das Post-, Telegraphen- und Fernsprech-

*) Wir erlauben uns die Bemerkung, dass wir in diesem Punkt die Ansicht unseres geschätzten Mitarbeiters nicht teilen. Red. der Dok.

wesen in die Bibliographie aufgenommen, »da in den meisten Werken über diese Materien neben der verkehrspolitischen auch die finanzielle Seite berücksichtigt wird«. Wenn wir aber dieses als Begründung akzeptieren, so dürfte kaum ein Gebiet der öffentlichen Verwaltung fehlen. Es wäre viel angebrachter gewesen, wenn Stammhammer dem Munizipal-Sozialismus ein Schlagwort gewidmet hätte. Das liesse sich besser begründen: die moderne kommunalpolitische Richtung wird den von den Gemeinden geschaffenen und verwalteten Einrichtungen, wie Strassenbahnen, Beleuchtungsanlagen, Backstuben etc. bald diejenige Stellung im Gemeindehaushalt zuweisen, die einst — und teilweise heute noch — im Staatshaushalte die staatlichen Monopole und Regalien einnahmen. Es ist lebhaft zu bedauern, dass Stammhammer dieser Entwickelung keine Rechnung trug. Muss es nicht befremden, in einem Werke des Verfassers der Bibliographien des Sozialismus und der Sozialpolitik nach der Literatur dieser Materien, oder z. B. der der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses (unearned increment) etc. vergeblich suchen zu müssen?

Fehlen manche wichtige Schlagworte, so sind andererseits viele überflüssig. Es sind das teils ganz zufällige, wie z. B. Bauernexpropriation (unter welchem Schlagwort ein Aufsatz aus der neuen Zeit eingereiht ist), oder in ein anderes Wissensgebiet gehörige, wie z. B. Einkommen, oder aber es sind Varianten derselben Begriffe. Es ist unserer Ansicht ganz unmotiviert, in einer Bibliographie Abgaben und Steuern, Arbeitsgewinn — Arbeitslohn — Besoldungssteuer, Besitzsteuer — Vermögenssteuer, Besteuerungsrecht — Steuerregal — Steuerpflicht, Church rates — Kirchensteuer, Kommunalaufschlag — Kommunalbesteuerung (Aufbringungsmodus) — Zinsenreduktion, Death duties — Erbschaftssteuern, etc. etc. zu unterscheiden. Dies bewirkt eine unangenehme Zersplitterung des Materials, dem durch Befolgung einer einheitlichen Terminologie leicht hätte vorgebeugt werden können. Bei dem schwankenden wissenschaftlichen Sprachgebrauch ist es doch reiner Zufall, ob bei diesem Vorgehen ein Werk unter Konversion oder unter Zinsenreduktion eingereiht wird. Selbst dann, wenn die Wissenschaft nahe verwandte Begriffe konsequent auseinander hält, sollte sich der Bibliograph daran nicht gebunden fühlen. So ist es unseres Erachtens übertrieben, wenn Stammhammer zwischen der Accise und Konsumsteuer unterscheidet. Accise im Sinne einer allgemeinen Staatssteuer ist heute ein rein geschichtlicher Begriff, den aber die wenigsten Finanzhistoriker von dem Begriff der Konsumsteuer trennen; beide werden sowohl von der Theorie als von der Praxis als vollkommen gleichbedeutend angewandt. Die solcherart sehr fühlbare Zersplitterung des Materials hätte durch zahlreich angebrachte Verweisungen ausgeglichen werden müssen, doch fehlen Verweisungen oft auch dort, wo das Nachschlagen unter dem verwandten Schlagwort nicht ganz naheliegt. Ob jemand, den das Schlagwort Affichierungsstempel nicht befriedigt, an den verwandten Zeitungsstempel denken wird, oder bei Asse ecclesiastico an Kirchengüter als Staatseigentum u. dgl. m., ist wohl nicht immer vorauszusetzen.

In diesen Mängeln der Gruppierung sehe ich den Hauptfehler dieser, sowie der früheren bibliographischen Publikationen Stammhammers. Dennoch ist die Bibliographie der Finanzwissenschaft eines der nützlichsten und verdienstvollsten Bücher, das weder der Theoretiker noch der Praktiker entbehren kann. Wir staunen über die Fülle des Materials, das — trotz der unvermeidbaren Lücken — von einem seltenen Fleiss und von einer, nur die Begeisterung erhaltbarer Ausdauer zeugt. Als sehr willkommene Beigabe begrüssen wir die den Band abschliessenden Register: ein alphabetisches Autoren- und ein alphabetisches geographisches Register; sie sind mit grosser Sorgfalt bearbeitet und tragen wesentlich zur leichteren Benutzbarkeit des Bandes bei.

e. sz.

Sigel, Walther. **Der gewerbliche Arbeitsvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.** Stuttgart 1903, J. B. Metzlerscher Verlag. 192 S. gr. 8°. Preis 4 Mk.

Der Verfasser, Vorsitzender des Gewerbe- und Gemeindegerichts Stuttgart, bemerkt im Vorwort zu dieser Schrift, sie sei schon nahezu zu zwei Dritteln vollendet gewesen, als der erste Band von Lotmars grossem Werk

über den Arbeitsvertrag erschien. Einen Augenblick habe er nach Lesen des ausgezeichneten Werkes daran gedacht, nun seine Arbeit, die sich mit jenem nicht messen könne, hübsch für sich zu behalten. Jedoch habe er sich in der Erwägung alsdann zu ihrer Fertigstellung entschlossen, da auch der Praktiker den Versuch machen darf und soll, eine wissenschaftliche Verarbeitung seiner Studien und Erfahrungen zu veröffentlichen. Die gewerbegerichtliche Praxis werde »den Nutzen davon haben, wenn die sie interessierenden Streitfragen so viel als nur möglich besprochen werden«. Bisher hätten die Praktiker in ihren für den Laien verfassten Schriften über den gewerblichen Arbeitsvertrag von der Heranziehung und Besprechung der juristischen Literatur fast ganz abgesehen. Diese Lücke habe Verfasser ausfüllen wollen, und damit sei der Rahmen gegeben, innerhalb dessen sich seine Ausführungen zu bewegen haben.

Damit, möchten wir hinzufügen, auch der Anspruch des Buchs, nicht nur als Ersatz des Lotmarschen Werkes für Praktiker zu gelten — denen dieses zu umfangreich und zu stark mit kritischen Auseinandersetzungen ausgerüstet ist, sondern auch einen Platz neben ihm als Ergänzungsschrift für den wissenschaftlich Arbeitenden zu erhalten. Wir sagen ausdrücklich als Ersatz von Lotmars Werk für den Praktiker, denn wenn dieses auch vor allem als theoretische Leistung glänzt, so ist damit kein Gegensatz zur Literatur der Praxis ausgesprochen: wahre Theorie kennt solchen Gegensatz nicht; je bedeutender eine theoretische Leistung, um so mehr wird der Praktiker bei ihr auf seine Rechnung kommen; unfruchtbar ist nicht die Theorie, sondern nur die fälschlich für sie gehaltene unrealistische Spekulation. Andererseits ist aber auch die nach wissenschaftlichen Regeln ausgeführte Bearbeitung der Praxis ein Stück Theorie, insbesondere, wenn die ihr zu Grunde liegende Materie, wie hier, selbst schon abgeleiteten Charakters ist. Gleich das erste Kapitel des Werks, worin der Verfasser den Begriff des gewerblichen Arbeitsvertrags festzustellen sucht, erweitert sich zu einer, wenn auch knapp gefassten theoretischen Betrachtung. Das bürgerliche Gesetzbuch kennt den Begriff Arbeitsvertrag nicht, sondern hat für Verträge, die sich auf menschliche Arbeitsleistungen beziehen, Bezeichnungen, wie Dienstvertrag, Werkvertrag, Auftrag u. s. w. Unter welchen dieser Begriffe fällt, oder welche unter diese Begriffe fallenden Verträge umfasst der gewerbliche Arbeitsvertrag? Auch die Gewerbeordnung, die in einer Reihe von Paragraphen vom gewerblichen Arbeiter handelt, gibt keinen genügenden Anhalt für eine genaue Begriffsbestimmung. Der Verfasser löst das Problem unseres Erachtens glücklich dadurch, dass er die soziale Abhängigkeit als das Merkmal bezeichnet, das einen Dienst-, Werk- u. s. w. Vertrag zu einem gewerblichen Arbeitsvertrag stempelt. Sehr gut heisst es in dieser Hinsicht auf S. 5: »Der Schlüssel zur Lösung der Frage ist weniger auf dem Gebiete der juristischen Dialektik als in der sozialen Bedeutung des Arbeitsvertrags zu finden.« Weiter auf S. 7 bei Behandlung des Unterschieds zwischen Dienstvertrag und Werkvertrag: »Das Schlagwort von der Arbeit als solcher ist nun aber für die jetzige Zeit unbrauchbar . . . Den Unterschied beider Verträge kann man . . . nur finden, wenn man ihre sozialen Funktionen ins Auge fasst.« Und bei Behandlung des Stück- oder Akkordlohnvertrags, der kein reiner Dienstvertrag, aber sicher auch kein Werkvertrag im Sinne des B.G.B. ist, weist der Verfasser nach, dass der Gesetzgeber hier in nicht genügender Würdigung der wissenschaftlichen Bedeutung dieser Art Arbeitsvertrag eine Unterlassungssünde begangen hat und es daher der rechtsprechenden Praxis anheimfällt, auf diesem Gebiet »mehr Recht zu schaffen, als anzuwenden.« (S. 10.)

Wir verzichten auf weitere Beispiele von Bemerkungen des Verfassers, die in die Theorie des Arbeitsvertrages eingreifen, und geben im Folgenden die Titel einiger der Paragraphen, in welche die Schrift eingeteilt ist: Begriff des gewerblichen Arbeitsvertrags; Dienst- und Werkvertrag; Arten des gewerblichen Arbeitsvertrags; Der Abschluss des gewerblichen Arbeitsvertrags; Der Grundsatz der Vertragsfreiheit; Die Unmöglichkeit der Leistung; Die Arbeitsleistung; Die Vergütung; Die Aufrechnung; Lohneinbehaltung, Lohnverwirkung und Geldstrafen; Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Ein ausgeprägter sozialpolitischer Standpunkt kommt in der Schrift nicht zum Ausdruck; sie liefert eine Darstellung des rechtlichen Charakters und der Rechtsgrundlagen des gewerblichen Arbeitsvertrags in der modernen Gesellschaft, aber sie liefert keine Kritik seiner sozialpolitischen Grundlagen und Wirkungen. Wenn der Verfasser in seinen Urteilen sich einer strengen Neutralität befleissigt, so lassen verschiedene Stellen doch klar erkennen, dass es die Neutralität eines Vertreters der heutigen Produktionsordnung ist. Von Lotmars sozialpolitischem Geist ist sein Buch unangesteckt geblieben. Aber als Rechtserklärung bleibt es darum doch lesenswert und kann insbesondere Arbeitersekretären und Gewerbegerichtsbeisitzern gute Dienste leisten.

Sozialdemokratie. Bericht des **Partei-Vorstandes** und der **Vertrauensperson der Genossinnen** Deutschlands und Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der **Reichstags-Fraktion** an den **Parteitag zu Dresden** 1903. Berlin 1903, Buchhandlung Vorwärts. 108 S. gr. 8°.

Der Bericht kann von allen Gebieten der Parteitätigkeit günstiges berichten. Voran stehen die glänzenden Erfolge der Partei bei den Reichstagswahlen vom 16./25. Juni 1903, die der Partei 81 Mandate und über drei Millionen Stimmen brachten. Erfolge bei Landtags- u. s. w. Wahlen wurden erzielt in Württemberg, Hessen, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt, Anhalt-Dessau, Elsass, Bremen. In Schwarzburg-Rudolstadt ist der Sozialdemokrat Winter Vizepräsident des Landtags. Aus den Ortschaften Altenburg, Braunschweig, Durlach, Furtwangen, Leipzig, Solingen, Stettin, Triberg werden besonders erfreuliche Erfolge bei Gemeinderatswahlen gemeldet, desgleichen weiss der Bericht von vielen Erfolgen der sozialistischen Arbeiterschaft bei Gewerbegerichtswahlen zu erzählen. Einen grossen Aufschwung nahm die sozialistische Presse, voran der Vorwärts, dessen Abonnentenzahl auf 78 500 stieg und der im Geschäftsjahr Juli 1902 bis Ende Juni 1903 einen Gewinn von 72 338 Mark erzielte. Die nächststarke Verbreitung haben das Hamburger Echo mit 37 400 und die Leipziger Volkszeitung mit 30 000 Auflage. Der Kassenbericht der Partei weist eine Einnahme von 628 247 Mark und eine Ausgabe von 554 212 Mark auf, auf beiden Seiten eine gewaltige Steigerung im Verhältnis zu früheren Jahren, die wesentlich, aber nicht ausschliesslich durch den Wahlkampf verursacht wurde, den die Partei in diesem Jahr zu bestehen hatte. An Unterstützungen für die Parteipresse verausgabte die Parteileitung 31 286 Mark, davon 2700 Mark für die Organe auswärtiger Bruderparteien. Die Buchhandlung Vorwärts hatte einen Umsatz von 246 000 Mark; sie liess rund 2½ Millionen sozialistischer Flugschriften und Broschüren in eigenem Verlage erscheinen und verbreitete ausserdem rund eine Million Flugschriften aus anderen sozialistischen Verlagsgeschäften.

Der Bericht der Reichstagsfraktion behandelt besonders ausführlich den Kampf gegen die Zolltarifvorlage und die Debatten über die Kinderschutz- und die Krankenversicherungsnovelle. Auf S. 100 findet der Leser Berichte über die von der sozialdemokratischen Fraktion an die Reichsregierung gerichteten Interpellationen, auf S. 104/105 eine Zusammenstellung der von der Fraktion eingebrachten Initiativ-Anträge.

Die Broschüre ist vorzüglich ausgestattet, nur fehlt ein Inhaltsverzeichnis.

Sozialdemokratie, Die Gründung der deutschen. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903. Leipzig 1903. Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Zweite Auflage. 64 S. 8°. Preis: 40 Pf.

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig auf Betreiben Ferd. Lassalles der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Nicht buchstäblich, aber dem Wesen der Sache nach kann man diesen Tag als den Geburtstag der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands bezeichnen. Was hinter ihm

zurückliegt, waren zerstreute Ansätze und Keime gewesen, schwache Setzlinge, die keinen Sturm zu überdauern vermochten. Erst mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erhielt die Bewegung einen bestimmten politischen Charakter, der ihr innere Festigkeit verlieh. Materiell wurde dies durch den Umstand ermöglicht, dass die Arbeiterklasse zu grösserer sozialer Ausbildung gediehen war, und sich dem alten Handwerkertum immer mehr entrang. Das geistige Rüstzeug lieferte der neuen Bewegung Ferdinand Lassalle.

Die Festschrift, welche die Sozialdemokratie Leipzigs dem denkwürdigen Tage zu seiner vierzigsten Wiederkehr widmet, schildert in Aufsätzen von August Bebel, Julius Vahlteich, Franz Mehring und Gustav Jaekh die Vorgänge, welche mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Verbindung stehen, die geistige Verfassung der Arbeiterschaft zur Zeit dieser Gründung, sowie die Entwickelung der Leipziger Arbeiterbewegung in den zwei Epochen 1862 bis 1867 und 1868 bis 1878. Sie bildet so einen wetrvollen, viele interessante Einzelheiten erbringenden Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der auch für den Kulturhistoriker von nicht geringem Interesse ist. Porträts einer grösseren Anzahl von Persönlichkeiten, die in der geschilderten Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt, und Abbildungen der für sie historischen Gebäude zieren die schon in zweiter Auflage vorliegende Festschrift.

2. In französischer Sprache.

Tschernischewsky, N. G. **La possession communale de Sol.** Traduction et notice biographique de Mme. E. Larau-Tamarkine. Paris, Librairie G. Jaques. 265 S. 8⁰. Preis: 3 Fr. 50 cts.

Ein für die politische Oekonomie als solche ziemlich wertloses und doch ungemein fesselndes und lehrreiches Buch. Es besteht aus Aufsätzen, die der berühmte russische Denker Ende der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geschrieben hat, als in Russland die Bauernemanzipation auf der Tagesordnung stand. Damals wurde die Frage lebhaft erörtert, ob man zugleich mit der Bauernbefreiung auch die Dorfgemeinschaften auflösen und den Grund und Boden, der bis dahin von diesen Gemeinden als Gemeineigentum bewirtet wurde, in Privateigentum überführen, das heisst aufteilen sollte oder nicht. Ein Teil der Oekonomen von Fach traten unter dem Einfluss des damals in Westeuropa dominierenden Manchesterliberalismus für das Erstere, die russischen Slowophilen für das Letztere ein. Die Ersteren erklärten die Umwandlung des Grund und Bodens in Privateigentum für notwendig, um eine Hebung der noch tief darniederliegenden Landwirtschaft herbeizuführen, die Slawophilen erblickten im Kommunismus der Dorfgemeinschaften eine besondere Eigentümlichkeit des russischen Volkslebens, durch welche Russland sich weit über das vom Individualismus zerrüttete Westeuropa erhebe und die deshalb unbedingt erhalten werden müsse. Tschernischewsky wandte sich gegen beide. Auch er wollte das kommunale Bodeneigentum erhalten wissen, aber er verwarf die Argumente der Slawophilen als ganz und gar unwissenschaftlich. Er wies ihnen nach, dass der gemeinschaftliche Grundbesitz, beziehungsweise die Dorfgemeinschaft keine spezifisch russische Eigentümlichkeit sei, sondern sich bei allen Völkern auf einer gewissen frühen Stufe der Entwickelung vorfinde, und dass, wenn sie sich in Russland länger erhalten habe, dies wesentlich der durch eine Kette von Ursachen bewirkten ungemein langsamen allgemeinen Entwickelung Russlands zu verdanken sei. Gegenüber den Oekonomen aber verfocht er die Ansicht, dass nicht der kommunale Grundbesitz schlechtweg, sondern die auf den Dorfgemeinschaften ruhenden Lasten, die schlechten Verkehrsmittel, die geringe Dichtigkeit der Bevölkerung, der Mangel an Städten u. s. w. für den niedrigen Stand der Landwirtschaft in Russland verantwortlich sei; die Dorfgemeinschaft sei im Gegenteil geeignet, die Durchführung landwirtschaftlicher Verbesserungen zu erleichtern. Das Privateigentum an Grund und Boden sei nur eine Zwischenform der Ent-

wickelung, die höchste Form der Entwickelung sei gemäss einem von der deutschen Philosophie (Schelling, Hegel) nachgewiesenen Entwickelungsgesetz, das sich überall in der Natur und Geschichte offenbare, der frühesten Form analog, in Bezug auf den Grund und Boden also der Form des Gemeineigentums. Doch sei es ein Aberglaube, anzunehmen, dass alle Völker in gleicher Weise alle Stadien der Entwickelung durchmachen müssten. Ein Volk könne sehr gut auf Grund der Erfahrungen anderer Völker den Gang seiner Entwickelung abkürzen; wie auf dem Gebiet der geistigen Erziehung und der sonstigen kulturellen Entwickelung es nicht nötig sei, dass jedes Volk am eigenen Körper die langsame Entwickelung der Menschheit wiederhole, so auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwickelung. Es komme nur darauf an, dass der Staat gehörig eingreife. Die Anschauung, dass der Staat sich nicht in das Wirtschaftsleben einmischen dürfe, sei ebenfalls ein Aberglaube, die falsche Verallgemeinerung eines für gewisse Verhältnisse und innerhalb bestimmter Grenzen berechtigten Gedankens.

In alledem liegt nichts für die Gegenwart prinzipiell Neues, so neu es für Russland zur Zeit gewesen sein mag, wo Tschernischewsky schrieb. Und so könnte die Frage aufgeworfen werden, ob es wirklich der Mühe wert war, diese Stücke einer vor einem halben Jahrhundert in Russland gepflogenen Polemik dem westeuropäischen Publikum vorzuführen. Dies um so mehr, als die Agrarfragen, mit denen wir es in Westeuropa zu tun haben, von denen des damaligen Russland ganz und gar verschiedene sind, wir also substantiell so gut wie nichts aus dem Buch lernen können. Es ist aber die auszeichnende Eigenschaft der Arbeiten wirklich bedeutender Denker, den Reiz der Jugend niemals zu verlieren. Es ist nicht sowohl das Was als das Wie ihrer Darlegungen, das diesen den Stempel ewiger Frische aufdrückt. Wie wir die Philosophen des Altertums immer wieder von Neuem mit Vergnügen zur Hand nehmen und uns an dem Scharfsinn ergötzen und schulen, mit dem sie Fragen erörterten, die für uns gegenstandslos geworden sind, wie wir aus den Schriften der Humanisten immer wieder neue Anregung schöpfen, die Kontroversen der Aufklärer um längst entschiedene Fragen mit einer Spannung lesen, als ständen wir noch mitten im Streit, so auch mit den Abhandlungen, aus denen dieses Buch besteht. Sie bereiten dem Leser einen aussergewöhnlich hohen geistigen Genuss. Es geht durch sie ein sokratischer Zug. Sie verbinden einen tiefen Ernst in der Sache mit einer entzückenden Ironie im Ton. Die Dialektik ist ebenso originell wie scharf, die Beweisführung voller interessanter Beispiele aus allen Wissensgebieten. Obgleich er bestreitet, Hegelianer zu sein, handhabt Tschernischewsky die Hegelsche Dialektik mit einer Virtuosität und Eleganz, die wahrhaft überwältigend wirken. Kosmologie und Biologie, Oekonomie und Philologie, Kriegswissenschaft und Rechtsphilosophie — sie alle müssen heran, um die Richtigkeit des Schelling-Hegelschen Satzes zu beweisen, dass »in Bezug auf die Form die höchste Stufe der Entwickelung dem Ausgangspunkt ähnelt« (S. 15) oder um den von Tschernischewsky selbst geprägten Satz zu erhärten, dass »der Superlativ umgekehrt auf die Form einwirkt, wie der einfache Positiv«. (S. 38.) Freilich kann auch die meisterhafteste Handhabung dieser Dialektik uns nicht mehr über die Fallstricke hinwegtäuschen, die sie dem ihr Vertrauenden legt, und manche Beispiele Tschernischewskys bestechen mehr als sie beweisen. Aber die Aufsätze entstammen einer Epoche revolutionären Dranges in Russland, es war ein Frühling geistigen Lebens, der sie hervorrief, und diesem Frühling, dieser Zeit revolutionärer Kritik, entsprach die Hegelsche Dialektik, wie Tschernischewsky sich ihrer bedient. Es atmet alles Hoffnung, Begeisterung, Lebenskraft in diesem Buch. Und ferner schützt den Verfasser sein umfassendes positives Wissen und sein stark realistisches Denken vor phantastischen Folgerungen. Hören wir, wie er sein Gesetz der drei Entwickelungsstufen auf die Landwirtschaft anwendet:

»*Urzustand* (Anfang der Entwickelung). Kommunaler Bodenbesitz. Er ist die Folge des Umstandes, dass die Menschen bei ihrer Arbeit nicht durch ein enges und festes Band an ein bestimmtes Stück Boden gekettet sind. Die Nomaden haben keine Landwirtschaft, verwenden keine Arbeit auf den Boden.

Die Landwirtschaft ist in ihren ersten Anfängen ebenfalls an keine Kapitalauslagen für den Boden selbst gebunden.

»*Zweites Stadium.* (Vorgeschrittenere Entwickelung.) Die Landwirtschaft verlangt Ausgaben an Kapital und Arbeit für den Boden selbst. Der Boden wird durch eine Reihe von Bearbeitungen und Besorgungen verbessert, von denen die Düngung eine der notwendigsten und allgemeinsten ist. Wer sein Kapital für den Boden verausgabt hat, muss ihn natürlich besitzen; daher wird der Boden Privateigentum. Diese Form erreicht ihr Ziel, denn diese Eigentumsart ist nicht ein Gegenstand der Spekulation, sondern eine Quelle regelmässiger Einkommen.«

»Bleibt aber die Entwickelung da stehen?« fragt Tschernischewsky, und er fährt fort:

»Industrie und Handel breiten sich aus und bringen eine starke Entwickelung der Spekulation mit sich; nachdem sich die Spekulation auf alle andern Zweige der nationalen Wirtschaft gelegt hat, erfasst sie den weitesten und mächtigsten, die Landwirtschaft. Daher verliert das Privateigentum seinen ursprünglichen Charakter. Ehedem besass derjenige den Boden, der ihn bebaute und sein Kapital für seine Verbesserung aufwandte (System der Kleinbesitzer, die ihr Land mit eigener Hand bebauen, sowie System der Erbpachten und erblichen Teilbau-Pachten ohne Leibeigenschaft). Aber nun tritt ein neues System auf, das der Zeitpachten, und mit ihm geht die Rente, die sich dank der vom Pächter bewirkten Verbesserungen hebt, in die Hände einer anderen Person über, die, ohne irgend etwas oder irgend Erhebliches von ihrem Kapital zur Bodenverbesserung beizutragen, doch alle durch die Verbesserung erzielten Vorteile geniesst. So hört das Privateigentum auf, das für die Bodenverbesserung aufgewandte Kapital zu entschädigen. Gleichzeitig beginnt die Bodenbewirtung Kapitalien zu erfordern, welche die Mittel der grössten Zahl der Landbebauer übersteigen. Die Landwirtschaft erhält ihrerseits einen Umfang, der weit über die Kräfte einer einzelnen Familie hinausgeht. Die grösste Zahl der Landbebauer sind (beim Privateigentum) von den Wohltaten ausgeschlossen, welche eine unabhängige Leitung mit sich bringt, und werden einfache Landarbeiter. Die Veränderungen führen dahin, dass die Ursachen verschwinden, welche erst bewirkten, dass das private Grundeigentum dem Gemeindebesitz vorgezogen wurde. Der Gemeindebesitz wird das einzige Mittel, der grossen Mehrheit dieser Landbebauer ihren Anteil an den Früchten zu verschaffen, welche der Boden infolge der durch die Arbeit bewirkten Verbesserungen trägt. So wird das kommunale Eigentum zur Grundbedingung nicht nur für den Wohlstand der Landbevölkerung, sondern auch für den Fortschritt der Landwirtschaft; es ist das einzige vernunftgemässe und vollkommene Mittel geworden, den Vorteil des Landbebauers an der Verbesserung des Bodens mit den guten Produktionsmethoden und gewissenhafter Arbeit zu verbinden. Ohne diese Verbindung ist eine gute Produktion unmöglich.« (S. 43/45.)

Unwillkürlich ist man versucht, hinzuzusetzen: »Es ist Negation der Negation etc. etc.« Und in der Tat fährt Tschernischewsky fort: »Dies ist die Ansicht, zu der jeder, der die Grundgedanken der heutigen allgemeinen Philosophie kennt, in stärkster und unwiderstehlichster Weise hingezogen wird.« Aber die Abhandlung ist 1858 geschrieben, ein Jahr vor Erscheinen von Marx' »Zur Kritik der politischen Oekonomie« und 9 Jahre vor Erscheinen des ersten Bandes »Kapital«. Im Kopf eines so kenntnisreichen und radikalen Denkers musste die Hegelsche Dialektik zu ganz ähnlicher Deduktion führen, wie bei Marx. Es würde den Rahmen dieser Besprechung überschreiten, um zu untersuchen, worin sich Tschernischewsky von Marx unterscheidet.

Dem interessanten Werk geht eine Biographie Tschernischewskys voraus mit einigen, auf die Bodenfrage in Russland bezüglichen Notizen. Als Anhang sind ihm die »Briefe ohne Adresse« beigegeben, die Tschernischewsky 1862 abfasste und deren Adressat ganz offenbar Zar Alexander II. war. Sie kritisieren scharf die Arbeitsweise der Kommission für die Bauernbefreiung, kamen aber nicht zur Veröffentlichung. Am 7./19. Juni 1862 wurde der kühne Denker verhaftet, um über 20 Jahre in Gefangenschaft und folgender Verbannung zuzubringen.

3. In englischer Sprache.

Snowden, Philip. **The Chamberlain Bubble.** Facts about the Zollverein, with an alternative Policy. London E. C. 1903, The Independent Labour Party. 16 S. 8°. Preis: 1 Penny.

Der Verfasser dieser Flugschrift ist Vorsitzender der sozialistischen Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Er zerzaust mit scharfer Logik die Chamberlainschen Pläne auf Zusammenfassung des britischen Weltreichs zu einem grossen Reichszollverband, der ohne Besteuerung der Nahrungsmittel des Volkes und Zölle auf Rohmaterialien gegenstandslos wäre, aber mit diesen Verschlechterung der Lebenshaltung der britischen Arbeiter und Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie zur Folge haben müsse. Er laufe auf eine Ausbeutung des englischen Volkes zu Gunsten der Kolonien und einer Handvoll von Grundbesitzern etc. hinaus. Wirkliche Hilfe werde der britischen Industrie nur die Befreiung von einer Reihe von Lasten bringen, welche die Produktion und den Transport verteuern. Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke, Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses des Grund und Bodens, Expropriation der Grossgrundbesitzer behufs Rationalisierung der Landwirtschaft, das seien einige der Mittel, den Uebeln zu begegnen, unter denen die britische Volkswirtschaft leide.

4. In magyarischer Sprache.

Szocialista Diákok Könyvtára. 2. füzet: **A Diákokhoz!** Budapest 1903. 31 S. 16°. (Sozialistische Studenten-Bibliothek. Heft 2: An die Studenten!)

Eine Agitationsbroschüre für Universitätshörer — von sozialistischen Studenten in Budapest. Nach einem Rückblick auf die Rolle, die Studenten und Literaten in der ungarischen Revolutionsbewegung von 1848 gespielt haben, und Charakterisierung des Jahrhunderte währenden Kampfes gegen die habsburgische Dynastie als eines Klassenkampfes zwischen Kleinadel und Feudaladel, werden die Studenten gemahnt, sich in dem heute abspielenden Klassenkampfe — dem proletarischen — nicht ohne weiteres an die Seite der herrschenden Klassen zu schlagen. Sie mögen den Sozialismus erst prüfen, dann beurteilen. Zu diesem Zwecke wird ein kurzer Abriss der kapitalistischen Entwickelung gegeben und werden die an die Internationalität und den Revolutionarismus anknüpfenden gegnerischen Verleumdungen ins rechte Licht gestellt.

Angesichts des Streites in der deutschen Sozialdemokratie um die Akademiker in der Partei entbehrt die Schilderung der bisherigen Parteitätigkeit der ungarischen sozialistischen Studenten auch für Deutschland nicht des Interesses. Die Broschüre berichtet darüber, dass die Studenten in dreiunddreissig Budapester Arbeitervereinen vom Herbst bis Frühling Elementarunterricht erteilten (Lesen, Schreiben, Rechtschreiben, Elemente des Rechnens, der Geographie und Geometrie); in allen Arbeitervereinen hielten sie Einzelvorträge und Vortragsserien aus dem Gebiete der Geschichte, der Medizin, der Technik und des Sozialismus, rhetorische Kurse für die zukünftigen Versammlungsredner, Deklamationsübungen für die Mitwirkenden bei Arbeiterfesten; sie waren in der Parteipresse tätig; Verfasser einiger neueren Broschüren des Parteiverlags sind Akademiker; Rechtshörer versorgen die juristische Sprechstunde, die monatlich von 150 bis 200 Arbeitern aufgesucht wird; schliesslich waren Einige auch in der öffentlichen Propaganda tätig.

In Deutschland wird die Idee einer Karenzzeit für Akademiker ventiliert; in Ungarn scheint sich die Idee verwirklicht zu haben. Denn in der ganzen Partei gibt es nur einen Akademiker, der eine leitende Stelle innehat; andererseits sind alle oben erwähnten Funktionen der Studenten unentgeltliche Leistungen.

sz.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Der erste schriftliche Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstags.

Zur Erinnerung an die Zeit des Sozialistengesetzes.

Am 21. Oktober dieses Jahres sind es 25 Jahre, dass das Bismarcksche Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie in Kraft trat. Es entspricht nicht dem Charakter dieser Zeitschrift, ihm eine politische Betrachtung zu widmen. Der Charakter und die Wirkungen dieses Gesetzes sind in der Denkschrift »Nach zehn Jahren«, welche die von ihm betroffene Partei nach Ablauf des zehnten Jahres seines Bestehens veröffentlichte, und in Mehrings »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« zur Genüge gekennzeichnet worden. Auch darf man die Wahlschlacht, welche die deutsche Sozialdemokratie im Juni dieses Jahres geliefert hat, und das Ergebnis der Wahl vom 16. Juni als die eindrucksvollste Art betrachten, wie von ihrer Seite das Gedenken an das Gesetz und die Agitation, die es ins Leben rief, begangen werden konnte. Wo die Ereignisse so unmissverständlich geurteilt, kann der Historiker ihrer Sprache das Urteil überlassen.

Dennoch soll das denkwürdige Datum auch in unserer Zeitschrift nicht unberücksichtigt vorübergehen. Und so lassen wir im Nachstehenden ein Aktenstück folgen, das der ersten Epoche des Sozialistengesetzes angehört, d. h. der Zeit, wo die Partei sich noch nicht völlig in die neue Situation gefunden hatte, wo in den Gemütern noch vielfach Unklarheit darüber herrschte, durch welche Taktik man am besten der ebenso brutalen wie willkürhaften Verfolgungen Herr werden würde, die damals auf die Partei herniederregneten. Es ist dies der *Rechenschaftsbericht*, den die damaligen sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Reichstags im Herbst 1879 in dem kurz vorher in Zürich ins Leben gerufenen »Sozialdemokrat« veröffentlichten, der auf viele Jahre hinaus das offizielle Publikationsorgan der Partei werden sollte. Er steht in den Nummern 2, 3 und 4 des Blattes, die heute nur noch in ganz vereinzelten Exemplaren existieren und ist auch seinerzeit nur einem geringen Teil der Parteigenossen in Deutschland zu Gesicht gekommen. Wie man leicht begreifen wird, nahm es immerhin einige Zeit in Anspruch, bis der Vertrieb des Blattes so organisiert war, dass es einem grösseren Leserkreis zugeführt werden konnte.

In der Zeit, die dem Sozialistengesetz vorausging, waren schriftliche Berichterstatungen über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht erfolgt. Man beschränkte sich auf kurze Referate auf den Kongressen, über welche die Protokolle nur summarisch Auskunft geben. Das Sozialistengesetz verhinderte zunächst die Abhaltung eines Kongresses, und so blieb der damals noch kleinen Reichstagsgruppe nichts übrig, als den Parteigenossen durch das Mittel der Presse über die von ihr im Reichstag entfaltete Tätigkeit Bericht zu geben.

Der Bericht ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert. In Bezug auf keinen Punkt vielleicht mehr, als in dem, was er über die *Zolldebat-*

ten sagt, die den Reichstag im Frühjahr 1879 beschäftigt hatten. Gegenüber der so verschwommenen Zoll-Resolution des Kongresses vom 1876 bedeuten die sehr unverdienterweise in Vergessenheit geratenen Ausführungen dieses Berichtes über die Handelspolitik unzweifelhaft einen sehr wesentlichen Fortschritt. Schon um ihretwillen allein wäre ein Wiederabdruck dieses Dokuments gerechtfertigt.

Indes bietet es auch sonst viel des Interessanten zur Beleuchtung der Kämpfe und der Auffassung der Partei in jenen Tagen, die eine der eigenartigsten Phasen in der Entwickelungsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie darstellen. In gewissem Sinne kann man sagen, dass es im Verein mit dem Programmartikel des »Sozialdemokrat« das erste bedeutsamere Manifest der Sammlung ist, das von der Partei unter dem Sozialistengesetze veröffentlicht wurde.

Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstags.

Wähler! Parteigenossen!

Durch das Ausnahmegesetz, welches die deutsche Sozialdemokratie ausserhalb des gemeinen Rechts gestellt hat, ist es uns unmöglich gemacht geworden, euch in öffentlichen Versammlungen Bericht über unsere Tätigkeit und Stellung im Reichstag zu erstatten; wir sehen uns daher genötigt, unserer Pflicht hiermit durch diesen schriftlichen Rechenschaftsbericht zu genügen.

Wir müssen in unserem Bericht hinter die gegenwärtige Legislaturperiode zurückgreifen.

Als am 11. Mai vorigen Jahres der Halbidiot Hödel-Lehmann unter den Linden in Berlin die bekannten Revolverschüsse abfeuerte, wurde es durch die Haltung gewisser Zeitungen und durch verschiedene hier nicht näher zu bezeichnende Vorkommnisse sofort klar, dass die Reichsregierung, — welche unmittelbar vorher mit ihren Steuerprojekten seitens der liberalen Majorität im Reichstag eine schwere Niederlage erlitten hatte, — der reaktionären Tradition folgend, aus jener Tat den Ausgangspunkt einer Politik der Reaktion zu machen beabsichtigte.

Und richtig: wenige Tage nachher wurde dem Reichstag der unter dem Namen »Hödelgesetz« historisch gewordene Gesetzesentwurf vorgelegt, welcher die deutsche Sozialdemokratie als die fortgeschrittenste, folgerichtigste und zielbewussteste der Oppositionsparteien, an Händen und Füssen geknebelt, der Polizei auf Gnade und Ungnade überliefern sollte.

Die Urheber dieses Gesetzentwurfes hatten sich indes verrechnet. Trotz der Hetzerien eines gewissen Teiles der Presse blieb die öffentliche Meinung dem geplanten Ausnahmegesetz abgeneigt, und die liberalen Parteien beschlossen einmütig, dasselbe zurückzuweisen. Unter solchen Umständen erachteten es die sozialdemokratischen Abgeordneten für das Ratsamste im Interesse der Partei, sich von den Debatten über den Gesetzesentwurf fernzuhalten, und nur eine kurze Erklärung abzugeben, die also lautete:

»Erklärung der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

»Der Versuch, die Tat eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lang vorbereiteten Reaktionsstreichs zu benutzen und die »moralische Ur-

heberschaft« des noch unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurteilt und die wirtschaftliche und politische Entwickelung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffasst, richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurteilslosen Menschen, dass wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

»Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Diskussion des dem Reichstag heute vorliegenden Ausnahmegesetzes teilzunehmen und werden uns durch keinerlei Provokationen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, in diesem Entschluss erschüttern lassen. — Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung beteiligen, weil wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit das unsrige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Wagschale werfen.

»Falle die Entscheidung aus, wie sie wolle — die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewusstsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht.

Berlin, 23. Mai 1878.

Auer. Blos. Bracke. Demmler. Fritzsche. Hasenclever. Kapell. Liebknecht. Most. Motteler. Rittinghausen.

Am 24. Mai wurde das »Hödelgesetz« nach zweitägiger Debatte vom Reichstag mit überwältigender Majorität (251 gegen 57 Stimmen) abgelehnt.

Nach einer so entscheidenden Niederlage — der zweiten binnen kurzer Zeit — blieb dem Fürsten Bismarck keine andere Wahl als Abdankung oder Auflösung.

Aber abdanken wollte und auflösen konnte er nicht; die öffentliche Meinung war gegen das Ausnahmegesetz, ebenso wie sie gegen die Steuerprojekte des Fürsten Bismarck war, denen er seine vorherige Niederlage im Reichstag verdankt hatte.

Da krachten einige Tage später, am 2. Juni, — wiederum unter den Linden — die Schrotbüchsenschüsse des Dr. Nobiling.

Unter normalen Verhältnissen würde diese wahnsinnige Tat, zumal bei der Schnelligkeit, mit welcher sie auf den Streich Hödel-Lehmann folgte, schon eine bedeutende Aufregung hervorgebracht, Besorgnisse erweckt, Leidenschaften aufgestachelt haben.

Durch die in offiziöses, ja teilweise in offizielles Gewand sich hüllende Lüge, dass der notorisch nationalliberale Dr. Nobiling ein Sozialdemokrat sei, dass seine Tat der Ausfluss einer sozialdemokratischen Verschwörung, und dass er Geständnisse in diesem Sinne gemacht; durch die von ehrlosen Subjekten und gedankenlosen Nachbetern Tag für Tag in hunderten und in tausenden von Zeitungen kolportierten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie; durch massenhafte Haussuchungen und Verhaftungen — wurde das ohnehin tiefbewegte Volksgemüt bis zur Unzurechnungsfähigkeit aufgeregt.

Und die liberale Presse, statt die ihrer eigenen Partei drohende Gefahr zu bemerken und zu ruhiger, kühler Erwägung

zu mahnen, half in toller Verblendung und aus kindischem Hass gegen die Sozialdemokratie das Feuer noch schüren.

Das Eisen war zur Weissglut erhitzt: es konnte geschmiedet werden.

Am 10. Juni löste Fürst Bismarck den Reichstag auf.

Das hätte die Liberalen zur Vernunft bringen müssen.

Der Sozialdemokratie konnte die Auflösung nicht gelten. Seit dem Attentat Nobilings hatte die nationalliberale Partei in Bezug auf das Ausnahmegesetz eine vollkommene Frontveränderung exekutiert: sie war bereit, das Hödelgesetz zu bewilligen und, wenn es verlangt wurde, noch mehr. Und diese Bereitwilligkeit, die von allen Dächern herab ausposaunt wurde, war für niemanden ein Geheimnis, am wenigsten für den Fürsten Bismarck. Die Ermöglichung eines die Sozialdemokratie ächtenden Ausnahmegesetzes konnte also nicht der Zweck der Auflösung sein.

Um den wahren Zweck zu erkennen, brauchte man bloss mit offenen Augen um sich zu blicken. Die Anforderungen des Militarismus hatten sich — dank der tödlichen Konkurrenz mit Frankreich, Russland und Oesterreich — derart gesteigert, dass das Armeebudget, kolossal wie es ist, nicht mehr ausreichte und dem Volk neue Geldopfer zugemutet werden mussten.

Nun hätte zwar der Liberalismus in seiner kindischen Angst vor der Sozialdemokratie gern in jede Vermehrung unseres Heeres gewilligt, wenn Fürst Bismarck nicht die dazu nötigen Mittel durch eine Zoll- und Wirtschaftspolitik hätte aufbringen wollen, die mit den wirtschaftlichen Anschauungen und Interessen enes grossen Teiles der Liberalen nicht im Einklang war. Das Reichseisenbahnsystem und das Tabaksmonopol — die beiden Lieblingspläne des Fürsten Bismarck — standen im Widerspruch mit den liberalen und freihändlerischen Fundamentaldogmen der freien Konkurrenz, des laisser faire, laissez aller, der absoluten Ausschliessung des Staats von Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetrieb, welcher nach dem liberalen Manchester-Credo das Monopol der Privatspekulation sein soll.

Und nicht minder schroff stand diesen Fundamentaldogmen der Plan des Fürsten Bismarck gegenüber, den internationalen Verkehr durch Schutzzölle zu hemmen, die angeblich oder vermeintlich der heimischen Industrie aufhelfen sollten, und ferner dem Verfall des nationalen Handwerks durch rückläufige Zunft-Experimente zu steuern.

Zum Behuf der Durchführung dieser sogenannten Wirtschafts- und Steuerreform musste der Liberalismus gebrochen und aus der Gesetzgebung oder doch aus seiner dominierenden Stellung in der Gesetzgebung verdrängt werden.

Wer das erwägt, kann — auch wenn er das famose: »Sie sollen an die Wand gedrückt werden, dass sie quietschen!« vergessen haben sollte — keinen Moment darüber in Zweifel sein, dass die Auflösung sich nur zum Schein gegen die Sozialdemokratie, in Wirklichkeit aber gegen den Liberalismus richtete.

Es hiesse die Urteilskraft der Nationalliberalen doch allzu niedrig anschlagen, wollten wir behaupten, sie hätten dies nicht begriffen. Allein in ihrer unglaublichen Kurzsichtigkeit und Verblendung bildeten sie sich ein, die ihnen drohende Gefahr dadurch abzuwenden, dass sie sich mit verdoppelter Wut auf die ihnen verhasste Sozialdemokratie warfen und die reaktionäre Reptilpresse an gemeiner Denunziations- und Verleumdungssucht noch übertrafen. Sie sahen nicht, oder wollten nicht sehen, dass in der Sozialdemokratie nur die konsequenteste und deshalb der

Reaktion unbequemste Vorkämpferin der politischen Freiheit von der Reaktion angefeindet, und dass durch die Aechtung der Sozialdemokratie Bresche in den Liberalismus geschossen wurde. Die selbstmörderische Taktik fand den verdienten Lohn. Während die geächtete Sozialdemokratie, ohne auch nur ein Titelchen ihrer Prinzipien zu verleugnen, furchtlos vor den Richterstuhl des Volkes trat und, den unerhörten Anstrengungen der vereinten Gegner zum Trotz, als moralische Siegerin aus dem Wahlkampfe hervorging, wurde die nationalliberale Partei moralisch vernichtet. Stück um Stück warf sie, was ihr noch von Prinzipien geblieben war, der reaktionären Meute hin, um sich zu retten, und was sie erreichte, war: der Verlust zahlreicher Sitze, die Zersprengung der Partei, der politische Bankerott.

Die Sozialdemokraten, die im aufgelösten Reichstag zwölf Abgeordnete gehabt hatten, entsandten in den neuen Reichstag bloss neun — ein Rückgang der Zahl nach —, wenn aber die damaligen Verhältnisse ins Auge gefasst werden, ein ausserordentlich günstiges Resultat. Man bedenke: Die öffentliche Meinung gegen uns aufs furchtbarste verhetzt; jeder Sozialdemokrat in den Augen der gedankenlosen, fanatisierten Masse mit dem Kainszeichen des Meuchelmordes behaftet; die Partei vogelfrei erklärt; ein an die verderbtesten Zeiten des faulenden Römerreiches erinnerndes Denunziantentum Tag und Nacht an der Arbeit; die Epidemie der Majestätsbeleidigungsprozesse mit unerhört hohen Strafen meist für Aeusserungen, die in gewöhnlichen, gesunden Zeiten nicht getan oder wenigstens nicht beachtet worden wären; schamlose Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten gegen uns; die Sozialdemokraten aus der Arbeit gejagt, zum Hunger, womöglich zum Hungertod verurteilt; in den meisten Staaten Deutschlands keine sozialdemokratischen Wahlversammlungen gestattet oder durch Beeinflussung der Wirte indirekt verhindert; die sozialdemokratischen »Führer« und »Agitatoren« zum Teil verhaftet oder jeden Moment mit Verhaftung bedroht — kurz, eine vollendete Schreckensherrschaft, der dieser Tage durch richterliches Urteil (Prozess Jahn vor dem Hofgericht zu Darmstadt am 1. September d. J.) das Brandmal der Schande aufgedrückt worden ist, indem dieses Urteil die in einem sozialdemokratischen Wahlflugblatt zur Charakterisierung jener schmachvollen, ihren Tacitus erwartenden Epoche tiefster Erniedrigung Deutschlands gebrauchten Ausdrücke als berechtigt anerkannte.

Und obgleich alles gegen uns war und wir allein standen mit unserem guten Recht, hatten wir überall da, wo wir unsere Kräfte entfalteten, insbesondere in Sachsen, Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, Nürnberg, München und anderen Grossstädten mehr Stimmen zu verzeichnen, als bei der vorhergegangenen, unter normalen Bedingungen vollzogenen Wahl. Hätten wir unter solchen Umständen nur einen einzigen Kandidaten durchgebracht, so wäre es schon ein Erfolg gewesen, und wir errangen neun Sitze! Die Gegner bezeugten durch ihre fast komische Verblüfftheit unwillkürlich die Bedeutung unseres Triumphes — sie hatten mit Bestimmtheit darauf gerechnet, dass kein sozialdemokratischer Abgeordneter die reaktionäre Harmonie des neuen Reichstags stören würde.

Im Herbst wurde der Reichstag zu einer ausserordentlichen Session berufen, in welcher die von der Reichsregierung zum Auflösungszweck erklärte »Schutzmassregel gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« erledigt, und für die weiteren Pläne des Fürsten Bismarck die Bahn frei gemacht werden sollte.

Ungeachtet der in Wählerversammlungen feierlich abgegebenen Versicherung nationalliberaler Wortführer, dass sie um keinen Preis einem Ausnahmegesetz zustimmen würden, war es für jeden, der diese Kautschukpolitiker kennt, von vornherein keinen Augenblick zweifelhaft, dass sie ihrem Wort untreu werden und dem Fürsten Bismarck die Majorität verschaffen würden.

Die von der Reichsregierung vorgelegte Gesetzesvorlage war ein Ausnahmegsetz in des Wortes schlimmstem Sinne! Die Sozialdemokratie wurde einfach dem Gutdünken der Polizei überliefert.

Die veränderte Lage gebot uns eine veränderte Taktik. Gegenüber dem Nobilinggesetz, dessen Annahme sicher war, konnten wir nicht schweigen, wie gegenüber dem Hödelgesetz, dessen Verwerfung sicher gewesen.

Auf die Einzelheiten der über volle sechs Wochen — vom 12. September bis 19. Oktober — sich erstreckenden Debatten haben wir hier nicht des Näheren einzugehen. Der amtliche stenographische Bericht jener Verhandlungen*) befindet sich in den Händen unserer Genossen. Genug: Jeder von uns, der nicht durch Gefängnishaft an der Erfüllung seiner parlamentarischen Pflicht verhindert wurde, beteiligte sich, so weit es nur irgend möglich, an den Debatten, wies die wider uns geschleuderten Verleumdungen zurück und verfocht die Sache der staatsbürgerlichen Freiheit. Sogar Reinders, der schon mit dem Tode rang, folgte dem Rufe der Pflicht und erhob, fast sterbend, mit der letzten Kraft seiner kranken Lunge den Tod herausfordernd, von der Tribüne des Reichstags Protest gegen die Vergewaltigung unserer Partei durch dieses gemeingefährliche Gesetz. Wer die damals von den sozialdemokratischen Abgeordneten gehaltenen Reden liest und mit denen der Redner aus den anderen Parteien vergleicht, wird zugestehen müssen, dass auf sozialdemokratischer Seite die Situation richtig aufgefasst, die Folgen der Annahme des Sozialistengesetzes treffend vorhergesagt wurden, während die nationalliberale Partei sich den albernsten Illusionen hingab und blindlings in ihr Verderben rannte. Es bedarf keiner Erwähnung, dass die Regierung den Beweis der behaupteten Mitschuld der Sozialdemokratie an den Attentaten nicht zu erbringen vermochte, obgleich Auge in Auge von uns gefordert.

Was wir erwartet hatten, geschah! Die nationalliberale Partei stimmte geschlossen für das Sozialistengesetz, welches ein »Stoss ins Herz« des Liberalismus war; und am 19. Oktober 1878 wurden die in zweiter Lesung gefassten Beschlüsse teilweise noch verschärft und verschlechtert, von 221 gegen 149 Stimmen bewilligt, und die Vorlage zum Gesetz erhoben. Zwei Tage darauf, am 21. Oktober, wurde das Nobilinggesetz vom Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlicht und trat in Kraft.

Wie wir vorausgesehen und vorausgesagt hatten, kam das Gesetz in der rücksichtslosesten Weise zur Ausführung. Nachdem schon am 23. Oktober mit einem Massenverbot und Massenunterdrückung sozialistischer Schriften und Zeitungen debutiert worden war, jagte in den folgenden Wochen ein Verbot das andere, eine Unterdrückung die andere, bis nichts mehr zu verbieten und zu unterdrücken war. Rekurse an die sogenannte »Beschwerdekommission« nützten nichts, die stereotype Antwort lautete: »Das Verbot der Unterdrückung ist zu bestätigen!« Und waren die Motive der Polizeibehörde etwas zu polizeiwidrig, so hiess es

*) »Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstage.« Hamburg 1878, Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G.). Preis 2 Mark.

zur Abwechselung jedoch gleichfalls stereotyp: »— auch wenn die angegebenen Gründe vielleicht bestritten werden könnten, so liessen sich doch andere Gründe anführen, und ist folglich das Verbot aufrecht zu erhalten.« Dieses Verfahren der Beschwerdekommission ist um so bemerkenswerter, als über die Zusammensetzung derselben ein heftiger Kampf im Reichstag entbrannt war und der Liberalismus Wunder geglaubt hatte, welchen Sieg er erfochten, indem durchgesetzt wurde, dass von den fünf Mitgliedern der Kommission mindestens drei dem Richterstand angehören mussten.

Heute kann man mit Fug und Recht sagen, dass dieser Streit ein Streit um Kaisers Bart war, denn wenn die Reichskommission ausschliesslich aus Polizeibeamten zusammengesetzt wäre, hätten ihre Beschlüsse nicht anders ausfallen können. Man hat dem Gesetz eine Auslegung gegeben, die selbst einen Kleist-Retzow voll befriedigen wird.

Kein Wunder, dass in zahlreichen Fällen davon abgestanden wurde, von dem Recht der Berufung Gebrauch zu machen.

In flagranter Nichtachtung der von nationalliberalen Rednern zur Wahrung des nationalliberalen Gewissens formulierten Interpretationen, im Widerspruch mit den vom Regierungstisch aus gegebenen Versicherungen, wird dem Sozialistengesetz faktisch eine rückwirkende Kraft verliehen, die juristische Distinktion zwischen »Umsturz« und »Untergrabung« einfach ignoriert und jedes sozialdemokratische Blatt, jeder sozialdemokratische Verein verboten und unterdrückt, bloss weil es ein sozialdemokratisches Blatt, bloss weil er ein demokratischer Verein. Ja, es sind Blätter, von denen die Behörde bloss vermutete, dass sie mit der sozialdemokratischen Partei in irgend einer Verbindung stehen, wegen rein politischer Artikel unterdrückt worden, so dass sich als leitender Grundsatz bei Handhabung des Sozialistengesetzes der Presse gegenüber ergibt: Jedes politische Blatt, von dem man annimmt, dass es von Sozialisten geschrieben sei, wird unterdrückt.

Leider ist es uns nicht möglich gewesen, diese Verbote und Unterdrückungen im Reichstag zur Sprache zu bringen. Als der Rechenschaftsbericht über den Berliner Belagerungszustand zur Debatte gestellt ward, wandten wir uns an das Präsidium mit dem Verlangen, die gesamte Wirksamkeit des Sozialistengesetzes in den Bereich der Diskussion zu ziehen, wurden aber nach einiger Bedenkzeit ablehnend beschieden. Wir werden indes Gelegenheit finden, das Verfahren der Behörden vor das Forum der öffentlichen Meinung zu bringen, um es nach Gebühr zu beleuchten und zu geisseln.

Obgleich die sozialdemokratische Partei durch ihre musterhafte Organisation es erreicht hatte, dass die Ausführung des Sozialistengesetzes nirgends auf ungesetzlichen Widerstand stiess, obgleich nirgends auch nur die geringste Gewalttätigkeit und Ungesetzlichkeit vorkam, welche auf sozialdemokratische »Bestrebungen« hätte zurückgeführt werden können, so wurde dennoch, nachdem durch eine Reihe infamer Tendenzlügen die öffentliche Meinung wieder aufgestachelt worden war, die Rückkehr des Kaisers nach Berlin dazu benützt, um — am 20. November — in der Reichshauptstadt, welche dadurch vor aller Welt zu einer Mördergrube gestempelt ward, die schärfste Bestimmung des Sozialistengesetzes in Anwendung zu bringen und den sogenannten »kleinen Belagerungszustand« zu proklamieren.

Weder im Abgeordnetenhaus, noch später im Reichstag wusste der Minister des Innern, Graf Eulenburg der Jüngere, die geringste Tatsache anzuführen, welche die unerhörte Massregel zu rechtfertigen ge-

eignet gewesen wäre. Die Disziplin der Sozialdemokratie bewährte sich auch jetzt so gut, dass nicht einmal diese, durch ihre absloute Grundlosigkeit doppelt beleidigende Massregel Gewalttätigkeiten hervorzurufen vermochte.

Unter den zahlreichen Opfern des »kleinen Belagerungszustandes« befinden sich auch zwei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete. Es tauchte infolgedessen die Frage auf, ob die Reichsregierung den einschlägigen Paragraphen des Sozialistengesetzes, welcher nicht bloss Sozialdemokraten, sondern jeden Staatsbürger ohne Unterschied der Partei unter das Damoklesschwert der Ausweisung stellt, zu einem Angriff auf die [Tagungsfrei]heit der Volksvertretung zu benutzen gedenke oder nicht.

Auf Grund jenes Paragraphen kann jeder Abgeordnete zum preussischen Landtag sowohl wie zum deutschen Reichstag aus Berlin ausgewiesen werden. Aber wird die Reichsregierung von diesem Rechte Gebrauch machen, so lange die Volksvertretung tagt? Die Antwort liess nicht lange auf sich warten. Kaum war der Reichstag (am 12. Februar dieses Jahres) zu seiner eigentlichen Session zusammengetreten — die Herbstsession ist nur als eine Vorsitzung zu betrachten, — so ging an den Reichstag das Gesuch, er solle seine Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Abgeordneten Fritzsche und Hasselmann erteilen, die sich natürlich bei Beginn der Session, der Einberufungsordre gemäss, in Berlin eingefunden hatten, um ihre gesetzgeberischen Pflichten zu erfüllen. Das Vergehen, welches ihnen zur Last gelegt wurde, war eben ihre Pflichterfüllung.

Das war denn doch selbst diesem, den Regierungswünschen so entgegenkommenden Reichstag zu arg. Die verlangte Genehmigung wurde einstimmig verweigert, obgleich die pathetische Entrüstung der Liberalen über ein Ansinnen, das nur die logische Konsequenz des fünf Monate vorher von ihnen votierten Ausnahmegesetzes war, wenig Folgerichtigkeit des Denkens oder eine starke Portion politische Heuchelei verrät. Vorgreifend sei hier bemerkt, dass die Reichsregierung sich diese Abweisung seitens des Reichstags nicht sehr zu Herzen genommen und nach Schluss der Reichstagssession das Strafverfahren gegen Fritzsche und Hasselmann wegen Bannbruchs nunmehr eingeleitet hat. Die von Herrn Lasker so kräftig betonte Unmöglichkeit, dass Madais Verbot mehr gelten könne, als des »Kaisers Befehl«, scheint an massgebender Stelle durchaus nicht für eine Unmöglichkeit zu gelten. Voraussichtlich wird die nächste Session ein Nachspiel oder den Schlussakt dieser interessanten Konfliktsepisode bringen.

War in der Affaire Fritzsche und Hasselmann den liberalen Fraktionen des Reichstags die erste unliebsame Konsequenz des Sozialistengesetzes fühlbar entgegengetreten, so trat ihnen die zweite unliebsame Konsequenz in Gestalt des »Ungebührgesetzes« (»Maulkorb«- oder »Reichstagsstrafgesetz«) entgegen. Dem abstrusesten Gehirn musste es einleuchten, dass die sozialdemokratischen Redner bei Beratung des Sozialistengesetzes Recht gehabt hatten, als sie sagten: Dieses Ausnahmegesetz sei ein Schlag gegen den Liberalismus, ein Attentat auf die bürgerliche Freiheit, ein Keil, eingetrieben in den Parlamentarismus. Es ist notorisch und kann, mit dem amtlichen stenographischen Bericht in der Hand, nachgewiesen werden, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten auf der Tribüne den parlamentarischen Anstand, wie die Redner keiner anderen Partei, gewahrt haben — ein Blick auf die allerdings zahlreichen Ordnungsrufe, welche sozialdemokratischen Rednern im

deutschen Reichstag zu teil geworden, zeigt, dass durchweg nur die Tendenz und der Inhalt, nicht die Form der gerügten Ausdrücke den Anlass zum Ordnungsruf abgegeben hat, während notorisch aus dem Schosse der sogenannten Ordnungsparteien, sowie namentlich auch von den Ministerbänken herab, und insbesondere aus dem Munde des Fürsten Bismarck, Ausdrücke gefallen sind, die einen Ordnungsruf weit eher verdient hätten. Trotzdem wurden die Vertreter der Sozialdemokratie der parlamentarischen »Ungebühr« beschuldigt und sollte, um solcher Ungebühr zu steuern, der »kleine Belagerungszustand« auch im Reichstag proklamiert werden. Es galt das Sozialistengesetz zu ergänzen und die Sozialdemokratie, nachdem man sie »draussen« mundtot gemacht hatte, auch im Reichstag mundtot zu machen. Die Regierung hatte von ihrem Standpunkte aus vollkommen Recht. Liess man der Sozialdemokratie die Tribüne des Reichstags, so war der Zweck des Ausnahmegesetzes von vornherein wesentlich vereitelt. Die Regierung betonte dies nachdrücklich. Allein die Liberalen, denen vor den Konsequenzen ihres Werkes zu grauen begann, erklärten sich gegen das »Ungebührgesetz«, welches — da der Pakt des Zentrums mit der Regierung damals noch nicht besiegelt war — mit grosser Majorität verworfen wurde. In der Debatte konnte der Standpunkt der Sozialdemokratie durch einen von uns vertreten werden.

Am 17. März kam endlich der Rechenschaftsbericht der Reichsregierung betreffend den über Berlin und Umgegend verhängten »kleinen Belagerungszustand« zur Verhandlung, nachdem volle fünf Wochen hindurch die Diskussion von Sitzung zu Sitzung verschoben worden war. Der Rechenschaftsbericht brachte nichts als Behauptungen, welche leicht zu widerlegen waren, und wurde selbst von uns sehr feindlichen Organen der Fortschritts- und nationalliberalen Partei für durchaus verfehlt erklärt. Und jedermann im Reichstag, die Vertreter der Regierung nicht ausgenommen, fühlte — viele sprachen es unter sich offen aus — dass der Rechenschaftsbericht nur die Unfähigkeit der Regierung, den Belagerungszustand zu rechtfertigen, dokumentierte. Dass man den Gegenstand, welcher eigentlich in den ersten Tagen der Session hätte behandelt werden sollen, so lange hinauszog, beweist für sich allein schon zur Genüge, in welcher Verlegenheit man sich in den Regierungs- wie im Reichstagskreisen befand. Eine Diskussion, die diesen Namen verdiente, musste der Regierung eine moralische Niederlage bereiten. Freilich bloss eine moralische, denn der Reichstag hatte ja im Eifer der gesellschaftsretterischen Ausnahmegesetzarbeit sich freiwillig des Rechts begeben, über den Rechenschaftsbericht Beschluss zu fassen. Wie dem nun sei — eine Diskussion musste um jeden Preis vermieden werden, und vermittels des famosen Reichsinstituts der Schlussanträge — das auch nach Valentins Entfernung fortblüht — liess es sich ja leicht bewerkstelligen. Einem der sozialdemokratischen Abgeordneten wurde gegen die sonstige Praxis des Hauses, gleich zu Beginn, als erstem Redner, das Wort erteilt. Er zerpflückte den Rechenschaftsbericht Punkt für Punkt, wies die Hinfälligkeit der Motivierung nach und unterwarf das Verfahren der Regierung nach allen Seiten hin scharfer Kritik. Graf Eulenburg, der die Regierung zu verteidigen hatte, konnte die nichtvorhandenen Tatsachen und Rechtfertigungsgründe nicht aus dem Boden stampfen — er konnte nur wiederholen, was der Rechenschaftsbericht gesagt hatte, und nur noch etwas wirksamer, als es der Rechenschaftsbericht getan, die Unmöglichkeit einer Rechtfertigung des »kleinen Balagerungszustandes« zu unfreiwilligem Ausdruck zu bringen.

Noch ehe Graf Eulenburg seine Ausführungen geendet, war ein Schlussantrag in den Händen des Präsidiums, der, sobald Graf Eulenburg sich unter lautloser Stille des Hauses niedergesetzt hatte, sofort zur Abstimmung kam und, mit Ausnahme weniger Mitglieder der Linken und des Zentrums, von sämtlichen Fraktionen des Reichstags angenommen wurde. So war eine Diskussion glücklich vermieden, und den Machern des Sozialistengesetzes, insbesondere den Nationalliberalen, wurde die Verlegenheit erspart, sich darüber auszusprechen, ob die Art und Weise, wie das Sozialistengesetz zur Ausführung gelangt ist, mit ihren, während der Debatten der vorjährigen Herbstsession gemachten Interpretationen, Versprechungen und Voraussetzungen im Einklange steht.

Wenige Tage nachher hatten wir bei Beratung des Postetats Gelegenheit, an einer Verordnung des Generalpostmeisters, und in zahlreichen Beispielen von Verletzung des Briefgeheimnisses den Nachweis zu liefern, dass das gegen unsere Partei erlassene Ausnahmegesetz mit Notwendigkeit zu den unerträglichsten Eingriffen in die gesetzlich garantierten Rechte des Individuums, speziell zur Aufhebung des Briefgeheimnisses führen müsse. Der Herr Generalpostmeister, ausser Stande, die ihm vorgehaltenen Tatsachen zu widerlegen, liess sich zu unparlamentarischen Ausdrücken hinreissen, welche ihm einen Verweis seitens des Präsidenten zuzogen.

Nationalliberale sowohl als ultramontane Abgeordnete sahen sich damals genötigt, die wuchtige Beweiskraft der von uns vorgebrachten Tatsachen anzuerkennen, was freilich die Regierung nicht hinderte, kurz darauf für den Warentransport auf Eisenbahnen eine ähnliche Verordnung zu erlassen, wie die damals allgemein verurteilte Verordnung des Generalpostmeisters.

* * *

Bis zu den Osterferien war die Session den erwähnten Gegenständen der Beratung, und ausserdem der Feststellung des Etats gewidmet. Nach den Ferien hatte der Reichstag sich mit demjenigen Gegenstande zu beschäftigen, welcher den eigentlichen Grund zur Auflösung des vorigen Reichstags geliefert hatte: mit der »Zoll- und Wirtschaftsreform« des Fürsten Bismarck.

Am 31. März 1881 läuft das sogenannte Septennat — der im Jahre 1874 auf sieben Jahre neubewilligte eiserne Militäretat — ab. Fürst Bismarck will nicht, dass der Militäretat nach Ablauf dieser Frist von den »Launen der Volksvertretung«, von den Zufälligkeiten des allgemeinen Stimmrechts abhängig sei: das »Reich« soll »finanziell unabhängig« sein. Unabhängig von den Einzelstaaten; und unabhängig von dem Reichstag. Es müssen daher frische und dauernde Einnahmequellen für das Reich geschaffen werden. Und zwar reichlich fliessende; denn der Militarismus kostet Geld, viel Geld, von Jahr zu Jahr mehr Geld. Dabei geht freilich der Parlamentarismus zu Grunde — denn ein Parlament, das kein Budgetrecht hat, ist ohnmächtig und ein Spiel- oder Werkzeug der Exekutivgewalt — aber viel war ja an dem deutschen Parlamentarismus nicht mehr zu Grunde zu richten; die liberalen »Parlamentarier« par excellence hatten es sich ja angelegen sein lassen, das Wort ihres Abgotts: »Der Parlamentarismus muss durch den Parlamentarismus tot gemacht werden«, zu verwirklichen und Totengräberdienste am Parlamentarismus zu verrichten.

Auf die Bedürfnisse des das Fundament des Systems Bismarck bildenden Militarismus lässt sich der ganze »Wirtschafts- und Zollreform«-Plan des Fürsten Bismarck zurückführen. Der deutsche Reichskanzler ist heute gerade so viel und gerade so wenig Schutzzöllner, wie er vor zehn Jahren und bis zum verflossenen Jahre Freihändler war. Damals brauchte er für seine politischen Zwecke die liberale Bourgeoisie; jetzt, nachdem er alles von ihr erlangt, was sie ihm bieten konnte, und nachdem sie ihm die geforderten neuen Einnahmequellen verweigert — jetzt probiert er es naturgemäss mit den reaktionären Faktoren, und sucht sich durch eine reaktionäre Wirtschaftspolitik die Mehreinnahmen zu verschaffen, deren er zur Erhaltung und Verstärkung des Militarismus nicht entbehren kann.

Der Notstand, in welchem sich unsere Industrie befindet, erleichterte die Durchführung des Plans. Die goldenen Berge, die von den Aposteln des alleinseligmachenden Freihandels-Evangeliums verheissen worden, haben sich als täuschende Fata morgana erwiesen: dem Milliardenschwindel der ersten siebziger Jahre ist eine Krise gefolgt, die nun seit vollen fünf Jahren auf uns lastet, und alle Industriezweige schwer betroffen hat. Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, dass ein grosser Teil der Industriellen, diejenigen vor allen — und es sind dies weitaus die meisten —, welche über Ursprung und Wesen der gegenwärtigen Geschäftskrise im Unklaren sind, sich von dem Freihandel abwenden, dem sie fälschlicherweise hauptsächlich ihre traurige Lage zuschreiben, und mit der fieberhaften Gier des Kranken, der in seiner Verzweiflung sich dem ersten besten Wunderdoktor in die Arme wirft, nach dem dargebotenen Heilmittel greifen und vom Schutzzoll die Erlösung von allen Uebeln erwarten.

Dazu kommt noch die klägliche Lage des deutschen Handwerks, das reissend schnell seinem Untergange zueilt und mit ähnlicher Hast, wie ein Teil der Industrie, die Arme nach einem rettenden Strohhalm ausstreckt. Und ferner der unbefriedigende Stand der deutschen Landwirtschaft, die prekäre Existenz der Masse unserer Mittel- und Kleinbauern, denen die vorgehaltene Lockspeise des Getreidezolls Visionen von hohen Getreidepreisen und paradiesischem Wohlbefinden vorzauberte, während die reichen Grundbesitzer und Latifundialherren — namentlich des nördlichen und östlichen Deutschlands — gleich den englischen Landlords der guten alten Cornlaw-Zeit in einem Schutzzoll auf Getreide das bequemste Mittel, ihr oft fürstliches Einkommen ohne Mühe um ein Erkleckliches zu steigern, erblicken mussten.

Das Wirtschaftsprogramm, welches Fürst Bismarck im Dezember des vorigen Jahres veröffentlichte, fiel unter solchen Verhältnissen auf günstigen Boden. Industrielle, Handwerker, Bauern, aristokratische und nicht aristokratische grossgrundbesitzende Gönner des »Bruder Bauer«, unterstützt von der altpreussischen Bureaukratie, der das Liebäugeln mit dem Liberalismus längst ein Greuel war, scharten sich um das neu entfaltene Banner, für das die offiziöse Presse nach Kräften die lärmende Reklametrommel rührte — und es dauerte nicht lange, so ward es dem aufmerksamen Beobachter klar, dass die »wirtschaftliche Reformbewegung«, welche Fürst Bismarck mit agitatorischem Hochdruck betrieb, auf keinen erfolgreichen Widerstand seitens der Freihandelspartei stossen würde.

Ein Glück war es für die Leiter jener »Bewegung«, dass ihr Sozialistengesetz auf sie keine Anwendung fand, denn in wüsterer, gehässigerer Weise ist wohl niemals »der öffentliche Friede, insbesondere die Ein-

tracht der Bevölkerungsklassen gefährdet«, Klasse gegen Klasse, Stand gegen Stand, Gewerbszweig gegen Gewerbszweig, Land gegen Stadt, Stadt gegen Land, kurz, jede »Interessengruppe« gegen die andere so systematisch aufgehetzt, die gemeinsten Leidenschaften so cynisch entfesselt, der nackteste Interessenkampf, der Krieg aller gegen alle so rückhaltslos gepredigt und geführt worden, wie zu jener Zeit. Genug — mehr als die Hälfte der Reichstagsabgeordneten erklärten sich für das Programm des Reichskanzlers, dem von vornherein die Majorität im Reichstag gesichert war.

Kurz, der Freihandel hatte die Schlacht schon verloren, ehe der Kampf im Reichstag noch begonnen.

Die zweite Hälfte der diesjährigen Session war fast ausschliesslich der Bismarckschen Zoll- und Steuerpolitik gewidmet. Das, warum es sich für den Fürsten eigentlich handelte, waren die neuen Steuern und die sogenannten Finanzzölle, d. h. solche Zölle, deren ausgesprochener Zweck die Füllung des Reichssäckels ist. Die Schutzzölle kamen erst in zweiter Linie, sie waren der Kaufpreis für die neuen Steuern und die Finanzzölle.

Durch die Verquickung der Schutzzölle mit den Finanzzöllen und Steuern brachte Fürst Bismarck den Reichstag in eine fatale Zwickmühle: für die Schutzzölle konnte er auf die Unterstützung des Centrums, für die Finanzzölle und Steuern bis zu einer gewissen Höhe auf die Nationalliberalen, für diese wie für jene auf die Unterstützung der konservativen Fraktionen rechnen. Da aber die Konservativen sowohl mit dem Centrum, als mit den Nationalliberalen vereinigt eine Majorität bildeten, so hatte Fürst Bismarck es in der Macht, nach Belieben die Liberalen durch das Centrum und das Centrum durch die Liberalen zu schlagen.

Ersteres ist denn auch auf das gründlichste geschehen, letzteres dagegen erwies sich als überflüssig, da der Nationalliberalimus im Moment der Entscheidung bereits jeden Zusammenhalt verloren hatte und »bündnisunfähig« geworden war, so dass Fürst Bismarck es vorzog, über die Köpfe des Herrn von Bennigsen und seiner geprellten Kollegen hinweg mit dem Centrum den famosen »Pakt« abzuschliessen, welcher der »politischen Heuchelei« des Kulturkampfes ein Ende machte und die natürliche Bundesgenossenschaft des Säbels und der Kutte, des Bismarckschen Staats und der orthodox christlichen Kirche beider Konfessionen zum Ausdruck brachte.

Unsere Stellung zu den Zoll- und Steuervorlagen war klar vorgezeichnet.

Prinzipielle Gegner des Militarismus und des herrschenden Systems, hatten wir Nein! zu sagen. Unsere alte Devise: Diesem System keinen Groschen! war auch jetzt wieder unsere Losung. Aber es schien uns notwendig, sie mit Hinblick auf die augenblickliche Lage von der Tribüne herab zu begründen.

Die Frage: Ob Schutzzoll oder Freihandel? ist für unsere Partei durch die allen Genossen bekannte Resolution des Gothaer Kongresses vom Jahre 1876 auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt. Jene Resolution lautet:

»Der Kongress erklärt, dass die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzoll und Freihandel fremd gegenüber stehen; dass die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muss; dass die Not der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen wurzelt;

dass aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; dass endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen.«*)

Es war unsere Absicht, in der Generaldebatte gemäss obiger Resolution des Näheren darzulegen, dass Freihandel und Schutzzoll überhaupt keine prinzipielle Gegensätze sind, dass der internationale Freihandel, d. h. die Beseitigung aller Verkehrsschranken zwischen den verschiedenen Staaten nur die notwendige Konsequenz des nationalen Freihandels ist, d. h. der Beseitigung aller Verkehrsschranken zwischen den verschiedenen Teilen eines Staates: Dörfern, Städten, Bezirken, Provinzen; dass der internationale Freihandel sein notwendiges Korrelat (Ergänzung) in einer internationalen Regelung der Arbeit, d. h. der Produktion finde; dass aber in bestimmten konkreten Fällen sich ein Schutzzoll sehr wohl empfehlen könne, zum Beispiel, wenn eine junge lebensfähige Industrie dadurch gegen die erdrückende Konkurrenz des kapitalistisch überlegenen Auslandes geschützt würde oder wenn es gälte, die Produktion arbeitsreifer Arbeiter gegen die erdrückende Konkurrenz ausländischer Kinder- und Frauenarbeit zu schützen.

Die gegenseitigen Anschuldigungen der Freihändler und Schutzzöllner mussten uns sehr gleichgültig lassen. So lächerlich es war und ist, den Freihandel für die Krise, unter welcher die deutsche Industrie und der deutsche Handel leiden, verantwortlich zu machen, so lächerlich war und ist es, vom Schutzzoll die Beseitigung der Krise zu erwarten. Schutzzoll und Freihandel haben mit der gegenwärtigen Krise nicht das mindeste zu schaffen. Es ist wahr, die Krisis, welche seit fünf Jahren in Deutschland herrscht, ist durch die (wenn man die Mittel des Volkes betrachtet) kolossale Besteuerung zu Militärzwecken und durch die überstürzte, törichte Gesetzgebung unzweifelhaft gesteigert und verschärft worden, allein im grossen und ganzen wurzelt dieselbe doch in den allgemeinen ökonomischen Verhältnissen. Schon der blosse Umstand, dass die Weltkrisis der letzten Jahre die schutzzöllnerischen Staaten mit der nämlichen Wucht getroffen hat, wie die freihändlerischen, zeigt, dass die Ursache wo anders und tiefer liegen muss. Und für den, der die Wahrheit sehen will und die Lehren der Nationalökonomie kennt, ist die Ursache offenbar, wie die Sonne. Es ist die von dem Kapitalismus unzertrennbare Anarchie der Produktion, die es unmöglich macht, die Konsumtion mit der Produktion in Harmonie zu setzen. So lange dies nicht geschehen ist, vermag keine Gewalt der Erde, vermag nicht die grösste Vorsicht, nicht der beste Wille der einzelnen die periodische Wiederkehr der Krisen zu verhüten, die — selbstverständlich infolge der stetigen Zunahme der Produktion durch Verbesserung und Erweiterung der Produktionsmittel — einen stets heftigeren Charakter annehmen, auf immer weitere Kreise und in immer kürzeren Zeiträumen ihre verderblichen Wirkungen ausüben müsesn. Abgesehen von diesen periodischen Krisen liegt es in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise, dass die Produktion überhaupt in rascherem Tempo fortschreitet

*) Ausgearbeitet und unterzeichnet ist diese Resolution von Bracke, Frick, Fritzsche, Grillenberger, Hasselmann, Liebknecht, Most. (S. Protokoll des Sozialisten-Kongresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876, S. 90.)

als die Konsumtion, und dass sich, infolge der kolossal sich steigernden Produktion bei zunehmender Verarmung der konsumierenden Produzenten, ein chronisches, stets klaffender werdendes Missverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion herausentwickelt, an welchem allein schon die heutige Gesellschaft zu Grunde gehen muss, und zwar in nicht allzu ferner Zeit.

Obgleich der von uns bestimmte Redner sich rechtzeitig zum Wort gemeldet und Tag für Tag während der eine Woche in Anspruch nehmenden Generaldebatte die Meldung erneuert hatte, so wurde er dennoch nicht zum Wort zugelassen. Also die einzige Partei, welche in dieser ganzen Frage einen prinzipiell oppositionellen Standpunkt einnimmt und eine von der aller übrigen Parteien grundverschiedene Auffassung besitzt, wurde daran verhindert, ihr kritisches Votum abzugeben!

Nach dieser Erfahrung waren wir von vornherein darauf gefasst, von der Debatte über »die grosse Wirtschaftsreform« ausgeschlossen und höchstens bei untergeordneten Punkten, die keine prinzipielle, umfassende Behandlung erlaubten, zum Wort zugelassen zu werden. Wir waren um so mehr hierauf gefasst, als die Gegner erwarten mussten, dass unsere Vertreter nicht nur über die wirtschaftliche Lage und deren Ursachen, sondern auch über die Wissenschaftlichkeit der Verteidiger des herrschenden Gesellschaftssystems sehr unliebsame Wahrheiten aussprechen würden.

Und wir täuschten uns nicht.

Bei den beiden wichtigsten Spezialfragen, den Eisenzöllen und den Getreidezöllen, suchten wir zum Wort zu kommen, und zwar bei der zweiten und dritten Lesung, allein man wiederholte uns gegenüber die Taktik der Generaldebatte. Und als nunmehr einer der Unterzeichneten eine unwichtige Position bei den Eisenzöllen zu einer prinzipiellen Darlegung benützen wollte, wurde ihm dies seitens des Präsidenten unmöglich gemacht, so dass die Ausführungen unvollständig blieben und in ihrer Unvollständigkeit zu falschen, irrigen Auffassungen den Anlass geboten haben. Zum Glück gelang es noch unmittelbar vor Schluss der Session, in der Generaldebatte dritter Lesung und gelegentlich der Position: Petroleum, die Stellung der Sozialdemokratie zu den Bismarckschen Zoll- und Steuerreformen annähernd zu präzisieren.

Auch bei den Debatten über die Tabaksteuer gelangten wir zum Wort.

Die Annahme der Regierungsentwürfe in der durch den »Pakt« zwischen Konservativen und Centrum modifizierten Form erfolgte mit grosser Majorität. Die liberale Partei, die durch Bewilligung des Sozialistengesetzes sich politisch den Todesstoss versetzt und durch Abtretung des Reichstagspräsidiums an die klerikal-konservative Allianz ihre politische Niederlage eingestanden hatte, war nun auch auf dem Gebiete besiegt, wo sie ihre Hauptstärke hat: auf dem wirtschaftlichen.

Ueber die fünfmonatliche Session, die mit Annahme der Zoll- und Steuergesetze ihren von Bismarck bezweckten Abschluss gefunden und dem deutschen Volke eine Mehrbesteuerung im Betrage von 130 Millionen Mark aufgehalst hat, ist hier nur noch wenig nachzutragen.

Die bei der Beratung des Sozialistengesetzes von allen Seiten versprochenen »positiven Massregeln«, »zwar nicht zur Lösung der sozialen Frage, aber doch zur Milderung der sozialen Schäden«, glänzten durch Abwesenheit. Das Haftpflichtgesetz und die Frage der Altersversorgungskassen gaben zu längeren Debatten Anlass, die jedoch im Sande verliefen. An der einen beteiligten

wir uns, bei der anderen hielten wir uns, aus taktischen Gründen, passiv. Die Frage wird den Reichstag noch weiter beschäftigen. Vermutlich werden beide Gegenstände in einer der nächsten Sessionen wieder auf die Tagesordnung kommen und uns Gelegenheit geben, mit eingehenden positiven Vorschlägen vor den Reichstag und das Volk zu treten. Wie schon früher durch das »Arbeiterschutzgesetz«, wollen wir in der nächsten Session durch ein Arbeiterorganisationsgesetz den wiederholten Beweis liefern, dass unsere Feinde irren, wenn sie die sozialdemokratische Partei eine Partei der reinen Negation, der wüsten Zerstörung und des allgemeinen Umsturzes nennen, die nicht wisse, was sie wolle. Wir werden zeigen, dass sie positive Vorschläge auszuarbeiten versteht, was unsere Gegner bisher nicht verstanden oder nicht gewollt haben. Vermutlich das letztere mehr, als das erstere.

Unter den zahlreichen Fragen, welche den Reichstag ausserdem beschäftigten, sei noch der Wahlprüfungen und der Wucherfrage gedacht. Zu zwei Wahlprüfungen — der Waldenburger und der Offenbach-Diesburger Wahl —, bei denen unsere Partei direkt interessiert war, erhielten wir das Wort. Dass wir für die Freiheit der Wahl, gegen jegliche Beeinflussung, für eine strenge Untersuchung der vorgekommenen Unregelmässigkeiten eintraten, bedarf keiner näheren Auseinandersetzung; dass es nutzlos geschah, versteht sich von selbst. Bei anderen Wahlprüfungen und in der Wucherfrage gelangten wir trotz aller Bemühungen leider nicht zum Wort. Es gehört ein sehr starker Glaube dazu, um in der Tatsache, dass bei so ziemlich allen prinzipiell bedeutenden Fragen unsere zum Wort gemeldeten Redner ignoriert wurden, ein neckisches Spiel des Zufalls zu erblicken.

Als zu Anfang der Session das Ungebührgesetz verworfen ward, steckte der Reichstag dasselbe nicht einfach in den Papierkorb, sondern übergab es, um der Reichsregierung das Peinliche einer Niederlage zu ersparen, der Geschäftsordnungskommission, welche die Sache beraten und seinerzeit dem Reichstag Bericht erstatten, geeignete Vorschläge unterbreiten solle. Herr von Forckenbeck, welcher das Ungebührgesetz mit Recht auch als ein gegen ihn selbst gerichtetes Misstrauensvotum der Reichsregierung betrachtete, griff kurz darauf eine Gelegenheit vom Zaun, um ad hominem und ad oculus zu demonstrieren, dass die Präsidialgewalt vollkommen zur Wahrung der Ordnung im Reichstag ausreiche: er entzog in der Belagerungszustandsdebatte einem der sozialistischen Abgeordneten das Wort, obgleich dieser weder den parlamentarischen Anstand verletzt, noch irgend von der parlamentarischen Ordnung abgewichen war, wie sogar entschieden gegnerische Blätter seitdem zugegeben haben. So verübte denn der Präsident von Forckenbeck bei dem Versuche, die Unmöglichkeit eines Attentates auf die parlamentarische Redefreiheit nachzuweisen, selber ein flagrantes Attentat auf die parlamentarische Redefreiheit.

Wenige Wochen nachher musste er den Präsidentenstuhl räumen und — durch den halbsymbolischen Akt seiner parlamentarischen Selbstentthronung den parlamentarischen Selbstmord des Nationalliberalismus zum klassischen Ausdruck bringen. Die Geschäftsordnungskommission ist aber mit ihrem »Bericht« nicht über die Beratung hinaus gekommen.

Sollte sie in nächster Session die Unvorsichtigkeit begehen, die Sache wieder aufzuwärmen, so wird sich — gewiss nicht zur Zufriedenheit der Regierung und der Ordnungsparteien — an zahlreichen Beispielen herausstellen, auf welcher Seite parlamentarischer Anstand herrscht, und

nach welcher Seite hin der deutsche Reichstag zu seinem Schutz ein »Ungebührgesetz« braucht.

Aus dem Gesagten ersehen unsere Genossen, dass wir nicht die Schuld daran tragen, wenn nicht bei allen denjenigen Gelegenheiten, wo es erwartet werden konnte, ein Vertreter der Partei gesprochen hat. Wir haben unsere Pflicht so gut zu erfüllen versucht, als dies unter den gegebenen Umständen möglich war. Wir haben stets darauf gehalten, bei allen wichtigen Abstimmungen möglichst vollständig auf dem Posten zu sein. Jedenfalls hat keine der parlamentarischen Fraktionen Ursache, uns Vorwürfe zu machen, denn keine Fraktion hat, wenn man die materiellen Verhältnisse in Betracht zieht, mehr Schwierigkeiten zu überwinden, als die unsere, und oft haben unsere Gegner den Kopf geschüttelt, da sie nicht begreifen konnten, woher wir die Mittel für eine fünfmonatliche Session nahmen. Bei der endgültigen Abstimmung über die Zoll- und Steuervorlagen fehlte keiner von uns, und unser einstimmiges Nein war sicherlich im Sinne und Geiste der Gesamtpartei, wie des noch nicht für die Sozialdemokratie gewonnenen, unabhängig denkenden Teils der Bevölkerung.

In gegnerischen Blättern hat man uns Vorwürfe gemacht, weil wir in den Sitzungen des Reichstags wiederholt gefehlt. Der Vorwurf entbehrt jeder Begründung. Wir sind nicht gewählt worden, um im Reichstag die passive Rolle von Zuschauern und Zuhörern zu spielen, sondern um nach Kräften aktiv in die Debatten einzugreifen und im Interesse der Partei zu wirken. Im Interesse der Partei tätig sein können wir aber nur bei der Behandlung solcher Fragen, die uns Gelegenheit zur Verfechtung unserer sozialpolitischen Prinzipien und Weltanschauung geben. Bei untergeordneten Fragen zu reden, bloss um zu reden, wäre weder im Interesse unserer Partei, noch ihrer Würde angemessen. Wenn es sich nicht um wichtige Fragen handelte, hatten wir also keinen Grund, im Reichstag anwesend zu sein, zumal wir alle Stellungen haben, die unsere Arbeitskraft vollauf in Anspruch nehmen. Um nicht überrascht zu werden, hatten wir die Anordnung getroffen, dass stets einer von uns den Sitzungen beiwohnen musste, der, sobald es sich nötig erwies, den übrigen zu telegraphieren hatte. (Schluss folgt.)

Ein Agrarflugblatt der Polnischen Sozialrevolutionären Partei Proletaryat.

Der Ausgangspunkt der modernen sozialdemokratischen Bewegung in Polen war Warschau; neben dieser industriereichen Grossstadt gehörten Fabrikstädte und Industrieorte, wie Lodz, Zgierz, Pabianice, Tomaszow, zu ihren ersten Centren. Darüber aber vergassen die Führer der Bewegung keineswegs, dass (damals noch mehr wie heute) die grosse Mehrheit der polnischen Bevölkerung nicht in den Städten und von der Industrie lebte, sondern auf dem Lande und vom Ackerbau. Die 1886 in Genf gedruckte Broschüre »Zpolawalki« (»Vom Schlachtfelde«) schreibt darüber:

»Wir haben schon vorhin erwähnt, warum die sozialistische Propaganda leichter in den Industriecentren gedeiht, als auf dem Lande. Der Bauer ist völlig isoliert, ihm fällt es schwer, sich zu organisieren, denn die ackerbauende Bevölkerung ist über weite Flächen verstreut. Darum müssen die Fabrikarbeiter die ersten Bataillone der sozialistischen Armee bilden. Man darf aber die Propaganda unter dem Landvolk nicht vernachlässigen. Denn

auch dort herrscht die Ausbeutung, die Knechtschaft der Arbeit. So mancher Bauer, der heute Land besitzt, hat morgen den Bettelstab zum Gefährten. Es tut not, dass das Landvolk begreife, dass der grosse Grundbesitz den kleinen in sich einsaugt, dass der Grund und Boden als Produktionsmittel nicht Herreneigentum, sondern Eigentum der ganzen Nation sein soll.« (S. 33—34.)

Man sah also die Notwendigkeit einer Landagitation frühzeitig ein. Um sich zu vergegenwärtigen, welche Situation die ersten Sozialdemokraten Russisch-Polens auf dem Lande vorfanden, muss man sich zunächst erinnern, dass die Warschauer Nationalregierung von 1863, dem Beispiel der Krakauer Nationalregierung von 1846 folgend, die völlige Befreiung der Bauern von allen Feudallasten proklamiert hatte mit den Worten:

»Gleich am ersten Tage seines offenen Hervortretens, im ersten Augenblick des Beginns des heiligen Kampfes, erklärt das National-Centralkomitee alle Söhne Polens, ohne Unterschied des Glaubens und Stammes, der Herkunft und des Standes, zu freien Staatsbürgern. Der Grund und Boden, welchen das Landvolk bisher im Entgelt gegen Zins oder Fronarbeit*) besass, wird von diesem Augenblick an sein unbedingtes Eigentum, sein ewiges Erbe; die betroffenen Grundeigentümer werden aus dem allgemeinen Staatsschatz entschädigt. Alle Instleute und Taglöhner aber, die in die Reihen der Vaterlandsverteidiger eintreten, oder im Fall ihres rühmlichen Todes auf dem Felde der Ehre ihre Familien, erhalten aus den Nationalgütern einen Anteil an dem vor den Feinden beschützten Lande.«*)

Der Aufstand wurde unterdrückt, und an Stelle der ehrlichen, radikalen Reform, wie sie die gut demokratisch gesinnten Insurgentenführer proklamiert hatten, trat eine halbschlächtige, verklausulierte und hinterhältige »Bauernbefreiung« von des Zaren Gnaden. Diese zarische Reform von 1864 schuf neben einer bescheidenen Minderzahl unabhängiger kleiner Landwirte eine erdrückende Mehrzahl von unselbständigen, auf Lohnarbeit angewiesenen Zwergbauern und reinen Landproletariern. Auch liess man die gutsherrlichen und die bäuerlichen Feldparzellen unkommassiert in schachbrettartigem Durcheinander liegen. Ferner wurden die Bauerngemeinden nicht mit eigenem Wald- und Weideland ausgestattet, sondern nur mit Servitutsrechten auf gutsherrliche Wälder und Weidekomplexe, was natürlich zu fortgesetzten Streitigkeiten Anlass gab und an vielen Orten noch heute gibt, zumal die kaiserlich russischen »Bauernkommissäre« ein lebhaftes Interesse daran haben, die von beiden Teilen gewünschte Servitutsregelung solange als möglich hinauszuschieben; denn mit dem Eintritt der Regelung versiegt für sie eine ausgiebige Quelle von Bestechungsgeldern. Und für diese so durchaus mangelhafte Reform mussten die Bauern obendrein enorme Ablösungssummen an die Staatskasse zahlen; und sie zahlen noch heute daran, denn die zarische Regierung hat den Tilgungstermin zu übersehen beliebt und treibt die Ablösungsraten einfach als Zuschlag zur Grundsteuer weiter ein.

Die Partei »Proletaryat« ging also 1883 an die Herausgabe eines Flugblattes an das arbeitende Landvolk. In diesem Flugblatt — das gewissermassen die agrarsozialistische Ergänzung des vom 1. September 1882 datierten allgemeinen Parteimanifests bildete — wird die gross gedachte Tat der Nationalregierung von 1863 mit keinem Worte erwähnt; von den Aufständen ist wohl die Rede, aber in recht unklarer Weise. Beides beweist, wie wenig die Warschauer Sozialdemokraten von damals in der Geschichte ihres Landes Bescheid wussten. Daran trugen sie freilich keine Schuld, sondern die russische Regierung, welche das gesamte Unterrichtswesen russifiziert und in

---

*) Wörtlich: zu Zinsrecht oder Fronarbeitsrecht.

*) Siehe die Schrift des Genossen Boleslaw Limanowski: Powstanie narodowe 1863 i 1864 roku. Wydanie drugie. Lwow 1900. (Der nationale Aufstand von 1863—64. Zweite Auflage. Lemberg 1900.)

der denkbar jesuitischesten Weise dem russischen Staatsgedanken dienstbar gemacht hatte, gleichzeitig aber durch die Zensur und die strafrechtliche Verfolgung der Besitzer verbotener Schriften die Einschleppung unbequemer Wahrheiten vom Auslande her zu verhindern suchte.

Immerhin, wenn auch die russische Staatsschule ihr möglichstes getan hatte, um sie von der unbedingten Verworfenheit alles Polnischen zu überzeugen, und wenn dieser Betrug an der Jugend auch bis zu einem gewissen Grade gelungen war, so standen diese ersten Sozialdemokraten Russisch-Polens deswegen doch dem Zarentum mit dem entschiedensten Hass gegenüber. Sie hatten noch nicht den richtigen Blick für die spezifische Kulturfeindlichkeit gerade des Zarentums, denn es fehlte ihnen ja jedes Vergleichsobjekt; aber sie waren Feinde jeder Gewaltherrschaft und jeder Ausbeutung, und somit auch des Zarentums. Dabei waren sie von dem festen Glauben an den baldigen Anbruch einer allgemeinen sozialen Revolution beseelt. In diesem Sinne war auch das Agrarflugblatt geschrieben. Es wurde in sehr starker Auflage in polnischer, littauischer und deutscher*) Sprache gedruckt und teils in geschlossenem Kuvert an die Ortsschulzen der einzelnen Dörfer versendet, teils anderweitig verbreitet. In mehreren polnischen und litauischen Gemeinden las der Schulze den versammelten Bauern das Flugblatt vor, als wäre es eine amtliche Kundmachung, wofür es mehr als ein Schulze auch gehalten haben mag. Zu einer systematischen Ausnützung dieses Augenblickserfolgs durch mündliche Agitation kam es indessen nicht. Dazu fehlte es an Kräften. Die Partei hatte alle Hände voll zu tun, um die Agitation in den Industriestädten im Gang zu erhalten und sich der polizeilichen Verfolgungen zu erwehreen, unter denen die Bewegung zwei Jahre später ja doch zusammenbrach, um sich von da ab nur langsam und mit starken Rückschlägen zu erholen.

Die Anfänge einer regelrechten sozialistischen Landagitation datieren erst aus dem Jahre 1893. Aber auch diese Agitation hielt sich in bescheidenen Grenzen. Ein Aufschwung ist erst seit dem Herbst 1902 zu verzeichnen, um welche Zeit die »Gazeta ludowa« (d. h. Volkszeitung) **) gegründet wurde, ein speziell für das Landvolk Russisch-Polens bestimmtes Agitationsblatt der P. P. S., das alle zwei bis drei Monate in London erscheint und von dort aus ins Land geschmuggelt wird. Die Auflage wächst rasch, zur Zeit beträgt sie über 2000 Exemplare. Diese Ziffer ist aber nicht etwa so zu verstehen, als ob auf je einen Leser je ein Exemplar käme; vielmehr wird hier, wie bei der Verbreitung illegaler Schriften überhaupt, das Prinzip befolgt, dass in Anbetracht der besonderen Schwierigkeiten der Herstellung und Zustellung je ein Exemplar für möglichst viele Leser reichen muss. Gleichfalls im Wachsen begriffen ist der Reichtum der »Gazeta ludowa« an Korrespondenzen aus den verschiedensten Landesteilen. Was die Richtung des Blattes anlangt, so ist die Theorie von der unabwendbaren Proletarisierung der kleinen Landwirte in der »Gazeta ludowa« nicht zu finden; sie stünde auch mit der Tatsache der rasch fortschreitenden Parzellierung des Grossgrundbesitzes in Russisch-Polen in gar zu grellem Widerspruch. Wohl aber propagiert das Blatt die Idee der Expropriation der grossen Landgüter zu Gunsten der Bauerngemeinden zwecks kollektiver Nutzniessung durch die ärmeren, bisher auf Lohnarbeit angewiesenen Landleute. Die unabhängigen bäuerlichen Selbstwirtschafter sollen von dieser Nutzniessung ausgeschlossen

*) Letzteres zum Teil mit Rücksicht auf die hie und da im Lande zerstreut wohnenden deutschen Kolonistenbauern, zum Teil wohl auch deshalb, um den deutschen Arbeitern in Lodz, die damals zahlreicher waren als heute, Einblick in den Inhalt dieses wichtigen Schriftstückes zu gewähren.

**) Nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen, in Posen erscheinenden Organ der Luxemburg-Gruppe.

sein, dagegen wird ihnen Respektierung ihres unschädlichen, weil niemand ausbeutenden Eigentums zugesichert. Die Durchführung eines solchen Reformwerkes erwartet die »Gazeta ludowa« natürlich nicht etwa von der gegenwärtigen, absolutistischen, sondern von einer künftigen, revolutionären Regierung.

Etwas anders haben sich die Dinge in Oesterreichisch-Polen entwickelt. Dort verfügt die Sozialdemokratie, insbesondere im Krakauer Wahlkreis, immerhin schon über manches Tausend ländlicher Stimmen. In Krakau erscheint als Agitationsblatt für das arbeitende Landvolk das Halbmonatsblatt »Prawo ludu« (d. h. Volksrecht). Auch dieses Organ hat auf ein Prophezeien des künftigen ökonomischen Entwickelungsgangs verzichtet; es kann dies umso eher, als es mit der Verteidigung der Bauern gegen die ihnen von Junkern, Bezirkshauptleuten,*) Steuerbeamten und Gendarmen fortgesetzt zugefügten Unbilden mehr als genug zu tun hat.

Ich lasse nunmehr eine deutsche Uebersetzung des mir vorliegenden polnischen Textes des Agrarflugblatts von 1883 folgen.

Dr. Ladislaus Gumplowicz.

»Landsleute!

Vor alten Zeiten war es, dass die Junker Euch durch Gewalt oder List den Grund und Boden geraubt haben, den Ihr von Vater und Grossvater her bearbeitet hattet, und Euch zu ihren Hörigen machten. Eure schwere Knechtschaft liess Euch damals Einen Ausweg offen: Euch zusammenzutun und mit vereinten Kräften das wiederzuerobern, was Euch einst entrissen worden war.

Der Zar hat vor zwanzig Jahren diesen Ausweg zeitweilig unterbrochen, indem er Euch Land gab. Aber wieviel Land hat er Euch gegeben? Heute besitzt kaum die Hälfte von Euch etwas, und kaum einer von fünfen hat genug, um davon zu leben; die übrigen müssen nach wie vor in der Knechtschaft der Junker verbleiben, ja womöglich in einer härteren Knechtschaft als früher.

Ihr braucht den Grund und Boden! .... Wer wird Euch ihn geben? Wer wird Euer Los verbessern?

Vielleicht die Junker? Nein, keiner gibt freiwillig her, was er geraubt hat. Vielleicht der Zar? Von ihm habt Ihr es erwartet, Ihr wähntet, dass auch er Eure Junker hasse, die früher auf Aufstände sannen, und dass er, ihnen zum Trotz, Euch den Grund und Boden geben werde. Aber ein Rabe hackt dem andern kein Auge aus, an die Aufstände haben die Junker heute vergessen, oder möchten sie mit Gewalt vergessen. Der Zar hält es mit den Junkern und will ihnen den Grund und Boden nicht wegnehmen und wird es nicht tun. Das hat er während der Krönungsfeier ja deutlich gesagt.

Den Grund und Boden wird Euch der Zar nicht geben**). Statt dessen legt er Euch immer neue und immer härtere Steuern auf, pfändet Euch das letze Stück Vieh aus dem Stall weg. Bei der Krönung hat er Euch zwar die rückständigen Steuern geschenkt, aber dafür wurde vor der Krönung geradezu mit Nahajkas***) der letzte Groschen aus der Tasche des Bauern ausgepresst, die Rückstände waren also nicht gross. Dafür hat er sich eine kostspielige Krönungsfeier geleistet, die reichen Junker

*) Der k. k. Bezirkshauptmann ist bekanntlich das österreichische Aequivalent des königlichen preussischen Landrats.

**) Im Polnischen kürzer und wuchtiger: Ziemi car Wam nie da. (Satzbau wie im Lateinischen: Terram Caesar vobis non dabit.)

***) »Nahajka« heissen die Peitschen, welche die Kosaken den Untertanen des Kaisers von Russland zu applizieren pflegen: lange Riemenpeitschen, oft mit Metallspitze. In Warschau tragen heute die Kosaken diese Peitschen eingerollt im Stiefelschaft. Gelegentlich kommt es vor, dass ein Haufe arbeitsloser Arbeiter einem Kosaken dieses Instrument entreisst und ihn selbst damit durchprügelt.

üppig bewirtet, Orden und Geschenke unter sie verteilt. Für wessen Geld das alles? Für Euer Geld, das Ihr mit blutigem Schweiss auf dem Acker erarbeitet habt, für die Steuern auf jede Ware, die Ihr kauft und im Preis die Staatssteuer mitbezahlt. Also er hat Euch die Rückstände geschenkt, die er nicht mehr eintreiben konnte, an die hunderttausend Rubel, aber dafür hat er aus Euch für Bälle, Weine, Feuerwerke während der Krönungsfeier an die zwanzig Millionen herausgeschunden; für jeden geschenkten Rubel hat er zweihundert erpresst! Grund und Boden aber hat er nicht gegeben und wird er nicht geben. Auf dem Bankett, das er für Euer Geld gab, wagte er es, Euch Schimpf anzutun, indem er sagte, es werde keine neue Landverteilung stattfinden, nur seine Feinde begehrten eine solche. Wer sind diese Feinde? Vor allem Ihr, denn Ihr begehrt eine Landverteilung; der Zar selber fordert Euch zum Kampf heraus, er will weiter würgen, bedrücken, indem er immer und überall das Eigentum der Junker verteidigt. Und ferner wir Sozialisten, die wir für Euch den Zaren bekriegen, die wir für Euch Land begehren, damit jeder habe, worauf er arbeiten und wovon er leben kann. Rüstet Euch zum Kampf mit dem Zaren, denn diesem Kampfe entgeht Ihr nicht, rüstet Euch schnell, denn er kann binnen kurzem ausbrechen!

Wir Sozialisten haben im Namen Eurer Bedürfnisse und Interessen den Kampf aufgenommen und bereiten Verderben und Vernichtung allem, was das arbeitende Volk bedrückt. Wie den Arbeitern der Städte die Fabriken, so wird Euch, Landleute, die künftige Revolution den Grund und Boden geben, und allen die Freiheit. Damit aber die Junker die Revolution nicht zu ihrem Vorteil ausnützen, müsst Ihr alle in geschlossener Masse an ihr teilnehmen und selbst darauf achten, dass Euch kein Unrecht geschieht. Ihr wisst, wie Viele Ihr seid, wenn Ihr alle ausrückt, wer wird es dann wagen, Euch Gesetze zu diktieren? Wenn Ihr einträchtig Eure Forderungen stellt, wer wird sie Euch abschlagen?

Im Augenblick der Revolution werden wir mit Euch sein; Ihr werdet uns erkennen, denn wir allein werden sprechen:

Der Boden soll denen gehören, die ihn bebauen, die Fabriken denen, die darin arbeiten.

Stellt Euch also zum Kampf, und umso rascher wird unser gemeinsamer Sieg über die Feinde sein!

Warschau, den 24. . . . . . 1883.*)

Das Zentralcomité.

*) Das Monatsdatum fehlt in dem mir vorliegenden Abdruck.

III. Urkunden des Sozialismus.

Typische Wahlflugblätter aus dem Wahlkampf 1903 der deutschen Sozialdemokratie.

II. Zwei Flugblätter gegen die Gruppen der Freisinnigen.

a) Flugblatt gegen die Freisinnige Volkspartei.

Wähler des Wahlkreises!

Auf zur Wahl! Der 16. Juni ist der wichtigste Tag, den es auf Jahre hinaus gibt. Lasst Ihr diesen ungenutzt vorüber gehen, Ihr dürftet es schwer bereuen.

Die nächste gesetzgebende Periode bringt eine grosse Zahl der wichtigsten Entscheidungen. Eure Vertreter haben über neue Handelsverträge zu beraten, es werden ihnen neue Militärvorlagen von grosser Tragweite, eine neue Flottenvorlage (Auslandsflotte), neue Kolonialvorlagen (ostafrikanische Zentralbahn) u. s. w. vorgelegt werden.

Es handelt sich weiter als Folge davon um eine erhebliche Erhöhung der Bier- und der Tabaksteuer und die Neueinführung einer Wehrsteuer.

Wähler! Ihr habt also alle Ursache, Euch die Kandidaten, die sich um Eure Stimmen beworben, genau anzusehen.

Wir empfehlen Euch zur Wahl den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei

(folgt Name, Stand und Wohnort).

Die freisinnige Volkspartei empfiehlt Euch als Kandidaten

(folgt Name, Stand und Wohnort).

Die Freisinnige Volkspartei hat speziell in der letzten Reichstagssession eine so traurige Rolle gespielt, dass kein deutscher Arbeiter, aber auch kein Mann, der noch einen Funken demokratischer Gesinnung besitzt, ihre Kandidaten wählen kann.

Statt die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen den Zolltarif zu unterstützen, fiel die Freisinnige Volkspartei ihr in den Rücken und stärkte durch ihre Taktik die agrarische Reichstagsmehrheit.

Bedürfte es für diese verräterische Taktik noch eines Beweises, er wäre durch die Dank- und Anerkennungserklärungen erbracht, welche die ganze zolltariffreundliche Presse bis zur »*Kreuzzeitung*« der Freisinnigen Volkspartei und speziell dem Abg. Eugen Richter aussprach.

Was war der Grund für diese erbärmliche Haltung der Freisinnigen Volkspartei?

Die Freisinnige Volkspartei ist bei zahlreichen engeren Wahlen auf die Unterstützung ihrer politischen Gegner, insbesondere des Zentrums angewiesen. Wäre nun der Plan der Sozialdemokratie, den Zolltarif als Wahlparole in die Wahlen zu bringen, gelungen, dann mussten die Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei sich gegen den Tarif erklären, *sie wären aber alsdann der Unterstützung der tariffreundlichen Parteien* (Centrum, Nationalliberale u. s. w.) *verlustig gegangen.*

Das musste um jeden Preis verhütet werden. Darum der giftige Kampf und die Heimtückerei derer um Eugen Richter gegen die Sozialdemokratie.

Dieselbe Halbheit und Zweideutigkeit wie hier betreibt die Freisinnige Volkspartei auf anderen Gebieten:

In allen sozialen Reformfragen ist es der Geist des Manchestertums, der sie in hohem Grade beherrscht. Nur widerwillig macht sie Konzessionen. Als es sich in der Sitzung vom 24. März d. J. darum handelte, eine Reso-

lution zur Annahme zu bringen, die den gesetzlichen zehnstündigen Normalarbeitstag verlangte, stimmte sie einmütig dagegen und half die Resolution zu Falle bringen.

Eine Freundin des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ist sie nur scheinbar, denn sie hat im preussischen Landtag noch nie ernsthaft den Versuch gemacht, das elendste und erbärmlichste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem, zu beseitigen und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen.

Dieses Wahlrecht bei den Gemeindewahlen einzuführen, *lehnte sie entschieden ab.* Ja, sie hat sogar in Gemeinden, die sie beherrscht, wie in Kiel, den Zensus für die Gemeindewahl erhöht, um die Arbeitervertreter aus der Gemeindevertretung fernzuhalten.

Die Freisinnige Volkspartei kämpft im Reichstag öfter gegen neue indirekte Steuern und höhere Zölle auf notwendige Lebensbedürfnisse, ebenso gegen neue Militär- und Marinevorlagen. Aber sobald dieselben von der Mehrheit gut geheissen sind, bewilligt sie die ganzen Etats, die die indirekten Steuern und Zölle auf Lebensmittel in den Einnahmen enthalten und in den Ausgaben die Kosten für die Heeres- und Marinevorlagen.

So ist nach keiner Richtung hin auf die Freisinnige Volkspartei ein Verlass.

Die Opposition, die in einer Reihe Fragen die Freisinnige Volkspartei macht, wird von der Sozialdemokratie weit entschiedener und konsequenter durchgefochten, dafür sind die Verhandlungen des Reichstages der schlagendste Beweis.

Aber die Sozialdemokratie unterscheidet sich auch von der Freisinnigen Volkspartei *prinzipiell.*

Die letztere steht auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und widerstrebt aufs entschiedenste Reformen, welche die kapitalistische Wirtschaftsordnung umzugestalten drohen.

Die Sozialdemokratie ist aber bestrebt, ihre Umwandlung in eine sozialistische Gesellschaftsordnung herbeizuführen und sieht in der Gesetzgebung das Mittel, um nach allen Seiten hin hebend, bessernd und umgestaltend einzugreifen.

Aber auch aus allgemeinen Gründen ist im Reichstag die schärfste Opposition notwendig.

Im Deutschen Reich haben die öffentlichen Zustände allmählich eine Gestalt angenommen, dass die Dinge so nicht mehr weiter gehen können. Insbesondere auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen zu Wasser und zu Lande und auf dem Gebiete der indirekten Steuern und der Zollgesetzgebung.

Der Reichstag hat stets mit vollen Händen bewilligt und wird weiter bewilligen, wenn die Wähler den Volksvertretern und Regierenden nicht ein donnerndes:

So geht es nicht mehr weiter!

entgegenschleudern.

Wohin wir durch den Bewilligungseifer der bisherigen Reichstage gekommen sind, dafür sprechen folgende Zahlen:

Die gesamten Anforderungen für die Armee und die Flotte, einschliesslich der Ausgaben für Friedenspensionen und der Zinsen für die für Rüstungszwecke gemachten Schulden erforderten:

1872:	322 Millionen Mark
1897:	846 Millionen Mark
1902:	1028 *Millionen Mark.*

Diese Ausgaben steigen aber immer weiter, denn abermals steht eine neue Heeresvorlage mit namhafter Verstärkung der Kavallerie und eine neue Flottenvorlage (Auslandsflotte) in Aussicht.

Diese Rüstungen grenzen an Wahnsinn.

Wähler des   Wahlkreises! Wollt Ihr, dass diese und eine ganze Reihe anderer Forderungen, Kolonialforderungen etc., auf das nachdrücklichste bekämpft werden, so wählt den Kandidaten der Sozialdemokratie:

(folgt Name, Stand und Wohnort).

Diese riesigen Ausgaben fordern entsprechende Einnahmen. Da diese aber oft nicht reichen, werden neue Schulden gemacht. Im Jahre 1888, als der jetzige Kaiser zur Regierung kam, hatte das Deutsche Reich 721 Millionen Mark Schulden, die an Zinsen 29 034 000 Mk. erforderten. Ende September 1902 hatte das Reich aber 2628 *Millionen Mark Schulden, die an Zinsen* 93 654 000 *Mk. beanspruchten.*

Was sagt Ihr zu solcher Wirtschaft?

Mit den bereits vom Reichstag bewilligten Anleihekrediten wird das Reich in Kürze auf 3000 Millionen Mark Schulden und über 100 Millionen Mark Schuldzinsen kommen.

Die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben werden aber nicht aus den Taschen der Reichen und Wohlhabenden, sondern vorzugsweise aus den Taschen der Arbeiter und der kleinen Leute geholt.

Eine Ungerechtigkeit sondergleichen!

Statt das Vermögen der Wohlhabenden und Reichen zu besteuern, besteuert und verzollt man die notwendigsten Lebensbedürfnisse der grossen Masse. Man erhebt indirekte Steuern und Zölle, die als Kopfsteuer wirken und um so härter treffen, je stärker die Familie ist.

So ergaben im Jahre 1900/1901 die Zölle für Getreide und Hülsenfrüchte 159 Millionen Mark, für Tabakzoll und Tabaksteuer 66¾ Millionen Mark, für tierische Produkte 40 Millionen Mark, für Kaffee 69 Millionen Mark, für Petroleum 70 Millionen Mark; die Steuer für Zucker ergab 116 Millionen Mark, für Bier im ganzen Reich 96½ Millionen Mark, für Branntwein 130½ Millionen Mark, für Salz 52 Millionen Mark, aber für Weine aller Art nur 16½ Millionen Mark.

Ein grosser Teil dieser Einnahmeposten wird durch den neuen Zolltarif *bedeutend erhöht.* Man rechnet auf eine Erhöhung der Agrarzölle um mindestens 175 Millionen Mark im Jahre, was den Preis des im Lande gezogenen Getreides, Viehes und dergl. *um mindestens* 600 *Millionen Mark im Jahre steigert.*

So wird der Getreidezoll pro Doppelzentner von 3½ Mk. auf mindestens 5 Mk. bei Roggen und 5½ Mk. bei Weizen gesteigert. Daneben geht eine Zollsteigerung für alle agrarischen Produkte, insbesondere für Vieh und Fleisch, das um 110 bis 600 Prozent im Zoll gesteigert wird.

Treten die neuen Vieh- und Fleischzölle in Kraft, dann wird der Fleischgenuss für zahlreiche Familien ein Luxus werden.

Der Brotzoll von 5 Mark per Doppelzentner Roggen zwingt einen Arbeiter, der 900 Mark Jahreseinkommen und eine Familie von im Ganzen 5 Köpfen zu ernähren hat, allein für den Brotzoll 15 Tage im Jahre zu arbeiten, da dieser Brotzoll mindestens 45 Mark auf seine Familie beträgt: hat er 1045 Mark Einkommen, so muss er 13 Tage arbeiten, bei 1200 Mark Einkommen 11¼ Tage u. s. w. *Das ist allein die Frohnarbeit für den Brotzoll.* Hierzu kommen noch die Zölle auf alle möglichen anderen Lebensmittel.

Das Petroleum, das bisher mit 6 Pf. Zoll per Kilo belegt ist, soll künftig 10 Pfg. zahlen. Die Wohlhabenden und Reichen haben Gas und Elektrizität, und Städte und Privatgesellschaften bemühen sich, die Preise für sie immer mehr herabzusetzen. Dem Arbeiter, dem Handwerker, dem kleinen Beamten, dem kleinen Bauer erhöht man kalten Blutes den Zoll auf sein Licht um 66⅔ Prozent.

Wähler! Wollt Ihr so unerhörte Ungerechtigkeiten Euch gefallen lassen? Wir denken: Nein! Schickt also einen Mann in den Reichstag, der Handelsverträge auf einer solchen Grundlage entschieden bekämpft. Dies ist der Kandidat der Sozialdemokratie

(folgt Name, Stand und Wohnort).

Man hat in dem neuen Tarif nicht nur Getreide, Mehl, Fleisch, Eier, Butter, Speck, Obst u. s. w., u. s. w mit bisher für unmöglich gehaltenen Zollsätzen belegt, man hat auch durch hohe Pferdezölle dem Fuhrwerksbesitzer und dem Bauer die Pferde verteuert und durch die Bewilligung hoher Zölle auf alle möglichen Futtermittel den Unterhalt und die Aufzucht seines Vieh-

und Geflügelbestandes, soweit er dabei auf den Ankauf von Futtermitteln angewiesen ist, erschwert.

Man hat ferner durch sehr erhebliche Erhöhung der Holzzölle den grossen Waldbesitzern Riesenprofite in die Tasche gespielt, aber den zahlreichen Gewerbetreibenden (Schreiner, Böttcher, Stellmacher, Drechsler, Pianofabrikanten u. s. w.) ihr Rohmaterial verteuert. Das Gleiche geschieht anderen Gewerben durch die Erhöhung der Eisen-, Werkzeug- und Maschinenzölle durch die Verteuerung des Leders u. s. w.

Auch die Liebesgabenpolitik zu Gunsten der Branntweinbrenner und Zuckerfabrikanten wurde allezeit liebevoll unterstützt. So erhalten seit vielen Jahren die Branntweinbrenner jährlich Liebesgaben in Höhe von 43 Millionen Mark aus der Reichskasse und die Zuckerfabrikanten erhalten bis zu diesem Augenblick Ausfuhrprämien in Höhe von über 30 Millionen Mark im Jahr.

Den Armen nimmt man das Letzte und gibt den Reichen zu ihrem Ueberfluss scheffelweise.

Die Folge dieser Zollpolitik ist, dass alle Nachbarstaaten ebenfalls ihre Zölle enorm erhöhen, dass die künftigen Handelsverträge viel ungünstiger werden als die bestehenden, dass die deutsche Ausfuhr zurückgeht, Arbeiter arbeitslos werden, die Löhne sinken, wodurch aber auch die Handwerker und Händler, deren Kunden die Arbeiter sind, schwer geschädigt werden.

Arbeiter und kleine Leute werden also mit doppelten Ruten gepeitscht; man verteuert ihnen die Lebensmittel und nimmt ihnen die Gelegenheit zum Verdienst.

Wähler! Wollt Ihr einen Mann, der eine solche Politik auf das äusserste bekämpft, so wählt den Kandidaten der Sozialdemokratie

(folgt Name, Stand und Wohnort).

Die Sozialdemokratie ist die Partei des Fortschritts auf allen Gebieten; sie erstrebt nicht Herrschaft und Unterdrückung, sondern die Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und das höchste Wohlsein Aller.

Ihre Losung ist: Nieder mit der Klassenherrschaft und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen!

Die Sozialdemokratie bekämpft demgemäss Unrecht und Gewalttat, Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Gestalt.

Die Sozialdemokratie verlangt die Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten in Reich, Staat und Gemeinde für alle mündig gewordenen Personen.

Sie verlangt die volle Press-, Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, insbesondere auch für die Landarbeiter!

Sie fordert absolute religiöse Freiheit für alle religiösen Genossenschaften (Kirchen) und ihre Loslösung von Staat und Gemeinde auch in finanzieller Beziehung.

Die öffentlichen Lasten sollen nach Massgabe des Vermögens und des Einkommens aufgebracht werden und nicht durch erdrückende Lebensmittelsteuern und Zölle.

Die Sozialdemokratie erstrebt ferner die Umwandlung der stehenden Armee in ein Milizheer und die Einführung der militärischen Jugenderziehung. Jeder Waffenfähige soll Vaterlandsverteidiger werden, aber nicht länger im Dienste bleiben, als es seine Ausbildung hierzu erfordert.

Die Sozialdemokratie verlangt die Handhabung einer auswärtigen Politik, welche auf die Aussöhnung und Verbrüderung der Kulturvölker und den friedlichen Ausgleich der vorhandenen gegensätzlichen Interessen gerichtet ist.

Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch einen internationalen Gerichtshof, der durch die beteiligten Nationen errichtet wird. Schaffung eines internationalen Rechts.

Sicherung und Verbilligung der Rechtspflege. Schutz und Hilfe den Ausgebeuteten und Unterdrückten, *insbesondere* der Arbeiterklasse.

Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Achtstundentag), Errichtung eines Reichs-Arbeitsamts, Organisierung der Gewerbeinspektoren von Reichs-

wegen, Vereinheitlichung und Erweiterung der Reichs-Versicherungs-Gesetzgebung. Staatliche Anerkennung der Gewerkschaften, Beseitigung aller Ausnahmegesetze.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre bisherige Tätigkeit in den Parlamenten gezeigt, dass sie es mit ihrem Programm und ihren Ueberzeugungen ernst nimmt: *Sie war und ist der öffentliche Ankläger alles Unrechts, jeder Gewalttat, jeder Niedertracht, einerlei, wer der Attentäter ist.* Sie geht trotz allem Geschrei ihrer Feinde ihren Weg und tut ihre Pflicht.

Die Sozialdemokratie im Reichstag zu stärken, liegt im allgemeinen Kulturinteresse; sie allein hat den Willen und die Fähigkeit, Deutschland zu einem Reich zu gestalten, in dem Freiheit, Friede, Gerechtigkeit und das Wohlsein Aller die Fundamente einer Ordnung bilden, die kein Sturm mehr zerstören kann.

Wähler des Wahlkreises!

Glaubt Ihr, dass die Verwirklichung dieses Programms der Sozialdemokratie Eurem Interesse entspricht, so vereinigt am Wahltage Eure Stimmen *auf den Kandidaten der Sozialdemokratie*

(folgt Name, Stand und Wohnort).

Das sozialdemokratische Wahlcomitee.

Anmerkung: Wähler ist jeder Deutsche, der bis zum Wahltag das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Die Wahl wird an dem Orte ausgeübt, in dem der Wähler zur Zeit der Wahl wohnt, und sein Name in der Wählerliste steht. Die Wahlzeit beginnt vormittags 10 Uhr und endet abends punkt 7 Uhr. Wer um 7 Uhr seine Stimme nicht abgegeben hat, kann nicht mehr wählen. Es empfiehlt sich also, möglichst frühzeitig zur Wahl zu gehen. Im Wahllokal nimmt der Wähler einen Umschlag in Empfang, mit dem er sich in einen Nebenraum oder an einen der im Wahllokal stehenden Nebentische begibt und dort seinen Wahlzettel in den Umschlag steckt, ohne dass er dabei beobachtet werden kann. Den Umschlag mit dem Wahlzettel gibt er alsdann an den Wahlvorstand ab, der ihn in die Wahlurne legt.

Beschwerden wegen ungesetzlicher Wahlbeeinflussung und ungesetzlicher Handlungen nimmt

(Folgt Name, Stand und Wohnort.)

in Empfang.

Der Wahltag ist: Dienstag, den 16. Juni.

Ein Aufruf russischer Sozialdemokraten während des Generalausstands zu Odessa im August 1903.

(Der folgende Aufruf ist vom Komitee der sozialdemokratischen Partei in Odessa während eines im August 1903 erfolgten Massenausstandes Odessaer Arbeiter unter diesen verbreitet worden. Er ist dem Berliner »Vorwärts« von einem russischen Mitarbeiter zugestellt worden. Red. der Dok. des Soz.)

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

An die Arbeiter und Arbeiterinnen von Odessa.

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden frei.

Genossen! Zwei Tage haben wir die Luft der Freiheit geatmet: wir versammelten uns, wir besprachen unsere Lage, unseren Ausstand.

Zehntausende von Arbeitern haben einen grossen Kampf angefangen, sind zum erstenmal in einen Generalausstand eingetreten . . . Auf unseren beiden Volksversammlungen beschlossen wir alle zusammen zu fordern:

1. Den achtstündigen Arbeitstag.
2. Erhöhung des Arbeitslohnes.

3. Beseitigung der Stücklohnarbeit.
4. Zahlung von Krankengeldern bis zur völligen Genesung des kranken Arbeiters.

Wir beschlossen, nicht zu weichen; doch man hindert uns, man gestattet uns nicht, für unsere menschlichen Rechte zu kämpfen. Die Regierung mischt sich in unsere Kämpfe. Am ersten Tage hat sie keine Massregeln gegen uns ergriffen. Alle waren wir überrascht; wir verstanden nicht, warum die Regierung diesmal ruhig zuschaute, warum sie nicht gleich am ersten Tage ihre asiatische Kraft zeigte. Man antwortet auf diese Fragen verschieden. Die »Unabhängigen« [so nennen sich die Organisatoren, die mit dem Polizeidepartement unter einer Decke stecken und die Arbeiter den revolutionären Parteien abspenstig machen wollen. Note der Redaktion des »Vorwärts«.] wollen uns glauben machen, dass die Regierung unseren wirtschaftlichen Kampf unterstützt, dass sie uns zu diesem Zweck sogar das Koalitionsrecht geben wolle.

Wir Sozialdemokraten erklären dagegen, dass die Regierung uns ein ehrliches Koalitionsrecht niemals geben wird. Ohne dieses Recht ist aber ein ordentlicher Kampf nicht möglich. Wenn die Behörden von Odessa am ersten Tag nichts unternahmen, so zeigt das nur, dass sie bestürzt waren. Sie hatte eine solche Massenbewegung nicht erwartet und hatten nur wenig Kosaken zur Verfügung, um einen Kampf mit 56000 Streikenden aufnehmen zu können. Dann erschienen aber neue Militärabteilungen, und die Regierung zeigte sich nun in ihrer ganzen schamlosen Nacktheit; sie vergass ihre Liebäugelei mit den Arbeitern.

Sehet, was wir als Antwort auf unsere Forderungen erhalten haben: man hat mit Gewehrkolben geschlagen und mit Peitschen; wir wurden verhaftet und in die Gefängnisse gesteckt. Heute haben die Behörden das Verlangen ausgesprochen, wir sollten zur Arbeit gehen, morgen werden wir mit bewaffneter Macht zur Arbeit getrieben werden, wie die Sklaven, wie die Leibeigenen. So macht es die russische Regierung immer, wenn die Arbeiter gegen die Bedrückung durch das Kapital und für menschliche Rechte kämpfen.

Genossen! Lassen wir keine von unseren Forderungen fallen.

Wir sind Zehntausende, wir haben die Macht; auf unserer Seite ist die Wahrheit. Es bleibt dabei: der Kampf wird fortgesetzt. Führen wir den Streik bis zu Ende; gehen wir nur dann zur Arbeit, wenn die Unternehmer alle unsere Forderungen erfüllt haben.

Zerbrechen wir mit eiserner Hand
Auf immer das drückende Joch,
Und pflanzen wir im ganzen Land
Die Arbeitsfahne auf.

Hoch unser General-Ausstand! Hoch uns're Solidarität!
Nieder mit der Regierung, die das Volk misshandelt.
Hoch die Volksfreiheit! Hoch der Sozialismus!

(Siegel des Komitees.)

Druckerei des Odessaer Komitees.

Zwei Resolutionen des Dresdener Parteitages der deutschen Sozialdemokratie.

(13. bis 20. September 1903.)

[Zwei Streitfragen beschäftigten vornehmlich den Kongress der deutschen Sozialdemokratie, der in der angegebenen Woche in Dresden tagte: die Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Pressunternehmungen, und die Frage des sogenannten Revisionismus, unter welchem Begriff Bestrebungen verstanden werden, die auf Abschwächung des Kampfes der Sozialdemokratie abzielen. Sie wurden nach mehrtägigen lebhaften Debatten durch Annahme der nachfolgenden Resolutionen entschieden. Red. der Dok. des Soz.]

1. Resolution über die Mitarbeit an bürgerlichen Pressunternehmungen.

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar gehalten werden, dass Parteigenossen als Redakteure oder Mitarbeiter an bürgerlichen Pressunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe vorzunehmen.

Im Interesse der Partei sowohl, wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, dass den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.

[Mit 283 gegen 24 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.]

2. Resolution über den sogenannten Revisionismus.

»Der Parteitag fordert, dass die Fraktion zwar ihren Standpunkt geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, dass sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, dass an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, dass aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, dass die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. dass die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, und dass sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;

2. dass die Sozialdemokratie gemäss der Resolution Kautsky des Internat. Soz.-Kongresses zu Paris (1900) einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, dass die Fraktion die grössere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unsres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kultureller Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.«

[Mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen.]

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

22. August 1903.

Eine Partei- und Pressfrage. — Janko Sakasow, Was geschieht in Bulgarien? — M. Beer, Der Geschichtsmaterialismus in den Vereinigten Staaten. — K. Bl. Wahlstatistisches. — Franz Diederich, Ein Buch Vorgeschichte des modernen Industriearbeiters in Deutschland. — Literarische Rundschau.

29. August 1903.

Ein Schmerzensschrei. — Helma Steinbach, Wir am Aufbau. — August Erdmann, Das Programm des Zentrums. — Dr. Otto Liebknecht, Ueber Radium und die radioaktiven Körper. — Ein Buch Vorgeschichte des modernen Industriearbeiters in Deutschland. — Literarische Rundschau. —

5. September 1903.

Bürgerliche Agonien. — A. Bebel, Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage und Verwandtem. — K. Kautsky, Zum Parteitag. — Therese Schlesinger-Eckstein, Der internationale Sozialistenkongress zu Amsterdam und das Frauenwahlrecht. — Literarische Rundschau.

12. September 1903.

Eine Politik der Verzweiflung. — Karl Kautsky, Noch ein Wort zum Parteitag. — Wilhelm Keil, Zur Eisenbahnfrage. — Emil Fischer, Der Arbeitsnachweis als Kampfmittel der Arbeitgeberverbände. — E. Wurm, Der deutsche Städtetag und die deutsche Städteausstellung. — Richard Lewy, Jugendliteratur und Sozialismus. — Literarische Rundschau.

19. September 1903.

D. Zimmer, Der Grossbetrieb in der Schuhindustrie. — L. Woltmann, Anthropologie und Marxismus. — H. Cunow, Entgegnung. — Nina Carnegie Mardon, Die Frau beim Theater. — Kurt Grottewitz, Der Vulkanismus in neuer Geltung. — Max Grunewald, Goethes Jugendjahre. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

September 1903.

Ignaz Auer, Zum sozialdemokratischen Parteitag in Dresden. — Eduard Bernstein, Der neue Reichstag und die Aufgaben der Sozialdemokratie. — Wolfgang Heine, Utopieen. — Dr. Eduard David, Zu Kautskys Kritik meines Agrarwerks. — Paul Kampffmeyer, Der Klassenkampf und der Kulturfortschritt. — Max Schippel, Die Zukunft der Meistbegünstigung und der englisch-kanadische Streitfall. — Dr. Konrad Schmidt, Ueber die geschichtsphilosophischen Ansichten Kants. — Eugène Fournière, Charles Longuet. — Dr. Hugo Lindemann, Die deutsche Städteausstellung. — Rundschau. (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Geistige Bewegung, Frauenbewegung, Bücher). — Portrait von Charles Longuet.

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

September 1903.

Eugène Fournière, Les systemes socialistes. — Paul Dramas, Les conditions du travail et les décrets Millerand du 10. aout 1899. — André Mater, Sources et Origines juridiques du Socialisme. — Jean Sigg, L'enfant dans L'industrie domestique en Suisse. — Henri Charriant, Le mouvement pacifique. — Adrien Veber, Mouvement social.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

1. September 1903.

Fritz Austerlitz, Le probléme Autrichien. — C. A. Maybon, L'Impot sur le revenu et le projet Rouvier. — Karl Marx, Lettres à Kugelmann. — Richardson, Etats Unis. — M. Popowitch, Le mouvement socialiste parmi les Croates et les Serbes en Hongrie. — Les Syndicats Ouvriers. — Bibliographie.

15. September 1903.

Paul Lafargue, L'Ideal Socialiste. — Fritz Austerlitz, Le problème Autrichien. — Georges Weill, Allemagne: La situation politique. — André Morizet, La vice-presidence du Reichstag. — Danielson, Norwege. — Les cooperatives. — Bureau socialiste international.

L'Avenir Sociale, Brüssel.

August 1903.

Enrico Ferri, La Socialdemokratie et la politique étrangère. — A. D., Imperialisme européen dans le Süd-Américain. — Protection ouvrière au Japon. — Victor Serwy, La réunion du bureau socialiste international. — Bibliographie. — Victor Serwy, Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin coopératif. — Le Mouvement Communal.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. September.

Editorial Brevities. — H. Quelch, Free Trade and Prosperity. — J. O'Fallon, The Education of Authority. — F. C. Watts, The Iron Law of Wages and current Problems. — The Socialist, Social Reform and Labour Movement in the English speaking world outside the United Kingdom. — Clericalism and the Socialist Attitude thereto. — The Reviews. — The Cooperative Society »Vovruit« of Ghent after the Inauguration of its new Premises.

The International Socialist Review, Chicago.

1. September 1903.

Charles Dobbs, A Review of Essentials. — Ira. C. Mosher, Some Phases of Civilization. — Warren Atkinson, Value and the Distribution of Commodities. — Raphael Buck, Ascending Stages of Socialism. — A. M. Simons, Economie Aspects of Chattel Slavery. — The Ignorance of the Schools. — The World of Labor. — Socialism Abroad. — Book Reviews. — Publishers Department.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. September 1903.

Filippo Turati, Azione Operaia. — Ivanoe Bonomi, Polemiche doganali. — G. Crespi, Voci d'Oltr'Alpe: nell imminenza del Congresso radicale. — Giulio Casalini, Le abitazioni igieniche a buon

mercato. — Una parentesi. — Le soluzioni. Conclusione. — Lotta di classe professorale. — Filosofia, letteratura, e varieta.

Il Socialismo, Rom.

25. August 1903.

Gina Lombroso, Festina lente. — Aldus Lengus, Dalla barbarie alla civilta. — Jean Longuet, Le democrazie trionfanti agli Antipodi. — Paolo Orano, I patriarchi del Socialismo. — Tommaso Campanella. — G. de Nava, Saint Auban, L'idea sociale nel teatro. — B. Franchi, Jaurès. — Romeo Soldi, Arturo Labriola. — Gina Lombroso, C. Foley Rhys. — Enjolras, S. Richard, G. Clemenceau, L. Arrcat. — Rivista delle Riviste socialiste. — Movimento e legislazione sociale. Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

September 1903.

W. H. Vliegen, De sociale Politiek van Leo XIII. — P. A. Pijnappel, Domela Nieuwenhuis als Geschiedsschrijver. — Eduard Redelé, Een Slotword. — R. Kuyper, Over Waarde. — H. Spiekman, De fransche Vakvereenigingen. — S., Chineesche Dobbelspelen. — J. Sacks, Het Geding Levi contra Het Historisch Materialisme.

Akademie, Prag.

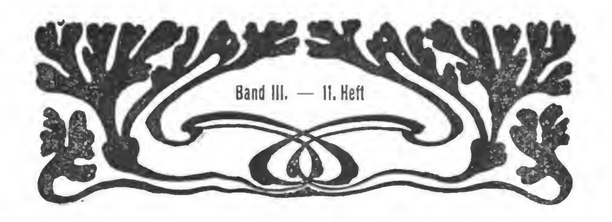
September 1903.

Dr. Helbich, Bábel a bible. — Fr. Modrácek, Ke kritice mého dej. filos. hlediska v brozure o Husovi. — Dr. L. Winter, Pozadavky ágrárniku a soc. demokracie. — Dr. B. Kalandra, Hnuti »pryc od Rima« a jeho dusledky. — Fr. Madrácek, Rokouská krise a soc. demokracie. — Hlidka národohospodarská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literáni.

Przedswit, Krakau.

Odpowiedz »Bundowi«. Ze wspomnien wygnanca. Program narodowosciowy socyalnej demokracyi austryackiej a program P. P. S. W Niemczech po wyborach. Strejki poludniowo- rosyjskie. Korespondencye. Z kraju i o kraju. Nekrolog. Wydawnictwa P. P. S. Luzne notatki.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Berg, Fritz vom. **Gewinnbeteiligung und Miteigentum der Arbeiter, Arbeiterausschuss und Arbeitsamt.** Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage im Anschluss an andere Zeitfragen. Strassburg i. Els. 1903, C. A. Vomhoff. 77 S. 8°. Preis 1 Mk.

An allen Geschäften (Fabriken etc.), die Gesellschaften unterstehen — Aktiengesellschaften, Syndikate, Kartelle etc. — sollen die beschäftigten Arbeiter mittels Kapitaleinlagen, die durch Abzüge oder Zwangsersparnisse vom Lohn und Gewinnanteile gebildet werden, als Miteigentümer beteiligt werden und am Gewinn oder Verlust proportionell ihrer Anteile und Löhne Anteil nehmen. Ein besonderer Unternehmergewinn soll in diesen Geschäften, da die Person des Unternehmers hier zurücktritt, nicht angesetzt werden, der Anteil des Kapitals wird auf Grund des Wertes der Anlagen, Maschinen, Rohstoffe, Betriebsfonds verrechnet, der Anteil der Arbeit auf Grund der Gesamtsumme der Arbeitslöhne. In welchem Verhältnis die Verteilung geschehen soll, wird nicht angegeben, wir nehmen an, dem Verfasser schwebt eine Halbierung des Gewinnes zwischen Kapital und Arbeit vor. Behufs Mitwirkung bei Regelung der Frage des Arbeitslohnes, der Arbeitszeit und des Arbeitsvertrags sind Arbeitsausschüsse zu bilden, die der Staat durch Gesetz obligatorisch macht; ob die Ausschüsse nur je für das Einzelunternehmen gedacht sind oder für gleichartige Unternehmen ganzer Ortschaften oder Bezirke, wird nicht bestimmt ausgesprochen, aus einzelnen Aeusserungen über ihr Wirken ist aber zu entnehmen, dass jedes Unternehmen seinen besonderen Ausschuss haben soll. Der Unternehmer soll bei Anstellung der Arbeiter freies Verfügungsrecht haben, der Arbeitsvertrag aber langfristig — etwa für ein Jahr beiderseitig bindend und Vertragsbruch strafbar sein; bei Kündigungen soll der Arbeiterausschuss gehört werden. Für Schlichtung von Streitigkeiten soll in jedem Reichstagswahlkreis ein ständiges Schiedsgericht oder Arbeitsamt gebildet werden, dem ausser je zwei Vertretern der Unternehmer und Arbeiter, je einem Geistlichen der katholischen, evangelischen und jüdischen Religionsgemeinschaften und zwei Vertretern der Landwirtschaft, die aber wirkliche Bauern sein müssen, der Kreisvorsteher als Vorsitzender, der Reichstagsabgeordnete des Kreises als stellvertretender Vorsitzender und der Fabrikinspektor als Schriftführer angehören sollen.

Dies in seinen Grundzügen der Vorschlag des Verfassers, von dem dieser meint, dass er die Arbeiter »allen sozialistischen und kommunistischen Versuchen gegenüber abgeneigt,« zu »staatserhaltenden Elementen« machen werde.

Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist ihm »das einzige Mittel, die soziale Frage auf friedlichem Wege und ohne gewaltsame Unterbrechung der geschichtlichen Entwickelung zu lösen«. (S. 61.)

Die Idee der Gewinnbeteiligung der Arbeiter gehört der Entwickelungsstufe des halbentwickelten Kapitalismus an, wo die Arbeiter, noch mit den Eierschalen des Handwerksgesellentums behaftet, dabei aber schlecht organisiert, die Unternehmungen von mässigem Umfange sind. Für den entwickelten Kapitalismus mit seinen Riesenunternehmungen und konsolidierten Arbeiterorganisationen hat die Beteiligung der Arbeiter der Einzelunternehmungen am Gewinn dieser weder Zweck noch irgend welche innere Berechtigung, sie würde der einheitlichen Regelung der Arbeitsbedingungen Schwierigkeiten in den Weg legen, unter den Arbeitern diesen selbst und dem Gemeinwesen schädliche Sonderinteressen schaffen; die Beteiligung der von Syndikaten beschäftigten Arbeiter am Syndikatsgewinn würde nicht nur antisozialistisch, sondern direkt antisozial, d. h. dem Interesse der Gesamtheit der Nation entgegengesetzt sein, weil sie die Arbeiter am monopolistischen Treiben der Syndikate interessieren, sie zu deren Mitverschwörern gegen das Publikum machen würde.

Dies und vieles andere hat sich der Verfasser offenbar nicht überlegt, oder vielmehr es ist ihm entgangen, weil er mit unzureichender ökonomischer Ausrüstung an seine Arbeit gegangen ist. »Fritz vom Berge« ist kein bösartiger Sozialistentöter, er meint es in seiner Art gut und hat sich ersichtlich redlich Mühe gegeben, ein System auszudenken, bei dem jeder das Seine kriegen soll, wie er dies in Sachen der Religion (er ist positiver Christ), der Familie u. s. w. versucht. Aber zum Sozialpolitiker genügt der gute Wille nicht, und wenn der Verfasser moderne Probleme behandeln will, dann muss er schon von seinem »Berge« — einem unterelsässischen Landstädtchen — in die Zentren des modernen Wirtschaftslebens herabsteigen und dessen Natur dort studieren oder wenigstens sich mit der Literatur der sich mit ihm beschäftigenden Wissenschaft genauer bekannt machen.

In einem Punkt ist der Verfasser so radikal, wie man es nur wünschen mag: in der Bekämpfung des Alkoholismus. Er verlangt vollständiges, absolutes Verbot der Herstellung alkoholischer Getränke »aus allen Pflanzen, welche zur Nahrungsmittelbereitung verwendet werden können«. Wenn das Uebel gründlich ausgerottet werden solle, müsse die Axt an die Wurzel gelegt werden.

Bringmann, A. Praktische Winke für die deutsche Zimmerer-Bewegung. Herausgegeben im Auftrage des Ausschusses und Vorstandes des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Zweite verbesserte und vermehrte Auflage. Hamburg 1903, Verlag von Fr. Schrader. VIII u. 188 S. 8°.

Dies Buch bildet ein ungemein charakteristisches Dokument für den erreichten Höhepunkt der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es spricht aus ihm eine Fülle von Erfahrung und gereiftem Urteil, von innerer Kraft und klarer Beurteilung der Tatsachen, die es zu einem wertvollen Studium nicht nur für das Publikum, für das es geschrieben ist, sondern für jeden Sozialpolitiker machen. Aus den Instruktionen, die es den Organisatoren der Gewerkschaften gibt, in deren Auftrage es verfasst ist, und zu deren Veteranen der Verfasser gehört, lässt sich der Geist dieser Gewerkschaft mit einer Anschaulichkeit erkennen, wie sie uns noch in keiner Abhandlung geboten worden ist. Innerhalb bestimmter Grenzen, wie sie durch den Zweck des Buches gezogen waren, könnten sie geradezu als eine Theorie des gewerkschaftlichen Klassenkampfes bezeichnet werden, und jedenfalls ist das Buch als ein wichtiger Beitrag für eine solche zu begrüssen.

Es zerfällt in der Hauptsache in drei Teile. Der erste behandelt in acht Paragraphen die Anbahnung und Gründung von Verbandszahlstellen (Zweigabteilungen der Gewerkschaft), der zweite in 14 Paragraphen die Leitung und Unterhaltung der Zahlstellen, der dritte in 14 Paragraphen die Anleitung bei Lohnbewegungen. Ein Anhang gibt »Geschichtliche und statistische Notizen zur Orientierung über die Entwickelung der deutschen Zimmererbewegung.«

So Interessantes in vieler Hinsicht die ersten beiden Teile bieten, so wendet sich das Hauptinteresse des Sozialpolitikers naturgemäss dem dritten Teil zu, der von den Lohnbewegungen handelt, Maximen für die Einleitung und Führung von solchen niederlegt. Es ist nun äusserst lehrreich, zu sehen, wie streng in diesen Instruktionen nicht nur gegen jede Mutwilligkeit bei Veranstaltung von Streiks Stellung genommen wird, sondern wie scharf auch jede Einleitung von Lohnbewegungen verworfen wird, für die nicht schon eine ganze Reihe vorher festzustellender sachlicher Faktoren Erfolg in Aussicht stellen. Es ist eine Art kleiner Klausius des Lohnkampfes (in welchen Begriff der Kampf um Fragen der Arbeitszeit etc. einbegriffen ist), Strategie und Taktik dieses Kampfes werden da in meisterhafter Sachlichkeit auseinandergesetzt. Allerdings fällt dazwischen manch scharfes Wort gegen die Unternehmer, im ganzen aber sind die Anweisungen weit davon entfernt, Gehässigkeiten das Wort zu reden. Im Gegenteil wird wiederholt davor gewarnt, den Bogen zu straff zu spannen, und jede provozierende Sprache verpönt. Hier einige bezeichnende Sätze der Instruktion:

»Die Sprecher müssen den Arbeitgebern mit Ruhe und Ernst entgegentreten, alle provozierenden Aeusserungen meiden und sich darauf beschränken, die Forderungen möglichst kurz und sachlich, ohne alle Phrasen zu begründen.« (S. 133.) »Es ist nicht empfehlenswert, vorher in Versammlungen zu solchen Verhandlungen [mit den Prinzipalen] Stellung zu nehmen oder bezüglich der einzunehmenden Haltung der Vertreter Beschlüsse zu fassen, die wie ein Ultimatum aussehen. Den verhandelnden Personen muss im Gegenteil freie Hand gelassen werden.« (S. 133.) »Neben der organisatorischen Tätigkeit fällt der Streikleitung auch die Aufgabe zu, alle jene Massnahmen in die Wege zu leiten, die zur Wiederverständigung mit den Arbeitgebern führen. Sie hat von Anfang an darauf Rücksicht zu nehmen und selbst ihren Vorschlag zum Streiken dementsprechend zu formulieren.« (S. 140/141.) »Gewöhnlich steigt bei solchen aufgezwungenen Kämpfen [Aussperrungen] die Erbitterung bis zur Siedehitze und es werden dann leicht Beschlüsse gefasst, die der Bewegung später unbequem oder gar verhängnisvoll werden. Das sollte aber unter allen Umständen unterbleiben.« (S. 147.) »Einen an sich günstig stehenden Streik kann man durch Anrufung von Vermittlern nicht erfolgreicher gestalten, als er ohnehin sein wird, und einen lahmen Streik kann man durch solche Mittel nicht wirksamer machen; nur der Wunsch, den Kampf im Interesse der Kämpfenden selbst oder im Interesse des Gemeinwesens zu beenden, dürfte bei der Anrufung von Vermittlern massgebend sein.« (S. 155.) »Im allgemeinen lässt sich sagen, dass Sympathiestreiks, partielle sowohl wie allgemeine, überschätzt zu werden pflegen.« (S. 157.) »Ein magerer Vergleich ist immer besser als ein Streik mit ungewissem Ausgange.« (S. 159.) »Die Proklamierung des allgemeinen Streiks, trotzdem eine Anzahl Arbeitgeber zu einer annehmbaren Verständigung bereit ist, hat noch immer grösseren Schaden angerichtet, als wenn einmal bei einem Schlaumeier die Arbeit fortgesetzt wurde. . . Zwingen nicht andere Tatsachen zu der Ueberzeugung, dass durch den Streik mehr als das Zugestandene erzielt wird, dann soll der Vorschlag zum allgemeinen Streik nicht über die Lippen der Personen in der Streikleitung kommen.« (S. 160.) »Noch mehr wird das Ansehen der Organisation geschädigt, wenn die Vertreter derselben ihre Zustimmung zu einem Vorschlage zur Verständigung gegeben haben, und dann nichts tun, um den Vorschlag zur Geltung zu bringen, oder gar gegen die Annahme desselben wirken. Das darf nicht vorkommen. Gegen ‚Treu und Glauben' dürfen die Vertreter eines grossen Zentralverbandes niemals verstossen.« (S. 161.)

Im anscheinenden Gegensatz zu dem hier zuletzt ausgesprochenen Grundsatz wird dagegen auf S. 162/163 der Rat gegeben, da, wo »ein schamloses Unternehmertum von dem Ausgesperrten verlangt, er soll gewisse Lohn- und Arbeitsbedingungen und darunter auch jene Bestimmung unterschreiben, aus der Organisation auszutreten, derselben nicht wieder beizutreten und auch nicht für sie zu agitieren,« die Unterschrift kaltblütig zu leisten, ohne sich durch sie irgendwie für gebunden zu erachten. Man füge sich eben »der Not, nicht dem eigenen Triebe«. »Das Unternehmertum ist uns in Bezug auf Wortbrüchigkeit so oft mit gutem Beispiel vorangegangen, dass wir alle Ursache

haben, in der grössten Not uns abgepresste Versprechungen leichten Herzens zu brechen, sobald wir die Macht bezw. Gelegenheit dazu finden« (S. 163).

Das ist richtig, und darum der Gegensatz gegen die oben angeführte Weisung eben nur ein scheinbarer. Aber es kann nicht scharf genug betont werden, dass es sich hier um durch Missbrauch ökonomischer Uebermacht unter Anwendung der Hungerpeitsche erpresste Zusagen, nicht um freiwillig eingegangene Verträge, um brutale Uebergriffe über die berechtigten Elemente des Arbeitsvertrags, nicht um loyale Abmachungen nach erfolgter Kraftprobe handelt, um ökonomische Vergewaltigungen, die von Rechtswegen gesetzlich streng verpönt werden müssten.

Wir übergehen die weiteren Punkte der Anleitung und bemerken, dass wir in ihr einige Sätze darüber vermissen, ob es nicht auch gewisse Anzeichen für die zweckmässigste Bemessung von Lohnforderungen gibt, worin man sie zu erblicken hat, bezw. wo sie zu suchen sind. Wir glauben, dass sich auch darüber manche nützliche Winke geben lassen, und stellen dem Verfasser anheim, bei einer später nötig werdenden Auflage die Frage zu berücksichtigen.

Schliesslich noch eine Kleinigkeit formaler Natur, die indes eine allgemeine Sitte oder Unsitte betrifft. Auf S. 129 wird das Schema eines Briefes gegeben, worin Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet wird. Da heisst es am Schluss, der heute weit verbreiteten Sitte gemäss: »Hochachtungsvoll«. Nun sind wir durchaus nicht gegen höfliche Umgangsformen, halten sie im Gegenteil fur eine wertvolle Kulturerrungenschaft. Aber von den Sprachverrenkungen, die in Deutschland mit Höflichkeitsfloskeln verbunden werden, sollten wir uns möglichst frei zu halten suchen, und zu den Nichtswürdigkeiten des deutschen Höflichkeitsstils gehört auch der unsinnige Gebrauch der Vorsilbe »hoch«. Wenn ich jemand bezeugen will, dass ich ihm die gebührende Achtung zolle, so sagt das Wort achtungsvoll genau so viel wie hochachtungsvoll und klingt sicher reiner und darum auch schöner. Im Interesse einer Hebung unserer Umgangsformen wie unseres Sprachempfindens möchten wir daher wünschen, dass von der Vorsilbe »hoch« in dieser und auch in vielen anderen Verbindungen nach Möglichkeit abgesehen werde. Es wird sich niemand ungenügend geehrt fühlen, wenn ihm eine Forderung »achtungsvoll« unterbreitet wird.

Das treffliche Buch ist gut gedruckt und auch sonst recht ansprechend ausgestattet.

Dietzgen, Josef. **Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit.** Eine abermalige Kritik der reinen und praktischen Vernunft. Mit einer Einleitung von Anton Pannekoek. Stuttgart 1903. J. H. W. Dietz Nachf. XXVII u. 151 S. 8⁰. Preis brosch. 1 Mk. 50 Pf.

Dietzgen, Josef. **Das Acquisit der Philosophie und Briefe über Logik.** Speziell demokratisch-proletarische Logik. Zweite Auflage. Stuttgart. J. H. W. Dietz Nachf. VIII u. 242 S. 8⁰. Preis brosch. 1 Mk. 50 Pf.

Dietzgen, Josef. **Kleinere philosophische Schriften.** Eine Auswahl. Stuttgart 1903, J. H. W. Dietz Nachf. 272 S. 8⁰. Preis brosch. 2 Mk.

Diese drei Bändchen bilden zusammen eine Gesamtausgabe der philosophischen Schriften, die Josef Dietzgen zu verschiedenen Zeiten veröffentlicht, bezw. niedergeschrieben hat. Im hier erstaufgeführten findet der Leser ein schönes Bild Dietzgens, dessen eindrucksvolle Züge niemand leicht vergessen wird, sowie neben einem Abriss über das Leben dieses eigenartigen Denkers, aus der Feder seines Sohnes Eugen Dietzgen, einen Aufsatz »Die Stellung und Bedeutung von J. Dietzgens philosophischen Arbeiten« von Dr. Anton Pannekoek-Leiden als Einleitung.

Es ist nicht leicht, dem Philosophen Dietzgen völlig gerecht zu werden. Beansprucht er, jenen originellen Denkern zugerechnet zu werden, die wirklich das philosophische Wissen oder Erkennen wesentlich bereichert haben, oder haben wir ihn nur als einen Verbreiter übernommener philosophischer Gedanken zu betrachten, bei dem die Art und Weise der Verarbeitung und Dar-

stellung des Uebernommenen die Originalität erschöpft? Friedrich Engels hat bekanntlich in seiner Schrift über Feuerbach geschrieben, dass die materialistische Dialektik, sein und Marx' bestes Arbeitsmittel« und »schärfste Waffe«, »merkwürdigerweise unabhängig von uns und selbst von Hegel, wieder entdeckt [wurde] von einem deutschen Arbeiter, Josef Dietzgen.« Aber abgesehen davon, dass Dietzgen kein Arbeiter im Klassenbegriff dieses Wortes, sondern ein Bürgerssohn und bürgerlich erzogen war, hat er auch, wie aus seiner Biographie hervorgeht, schon in der Jugend, von einem studierenden Freunde unterstützt, sich mit Philosophie beschäftigt, die »Neue Rheinische Zeitung« und das Kommunistische Manifest gelesen, und beruft er sich in dem Vorwort zu seiner philosophischen Erstlingsschrift, dem »Wesen der menschlichen Kopfarbeit«, wo er sich als Handwerker bezeichnet, selbst auf Marx. Eine Beeinflussung durch Marx-Engels ist also sicher vorausgegangen. Indes haben viele Leute Marx-Engelssche Schriften gelesen, ohne deshalb Dialektiker vom Schlage Dietzgens zu werden, und mindestens darin würde Dietzgen als Schüler der Genannten einen besonderen Platz zu beanspruchen haben, dass er früher als irgend ein anderer und mit grösserer Energie des Denkens das Prinzip der materialistischen Dialektik aus ihren Werken herauszog und nun in seiner Weise philosophisch verarbeitete. Auch das war schliesslich keine Kleinigkeit und setzte u. a. eine achtunggebietende Schulung des Denkens voraus.

Fragen wir aber weiter, was nun Dietzgen mit der Dialektik angefangen hat, die er mehr oder minder selbständig gefunden, so sind auf den Gebieten, wo Marx-Engels sie so wirkungsvoll zur Anwendung brachten, nämlich Oekonomie und Geschichte, nennenswerte eigene Leistungen Dietzgens nicht zu verzeichnen. Hier blieb er zeitlebens vorwiegend Schüler, bezw. Ausmünzer. Und da es ihm weder an der erforderten Belesenheit, noch wenigstens zeitweilig an der nötigen Musse zu selbständiger Arbeit auf diesen Gebieten fehlte, muss es als charakteristisch für seine Geistesrichtung angesehen werden, dass er der intensiveren Beschäftigung mit denjenigen Disziplinen, die gerade nach der materialistischen Dialektik vor allem den Schlüssel liefern für die ideologischen Probleme der Menschheit, immer wieder die Erörterung philosophisch-methodologischer, bezw. erkenntnistheoretischer und naturphilosophischer Fragen vorzog. Man könnte dies drastisch so ausdrücken, dass auf unsern materialistischen Dialektiker die Physik seines Stoffes weniger Reiz ausübte, als dessen Metaphysik.

Darin liegt gewiss noch kein Vorwurf, wenigstens nicht in den Augen des Schreibers dieser Zeilen. Aber es zeigt die Grenzen der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit Dietzgens an. Prinzipiell erfordert die Metaphysik einer Disziplin die gründlichste Erforschung ihrer physischen Grundlagen. Soviel ich jedoch von der Sache verstehe, hat Dietzgen es faktisch nicht wesentlich darüber hinausgebracht, den einen Gedanken des materialistischen Monismus, dass zwischen Denken und Sein materielle Identität besteht, in unzähligen Anwendungen immer wieder von neuem zu deduzieren. Manchmal in sehr hübscher, an scharfsinnigen Bemerkungen reicher Darstellung und stets anregend, aber auch immer innerhalb eines relativ engen und wesentlich nur das Formale umschliessenden Zirkels. Wenn man ihn liest, ist es zuweilen, als hörte man eine Kette rasseln, die ihm nicht erlaubt, von einem Zentralpunkt aus über eine gewisse Grenze hinaus zu gehen. Innerhalb des von dieser Kette gezogenen Kreises ist er frei, geistreich, wühlt er mit Eifer und kecker Laune den ganzen Boden um, der den Kreis ausfüllt. Aber der jenseits des Kreises liegende Boden scheint ihm fast so unsichtbar, wie die Kette selbst. Oder, um ein anderes Bild zu wählen, er untersucht das Objekt seiner Betrachtung — den Erkenntnisapparat des Menschen — zwar äusserlich nach allen Seiten und bis in den kleinsten Winkel, gibt sich aber mit dessen innerer Struktur fast gar nicht ab. Als Dietzgen seine Briefe über Logik und sein Acquisit der Philosophie schrieb, war auf dem Gebiet der physiologischen Psychologie schon nennenswertes geleistet worden; aber seinen auf das Psychologische übergreifenden Erörterungen merkt man davon so gut wie gar nichts an. Seine Psychologie geht in keiner Weise über die Kants und Hegels hinaus, und seine Widerlegung von Kants transzendentalem Idealismus ermangelt

denn auch jeder wissenschaftlichen Ueberführungskraft. Desgleichen seine Polemik gegen Fr. Alb. Lange, Dubois-Reymond u. s. w. Sie trifft Nebenpunkte, mutmassliche oder faktische Hintergedanken dieser Denker, aber nicht den Kern ihrer erkenntniskritischen Ausführungen.

Fragt man nach der Ursache, warum der so begabte, fleissige und in jeder Hinsicht mutige Mann es philosophisch nicht weiter gebracht hat, so ist die Erklärung unseres Erachtens im Wesen der dialektischen Methode zu suchen, in deren Schlingen er sich verfangen hatte, und die mit Objekt und Subjekt, mit Subjekt und Prädikat, mit Gegensatz und Identität u. s. w. spielt, wie junge Katzen mit dem Schwanz: Es ist ein solches Spiel sehr nett zu betrachten, und daher liest sich Dietzgen denn auch immer recht kurzweilig, zumal er zwei grosse Tugenden besass: erstens das Streben und die Fähigkeit, sich klar auszudrücken, und zweitens einen starken Sinn für Gerechtigkeit auch dem Gegner gegenüber. Er drückt sich manchmal etwas burschikos aus, treibt gelegentlich mit seinem Widerpart ein bischen Schindluder, aber er ist nie gehässig, nie auf Herabsetzung seines Gegners bedacht, nie hochmütig anmassend. Wenn etwas wie gehobenes Selbstgefühl durch seine Schriften zieht, so erweist es sich bei näherer Untersuchung nicht als persönliche Ueberhebung, sondern als Ausdruck der Freude über den gewonnenen Standpunkt, im Sinne des Goetheschen »Brave freuen sich der Tat«. Ihm verlieh seine Philosophie das Gefühl, den archimedischen Standpunkt gefunden zu haben, von dem aus die Welt aus den Angeln gehoben werden könne, und für die Fragen, um welche der Kampf der Arbeiterklasse sich heute dreht, trifft dies auch zu, da haben seine Schriften etwas wirklich Befreiendes, zeigen sie den Weg in die rechte Richtung, wirken sie wahrhaft erhebend auf das Gemüt des Kämpfers. Aber das erkenntnistheoretische Problem der Philosophie wird durch die Bedürfnisse des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die ideologischen Bundesgenossen der ihr entgegenstehenden sozialen Mächte nicht erschöpft, seine Behandlung darf ihm nicht untergeordnet werden und braucht ihm auch nicht untergeordnet zu werden. Kant, der Erkenntniskritiker, war und bleibt der Befreier, der der Offenbarungsdogmatik den Todesstoss versetzt hat, mögen ihre Apologeten noch so sehr bemüht sein, aus seinem Ding an sich einen Kronzeugen für ihr transzendentes Ding für Jenseitstheologen zu erdeuteln. An verschiedenen Stellen erkennt Dietzgen das selbst an; aber statt an dieser Einsicht festzuhalten und auf Grund ihrer weiter zu bauen, was ihn auch dann Lange und die sonstigen Neukantianer zutreffender hätte beurteilen lassen, lässt er sich durch den Missbrauch, den andere mit Kants Erkenntniskritik getrieben, dazu verleiten, gerade das, was man ihr Acquisit nennen kann, einer Dialektik aufzuopfern, bei der es kein rechtes Vorwärtskommen, sondern nur ein beständiges Drehen gibt.

Damit soll indes keineswegs gesagt sein, dass es sich bei Dietzgen lediglich um Begriffsspielerei handelt, sondern nur erklärt werden, warum er trotz seiner philosophischen Begabung nicht noch mehr als wie tatsächlich geschehen, geleistet hat. Geben seine philosophischen Schriften auch dem vorgeschrittenen Leser nicht volle Genugtuung, so bieten sie doch auch für ihn viel Anregung. Seine Aufsätze haben oft etwas ungemein Erfrischendes, es pulsiert Leben in ihnen, und da das dialektische Denken als Hilfsmittel der Erkenntnis immer seine Bedeutung behält, kann es niemand schaden, sich an der Hand Dietzgens gründlich mit ihm vertraut zu machen. Er handhabt es mit grosser und — was hier besonders anzuerkennen ist — ehrlicher Virtuosität. Die Schriften dieses eigenartig feinen Kopfes dürfen unbedingt einen Platz in der philosophischen Literatur beanspruchen Kein schöpferisches Genie der Synthese, aber ein nicht geringes analytisches Talent spricht zu uns aus ihnen, neben einem tiefen Empfinden und kräftigen Wollen.

Die biographische Einleitung vom Sohne des Verfassers ist im anspruchslosen Geiste des Vaters gehalten und lehrt uns diesen als Menschen lieben. Weniger können wir uns mit der philosophischen Einleitung des Herrn Pannekoek befreunden. Schon der erste Satz ist eine grosse Albernheit, missglückte Nachäfferei von Marx. »Die Geschichte der Philosophie ist die Geschichte des bürgerlichen Denkens« — was soll man zu solcher Kinderei

sagen? Um sie schmackhaft zu machen, wird der philosophische Dualismus als Denkweise der herrschenden Klassen nach eingetretener Spaltung der Menschheit in Klassen und Ausdruck des unverstandenen Charakters der Produktion, seit sie Warenproduktion wurde, hingestellt. Als ob die Menschen nicht auch dort, wo Klassenscheidung und Warenproduktion noch unbekannt waren, dualistisch gedacht hätten, und als ob irgend welche begründete Erwartung gegeben sei, mit der Warenproduktion auch den philosophischen Dualismus verschwinden zu sehen. Tatsächlich hat die Produktion mit der Weltauffassung nur dadurch irgend etwas zu tun, dass sie in ihren verschiedenen Entwickelungsstadien ein wechselndes Verhältnis des Menschen zur Natur zum Ausdruck bringt. Und nur weil mit der wachsenden Beherrschung der Natur und ihrer Kräfte Veränderungen im Charakter der Produktion sich vollziehen, die Warenproduktion ihre Formen ändert, lässt sich der Abstufung dieser Produktionsformen der Zeitfolge nach eine Abstufung in den philosophischen Weltauffassungen zur Seite stellen, wobei es aber nie ohne grobe Vergewaltigungen der Tatsachen abzugehen pflegt, und wir es bestenfalls mit einer mittelbaren, aber ganz und gar nicht mit einer direkt kausalen Parallelität zu tun haben. Wie wenig hier von einer solchen die Rede sein kann, erfahren wir zwei Seiten später, wo der Verfasser uns plötzlich erzählt, dass »durch die mühsame Geistesarbeit der tiefsten Denker das Wissen stets grösser wurde und für das Unbegreifliche immer weniger Raum zurückblieb«. (S. 5.) Wirklich? Aber nach der soeben vorgeführten Theorie hätte doch gerade für das Unbegreifliche immer mehr Raum frei werden müssen, da die Warenproduktion bekanntlich im Laufe der Zeit immer komplizierter geworden ist, immer weniger überblickt werden konnte. Erst in neuerer Zeit gewinnt sie unter dem Einfluss der Syndikate und Trusts wieder eine gewisse Uebersichtlichkeit, und vielleicht findet sich auch noch der Weltweise, der uns den monistischen Zug in der zeitgenössischen Philosophie als den ideologischen Ueberbau der Kartellbestrebungen in der Industrie, einen Häckel etwa als den Philosophen des Kohlensyndikats vorführt. Man weiss ja, welche Rolle der Kohlenstoff in der Entwickelungsgeschichte der Organismen spielt. Nur nicht im Halben stehen bleiben.

Tatsächlich ist die Philosophie ebenso oft der Ausdruck des Protestes gegen die Anschauungsweise der herrschenden Klassen gewesen, wie sie jeweilig die Abspiegelung dieser war. Sie hat sich den Einflüssen allgemeiner Strömungen im Gesellschaftskörper nicht entziehen können und ist selbstverständlich in ihrer Fortentwickelung vom Grad der jeweiligen materiellen Naturbeherrschung abhängig gewesen. Aber sie war fast immer die geschworene Gegnerin der Kirche, die es gewöhnlich mit den Herrschenden hielt, und hat sich im übrigen nach eigenen, durch die Natur ihres Gegenstandes gegebenen Gesetzen entwickelt.

Berühmten Mustern folgend und sie beinahe noch überbietend, bemüht sich Herr Pannekoek weiterhin, Kant als den Bourgeoisphilosophen par excellence hinzustellen. Kants Philosophie offenbart sich nach ihm dadurch als »unverfälschter (!) Ausdruck des bürgerlichen Denkens«, weil »im Mittelpunkt seines Systems, es beherrschend, die Freiheit steht«. (S. 12.) Nun hat aber dieser Erzbourgeois Kant auch ein Sittengesetz aufgestellt, das dem Verfolg des egoistischen Bourgeoisinteresses recht enge Grenzen zieht. Wie dies mit seinem Beruf als spezifischer Bourgeoisphilosoph vereinen? Nun, die Sache ist sehr einfach. Weil höher als das Interesse des Einzelnen, »das Heil der ganzen Klasse galt, und ihre Gebote als sittliche Gebote über das Streben nach Glück gingen« . . . »Es zeigte sich, dass Kants erhabene Sittenlehre, anstatt die Grundlage des ewigen und allgemein-menschlichen Handelns zu sein, nur der Ausdruck der begrenzten Klasseninteressen der Bourgeoisie war.« So wörtlich auf S. 13 und 14. Kann man die Tollheit weiter treiben? Kants kategorische Imperative Klassenethik der Bourgeoisie! Wer wird diese Vergewaltigung aller ehrlichen Begriffe noch überbieten?

Schliesslich entdeckt Herr Pannekoek auch noch, dass der heutige Revisionismus »eine Kombination bürgerlicher Weltanschauung und antikapita-

listischer Gesinnung« ist und im Kampf wider den Kapitalismus vielfach »die kleinbürgerlichen Tendenzen vertritt«. (S. 29.) Wir erinnern dem gegenüber nur daran, dass das, was man Revisionismus nennt, in Deutschland seinen stärksten Boden in der Gewerkschaftsbewegung findet, die aus einer ganzen Reihe innerer Gründe der Kleinbürgerei am entschiedensten gegenübersteht.

All diese Fehlgriffe des Herrn Pannekoek sind Folge der unbesehenen Uebernahme von Schlagworten eines gewissen Uebermarxismus, der eine Zeitlang in einer Reihe von Ländern grassierte und sich darin gefiel, die Meister in geschichtsmaterialistischen Konstruktionen in jeder Hinsicht zu übertrumpfen. Da musste jeder geschichtliche Vorgang, jede geschichtliche Erscheinung in die getrennten fertigen Rubriken der marxistischen ökonomischen Kategorienlehre untergebracht werden, ein Verfahren, das so undialektisch ist, wie nur möglich, und gelegentlich denn auch von Engels selbst sehr scharf zurückgewiesen worden ist. Ganz sicher war Kant nicht frei von bürgerlicher Beschränktheit. Aber dass er darum als Philosoph und Ethiker Klassenphilosoph und Klassenethiker gewesen sein muss, dass seine Erkenntnistheorie irgendwie aus der Warenproduktion seiner Epoche zu erklären sein soll, warum er sich in den Grundbegriffen seiner Ethik nicht soll über den Klassenhorizont haben erheben und Sätze aufstellen können, die über seine Zeit und Klasse hinaus ihre Bedeutung behalten, ist ebenso abgeschmackt, wie, dass alles, was nicht Marx hinsichtlich des Verlaufes der sozialen Entwickelung aufgestellt hat, Produkt bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Anschauung sein muss, oder dass dialektische Voreiligkeiten widerlegen antidialektisch denken heisst. Aber in diesen wie in anderen Punkten stossen wir bei Pannekoek auf den vielen orthodoxen Marxisten eigenen Fehler, den zu widerlegenden Gegnern Standpunkte zu unterschieben, die sie nicht haben. Es muss immer auf der anderen Seite Nacht sein, soll der Tag auf der eigenen Seite im glänzendsten Lichte strahlen. Nach Pannekoek hat sogar erst Marx die gesellschaftlichen Klassen entdeckt, ein Verdienst, das Marx nirgends für sich in Anspruch genommen, und über das man auch bei Dietzgen ganz anderes nachlesen kann.

Abgesehen von diesen Extravaganzen fasst Pannekoek mit Geschick die Gedanken zusammen, die Engels in seinen verschiedenen Schriften vom Entwickelungsgang der Philosophie und der Bedeutung der materialistischen Dialektik niedergelegt hat und bietet sie in einer wohlgegliederten und klaren Darstellung dem Leser dar.

Evangelisch-sozial. Verhandlungen des vierzehnten evangelisch-sozialen Kongresses, abgehalten in Darmstadt am 3. und 4. Juni 1903. Göttingen 1903, Vandenhoek und Ruprecht. 157 8°. Preis 2 Mark.

Die evangelisch-soziale Bewegung in Deutschland bildet die Mittelpartei der protestantischen christlichsozialen Bewegung, deren Rechte die Stöckerschen Christlichsozialen und deren Linke die Nationalsozialen bilden. Ihr vierzehnter Kongress, dessen Protokoll uns hier vorliegt, beschäftigte sich in seinen öffentlichen Verhandlungen mit der Entgegennahme und Diskussion von drei Referaten: »Die sittlichen Gedanken Jesu in ihrem Verhältnis zu der sittlich-sozialen Lebensbewegung unserer Tage«, Ref.: Prof. Dr. Wilhelm Herrmann-Marburg; 2. »Das soziale und ethische Moment in Finanzen und Steuern«, Ref.: Prof. Dr. Adolf Wagner-Berlin; 3. »Die Reform des deutschen Strafrechts im Lichte evangelischer Sozialpolitik«, Ref.: Prof. Dr. Wilhelm Kahl-Berlin. Diese wortgetreu mitgeteilten Referate machen den Hauptinhalt des Protokolls aus, und da sie sämtlich von Fachmännern von Ruf herrühren, nehmen sie auch das Hauptinteresse des Lesers in Anspruch. Doch bieten die Debatten über die Referate gleichfalls Interessantes, zumal sich Leute an ihnen beteiligten, denen Sachkenntnis nicht abgesprochen werden kann. So traten in der Debatte über das Kahlsche Referat, das im Sinne der alten Strafrechtschule gehalten war, die von der Willensfreiheit ausgeht und die Strafe als Vergeltung oder Sühne auffasst, Vertreter der modernen Kriminallehre auf, die von der Unfreiheit

oder bedingten Freiheit der Einzelnen ausgeht und die Straffrage unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Abwehr betrachtet wissen will. Als Vertreter der letzteren Richtung trat u. a. der Pfarrer Schlosser-Giessen auf, der aus einer zwanzigjährigen Tätigkeit als Gefängnisgeistlicher die Ueberzeugung gewonnen hat, dass ein sehr grosser Teil der Verbrechen lediglich in sozialen Verhältnissen ihre Ursache haben, d. h. dadurch verursacht sind, dass Armut eben die Widerstandsfähigkeit gegen Verführungen aller Art herabsetzt, und dass ein sehr erheblicher Teil der Verbrecher in der Tat nicht normal, stärker als der Durchschnitt psychischem Zwang unterworfen seien. Einstimmig waren die Redner, der Referent eingeschlossen, in der Verwerfung der Prügelstrafe, der Verurteilung des gerichtlichen Zwangs zur Eidablegung, wo Verpflichtung zur Wahrheitsversicherung genügte, und — obwohl sie sämtlich ihre streng monarchische Gesinnung betonten und die Majestätsbeleidigung keinesfalls unbedroht lassen wollten —, in der Verwerfung der heutigen Art der Verfolgung von missliebigen Aeusserungen über das Staatsoberhaupt, d. h. in der weiten Fassung des Begriffs der Majestätsbeleidigung. Widersprüche traten u. a. hervor in der Beurteilung der Strafbarkeit des Kontraktbruchs der Arbeiter und hinsichtlich der Strafbarkeit der Betätigung des Homosexualismus. — Der Vortrag Adolf Wagners über die Ethik in der Finanz- und Steuerfrage spricht sich hinsichtlich der Besteuerungsart für die gemischten Systeme aus und predigt im übrigen eine weitgehende Steuerpflicht, u. a. eine radikale Erbschaftssteuer, unter besonderer Betonung der Pflicht zur Selbsteinschätzung und strenger Wahrhaftigkeit in der Selbsteinschätzung. In den 16, zum Teil ziemlich ausführlichen Leitsätzen, welche dem Vortrag vorausgeschickt sind, findet sich keine Andeutung darüber, ob es allgemeine wirtschaftspolitische Rücksichten gibt, die den spezifisch sozialpolitischen Zwecken der Steuerauflagen gegenübergestellt werden dürfen, und ob es für dies Moment und das Recht der Ethik in der Steuerfrage wissenschaftliche Grenzbestimmungen gibt.

Heiss, Clemens. **Wohnungsreform und Lokalverkehr.** Herausgegeben vom Verein Reichs-Wohnungsgesetz. Göttingen 1903. Vandenhoek u. Ruprecht. 128 S. 8⁰. Preis: 1,60 Mk.

Eine eingehende Untersuchung der Rückwirkungen der verschiedenen verkehrspolitischen Einrichtungen und Massnahmen auf die Gestaltung des Wohnungsproblems. Der Verfasser zeigt, von wie ausserordentlicher Wichtigkeit eine weitschauende, wohldurchdachte, bewusst und systematisch auf Untergrabung des Bodenwuchers gerichtete Verkehrspolitik ist, um die Wohnverhältnisse in den modernen Grossstädten und Industriezentren erträglich zu gestalten, und welche Vielheit von Massnahmen, welche Eingriffe in das berühmte freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte eine solche Politik erheischt. Zwangseingemeindung, kommunaler oder staatlicher Terrainankauf im grossen Stil, Verbilligung und Beschleunigung des Verkehrs mit Ortschaften in der entfernteren Umgebung der Grossstadt, Erschliessung so grosser Gebiete durch Bahnverbindungen, dass neuer Bodenwucher unmöglich wird, Verbot des Baues von Mietskasernen u. s. w. sind einige dieser Massregeln, wie sie einzeln schon an verschiedenen Orten mit Erfolg durchgeführt worden und nicht so radikal sind, um von den heutigen Machthabern als absolut unannehmbar bezeichnet werden zu können. Allerdings hat der Verfasser in dieser Hinsicht nur geringes Zutrauen in das derzeitige Staatsministerium Preussens und bezweifelt auch sehr, ob von den preussischen Städteverwaltungen solange ein einigermassen wirksames Vorgehen gegen den Bodenwucher erwartet werden kann, so lange das Privilegium der Hausbesitzerklasse in den städtischen Vertretungen andauert. Dies Privilegium, das früher eine gewisse Berechtigung gehabt haben mag, sei heute, wo der Grundbesitz ein Gewerbe, das Hausbesitzertum zu einem fluktuierenden Element der Bevölkerung geworden sei, ganz unsinnig geworden und müsse verschwinden.

Wiederholt wendet sich der Verfasser mit grosser Schärfe gegen den Mietskasernenbau, der das Wohnen verschlechtere und verteuere, — je höher die Häuser, um so höher die Mieten«, heisst es einmal sehr richtig — und geisselt die moderne Lüge der breiten Strassen, hinter deren hohen Häusern

in ebenso hohen Hinterhäusern Massen von Menschen eng und ohne genügendes Licht eingepfercht wohnen.

Das Buch hätte besser durchgearbeitet werden können, bietet aber viel Material aus dem Aus- und Inland — darunter auch viele statistische Angaben — und zeichnet sich oft durch eine unerschrockene Kritik aus.

Köhler, Hermann. **Die Unzulässigkeit der Sozialisierung der Landwirtschaft unter allgemein sittlichen Gesichtspunkten.** (Landwirtschaft und Sozialdemokratie III.) Leipzig 1903, J. C. Hinrichs. 148 S. 8°. Preis 1 Mk. 50 Pf.

Diese Abhandlung, die eine Fortsetzung der im Juliheft unserer Zeitschrift, S. 294/295 besprochenen Schriften des gleichen Verfassers ist, ist dem Nachweis gewidmet, dass die von der Sozialdemokratie erstrebte Sozialisierung der Landwirtschaft in keiner Weise geeignet sei, die sittlichen Antriebe zu gewährleisten, welche für eine erspriessliche Bewirtschaftung des Landes erfordert seien. Auch wenn die zur Herrschaft gelangte Sozialdemokratie die bäuerlichen Wirtschaften fortbestehen lasse und sich, wie dies David andeute, vorläufig mit Proklamierung eines staatlichen Obereigentums begnüge, würde sie der Bauernwirtschaft neben ökonomischen die sittlichen Grundbedingungen ihres Gedeihens entziehen, zu denen u. a. die Sicherheit des Eigentums und seiner Vererbung und der feste Zusammenhalt der Familie gehören. Während die heutigen bäuerlichen Genossenschaften den Bauern, der bisher allerdings und auch jetzt noch oft viel zu engherzig denke, zu stärkerem Gemeinsinn erzögen, sein wirtschaftliches Selbstverantwortlichkeitsgefühl dagegen im Fundament unerschüttert liessen, würde die sozialdemokratische Wirtschaftsordnung das letztere untergraben, den Gemeinsinn aber im Büreaukratismus ersticken. Der Verfasser seinerseits erblickt die Mittel zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen in der Landwirtschaft neben Ausbildung des Genossenschaftswesens in der Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter und konsequenter Fortführung der inneren Kolonisation. Ausserdem lässt der Verfasser durchblicken, dass er Schutzzölle auf Landwirtschaftsprodukte für notwendig hält, und bekämpft die Aufhebung der kleinen Garnisonen und die Konzentrierung der Garnisonen in den grossen Zentren als einen der Faktoren, welche die Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung fördern.

Wir unterlassen es, die vom Verfasser an den agrarpolitischen Vorschlägen der Sozialdemokratie geübte Kritik einer Gegenkritik zu unterziehen; es wird wohl keinen Sozialdemokraten geben, der sich verheimlichte, dass die Sozialisierung der Landwirtschaft wie vieler anderer Zweige der Wirtschaft nur schrittweise vor sich gehen kann und dass bei jedem der hier in Frage kommenden Schritte der Gesichtspunkt der Erhaltung des genügenden Antriebs zu wirtschaftlicher Arbeit Berücksichtigung zu finden hat. Für die Methoden der Erhaltung dieses Antriebs bei anderer Gestaltung des Eigentumsrechts und der Wirtschaftsformen lässt sich keine einheitliche Formel geben, es wird da wie in der Entwickelung dieser auch eine Stufenfolge in der Entwickelung der Betriebsfaktoren geben, und wir räumen ohne weiteres ein, dass, ohne dass jeweilig stark genug wirkende Antriebe zur Arbeit in Kraft treten, radikale Neuerungen der Wirtschaftsordnung nicht durchzuführen sind. Aber wir bestreiten, dass die heute wirkenden Faktoren deren Reihe erschöpfen. Auch ist es gar nicht nötig, dass das Obereigentum des Staates sofort jegliche Erbfolge aufhebt; unsere Enteignungsgesetze stellen schon heute ein solches Obereigentum dar, und seine Weiterentwickelung wird sich nicht darin zeigen, dass die private Verfügung über das zugelassene Eigentum schlechtweg aufgehoben wird, sondern dass an die Ausübung des Eigentumsrechts stärkere Verpflichtungen werden geknüpft werden, eine Entwickelung, für die heute auch schon Ansätze genug vorhanden sind. Man denke nur an unsere Bauordnungen. Unsere Gesetzgebung über die Verwendung von Baustellen verträgt noch mancherlei Ausdehnung der öffentlichen Ansprüche, bis die Gefahr eintritt, dass die Leute die Baustellen unbenutzt verfallen lassen. Aehnlich mag es in der Landwirtschaft gehen, nur dass hier, soweit der selbstarbeitende Landwirt in Frage kommt, das Gemeinwesen für die Ansprüche, die es geltend macht, auch Leistungen darbieten wird. Stellt man

sich die Entwickelung zur sozialistischen Wirtschaft in dieser Weise vor, so verlieren die Geister, die der Verfasser zitiert, ihr Schreckliches. Es ist aber durchaus kein Schaden, ihnen ins Auge zu sehen. Herr Köhler gibt sich viele Mühe, die Widersprüche zusammenzutragen, die sich in der sozialistischen Literatur hinsichtlich des hier behandelten Gegenstandes auftreiben lassen, und weit entfernt, der Sozialdemokratie damit Schaden zu tun, leistet er ihr vielmehr einen Dienst. Es handelt sich um ein Problem, über das in der Tat verschiedene Sozialisten verschieden gedacht haben. Da kann es nur nützen, die verschiedenen Gedanken nebeneinanderzustellen und aneinander abzuwägen.

Am Schlusse seiner Schrift verteidigt sich Herr Köhler gegen den vom Schreiber dieses ihm gemachten Vorwurf, sich dadurch einer Unredlichkeit schuldig gemacht zu haben, dass er die Bedingungen, welche die Sozialdemokratie als massgebend für die Zugehörigkeit zu ihr vorschreibt, mit den Bedingungen gleichsetzt, von welchen die Kirche ihre Mitgliedschaft abhängig macht. Der von mir betonte Unterschied, dass die Sozialdemokratie die Anerkennung von Grundsätzen, die Kirche solche von Glaubenssätzen verlange, sei unerheblich, denn die Grundsätze [und Forderungen] der Sozialdemokratie fussten eben auf den im Programm der Partei niedergelegten theoretischen Anschauungen. Wer jene unterschreibe, müsse auch diese anerkennen, denn das Programm gehe unter Zurückbeziehung auf den theoretischen Teil zu dem praktischen Teil über, der die Forderungen der Partei enthält, und »Einmütigkeit im Handeln wird nie Bestand haben bei fundamentalen Differenzen der Ueberzeugung« (S. 145). Letzteres unterschreiben wir durchaus, aber die Frage ist die, welche Ueberzeugungen betrachtet die Sozialdemokratie als fundamental? Und da kann kein Zweifel sein, und wird auch durch die Praxis der Partei bestätigt, wie sie erst neuerdings wieder auf dem Dresdener Parteitag der Sozialdemokratie zu Tage getreten ist, dass diese die in der ersten Abteilung ihres Programms niedergelegten sozialistischen Grundsätze als fundamental erachtet, nicht aber die Einzelheiten über Verlauf der kapitalistischen Expropriation, Entwickelungsgang der Schichten u. s. w., Dinge, die ganz ausserhalb des persönlichen Wollens liegen. Grundsätze werden zu allgemeingültigen Maximen unseres Handelns, Anschauungen können unser Handeln beeinflussen, aber gelten nicht unter allen Umständen. Auch diejenigen Sozialisten, welche der Meinung sind, dass die Krisen immer verheerender werden, handeln nach dieser Anschauung nur in dem Masse, als sie sich durch die Erfahrung bewahrheitet. Es mag Herrn Köhler leid tun, aber er wird in der deutschen Sozialdemokratie kein führendes Mitglied finden, das aus dem Parteiprogramm Satz für Satz ein apostolisches Symbol macht. Und diese Auffassung war es, die wir in aller Ruhe zurückgewiesen haben.

Pieper, Dr. Lorenz. **Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier.** (Münchener volkswirtschaftliche Studien, herausgegeben von Lujo Brentano und Walter Lotz. Stuttgart u. Berlin 1903. J. G. Cotta'sche Buchhandlung. 266 S. 8°. Preis 5 Mk.

Das Kohlenbergbau-Gebiet, das mit dem Namen Ruhrrevier bezeichnet wird, nimmt heute von allen Kohlenbecken Europas den ersten Platz ein. Es liefert, schreibt der Verfasser der vorliegenden Abhandlung, »etwa die Hälfte der gesamten deutschen Steinkohlenproduktion.« In den dreissig Jahren von 1870 bis 1900 ist seine Steinkohlenförderung von rund 11 Millionen Tonnen auf rund 60 Millionen Tonnen gestiegen. In der gleichen Zeit vermehrte sich die Belegschaft von 51 391 auf 236 902 Personen. Seine Schachtanlagen dehnen sich noch unausgesetzt aus, und zwar in der Richtung nach Norden und Osten. In den Teilen südlich von der Ruhr, wo die Kohlenlager des Gebiets zuerst in Angriff genommen wurden, ist die Kohlenförderung heute fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Dagegen hat nördlich von der Ruhr sich ein Aufschwung der Produktion vollzogen, der in seiner Schnelligkeit und mit seinen Begleiterscheinungen allgemeiner sozialer Natur amerikanischen Charakter trägt. Die Zunahme der Kohlengewinnung im Verein mit einer gewaltigen

Steigerung der Eisenindustrie (meist Schwereisenproduktion) hat ein Anwachsen der Bevölkerung von 722000 im Jahre 1871 auf 2193000 zur Folge gehabt, was einer Steigerung der Bevölkerungsdichtigkeit von 271 auf 825 Einwohner auf den Quadratkilometer bedeutet. Dörfer sind zu Städten, Kleinstädte zu grossen Mittelstädten angewachsen. Die Namen Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen sagen hier das Erforderliche. Die drei Landbezirke Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen zusammen zeigten im Jahre 1901 gegen 1871 einen Zuwachs der Bevölkerung um rund 350 Prozent. Dass da der Begriff Land seine eigentliche Bedeutung vollständig eingebüsst hat, begreift sich ohne weiteres. »Schon jetzt erscheint fast das ganze Ruhrkohlenbecken zwischen Oberhausen und Dortmund, Duisburg, Hattingen und Recklinghausen wie eine zusammenhängende Riesenstadt, in ihren einzelnen Teilen verknüpft durch ein dichtmaschiges Netz von elektrischen Bahnen, Zechenanschluss- und Staatsbahnen, über und unter Tage durchpulst vom regsten industriellen und berggewerblichen Leben, allerorten wimmelnd von einer riesigen Arbeiterarmee. . . . Wohin man sieht, Fördertürme und die breiten Rücken der Halden, Schornsteine und qualmende Hochöfen.« (S. 214.)

Selbstverständlich konnte dies gewaltige Anwachsen der Arbeiterschaft des Gebiets nicht blos durch Zunahme der alteingeborenen Bevölkerung erzielt werden, es ist in hohem Grade durch einen Zustrom von Arbeitern aus anderen Landesteilen bewirkt worden, darunter ein grosser Prozentsatz aus den polnisch sprechenden Provinzen Preussens, so dass ganze Strassen und Viertel einzelner Ortschaften polnischen Charakter tragen. Am 1. Januar 1900 wurden im Ruhrrevier 69379 in den östlichen Provinzen Preussens geborene Bergarbeiter gezählt, die zusammen mehr als ein Drittel — 33.9 Prozent — der Gesamtbelegschaft ausmachten. Zu ihnen kommen noch verschiedene Tausende von Arbeitern aus anderen Ländern (Oesterreich, Italien, Niederlande, Belgien).

Hat sich der ethnographische Charakter der Arbeiterschaft auf diese Weise gewaltig verändert, so nicht minder der Charakter der Unternehmungen nach Umfang, Verwaltung, Technik, wobei die Umwälzung der letzteren wieder ihre grosse Rückwirkung auf die Arbeitsweise und Arbeitsgliederung der Belegschaft gehabt hat, was deren Charakter und soziales Leben gleichfalls stark modifiziert hat. Die Arbeit ist mit der grösseren Entwickelung des Tiefbaues und der zunehmenden Verlängerung der Schichten im Durchschnitt wesentlich beschwerlicher geworden, die Arbeitshast gestiegen, das Leben ein unruhigeres, nervöseres. Eine ungeheure Konzentration der Unternehmungen hat stattgefunden, was am besten dadurch veranschaulicht wird, dass der obenerwähnten grossen Steigerung von Produktion und Arbeiterschaft in der Zeit von 1870 bis 1900 eine Abnahme der »Werke« von 220 auf 167 gegenübersteht. Die eine Gesellschaft Hibernia beschäftigte 1900 auf ihren 4 Zechen 12859 Arbeiter, über 3200 Arbeiter pro Zeche. Zu dieser Konzentration der Produktion kommt die Konzentration des Absatzes der Produkte und Nebenprodukte der Zechen in den grossen Syndikaten, von denen 1900 das Kohlensyndikat 87,4%, das Kokssyndikat 98,5% der Gesamtproduktion vertrat.

Wie sich unter diesen Verhältnissen die Lage der Kohlenbergarbeiter in Bezug auf Arbeitsgliederung, Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeiterschutz, Rechtsstellung, Organisation, allgemeine Lebenshaltung, Unterstützungswesen u. s. w. gestaltet hat, das führt der Verfasser dieser Schrift im Zusammenhang mit der Beschreibung der Verhältnisse selbst in eingehender, grossenteils dokumentarisch belegter Darstellung vor. Es ist eine schöne Arbeit, reich an statistischem Material und belebt durch Schilderungen, die offenbar auf Studien an Ort und Stelle beruhen. Der sozialpolitische Standpunkt des Verfassers ist der der Brentano-Lotzschen Schule, als deren Hauptmerkmale zu bezeichnen sind: Anerkennung des modernen Kapitalismus, insoweit er Träger des technischen Fortschritts ist, bei Verwerfung monopolistischer Bestrebungen und Massnahmen eben dieses Kapitalismus; Befürwortung von Arbeiterschutzmassregeln und gewerkschaftlicher Organisation der Arbeiter, um eine der Produktionssteigerung entsprechende Verbesserung der Arbeiterlage

herbeizuführen, bezw. den lohndrückenden Tendenzen des Kapitalismus entgegenzuwirken. Ohne deshalb die Fehler der Arbeiter zu bemänteln, legt der Verfasser furchtlos die Sünden bloss, welche das Unternehmertum im Bergbau, sowie die Behörden und die Gesetzgebung in Bezug auf die gebührende Fürsorge für Gesundheit und Leben der Arbeiterschaft sich haben zu schulden kommen lassen; er weist nach, wie die Arbeitslöhne und insbesondere die Reallöhne der Arbeiter zurückgeblieben und selbst gesunken sind, während die Gesellschaften hohe Profite machten und die Kohlenpreise emporschraubten. Er tritt warm für Schaffung einer einheitlichen Reichsberggesetzgebung ein, zeigt, von welchen Gefahren die Bergarbeiter in ihrer sozialen Lage in der näheren Zukunft bedroht sind und schliesst das in jeder Hinsicht lesenswerte Buch mit folgenden Worten:

»Nur eine Waffe haben die Arbeiter, mit der sie die üblen Folgen der unausbleiblichen und an sich, als technischer Fortschritt, zu begrüssenden Entwickelung abwehren können: Die gewerkschaftliche Organisation. Nur durch sie werden die Arbeiter den technischen Fortschritt auch in einen sozialen und kulturellen umwandeln. Die neuen Maschinen übernehmen gerade die anstrengendsten und gefährlichsten Arbeiten, sie steigern die Förderung und erhöhen die rationelle Ausnutzung der Arbeitskraft, dadurch ermöglichen sie aber auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, d. h. den wichtigsten Schritt zur kulturellen Hebung des Arbeiterstandes. Auf die Arbeiter selbst wird es ankommen, dass die providentielle Bedeutung der Maschine: Entlastung der Menschen und ihre Freigabe für höhere Interessen, in Zukunft auch im Bergbau verwirklicht wird.«

Politikus, Die Aufgaben des liberalen Bürgertums auf grund der Ergebnisse der Reichstagswahlen. Görlitz 1903, R. Dülfer. 15 S. 8°. Preis 30 Pf.

Eine Ermahnung an das liberale Bürgertum, den hoffnungslosen Versuch, der Sozialdemokratie Terrain abzugewinnen, aufzugeben, sozial zu werden und sich mit voller Energie und rückhaltlos dem Kampf gegen die konservativen Parteien zu widmen. In diesem Kampf könne ein sozialer Liberalismus noch erfolgreich in solchen Wahlkreisen wirken, wo die Zusammensetzung der Bevölkerung einen Sieg der Sozialdemokratie unmöglich macht.

Soudek, Dr. Richard. **Die deutschen Arbeitersekretariate.** Volkswirtschaftliche und wirtschaftsgeschichtliche Abhandlungen, herausgegeben von Prof. Dr. W. Stieda. Siebentes Heft. Leipzig 1903, Jäh & Schunke. 99 S. gr. 8°. Preis 2,50 Mk.

Eine im ganzen sympathisch gehaltene Schilderung der Entstehung, Natur und Wirksamkeit der deutschen Arbeitersekretariate. Der Verfasser erkennt unumwunden an, dass diese Schöpfungen der freien deutschen Gewerkschaften diesen in jeder Hinsicht zur Ehre gereichen und als Auskunftsstellen für Arbeiter in Rechtsfragen verschiedener Art ausserordentlich viel Gutes geleistet haben. Auf S. 78 rechnet er, unter Zugrundelegung einer Feststellung des ähnlich wie die Arbeitersekretariate eingerichteten Aachener katholischen Auskunftbureaus in Rechtssachen, dass Sekretariate wie das Münchener, Stuttgarter, Nürnberger, Frankfurter mit einer Durchschnittsziffer von 15000 Besuchern im Jahr einen jährlichen Nutzen von über 200000 Mark für die bei ihm Rat Erholenden bedeuten. Und an einer anderen Stelle hebt er hervor, dass es gewiss anzuerkennen sei, wenn eine Anzahl organisierter Arbeiter sich regelmässige finanzielle Opfer auferlegen, um ein Institut aufrechtzuerhalten, das u. a. auch an eine grosse Anzahl unorganisierter Arbeiter kostenlos Auskunft und Rechtsbelehrung erteile. Diese Anerkennung gebühre ihnen auch dann, wenn zugegeben werden müsse, dass hinter der streng unparteiischen Auskunft ein gutes Stück Agitation für die Gewerkschaftssache stecke und die Zunahme der Gewerkschaften in dem letzten Jahre zum Teil auf die Arbeit dieser Institute zurückzuführen sei.

Bei alledem, und obwohl er feststellen zu können glaubt, dass sich das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie in den letzten Jahren

»wesentlich gelockert« habe und ihr Ziel zweifellos »der reine Berufsverein unter Ausschluss aller politischer und religiöser Beimischung« sei (S. 4), hat der Verfasser indes nur ein bedingtes Vertrauen zu den Sekretariaten. Es sei doch fraglich, meint er am Schluss, »ob einer ins grosse gehenden Ausdehnung dieser Sekretariate es doch nicht hinderlich ist, dass sie die Gründung einer Partei sind, die, so anerkennenswertes sie auch in dieser Frage geleistet haben mag, doch immer als eine entschiedene Gegnerin der bestehenden Gesellschaftsordnung gelten muss und infolge dessen nicht erwarten kann, dass man bei ihr eine strikte Neutralität voraussetzt«. (S. 97.) Wer Rechtsbelehrung gibt, müsse, soviel dies möglich ist, über den Parteien stehen, und so erhebe sich die Frage, ob, nachdem eine solche Institution einmal angeregt und der Weg gewiesen sei, wie man sich solche Einrichtungen zu denken habe, nicht an Stelle der Partei eine andere Grundlage zu treten habe, etwa kommunale Auskunftsstellen, analog den kommunalen Arbeitsnachweisen. Aber die Arbeitsnachweise und Stellen für Belehrung, wie man zu seinem Recht kommt, sind zwei sehr verschiedenartige Dinge. Beim Arbeitsnachweis verbürgt die kommunale Einrichtung eine gewisse Parität. Beim Rechtsfall wird die Unparteilichkeit bei der rechtsprechenden Instanz gesucht, während der Arbeitersekretär zwar auch streng sachgemässe, aber doch solche Rechtsbelehrung geben soll, die vom Interesse für das Recht des Arbeiters durchdrungen ist. Dass dies nicht so aufgefasst wird, als ob ersichtlich unberechtigten, quärulantenhaften Forderungen von Arbeitern Vorschub geleistet werden soll, weiss der Verfasser, denn er stellt es selbst fest, und ebenso weiss er auch, dass die Arbeitersekretariate keine parteipolitische Einrichtung sind, seine Bedenken sind daher nur aus dem Gesichtspunkt zu verstehen, die Arbeitersekretariate könnten sich zu etwas Furchtbarem auswachsen, oder dass ihm deren »Reklame« für die freien Gewerkschaften doch nicht sympathisch ist. Besonders das geplante und seit Erscheinen seines Buches ins Leben gesetzte Zentral-Arbeitssekretariat scheint ihm eine gewisse Furcht einzuflössen. Wie dem aber sei, sein Vorschlag, kommunale Auskunftsstellen mit paritätischem Beisitzerkollegium einzurichten, um den Arbeitersekretariaten den Wind aus den Segeln zu nehmen, kann nur als eine verunglückte Uebertragung der den Gewerbegerichten zu grunde liegenden und dort berechtigten Idee auf eine Sache betrachtet werden, die um so Erspriesslicheres wirken wird, je mehr sie als eine freie Schöpfung der organisierten Arbeiterschaft das unbedingte Vertrauen der grossen Masse der Arbeiter geniesst.

Sozialdemokratie. Protokoll über die **Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,** abgehalten zu **Dresden** vom 13. bis 20. September 1903. Berlin 1903. Buchhandlung Vorwärts. 448 S. 8°. Preis: 75 Pf.

Dem Protokoll sind, wie üblich, die Berichte des Parteivorstandes der Reichstagsfraktion vorausgeschickt, über die bereits im vorigen Heft dieser Zeitschrift berichtet wurde. (Vgl. S. 446.) Wir tragen daher nur nach, dass der Fraktionsbericht A. Stadthagen zum Verfasser hat.

Die Verhandlungen des Parteitags wurden überwiegend durch die Debatten über die Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Pressunternehmungen (S. 158 bis 264) und die Taktik der Partei (die Frage des Revisionismus) — S. 299 bis 420 — ausgefüllt. Sie fanden in den Resolutionen ihren Abschluss, die im vorigen Heft unter »Urkunden des Sozialismus« auf S. 476/77 abgedruckt sind. In die Verhandlungen über den ersteren Punkt spielte auch die Frage der politischen Vergangenheit Franz Mehrings hinein, über die es aber auf dem Parteitag selbst zu keiner abschliessenden Aussprache kam.

Steinigans, Emil. **Kautsky und die soziale Revolution.** Eines Arbeiters Kritik der Kautskyschen Broschüren »Die soziale Revolution« und »Am Tage nach der sozialen Revolution«. Solingen 1903, Genossenschafts-Buchdruckerei. 32 S. 8°. Preis: 25 Pf.

Der Verfasser bekämpft die im Titel genannten Abhandlungen K. Kautskys als sowohl den Tatsachen widersprechend, wie in sich selbst widerspruchsvoll. Kautsky setze erst in diesen Schriften Evolution und Revolution in ein schiefes Verhältnis, weise dem sich schrittweise vollziehenden Evolutionsprozess eine zu geringe Rolle zu und übertreibe die schöpferische Kraft der Revolution in Bezug auf den Gesellschaftskörper, um schliesslich doch wieder ein evolutionistisches Zukunftsprogramm zu entwerfen, oder, konkreter ausgedrückt, er erkläre erst die Waffen, welche der Arbeiterklasse für ihre Befreiungsarbeit im Gegenwartsstaat zur Verfügung stehen, für stumpf, verweise sie aber hinterher eben auch nur auf den Gebrauch dieser Waffen. Er suche die erzielte soziale Hebung der Arbeiterklasse möglichst zu verkleinern, wenn nicht wegzuleugnen, behaupte dagegen eine grosse geistige Hebung der Arbeiterklasse, die aber ohne eine gewisse wirtschaftlich-soziale Besserstellung nicht denkbar sei. In Anknüpfung an Kautskys Vergleich der politischen Katastrophe, welche den Höhepunkt der sozialen Revolution darstelle, mit dem Geburtsakt beim Menschen, weist der Verfasser auf die vielen wichtigen Entwickelungsstufen hin, die der Fötus im Mutterleibe vor, und später das zur Welt gelangte Kind nach der Geburt durchzumachen haben, und denen gegenüber der Geburtsakt keineswegs von unverhältnismässig grösserer Tragweite sei. Im übrigen aber sollten diejenigen, welche die heutige Gesellschaftsordnung nicht als verkommen und greisenhaft genug darstellen könnten, daran denken, dass der Geburtsakt sich um so leichter vollziehe, je gesunder die Mutter ist. Die Tatsache, dass die untergehenden Kulturen der Griechen und Römer aus sich selbst keine neue Gesellschaftsordnung gebären konnten, spreche deutlich gegen die Zusammenbruchstheorie. Der Pessimismus Kautskys hinsichtlich der Möglichkeiten der Arbeiterschutzgesetzgebung sei ganz ungerechtfertigt; so habe die Krankenversicherung unter dem Einfluss sozialdemokratischer Vorstände bedeutend an Tiefe zugenommen und sei imstande, »einmal das ganze Aerzte- und Apothekenwesen umzugestalten«. (S. 23.) Die wirtschaftlichen und politischen Kampfmittel, die nach Kautsky ausreichend waren, das Proletariat aus dem Elend zu erheben, würden auch hinreichen, das allmähliche Fortschreiten des Sozialismus zu bewirken. Gewaltsame Revolution, Generalstreik, Krieg, diese Waffen und Hoffnungen der Revolutionstheorie, böten »nirgends einen festen Halt, keinen Punkt, worauf wir sicher unseren Fuss setzen können. Dahingegen bietet uns die Evolutionstheorie einen sicheren gangbaren Weg. Weit entfernt, dass sie den proletarischen Klassenkampf abschwächt oder verflacht, eröffnet sie ihm im Gegenteil stets neue Gebiete seiner Tätigkeit. So ist sie im wahren Sinne eine Propaganda der Tat.« (S. 26.)

Die Schrift läuft in eine begeisterte Schilderung der Erfolge und des Nutzens der sogenannten Klein- und Reformarbeit aus. Es sei daher nicht genug, dass Reformer und Revolutionäre in der Partei heute friedlich neben einander arbeiteten, weil die Letzteren die Kleinarbeit als zeitweilig berechtigt anerkennten. Es könne noch viel mehr geleistet werden, als jetzt schon geleistet wird, wenn »alle mit der inneren Ueberzeugung zu Werke gingen, dass nur auf diesem Wege unser Ziel zu erreichen ist«. Auf allen Gebieten müsse mit eiserner Ausdauer und Fleiss gearbeitet werden. »Aus tausend Röhren,« so schliesst der Verfasser, »wird der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der sozialistische Geist eingeblasen. Mit der Ueberzeugung, dass jede Reform eine andere im Schosse trägt, variiere ich das Dichterwort:

Das eben ist die Frucht der guten Tat, dass sie
Fortwachsend immer Gutes muss gebären.

Möge meine kleine Arbeit dazu beitragen, dass diese Erkenntnis in immer weitere Kreise dringt.« (S. 32.)

Aus der Schrift spricht viel Nachdenken und Urteil. Verschiedentlich lässt sich der Verfasser zwar unseres Erachtens in der Widerlegung von Uebertreibungen zu Aeusserungen hinreissen, die selbst wieder etwas nach der anderen Seite hin zu viel sagen, aber im ganzen bleibt er auf dem Boden der Realität, die er mit klarem Blick betrachtet. Sein Stil ist frisch und anregend, seine Vergleiche und Beispiele zeugen von Belesenheit. Obwohl

die Uebereinstimmung mit der Tendenz einer Schrift immer das Urteil etwas beeinflusst, glauben wir, die wir uns seinerzeit an dieser Stelle in gleichem Sinne wie der Verfasser über die von ihm kritisierten Abhandlungen geäussert hatten (vgl. Jahrg. 1 der Dok. S. 474), doch mit gutem Gewissen sagen zu dürfen, dass seine Schrift Eigenschaften aufweist, die ihr auch abgesehen von aller Tendenz unsere Anerkennung eingetragen hätten. Sie ist unter allen Umständen als Stimme eines Lohnproletariers, der, wenn wir recht unterrichtet sind, unter recht schweren Verhältnissen den Kampf ums Dasein führt, aller Beachtung wert.

Wacker, Theodor. **Entwickelung der Sozialdemokratie in den zehn ersten Reichstagswahlen** (1871—1898). Auf Grund der amtlich geprüften Wahlziffern. Mit einem Nachtrag: Die Sozialdemokratie in der Reichstagswahl von 1903. Freiburg im Breisgau 1903, Herdersche Verlagsbuchhandlung. LV u. 438 S. 8°.

Eine Bearbeitung der Wahlresultate in den verschiedenen Reichstagswahlkreisen Deutschlands bei den seit Begründung des Deutschen Reichs bis zum Jahre 1898 stattgehabten zehn Reichstagswahlen. Der leitende Gesichtspunkt des Verfassers war, für die Wahlen vom 16. Juni 1903 ein Nachschlagebuch zu liefern, das für die verschiedenen Staaten, Provinzen etc., bis herunter zu den einzelnen Wahlkreisen die Entwickelung der Sozialdemokratie in der gedachten Periode schnell ersehen liess. Es sollte damit den antisozialistischen Parteien an die Hand gegangen, ihr Eifer angespornt, ihr Mut angefeuert werden. Denn der Verfasser glaubte, wie es in seiner vom 7. Mai 1903 datierten Vorrede heisst, den Nachweis geliefert zu haben, dass »die Bedeutung und Macht der Sozialdemokratie nicht so gross ist, wie man gewöhnlich annimmt«, und dass die Gefahr, die von ihr drohe, ferngehalten werden könne, »wenn die berufenen Faktoren die Schwierigkeiten heben oder doch mindern, die dem Zusammenwirken der (bürgerlichen) Parteien wider die Sozialdemokratie bis zur Stunde entgegen gestanden sind«, und wenn andererseits die Wähler ihre Schuldigkeit täten. (VIII.) Ehe jedoch das Buch druckfertig war, hatten die Wahlen stattgefunden und die Vorhersagungen des Verfassers in ziemlichem Masse Lügen gestraft. In einer Nachschrift zum Vorwort gesteht er die Ueberraschung zu, hält aber die Behauptung, die Sozialdemokratie verdanke einen grossen Teil ihrer Erfolge der Lässigkeit und Zerfahrenheit der bürgerlichen Parteien, aufrecht. Die Wahlresultate von 1903 hat er teils in Noten und teils in einem Nachtrag berücksichtigt, der manche interessante Zusammenstellungen enthält. Obwohl für Gegner der Sozialdemokratie geschrieben, kann das Buch selbstverständlich auch mit Frucht von Sozialdemokraten verwendet werden.

2. In französischer Sprache.

Bourgin, Hubert: **Fourier, Le socialisme Sociétaire.** Extraits des Oeuvres complètes. (Bibliothèque socialiste.) Paris 1903, Société nouvelle de Librairie et d'Edition. 200 S. kl. 8°. Preis: 1 Fr.

Die Schriften Fouriers sind für die heutige Generation schwer zugänglich und fast unlesbar, die Abhandlungen über Fourier behandeln aber meist nur bestimmte Seiten seiner Doktrin und sind entweder auf Kritik oder auf Verherrlichung, bezw. Rettung des berühmten Utopisten gestimmt, wobei der Leser fast immer nur ein Teilbild von Fourier empfängt und obendrein gewöhnlich ein gefärbtes Teilbild. Unter diesen Umständen war es ein äusserst glücklicher Gedanke des Verfassers, aus dem Urwald der Schriften Fouriers die für sein sozialistisches System bezeichnendsten Stellen auszulesen und sie in systematischer Anordnung zusammenzustellen. Auf diese Weise hört der Leser immer nur Fourier selbst und braucht sich doch nicht durch das ganze Gewirr von krausen Betrachtungen aller Art hindurchzuarbeiten, in das Fouriers Sozialtheorie eingehüllt ist.

Die Auszüge, die der Verfasser in genügender Länge gehalten hat, wie sie erfordert ist, um den jeweilig behandelten Gedanken in seiner Vollständigkeit vorzuführen, sind von ihm in vier grössere Gruppen eingeteilt, die wie folgt lauten:

I. Die Kritik [Fouriers]. Untergruppen: 1. Die Ideen (drei Paragraphen); 2. Die Tatsachen (9 Paragraphen).

II. Die Prinzipien. Untergruppen: 1. Gott und die Anziehungskraft; 2. Die Neigungen; 3. Die natürlichen Rechte.

III. Das System. Untergruppen: 1. Die soziale Ordnung (4 Paragraphen); 2. Die ökonomische Ordnung (5 Paragraphen); 3. Die Verwaltung; 4. Die Erziehung (3 Paragraphen); 5. Das Phalansterium und die Welt (3 Paragraphen).

IV. Die Mittel und Wege. Untergruppen: 1. Die erste Phalange; 2. Der Garantismus (4 Paragraphen); 3. Die Uebergangseinrichtungen.

Man kann sich eine bessere Einteilung kaum wünschen. Sie macht es jedem leicht, sich schnell zu orientieren. Wir gedenken, in einer nächsten Nummer selbst einige der ausgewählten Stücke den Lesern dieser Zeitschrift als Probe vorzuführen.

Der Verfasser, der in einem späteren Bändchen eine Studie über Fourier zu geben verspricht, schreibt in seiner kurzen Einleitungsnotiz:

»Fourier zog fast den ganzen Schatz von Beobachtungen und Erkenntnissen, die zur Ausarbeitung seines Systems dienten, aus sich selbst. Von dem Tage an, wo er das Gymnasium zu Besançon verliess, hörte er mit dem Studieren auf. Seine Doktrin bildete sich vollständig in der Zeit aus, wo er als Handlungskommis und Geschäftsreisender weder die Musse noch die Mittel zum Lesen hatte; als sie fertig war, brauchte er nichts mehr aus den Büchern zu holen. Er las indes viel Bücher der Lesekabinetts und Zeitungen, aber aufs geradewohl und ohne Methode. Seine theoretischen Erwerbnisse waren wenig zahlreich, wenig bedeutend, sehr verschiedenartig und verschwommen; die Prinzipien gingen ihm von Schriftstellern zweiten Ranges, insbesondere sozialistischen und reformerisch gesinnten Lyoner Tagesschriftstellern zu.«

Wir möchten in diesem Zusammenhang an den von Jaurès zitierten Ausspruch des berühmten Geschichtsschreibers Michelet erinnern: »Wer hat Fourier gemacht? Weder Ange noch Babeuf! Lyon allein ist der Vorgänger Fouriers.« Das soll offenbar sagen, dass die Gesamteindrücke, die Fourier aus der grossen Industrie- und Handelsstadt Südfrankreichs, aus ihrem geistigen Leben und ihren wirtschaftlich-politischen Kämpfen empfangen hat, in ihm die Gedanken geweckt haben, die seine sozialistische Eigenart ausmachen, dass Fourier, wenn er Lyon nie gesehen, seine Systeme auch nicht so hätte gestalten können, wie es tatsächlich ausgefallen ist, dass er aus Schriften allein zu seiner vollen Theorie nicht gekommen wäre. Darin wird viel wahres liegen; es schliesst das nicht aus, dass Fourier nicht sehr viel auch aus Schriften anderer empfangen hat. Auch in Fourier laufen sozusagen zwei Strömungen zusammen: die halb phantastische, halb schon ins Wissenschaftliche tendierende und namentlich oft mit psychologischen Betrachtungen durchsetzte utopistische Literatur des 18. Jahrhunderts und die wirtschaftlich-politischen Kämpfe und Kampfliteratur der Revolutionsepoche. So findet man u. a. bei Morelli, der zu seiner Zeit Lesekabinett-Literatur war, die Ansätze zu Fouriers Theorie vom Spiel der Neigungen, während äussere und innere Gründe dafür sprechen, dass Fourier u. a. L'Anges Genossenschaftsplan gekannt hat. Deshalb bleibt aber doch die Art, wie er diese und andere Ideen der Epoche zusammen verarbeitet hat, die Besonderheit Fouriers, wie denn überhaupt neue Ideen nur durch Kombination schon vorhandener entstehen.

Szabó, Erwin, Bibliothécaire de la Chambre de Commerce et d'Industrie de Budapest. **Bibliographia Economica Universalis.** Répertoire bibliographique annuel des travaux rélatifs aux sciences économiques et sociales. Publié par Jules Mandelló, Professeur à la Faculté de Droit de Poszony. Première Année. Tra-

vaux de l'Année 1902. Brüssel 1903. Institut International de Bibliographie. XXI u. 170 S. gr. 8°. Preis 6 Francs.

Diese bibliographische Veröffentlichung wird von jedem, der auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften arbeitet, mit Freuden begrüsst werden. Sie gibt in systematischer Gruppierung, der am Schluss ein Namens- und ein Sachregister ergänzend zur Seite gehen, Auskunft über die Abhandlungen, die im Laufe jedes abgelaufenen Jahres in Form von Büchern, Broschüren u. s. w. oder als Aufsätze in Zeitschriften veröffentlicht worden sind und in das Gebiet der Sozialwissenschaften einschlagen. Dass der erste Band, der das Jahr 1902 behandelt, etwas spät herauskommt, wie dass noch nicht alle Länder vertreten und die vertretenen nicht in gleicher Vollständigkeit berücksichtigt sind, hat man neben einigen vom Verfasser im Vorwort hervorgehobenen Unvollkommenheiten der Neuheit des Unternehmens zuzuschreiben; wer die Schwierigkeiten der Herstellung einer auch nur leidlich systematischen Bibliographie aus Erfahrung kennt, wird für das hier Geleistete nur die grösste Anerkennung haben.

Am vollständigsten sind von Ländern in dieser Bibliographie berücksichtigt Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn. Ferner sind in ihr vertreten: England, Italien, die Vereinigten Staaten, die Schweiz. In den folgenden Jahrgängen wird danach gestrebt, der Bibliographie möglichste Universalität zu verleihen.

Was die Stoffabgrenzung, das Kreuz jedes Bibliographen, anbetrifft, so drückt der Verfasser im Vorwort die Hoffnung aus, man werde ihm eher den Vorwurf machen, den Rahmen zu eng als ihn zu weit gespannt zu haben. »Es war durchgängig mein Bestreben,« schreibt er, »in dieser Bibliographie kein Werk auszulassen, das die politische Oekonomie auch nur im entfernteren Grade interessieren könne. So stösst man in ihr auf Abhandlungen über die Arbeiterfrage, die genau genommen nur der Theorie der Soziologie oder des Verwaltungsrechts (Sozialgesetzgebung) angehören sollten. Auch finden sich in diesem Bande zahlreiche Titel aus der Landwirtschaftslehre, der Technologie etc., die vielleicht ebenfalls nicht mehr dem Gebiet der ökonomischen Wissenschaften im strengen Sinne des Wortes angehören.« (S. VI.) Es ist gewiss richtig, dass man in diesen Dingen die Grenze leichter zu eng als zu weit ziehen kann, weil die Wissenschaften samt und sonders ihre Berührungspunkte haben, gehören doch unter gewissen Gesichtspunkten auch Zweige der Sprachwissenschaft zur Sozialwissenschaft. Aber irgendwelche Grenze muss sich der Bibliograph ziehen, und wir haben bis soweit keine Fragen-Gruppe, die man vernünftigerweise in einer Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft suchen wird, in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt gefunden.

Für die Leser unserer Zeitschrift wird es von besonderem Interesse sein, dass die sozialistische Literatur, sowohl was Bücher etc., wie was die Zeitschriftenartikel betrifft, in dieser Bibliographie einen nicht unbedeutenden Platz einnimmt.

Die *Bibliographia Economica Universalis* ist als zehnte Abteilung der Sammlung von Bibliographien eingereiht, die unter dem Sammeltitel *Bibliographia Universalis* vom Brüsseler Internationalen Institut für Bibliographie herausgegeben werden.

3. In englischer Sprache.

Trade Union Congress 1903. Thirty Sixth Annual Report. Published by authority of the Congress and the Parliamentary Comitee. Edited by S. Woods. London 1903. Cooperative Printing Society. 100 S. 8°.

Der 36. Jahreskongress der britischen Trade Unions ward in Leicester abgehalten. Neben den Beschlüssen zu Gunsten eines Achtstundengesetzes und einer ganzen Reihe von Arbeiterschutzmassregeln, wie sie sich seit einer Reihe von Jahren von Kongress zu Kongress wiederholen, nahm er mit grosser

Mehrheit eine Protestresolution gegen die Schutzzollpläne des Ministers Chamberlain an. Ferner sprach sich der Kongress von neuem für die Politik des Komitees für Arbeitervertretung aus, legte den Gewerkschaften, die sich dem Komitee noch nicht angeschlossen, den Anschluss an dasselbe dringend ans Herz, und beauftragte das Parlamentarische Komitee, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Gewerkschaften gegen Entschädigungsklagen sicher stellt, und zu dem alle Parlamentskandidaten aufgefordert werden sollen, unzweideutig Stellung zu nehmen. Eine Resolution zu Gunsten von Zwangsschiedsgerichten wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Eine Resolution gegen den Militarismus und für Internationale Schiedsgerichte wurde einstimmig angenommen, und ebenso fand ein Antrag einstimmig Annahme, wonach das Parlamentarische Gewerkschaftskomitee im Verein mit dem Komitee für Arbeitervertretung eine Arbeiterzeitung ins Leben rufen soll.

Dem Protokoll des Kongresses geht der Abdruck einer Predigt voraus, welche der Geistliche der St. Markus-Kirche in Leicester am Tag vor Eröffnung des Kongresses über »Gewerblichen Patriotismus [im Sinne von Gemeinsinn] und Verbrüderung der Menschheit« gehalten, ferner enthält es eine Ansprache des alten Gewerkschaftsführers Broadhurst, der Abgeordneter für Leicester ist, an den Kongress. Die Redaktion des Berichts lässt zu wünschen übrig, insbesondere macht sich der Mangel jeden Registers empfindlich fühlbar, wie denn überhaupt in den Protokollen der Trade Unionskongresse seit langer Zeit das Wörtchen »Routine« aus allen Ecken und Enden durchblickt.

Trade Unions, General Federation of. Seventeenth Quarterly Report. September 1903. London E. C., Office of the General Federation of Trade Unions.

Der Vierteljahrsbericht dieses allgemeinen Gewerkschaftsverbands stellt einen weiteren Anschluss von vier Gewerkschaften an den Verband und einen Kassenbestand von 88 238 Pfd. Sterl. fest. Er berichtet kurz über die Jahreskonferenz des Verbandes und die Internationale Gewerkschaftskonferenz, die im Laufe des Juli 1903 in Dublin abgehalten wurden, gibt vom Lohnkampf der Berliner Metallarbeiter Nachricht und enthält u. a. Artikel über den Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie (von W. Sanders), Gewerkschaften und Schanklokale (von Js. H. Mitchell), die Wohnungsfrage (Fred Knee). Wie wir unser Volkshaus herstellten (Charles Lindley, Schweden), das englische Gesetz von 1903 über die Beschäftigung von Kindern.

Untermann, Ernest. **The Municipality from Capitalism to Socialism.** Girard, Kansas, Published by the **Appeal to Reason.** 30 S. 8°. Preis 5 cts.

Der Verfasser sucht nachzuweisen, dass die blosse Kommunalisierung von Betriebsunternehmungen, wenn sie nicht von einer Politik der Herrschaft der Arbeiterklasse in der Gemeinde begleitet sei, keine sozialistische, sondern vielmehr eine kapitalistische Massregel, *Gemeindekapitalismus* sei. Bei den Gemeinderatswahlen des Jahres 1904 würden Demokraten, Populotionisten und ähnliche Reformparteien suchen, auf Grund von Programmen, die Kommunalisierungen fordern, die Stimmen der Gewerkschaftler zu gewinnen, dem müssten insbesondere in den grossen Städten die Sozialisten dadurch entgegenwirken, dass sie ausgesprochen sozialistische, Ueberschussmacherei etc. ausschliessende, auf die Herrschaft der Arbeiterklasse abzielende Kommunalprogramme aufstellten, die nicht zu detailliert zu sein brauchten. Am Schluss werden eine Reihe von Massnahmen zusammengestellt, die sich für ein sozialistisches Kommunalprogramm eignen würden.

In Bezug auf die Beurteilung europäischer Verhältnisse unterlaufen dem Verfasser verschiedene Irrtümer.

Untermann, Ernest. **Religion and Politics.** Girard, Kansas, Published by the **Appeal to Reason.** 6 S. 12°. Preis 3 cts.

Ein Flugblatt, das den Kirchen die Aufkündigung der Neutralität der Sozialdemokratie in Religionsfragen androht, wo die Kirchen eine antisozialistische Haltung einnehmen.

Zealand, New. **The Labour Laws of New Zealand.** Compiled by Direction of the Hon. the Minister of Labour. Third Edition. Wellington 1902. John Mackay, Gov. Printer. 428 S. 8⁰.

Enthält in einem Bande alle, die Arbeiter angehenden Gesetze Neuseelands, darunter die vielzitierten Gesetze über Minimallöhne, Zwangsschiedsgerichte etc., sowie das kurze Gesetz, das den »Festtag der Arbeit« (Labour Day), der zweite Mittwoch im Oktober *), für einen offiziellen Feiertag erklärt.

4. In russischer Sprache.

Prokopowitsch, S. N. **Die Genossenschaftsbewegung in Russland.** St. Petersburg 1903, E. D. Kysskow. 243 S. 8⁰.

»Die Genossenschaft als solche,« schreibt der Verfasser, »kann nicht als Mittel zum Kampfe gegen die wirtschaftlichen Verhältnisse dienen. Das Anwachsen des einen oder anderen Typus einer Genossenschaft ist die Folge der Entwickelung der ihm zu Grunde liegenden ökonomischen Verhältnisse« (S. 215). Und an einer anderen Stelle heisst es: »Das Recht geht nicht der sozialpolitischen Tätigkeit voran, sondern folgt derselben. Es wird errungen als Folge der ökonomischen Entwickelung in einer bestimmten Richtung und als Folge der Praxis der sozialpolitischen Organisationen. Das Bindeglied zwischen den ökonomischen Verhältnissen und dem Recht bildet die sozialpolitische Tätigkeit. Sie schafft das Recht und wird nicht durch es geschaffen. Es ist daher ganz naturgemäss, wenn sozialpolitische Organisationen ausserhalb des Rechts oder in stetem Kampfe mit dem unbefriedigenden Recht sich befinden. In solchen Fällen erscheint eher das Recht, als die sozialpolitischen Organisationen als das künstliche . . .« (S. 234.)

Ohne politische Rechte seien auch die Genossenschaften nichts weiter, als kraftlose, künstlich ins Leben gerufene und am Leben erhaltene Organismen. Erst wenn die russische Willkürherrschaft gebrochen sein wird, wird auch das Genossenschaftswesen einen ganz anderen Aufschwung nehmen, als dies bisher hat geschehen können. Dass die Regierung sich herzlich wenig für das Genossenschaftswesen interessiert, lässt sich vertehen, handelt es sich doch hier um Bestrebungen, den Massen den Kampf ums Dasein zu erleichtern. Und was kümmert die Regierung das Volk! Wenn trotz des berüchtigten russischen Büreaukratismus und trotz der elenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse das Genossenschaftswesen dennoch hat vordringen können, so sei dies wohl hauptsächlich der seltenen Energie zuzuschreiben, mit der die Verfechter der Genossenschaftsidee an die Verwirklichung ihrer Aufgabe gingen. Verfasser behandelt in seinem Buche Ursprung, Wesen, Organisation und Entwickelung der verschiedenen Genossenschaften in Russland. Er entwirft in grossen Zügen ein anschauliches und umfassendes Bild der Genossenschaftsbewegung, die ihren Ursprung in den Artels genommen hat. Prokopowitsch weist auf den Unterschied zwischen den Artels und den modernen Genossenschaften hin und zeigt, dass das Artel, diese für Russland charakteristische Kooperation, den modernen Genossenschaften wird weichen müssen. Das Artel, ein Kind der vorkapitalistischen Zeit, gelangt immer mehr in Abhängigkeit vom Kapital und ist daher nicht imstande, den ihm zu Grunde liegenden Gedanken aufrechtzuerhalten. Bei Besprechung der Produktiv-, Rohstoff-, Kreditgenossenschaften etc., der Leih- und Sparkassen und der Konsumvereine beleuchtet Verfasser die zahlreichen Mängel im russischen Genossenschaftswesen, die hauptsächlich der Armut und sehr mangelhaften Bildung der breiten Volksmassen und der rücksichtslosen Ausbeutungspolitik der Regierung zuzuschreiben sind. Auch hier ergibt sich, dass in Russland die »ausserhalb der Klassen« stehenden sog. »Intelligenten« in hervorragendem Masse dazu berufen sind, in der sozialen Entwickelung des Landes eine bedeutende Rolle zu spielen.

---

*) Frühlingszeit in Neuseeland!

Das Buch Prokopowitschs enthält eine Menge wertvollen Materials und statistischer Daten; es kann einem jeden, der sich für die russische Genossenschaftsbewegung interessiert, auf das Wärmste empfohlen werden. —t.

Volkonsky, Fürst Gregor. **Eine Betrachtung über die jetzige Lage Russlands.** Stuttgart 1903. J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.), 1903. 48 S. 8°.

Die Flugschrift eines Liberalen, in welcher auf die Notwendigkeit gründlicher Reformen hingewiesen wird und die Proklamierung einer konstitutionellen Verfassung dem Zaren ans Herz gelegt wird. Der Verfasser führt eine lebendige Sprache, und die Broschüre liest sich nicht ohne Interesse, hat aber keine direkte Beziehung zum Sozialismus. —t.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Ein Vortrag von William Morris über den Kommunismus und die sozialistische Taktik.

Vorbemerkung. Wir bringen hiermit den Entwurf eines Vortrags zum Abdruck, den William Morris im Jahre 1893 im sozialistischen Verein von Hammersmith (West-London) gehalten hat. Obwohl der Entwurf bloss das Gerippe des Vortrags, nicht diesen in seiner Vollendung gibt, enthält doch auch er genug des Interessanten. Wie aus der Vornotiz der von der englischen Fabier-Gesellschaft besorgten Druck-Ausgabe des Entwurfs ersichtlich, entfällt seine Niederschrift in eine Zeit, wo sich der berühmte Dichter und Sozialist mit ziemlich ernsthaften Zweifeln in Bezug auf die sozialistische Bewegung trug, wo auch ihn die Frage über das Verhältnis von Endziel und Bewegung im Sozialismus quälte. Morris war mehr Dichter und Künstler wie Politiker, aber er hatte doch so viel Sinn für die Realitäten des Lebens, dass er mit all seiner reichen Phantasie weit weniger Phantast war, als mancher der trockenen Politiker, die in ihm nur den Utopisten sahen. Ein Utopist war er zweifellos, insofern ihm seine Phantasie eine Zukunft vormalte, in der die Menschen ihr soziales Leben nach völlig anderen Grundsätzen einrichten würden wie heute, und diese Zukunft ihn mehr interessierte als das, was zwischen ihr und der Gegenwart lag. Aber er fasste die Utopie nicht dogmatisch auf, sondern unter dem Gesichtspunkt eines erzieherisch wirkenden Ideals, das die Menschen anregt, sich mit mehr als den ihnen allernächst liegenden Dingen zu beschäftigen. Im übrigen war er durchaus bereit, die Dinge so zu nehmen, wie sie sind, und kritisch genug veranlagt, auch andere Standpunkte wie den seinen zu begreifen. Obwohl zwischen seiner Grundauffassung und der der Führer des Fabier-Vereins ein weiterer Abstand lag, als z. B. zwischen der Auffassung der sich als Marxisten bezeichnenden englischen Sozialdemokraten und der der Fabier, war er doch mehr als jene geneigt, den berechtigten Kern im Fabianismus anzuerkennen. Um die Zeit, wo der Vortrag ausgearbeitet wurde, hatten die Fabier auf Grund eines Zusammengehens mit vorgeschrittenen Radikalen und Gewerkschaftsführern geholfen, im Londoner Grafschaftsrat jene Kommunalpolitik einzuleiten, die als Munizipalsozialismus seitdem weithin Nachahmung gefunden hat. Wie hoch oder niedrig man sie einschätzen mag, sie verwirklichte ein Stück sozialistischer Forderungen, und dies zu einer Zeit, wo die spezifisch-sozialistischen Organisationen Englands entkräftet oder zersprengt am Boden lagen. Einige Sozialisten waren darob nichts weniger als erbaut; sie beschwerten sich über Entwendung und Fälschung ihrer Ideen. Morris gehörte nicht zu ihnen. Ihn stimmte die Sache nachdenklich. War dieser, quasi geschäftsmässige Weg wirklich der richtigere? Wohin werde er führen? Werde er den Idealismus der Bewegung ertöten?

Diesen und ähnlichen Fragen verdankt der Vortrag seine Entstehung. Und es ist gewiss interessant zu sehen, wie der reich begabte Dichterkünstler sie zu beantworten suchte. Wir sagen »suchte«, denn selbst hinter der Antwort, die er gibt, steht immer noch ein erkennbares Fragezeichen. Es war

eben für den englischen Sozialismus eine Periode erneuten Zweifels eingetreten. — —

Unsere Uebersetzung gibt die Skizze möglichst formgetreu wieder. D. h. es ist nicht versucht worden, die etwas abrupte Form der Sätze des Originals auszuglätten. Der Leser soll sich dessen bewusst bleiben, dass er einen Entwurf vor sich hat. Anders vorgehen und den Eindruck eines abgeschlossenen Aufsatzes erwecken, wäre ein Unrecht gegen den Dichter gewesen, der seinen Arbeiten in ihrer letzten Form stets einen so reichen, lebensvollen Inhalt zu geben wusste. Von dem Vorwort, das der englische Herausgeber, der mit Morris stets befreundete G. Bern. Shaw, dem Entwurf vorausschickt, haben wir diejenigen Stellen fortgelassen, welche lediglich philologischen, auf den englischen Satzbau, Orthographie etc. des Manuskripts sich beziehenden Fragen gelten. Red. der Dok. des Sozialismus.

Vornotiz des Herausgebers.

Die Fabian Society ist den Verwaltern des William Morrisschen Nachlasses zu Dank verpflichtet für die Erlaubnis, den hier folgenden Aufsatz ihren Flugschriften einreihen zu dürfen. Er ist im Jahre 1893 abgefasst worden, um vor den Mitgliedern der »Hammersmith Socialist Society« mündlich vorgetragen zu werden. Zu jener Zeit hatte Morris gründliche Erfahrungen mit dem, in seinen Anfängen bis in den Beginn der achtziger Jahre zurückreichenden Versuch gemacht, den Sozialismus in diesem Lande zu organisieren. Er selbst hatte jenen Teil des Experiments auf sich genommen und geleitet, an den kein anderer sich wagen wollte, alle diejenigen ohne Unterschied der Klasse aufzufinden und zusammenzubringen, die fähig waren, die Gleichheit und den Kommunismus so zu verstehen, wie er sie verstand, und sie zu einer wirksamen Kraft für den Umsturz der bestehenden Ordnung des Eigentums und des Vorrechts zu organisieren. Bei dieser Arbeit war er mit allen anderen Zweigen der Bewegung in Berührung, und oftmals in Konflikt gekommen. Er kannte alle ihre Mitglieder und deren Methoden. Er wusste, dass die Agitation erschöpft und die Zeit gekommen war, sich mit der neuen Taktik abzufinden, die die Agitation ins Leben gerufen hatte. Demgemäss sehen wir ihn in diesem Vortrag alles tun, was er konnte, um die Kräfte der Bewegung dadurch zu schonen, dass er zwischen ihren mit einander in den Haaren liegenden Fraktionen Frieden zu stiften und sie von ihren Streitereien über Taktik und Programm auf das Wesen ihrer Bestrebungen zurückzurufen suchte.

Die sozialistische Agitation hatte sich zu Morris' Zeit in drei deutlich abgegrenzte Fraktionen gespalten. Seine als »The Socialist League« organisierte Gruppe brach zusammen, weil es nur einen William Morris gab. Diejenigen, die ein wirkliches Verständnis für sein Streben oder seine Ansicht von unserer kommerziellen Zivilisation mit einem hohen persönlichen Charakter und praktischem Geschick verbanden, waren zu dünn gesäet, um eine politische Revolution zustande zu bringen. Die anderen beiden Fraktionen blieben am Leben. Eine von ihnen, die Social-Democratie Federation, kümmerte sich sehr wenig um die Grundauffassungen, die Morris in Bezug auf Gleichheit, Kommunismus und die Wiedergeburt der Kunst als Arbeitsfreude unter dem Kommunismus hegte. Sie machte sich offen daran, das Proletariat als eine besondere Klasse für den Zweck zu organisieren, die materiellen Quellen der Produktion den Händen der besitzenden Klasse zu entreissen, oder, wie es in den abgebrauchten Phrasen der älteren Sozialdemokraten heisst, die Arbeiter »klassenbewusst« zu machen und den »Klassenkrieg« zu organisieren. Die dritte Fraktion war die Fabian Society, die einfach danach strebte, den Sozialismus zu einer verfassungsmässigen Politik zu vereinfachen, die, wie die Freihändlerei oder die Bewegung für

den Reichsverband oder irgend eine andere anerkannte parlamentarische Bewegung von jedem gewöhnlichen anständigen Staatsbürger entweder als ein Ganzes oder in Teilen angenommen werden konnte, ohne dass er sich dadurch auf irgend eine revolutionäre Verbindung einzuschwören oder in irgend welcher Weise von dem normalen Lauf des englischen Lebens loszulösen brauchte.

Der Plan der Gesellschaft der Fabier war natürlich für eine ängstlich konservative Nation ausserordentlich annehmbarer, als die Pläne ihrer zwei Rivalen. Er erforderte auch ein gut Teil Verwaltungskenntnisse und parlamentarischer Klugheit, und so wählte sich die Gesellschaft ganz automatisch für ihre Mitgliedschaft die politisch geschulten und in Verwaltungsfragen erfahrenen Sozialisten aus. Es kann deshalb nicht überraschen, dass nur die Fabianer vorwärts kamen; dass die Socialist League nach einem geduldigen und mühevollen Versuch von Morris als verfehlt aufgegeben wurde, dass die Independent Labor Party, eine spätere Bildung, parlamentarische Methoden annahm, und dass die Social Democratic Federation, nachdem sie sich jahrelang für die Verkündigung des Klassenkriegs abgequält, schliesslich zu wählen hatte, ob sie ihre Methoden denen der Independent Labor Party anpassen oder ganz vom Felde der Arbeiterbewegung verdrängt werden wollte.

Es ist unnötig zu bemerken, dass Morris ursprünglich vom Fabianismus als einer wesentlich oberflächlichen Bewegung nichts wissen wollte. Aber er war im Grunde der praktischste aller Sozialisten. Wenn er mit Tatsachen in Konflikt geriet, so machte er sich alsbald daran, sie zu ändern. Er war es schon gewöhnt, seine Ansichten sowohl vom populären wie vom akademischen Gesichtspunkt aus von oben herab verlacht und aus der Welt wegerklärt zu hören. In allen Künsten und Handwerken, an die er selbst Hand angelegt, war dem Lachen und den überlegenen Kritteleien schleunigst sehr bald dadurch ein Ende gemacht worden, dass man dahinter kam, dass Morris eine Revolution zu Wege gebracht hatte, während seine Kritiker müssig schwatzten. Aber die gleichen Eigenschaften, die ihn befähigten, unangenehme Tatsachen zu ändern, sofern dies in seiner Macht stand, befähigten ihn auch, sich mit ihnen abzufinden, wenn das nicht der Fall war. Als er nach Aufgebot aller seiner Kräfte dahinter gekommen war, dass das englische Volk sich der Socialist League nicht anschliessen, noch der Social Democratic Federation erlauben wollte, es zu überzeugen, dass es einer Klasse von Nicht-Gentlemen angehöre, fügte er sich in die Lage und dachte darüber nach, was unter diesen Umständen am besten zu machen sei. Als ein Genie nahm er natürlich ganz unvermeidlich unter erklärten Sozialisten nicht weniger wie anderswo eine isolierte Stellung ein. Aber diese Isolierung nötigte alle Fraktionen, auf ihn zu hören, wenn sie einander nicht hören wollten. Und die Hammersmith Socialist Society, eine die Socialist League überlebende Leibgarde von Getreuen, bot ihm im Bereich seines eigenen Hauses eine Rednertribüne an, von welcher herab sprechen zu dürfen jeder Socialist stolz war.

Was er selbst von dieser Tribüne herab den Gruppen sagte, ist in den folgenden Blättern zu finden. Es gibt die Gründe an, weshalb er den anderen Sozialisten riet, nicht mit den Fabianern zu zanken. Und es enthält die den Fabianern erteilte Mahnung, dass es ein Ding ist, eine konstitutionelle Politik auf dem Papier zu formulieren, und ein anderes Ding, Leute zu veranlassen, sie zur Ausführung zu bringen, wenn die Gleichheit und der Kommunismus, zu denen sie führt, von ihnen verabscheut, statt gewünscht werden . . . . .«

* * *

Kommunismus.

Während ich der Meinung bin, dass die Aussicht auf die Neugeburt der Gesellschaft sicher im Wachsen und im schnellen Wachsen ist, muss ich gestehen, dass ich, was die Mittel zur Erlangung dieses Zieles anbetrifft, die man jetzt hauptsächlich im Auge hat, einigermassen im Unklaren bin, und dass ich in Bezug auf einige jener Massnahmen, die, wie ich glaube, mit aller Ehrlichkeit der Absicht und oftmals mit viel Geschick befürwortet werden, zweifle, ob, wenn sie zur Ausführung kämen, sie uns irgendwie auf dem direkten Wege zu einer wirklich neugeborenen Gesellschaft, der einzigen Gesellschaft, die eine Neugeburt sein kann, nämlich einer Gesellschaft faktischer Gleichheit, weiter vorwärts bringen können. Um keine Geheimniskrämerei zu treiben, so meine ich, dass all das, was die meisten Nichtsozialisten wenigstens augenblicklich für Sozialismus halten, mir lediglich als ein Maschinenwerk für den Sozialismus erscheint, dessen sich der Sozialismus wahrscheinlich in seiner Kampfesepoche bedienen muss und das er, wie ich glaube, auch einige Zeit, nachdem er faktisch durchgeführt ist, noch brauchen mag, aber das mir nicht für ihn wesentlich zu sein scheint. Zweifellos ist etwas Gutes an den Vorschlägen, die eine zweckmässige Verwaltung im Interesse des Volks an die Stelle der durch Zwang aufrecht erhaltenen und durch reichliche Korruption geebneten Wigh-Schlamperei setzen wollen, die, während sie ganz und gar den Interessen von erfolgreichen Geschäftsleuten diente, einst für eine so wunderbare Erfindung gehalten wurde und die auch sicherlich der beste Cement der Gesellschaft war, wie sie seit dem Tode des Feudalismus beschaffen gewesen ist. Der Londoner Grafschaftsrat zum Beispiel ist nicht nur eine nützlichere Körperschaft für die Verwaltung der öffentlichen Geschäfte, als wie das frühere hauptstädtische Betriebsamt (Metropolitan Board of Works), er ist auch von einem ganz anderen Geist durchdrungen, und schon sein allgemeines Vorhaben, den Bürgern nützlich zu sein und auf ihre Wünsche zu achten, schliesst ein Verheissen besserer Tage in sich und hat schon etwas dazu beigetragen, in den Reihen eines bestimmten Teils der Bevölkerung Londons und bis herab zu bestimmten Klassen die Würde der Lebenshaltung zu heben. Weiter, wer kann etwas gegen die Versuche haben, den Schmutz der gegenwärtigen Civilisation durch die Erwerbung öffentlicher Parks und anderer freien Plätze, durch Anpflanzen von Bäumen, Gründung öffentlicher Lesehallen und ähnlicher Dinge erträglicher zu machen? Es ist vernünftig und recht von seiten des Publikums, auf Erzielung solcher Verbesserungen zu dringen; aber wir alle wissen sehr gut, dass ihr Nutzen die einzelnen sehr ungleich trifft, dass sie weit mehr bestimmten Teilen der Mittelklassen, als den Arbeitern zu gute kommen. Ja, dieses sozialistische Maschinenwerk mag noch zu mehr benutzt werden; es mag für die Arbeiter selbst höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erwirken, Produktionszweige mögen von seiten der Gemeindeverwaltungen zum Nutzen der Produzenten wie der Konsumenten betrieben werden, Arbeiterhäuser können verbessert und ihr Betrieb den Geschäftsspekulanten aus den Händen genommen werden. Für die Erziehung der Kinder könnte mehr Zeit beansprucht werden u. s. w. u. s. w. In alledem, gebe ich gern zu, liegt ein grosser Gewinn, und es freut mich, wenn ich sehe, dass dahin gehende Reformen in Angriff genommen werden. Aber so gross auch der Vorteil sein mag, so würde doch, wie ich glaube, ihr schliesslicher Nutzen, die Menge an vorwärtstreibender Kraft, die in solchen Dingen liegen mag, davon abhängig sein, wie und in welchem Geiste solche

Reformen ins Werk gesetzt werden; oder davon, was sonst, während dieses Reformwerk vor sich ging, geschah, um die Menschen Gleichheit der Bedingungen ersehnen zu machen, ihnen den Glauben an die Möglichkeit und Ausführbarkeit des Sozialismus einzuflössen, ihnen den Mut zu verleihen, nach ihm zu streben und für ihn zu arbeiten, und all dies für eine so grosse Menge von Menschen, um die nötige Stosskraft für die Hinwegfegung aller Privilegien zu erzielen. Denn wir dürfen die sehr offenkundige Tatsache nicht aus den Augen verlieren, dass diese Verbesserungen im Leben der grossen Menge nur auf Kosten eines Teils der Freiheit und der Vermögen der besitzenden Klassen verwirklicht werden können. Sie sind, sage ich, wenn echt, Angriffe auf »Freiheit und Eigentum« der nicht arbeitenden oder nutzlosen Klassen, wie einige dieser Klassen klar genug erkennen. Und ich gebe zu, dass, wenn ihre Summe gross und weitreichend genug werden sollte, um den nützlichen oder arbeitenden Klassen genügend Verständnis beizubringen, ein Leben der Gleichheit und Genossenschaftlichkeit zu begreifen, Mut genug, sich für es zu erklären und das zu seiner Durchführung nötige Geschick zu entfalten, sowie Kraft genug, den Dummen und den Interessierten seine Annahme aufzuzwingen — dass dann der Klassenkampf sehr schnell mit dem Sieg der nützlichen Klasse enden würde, die dann die neue Gesellschaft der Gleichheit werden würde.

Verständnis genug, um zu begreifen, Mut genug, um zu wollen, Macht genug, um zu zwingen! Wenn unsere Ideen von einer neuen Gesellschaft irgend etwas mehr als ein Traum sind, so müssen diese drei Eigenschaften die erforderliche effektive Mehrheit der Arbeiter in Bewegung setzen, und dann, sage ich, wird die Sache gemacht werden.

Genug Verständnis, Mut, Macht. Und das G e n u g bedeutet eine sehr grosse Sache. Die effektive Mehrheit der Arbeiter müsste, sollte ich meinen, der Zahl nach ziemlich so gross sein, wie eine wirklich mechanische Mehrheit; denn die nicht arbeitenden Klassen (mit, vergesst nicht, ihren eingeschworenen Sklaven und Parasiten, Menschen, die ohne sie nicht leben können), sind sogar an Zahl sehr stark und noch stärker dadurch, dass sie über die neun Punkte des Gesetzes, nämlich den Besitz, verfügen; sie werden, sobald sie zu merken beginnen, dass ihr Vorrecht, d. h. ihr Unterhalt, ernsthaft bedroht ist, es ziemlich einmütig verteidigen und zu diesem Zweck alle Macht, die sie besitzen, in Anwendung bringen. Die erforderte Mehrheit von Verständnis, Mut und Kraft zustande zu bringen, ist daher eine so grosse Sache, dass eine lange Zeit darüber hingehen wird, und es liegt auf der Hand, dass all diejenigen, die daran arbeiten, dies Ziel zu erreichen, so wenig als möglich Zeit und Kraft damit verschwenden dürfen, dass sie bei der Bekehrung der Arbeiter zu einem leidenschaftlichen Streben nach einer auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft mehr Fehler begehen, als unvermeidlich sind. Die Frage betreffs all jener oben erwähnten Teilreformen ist demgemäss meiner Meinung nach nicht so sehr die, welche Vorteile sie zur Stunde dem grossen Publikum oder selbst den Arbeitern bringen, sondern eher die, welche Wirkung sie darauf ausüben werden, die Arbeiter zu einem Verständnis und leidenschaftlichem Begehr nach dem Sozialismus zu bekehren, ich meine nach einem wahren und vollständigen Sozialismus, was ich Kommunismus nennen würde. Denn wenn es auch an sich nichts Unbedeutendes ist, eine grosse Anzahl von armen Leuten oder selbst wenige irgendwie behaglicher gestellt, etwas weniger elend zu machen, als wie sie jetzt sind, so würde dies doch ein schweres Uebel sein, wenn es dazu beitrüge, die Anstrengungen der ganzen Arbeiterklasse zur Schaffung einer Gesellschaft von wirklicher Gleichheit einzuschläfern. Und hier

komme ich wieder auf jene Zweifel und Unsicherheiten, von denen ich anfangs sprach. Denn ich möchte wissen und euch zu der Betrachtung auffordern, wie weit die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse gehen und bis zuletzt einhalten mag, ohne irgend einen Fortschritt in der direkten Richtung zum Kommunismus gemacht zu haben. Kurz gesagt, ob nicht die ungeheure Organisation der bürgerlichen, auf dem Handel beruhenden Gesellschaft mit uns Sozialisten Katze und Maus spielt? Ob nicht die auf Ungleichheit beruhende Gesellschaft das oben erwähnte quasi sozialistische Maschinenwerk annehmen und in Gang setzen werde, um vermittels seiner diese Gesellschaft zwar vielleicht in etwas gestützter, aber um so gesicherterer Gestalt fortzuerhalten. Das scheint mir möglich und bedeutet die andere Seite des Bildes: Statt dass die nutzlosen Klassen von den nützlichen hinweggefegt werden, würden so die nutzlosen Klassen etwas von der Nützlichkeit der Arbeiter auf sich nehmen und auf solche Weise ihr Vorrecht befestigen. Die Arbeiter würden besser behandelt werden, besser organisiert sein, würden einen Anteil an der Regierung selbst haben, aber ohne grösseren Anspruch auf Gleichheit mit den Reichen, noch irgend welche stärkere Hoffnung auf Erreichung einer solchen, wie bisher. Aber wenn dies möglich wäre, so nur deshalb, weil die Arbeiter aufgehört hätten, den wirklichen Sozialismus zu verlangen, und sich mit einem ihm äusserlich ähnelnden und mit einem solchen Mehr an Wohlstand verbundenen Zustand zufrieden gäben, der genügen würde, das Verlangen von Menschen zu befriedigen, die nicht wissen, welches die Freuden des Lebens sein könnten, wenn sie ihre eigenen Fähigkeiten und die Hilfsquellen der Natur zu dem Zweck und in der Erwartung, ihr Glück herzustellen, vernunftgemäss anwendeten. Natürlich könnte es auch dann nicht möglich sein, wenn, wie wir hoffen, eine wirkliche Notwendigkeit für die Entwickelung einer neuen Gesellschaft aus unseren gegenwärtigen Bedingungen heraus vorläge. Aber auch diese Notwendigkeit vorausgesetzt, kann und wird das Eintreten dieser Aenderung ausserordentlich langsam vor sich gehen, wenn die Arbeiter sich nicht dadurch von dieser Notwendigkeit durchdrungen zeigen, dass sie von dem Verlangen nach der Umgestaltung übermannt werden und ihm Ausdruck geben. Und ausserdem wird die Umgestaltung nicht nur langsam eintreten, sie kann in diesem Falle auch nur nach einer Periode grossen Leidens und Elends über den Ruin unserer gegenwärtigen Civilisation hinweg kommen, während vernünftige Menschen sicherlich hoffen müssen, dass, wenn der Sozialismus notwendig ist, sein Kommen sowohl ein schnelles sein, als auch vom kleinsten Mass von Leiden und von nicht völligem Ruin begleitet sein möge. Worauf wir daher, sage ich, zu hoffen haben, ist, dass das unvermeidliche Vorrücken einer auf Gleichheit gegründeten Gesellschaft sich schnellstens in dem Bewusstsein der Arbeiter als notwendig fühlbar machen wird und dass sie bewusst und nicht blindlings nach ihrer Verwirklichung streben werden. Dies ist tatsächlich das, was wir unter Erziehung der Arbeiterklasse zum Sozialismus verstehen. Und ich meine, dass, wenn dies jetzt unmöglich ist, wenn die Arbeiter es ablehnen, irgend welches Interesse am Sozialismus zu nehmen, wenn sie ihn der Sache nach verwerfen, wir dies als ein Zeichen dafür nehmen müssen, dass die Notwendigkeit einer wesentlichen Aenderung der Gesellschaft so weit entfernt ist, dass wir kaum nötig haben, uns darum zu kümmern. Dies ist der Prüfstein, und aus diesem Grunde ist es für uns von so tödlichem Ernst, auszufinden, ob jene demokratischen Tendenzen und die durch sie ins Leben gerufenen neuen Verwaltungspläne wirklich dazu von Nutzen sind, das Volk direkt zum Sozialismus zu erziehen. Wenn sie dies

nicht sind, so taugen sie überhaupt nichts, und wir täten besser, zu versuchen, ob wir nicht mit intelligenten Tories und wohlwollenden Whigs handelseins werden können, und sie aufzufordern, ihre Intelligenz und ihr Wohlwollen zu vereinigen, uns so gütig und weise als möglich zu regieren und uns nur mit Mass auszurauben. Sind sie aber von Nutzen, dann lasst uns auch trotz ihrer schmutzigen und abstossenden Einzelheiten und all des Unbehagens über verzögerte Hoffnungen, das der Gebrauch solcher Mittel uns sicher verursacht, sie ausnutzen, so weit sie überhaupt nur gehen, und lasst uns nicht enttäuscht sein, wenn sie nicht sehr weit gehen. Das heisst, wenn sie nicht in einem Jahrzehnt eine geeinte Schar von Helden und Weisen aus einer grossen Masse Menschen machen, die unter einem so verwickelten Gesellschaftssystem leben, dass sie, oberflächlich betrachtet, wie ein durch Zufall zusammengebrachter Haufen von vielen Millionen bedürftiger Menschen ausschauen, die nicht etwa durch sichtbare Gewalthandlungen und den bösen Willen einzelner, sondern durch ein so weitreichendes und tiefsitzendes System tatsächlich und schwer bedrückt sind, dass es Leuten, die so ungebildet sind, dass sie nicht einmal dem Reflex der sogenannten Bildung ihrer Herren entgangen, sondern neben ihren eigenen Unbilden auch noch mit dem Aberglauben und den Heucheleien der oberen Klassen heimgesucht sind, Leuten, denen kaum eine Spur von den charakteristischen Ueberlieferungen ihrer eigenen Klasse helfend zur Seite geht, wohl als das Werk eines Naturgesetzes erscheinen mag — eine Geistessklaverei, welche die notwendige Begleitung ihrer materiellen Sklaverei ist. Dies ist es, als Masse genommen, womit die Revolutionäre zu tun haben: Eine solche Masse könnte sicher, wie ich glaube, durch irgend einen Funken von Enthusiasmus, irgend einen plötzlichen aussichtsvollen Anstoss zum Angriff belebt werden, wenn die Notwendigkeit einer plötzlichen Aenderung nahe bei der Hand wäre. Aber ist sie es? Es sind zweifellos nicht wenige in diesem Raum, ich vielleicht unter ihnen (ich sage v i e l l e i c h t, denn das eigene alte Ich ist geneigt, in unserem Gedächtnis unklare Gestalt anzunehmen) — also etliche von uns, sage ich, glaubten an die Unvermeidlichkeit eines plötzlich eintretenden und sich schnell vollziehenden Wechsels. Das war kein Wunder, wo uns die neue Offenbarung vom Sozialismus die Trübseligkeiten der Civilisation vergoldete. Wenn wir aber jetzt gezwungen sind, unsere Hoffnungen nüchterner anzuschauen, so macht uns daraus keinen Vorwurf. Erinnert euch, wie langsam andere Tyranneien ausgestorben sind, trotzdem zu ihren ökonomischen Bedrückungen noch ganz offensichtliche gewalttätige persönliche Bedrückungen hinzukommen, die, wie ich schon gesagt, der schweren Tyrannei unserer Tage fehlen. Können wir alsdann hoffen, dass sie schneller ihr Ende finden werde, als jene? Ich sage, es ist jetzt nicht die Zeit, in den Massen der Arbeiter einen unvermittelten Anstoss zu einem direkten Angriff [auf das System] zu entfachen. Aber was dann? Sollen wir jede Hoffnung, sie zum Sozialismus zu erziehen, aufgeben? Gewiss nicht. Lasst uns alle möglichen Mittel anwenden, um sie in den Sozialismus hineinzuziehen, so dass sie sich zuletzt in solch einer Lage befinden, wo sie begreifen, dass sie einer falschen Gesellschaft gegenüber stehen und dass sie selbst die einzig nützlichen Elemente der wahren Gesellschaft sind.

So muss ich nun sagen, dass ich zu der Folgerung genötigt bin, dass die von mir erwähnten Massnahmen, wie alles, was — die gegenwärtigen Verhältnisse vorausgesetzt — in irgendwie vernünftiger Form zum Sozialismus strebt, für die Erziehung der grossen Arbeitermassen w i r k l i c h von Nutzen sind; dass es unter den gegenwärtigen Verhältnissen



notwendig ist, den sie betreffenden unbestimmten Erwartungen, die in der Luft liegen, bestimmten Ausdruck zu geben, und ihre Bestrebungen über das rein geschäftsmäsige Werk der alten Gewerkvereine, die Löhne mit der wie immer erlangten Bewilligung der Unternehmer zu erhöhen, hinauszuheben, den Arbeitern andere Unternehmer*) vorzuführen, als diejenigen, die von dem aus ihrer Arbeit herausgepressten Profit leben. Ich meine, die Inanspruchnahme solcher Massnahmen, die direkt auf den Sozialismus hinwirken, ist auch deshalb notwendig, um die Arbeiter dahin zu bringen, ihren Lebensunterhalt so zu heben, dass sie mehr und immer mehr von dem von der Gesellschaft hervorgebrachten Reichtum fordern mögen, den sie, wie schon früher gesagt, nur auf Kosten der nicht produzierenden Klassen, von denen sie jetzt ausgeraubt werden, bekommen können. Und zuletzt noch werden solche Massnahmen mit allem, was dazu gehört, sie zur Durchführung zu bringen, die Arbeiter zur Organisation und Verwaltung erziehen, und ich hoffe, dass niemand hier behaupten wird, dass sie solcher Erziehung nicht bedürfen, oder dass sie nicht, weil es ihnen an einer solchen fehlt, sich im Vergleich mit ihren Arbeitsherren, die in diesen Künsten erzogen sind, in gewaltigem Nachteil befinden.

Aber, wie ich schon oben angedeutet habe, diese Erziehung durch politische und körperschaftliche Aktion muss dadurch ergänzt werden, dass man dem Geist des Volkes Kenntnis von den Forderungen des Sozialismus und die Sehnsucht einflösst, jene vollständige Aenderung herbeizuführen, die an Stelle der Zivilisation den Kommunismus setzen wird. Denn die oben erwähnten sozialdemokratischen Massnahmen sind allesamt entweder blosse mildernde Auskunftsmittel, uns über die gegenwärtigen Tage der Bedrückung hinwegzuhelfen, oder Mittel, uns ins neue Land der Gleichheit zu führen. Und es ist die Gefahr vorhanden, dass sie als Ziele an sich betrachtet werden. Ja, es ist sogar sicher, dass die grössere Zahl von denen, die nach ihnen drängen, jeweilig nicht fähig sein werden, über sie hinaus zu sehen, und ihren vorübergehenden Charakter erst erkennen werden, wenn sie über sie hinausgekommen sind und das nächste Ding verlangen. Aber ich muss hoffen, dass wir der Masse des Volkes Erwartungen einflössen können, die — wenn auch undeutlich — über das Bedürfnis des laufenden Jahres hinausgehen, und ich weiss, dass viele, die auf dem Wege zum Sozialismus sind, von Anfang an und gewohnheitsmässig der Verwirklichung der auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft entgegen sehen und versuchen, sie für sich selbst zu verwirklichen — ich meine, dass sie wenigstens versuchen werden, auszudenken, wie die Gleichheit ausschlagen wird, und sie mehr als alles andere herbeisehnen werden. Und ich erhoffe von diesem Geist, dass er das Streben nach dem blossen Maschinenwerk des Sozialismus beleben wird. Ich hoffe und glaube, dass er, sobald dieses Maschinenwerk verwirklicht ist, sich so ausbreiten wird, dass der alte Geist des Individualismus, wie sehr er auch versuchen mag, sich zum Herrn des körperschaftlichen Maschinenwerks zu machen und vermittelst der Allgemeinheit die Allgemeinheit für die Interessen der Feinde der Allgemeinheit zu regieren, doch besiegt werden wird.

All das indes heisst über den möglichen Gang der sozialistischen Bewegung schwatzen; da es mir aber, wie ihr eben gehört habt, notwendig erscheint, dass man, um irgend welchen gehörigen Nutzen aus

*) Nämlich das Publikum, d. h. die Arbeiter selbst in ihrer Eigenschaft als Konsumenten. [Note von Morris.]

dem sozialistischen Maschinenwerk zu ziehen, irgend welche Idee von dem Leben haben muss, das sein Ergebnis sein soll, so lasst mich jetzt die so oft erzählte Geschichte von dem wieder anheben, was wir unter Kommunismus oder Sozialismus verstehen. Denn für mich besteht zwischen vollständigem Sozialismus und Kommunismus gar kein Unterschied. Tatsächlich ist der Kommunismus die Vollendung des Sozialismus; wenn dieser aufhört, Kämpfer zu sein und Sieger geworden ist, dann wird er der Kommunismus sein.

Der Kommunist behauptet vor allem, dass die Hilfsquellen der Natur, hauptsächlich der Boden, und jene anderen Dinge, die nur zur Produktion von neuem Reichtum gebraucht werden können und die das Ergebnis sozialer Arbeit sind, nicht im Besitz einzelner, sondern zum Wohle des Ganzen Eigentum der Gesamtheit sein sollen. Sowie dass da, wo dies nicht der Fall ist, die Eigentümer dieser Produktionsmittel notwendigerweise die Herren jener sein müssen, die davon nicht soviel zu eigen besitzen, als dass sie der Notwendigkeit enthoben wären, mit einem Teil ihrer Arbeit den Gebrauch der bezeichneten Produktionsmittel zu bezahlen, und dass die Herren oder Besitzer der Produktionsmittel faktisch die Eigentümer der Arbeiter sind; in hohem Grade faktisch, denn sie schreiben ihnen tatsächlich vor, welche Art von Leben sie zu führen haben, und die Arbeiter können dem nur dadurch entkommen, dass sie selbst Eigentümer von Produktionsmitteln, d. h. anderer Menschen werden. Deshalb sollten die Hilfsquellen der Natur und der zur Hervorbringung von neum Reichtum dienende Reichtum, kurz, die Anlagen und Vorräte, vergemeinschaftlicht werden. Wäre dies geschehen, so wäre der Ansammlung von Vermögen schnellstens Einhalt getan. Kein Mensch kann durch Anhäufung von Reichtum, der das Ergebnis der Arbeit seines eigenen Hirns oder seiner eigenen Hände ist, ungeheuer reich werden; um sehr reich zu werden, muss er durch Schöntun oder Gewalt andere dessen berauben, was ihr Hirn oder ihre Hände für sie verdient haben. Das Aeusserste, was der erwerbssüchtigste Mensch tun könnte, wäre, seine Mitbürger zu bewegen, ihn für seine besonderen Talente, wenn sie ganz besonderes Verlangen nach seinen Leistungen tragen, auch aussergewöhnlich zu bezahlen. Da aber niemand sehr reich sein könnte, und da das Talent für besondere Arbeiten immer weniger selten werden würde, je freier die Menschen die für sie passendste Beschäftigung wählen können, so könnten die Produzenten von Spezialitäten keine s e h r übermässige Bezahlung erpressen, so dass die Aristokratie der Talente, selbst wenn sie erschiene, sogar in diesem ersten Stadium des unfertigen Kommunismus die Tendenz haben würde, zu verschwinden. Kurz, es gäbe keine sehr reichen Leute und alle würden sich in Wohlstand befinden; alle würden weit besser situiert sein, als die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse erfordert. Ihr mögt sagen, woher weiss ich das? Die Antwort ist, weil nicht soviel Vergeudung stattfinden könnte, als wie jetzt. Es würde die Vergeudung zu verschwinden streben. Denn was ist Vergeudung? Erstens, die zwecklose Vernichtung von Rohmaterial, und zweitens die Ablenkung der Arbeit von nützlicher Produktion. Ihr mögt mich fragen, welches ist der Massstab der Nützlichkeit der Waren? Es ist gesagt worden, und ich vermute, die allgemeine Ansicht in Bezug auf diese Punkte ist die, dass der Marktpreis uns den Massstab gibt. Aber ist ein Laib Brot oder eine Säge weniger nützlich, als ein Mechelner Spitzenschleier oder ein Diamantenhalsband? Die Wahrheit ist, dass in einer auf Ungleichheit aufgebauten Gesellschaft, in einer Gesellschaft, in der es sehr reiche und sehr arme Leute gibt, der Massstab der Nützlichkeit ein äusserst verschwommener ist; in einer solchen Gesellschaft

wird uns der Marktpreis eines Gegenstandes gegeben durch die notwendigen Bedürfnisse der Armen und das launenhafte Verlangen der Reichen oder vielmehr durch das für diese bestehende Bedürfnis, ihr Vermögen oder besser ihre Reichtümer irgendwie und zwar durchaus nicht notwendigerweise auf Genuss gewährende Art auszugeben. Aber in einer auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft würde die Nachfrage nach einem Gegenstand in der einen oder der anderen Weise ein Massstab ihrer Nützlichkeit sein. Und es würde als selbstverständlich betrachtet werden, dass, so lange nicht jeder genug hätte, seine absoluten Bedürfnisse und vernunftgemässen Genüsse zu befriedigen, an die Produktion von Luxusartikeln gar nicht zu denken wäre; und stets würde die Arbeit dazu angewandt werden, um Dinge zu fabrizieren, welche die Leute (und zwar alle Leute, da die Klassen verschwunden wären) wirklich brauchten.

Vergegenwärtigt euch, was die Vergeudung einer auf Ungleichheit beruhenden Gesellschaft bedeutet: Erstens, die Produktion von schäbigen Surrogaten für den Absatz an arme Leute, die nicht imstande sind, den wirklichen Gegenstand zu kaufen. Zweitens die Produktion von Luxusartikeln für die Reichen, wovon der grössere Teil Sachen sind, nach denen selbst ihre persönliche Torheit sie nicht verlangen macht. Und drittens der Reichtum, der von der Kaufmannschaft des konkurrierenden Handels vergeudet wird, für den die Produktion von Waren Nebensache ist, da sein Hauptzweck die Herausschlagung eines Profits für den einzelnen Unternehmer ist. Ihr begreift, dass die notwendige Verteilung der Waren in diese Vergeudung nicht eingeschlossen ist; aber das Bestreben jedes Fabrikanten ist, der Monopolisierung des von ihm versehenen Markts so nahe als möglich zu kommen.

Die Verringerung der Vergeudung, die somit in den unvollständigen ersten Stadien einer gleichheitlichen Gesellschaft — einer nur erst zur Gleichheit strebenden Gesellschaft statthaben würde, würde uns wohlhabend machen: es würde keine Arbeit verschwendet und Arbeiter würden nicht beschäftigt werden, um entweder Waren für Sklaven oder Spielsachen für reiche Leute zu produzieren; ihre echten, gut gearbeiteten Waren würden für andere Arbeiter gemacht werden, die wissen würden, was sie brauchen. Waren von solcher Art, dass zu ihrer Herstellung ganz ausserordentliches Geschick und lange Uebung erfordert, oder das auf sie verwandte Material weit hergeholt und teuer zu kaufen wäre, würden nicht aufhören, produziert zu werden, auch wenn Privatleute sie nicht erwerben könnten; sie würden für den öffentlichen Gebrauch produziert werden, und dadurch würde ihr wirklicher Wert ungeheuer gesteigert und der natürliche und ehrenhafte Stolz des Arbeiters gebührend befriedigt werden. Denn sicher werden wohlhabende Leute eine schäbige Umgebung und Knauserei in Bezug auf öffentliche Einrichtungen sich nicht gefallen lassen; sie werden ganz sicherlich Schulen, Bibliotheken, Museen, Parks und alles andere wahr und echt, nicht aber Scheinfabrikate haben wollen; und da sie besonders nicht mehr von den Sorgen um ihren Lebensunterhalt und all den traurigen Zufällen des Kampfs ums blosse Dasein bedrückt sein werden, werden sie auch imstande sein, diese Dinge gründlich zu geniessen; sie werden in der Lage sein, sie tatsächlich zu benutzen, was sie jetzt nicht tun können. Aber bei allem, was ich bisher über diese neue Gesellschaft gesagt habe, habe ich mir gedacht, dass ich auch daran erinnern muss, dass wir es mit Anfängen und unvollkommenen Zuständen zu tun haben. Die Produktionsmittel Allgemeingut, aber die erzeugten Genussgüter noch Privateigentum. Um die Wahrheit zu sagen, so glaube ich, dass ein solcher Zustand der Dinge nur eine

sehr kurze Periode des Uebergangs zum vollständigen Kommunismus wird ausmachen können, eine Periode, die nur so lange dauern wird, als die Leute brauchen, um in der neuen Gesellschaft sich einzurichten; denn ich begreife nicht, wie es reiche Leute geben könnte, wenn es keine armen Leute geben wird. Es würde in der Tat ein natürlicher Zwang gegeben sein, der jeden Menschen verhindern würde, etwas zu tun, wozu er nicht geeignet ist, weil er es nicht mit Nutzen tun kann. Und ich brauche nicht zu sagen, dass, um zu dem Wohlstand zu gelangen, von dem ich gesprochen habe, wir alle nützlich arbeiten müssen. Aber wenn ein Mensch nützliche Arbeit macht, so könnt ihr ihn nicht entbehren, und wenn ihr ihn nicht entbehren könnt, so könnt ihr ihn nur mittels Zwang in eine niedrigere Lage als die eines anderen nützlichen Bürgers versetzen, und wenn ihr ihn in eine solche Lage zwingt, so habt ihr gleich wieder eure privilegierten Klassen. Wenn ferner alle Leute behaglich oder sogar gut leben, so wird die Schärfe des Kampfes um die besseren Stellungen, die dann nicht mehr ein Leben von Müssiggang oder Gewalt über seine Nächsten in sich schliessen, sicherlich nachlassen. Jetzt werden die Menschen reich in ihren Kämpfen, der Armut zu entgehen, und weil ihre Reichtümer sie vor den Schrecknissen schützen, die eine notwendige Begleiterscheinung des Vorhandenseins von reichen Leuten sind, zum Beispiel der Anblick von Höhlenwohnungen, der Schmutz von Fabrikgegenden, das Schreien und die hässliche Sprache betrunkener und verwilderter armer Leute u. s. w. Aber wenn das ganze Privatleben anständig und, von natürlichen Zufällen abgesehen, glücklich ist, und wenn die öffentlichen Einrichtungen euer Verlangen nach Pracht und Fülle zufrieden stellen; wenn niemandem gestattet ist, das Publikum durch Verkümmerung der natürlichen Schönheit der Erde zu schädigen oder den Menschen zu verbieten, ihrem Verlangen, sie schöner zu machen, vollen Spielraum zu geben, von welchem Vorteil wäre es alsdann, mehr nominellen Reichtum zu besitzen als euer Nachbar? Da also einerseits Leute, deren Arbeit als nützlich anerkannt wäre, sich kaum einem neuen Kastenwesen unterwerfen werden, und da andererseits Leute, die das Glück haben, dass sie alle ihre vernünftigen Bedürfnisse leicht befriedigen können, sich schwerlich damit abquälen werden, andere Leute zu quälen, ihnen einen Extra-Reichtum zu schaffen, den sie nicht verwenden können, so glaube ich, würde der Vergemeinschaftung der Produktionsmittel sehr bald die Vergemeinschaftung ihrer Produkte folgen, d. h. es würde unter allen Menschen vollständige Gleichheit der Lebenslage bestehen. Was wieder nicht besagen will, dass die Menschen (durch die Bank) ihrer Nebenmenschen Röcke, Häuser oder Zahnbürsten gebrauchen würden, sondern dass jeder, welche Arbeit er auch immer verrichtet, die Möglichkeit hätte, alle seine vernunftgemässen Bedürfnisse gemäss dem anerkannten Massstab der Gesellschaft, in der er lebt, d. h. ohne Beraubung irgend eines anderen Bürgers zu befriedigen. Der Glaube, dass dies verwirklicht werden kann, ist es, auf Grund dessen ich fortfahre, Sozialist zu sein. Beweist mir, dass es dies nicht ist, und ich werde mir keine Mühe geben, mein Teil zur Abänderung des jetzigen Gesellschaftszustandes beizutragen, sondern werde versuchen, mit so wenig wie möglich Pein für mich und Belästigung für meine Nächsten dahinzuleben. Aber ich muss sagen, dass ich doch mehr oder weniger sowohl eine Pein (oder wenigstens eine Schande) für mich und eine Belästigung für meine Nächsten sein werde. Denn ich behaupte, dass jeder andere Gesellschaftszustand als der Kommunismus bedrückend und schmachvoll für alle ihm Angehörenden ist.

Einige von euch erwarten möglicherweise, dass ich etwas über den

Mechanismus sage, durch den eine kommunistische Gesellschaft zur Durchführung zu bringen wäre. Wohlan, ich kann nicht viel sagen, was nicht rein negativ ist. Viele Gegner des Sozialismus und selbst etliche Sozialisten sind, wie ich schon vorher angedeutet habe, geneigt, den genossenschaftlichen Mechanismus, zu dem das moderne Leben hintreibt, mit dem Wesen des Sozialismus selbst zu verwechseln; seine Feinde kritisieren ihn, und manchmal verteidigen seine Freunde ihn ingemäss jener Punkte; meiner Meinung nach begehen sie aber, und insbesondere die letzteren, damit einen schweren Irrtum. Zum Beispiel: Ein Antisozialist wird sagen: wie werdet ihr ein Schiff unter sozialistischen Bedingungen in die See stechen lassen? Wie? Nun, mit einem Kapitän und Matrosen, mit Schiffer und Maschinist (wenn es ein Dampfer ist), mit Vollmatrosen und Heizern u. s. w. u. s. w. Nur wird es unter den Passagieren keine erste, zweite und dritte Klasse geben. Die Matrosen und Heizer werden ebenso gut genährt und untergebracht werden, wie der Kapitän oder die Passagiere, und der Kapitän und der Heizer werden die gleiche Bezahlung haben.

Es gibt viele Unternehmungen, die dann ebenso wie jetzt (und wie es zu ihrem erspriesslichen Betrieb wahrscheinlich immer nötig sein wird) unter der Führung eines Mannes werden betrieben werden. Der einzige Unterschied zwischen dann und jetzt wird der sein, dass er gewählt werden wird, weil er für die Arbeit passt, und nicht weil ein einträgliches Geschäft für ihn gefunden werden muss, und dass er seine Arbeit im Interesse eines jeden und aller und nicht um einen Profit zu machen verrichten wird. Ausserdem wird die Zeit uns lehren, welch neuer Mechanismus für das neue Leben notwendig sein wird; vernünftige Menschen werden sich ohne Einreden ihm unterwerfen, unvernünftige aber werden durch die Natur der Dinge sich dazu gezwungen sehen und sich, fürchte ich, nur ebenso trösten können, wie der Philosoph, der, als er sich den Kopf gegen den Türpfosten stiess, die Natur der Dinge verfluchte.

Nun wohlan, da unser Ziel auf dem Gebiet der ganzen Gesellschaft den Krieg durch den Frieden, Kummer und Schande durch Freude und Selbstachtung zu ersetzen, so gross und so erstrebenswert ist, so mögen wir wohl eifrig uns nach etlichen Mitteln umschauen, unser Unternehmen in Gang zu bringen; und da es gerade diese Mittel sind, bei denen die Schwierigkeit liegt, so appelliere ich an alle Sozialisten, ihren Gedanken und Gefühlen über sie ehrlich und furchtlos Ausdruck zu geben, zugleich aber nicht mit jenen, deren Ziel das gleiche wie das ihre ist, nur deshalb Zank anzufangen, weil eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Nützlichkeit der Einzelheiten der Mittel zwischen ihnen herrscht. Es ist schwer und selbst unmöglich, hinsichtlich ihrer keine Irrtümer zu begehen, getrieben wie wir sind durch den raschen Lauf der Zeit und die Notwendigkeit, inmitten all der Umstände etwas zu tun. So lasst uns die Fehler, die andere machen, selbst dann vergeben, wenn wir selbst keine begehen, und miteinander in Frieden leben, um desto besser gegen die Monopolisten Krieg führen zu können.

III. Urkunden des Sozialismus.

Typische Wahlflugblätter aus dem Wahlkampf 1903 der deutschen Sozialdemokratie.

II. Zwei Flugblätter gegen die Gruppen der Freisinnigen.

(Fortsetzung.)

b) Flugblatt gegen beide freisinnigen Fraktionen.

Reichstagswähler!

Von keiner gegnerischen Partei werden die deutschen Arbeiter, seitdem sie sich unter der Fahne der Sozialdemokratie als Partei organisiert haben, so gehässig bekämpft, wie von den *sogenannten »Freisinnigen«*. Keine Lüge, keine Verleumdung, ja kein Mittel der Gewalt und des wirtschaftlichen Druckes ist zu schlecht, dass es nicht von den »Freisinnigen« gegenüber den zum Klassenbewusstsein erwachten Arbeitern angewendet würde, um sie zu zwingen, das morsche Schifflein des bankrotten Freisinns über Wasser zu halten. »Wasserstiefler« und »Wadelstrümpfler« machen dabei keinen Unterschied. Wohl befehden sie sich in Versammlungen, in der Presse und im Parlament, doch *sobald es gegen die Arbeiterklasse geht, sind die edlen Brüder sich einig.*

Die Freisinnigen verdanken ihre Reichstagssitze den Arbeitern. Würden die industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter die Freisinnigen nicht unterstützen, nicht ein *Freisinniger* würde als Abgeordneter in den Reichstag ziehen. Anstatt aber den Arbeitern ihr Vertrauen zu danken durch eine entschieden arbeiter- und volksfreundliche Politik, besorgen die Freisinnigen, sobald sie in den Reichstag gelangt sind, *die Geschäfte der Volks- und Arbeiterfeinde aller Schattierungen.* Heute liebedienern sie vor dem Zentrum, morgen vor den Junkern, dann wieder vor der Regierung, vor kapitalistischen Ausbeutergruppen, vor Marinismus und Militarismus.

Die freisinnigen »Volksfreunde« sind nur die Kommis des nackten bürgerlichen Geldsacksinteresses! Ideallos, politisch unzuverlässig, stets bereit, die Front zu wechseln, kennen sie nur ein Prinzip: unumschränkteste, brutalste kapitalistische Ausbeutung, Bekämpfung jeder selbständigen Regung der Arbeiterklasse. *Diese »Freisinnigen« sind ebenso reaktionär wie die Konservativen und die Nationalliberalen.*

Bedürfte es hierfür noch eines Beweises, so wäre es die gegenwärtige Lage. Junker und Scharfmacher haben sich miteinander verbunden, um gemeinsam die Arbeiterklasse niederzuzwingen. Diese, die mittels des neuen Zolltarifs *das deutsche Volk in der gewissenlosesten Weise auswuchern* wollen, versuchen gleichzeitig, *des Volkes gesetzliche Vertretung zu vernichten.* Mit dem Aufgebot ihrer ganzen Macht wollen sie noch einmal einen Reichstag zu stande bringen, in welchem die junkerlich-scharfmacherische Reaktion die Führung hat. Kein Zweifel über das Ziel der schändlichen Pläne, die von der reaktionären Kamorra vorläufig noch sorgfältig verborgen werden: *das Reichstagswahlrecht* in seiner gegenwärtigen Gestalt soll *vernichtet* werden und dann wird eine Epoche der ungeheuerlichsten Ausbeutung des wehrlos gemachten Volkes beginnen.

Angesichts dieser furchtbar schweren Gefahr sollten alle zusammenstehen, die es wohl meinen mit dem Volke, um *am 16. Juni die Reaktion niederzuschlagen!*

Was aber tun die Freisinnigen? Sie verteilen Schimpfblätter gegen die Sozialdemokratie, treten in ihrer Presse das blöde »Teilungs«-Ammenmärchen« und die kindischen »Zukunftsstaats-Schilderungen« Eugen Richters

breit, hetzen und schimpfen in ihren Versammlungen gegen die klassenbewusste Arbeiterschaft. In ohnmächtiger Wut über den unaufhaltsamen Vormarsch der sozialistischen Arbeiterbataillone und den freisinnigen Partei-Marasmus wissen die freisinnigen Führer nichts Besseres zu tun, als in dem Kampfe des Volkes wider die gefährlichen Pläne der Reaktion *Zersplitterung und Verwirrung zu erzeugen.* Anstatt nach rechts zu kämpfen, führen sie den Kampf nach links. *Sie helfen dadurch indirekt der Reaktion, das Volk niederzuzwingen.* Und die Reaktion dankt es den Freisinnigen. In zahlreichen Wahlkreisen zieht bei den Stichwahlen ein buntscheckiger reaktionärer Haufe von Nationalliberalen, Zentrumsleuten, Konservativen und Antisemiten zur Hilfe für die ›Freisinnigen‹ wider die Sozialdemokratie auf.

Die Freisinnigen sind der Reaktion allergetreueste Opposition geworden!

Reichstagswähler! Verdient eine solche Partei noch eure Unterstützung? Ist der ›Freisinn‹ wert, dass für ihn noch ein Stimmzettel in die Urne gesteckt wird? Nimmermehr! *Fort mit diesem Freisinn! Heran zur Sozialdemokratie! Auf zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten . . .!*

Die Arbeiter haben von den Freisinnigen ebenso wenig zu erwarten wie von irgend einer anderen bürgerlichen Partei. Wo die Freisinnigen die Macht haben, sind sie gegenüber den Arbeitern *genau so brutal in der Wahrnehmung des kapitalistischen Ausbeuterinteresses, wie die rückständigsten Junker.* Sie zertrümmern dem Arbeiter das Koalitionsrecht, um ihn als wehrlosen Sklaven ausbeuten zu können. Anstatt das allgemeine gleiche Wahlrecht durchzuführen, erhalten sie mit allen Mitteln die Klassenwahlrechte aufrecht, welche die Masse der Arbeiter rechtlos machen und dem Geldsack das politische Uebergewicht sichern.

Blickt auf Bremen. Dort haben *die freisinnigen ›Norddeutsche Lloyd‹-Kapitalisten* 1100 Arbeiter gezwungen, auf das ihnen gewährleistete Koalitionsrecht zu verzichten und aus dem Hafenarbeiter-Verbande auszutreten. Sie gedachten durch diese *schändliche scharfmacherische Taktik* die bremische organisierte Arbeiterschaft *in einen Streik zu hetzen*, sie auszuhungern und dann gegen das Versprechen der Wiedereinstellung zu zwingen, *das Reichstags-Mandat* Bremens wiederum dem Grossaktionär und Aufsichtsrats-Mitglied, dem ›Freisinnigen‹ Frese, anzuvertrauen, welcher der Vertrauensmann der ›freisinnigen‹ Lloyd-Kapitalisten ist. An der Besonnenheit der Arbeiterschaft Bremens ist der freisinnige Putschversuch gescheitert.

Arbeiter! Sind nicht eure freisinnigen Ausbeuter alle von derselben Art? Wo ist ihr ›Freisinn‹, ihre ›Volksfreundlichkeit‹, ihre ›Demokratie‹, wenn es sich um die Wahrung des kapitalistischen Profits handelt? Kennt ihr alsdann schlimmere Feinde der Arbeiterklasse als die ›Freisinnigen‹?

Und ihnen sollt ihr eure Stimmen geben? Mit nichten! Fort mit dieser heuchlerischen, doppelzüngigen arbeiter- und volksfeindlichen Gesellschaft! *Vereinigt eure Stimmen auf den Kandidaten der Sozialdemokratie!*

Wähler! Ebenso wie bei diesen Wahlen die Freisinnigen gegenüber der Sozialdemokratie als *Mietlinge und Hilfstruppe der Reaktion* auftreten, ist *ihre Politik im Reichstag* reaktionär und arbeiterfeindlich gewesen. Immer war für die Freisinnigen das *kapitalistische Händlerinteresse* massgeblich, für eine das *Arbeiterinteresse* vertretende Politik haben sie nie Verständnis besessen, ja sie haben sie direkt bekämpft.

Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung ist unter dem hindernden und hemmenden Widerspruch der Freisinnigen zu stande gekommen. Lange Zeit waren sie die Vertreter des ödesten Manchestertums, welches die Arbeiter wehrlos der kapitalistischen Ausbeutung überantwortet sehen will und jeden gesetzgeberischen Schritt zur Herbeiführung eines staatlichen Arbeiterschutzes als Attentat auf das geheiligte Privateigentum der Ausbeuter, als Eingriff in die bürgerliche Freiheit denunziert. Dafür verwiesen die Freisinnigen den ausgebeuteten Arbeiter auf die ›Selbsthilfe‹, obwohl sich immer schärfer zeigte, dass gegen den übermächtigen Druck des kapitalistischen Unternehmertums der Arbeiter ohne staatliche Hilfe nichts auszurichten vermag.

Erst seitdem es der unermüdlichen Kritik der Sozialdemokratie gelungen ist, den kapitalistischen Staat aus seinem gleichmütigen Zuschauen zu gesetz-

geberischen Massnahmen aufzupeitschen und die sozialpolitische Gesetzgebung zu einer dauernden Institution zu machen, haben auch die freisinnigen Ausbeutungsanwälte ihre rein manchesterlichen Anschauungen zurücktreten lassen und sind für Arbeiterschutz. Aber in einer Form, die dem ausbeutenden Kapitalisten nichts schadet und dem Arbeiter nichts nützt! *Sie bekämpfen die durchgreifenden Forderungen der Sozialdemokratie und unterstützen die Scheinreformen der bürgerlichen Parteien*, die eine Sozialreform verfolgen nach dem Grundsatze: »Wasch mir den Pelz, aber mach' ihn nicht nass.«

Die Freisinnigen widerstreben der Schaffung des achtstündigen Maximalarbeitstages, dem gänzlichen Verbot der Kinderarbeit, dem ausreichenden Schutz der Frau, dem durchgreifenden Schutz des Arbeiters vor den Folgen der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Arbeiterschutz im Handelsgewerbe, vor allem die Ladenschlussstunde, fand in den Freisinnigen seine Gegner. Der freisinnige Dr. Crüger-Wiesbaden machte die Reaktion selbst gegen das bischen Gastwirtsgehilfen-Schutz der bundesrätlichen Verordnung scharf und verlangte die Aufhebung des einmaligen wöchentlichen Ruhetages. Der freisinnige Crüger bewirkte auf dem Genossenschaftstage in Kreuznach den Ausschluss der entschiedenen Arbeiter-Konsumvereine aus dem unter seiner Leitung stehenden Verbande der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, weil sie »sozialdemokratische Ziele« hätten, d. h. weil sie mit ihrer die Konsumenteninteressen der Arbeiter wahrnehmenden Tendenz der kapitalistischen Ausbeutung, welche die Freisinnigen schützen, feindlich waren.

Hätten die Freisinnigen die Macht in Händen, wir würden noch nicht einmal den Anfang eines gesetzlichen Arbeiterschutzes haben. Das »freie Spiel der Kräfte« könnte sich ungehindert entfalten. Der Arbeiter wäre das wehrlose Ausbeutungsobjekt eines allmächtigen Grosskapitalismus, der von den Freisinnigen sorgfältig geschützt und entwickelt würde.

Nicht Arbeiterschutz, Kapitalistenschutz, das ist die Socialpolitik der Freisinnigen!

Die Freisinnigen sind aber auch schlechte Hüter der Volksrechte und der Freiheit des Volkes. Wie 1885 ein Teil der Freisinnigen die *Verlängerung des Sozialistengesetzes* dadurch möglich machte, dass er sich von der Abstimmung fernhielt und so dem Gesetze eine Majorität verschaffte, so hat auch ein grosser Teil der Freisinnigen *für die Kulturkampf-Gesetze* gestimmt. Wann wären die Freisinnigen dem *allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht* mutige Vorkämpfer gewesen? Wo sie noch Mehrheiten erzielen, geberden sie sich als seine Anhänger, wohingegen sich die Wählerschaft von ihnen abgewendet, sind sie in der Verteidigung des Wahlrechts höchst lau. Im preussischen Landtage, wo das Dreiklassen-Wahlsystem die Sozialdemokratie fernhält, haben die Freisinnigen nie besonderen Eifer für das allgemeine gleiche Wahlrecht entwickelt. Dagegen entwickeln sich die Freisinnigen immer mehr *zu Anhängern der die Volkskraft aussaugenden Militär-, Marine- und Kolonialpolitik*. Die Abgeordneten der Freisinnigen Vereinigung haben für alle Heeresvermehrungen gestimmt; ferner für das grosse Flottengesetz von 1900, für die Erhöhung der Dampfersubventionen, für die unfruchtbaren Ausgaben der Kolonialpolitik. *Sie sind mitschuldig daran, dass das deutsche Volk*, die Ausgaben für die Militärpensionen und den Teil der Reichsschuld mitgerechnet, der durch Militärausgaben entstanden ist, *jährlich fast eine Milliarde Mark für die gänzlich unkulturellen militaristischen und marinistischen Rüstungen tragen muss!*

Aber dieselben Freisinnigen haben keinen ernsthaften Versuch gemacht, die auf dem Volke ruhende *Riesenlast der indirekten Steuern und Zölle* zu beseitigen. *Das kapitalistische Interesse verbietet ihnen, energisch für eine direkte Besteuerung der Besitzenden einzutreten* und dafür die Last von *jährlich ca.* 800 *Millionen Mark* an indirekten Abgaben von den Schultern des Volkes zu nehmen. Wohl benutzen sie die indirekten Steuern als Agitationsmittel, aber als bei Beratung des Zolltarifs die Sozialdemokraten die Aufhebung der Salzsteuer, der Branntweinsteuer, der Zuckersteuer bewirken wollten, denunzierte Eugen Richter dieses Streben als »Obstruktion«, welches das Zustandekommen des Zolltarifs verhindere.

Wähler! Wollt ihr euch dazu missbrauchen lassen, noch länger *die jämmerliche politische Existenz des abgewirtschafteten Freisinns zu unterstützen?* Soll noch länger die Halbheit, die Unwahrhaftigkeit, die Feigheit sich breit machen? *Weg mit ihr! Nieder mit der saft- und kraftlosen Freisinnswirtschaft, mit den Arbeiterfeinden, mit den Schleppenträgern der Reaktion! Sorgt für den Wahlsieg der Sozialdemokratie!*

Wer an die Tage des Zollwuchers denkt, in denen mit einer Kette erbärmlicher Rechtsbrüche, feiger Gewalttaten, elender hinterlistiger Streiche die Volksausbeuter ihren Raubzug auf die Arbeitertaschen ausführten, der kann nicht ohne bebende Erregung der *geradezu nichtswürdigen Haltung des Richterschen Freisinns gedenken!*

Wohl ist es wahr, dass bei der versuchten Abwehr des junkerlich-grossindustriellen Attentats auf Brot, Fleisch und Lebensmittel des armen Mannes die Freisinnige Vereinigung neben der Sozialdemokratie kämpfte. Doch wurde die Freisinnige Vereinigung dabei ebenso von dem Interesse des »Handelsvertrags-Vereins« geleitet, wie die Brotwucherer vom »Bund der Landwirte«. Das geringfügige Verdienst eines Teils der Freisinnigen im Kampfe gegen den Brotwucher wird erdrückt durch das widerwärtige Bild des *schändlichen Verrats, der erbärmlichen Hinterlist, der frechen Arbeiterfeindschaft, mit welcher die Richterschen Freisinnigen den Brotwucherern Helfersdienste leisteten!*

Als die Sozialdemokratie gegen die beutegierige Sippe des Zollwuchers ankämpfte, fielen ihr die Richterschen Freisinnigen in den Rücken. Sie bezeugten laut der Mehrheit das Recht zu ihren Beschlüssen, weil sie die Mehrheit sei. Sie hetzten in der Presse die Mehrheit hinterlistig zu ihren Gewaltstreichen, indem sie die Abwehr der Sozialdemokratie als »Obstruktion« denunzierten. Sie schwiegen, als die Mehrheit die Geschäftsordnung brach, das Recht zertrümmerte, die Gewalt proklamierte. Oder sie gaben ihr nachträglich Recht! Sie hetzten die Mehrheit von Gewalttat zu Gewalttat, indem sie nach jedem neuen Streich pharisäerhaft die Sozialdemokraten beschuldigten, durch ihr Verhalten die Rechtsbrüche notwendig gemacht zu haben.

Noch niemals ist ein Volk von denen, die sich als seine Freunde geberden, in so bübischer, nichtswürdiger Weise belogen und hintergangen worden, wie das deutsche arbeitende Volk in den Tagen des Zollkampfes von den Richterschen Freisinnigen!

Richter und seine Leute haben das »Verdienst«, *die Arbeiterklasse den Brotwucherern ans Messer geliefert zu haben.*

Und das alles zu dem klar durchsichtigen Zwecke, sich durch diese Knechtsdienste vor Nationalliberalen, Zentrumsleuten und preussischen Junkern *der Wahlhilfe der Volksfeinde »würdig« zu erweisen.* Durften es die Richterschen aus Gründen der Selbstachtung auch nicht wagen, für den Brotwucher zu stimmen, so *billigten sie ihn wenigstens durch ihr nichtswürdiges Verhalten und sicherten sich dadurch die reaktionäre Wahlhilfe.*

Schmach und Schande über diese Verräter an der Arbeiterklasse! Nieder mit diesem »Freisinn«, der der brutalsten Volksauswucherung rechtsprechend voranmarschiert!

Reichstagswähler! Neue schwere Kämpfe stehen uns bevor. Militärvorlage, Marinevorlage, neue koloniale Bahnprojekte, neue indirekte Steuern sind angekündigt. Das Reichstagswahlrecht ist in Gefahr!

Wollt ihr angesichts einer solchen Situation wiederum den Freisinn unterstützen? Nimmermehr! *Nieder mit ihm! Herüber zur Sozialdemokratie!*

Vereinigt am 16. *Juni* eure Stimmen auf den *sozialdemokratischen Kandidaten!*

Hoch die Sozialdemokratie!

III. Ein freisinnig-liberales Flugblatt gegen die Sozialdemokratie.

(Unter dem Titel »Wahlzeitung der Liberalen Partei im Reichstagswahlkreise Cottbus-Spremberg« verbreitet.)

Das sozialdemokratische Programm.

Wähler in Stadt und Land!

Unser Wahlkreis wird zur Zeit mit allerhand *Flugblättern* geradezu *überschwemmt.* Auf der einen Seite sind es die *Konservativen,* auf der anderen die *Sozialdemokraten,* die die Stimmung der Wahlberechtigten für sich zu gewinnen trachten. Wir wollen uns heute nur mit den letzteren beschäftigen; die Konservativen seien für die nächste Nummer unserer Wahlzeitung aufgespart.

Die *sozialdemokratischen Flugblätter,* die Sonntag für Sonntag durch Hunderte von Verteilern zu Fuss und zu Fahrrad in allen Orten des Wahlkreises verbreitet werden, kennzeichnen sich vor allem dadurch, dass sie *an Gott und der Welt Kritik üben,* darüber aber, *was die Sozialdemokraten selbst wollen, nichts enthalten. Die sachlichen Forderungen,* die sie aufstellen, sind dem *Programm der Freisinnigen entlehnt,* ihre *eigenen* Forderungen und ihre *letzten Ziele verschweigen sie.* Da wird es denn gut sein, wenn wir uns das sozialdemokratische Programm etwas näher ansehen.

Das *sozialdemokratische Programm* wurde 1891 auf dem Parteitag in Erfurt aufgestellt. Bis dahin arbeiteten sie unter einem »Programm« und fochten unter einer Fahne, die ihr eigener Führer Engels als betrügerisch gebrandmarkt hatte. Das Erfurter Progamm nun beginnt mit einer langweiligen, für den gemeinen Mann völlig unverständlichen, wissenschaftlich sein sollenden Auseinandersetzung darüber, dass »die *ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft* dahin dränge, die *Produktionsmittel* zum Monopol einer *kleinen Zahl* von *Kapitalisten* und *Grossgrundbesitzern* zu machen. Daraus folge für das Proletariat und *die versinkenden Mittelschichten* wachsende *Zunahme ihres Elends* und ihrer *Ausbeutung,* Zunahme der Proletarier und der *überschüssigen Arbeiter,* Erweiterung des *Abgrundes zwischen Besitzenden und Besitzlosen.* Deshalb sei das *Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar* geworden mit der weiteren Entwickelung u. s. w.

Wörtlich heisst es dann im sozialdemokratischen Programm: »Nur die *Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden,* Gruben und Bergwerke, *Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen,* Verkehrsmittel — in *gesellschaftliches* Eigentum und die Umwandlung der *Warenproduktion* in *sozialistische,* für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion *kann es bewirken,* dass der Grossbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer *Quelle des Elends* und der *Unterdrückung* zu einer Quelle der *höchsten Wohlfahrt* und *allseitiger harmonischer Vervollkommnung* werde.«

Aufgabe der sozialdemokratischen Partei sei es, so fährt das Programm fort, »*in den Besitz der politischen Macht zu kommen,* um den Uebergang der Produktionsmittel in den der Gesamtheit herbeizuführen.«

Das sozialdemokratische Programm stellt also eine sog. *Verelendungs-Theorie* und eine sog. *Zusammenbruchs-Theorie* auf. d. h. die Sozialdemokratie spricht es als ihre Ueberzeugung aus, *dass das arbeitende Volk immer mehr im Elend versinke,* und dass der *Kleinbetrieb, —* also *Handwerker, Kaufleute, Bauern — »naturnotwendig untergehen, zusammenbrechen müsse«.*

Dass diese Anschauung *durchaus falsch und wahrheitswidrig* ist, sieht jeder Vernünftige ohne weiteres ein. Auch der *sozialdemokratische* Schriftsteller und Reichstagsabgeordnete *Bernstein* wendet sich gegen die »wissenschaftlichen Theorien« seiner eigenen Parteigenossen und weist in zahlreichen Schriften und Aufsätzen deren Haltlosigkeit nach.

Der Sozialdemokrat Bernstein meint einmal: »Die Sozialdemokratie sollte den Mut finden, *sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich*

überlebt ist!«, d. h. die sozialdemokratischen Volksbeglücker sollten *keine hochtönenden Redensarten mehr machen,* hinter denen *nichts steckt* und die nur dazu dienen, die Sozialdemokratie *in den Augen der Gegner lächerlich zu machen.*

Auch der *österreichische Sozialistenführer Adler* lässt an der »Verelendungs-Theorie« kein gutes Haar; er sagte einmal: »Sie, *die Sie mit den Arbeitern leben,* entspricht es Ihrer Empfindung, *dass es den Arbeitern schlechter gehe, als vor zehn Jahren?* Glauben Sie wirklich, dass *die Masse der Arbeiter ihre heutige Lebenshaltung vertauschen möchte mit der Lebenshaltung vor zehn Jahren?* Indem wir sagen, es geht uns schlechter als vor zehn Jahren, *würden wir ja auch sagen, vor zehn Jahren war es viel besser als heute, und eine solche Behauptung wäre doch sehr erstaunlich.*«

Wir sehen also, das sozialdemokratische *Programm* und seine *Theorien* finden *vor den denkenden Köpfen im eigenen Parteilager keine Gnade.* Und da sollen wir Gegner der Sozialdemokratie, da sollen die Handwerker, Kaufleute, Bauern und Arbeiter sich von den windigen Redensarten der sozialistischen Agitatoren betören lassen?

Der deutsche *Sozialistenführer Bebel* sagte 1899 auf dem Parteitag in Hannover: »Den *bürgerlichen Parteien* stehen wir (Sozialdemokraten) *gegenüber als eine revolutionäre Partei,* insofern, als wir bemüht sind, *anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung* eine *von Grund aus anders gestaltete,* eine sozialistische zu setzen, *die mit der bürgerlichen unvereinbar ist.*« Also *alles, was besteht, muss erst zerstört werden, bevor die sozialdemokratischen Versprechungen in Erfüllung gehen können.* Welcher *verständige Mensch* wird es aber *darauf ankommen lassen* wollen?

Der aus sozialdemokratischen Parteimitteln besoldete Schriftsteller *Kautsky,* ein grosses, wissenschaftliches Licht in der Sozialdemokratie, führte auf dem Parteitag in Breslau aus: »*Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund;* denn das könnte nur geschehen, indem wir die *Bauern in ihrem Besitz befestigen, also ganz entgegengesetzt verfahren, als sonst.*« An anderer Stelle sagte *Kautsky*: »Gewiss, die ökonomische Entwickelung *schreitet über den Bauern hinweg,* und *auch die Sozialdemokratie wird mit ihm fertig werden, wo er sich ihr entgegenstellt!*«

Landwirte, ihr erkennt hieraus die *Bauernfreundlichkeit der Sozialdemokraten.*

Auch mit den *Handwerkern* haben die Sozialdemokraten besondere Pläne vor. Sie müssen alle gleichberechtigte und gleichverpflichtete *Kostgänger des sozialdemokratischen Zukunftsstaates* werden. Kautsky sagt in seiner Broschüre »Am Tage nach der sozialen Revolution«, dass »dann an *selbständigen Gewerbetreibenden* allenfalls noch bestehen werden Künstler, *Friseure, Schornsteinfegermeister, Geigenmacher, Abdecker* und *Stiefelwichser* . . .« Alle anderen Gewerbe, wie sie auch heissen mögen, sind eben dann vom grossen Schwamm der sozialistischen Gesellschaft schon aufgesogen worden.

Von den *Kleinhändlern* und *Gastwirten* denken die sozialdemokratischen Gelehrten noch geringer. In einer ihrer Schriften heisst es, »dass gegenwärtig *eine Million Menschen* im Handel und Verkehr als Kleinkrämer und Gastwirte, *als Parasiten der Gesellschaft,* d. h. also *als Schmarotzerpflanzen* zu betrachten sind.

Man sieht also: Die *Sozialdemokraten sind die Feinde von allen und jeden.* Sie erkennen *niemanden* in Staat und Gesellschaft *neben sich an, als sich selber.* Ihre *Parteiselbstsucht* ist ihre *Parteifahne.* Und da sollten Bürger, Handwerker, Kaufleute, Bauern *töricht genug sein, den sozialdemokratischen hohlen Redensarten von Volksbeglückung und Volksbefreiung zu glauben,* und am *Wahltage* einem *Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben?..*

Nie und nimmermehr darf das geschehen. Am 16. *Juni* darf es nur *eine* Wahlparole geben:

Den Stimmzettel abgeben für den *liberalen Kandidaten,*

Herrn Rektor Bandt-Berlin,

Freunde, Nachbarn und Bekannte herbeiholen, damit auch sie für unseren Kandidaten stimmen.

Noch einiges von der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten versichern nicht nur, *selbst Volksfreunde* zu sein, sondern *tun auch alle anderen Parteien in Acht und Bann* als *Gegner, Feinde* oder gar *Verräter des Volkes.*

Die Sozialdemokraten halten Reden und verteilen Flugblätter, in denen sie sich lang und breit empfehlen als Reformatoren *innerhalb der bestehenden Staatsordnung,* als radikale Gegner von Zöllen und Verbrauchssteuern, des Militarismus zu Wasser und zu Lande u. s. w. Aber alles dies geschieht nur zum

Verhüllen des wahren Charakters,

ist einzig und allein nur danach berechnet, solche

Dumme zu fangen als Mitläufer

für einen sozialistischen Stimmzettel, die wähnen, derart ihrer Unzufriedenheit über irgend etwas in den bestehenden Zuständen den kräftigsten Ausdruck, dem Wunsche nach Abänderung irgend einer Einrichtung die wirksamste Förderung geben zu können. Die Sozialdemokratie aber fragt den Teufel danach, ob die Zustände in der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung sich zufriedenstellend gestalten. Im Gegenteil!

Je mehr Unzufriedenheit, desto besser,

desto mehr Wasser auf die Parteimühle der Sozialdemokratie.

Während die *Liberalen* den *neuen Zolltarifentwurf* als eine schwere Gefahr für den Volkswohlstand ansahen, begrüssten die *Sozialdemokraten* den Entwurf als ein

„Schweineglück für die Sozialdemokratie“.

Deshalb ging die Sozialdemokratie im Reichstag nicht darauf aus, den Zolltarif zum Scheitern zu bringen, sondern war nur darauf bedacht, daraus möglichst lange

Agitationsstoff für die Wahlen

zu gewinnen durch jene *Obstruction,* die, verbunden mit Bramarbasieren und Renommieren, zuletzt die bis dahin uneinigen Zollparteien zur Einigung trieb, weil sie sich wegen eines mehr oder weniger höheren Zollsatzes

nicht von Singer, Bebel u. s. w. tyrannisieren

lassen wollten.

So trägt die Sozialdemokratie die Schuld daran, dass das Zolltarifgesetz in der für das Volk verderblichsten Gestalt zur Annahme gelangte.

Die Sozialdemokratie im Reichstag

opfert ihrer Agitation die Arbeiterinteressen.

Wenn Liberale neue Gesetzesbestimmungen zum Arbeiterschutz beantragen, so werden sie sofort von der Sozialdemokratie unter Missachtung und Herabwürdigung des Geforderten *überboten durch die weitgehendsten unerfüllbaren Forderungen,* alles nur in der Absicht, bei der Agitation die Sozialdemokraten als die *einzigen wahren Freunde der Arbeiter* hinzustellen. Damit wird den Mehrheitsparteien die Fortbildung der

Arbeiterschutzgesetzgebung geradezu verleidet.

Wie verhielt sich die Sozialdemokratie in den letzten Tagen des April bei der Novelle zum Krankenkassengesetz? Durch diese Novelle wurde den Arbeitern die Krankenversicherung über die 13. Woche bis zur 26. Woche zugesichert. Zuerst verschleppte die Sozialdemokratie trotz des bevorstehenden Endes der Session die Beratungen durch eine Unzahl von Anträgen, die

schon wegen der Kürze der Zeit von vornherein keine Aussicht auf eingehende Verhandlung hatten. Dann aber stimmte bei der Schlussabstimmung über die Novelle die Sozialdemokratie

unter dem hohlen Vorwand dagegen,

dass zwei Bestimmungen, welche die Kassenmitglieder gegen grobe Pflichtverletzungen der Kassenbeamten und gegen statutwidriges Verhalten der Vorstände schützen wollen, Bestimmungen, wie sie sich in allen öffentlich rechtlichen Korporationen finden, die freie Verwaltung schädigten.

Aber noch mehr! Während die Sozialdemokratie deshalb gegen das Gesetz als eine angebliche Verschlechterung stimmte, hatte sie doch

nicht den Mut, die Ablehnung zu bewirken,

was nach der Geschäftsordnung durch Anzweiflung der Beschlussfähigkeit ein Leichtes gewesen wäre. Sie wagte es nicht, in dieser Weise die Ausdehnung der Krankenversicherung zu verhindern, sucht aber gleichwohl bei der Wahlagitation den bürgerlichen Parteien aus der Annahme des Gesetzentwurfs einen Vorwurf zu machen.

Welches verwerfliche Doppelspiel mit Arbeiterinteressen!

Wenn die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie als die angeblich alleinige Vertretung der Arbeiter beim Wort genommen und ihre Abstimmung von der Haltung der Sozialdemokratie abhängig gemacht hätten, so wären die Arbeiter der Wohltat der Ausdehnung der Krankenversicherung für absehbare Zeit verlustig gegangen.

So ist das ganze Tun und Treiben der Sozialdemokratie im Reichstage nur darauf angelegt, nicht die bestehenden Zustände zu bessern, sondern nur, möglichst viel Unzufriedenheit im Volke zu säen.

Aber dieses Bestreben wird von der Sozialdemokratie *bei den Wahlen möglichst versteckt*, um den Mitläufern aus den bürgerlichen Parteien *nicht die Augen zu öffnen*, wohin bei der Sozialdemokratie die Reise gehen soll.

Wenn die Sozialdemokratie durch *Massenstreiks einen Umsturz zu erzwingen* sucht, so wird sie ebenso wie jüngst in Belgien und Holland, in den letzten Tagen auch in *Australien*,

die kläglichste Niederlage erleiden.

Nicht eine Verwirklichung des Zukunftsstaates ist zu befürchten. Aber mit den trügerischen Schilderungen des Zukunftsstaates verbreitet die Sozialdemokratie falsche Vorstellungen in der Arbeiterwelt, welche schon in der Gegenwart eine Quelle des

Unfriedens im Arbeitsverhältnis

werden. Das Arbeitsverhältnis wird vergiftet, indem die Sozialdemokratie die Privatbetriebe für nicht berechtigt erklärt, die Unternehmer, Arbeitgeber als Ausbeuter, als Schmarotzer in der Volkswirtschaft hinstellt, welche dem Arbeiter einen Teil des ihm von Rechtswegen zukommenden Arbeitsertrages entziehen. Daraus erwächst dann jenes feindliche Verhältnis des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber, das vielfach ein willkürliches Streiken, selbst unter Kontraktbruch, zur Folge hat. Hat doch soeben eine von der Sozialdemokratie in der Buchhandlung des »Vorwärts« unter dem Titel »Christliche Arbeiterpflichten« herausgegebene Broschüre »zur Wahlagitation« sich nicht gescheut, es auszusprechen, »der Streik ist unter allen Umständen und ohne Ausnahme erlaubt und sittlich berechtigt.«

»Auch Streik unter Kontraktbruch ist ein berechtigtes Abwehrmittel der Arbeiter.«

Dergleichen kann nicht Wunder nehmen, wenn sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete wie der Abg. Wurm am 7. Februar 1903 im Reichstag

zum Klassenkampf auffordern.

Wurm führte daselbst nach dem stenographischen Bericht wörtlich aus: »Es klafft die Kluft zwischen Unternehmer und Arbeiter unüberbrückbar auseinander, und das ist es eben, was uns von Ihnen allen scheidet und hoffentlich immer mehr scheiden wird von Ihnen, die Sie zu sich locken wollen durch Ihre kleinen Schutzgesetze. Zwischen Unternehmertum und Arbeitern, zwischen Kapitalismus und Arbeit, zwischen Besitzlosen und Besitzenden giebt es nur ein Hüben und Drüben, zwischen Besitzlosen und Besitzenden giebt es nur einen Kampf.«

Die Sozialdemokratie als Partei des Klassenkampfes ist zugleich auch

gewalttätig gegen die Arbeiter selbst.

Die Sozialdemokraten in der Werkstatt, in der Fabrik, auf dem Bauplatz

drangsalieren nichtorganisierte Arbeiter

planmässig in jeder Weise und zwingen sie zum Anschluss, wenn sie ihre Arbeitsstelle behalten wollen.

Die Sozialdemokraten sind

als Arbeitgeber Lohndrücker.

Das zeigt sich unter anderem auch in den Krankenkassen, wo die Mehrheit im Vorstand aus Sozialdemokraten besteht, in der Bemessung der Gehälter der Kassenbeamten und des ärztlichen Honorars. Ueberall möchte man die Vergütung nach dem Stundenlohn des Handarbeiters bemessen.

Wie brutal die Sozialdemokraten als Arbeitgeber sind, hat auch jüngst in Berlin die Entlassung von sechs Kassenbeamten in der Tischlerinnungs-Krankenkasse dargetan. Die Beamten hatten seit Jahren der Kasse treu gedient, wollten aber ihre freie Zeit nicht in den Dienst des sozialdemokratischen Gewerkschaft stellen. Als einen *Missbrauch der Selbstverwaltung* bezeichnet dies in öffentlicher Erklärung der Verband der Beamten der Krankenkassen Deutschlands, als

den skandalösesten Vorgang

bezeichnet es die »Deutsche Krankenkassen-Zeitung«.

Die Sozialdemokratie achtet

keine persönliche und wirtschaftliche Freiheit.

Ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokraten muss erzeugen noch grössere

.. *Missachtung, Unduldsamkeit, Gewalttätigkeit gegen Andersgesinnte.* ..

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist deshalb in erster Reihe

..*ein Kampf für die persönliche und wirtschaftliche Freiheit des Arbeiters*,..

aber zugleich auch

ein Kampf für die Verteidigung der politischen Rechte und Freiheiten Aller.

Denn gelingt es der Sozialdemokratie, den Damm zu durchbrechen, den der Liberalismus gegen die Reaktion bisher noch gebildet hat, so wird

eine Hochflut der Reaktion

die in Jahrzehnten mühsam errungenen Rechte und Freiheiten ebenso der Arbeiter wie der politischen Parteien insgesamt zerstören.

Darum, Ihr Handwerker, Arbeiter, Männer jedes Berufes wählt nicht sozialdemokratisch,

wählt den liberalen Kandidaten Rektor Bandt-Berlin.

Was wollen die Liberalen?

Am 16. Juni soll entschieden werden, *wer als Erwählter unseres Kreises* auf fünf Jahre in den *Reichstag* ziehen soll. Prüfe jeder sorgfältig, *wem er seine Stimme geben soll;* denn schwerwiegende Fragen, Fragen, von deren Entscheidung das *Wohl und Wehe,* ja die *Zukunft unseres Vaterlandes abhängt,* stehen auf dem Spiele.

Wir erinnern an die *Handelsverträge,* die sämtlich erneuert werden müssen. Kein Vaterlandsfreund wird sich der Tatsache verschliessen können, dass *langfristige Handelsverträge* mit anderen Staaten für uns eiserne Notwendigkeit sind. Als Vorarbeit für den Abschluss solcher Verträge hat der verflossene Reichstag einen Zolltarif angenommen, auf dessen Grundlage Handelsverträge zustande zu bringen fast unmöglich ist, auch in den Augen der Regierung. Unter Zurücksetzung aller anderen Stände fördert dieser Tarif in einseitiger Weise die *Interessen der Grossgrundbesitzer;* dem gegenüber verlangen wir Handelsverträge, die *Landwirtschaft, Handel* und *Industrie gleichmässig berücksichtigen,* aber auch das *Wohl der arbeitenden Bevölkerung* fest ins Auge fassen. *Nicht Sonderinteressen, sondern Gesamtwohl!* Darum fort mit der Politik der *Liebesgaben auf Branntwein,* die Einzelnen auf Kosten der Gesamtheit die Taschen füllt!

Allem Anschein nach werden *neue Militär- und Marineforderungen* den kommenden Reichstag beschäftigen. Nicht gewillt, uferlosen Plänen Vorschub zu leisten, sind wir bereit, *was zur Erhaltung von Deutschlands Macht und Grösse notwendig* ist, zu bewilligen. Wir verlangen, dass unsere Brüder im Waffenrock mit den besten Waffen und Geschützen ausgerüstet werden, um dem Feinde überlegen, mindestens aber ebenbürtig entgegentreten zu können. Wir wünschen dringend, dass der *Ehrensold für unsere Militärinvaliden* wesentlich erhöht werde, um wenigstens in etwas die Dankesschuld gegen sie abzutragen. Andererseits fordern wir im Interesse der arbeitenden Bevölkerung *gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit* für Fusstruppen.

Wir sind entschiedene *Gegner der Erhöhung der Zölle auf notwendige Lebensmittel,* da sie die Lebenshaltung der breiten Massen *erheblich verteuern;* denn je mehr Kinder, desto mehr muss die Familie an diesen *indirekten Steuern* aufbringen. Wir bekämpfen jede *Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.* Unser Ziel ist allmähliche Beseitigung der Zölle auf Lebensmittel und unentbehrliche Gebrauchsgegenstände. An ihre Stelle wollen wir eine *Reichseinkommen-* und *Reichsvermögenssteuer* setzen, welche die *grösseren* Einkommen und Vermögen *schärfer* heranziehen soll.

Auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehend, treten wir ein für *entschiedene Wahrung der Volksrechte,* insbesondere Aufrechterhaltung des *allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts,*

Sicherung der *Koalitionsfreiheit* und der *Freizügigkeit,*

Ausbau des *Vereins- und Versammlungsrechts* in freiheitlicher Richtung.

Wir wünschen ferner

- Pflege der *Handwerker-, Gewerbe- und Gewerkvereine,*
- Fortentwickelung des *Genossenschaftswesens* auf Grundlage der Selbsthilfe mit gesetzgeberischer Unterstützung des Staats,
- zweckmässige Gestaltung des *öffentlichen Submissionswesens,*
- Aufhören jeder *staatlichen Bevorzugung von Beamten- und Offiziervereinen,*
- Reform des *Kommunalabgaben-Gesetzes* nach gesunden wirtschaftlichen Grundsätzen.
- Wir fordern *Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung,* insonderheit zur Abwehr gesundheitschädlicher Anforderungen an die Arbeitskraft von weiblichen Personen, jugendlichen Arbeitern und Kindern, sowie zur Erhaltung der *freien Hilfskassen der Arbeitnehmer.*

Wir treten ein für

Vermehrung des mittleren und kleineren bäuerlichen Besitzes,

Ansiedelung von möglichst viel Arbeitskräften,

Regulierung der Flussläufe zum Schutz gegen Hochwasser,
Herstellung neuer, auch der Landwirtschaft nutzbar zu machenden *Wasserstrassen,*
Gestaltung des *Jagdrechts* und der *Wildschadengesetzgebung* im Interesse des Schutzes der Landwirtschaft,
Hebung der Viehzucht und Viehhaltung,
weitere Ausbildung der *Seuchengesetzgebung* und des *Versicherungswesens gegen Seuchengefahr,*
Förderung des Wegebaus,
Entwickelung des *Neben- und Kleinbahnwesens* ohne Bevorzugung von Einzelinteressen,
billige Tarife für Zufuhr von *Dünge-* und *Futtermitteln* und für den *Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse.*

Dies alles mit selbstloser Hingabe zum Wohle des Volkes und zum Heile des Vaterlandes!

Wer das mit uns will, der gebe seine Stimme am 16. Juni dem liberalen Kandidaten

Herrn Rektor Bandt-Berlin.

Ein Aufstand russischer Arbeiter nach einem Generalausstand in Kertsch.

Ein Freund der Dokumente des Sozialismus stellt uns die nachfolgende Uebersetzung eines Flugblattes zur Verfügung, das Ende August 1903 in der Stadt Kertsch bei Odessa in lithographischer Vervielfältigung verbreitet wurde. Nachdem ein Generalausstand der Arbeiter mit Waffengewalt unter Aufgebot der ganzen Besatzung der bei Kretsch gelegenen, gleichbenannten Festung blutig niedergeschlagen worden, die ganze Stadt besetzt, jeder Strassenzugang vom Militär abgesperrt war, lud man die Arbeiter zu Unterhandlungen mit dem Fabrikinspektor ein, um »etwaigen Uebelständen abzuhelfen« und zu sehen, inwiefern die Lage der Arbeiter »verbessert« werden könne. Darauf bezieht sich das Flugblatt. »Das Resultat der Verhandlungen«, schreibt uns der Einsender, »beschränkt sich auf einige unbedeutende Zugeständnisse.«

* *
*

»Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadt Kertsch.

Genossen! Heute ruft uns der Fabriksinspektor zu Unterhandlungen. Drei Tage dauert schon unser Kampf mit den Kapitalisten und der Regierung um die Verbesserung unserer Lage. Es sind schon 4 Menschen ermordet, viele verwundet, unschuldiges Blut ist vergossen worden, welches zurückfallen wird auf das Haupt der Unmenschen. Und nun macht die Regierung Zugeständnisse, sie schickt uns ihren Beamten zur Unterhandlung. Das ist der erste Sieg, und wir müssen denselben ausnützen. Möge das Blut der Genossen nicht umsonst vergossen sein. Wir alle müssen, was auch geschehen mag, die Verbesserung unserer Lage durchsetzen. Dass die Regierung mit den Arbeitern Unterhandlungen angeknüpft, beweist unseren Sieg; wir haben gesiegt, jetzt aber müssen wir unseren Sieg ausnützen. Entscheiden muss man es so: Wir müssen uns in unseren Fabriken und ähnlichen Unternehmungen versammeln und dort besprechen, was wir wollen. Das heisst, vor allem

müssen wir bei der Zusammenkunft unsere Forderungen besprechen. Wenn wir uns darüber einig geworden sind, was wir zu fordern haben, dann soll ein Mann diese Forderungen hier, bei der Zusammenkunft, vor dem Inspektor vorbringen, denn sonst könnte man den Redner arretieren. Wir müssen fordern, dass keiner von den sprechenden Arbeitern arretiert werde. Nur dann können wir in Unterhandlungen eintreten, wenn man uns verspricht, diejenigen nicht anzutasten, die sprechen werden. Gedenket, dass Ruhe, Ordnung nötig ist, kein Pfeifen, Schreien, Schimpfen. Je mehr Ordnung sein wird, desto furchtbarer werden wir unseren Feinden sein. Sie werden dann einsehen, dass wir ernst und mit Ueberlegung an unser Werk gegangen sind.

Einer für alle — alle für Einen!

Die Kertsche Organisation der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

26. September 1903.

Karl Kautsky, Der Dresdener Parteitag. — J. German, Wirtschaftskrise und technischer Fortschritt. — Philipp Rappaport, Verfassungsrecht und Arbeiterschutzgesetzgebung in den Vereinigten Staaten. — Franz Diederich, Ein Romantiker des Kleinbürgertums. — Literarische Rundschau. — Notizen.

3. Oktober 1903.

Karl Kautsky, Nachklänge zum Parteitag. — Rosa Luxemburg, Im Rate der Gelehrten. — M. Beer, Der Trade Unionskongress und der Liberalismus. — Gustav Hoch, Zur Lehrlingsfrage. — L. O., Der Indigo. — H. Pfeiffer, Unsere politische Organisation. — Literarische Rundschau. — Notizen.

10. Oktober 1903.

Rosa Luxemburg, Geknickte Hoffnungen. — Karl Kautsky, Die Krisis in Oesterreich. — Th. Rothstein, Der Niedergang der britischen Industrie. — Gustav Eckstein, Chinesische Kulis. — Menikophilos, Ueber die Altersgliederung von Stadt und Land. — Notizen.

17. Oktober 1903.

Zum 21. Oktober. — Karl Kautsky, Die Krisis in Oesterreich. — Th. Rothstein, Der Niedergang der britischen Industrie. — Gustav Eckstein, Chinesische Kulis. — Milorad Popowitsch, Die Wahlen in Serbien. — D. Zinner, Eine Welt-Enquete der Buchdrucker. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

Oktober 1903.

Adolph von Elm, Der Parteitag des Sieges. — Adolf Müller, Die Resolution 130. — Eduard Bernstein, 1878 und 1903. — Dr. Eduard David, Zu Kautskys Kritik meines Agrarwerkes. — Dr. Conrad Schmidt, Zuckerproduktion und Zuckerprämien. — Dr. August Erdmann, Die Grundlagen der Zentrumspolitik. — Robert Schmidt, Ueber genossenschaftliche Brotproduktion. — Rundschau. (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Frauenbewegung, Bücher.)

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

Oktober 1903.

Paul Buquet, Ch. Renouvier. — Eugène Fournière, Les systèmes socialistes. — André Mater, Défense de M. Lebaudy, empereur. — Edgar Milhaud, La nationalisation des chemins de fer suisses. — Marius-Arp-Leblond, La décadence de la noblesse devant la démocratie. — Appleton-Mater, Correspondance. — Adrien Veber, Mouvement social. — V. H., Bibliographie. — Valéry Hermay, Courrier des Théâtres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. Oktober 1903.

Louis Dubreuilh, Les socialistes français et le Congrès de Reims. — Karl Kautsky, Les socialistes allemands et le Congrès de Dresde. — Karl Marx, Lettres à Kugelmann. — G. Weill et A. Blumer, Le Congrès de Dresde. — V. Griffuelhes, Le Conseil supérieur du Travail. — Adolf Braun, Les secrétariats ouvriers en 1902. — Les Coopératives. — Bibliographie. — Nécrologie: Charles Longuet.

Études Socialistes, Paris.

September—Oktober 1903.

G. Sorel, Léon XIII. — Karl Marx, Capital et travail salarié. — C. Fages, La Crise actuelle de l'Etat.

L'Avenir Sociale, Brüssel.

September 1903.

H. Hyndman, Pain et guerre. — Charles Eyre, Une histoire du mouvement socialiste en Australie. — Leopold Winiarsky, L'organisation de la jeunesse ouvrière en Autriche. — V. S., Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical. — Bulletin Cooperatif.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. Oktober 1903.

Editorial Brevities. — H. Quelch, Poverty and Protection. — W. Sellors, Free Trade and Trade Unionism. — M. Simonds Johnston, The Rise of Socialism in America. — Arthur Hickmott, In Revolt. — Clericalism and the Socialist Attitude thereto. — The Socialist, Social Reform and Labour Movement in the english speaking World outside the United Kingdom. — Interesting Extracts from Various Sources. — Feuilleton.

Wilshire's Magazine, New York.

September 1903.

Editorial, The Order of the Transition. — Columbia rules the World. — Alton Adams, Cost of Municipal vs Private Gas. — Adeline Champney, Solidarity. — Harry Thompson, The Development of Mankind. — John Cowles, Despotism vs Democracy. — L. Dyer, John Ruskin. — The International Socialist Bureau. — Margaret Haile, Capital Unions vs Labor Unions. — About Socialism abroad. — An English Welcome to Wilshire. — Book Reviews. — Fun and Philosophy.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

16. September — 1. Oktober 1903.

Ivanoe Bonomi, La politica del fischio. — E. Bernaroli, Documento per la storia del partito socialista in Italia. — La politica doganale e il partito socialista. — Rerum Scriptor, L'intrico doganale e la questione del Mezzogiorno. — E. Severino, La condizione giuridica degli implegati di Stato. — G. Salvemini, Il problema primario della scuola secondaria. — E. Fabietti, Cultura operaia e produzione. — Marco Tullio, Pegging of Claims.

Il Socialismo, Rom.

25. September 1903.

Norlenghi, Per L'igiene delle abitazioni. — Negro, L'Opera postuma di Carlo Marx. — Trespioli, Polemica sulla circoserizione dei

collegi politici in Italia. — Jean Sigg, Militarismo e popolo in Svizzera. — Il programma ed il Congresso del Partito sozialista svizzero. — Scienza ed arte.— M. Kovalewski, Institutions politiques de la Russie. — E. Bernstein, Socialisme et Science. — Prof. A. Loria, Il movimento operaio. — P. Lavroff, Lettres historiques. — A. Bauer, Les Classes sociales. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

Oktober 1903.

J. Oudegeest, Federatie van Coöperaties. — H. Roland Holst, De Vrouw. — De Arbeidswetgeving en de Sociaal-Democratie. — J. K. v. d. Veer, De Britsche Arbeidersbeweging. — P. A. Pijnappel, Domela Nieuwenhuis als Geschiedschrijver. — D. J. Wijnkoop, Amsterdamsche Werkloosheid. — Rapporten. — R. Knyper, Over Waarde.

Akademie, Prag.

Oktober 1903.

Dr. L. Winter, Nemecká sociálni demokracie. — Právo k boji. Obhajoba ruského sociálniho demokrata pred soudem. — K. Vanek, K novému dejinne-filosofickemu hledisku soudr. Modrácka. — A. M. Simons, Socialisticky tisk ve Spoj. Státech. — Chmurny Z., Vodni dráhy.— Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

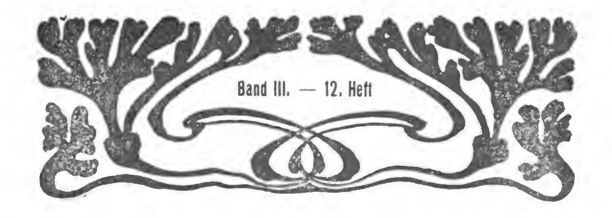
Przedswit, Krakau.

Oktober 1903.

»Iskra« w kwestyi narodowosciowej. — Ze wspomnien wygnanca. — Kryzys na Wegrzech. — Marksista przeciwko Marksowi. — Z kraju i o kraju. — Bibliografia. — Luzne notatki.

Briefkasten. Anonymer Freund der Dok. des Soz. in Posen: Wir werden Ihrer Anregung gern nachkommen.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.



I. Kritische Bibliographie des Sozialismus.

1. In deutscher Sprache.

Adler, Max: Die Anfänge der merkantilistischen Gewerbepolitik in Oesterreich. Wiener Volkswirtschaftliche Studien, vierter Band, drittes Heft. Wien u. Leipzig 1903, Franz Deuticke. 121 S. 8°. Preis: 4,60 Mk.

Eine fleissige, zum Teil auf handschriftlichen Forschungen beruhende und von guter theoretischer Schulung Zeugnis ablegende wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung. Sie behandelt im wesentlichen die in Oesterreich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts einsetzenden Bestrebungen, zu Gunsten der Erhöhung der Staatseinkünfte und Entwickelungen von Manufakturen, wie sie bereits in anderen Ländern bestanden, die dieser Politik im Wege stehendem Zunftrechte zu beseitigen oder wenigstens zu beschränken; mit anderen Worten, den Kampf der Territorialhoheit gegen die mittelalterliche Handwerksautonomie. Dieser Kampf gestaltete sich in Oesterreich aus kirchenpolitischen und anderen, in der eigentümlichen Zusammensetzung und wirtschaftlich recht rückständigen Verfassung dieses Staatswesens wurzelnden Gründen besonders verwickelt; auch wird er obendrein durch den rebellischen Geist, den die Handwerksgesellen immer wieder an den Tag legen, zeitweilig gehemmt. Bietet die Unbotmässigkeit der Gesellen wiederholt der Territorialobrigkeit Anlass und Handhabe, in das Zunftwesen reglementierend einzugreifen, so wird sie doch zugleich für sie ein Motiv, die Meisterzünfte in ihrem Kampf mit den Gesellen zu unterstützen und so doch wieder zu stärken. Auf diese Weise kommt es, dass Oesterreich sich nur zögernd der von Preussen, Sachsen etc. betriebenen Bewegung auf einheitliches reichsgesetzliches Vorgehen gegen die der neuen Wirtschaftsentwickelung feindlichen Rechte und Bestrebungen der Zünfte anschliesst und sich, nachdem es ihr offiziell beigetreten, hinterher immer wieder darauf verlegt, das Zustandekommen der angestrebten einheitlichen Gesetzgebung zu verschleppen, wobei nach dem Verfasser auch wirtschaftspolitische Interessengegensätze zwischen Oesterreich und den genannten deutschen Staaten ins Gewicht fielen. Endlich kommt im Jahre 1731 ein einheitliches Reichsgesetz zustande, das, ein wahres Gesetz zur Unterdrückung der Gesellenverbände, nach vielen Weiterungen am 30. September 1732 proklamiert wurde. Es wird in Oesterreich nur erst mangelhaft durchgeführt, auch beraubt der bald darauf ausbrechende schlesische Krieg Oesterreich seines reichsten Industrielandes; aber »die prinzipielle Richtung seiner Gewerbepolitik war mit der Annahme des Reichsschlusses von 1731 gleichwohl dauernd festgelegt«. (S. 121.)

Es ist eine Uebergangszeit voll interessanter Interessenkämpfe aller Art, die der Verfasser in seiner Schrift schildert; Kämpfe der Lohnarbeiterschaft der Epoche spielen darin keine geringe Rolle und werden von ihm in helles Licht gestellt, so dass die Abhandlung zugleich ein gutes Stück Geschichte der Arbeiterklasse darbietet. Die Darstellung ist nicht gerade leicht, was wesentlich auf Rechnung des vielartigen, dokumentarisch belegten

Stoffes zu setzen ist, den der Verfasser in gedrängter Fülle vorführt und sorgfältig kommentiert; sie ist aber stets fesselnd und instruktiv. Hier und da stossen wir auf Verallgemeinerungen, die uns zu weit getrieben scheinen, und einer ziemlich verbreiteten Sitte folgend gebraucht der Verfasser das Beiwort sozial in einer Deutung, bei der es nicht schlechthin das auf die Gesellschaft Bezügliche, sondern eine ganz bestimmte Art von Gesellschaftsbeziehungen bezeichnet. So wenn es gleich am Anfang von der mittelalterlichen Gesellschaftsorganisation heisst, sie sei »überall noch von einem stark sozialen Element durchsetzt gewesen« (S. 1), wo sozial offenbar körperschaftlich-funktionell bedeuten soll. Es geht nicht, dies direkt als falsch zu bezeichnen, weil es sich eben um eine Gepflogenheit handelt, die schon eine gewisse Verbreitung erlangt hat. Wir glauben aber doch unsererseits gegen sie Stellung nehmen zu sollen, denn wir halten sie für geeignet, Zweideutigkeiten aller Art Vorschub zu leisten. Es ist schon an den Verschwommenheiten genug, zu denen die Silbe sozial in zusammengesetzten Worten Anlass gibt, lasse man wenigstens dem einfachen Beiwort seinen alten einheitlichen Sinn.

Aschaffenburg, Prof. Dr. G.: **Das Verbrechen und seine Verhütung.** Kriminalpsychologie für Mediziner, Juristen und Soziologen, ein Beitrag zur Reform der Strafgesetzgebung. Heidelberg 1903. Carl Winter. XVI u. 246 S. gr. 8°. Preis 6 Mk.

Wohl eines der bedeutendsten Werke über die Bekämpfung der Verbrechen und die Probleme des Strafrechts, die in neuerer Zeit geschrieben wurden. Der Verfasser, der in Halle a. S. leitender Arzt an der Beobachtungsanstalt für geisteskranke Verbrecher ist, also in regelmässiger Amtstätigkeit sich praktisch einer Gruppe der wichtigsten Untersuchungen der Kriminalwissenschaft widmet und offenbar auch sonst reiche Erfahrungen als Gefängnisarzt gemacht hat, gehört zu denjenigen Kriminalisten, welche die Willensfreiheit leugnen und die Strafe nicht als Vergeltung oder Sühne für die begangene Handlung, sondern nur als Mittel der gesellschaftlichen Abwehr gesellschaftsschädlicher Handlungen betrachtet und veranstaltet wissen wollen. Die Bekämpfung des Verbrechens muss vor allem auf Verhütung von Verbrechen gerichtet sein, d. h. auf möglichste Beseitigung solcher Einrichtungen, Zustände, Sitten, welche sich als ständig wirkende soziale Verursacher von Verbrechen erweisen; dies in Verbindung mit starker Gegenwirkung gegen die individuellen, in der persönlichen Anlage wurzelnden Antriebe zu verbrecherischen Handlungen. Die das Individuum treffenden Massnahmen gegen Verbrechen (unter welchem Sammelbegriff hier alle Handlungen verstanden sind, die das Rechtsbewusstsein als Verstösse gegen die Rechtsordnung ahnden zu müssen glaubt) sind demgemäss unter drei Gesichtspunkten zu bestimmen: der Abschreckung, der Besserung, der Unschädlichmachung. Die auf Verbrechen in Aussicht stehenden Strafen sollten so eingerichtet sein, dass sie auf alle Kategorien von Verbrechern abschreckend zu wirken vermögen, der Strafvollzug das Moment der Besserung der Besserungsfähigen, und der Unschädlichmachung der Unverbesserlichen in erster Linie im Auge haben. Dies erheischt eine völlige Abkehr von den Grundsätzen, auf welchen fast alle heutigen Strafgesetzbücher aufgebaut sind, insbesondere von der heutigen tarifmässigen Bemessung der Strafen gemäss dem Platz, den die Strafhandlungen im ein für allemal ausgearbeiteten Register der Gesetzbücher einnehmen, wobei den Eigenheiten des einzelnen Straffalles nur durch Zuerkennung strafmildernder oder Anziehung strafverschärfender Umstände Rechnung getragen wird.

Eine bis auf den Grund gehende Revision der Strafmittel und Strafmethoden, der Strafverfolgung und des Strafvollzugs ist geboten. Sie muss sich aufbauen auf einer ebenso gründlichen Nachprüfung der Ursachen der Verbrechen und Feststellung der Wirkungen der heute in Anwendung kommenden Strafverfahren und Strafmittel. All diesen Aufgaben wird das vorliegende Buch in hohem Masse gerecht. Es zerfällt in drei grosse Abteilungen, von denen die erste die sozialen Ursachen des Verbrechens, die zweite die individuellen Ursachen des Verbrechens und

die dritte den Kampf gegen das Verbrechen behandeln. Die Voranstellung der sozialen vor den individuellen Ursachen der Verbrechen entspricht der modern-naturwissenschaftlichen Denkweise des Verfassers, ist aber nicht als Anzeichen einer radikalen sozialpolitischen Tendenz zu betrachten. Der Verfasser geht scharf mit gewissen Klassenvorurteilen ins Gericht, die in der Beurteilung von Vergehen der ärmeren Klassen zu Tage treten, aber er setzt bei seinen Reformvorschlägen durchgängig die gegenwärtige Gesellschaft mit ihren Einrichtungen und der ihr eigenen Klassenbildung voraus, spricht wiederholt von »törichten Utopien«, die er allerdings nicht genauer bezeichnet, und macht keine Vorschläge, die nicht auf dem Boden der gegebenen Gesellschaftsordnung durchführbar wären oder an ihrem Wesen rüttelten. Insofern hat sein Buch mit dem Sozialismus keine direkte Beziehung.

Aber trotzdem ist es ein jedem Sozialisten zu empfehlendes Buch. Es ist mit hoher wissenschaftlicher Unparteilichkeit geschrieben und erbringt ein ungeheuer reiches, wohldurchgearbeitetes Material. Der Verfasser hat die Gabe, in wenig Worten viel zu sagen, man merkt seiner genauen, klaren Sprache an, wie sehr er seinen Stoff bemeistert. Er erbringt viel statistische Tabellen, aber nicht immer finden wir in ihnen das, was er hinsichtlich ihrer im Text schreibt. Entweder haben da beim Druck Verwechslungen stattgefunden, oder aber — was uns das wahrscheinlichere dünkt — der Verfasser hatte die an die summarischen Tabellen anknüpfenden oder ihnen zu Grunde liegenden Einzelstatistiken, die er durchgearbeitet hat, bei seiner Arbeit vor sich, hat sie aber beim Druck mit Rücksicht auf die Oekonomie des Buches fortgelassen. Wo er auf die Literatur seines Gegenstandes Bezug nimmt, führt er auch verschiedentlich sozialistische Schriftsteller an (Bebel, Hirsch, Lafargue), deren Aeusserungen er mit ruhiger Sachlichkeit diskutiert. Am häufigsten zieht er von Sozialisten Enrico Ferri heran, und ihn sogar meist zustimmend, aber es handelt sich da um Ferri, den Kriminalisten und Mitarbeiter Lombrosos, nicht um den Sozialisten Ferri.

Wie es bei einem, die Willenskraft leugnenden Forscher nur folgerichtig, beurteilt Aschaffenburg Lombrosos Theorien vom geborenen Verbrecher nicht schlankweg ablehnend. »Lombrosos Lehren,« schreibt er, »sind von jeher mit mehr Eifer als Objektivität bekämpft worden, und man darf wohl von vielen seiner Gegner behaupten, dass sie einen erbitterten Kampf gegen ihn geführt haben, ohne dass sie sich ein klares Bild über den Inhalt seiner Lehren gemacht haben« (S. 137). »Lombroso habe allerdings eine grosse Kritiklosigkeit hinsichtlich seiner Beweismaterialien an den Tag gelegt, in vielem seine Ansichten gewechselt und sich mit zu vielerlei abgegeben, um seine Studien gebührend zu vertiefen, aber man tue ihm unrecht wenn man ihn nur nach seinen Fehlern beurteile und daraufhin seine Lehre als unwissenschaftlich brandmarke. Auch die verschiedensten und eifrigsten Gegner Lombrosos leugneten nicht, dass Entartungszeichen besonders oft bei Verbrechern vorkommen. Allerdings fänden sich fast alle körperlichen Entartungszeichen auch bei den Gesunden. Aber sie fänden sich um so zahlreicher vor, je mehr wir uns dem degenerierten Geisteskranken näherten, und »zwischen beiden steht der Verbrecher« (S. 143). Nicht darüber dürfe man sich wundern, dass sich unter den Verbrechern so viele körperlich minderwertige finden, das Gegenteil müsste vielmehr Erstaunen wachrufen. »Stammt doch der weitaus grösste Teil der Verbrecher aus den Kreisen, in denen Not und Elend heimisch sind, in denen die Frauen während der Schwangerschaft, nur dürftig genährt, oft in harter Arbeit ihre Kräfte verzehren müssen; ist doch vielfach das werdende Geschöpf schon im Keime durch Trunksucht und Krankheit der Eltern vergiftet . . . .« Die Abstammung der Verbrecher beweist die Tatsache, dass die Rekruten des Verbrechertums am häufigsten unter den Kindern von Trinkern und Geisteskranken, unter den Aermsten der Armen zu finden sind; das nimmt dem Vorhandensein der Degenerationszeichen das Auffällige, allerdings aber auch den spezifischen Charakter einer dem Verbrechen eigentümlichen Erscheinung« (S. 144).

Im Anschluss an diesen Punkt behandelt der Verfasser in einem weiteren Kapitel die Frage der geistigen Befähigung der Verbrecher und konstatiert die überaus häufig vorkommende geistige Minderwertig-

keit bei Verbrechern, die »Unfähigkeit, allgemeine Gesichtspunkte zu verstehen oder gar zu bilden«, die daraus sich ergebende Haltlosigkeit u. s. w. »Ich muss gestehen,« sagt er, »dass ich oft nach dem Studium der Akten auf einen rohen, brutalen Menschen zu stossen erwartete, wo mich die Beobachtung einen stillen, lenksamen und sogar gutmütigen Schwachsinnigen finden liess. Das gilt nicht nur für die Erstbestraften; gerade unter Leuten mit zahllosen Vorstrafen fand ich oft solche Schwachsinnige«. Ihre Haltlosigkeit zeige sich »nicht in den Strafanstalten, wo sie sich der Hausordnung ohne jede Schwierigkeit fügen, wo sie unter dem ausgeübten Drucke fleissig arbeiten, sondern in der Freiheit, wo sie trotz der besten Vorsätze der ersten Versuchung unterliegen« (S. 145). Man begreift, wie wichtig solche Feststellungen sowohl für die Strafbemessung, wie für die Fragen des eigentlichen Strafvollzugs sind.

Gibt der Verfasser also zu, dass gewisse körperliche Minderwertigkeiten, die er auf S. 143 genauer aufzählt, ebenso wie gewisse geistige Minderveranlagungen, für die wir ja schliesslich auch die Erklärung in körperlichen, wenn auch nicht immer anatomisch feststellbaren Mängeln vermuten müssen, ihre Träger häufiger als den Durchschnitt der Menschen zu Verbrechern werden lassen, so erklärt er S. 162, er erkenne damit noch nicht die Existenz des »geborenen Verbrechers« an, dessen Eigenart ihn mit fatalistischer Notwendigkeit in die Verbrecherlaufbahn zwinge. Es will uns aber scheinen, dass er sich da in Widerspruch mit seinen Ausführungen über die Frage der Verantwortlichkeit setzt. Insbesondere seine Darlegung auf S. 194/105, die mit dem Satz beginnt, dass die Reaktion auf einen äusseren oder inneren Reiz vom individuellen Charakter abhängt, und mit dem Satz schliesst, dass die Charakterbildung nicht im freien Belieben des Menschen steht, begreift mindestens prinzipiell die Möglichkeit in sich, dass Menschen infolge körperlicher Missbildungen zu jenem Verhalten oder jener Widerstandslosigkeit gegenüber gewissen Reizen besonders stark veranlagt sind, die den Verbrecher machen. Wie viel ist von da noch zum geborenen Verbrecher? Allerdings pflegen Menschen, die gar keine oder nur ein Mindestmass von Willensfähigkeit haben, von vornherein als Idioten oder hochgradig Schwachsinnige erkannt und unter Aufsicht gestellt zu werden. Aber müssen wir nicht folgern, dass, wenn die Willensfähigkeit bei einem Individuum zwar im allgemeinen leidlich entwickelt, aber gewissen Reizen gegenüber doch in der Anlage begrenzt ist, dieses Individuum da, wo der betreffende Reiz stärker auftritt, ihm mit fatalistischer Notwendigkeit zum Opfer fällt, je nachdem also geborener Verbrecher ist? Uebrigens nimmt der Verfasser von dem Satz, der die Existenz des geborenen Verbrechens leugnet, gleich darauf so viel zurück, dass er nur zwei Seiten später schon von einem »Heer von Verbrechern« spricht, die »unter den gegebenen Verhältnissen sich in ein geordnetes Leben nicht mehr einordnen lassen,« und von denen »der eine schon dem leisesten Anstoss, ein anderer erst bei länger dauernder Versuchung erliegt«, die aber, »soweit menschliches Urteil richtig, alle bestimmt erliegen.« (S. 162.) Wer bestimmt erliegt, der ist doch wohl geborener Verbrecher.

Wenn hier ein Widerspruch vorliegt, so wird man ihn der grossen wissenschaftlichen Vorsicht auf Rechnung setzen müssen, die der Verfasser verallgemeinernden Theorien gegenüber beobachtet, sowie der grossen Schwierigkeit, ja Unmoglichkeit, die morphologischen Merkzeichen des geborenen Verbrechers im konkreten Fall mit Sicherheit von vornherein festzustellen. Dagegen halten wir es für verfehlt, wenn der Verfasser hierbei die sozialen Verhältnisse heranzieht, weil diese beim Verbrechen ein hervorragend mitbestimmender Faktor seien. Gewiss sind sie das, niemand kann das mehr anerkennen als wir, und mit Freuden unterschreiben wir die Sätze des Verfassers: »Das Verbrechen ist in erster Linie ein soziales Phänomen; jede Zeit hat die Verbrechen, die sie selbst hervorbringt.« (S. 165.) Aber das erschöpft unsere Frage nicht. Es ist ganz klar, wenn ich von einem mit gewissen schädlichen Neigungen behafteten Individuum alle Reize fernhalte, die diese Neigungen wachrufen können, dann wird es ihnen auch nicht zum Opfer fallen. Aber wo ist die Gesellschaft, wer kann sie erdenken, die von ihren, nicht in Anstalten unter Aufsicht gehaltenen Individuen alle hier

in Frage kommenden Reize fernhält? Es gibt gewisse Veranlagungen, auf die in jeder denkbaren Gesellschaftsordnung mit Freiheitsentziehung wird reagiert werden müssen. Mit diesem Vorbehalt und der Einschränkung, dass das Auftreten solcher Veranlagungen in den meisten Fällen selbst ein soziales Phänomen ist und sie daher bei besseren sozialen Verhältnissen auf ein Mindestmass reduziert werden können, verzeichnen wir gern den ferneren Satz des Verfassers: »Jedes Verbrechen ist das Produkt der Veranlagung und Erziehung, des individuellen Faktors einerseits, der sozialen Verhältnisse andererseits.« (S. 165.)

In Uebereinstimmung mit dieser Auffassung tritt der Verfasser bei Behandlung der Prostitution der von vielen Sozialisten vertretenen Anschauung entgegen, dass fast immer wirtschaftliche Notlage die Ursache der Prostitution sei. Das sei ganz einseitig übertrieben. »Wohl sind unsere sozialen Verhältnisse die Ursache der Prostitution, aber sie werden nur da wirksam, wo sie durch Abstammung und Erziehung, vor allem durch Veranlagung einen geeigneten Boden finden.« (S. 78.) Dass es eine grosse Anzahl Fälle gibt, wo nicht der absolute Zwang materieller Not zur Prostitution treibt, sondern die Prostitution nur als das bequemere oder zusagendere Mittel des Erwerbs ergriffen wird, ist auch unsere Ansicht; aber selbst da erwächst sie meist auf einer durch schlechte wirtschaftliche Existenzbedingungen untergrabenen Lebensanschauung. Uebrigens nennt der Verfasser selbst unter den sozialen Verhältnissen, die zur Prostitution treiben, an erster Stelle die schlechte wirtschaftliche Lage. Eine andere Quelle ist ihm das Fehlen der Kasernierung. Wo diese nicht sei, niste sich die nun einmal unausrottbare Prostitution in den bevölkerten Quartieren in Arbeiterfamilien ein, wo dann die in Not aufwachsenden Kinder von früh auf die von ihrem Standpunkt aus glänzende Aussenseite des Gewerbes vor sich erblicken und die Abneigung gegen die Prostitution sich auf diese Weise abstumpfe. Wohl habe auch die Kasernierung vieles gegen sich, aber wenn sie nach dem Vorbilde Bremens eingerichtet, wenn durch Verschärfung der Kuppeleiparagraphen der Ausbeutung der Dirnen ein Riegel vorgeschoben werde, sei sie doch das kleinere Uebel. Dass man dadurch oder durch Reglementierung der Prostitution diese gesetzlich anerkenne, sei kein Einwand; die Opposition gegen die Reglementierung beruhe auf einer Auffassung, welche die Rechte des Individuums höher stelle als die der Gesellschaft; wo sie durchgedrungen sei, habe sie die Winkelprostitution und die Pest des Zuhältertums vermehrt.

Wir beschränken uns darauf, den Standpunkt zu kennzeichnen; dass sich sehr triftige Gegeneinwände gegen ihn geltend machen lassen, ist bekannt. Rückhaltlos können wir uns dagegen den Ausführungen des Verfassers über den Einfluss der Wohnungsverhältnisse auf das Verbrechen anschliessen. Hier findet seine Kritik der heutigen Zustände und ihrer verderblichen Wirkungen die schärfsten Accente, ist sie von zwingender Ueberzeugungskraft. Der Verfasser ist ein heftiger Gegner der modernen Mietskasernen; bis sie den Einfamilienhäusern Platz gemacht haben, sind seine Hoffnungen auf Besserung der Sittenzustände sehr gering. Eine der Hauptursachen der Verbrechen sieht er ferner im Alkoholismus, wofür er sehr schwerwiegende Belege aller Art erbringt, namentlich auch in Bezug auf die zerrüttenden Folgen des Alkoholismus für die Kinder und Kindeskinder von Trinkern. Neben vielen Tabellen aus der Kriminalstatistik, welche die starken ursächlichen Beziehungen zwischen Alkohol und Verbrechen auf das eindrucksvollste aufzeigen, erbringt der Verfasser auch (auf S. 57) den Stammbaum einer Trinkerfamilie, der die direkte Vererbung der Neigung zum Trinken und die sonstige geringe Widerstandskraft der Abkömmlinge von Trinkern drastisch vor Augen führt. Unnütz zu sagen, dass der Verfasser in Bezug auf den Kampf gegen den Alkohol einem sehr weitgehenden Radikalismus das Wort redet. Der Kampf werde aber erfolglos bleiben, so lange die ärmeren Volksklassen nicht besser wohnen, wie heute, und Ersatz für diejenigen Anregungen etc. haben, die heute der Alkohol vielen bietet. Wie anderwärts lässt der Verfasser es auch hier nicht bei der Negation bewenden. Ein ganzes Kapitel seines Buches ist dem Thema der Vorbeugung gegenüber Verbrechen gewidmet.

Was nun schliesslich seine Vorschläge hinsichtlich der Reform des Strafrechts anbetrifft, so lässt sich ihre Tendenz zusammenfassend dahin kennzeichnen, dass sie darauf abzielen, der Person des Verbrechers mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wie seiner Tat, die Gesellschaft über das Individuum, zugleich aber auch die Individualisierung über die Schematisierung zu stellen, eine zielbewusste Humanität, die Strenge am angemessenen Platze nicht ausschliesst, an die Stelle einer ziellosen Sentimentalität einerseits und zweckloser Härte andererseits zu setzen. Ersten Verbrechen gegenüber soll von der bedingten Verurteilung bezw. der Stellung unter längere Friedensbürgschaft ein weitgehender Gebrauch gemacht werden, desgleichen von der vorläufigen Entlassung sich gut führender Sträflinge. Dagegen sollen die kurzen Freiheitsstrafen möglichst ganz fallen, da sie den einen die Besserung über Gebühr erschweren, den anderen das Gefühl für die Strafe abstumpfen; desgleichen solle fallen die paragraphenmässige Festlegung des Strafmasses, die den Verbrecher von Beruf in die Lage setzt, vorher schon zu berechnen, was seiner für die Strafhandlung wartet. Das Strafmass solle sich nach der Bedenklichkeit oder Gefährlichkeit des Verbrechers richten. Das Recht, dem Verbrecher die Schadloshaltung des von ihm Geschädigten aufzuerlegen, würde in vielen Fällen die Einsperrung entbehrlich machen; mit ihr könnten sich, meint der Verfasser, selbst die Anhänger der Vergeltungstheorie einverstanden erklären. Die Durchführung böte allerdings Schwierigkeiten, die aber nicht unüberwindlich seien. Ueberhaupt sei der schon in Strafgesetzbüchern vorgesehene Gedanke, die Strafe in der Freiheit, in der Form von Arbeiten für die Gemeinde etc., abarbeiten zu lassen, statt den Verüber in Haft zu nehmen und auf Staatskosten zu verpflegen, nach Möglichkeit zu verwirklichen. Geldstrafen träfen die einzelnen bei der Verschiedenheit der Einkommens- und Lebensverhältnisse sehr ungleich und daher ungerecht, und ganz verwerflich sei es, Geldstrafen mit der Bestimmung anzusetzen, dass bei Nichtzahlung Haft oder Gefängnis eintrete; das laufe auf Bevorzugung der Besitzenden hinaus.

So soll nach Möglichkeit die Gefängnisstrafe vermieden werden; wo sie aber verfügt werde, dürfe sie nicht zur Ueberführung des Verurteilten in eine Pflanzschule des Verbrechens ausarten, noch dürfe die Humanität zur Verhätschelung der Sträflinge im Gefängnis führen. Im Gefängnis sei Isolierhaft mit Arbeitspflicht das beste, mit stufenweise durchzuführender Erleichterung bei guter Führung. Die Prügelstrafe verwirft der Verfasser, sie entwürdige nur und bessere nicht; ebenso gibt er sich ziemlich unverhohlen als Gegner der Todesstrafe zu erkennen. Dagegen ist er dafür, Menschen, die sich als unfähig erwiesen haben, gewisse Verbrechen, wie z. B. Notzucht, zu unterlassen, als gemeinschädlich auf Lebenszeit in Sicherheit zu behalten. Es sei doch unerhört, jemand, von dem man auf Grund seines Vorlebens schon genau wisse, dass er solche Attentate auf jugendliche oder wehrlose Personen begehen werde, nach etlichen Jahren Haft freizulassen, damit er erst wieder jemand schände, bevor er aufs neue in Haft genommen werde. Ebenso müssten andere entartete Naturen auf Lebenszeit entweder in Haft genommen oder unter öffentliche Aufsicht bezw. Vormundschaft gestellt werden. Bei jugendlichen Verbrechern müsse der Verweis und das Fürsorgeprinzip stärker in Anwendung gebracht werden; auch sollte über ihre Vergehen nie öffentlich verhandelt werden, und unter keinen Umständen dürften sie im Gefängnis mit erwachsenen Verbrechern zusammengebracht werden.

Die Durchführung dieser Grundsätze erfordert nun Richter, die fähig sind, Gelegenheitsverbrecher von Gewohnheitsverbrechern und Berufsverbrechern etc. möglichst genau zu unterscheiden, und die über die Natur und die Wirkungsweise der verfügten Strafen gehörige Erfahrung haben. Demgemäss müsse, führt der Verfasser weiter aus, zur Ausbildung des Richters zeitweilige Dienstleistung in den Strafanstalten gehören; auch müsse der zukünftige Richter den Strafvollzug mit zu überwachen, mit zu bestimmen haben, was mit dem Gefangenen geschehen solle, ob er zu entlassen sei etc. Die Mitwirkung der Richter beim Strafvollzug sei auch schon deshalb erheischt, weil die entwickelten Vorschläge für die mit dem Strafvollzug betrauten Beamten erheblich grössere

Aufgaben und Befugnisse bedeuteten, die Strafanstaltsbeamten sich aber nach Krohne »leicht zu infailiblen Autokraten ausbilden«. Von diesem angesehenen Kenner des Strafvollzugs, der auf Grund einer langen Tätigkeit als Gefängnisgeistlicher schrieb, citiert der Verfasser wiederholt folgenden Ausspruch: »Haben Sie das beste Gesetz, den besten Richter, das beste Erkenntnis, und es ist der Strafvollzugsbeamte nicht fähig, dann kann man das Gesetz in den Papierkorb werfen und das Erkenntnis verbrennen«. Er selbst aber schliesst den letzten Abschnitt seines Buches mit den Worten: »Für alle Individuen, von dem Geisteskranken an bis zu dem normalen Rechtsbrecher gilt die gleiche Formel: Anpassung der sozialen Repression an die Individualität des Rechtsbrechers.«

Hält man sich vor Augen, dass der Verfasser stets die gegenwärtige Gesellschaftsordnung unterstellt, so wird man ihm zugestehen müssen, dass die praktischen Anwendungen, die er diesem Grundsatz gibt, fast durchgängig einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem heute geltenden Strafrecht darstellen und in ihrem Zusammenhang es geradezu revolutionieren. In einzelnen Punkten fehlt es übrigens, wie er selbst betont, nicht an Vorbildern, und selbstverständlich steht er in den meisten, wenn nicht in allen Einzelheiten seines Programms auf den Schultern von Vorarbeitern, was indes das Verdienst der einheitlich-systematischen Durcharbeitung und Zusammenfassung in nichts beeinträchtigt. Wie sich die volle Durchführung seines Programms bei Aufrechterhaltung der sonstigen bestehenden Gesellschaftseinrichtungen in der Praxis gestalten würde, wollen wir hier nicht untersuchen, weil wir sie nur auf einer vorgerückteren Stufe sozialer Entwickelung für möglich halten. Sonst müssten wir sogar gegen gewisse Einzelheiten Verwahrung einlegen. So braucht z. B. der mehrmals rückfällige Notzuchtverbrecher heute noch keineswegs ein unverbesserlicher Lüstling zu sein, der lebenslänglicher Freiheitsberaubung bedarf, sondern kann auch das Opfer der Unmöglichkeit sein, seinen normalen Geschlechtstrieb auf legitime Weise zu befriedigen. Die Grundgedanken, von denen der Verfasser ausgeht, würde jedoch auch eine sozialistische Gesellschaft anerkennen können, ja sogar müssen! Denn eine Gesellschaft, die von jeder Art von Verantwortung ihrer Mitglieder ihr gegenüber und umgekehrt Abstand nimmt, ist ein Unding. Die persönliche Verantwortung ist, wie Schreiber dieses sich vor Jahren einmal ausdrückte, ein Gebot der sozialen Vernunft; sie aufstellen heisst nicht, einen metaphysischen freien Willen annehmen, sondern die Wirklichkeitstatsache der Willens fähigkeit zur Grundlage der Willens bildung nehmen.

Wir wiederholen, dass wir die vorliegende Schrift für sehr bedeutend halten.

Gesundheitsgefährliche Industrien, Berichte über ihre Gefahren und deren Verhütung, besonders in der Zündholzindustrie und in der Erzeugung und der Verwendung von Bleifarben. Im Auftrage der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz eingeleitet und herausgegeben von Prof. Dr. **Stephan Bauer.** Jena 1903. Gustav Fischer. 459 S. gr. 8⁰. Preis: 7.50 Mk.

Vorliegende Berichte — 29 an Zahl — sind das Resultat einer Umfrage, die vom internationalen Arbeitsamt in Basel ausging. Im Anschluss an einen von dieser Centrale aufgestellten Fragebogen (S. XIV) wurden Auskünfte über die verschiedenen Betriebe, die gesundheitsschädliche Substanzen erzeugen oder verwenden, ihre Anlage und Einrichtung, Arbeiterzahl etc., vor allem aber über die bezüglichen gesetzlichen Schutzmassregeln und ihre Wirkung mit besonderer Berücksichtigung der Zündholz- und Bleifarbenindustrie eingezogen. Haben wir in einzelnen Staaten, wie in England, Belgien etc., recht ausgebildete Arbeiterschutzgesetze, so existieren solche in Spanien, Rumänien noch gar nicht. Ueber einzelne wichtige Punkte gehen die Ansichten der Referenten sehr auseinander. Während z. B. Professor Sommerfeld-Berlin ein Verbot der Verwendung von Bleiweiss, wie es in Frankreich und auch z. T. in Belgien besteht, nicht für gerechtfertigt erachtet (S. 67), erklärt es Dr. Kaup-Wien für erstrebenswert (S. 119). Noch ein zweiter von den

Vorschlägen Kaups, die er seinem sehr exakten Berichte anfügt, Bleierkrankungen, wenigstens in Bleifarbenfabriken, als gewerbliche Unfälle zu betrachten und daher bei der Einschränkung der Erwerbsfähigkeit für eine entsprechende Entschädigung zu sorgen, erscheint uns nur als eine billige Forderung, und zwar sollte dies Prinzip für alle gesundheitsgefährlichen Industrien Geltung haben.

Von den Tabellen ist besonders die Layetsche Uebersicht über die Berufe, in welchen die Arbeiter Bleivergiftungen ausgesetzt sind, und die Zusammenstellung von Laurent Duchesne über die Betriebe, die Blei- und Phosphorvergiftungen mit sich bringen (S. 180—187), hervorzuheben.

Die Berichte selbst sind vom Herausgeber Prof. Bauer-Basel sehr sorgfältig zusammengestellt und ihre Ergebnisse im Vorwort übersichtlich zusammengefasst worden. *b. ch.*

Braun, Heinrich: **Zur Frage der Freiheit der Meinungsäusserung** und des Verhaltens der Leipziger Volkszeitung. Eine Mitteilung an den Dresdener Parteitag. Berlin 1903, Selbstverlag des Verfassers. 15 S. 8⁰.

Bezieht sich auf Fragen über die Mitarbeit von Sozialisten an bürgerlichen Pressunternehmungen, speziell der Wochenschrift »Zukunft«, die vom Dresdener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in mehrtägiger Debatte erörtert worden sind und nach dem Parteitag noch wochenlang Stoff zu Erklärungen im Vorwärts, dem Berliner Organ der Partei, gegeben haben.

Bueck, H. A.: **Soziale Reform.** Berlin 1903, J. Guttentags Verlagsbuchhandlung. 31 S. 8⁰.

Der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller polemisiert in dieser Schrift gegen einen Vortrag »Warum treiben wir soziale Reform?«, den der ehemalige Staatsminister, Freiherr v. Berlepsch, in der Ortsgruppe Hamburg der Gesellschaft für soziale Reform gehalten und in der Wochenschrift »Soziale Praxis« vom 1. und 8. Oktober 1903 zum Abdruck gebracht hat. Neben dem allgemeinen Urteil Berlepschs über die unbefriedigende Lage der Arbeiterklasse sind es namentlich dessen Ausführungen über die Notwendigkeit einer Stärkung des Koalitionsrechts der Arbeiter und der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, sowie seine Zugeständnisse an den Sozialismus, gegen die Herr Bueck lebhaft ankämpft. Er beansprucht im Namen der grossen Mehrheit der Unternehmer in der Industrie zu sprechen, wenn er erklärt, dass die deutschen Unternehmer zwar den Arbeitern das Koalitionsrecht gönnen, aber »die absolute Herrschaft des Unternehmers über die Gestaltung des Unternehmens nach allen Richtungen und Beziehungen hin« als »ihr unveräusserliches Recht« betrachten und sich »gegen jeden Missbrauch des Koalitionsrechts entschieden mit zäher Ausdauer wenden«. Der Setzer würde kaum einen sinnentstellenden Druckfehler gemacht haben, wenn er hier statt Missbrauch Gebrauch gesetzt hätte. Im übrigen hat die Geschichte schon manches stolze »Niemals« in ein recht bescheidenes »Mit heutigem Tage« verwandelt. Es fragt sich heute gar nicht mehr, ob die konstitutionelle Unternehmung der absolutistischen folgen wird, sondern wie sie ihr folgen, d. h. wie der Uebergang sich vollziehen wird. Diese Frage ist heute nur noch ein praktisches Problem, während die weitere Frage, die Herr Bueck in Anknüpfung an eine Rede K. Legiens als Schreckgespenst an die Wand malt, nämlich die des Uebergangs von der konstitutionellen in die demokratische Unternehmung in Deutschland zur Zeit noch ein wesentlich theoretisches oder vielmehr spekulatives Problem ist. Nach Herrn Bueck rächen sich heute in der englischen Industrie die Zugeständnisse, welche die englischen Fabrikanten in früheren Jahren an die Trade Unions gemacht haben. Die deutsche Industrie ziehe aber »glücklicherweise die geeigneten Lehren aus diesen Vorgängen« (S. 25). In Bezug auf den Arbeiterschutz ist die Gesetzgebung vielfach in bester Absicht zu weit gegangen, und sehr ist es »zu bedauern, dass Staat und Gesellschaft in weitgehendem Optimismus die Mittel weggeben, die Waffen stumpf gemacht oder gar zerbrochen haben, mit denen sie sich — nicht gegen die Arbeiter, das

wäre nicht nötig gewesen —, sondern gegen die Verderben nach allen Richtungen verbreitenden sozialdemokratischen Hetzer und Agitatoren hätten schützen können«. (S. 28.) Denn die Sozialdemokratie hat »den Willen und die Macht, die ruhige, stetige Arbeit des Volkes willkürlich und böswillig zu unterbrechen und zu stören, und dadurch die fortschreitende wirtschaftliche Entwickelung, die notwendigste Grundlage für das Gedeihen der Menschheit, nachhaltig zu hindern und zu untergraben.« (S. 26/27.) »Mit unerbittlicher Rücksichtslosigkeit und allen, auch den verwerflichsten Mitteln wird ein wüster, furchtbarer Terrorismus, doch immer nur von verhältnismässig wenigen, fast über die ganze Lohnarbeiterschaft verübt.« (S. 28.) Das letztere bezieht sich nicht auf die Unternehmerverbände, wie mancher vielleicht vermuten möchte, sondern auch auf die Sozialdemokratie.

Also: Rückkehr zum Sozialistengesetz und zur Zuchthausstrafe für Eingriffe in den Unternehmerabsolutismus, und Zurücknahme verschiedener Arbeiterschutzmassregeln — das wäre die logische Folgerung aus den Ausführungen, für die Herr Bueck den Titel »Soziale Reform« gewählt hat. Und letzteres ist, um mit dem braven Fähnrich Pistol zu reden, »der Humor davon«.

Harms, Dr. Bernhard: **Zur Entwickelungsgeschichte der deutschen Buchbindererei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.** Technisch-statistisch-volkswirtschaftlich. Tübingen u. Leipzig 1902. J. C. B. Mohr. VIII u. 184 S. gr. 8°. Preis: 7 Mk. 60 Pfg.

Die Buchbinderei gehört zu denjenigen Gewerbszweigen, die von der maschinellen Technik der Neuzeit in hohem Grade ergriffen worden sind, und in denen die Massenproduktion eine ausserordentlich grosse Rolle spielt. Der Grossbetrieb hat sich in ihr gewaltig entwickelt. Merkwürdigerweise sind aber gerade in der Stadt Deutschlands, welche die grössten Buchbindereibetriebe, darunter Geschäfte mit weit über 200 Angestellten, aufweist, — Leipzig —, sämtliche Buchbindereien ausnahmslos von der Behörde dem Handwerk zugewiesen und gezwungen worden, der für das Buchbinderhandwerk errichteten Zwangsinnung beizutreten. In welchem zweiten Gewerbe wäre dies möglich gewesen? Hier konnte es daraufhin geschehen, weil auch die grössten Buchbindereien — und zwar sie ganz besonders — nicht selbständig für den grossen Markt, sondern auf Bestellung für einzelne Kunden produzierten. Die eigentliche Buchbinderei bringt in der Regel kein selbständiges Produkt auf den Markt, sie produziert auch als Grossproduzentin nicht auf eigene Rechnung, sondern im Auftrage von Buchdruckern oder Buchverlegern.

Die Grossbuchbinderei auf diese Tatsache hin dem Handwerk zuzuweisen, konnte selbstverständlich nur bureaukratischer Formalismus fertig bringen, soweit es sich nicht um eine reine lokalpolitische Tendenzmassregel handelte. Auch grosse Werke in der Metallindustrie arbeiten heute fast nur auf Bestellung für andere Unternehmungen, und doch wird es niemand im Traum einfallen, etwa eine Lokomotivenfabrik oder ein Kabelwerk für ein Handwerksunternehmen zu erklären. Ueberhaupt kennzeichnet die moderne Industrie sich u. a. gerade dadurch, dass sie durch Spezialisierung und Differenzierung der Produktion die Abhängigkeit der Unternehmungen voneinander erheblich gesteigert hat. Diese Abhängigkeit wird schliesslich wieder eine der Ursachen neuer Zusammenfassung in der Art, dass sehr bedeutende Grossbetriebe zu Teilbetrieben grosskapitalistischer Riesenunternehmungen werden. So sind in Leipzig und anderwärts Grossbetriebe der Buchbinderei Teilbetriebe von grossen Verlagsgeschäften; die Buchbindereien der Stuttgarter Verlagsfirmen »Verlagsanstalt vorm. Hallberger« und »Union, deutsche Verlagsanstalt« gehören zu den grössten ihrer Art.

Auf der anderen Seite erweist sich aber tatsächlich das Handwerk in der Buchbinderei als ziemlich lebensfähig. Der Verfasser des vorliegenden Buches weist dies an der Hand der Berufs- und Gewerbestatistik zahlenmässig und auf Grund von Untersuchungen über die Technik und den Geschäftsbetrieb in der Buchbinderei auch gewerbetheoretisch eingehend nach. In letzterer Hinsicht legt er dar, dass die charakteristischen Merkmale des

Handwerksbetriebes in der Buchbinderei noch für Betriebe mit bis zu 12 Personen zutreffen. Als solche Merkmale nennt er: Arbeit der Regel nach für lokalen Bedarf auf feste Bestellung; Mitwirkung des Unternehmers an der praktisch-technischen Ausführungsarbeit; Gehilfen, die eine Lehrzeit durchgemacht haben; Fähigkeit von Meister und Gehilfe, ein Stück Arbeit von Anbeginn bis zu Ende herzustellen; Produktion auf Rechnung und Gefahr des Inhabers. Betriebe, die zwischen 12 bis 30 Personen beschäftigen, sind Mittelbetriebe, und von 30 bis 40 Personen an beginnt der Umfang der Grossbetriebe. Unterscheidendes Merkmal der Fabrik vom Handwerk ist nicht die Maschine, die vielmehr in der Buchbinderei auch im Handwerk in der Form von Kleinmaschinen aller Art Verwendung findet und ihm gerade die Fortexistenz erleichtert, sondern die bis ins kleinste durchgeführte Arbeitsteilung, die Beschäftigung technischer Aufsichtsbeamten und theoretisch geschulter Techniker neben bloss angelernten und ungelernten Arbeitern und Arbeiterinnen, die Benutzung von Maschinen und Motoren in grösserem Masssstab und dass der Unternehmer am technischen Prozess nicht direkt teilnimmt. Von einer Unterscheidung nach diesen Merkmalen weiss die deutsche Gewerbezählung bis soweit noch nichts; sie unterscheidet nur nach der Personenzahl, und auch da kennen die ersten Zählungen nur wenige Grösseneinteilungen, so dass Vergleichungen, welche die Entwickelung des Gewerbes erkennen lassen sollen, nur in Bezug auf wenige, sehr weitgefasste Betriebsgruppen möglich sind. Sie zeigen, dass in den Jahren von 1882 bis 1895 in der Buchbinderei die Alleinbetriebe zwar absolut noch etwas zugenommen haben, im Verhältnis zum Bevölkerungszuwachs und den Gehilfenbetrieben aber erheblich zurückgeblieben sind, die Kleinbetriebe von 2 bis 5 Personen ebenfalls zwar ihre absolute Zahl vermehrt, in Bezug auf Anteil an Raum im Gewerbe aber relativ verloren haben. Erst die Betriebe von 6 bis 10 Personen, die nach dem obigen aber noch dem Handwerk zuzuzählen sind, zeigen an Zahl der Geschäfte sowohl wie Zahl des Personals eine Zunahme (von 58,1 bezw. 53,7%), die das Wachstum der Bevölkerung bedeutend übersteigt. Proportionell noch stärker ist in beiden Punkten die Zunahme der mittleren und der Grossbetriebe. Stellt man die absoluten Zahlen des beschäftigten Personals in den beiden Zähljahren einander gegenüber, so entfällt von dem Gesamtzuwachs von rund 26000 (41624 auf 67805) der bei weitem grössere Teil auf die Mittel- und Grossbetriebe. Die Betriebe von 6 bis 50 Personen vermehrten ihr Personal um 12115 Personen, wovon nur 2360 auf die Betriebe von 6 bis 10 Personen entfallen; die Betriebe mit über 50 Personen haben einen Zuwachs von 12462 (7207 auf 11669) Personen oder 172,9% ihres Gesamtpersonals.

In der Buchbinderei nehmen somit, da von den Betrieben von 6 bis 50 Personen noch ein Teil den Grossbetrieben zufällt, diese den grössten Platz ein. Die Fabrik überragt das Handwerk ganz wesentlich. Und doch ist es, als Ganzes betrachtet, kein eigentlicher Aufsaugungs- oder Konzentrationsprozess; denn das Handwerk oder der Kleinbetrieb und der kleinere Mittelbetrieb erfüllen andere Aufgaben, als wie die Fabrik; sie behaupten und steigern sogar noch ihre Proportion zur Gesamtbevölkerung. Und im ganzen in befestigterer Gestalt. Denn es ist der unwirtschaftliche Kleinbetrieb, der relativ zurückbleibt; wirtschaftlich wird nach dem Verfasser eine Buchbinderei aber erst, wenn sie mindestens drei Personen umfasst; dann lasse sich schon ein Produzieren von Hand zu Hand ermöglichen.

Der Verfasser kommt hinsichtlich der Betriebsformen zu folgendem Schlussergebnis:

1. Ein Konkurrenzkampf zwischen Fabrik und Handwerk findet heute nicht mehr statt, beide Betriebsformen haben ihr besonderes Arbeitsgebiet. Allerdings sucht der Mittelbetrieb nach beiden Seiten hin Boden zu gewinnen, von vitaler Bedeutung ist aber dieser Eingriff weder für die Fabrik noch für das Handwerk.

2. Die handwerksmässig betriebene Buchbinderei findet, bei durchgreifender technischer Ausbildung ihres Personals, auch jetzt noch einen gesicherten Boden, der bei zunehmendem Wohlstand der Bevölkerung weiterer Festigung fähig ist.

3. Historisch geworden und aus technisch-wirtschaftlichen Gründen dringend zu wünschen ist die Vereinigung von Buchbinderei und Schreibwarenhandel. Beide Erwerbsquellen in einer Hand sichern dem Inhaber auch für die Folge ein gesichertes Auskommen.« (S. 96.)

Auf die Einzelheiten der Begründung dieser Sätze kann hier nicht eingegangen werden. Schon die nächste Gewerbezählung dürfte genügend Anzeichen dafür liefern, inwieweit sie berechtigt sind. Seit der letzten Gewerbezählung sind jetzt über acht Jahre verstrichen, in unserer schnelllebenden Zeit eine ausreichende Frist, um manches Bild der Gewerbeentwickelung erheblich zu ändern. Immerhin müssen wir zugeben, dass der Verfasser eine Anzahl von Momenten hervorhebt, die eine Gestaltung der Dinge, wie er sie voraussieht, als wahrscheinlich erscheinen lassen. Sein Buch, das von einem Abriss über die Geschichte und technische Entwickelung der Buchbinderei eingeleitet wird, zeugt von Vertrautheit mit der geschäftlichen und technischen Natur des Gewerbes, sowie guter Literaturkenntnis, die sich allerdings auf Deutschland beschränkt. Einige Berücksichtigung des Auslandes und insbesondere Englands, das in der Neuzeit in der Buchbinderei so manchem Fortschritt die Bahn gebrochen hat, würde nichts geschadet haben. Desgleichen hätte der Verfasser, der ein ganzes Kapitel über die berufliche und soziale Gliederung der Erwerbstätigen in der Buchbinderei erbringt, wohl auch etwas über die soziale Lage der verschiedenen Arbeiterkategorien anführen können, die da in Frage kommen, wobei ihm die von der Organisation der deutschen Buchbindergehilfen wiederholt angestellten und veröffentlichten sorgfältigen statistischen Erhebungen gute Dienste geleistet hätten. Sonst ist gerade die Statistik in seinem Buch nicht zu kurz gekommen. Es ist voll interessanter Einzelheiten über die örtliche Ausbreitung des Gewerbes, über seine Beziehung zur wirtschaftlichen Verfassung der Ortschaften und Distrikte, und anderes mehr. Aber wenn das Wort volkswirtschaftlich im Titel des Buches volle Berechtigung haben soll, dann gehört zu ihm auch die Erörterung der Frage, wie das untersuchte Gewerbe seine Arbeiter stellt. Wie es ist, hat der Leser keinen Anhaltspunkt dafür, ob die Erhaltung des Handwerkes in der Buchbinderei wirklich eine volkswirtschaftlich erfreuliche Tatsache ist oder nicht. Das ist ohne Zweifel ein Mangel in dem sonst verdienstvollen und sehr klar abgefassten Buch.

Kuczynski, R.: **Die Einwanderungspolitik und die Bevölkerungsfrage der Vereinigten Staaten von Amerika.** (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Vorträge und Abhandlungen, herausgegeben von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin, Heft 194). Berlin 1903, Leonhard Simion. 35 S. 8°. Preis: 1 Mk.

Der Verfasser untersucht die Frage, wie sich der Bevölkerungszuwachs in den Vereinigten Staaten stellen wird, wenn die zur Zeit geplanten Massnahmen gegen »unwünschbare« Einwanderer Gesetz würden. Nicht weniger als fünf Sechstel der jetzigen Einwanderung würden nach seiner, auf amtlichen amerikanischen Statistiken beruhenden Berechnung von den Ausschliessungsmassregeln betroffen, d. h. der Einwanderung entzogen werden. Aber die Einwanderung hat bisher nicht nur direkt in grossem Masse zum Anwachsen der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten beigetragen, sie hat es auch dadurch gesteigert, dass die Einwanderer einen bedeutend stärkeren Nachwuchs erzeugen, als die eingeborene Bevölkerung. An vielen Zahlen zeigt der Verfasser, dass die Fruchtbarkeit bezw. die natürliche Vermehrung der in den Vereinigten Staaten geborenen Bevölkerung selbst noch hinter der des französischen Volkes zurückbleibt, so dass ohne Einwanderung der Bevölkerungsstand der weissen Bevölkerung in den Ver. Staaten stationär bleiben, wenn nicht langsam zurückgehen würde. Eine solche Gestaltung der Dinge könne den Ver. Staaten ihre Stellung unter den Weltmächten kosten.

Der Verfasser, der über denselben Gegenstand eine Abhandlung im Quarterly Journal of Economics veröffentlicht hat, stellt nur die Fruchtbarkeit der eingewanderten und der eingeborenen Bevölkerung der Ver. Staaten gegenüber. Es wäre aber interessant, zu erfahren, wie sich unter der eingeborenen Bevölkerung die Fruchtbarkeit nach ethnologischer Gruppierung ge-

staltet. Ob es darüber, ausser was die Neger anbetrifft, zuverlässige Statistiken in grösserem Umfange gibt, ist uns indes nicht bekannt. Wir berühren die Frage nur, weil in England und in den britischen Kolonien ebenfalls die Rate des natürlichen Bevölkerungszuwachses ganz erheblich zurückgegangen ist und noch immer sinkt, und es demgemäss nicht ausgeschlossen ist, dass es sich drüben um eine vornehmlich die angelsächsische Welt betreffende Erscheinung handelt. In Kanada z. B. ist die Geburtenziffer der französischen Kanadier ganz erheblich höher, als die der Kanadier angelsächsischer Herkunft.

Im übrigen sind wir der Ansicht, dass es kaum dauernd zu jener gewaltigen Einschränkung der Einwanderung in den Ver. Staaten kommen wird, die der Verfasser voraussieht. Dafür dürften u. a. schon die grossen Dampfergesellschaften sorgen. Aber es ist doch von Interesse, die Zahlen kennen zu lernen, die er hinsichtlich der Wandlungen vorführt, welche die amerikanische Einwanderung im Laufe der Zeiten quantitativ und ethnologisch erfahren hat, sowie seine Berechnungen über die Fruchtbarkeit der Yankees nachzulesen. Der selige Malthus würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sie vernehmen könnte.

An einigen Stellen stossen wir auf fremdartige Wendungen. (Vgl. z. B. S. 20, Zeile 16/17, die Konstruktion S. 21, Zeile 15, »bedeckt« statt »deckt«; S. 29, Zeile 4 v. unten, »Gebürtigkeit«, offenbar für »Geburtshäufigkeit« u. s. w.), und einigemale schreibt der Verfasser »Prozentsätze«, wo es sich um Sätze pro Tausend handelt. Sonst liest sich die Broschüre sehr flüssig.

Menger, Dr. Anton: **Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen.** Dritte verbesserte und vermehrte Auflage (viertes Tausend). Tübingen 1904. H. Laupp. XII u. 241 S. 8°. Preis: br. 2 Mk. 50 Pfg.

Menger, Dr. Anton: **Neue Staatslehre.** Zweite Auflage. Jena 1904. Gustav Fischer. Preis br. 2 Mk.

Gleichzeitig mit der dritten Auflage der — leider — noch ganz und gar nicht veralteten Kritik, die Menger vor nun vierzehn Jahren zuerst vom Standpunkt der besitzlosen Klassen aus in kaum zu übertreffender Schärfe am damals im Entwurf vorliegenden deutschen bürgerlichen Gesetzbuch geübt hat, erscheint auch zu einem, selbst dem weniger Bemittelten die Anschaffung ermöglichenden Preise seine streng sozialistische *Neue Staatslehre* in einer neuen Auflage. In der Tat gehören diese beiden Schriften des hervorragenden Wiener Rechtslehrers fast organisch zusammen. Wohl fehlt der erstgenannten kritischen Arbeit nicht der positive Gehalt. Denn abgesehen davon, dass jede Kritik, in der eine bestimmte, folgerichtig innegehaltene Auffassung zum Ausdruck kommt, zugleich positiver Natur ist — nur die der bestimmten Grundsätze entbehrende Kritik ist rein negativ — gibt M. in »Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Klassen« eine ganze Anzahl bestimmter Weisungen, wie die von ihm bekämpften Sätze um- oder auszugestalten wären, um wenigstens in etwas ihre gegen die besitzlosen Klassen gekehrte Spitze zu verlieren. Aber diese positive Ergänzung seiner Kritik wird doch meist in Form von Vorschlägen geliefert, die als Kompromiss gedacht sind. In der Neuen Staatslehre aber, die wiederum der Kritik nicht entbehrt, ja, bei der sogar die Kritik die positiven Darlegungen fast auf Schritt und Tritt begleitet und ihnen den Untergrund, die Folie liefert, von der sie sich um so klarer abheben, stellt Menger u. a. dem in der anderen Schrift in seinen Hauptpunkten als Ausdruck des Klassengeistes der Besitzenden gekennzeichneten deutschen bürgerlichen Gesetzbuch ein ganzes R e c h t s s y s t e m gegenüber, das in strenger Einheitlichkeit die in jenem behandelten Fragen und Beziehungen Punkt für Punkt vom Standpunkt der heute besitzlosen arbeitenden Klassen regelt. Wie man sich nun auch zu Mengers theoretischer Auffassung stellen mag — und wir haben bei Besprechung der ersten Auflage der *Neuen Staatslehre* (vgl. Heft 6 der Dok. d. Soz., S. 246 ff.) unsere Vorbehalte in dieser Hinsicht ziemlich ausführlich dargelegt — so wird doch selbst ihr entschiedenster Gegner den Wert einer so kompromissfreien Durchführung einer wohldurchdachten Rechtsanschauung, wie M. sie in diesem Werke bis in Bezug auf die kleinsten Organe des sozialen

Körpers hinein lieferte, sehr hoch stellen müssen. Handelt es sich hier doch ganz und gar nicht um phantastisches Konstruieren, sondern um einen methodischen Aufbau auf sehr realistischer Grundlage. Soll er als ein Muster gelten, das sklavisch nachgeahmt werden will, dann freilich müsste jeder, der von Menger in dieser oder jener Hinsicht abweicht, vor seinem Buch warnen. Als Modell jedoch, an dem studiert werden soll, als Grundriss, der da zeigen soll, wie ein einheitlicher Rechtsbau aussehen würde, der auf bestimmten sozialistischen Grundgedanken mit strenger Systematik aufgerichtet ist, ist es aber gar nicht hoch genug zu schätzen. Denn an den Konsequenzen, zu denen es bei streng folgerichtiger Anwendung und Durchführung hinleitet, erkennen wir alsdann die Brauchbarkeit oder Reformbedürftigkeit des Gedankens. Im allgemeinen schafft zwar der reale Kampf, wie er in der rauhen Welt der Interessen geführt wird, das Bedürfnis für Rechtsreformen und das Verständnis dafür, in welcher Richtung sie zu suchen sind und welche bestimmte Gestalt sie zu nehmen haben. Aber ganz parallel ist die Entwickelung von Wirtschaft und Recht, Klassenkampf und Staatsverfassung nie gegangen, und wo die Macht, die im Kampf ausgeübt wird, und die in der Politik oft schon wirkt, ehe noch der Kämpfende der Sieger geworden, schöpferisch gestalten und Umwege vermeiden soll, da gehören zu ihrer richtigen Anwendung auch Projektionen in die Zukunft. Genau wie der Forscher auf dem Gebiet der exakten Wissenschaft Hypothesen aufstellen muss, um seine Forschung planvoll weiter zu führen. Die Hypothese ist nicht Wissenschaft, aber sie gehört zur Wissenschaft, und genau so verhält es sich hier. Eine Hypothese ist es, die Mengers Neue Staatslehre vorführt, eine in vielen Punkten zum Widerspruch reizende, in anderen Bewunderung abnötigende, und durchgängig mit reichem positivem Wissensstoff ausgestattete, schon allein um dieser Ausrüstung willen des Studiums werte Hypothese. Sie kann dem Kampf, den die Arbeiterklasse heute führt, in keiner Weise Abbruch tun, sondern ihm nur Waffen liefern, um im übrigen zur Vertiefung der sozialistischen Denkweise beizutragen.

Welchen reichen Gehalt an Rüstzeug für die Partei der Arbeiterklasse die Schrift »Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Klassen« darbietet, glauben wir als bekannt voraussetzen zu dürfen. Nur wenig von dem, was Menger an dem Entwurf des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs als die Besitzlosen schädigend blosslegte, ist aus dem Juristenwerk in seiner endgültigen, heute in Deutschland massgebenden Gestalt fortgeblieben. Während Menger im Vorwort zur neuen Auflage feststellen kann, dass der 1901 herausgekommene Vorentwurf zu einem schweizerischen Zivilgesetzbuch »die in diesem Buch vertretenen Ideen eines demokratischen Privatrechts schon zum grossen Teil durchgeführt hat«, während sogar in Oesterreich — man denke: in Oesterreich! — die Prozessgesetze von 1895 und 1896 die von Menger ebendaselbst aufgestellten »Grundsätze einer volkstümlichen Zivilrechtspflege« in vielen Punkten verwirklicht haben, hat in Deutschland sogar noch die 1898 durchgreifend umgearbeitete deutsche Zivilprozessordnung »auch auf dem Gebiete des Verfahrens die alten, den höheren Volksklassen so günstigen Vorurteile festgehalten«. (Vorwort.) So ist das Buch für Deutschland keine historische Erinnerung, sondern noch immer im wahren Sinne des Wortes eine Kampfschrift. Als solche wird ihr Wert dadurch erhöht, dass der Verfasser in dieser neuen Auflage durchgängig feststellt, in welcher Beziehung das bürgerliche Gesetzbuch in seiner heutigen Gestalt von dem Entwurf abweicht, gegen den seine Kritik sich richtet, und allen sonstigen Veränderungen (in der Paragraphierung etc.) sorgfältig Rechnung trägt.

Nachtarbeit, die gewerbliche — der Frauen. Berichte über ihren Umfang und ihre Regelung. Im Auftrage der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz eingeleitet und herausgegeben von Prof. Dr. Stephan Bauer. Jena 1903. Gustav Fischer. 400 S. gr. 8°. Preis: 7,50 Mk.

Eine Fülle von Material über die Nachtarbeit der Frauen, ihre Wirkung und gesetzliche Regelung bieten die vorliegenden Berichte, deren Ergebnis der Herausgeber im Vorwort in übersichtlicher Zusammenstellung darbietet; so dient z. B. die Tabelle auf S. XVI zur schnellen Orientierung über

die bestehende Einschränkung der Frauennachtarbeit in den einzelnen Ländern. Am günstigsten liegen die Verhältnisse in Neuseeland, wo eine gesetzliche 13stündige Ruhezeit für Frauen jeden Alters besteht, am ungünstigsten in Japan, das kein bezügliches Gesetz hat.

Die 22 Referate sind zumeist recht ausführlich — besonders gilt das von dem belgischen., das von Louis Varlez, Rechtsanwalt in Gent, sehr sorgsam und umfassend zusammengestellt ist, und rühren von kompetenter Seite her; es seien nur Gewerbeinspektor Dr. Karl Fuchs-Karlsruhe, Prof. Matsuzaki-Tokio, Professor Pic-Lyon, George H. Wood-London genannt. Aus fast allen Berichten geht hervor, dass das Verbot der Frauennachtarbeit nur günstige Folgen gehabt hat, und die meisten Referenten befinden sich in völliger Uebereinstimmung mit dem Urteil des Gewerbeinspektors Dr. Fuchs-Karlsruhe, welcher erklärt (S. 17), »dass das Verbot der Frauennachtarbeit in Verbindung mit dem 11stündigen Maximalarbeitstag weder auf die Verhältnisse der betroffenen Industriellen, noch auch der Arbeiter einen nachteiligen Einfluss ausgeübt hat . . . Für die Arbeiter war der Fortschritt in sittlicher und sanitärer Hinsicht ein bedeutender Gewinn, dem äquivalente materielle Verluste nicht gegenüberstehen.« Wird erst die ungenügende Kontrolle (Ber. von Fuchs S. 6), die auch der belgische Referent Varlez neben der schlecht angebrachten Milde der Richter (S. 116) rügt, gebessert, dann werden auch noch manche jetzt bestehenden Uebelstände verschwinden.

Jedenfalls ist es sehr zu wünschen, dass die Ausnahmen des Verbotes, welche die heutigen Gesetze noch zulassen, völlig beseitigt werden, wie es Dr. Max Hirsch-Berlin, Prof. Pic-Lyon u. a. in ihren Berichten verlangen, vor allem aber, dass nicht nur die Fabrikarbeiterin, sondern alle Kategorien der Lohnangestellten des Schutzes des Gesetzes teilhaftig werden. (Bericht von Pic S. 215.)

Zum Schluss sei noch hervorgehoben, dass das Ergebnis der Enquête, das in diesem Bande vorliegt, recht wertvolles Material für eine künftige Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung bietet und das Werk deshalb jedem Soziologen aufs wärmste empfohlen werden kann. *b. ch.*

Oppenheimer, Franz: **Das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre.** Darstellung und Kritik. Berlin 1903, Georg Reimer. VI u. 148 S. 8°. Preis: 3 Mk.

Das Grundgesetz oder der Grundpfeiler der Marxschen Gesellschaftslehre ist nach dem Verfasser das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, das Marx im 4. Abschnitt des 23. Kapitels des »Kapital«, Bd. I, wie folgt formuliert hat: »Je grösser der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Grösse des Proletariats und die Produktivkraft der Arbeit, desto grösser die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismässige Grösse der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je grösser aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Uebervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je grösser endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto grösser der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.« Es »schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.« (Kapital Bd. I, 4. Aufl., S. 609 u. 611.)

Dieses Gesetz nun ist nach Oppenheimer »die wichtigste Prämisse für die sämtlichen wichtigen Folgerungen der Marxschen Gesellschaftslehre«, nämlich a) die Zusammenbruchstheorie; b) die Lehre vom kollektivistischen Zukunftsstaat; c) die materialistische Geschichtsauffassung. Es sei aber falsch. »Der von Marx gelieferte Beweis für dieses Gesetz ist unhaltbar.«



Das »Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« besteht nicht. »Mit ihrer wichigsten Prämisse werden die sämtlichen wichtigen Folgerungen der Marxschen Gesellschaftslehre hinfällig. Die Tatsachen der kapitalistischen Entwickelung verlangen eine andere Erklärung und lassen eine solche zu.« (Thesen 2. 3 u. 4.)

Der Beweisführung für diese Sätze ist das vorliegende Buch gewidmet. Und zwar handelt es sich da vorwiegend um Punkt a der obigen drei Folgerungen. Was Punkt b und c anbelangt, so betrifft deren Kritik durch Oppenheimer mehr Spielarten: einen ganz bestimmten kollektivistischen Zukunftsstaat, nicht einen Staat mit kollektivistischen Einrichtungen, eine ganz bestimmte, von ihm als produktionistisch bezeichnete Form der materialistischen Geschichtsauffassung, nicht den Gedanken von dem bestimmenden Einfluss der Oekonomie in der Geschichte. Sie kann daher hier unerörtert bleiben, was nicht sagen soll, dass wir Oppenheimers bezügliche Bemerkungen für einwandfrei halten.

Dagegen ist es richtig, dass die Zusammenbruchstheorie mit dem obigen Akkumulationsgesetz in engem Zusammenhang steht. Die von Marx am Abschluss des ersten Bandes Kapital angestellte Prognose der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation — und das ist doch der Kern der Zusammenbruchstheorie — ist nur die logische Folgerung aus diesem Gesetz. Mit ihm steht und fällt sie. Und mit ihm steht und fällt, darin oder insoweit hat Oppenheimer jedenfalls recht, die geschlossene Einheitlichkeit des spezifischen Teils der Marxschen Gesellschaftslehre, der die kapitalistische Gesellschaft behandelt. Im einzelnen mag, wenn es fällt, noch vieles von ihr richtig und vom grössten Erkenntniswert sein; als ein in seinen Vesten unerschütterter Bau kann sie alsdann nicht mehr gelten. Nicht die Werttheorie, wie man so lange geglaubt hat, sondern dieses Gesetz bildet den Eckstein des Marxschen Gebäudes; nicht in ihr, sondern ihm wurzelt zuletzt die Erklärung des Zustandekommens des kapitalistischen Mehrwerts; die Werttheorie v e r a n s c h a u l i c h t nur, was das Akkumulationsgesetz beweisen will. »Der Unglückliche sieht nicht«, schreibt Marx in einem Brief an Kugelmann, »dass wenn in meinem Buch gar kein Kapitel über den Wert stände, die Analyse der realen Verhältnisse, die ich gebe, den Beweis und den Nachweis des wirklichen Wertverhältnisses enthalten würde.« Oppenheimer hat also recht, wenn er ausführt, dass, wer das Marxsche System ins Herz treffen will, seinen Angriff gegen das Marxsche Akkumulationsgesetz richten muss.

Das tut er nun mit Aufgebot seiner sicherlich nicht unbedeutenden dialektischen Kraft. Er will den Fehler der meisten Marx-Kritiker: Herumkramen an Kleinigkeiten, möglichst vermeiden, davon Abstand nehmen, die Unzulänglichkeit der Marxschen statistischen Beispiele gegen Marx auszuspielen. Marx, schreibt er, könne nur durch seine eigene Methode überwunden werden, die grundsätzlich nicht statistisch, sondern deduktiv sei; wo Marx Zahlen erbringe, geschehe es »rein illustrativ«, häufig als Anmerkungen unter dem Strich. Als Beweis berufe Marx sich nur auf die »grossen, auch ohne statistische Subtilitäten zugänglichen, jedermann bekannten Tatsachenmassen«. (S. 47/48.) Letzteres ist richtig, und es kennzeichnet Oppenheimer als einen Polemisten grösseren Stils, dass er seinen Gegner da zu fassen sucht, wo er stark, und nicht da, wo er notorisch schwach ist. Indes bleibt es schliesslich doch zu einem wesentlichen Teil bei dieser guten Absicht. Nach unserer Ansicht mit Notwendigkeit. Auch die bekannten grossen Tatsachenmassen müssen statistisch analysiert werden, ehe sich aus ihnen irgend etwas mit Sicherheit schliessen lässt, und in jeder deduktiven Beweisführung gibt es Stellen, wo die Deduktion nicht mehr ausreicht, wo die Tatsachen herangezogen, hier also, wie es bei Oppenheimer selbst einmal heisst, »g e z ä h l t werden muss«. (S. 66.) Allerdings gelingt es Oppenheimer, auch in der reinen Deduktion, durch die Marx das qu. Gesetz begründet und die er sehr gut herausschält, ein Stelle zu entdecken, wo, um mit ihm zu reden, »der Marxsche Kettenschluss in der Mitte auseinanderbricht«. Es ist dies der folgende, die Ausführungen des zweiten langen Satzes im dritten Abschnitt von Kapitel 23 Bd. I »Kapital« (4. Aufl. S. 593/94) zusammenfassende »Hauptsatz«: »Wo die Zahl der Arbeitsstellen (Zahl der Beschäftigten) im Verhältnis zum Gesamtkapital fällt, da fällt sie auch im Verhältnis zur Zahl der arbeitsfähigen und

arbeitswilligen Mitglieder des Proletariats, der aktiven Arbeiterarmee.« Dieser Satz schliesst an zwei von Oppenheimer zugegebene Hauptsätze an, nämlich dass 1., wo Kapital akkumuliert wird, das Lohnkapital (»variable« Kapitalteil) verhältnismässig fällt, und dass 2. wo dies geschieht, die Zahl der Stellen (beschäftigten Arbeiter) im gleichen Verhältnis fällt, und aus ihm leiten sich als »unleugbare Konsequenzen« zwei andere Hauptsätze ab, die den Schluss des Gesetzes selbst konstituieren. Es kommt also auf diesen Mittelsatz an, ob das Gesetz richtig ist. Und nun sucht Oppenheimer zu zeigen, dass die Marxsche Deduktion gerade hier der Beweiskraft ermangelt. Nicht aus genau denselben Gründen wie Oppenheimer, aber der Sache nach sind auch wir der Ansicht, dass der Marxsche Beweis hier nicht zwingend ist. Ja, wir haben sogar schon in Bezug auf Hauptsatz 1 dann einige Vorbehalte zu machen, wenn Kapital, worum es sich hier doch handelt, für gesellschaftliches Gesamtkapital steht. Indes kann die Triftigkeit der Einwände ebenso wie die Richtigkeit der Marxschen Schlüsse am Ende doch nur an der Hand der erfahrungsmässigen Tatsachen nachgewiesen werden. Die Marxsche Deduktion will ja auch weiter nichts sein, als logisch gegliederte Zusammenfassung der realen Tatsachen, der wirklichen Bewegung.

Ins Greifbare übersetzt, läuft nun die Deduktion der Sätze 1 bis 3 auf die bekannte Theorie von der Freisetzung von Arbeitern durch die maschinelle Technik bezw. auf die Auffassung hinaus, dass »die Maschine den Arbeiter erschlägt«. Ist sie richtig, hat sie sich in der Erfahrung und auf die Gesamtwirtschaft angewandt bewährt, oder ist die alte Kompensationstheorie der bürgerlichen Oekonomen richtig, wonach die Maschine wohl zeitweilig Arbeiter freisetzt, aber nach kurzer Zeit wieder durch gleichzeitige Freisetzung von Kapital etc. mehr Arbeitsgelegenheit schafft, als sie zuerst etwa aufhob?

Marx hat dieser Frage im »Kapital« einen eigenen Paragraphen gewidmet (Bd. I. Kap. 13.6). Aber das Stück gehört nächst dem Abschnitt über die Lohnfondstheorie im Resultat wohl zu dem Schwächsten, was im »Kapital« zu finden ist. Das positive Ergebnis steht im umgekehrten Verhältnis zu den heftigen Ausfällen, mit denen Marx da, und obendrein ziemlich unberechtigterweise, die von ihm als Anhänger der Kompensationstheorie bezeichneten Oekonomen bedenkt. Mac Culloch z. B. ist zwar entschiedener Vertreter der Kompensationstheorie, sagt aber keineswegs, dass für die jeweilig von der Maschine freigesetzten Arbeiter sich stets alsbald Beschäftigung finde, sondern hebt selbst hervor, dass sich nicht immer sofort Arbeit finde und dass der Uebergang für die Arbeiter von den »ernsthaftesten Härten« begleitet sein kann; er verweist dabei auf das Beispiel der durch die Maschine expropriierten Handweber und verlangt für diese in der Uebergangszeit öffentliche Hilfsaktion. (Principles, ed. 1843 p. 203.) Und Stuart Mill schreibt direkt: »Alle Beweisversuche, dass die arbeitenden Klassen, als eine Gesamtheit genommen, durch die Einführung von Maschinen oder durch das Hineinstecken von Kapital in bleibende Verbesserungen auch zeitweilig nicht leiden können, sind notwendig trügerisch. Nachfrage nach Sachgütern ist eine völlig verschiedene Sache von der Nachfrage nach Arbeit« (im Sinne von Arbeitskraft). Und kurz vorher fragt er: »Wenn die Fonds, welche die Stelle des in kostbare Maschinen gesteckten Kapitals einnahmen, herbeigeschleppt wurden durch Entziehung aus dem allgemeinen Kapital des Gemeinwesens, worin sind dann die arbeitenden Klassen durch den blossen Uebergang besser daran? Auf welche Weise ist der Verlust, den sie durch die Umwandlung des umlaufenden Kapitals in stehendes erfuhren, . . . für sie ausgleichend?« (»Grundsätze«, übers. von Soetbeer, 3. Ausg., Bd. I S. 102/103.) Allerdings kommt Mill gleich Mac Culloch schliesslich doch zu dem Resultat, dass auf die Dauer Kompensation und sogar Zunahme der Arbeitsgelegenheit stattfindet, aber das ist bezeichnenderweise hier auch bei Marx das Ende vom Liede. Er führt wohl Beispiele für Abnahme der Beschäftigung in einzelnen Produktionszweigen an, und auch die gelten nur fur bestimmte Zeitperioden, aber weder deduktiv noch induktiv oder statistisch hat er den Beweis dafür erbracht, dass, wie Oppenheimer es formuliert, »in der Gesamtwirtschaft eine nur partielle Kompensation der »Freisetzung« durch Mehreinstellung von Arbeitern stattfindet.« (S. 67.) Wie Oppenheimer feststellt, führt Marx im Gegenteil

›Tatsachen der ›Urbanisierung‹ an, die beweisen, dass mindestens in der Gesamt i n d u s t r i e eine sehr starke Ueberkompensation stattfindet‹. (Ebendas.) In der Tat, sobald man bloss die England betreffende Statistik heranzieht, sprechen die Zahlen, die Marx für das starke relative Wachstum der Städte und Industriecentren anführt, entschieden g e g e n die relative Abnahme der Arbeitsstellen in der Industrie und damit gegen das ›Gesetz der Akkumulation‹. Aber ist es angängig, ein einzelnes Land in dieser Weise aus dem Weltmarktgetriebe herauszugreifen? Sicherlich nicht. Denn Marx hat keine Abhandlung über das englische Kapital und die Vorteile oder Nachteile der kapitalistischen Produktion für die englischen Arbeiter allein geschrieben, kein spezifisches Akkumulationsgesetz der englischen Wirtschaft aufstellen wollen, sondern die a l l g e m e i n e n Gesetze, die a l l g e m e i n e Wirkung des Kapitalismus zu ergründen gesucht. Wohl sucht er seine Deduktionen durch Hinweise auf die englische Statistik zu erhärten; aber wenn die Zahlen ihn da oft in Stich lassen, so gerade, w e i l er sich zu sehr auf England beschränkt. Da die kapitalistische Wirtschaft Weltwirtschaft heisst, ist es absolut unzulässig, von den Verhältnissen eines einzelnen kapitalistischen Landes, das, wie England, erstens einen gewaltigen Export von Industrieprodukten und zweitens einen grossen Import von Tributzahlungen aller Art und aus aller Herren Länder an die englische Nation hat, allgemeingültige Schlüsse über die Wirkungen des Kapitalismus auf die Lage der Arbeiterklasse abzuleiten. Bei einer früheren Gelegenheit hatte der Schreiber dieses gegen Oppenheimer, unter anderen Einwänden gegen dessen Kritik der Theorie von der industriellen Reservearmee, auch den der Unzulässigkeit solcher Isolierung geltend gemacht. Oppenheimer will dies Argument nicht zulassen und meint, einen Satz von Marx variierend: ›Bei der Betrachtung der Lohn- und sonstigen Verhältnisse der Proletarier in kapitalistischen Ländern rührt uns der Ausländer so wenig wie Herrn Thiers.‹ (S. 118.) Damit stellt er aber noch mehr wie seinem Herzen seinem Kopf ein recht schlechtes Zeugnis aus. Denn er will uns glauben machen, dass er im Ernst der Meinung sei, man könne aus l o k a l e n Erscheinungen allgemeine Gesetze für die kapitalistische Wirtschaft ableiten. Marx hat wenigstens durch den in einer Note angebrachten Hinweis auf die Rückwirkung der Erfindung des mechanischen Webstuhls auf die indischen Hausweber durchblicken lassen (was er anderswo sogar ausdrücklich betont hat), dass mit der Gestaltung des englischen Arbeitsmarktes die Frage der Kompensation noch nicht erledigt ist; aber er hat leider — wie das ja öfter bei ihm geschieht — den Punkt gleich wieder fallen lassen, statt ihn und was mit ihm in Beziehung steht, gebührend in die Betrachtung hineinzuziehen. Das war ein grosser Fehler und nimmt seiner induktiven Beweisführung hier und auch anderwärts jede Beweiskraft. Aber wenn Marx diesen Fehler macht, der bei ihm mehr ein Flüchtigkeitsfehler ist, so gibt dies Oppenheimer noch kein Recht, sich darauf eine Brücke zu bauen. Sie wäre obendrein ziemlich baufällig. Seit einiger Zeit geht die englische Baumwollindustrie infolge der Konkurrenz verschiedener Länder tatsächlich zurück, nimmt die Zahl ihrer Arbeiter wieder ab. Nach Oppenheimers hier ausgespielter Logik gäbe dies jedem Beliebigen das Recht, einer Bemerkung Oppenheimers auf S. 109 gegenüber, die englische Baumwollindustrie als ein Beispiel dafür anzuführen, dass das Kapital d o c h eine Reservearmee schaffe.

Weiter glaubt Oppenheimer, unsere Bemerkung, dass Arbeiterschutzgesetze, Kollektivaktion der Arbeiter etc. der vollen Verwirklichung der hier in Frage kommenden Tendenzen des Kapitalismus bereits vielfach Schranken gesetzt haben, u. a. mit der Bemerkung entkräften zu können, dies würde ›das absolute allgemeine Gesetz der Akkumulation samt seinen Konsequenzen preisgeben‹. (S. 117.) Hier zeigt sich aber, dass O., wie übrigens auch andere, sich über den Sinn, in dem Marx das Wort ›absolut‹ gebraucht, in einem verhängnisvollen Irrtum befindet. Marx braucht ›absolut‹ hier und anderen Ortes im ›Kapital‹ nicht in dem Sinn von unter allen Umständen, aller Gegenkräfte ungeachtet, sondern lediglich im Sinne von unabhängig von Gegenkräften betrachtet, bezw. ›rein‹. Dass dies keine willkürliche Interpretation ist, geht aus folgendem Satz hervor, der bei Marx noch in unmittelbarem Anschluss an den hier eingangs citierten Satz ›Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz etc.‹ folgt und lautet: ›E s w i r d g l e i c h a l l e n a n d e r e n

Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modificiert, deren Analyse nicht hierher gehört.« (Kap. I. S. 609.)

Oppenheimer hat dieses Stück beim Citieren fortgelassen. Das durfte er so lange, als es sich bloss um die Nachprüfung der deduktiven Beweisführung handelte. Für sie war die Einschränkung bedeutungslos, ja durfte sie gar nicht berücksichtigt werden, denn da drehte es sich eben um die Findung des reinen Gesetzes. Aber bei Kritik der induktiven Beweisführung durfte dieser wichtige Satz nicht ignoriert werden. Denn nur wenn man ihn berücksichtigt und dann die wirkliche Entwickelung dem Bild gegenüberstellt, welches sich ergeben müsste, wenn sich die Entwickelung nach dem reinen Gesetz vollzogen hätte, wird man den richtigen Massstab für das Gewicht der Worte »durch mannigfache Umstände modificiert« finden und gemäss ihm die Stützkraft des Gesetzes für die aus ihm abgeleiteten Folgerungen bemessen können.

Dadurch, dass O. dies unterliess, hat er seiner Kritik des Marxschen Grundgesetzes den grössten Teil ihrer Beweisfähigkeit entzogen. Denn was er nun weiterhin über den Industriecentralismus der Marxschen Schule, über die Rolle des Grossgrundeigentums bei der Entvölkerung des Landes und der Herstellung der tatsächlichen Reservearmee des Kapitals sagt, ist gewiss alles sehr interessant und beherzigenswert, wenn auch durchaus nicht immer einwandfrei. Aber es hat, soweit richtig, durchaus nicht die Bedeutung für die gestellte Frage, die er ihm beimisst. Er bemüht sich u. a. für die Landwirtschaft nachzuweisen, dass die Expropriation der kleinen englischen Pächter, die so viel zur Abwanderung in die Städte beigetragen hat, nicht dem Kapital, d. h. der Konkurrenz, zuzuschreiben sei, sondern dem Einfluss des Grossgrundeigentums, das seinen Ursprung in Gewaltakten aller Art hatte. Daran ist viel Richtiges, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Tatsächlich hätte das Grossgrundeigentum in vielen Fällen schwerlich die kleinen Pächter verjagt, wenn ihm nicht die grossen Pächter bessere Pachtbedingungen geboten hätten. Welche Vorteile auch heute der kleine bäuerliche Grundbesitz vielfach vor dem ländlichen Grossbetrieb voraus hat, so gab es eine Zeit und gibt es auch heute noch Gebiete, wo die kapitalistisch betriebene Landwirtschaft den bäuerlichen Kleinbetrieb durch reine Konkurrenz schlug bezw. schlägt. Da der Pächter weniger fest auf der Scholle sitzt, als der Eigentümer, hat der Grossgrundbesitz sicher sehr dazu beigetragen, den Prozess der Entvölkerung des Landes zu beschleunigen und zu steigern. Wenn aber Oppenheimer Marx entgegenhält, die Exmission des Pächters sei ein juristischer und kein ökonomischer Akt, so vergisst er, dass die Subhastation auch nur ein juristischer Akt ist. Wird er, wenn ein kleines Geschäft der Konkurrenz eines grossen erliegt und unter den Hammer kommt, behaupten wollen, es sei das Opfer des besagten — Hammers?

Wir übergehen andere Einwände. Aus dem Gesagten wird der Leser entnehmen, dass Oppenheimers Schrift nur zur Hälfte das hält, was sie verspricht. In ihrem ersten Teil ist sie glänzend; wer Sinn für scharfe Analyse und streng logisch geschlossenes Folgern hat, kann, wie er sich auch sachlich zu ihr stellt, sie nur mit Genuss lesen. Vor allem hat sie das Verdienst einer den Kern der Sache treffenden Fragestellung. Gewiss, das Akkumulationsgesetz ist der springende Punkt der Marxschen Analyse der kapitalistischen Wirtschaft, und weder deduktiv noch induktiv ist die Marxsche Beweisführung zwingend. Aber sie ist auch nicht widerlegt. Im zweiten, die Tatsachen behandelnden Teil opfert Oppenheimer die wissenschaftliche Strenge der Tendenz; es kommt ihm nicht mehr in erster Linie darauf an, die Wahrheit zu finden, sondern der Marxschen Theorie gegenüber für eine andere zu plaidieren.

Ueber diese wollen wollen wir uns hier nicht äussern, wenngleich wir sie für wohl der Erörterung wert halten und Oppenheimer jedenfalls zu ihren Gunsten vieles vorbringt, was auf volle Beachtung Anspruch hat. Ueberhaupt enthält der zweite Teil der Schrift sehr lesenswerte Stücke, darunter auch noch höchst wertvolle Beiträge zur Marx-Kritik. Aber es sind Teilkritiken, die dem Grundfehler nicht abhelfen, dass Oppenheimer sowohl bei Behandlung der industriellen, wie bei der der landwirtschaftlichen Entwickelung Englands den

Einfluss der Auslandsbeziehungen ganz ausser Rechnung lässt, und zwar, wie wir oben gesehen haben, bewusst, wenn nicht prinzipiell. So können fast alle seine Folgerungen nur bedingte Geltung beanspruchen, nicht aber Allgemeingültigkeit. Auf der anderen Seite sind gewisse Gesetze, die Oppenheimer aufstellt, wohl richtig, aber zu allgemeiner Natur, um die bestimmten Phänomene, die es zu erklären gilt, genauer zu treffen. So löst sich das, was er dem Schreiber dieses hinsichtlich der Frage des Lohngesetzes entgegenhält, in ein mechanisches Gesetz der Wirtschaft auf, das gewiss auch für die Bewegung der Löhne zutrifft, aber nicht viel anders, wie das »Gesetz«, dass Angebot und Nachfrage oder das Einmaleins die Lohnhöhe beeinflussen. Keine konkrete Lohnbestimmung wird durch diese Gesetze erschöpfend erklärt. Es sind allgemeine Gesetze, aber keine spezifischen Lohngesetze.

Niemand wird das Oppenheimersche Buch ohne Gewinn lesen. Es ist in der packenden, musterhaft logischen Sprache geschrieben, die den Verfasser von »Grossgrundeigentum und soziale Frage« auszeichnet, und verrät viel theoretisches Denken und wirtschaftsgeschichtliches Wissen. Für die Kenntnisse von Marx ist es ein wertvoller, in einzelnen Punkten unübertroffener Führer. Aber den Schuss ins Herz vollführt es nicht.

2. In französischer Sprache.

Leyret, Henry: **Les Nouveaux Jugements du Président Magnaud.** Paris 1904, Schleicher Fréres & Cie. 246 S. 8⁰. Preis: 3 Fr. 50.

Mr. Magnaud, seit 17 Jahren Präsident des Gerichtshofes von Chateau-Thierry, hat durch seine, von einem starken Gefühl für Menschlichkeit zeugenden Erkenntnisse einen Ruf erlangt, der weit über die Grenzen seines engeren Vaterlandes hinausreicht. »Das ist unser Magnaud«, sagte Leo Tolstoi im vorigen Jahre zu einem Mitarbeiter der »Temps«, indem er mit Stolz auf einen, wegen seiner Menschlichkeit berühmten russischen Richter zeigte. Und Mr. Jules Le Jeune, ehemaliger belgischer Justizminister und jetzt Anwalt am Kassationsgerichtshof zu Brüssel, erklärte jüngst, er halte Mr. Magnaud für einen bewundernswürdigen Menschen und sei »der Ansicht, dass seine Initiative wert ist, besonders von der Jugend unterstützt und ermuntert zu werden«. Georges Clemenceau und nach ihm Anatole France haben auf Magnaud den Beinamen »der gute Richter« angewendet.

So erzählt der Herausgeber dieses Buches im Vorwort. Nun ist Güte bei einem Richter gewiss eine sehr schätzenswerte, sogar unentbehrliche Eigenschaft, es wird aber immer die Frage erhoben werden können, ob nicht, wo die Güte stärker in den Vordergrund tritt, sie Gefahr läuft, dem Gefühl für das Recht Abbruch zu tun, und Vorwürfe dieser Art sind denn auch Mr. Magnaud nicht erspart geblieben. Für Leute in gesicherter Lebensstellung ist es billig, in Fragen anderer oder der Allgemeinheit den guten Menschen zu spielen. Soll die Güte nicht als Ausdruck der Schwäche oder Popularitätshascherei erscheinen, so muss auch sie noch in sich eine Rechtsauffassung verkörpern, ein neues Recht, aber ein von bestimmten Grundsätzen getragenes Recht. In welchem Grade dies bei Mr. Magnaud der Fall, davon legt der vorliegende Band von ihm verfügter Gerichtserkenntnisse Zeugnis ab. Es ist dies schon die zweite Sammlung (die erste erschien im Jahre 1900). Sie umfasst 60 Rechtssprüche, die der Herausgeber in acht Gruppen eingeteilt hat, nämlich: Das Recht aufs Leben; das Recht des Mannes und der Frau; das Recht der Kinder; das Recht der Arbeiter; das Recht der Gesellschaft gegen die Kirche; das Recht des Publikums gegen die Eisenbahngesellschaften; das Recht der Fischer und Jäger; das Recht der Staatsbürger.

Der Herausgeber hat der Sammlung eine längere Vorrede und eine kurze, gewisse Sätze aus den Magnaudschen Urteilen wirkungsvoll zusammenstellende Einleitung gegeben. Der Vorrede sei noch folgender Ausspruch eines italienischen Richters über Magnaud entnommen. Raffaele Majetti, Richter in Campobasso, schreibt von Magnaud, dass er »mit einem überraschend scharfen Einblick in das Seelenleben des Menschen sich gegen die formgerechten Gesetzesanwendungen, d. h. gegen den Straftarif für Verbrechen auflehnt, das Verbrechen nicht als ein abstraktes Rechtswesen, sondern als eine krankhafte

Aeusserung der sozialen Seele betrachtet und in der Strafe nicht eine Züchtigung, sondern eine Reaktion, eine soziale Abwehr gegenüber dem Verbrecher erblickt«. Mit anderen Worten, Magnaud gehört der modernen Rechtsschule an, viele seiner Erkenntnisse fassen in kurzen Sätzen ganze Abhandlungen dieser zusammen und kritisieren das in den bestehenden Gesetzbüchern niedergelegte Recht mit unübertrefflicher Schärfe. So z. B., wenn er ein des Kindesmordes angeklagtes Mädchen, das sein neugeborenes Kind hatte verbluten lassen, mit einer leichten Geldstrafe entlässt und in der Begründung des Erkenntnisses sagt, dass »einer Gesellschaft, welche die Mutter gewordenen Mädchen verachtet und für ihre Verführer so nachsichtig ist, selbst der grösste Anteil an der Verantwortung für die Folgen der für die Kinder so oft verhängnisvollen heimlichen Schwangerschaften und Entbindungen zur Last fällt«; oder wenn er in einem Ehebruchsprozess u. a. erkennt, dass »wenn der Richter sich gegenüber Tatsachen dieser Art, Tatsachen von so intimer und persönlicher Natur befindet, dass das soziale Interesse in keiner Weise ihre gesetzliche Unterdrückung, noch namentlich ihre skandalöse Bekanntgabe verlangt, es seine sehr deutliche Pflicht ist, ein so parteiisches und einem anderen Zeitalter angehörendes Gesetz [das in Frankreich die Ehebruch begehende Frau mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedroht], bis zu seiner unausbleiblichen Aufhebung ausser Gebrauch fallen zu lassen«; oder schliesslich in einem anderen Erkenntnis erklärt, dass es »das Recht und die Pflicht des Richters ist, bevor er straft, mit grösster Sorgfalt auf die wahren, die Ursprungsursachen der Strafhandlungen zurückzugehen, deren Unterdrückung die Gesellschaft von ihm verlangt«.

Das interessante Buch ist mit dem Porträt Magnauds ausgestattet.

Rappoport, Charles: **La Philosophie de l'Histoire comme Science de l'Evolution.** Paris 1903, G. Jacques. XV u. 247 S. 8⁰. Preis: 3 Fr. 50 cts.

Der Inhalt dieses Buches ist durch seinen Titel angezeigt. Der Verfasser behandelt das Thema mit von Belesenheit zeugendem Verständnis in acht Abhandlungen, die in den Jahren 1900 und 1901 in der Pariser Revue Socialiste erschienen sind. Damals trat der Verfasser (vgl. seine Vorrede zur deutschen Ausgabe der Historischen Briefe P. Lawroffs) als entschiedener socialistischer Gegner der marxistischen Doktrin auf. Seitdem hat er sich dem Marxismus zugewendet, und von der Intensität seines Stellungswechsels zeugen allerhand feindselige Angriffe, mit denen er in der Vorrede zu dieser Sammelausgabe andere, der Marxorthodoxie heute noch kritisch gegenüberstehende Sozialisten, darunter auch den Schreiber dieses, bedenkt. Wir begnügen uns mit der einfachen Feststellung der Tatsache. Da es sich dabei mehr um Angriffe auf unterstellte, als wirklich vertretene Ansichten handelt, die obendrein mehr das Gebiet der praktischen Politik als die Theorie betreffen, erübrigt es sich, hier näher auf sie einzugehen. Am Schluss des Vorworts zählt der Verfasser vier Punkte auf, hinsichtlich deren der Marxismus nach seiner Ansicht noch der weiteren Ausarbeitung und Präzisierung bedarf, und die, genauer betrachtet, das ganze Gebiet dessen umfassen, was von seiten der angegriffenen Marx-Kritiker als der Revision bedürftig erklärt worden ist.

3. In englischer Sprache.

Reports of the Mosely Industrial Commission. London 1903, Cassell & Company. 297 S. 4⁰. Preis: 6 pence netto.

Zu einem unglaublich billigen Preise werden in dieser Ausgabe die Berichte des Mr. Mosely und der 29 britischen Gewerkschaftsführer dargeboten, die im vorigen Jahre auf Anregung und Kosten des Erstgenannten eine gemeinschaftliche Studienreise durch die Vereinigten Staaten unternahmen, um die dortigen Produktions- und Arbeitsbedingungen an Ort und Stelle kennen zu lernen. Wir haben den Bericht eines der beteiligten Gewerkschaftler (Geo N. Barnes) schon in No. 7 der Dokumente (S. 304/305) besprochen, und was wir dort von dem einen Bericht sagten, können wir jetzt in Bezug auf

die Gesamtheit wiederholen. Die Berichte und die Antworten auf die 41 Fragen, die jeder der Gewerkschaftsführer zu beantworten hatte, machen durchweg den Eindruck tendenzloser Sachlichkeit, wenn sie auch deshalb noch nicht als in jedem Punkt korrekt betrachtet werden dürfen. Unbewusste Befangenheit, übertriebene Verallgemeinerung oder nicht ausreichende Information mögen manche Antwort diktiert haben, die den Tatbestand nicht genau wiedergibt. Indes haben wir es mit Leuten zu tun, die, selbst aus der Werkstatt hervorgegangen, viel schneller und schärfer sich ein Urteil über Werkstätten und Arbeitsverhältnisse zu bilden imstande sind als andere Reisende, zumal sie auch ganz anders und vertrauter als andere mit den betreffenden Arbeitern verkehren konnten. Ihre Antworten sind meist kurz und zur Sache; wo sie sich nicht hinlänglich unterrichtet fühlten, stellen sie das unumwunden fest. Alle konstatieren gewisse Ueberlegenheiten der Vereinigten Staaten fest, alle aber stimmen darin überein, dass ausser in Bezug auf die durchwg höheren Löhne die Arbeitsbedingungen in den Ver. Staaten vielfach noch hinter denen Englands zurückstehen, und mehrfach stossen wir auch auf abfällige Urteile über die Qualität der Arbeit. Oft kommt auch in den Antworten ein gewisser trockener Humor zum Ausdruck. Da die Antworten stets die amerikanischen Verhältnisse mit den englischen in Vergleich stellen, wobei oft über Lohnhöhe, Arbeitszeit, Wohnung, Lebensmittelpreise, Lebensweise ganz bestimmte Angaben gemacht werden, sind die Berichte als Informationsquelle über die Lage der englischen Arbeiter fast ebenso zu benutzen, wie als solche über die Lage der Arbeiter in den Ver. Staaten, und gewähren dem Forscher überhaupt viele wertvolle Einblicke.

4. In holländischer Sprache.

Kuyper, R.: **Over Waarde.** (Sonderabdruck aus der sozialdemokratischen holländischen Monatsrevue »De Nieuwe Tijd«.) Amsterdam 1903. 89 S. 8°.

Eine eingehende Studie über den Wert und die Werttheorien. Der Verfasser hat den Inhalt in einem Schreiben an den Herausgeber der »Dok.« übersichtlich zusammengefasst, und mit seiner freundlichen Erlaubnis lassen wir die betreffenden Stellen hier folgen. Sie lauten:

»In dieser Studie habe ich auseinandergesetzt, warum die Marxsche Behandlung des Wertes mir unhaltbar scheint (Seite 61—69). Auf Seite 20—41 habe ich die Grenznutzentheorie dargestellt, wie ich sie einigermassen umgearbeitet und auf den Wert des Geldes, auf den Arbeitslohn, den Kapitalzins u. s. w. angewandt habe. Die Grenznutzentheorie und die darauf basierten Theorien über Arbeitslohn, Kapitalzins u. s. w. halte ich für unwiderlegbar. Nun will ich aber diese Theorien, die mir übrigens ebenso flach wie banal vorkommen, nicht direkt für eine tiefere Analyse der ökonomischen Verhältnisse verwenden; dazu scheinen mir diese Theorien ganz ungenügend. Aber da ich die Marxsche Behandlung des Wertes unhaltbar erachte, andererseits jedoch die historisch-materialistische Grundlage seines Systems völlig acceptiere und auch mit der Theorie der sozialen Entwickelung einig gehen würde, falls das grundlegende Wertgesetz auf andere Weise motiviert werden könnte, habe ich mich gefragt, ob mit der Grenznutzentheorie der Austausch der Waren im Verhältnis der Arbeitsquanten (unter den von Marx aufgestellten Bedingungen bezüglich des Kapitalumschlages, der organischen Zusammensetzung, der »faux-frais« und der Extraprofite) nicht zu beweisen wäre. Dies habe ich auf Seite 81—89 versucht. Ich bin dabei von der Anpassung zwischen dem Preise des Finalgutes und der Summe von Auslagen und Einnahmen (an Arbeitslohn, Kapitalzins, Unternehmergewinn etc.) bei der Produktion der betreffenden Waare ausgegangen und habe durch Analyse dieser Auslagen und Einnahmen den Austausch der Waren nach dem Marxschen Wertgesetze (bei mittlerer organischer Zusammensetzung und mittlerem Umschlag der betreffenden Kapitale, bei mittleren »faux-frais« etc.) festgestellt. Dieses Ergebnis wird nun in das Marxsche System eingefügt. An der Stelle der Marxschen Wertlehre tritt also die Auffassung, dass, obschon der Wert *im allgemeinen* subjektivistisch und unabhängig vom Arbeitsquantum erklärt werden soll, doch eine bestimmte Kategorie von Werten (die Warenwerte)

unter gewisen Bedingungen mit dem zur Produktion erheischten Arbeitsquantum proportional ist. Dieses Ergebnis ist m. E. genügend. um alle Folgerungen, welche Marx im I. und II. Teil des »Kapital« aus seiner Wertlehre zieht, zu motivieren. Die theoretischen Operationen mit dem nicht allgemeingültigen Marxschen Werte (ich betrachte als W e r t besitzend auch die Seltenheitsgüter, unkultivierte Bodenstücke etc. und halte die Marxsche Inkongruenz zwischen Wert und Preis für unzulässig) werden nun gerechtfertigt, weil dieser Wertbegriff einen Inhalt hat im Einklang mit der historisch-materialistischen Grundlage des Systems und unentbehrlich ist für eine hierauf basierte Analyse der ökonomischen Verhältnisse.

Das Wertgesetz und die daraus gezogenen Folgerungen bezüglich der Verkörperung des absoluten und relativen Mehrwerts, der Akkumulation etc. haben nun absolute Gültigkeit für eine f i n g i e r t e kapitalistische Produktionsweise, worin die Bedingungen: mittlere organische Zusammensetzung und Kapitalumschlag, mittlere »faux frais« etc. erfüllt sind. Da nun die wirkliche kapitalistische Produktionsweise sich nur durch Nichterfüllung dieser Bedingungen von der f i n g i e r t e n kapitalistischen Produktionsweise unterscheidet und dieser Umstand natürlich für die Analyse vom Wesen und von den Entwickelungsgesetzen des Kapitalismus nur von sehr untergeordnetem Interesse ist, so ist man berechtigt, die Schlüsse, welche Marx im I. und II. Teil durch seine theoretischen Operationen auf die f i n g i e r t e kapitalistische Produktionsweise zieht, ohne weiteres auf die w i r k l i c h e kapitalistische Produktionsweise zu übertragen.

Ich hoffe, dass diese Andeutungen genügen werden; ich füge noch hinzu, dass in meiner Arbeit auch das Verhältnis von der Grenznutzentheorie und den darauf basierten Theorien über Arbeitslohn, Kapitalzins etc. zu dem Marxschen System auseinandergesetzt wird. Die bis jetzt zum Ausdruck gekommenen Interpretationen der Marxschen Wertlehre habe ich auf Seite 73 bis 81 kritisiert.«

Einem zweiten Brief des Verfassers entnehmen wir noch folgende Angaben:

»1. Wo nicht das Gegenteil bemerkt wird. werden überall die zu der Grenznutzentheorie gehörenden Definitionen von Wert, Kapital etc. gebraucht. (Vgl. Seite 6 u. 7.)

2. Die Arbeiten von Smith und Ricardo werden n i c h t im Sinne der Arbeitswertlehre interpretiert. Smith gehört m. E. zu den subjektivistischen Werttheoretikern, Ricardo zu den Produktionskostentheoretikern, welche den Kapitalzins als einen selbständigen Wert betrachten.

3. Die Grenznutzentheorie und die darauf basierten Theorien über Arbeitslohn, Kapitalzins, Grundrente und über den Wert des Geldes werden auf Seite 20—41 skizziert. Abweichend von den landläufigen Auffassungen habe ich besonders die Ableitung des objektiven Tauschwertes aus den subjektiven Wertschätzungen (Seite 23—29), und die Theorie des Geldes (Seite 30—32) behandelt. Die Flachheit der Grenznutzentheorie wird auf Seite 41—44 auseinandergesetzt.

4. Die Behandlung des Wertes in Marx' »Lohnarbeit und Kapital«, (welche hier noch ganz im Sinne Ricardos ist und sich ganz und gar von der Werttheorie im »Kapital« unterscheidet), wird auf Seite 47—49 kritisiert.

5. Auf Seite 69—72 wird eine Rubrik von kritischen Bemerkungen beschrieben, die gegen das Marxsche System gemacht werden können, wenn man es vom Standpunkt der Auffassungen über Wert, Kapital etc. der Grenznutzentheoriker betrachtet. Diese kritischen Bemerkungen werden dort widerlegt, und zu gleicher Zeit wird hier die Abgrenzung der beiden Systeme und die Auseinandersetzung der dazu gehörenden Auffassungen des Wertes, des Kapitals etc. (w e l c h e b e i m M a r x i s m u s i n d e m h i s t o r i s c h e n M a t e r i a l i s m u s w u r z e l n) vorbereitet.

6. Die Lösungsversuche für die Probleme, welche sich der Marxschen Wertlehre anschliessen, werden auf Seite 72—81 behandelt und kritisiert. Auf Seite 74 u. 75 wird die Auffassung des Wertgesetzes als Hypothese kritisiert.

7. Warum vom historisch-materialistischen Standpunkt, wenn möglich, mit einer A r b e i t s werttheorie operiert werden soll, wird auf Seite 82 und 83 behandelt.

8. Mein Lösungsversuch findet sich auf Seite 83—88.«

Unsererseits wollen wir nur bemerken, dass wir insoweit der Auffassung des Verfassers nahe stehen, als wir die Marxsche Werttheorie für an einem inneren Widerspruch leidend erachten, während uns die Grenznutzentheorie zwar als in sich logisch, aber nur von begrenztem Nutzen für die Wirtschaftsanalyse erscheint. Wir haben dieser Ueberzeugung bei verschiedenen Gelegenheiten Ausdruck gegeben, wobei wir in Uebereinstimmung mit anderen, von Marx ausgehenden Schriftstellern den Marxschen Arbeitswert als eine Hypothese bezeichneten, die für die Wirtschaftsanalyse ausserordentlich fruchtbar sei. Der Verfasser glaubt, alles das zurückweisen zu sollen, indem er, hierin Kautsky folgend, bemerkt, es sei absurd, anzunehmen, dass für verschiedene Zwecke verschiedene Werttheorien nebeneinander als richtig gelten könnten. Er übersieht aber, wohl auch hierin durch Kautsky beeinflusst, dass es sich nirgends bei uns darum gehandelt hat, für eine und dieselbe Wertart oder Wertfunktion zwei verschiedene Werttheorien zuzulassen, was allerdings absurd wäre, aber auch niemand eingefallen ist, sondern immer nur darum, auf die Tatsache hinzuweisen, dass es sich in der Oekonomie um s e h r v o n e i n a n d e r v e r s c h i e d e n e W e r t f u n k t i o n e n o d e r W e r t a r t e n handelt, die alle durch besondere, einander nicht notwendig ausschliessende Formeln ausgedrückt werden können. Des Verfassers Opposition gegen die Bezeichnung des Marxschen Arbeitswerts als ein Hypothese berührt im Angesicht der Tatsache, dass die Realität, die er selbst ihr zuspricht, nur für eine fingierte kapitalistische Produktionsweise stimmen soll, etwas sonderbar. In dem Moment, wo der Arbeitswert nicht der Arbeitswert der gegebenen, sondern der einer bloss supponierten kapitalistischen Produktionsweise ist, ist er eben eine Hypothese, was aber nicht ausschliesst, dass es nicht auch einen realen Arbeitswert gibt, dessen Verhältniss zum hypothetischen Arbeitswert eben in Frage steht. Schliesslich sei noch ein Irrtum des Verfassers richtig gestellt, der sich auf eine Stelle in der Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus« bezieht. Diese Stelle lautet: »Es liegt hier [bei Marx] eine gewisse Willkür in der Wertung der Funktionen vor, bei der nicht mehr die gegebene, sondern eine konstruierte gemeinschaftlich wirtschaftende Gesellschaft unterstellt ist. Dies ist der Schlüssel für alle Dunkelheiten der Werttheorie. Sie ist nur an der Hand dieses Schemas zu verstehen.« (Voraussetzungen, S. 44.) Der Verfasser scheint anzunehmen, es solle damit gesagt sein, dass Marx in den Aufstellungen über den Arbeitswert durchgängig und absichtlich eine solche Annahme gemacht habe. Das ist aber nicht der Fall. Wir geben zu, die Stelle hätte klarer gefasst werden können. Aber die Worte »hier« und »bei der nicht mehr« zeigen doch deutlich genug an, dass da nur die verdunkelnde Wirkung einer bei Marx in die Betrachtung sich e i n s c h i e b e n d e n Auffassung gekennzeichnet wird, die der bezeichneten Konstruktion, nicht aber der Realität entspricht. Dass Marx prinzipiell den Arbeitswert in der Konkurrenz sich realisieren lässt, wurde vielmehr auf den der citierten Stelle unmittelbar vorhergehenden Seiten auseinandergesetzt. Aber Marx unterstellt in der Weiterausführung der Theorie, dass die Konkurrenz ihr Werk so verrichte, wie es in der Wirklichkeit nur eine gemeinschaftlich wirtschaftende Gesellschaft könnte, und diese Verquickung der Hypothesen ist u. E. die Ursache der Dunkelheiten der Werttheorie. Das und nicht mehr sagt der bemängelte Satz, bei dessen Anführung der Verfasser obendrein »gemeinschaftlich wirtschaftend« mit »gemeinschaftlich p r o d u z i e r e n d« übersetzt, was keineswegs das gleiche ist. Im übrigen bestätigt der Verfasser mit seiner Synthese nur, was wir wenige Zeilen nach der von ihm bemängelten Stelle schrieben, nämlich dass der Marxsche Arbeitswert, trotzdem er nur als H y p o t h e s e betrachtet werden kann, bei Marx als Schlüssel »zu einer Aufdeckung und Darstellung des Getriebes der kapitalistischen Wirtschaft geführt hat, wie sie gleich eindringend, folgerichtig und durchsichtig bisher nicht geliefert worden ist, aber auch als solcher »von einem gewissen Punkte ab versagt«.« (Voraussetzungen S. 45.) Es ist jedoch unsere Ueberzeugung, dass diese Leistung auch hätte vollbracht werden können, wenn man den Arbeitswert seines metaphysischen Charakters entkleidet und als reinen Produktionskostenwert eingesetzt hätte.

Quack, H. P. G.: **Die Sozialisten.** Personen an Stelsels. Een Groep vergeten Figuren uit het Engeland der vorige Eeuw. Met Bijlage en Register. Amsterdam 1904. P. N. von Kampen en Zoon. 387 S. 8°.

Der Verfasser, einer der fleissigsten Forscher auf dem Gebiete der Geschichte des Socialismus, liefert mit dem Buch einen Nachtragsband zu seinem sechsbändigen Werk »Die Sozialisten. Personen und Systeme«, von dem wir bereits in deser Zeitschrift Kenntnis genommen haben, das wir aber leider noch nicht gebührend würdigen konnten. Der Band behandelt neun, meist aus der Schule Owens hervorgegangene englische Sozialisten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, von denen fünf (der anonyme Verfasser eines Briefes an Lord Russell vom Jahre 1821, T. Hodgskin, W. Thompson, J. F. Bray, John Gray) sich bei Marx citiert finden, einer, Charles Hall, von Menger im »Recht auf den vollen Arbeitsertrag« besprochen worden ist, während drei: Charles Bray, Piercy Ravenstone und John W. Morgan, in Deutschland kaum dem Namen nach bekannt sind. Der Verfasser hat sich die Mühe gegeben, die charakteristischen Schriften all der Genannten aufzuspüren und durchzuarbeiten, und gibt nun hier zusammenfassende Referate über sie nebst biographischen Notizen über die meisten der Verfasser. Nicht von allen ist es ihm gelungen, solche zu ermitteln; so ist u. a. über John Francis Bray, dem Verfasser der merkwürdigen, von Marx im Elend der Philosophie so ausführlich citierten Schrift »Labours Wrongs and Labour Remedies« nur bei Holyoake eine kurze Notiz zu finden, dass er ein Schriftsetzergehilfe gewesen sei. Nur ein Nachlesen der ganzen Owenitischen und chartistischen Presse der sich über ein Vierteljahrhundert erstreckenden Epoche würde in diesen wie in anderen Punkten genauere Information schaffen. Auch sind noch manche interessante Schriften aus jener Zeit ganz in Vergessenheit geraten. So kennt selbst Mr. Quack von John Minter Morgan nur die Schrift »Hampden of the 19th century«, dagegen ist ihm dessen phantastisch-satirische sozialistische, in mehreren Auflagen herausgegebene Schrift »The Bees« offenbar unbekannt geblieben. Und anderes mehr. Aber man hat allen Grund, ihm für das, was er bietet, dankbar zu sein. Es entrollt eine heute sehr unterschätzte Phase der Ideenentwickelung des Sozialismus vor unseren Augen, gibt zusammen ein Vollbild, wie wir es in Deutschland bis jetzt noch nicht haben. Hodgskins glänzende Schrift »Labour defended against the claims of capital« wird ausserdem im Anhang in vollständiger Uebersetzung (durch J. de Hoop Scheffer) gegeben. Sofern wir die Erlaubnis des Verfassers erhalten, werden wir im Laufe des neuen Jahrgangs unserer Zeitschrift einiges daraus in Uebersetzung bringen und vielleicht hier und da noch in etwas ergänzen. Hier nur noch der Schluss der Vornotiz des Verfassers zu dieser, mit einem ausgezeichneten Register versehenen Ausgabe. »Das Aufsuchen (der Schriften) war Arbeit, die Geduld brauchte, das Lesen eintönig wie das Laufen im Regen. Das unausgesetzte Niederfallen der Tropfen hat das steinerne Herz des England der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht erschüttert. Wird das 20. Jahrhundert glücklicher sein?«

II. Aus der Geschichte des Sozialismus.

Der erste schriftliche Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstags.*)

(Schluss.)

Was nun unsere Haltung im Reichstage anbelangt, so steht dieselbe im Einklang mit der politischen Gesamthaltung der Partei. Als das Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokratie Deutschlands geschmiedet wurde, trat die Frage an uns heran: wie haben wir uns im Interesse der Partei zu verhalten?

Die Frage, das dürfen wir wohl sagen, wurde aufs reiflichste beraten, das Für und Wider, Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten sorgfältig abgewogen.

Kein Zweifel, man wollte unsere Partei vernichten. Hätten wir an die Möglichkeit der Vernichtung durch das Ausnahmegesetz geglaubt, hätten wir nur geglaubt, dass es die Partei wesentlich schädigen, sie zurückwerfen, die Arbeit eines halben Menschenalters zerstören würde, dann wäre freilich die Partei zu einer anderen Taktik genötigt worden, als der, welche von ihr adoptiert worden ist.

Wer aber mit uns der Ueberzeugung ist, dass eine Partei, wie die sozialdemokratische, nicht vernichtet werden, und durch die heftigsten Unterdrückungsversuche nur gestärkt werden kann; dass es für uns vor allem darauf ankommt, die öffentliche Meinung zu gewinnen und das Stigma des Meuchelmordes und der kopf- und hirnlosen Umstürzlerei von uns zu entfernen; dass jede Gewalttätigkeit unsererseits Wasser auf die Mühle unserer Feinde wäre, und die Aufmerksamkeit der Massen von den bitteren Früchten des herrschenden ökonomischen und politischen Systems ablenken würde; dass die Partei, welche den Krieg in jeder Gestalt verurteilt, und die allgemeine Verbrüderung aller Menschen zum Ziel hat, nicht den Bürgerkrieg erstreben kann; kurz, dass eine normale Entwickelung der Dinge im Interesse unserer Partei liegt — wer mit uns dieser Ueberzeugung ist, der muss auch die Taktik billigen, welche die Partei seit Jahresfrist unter den schwierigsten Verhältnissen, unter den schwersten Opfern mit guter Manneszucht und mit Standhaftigkeit befolgt.

Es galt, die Massen von dem Attentatsfieber zu kurieren; und dazu bedurfte es der Ruhe. Hödel und Nobiling sind das politische Gründungskapital für die neueste Aera der Reaktion in Deutschland, — das erkennen jetzt selbst die borniertesten Liberalen an, die noch vor Jahresfrist Hödel und Nobiling an die Rockschösse der Sozialdemokratie heften halfen. Aber von Hödel und Nobiling kann die Reaktion doch nicht ewig zehren und leben, und sicherlich war es dem Fürsten Bismarck sehr ernst, als er in seiner Rede zu gunsten des »Ungebührgesetzes« es so lebhaft bedauerte, dass die Attentate dem Publikum nicht mehr als Schreckgebilde erschienen.

Alles, was den Eindruck der Attentate wieder auffrischte, gab der Reaktion neue Nahrung, alles, was diesen Eindruck abschwächte, musste unsere Sache fördern.

*) Vgl. Heft 10 der Dokumente des Sozialismus, S. 451 ff.

Die Taktik, welche uns durch die Verhältnisse vorgeschrieben war, lässt sich also in den Sätzen zusammenfassen:

Der Reaktion keine Möglichkeit bieten, die Sozialdemokratie als rotes Gespenst zu verwenden.

Das durch infame Verleumdungen auf uns geworfene Odium abzustreifen; und so zu handeln, dass das Odium für die herrschende Misswirtschaft und die herrschenden Missstände auf diejenigen gewälzt werde, die es entweder durch aktives Verschulden oder durch passives Gewährenlassen auch wirklich verdient haben.

Dieser Taktik gemäss haben wir, hat die Partei gehandelt; und *die Probe der Praxis* ist gut, über alle Erwartung gut ausgefallen: die Reichstagswahlen in *Breslau* und *Erfurt*, die grossartige Beteiligung des Volkes an den Begräbnissen unserer unvergesslichen Genossen *Reinders* und *Geib* und in letzter Zeit noch die *sächsischen Landtagswahlen*, haben für jeden, der nicht absichtlich gegen die handgreiflichen Tatsachen seine Augen schliesst, zur Evidenz festgestellt, dass die Parteigenossen fest zusammenhalten, dass sie »*auf den Schanzen*« sind, und dass wir nicht nur keinen Rückgang, sondern im Gegenteil *Fortschritte* zu verzeichnen haben. Namentlich hat sich dies bei den sächsischen Landtagswahlen gezeigt, deren günstiger Ausfall nur daraus zu erklären ist, dass Bevölkerungsschichten, die noch bei der vorigen Reichstagswahl feinlich gesinnt waren, uns seitdem günstig gestimmt worden sind.

Da gerade von *Landtagswahlen* die Rede ist, sei, um Missverständnissen vorzubeugen, hier erwähnt, dass in anderen Bundesstaaten, insbesondere in *Preussen*, das Landtagswahlgesetz einen weit reaktionäreren Charakter trägt, als bis jetzt in Sachsen, und eine Beteiligung der Partei an den Landtagswahlen *dort* eine sinnlose Kraftvergeudung ohne jegliche Aussicht auf Erfolg wäre.

Doch zurück zur Frage der Taktik.

Gesetzt der Fall, wir hätten uns für diejenige Taktik entschieden, zu der von gewisser Seite geraten, von gewisser *entgegengesetzter* Seite herausgefordert worden ist: wir schlugen los, bauten Barrikaden in Berlin, proklamierten die Republik in Sachsen, pflanzten in Hamburg, Breslau — kurz überall, wo wir in genügender Stärke vertreten sind, das Banner der Revolution auf — mit einem Wort, *wir führten den Plan aus, welchen Reptilschreiber in auswärtigen — amerikanischen — Blättern uns unterschoben* — was wäre geschehen? Wir hätten uns möglicherweise, d. i. wenn die Regierungen sich hier und da hätten überraschen lassen, in einigen Punkten ein paar Wochen lang gehalten, und dann war der letzte Insurgent im Gefängnis, auf der Flucht oder erschossen, unsere Anhänger waren auf Jahrzehnte niedergeschmettert, unsere Feinde im Besitz einer unumschränkten Macht, und die *unentschiedene* Masse, welche uns weder Freund noch Feind ist, *bei ruhiger*, d. h. *durch uns nicht gewaltsam gestörter Entwickelung sich aber zu uns schlagen und uns den Sieg bringen wird*, schlug sich auf die Seite unserer Feinde und half uns erdrücken. Die Reaktion feierte ihre blutigen Orgien; die Wirkung der Attentate war potenziert erreicht, die öffentliche Meinung wandte sich mit elementarer Wucht gegen uns, und zur schweren *materiellen* Niederlage kam für uns eine schwerere *moralische* Niederlage! *Es gab keine sozialdemokratische Partei mehr in Deutschland*, und erst späteren Jahren blieb es vorbehalten, unsere

Fehler wieder gut zu machen, und mühsam, an die Vergangenheit anknüpfend, eine neue sozialdemokratische Partei aufzubauen.

Wer da weiss, wie unmittelbar nach den Attentaten des vorigen Jahres und nachdem die allgemeine Hatz gegen uns in Szene gesetzt war, in gewissen Kreisen der Ausbruch einer Revolte jeden Augenblick erwartet wurde, wie in den Kasernen alles zum Niederkartätschen bereit war, die Offiziere die Soldaten harranguierten und man allgemein unsere Partei als das Wild bezeichnete, dem es gelte; wer da ferner weiss, wie verblüfft man war, als die erhoffte und ersehnte Revolte ausblieb, der wird das Verhalten der Partei, welche, die Situation vollständig erkennend, einen Moment sich passiv verhielt, um den Sturm über sich hinwegsausen zu lassen, als durch die Umstände geboten zu würdigen wissen.

Und die Folgen jenes Verhaltens?

Die sozialdemokratische Armee ist intakt; sie hat, ohne Verlust, ihre alten Positionen mit neuen besseren vertauscht — die Reihen sind vollzählig und jeder Tag bringt frischen Zuzug aus den Reihen anderer Parteien.

Während alle anderen Parteien, konservative wie liberale — denn auch die sogenannte konservative Partei ist, seit sie, gezwungen durch die ökonomische Entwickelung, die namentlich auch den Ackerbau ergriffen hat, sich auf den Boden des Cäsarismus begab, keine konservative Partei mehr und in vollster Zersetzung; auf diesen wie auf anderen Gebieten hat Fürst Bismarck, ein Werkzeug geschichtlicher Entwickelung, sich als vollendeter Revolutionär wider Willen bewährt — während alle anderen Parteien, voran die Liberalen, sich sichtlich im Zustande der Auflösung befinden; während das wracke Schifflein des Nationalliberalismus von den Sturzwellen der Reaktion in Stücke zerbröckelt wird; während jeder Versuch, aus den alten Parteien heraus »eine grosse demokratische Partei« zu bilden, welche das Volk gegen die Reaktion organisieren soll, aufs kläglichste scheitert: steht die Sozialdemokratie, gegen die jede Partei die Hand erhoben, steht die vogelfreie Sozialdemokratie fest, wie ein Fels in brandender See, der einzige feste Punkt in dem allgemeinen Wirrwarr, die einzige Partei, die ein festes Programm, eine feste Taktik, ein bestimmtes Ziel hat!

Und nicht bloss behauptet haben wir, was wir hatten, wir haben auch neues erobert. Wir wiesen schon auf die jüngsten Wahlen hin, die hierfür beredtes Zeugnis ablegen. Das ist aber nicht alles. Der Umschwung bekundet sich noch in vielen anderen Symptomen. Vom »Sozialistenschreck« des Attentatssommers kaum eine Spur mehr. Das Bürgertum hat in seiner Mehrheit erkannt, dass das »Rote Gespenst« nur ein Irrwisch war, vermittels dessen es in den Morast der Reaktion gelockt wurde. Kein Zurechnungsfähiger denkt mehr daran, die Sozialdemokratie der Mitschuld an Nobilings Wahnsinnstat anzuklagen: sogar ein Blatt, wie die »Kölnische Zeitung« muss zugestehen, dass jene Anklage eine freche Verleumdung war. Nur die rote Reaktion wagt es noch, Nobiling politisch zu verwerten, jedoch nicht mehr gegen die Sozialdemokratie, nein — und das zeigt so recht eklatant die veränderte Stimmung und Lage — gegen den Liberalismus! Der Liberalismus, der in seiner bleichen Furcht vor der Sozialdemokratie sich voriges Jahr zum Handlanger der Reaktion hergab und Nobiling an die Rockschösse der Sozialdemokratie zu heften bemüht war, muss ihn jetzt an seinen eigenen Rockschössen herumtragen. Klassischer und lehrreicher konnte die Nemesis der Geschichte sich nicht vollziehen. Und

wenn einzelne Organe, die sich liberal nennen, durch infame Denunziationen gegen die Sozialdemokratie sich die Gnade der siegreichen Reaktion zu erbetteln suchen, so vergrössern sie dadurch nur das Sündenregister auf der Schandsäule, welche als Leichenstein das Grab des deutschen Liberalismus schmücken wird.

Der Liberalismus ist im Sterben und die Sozialdemokratie wird seine lachende Erbin sein. Und nicht bloss s e i n e. Die Zentrumspartei hat durch den »Pakt« mit Fürst Bismarck einen Keil in ihre mächtige Organisation getrieben. Opposition par excellence, verliert sie ihre Existenzbedingungen, sobald sie aufhört, in der Opposition zu sein. Das Gros der Partei ist oppositionell, stark mit demokratischen und sozialistischen Elementen versetzt. Der Verfall dieser Partei, die soeben, indem sie Herrn von Bismarck den »Pakt« aufnötigte, ihn unter das kaudinische Joch des Partikularismus trieb, einen grossen taktischen Triumph errang, wird — zumal die Führung eine vorzügliche, die Organisation eine musterhafte — nicht über Nacht erfolgen; aber so gewiss die nationalliberale Partei in dem Kulturkampf zugrunde gegangen ist, so gewiss wird das Zentrum an dem »Pakte« mit Bismarck zu Grunde gehen; und die demokratischen und sozialistischen Elemente, welche es umfasst, werden sich dahin wenden, wohin sie gehören: zur Sozialdemokratie.

Der Umschwung der öffentlichen Meinung zu unsern Gunsten ist unstreitig der wichtigste Erfolg, den wir unserer Taktik verdanken. Unter öffentlicher Meinung verstehen wir hier nicht die Meinung beschränkter Kreise, die für massgebend gelten. Wir verstehen darunter das Denken und Fühlen der V o l k s m a s s e n im weitesten Sinne des Wortes — der ungeheuren Majorität des Volkes. Dieses Denken und Fühlen, welches ja künstlich — wie nach den Attentaten — in bestimmte Bahnen gelenkt werden kann, ist auf politischem Gebiet ein unentbehrlicher Faktor für jede politische Tätigkeit. Wer diesen Faktor gegen sich hat, ist von vornherein gelähmt, aktionsunfähig. Das sahen wir in den Attentatswochen des vorigen Jahres. D a m a l s hatte die Partei die Feuerprobe zu bestehen. Wenn sie je hätte in Gefahr sein können, wäre sie es d a m a l s gewesen. Die schlimmsten Verfolgungen der Behörden sind nichts, verglichen mit jenem Wirbelsturm des Hasses und Schreckens a u s d e m V o l k e h e r a u s. Es war eine Existenzfrage für uns, dass dieser Schrecken beschwichtigt und dieser Hass in Sympathie verwandelt wurde. Gelang es, so hatten wir gewonnen.

Das war das Hauptmotiv, welches unsere Partei zu ihrer gegenwärtigen Taktik bestimmte.

W i r s i n d, w a s w i r w a r e n, w i r w e r d e n s e i n, w a s w i r s i n d. Womit selbstverständlich nicht gesagt sein soll, dass wir nicht l e r n e n, uns nicht fortentwickeln wollen. Die Agitation in der früheren Form ist uns unmöglich gemacht — gut: w i r l a s s e n d i e V e r h ä l t n i s s e u n d u n s e r e F e i n d e f ü r u n s a g i t i e r e n und beuten die Früchte jener, die Handlungen dieser nach Möglichkeit aus! Die d e u t s c h e I n d u s t r i e liegt darnieder, trotz Sozialistengesetz, trotz Schutzzoll; und d u r c h den Schutzzoll, der den Sporn der Konkurrenz abstumpft und das Ausland zu Repressalien, d. h. zur Verschliessung seiner Märkte zwingt, wird sie noch mehr zurückgebracht werden. Das H a n d w e r k verliert mehr und mehr den Boden unter den Füssen, trotz Sozialistengesetz, trotz Schutzzoll und versuchter utopistischer Rückkehr zu mittelalterlichem Zunftwesen. Die L a n d w i r t s c h a f t in ihrer Gesamtheit kann von der neuen Wirtschaftspolitik, die bloss einer winzigen, aber mächtigen Minorität zugute kommt, nur Nachteile haben. Für den Moment haben sich dieselben noch nicht

mit genügender Deutlichkeit fühlbar gemacht, aber die Zeit wird nicht ausbleiben. Die Erhöhung der Kornpreise durch den Getreidezoll wird zehnfach aufgewogen durch die Verteuerung der Produktion und aller Lebensmittel bei entsprechender Entwertung des Geldes; und so wird die Landbevölkerung, welche heute noch zum grossen Teil für die Bismarckschen »Reformen« schwärmt, schon bald durch Schaden klug werden und zu der Erkenntnis gelangen, dass für jede Mark, die ihr öffentlich in Gestalt des Getreidezolls in die eine Tasche gesteckt wird, ihr verstohlen durch Steigerung des Preises aller Lebensmittel das fünf- und zehnfache aus der anderen Tasche genommen wird. Die allgemeine Lebenslage verschlechtert sich, und die Ansprüche an das Leben, gefördert durch das Beispiel von oben, steigern sich; dieser Widerspruch muss den Sturz des herrschenden Systems wesentlich beschleunigen.

Fürst Bismarck befindet sich in ähnlicher Lage, wie einst sein Lehrer Bonaparte; er hat sich auf das für einen Staatsmann gefährlichste Terrain begeben: um das Volk, dem er zur Fortführung seiner Politik beständig schwere Lasten aufbürden muss, in gute Laune zu versetzen, hat er ihm Wechsel auf materielle Prosperität ausgestellt. Den Wechsel einzulösen, vermag er nicht; denn die Aufgabe, welche er sich gestellt hat, ist unlöbarer, als die Quadratur des Zirkels: das Volk zu bereichern und ihm einen neuen Aderlass nach dem andern zu applizieren. Dass diese fortwährenden und immer stärkeren Aderlässe den Volkskörper schwächen und ihn schliesslich zu Grunde richten müssen, wird aber mit der Zeit auch dem Vernagelsten klar. In Geldsachen wie in allen Interessenfragen hört die Gemütlichkeit auf. Der eifrige Verehrer der Blut- und Eisenpolitik und ihrer »wunderbaren Erfolge« wendet sich gegen sein Ideal in dem Moment, wo er entdeckt, dass es ihn am Beutel schädigt. Von allen Lorbeern der »heiligen« und nichtheiligen Kriege kann niemand sich ein Gemüse kochen.

Eine Umkehr gibt es für den Fürsten Bismarck nicht. Er hat die Verhältnisse nicht geschaffen, deren Ausdruck und Organ er ist, und er kann diese Verhältnisse auch nicht aus der Welt schaffen. Gleich Ixion an das Rad des Verhängnisses gebunden, muss er den Militarismus bis zum äussersten Extrem steigern, muss er die Steuerkraft des Volkes bis zum äussersten Extrem anspannen, muss er auf der abschüssigen Bahn, die er eingeschlagen, halb abwärts eilen, halb abwärts gleiten, bis sich das Schicksal erfüllt.

Die 130 Millionen Neusteuern, welche die letzte Session dem deutschen Volke gebracht, sind nur die erste Rate; sie reichen nicht annähernd für die Bedürfnisse der Bismarckschen Politik aus. Dank dieser Politik mit ihren »wunderbaren Erfolgen« sind wir zwischen feindlichen Militärmächten eingekeilt: Oesterreich kann nicht 1866 vergessen, Frankreich nicht 1870, Russland nicht, dass es im letzten Türkenkriege von seinem Erbfreunde nicht die erwartete und notwendige Unterstützung empfangen. Unsere Armee, kolossal wie sie ist, reicht nicht aus gegen eine Allianz der uns feindlichen Mächte. Und Bundesgenossen haben wir nicht — trotz des offiziösen Geredes von einer »deutsch-österreichischen Allianz«.

Also mehr Soldaten, mehr Steuern!

Immer mehr Soldaten, immer mehr Steuern!

Frankrich ist reicher als Deutschland, Russland hat mehr militärisches »Rohmaterial«. Sie können immer ein Regiment mehr stellen, als wir. Und so bald sie es tun, muss auch das deutsche Reich sich zu einer frischen Anstrengung aufraffen und den Nachbar zu überbieten

suchen. Für diesen Wettkampf der Kriegsvorbereitungen gibt es keine andere Grenze, als die Grenzen der Steuerkraft des Volkes. Diese sind aber schon nahezu erreicht und bald wird das Volk vor dem Dilemna stehen: entweder unter dem politischen und wirtschaftlichen System Bismarck zusammenzubrechen, oder mit diesem System zu brechen.

Und das Volk wird dann keinen Augenblick schwanken, es wird dem Gebote der Selbsterhaltung folgen.

Wir denken also nicht daran, »Revolution zu machen«. Gemacht — das haben unsere Parteiorgane schon vor Jahren gesagt, werden Revolutionen — d.h. revolutionäre Ausbrüche — nur durch die Machthaber, welche in die organische Staats- und Gesellschaftsentwickelung gewaltsam eingreifen. Ein solches Eingreifen, läge es in unserm Willen, liegt nicht in unserer Macht. Und weil es nicht in unserer Macht liegt, liegt es auch nicht in unserem Willen. An derartige Kindereien können nur Leute denken, die von dem geschichtlichen Entwickelungsprozess keinen Begriff haben, und von der Laune und Willkür einzelner Personen abhängig wähnen, was das notwendige Resultat eherner Gesetze ist. Wir brauchen das System Bismarck nicht zu stürzen. Wir lassen es sich selbst stürzen! Das System muss an seiner eigenen Uebertreibung, an seinen eigenen Konsequenzen zu Grunde gehen. Wir brauchen den heutigen Staat, die heutige Gesellschaft nicht zu zerstören, sie zerstören sich selbst, oder, richtiger ausgedrückt: Altes, lebensunfähig gewordenes stirbt ab, — Neues, Höheres wird und tritt an die Stelle. Staat und Gesellschaft, unaufhaltsam in organischer Fortentwickelung begriffen, wachsen mit Naturnotwendigkeit in den Sozialismus hinein.

Die Hände freilich dürfen wir nicht in den Schoss legen, wie uns von polternden Wirrköpfen nachgesagt wird, die, mit dem sie kennzeichnenden Mangel an Logik, in einem Atem uns vorwerfen, dass wir nicht tätig, nicht »revolutionär« sind, weil wir nicht losschlagen, und dass wir zu tätig sind, weil wir uns an den Wahlen und an parlamentarischer Tätigkeit beteiligen.

In bezug auf Beteiligung an den Wahlen ist unser Standpunkt durch das Ausnahmegesetz in keiner Weise verrückt worden. Es hat höchstens die Wichtigkeit des Wählens und der Wahlagitationen für uns erhöht. Dass die Partei, so lange von einer gesetzgeberischen Wirksamkeit noch nicht die Rede sein kann, wesentlich aus agitatorischen Gründen an den Wahlen und Reichstagsverhandlungen sich beteiligt, ist auf allen Parteikongressen betont und begründet worden. Jetzt aber, da so viele andere Mittel der Agitation uns entrissen sind, wäre es eine Torheit ohne Gleichen, wollen wir auf eines der besten Agitationsmittel verzichten, die uns geblieben sind. Hätten wir uns nicht mehr an den Reichs- und Landtagswahlen beteiligt, dann würde in unserer Partei nicht die gehobene Stimmung herrschen, die Achtung der noch nicht zu uns gehörigen Massen wäre nicht so gross und der Boden für die Propoganda nicht so günstig. So wenig Revolutionen nach Belieben gemacht werden können, so wenig fliegen uns die gebratenen Tauben des sozialdemokratischen Staates in den Mund. Wir müssen ernst arbeiten und wir wollen arbeiten!

Zum Schluss müssen wir noch nachdrücklich vor Illusionen in bezug auf die Dauer des Ausnahmegesetzes und des über Berlin und Umgegend verhängten Belagerungszustandes warnen. Es heisst die Situation völlig verkennen, wenn man sich der Hoffnung hingibt, das Ausnahmegesetz mit allen seinen Konsequenzen werde nicht verlängert werden. Man muss sich vergegenwärtigen, dass dasselbe nur der

erste bahnbrechende Schritt der Reaktion war, die nicht einhalten wird, nicht einhalten kann, ehe sie auf unübersteiglichen Widerstand gestossen ist oder ihre Kräfte erschöpft hat. Bis dahin wird aber noch einige Zeit vergehen, innerhalb deren wir auf eine Verschärfung der Massregeln gegen uns gefasst sein müssen. Unsere Wahlerfolge in Breslau und Sachsen haben schon den Ruf nach einer neuen verbesserten Auflage des Sozialistengesetzes erweckt. Und der Ruf wird nicht in taube Ohren gedrungen sein.

Es sei!

Mögen die Feinde tun, was ihnen gut dünkt. Wir wissen, dass sie unsere Sache nicht zu Grunde zu richten vermögen. Der Druck, die Verfolgungen können noch gesteigert werden — wir sind darauf vorbereitet. Der persönliche Verkehr kann uns nicht verboten, das geistige Band, welches uns umschlingt, nicht zerrissen werden. Die private Organisation, welche an Stelle unserer öffentlichen Organisation getreten ist, steht über jedem Gesetz. Um sie zu vernichten, müsste die moderne Zivilisation aufgehoben werden. Und das steht über der Macht der mächtigsten Regierung. Presse man jeden Postbeamten in die Dienste der Polizei, stelle man einen »geheimen Polizisten« neben jeden Sozialdemokraten — die Unmöglichkeit des Fortbestandes der heutigen Ordnung der Dinge wird um so eklatanter bewiesen. Alles, was gegen uns getan wird, wird für uns getan sein, wird das herrschende System nur rascher diskreditieren, seinen Sturz nur beschleunigen, den Augenblick näher rücken, wo bloss zwei Parteien sich gegenüberstehen: die Partei der Privilegierten, der Monopolisten, der Kapitalisten, des Militarismus, des Kriegs — die reaktionäre Minorität. Und die Partei der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, des Friedens — die sozialistische Majorität. Unsere Feinde sorgen dafür, dass die Sozialdemokratie zur Partei des Volkes wird.

So blicken wir getrost in die Zukunft.

Mögen die Genossen überall sich fest aneinander anschliessen, die Fühlung mit dem Ganzen anstreben! Jeder hat in dieser Zeit der Prüfung und Läuterung in vollstem Masse seine Schuldikeit zu tun, all seine Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst der Partei zu stellen. Das Zusammenwirken aller ist dringend erforderlich. Wer es stört und Zwietracht säet, ist ein Feind unserer Sache. Kein blindes Vertrauen in einzelne Personen, aber auch kein blindes Misstrauen. Strenge Kritik der Genossen, verbunden mit strenger Selbstkritik.

Wir kennen die gesteigerten Pflichten, welche das Sozialistengesetz uns auflegt, und sind entschlossen, sie zu erfüllen.

Hoch die Sozialdemokratie!

Mit sozialdemokratischem Gruss!

A. Bebel. W. Bracke. F. W. Fritzsche. M. Kayser.
W. Liebknecht. J. Vahlteich. Ph. Wiemer.

Im September 1879.

Da ich an Stelle des verstorbenen Genossen Reinders nach Schluss der letzten Session zum Reichstagsabgeordneten für Breslau gewählt worden bin, ist auch mir vorstehender Rechenschaftsbericht zur Unterschrift vorgelegt worden. Ich erkläre mich hierdurch ausdrücklich mit dem Verhalten meiner Kollegen im Reichstage und zugleich mit der unter dem Ausnahmegesetz innegehaltenen Taktik unserer Partei in Deutschland völlig einverstanden.

Leipzig, Anfangs Oktober 1879. W. Hasenclever.

III. Urkunden des Sozialismus.

Der Wahlaufruf des sozialdemokratischen Zentral-Wahlkomitees für die preussischen Landtagswahlen.

(Veröffentlicht im »Vorwärts« vom 18. Oktober 1903.)

An die Wähler zum preussischen Landtag!

Wähler! Die Landtagswahlen nahen heran. Am 12. November finden die Urwahlen statt, in welchen die Wahlmänner zu wählen sind, am 20. November finden alsdann die Abgeordnetenwahlen statt, deren Wahl die am 12. November gewählten Wahlmänner vorzunehmen haben.

Die Urwähler wählen obendrein in drei Klassen, abgeteilt nach der Steuerleistung ihre Wahlmänner und ist bei diesen, wie nachher bei den Wahlen der Abgeordneten die öffentliche Stimmenabgabe Vorschrift.

Dieses sind mit wenigen Worten gekennzeichnet die Grundlagen des Landtagswahlrechts, das nach dem Urteil des Fürsten Bismarck im konstituierenden Norddeutschen Reichstag im Jahre 1867 das elendste und erbärmlichste aller bestehenden Wahlgesetze ist.

Die kapitalistische Entwickelung der letzten Jahrzehnte hat den plutokratischen Charakter dieses elendsten und erbärmlichsten aller Wahlgesetze noch verschärft. Mehr als je zuvor ist es der durch die erste und zweite Wählerklasse repräsentierte Besitz, der die Macht in den Händen hat und über den Ausgang der Wahlen entscheidet, wohingegen die grosse Masse der in der dritten Wählerklasse vereinigten Wähler nur dann ausschlaggebend wirken kann, wenn sie in den Parteiungen der ersten und zweiten Wählerklasse das Zünglein an der Wage bildet.

Gestützt auf diese Möglichkeit hat die Sozialdemokratie den Beschluss gefasst, sich an den bevorstehenden Wahlen versuchsweise zu beteiligen, um festzustellen, wie weit das arbeitende Volk bei einem solchen, Recht und Gerechtigkeit verhöhnenden Wahlsystem einen Erfolg zu erringen vermag.

Wähler! Wir wissen, dass unter der Herrschaft dieses Dreiklassenwahlsystems und besonders auch wegen der damit verbundenen öffentlichen Stimmenabgabe grosse Hindernisse vorhanden sind, um die Stimmen des arbeitenden Volkes zur Geltung zu bringen. Hunderttausende, die bei den Reichstagswahlen zu uns halten und unseren Kandidaten ihre Stimmen geben, sind bei der öffentlichen Stimmenabgabe bei den Landtagswahlen gezwungen, entweder der Wahlurne fern zu bleiben und so auf die Ausübung ihres wichtigsten Staatsbürgerrechts zu verzichten oder sogar gegen ihre Ueberzeugung, einem Drucke von oben folgend, Kandidaten zu wählen, die sie als ihre Todfeinde ansehen. So kommt zu der Rechtlosigkeit noch die politische Heuchelei, zu welcher Staatsgewalt und herrschende Klassen ungezählte Wähler zwingen. Das hindert aber nicht, dass diese Gewalten sich als Hüter und Wahrer der öffentlichen Moral und Sittlichkeit aufwerfen.

Um so notwendiger ist, dass diejenigen Wähler, die Rücksichten nicht zu nehmen haben, Mann für Mann am 12. November an die Wahlurne treten und den sozialdemokratischen Wahlmännern ihre Stimme geben, welche unsere Partei in allen den Wahlbezirken der Wahlkreise aufstellen wird, in welchen sie sich Erfolg verspricht.

Wähler! Das bisher gültige Wahlsystem verhinderte, dass der preussische Landtag als eine Volksvertretung angesehen werden konnte. Er war

bisher eine ausschliessliche Vertretung der besitzenden Klassen und konnte nichts anderes sein, und dementsprechend sind auch die Gesetze, die diese »Volksvertretung« beschlossen, und die Massnahmen, die sie ihre Zustimmung gegeben hat, ausgefallen. Die weitaus stärkste Partei in Preussen, die Sozialdemokratie, ist bisher im Landtag auch nicht durch einen Abgeordneten vertreten gewesen. So ist es gekommen, dass unter der Herrschaft dieser privilegierten Klassenvertretung sich vielfach Zustände herausgebildet haben, die eines Kulturstaates unwürdig sind.

Neben der zweiten Kammer des Landtags, dem Abgeordnetenhause, besteht aber auch noch die erste Kammer, das sogenannte Herrenhaus, in dem die Privilegiertesten unter den Privilegierten vertreten sind, die es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen, jedem wirklichen Fortschritt ein Hindernis zu bereiten und die staatliche Entwickelung in den Daumschrauben eines mittelalterlichen feudalen Absolutismus zu zerquetschen.

Ist schon das Abgeordnetenhaus eine Versammlung Gewählter, die jedem Begriff einer Volksvertretung Hohn spricht, in dem Herrenhaus begegnen wir einer Versammlung Ernannter, deren Hauptverdienst um Staat und Gesellschaft für die grosse Mehrzahl unter ihnen darin besteht, dass sie sich die Mühe nahmen, geboren zu werden und zu verzehren, was sie nicht erworben haben.

Gegen diese entwürdigenden Zustände muss bei den bevorstehenden Wahlen zum Landtag durch eine möglichst grosse Zahl sozialdemokratischer Stimmen energisch Protest erhoben und der Versuch gemacht werden, durch Wahl von sozialdemokratischen Vertretern den Interessen der bisher unvertreten gebliebenen arbeitenden Volksmehrheit einigermassen gerecht zu werden, um Zustände zu bekämpfen, die eine Schmach für unser Zeitalter und eine Schande für den Staat sind.

Wähler! Darum auf zur Wahl am 12. November!

Die Kandidaten der Sozialdemokratie werden im Falle ihrer Wahl einzutreten haben:

Für das allgemeine, gleiche direkte und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper (Staat, Gemeinden etc.) an alle für mündig erklärten Staatsangehörigen. Gesetzliche Einteilung gleicher Landtagswahlkreise. Proportionalwahl (Verhältnissystem). Beseitigung des Herrenhauses. Freiestes Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht für alle Staatsangehörigen, insbesondere auch für die Arbeiter in den Staatsbetrieben und die ländlichen Arbeiter; Aufhebung des Gesetzes über die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter; Beseitigung der Dienstbotenordnungen.

Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages in den Staatsbetrieben und Staatswerkstätten; auskömmliche Löhne nach Massgabe der örtlichen Verhältnisse; Verallgemeinerung der Gewerbe-Aufsicht und Wahl von Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen als Hilfspersonen für die Gewerbe-Aufsicht; auskömmlicher Arbeiterschutz.

Volle Gleichberechtigung der im preussischen Staate lebenden Nationalitäten, insbesondere in Bezug auf den Gebrauch ihrer Muttersprache.

Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Volle Freiheit der Religionsübung und volle Selbstverwaltung der religiösen Gemeinschaften. Verbot, öffentliche Mittel für irgend welche religiösen Zwecke zu verwenden.

Hebung des Volksschulwesens durch möglichste Erhöhung der Leistungen für die körperliche und geistige Ausbildung; Vermehrung und materielle Besserstellung der Lehrer; Einheitsschule für alle schulpflichtigen Kinder; Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel und Vereinheitlichung der Lehrmittel; Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts für Stadt und Land; Uebernahme der Kosten für die Volksbildung durch den Staat.

Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege nach den Anforderungen der Hygiene; Bau von Hospitälern, Heil- und Rekonvaleszentenanstalten durch den Staat; Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Apotheken.

Beseitigung des Wohnungselends und der Wohnungsnot durch staatliche Massnahmen; Wohnungsgesetzgebung; Bau von Wohnungen in staatlicher Regie; Vermehrung des staatlichen Eigentums an Grund und Boden.

Förderung von Kunst und Wissenschaft und Zugängigmachung ihrer Erzeugnisse und Ergebnisse für die Gesamtheit; Errichtung von Museen und wissenschaftlichen Sammlungen; öffentliche Bibliotheken etc.

Förderung von Industrie und Landwirtschaft durch Errichtung höherer Fach-Lehranstalten, Lehrwerkstätten, Musterwirtschaften, Musterbetriebe; Unterstützung des Genossenschaftswesens; Kanal-, Eisenbahn- und Strassenbau durch den Staat; Regulierung der Wasserstrassen und Schaffung von Schutzeinrichtungen gegen Ueberschwemmungsgefahren; Entschädigungspflicht des Staats, soweit durch sein Verschulden dem Einzelnen Schaden zugefügt wird. Verstaatlichung der Gruben und Bergwerke.

Ermässigung und Vereinfachung der Personen- und Frachttarife; Einführung der Reichsverwaltung für das gesamte Eisenbahnwesen.

Verbesserung der Rechtspflege durch erhebliche Vermehrung der Richterstellen; Verbilligung und Vereinfachung der Rechtspflege.

Bekämpfung aller Vorrechte, die einzelnen Ständen oder Klassen auf Kosten der Gesamtheit eingeräumt wurden. Beseitigung der eximierten Gutsbezirke. Keine Liebesgabenpolitik.

Volle Gleichberechtigung bei der Besetzung öffentlicher Aemter und Stellen; Schutz der Beamten gegen Uebergriffe von oben und finanzielle Besserstellung der niederen Beamtenklassen.

Schutz des Publikums gegen Uebergriffe der Beamten, volle Verantwortlichkeit und Entschädigungspflicht des Staats für die Uebergriffe seiner Beamten.

Reformen der Armen- und Waisenpflege im Sinne grösstmöglichster Humanität.

Reform der Steuergesetzgebung: Erhöhung der Progression für die Einkommen über 6000 Mark; Einführung der Progression für die Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Volle Selbstverwaltung der Gemeinden; Beseitigung des Bestätigungsrechts für gewählte Gemeindebeamte.

Wähler! Das sind die Mindestforderungen, die wir zu stellen haben und welche der Staat erfüllen muss, will er dem idealen Zweck, dem zu dienen er vorgibt, Schutzanstalt für die Armen, Schwachen, Unterdrückten und Ausgebeuteten, ein Schirmer des Rechts und ein Bestrafer des Unrechts zu sein, auch nur einigermassen gerecht werden.

Ist dieses Ziel, das wir dem Staate zuschreiben, auch das eure, so unterstützt unsere Kandidaten durch eure Stimmen bei den Wahlen!

An unsere Parteigenossen aber richten wir die Aufforderung, so weit es noch nicht geschehen ist, unverzüglich in die Wahlagitation einzutreten und alles aufzubieten, was in ihren Kräften steht, um den Ausfall der Wahlen am 12. und 20. November zu einem für die Partei möglichst günstigen zu gestalten.

Hoch die Sozialdemokratie!

Das Zentral-Wahlkomitee für die preussischen Landtagswahlen:

Auer, Bebel, Eberhardt, Gerisch, Pfannkuch, Singer, Wengels.

Ein Brief von Friedrich Engels an einen armenischen Sozialisten.

(Folgender Brief von Friedrich Engels wird uns von befreundeter Seite zur Verfügung gestellt. Er bedarf keiner erklärenden Vorbemerkung. Red. der Dok. des Soz.)

41 Regents Park Road N.W.
London, 23. Nov. 1894.

Werter Parteigenosse!

Ich danke Ihnen bestens für Ihre Uebersetzung meiner »Entwickelung des Sozialismus« und neuerdings des »komm. Manifests« in Ihre armenische Muttersprache. Leider aber bin ich nicht imstande, Ihren Wunsch zu erfüllen, Ihnen einige Zeilen der Einleitung für diese letztere Uebersetzung zu schreiben. Ich kann nicht gut etwas schreiben, das veröffentlicht werden soll in einer Sprache, die ich nicht verstehe. Tue ich es Ihnen zu Gefallen, dann kann ich es andern nicht abschlagen, und da könnte es mir doch einmal vorkommen, dass meine Worte unabsichtlich oder selbst absichtlich entstellt in die Welt hinaus kämen, und ich es vielleicht erst nach Jahren oder gar nicht erführe.

Dann aber auch — so dankbar ich Ihnen auch bin für Ihre interessante Darstellung der armenischen Situation, weil ich es nicht für recht und billig halten kann, wollte ich ein Urteil abgeben über Dinge, die ich nicht aus eigenem Studium habe kennen lernen. Und dies um so mehr, als es sich hier um ein unterdrücktes Volk handelt, das das Unglück hat, zwischen der Scylla des türkischen und der Charybdis des russischen Despotismus eingekeilt zu sein; wo der russische Zarismus auf die Rolle des Befreiers spekuliert und wo die knechtische russische Presse nie verfehlt, jedes der armenischen Befreiung sympathische Wort zu Gunsten des erobernden Zarismus auszubeuten.

Meine aufrichtige Privatansicht ist aber die, dass die Befreiung Armeniens von Türken und von Russen möglich wird erst an dem Tag, wo der russische Zarismus stürzt.

Mit besten Wünschen für Ihr Volk

Ihr ergebener
F. Engels.

Ein Manifest des allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes von Litauen, Polen und Russland über die Judenverfolgungen in Homel.

Vornotiz. Süd- und Westrussland waren im Sommer 1903 der Schauplatz von Agitationen und Ausschreitungen gegen die dortige jüdische Bevölkerung, die in dem fürchterlichen Blutbad von Kischinew ihren höchsten Ausdruck fanden. Bald nach dem Gemetzel von Kischinew ward Homel, eine Bezirksstadt im Gouvernement Mohilew (Westrussland), der Schauplatz von Ausschreitungen, die ähnlich wie die Kischinewer begannen, aber dadurch ein anderes Gesicht erhielten, dass sich die jüdischen Arbeiter zusammenscharten und wiederholt den Versuch machten, den Plünderern und Zerstörern kämpfend gegenüberzutreten, woran sie jedoch von den Vertretern der bewaffneten Macht (Polizei und Militär) wiederholt verhindert wurden. Gleichviel indes, welche Absichten diese letzteren mit ihrer Lähmung des Widerstandes verbanden, die Tatsache des organisierten Auftretens allein genügte schon, die Stimmung zu einem Gemetzel im grossen Stil nicht aufkommen zu lassen oder sie, soweit sie vorhanden war, abzuflauen. Wohl fielen auch hier eine Anzahl Menschenleben der Hetzerei zum Opfer, aber bei weitem nicht in dem Masse, wie in Kischinew.

Das Manifest, dessen Uebersetzung uns zur Veröffentlichung in den »Dokumenten des Sozialismus« zur Verfügung gestellt wird, ist nicht als

geschichtliches Referat, sondern als Polemik gegen einen amtlichen Bericht niedergeschrieben und entbehrt daher der Uebersichtlichkeit und Vollständigkeit einer systematischen Darstellung. Es setzt vieles als bekannt voraus, dessen Fehlen seine Darstellung etwas unzusammenhängend erscheinen lässt. Indes glauben wir, dass sich die Leser leicht selbst orientieren werden, und sehen daher von ergänzenden Zusätzen ab. *Red. der Dok. des Soz.*

Die Wahrheit über die Judenkrawalle in Homel.

Der Regierungsbericht über die Ausschreitungen gegen die Juden ist voll von Lügen und Widersprüchen. Wie es scheint, haben alle übrigen Blätter schweigen müssen. Hier wollen wir dagegen Tatsachen über die Ausschreitungen mitteilen, die wir am Orte gesammelt haben.

Die Tatsachen zeigen uns, wie »richtig« die Nachrichten des »Regierungsboten« und wie »ehrlich« die Leute sind, auf deren Aussagen die Nachrichten sich stützen, sie zeigen, welche schändliche Rolle die Agenten des russischen Selbstherrschertums in der Metzelei gespielt haben und enthüllen die ungeheure Schuld der Regierung an dem unschuldig vergossenen Blut und den umgebrachten Leben. Sie klären uns über den ganzen Sachverhalt auf und decken die Menge von Lügen auf, die den Anteil der Regierung und ihrer Diener verbergen, die ganze Schuld auf die Juden im allgemeinen werfen, und insbesondere die ersteren an den jüdischen Arbeitern rächen sollen, die diesmal fast die einzigen waren, die sie gehindert haben, ihren teuflischen Plan durchzuführen.

Wir werden damit anfangen, womit der »Regierungsbote« aufhört. »Der ordentliche (gutgesinnte) Teil der Bevölkerung«, schreibt der »R.-B.«, »ist überzeugt, dass die Ursachen der Unordnungen in der feindlichen und herausfordernden Haltung der Juden den Christen gegenüber liegt.« In der Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt: Die Masse der am Ort wohnenden Juden leben in steter Freundschaft mit der christlichen Bevölkerung, eine Feindschaft ist nur bei der Intelligenz bemerkbar. Die Agitation zu Ausschreitungen ward in Homel schon seit Anfang des Jahres 1901 geführt. Hier, wie überall in Russland, haben sich die Regierungsagenten bemüht, die Christen gegen die Juden aufzuhetzen, um die Aufmerksamkeit der christlichen Massen von ihrem wirklichen Feinde, d. h. der zarischen Regierung, abzuwenden. Als die ersten sozialdemokratischen Aufrufe an die ländliche Bevölkerung zu erscheinen begannen, fuhr der Homeler »Isprawnick« (Bezirksvorstand) durch die Dörfer und hetzte die Bauern gegen die Juden; auf den »Schoden« (Gemeindeversammlungen) hielt er Reden, dass die Juden Rebellen seien, dass sie den rechtgläubigen Zaren umbringen wollen, dass man sich an den Juden rächen müsse u. s. w. Am 1. Mai ging es nicht an, eine Demonstration abzuhalten, da das Wort »Metzelei« aus aller Munde klang, und man gewärtigen musste, dass eine Demonstration einen Krawall zur Folge haben werde. Von Krawallen sprach man die ganze Zeit unaufhörlich, und mehr als einmal glaubte man, am Beginn eines solchen zu stehen. Wenn wir noch dazu die Hetzereien der antisemitischen Presse vor und nach den Ausschreitungen in Kischinew in Betracht ziehen, so wird es leicht begreiflich, dass bei der allgemeinen Unwissenheit, die in den breiten Volksschichten herrscht, der kleinste Funke den grössten Brand hervorzurufen imstande war, und dies nicht nur in Homel allein. Die am Tage des Gemetzels und nachher erfolgten Tatsachen beweisen uns, dass in Homel ausserdem noch eine Agitation von seiten der antisemitischen »Gebildeten« geführt worden ist.

Am Freitag, den 29. August, wusste man schon sicher, dass eine Metzelei vor der Tür stehe. Man bemerkte, dass die Bauern, die an diesem Tage zum Markte nach der Stadt kamen, keine Einkäufe machten. An jenem Tage hatte der Oberstleutnant Iwanoff den Bauern sagen lassen, dass sie nichts zu kaufen brauchten, da am Montag eine Plünderung der Juden stattfinden werde und sie alles umsonst kriegen würden. Ob die Schlägerei am Freitag von selbst entstanden oder das Handeln um die Heringe nur als Vorwand in Szene gesetzt war, lässt sich nicht genau feststellen.

Wie bekannt, hat der 29. August allerdings eine gewisse Rolle im Massacre vom Montag gespielt. Kaum ging die Zänkerei zwischen dem Käufer der Heringe und der jüdischen Krämerfrau los, als sofort 50 bis 60 Christen mit dem Schrei ›Schlagt die Juden!‹ auf die jüdischen Buden stürzten. Zu ihnen gesellten sich die Diener des Palastes Paskewitsch, bewaffnet mit allem, was ihnen unter die Hände kam. Zu gleicher Zeit versammelten sich auch Juden, die den ausschreitenden Christen entgegentraten. Auch die jüdischen organisierten Arbeiter sammelten sich. Der Anführer der Ausschreitenden wurde durch einen Messerstich tödlich verwundet, noch bevor die organisierten Arbeiter Zeit hatten, an der Schlägerei Anteil zu nehmen. Ein jüdischer Arbeiter wurde von der Kugel des Polizeiaufsehers getroffen. Im ganzen sind acht bis neun Juden schwer verwundet worden, eine noch viel grössere Anzahl erhielt leichtere Wunden. Von seiten der Juden fiel nur ein einziger Schuss. Die Mitglieder unserer Organisation zerstreuten sich erst, als die Ausschreitung zu Ende war.

Diesen Vorfall liessen die Antisemiten nicht unbenutzt verstreichen. Man fing an, das Wort herumzugeben, dass man sich für den Getöteten an den Juden rächen müsse. Es wurden zwei antisemitische Aufrufe zur Metzelei gefunden und auch ein Kellner mit antisemitischen Aufrufen im Komerz-Hotel abgefasst. In der Stadt wurden Photographien des getöteten Christen verbreitet.

An der Metzelei vom Montag nahmen u. a. Anteil: Der Kaufmann Petroschenko, der Friedensrichter Melnikoff, der Notar Plachoff, der Gefängnisaufseher, drei Schüler der technischen Schule, einige Gymnasiasten und der Bezirksvorsteher. Sie alle hetzten zu Ausschreitungen auf, und viele von ihnen zeigten den Ausschreitenden die Wohnungen von Juden. Ferner spielte wahrscheinlich keine geringe Rolle der Werkstättenaufseher der Eisenbahn, der den Arbeitern verschiedene Werkzeuge gab, wie Hammer, Beile, Stöcke, von denen sie am Montag Gebrauch machten. Das alles beweist uns wieder die Verlogenheit des Regierungsberichtes, der bemüht ist, die Sache so auszumalen, als ob alle russischen Arbeiter am Montag die Beleidigung vom 29. August zu rächen suchten. Der Regierungsbericht schweigt von der antisemitischen Hetze, an der beinahe ausschliesslich Regierungsbeamte Anteil nahmen, und wirft die ganze Schuld auf die Juden.

Nicht ohne Absicht verschweigt die Regierung die antisemitische Hetze und nennt sie die russischen Arbeiter die Rächer der von den Juden begangenen Beleidigung. Die Regierung hat im Laufe der letzten Jahre mehrmals zu erfahren bekommen, dass die Masse der russischen Arbeiter längst nicht mehr das ist, was sie einst gewesen war. Immer mehr verschwindet ihre Unsicherheit, und sie beginnt sehr gut zu verstehen, welchen Feind sie in der russischen Regierung hat. Die grosse Streikbewegung in Süd-Russland und im Kaukasus hat gezeigt, dass die grosse Masse der Arbeiter schon versteht, dass nicht die Juden als solche die Ursache ihrer Leiden sind. In Odessa, Kiew und anderen Städten haben die russischen Arbeiter während der Demonstrationen die Juden beruhigt, sie möchten keine Angst haben, die Arbeiter hätten nichts gegen sie. Natürlich war es für die Regierung eine grosse Freude, in Homel Arbeiter gegen die Juden Ausschreitungen verüben zu sehen. Aber die sozialdemokratische Agitation, die dem Antisemitismus in ganz Süd-Russland keinen Fuss hat fassen lassen, wird auch dem Antisemitismus der Homeler Arbeiter ein Ende machen, dem Antisemitismus, der nur in der Unwissenheit seine Erklärung findet. Am Krawall nahmen hauptsächlich die tiefer stehenden, ungebildeten Arbeiter Anteil, die aus den benachbarten Dörfern gekommen waren. Umgekehrt sind mit den jüdischen auch verschiedene christliche organisierte Arbeiter den Ausschreitungen entgegen getreten. Während der Regierungsbericht die antisemitische Hetzerei, an der die Regierung selbst Anteil genommen hat, vollständig verschweigt, spricht er um so mehr davon, dass die Juden Polizei und Militär gehindert hätten, Ordnung zu schaffen. Er erzählt ausführlich, dass ›aus der Mitte der Juden Steine geschleudert und mit Revolvern gefeuert worden sei‹, dass am 1. September ›die Juden auf das Militär geschossen hätten, welches gekommen war, um Ordnung zu schaffen‹. Das

soll uns Sozialdemokraten gewiss nicht wundern. Jede Tatsache, die beweist, dass die Angst vor Polizei und Armee geringer wird, beweist auch zu gleicher Zeit, dass die Stütze der Reaktion schwächer wird. Aber auch hier müssen wir die Lügen der Regierung aufdecken und feststellen, dass der Widerstand gegen Polizei und Armee nicht ohne Anlass, sondern deshalb erfolgte, weil die Polizei und die Armee den Ausschreitenden halfen, anstatt sie in ihrem Tun zu hindern.

Wir müssen etwas länger dabei verweilen, wie der Kampf vor sich ging. Das wird uns die Rolle der Polizei während der Metzelei klarlegen. Laut der Resolution unseres 5. Parteitages »Ueber Ausschreitungen gegen Juden«, hat unser Homeler Komité gleich anfangs den bewaffneten Widerstand organisiert. Ferner kamen auch Arbeiter aus den umliegenden Städten zu Hilfe. Von Freitag bis Montag gingen die Arbeiter nicht zur Arbeit. Die Organisation bestimmte, dass am Montag ein Teil der Arbeiter sich für alle Fälle bereit halten solle. Man erfuhr, dass die Eisenbahnarbeiter um 12 Uhr eine Metzelei anstiften wollten. Auch die Polizei war vom Vorhaben der Eisenbahnarbeiter unterrichtet und stellte gegen 11 Uhr eine Kompagnie Soldaten unweit des Bahnhofes auf.

Punkt 12 Uhr strömten die Ausschreitenden, ungefähr 150 Mann Eisenbahnarbeiter, aus dem Depot (im Depot arbeiten im ganzen gegen 1000 bis 1200 Mann) durch die Schlossstrasse gegen die Stadt. In der Schlossstrasse fingen sie sofort zu plündern an und verwüsteten viele Häuser. Alsbald stellte sich auch der Charakter des Schutzes heraus, den das Militär leisten sollte. Die Soldaten umringten einige Stadtviertel und liessen keine Juden an diese heran. Sie standen drei Stadtviertel vom Bahnhof entfernt, und innerhalb dieser drei Viertel liessen sie rauben und plündern. Dasselbe fand auch statt, als die Plünderer von der Schlossstrasse nach der Technischen Schule zogen, wohin die Soldaten sie frei hindurch liessen, zum Pferdemarkt und von dort nach der Troitza und der Kirchhofstrasse, wo sie gemeinsam mit den Soldaten die jüdische Synagoge zu zerstören begannen. Dann zogen sie nach der Wetrenerstrasse. Bis dahin hatten die organisierten jüdischen Arbeiter vergebens versucht, den Ring der Soldaten zu durchbrechen, um die Tobenden auseinander zu jagen; die Soldaten liessen sie nicht durch. Erst auf der Wetrenerstrasse, wohin die jüdischen Arbeiter von der entgegengesetzten Seite gelangten, stiessen sie auf die Ausschreitenden, die zur selben Zeit vom Pferdemarkt kamen. Die jüdischen Arbeiter begegneten ihnen mit einigen Revolverschüssen und verwundeten zwei bis drei Plünderer. Die Ausschreitenden verliefen sich bald und suchten Schutz hinter den Soldaten, welche nun auf die jüdischen Arbeiter schossen und zwei Menschen verwundeten. Die Arbeiter zogen sich darauf zurück und versammelten sich in einer Anzahl von etwa 500 Personen auf dem Markte neben der Synagoge.

Auf diese Weise hat das Militär das Blut der sich selbst verteidigenden Juden vergossen, anstatt Ordnung zu schaffen und die Ausschreitenden zu zerstreuen. Bedarf es noch eines besseren Beweises für die ganze Niederträchtigkeit des zweiten Berichtes des »Regierungsboten«, der die Sache so darstellte, als ob die Juden aus purer Bosheit eine Schlägerei mit den Christen anzustiften versucht und das Militär mit Messern und Revolvern angegriffen hätten? Zu solchem Cynismus ist nur eine Regierung wie die zarische fähig, in der solch unverschämte niederträchtige Henker, wie von Plehwe und von Waal die Hauptrolle spielen. Nur mit der Maske der Unverschämtheit auf dem Gesicht kann man vom Militär als vom Schützer der Ordnung und Ruhe sprechen. Die zerstörten, ausgeplünderten Häuser und Buden liefern das beste Zeugnis, was für eine Ordnung das Militär und die Polizei in der Stadt herzustellen gesucht haben. Dieser stumme Zeuge spricht viel deutlicher, als die Artikel des »Regierungsboten«. Wie begründet die Beschuldigung ist, dass die Juden eine Prügelei mit den Christen anzustiften suchten, zeigen auch folgende Tatsachen, von welchen der »Regierungsbote« selbstverständlich nichts berichtet: Auf dem Pferdemarkt schlug ein Offizier den Juden vor, abzutreten, und versprach, die Ausschreitenden zu entfernen. Die Arbeiter traten darauf sofort zurück, und erst, als sie sich be-

trogen sahen, versuchten sie, die Feinde von einer anderen Seite auseinander zu jagen.

Auf dem Markte, vor der Synagoge stehend, bemerkten die jüdischen Arbeiter einen Haufen von etwa 30 Mann auf der Mohilewer Strasse. Dreissig Mann aus ihrem Kreise näherten sich den Ausschreitenden und gaben ihnen durch Zeichen zu verstehen, dass sie mit ihnen sprechen wollten. Die Ausschreitenden hielten ein. Ein Genosse trat hervor und begann zu sprechen. Kaum dass er das Wort »Kameraden« ausgesprochen, fügte es jedoch ein unglücklicher Zufall, dass einige Strassenbuben mit Steinen zu schleudern anfingen. Das störte die Aufmerksamkeit, und bald ging die Schlägerei wieder los. Die jüdischen Arbeiter schossen nunmehr in die Luft, und die Plünderer verliefen sich. Die Tatsachen beweisen uns, wie wenig die jüdischen Arbeiter überhaupt daran dachten, mit den Christen sich zu schlagen, sie beweisen, dass nur die äusserste Not sie dazu zwang.

Der Regierungsbericht erzählt ferner, dass die Juden aus den Häusern und hinter den Zäunen hervorgeschossen hätten. Er erzählt aber nicht, dass man aus dem »Teehaus des Temperenzvereins« auf die vorübergehenden Juden geschossen hat; dass die Offiziere offen diejenigen Soldaten lobten, welche sich besonders durch ihre räuberischen Talente auszeichneten; dass im Stadtteil unter dem Namen Kaukasus ein Offizier kommandierte: »Schlagen, zerstören und immer vorwärts, nur nichts mit sich mitnehmen«; dass Soldaten und Polizisten die Wagen, in denen Juden fuhren, so lange anhielten, bis die Ausschreitenden eintrafen und auf die Juden losschlugen. Der Bericht sagt nichts davon, dass man am hellen Tage einen Juden namens Kewesch getötet hat, und zwar vor den Augen eines Polizeiaufsehers, der sich nicht vom Fleck rührte, und dass die Polizei selbst den Plünderern jüdische Häuser zeigte, weil quasi »Demokraten« dort wohnen. Der Bericht vermindert die Anzahl der getöteten und verwundeten Juden (getötet sind nicht vier, sondern acht Juden, verwundet ungefähr 150) und verschweigt vollständig, dass die Getöteten den Schlägen und Kugeln der Soldaten erlegen sind. Der Bericht publiziert auch nicht die Rede, die man vor den Soldaten gehalten hat, bevor sie aus der Kaserne zur sogenannten Ordnungsherstellung geschickt worden sind. Die Rede trägt ganz den Charakter politischer Agitation gegen Juden und erinnert mit keinem Worte daran, was die Soldaten zu tun haben. »Brüder« — so beginnt sie — »es ist jetzt eine heisse Zeit. Ich bitte euch, seid rüstig. Väterchen Zar hofft auf euch, als auf seine Verteidiger. Wir haben innere Feinde, die unser ganzes Reich zersplittern wollen. Das sind Schufte, Juden, es sind aber auch Christen dabei. Woher kommt das? Es kommt daher, dass unsere äusseren Feinde mit Geld die inneren Feinde kaufen, um Zwist im Reiche zu säen. Seid ruhig, habt keine Angst! Betet für den Zaren, vergesst nicht euren Schwur!« u. s. w.

Die Regierungsagenten wollen nichts davon wissen was die Juden, die Opfer der Ausschreitungen, von diesen erzählen. Als der Mohilewer Gouverneur nach Homel gekommen war und mit eigenen Augen sich den Jammer angeschaut hatte, entrollte sich vor ihm ein grandioses historisches Bild und er hielt vor der versammelten bürgerlich-jüdischen Deputation einen ganzen Vortrag über die Juden von früher und die Juden von heute. Die heutigen Juden sind unermesslich schlechter als wie die vormaligen Juden; die jüdische Jugend ist rebellisch, sie fürchtet nicht den Zaren, sie achtet nicht die Obrigkeit. Als Beweis der Verdorbenheit der Juden führte er an, dass man seine Frau nicht respektiert, dass man ihn auf der Strasse nicht grüsst und dergleichen Geschichten. Er kündete auch an, dass die verhafteten Juden strenge bestraft werden würden, und dass er kein Militär zum Schutze der Juden hergeben werde. »Ihr habt ja eigenen Schutz,« das sind seine Worte. Vielleicht war das der Grund, dass dieser Satrap keine andere Massregeln zu ergreifen für nötig hielt, als die Monopol-Läden zu schliessen. Die jüdische Deputation entliess er, ohne ein Wort vor ihr angehört zu haben. Medem, der Kollege des Direktors des Polizeidepartements, der aus Petersburg hierher gekommen ist, um Auskunft über die Unruhen zu erhalten, erklärt auch, dass er keine Zeit habe, die Juden anzuhören. Er hat kaum Zeit gefunden,

den verdorbenen Juden etwas Moral zu predigen. Er hat indes nicht versäumt, kundzutun, dass es den verhafteten Juden hart ergehen werde, dass die Ausschreitungen einen politischen Charakter tragen, und es scheint ihm sogar, als ob die Juden schon früher zu den Ausschreitungen bereit gewesen sind.

Die Reden des Gouverneurs, des Polizeidirektors, das Verhalten der kleineren zarischen Agenten, dies alles zeigt uns, dass die Regierung mit den diesmaligen Ausschreitungen die Absicht verfolgt, die christlichen Arbeiter gegen die jüdischen aufzuhetzen. Zu diesem Zwecke wird die Sache zu einer Ausschreitung der Juden gegen die Christen aufgebauscht, die bewaffnete Selbstverteidigung wird als Widerstand gegen Armee und Polizei ausgemalt. Dafür spricht auch folgende Tatsache. Am Sonnabend (nach dem Krawall) wurden im Eisenbahndepot je fünf Arbeiter aus jeder Korporation gerufen und gefragt, warum sie nicht zur Arbeit gekommen seien. Dabei waren anwesend der Mohilewer Gendarmerieoberst Poliakoff, der Staatsanwalt und der Werkstättenaufseher, letzterer derselbe, der beim Krawalle eine solch gemeine Rolle gespielt hat. Die Arbeiter antworteten, sie hätten ihr Hab und Gut gegen die Ausschreitungen der Juden verteidigen müssen. Der Gendarm und der Staatsanwalt lobten sie darauf für ihr gutes Betragen. Diese Taten des »ordentlichen« Teils der Bevölkerung bedürfen keines Kommentars.

Alle diese Tatsachen beweisen klar, dass das Gebäude der Selbstherrschaft auf Mord und Lüge gegründet ist. Jeder einzelne Satrap hält sich für einen kleinen Herrscher und betrachtet jede persönliche Beleidigung als Staatsaktion. Bei der absolutistischen Regierungsform kann es auch nicht anders sein. Den Zaren verteidigen — das ist die Aufgabe des Militärs, und dieser Aufgabe wird das Wohl und die Existenz der ganzen russischen Bevölkerung, des ganzen Landes geopfert. Nicht die Interessen des Volkes, sondern die des Zarismus verteidigen — das ist der Beruf der zarischen Diener. Die Interessen des Zaren und der Bureaukratie sollen aber die Interessen des ganzen Landes darstellen, und das nötigt die mörderische Bande, ihre Politik auf Lüge und Verleumdung aufzubauen. Die Wahrheit muss jedoch aufgedeckt werden. Man hat die ganze Falschheit, den Jesuitismus der zarischen Politik bei den Kischinewer Ausschreitungen erkannt. Wir werden dafür sorgen, dass auch die Homeler Ausschreitungen im wahren Lichte dargestellt werden, und es soll allgemein bekannt werden, auf welche moralischen Prinzipien von Plehwe seine Politik im allgemeinen und besonders seine Politik in der Judenfrage baut.

Die sozialdemokratische Agitation wird immer mehr und mehr die christlichen Arbeiter über die Unschuld der Juden und über ihren wahren Feind aufklären. Die bewaffnete Selbstwehr, die noch grössere Dimensionen annehmen muss, wird den blinden Massen zeigen, dass man auch Juden nicht unbestraft schlagen und töten kann. Das wird die Lust an Krawallen vermindern, und die menschenfeindliche Politik des Absolutismus wird schliesslich die Waffen niederlegen müssen. Die jetzigen Ausschreitungen haben uns bewiesen, wie richtig wir auf unserem fünften Kongress den Stand der Dinge beurteilt und die Fähigkeit der einzelnen Schichten der jüdischen Nation, den Kampf gegen die Ausschreitungen zu führen, abgeschätzt haben. Unsere Resolution lautet: »Von allen Schichten des jüdischen Volkes bildet nur das Proletariat, das unter der Fahne der Sozialdemokratie kämpft, diejenige Macht, welche dem von der Regierung aufgehetzten Pöbel Widerstand leisten kann . . .« Das hat sich jetzt auch glänzend bestätigt. Das jüdische sozialistisch geschulte Proletariat hat gezeigt, dass es allein nur imstande ist, sich mit Heldenmut in den Kampf gegen seine Feinde zu stürzen. Sein Kampf bringt auch allen übrigen Klassen des jüdischen Volkes Hilfe. Die jüdische Bourgeoisie kann aber über sich selbst nicht hinaus. Bald nach der ersten Freude, das Blutbad in Homel lebendig überstanden zu haben, gleich nach dem ersten Moment, in dem sie die »Demokraten« mit Stolz ihre Retter in der Not genannt, — verfiel die jüdische Bourgeoisie wieder in Mutlosigkeit und Angst, und anstatt den Kämpfern beizustehen, entsandte sie Deputationen an die zarische Regierung. Diese Deputationen, die sich anmassen, im Namen des gesamten jüdischen Volkes

zu sprechen, haben dasselbe Schicksal gehabt, wie alle übrigen jüdischen Deputationen. Wird dadurch die jüdische Bourgeoisie ihre untertänigen Reden verlernen, in denen ein kriecherischer Sklavengeist steckt? Es lässt sich kaum hoffen, und nicht auf die Hilfe dieser Sklavenseelen wollen wir unsere Augen richten. Nochmals müssen wir die Worte unserer Resolution wiederholen und die Ueberzeugung aussprechen, dass nur der gemeinsame Kampf des Proletariats aller Nationen die Bedingungen ausrotten wird, welche solche Ereignisse, wie die Kischinewer und Mohilewer Krawalle möglich machen, dass nur der Kampf des Proletariats uns zum Sieg über den zarischen Despotismus und die ganze kapitalistische Weltordnung bringen wird, und dass vom ganzen jüdischen Volke die selbständig organisierte Macht allein imstande ist, den antisemitischen Hetzen Widerstand zu leisten und deren traurige Folgen zu bekämpfen.

Nieder mit der antisemitischen Politik der zarischen Regierung! Hoch die Solidarität der Proletarier aller Nationen! Hoch der Sozialismus!

Das Zentral-Komitee.

(Druckerei des »Bund«, 1903.)

IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

a) Inhalt der sozialistischen Zeitschriften.

I. In deutscher Sprache.

Die Neue Zeit, Stuttgart.

24. Oktober 1903.

K. Kautsky, Franz Mehring. — Georg Ledebour, Soldatenschutzgesetze. — Jakob Vidnes, Die Sozialdemokratie und die Storthingwahlen in Norwegen. — Th. Rothstein, Der Niedergang der britischen Industrie. — Literarische Rundschau. — Notizen.

31. Oktober 1903.

Karl Liebknecht, Zum Kaiserinselprozess. — Rudolf Hilferding, Zur Frage des Generalstreiks. — Herm. Fleissner, Die Landtagswahlen in Sachsen. — Otto Marko, Unsere »Volksschule«. — K. Bl., Jugendliteratur und Erziehung zum Sozialismus. — Julian Borchardt, Woran liegt das? — Notizen.

7. November 1903.

Karl Kautsky, Theodor Mommsen. — Rosa Luxemburg, Der Sklaventanz in Frankfurt. — H. Ströbel, Mehrings Wandlungen. — Otto Marko, Unsere »Volksschule«. — Literarische Rundschau. — Notizen.

14. November 1903.

H. Vliegen, Der Generalstreik als politisches Kampfmittel. — G. Plechanow, Die Aufhebung der bäuerlichen Haftpflicht in Russland. — R. Avramoff, Der zehnte Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens. — Th. Rothstein, Der Niedergang der britischen Industrie. — J. German, Die Kohlenhäuer und die Maschinomanie. — Literarische Rundschau.

Sozialistische Monatshefte, Berlin.

November 1903.

Julius Bruhns, Zu den preussischen Landtagswahlen. — Eduard Bernstein, Sozialismus und Liberalismus bei den preussischen Landtagswahlen. — Dr. Friedrich Hertz, Revidieren wir! — Paul Kampfmeyer, Vom Klassenbewustsein und vom Klassenkampf. — Hjelmar Marbot, Ueber die Grösse und das Wachstum der Bevölkerung im Deutschen Reiche. — Johannes Timm, Welche Stellung haben die Arbeiter zur Aerztebewegung einzunehmen? — Alexander Wronski, Die sozialistische Bewegung in der polnischen Jugend. — Rundschau. (Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik. Soziale Kommunalpolitik. Sozialistische Bewegung. Gewerkschaftsbewegung. Genossenschaftsbewegung. Frauenbewegung. Naturwissenschaften, Rechtswissenschaft, Bildende Kunst. Bücher.)

II. In französischer Sprache.

La Revue Socialiste, Paris.

November 1903.

Eugène Fournière, Les Systemes socialistes. — Edgar Milhaud, La nationalisation des chemins de fer suisses. — Emil Viollard, La colonisation officielle en Algérie. — Jean Jaurès, Les Grèves d'Armentières. — Adrien Veber, Mouvement social. —Gustave Rouanet. Revue des Livres.

Le Mouvement Socialiste, Paris.

15. November 1903.

Edouard Berth, Catholicisme social et Socialisme. — Edouard Dolléans, Feminisme et Propriété. — André Morizet, France: Les vacances parlementaires. — Jules Destrée, Belgique: Les elections communales. I. — Victor Ernest: II. Chiffres et resultats. — Louis Dubreuilh, Après le Congrès de Reims. — A. Blummer, Le Congrès de Dresde. — Emil Vandervelde, Belgique. — Jules Uhry, France:

L'application des lois ouvrières en 1902. — Ernest Lafont, Maurice Olivier, Les questions agraires. — Notes bibliographiques. — L'Art, La Littérature.

L'Avenir Social, Brüssel.

November 1903.

M. S. Johnston, La montée du socialisme en Amérique. — Le Wholesale d'Ecosse. — Hector Denis, Le socialisme et les causes économiques et sociales du crime. — Victor Serwy, Bibliographie. — Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical. — Bulletin Coopératif. — Le Mouvement Communal.

Oktober 1903.

Les mouvements révolutionnaires en Russie. — Schlesinger-Eckstein, Le congrès socialiste international d'Amsterdam et le suffrage des femmes. — Le Congrès de Dresde. — Molkenbuhr, Pour le Congrès d'Amsterdam. — Mouvement ouvrier et socialiste international. — Bulletin Syndical. — Bulletin coopératif. — Le Mouvement Communal.

III. In englischer Sprache.

The Social-Democrat, London.

15. November 1903.

Editorial Brevities. — H. Quelch, Fiscal Facts and Fallacies. — Hector Kirby, Protection and the Future of Socialism in Great Britain. — J. B. Askew, A Notable Anniversary. — The Socialist, Social Reform and Labour Movement in the English speaking World outside the United Kingdom. — Clericalism and the Socialist Attitude thereto. — The Reviews. — Interesting Extracts from various Sources. — Feuilleton.

IV. In italienischer Sprache.

Critica Sociale, Mailand.

1. November 1903.

La Critica Sociale, La causa profonda. — Ivanoe Bonomi, La crisi del movimento socialista. — Giovanni Jaurès, I socialisti di fronte al potere: I. La vera questione; II. La legge della crisi; III. Al confine della crisi; IV. Contradizzioni; V. L'inevitabile. — Filosofia, letteratura e varietà. — F. Turati, Alla questione.

Il Socialismo, Rom.

10. Oktober 1903.

Enrico Leone, La crisi dei partiti popolari e i problemi dell'ora. — Luigi Negro, L'opera postuma di Carlo Marx. — Jean Longuet, Il Congresso socialista rivoluzionario, i suoi precedenti e i suoi risultati. — Rivista delle Riviste socialiste. Movimento e legislazione sociale. — Varieta. — Disegni e caricature.

10. November 1903.

Enrico Leone, La crisi dei partiti popolari e i problemi dell'ora. — Luigi Negro, L'Opera postuma di Carlo Marx. — Ida Grassi, Femminismo socialista. — Emile Vink, Le elezioni communali nel Belgio. —Scienza ed arte. — Libri ed opuscoli. — Movimento e legislazione sociale. — Varietà della cronaca internazionale. — Disegni e caricature.

V. In anderen Sprachen.

De Nieuwe Tijd, Amsterdam.

November 1903.

A. V. Collem, Het Licht. — Roland Holst, Moeilijkheden der Nederlandsche Arbeidersbeweging. — I. de Roode, Indrukken en Vooruitzichten. — Martina Kramers, De Inrichting van het Nederlandisch Comité voor Algemeen Kiesrecht. — H. van Kol, Reisverslag Betreffende de Solo-Werken en de Haven van Soerabaia. — H. Roland Holst, De Vrouw,. de Arbeidersbeweging en de Sociaal - Democratie. — J. Oudegeest, Federatie van Cooperaties. Rapport der soc.-dem. Studie-Club. — Gerard Lenschink, Kantoorbedienden en Arbeiders. — Herm. Heyermans jr., Diamantstad.

Akademie, Prag.

November 1903.

J. Vesely, Slováci. — Z. Chmurny, Vodni dráhy. — F. Modrácek, Ke kritice mého dějinného hlediska. — Dr. Karel Helbich, Hnuti »pryc od Rima« a jeho dusledky. — F. Modrácek. Dr. Aug. Smetana socialistou. — L. W., Rakousko-uherská vyrovnáni po roce 1878. — Hlidka národohospodárská. — Hlidka politická a sociálni. — Hlidka umelecká a literárni.

Die Zukunft. (Jüdisch-Jargon.) New-York.

November 1903.

Die geistige Welt. — Dr. J. Blumstein, Wissenschaft und Religion. — K. Trumkin, Der Bund und seine Gegner. — B. Feigenbaum, Nationalismus. — M. Katz, Fourier und sein Phalansterium. — Ischoasch, Der Geist des Volkes. — J. Entin, Ischoasch. — F. Kranz, Antisemitismus. A. Wolkenstein, 31 Jahre in Schlüsselburg. — S. Pesches, Der letzte Mönch. — Dr. Ephros, Die geologische Arbeit des Wassers. — L. Rosenzweig, Naturwunder in der Stube.

b) Notizen über Aufsätze in der nichtsozialistischen Zeitschriftenliteratur, die den Sozialismus betreffen.

»Agrarschutz und Sozialreform« ist der Titel eines längeren Aufsatzes von Dr. Leo Verkauf, Mitglied der österreichischen sozialdemokratischen Partei, im dritten und vierten Heft des 14. Bandes des *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik*. »Die Quintessenz des Agrarschutzes und seiner Sozialreform«, schliesst der auf die verschiedenen theoretischen Streitfragen der Zoll- und Agrarpolitik eingehende Artikel, »ist, wenn man ihnen ernsthaft ins Antlitz blickt: den Schwachen nehmen und den Starken geben.«

In der gleichen Nummer des Archiv etc. befindet sich auch ein sehr instruktiver Artikel des englischen Sozialisten H. W. Macrosty über den »Rechtszustand der Gewerkvereine in Grossbritannien«. Der Artikel hebt scharf die Bedrohungen hervor, welche die in letzter Zeit hinsichtlich der zivilen Haftpflicht der Gewerkschaften und mit Bezug auf das Streikpostenstehen gefällten Erkenntnisse englischer Gerichtshöfe für den Gewerkschaftskampf bedeuten ,widerlegt aber zugleich in seiner streng sachlichen Würdigung der Erkenntnisse auch manche Uebertreibungen, die sich hinsichtlich der Natur dieser Erkenntnisse in die deutsche Presse eingeschlichen haben und ganz besonders eifrig von Gegnern der Gewerkschaften kolportiert werden.

Jean Sigg-Genf, ein Führer der Schweizer Sozialdemokratie, bespricht in ebenderselben Nummer das Genfer »Gesetz, betreffend die Art der Feststellung der üblichen Tarife zwischen Arbeitern und Unternehmern, und betreffend die Regelung der Streitigkeiten anlässlich der Bedingungen ihrer Anstellung«, und Adolf Braun-Nürnberg die Geschichte und Mängel der Verordnungen über den »Schutz der Arbeiter in den Tierhaar- und Borstenindustrien« in Deutschland.

* * *

Das Oktoberheft 1903 der von E. Pernerstorfer herausgegebenen Zeitschrift »*Deutsche Worte*«, reproduziert unter dem Titel »Ein ‚revisionistischer' Artikel« eine Artikelserie »Was nun?« aus der Feder von Wilhelm Kolb-Karlsruhe, die vor dem Dresdener Parteitage im Karlsruher »Volksfreund« erschienen und die taktischen und theoretischen Streitfragen der deutschen Sozialdemokratie mit grosser Entschiedenheit von jener Auffassung aus erörtern, für die das Beiwort revisionistisch in Gebrauch gekommen ist. In einem kurzen Nachwort spricht der Herausgeber, der sozialdemokratisches Mitglied des österreichischen Reichsrats ist, sich ziemlich scharf über den Dresdener Parteitag aus.

Verantwortlicher Redacteur: Eduard Bernstein in Berlin W.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart — Druck von Carl Rosen, Beuth St. 2, Berlin SW.

